

Statistik von Baden-Württemberg

BAND

401

Heft 2

**Volks-, Berufs-, Gebäude-,
Wohnungs- und Arbeits-
stättenzählung 1987**

**Methodische Grundlagen
und Darstellung der Ergebnisse:**

Methode und Analysen

ISSN 0936-5303
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Postfach 106033 · 7000 Stuttgart 10
Tel.: (0711) 641-0 · Telex 722815 stala d · Btx *64651 # · Telefax 6412440
Preis DM 28,60
zuzügl. Versandkosten
Nachdruck, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe gestattet

In der Schriftenreihe "Statistik von Baden-Württemberg" erscheinen folgende Veröffentlichungen mit Ergebnissen der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987:

Band 401 Methodische Grundlagen und Darstellung der Ergebnisse

- Heft 1: Dokumentation, 232 Seiten, 17,60 DM
- Heft 2: Methode und Analysen, 524 Seiten, 28,60 DM
- Heft 3: Kartographie, 288 Seiten, 19,80 DM

Band 402 Regionalergebnisse der Volks- und Berufszählung 1987

- Heft 1: Strukturdaten zu Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Kreis- und Gemeindeergebnisse –, 420 Seiten, 23,– DM
- Heft 2: Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur – Kreis- und Gemeindeergebnisse –, 398 Seiten, 22,– DM
- Heft 3: Bevölkerungs-, Haushalts- und Erwerbsstruktur der Ausländer – Kreis- und Gemeindeergebnisse –, 280 Seiten, 18,– DM
- Heft 4: Erwerbsstruktur – Kreis- und Gemeindeergebnisse –, 388 Seiten, 22,– DM
- Heft 5: Strukturdaten zu Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Regions- und Kreisergebnisse –, 488 Seiten, 27,40 DM
- Heft 6 A: Demographische und erwerbsstatistische Eckdaten in den Regierungsbezirken Stuttgart und Tübingen nach Gemeindeteilen – Kreis- und Gemeindeergebnisse –, 412 Seiten, 24,40 DM
- 6 B: dto. Regierungsbezirke Karlsruhe und Freiburg, 344 Seiten, 21,– DM
- Heft 7 A: Die Pendlerverflechtung in Baden-Württemberg (Auspendler) – Gemeindeergebnisse –, 344 Seiten, 20,– DM
- 7 B: Die Pendlerverflechtung in Baden-Württemberg (Einpendler) – Gemeindeergebnisse –, 348 Seiten, 20,– DM
- Heft 8: Strukturdaten zur Pendlerwanderung – Gemeinde- und Kreisergebnisse –, 262 Seiten, 17,80 DM
- Heft 9: Sozial- und Erwerbsstruktur nach Raumkategorien des Landesentwicklungsplanes – Regierungsbezirks- und LEP-Raumergebnisse –, 562 Seiten, 31,– DM
- Heft 10 A: Vergleichsdaten zur Zählung 1970 für die Regierungsbezirke Stuttgart und Tübingen – Kreis- und Gemeindeergebnisse –, 566 Seiten, 31,– DM
- 10 B: dto. Regierungsbezirke Karlsruhe und Freiburg, 502 Seiten, 28,60 DM
- Heft 11: Soziodemographische Grunddaten nach Wahlkreisen – Bundes- und Landtagswahlkreisergebnisse –, 246 Seiten, 16,80 DM
- Heft 12: Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur, Pendler – Arbeitsamts- und Dienststellenbezirksergebnisse –, 414 Seiten, 25,60 DM
- Heft 13 A: Soziodemographische Grunddaten der evangelischen und römisch-katholischen Bevölkerung in den Regierungsbezirken Stuttgart und Tübingen – Kreis- und Gemeindeergebnisse –, 462 Seiten, 27,60 DM
- 13 B: dto. Regierungsbezirke Karlsruhe und Freiburg, 410 Seiten, 25,60 DM
- Heft 14 A: Soziodemographische Grunddaten der Bevölkerung insgesamt und der römisch-katholischen Bevölkerung in der Diözese Rottenburg-Stuttgart –Dekanats- und Kirchengemeindeergebnisse –, 502 Seiten, 29,80 DM
- 14 B: dto. Erzdiözese Freiburg, 530 Seiten, 31,– DM

Band 403 Regionalergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1987

- Heft 1: Strukturdaten zu Gebäuden und Wohnungen – Kreis- und Gemeindeergebnisse –, 325 Seiten, 19,– DM
- Heft 2: Wohnverhältnisse der Haushalte und Wohnungsmieten – Kreis- und Gemeindeergebnisse –, 254 Seiten, 17,– DM
- Heft 3: Eigentümer, Nutzung und Beheizung von Gebäuden und Wohnungen – Kreis- und Gemeindeergebnisse –, 350 Seiten, 20,– DM
- Heft 4 A: Strukturdaten zu Gebäuden und Wohnungen in den Regierungsbezirken Stuttgart und Tübingen nach Gemeindeteilen – Kreis- und Gemeindeergebnisse –, 428 Seiten, 24,– DM
- 4 B: dto. Regierungsbezirke Karlsruhe und Freiburg, 354 Seiten, 21,– DM
- Heft 5: Strukturdaten zu Gebäuden und Wohnungen – Regions- und Kreisergebnisse –, 286 Seiten, 18,80 DM

Fortsetzung siehe hintere Umschlagseite

Vorwort

Mit den Ergebnissen der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987 liegen erstmals wieder seit 17 Jahren im Bereich der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten-, Volks- und Berufszählung bzw. seit 19 Jahren im Bereich der Gebäude- und Wohnungszählung neue Basisdaten vor.

Die Zählungsergebnisse bilden Grundlagen für Planungen und politische Entscheidungen im Bund, im Land, in den Gemeinden und Gemeindeverbänden auf den Gebieten Wirtschaft und Soziales, Wohnungswirtschaft, Raumordnung, Verkehr, Umwelt sowie Arbeitsmarkt und Bildungswesen. Zugleich liefern sie wichtige Grunddaten für das Gesamtsystem der amtlichen Statistik.

Stichtag der Volkszählung war der 25. Mai 1987; auf diesen Tag beziehen sich alle Daten. Bereits 17 Monate nach dem Stichtag konnten den Gemeinden erste Ergebnisse zur Verfügung gestellt werden. Dies wurde möglich durch rationelle, manuelle und maschinelle Bearbeitung des Erhebungsmaterials.

Der vorliegende Band erscheint rechtzeitig zum 40jährigen Bestehen Baden-Württembergs. Im ersten Teil werden die Vorbereitung und Durchführung der Volkszählung 1987 sowie die Aufbereitung der erhobenen Daten dargestellt. Mit einem Erfahrungsbericht wird dieser Teil abgeschlossen. Im zweiten Teil werden das Datenangebot und die Datenverarbeitung beschrieben. Dabei wird unterschieden in Volks- und Berufszählung und Pendler, Gebäude- und Wohnungszählung sowie Arbeitsstättenzählung. Die einzelnen Beiträge werden durch entsprechende Schaubilder ergänzt.

Das Statistische Landesamt hat sich mit Erfolg darum bemüht, in die vorliegende Schlußdokumentation der Volkszählung 1987 Beiträge aus den Bereichen Kommunalstatistik und Datenschutz aufzunehmen, damit die Leser auch die Sichtweise dieser Institutionen kennenlernen mögen. Mit Dankbarkeit und Freude darf darauf verwiesen werden, daß stellvertretend für die Kommunalstatistik der Leiter des Statistischen Amtes der Landeshauptstadt Stuttgart, Herr Leitender Stadtverwaltungsdirektor Manfred v. Schaewen und repräsentativ für den Datenschutz die Datenschutzbeauftragte des Landes Baden-Württemberg, Frau Dr. Ruth Leuze, Beiträge aus ihrer Sicht beigesteuert haben. So erhält der Dokumentationsband des Statistischen Landesamtes den Charakter einer echten Diskussionsgrundlage, wie immer man die Stellungnahmen zum "Großzählungsunternehmen VZ 1987" auch im einzelnen würdigen mag. Nur durch eine offene und frühzeitige Diskussion mit allen Beteiligten wird es möglich sein, einen nächsten großen Volkszensus, der sich um die Jahrtausendwende wohl kaum vermeiden lassen wird, optimal und effizient zu gestalten. Möge dieser Band dazu Anstoß und Hilfe sein.

Der Band wurde in Abteilung 2 "Bevölkerung und Kultur" und Abteilung 4 "Gewerbliche Wirtschaft" bearbeitet.

Stuttgart, im August 1992

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg

Dr. Rudolf Stadler
Ständiger Vertreter des Präsidenten

Inhalt

	Seite
Vorwort	III
Vorbemerkungen	XI
Personenbogen	XIII
Wohnungsbogen mit Gebäudeangaben	XV
Arbeitsstättenbogen	XVII
Definitionen und Erläuterungen der Volks- und Berufszählung	XXV
Definitionen und Erläuterungen der Gebäude- und Wohnungszählung	XXXI
Definitionen und Erläuterungen der Arbeitsstättenzählung	XLI
Verwaltungseinteilung des Landes Baden-Württemberg	XLIII

Kapitel 1: Methode

1. Vorbereitung und Durchführung

1.1 Wingen, Max: Volkszählung nach dem Karlsruher Urteil – aber wie? (erschieden in "Baden-Württemberg in Wort und Zahl" Heft 4/85)	5
1.2 Bronnenmayer, Klaus: Rechtsgrundlagen der Volkszählung 1987 (... 5/87)	12
1.3 Frank, Eberhard: Zur Akzeptanz der Volkszählung 1987 – Ergebnisse einer Meinungsbe- fragung Stuttgarter Bürger – (hier erstmals erschienen)	16
1.4 Steinmann, Regina: Ergebnisse der Testerhebung zur Vorbereitung der Volkszählung 1987 (... 1/87)	19
1.5 Frank, Eberhard: Die Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987 – Ein Gesamtüberblick über Anlage und Durchführung – (... Sonderheft 5/87)	23
1.6 Steinmann, Regina: Volkszählung 1987 – Organisation und Ablauf (... 4/87)	43
1.7 Miller, Manfred: Gebäude- und Wohnungszählung 1987, Durchführung der Gebäudevor- erhebung (... 4/87)	48
1.8 Bronnenmayer, Klaus: Einige ausgewählte Rechtsfragen der Volkszählung im Spiegel der Rechtsprechung (... 10/88)	54

2. Aufbereitung

2.1 Steinmann, Regina: Grundzüge der maschinellen Plausibilitätskontrollen bei der Volks- und Berufszählung 1987 (... 2/89)	61
2.2 Steinmann, Regina: Die Pendler bei der Volkszählung 1987, Plausibilitätsprüfungen und Grundbegriffe (... 1/91)	65
2.3 Steinmann, Regina: Die Plausibilitätskontrollen im Rahmen der Gebäude- und Wohnungs- zählung 1987 (... 4/89)	70

3. Erfahrungsberichte

3.1 Frank, Eberhard/Steinmann, Regina: Erfahrungsbericht zur Volkszählung 1987 aus Landes- sicht (hier erstmals erschienen)	77
3.2 Von Schaewen, Manfred: Erfahrungsbericht zur Volkszählung 1987 aus kommunaler Sicht (hier erstmals erschienen)	86
3.3 Leuze, Ruth: Die Volkszählung 1987: eine bewegte Zeit für den Datenschutz (hier erstmals erschieden)	90

Kapitel 2: Analysen

1. Datenangebot und -verarbeitung

1.1 Frank, Eberhard: LIS-Report, Ergebnisse der Volks- und Berufszählung ab Gemeindeebene (... 5/89)	101
1.2 Frank, Eberhard: LIS-Report, Daten der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 im Landesinformationssystem verfügbar (... 7/89)	104
1.3 Gölz, Uwe: LIS-Report, Zur Arbeitsstättenzählung (... 6/89)	108
1.4 Frank, Eberhard: Auswertungsmöglichkeiten der Volkszählung 1987 durch die Gemeinden (... 10/90)	111
1.5 Eicken, Joachim: KOSIS-Gemeinschaftsprojekt "DV-Unterstützung der VZ-Auswertung (DUVA)" (... 11/91)	115

2. Volks- und Berufszählung, Pendler

Karten

1. Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden Baden-Württembergs 1961 bis 1970	143
2. Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden Baden-Württembergs 1970 bis 1987	145
3. Bevölkerung mit Nebenwohnung in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	157
4. Bevölkerung mit Nebenwohnung in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	159
5. Durchschnittsalter der Bevölkerung in den Gemeinden Baden-Württembergs am 27. Mai 1970	171
6. Durchschnittsalter der Bevölkerung in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	173
7. Ausländische Bevölkerung in den Gemeinden Baden-Württembergs am 6. Juni 1961	183
8. Ausländische Bevölkerung in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	185
9. Bevölkerung mit Hauptschulabschluß am Ort der Hauptwohnung in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	195
10. Bevölkerung mit Hochschul-/Fachhochschulreife am Ort der Hauptwohnung in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	197
11. Einpersonenhaushalte in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	207
12. Durchschnittliche Haushaltgröße in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	209
13. Römisch-katholische Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	219
14. Evangelische Bevölkerung (Landeskirche) am Ort der Hauptwohnung in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	221
15. Raumkategorien in Baden-Württemberg nach dem Landesentwicklungsplan 1983	229
16. Entwicklung der Anzahl der Erwerbstätigen in den Gemeinden Baden-Württembergs 1970 bis 1987	237
17. Erwerbsquote in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	239
18. Erwerbstätige im Dienstleistungsbereich in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	247
19. Entwicklung der Anzahl der Erwerbstätigen in den Übrigen Wirtschaftsbereichen in den Gemeinden Baden-Württembergs 1970 bis 1987	249
20. Veränderung der Zahl der Einpendler über die Gemeindegrenzen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1987 gegenüber 1970	259
21. Veränderung der Zahl der Auspendler über die Gemeindegrenzen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1987 gegenüber 1970	261

Beiträge

2.1	Frank, Eberhard: Erste Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987 (... 12/88)	123
2.2	Bronnenmayer, Klaus: Die Bevölkerung in Baden-Württemberg nach den Ergebnissen der Volkszählung 1987 (... 3/89)	147
2.3	Bronnenmayer, Klaus: Altersaufbau und Familienstandsgliederung der Bevölkerung in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 (... 7/89)	161
2.4	Bronnenmayer, Klaus: Die Ausländer in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 (... 12/89)	175
2.5	Bronnenmayer, Klaus: Volkszählung 1987 – Bevölkerung nach dem Schul- und Hochschulabschluß (... 4/90)	187
2.6	Bronnenmayer, Klaus: Privathaushalte in Baden-Württemberg 1987 – Ergebnisse der Volkszählung (... 9/90)	199
2.7	Frank, Eberhard: Die Religionszugehörigkeit der Bevölkerung am 25. Mai 1987 – Ergebnisse der Volkszählung (... 3/92)	211
2.8	Frank, Eberhard: Zur Entwicklung der Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur des Ländlichen Raumes (... 11/89)	223
2.9	Steinmann, Regina: Die Berufszählung 1987 – Ein Überblick (... 1/90)	231
2.10	Steinmann, Regina: Berufszählung 1987: Gesundheitsdienstberufe (... 10/91)	241
2.11	Steinmann, Regina: Die Pendler bei der Volkszählung 1987 – Umfang und Struktur (... 3/91)	251

3. Gebäude- und Wohnungszählung**Karten**

22.	Entwicklung des Wohnungsbestandes in den Gemeinden Baden-Württembergs 1968 bis 1987	279
23.	Wohndichte in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	281
24.	Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	291
25.	Bewohnte Wohneinheiten mit Ofenheizung in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	293
26.	Öffentlich geförderte Wohnungen in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	309
27.	Öffentlich geförderte Mietwohnungen in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	311
28.	Durchschnittsmiete je qm Wohnfläche der nicht öffentlich geförderten Wohnungen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	321
29.	Durchschnittsmiete je qm Wohnfläche der öffentlich geförderten Wohnungen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	323
30.	Fläche je Person in Mietwohnungen in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	333
31.	Durchschnittsmiete je qm Wohnfläche in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	335
32.	Eigentümerwohnungen in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	343
33.	Fläche je Person in Eigentümerwohnungen in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	345
34.	Durchschnittliche Wohnfläche je Person in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	359
35.	Wohnversorgungsfaktor in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	361
36.	Wohnungen in 1969 oder später errichteten Gebäuden in den Gemeinden der LEP-Räume Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	369
37.	Durchschnittliche Wohnfläche je Person in Mietwohnungen in den Gemeinden der LEP-Räume Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	371

Beiträge

3.1	Büringer, Helmut: Gebäude- und Wohnungszählung 1987 – Bestand an Gebäuden und Wohnungen und quantitative Wohnraumversorgung der Haushalte (... 2/89)	265
3.2	Büringer, Helmut: Gebäude- und Wohnungszählung 1987 – Beheizung der Wohnungen und eingesetzte Brennstoffarten (... 6/89)	283
3.3	Büringer, Helmut: Gebäude- und Wohnungszählung 1987 – Weitere Aspekte zur quantitativen Wohnraumversorgung der Haushalte (... 10/89)	295
3.4	Büringer, Helmut: Wohnungsmieten in Baden-Württemberg 1987 – Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 (... 2/90)	313
3.5	Büringer, Helmut: Wohnungsmieten in den Gemeinden und Regionen des Landes im Jahre 1987 – Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 (... 5/90)	325
3.6	Büringer, Helmut: Zur Entwicklung des Wohneigentums in Baden-Württemberg – Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 (... 8/90)	337
3.7	Büringer, Helmut: Die Wohnsituation älterer Menschen – Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 (... 11/90)	347
3.8	Frank, Eberhard: Wohnungsverorgung und Wohnverhältnisse im Ländlichen Raum (... 3/90)	363

4. Arbeitsstättenzählung**Karten**

38.	Beschäftigtenentwicklung in den Gemeinden Baden-Württembergs 1970 gegenüber 1961	381
39.	Beschäftigtenentwicklung in den Gemeinden Baden-Württembergs 1987 gegenüber 1970	383
40.	Beschäftigtenbesatz in den Gemeinden Baden-Württembergs am 27. Mai 1970	395
41.	Beschäftigtenbesatz in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	397
42.	Teilzeitbeschäftigte in den Gemeinden Baden-Württembergs am 27. Mai 1970	405
43.	Teilzeitbeschäftigte in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	407
44.	Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1986	413
45.	Beschäftigtenentwicklung im Dienstleistungssektor in den Gemeinden Baden-Württembergs 1970 gegenüber 1961	419
46.	Beschäftigtenentwicklung im Dienstleistungssektor in den Gemeinden Baden-Württembergs 1987 gegenüber 1970	421
47.	Abweichung der Beschäftigtenentwicklung vom Landesdurchschnitt in den Gemeinden Baden-Württembergs 1987 gegenüber 1970 – Strukturfaktor –	431
48.	Abweichung der Beschäftigtenentwicklung vom Landesdurchschnitt in den Gemeinden Baden-Württembergs 1987 gegenüber 1970 – Standortfaktor –	433
49.	Wirtschaftsstruktur in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987 – Herfindahl-index –	441
50.	Abweichung der Beschäftigtenentwicklung vom Landesdurchschnitt in den Gemeinden Baden-Württembergs 1987 gegenüber 1970 – Regionalfaktor –	443
51.	Beschäftigte im Privaten Dienstleistungsbereich in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	451
52.	Beschäftigte im Öffentlichen Dienstleistungsbereich in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	453
53.	Beschäftigte in Arbeitsstätten mit weniger als 20 Beschäftigten in den Gemeinden Baden-Württembergs am 27. Mai 1970	461
54.	Beschäftigte in Arbeitsstätten mit weniger als 20 Beschäftigten in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	463

	Seite
55. Tätige Inhaber in den Gemeinden Baden-Württembergs am 27. Mai 1970	469
56. Tätige Inhaber in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	471
57. Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	477
58. Beschäftigte im Handel und Verkehr in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987	479
 Beiträge	
4.1 Meyer-Haitz, Doris/Gölz, Uwe: Die Arbeitsstättenzählung 1987 in Baden-Württemberg (... 3/89)	375
4.2 Gölz, Uwe: Die Arbeitsstättenzählung 1987 – Ergebnisse in den Regierungsbezirken und Stadt- und Landkreisen (... 5/89)	385
4.3 Märtz, Ulrike: Strukturwandel der Wirtschaft im Spiegel der Arbeitsstättenzählung – Beschäftigungschancen für Frauen? (... 7/89)	399
4.4 Gölz, Uwe: Löhne und Gehälter in Baden-Württemberg – Weitere Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 (... 12/89)	409
4.5 Gölz, Uwe: Unternehmen und deren Beschäftigte in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 (... 4/90)	415
4.6 Meyer-Haitz, Doris/Gölz, Uwe: Dienstleistungen in Baden-Württemberg im Vergleich der Länder und Regionen – Ein Überblick mit Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung 1987 (... 8/90)	423
4.7 Märtz, Ulrike: Moderne Dienstleistungen für Unternehmen – Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung auf Landes- und Bundesebene (... 8/90)	435
4.8 Märtz, Ulrike: Zur Bedeutung verbraucherorientierter Dienstleistungen für den sektoralen Strukturwandel – Ergebnisse aus der Arbeitsstättenzählung 1987 und Vergleiche zu 1970 (... 12/90)	445
4.9 Steiger, Hans-Hermann: Auswirkungen der Arbeitsstättenzählung auf die Erhebungen im Verarbeitenden Gewerbe (... 4/91)	455
4.10 Sinn, Herbert: Eröffnungsjahr der Arbeitsstätten – Weitere Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 (... 11/91)	465
4.11 Loidl-Stuppi, Jutta: Das Zusammenspiel von Produktion und Dienstleistungen (... 6/92)	473

Vorbemerkungen

Die Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählung 1987) wurde nach dem Stand vom 25. Mai 1987 (Zählungstichtag) flächendeckend durchgeführt. Inhalt und Durchführung regelte das Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz) 1987 vom 8. November 1985 (BGBl. I S. 2078).

Erhebungseinheiten waren Personen und Haushalte (Volks- und Berufszählung), Wohnungen (Wohnungszählung), Gebäude mit Wohnraum und ständig bewohnte Unterkünfte (Gebäudezählung) sowie nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Unternehmen (Arbeitsstättenzählung).

Das Erhebungskonzept der Volkszählung 1987 stellte sicher, daß alle Einwohner – auch wenn im Inland mehr als eine Wohnung benutzt wurde – in jeder dieser Wohnungen statistisch erfaßt wurden. Bei Personen mit mehr als einer Wohnung stellte sich nun die Frage, in welcher dieser Wohnungen sie zur **amtlichen Bevölkerungszahl** zu rechnen waren. Dabei hat sich die Methode der Zurechnung zwischen den Volkszählungen 1970 und 1987 verändert. Die im Zusammenhang mit der amtlichen Bevölkerungszahl 1987 ermittelte **Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung** umfaßt diejenigen Personen, die im betreffenden Gebiet ihre alleinige Wohnung bzw. ihre Hauptwohnung im Sinne des § 12 des Melderechtsrahmengesetzes 1980 haben.

Nach § 12 des Melderechtsrahmengesetzes ist die Hauptwohnung – soweit mehrere Wohnungen benutzt werden – die vorwiegend benutzte Wohnung. Hauptwohnung einer verheirateten Person, die nicht dauernd getrennt von ihrer Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen liegt.

Demgegenüber wurde bei der Ermittlung der Bevölkerungszahl bei der Volkszählung 1970 die sogenannte **Wohnbevölkerung** festgestellt. Die Wohnbevölkerung umfaßt diejenigen Personen, die in dem angegebenen Gebiet ihre ständige Wohnung haben. Personen mit mehreren Wohnungen wurden für die Gemeinde gezählt, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gingen. Für

nicht erwerbstätige bzw. nicht in Ausbildung stehende Personen erfolgte die Zuordnung nach dem Ort des überwiegenden Aufenthalts.

Durch diesen neuen Zurechnungsmodus werden **Analysen im Zeitvergleich**, auch bei der Betrachtung der Erwerbsbevölkerung, **beeinflußt**.

Die Wohnungszählung wurde in direkter Verbindung mit der Volkszählung durchgeführt. Diese Koppelung gestattet eine Kombination der Wohnungsdaten mit den Ergebnissen über die in den Wohneinheiten lebenden Personen, so daß auch differenzierte Informationen zur Wohnraumversorgung der Haushalte gegeben sind.

Der Erhebungsumfang der Arbeitsstättenzählung erstreckt sich auf den gesamten nichtlandwirtschaftlichen Bereich, das heißt, es werden alle Arbeitsstätten des produzierenden Gewerbes, des Handels, des Verkehrs bis hin zum öffentlichen Bereich erfaßt. Ausgeschlossen sind dagegen die eigentlichen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, abgesehen von wenigen Arbeitsstätten der gewerblichen Land- und Forstwirtschaft, die nach dem Steuerrecht als Gewerbebetriebe gelten.

Die Arbeitsstättenzählung 1987 war, wie alle Arbeitsstättenzählungen zuvor, Bestandteil eines Gesamtzählungswerks und damit organisatorisch und zeitlich mit der Volkszählung verknüpft. Die sehr umfangreiche und aufwendige Zählungsorganisation der Volkszählung wurde gleichzeitig auch für die Arbeitsstättenzählung eingesetzt. Die Zähler hatten nach genauer Anweisung jede nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätte festzustellen, d.h. jede örtliche Einheit (ein Grundstück oder eine abgegrenzte Räumlichkeit), in der eine oder mehrere Personen unter einheitlicher Leitung regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig waren. Für jede Arbeitsstätte war mit oder ohne Hilfe des Zählers ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Die Nummern der Arbeitsstättenbogen wurden zusammen mit den Bogennummern der Volkszählung in eine mit Regionalmerkmalen versehene Regionalliste eingetragen. Die kombinierte Auswertung von Regionallisten und Erhebungsvordrucken ergab schließlich die regionale Zuordnung der Arbeitsstätten bis unterhalb der Gemeindeebene.

VOLKZÄHLUNG 1987

Personenbogen

Bitte Gemeinde angeben:

1 Geburtsangaben

a) Geburtsjahr

b) Geburtsmonat

1. Januar bis 24. Mai

25. Mai bis 31. Dez.

2 Geschlecht

männlich

weiblich

3 Familienstand

ledig

verheiratet

verwitwet

geschieden

4 Rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft

Römisch-katholische Kirche

Evangelische Kirche

Evangelische Freikirche

Jüdische Religionsgesellschaft

Islamische Religionsgemeinschaft

andere Religionsgesellschaften

keiner Religionsgesellschaft rechtlich zugehörig

5 Welche Staatsangehörigkeit haben Sie ?

deutsch

griechisch

italienisch

übrige EG-Staaten

jugoslawisch

türkisch

sonstige/keine

6 Wird von Ihnen noch eine weitere Wohnung (Unterkunft/Zimmer) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bewohnt ?

nein

ja

Falls ja:

a) Für Verheiratete, die nicht dauernd getrennt leben: Ist die hiesige Wohnung die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie ?

nein

ja

b) Für alle übrigen Personen: Ist die hiesige Wohnung die vorwiegend benutzte Wohnung ?

nein

ja

c) Außerdem für Erwerbstätige, Schüler/Studenten: Gehen Sie vorwiegend von der hiesigen Wohnung aus zur Arbeit oder Schule/Hochschule ?

nein

ja

7 Sind Sie

erwerbstätig¹⁾

Vollzeit (über 36 Std.²⁾ in der Woche)

Teilzeit (bis zu 36 Std.²⁾ in der Woche)

arbeitslos, arbeitssuchend

nicht erwerbstätig

Hausfrau, Hausmann

Schüler(in), Student(in)

¹⁾ Auch Landwirte, mithelfende Familienangeh., Auszubildende, Soldaten, Zivildienstleistende

²⁾ Maßgebend ist die normalerweise in der Woche geleistete Arbeitszeit

Mehrere Antworten möglich

8 Leben Sie überwiegend von

Erwerbs-, Berufstätigkeit

Arbeitslosengeld, -hilfe

Rente, Pension

eigenem Vermögen, Vermietung, Verpachtung, Anteil

Zuwendungen, Unterhalt durch Eltern, Ehegatten usw.

sonstigen Unterstützungen (z. B. Sozialhilfe, BAföG)

NUR VOM STATISTISCHEN LANDESAMT AUSZUFÜLLEN

Geburtsjahr (1 a)
2., 3. u. 4. Stelle

Hauptfachrichtung (10 b)

Erlerner Beruf (11 a)

Dauer (11 b)

Arbeitsstätte, Schule/Hochschule (Pendler)

Land (12) Gemeinde (12)

Straße (12)

Hausnummer (12)

Wirtschaftszweig (16)

Ausgeübte Tätigkeit (17)

Rechtsgrundlage:

Siehe Haushaltsmantelbogen oder Erläuterungsblatt, die Bestandteile der Erhebungsvordrucke sind.

Stichtag: 25. Mai 1987

Falls Sie einen Abschluß an einer allgemeinbildenden bzw. berufsbildenden Schule/Hochschule haben:

9 Welchen höchsten allgemeinen

* Schulabschluß haben Sie ?

Volksschule, Hauptschule

Realschule/gleichwertiger Abschluß (z. B. Mittlere Reife)

Hochschulreife (Abitur), Fachhochschulreife

10 a) Welchen höchsten Abschluß an einer berufsbildenden

* Schule oder Hochschule haben Sie ?

Berufsfachschule (ohne Berufsschule)

Fachschule

Fachhochschule (Ing.-Schule, höhere Fachschule)

Hochschule (einschließlich Lehrerausbildung)

b) Welche Hauptfachrichtung hat dieser Abschluß ?

11 Falls Sie eine praktische Berufsausbildung

* (z. B. Lehre) abgeschlossen haben:

a) Auf welchen Lehrberuf bezog sich diese Ausbildung ?

b) Wie lange dauerte diese Ausbildung ? Jahr(e):

12 Bitte Name und Anschrift Ihrer Arbeitsstätte oder

* Schule/Hochschule angeben.

Name:

Straße/Hausnummer:

PLZ

Gemeinde:

13 Welches Verkehrsmittel benutzen

* Sie hauptsächlich

kein Verkehrsmittel (zu Fuß)

Fahrrad

Pkw

(längste Strecke)

auf dem Hinweg zur Arbeit oder Schule/Hochschule ?

U-Bahn, S-Bahn, Straßenbahn

Eisenbahn

Bus, sonst. öffentl. Verkehrsmittel

sonstiges (Motorrad, Moped, Mofa)

14 Wieviel Zeit

* benötigen Sie normalerweise

entfällt, da auf gleichem Grundstück

unter 15 Minuten

15 bis unter 30 Minuten

30 bis unter 45 Minuten

45 bis unter 60 Minuten

60 Minuten und mehr

für den Hinweg zur Arbeit oder Schule/Hochschule ?

15 Sind Sie

* zur Zeit tätig als

Facharbeiter(in)

sonstige(r) Arbeiter(in)

Angestellte(r)

Auszubildende(r)

Beamter/Beamtin, Richter(in), Soldat, Zivildienstl. (auch Beamtenanw.)

Selbständige(r) mit bezahlten Beschäftigten

ohne bezahlte Beschäftigte

mithelfende(r) Familienangehörige(r)

16 Zu welchem Wirtschaftszweig (Branche, Behörde)

* gehört der Betrieb (Firma, Dienststelle), in dem Sie tätig sind ?

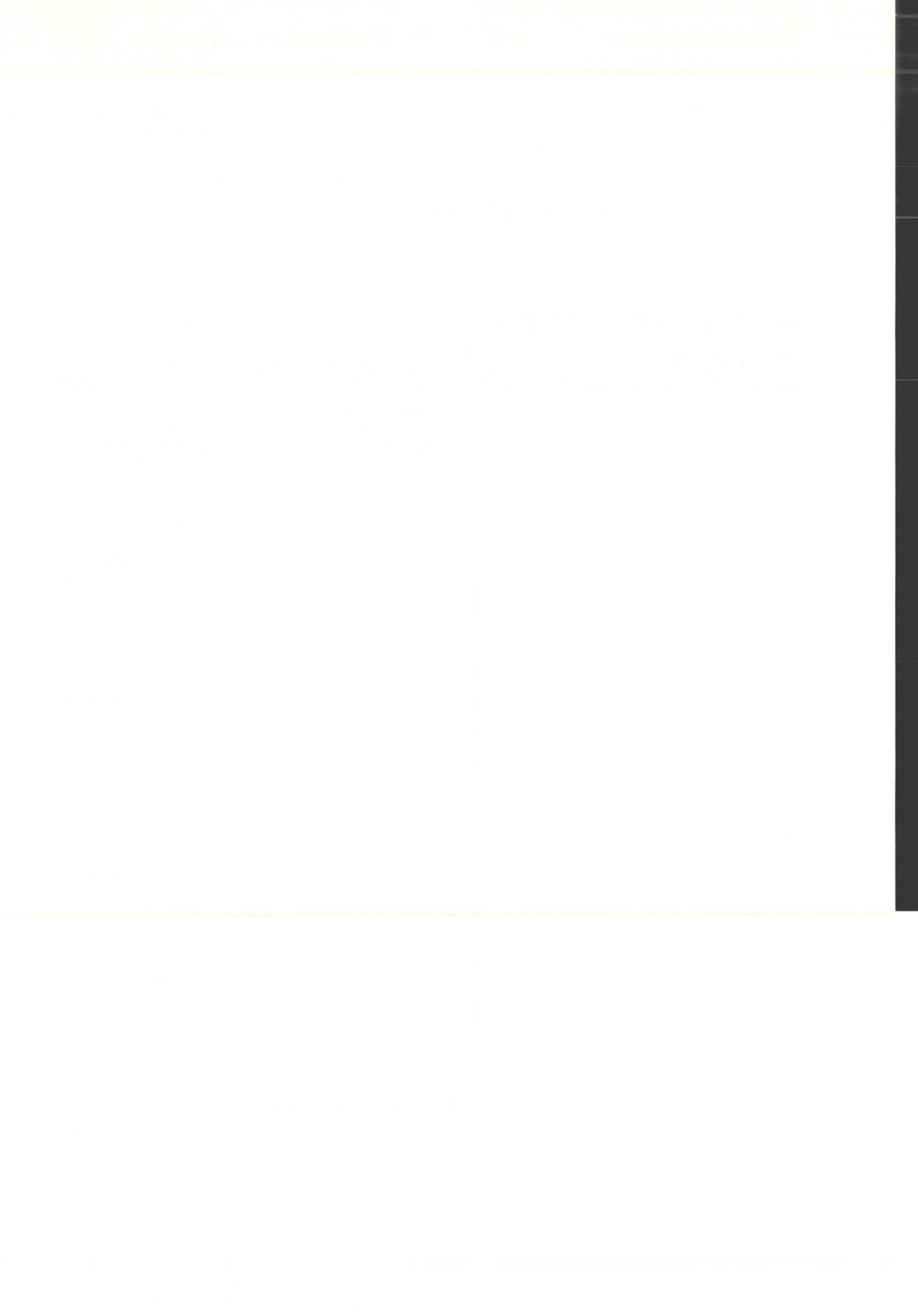
17 Welche Tätigkeit, welchen Beruf üben Sie aus ?

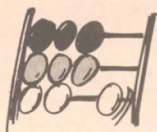
*

18 Falls Sie eine Nebenerwerbstätigkeit ausüben, handelt es sich um eine

landwirtschaftliche

nichtlandwirtschaftliche





Arbeitsstättenbogen 1987

Stichtag für die Zählung ist der 25. Mai 1987

Bogen-Nummer

Bitte beachten Sie an den mit ☐ gekennzeichneten Stellen die **Erläuterungen** auf dem heraustrennbaren Blatt.

- **Rechtsgrundlage:** Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8.11.1985 (BGBl. I S. 2078) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 14.3.1980 (BGBl. I S. 289).
- Der Text des Volkszählungsgesetzes 1987 sowie allgemeine Informationen auch zur Arbeitsstättenzählung sind im Informationsblatt zur Volkszählung 1987 enthalten.
- Weitere Hinweise zur Arbeitsstättenzählung entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Erläuterungsblatt ① und ②.
- Für **jede** Arbeitsstätte ist ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Als Arbeitsstätte gilt jede örtliche Einheit, in der eine oder mehrere Personen unter einheitlicher Leitung regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig sind. **Ausnahme:** Keinen Arbeitsstättenbogen erhalten Betriebe der Land- und Forstwirtschaft sowie der Binnenfischerei, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) nicht als Gewerbebetrieb gelten.
- Arbeitsstätten von Behörden, der Sozialversicherung, von Kirchen, Verbänden und sonstigen Organisationen sowie von deren Anstalten und Einrichtungen, brauchen nur die mit ☒ gekennzeichneten Fragen zu beantworten. **Ausnahme:** Arbeitsstätten in der Form von öffentlich-rechtlichen Anstalten, Regiebetrieben, Eigenbetrieben und sonstigen Sondervermögen, die erwerbswirtschaftlich tätig sind und Kostendeckung anstreben, bitte den Fragebogen entsprechend den Erläuterungen ausfüllen. ③
- **Rückgabe:** Sie können den ausgefüllten Fragebogen
 - dem Zähler/der Zählerin aushändigen oder in verschlossenem Umschlag übergeben,
 - bei der Erhebungsstelle abgeben oder dorthin übersenden.Bei Abgabe in verschlossenem Umschlag bitte **unbedingt** Namen, Bezeichnung sowie vollständige Anschrift der Arbeitsstätte, für die dieser Fragebogen ausgefüllt wird, auf dem Umschlag angeben.

➔ Vollständige Anschrift der Arbeitsstätte, für die dieser Fragebogen ausgefüllt wird (Bitte in Blockschrift oder mit deutlichem Stempелеindruck)

Name, Geschäfts- oder Berufsbezeichnung

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Gemeinde

Nur ausfüllen, wenn diese Arbeitsstätte zugleich ZWEIGNIEDERLASSUNG ist – siehe Frage B 3 –

Anschrift des Unternehmens, zu dem diese Arbeitsstätte als Zweigniederlassung gehört

Name, Geschäfts- oder Berufsbezeichnung

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Gemeinde

Nur ausfüllen, wenn diese Arbeitsstätte zugleich HAUPTNIEDERLASSUNG ist – siehe Frage B 2 –

Anschrift(en) der Zweigniederlassung(en)

(Falls Sie mehr als 3 ZWEIGNIEDERLASSUNGEN haben, fordern Sie bitte vom Zähler/von der Zählerin Ergänzungsblätter an)

Laufende Nummer	Name, Geschäfts- oder Berufsbezeichnung	Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Gemeinde ④
1			
2			
3			

Um Rückfragen zu erleichtern, bitten wir um folgende freiwillige Angaben:

Bearbeiter(in) dieser Meldung:

Telefon- und Apparatnummer:

Erläuterungen zum Fragebogen der Arbeitsstättenzählung 1987 als Bestandteil der Erhebungspapiere

① Zählungsbereich

Bei der Arbeitsstättenzählung handelt es sich um eine stichtagsbezogene, umfassende Bestandsaufnahme. Sie liefert in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung einen Überblick über Zahl und Größe der Arbeitsstätten und Unternehmen. Zu diesem Zweck werden vor allem Angaben über die tätigen Personen und die von den Arbeitsstätten und Unternehmen gezahlten Löhne und Gehälter erfragt.

Als **Arbeitsstätte** gilt jede örtliche Einheit (ein Grundstück oder eine abgegrenzte Räumlichkeit), in der eine oder mehrere Personen unter einheitlicher Leitung regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig sind. Somit ist für jede Hauptniederlassung, jede Zweigniederlassung, jeden Filialbetrieb, jede Werkstätte, jede Praxis, jede Geschäftsstelle, jedes Büro, jede Dienststelle einer Behörde usw. ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Die Arbeitsstättenzählung erstreckt sich auf alle Arbeitsstätten der gewerblichen Landwirtschaft, der Produktion, des Handels und Verkehrs, der Banken und Versicherungen, des Gastgewerbes, der Reinigung und Körperpflege (z.B. Friseure), der Wissenschaft, Bildung, Kultur und Publizistik (z.B. Schulen, Theater, selbständige Künstler, Schriftsteller), des Gesundheitswesens (z.B. Ärzte und Hebammen, Krankenhäuser), der Rechts- und Wirtschaftsberatung (z.B. Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsberater und -prüfer), der Kirchen, Verbände, sonstigen Organisationen ohne Erwerbszweck, der Behörden und der Sozialversicherung.

Arbeitsstätten im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der Binnenfischerei werden bei der Arbeitsstättenzählung erfaßt, sofern sie bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetrieb gelten. Dazu gehören z.B.: Betriebe der gewerblichen Gärtnerei (Landschafts- und Friedhofsgärtnerei), Betriebe der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Tierhaltung (Schweinemästereien, Geflügelfarmen, Hundezüchtereien u. dgl.) sowie Dienstleistungsbetriebe für die Land- und Forstwirtschaft (Mähdrusch, Schädlingsbekämpfung, Schafschur u. dgl.).

Auch Hausgewerbetreibende, Zwischenmeister und Werkvertragspartner gelten als Selbständige und haben deshalb einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Arbeitsstätten von Heimarbeitern werden jedoch **nicht** erfaßt. Baustellen und Schiffe gelten nicht als besondere Arbeitsstätten.

Als **Unternehmen** gilt die kleinste rechtliche Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und den Ertrag ermittelt.

Bestehen Betriebs-, Büro-, Ladengemeinschaften und Einkaufszentren aus verschiedenen Unternehmen, so müssen auch verschiedene Arbeitsstättenbogen ausgefüllt werden.

② Weitere Verwendung der Daten

Aus Gründen des Datenschutzes werden die Hilfsmerkmale (Name, Bezeichnung, Straße und Hausnummer, Bearbeiter[in] des Fragebogens und Telefonnummer) zum frühestmöglichen Zeitpunkt von den Erhebungsmerkmalen getrennt und gesondert aufbewahrt. Sie dürfen (ohne Telefonnummer und Bearbeiter[in] des Fragebogens) zusammen mit dem Namen der Gemeinde, der Zahl der tätigen Personen, der Angabe des Wirtschaftszweiges und der Angabe über die Zugehörigkeit zum Handwerk für Wirtschafts-, Lohn- und Umweltstatistiken sowie zur Aktualisierung der Kartei im Produzierenden Gewerbe genutzt werden.

③ Wirtschaftliche Arbeitsstätten von Behörden

Arbeitsstätten, die als **Hauptniederlassungen** der jeweiligen öffentlich-rechtlichen Anstalten, Regiebetriebe, Eigenbetriebe und sonstigen Sondervermögen zu behandeln sind, bitte die Abschnitte A – H vollständig ausfüllen.

Arbeitsstätten hingegen, die als **Zweigniederlassungen** gelten, müssen nur die Abschnitte A – D ausfüllen. Besteht nur eine **einzige Arbeitsstätte**, sind Angaben zu den Abschnitten A – F zu machen. Die betreffenden Anschriften sind auf Seite 1 des Fragebogens bzw. im Ergänzungsblatt anzugeben.

④ Auch wenn Sie in einer Gemeinde mehrere Zweigniederlassungen haben, führen Sie diese bitte einzeln auf.

⑤ Träger der Arbeitsstätte

Hier sollen die Arbeitsstätten der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung sowie von Organisationen ohne Erwerbszweck ihren Träger angeben, z. B.

Arbeitsstätte	Träger
Erholungsheim	Gewerkschaft
Kindergarten	Kirche
Krankenhaus	Rotes Kreuz
Wirtschaftsministerium	Bund
Polizei	Land
Ordnungsamt	Gemeinde
Altenpflegeheim	gesetzliche Rentenversicherung

⑥ Bitte tragen Sie hier keine Sammelbezeichnungen ein, sondern beschreiben Sie die Art der **hergestellten, reparierten oder gehandelten Waren** möglichst genau, also nicht Fahrzeuge, sondern Krafträder, Kraftwagen; nicht Metallwaren, sondern Metallmöbel, Beschläge; nicht Bekleidung, sondern Herrenoberbekleidung, Wäsche, Kopfbedeckung.

⑦ Zu den **erbrachten Bauleistungen** gehören die Leistungen im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe, wie z. B. im Hochbau, Straßenbau, Gerüstbau, in der Dachdeckerei und Zimmerei, der Klempnerei, Bautischlerei, Fliesen- und Plattenlegerei und im Malergewerbe.

⑧ Hierzu gehören die von Handelsvertretern und -vermittlern **vermittelten Waren** sowie die von Grundstücks-, Hypotheken-, Finanzierungs maklern und Versicherungsvertretern u. dgl. **vermittelten Leistungen**.

⑨ Geben Sie bitte an, ob es sich bei den **Transportleistungen** z. B. um Leistungen bei der Personen- oder Güterbeförderung, bei der See- oder Binnenschifffahrt, im Luftverkehr, in der Spedition oder Lagerei handelt.

⑩ Hierzu gehören sämtliche **Dienstleistungen** von Unternehmen und freien Berufen wie z. B. von Sparkassen, Krankenversicherungen, Zahnärzten, Restaurants und Schankwirtschaften, Pensionen, Damenfriseuren, selbständigen Wissenschaftlern und Sportlern, privaten Theatern, Sanatorien, Wäschereien, Chemischen Reinigungen, Bestattungsinstituten u. dgl.

⑪ Eine **neue wirtschaftliche Tätigkeit** liegt dann vor, wenn eine erhebliche Änderung des Schwerpunkts des betriebenen Gewerbes, der ausgeübten Tätigkeit bzw. des Aufgabengebietes erfolgt ist, z. B. von der Herstellung von Oberbekleidung zum Einzelhandel mit Oberbekleidung. Bitte beachten Sie dazu die Fragen A 2 a – c.

Bei gleichzeitiger Aufnahme einer neuen wirtschaftlichen Tätigkeit und Standortverlagerung bitte nur die Frage nach der Neueröffnung der Arbeitsstätte ankreuzen.

⑫ Kreuzen Sie hier bitte an, wenn Ihre Arbeitsstätte die **Hauptniederlassung** einer Firma, eines Unternehmens, einer Praxis u. dgl. ist, zu der noch rechtlich unselbständige Arbeitsstätten (Zweigniederlassungen ⑬) gehören. Als Hauptniederlassung gilt nur die Arbeitsstätte, von der aus das ganze Unternehmen geleitet wird.

⑬ Eine Arbeitsstätte gilt als **Zweigniederlassung**, wenn sie von der Hauptniederlassung räumlich – gegebenenfalls auch in derselben Gemeinde – getrennt besteht und rechtlich unselbständig ist.

14 Tätige Personen

Als tätige Personen gelten **alle** voll- und teilzeitbeschäftigten Personen, die am Stichtag in einem Arbeitsverhältnis stehen und in der Lohn- und Gehaltsliste geführt werden, einschließlich tätiger Inhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger, **unabhängig** von der Arbeitszeit, die sie in der Arbeitsstätte tätig sind.

Mitzzuzählen sind auch Vertreter und Reisende sowie das Personal auf Bau- und Montagestellen, auf Fahrzeugen und Schiffen.

Nicht zu melden sind Personen, die zur Ableistung des Grundwehrdienstes oder des zivilen Ersatzdienstes einberufen sind, im Ausland beschäftigte Personen und Arbeitskräfte, die als Beauftragte anderer Arbeitsstätten in der meldenden Arbeitsstätte Montage- oder Reparaturarbeiten durchführen. Nicht mitzzuzählen sind auch Arbeitskräfte, die von anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung gemäß dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz überlassen wurden (Leiharbeiter wie Fremdlöhner, Zeitbeschäftigte für Bürotätigkeiten usw.).

Bei Arbeitsstätten, die an Arbeitsgemeinschaften des Bau- und Gewerbes beteiligt sind, müssen die Angaben einschließlich „Arge-Anteile“ gemacht werden.

Heimarbeiter werden nicht erfaßt.

15 Stichtag ist der 25. Mai 1987

Sind die tätigen Personen zu diesem Tag nicht zu ermitteln, nehmen Sie bitte als Stichtag den nächstmöglichen Zeitpunkt vor oder nach dem 25. Mai 1987.

16 Unbezahlt mithelfende Familienangehörige

Mithelfende Familienangehörige, die in einem Lohn-, Gehalts- oder Ausbildungsverhältnis stehen, sind nicht hier, sondern unter C 4 – 7 und bei Hauptniederlassungen auch unter G 1 c zu melden.

17 Angestellte

Angestellte sind Arbeitnehmer, die der Beitragspflicht zur Angestelltenversicherung unterliegen oder auf Grund besonderer Vorschriften von dieser befreit sind. Betriebsleiter, Direktoren, Vorstandsmitglieder und andere leitende Kräfte, die nicht Inhaber sind, sondern im Angestelltenverhältnis stehen, sind hier mitzzuzählen.

18 Facharbeiter/Gesellen

Facharbeiter/Gesellen sind Arbeitnehmer, die der Arbeiterrentenversicherung unterliegen oder auf Grund besonderer Vorschriften von dieser befreit sind und wegen ihrer Fachkenntnisse und Fähigkeiten mit Arbeiten beschäftigt werden, die als besonders schwierig oder verantwortungsvoll gelten. Die Befähigung kann durch eine abgeschlossene praktische Berufsausbildung, einen gleichwertigen Berufsfachschulabschluß oder durch langjährige Beschäftigung mit gleichwertigen Arbeiten bei entsprechender Entlohnung erworben sein (z.B. Vorarbeiter). Arbeiterrentenversicherungspflichtige Meister sind hier ebenfalls zu erfassen.

19 Auszubildende

Hierzu zählen gewerblich, kaufmännisch, handwerklich, landwirtschaftlich und technisch Auszubildende in allen Ausbildungsbereichen und im öffentlichen Dienst, einschl. Anlernlinge, Umschüler, Volontäre und Praktikanten, jedoch ohne Beamte im Vorbereitungsdienst.

20 Teilzeitbeschäftigte

Als Teilzeitbeschäftigte gelten alle am Stichtag tätigen Personen, die zur Ableistung einer kürzeren als der orts-, branchen- oder betriebsüblichen Wochenarbeitszeit eingestellt sind. Tätige Inhaber und unbezahlt mithelfende Familienangehörige sind entsprechend zu beurteilen. Kurzarbeit gilt nicht als Teilzeitbeschäftigung.

21 Ausländer

Ausländer sind alle Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit einschl. der Staatenlosen und der Personen mit „ungeklärter“ Staatsangehörigkeit, die sich im

Bundesgebiet aufhalten. Die in der Bundesrepublik anwesenden nichtdeutschen Flüchtlinge, die den Status eines heimatlosen Ausländers oder ausländischen Flüchtlings besitzen, zählen zu den Ausländern. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine fremde Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige.

22 Löhne und Gehälter für 1986

Die Summe der Löhne und Gehälter bezieht sich auf das Kalenderjahr 1986. Sollte die Angabe nur für das Geschäftsjahr möglich sein, sind die Angaben für das letzte Geschäftsjahr zu machen, das bis Mai 1987 zu Ende ging.

Bei den Löhnen und Gehältern sind **einzubeziehen** alle tariflichen oder frei vereinbarten Zulagen (z.B. Akkord-, Nachtarbeits- und Schmutzzulagen, Mietzuschüsse, Kinderzulagen, Fahrkartenzuschüsse, Essengeld), Naturalvergütungen, Vergütungen für ausgefallene Arbeitszeit (insbesondere Urlaubsgeld), Zuschüsse der Arbeitgeber zum Krankengeld, Urlaubsbeihilfen, Entschädigungen für nicht gewährten Urlaub, Gratifikationen, Gewinnbeteiligungen, Erfolgsprämien, Erfindergeld, vermögenswirksame Leistungen im Sinne von § 2 des Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer.

Vergütungen für Heimarbeiter sind nicht zu melden.

Nicht einzubeziehen sind Pflichtbeiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung, Zahlungen auf Grund des Kindergeldgesetzes, allgemeine soziale Aufwendungen (z.B. für Kantinen, Werkskindergärten, Erholungsheime usw.), Spesenersatz, Bergmannsprämien für Bergleute unter Tage, Ruhegehälter und Betriebspensionen, Auslösungen im Baugewerbe sowie Umzugskostenvergütungen.

23 Rechtsform des Unternehmens

Hierzu gehören auch die mit dem Zweck der Kostendeckung betriebenen erwerbswirtschaftlich geführten Unternehmen ohne eigenständige Rechtsform (Regiebetriebe, Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen) von juristischen Personen des öffentlichen Rechts.

24 Angaben über das gesamte Unternehmen

Die Angaben sind über das gesamte Unternehmen als rechtlich selbständige Einheit einschließlich aller Zweigniederlassungen im Inland – auch land- und forstwirtschaftlicher Art – zu machen. Zweigniederlassungen im Ausland werden hingegen nicht erfaßt. Bei Unternehmen, die sich an Arbeitsgemeinschaften des Baugewerbes beteiligen, sind die „Arge-Anteile“ einzubeziehen.

– Die tätigen Personen des **gesamten Unternehmens** in Abschnitt G setzen sich aus den tätigen Personen in der Hauptniederlassung (Abschnitt C) und den tätigen Personen in den Zweigniederlassungen (Abschnitt H) zusammen.

In Abschnitt H sind die tätigen Personen je Zweigniederlassung nur in einer Position ausgewiesen. Deshalb müssen sie in männliche und weibliche tätige Inhaber, unbezahlt mithelfende Familienangehörige und Arbeitnehmer aufgeteilt werden. Zusammen mit den entsprechenden Positionen in Abschnitt C erhalten Sie als **Summe** die für das gesamte Unternehmen einzutragenden Zahlen. Die Arbeitnehmer setzen sich in Abschnitt C aus den Positionen 3 – 7 zusammen.

– Die Bruttolöhne und -gehälter des **gesamten Unternehmens** in Abschnitt G erhalten Sie ebenfalls als Summe der Löhne und Gehälter der Hauptniederlassung (Abschnitt D) und der Löhne und Gehälter der Zweigniederlassungen (Abschnitt H).

25 Zu den **Arbeitnehmern** zählen Beamte, Angestellte, Facharbeiter, Gesellen, sonstige Arbeiter und Auszubildende.

26 In **Abschnitt H** sind alle **inländischen Zweigniederlassungen** aufzuführen, auch solche land- und forstwirtschaftlicher Art.

27 Bitte geben Sie hier die **wirtschaftliche Tätigkeit** ihrer Zweigniederlassung(en) in Anlehnung an die Fragen A 2 a – c an.

A		Bogen-Nummer		Satz- stelle 1 – 7
➡ 1	Allgemeine Angaben über die Arbeitsstätte, für die dieser Fragebogen ausgefüllt wird		Bitte nicht ausfüllen!	
	Träger der Arbeitsstätte – nur bei Anstalten oder Einrichtungen von Behörden oder der Sozialversicherung sowie von Kirchen, Verbänden und sonstigen Organisationen ⑤ :		Satzart 1	
➡ 2	Wirtschaftliche Tätigkeit der Arbeitsstätte		Wirtschaftsklasse	
	Genaue Bezeichnung des betriebenen Gewerbes, der ausgeübten Tätigkeit bzw. des Aufgabengebietes:		der Arbeitsstätte <div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 20px;"></div>	
a			des Unternehmens <div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 20px;"></div>	
b	Mit folgenden zusätzlichen Angaben ermöglichen Sie uns die Zuordnung Ihrer Arbeitsstätte zu den einzelnen Wirtschaftszweigen. Nennen Sie bitte die			
b 1	– hergestellten, erzeugten oder gewonnenen Güter oder Waren ⑥ :			
b 2	– reparierten Waren ⑥ :			
b 3	– erbrachten Bauleistungen ⑦ :			
b 4	– im Großhandel gehandelten Waren ⑥ :			
b 5	– im Einzelhandel gehandelten Waren ⑥ :			
b 6	– vermittelten Waren und vermittelten Leistungen ⑧ :			
b 7	– erbrachten Transportleistungen ⑨ :			
b 8	– erbrachten sonstigen Tätigkeiten, Dienstleistungen ⑩ :			
c	Falls Sie in mehreren Zeilen Angaben gemacht haben, kreuzen Sie bitte unten die Nummer der Zeile an, die den Schwerpunkt Ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit beschreibt:			
<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div>b 1 <input type="checkbox"/></div> <div>b 2 <input type="checkbox"/></div> <div>b 3 <input type="checkbox"/></div> <div>b 4 <input type="checkbox"/></div> <div>b 5 <input type="checkbox"/></div> <div>b 6 <input type="checkbox"/></div> <div>b 7 <input type="checkbox"/></div> <div>b 8 <input type="checkbox"/></div> </div>				

Falls Sie in **einer** Zeile mehrere Angaben gemacht haben, **unterstreichen** Sie bitte die **hauptsächlich** hergestellte Ware oder erbrachte Leistung.

3

a

Eröffnung dieser Arbeitsstätte (Zutreffendes bitte ankreuzen!)

Wann wurde die unter A 2 angegebene wirtschaftliche Tätigkeit an diesem Standort aufgenommen (Eröffnung)?

11	vor 1960		1960 – 1969		1970 – 1980		1981		1982		1983		1984		1985		1986		1987	
	0		1		2		3		4		5		6		7		8		9	

b

Wenn nach 1980 eröffnet:

Handelt es sich um eine Neueröffnung der Arbeitsstätte? (Neugründung oder neue wirtschaftliche Tätigkeit) ⑪

12

1

oder eine Standortverlagerung innerhalb der Gemeinde?

12

2

oder eine Standortverlagerung aus einer anderen Gemeinde?

12

3

B

Niederlassungsart (Zutreffendes bitte ankreuzen!)

Arbeitsstätten von Behörden, der Sozialversicherung, von Kirchen, Verbänden und sonstigen Organisationen sowie deren Anstalten und Einrichtungen brauchen diese Frage nicht zu beantworten.

1

Besteht die Firma (Unternehmen, Praxis, Büro u.dgl.) nur aus dieser **einzigen Arbeitsstätte**?

15

1

B 1

2

Wenn B 1 nicht zutrifft, wird das aus mehreren Arbeitsstätten bestehende Unternehmen von dieser Arbeitsstätte aus geleitet (**Hauptniederlassung**)? ⑫

15

2

B 2

3

Wenn B 1 und B 2 nicht zutreffen, bitte das Feld zu B 3 ankreuzen und die Anschrift auf Seite 1 und den **Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit** des Unternehmens eintragen, zu dem diese Arbeitsstätte als **Zweigniederlassung** gehört. ⑬

15

3

B 3

Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit des gesamten Unternehmens in Anlehnung an die Fragen A 2a – c.

C

Tätige Personen ⑭ in dieser Arbeitsstätte am 25. Mai 1987 ⑮

einschließlich der vorübergehend Abwesenden, Kranken und Urlauber

		Anzahl	
		männlich	weiblich
1	Tätige Inhaber	16	17
2	Unbezahlt mithelfende Familienangehörige ⑯	18	19
3	Beamte/Richter, Beamtenanwärter (im öffentl.-rechtl. Dienstverhältnis)	20	21
4	Angestellte (ohne Auszubildende) ⑰	24	25
5	Facharbeiter, Gesellen (ohne Auszubildende, ohne Heimarbeiter) ⑱	26	27
6	Sonstige Arbeiter (ohne Heimarbeiter)	28	29
7	Auszubildende (auch Anlernlinge, Praktikanten u. Volontäre) ⑲	30	31
8	Tätige Personen insgesamt	32	33
9	von den tätigen Personen insgesamt sind Teilzeitbeschäftigte ⑳	34	35
10	von den Arbeitnehmern unter 4 – 7 sind Ausländer ㉑	36	37

D

Löhne und Gehälter in dieser Arbeitsstätte

in vollen DM

1

Bruttolöhne und -gehälter im Kalenderjahr 1986 ㉒

38

2

Bitte kreuzen Sie nebenstehendes Feld an, wenn im Kalenderjahr 1986 keine Löhne und Gehälter zu zahlen waren

39

1

E Handwerkseigenschaft (Zutreffendes bitte ankreuzen!)

1 Ist der Inhaber/die Inhaberin oder der Leiter/die Leiterin mit einem handwerklichen Haupt- oder Nebenbetrieb in die Handwerksrolle eingetragen? ja

40	1	
----	---	--

(Handwerksähnliche Gewerbe bitte nicht berücksichtigen) nein

40	2	
----	---	--

2 Wenn ja: Die Eintragung im Sinne der Handwerksordnung gilt

a für einen handwerklichen Hauptbetrieb

41	1	
----	---	--

b für einen oder mehrere handwerkliche Nebenbetriebe

41	2	
----	---	--

F Rechtsform des Unternehmens (Zutreffendes bitte ankreuzen!)

1 Nur eine Person als Inhaber(in)

42	01	
----	----	--

2 Mehrere Personen als Inhaber (z.B. Sozietät, Gesellschaft bürgerlichen Rechts), jedoch nicht in einer der nachstehend genannten Rechtsformen

42	02	
----	----	--

3 OHG

42	03	
----	----	--

4 KG

42	04	
----	----	--

5 GmbH und Co KG

42	05	
----	----	--

6 GmbH

42	06	
----	----	--

7 AG bzw. KGaA

42	07	
----	----	--

8 Eingetragene Genossenschaft

42	08	
----	----	--

9 Sonstige private Rechtsform, z. B. eingetragener Verein, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

42	09	
----	----	--

10 Wirtschaftliche Unternehmen von Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts ²³

42	10	
----	----	--

Diese Seite nur ausfüllen, wenn Frage B 2 (Hauptniederlassung) angekreuzt ist!

G		Angaben über das gesamte Unternehmen ⁽²⁴⁾		Anzahl	
				männlich	weiblich
1	Tätige Personen ⁽¹⁴⁾ im Unternehmen am 25. Mai 1987 ⁽¹⁵⁾	44		45	
a	Tätige Inhaber	46		47	
b	Unbezahlt mithelfende Familienangehörige ⁽¹⁶⁾	48		49	
c	Arbeitnehmer ⁽²⁵⁾	50		51	
d	Tätige Personen insgesamt				
in vollen DM					
2	Bruttolöhne und -gehälter im Unternehmen im Kalenderjahr 1986 ⁽²²⁾	52			
3	Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit des Unternehmens in Anlehnung an die Fragen A 2a – c.				
4	Anzahl der inländischen Zweigniederlassungen, die zum Unternehmen gehören	53			
Machen Sie bitte in Abschnitt H für diese Zweigniederlassungen weitere Angaben.					

H		Zweigniederlassungen des Unternehmens ⁽²⁶⁾		Bogen-Nummer		Satz- stelle 1 – 7
				Satzart	7	8
laufende Nummer	Wirtschaftliche Tätigkeit ⁽²⁷⁾ (Betriebenes Gewerbe, ausgeübte Tätigkeit):	Bitte nicht ausfüllen!	laufende Nummer			1
			Land	Kreis	Gemeinde	
			Wirtschaftsklasse der Arbeitsstätte			
1	Tätige Personen ⁽¹⁴⁾ insgesamt am 25. Mai 1987 ⁽¹⁵⁾	Anzahl				
	Bruttolöhne und -gehälter im Kalenderjahr 1986 ⁽²²⁾	in vollen DM				
	Bitte kreuzen Sie nebenstehendes Feld an, wenn 1986 keine Löhne und Gehälter zu zahlen waren.		1			
laufende Nummer	Wirtschaftliche Tätigkeit ⁽²⁷⁾ (Betriebenes Gewerbe, ausgeübte Tätigkeit):	Bitte nicht ausfüllen!	laufende Nummer			2
			Land	Kreis	Gemeinde	
			Wirtschaftsklasse der Arbeitsstätte			
2	Tätige Personen ⁽¹⁴⁾ insgesamt am 25. Mai 1987 ⁽¹⁵⁾	Anzahl				
	Bruttolöhne und -gehälter im Kalenderjahr 1986 ⁽²²⁾	in vollen DM				
	Bitte kreuzen Sie nebenstehendes Feld an, wenn 1986 keine Löhne und Gehälter zu zahlen waren.		1			
laufende Nummer	Wirtschaftliche Tätigkeit ⁽²⁷⁾ (Betriebenes Gewerbe, ausgeübte Tätigkeit):	Bitte nicht ausfüllen!	laufende Nummer			3
			Land	Kreis	Gemeinde	
			Wirtschaftsklasse der Arbeitsstätte			
3	Tätige Personen ⁽¹⁴⁾ insgesamt am 25. Mai 1987 ⁽¹⁵⁾	Anzahl				
	Bruttolöhne und -gehälter im Kalenderjahr 1986 ⁽²²⁾	in vollen DM				
	Bitte kreuzen Sie nebenstehendes Feld an, wenn 1986 keine Löhne und Gehälter zu zahlen waren.		1			

Definitionen und Erläuterungen der Volks- und Berufszählung

Der Nachweis von Definitionen und Erläuterungen wurde auf die wichtigsten in den Karten und Schaubildern vorkommenden Begriffe beschränkt. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurden die Begriffe alphabetisch angeordnet. **Drucktechnische Hervorhebungen** in den Texten sind als Querverweise zu verstehen.

Andere Religionsgesellschaft

Hierzu zählen alle nicht gesondert ausgewiesenen Religionsgesellschaften, z.B.

- die Ostkirchen: Orthodoxe Kirche (z.B. Griechisch-Orthodoxe Kirche),
- Orientalische Kirche und Sondergruppen,
- die Altkatholische Kirche und verwandte Gruppen,
- die christlich orientierten Sondergemeinschaften wie die Adventisten, Bibelforscher, Zeugen Jehovas, Christliche Wissenschaft, die Katholisch-Apostolische Kirche, Neuapostolische Kirche,
- die nichtchristlichen Volks- und Weltreligionen (z.B. Buddhismus) sowie
- die freireligiösen und Weltanschauungsgemeinschaften.

Angestellte

Zu den Angestellten zählen alle nicht beamteten Gehaltsempfänger, d.h. alle kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Verwaltungsangestellte, auch wenn sie in leitender Stellung (Direktor, Prokurist) tätig sind. Maßgebend für die Zuordnung ist der Arbeitsvertrag und nicht die Art der Versicherung, so daß z.B. Personen, die aufgrund ihrer langjährigen Betriebszugehörigkeit vom **Arbeiter** – in das Angestelltenverhältnis übernommen wurden, als Angestellte gelten, auch wenn sie weiterhin Beiträge zur Rentenversicherung für Arbeiter abführen.

Angestellte mit Beamtenbesoldung, z.B. bei Sozialversicherungsträgern oder kommunalen Spitzenverbänden, gelten ebenfalls als Angestellte. Haushaltsgehilfinnen sind dagegen nur dann Angestellte, wenn sie in der Angestelltenversicherung pflichtversichert sind. Andernfalls zählen sie zu den sonstigen Arbeitern.

Gemeindeschwestern zählen wie Nonnen oder Ordensbrüder als Angestellte. Mit Ausnahme der Geistlichen der **Evangelischen und Römisch-katholischen Kirche**, die **Beamte** sind, zählen alle Geistlichen und Sprecher von Religionsgesellschaften zu den Angestellten.

Arbeiter

Als Arbeiter gelten alle Lohnempfänger, unabhängig von der Lohnzahlungs- und Lohnabrechnungsperiode und der

Qualifikation. Maßgebend ist die Vereinbarung im Arbeitsvertrag, die nicht in allen Fällen mit der Rentenversicherungspflichtzugehörigkeit übereinstimmt. Es wird unterschieden zwischen Facharbeitern und sonstigen Arbeitern.

Facharbeiter sind Arbeitnehmer, die wegen ihrer Fachkenntnisse und Fähigkeiten mit Arbeiten beschäftigt werden, die als besonders schwierig und verantwortungsvoll gelten. Die Befähigung kann durch eine abgeschlossene praktische Berufsausbildung, einen gleichwertigen Berufsfachschulabschluß oder durch langjährige Beschäftigung mit gleichwertigen Arbeiten bei entsprechender Entlohnung erworben worden sein. Zu den Facharbeitern zählen auch Gesellen und Vorarbeiter.

Zu den sonstigen Arbeitern gehören z.B. angelernte und ungelernte Arbeiter, Hilfsarbeiter, Hausgehilfinnen (sofern sie nicht in der Angestelltenversicherung pflichtversichert sind).

Ausländer

Zu den Ausländern werden alle Personen gerechnet, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des GG sind. Nicht zu den Ausländern zählen demnach die Übersiedler aus der DDR und alle Personen deutscher Volkszugehörigkeit, wie die deutschstämmigen Aussiedler aus den Ostblockstaaten. Ebenfalls nicht zu den Ausländern zählen Deutsche, die zugleich eine fremde **Staatsangehörigkeit** besitzen. Dagegen werden Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit zu den Ausländern gezählt.

Ausländerhaushalte

Haushalte, deren **Bezugsperson** nicht die deutsche **Staatsangehörigkeit** besitzt.

Auszubildende

Die Auszubildenden sind entsprechend dem von ihnen angegebenen Ausbildungsberuf in kaufmännisch-technisch Auszubildende und in gewerblich Auszubildende untergliedert. Als gewerbliche Ausbildungsberufe gelten solche, die normalerweise in einen Arbeiterberuf einmünden. Als kaufmännische, technische oder Verwaltungsausbildungsberufe gelten hingegen solche, die normalerweise in einen Angestelltenberuf einmünden.

Zu den Auszubildenden zählen auch Anlernlinge, Umschüler, Volontäre, Praktikanten und Schwesternschülerinnen, nicht jedoch **Beamte** im Vorbereitungsdienst.

Beamte

Beamte stehen in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis. Sie sind bei Dienststellen des Bundes, der Länder und der Gemeinden, der Bundesbahn und -post sowie sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts tätig.

Auch Beamtenanwärter, Referendare, Angehörige der Polizei, des Bundesgrenzschutzes sowie Geistliche der *Evangelischen* und *Römisch-katholischen Kirche* sind Beamte. Geistliche *anderer Religionsgesellschaften* dagegen gelten als *Angestellte*. Viele Banken und Versicherungen bezeichnen ihre Angestellten oft als Sekretäre oder Inspektoren oder auch als Bank- oder Versicherungsbeamte. Es handelt sich aber nur dann um Beamte, wenn der Arbeitgeber eine "juristische Person des öffentlichen Rechts" ist (z.B. Deutsche Bundesbank, Landeszentralbank) und ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis vorliegt.

Wahlbeamte gelten während ihrer Amtszeit als Beamte.

Den Beamten sind neben den Richtern auch die *Soldaten* und Zivildienstleistenden zugeordnet.

Berufliche Gliederung

Den Schaubildern mit beruflicher Gliederung liegt das "Schlüsselverzeichnis" der Berufsbenennungen für die "Berufszählung 1987" und die "Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975" zugrunde. Das Schlüsselverzeichnis unterscheidet etwa 25 000 Berufsbenennungen, die entsprechend der Klassifizierung der Berufe zu 328 Berufsordnungen, 86 Berufsgruppen, 33 Berufsabschnitten und 6 Berufsbereichen zusammengefaßt sind. Etwa 3 500 Schlüsselziffern sind aufgrund der Angaben der Befragten zusätzlich für neue Berufsbenennungen vergeben worden. Die berufliche Gliederung ist dementsprechend aktualisiert.

Berufsfachschule

Berufsfachschulen sind berufsvorbereitende oder berufsausbildende Schulen deren freiwilliger Besuch in der Regel ganz oder teilweise den Pflichtbesuch einer Berufsschule ersetzen kann. Zu den Berufsfachschulen gehören u.a. Handelsschulen, höhere Handelsschulen, Verwaltungsschulen, Sprachen- und Dolmetscherschulen, Haushaltsschulen, Schulen für Kinderpflegerinnen, Schulen für Arzthelferinnen, Kunstschulen und Schauspielschulen.

Eine Sonderform für Behinderte ist wie die Berufsfachschule zu behandeln.

Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung

Zur Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung gehören diejenigen Personen, die im betreffenden Gebiet ihre alleinige

Wohnung bzw. ihre Hauptwohnung im Sinne des § 12 des Melderechtsrahmengesetzes vom 16. August 1980 (BGBl. I S. 1429) haben.

Nach § 12 des Melderechtsrahmengesetzes ist die Hauptwohnung die vorwiegend benutzte Wohnung. Hauptwohnung einer verheirateten Person, die nicht dauernd getrennt von ihrer Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen liegt.

Bevölkerung am Familienwohnsitz

Hierzu rechnen alle Personen in *Privathaushalten*, die in der jeweiligen Gemeinde ihren alleinigen Wohnsitz haben. Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften werden nur am Wohnsitz ihrer Familienangehörigen nachgewiesen. Hierbei gelten folgende Regelungen:

- Ledige Personen, die eine weitere, im Bundesgebiet gelegene Wohnung oder Unterkunft besitzen und ihren Lebensunterhalt überwiegend aus den Einkünften ihrer Eltern bestreiten, bleiben an demjenigen Wohnsitz unberücksichtigt, an dem sie alleine leben.
- Analog werden verheiratete Personen in den Gemeinden, in denen sie nur eine *Nebenwohnung* haben, nicht zur Bevölkerung am Familienwohnsitz gezählt.

Bevölkerung in Privathaushalten

Gesamtheit der in *Privathaushalten* lebenden Personen. Sie unterscheidet sich von der *Wohnberechtigten Bevölkerung* um *Personen* ohne eigene Haushaltsführung in *Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften* und Personen in wohnberechtigten Haushalten, deren Haushaltsmitglieder am betreffenden Ort sämtlich nicht zur *Wohnbevölkerung* zählen.

Bevölkerungsdichte

Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung je km² Fläche.

Bezugsperson des Haushalts

Hierbei handelt es sich um die *Person, die überwiegend zum Unterhalt des Haushalts beiträgt*.

Erlerner Beruf

(abgeschlossene praktische Berufsausbildung)

Hierbei handelt es sich um Angaben zur abgeschlossenen praktischen Berufsausbildung, die sich auf anerkannte Ausbildungsberufe beziehen. Eingeschlossen sind sowohl aktuelle als auch inzwischen überholte anerkannte "Lehr-, Anlern- und Ausbildungsberufe in der Gliederung nach Berufsbenennungen der Klassifizierung der Berufe".

Erwerbslose

Als Erwerbslose gelten Personen, die nicht in einem Arbeitsverhältnis stehen, sich aber um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt als Arbeitslose gemeldet sind oder nicht.

Insofern ist der Begriff der Erwerbslosen umfassender als der Begriff der Arbeitslosen. Andererseits zählen Arbeitslose, die vorübergehend geringfügige Tätigkeiten ausüben, nach dem geltenden Erwerbskonzept des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den **Erwerbstätigen**.

Erwerbspersonen

Alle Personen, die entweder **Erwerbstätige** oder **Erwerbslose** sind, gelten als Erwerbspersonen.

Erwerbstätige

Als Erwerbstätige gelten Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen (einschließlich **Soldaten** und **Mithelfende Familienangehörige**) oder selbständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben, unabhängig von der Bedeutung des Ertrages dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen tatsächlich geleistete oder vertragsmäßig zu leistende Arbeitszeit. Auch **Auszubildende** zählen zu den Erwerbstätigen; Hausfrauen sowie ehrenamtlich Tätige gehören nach dem international geltenden Erwerbskonzept dagegen nicht zu den Erwerbstätigen.

Erwerbstätige am Arbeitsort

Erwerbstätige am Wohnort sowie die aus anderen Gemeinden einpendelnden **Erwerbstätigen**.

Erwerbstätige am Wohnort

Erwerbstätige, die in der betreffenden Gemeinde zur **Wohnbevölkerung** gehören.

Erwerbsquote

Anteil der **Erwerbspersonen** an der Gesamtbevölkerung. Die altersspezifische Erwerbsquote gibt den Anteil der Erwerbspersonen eines bestimmten Alters an der Gesamtzahl der Personen im betreffenden Alter wieder.

Erwerbstätigenquoten

Anteil der **Erwerbstätigen** an der Gesamtbevölkerung.

Altersspezifische Erwerbstätigenquoten erhält man, wenn Erwerbstätige eines bestimmten Alters zur Gesamtzahl der Personen im betreffenden Alter in Bezug gesetzt werden.

Evangelische Freikirche

Zur "Evangelischen Freikirche" zählen

- Deutsche Freikirchen (z.B. Lutherische Freikirchen, Reformierte freie Gemeinden) und

- Ausländische Kirchen, die nicht der **evangelischen Kirche** zugerechnet werden (z.B. Free Church, Presbyterianer und Quäker).

Evangelische Kirche

Zur "Evangelischen Kirche in Deutschland" (EKD) zählen

- die Evangelischen Landeskirchen,
- der Bund Evangelisch-reformierter Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland,
- die Europäisch-Festländische Bruder-Unität (Herrnhuter Brüdergemeinde),
- Ausländische Kirchen (z.B. Church of England).

Durchschnittliche Haushaltsgröße

Anzahl der Personen in **Privathaushalten** je Privathaushalt.

Fachschule

Fachschulen sind berufsfortbildende Schulen und können freiwillig nach einer bereits erworbenen ausreichenden praktischen Berufsausbildung oder -erfahrung von nicht mehr berufsschulpflichtigen Jugendlichen nach vollendetem 18. Lebensjahr besucht werden. In Lehrgängen mit Vollzeit- und Teilzeitunterricht dienen sie der beruflichen Weiterbildung und Ausbildung für höher qualifizierte Berufe.

Familienstand

Verheiratete, die dauernd getrennt leben, ohne geschieden zu sein, zählen als verheiratet. Alle in Scheidung lebenden Personen gelten als verheiratet, solange das Scheidungsurteil noch nicht rechtskräftig ist.

Geschiedene, deren früherer Ehepartner gestorben ist, gelten als geschieden, nicht als verwitwet.

Personen, deren Ehegatte für tot erklärt worden ist, gelten als verwitwet.

Von Personen, deren Ehe für nichtig erklärt wurde, war der Familienstand vor der Ehe anzugeben.

Hauptfachrichtung(sgruppe)

Die von den Absolventen einer berufsbildenden Schule oder Hochschule (auch Lehrerausbildung) angegebenen Hauptfachrichtungen wurden nach dem "Signierschlüssel für das Signieren der Hauptfachrichtung des Abschlusses an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule bei der Volks- und Berufszählung 1987" verschlüsselt. Er ist nach 86 Hauptfachrichtungen und 10 Hauptfachrichtungsgruppen gegliedert.

Haushalte

Personen, die gemeinsam wohnen und wirtschaften, insbesondere ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren (Mehrpersonenhaushalt). Wer allein wirtschaftet, bildet

einen eigenen Haushalt (Einpersonenhaushalt), und zwar auch dann, wenn er mit anderen Personen eine gemeinsame Wohnung hat.

Haushaltszusammensetzung

Außer nach der Anzahl der Haushaltsmitglieder können die **Haushalte** u.a. danach unterteilt werden, ob in ihnen verheiratete Paare leben oder nicht (ggf. zusammen mit weiteren Personen).

Aussagen über verwandtschaftliche Beziehungen sind hierbei jedoch nicht möglich, da entsprechende Angaben in der Volkszählung 1987 nicht erfragt wurden.

Aus der jeweiligen Haushaltszusammensetzung ergeben sich auch Anhaltspunkte über die Größenordnung von "Wohngemeinschaften" bzw. "Nichtehelichen Lebensgemeinschaften".

Zur Ermittlung der Zahl der Haushalte mit und ohne Kinder werden sowohl die Haushalte mit verheiratetem(n) Paar(en) als auch diejenigen ohne verheiratete Paare danach unterteilt, ob in ihnen ledige Personen unter 18 Jahren leben.

Mithelfende Familienangehörige

Als Mithelfende Familienangehörige gelten Haushaltsmitglieder, die in einem landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieb eines anderen Haushaltsmitgliedes oder im Betrieb eines nicht im gleichen **Haushalt** wohnenden Familienangehörigen mitarbeiten, aber weder Lohn noch Gehalt empfangen, noch Sozialversicherungsbeiträge entrichten.

Nebenerwerbstätigkeit

Als Nebenerwerbstätigkeit zählt jede weitere Erwerbstätigkeit (auch jede gelegentliche bzw. unentgeltliche Mithilfe im Betrieb eines Familienangehörigen), die neben der hauptsächlichen Erwerbstätigkeit ausgeübt wird, z.B. die Nebentätigkeit eines hauptberuflichen Schlossers in der eigenen Landwirtschaft.

Es ist dabei unerheblich, ob die Nebenerwerbstätigkeit im gleichen oder in einem anderen Beruf ausgeübt wird.

In Zweifelsfällen ist die Zahl der normalerweise für die einzelnen Tätigkeiten geleisteten Arbeitsstunden maßgeblich für die Unterscheidung zwischen Haupt- und Nebenerwerbstätigkeit.

Wird die eine Tätigkeit als **Selbständiger**, die andere als abhängig Beschäftigter ausgeübt (z.B. als selbständiger Landwirt und als Waldarbeiter) und bestehen Zweifel darüber, welche der beiden Tätigkeiten als hauptsächliche zu betrachten ist, so gilt diejenige Tätigkeit als hauptsächliche, für die eine Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung besteht (im genannten Beispiel in der Regel die Tätigkeit als Waldarbeiter).

Nebenwohnung

Hat eine Person neben der Hauptwohnung noch eine oder mehrere Wohnungen, dann handelt es sich um eine Nebenwohnung. Bei einer weiteren Wohnung (Unterkunft/Zimmer) kann es sich auch um möblierte Zimmer am Arbeits- oder Ausbildungsort, auch in Baracken, Arbeiterwohnheimen und Internaten handeln.

Für Grundwehrdienstleistende und Wehrübende zählt die Kaserne nicht als weitere Wohnung. Eine Unterkunft auf einem Schiff zählt ebenfalls nicht als weitere Wohnung, es sei denn, es handelt sich um ein festverankertes Wohnschiff.

Nichterwerbspersonen

Alle Personen, die keinerlei auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen. Hierzu zählen auch Hausfrauen sowie ausschließlich ehrenamtlich Tätige.

Pendler

Als Pendler gelten **Erwerbstätige** (Berufspendler), **Schüler und Studierende** (Ausbildungspendler), deren Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte nicht auf dem Wohngrundstück liegt. Je nachdem, ob sich die Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte in der gleichen oder einer anderen Gemeinde befindet, handelt es sich um innergemeindliche Pendler oder um Pendler über die Gemeindegrenze. Liegt die Zielgemeinde in einem anderen Kreis, wird auch die Bezeichnung Pendler über die Kreisgrenze verwandt, entsprechend auch Pendler über die Grenze des Bundeslandes oder ins Ausland.

Pendler, die von der "hiesigen" Wohnung zur Arbeitsstätte oder Schule/Hochschule fahren, gelten als Tagespendler. Der von Tagespendlern zurückgelegte Weg ist der täglich gefahrene Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte bzw. Ausbildungsstätte. Führt ein Pendler von einer anderen Wohnung aus zur Arbeitsstätte/Schule/Hochschule, zählt er für die "hiesige" Wohnung als Fernpendler.

Je nachdem, ob es sich um Erwerbstätige oder Schüler/Studenten handelt, wird zwischen Berufspendlern und Ausbildungspendlern unterschieden. Personen, die sowohl eine Arbeitsstätte als auch eine Schule aufsuchen (z.B. Erwerbstätige, die nach Dienstschluß eine Abend-schule besuchen), zählen grundsätzlich zu den Berufspendlern.

Nach der Richtung der Pendelwanderung wird zwischen Auspendlern und Einpendlern unterschieden. Personen, die von der Wohnsitzgemeinde in eine andere Gemeinde zur Arbeit bzw. Ausbildung fahren, gelten als Auspendler. Von der Zielgemeinde aus betrachtet, sind sie Einpendler.

Werden innergemeindliche Berufs- oder Ausbildungspendler nach Herkunftsgemeindeteil oder nach Zielge-

meindeteil nachgewiesen, so werden sie als innergemeindliche Berufsauspendler bzw. Ausbildungsauspendler oder als innergemeindliche Berufseinpendler bzw. Ausbildungseinpendler bezeichnet.

Person, die überwiegend zum Unterhalt des Haushalts beiträgt

Hierbei wird davon ausgegangen, daß die überwiegend zum Unterhalt eines **Haushalts** beitragende Person in der Regel auch diejenige ist, die den sozialen Status und die Lebensverhältnisse des Haushalts bzw. der Haushaltsmitglieder bestimmt und sich daher als Bezugsperson für die sozio-ökonomische Zuordnung der Haushalte eignet. Diese Definition der Bezugsperson, die den bei früheren Volkszählungen üblichen Begriff des Haushaltsvorstandes ersetzt, ist inzwischen international üblich.

Die überwiegend zum Lebensunterhalt des Haushalts beitragende Person wurde insbesondere aufgrund der Angaben zum/zur Alter, Geschlecht, Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts, Erwerbsbeteiligung, Vollzeit-/Teilzeiterwerbstätigkeit und Stellung im Beruf bestimmt.

Personen in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften

Hierbei handelt es sich um Personen, die in Gemeinschafts- bzw. Anstaltsunterkünften keinen eigenen **Haushalt** führen. Personen in Wohnheimen führen dagegen einen eigenen Haushalt auch dann, wenn sie an der Gemeinschaftsverpflegung und sonstigen Gemeinschaftseinrichtungen teilnehmen.

Personen mit eigenem Einkommen

Zu den Personen mit eigenem Einkommen zählen alle Personen, die überwiegend von einer der folgenden Einkommensquellen leben:

- Erwerbs-, Berufstätigkeit
- Arbeitslosengeld, -hilfe
- Rente, Pension
- eigenem Vermögen, Vermietung, Verpachtung, Anteil
- Unterstützungen (z.B. Sozialhilfe, BAföG)

Nicht dazu gehören Personen, deren Lebensunterhalt überwiegend durch Eltern, Ehegatten usw. bestritten wird.

Privathaushalte

Als Privathaushalte werden ähnlich wie bei der **Wohnberechtigten Bevölkerung** grundsätzlich alle **Haushalte** an jedem Wohnort gezählt, d.h. solche mit mehreren Wohnsitzen entsprechend auch mehrfach. Wohnberechtigte Haushalte gelten an einem Ort jedoch dann nicht als Privathaushalte, wenn ausnahmslos alle Haushaltsmitglieder dort nicht zur **Wohnbevölkerung** (z.B. Ferienwohneinheiten/-wohnungen) rechnen. Personen in Anstalten führen definitionsgemäß keinen eigenen **Haushalt**.

Römisch-katholische Kirche

Zur Römisch-katholischen Kirche zählen nur die Mitglieder dieser Kirche. Mitglieder der altkatholischen Kirche und verwandter Gruppen zählen zu den **anderen Religionsgesellschaften**.

Schüler und Studierende am Familienwohnsitz

Schüler und Studierende, die zur **Bevölkerung am Familienwohnsitz** gehören.

Schüler und Studierende am Schulort

Schüler und Studierende, die am Ort der Schule bzw. Hochschule zur **Wohnbevölkerung** gehören oder aus anderen Gemeinden einpendeln.

Schüler und Studierende am Wohnort

Schüler und Studierende, die in der betreffenden Gemeinde zur **Wohnbevölkerung** gehören.

Selbständige

Zu den Selbständigen gehören u.a. auch tätige Eigentümer, Miteigentümer oder Pächter von Arbeitsstätten, selbständige Handwerker, selbständige Handelsvertreter, die freiberuflich Tätigen u.ä. Personen, jedoch nicht Personen, die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis stehen und lediglich innerhalb ihres Arbeitsbereiches selbständig disponieren können (z.B. die selbständige Filialleiterin). Als Selbständige gelten auch Abgeordnete in den Parlamenten des Bundes und der Länder sowie Zwischenmeister, Hausgewerbetreibende und Werkvertragspartner.

Soldaten

Zu den Soldaten zählen Berufssoldaten, die sich auf Lebenszeit zum Wehrdienst verpflichtet haben, Soldaten auf Zeit (Verpflichtung bis höchstens 15 Jahre) sowie Grundwehrdienstleistende. Wehrübende zählen – im Unterschied zur Volkszählung 1970 – nicht als Soldaten.

Soldaten gelten grundsätzlich als **Erwerbstätige** und werden der Wirtschaftsgruppe "Gebietskörperschaften" zugeordnet. Hinsichtlich der Stellung im Beruf werden sie zusammen mit den **Beamten** nachgewiesen.

Staatsangehörigkeit

Personen, die nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (Artikel 116 Abs. 1) den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit gleichgestellt sind z.B. Vertriebene und Flüchtlinge deutscher Volkszugehörigkeit, zählen als Deutsche, ebenso Spätaussiedler.

Personen, die neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit haben, gelten ebenfalls als Deutsche.

Tagbevölkerung

Die Tagbevölkerung unterscheidet sich von der **Wohnbevölkerung** dadurch, daß sie um die Zahl der Auspendler vermindert und um die Zahl der Einpendler erhöht ist.

Wirtschaftliche Gliederung

Die wirtschaftliche Gliederung bezieht sich auf den Betrieb, in dem der **Erwerbstätige** beschäftigt ist. Umfaßt der Betrieb mehrere Abteilungen mit unterschiedlichem Produktionsprogramm (z.B. Gießerei und Straßenfahrzeugbau) oder ist er in anderer Beziehung gegliedert (z.B. Autohandel und Autoreparatur), so ist die überwiegende wirtschaftliche Tätigkeit des Betriebes als Ganzes (Betriebsschwerpunkt) maßgeblich.

Den Karten und Schaubildern mit wirtschaftlicher Gliederung liegt die "Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Berufszählung" zugrunde. Die Systematik unterscheidet 4 Wirtschaftsbereiche, 10 Wirtschaftsabteilungen, 42 Wirtschaftsunterabteilungen und 100 Wirtschaftsgruppen. Von den 42 Wirtschaftsunterabteilungen sind 23 zugleich Wirtschaftsgruppen. Die Verschlüsselung des Wirtschaftszweiges erfolgte nach den Klartextangaben im Fragebogen.

Wohnberechtigte Bevölkerung

Zur Wohnberechtigten Bevölkerung zählen diejenigen Personen, die im betreffenden Gebiet eine Wohnung haben, unabhängig davon, ob es sich um eine Haupt- oder **Nebenwohnung** handelt.

Wohnbevölkerung

Die Wohnbevölkerung umfaßt diejenigen Personen, die in dem angegebenen Gebiet ihre ständige Wohnung haben. Personen mit mehreren Wohnungen werden für die Gemeinde gezählt, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen. Für nichterwerbstätige bzw. nicht in Ausbildung stehende Personen erfolgt die Zuordnung nach dem Ort ihres überwiegenden Aufenthaltes.

(Bevölkerungsbegriff der VZ 1970)

Definitionen und Erläuterungen der Gebäude- und Wohnungszählung

Der Nachweis von Definitionen und Erläuterungen wurde auf die wichtigsten in den Karten und Schaubildern vorkommenden Begriffe beschränkt. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurden die Begriffe alphabetisch angeordnet. **Drucktechnische Hervorhebungen** in den Texten sind als Querverweise zu verstehen.

Angestellte

Zu den Angestellten zählen alle nicht beamteten Gehaltsempfänger, d.h. alle kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Verwaltungsangestellte, auch wenn sie in leitender Stellung (Direktor, Prokurist) tätig sind. Maßgebend für die Zuordnung ist der Arbeitsvertrag und nicht die Art der Versicherung, so daß z.B. Personen, die aufgrund ihrer langjährigen Betriebszugehörigkeit vom **Arbeiter-** in das Angestelltenverhältnis übernommen wurden, als Angestellte gelten, auch wenn sie weiterhin Beiträge zur Rentenversicherung für Arbeiter zahlen.

Angestellte mit Beamtenbesoldung, z.B. bei Sozialversicherungsträgern oder kommunalen Spitzenverbänden, gelten ebenfalls als Angestellte. Hausgehilfinnen sind dagegen nur dann Angestellte, wenn sie in der Angestelltenversicherung pflichtversichert sind. Andernfalls zählen sie zu den sonstigen Arbeitern.

Gemeindeschwestern zählen wie Nonnen oder Ordensbrüder als Angestellte. Mit Ausnahme der Geistlichen der Evangelischen und Römisch-katholischen Kirche, die **Beamte** sind, zählen alle Geistlichen und Sprecher von Religionsgesellschaften zu den Angestellten.

Arbeiter

Als Arbeiter gelten alle Lohnempfänger, unabhängig von der Lohnzahlungs- und Lohnabrechnungsperiode und der Qualifikation. Maßgebend ist die Vereinbarung im Arbeitsvertrag, die nicht in allen Fällen mit der Rentenversicherungspflichtzugehörigkeit übereinstimmt. Es wird unterschieden zwischen Facharbeitern und sonstigen Arbeitern.

Facharbeiter sind Arbeitnehmer, die wegen ihrer Fachkenntnisse und Fähigkeiten mit Arbeiten beschäftigt werden, die als besonders schwierig und verantwortungsvoll gelten. Die Befähigung kann durch eine abge-

schlossene praktische Berufsausbildung, einen gleichwertigen Berufsfachschulabschluß oder durch langjährige Beschäftigung mit gleichwertigen Arbeiten bei entsprechender Entlohnung erworben worden sein. Zu den Facharbeitern zählen auch Gesellen und Vorarbeiter.

Zu den sonstigen Arbeitern gehören z.B. angelernte und ungelernte Arbeiter, Hilfsarbeiter, Hausgehilfinnen (sofern sie nicht in der Angestelltenversicherung pflichtversichert sind).

Ausländerhaushalte

Haushalte, deren **Bezugsperson** nicht die deutsche **Staatsangehörigkeit** besitzt.

Als Ausländer gelten alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes sind. Dazu zählen auch die Staatenlosen und die Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit.

Ausländische Streitkräfte

Die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemieteten **Wohneinheiten** und **Gebäude** wurden gezählt. Auskunftspflichtig dafür waren **Eigentümer/Verwalter**. Soweit diese Wohneinheiten in bestimmten Karten und Schaubildern nicht enthalten sind, wird durch eine entsprechende Fußnote darauf hingewiesen. Haushalts- bzw. Personenangaben dieses Personenkreises sind nicht in den vorliegenden Karten und Schaubildern enthalten.

Ausstattungsstyp

Durch Kombination bestimmter Ausstattungsmerkmale einer **Wohneinheit** (Heizung, **Bad**, Art und Lage der Toilette) wurden bei der Aufbereitung vier Ausstattungstypen gebildet und zwar Wohneinheiten

- mit Bad/Dusche, WC und **Sammelheizung**,
- mit Bad/Dusche und WC, ohne Sammelheizung,
- ohne Bad/Dusche, mit WC,
- mit sonstiger Ausstattung.

Bad/Dusche

Zur Badeinrichtung gehört, daß mindestens eine Badewanne (notfalls auch Sitzbadewanne) oder eine Dusche mit Bodenwanne vorhanden ist und in dem Raum selbst eine Abflußmöglichkeit für das Wasser besteht.

Baujahr des Gebäudes

Als Baujahr eines **Gebäudes** gilt das Jahr der Bezugsfertigstellung. Bei Gebäuden, die durch Schäden teilweise unbenutzbar geworden waren und wiederhergestellt wurden, sowie bei total renovierten Gebäuden und Erweiterungsbauten gilt das Jahr der ursprünglichen Errichtung. Bei total zerstörten und wiederaufgebauten Gebäuden ist das Jahr des Wiederaufbaus als Baujahr maßgebend.

Beamte

Beamte stehen in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis. Sie sind bei Dienststellen des Bundes, der Länder und der Gemeinden, der Bundesbahn und -post sowie sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts tätig.

Auch Beamtenanwärter, Referendare, Angehörige der Polizei, des Bundesgrenzschutzes sowie Geistliche der Evangelischen und Römisch-katholischen Kirche sind Beamte. Geistliche anderer Religionsgesellschaften dagegen gelten als **Angestellte**. Viele Banken und Versicherungen bezeichnen ihre Angestellten oft als Sekretäre oder Inspektoren oder auch als Bank- oder Versicherungsbeamte. Es handelt sich aber nur dann um Beamte, wenn der Arbeitgeber eine "juristische Person des öffentlichen Rechts" ist (z.B. Deutsche Bundesbank, Landeszentralbank) und ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis vorliegt.

Wahlbeamte gelten während ihrer Amtszeit als Beamte. Den Beamten sind neben den Richtern auch die Soldaten und Zivildienstleistenden zugeordnet.

Beheizungsart

Es werden unterschieden:

- **Fernheizung**
- **Blockheizung**
- **Zentralheizung**
- **Etagenheizung**
- **Einzel- oder Mehrraumöfen**

Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung

Zur Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung gehören diejenigen Personen, die im betreffenden Gebiet ihre alleini-

ge Wohnung bzw. ihre Hauptwohnung im Sinne des § 12 des Melderechtsrahmengesetzes vom 16. August 1980 (BGBl. I S. 1429) haben.

Nach § 12 des Melderechtsrahmengesetzes ist die Hauptwohnung die vorwiegend benutzte Wohnung. Hauptwohnung einer verheirateten Person, die nicht dauernd getrennt von ihrer Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen liegt.

Bezugsperson des Haushalts

Hierbei handelt es sich um die **Person, die überwiegend zum Unterhalt des Haushalts beiträgt**.

Blockheizung

Eine Blockheizung liegt vor, wenn ein Häuserblock von einem zentralen Heizsystem aus beheizt wird und die Heizquelle an einem der **Gebäude** angebaut ist oder sich in unmittelbarer Nähe dieser Gebäude befindet.

Brennstoff

Zur Frage nach dem Brennstoff, der Wärmequelle, waren mehrere Angaben möglich, z.B. wenn für **Einzelofenheizung** verschiedene Brennstoffe (u.a. Kohle, Strom) verwendet werden oder wenn zu einer mit Heizöl betriebenen Anlage zusätzliche Wärmequellen verwendet werden.

Dienst-, Werks-, Berufsmiet-, Geschäftsmietwohnungen

Dienst- und Werkswohnungen sind **Wohnungen**, die vom Arbeitgeber den Arbeitnehmern überlassen werden. Nicht dazu gehören Wohnungen für Bedienstete der öffentlichen Hand.

Eine Berufsmietwohnung liegt vor, wenn freiberuflich Tätige (z.B. Ärzte, Rechtsanwälte, Steuerberater) oder Kleingewerbetreibende (z.B. Schneider) einen Teil ihrer Wohnung zur Ausübung ihres Berufes nutzen.

Eine Geschäftsmietwohnung liegt vor, wenn eine Mietwohnung mit einem Verkaufs- und Ausstellungsraum verbunden ist bzw. wenn ein oder mehrere Zimmer als Verkaufsräume genutzt werden.

Durchschnittliche Miete

Bei den durchschnittlichen m²-**Mieten** handelt es sich um gewogene arithmetische Mittelwerte, wobei die Flächen der **Wohnung** als Gewichte eingehen.

Eigentümer

Zu den Eigentümern zählen Gebäudeeigentümer und Eigentümer der **Wohneinheit**.

Ein **Haushalt** ist Gebäudeeigentümer, wenn einem oder mehreren Mitgliedern dieses Haushalts das Eigentum an dem **Gebäude** oder an der **Unterkunft**, in der der Haushalt wohnt, ganz oder teilweise (z.B. **Erbengemeinschaft**) rechtlich zusteht, d.h. im Grundbuch eingetragen oder zur Eintragung vorgesehen ist.

Ein Haushalt ist Eigentümer der Wohneinheit, wenn wenigstens ein Mitglied des Haushalts das Eigentum an der von ihm bewohnten Wohneinheit (nicht am Gebäude) hat und dieses Recht im Grundbuch eingetragen oder zur Eintragung vorgesehen ist.

Eigentümerwohneinheiten/-wohnungen

Das sind **Wohneinheiten/Wohnungen**, die vom **Eigentümer** des **Gebäudes** oder der Wohnung selbst bewohnt werden.

Eigentumswohnungen

Eigentumswohnungen sind alle **Wohneinheiten**, an denen durch Eintragung im Wohnungsgrundbuch Sonder Eigentum nach dem Wohnungseigentumsgesetz vom 15.3.1951 (BGBl. I S. 175) begründet worden ist. Das **Gebäude** ist Eigentum einer Gemeinschaft von Wohnungseigentümern.

Einzelöfen

Einzelöfen (z.B. Kohle-, Nachtspeicheröfen) beheizen jeweils nur den **Raum**, in dem sie stehen. In der Regel sind sie fest installiert.

Erbengemeinschaft

Eine Erbengemeinschaft liegt vor, wenn mehrere natürliche Personen ein **Gebäude** gemeinsam geerbt haben.

Erwerbstätige

Als Erwerbstätige gelten Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen (einschließlich Soldaten und **mithelfende Familienangehörige**) oder selbständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben, unabhängig von der Bedeutung des Ertrags dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen tatsächlich geleistete oder vertragsmäßig zu leistende Arbeitszeit. Auch Auszubildende zählen zu den Erwerbstätigen; Hausfrauen sowie ehrenamtlich Tätige gehören nach dem international geltenden Erwerbskonzept nicht zu den Erwerbstätigen.

Etagenheizung

Bei einer Etagenheizung werden die **Räume** einer **Wohnung** oder sonstigen **Wohneinheit** von einer nur für diese Wohnung/sonstige Wohneinheit bestimmten Heizquelle aus beheizt.

Ferienhäuser

Wohngebäude mit nur 1 oder 2 **Freizeitwohneinheiten**.

Fernheizung

Bei der Fernheizung werden größere Wohnbezirke von einem entfernten, zentralen Heizwerk aus beheizt.

Finanzielle Vorleistung des Mieters

Bei den finanziellen Vorleistungen, die vom Mieter einer **Wohnung** selbst oder von einem anderen zu seinen Gunsten an den Vermieter (Bauherrn) gezahlt wurden, kann es sich um einen sog. abwohnbaren Baukostenzuschuß in der Form einer Mietvorauszahlung bzw. eines Mieterdarlehens handeln. Eine Mietvorauszahlung liegt vor, wenn der Mieter mit dem Bauherrn vereinbart hat, daß durch den Baukostenzuschuß die **Miete** für eine bestimmte Zeit ermäßigt oder erlassen wird. Das Mieterdarlehen ist ein Darlehen des Mieters an den Vermieter, das durch Verrechnung mit der Miete getilgt wird.

Eine finanzielle Vorleistung liegt auch dann vor, wenn der Mieter die Modernisierung der Wohnung vertraglich übernommen hat und deshalb für eine bestimmte Zeit die Miete ermäßigt oder nicht erhöht wird.

Finanzielle Vorleistungen vermindern die Miete; es handelt sich dann um ermäßigt überlassenen Wohnraum.

Fläche der Wohneinheit/Wohnung

Die Gesamtfläche der **Wohneinheit/Wohnung** setzt sich zusammen aus der Fläche

- aller Wohn- und Schlafräume, auch außerhalb des Wohnungsabschlusses (z.B. Mansarden),
- der Küche,
- des Badezimmers, der Toilette(n), Besen-, Speise- und Abstellkammer, Veranda, des Flurs, Balkons,
- der **gewerblich genutzten Wohnräume**.

Unter einer Schräge liegende Flächen werden nur halb gerechnet, Balkone nur zu einem Viertel. Keller- und Bodenräume (Speicher), soweit sie nicht zu Wohnzwecken ausgebaut sind, bleiben unberücksichtigt.

Freizeitwohneinheiten/-wohnungen

Freizeitwohneinheiten/-wohnungen sind **Wohneinheiten/Wohnungen**, die vom **Eigentümer** oder Mieter als "Zweitwohnung" primär für Erholungszwecke über das Wochenende oder im Urlaub (Ferien) bewohnt werden. Nicht als Freizeitwohneinheiten/-wohnungen gelten Wohneinheiten, die ähnlich wie ein Hotelzimmer nur kurzfristig von einem **Haushalt** gemietet werden und in die anschließend andere Haushalte in stetem Wechsel einziehen.

Gebäude

Gebäude sind für längere Dauer errichtete Bauwerke und enthalten Wohn-, Aufenthaltsräume und/oder Räume für Arbeitsstätten und andere Nutzungen. Als ein (einzelnes) Gebäude gilt jedes freistehende Gebäude oder bei zusammenhängender Bebauung – z.B. Doppel-, Gruppen- und Reihenhäuser – jedes Gebäude, das durch eine vom Dach bis zum Keller reichende Brandmauer von anderen Gebäuden getrennt ist.

In den Karten und Schaubildern der Gebäude- und Wohnungszählung werden unter dem Begriff "Gebäude" alle **Wohngebäude** und alle **sonstigen Gebäude mit Wohnraum** nachgewiesen. **Unterkünfte** gelten nicht als Gebäude. Nicht gezählt wurden Gebäude, die ausschließlich administrativen oder gewerblichen Zwecken dienen.

Gewerblich genutzte Räume

Das sind zum Wohnen bestimmte **Räume**, die am Befragungstag jedoch gewerblich genutzt wurden.

Hauptmieter

Als Hauptmieter gilt, wer das Recht zur Wohnungsnutzung durch Mietvertrag (auch mündliche Vereinbarung) mit dem **Eigentümer** des **Gebäudes**, der **Wohneinheit** erworben hat. Hierbei ist es gleichgültig, ob für die **Wohnung/Wohneinheit** zur Zeit tatsächlich **Miete** gezahlt wird oder nicht. Hierunter fällt auch der Mietkauf; ebenso sind **Haushalte** in **Wohnheimen** Hauptmieter, sofern sie nicht Eigentümer der Wohneinheit sind.

Haushalte

Personen, die gemeinsam wohnen und wirtschaften, insbesondere ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren (Mehrpersonenhaushalt). Wer allein wirtschaftet, bildet einen eigenen Haushalt und zwar auch (Einpersonenhaushalte) dann, wenn er mit anderen Personen eine gemeinsame Wohnung hat.

Bei Personen im Haushaltszusammenhang, die in gebäude- und wohnungsstatistischen Karten und Schau-

bildern nachgewiesen werden, handelt es sich stets um die **wohnberechtigte Bevölkerung** (vgl. **Privathaushalte**). Enthalten sind auch Haushalte, die ausnahmslos aus Personen bestehen, die nicht zur **Wohnbevölkerung** zählen.

Heizenergie

(siehe unter **Brennstoff**).

Inhaber der Wohneinheit

Inhaber von Wohneinheiten sind grundsätzlich entweder **Hauptmieter** einer **Wohneinheit**, die einen Mietvertrag mit dem **Eigentümer** des **Gebäudes** oder der Wohneinheit abgeschlossen haben oder Eigentümer. **Untermieter** in einer Wohneinheit gelten nicht als deren Inhaber.

Mehrraumöfen

Ein Mehrraumofen (z.B. Kachelofen) beheizt gleichzeitig mehrere **Räume** (auch durch Luftkanäle).

Miete

Als Miete wird der monatliche Betrag ausgewiesen, der mit dem Vermieter für die Überlassung der ganzen **Wohnung** oder sonstigen **Wohneinheit** zum Zeitpunkt der Zählung vereinbart war. Dabei ist es gleichgültig, ob die Miete tatsächlich gezahlt wurde oder nicht.

Zur Miete rechnen auch die monatlich aufzuwendenden Beträge für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenhausbeleuchtung und Schornsteinreinigung.

Mithelfende Familienangehörige

Als mithelfende Familienangehörige gelten Haushaltsmitglieder, die in einem landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieb eines anderen Haushaltsmitgliedes oder im Betrieb eines nicht im gleichen **Haushalt** wohnenden Familienangehörigen mitarbeiten, aber weder Lohn noch Gehalt empfangen, noch Sozialversicherungsbeiträge entrichten.

Nichterwerbstätige

Als Nichterwerbstätige gelten Personen, die keinem Erwerb nachgehen, einschließlich derjenigen, die sich – ohne eine Erwerbstätigkeit anzugeben – als arbeitslos bezeichnet haben.

Öffentliche Förderung

Für öffentlich geförderte Wohnungen müssen bei einer Neuvermietung Mieter einen Wohnberechtigungsschein

der zuständigen Gemeinde- oder Kreisbehörde (z.B. Wohnungsamt, Sozialamt) vorlegen.

Als öffentlich, d.h. mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert, gelten nur solche **Wohnungen**, die nach der Währungsreform (20. Juni 1948) fertiggestellt worden sind und für die öffentliche Mittel (des Bundes, des Landes oder der Gemeinde) zur Errichtung von Sozialwohnungen bewilligt wurden (sog. Erster Förderungsweg).

Hierzu zählen u.a.

- Darlehen zur Deckung der Baukosten (in der Regel öffentliche Baudarlehen oder Landesbaudarlehen genannt),
- Darlehen oder Zuschüsse zur Deckung der laufenden Aufwendungen (Annuitätshilfen, Aufwendungszuschüsse oder -darlehen, Zinszuschüsse).

Sind für Mietwohnungen die öffentlichen Mittel vorzeitig zurückgezahlt worden, so gelten die meisten Wohnungen noch bis zu 8 Jahren als öffentlich gefördert. Bei Eigenheimen und **Eigentumswohnungen** entfällt in der Regel die öffentliche Bindung mit Rückzahlungen oder Ablösung der Förderungsmittel; bei Eigentumswohnungen, die durch Umwandlung entstanden sind, entfällt die Bindung nur, wenn **Eigentümer** als Berechtigte im sozialen Wohnungsbau die Wohnung selbst nutzen. Über das Ende der Bindungen erhalten Eigentümer eine Bestätigung der zuständigen Stelle.

Nicht zu den öffentlichen Mitteln im oben genannten Sinne zählen

- Aufwendungsdarlehen nach dem Regionalprogramm des Bundes (sog. Zweiter Förderungsweg),
- Aufbaudarlehen nach dem Lastenausgleichsgesetz,
- Wohnungsfürsorgemittel für öffentlich Bedienstete des Bundes, der Länder oder der Gemeinden,
- Mittel zur Förderung der Modernisierung oder für Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie,
- 7b-Abschreibungen und sonstige Steuervergünstigungen, Bausparprämien.

Ofenheizung

Hierbei handelt es sich um **Einzel-** oder **Mehrraumofenheizung**, die nach verschiedenen Heizsystemen betrieben werden. Hierzu zählen

- Einzelne Kohle- oder Ölöfen
- Gas- oder Elektroöfen, die am Netz bzw. Leitung angeschlossen und damit zentral versorgt sind
- Kachelöfen, die über die Luftkanäle mehrere Räume beheizen.

Person, die überwiegend zum Unterhalt des Haushalts beiträgt

Hierbei wird davon ausgegangen, daß die überwiegend zum Unterhalt eines **Haushalts** beitragende Person in der Regel auch diejenige ist, die den sozialen Status und die Lebensverhältnisse des Haushalts bzw. der Haushaltsmitglieder bestimmt und sich daher als **Bezugsperson** für die sozio-ökonomische Zuordnung der Haushalte eignet. Diese Definition der Bezugsperson, die den bei früheren Volkszählungen üblichen Begriff des Haushaltsvorstandes ersetzt, ist international üblich.

Die überwiegend zum Lebensunterhalt des Haushalts beitragende Person wurde insbesondere aufgrund der Angaben zum/zur Alter, Geschlecht, Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts, Erwerbsbeteiligung, Vollzeit-/Teilzeiterwerbstätigkeit und Stellung im Beruf bestimmt.

Privathaushalte

Als Privathaushalte werden ähnlich wie bei der **wohnberechtigten Bevölkerung** grundsätzlich alle **Haushalte** an jedem Wohnort gezählt, d.h. solche mit mehreren Wohnsitzen entsprechend auch mehrfach. Wohnberechtigte Haushalte gelten an einem Ort jedoch dann nicht als Privathaushalte, wenn ausnahmslos alle Haushaltsmitglieder dort nicht zur **Wohnbevölkerung** (z.B. bei **Ferienwohneinheiten/-wohnungen**) rechnen.

Bei Haushalten in bevölkerungsstatistischen Nachweisungen handelt es sich um Privathaushalte.

Räume, Raumzahl

Als Räume einer **Wohneinheit/Wohnung** zählen Wohn- und Schlafräume mit 6 und mehr m² Wohnfläche sowie alle Küchen (diese ohne Rücksicht auf die Größe) und **gewerblich genutzte Räume** (zweckentfremdete Wohnräume) mit 6 und mehr m² Fläche. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Räume vom Inhaber der Wohneinheit/Wohnung selbst bewohnt oder z.T. untervermietet sind.

Im Unterschied dazu sind beim Nachweis der selbstbewohnten Räume die untervermieteten und die gewerblich genutzten Räume nicht enthalten.

Reine Mietwohnungen

Als reine Mietwohnungen gelten alle vermieteten **Wohnungen** mit Ausnahme von

- **Dienst-, Werks-, Hausmeister- und Stiftswohnungen,**
- **Berufs- und Geschäftswohnungen,**
- Mietwohnungen **ausländischer Streitkräfte,**

- verbilligt, wegen **finanzieller Vorleistungen** ermäßigt oder kostenlos überlassene Wohnungen,
- **völlig untervermietete Wohnungen.**

Dagegen sind die Wohnungen für Bedienstete der öffentlichen Hand in den Zahlenangaben über reine Mietwohnungen enthalten.

Sammelheizung

Hierzu zählen **Fern-, Block-, Zentral- und Etagenheizung.**

Selbständige

Zu den Selbständigen gehören u.a. auch tätige Eigentümer, Miteigentümer oder Pächter von Arbeitsstätten, selbständige Handwerker, selbständige Handelsvertreter, die freiberuflich Tätigen u.ä. Personen, jedoch nicht Personen, die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis stehen und lediglich innerhalb ihres Arbeitsbereichs selbständig disponieren können (z.B. die selbständige Filialleiterin). Als Selbständige gelten auch Abgeordnete in den Parlamenten des Bundes und der Länder sowie Zwischenmeister, Hausgewerbetreibende und Werkvertragspartner.

Siedlungsstrukturelle Gebietstypen

(Stadt-/Landgliederung)

Die Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) hat für Zwecke der Informationsaufbereitung und -darstellung im Rahmen der laufenden Raumbearbeitung siedlungsstrukturelle Gebietstypen auf verschiedenen Ebenen (Raumordnungsregionen, Kreise, Gemeinden) abgegrenzt. Die Überlegungen zur Abgrenzung der siedlungsstrukturellen Gebietstypen gingen davon aus, daß die Siedlungsstruktur von grundlegender Bedeutung für die regionale Entwicklung und die Ausbildung regionaler Lebensbedingungen ist. Vor allem die Merkmale "Zentralität" und "Verdichtung" können als zentrale Bestimmungsfaktoren der regionalen Entwicklung für raumordnungspolitische Fragestellungen angesehen werden.

Bei der Differenzierung nach Zentralität eignen sich die in den Programmen und Plänen der Länder ausgewiesenen zentralörtlichen Funktionen (z.B. Oberzentrum, Mittelzentrum) und in Wissenschaft und Praxis etablierten Schwellenwerte (z.B. Einwohnerzahl von mindestens 100 000 als Abgrenzungskriterium für eine Großstadt). Das Merkmal "Verdichtung" wird bei den **Regionstypen** durch Schwellenwerte für die Bevölkerungsdichte (Zahl der Einwohner pro qkm) operationalisiert, bei den **Kreistypen** durch einen mehrdimensionalen Verdichtungsindex.

– Regionstypen

Wichtigster Baustein in diesem Bezugssystem sind die Raumordnungsregionen, quasi die oberzentralörtlichen Einzugsbereiche. Sie eignen sich vorzugsweise für die Analyse interregionaler Unterschiede in den Lebensbedingungen. Die siedlungsstrukturelle Typisierung dieser Regionen nach den Kriterien Zentralität und Verdichtung führt zu drei unterschiedlichen siedlungsstrukturellen Regionstypen:

- Regionen mit großen Verdichtungsräumen
darunter: altindustrialisiert
darunter: nicht altindustrialisiert
- Regionen mit Verdichtungsansätzen
- Ländlich geprägte Regionen

– Kreistypen

Innerhalb der drei **Regionstypen** werden 6 Kreistypen unterschieden, deren Abgrenzung stark von der Merkmalskombination des jeweiligen Regionstyps abhängig ist.

In den Regionen mit großen Verdichtungsräumen werden drei Kreistypen ausgegliedert. Neben den Kernstädten (kreisfreie Großstädte) werden diejenigen Kreise dem Kreistyp "hochverdichtetes Umland" zugeordnet, die oberhalb eines aus verschiedenen Merkmalen (Siedlungsdichte, Wohnungsdichte, Arbeitsplatzdichte) berechneten mittleren Verdichtungsindex des Regionstyps liegen. Die restlichen Kreise bilden die Elemente des Kreistyps "ländliches Umland"; ihre Werte liegen unterhalb des Regionsmittels des Verdichtungsindex.

In den Regionen mit Verdichtungsansätzen wird nur nach Kernstädten und deren Umland unterschieden; die Kreise in ländlichen Regionen erfahren keine weitere Differenzierung.

Die siedlungsstrukturellen Gebietstypen (Regions-, Kreis- und **Gemeindetypen**) sind grenzscharf mit den administrativen Gebietsabgrenzungen (Landes-, Kreis- und Gemeindegrenzen), so daß entsprechende statistische Informationen der amtlichen Statistik genutzt werden können.

– Gemeindetypen

Die Gemeindetypisierung berücksichtigt sowohl die Lage im großräumigen siedlungsstrukturellen Kontext (Lage im **Regionstyp**) als auch die innerregionalen Bezugsbedingungen (Lage im **Kreistyp**). Einzig die Kernstädte in Regionen mit großen Verdichtungsräumen werden nach ihrer Größe differenziert (Kernstädte über 500 000 Einwohner und Kernstädte mit einer Einwohnerzahl zwischen 100 000 und 500 000), um dem be-

sonderen Charakter der Funktionen von und der Lebensbedingungen in großen Großstädten gerecht zu werden.

Die Differenzierung der Gemeinden innerhalb der sonstigen Kreistypen erfolgt nach der zentralörtlichen Funktion der Gemeinde. Auf die politische Gemeindegröße als Abgrenzungskriterium wird verzichtet, um die Nachteile der mangelnden Vergleichbarkeit administrativer Gegebenheiten in den Bundesländern zu eliminieren. Die Gemeindegröße geht nun indirekt über die jeweilige Zentralität in die Typik ein. Diese Zentralität orientiert sich an vorhandenen Einrichtungen und Plänen und beschreibt die Lebensverhältnisse und ihre wahrscheinliche Fortentwicklung plastischer als das alleinige Merkmal der Gemeindegröße.

Es werden zwei Typisierungsmodelle unterschieden, die wiederum der Forderung nach Integrierbarkeit gerecht werden: Typik II bildet die Grundelemente der zentralörtlichen Funktionsbereiche ab, Ober-, Mittel-, Unter- und Kleinzentren und Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion. Typik I stellt eine sehr starke Zusammenfassung der Typik II dar, indem die Ausprägungen zentralörtlicher Funktionen auf einige wenige beschränkt bleiben. Zunächst werden die Kernstädte nur nach ihrer Größe unterschieden – sie entsprechen ansonsten dem Kreistyp "Kernstadt". Differenzierungen nach der zentralörtlichen Funktion sind auf das Umland der Kernstädte und den ländlichen Raum bzw. die jeweiligen Kreistypen beschränkt: Gemeinden mit hoher zentralörtlicher Funktion (Ober- und Mittelzentren) und Gemeinden mit geringer oder fehlender zentralörtlicher Funktion (Unter- und Kleinzentren und Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion). Damit wird im Umland praktisch nur nach "Stadt" und "Nicht-Stadt" unterschieden, bei den Kernstädten nach "Groß-Stadt" und "großer Großstadt".

– Städtische Gebiete

Die Bevölkerungsdichte (mindestens 10 Personen je ha) ist ein wesentliches Kriterium für die Bestimmung städtischer Gebiete.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist die Flächennutzung ("land use") (mindestens 50 % städtische Nutzung).

Ausgehend von einer primären Zuordnung zu städtischen Gebieten wurden alle Gemeinden einbezogen, die mit dem Kern eng verbunden waren, unabhängig davon, ob sie die 50 %-Nutzungsgrenze erfüllten oder nicht.

Auch einige nicht in Stadtnähe gelegene Gemeinden wurden einbezogen, wenn trotz einer insgesamt niedrigen städtischen Nutzungsziffer in einigen Teilen eine starke Bebauung zu verzeichnen war.

Insgesamt wurden für die Bundesrepublik 74 städtische Gebiete definiert.

Sonnenenergie

Zur Nutzung der Sonnenenergie werden in der Regel Sonnenkollektoren, die Sonnenlicht und solare Wärmestrahlung absorbieren und in Form nutzbarer Wärmeenergie an einen flüssigen Wärmeträger weitergeben, seltener auch Solarzellen eingesetzt.

Sonstige Gebäude mit Wohnraum

Gebäude, die mindestens eine **Wohnung** oder **sonstige Wohneinheit** enthalten, aber überwiegend für Nichtwohnzwecke, z.B. für gewerbliche, soziale, kulturelle oder Verwaltungszwecke, genutzt werden. Beispiele dafür sind: Hausmeisterwohnungen in Fabrik- oder Verwaltungsgebäuden, Schulen, Hotels, Krankenhäusern, Geschäfts- und Bürogebäuden.

Soziale Stellung der Bezugsperson

Bei der sozialen Stellung der **Bezugsperson** wird unterschieden in:

- **Selbständige, Beamte, Angestellte** (einschließlich Auszubildende im kaufmännischen oder technischen Bereich),
- **Arbeiter** (einschließlich Auszubildende im gewerblichen Bereich),
- Rentner, Pensionäre,
- sonstige **Nichterwerbstätige**.

Staatsangehörigkeit

Personen, die nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (Artikel 116 Abs. 1) den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit gleichgestellt sind, z.B. Vertriebene und Flüchtlinge deutscher Volkszugehörigkeit, zählen als Deutsche, ebenso Spätaussiedler.

Personen, die neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit haben, gelten ebenfalls als Deutsche.

Unterkünfte

Unterkünfte sind behelfsmäßige Bauten zur vorübergehenden Nutzung. Hierzu zählen z.B. Behelfsheime, Baracken, Wohnwagen (z.B. auf Campingplätzen), Lauben (Gartenlauben, Schrebergartenhütten, Weinberg-hütten, Almhütten), festverankerte Wohnschiffe und Bauzüge. Ebenfalls zu den Unterkünften zählen Wochenend- und **Ferienhäuser** unter 50 qm Wohnfläche.

Für Unterkünfte wurden nur dann Angaben erhoben, wenn sie zum Zeitpunkt der Zählung bewohnt waren.

Wohnwagen und Lauben wurden nur dann als bewohnte Unterkünfte erfaßt, wenn ihre Bewohner keine andere **Wohnung** oder **sonstige Wohneinheit** hatten.

Untermieter

Als Untermieter gelten alle **Haushalte** (auch Einzelperson) in einer **Wohneinheit**, denen Teile der Wohneinheit von dem **Inhaber der Wohneinheit (Eigentümer, Hauptmieter)** überlassen worden sind, gleichgültig, ob mit oder ohne Mietzahlung.

Völlig untervermietete Wohneinheiten

Eine Wohneinheit gilt als völlig untervermietet, wenn mehrere **Haushalte** darin wohnen, die einzeln mit dem nicht in der **Wohneinheit** wohnenden **Inhaber (Eigentümer oder Hauptmieter)** über Teile der Wohneinheit einen Mietvertrag abgeschlossen haben. Die in einer solchen Wohneinheit lebenden Haushalte gelten als **Untermieter**.

Wärmepumpe

Mit Hilfe der Wärmepumpe, die oftmals mit Sonnenkollektoren eingesetzt wird, kann Wärme aus der umgebenden Luft, dem Erdboden oder Wasser aufgenommen und genutzt werden.

Wärmequelle

(siehe **Brennstoff**).

Wohnberechtigte Bevölkerung

Zur wohnberechtigten Bevölkerung zählen diejenigen Personen, die im betreffenden Gebiet eine Wohnung haben, unabhängig davon, ob es sich um eine Haupt- oder Nebenwohnung handelt. (Doppelzählung)

Wohnbevölkerung

Die Wohnbevölkerung umfaßt diejenigen Personen, die in dem angegebenen Gebiet ihre ständige Wohnung haben. Personen mit mehreren Wohnungen werden für die Gemeinde gezählt, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen. Für **nichterwerbstätige** bzw. nicht in Ausbildung stehende Personen erfolgt die Zuordnung nach dem Ort ihres überwiegenden Aufenthaltes. (Bevölkerungsbegriff der Volkszählung 1970)

Wohneinheiten, für die keine Angaben zum Haushalt/zur Person vorliegen

Das sind **Wohneinheiten**, die zur Zeit der Zählung von Mitgliedern **ausländischer Streitkräfte**, diploma-

tischer, berufskonsularischer Vertretungen oder der Ständigen Vertretung der DDR und deren Angehörige privatrechtlich gemietet waren. Für diesen Personenkreis bestand bei der Volkszählung keine Auskunftspflicht.

Wohneinheiten

Nach außen abgeschlossene, zu Wohnzwecken bestimmte, in der Regel zusammenliegende **Räume** in **Wohngebäuden, sonstigen Gebäuden mit Wohnraum** oder **Unterkünften** mit Wohnraum, die die Führung eines eigenen **Haushalts** ermöglichen. Hierbei ist es gleichgültig, ob in der Wohneinheit ein Haushalt oder mehrere Haushalte untergebracht sind oder ob die Wohneinheit leersteht bzw. eine **Freizeitwohneinheit** ist. Mehrere Wohneinheiten in einem **Gebäude**, die von nur einem Haushalt genutzt werden, gelten als eine Wohneinheit.

Bei den Wohneinheiten wird unterschieden zwischen **Wohnungen** und **sonstigen Wohneinheiten**.

Wohnungen

Als Wohnungen gelten nur **Wohneinheiten** in **Gebäuden**, die mit Küche bzw. Kochnische ausgestattet sind.

Sonstige Wohneinheiten

Hierzu zählen alle **Wohneinheiten** in **Unterkünften** sowie Wohneinheiten in **Gebäuden**, die nicht mit Küche oder Kochnische ausgestattet sind.

1968 wurden sonstige Wohneinheiten unter dem Begriff "Wohngelegheiten" erfaßt.

Wohngebäude

Als Wohngebäude gelten **Gebäude**, die gemessen an der Gesamtnutzfläche mindestens zur Hälfte Wohnzwecken dienen.

Unterschieden werden

- Wohngebäude (im engeren Sinn)
- **Wohnheime**
- **Ferienhäuser** (Wohngebäude mit nur 1 oder 2 **Freizeitwohneinheiten**)

Bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 wurden unterschieden:

- Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude
- Wochenend-/Ferienhäuser mit 50 und mehr m² Wohnfläche
- Landwirtschaftliche Wohngebäude

Wohnheime wurden 1968 generell als sonstige Gebäude mit Wohnraum ausgewiesen.

Wohnheime

Wohnheime dienen den Wohnbedürfnissen bestimmter Bevölkerungskreise, z.B. Studentenwohnheim, Altenwohnheim, Schwesternwohnheim, Wohnheim für Mutter und Kind. Ein **Gebäude** kann vollständig oder nur teilweise (z.B. Altenzentrum) als Wohnheim genutzt werden.

Wohnheime dienen primär dem Wohnen, d.h. der für Anstalten typische Gesichtspunkt der Betreuung tritt bei ihnen in den Hintergrund. Die Bewohner von Wohnheimen führen in der Regel einen eigenen **Haushalt**. Wohnheime können aber auch Gemeinschaftseinrichtungen (Gemeinschaftsverpflegung, Gemeinschaftsräume) besitzen. Wohnheime enthalten **Wohnungen** und/oder "**sonstige Wohneinheiten**".

Nur überwiegend für Wohnzwecke genutzte Gebäude mit vollständiger Wohnheimnutzung werden als Wohnheime ausgewiesen.

1968 wurden Wohnheime generell als sonstige Gebäude mit Wohnraum erfaßt.

Wohnverhältnis

Hierunter ist die Rechtsform der Wohnungsnutzung durch einen **Haushalt** zu verstehen. Es wird unterschieden zwischen **Eigentümern, Hauptmietern, Untermietern**.

Zentralheizung

Bei einer Zentralheizung versorgt eine zentrale Heizquelle über ein Röhrensystem die **Wohneinheiten** nur eines **Gebäudes**.

Zweitwohneinheiten/-wohnungen

Wohneinheiten, die von keinem Haushaltsmitglied als Hauptwohnung benutzt werden.

Definitionen und Erläuterungen der Arbeitsstättenzählung

Zum besseren Verständnis des Inhalts der hier vorliegenden **Karten und Schaubilder** werden die wichtigsten vorkommenden Begriffe in alphabetischer Reihenfolge erläutert:

Angestellte

Angestellte sind Arbeitnehmer, die der Beitragspflicht zur Angestelltenversicherung unterliegen oder auf Grund besonderer Vorschriften von dieser befreit sind. Betriebsleiter, Direktoren, Vorstandsmitglieder und andere leitende Kräfte, die nicht Inhaber sind, sondern im Angestelltenverhältnis stehen, sind hier mitzuzählen.

Arbeiter

Arbeiter sind Arbeitnehmer, die der Beitragspflicht zur Arbeiterrentenversicherung unterliegen oder auf Grund besonderer Vorschriften von dieser befreit sind. **Facharbeiter/Gesellen** sind wegen ihrer Fachkenntnisse und Fähigkeiten mit Arbeiten beschäftigt, die als besonders schwierig oder verantwortungsvoll gelten.

Arbeitsstätte

siehe **Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätte**.

Arbeitsstätten mit Löhnen und Gehältern 1986

Hierunter fallen Arbeitsstätten, die schon 1986 bestanden und Arbeitnehmer und **Löhne und Gehälter** angegeben haben (bzw. deren nicht angegebene Löhne und Gehälter geschätzt worden waren).

Ausländer

Ausländer sind alle Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit einschließlich der Staatenlosen und der Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit, die sich im Bundesgebiet aufhalten. Die in der Bundesrepublik anwesenden nichtdeutschen Flüchtlinge, die den Status eines heimatlosen Ausländers oder ausländischen Flüchtlings besitzen, zählen zu den Ausländern.

Auszubildende

Auszubildende sind alle gewerblich, kaufmännisch, handwerklich, landwirtschaftlich und technisch Auszubildende in allen Ausbildungsbereichen und im Öffentlichen Dienst, einschließlich Anlernlinge, Umschüler, Volontäre und Praktikanten, jedoch ohne **Beamte** im Vorbereitungsdienst.

Beamte

Als Beamte gelten Personen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis, bei der Deutschen Bundespost einschließlich Posthalter I und II sowie Beamte im Vorbereitungsdienst.

Beschäftigte ("Tätige Personen")

Als Beschäftigte gelten alle voll- und teilzeitbeschäftigten Personen, die am Stichtag in einem Arbeitsverhältnis stehen und in der Lohn- und Gehaltsliste geführt werden, einschließlich **tätiger Inhaber** und **unbezahlt mithelfender Familienangehöriger**, unabhängig von der Arbeitszeit, die sie in der Arbeitsstätte tätig sind.

Mitzuzählen sind Mitarbeiter im Außendienst, Frauen im Mutterschutz, Personen im Erziehungsurlaub sowie das Personal auf Bau- und Montagestellen, auf Fahrzeugen und Schiffen.

Nicht mitzuzählen sind u.a. Leiharbeiter, freie Mitarbeiter und Empfänger von Vorruhestandsgeld sowie Heimarbeiter und Personen, die zur Ableistung des Grundwehrdienstes oder des zivilen Ersatzdienstes einberufen sind.

Beschäftigtenbesatz

Anzahl der **Beschäftigten** in den Gemeinden pro 1000 Einwohner.

Durchschnittsgröße der Arbeitsstätten

Anzahl der **Beschäftigten** pro **Arbeitsstätte**.

Einzige Niederlassung

Als einzige Niederlassung gilt eine **Arbeitsstätte**, die gleichzeitig die wirtschaftliche Einheit (Unternehmen) darstellt und über keine weiteren **Zweigniederlassungen** verfügt.

Facharbeiter/Gesellen

siehe **Arbeiter**.

Hauptniederlassung

Eine Hauptniederlassung ist diejenige **Arbeitsstätte**, von der aus das aus mehreren **Zweigniederlassungen** bestehende Unternehmen geleitet wird.

Löhne und Gehälter

Löhne und Gehälter umfassen die Bruttobezüge der Arbeitnehmer einschließlich aller tariflichen oder frei vereinbarten Zulagen, Gratifikationen, Prämien und ähnliches. Nicht enthalten sind Heimarbeiterlöhne, Pflichtbeiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung, allgemeine soziale Aufwendungen usw. sowie Ruhegelder, Betriebspensionen, Auslösungen im Baugewerbe und Umzugskostenvergütungen.

Die Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer errechnen sich aus den Löhnen und Gehältern 1986 insgesamt geteilt durch die Anzahl der Arbeitnehmer derjenigen **Arbeitsstätten**, die für 1986 Löhne und Gehälter angegeben hatten (bzw. deren nicht angegebenen Löhne und Gehälter für 1986 geschätzt worden waren).

Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätte

Als nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätte gilt jede örtliche Einheit (ein Grundstück oder eine abgegrenzte Räumlichkeit), in der eine oder mehrere Personen unter einheitlicher Leitung regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig sind. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um eine erwerbs- oder nichterwerbswirtschaftliche Einheit (z.B. Behörde) handelt. Zu den Arbeitsstätten zählen auch land- und forstwirtschaftliche Betriebe, sofern sie steuerlich als Gewerbebetriebe gelten.

Eine Arbeitsstätte ist entweder die **einzigste Niederlassung**, **Hauptniederlassung** oder **Zweigniederlassung** eines Unternehmens.

Sonstige Arbeiter

siehe **Arbeiter**.

Tätige Personen

siehe **Beschäftigte**.

Tätige Inhaber

Hier sind nur die Inhaber aufgeführt, die auch in dieser **Arbeitsstätte** tätig sind. Unter dieser Position sind auch die Abgeordneten in den Parlamenten des Bundes und der Länder erfaßt, sofern sie Büros unterhalten.

Teilzeitbeschäftigte

Als Teilzeitbeschäftigte gelten alle am 25. Mai 1987 **tätigen Personen**, die eine kürzere als die orts-, branchen- oder betriebsübliche Wochenarbeitszeit ableisten. Kurzarbeit gilt nicht als Teilzeitbeschäftigung.

Unbezahlt mithelfende Familienangehörige

Hier sind nur unbezahlt mithelfende Familienangehörige erfaßt. Diese entrichten keine Sozialversicherungsbeiträge.

Unternehmen

Als Unternehmen gilt die kleinste Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und den Ertrag ermittelt.

Zweigniederlassung

Eine Zweigniederlassung besteht räumlich getrennt – ggf. auch in derselben Gemeinde – von der **Hauptniederlassung** und ist rechtlich unselbständig.

Stand: 1.1.1987

Grenzen:

- Land, Regierungsbezirk
 — Region
 — Kreis

- Sitz der Stadtkreisverwaltung
- Sitz des Landratsamtes
- Sitz des Regionalverbandes
- Sitz des Regierungspräsidiums



1) Soweit Land Baden-Württemberg

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Kapitel 1

Methode

1. Vorbereitung und Durchführung

Volkszählung nach dem Karlsruher Urteil – aber wie?

Probleme und Grenzen einer neuen Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung

Der folgende Beitrag ist eine überarbeitete Fassung von Vorträgen, die in den ersten Monaten dieses Jahres an den Universitäten Konstanz, Frankfurt (Sonderforschungsbereich 3) und Hohenheim gehalten wurden. Der Abdruck ist um die spezifisch hochschulbezogenen Abschnitte etwas gekürzt.

Vorbemerkung:

Die dankenswerte Einladung zu diesem Referat gibt Gelegenheit, einige aktuelle, damit verbunden aber auch einige mehr grundsätzliche Fragen der zukünftigen deutschen amtlichen Statistik und insbesondere Bevölkerungsstatistik anzusprechen. Zunächst soll kurz auf die neue Phase der Diskussion um eine Volkszählung (VZ) auf Grund des inzwischen im Deutschen Bundestag liegenden Gesetzentwurfs für eine VZ 1986 hingewiesen werden (I). Letzterer ist wohl nicht zu verstehen, ohne die „Eckwerte“ des VZ-Urteils des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) speziell für die amtliche Statistik in Erinnerung zu rufen (II). Sodann soll die Grundstruktur des nunmehr vorgesehenen VZ-Konzepts vorgestellt werden (III). Schließlich sind einige offene Fragen und Probleme anzusprechen, deren Lösung eine fast strategische Bedeutung für einen erfolgreichen Abschluß des inzwischen mehr als überfälligen VZ-Projekts besitzen dürfte (IV).

I Neue Phase der Volkszählungsdiskussion

Inzwischen wird ein neuer Gesetzentwurf über eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung beraten¹. Damit ist die Diskussion um die Durchführung einer VZ, wie sie aufgrund einer weltweiten Empfehlung der Vereinten Nationen und einer entsprechenden Meinungsbildung innerhalb der Europäischen Gemeinschaften eigentlich in jedem runden Zehnerjahr stattfinden soll, in der Bundesrepublik in eine neue Phase eingetreten. Die erste Lesung im Deutschen Bundestag ist bereits erfolgt; für Mitte April ist ein Hearing im zuständigen Bundestagsausschuß vorgesehen, das weitere Klarheit über die strategischen Positionen der an dem Zählungswerk Interessierten und insbesondere seiner Kritiker bringen dürfte.

Aus der Sicht der mit der Durchführung einer solchen Großzählung beauftragten Statistischen Ämter läßt sich zu dem bisher vorgesehenen Termin, nämlich dem Frühjahr 1986, schon jetzt sagen, daß dieser Termin sich wohl nur halten läßt, wenn der Gesetzentwurf zügig weiterbehandelt und noch vor der parlamentarischen Sommerpause dieses Jahres endgültig verabschiedet wird. Selbst dann wird es anschließend noch Phasen gewisser Unsicherheit geben, weil damit gerechnet werden muß, daß alte Diskussionen und Emotionen aufleben.

Es geht dabei nur bedingt um Fragen der tatsächlichen inhaltlichen Ausgestaltung; darauf läßt zum Beispiel die Tatsache schließen, daß unmittelbar nach Bekanntwerden des Beschlusses der Bundesregierung über einen neuen VZ-Gesetzentwurf von seiten früherer Prozeßbeteiligter sofort angekündigt wurde, man werde auch zu dem neuen Gesetzentwurf das Bundesverfassungsgericht bemühen müssen. Auch zeigte die Diskussion im unmittelbaren

Anschluß an die Veröffentlichung des Karlsruher Urteils vom 15. Dezember 1983, daß bestimmte Kreise die Sache als solche nicht wollen und kompromißlos auf dem Standpunkt verharren, „meine Daten gehören mir“, vor allem dürfe man sie diesem Staat nicht geben. Zu dieser Verweigerungshaltung mag inzwischen ein oberflächliches Verständnis des mit dem VZ-Urteil verbundenen Rechts des einzelnen auf *informationelle Selbstbestimmung* zusätzlich beigetragen haben.

Von dem Urteil wurde seinerzeit, wie auch die Debatten im Deutschen Bundestag zeigten, eine *befriedende Wirkung* erwartet. Man muß heute wohl realistischerweise feststellen, daß eine solche Wirkung von dem Karlsruher Urteilsspruch nur sehr bedingt ausgegangen ist. Dafür ist freilich auf der anderen Seite sehr viel Verunsicherung in die amtliche Statistik hineingetragen worden, die heute noch keineswegs abgebaut ist. Davon wird noch zu sprechen sein, nicht dagegen, weil an dieser Stelle wohl weniger interessant, von den nicht unerheblichen zusätzlichen Kosten im Bereich des Datenschutzes aufgrund einer verschiedentlich sehr extensiv angestrebten Auslegung des Urteils *für den gesamten Bereich der amtlichen Statistik* – Kosten, die sich im übrigen gegenwärtig noch nicht annähernd genau benennen lassen. Die Höhe dieser Kosten, die für größere Landesämter mehrere Millionen DM betragen könnte, wird entscheidend davon abhängen, ob Maximalforderungen des Datenschutzes erfüllt werden müssen oder ob es – ohne auch nur ansatzweise den Datenschutz im Grundsatz in Frage zu stellen – gelingt, die Forderungen und Wünsche des Datenschutzes auf das im Rahmen des VZ-Urteils rechtlich erforderliche Maß zu begrenzen.

II Die Eckwerte des Volkszählungsurteils für eine neue Zählung

Mit diesen letzten Hinweisen ist bereits die Tragweite des BVerfG-Urteils für die Anlage einer neuen VZ erkennbar geworden. Die Antwort auf die Frage nach dem „wie“ einer neuen VZ setzt daher voraus, sich kurz die tragenden Grundsätze des Karlsruher Urteils zu vergegenwärtigen. Dazu sei vorweg ausdrücklich in Erinnerung gerufen, daß das BVerfG – auch im Blick auf das vergangene seinerzeit einmütig im Deutschen Bundestag verabschiedete VZ-Gesetz – nicht das Zählungsprogramm als solches und die zwangsweise Heranziehung der einzelnen Bürger zur Abgabe bestimmter Grundinformationen abgelehnt, sondern praktisch einige, freilich nicht unwichtige Regelungen auf der organisatorischen und verfahrensrechtlichen Seite als mit dem Grundgesetz (GG) nicht für vereinbar erklärt hat. Zugleich ging und geht eine Hauptstoßrichtung des Urteils im Grunde weit über den Bereich der amtlichen Statistik hinaus und zielt ab auf künftige Grundlinien des Datenschutzes bzw. des Persönlichkeitsschutzes angesichts der sehr stark weiterentwickelten EDV-technischen Anwendungen. Die mit dem Begriff des Datenschutzes umschriebenen Probleme mögen in der Tat, wie der ehemalige Präsident des BVerfG Benda feststellt², zu den Bereichen gehören, in denen ausgesprochene Zukunftsängste aufbrechen, Gefühle auch einer real als vorhanden angesehenen, aber in Ausmaß und Richtung ungewissen Bedrohung. Den Themen, die solche Ängste der Menschen verursachen, ist meist die Undurchschaubarkeit des technischen Vorgangs gemeinsam – so E. Benda, der schon Mitte der siebziger Jahre davon

¹ BT – Drucksache 10/2814 vom 29.1.1985, Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1986).

² Vgl. Benda, Ernst.: Datenschutz und Grundgesetz, Technik · Wirtschaft · Gesellschaft, Heft 6/1984, S. 3.

gesprochen hat, daß die Furcht der Menschen vor der undurchschaubaren (und unkontrollierbaren) Elektronik selbst dann ernst genommen werden müsse, wenn sie gänzlich unbegründet wäre. Wie lassen sich im Blick auf die amtliche Statistik und im besonderen auf ein neues VZ-Vorhaben die hauptsächlichen Aussagen und Auflagen des zugrundeliegenden Urteils zusammenfassen?

1) Ausgangspunkt und Leitprinzip der verfassungsrechtlichen Überprüfung des VZ-Gesetzes ist die Feststellung, unter den Bedingungen der modernen Datenverarbeitung werde der Schutz des einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten von dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Art. 2 I GG (in Verbindung mit Art 1 I GG) vorgeschrieben. Das Gericht knüpft damit an mehrere frühere Entscheidungen an, in denen es den Schutz der privaten Sphäre als Teil des verfassungsrechtlich gewährleisteten allgemeinen Persönlichkeitsrechts angesehen hat. Das Grundgesetz gewährleistet nach Feststellung des BVerfG insoweit die Befugnis des einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen. Das Gericht spricht dabei von dem Recht auf „informationelle Selbstbestimmung“.

Dieses Recht stellt geradezu einen *Schlüsselbegriff* des Urteils dar und geht in seiner Tragweite weit über die amtliche Statistik hinaus. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist als Teil des allgemeinen Persönlichkeitsrechts zu sehen. Insofern ist mit diesem Recht auch nicht eigentlich ein neues Grundrecht kreiert worden. Im Grunde ist das im Grundgesetz verbürgte allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 I) – in Verbindung mit dem Schutz der Menschenwürde nach Art. 1 I GG – auf einen neuen Gefährdungssachverhalt hin, wie er mit den neuen EDV-technischen Möglichkeiten als gegeben angesehen wird, konkretisiert worden. Insofern, bemerkt E. Benda an anderer Stelle, kann man auch sagen, daß mit dem Urteil der Datenschutz Verfassungsrang erhalten habe. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung will als eine Kurzformel verstanden sein für „das komplexe Geflecht von Rechten und Pflichten, die der Bürger im Hinblick auf das durch Art. 2 GG geschützte Persönlichkeitsrecht im Bereich des neuen Gebiets der elektronischen Datenverarbeitung hat“.³

Letztlich läßt sich dieses Recht auf informationelle Selbstbestimmung wohl nur verstehen, wenn man eine gewisse Weiterentwicklung in der Auffassung des BVerfG dahingehend mit berücksichtigt, daß eine früher vertretene „Sphärentheorie“ aufgegeben worden ist, wonach unterschieden wurde, ob der zu prüfende Sachverhalt (und ein entsprechendes personenbezogenes Datum) dem engeren, durch das Persönlichkeitsrecht geschützten Intimbereich oder einem grundsätzlich hiervon zu trennenden Bereich des Sozialverhaltens zuzurechnen ist. Das VZ-Urteil hält an einer solchen Unterscheidung nicht mehr fest, sondern geht davon aus, daß aufgrund der Weiterentwicklung in der Datenverarbeitung viele für sich gesehen harmlose, weil neutrale, ohnehin bekannte bzw. sich aus dem Sozialverhalten des einzelnen ergebende Daten so miteinander verknüpft werden können, daß aus ihrer Summe ein umfassendes Persönlichkeitsprofil desjenigen entstehen kann, dessen Daten erhoben wurden.⁴ Im VZ-Urteil heißt es dazu: „Durch kann ein für sich gesehen belangloses Datum einen neuen Stellenwert bekommen; insoweit gibt es unter den Bedingungen der automatischen Datenverarbeitung kein „belangloses“ Datum mehr.“

2) Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist nun aber – man möchte sagen: selbstverständlich – *kein unbegrenztes* Recht, vielmehr erklärt das BVerfG ausdrücklich, daß Einschränkungen – allerdings nur im überwiegenden Allgemeininteresse – zulässig sind. Das BVerfG beruft sich hier wiederum auf das Menschenbild des GG, das sich an der Spannung zwischen dem Individuum und der Gemeinschaft orientiert. Mit diesem Menschenbild erscheine es einfach nicht vereinbar, in der Gemein-

schaft zu leben und die vielfältigen Leistungen der Allgemeinheit in Anspruch zu nehmen, sich aber dann, wenn es um Pflichten gehe, auf ein „Einsiedlerdasein“ zu berufen und jede Mitwirkung an den Aufgaben der Gemeinschaft zu verweigern. Diese Sichtweise entspricht sicherlich dem Menschenbild des GG; inwieweit dieses heute auch die Realität durchgängig abbildet, ist eine andere – freilich für die Durchführung einer VZ nicht unwichtige – Frage.

3) Wo es zu solchen Einschränkungen des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung kommen soll, müssen eine Reihe von Voraussetzungen eingelöst werden, die das Gericht ausdrücklich nennt und die sich im übrigen aus dem alle Bereiche staatlichen Handelns bestimmenden Rechtsstaatsprinzip ergeben. Es geht hier darum, Sicherungen einzubauen, die einer Aushöhlung oder völligen Beseitigung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung des einzelnen entgegenstehen. Worauf kommt es dabei besonders an?

- Solche Einschränkungen bedürfen einmal einer (verfassungsgemäßen) *gesetzlichen Grundlage*, die dem rechtsstaatlichen Gebot der *Normenklarheit* entsprechen muß. Damit ist bereits gesagt, daß Beschränkungen des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung nicht aus eigener Entscheidung der Exekutive, die durch den Gesetzgeber nicht gedeckt ist, ergehen kann. Das Erhebungsprogramm schon des VZ-Gesetzes von 1983 entsprach nach Feststellung des Gerichts diesem Gebot der Normenklarheit.

- Der Gesetzgeber, der damit also notwendig tätig werden muß, hat bei seinen Regelungen den *Grundsatz der Verhältnismäßigkeit* zu beachten, das heißt für den Verfassungsrechtler, sie müssen zur Erreichung des jeweils angestrebten legitimen Staatszweckes erforderlich und geeignet sein und darüber hinaus dem Betroffenen auch zumutbar sein. Diesem Grundsatz war bei dem Erhebungsprogramm schon des VZ-Gesetzes 1983 ebenfalls, wie das Gericht bestätigte, entsprochen.

- Schließlich hat der Gesetzgeber darüber hinaus organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen zu treffen, die der Gefahr einer Verletzung des Persönlichkeitsrechts entgegenwirken. Es wird hier nicht davon ausgegangen, diese Gefahr sei absolut auszuschließen, wohl aber ist ihr durch die genannten Vorkehrungen entgegenzuwirken.

4) Bei den verfassungsrechtlichen Anforderungen an derartige Einschränkungen des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung trifft das Gericht nun eine sehr wichtige (freilich in ihrer inneren Logik nicht ganz scharfe) Unterscheidung, nämlich die Unterscheidung „zwischen personenbezogenen Daten, die in individualisierter, nicht anonymer Form erhoben und verarbeitet werden, und solchen, die für statistische Zwecke bestimmt sind.“ Damit werden für die Erhebungen für statistische Zwecke Besonderheiten anerkannt, die für die Sammlung von Daten für Verwaltungszwecke nicht gelten. Insbesondere wird hier ausdrücklich anerkannt, daß bei den statistischen Erhebungen ein „Bedürfnis nach Vorratsspeicherung“ bestehe.

Während bei der ersten Gruppe von Daten die Zweckbestimmung der Erhebung im einzelnen festgelegt sein muß, kann – und dies ist für unsere Fragestellung besonders wichtig – bei der Erhebung für statistische Zwecke eine enge und konkrete Zweckbindung der Daten nicht verlangt werden. Im Gegensatz zu der *generellen* Forderung des BVerfG, daß personenbezogene Daten ausschließlich zu ganz bestimmten, vorher festgelegten Zwecken verwendet werden dürfen, wird der amtlichen Statistik ausdrücklich bestätigt, daß die Verwendungs- und Verknüpfungsmöglichkeiten bei statistischen Daten nicht im voraus bestimmbar sind. Die aufbereiteten Daten etwa einer Volkszählung sollen als eine Informationsbasis ja gerade für die verschiedensten Zwecke verwendet werden können. „*Multifunktionalität*“ wird, wie der hessische Datenschutzbeauftragte S. Simitis bemerkt⁵, hier zum Programm.

Wenn aber schon aus immanenten Gründen bei statistischen Erhebungen, deren Daten erst im Nachhinein für vielfältige, im vor-

³ Benda, Ernst: ebenda.

⁴ Diese Auffassung wurde zuvor schon von den Datenschützern vertreten. Vgl. hierzu Schlink, Bernhard: Das Volkszählungsurteil und seine Bedeutung für das Sozialrecht, Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, Heft 3/1984, S. 202.

⁵ Die informationelle Selbstbestimmung – Grundbedingung einer verfassungskonformen Informationsordnung, Neue Juristische Wochenschrift, Heft 8/1984, S. 402.

aus sofort noch gar nicht absehbare Zwecke ausgewertet werden, eine konkrete Zweckbindung nicht verlangt werden kann, so müssen zum Ausgleich dafür freilich der Informationshebung und -verarbeitung innerhalb des Informationssystems entsprechende *Schranken* gegenüberstehen. Von diesen wird noch zu sprechen sein.

Halten wir an dieser Stelle nur noch einmal fest: Das Recht des einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung muß sich *allgemeine, freilich an einige wichtige Voraussetzungen gebundene Einschränkungen* gefallen lassen, die sowohl für Verwaltungsaufgaben als auch für die Arbeit der amtlichen Statistik gelten; für die letztere will das BVerfG indessen gewisse *zusätzliche Schranken* aufgerichtet wissen, weil die Statistik andererseits nicht auf Einzelzwecke hin erhoben wird und die konkrete Zweckbindung für zu erhebende Daten, wie sie beim allgemeinen Verwaltungsvollzug als Voraussetzung für eine Einschränkung des informationellen Selbstbestimmungsrechts gilt, hier nicht greifen kann.

5) An diesen Maßstäben hat das BVerfG das Volkszählungsgesetz 1983 gemessen – und daran wird auch eine neue Gesetzesgrundlage für eine Volkszählung zu messen sein – und dabei auch die erwähnten Schranken näher gekennzeichnet, deren es bei Erhebungen für statistische Zwecke bedarf.

Das – in groben Zügen weithin bekannte – Ergebnis, das für die Gesamtanlage eines neuen VZ-Projekts von richtungsweisender Bedeutung ist, läßt sich auf dem Hintergrund der bisher aufgezeigten Grundsätze wie folgt zusammenfassen:

- Das Erhebungsprogramm, wie es schon für die Zählung 1983 vorgesehen war, verletzt nicht das Persönlichkeitsrecht; das Gericht formuliert im Hinblick auf einige seinerzeit sehr im Vordergrund stehende Diskussionsstränge etwa wie folgt: Das Erhebungsprogramm führt nicht zu einer mit der Würde des Menschen unvereinbaren Registrierung und Katalogisierung der Persönlichkeit. Damit wurde allen jenen Stimmen eine Abgabe erteilt, die mit der These vom 'gläsernen Menschen' und ähnlichem die gesamte VZ ablehnten, teilweise dabei jedoch offensichtlich in ganz anderen Kontexten agierten.⁶ Als eine Schranke für die Arbeit der Statistik wird damit sichtbar: der einzelne darf – unter den Bedingungen einer automatischen Verarbeitung der seine Person betreffenden Angaben – nicht zum bloßen „Informationsobjekt“ werden; klar definierte Verarbeitungsvoraussetzungen haben dies zu verhindern. Was freilich heißt dies ganz konkret?
- Das Erhebungsprogramm entsprach, wie bereits angedeutet, den oben erwähnten rechtsstaatlichen Prinzipien der Normenklarheit wie andererseits der Verhältnismäßigkeit. Darauf braucht daher ebenfalls nicht näher eingegangen zu werden.
- Allerdings – und dies ist nun ein sehr zentraler Punkt für den neuen Ansatz – bedürfen die verfahrensrechtlichen Vorkehrungen, die der Gefahr einer Verletzung des Persönlichkeitsrechts entgegenwirken sollen, nach Auffassung des BVerfG bestimmter Ergänzungen. Das Erhebungskonzept kann in dieser Hinsicht, so wie es im VZ-Gesetz 1983 konzipiert war, nicht unverändert für eine neue Zählung übernommen werden, sondern es bedarf zur Sicherung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung ergänzender verfahrensrechtlicher Vorkehrungen für Durchführung und Organisation der Datenerhebung.

6) Das BVerfG stellt weiter fest, daß gewisse *Übermittlungsvorschriften* des VZ-Gesetzes 1983 gegen das allgemeine Persönlichkeitsrecht verstoßen. Darunter fällt unter anderem der sogenannte Melderegisterabgleich, der für die Kommunen eine ganz entscheidende Motivationsbasis für die Durchführung des Zählungswerkes abgab. Damit wird als ein zentraler Grundsatz festgehalten, daß die Vermischung von statistischen Zwecken und Verwaltungszwecken grundsätzlich unzulässig ist. Gerade auch dadurch

soll eine jener für erforderlich gehaltenen *zusätzlichen* organisatorischen und verfahrensmäßigen Sicherungen gegen Mißbrauch geschaffen werden. Wirksame, gesetzlich abzusichernde Abschottungsregeln nach außen werden damit für statistische Erhebungen als besonders wichtig herausgestellt.

Schon jetzt ist abzusehen, daß das Urteil für den gesamten Bereich des Datenschutzes erhebliche Bedeutung haben wird, der hier jedoch nicht näher nachzugehen ist. Für den Datenschutz stehen dabei eine Reihe von Grundfragen und -sätzen zur Diskussion, die für das Feld einer *zu statistischen Zwecken durchgeführten VZ* zunächst zurücktreten können. Gerade die verschiedenen Auflagen, die das Gericht für die Erhebung personenbezogener Daten für *Verwaltungszwecke* herausstellt, können so für die amtliche Statistik nicht gelten. Dies gilt, wie schon erwähnt, insbesondere für das Zweckbindungsprinzip in Bezug auf die Erhebung von Daten, aber zum Beispiel auch für den Grundsatz, daß dem Bürger von Amts wegen bei der Datenerhebung mitgeteilt und erläutert werden müsse, zu welchem Zweck die Daten erhoben werden sollen. Wegen der bei statistischen Erhebungen gerade nicht möglichen *vorherigen* vollständigen Angabe, für welche konkreten Zwecke die Statistik benötigt wird, sind auch der Information der Auskunftspflichtigen gewisse Grenzen gesetzt. Für die amtliche Statistik – im Unterschied zur Datenerhebung für Verwaltungszwecke – werden solche einengenden Auflagen vom BVerfG freilich auch nicht als erforderlich angesehen, wenn die Daten ihrem Zweck entsprechend entweder bereits in grundsätzlich vorzuziehender anonymisierter Form erhoben würden oder doch so bald wie möglich anonymisiert würden, um die Rückführung auf bestimmte Personen zu verhindern. (Daher erscheinen ihm auch Lösungsregelungen für solche Angaben erforderlich, die bei der Erhebung als Hilfsangaben verlangt wurden und als Identifikationsmerkmale eine Deanonymisierung leicht ermöglichen würden, wie zum Beispiel Name, Anschrift, Kennnummer.) Hier wird freilich (vom Gericht) etwas vorschnell auf eine Erhebung in anonymisierter Form als für statistische Erhebungen bisher mehr oder minder typisch abgestellt, während es doch wohl darauf ankommt, daß die Anonymisierung der *Auswertung* gewährleistet sein muß. Dieser Unterschied wurde möglicherweise im seinerzeitigen Mikrozensus-Urteil von 1969 sehr viel deutlicher gesehen.

7) Schließlich gehört zu den Ergebnissen der verfassungsrechtlichen Überprüfung des früheren VZ-Gesetzes, daß die Weitergabe von Daten zu *wissenschaftlichen Zwecken*, wie sie in § 9 Abs. 4 des früheren Gesetzes vorgesehen war, mit dem Grundgesetz vereinbar gewesen sei.

III Die Grundstruktur des neuen Zählungskonzepts

Das neue VZ-Konzept übernimmt im wesentlichen das schon für 1983 vorgesehene Erhebungsprogramm. Auch soll die neue VZ als Totalerhebung durchgeführt werden. Zwar hat das BVerfG verlangt, daß der Gesetzgeber bei Anordnung einer statistischen Erhebung anhand des erreichbaren Materials prüft, ob eine Vollerhebung verhältnismäßig ist, sah freilich selbst keine sicheren Erkenntnisse als gegeben an, die im vorliegenden Falle das Mittel der Totalerhebung schon jetzt unverhältnismäßig erscheinen lassen. In der Begründung zum neuen Gesetzentwurf wird – unter Berufung zum Beispiel auch auf die Auffassung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin, der Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung sowie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie – ausgeführt, auch bei Ausschöpfung aller zusätzlichen Erkenntnisquellen seit dem VZ-Urteil vom Dezember 1983 lasse sich kein sicheres Ergebnis dafür gewinnen, daß auf die Vollerhebung verzichtet werden könnte. Eine solche Vollerhebung wird vielmehr nach wie vor dann als erforderlich angesehen, wenn – wie bei der VZ – statistische Ergebnisse mit hohem Genauigkeitsgrad für die Gesamtheit der Erhebungseinheiten, in großer fachlicher und in tiefer regionaler Differenzierung benötigt werden. Gerade darin wird zugleich ein wesentlicher Unterschied gesehen zwischen amtlicher Statistik und den Forschungsmethoden der Sozialwissenschaften.

⁶ In der ersten Beratung des (neuen) VZ-Gesetzentwurfs im Deutschen Bundestag am 28. 2. 1985 führte der Vorsitzende des zuständigen Innenausschusses (MdB Dr. Wernitz) aus: „Wer nach dem Volkszählungsurteil immer noch mit der Parole von der „Volksaushorchung“ herumhantiert, muß sich den Vorwurf der versuchten Volksverdummung gefallen lassen. Ich sage dies in aller Klarheit und Eindeutigkeit.“

Dagegen sind im neuen Konzept entsprechend dem Spruch der Verfassungsrichter zur Sicherung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung eine Reihe von ergänzenden verfahrensrechtlichen Vorkehrungen für Durchführung und Organisation der Datenerhebung vorgesehen worden. So ist vor allem auf den sogenannten Melderegisterabgleich, das heißt die Möglichkeit für die Gemeinden, anhand der Zählungsunterlagen ihre örtlichen Einwohnermeldedateien zu aktualisieren, ebenso verzichtet worden wie die Übermittlung von Einzelangaben für den kommunalen (Verwaltungs-)Vollzug ausdrücklich ausgeschlossen ist. Auch die früheren Regelungen über die Übermittlung von Einzelangaben an die obersten Bundes- und Landesbehörden sollen nicht mehr möglich sein.

Der neue Gesetzentwurf enthält sodann eine klare Unterscheidung zwischen Daten, die später statistisch ausgewertet werden (sogenannte Erhebungsmerkmale), und solchen Angaben, die nur dem korrekten Ablauf der Zählung dienen, (sogenannte Hilfsmerkmale). Die Erhebungsmerkmale der einzelnen Zählungsteile sind ausführlich festgehalten, so daß die Erhebungssachverhalte möglichst konkret bezeichnet sind, was im Ergebnis natürlich auf eine *weitere Verrechtlichung* hinausläuft, die sich gegenwärtig wie ein Rohreif auf die gesamte amtliche Statistik zu breiten scheint. Diese Verrechtlichung wie gerade auch die Auflage des Datenschutzes wirkten sich tendenziell als empfindliche Beeinträchtigung der amtlichen Statistik als Instrument der politikrelevanten empirischen Wirtschafts- und Sozialforschung aus. Besonders pointiert ist in der Diskussion bereits bemerkt worden⁷, man solle sich dazu bekennen, daß Statistik ein Erkenntnisinstrument sei, und daß man jeden Erkenntnisprozeß lahmlege, wenn man ihn unnötig reglementiere und unflexibel mache. Es ist schon erstaunlich, diese Entwicklung im – politisch allerdings schwachen – Fachbereich der amtlichen Statistik zu beobachten, wird doch gerade von Seiten führender Vertreter der Rechtsgestaltung mit Nachdruck auf die Gefahr einer Verrechtlichung der Gesellschaft hingewiesen, so zum Beispiel auf dem Anfang 1985 an der Universität Konstanz durchgeführten Symposium zur Situation der Rechtsstatsachenforschung. Die mit einer solchen Verrechtlichung verbundenen Einschränkungen des Freiheitsraumes werden in diesem Feld als eine mögliche Gefahr für den Menschen gesehen. Der heutige Präsident des BVerfG formulierte dort für Teile des Rechtsbereichs seinen Eindruck sogar dahin, den manischen Hang, alles zu regeln, mitunter wie die „Schlußphase in der Entwicklung der Dinosaurier“ zu empfinden: fortschreitende Verrechtlichung führe zur Unbeweglichkeit und damit zum Ende der Rechtsprechung. Gebot der Stunde sei eine „Entfeinerung des Rechts“. Auch die amtliche Statistik muß indessen vor dem Schicksal der Dinosaurier und ihrem vorzeitigen Ende bewahrt werden.

In organisatorischer und verfahrensrechtlicher Hinsicht ist das neue Konzept vor allem auch auf eine strengere Abschottung zwischen statistischer Erhebung und Verwaltung gerichtet. Der nicht mehr mögliche Melderegisterabgleich wurde bereits erwähnt. Darüber hinaus wird eine strikte personelle und organisatorische Trennung der Erhebungsstellen von anderen Verwaltungsstellen vorgeschrieben. Das nähere zur Durchführung dieser Auflage des neuen VZ-Gesetzes obliegt den *Ländern*, die dazu unter Umständen Rechtsverordnungen erlassen können. Es ist unmittelbar einsichtig, daß in der Praxis eine solche Abschottung für das Amt für Statistik und Stadtforschung einer größeren Stadt kaum Probleme bringen wird, für sehr kleine Gemeinden dagegen unter Umständen nicht unerhebliche Schwierigkeiten mit sich bringen kann. Darüber hinaus verdienen auch die neuen Vorschriften über Auswahl und Aufgaben der rund 500 000 ehrenamtlichen Zähler Erwähnung, die Interessenkollisionen ausschließen sollen, wie insbesondere bei Finanz- und Polizeibeamten; im übrigen sind die Zähler durch die Erhebungsstellen sorgsam auszuwählen und schriftlich zur Wahrung des Statistikgeheimnisses zu verpflichten. Größere Diskussionen hatte 1983 die Art der Zuleitung der ausgefüllten Erhebungsvordrucke an die Erhebungsstellen ausgelöst.

Der Gesetzentwurf sieht ausdrücklich vor, was seinerzeit bereits ergänzend unter anderem mit den Datenschützern vereinbart worden war, daß der Auskunftspflichtige befugt ist, dem Zähler die ausgefüllten Erhebungsvordrucke im verschlossenen Umschlag auszuhändigen oder direkt der Erhebungsstelle zu übermitteln. Dies kann zum Beispiel in Fällen besonders wichtig sein, in denen der Zähler, obwohl er nicht in der Nachbarschaft der eigenen Wohnung eingesetzt wird, gleichwohl dem Auskunftspflichtigen persönlich bekannt ist.

Auch sieht der Entwurf eingehende Trennungs- und Löschungsvorschriften für die Statistischen Ämter vor, auf die in anderem Zusammenhang noch einmal zurückzukommen sein wird.

Schließlich ist noch ein besonderes Augenmerk auf eine vorgesehene Neuregelung gegenüber dem VZ-Gesetz 1983 zu richten, die gerade für den Bereich von *Wissenschaft und Forschung* von besonderem Interesse sein dürfte. Der neue Gesetzentwurf kennt keine Regelungen mehr zur Übermittlung von Einzelangaben einmal, wie bereits erwähnt, für Aufgaben oberster Bundes- und Landesbehörden, aber zum anderen auch nicht für wissenschaftliche Zwecke. Der frühere Gesetzentwurf sah bekanntlich eine Regelung vor, wonach für wissenschaftliche Zwecke die erforderlichen Einzelangaben (ohne Namen und Anschrift) über eine Reihe von erfaßten Tatbeständen an Amtsträger und für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete übermittelt werden durften. Diese Vorschrift war zwar im Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht beanstandet worden, findet sich jedoch im neuen Gesetzentwurf nicht mehr.

IV Einige offene Fragen und Probleme

Welche Informationen werden wann von wem benötigt?

Zu dieser immer wieder auftauchenden Frage ist in der zwischenzeitlichen Diskussion der Hinweis gegeben worden, daß mancher Informationsbedarf vorher wissenschaftlich nicht genügend abgeklärt worden sei; insbesondere könne mit solchen Totalerhebungen in relativ großen Zeitabständen der aktuelle Bedarf für zahlreiche unbestritten wichtige Fragen nicht gedeckt werden. Dies spricht indessen nicht gegen eine Vollerhebung vom Typ der Volkszählungen; die Notwendigkeit der Grundinformation durch sachlich und regional tiefgegliederte Ergebnisse kann gar nicht ernsthaft bestritten werden.

Wenn freilich in diesem Zusammenhang eingewandt wird, die USA zum Beispiel beschränkten sich auf einen bestimmten Mindestfragenbestand, der für alle Auskunftspflichtigen gelte, und stellten darüber hinausgehende weitere Fragen nur an eine kleinere Stichprobenauswahl, so muß demgegenüber festgehalten werden, daß bereits das gesamte Programm der deutschen VZ nicht größer ist als dasjenige Programm, das sich in den USA an alle Auskunftspflichtigen wendet. Die dortigen zusätzlichen Fragenprogramme an eine Stichprobenauswahl gehen noch über unser Gesamtkonzept deutlich hinaus.

Erst recht sollte Konsens darüber bestehen, daß eine (laufende) Zusammenführung von getrennten Verwaltungsregistern keine vertretbare Alternative zu einer Vollerhebung vom Typ der VZ darstellen kann und infolgedessen auch ein Verweis auf *Schweden* ins Leere geht bzw. sogar in die Irre führt; denn die dortigen Verfahren mit einem „register-based-census“ laufen praktisch auf einen umfassenden Melderegisterabgleich unter Einbeziehung von Daten aus verschiedenen öffentlichen Registern hinaus. Wer den schwedischen Weg favorisieren möchte, muß wissen, daß er damit gerade für die vom BVerfG verworfene Einheit von Statistik und Verwaltungsvollzug eintritt.

Wie kann die Akzeptanzfrage gelöst werden?

Nicht nur durch das Karlsruher Urteil, sondern auch aufgrund der sich anschließenden Diskussionen in der Fachöffentlichkeit und in der Öffentlichkeit überhaupt ist deutlich geworden, welche geradezu entscheidende Bedeutung der *Akzeptanz* der statistischen Erhebung vom Typ einer VZ in der gesamten Bevölkerung zukommt. Diese Akzeptanz herzustellen, auf jeden Fall mit allen Kräf-

⁷ Vgl. von der Lippe, Peter.: Volkszählung: Datenschutz und Statistik ein Gegensatz?, CIVIS, 3. Sept. 1984, S. 75 f.

ten daraufhin zu wirken, kann als ein Auftrag der Bundesverfassungsrichter an den Staat und die amtliche Statistik aus dem Urteil entnommen werden. Nur wenn diese Akzeptanz gegeben ist, so wird nicht nur aus Karlsruhe, sondern zum Beispiel von Datenschutzzseite, aber auch seitens der amtlichen Statistik festgehalten, können wirklich voll brauchbare Ergebnisse erwartet werden und ist insofern eine neue VZ überhaupt zu vertreten. Diese Akzeptanz zu schaffen, setzt freilich eine gegenüber bisher unvergleichlich intensivere Informations- und Aufklärungsarbeit voraus, und zwar auf Bundesebene wie auch im Blick auf gewisse landesspezifische Besonderheiten. Dies ist jedoch nicht ohne entsprechenden finanziellen Aufwand zu haben.

Hier muß zugleich auf eine gewisse Schwierigkeit hingewiesen werden: Der einzelne sollte von dem Zweck der getroffenen Regelung, also einer konkreten statistischen Erhebung (wenigstens prinzipiell) überzeugt sein. Andererseits ist für die Statistik gerade typisch – was auch das BVerfG ausdrücklich als Unterschied zur Datenerhebung für den Verwaltungsvollzug hervorhebt –, daß eine konkrete Zweckbestimmung im Vorhinein oft gar nicht erschöpfend angegeben werden kann, die Daten vielmehr auf Vorrat für Auswertungszwecke erhoben werden, die sich oft erst später ergeben. Dies erschwert naturgemäß die notwendige Aufklärungsarbeit, die sich ihrerseits überhaupt erst aus deutlich veränderten situativen Bedingungen der amtlichen Statistik erklärt.⁸

Wichtiger aber als der Hinweis auf solche und andere notwendige Voraussetzungen für eine Öffentlichkeitsarbeit der amtlichen Statistik, die im übrigen sehr viel professioneller sein müßte als bisher, erscheint ein anderes Problem: Man wird ernsthaft fragen müssen, inwieweit es überhaupt (noch) möglich ist, eine *durchgängige* Akzeptanz für eine neue VZ zu schaffen. Die Erfahrung zeigt, daß die seinerzeit von dem Karlsruher Urteil teilweise ausdrücklich erwartete befriedende Wirkung wohl nicht eigentlich eingetreten ist. Nicht zuletzt haben die Auseinandersetzungen und die letztendliche Aussetzung der VZ – nicht das Urteil selbst, wohl aber seine anschließend oft verkürzte Wiedergabe und einseitige Interpretation – in diesem Zusammenhang durchaus negative Auswirkungen gehabt. Das Urteil legt ganz entscheidenden Wert auf die Akzeptanz; man muß indessen fragen, ob es nicht ungewollt Anlaß geboten hat, dieser Akzeptanz eher Abbruch zu tun als sie zu fördern. Dies ist sicher mitbedingt durch die sehr partiellen, aber eben negativen Eindrücke, die in breiten Kreisen von zunächst sogar eher positiv eingestellten Bürgern hängen geblieben sind. Im übrigen muß man sich fragen, was Bemühungen um noch so detaillierte Aufklärung der Auskunftspflichtigen dort bewirken könnten, wo man es mit entsprechend mobilisierten Kollektiven zu tun hätte. Dies alles macht die Größe der Aufgabe, öffentlichkeitswirksam auf die notwendige Akzeptanz hinzuwirken, nur um so deutlicher.

Wie befriedend war die Wirkung des Urteils bisher tatsächlich?

Mit authentischen Interpretationen des Karlsruher Urteils sind bemerkenswert optimistische Erwartungen hinsichtlich des weiteren Vorgehens verbunden worden. Wenn den zu Recht geltend gemachten Beanstandungen in einem neuen VZ-Gesetz entsprochen werde, könne, so beispielsweise E. Benda⁹, der Staat im Interesse aller erwarten, daß seine Bürger sich der Teilnahme an einer solchen verfassungsrechtlich einwandfreien statistischen Erhebung nicht entziehen. Hier muß nun etwas offen bleiben, welchen Sinngehalt dieses 'kann der Staat erwarten' besitzt: Ist es mehr zu verstehen im Sinne von „nun kann der Staat getrost davon ausgehen, daß alle mitmachen“ oder im Sinne von „sollte der Staat eine Teilnahme aller eigentlich erwarten dürfen“? Wer das Erstere meint, wird darauf verweisen wollen, bei allen Beteiligten sei das Bewußtsein für die Bedeutung des Datenschutzes gestärkt worden, und darin zugleich eine Stärkung des für ein so großes Zählungswerk erforderlichen Vertrauens zu dem Staat und seinen Bürgern sehen.

Wer aber die Diskussion „nach Karlsruhe“ aufmerksam verfolgt hat, wird an der befriedenden Wirkung des Urteils doch gewisse Zweifel haben, zumal wenn maßgebende Politiker im Deutschen Bundestag bereits offenbar begründeten Anlaß sehen, vor einer 'polit-demagogischen Kampagne' zu warnen; er wird während der Vorlage eines neuen Gesetzentwurfs Stellungnahmen – selbst aus politischen Gruppierungen im Deutschen Bundestag – dahin registriert haben, der Zensus werde am Widerstand der „mittlerweile sensibilisierten Bevölkerung“ scheitern, und er wird vor diesem Hintergrund wohl eher der zweiten Lesart zustimmen.

An dieser Stelle läßt sich die etwas schwierige Frage nicht ganz ausklammern, wie wirklichkeitsnahe im Umfeld der Verfassungsgerichtsentscheidung argumentiert worden ist und wird. In seinem kommentierenden Aufsatz unterstreicht Ernst Benda¹⁰ mit Nachdruck, daß das Gericht sich – zum Beispiel beim Ernstnehmen der Ängste der durch Computertechnik verunsicherten Menschen – von dem vom Grundgesetz vorausgesetzten Menschenbild habe leiten lassen. Dieser Vorstellung des Grundgesetzes entspreche auch nicht ein Bild des Bürgers, der vom Staat zwar Leistungen erwartet, aber diesem die Bereitschaft zur Mitarbeit verweigert. Nun zeigen die prinzipiell ablehnenden Haltungen in bestimmten Teilgruppen der Gesellschaft, wie sehr in unserer pluralistischen Gesellschaft ein hier erwarteter gemeinsamer Grundkonsens bereits in Frage gestellt ist. Damit werden in der Wirklichkeit möglicherweise Abweichungen sichtbar von einem Menschenbild, wie es der Verfassung zugrunde liegt und auf das sich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts stützt.

Wie groß ist noch das Interesse der Kommunen an der neuen VZ?

Infolge des Ausschlusses des Registerabgleichs ist *ein* sehr wichtiges Interesse der Gemeinden an der Durchführung einer Volkszählung entfallen, die ihnen ja letztendlich doch auch sehr viel Verwaltungsarbeit bringt. Andererseits ist die Durchführung ohne die Gemeinden praktisch nicht vorstellbar. Es bleibt abzuwarten, wie in dieser Hinsicht die Entwicklung weitergehen wird.

Zu nicht unerheblichen Problemen dürfte insbesondere für kleinere Gemeinden die Auflage des BVerfG führen, die Kommunalstatistik von anderen Aufgaben der Gemeinden strikt zu trennen. Das Urteil hatte hierzu festgestellt, die zum Schutz des Persönlichkeitsrechts gebotenen Vorkehrungen müßten bei den Statistikstellen der Gemeinden durch Organisation und Verfahren in gleicher Weise sichergestellt sein wie bei den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder. Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände hat gegenüber dem neuen Gesetzentwurf, in dem diese Auflage ihren Niederschlag gefunden hat, bereits kritisch angemerkt, die vorgesehene Regelung der organisatorischen und personellen Abschottung der Erhebungsstellen von anderen Verwaltungsstellen werde hinsichtlich kleinerer Gemeinden für außerordentlich problematisch gehalten.

Stattdessen verweisen die Kommunen in etwa folgende Richtung: Es sollte eine *funktionale* Trennung gewährleistet sein; dagegen erscheine eine institutionelle Trennung nicht nur für kleine Gemeinden schwer durchführbar, sondern wohl letztlich auch nicht erforderlich. Es wird Aufgabe einer landesrechtlichen Regelung sein, die Auflagen des Bundesverfassungsgerichtes entsprechend umzusetzen. Dabei stellt sich dann auch die Frage, ob nicht bei sehr kleinen Gemeinden auf großräumigere Erhebungsstellen (Landkreise) übergegangen werden sollte, vor allem, wenn dies gewünscht wird.

Abgelehnt wird von kommunaler Seite sodann die vorgesehene Einschränkung der Übermittlung von Einzelangaben an die Gemeinden für eigene statistische Aufbereitungen sowie die Subsidiarität der kommunalen statistischen Aufbereitung; letzteres ergibt sich aus der vorgesehenen Regelung, wonach eine Übermittlung von nicht anonymisierten Einzelangaben an Gemeinden und Gemeindeverbände für eigene statistische Aufbereitungen nur zulässig sein soll, soweit die Statistischen Ämter der Länder entsprechende Aufbereitungen nicht selbst durchführen können. Für die-

⁸ Vgl. hierzu auch Wingen, Max.: Wie es zu großer Unruhe über eine normale Sache gekommen ist, Frankfurter Allgemeine Zeitung v.12. Oktober 1983, Nr. 237, S. 11.

⁹ Datenschutz und Grundgesetz, Technik · Wirtschaft · Gesellschaft, Heft 6/1984, S. 6.

¹⁰ Vgl. Benda E.: Datenschutz und Grundgesetz, S. 3.

se wiederum folgt daraus – wie auch aus den anderen sehr restriktiven Übermittlungsregelungen –, daß sie sehr viel mehr als bisher selbst weiterführende Aufbereitungen und Auswertungen vornehmen müßten – die dafür erforderlichen Ressourcen einmal vorausgesetzt.

Inwieweit kommen die berechtigten Interessen von Wissenschaft und Forschung zum Zuge?

Die aus der amtlichen Statistik zu gewinnenden Informationen sind nicht zuletzt für Wissenschaft und Forschung wichtig. Das komplexe Problem des Bedarfs von Wissenschaft und Forschung sowie des Zugangs zu den Daten der VZ kann hier nicht erschöpfend behandelt werden; es verdient eine gesonderte Behandlung. Die Notwendigkeit des Rückgriffs auf die Basis gerade auch der amtlichen Statistik und zum Beispiel einer VZ braucht nicht im einzelnen belegt zu werden. Es mag der Hinweis genügen, daß der hier gemeinte Bedarf an statistischer Information die verschiedensten Bereiche von Wissenschaft und Forschung betrifft – entsprechend der relativen Breite des Spektrums deutscher amtlicher Statistik die Wirtschaftswissenschaften ebenso wie die empirisch orientierten Sozialwissenschaften, die Geographie ebenso wie die Medizin, die Pädagogik und Psychologie ebenso wie die neuen umweltwissenschaftlichen Forschungsrichtungen.

Die amtliche Statistik selbst kann als wissenschaftlicher Dienst in allen diesen Feldern meist nur die auch mit Methoden der wissenschaftlichen Statistik ermittelten Sachverhalte offenlegen, erste Ansatzpunkte für weiterführende, zum Beispiel auf vertiefte Ursachenerklärungen der offengelegten Phänomene ausgerichtete Forschungsbemühungen aufzeigen und sich nur in sehr begrenztem Umfang – je nach integrierten fachwissenschaftlichen Kompetenzen im Einzelfall – an solchen weiterführenden Analysen und Forschungsarbeiten beteiligen. Immerhin sollten auch diese letzteren Beiträge nicht übersehen werden; ohne daß die Statistischen Ämter den geradezu aberwitzigen Versuch unternehmen dürften, so etwas wie staatliche Super-Institute werden zu wollen, läßt sich nicht verkennen, in welchem noch steigendem Ausmaß sich die Institutionen der amtlichen Statistik gerade bei datenorientierten wissenschaftlichen Untersuchungen in jüngerer Zeit vielfach sehr gefordert sehen. Auf der kommunalen Ebene beispielsweise ist in den verschiedentlich eingerichteten Ämtern für Statistik und Stadtforschung eine durchweg nützliche praxisorientierte Forschungsaktivität mit oft sehr wichtigen Ergebnissen in Gang gekommen. Insgesamt kann jedoch nicht zweifelhaft sein, daß die in der amtlichen Statistik gewonnenen Informationen – ähnlich wie sie als Zwischenprodukte¹¹ in politische Planungen und Entscheidungsvorbereitungen eingehen – auch in den wissenschaftlichen Forschungsprozeß als Bausteine eingehen und übrigens nicht selten weiterführende Forschungsanstrengungen erst auslösen. So wenn, um nur ein Beispiel von vielen zu nennen, die Mortalitätsstatistik hochsignifikante regionale Unterschiede in der Säuglingssterblichkeit ausweist oder Regionen mit weit überdurchschnittlicher Krebssterblichkeit erkennen läßt, ohne selbst bereits eine befriedigende Ursachenerklärung mitliefern zu können bzw. zu wollen. Um so wichtiger ist die Kooperation der hier angesprochenen verschiedenen Handlungsfelder, um so bedeutsamer sind auch die Austauschprozesse an der Nahtstelle zwischen amtlicher Statistik und universitärer wie außeruniversitärer Forschung. Ein irgendwie gearteter Monopolanspruch der Statistischen Ämter auf die von ihnen erhobenen Daten kann im Grunde auch nicht im längerfristigen wohlverstandenen eigenen Interesse der amtlichen Statistik liegen.

Ziel sollte somit sein, nach Wegen zu suchen und sich abzeichnende Wege auch mit Nachdruck und Förderung durch die politisch verantwortlichen Instanzen zu verfolgen, die geeignet sind, die Zusammenarbeit des wissenschaftlichen Dienstes der amtlichen Statistik mit der universitären und außeruniversitären wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Forschung weiter zu verbessern und dauerhaft zu festigen. In diesem Sinne wäre etwa auf ein größer

angelegtes Kooperationsmodell „wissenschaftlicher Dienst amtliche Statistik und universitäre wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Forschung“ zu plädieren, dessen allererste Anfänge in Baden-Württemberg im übrigen schon bestehen. Der Nutzen für beide Seiten ist dabei ebenso schon deutlich geworden wie die Einsicht in die je bereichsspezifischen Möglichkeiten und Grenzen des eigenen Leistungsvermögens gewachsen ist.

Im Zusammenhang mit dem Aspekt des Nutzens der VZ-Erhebung für Wissenschaft und Forschung sei neben diesen generellen Anmerkungen zum Arbeitsschnitt noch auf einige, im Grunde unnötige Erkenntnisbeschneidungen hingewiesen, die mit dem neuen Erhebungsprogramm verbunden sind. So sollen zum Beispiel bei den Erhebungsmerkmalen der Volks- und Berufszählung der erlernte Beruf und die Dauer der praktischen Berufsausbildung, der höchste Schulabschluß an allgemeinbildenden Schulen, der höchste Abschluß an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule sowie die Hauptfachrichtung des letzten Abschlusses nur bei Personen von 15 bis 65 Jahren erhoben werden, nicht aber bei älteren Menschen. Für die Einschätzung der Situation der alten Menschen dürfte aber nicht zuletzt dieser Aspekt in verschiedener Hinsicht wichtig sein. Eine Kritik in dieser Richtung wurde bereits von seiten der Sachverständigen-Kommission der Bundesregierung für den vierten Familienbericht geäußert, in dem das Thema „Familie und alter Mensch“ zu behandeln ist.

Auf die sozialwissenschaftlichen Forschungsmöglichkeiten wirken sich in anderem Zusammenhang bereits angesprochene Tendenzen in der gegenwärtigen Diskussion aus, die insgesamt eine hochgradige „Individualisierung“ widerspiegeln. Wahrscheinlich sind diese Tendenzen durch das Karlsruher Urteil tatsächlich eher noch etwas verstärkt worden, auch wenn dort das Bild des Menschen mit Gemeinschaftsbezug besonders deutlich angesprochen wird. Die hier gemeinte Wirkung läßt sich am Beispiel der Zugehörigkeit zu einem *Haushalt* verdeutlichen. Es handelt sich dabei bekanntlich um eine zentrale sozialwissenschaftliche Kategorie; in Haushalten leben in Westeuropa die Menschen seit vielen Jahrhunderten und wahrscheinlich seit Jahrtausenden zusammen. Die Veränderungen von Haushaltsstrukturen interessieren naturgemäß sehr stark; Wohnungsbaupolitik ebenso wie soziale Infrastrukturpolitik oder Verbraucherpolitik – um nur einige Politikbereiche zu nennen – sind an Daten über die Entwicklung von Haushalten unterschiedlicher Größe und Struktur nachhaltig interessiert.

Für die moderne amtliche Statistik sind die Möglichkeiten sachgerechter Informationsgewinnung hier nicht gerade besser geworden, sondern haben sich eher verschlechtert: Das Karlsruher Urteil hat mit Wirkung für das neue VZ-Konzept – vielleicht etwas überspitzt gesagt – den Haushaltsbegriff möglicherweise *im praktischen Ergebnis* nicht unerheblich korrigiert. Schon in seiner Kritik an dem früheren Gesetz hatte das BVerfG es als nicht anhängig bezeichnet, alle Auskunftspflichtigen von vornherein nach Haushalten zu erfassen. Was über Jahrzehnte in deutschen Volkszählungen selbstverständlich war, versteht sich seitdem nicht mehr von selbst, sondern muß im Gesetz ausdrücklich normiert sein. Der neue Gesetzentwurf sagt: „Einen Haushalt bilden alle Personen, die gemeinsam wohnen und wirtschaften. Wer allein wirtschaftet, bildet einen eigenen Haushalt.“ Und dann an anderer Stelle: „Der Auskunftspflichtige kann bei der Volks- und Berufszählung wählen, ob er die in den Erhebungsvordrucken enthaltenen Fragen gemeinsam mit anderen Haushaltsmitgliedern oder für sich allein beantwortet.“

Was bedeutet dies? Besteht hier nicht die Gefahr, daß Haushalt im Ergebnis dahin verstanden wird, Haushalt liege vor, wo jemand will, daß er Haushalt sei. Nehmen wir ein Beispiel: Eine 20jährige unverheiratete Tochter lebt mit ihren Eltern zusammen in einem 3-Personen-Haushalt; sie nimmt aber für sich in Anspruch, allein zu wirtschaften. Dies muß wohl vom Zähler akzeptiert werden. In diesem Falle gäbe es in dieser Wohnung zwei Haushalte. Bei der VZ hat die Tochter im übrigen das Recht, einen eigenen Erhebungsbogen zu verlangen, ohne Abstimmung mit den Eltern auszufüllen und – was die praktische Durchführung der Zählung sehr belasten könnte – separat der Zählungsdienststelle zu übersenden. Es wird nicht ganz einfach sein, den Individualbogen wieder mit dem zuge-

¹¹ Vgl. Moser, C.: Statistics and Public Policy; in: Journal of the Royal Statistical Society 1980, 1, S. 1–31.

hören Haushaltsmantelbogen zusammenzubringen. Immerhin muß mit der Gefahr gerechnet werden, daß die Zahl der 1-Personen-Haushalte tendenziell überhöht ausgewiesen wird. Schließlich sei noch auf eine auf mittlere Sicht möglicherweise sehr spürbare Beeinträchtigung der Bemühungen aufmerksam gemacht, die auf die Erstellung eines „Statistischen Gesamtsystems demographischer und sozialer Daten“ gerichtet sind. Wesentliche Grundlage dafür als Datenbasis ist die – in regelmäßigen, größeren Abständen durchgeführte – VZ mit ihren einheitlichen Definitionen und Zuordnungen. Die Arbeiten an einem solchen System sind durch die jüngste Entwicklung nicht unberührt geblieben. Im Statistischen Bundesamt wird ein wesentlicher Rückschlag bei den Arbeiten an den methodischen Grundlagen solcher demographischer Gesamtrechnungen auf Grund des VZ-Urteils konstatiert, weil es noch keineswegs sicher sei, ob entsprechend den bisherigen Vorstellungen Volkszählungen langfristig die Grundlage dafür bilden können.¹²

Schlußbemerkung

Im Schatten des Karlsruher VZ-Urteils steht die amtliche Statistik gegenwärtig mit dem Rücken zur Wand, wird sie in der Öffentlichkeit auch dort kritisiert, wo es dafür keinen Anhalt im Urteilsspruch des BVerfG gibt. Im Grunde kommt ja in dem Karlsruher Urteil selbst auf der einen Seite sogar eine unverkennbare Anerkennung, wenn nicht sogar Hochschätzung der amtlichen Statistik zum Ausdruck; dem steht freilich auf der anderen Seite gegenüber, daß es *Schlußfolgerungen wie auch Auswirkungen des Urteils* gibt, die in gewissem Gegensatz dazu stehen.

Die amtliche Statistik wird auf absehbare Zukunft politisch ein „Leichtgewicht“ bleiben; es gilt zu verhindern, daß daraus ein Spielball tagespolitischer Interessen wird. In der Diskussion der

letzten Monate ist – vielleicht etwas zugespitzt, aber den Sachverhalt im Kern richtig treffend – auf den im Grunde höchst unbefriedigenden politischen Stellenwert des wissenschaftlichen Dienstes amtliche Statistik hingewiesen worden, auf die relative Ohnmacht auch, die für die Statistiker charakteristisch ist, die auf das Wohlwollen des Staates und der öffentlichen Meinung angewiesen sind und nichts in der Hand haben, mit dem sie sich dieses Wohlwollen erzwingen könnten. „Wo es ein Machtvakuum gibt, kann sich jeder gefahrlos eine Scheibe abschneiden und dadurch Befriedigung, Erfolg und Selbstbewußtsein erhalten“.¹³

Angesichts des, gerade auch international gesehen, relativ hohen Standards der deutschen amtlichen Statistik mag man es bedauern, aber es läßt sich nicht leugnen: „Die Statistik ist in der Bundesrepublik Deutschland in eine Sturmzone politischer Diskussion und gesellschaftlicher Zweifel geraten. In dieser Sturmzone wird ihre Arbeit erheblich erschwert“.¹⁴

Es wird hier keinen bequemen Ausweg für die amtliche Statistik geben. An die Grenzpfähle des an sich nicht schlecht bestellten Gartens deutscher amtlicher Statistik haben die Götter Datenschützer gestellt, die in ihrer grundrechtssichernden Funktion der Versuchung erliegen könnten, sich in die Rolle einer Oberinstanz in fachlich-methodischen Fragen der amtlichen Statistik zu begeben. Datenschutz ist wichtiger denn je und für die amtliche Statistik in Deutschland im Prinzip nicht neu; seine Beachtung liegt im ureigensten Interesse der amtlichen Statistik selbst. Indessen wird man über dem ohne Zweifel sehr grundlegenden Recht des Einzelnen auf *informationelle Selbstbestimmung* die Aufgabe des Staates nicht vergessen dürfen, mit Hilfe der amtlichen Statistik die *informationelle Infrastruktur in der Gesellschaft* zu sichern.¹⁵

Auf mittlere Sicht wird man wohl Verbesserungen der Situation dort erwarten dürfen, wo es gelingt

- ausreichende statistische Grundinformationen (wie gerade auch durch eine VZ) bereitzustellen,
- erste (Grund-)Analysen seitens der amtlichen Statistik durchzuführen,
- unter anderem darauf unmittelbar aufbauend weiterführende wissenschaftliche Untersuchungen berufener Träger in Wissenschaft und Forschung vorzulegen,
- mit der amtlichen Statistik kooperierende Informationssysteme der politischen Administration auf- und auszubauen und so
- insgesamt gemeinsam solide, freilich auch datenschutzrechtlich ausreichend abgesicherte Wege in eine Informationsgesellschaft zu beschreiten, die diesen Namen wirklich verdient.

Prof. Dr. Max Wingen

¹² Vgl. Herberger, Lothar.: Weiterentwicklung der Bevölkerungsstatistik, in: Bundesstatistik in Kontinuität und Wandel, Forum der Bundesstatistik, Band 1 (Festschrift für Hildegard Bartels), Herausgeber Statistisches Bundesamt, S. 106.

¹³ von der Lippe, P.: a. a. V., S. 67.

¹⁴ Hölder, Egon: Bundesstatistik heute und morgen – Strategien für ihre Weiterentwicklung, in: Bundesstatistik in Kontinuität und Wandel, Forum der Bundesstatistik, Band 1 (Festschrift für Hildegard Bartels), Herausgeber Statistisches Bundesamt, S. 14.

¹⁵ Vgl. Wingen, M.: Statistik und Politik, Anmerkungen zur Standortbestimmung der amtlichen statistischen Information, in: Statistische Information – Probleme und Leistungen (Festschrift für Klaus Szameitat) Stuttgart 1984, S. 195–202, sowie Zapf Wolfgang: Stellungnahme zum Mikrozensus, Anhörung im Deutschen Bundestag am 25. 2. 1985.

Rechtsgrundlagen der Volkszählung 1987

In seiner Sitzung am 26. September 1985 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) verabschiedet.¹ Das Gesetz fand die Zustimmung der breiten Mehrheit der Abgeordneten; lediglich die GRÜNEN und einige Abgeordnete der SPD lehnten den vorgelegten Gesetzentwurf ab. Auch der Bundesrat stimmte in seiner Sitzung vom 18. Oktober 1985 dem Volkszählungsgesetz 1987 zu, so daß es nach seiner Verkündung am 15. November 1985 in Kraft treten konnte. Als Zählungstichtag wurde der 25. Mai 1987 festgesetzt.

„Volkszählungsurteil“ des Bundesverfassungsgerichts

Die Schaffung einer neuen Rechtsgrundlage für die Volkszählung war nötig geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht die für 1983 geplante Volkszählung kurz vor dem vorgesehenen Stichtag durch einstweilige Anordnung² zunächst ausgesetzt und später durch Urteil vom 15. Dezember 1983³ das Volkszählungsgesetz 1983⁴ in Teilen für nicht mit dem Recht des Bürgers auf „informationelle Selbstbestimmung“ vereinbar erklärt hatte.

In diesem grundlegenden Urteil macht das Bundesverfassungsgericht deutlich, daß unter den Bedingungen der modernen Datenverarbeitung der Schutz des Einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten von dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Art. 2 Abs. 1 i.V. mit Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz umfaßt wird.

Grundsätzlich hat jeder Bürger das Recht, selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen. Einschränkungen dieses Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung hat das Bundesverfassungsgericht allerdings dann für zulässig erachtet, wenn sie im überwiegenden Allgemeininteresse notwendig sind. Solche Einschränkungen müssen aber auf einer verfassungsgemäßen gesetzlichen Grundlage basieren, aus der sich die Voraussetzungen und der Umfang der Beschränkungen für den Bürger klar erkennbar ergeben. Neben diesem rechtsstaatlichen Gebot der Normenklarheit muß der Gesetzgeber auch den mit Verfassungsrang ausgestatteten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachten, das heißt, er darf das Recht des Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung nur soweit beschränken, als es zum Schutz öffentlicher Interessen unerlässlich ist. Das Bundesverfassungsgericht fordert vom Gesetzgeber ferner, daß er organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen trifft,

die der Gefahr einer Verletzung des Persönlichkeitsrechts bei der Erhebung und Verarbeitung der Daten entgegenwirken.⁵

Während das Bundesverfassungsgericht das Gebot der Normenklarheit und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit durch das Volkszählungsgesetz 1983 gewahrt sah, genügten andere Regelungen des Gesetzes nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen. Die vorgesehene Verwendung von für statistische Zwecke erhobenen Daten für Verwaltungszwecke, also der geplante Melderegisterabgleich, wurde vom Gericht als nicht mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung vereinbar angesehen. Ebenso die Vorschriften über die Datenübermittlung an die obersten Bundes- und Landesbehörden sowie an die Gemeinden.

Die Erforderlichkeit einer Volkszählung an sich wurde allerdings voll bestätigt. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts dient die Volkszählung einem einleuchtenden, zur Erfüllung legitimer Staatsaufgaben angestrebten Zweck, nämlich dem Staat die Informationen zu verschaffen, die er für künftiges Planen und Handeln benötigt. Wörtlich sagt das Bundesverfassungsgericht: „Erst die Kenntnis der relevanten Daten und die Möglichkeit, die durch sie vermittelten Informationen mit Hilfe der Chancen, die eine automatische Datenverarbeitung bietet, für die Statistik zu nutzen, schafft die für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik unentbehrliche Handlungsgrundlage ...“⁶

Auch das Erhebungsprogramm der Volkszählung steht nach dem Urteil des höchsten deutschen Gerichts mit dem angestrebten Zweck in Einklang. Es führt nicht zu einer mit der Würde des Menschen unvereinbaren Registrierung und Katalogisierung der Persönlichkeit,⁷ und ist somit für die Auskunftspflichtigen zumutbar.

Intensive Diskussionen um ein neues Volkszählungsgesetz

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts machte es erforderlich, ein von Grund auf neues Volkszählungsgesetz auszuarbeiten. Dieser Neufassung gingen ausführliche Beratungen in den parlamentarischen Gremien voraus, wobei sich alle Beteiligten bemühten, den Anforderungen aus dem Volkszählungsurteil zu entsprechen. An der Erarbeitung des Gesetzes waren auch die Datenschutzbeauftragten beteiligt – in beispielhafter Weise, wie der Hamburger Datenschutzbeauftragte feststellte.⁸ Natürlich wurden das Urteil und seine Konsequenzen auch in Kreisen der Wissenschaft, der Statistischen Ämter und in der Öffentlichkeit lebhaft diskutiert.

¹ Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. November 1985 (BGBl. I S. 2078).

² Beschluß vom 13. April 1983 (BVerfGE 64, 67 = NJW 1983, 1307).

³ BVerfGE 65, 1 = NJW 1984, 419.

⁴ Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1983) vom 25. März 1982 (BGBl. I S. 369).

⁵ BVerfGE 65, 1 (46 f.).

⁶ BVerfGE 65, 1 (50).

⁷ BVerfGE 65, 1 (56).

⁸ Vierter Tätigkeitsbericht des Hamburger Datenschutzbeauftragten für das Jahr 1985, S. 36.

Vor allem im Innenausschuß des Deutschen Bundestages fanden umfangreiche Beratungen des Gesetzentwurfes der Bundesregierung⁹ statt, wobei im Rahmen einer öffentlichen Anhörung am 17. April 1985 auch Sachverständige aus dem In- und Ausland zur Frage der Notwendigkeit der Volkszählung, zur Methode der Durchführung und zum Datenschutz gehört wurden.¹⁰ Auf Grund dieser Beratungen wurde der vorliegende Gesetzentwurf in einer Reihe von Punkten ergänzt bzw. geändert.¹¹

Wesentliche Neuregelungen im Volkszählungsgesetz 1987

Unterscheidung zwischen Erhebungs- und Hilfsmerkmalen

Im Volkszählungsgesetz 1987 (VZG 1987) wurde, wie im zuvor novellierten Mikrozensusgesetz, eine Trennung zwischen Erhebungsmerkmalen und Hilfsmerkmalen vorgenommen. Erhebungsmerkmale sind nach § 3 Abs. 1 Volkszählungsgesetz 1987 diejenigen Merkmale, die zur statistischen Auswertung bestimmt sind, während die Hilfsmerkmale, insbesondere Name und Anschrift, lediglich zur organisatorischen Durchführung der Zählung dienen. Die Unterscheidung ist deshalb von Bedeutung, da von den Hilfsmerkmalen im Statistischen Landesamt lediglich die im Volkszählungsgesetz ausdrücklich genannten auf maschinelle Datenträger übernommen werden dürfen, und auch diese nur für ganz bestimmte Zwecke. Die Hilfsmerkmale sind gemäß § 15 VZG 1987 unverzüglich nach Durchführung der Eingangskontrollen bei den Statistischen Landesämtern von den Erhebungsmerkmalen zu trennen. Damit wird eine Anonymisierung zum frühestmöglichen Zeitpunkt erreicht.

Von großer Bedeutung ist auch, daß im VZG 1987 nunmehr alle Erhebungsmerkmale und Hilfsmerkmale ganz detailliert bezeichnet sind (§§ 5-8 VZG 1987). Es wird nichts erfragt, was nicht unmittelbar durch den Gesetzgeber angeordnet wurde. Damit wird einer entsprechenden Forderung des Bundesverfassungsgerichts Rechnung getragen.

Einrichtung abgeschotteter Erhebungsstellen

Zur Durchführung der Volkszählung werden bei den Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden örtliche Erhebungsstellen eingerichtet, die räumlich, organisatorisch und personell von anderen Verwaltungsstellen getrennt sein müssen. Die näheren Regelungen hierzu sind den Ländern vorbehalten, die entsprechende Rechtsverordnungen erlassen haben. Für Baden-Württemberg gilt folgendes:¹²

Allen Gemeinden mit mehr als 8 000 Einwohnern obliegt die örtliche Durchführung der Volkszählung selbst, für kleinere Gemeinden übernimmt die Durchführung der Land-

kreis. Auf Antrag wurde diese Aufgabe aber auch kleineren Gemeinden oder Verwaltungsgemeinschaften übertragen, sofern sie den Nachweis führen konnten, daß die vorgeschriebene Trennung der Erhebungsstelle von anderen Verwaltungsstellen gewährleistet ist. Obwohl die Erfüllung der Abschottungsanforderungen erhebliche personelle und kostenmäßige Auswirkungen hat, machte eine im Hinblick auf eine bürgernahe Abwicklung der Zählung erfreulich große Anzahl der Gemeinden des Landes von ihrem Antragsrecht Gebrauch.

Die Räumlichkeiten der Erhebungsstelle dürfen nicht für andere Zwecke als der Abwicklung der Volkszählung genutzt werden. Zutritt hat nur ein enger Kreis von Personen, die mit der Zählung befaßt sind. Diese Personen sind in einer eigens für die Erhebungsstelle erlassenen Dienstanweisung benannt.

Die Erhebungsstellen sind von den übrigen Verwaltungsstellen der Gemeinde bzw. des Landkreises organisatorisch völlig getrennt. Sie unterstehen unmittelbar dem Bürgermeister oder Landrat.

Auch für den Leiter der Erhebungsstelle und seine Mitarbeiter gelten strenge Vorschriften, um die vom Gesetz geforderte personelle Abschottung sicherzustellen. So dürfen Mitarbeiter der Erhebungsstelle während des Zeitraums, in dem sie der Erhebungsstelle zugeteilt sind, nicht mit anderen Aufgaben des Verwaltungsvollzugs betraut werden. Sie werden schriftlich auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses und zur Geheimhaltung aller Erkenntnisse über Auskunftspflichtige verpflichtet, die sie bei ihrer Tätigkeit gewinnen. Diese Verpflichtung gilt auch nach Beendigung ihrer Arbeit in der Erhebungsstelle weiter. Außerdem unterliegen alle Mitarbeiter der Erhebungsstelle dem sogenannten Zweckentfremdungsverbot des Volkszählungsgesetzes. Das heißt, daß sie nichts, was sie über Auskunftspflichtige in der Erhebungsstelle erfahren, in anderen Verfahren oder für andere Zwecke verwenden dürfen.

Auswahl und Einsatz von Zählern

Um eine vollständige Erfassung aller Personen, Gebäude, Wohnungen und Arbeitsstätten zu erreichen, ist es unabdingbar, daß das Gemeindegebiet durch Zähler begangen wird. Eine postalische Versendung der Fragebogen würde nicht alle Auskunftspflichtigen erreichen und könnte den mit einer Vollerhebung wie der Volkszählung angestrebten Zweck nicht erfüllen. Der Einsatz von ehrenamtlich tätigen Zählern, wie er im VZG 1987 vorgesehen ist, wird auch vom Bundesverfassungsgericht für erforderlich gehalten und deshalb für zulässig erklärt.¹³

Natürlich setzt dies voraus, daß die Auswahl und der Einsatz der Zähler nach strengen, gesetzlich vorgegebenen Kriterien erfolgt. Das Vertrauen der Befragten auf die strikte Geheimhaltung der erhobenen Daten und damit ihre Auskunftsbereitschaft darf nicht beeinträchtigt werden. Zähler dürfen deshalb nicht in der unmittelbaren Nähe ihrer Wohnung (Nachbarschaft) eingesetzt werden. Als Zähler kommen auch nicht Personen in Frage, die auf Grund ihrer beruflichen Tätigkeit oder aus anderen Gründen Anlaß zu der Sorge geben können, daß Erkenntnisse aus der Zählertätigkeit zu Lasten der Auskunftspflichtigen genutzt werden. In Baden-Württemberg sind deshalb Polizeivollzugsbeamte, Bedienstete der Steuerverwaltung, Staats- und Amtsan-

⁹ Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Volkszählungsgesetz, BT-Drs. 10/2814.

¹⁰ Vgl. Deutscher Bundestag, Innenausschuß, Ausschußdrucksachen 10/72, 10/73, 10/74.

¹¹ Vgl. Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses zum Entwurf des Volkszählungsgesetzes, BT-Drs. 10/3843.

¹² Siehe Verordnung der Landesregierung und des Finanzministeriums zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 (DVO VZG 1987) vom 30. Juni 1986 (GBL. S. 252).

¹³ BVerfGE 65, 1 (60).

wälte sowie Mitarbeiter des Einwohnermeldeamtes generell von der Zählertätigkeit ausgeschlossen. Ansonsten muß jeweils für den konkreten Einzelfall von der Erhebungsstelle geprüft werden, ob eine Interessenkollision vorliegt.¹⁴

Selbstverständlich sind auch die Zähler, wie die Mitarbeiter der Erhebungsstelle, schriftlich auf das Zweckentfremdungsverbot und auf die strikte Geheimhaltung zu verpflichten. Ein Verstoß gegen die Geheimhaltungsvorschriften kann empfindliche Strafen nach sich ziehen.

Erfüllen der Auskunftspflicht

Zur Erfüllung ihrer Auskunftspflicht, die sich aus § 12 Volkszählungsgesetz 1987 in Verbindung mit §§ 15, 26 Abs. 4 Bundesstatistikgesetz¹⁵ ergibt, stehen den Auskunftspflichtigen mehrere Möglichkeiten offen. Die in den Erhebungsvordrucken enthaltenen Fragen können mündlich gegenüber dem Zähler oder schriftlich beantwortet werden. Bei schriftlicher Auskunftserteilung können die Erhebungsbogen offen oder im verschlossenen Umschlag dem Zähler übergeben, portofrei im amtlichen Rücksendeumschlag (Volkszählungsbrief) an die Erhebungsstelle geschickt oder direkt dort abgegeben werden. Durch diese verschiedenen Rückgabemöglichkeiten wird der Schutz des Auskunftspflichtigen noch zusätzlich erweitert, was insbesondere in den Fällen bedeutsam sein kann, in denen der Zähler dem Auskunftspflichtigen bekannt ist.

Bei der Ausfüllung der Erhebungsvordrucke kann jeder Auskunftspflichtige nun auch frei wählen, ob er die Fragen gemeinsam mit anderen Haushaltsmitgliedern oder für sich allein beantwortet. Für jedes Haushaltsmitglied ist ein separater, ggf. aus dem Haushaltsheft heraustrennbarer Personenbogen vorgesehen.

Übermittlung von Einzelangaben

Neu geregelt wurde im VZG 1987 auch die Übermittlung von Einzelangaben an Dritte. Eine Übermittlung an oberste Behörden des Bundes und der Länder ist nicht mehr möglich. Zulässig ist nach § 14 Abs. 1 VZG 1987 lediglich eine Weiterleitung von Einzelangaben an Gemeinden, allerdings nur für ihren Zuständigkeitsbereich, ohne Hilfsmerkmale und für ausschließlich statistische Zwecke. Darüber hinaus wird für eine Weitergabe vorausgesetzt, daß die Einzelangaben auf Datenträger, die für die maschinelle Weiterverarbeitung bestimmt sind, übernommen wurden und durch Landesgesetz sichergestellt ist, daß die statistischen Stellen der Gemeinden von anderen kommunalen Verwaltungsstellen getrennt sind. Im übrigen müssen in diesen Statistikstellen die gleichen Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz des Persönlichkeitsrechts gegeben sein wie in den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder.

Alle Datenübermittlungen sind zu protokollieren, so daß den Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder eine effektive Kontrolle möglich ist.

Das im Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts enthaltene Verbot, Statistikdaten für Verwaltungs-

zwecke zu verwenden¹⁶, ist durch die vorgenannten Übermittlungsregelungen zuverlässig gewährleistet. Ein Melde-registerabgleich, der noch im Volkszählungsgesetz 1983 vorgesehen war, kommt deshalb nicht in Betracht.

Trennung und Löschung der Merkmale, Vernichtung der Erhebungsvordrucke

In § 15 VZG 1987 sind, im Interesse des Datenschutzes, umfangreiche detaillierte Regelungen über die Trennung und Löschung der Erhebungsmerkmale sowie über die Vernichtung der Erhebungsvordrucke aufgenommen worden. Vom Gesetzgeber wurde dabei eine möglichst frühzeitige Trennung der Erhebungsmerkmale von den eine Identifizierung ermöglichenden Hilfsmerkmalen angestrebt. Da hier nicht alle Einzelheiten dargestellt werden können, seien nur die wichtigsten Punkte genannt:

Während der Eingangskontrollen beim Statistischen Landesamt werden die Gebäudebogen von den anderen Erhebungsbogen getrennt und vernichtet.

Unmittelbar nach den Eingangskontrollen sind die Haushaltsmantelbogen, die die Hilfsmerkmale enthalten, von den Wohnungs- und Personenbogen zu trennen. Eine Trennung zu einem früheren Zeitpunkt ist wegen eventuell notwendiger Rückfragen nicht möglich.

Die Hilfsmerkmale Straße und Hausnummer dürfen zunächst zusammen mit den Erhebungsmerkmalen auf maschinelle Datenträger übernommen werden. Sobald die Zuordnung zu einer Baublockseite, der untersten Ebene der kleinräumigen Gliederung, erfolgt ist, ist die Anschrift zu löschen.

Schließlich enthält § 15 VZG 1987 auch Bestimmungen über die Vernichtung der Erhebungsvordrucke. Sie muß zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens aber zwei Wochen nach Feststellung der amtlichen Bevölkerungszahl des Landes erfolgen. Die Koppelung des spätesten Vernichtungszeitpunkts an die – bestandskräftige – Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl ist unbedingt erforderlich, da den Statistischen Landesämtern bei Einsprüchen der Gemeinden gegen die festgestellte Einwohnerzahl die Beweislast obliegt, daß alle abgelieferten Erhebungsvordrucke in die Ergebnisse eingegangen sind. Ein solcher Nachweis setzt aber die Möglichkeit eines Rückgriffs auf die Erhebungsvordrucke voraus.

Unterrichtung der Auskunftspflichtigen

Das Volkszählungsgesetz 1987 enthält eine ausdrückliche und detaillierte Verpflichtung des Staates, die auskunftspflichtigen Bürger über alle wesentlichen Aspekte der Zählung umfassend schriftlich zu informieren. Damit wird auch in diesem Punkt einer Forderung des Bundesverfassungsgerichts entsprochen. Nicht zuletzt geht diese Vorschrift aber auch auf die Erkenntnis des Gesetzgebers zurück, daß das Vertrauen des Betroffenen in den Schutz seiner Daten und seine Bereitschaft, bei der Volkszählung mitzuwirken, ganz entscheidenden Einfluß auf den Erfolg oder Mißerfolg einer solchen Erhebung hat.

Der Bevölkerung die Notwendigkeit der Volkszählung deutlich zu machen, sie eingehend über die organisatorische Abwicklung und nicht zuletzt über die zahlreichen gesetzli-

¹⁴ Siehe Verwaltungsvorschrift des Finanzministeriums zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 (VwV-VZG 1987) vom 1. Oktober 1986, GABl. S. 945).

¹⁵ Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, ber. S. 565).

¹⁶ BVerfGE 65, 1 (66).

chen Vorkehrungen, die zur Gewährleistung des Datenschutzes getroffen wurden, zu informieren, kurz: die Akzeptanz der Zählung in der Bevölkerung zu steigern, bleibt daher eine zentrale Aufgabe bis zum Stichtag am 25. Mai 1987.

¹⁷ Bundesbeauftragter für den Datenschutz, 9. Tätigkeitsbericht, BT-Drs. 10/6816, S. 16.

¹⁸ Landesbeauftragte für den Datenschutz Baden-Württemberg, 7. Tätigkeitsbericht, S. 33.

Daß der Gesetzgeber alles getan hat, um eine rechtlich einwandfreie Grundlage für die Volkszählung zu schaffen, haben nicht zuletzt auch der Bundesbeauftragte für den Datenschutz¹⁷ und die Landesbeauftragte für den Datenschutz Baden-Württemberg anerkannt. Sie führt in ihrem jüngsten Tätigkeitsbericht aus: „Wie dem auch sei: Das Volkszählungsgesetz 1987 fiel jedenfalls so aus, wie es das Bundesverfassungsgericht vorgab“.¹⁸

Dipl.-Verwaltungswissenschaftler Klaus Bronnenmayer

Zur Akzeptanz der Volkszählung 1987

Ergebnisse einer Meinungsbefragung Stuttgarter Bürger

Vorbemerkung

Mit Zustimmung des Geographischen Instituts der Universität Stuttgart wurde – im Rahmen einer Statistikveranstaltung für Geographen (auch Lehramtsbewerber) – eine Befragung von Bürgern der Landeshauptstadt zum Thema „Statistik und Datenschutz“ durchgeführt. Da das Volkszählungsgesetz 1987 unmittelbar vor Befragungsbeginn verabschiedet worden war, lag es nahe, auch diesen Themenkomplex anzuschließen.

Die Befragung wurde durch (überwiegend weibliche) Interviewer durchgeführt, die in einer intensiven Schulung auf ihre Tätigkeit vorbereitet worden waren. Befragt wurden ausschließlich Stuttgarter Bürger (nur Deutsche). Um die Einbeziehung aller Gemeindeteile der Landeshauptstadt sicherzustellen, wurde das Stadtgebiet in 39 Befragungsbezirke aufgeteilt, zur Befragung wurden die Bürger überwiegend in ihren Wohnungen aufgesucht, teilweise aber auch auf der Straße angesprochen. Die Teilerhebung war als Quotenstichprobe angelegt. Gequotet waren vier Altersgruppen (18 bis unter 30 Jahre/30 bis unter 45 Jahre/45 bis unter 65 Jahre/65 und mehr Jahre) sowie das Merkmal Geschlecht. Insgesamt haben 780 Bürger geantwortet.

Der Einfluß von Geschlecht und Alter

Von den 780 Personen, die sich an der Befragung beteiligt haben, zeigten 396 (50%) eine spontane Bereitschaft, sich an der Volkszählung 1987 zu beteiligen. 110 (14%) hatten sich zu dieser Frage noch keine abschließende Meinung gebildet. 274 (35%) sagten zu einer Beteiligung an der kommenden Volkszählung „Nein“. Dieses „Nein“ ist aber nicht als absolute Weigerung zu werten, vielmehr blieben – nach einem Hinweis auf die vorgesehene Auskunftspflicht – 89 (11%) bei der strikten Ablehnung, 92 (12%) wurden unsicher und behielten sich ihre Schlußentscheidung vor, 79 (10%) änderten ihre ursprüngliche Festlegung im Hinblick auf die Auskunftspflicht und 14 (2%) machten hierzu keine weiteren Angaben.

In der grundsätzlichen Ablehnung der kommenden Volkszählung, trotz Auskunftspflicht, unterscheiden sich Männer nicht von den Frauen. Allerdings ist der Anteil derjenigen, die der Totalerhebung zustimmen, bei den Männern (55%) signifikant höher als bei den Frauen (47%); letztere Gruppe ist zu einem Gutteil derzeit noch unentschieden (17%).

Die Respondenten wiesen folgende Altersstruktur auf: 21% waren im Alter von 18 bis unter 30 Jahren, 19% im Alter von 30 bis unter 45 Jahren, 35% im Alter zwischen 45 bis unter 65 Jahren und 25% 65 und mehr Jahre alt. Die Zustimmung zur Volkszählung nimmt mit steigendem Lebensalter offensichtlich zu. Während bei den jungen Bürgern nur eine Minderheit (38%) eine positive Grundeinstellung hat, steigt die Akzeptanz in der mittleren und älteren Generation über 43% auf 53% an, um bei den Senioren 64% zu erreichen. Dieses relativ günstige Ergebnis bei den Alten ist deshalb von großer Bedeutung, weil, wenn die Entscheidung für eine Nichtbeteiligung gefallen war, daran – trotz Hinweis auf

die Auskunftspflicht –, starr festgehalten wird (45% der Teilgruppe). Das Prinzip der „Zwangserhebung“ wirkt sich um so akzeptanzfördernder aus, je jünger die Auskunftspersonen sind. Von der Gruppe der 18- bis unter 30jährigen lehnen „nur“ noch 28% derjenigen eine Mitwirkung ab, die ein grundsätzliches Nein zu Protokoll gegeben hatten. Hinzu kommt, daß auch der Anteil der Personen, die – bei grundsätzlicher Ablehnung der Volkszählung – im Fall der Pflichtauskunft die Schlußentscheidung noch offen läßt, bei den Jungen mit 46% fast doppelt so hoch ist wie bei den Alten (26%). Im Grundsatz dürften also die bei der Umfrage geäußerten „Vor“-Urteile um so eher beeinflußbar sein, je jünger die Betroffenen sind.

Der Einfluß von sozialem und beruflichem Status und Arbeitsplatz

Von den Antwortenden stehen 44% als Arbeiter, Angestellte, Beamte oder Selbständige in der Berufswelt, 56% waren nicht erwerbstätig. Der überwiegende Anteil der Erwerbstätigen (58%) arbeitet im Büro, in der Verwaltung bzw. im Dienstleistungsbereich, während 39% einen Arbeitsplatz in der gewerblichen Wirtschaft bzw. im technischen Bereich von Betrieben innehaben. Entsprechend dominiert der Anteil der Angestellten bzw. Beamten mit 64%, während Arbeiter (20%) und Selbständige bzw. mithelfende Familienangehörige (12%) einen relativ geringen Anteil ausmachen. Der Anteil der in der Privatwirtschaft Beschäftigten war dreimal so hoch wie derjenige, der im öffentlichen Dienst Beschäftigten.

Die Zustimmung zur Volkszählung war bei den Personengruppen bzw. Wirtschaftsbereichen, die wohl überwiegend „Schreibtischarbeitsplätze“ innehaben bzw. anbieten, höher als in den produktionstechnisch oder freiberuflich orientierten Bereichen. So lag die Zustimmungquote bei im öffentlichen Dienst Beschäftigten mit 60% relativ sehr hoch. Auch bei nicht im gewerblich technischen Bereich Tätigen (54%) bzw. Angestellten und Beamten (53%) war die Zustimmung überdurchschnittlich ausgeprägt. Arbeiter, im gewerblich technischen Bereich beschäftigte (43%), freiberuflich orientierte (45%) bzw. in der Privatwirtschaft beschäftigte Erwerbstätige (47%) blieben dahinter deutlich zurück. Nun zielt aber die eigentlich entscheidende Frage auf das Widerspruchspotential trotz gesetzlicher Auskunftspflicht ab. Hier zeigt sich, daß Angestellte und Beamte (41%) ebenso wie Selbständige und mithelfende Familienangehörige (41%) in ihrer ablehnenden Haltung unbeeindruckt von den Rechtsvorschriften verharren, während sich Arbeiter (26%) dem Auskunftszwang eher zu beugen bereit sind.

Die nichterwerbstätigen Auskunftspersonen waren zu 45% Rentner bzw. Pensionäre, 27% sonstige Nichterwerbstätige, 22% Schüler und Studenten (über 18 Jahre alt) und 4% Arbeitslose. Von diesen Gruppen zeigten die Rentner/Pensionäre mit 63% die größte Zustimmung. Die Gruppe der sonstigen Nichterwerbstätigen (wohl überwiegend Hausfrauen) lag mit 53% knapp über dem Durchschnitt, während Arbeitslose (38%) sowie Schüler und Studenten

(34%) nur eine geringe Zustimmungsquote aufwiesen. Auch in dieser Aufgliederung zeigt sich, was aufgrund der Beobachtung nach dem Lebensalter durchaus zu erwarten war: zwar ist die Akzeptanz bei Rentnern und Pensionären größer als im Durchschnitt aller Gruppen, jedoch wird auch am einmal ausgesprochenen „Nein“ starrer festgehalten (48%), während die Tendenz bei den (jungen) Schülern und Studenten genau umgekehrt ist. Einer niedrigen Akzeptanz bei dieser Gruppe steht eine große Bereitschaft gegenüber, sich flexibel an die gesetzlichen Anforderungen anzupassen, entsprechend möchten „nur“ 19% der Nein-Sager diese Position bei Auskunftszwang aufrechterhalten.

Bildung und EDV-„Kontakte“

Von den Personen, die sich an der Umfrage beteiligten, hatten 65% einen Haupt- oder Realschulabschluß, 21% die Fachhochschulreife bzw. das Abitur, 7% einen Hochschulabschluß und ebenfalls 7% hatten (noch) keinen schulischen Abschluß erreicht. In der Zustimmung zur geplanten Volkszählung liegen Bürger mit Hochschulabschluß (53%) und mit Haupt- oder Realschulabschluß (53%) knapp über dem Durchschnitt, Bürger ohne Abschluß (47%) knapp darunter. Die Gruppe der Respondenten mit Fachhochschulreife bzw. Abitur ist demgegenüber mit 43% sehr niedrig. Auch in der Gruppierung nach Bildungsabschluß tritt das nun schon mehrfach beobachtete Phänomen zutage, daß in den Gruppen, bei denen der Informationseingriff überwiegend nicht abgelehnt wird, die Minderheit der Nein-Sager in dieser – vermutlich meist wohlüberlegten – Entscheidung, trotz Hinweis auf die Auskunftspflicht festhalten. Dies trifft hier speziell für die Gruppe der Personen mit Hochschulabschluß zu, wo sich 48% auch bei Auskunftspflicht an der ablehnenden Haltung festklammern.

In Schule und Beruf sind heutzutage EDV-Kontakte „vorprogrammiert“. So lernen in Baden-Württemberg Schulkinder häufig bereits in der Sekundarstufe den Umgang mit und die Anwendung von PC's kennen, in fast allen Bürobereichen, verstärkt auch in Teilen der öffentlichen Verwaltung, setzen sich diese EDV-Kontakte fort. Da die Begriffe Statistik und Datenverarbeitung weitgehend als Einheit gesehen werden und die Volkszählung in diesem Zusammenhang in der Öffentlichkeit diskutiert wurde und wird, ist die Meinung der Personen im EDV-nahen Bereich von besonderem Interesse, schließlich gelten „EDV-Kenner“ in der Volkszählungs-Probleme diskutierenden Öffentlichkeit als „die“ Experten schlechthin, wie die Diskussion um die Volkszählung '83 hinlänglich gezeigt hat.

Wie ist die Lage aufgrund der hier vorliegenden Quotenstichprobe? Von den Respondenten mit Kontakten zu EDV-Arbeiten (266) gaben 59% an, daß sie am Arbeitsplatz mit EDV-Arbeiten betraut sind, 21% hatten in der Schule/Hochschule, 8% zu Hause und 5% auf andere Art Kontakt zu EDV-bezogenen Arbeiten. Es überrascht auf den ersten Blick nicht, daß die Zustimmung zur Volkszählung bei dieser Gruppe mit 48% etwas negativer ausfällt als im Durchschnitt. Schließlich hat die moderne EDV mit ihren technischen Möglichkeiten die Diskussion um die Volkszählung '83 entscheidend mitgeprägt, selbst die Richter des Bundesverfassungsgerichtes zollten moderner Datenverarbeitung kritische Aufmerksamkeit. Nun hätte man vermuten können, daß diejenigen, die durch eigene praktische Tätigkeit in diesem Feld eine realistische Einschätzung der Möglichkeiten gewinnen, ihre ablehnende Haltung nicht aus dieser Argumentationsquelle schöpfen, daß aber Leute, die – weil spezielle Kenntnisse fehlen – auf Sekundärinfor-

mationen angewiesen sind, sich eher diffusen Ängsten ausliefern würden. Das ermittelte Meinungsbild stützt diese Vermutung jedoch nicht, denn die Zustimmung zur Volkszählung ist bei Leuten ohne Kontakte zu EDV-Arbeiten höher (52%) als bei denjenigen mit solchen Kontakten (48%).

Nutzen der Statistik

Die Frage, ob nach Meinung der Respondenten Parlamente (in Gemeinden, Land, Bund) und Regierungen für ihre Arbeit auf statistische Sachinformationen zurückgreifen, wurde von einer Zwei-Drittel-Mehrheit (67%) bejaht, 21% hatten keine Meinung und 12% antworteten mit „Nein“. Ermutigend war auch der Kenntnisstand darüber, wer Parlamente und Regierungen im einzelnen informiert. So wurde (Mehrfachnennungen waren erlaubt) von knapp drei Vierteln (71%) geäußert, daß die erforderlichen Informationen von Statistischen Ämtern kämen, 38% nannten als Informationsgeber wissenschaftliche Institute, 26% die sonstige öffentliche Verwaltung, 24% die Medien und 17% sonstige Institutionen. Die Zustimmung zur Volkszählung war dabei bei denjenigen Personen, die die wichtige Funktion des „Informationslieferanten“ bei Statistischen Ämtern sahen, mit 54% deutlich höher als es dem Durchschnitt entsprochen hätte. Alle anderen genannten Informationsgeber hatten unterdurchschnittliche Akzeptanz-Nennungen, insbesondere die Medien (47%) und sonstige Institutionen (44%).

Die Meinung, daß Parlamente und Regierungen für ihre Arbeit auf statistische Sachinformationen zurückgreifen, wird von 12% der Antwortenden explizit nicht geteilt. Diese Gruppe unterstellt (Mehrfachnennungen waren möglich), daß „politisch“ entschieden wird (Daten dann wohl nicht benötigt werden) (63%), aktuelle statistische Informationen fehlen (17%), objektive Informationen fehlen (11%) bzw. Informationen der amtlichen Statistik fehlen (2%).

Erforderlichkeit der Volkszählung, Datenschutz

Die Feldarbeit für die Umfrage wurde gestartet, als das Volkszählungs-Gesetz gerade erlassen war. Entsprechend hoch (81%) war der Anteil derjenigen, die von der geplanten Volkszählung '87 bereits gehört hatten. Nur 14% waren über die neue Großzählung nicht informiert. Anders sieht es mit der Beantwortung der Frage aus, ob die Volkszählung 1987 auch tatsächlich erforderlich ist. Hier erklärten nur 39% „ja“, 38% „nein“ und 23% hatten sich noch keine Meinung gebildet. Dabei überrascht nicht, daß diejenigen, die für „erforderlich“ votiert hatten, der Maßnahme auch überwiegend (92%) zustimmen. Respondenten, die keine Volkszählung wünschen, wollen sich entsprechend auch nur zu 12% beteiligen, 34% davon auch dann nicht, wenn eine Auskunftspflicht angeordnet ist. Soweit die Volkszählung für erforderlich gehalten wurde, war der jeweils wichtigste Grund zu nennen und vom Interviewer aufzunotieren. Am häufigsten wurde verlangt, „die Daten auf den neuesten Stand“ zu bringen (112), „Daten für die Planung“ bereitzustellen (82), „Informationen über die Bevölkerungsstruktur“ zu gewinnen (35), „allgemeine Erkenntnisse“ zu gewinnen (5), „allen Dingen ihre Ordnung“ zu geben (5), „Daten für die Wissenschaft“ (2) oder „eine Steuerprognose“ (2) bereitzustellen. Die sonstigen genannten Gründe berühren – recht nebulös – die unterschiedlichsten Lebensbereiche und verdienen keine vertiefende Erwähnung.

Sehr vielgestaltig sind die Gründe derjenigen Respondenten, die die Erforderlichkeit der Volkszählung verneinen. Von diesem Personenkreis wird überwiegend die Meinung vertreten, „es sei ausreichend Material“ vorhanden (119), „Einzelfragen gingen zu weit“ (37), es gäbe „keinen wichtigen Grund für die Erhebung“ (34), „die Maßnahme sei eine Geldverschwendung“ (11), „private Daten gingen niemanden“ etwas an (7), „der Aufwand sei zu groß“ (5), „die Ergebnisse würden doch nicht stimmen“ (3), „die Daten gingen niemanden etwas an“ (3), „die Erhebung habe ‚nur‘ einen statistischen Wert“ (2), „die Daten könnten mißbraucht“ werden (2), „die Erhebung sei sinnlos“ (2) bzw. „die erforderlichen Informationen seien anderweitig“ vorhanden und zugänglich (2). Eine Fülle weiterer Argumente, die sich aber nicht thematisch bündeln lassen, wurden zusätzlich genannt.

Schließlich ist noch die Gruppe der Bürger bzgl. ihrer Argumente zu untersuchen, die sich – aus heutiger Sicht – an der Volkszählung 1987 nicht beteiligen will (274). (Da Mehrfachnennungen möglich waren, ergeben sich zusammen über 100%). Am häufigsten wurde von dieser Gruppe das Argument benutzt, die „Privatsphäre sei unverletzlich“ (164). Auch die Vermutung, der „Datenschutz generell“ sei nicht gewährleistet (119), ist häufig anzutreffen. „Einzelfragen gehen zu weit“ antworteten 108 der Respondenten, aber außer dem (richtigen) Merkmal „Zimmergröße“ und dem (falschen) „Einkommen“ konnte die geforderte Spezifizierung nicht geliefert werden. „Der Staat weiß schon alles“

vermuten 90, „die Volkszählung kostet zu viel“ mutmaßen 89, „es wird zuviel gefragt“ erklären 76, „Angst vor der Verdattung“ haben 65 und „keine Daten für den Staat“ fordern 30.

Schlußbemerkung

Die Ergebnisse der Meinungsbefragung zeigen, daß derzeit (noch?) eine qualifizierte Minderheit in der Bevölkerung der „Staatsaufgabe Statistik“ skeptisch bis ablehnend gegenübersteht. Auch bei der Verabschiedung des Gesetzes im Deutschen Bundestag war – im Gegensatz zur Verabschiedung des Volkszählungsgesetzes 1983 – keine Einstimmigkeit erzielt worden. Vielmehr war das Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom Deutschen Bundestag am 26. 9. 1985 gegen die Stimmen der GRÜNEN und einiger Abgeordneter der SPD beschlossen worden. (Der Bundesrat hat dem Gesetz am 18. 10. 1985 mit den Stimmen aller Länder zugestimmt).

Soweit die ablehnende Haltung nicht in diffusen Ängsten wurzelt, werden sich Ansatzpunkte für einen kritischen Dialog finden, der institutionell bereits geführt wird. So hat der hamburgische Datenschutzbeauftragte in anerkennenswerter Offenheit in seinem Tätigkeitsbericht für das Jahr 1985 zu Fragen der Akzeptanz der Volkszählung Stellung bezogen und zum Gesetzgebungsverfahren ausgeführt, daß „die Datenschutzbeauftragten in beispielhafter Weise an der Erarbeitung des Gesetzes beteiligt wurden“¹ und er sich der Feststellung der Sprecher der CDU/CSU, SPD und FDP anschließt, die festgestellt haben, „daß das Volkszählungsgesetz 1987 alle Anforderungen des Datenschutzes erfüllt“.²

¹ Vgl. Vierter Tätigkeitsbericht des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten für das Jahr 1985, S. 36

² ebenda

Ergebnisse der Testerhebung zur Vorbereitung der Volkszählung 1987

Konzept und Ziele der freiwilligen Testerhebung

Mit der für den 25. Mai 1987 geplanten Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung sollen in der Bundesrepublik Deutschland nach 17 Jahren wieder umfassend Grunddaten erhoben werden.

Da die Zählungsorganisation nach dem Verfassungsgerichtsurteil zur Volkszählung 1983 völlig neu konzipiert wurde, führten einige Bundesländer, darunter auch Baden-Württemberg, im Rahmen der Vorbereitung der Volkszählung 1987 im Frühjahr 1986 eine freiwillige Testerhebung durch, um Erkenntnisse für die Haupterhebung zu gewinnen. Wegen der genauen Festlegung der Frageinhalte im Volkszählungsgesetz 1987 war nicht an einen Fragebogen im engeren Sinn gedacht, wenngleich die Anordnung der Fragen und die Erläuterungen und Ausfüllhinweise mit auf dem „Prüfstand“ waren. Getestet werden sollten vielmehr vor allem das neue Konzept der Feldarbeit und die dazu konzipierten Organisationshilfen. Insbesondere wurden Schwierigkeiten durch die erstmalige Verwendung eines anonymen Haushaltshefts anstelle von mit Namen versehenen Einzelbogen und durch die möglichen unterschiedlichen Rückgabewege erwartet: Einzelpersonen und/oder Haushalte können die Bogen dem Zähler offen oder im verschlossenen Umschlag oder bei der Erhebungsstelle persönlich oder postalisch abgeben. Nicht im klaren war man sich auch über die Auswirkungen der neuen Aufgabenverteilung zwischen örtlichen und überörtlichen Erhebungsstellen, besonders in Baden-Württemberg, wo die Landratsämter erstmals auch als örtliche Erhebungsstellen für kleinere Gemeinden vorgesehen sind. Außerdem erhoffte man sich Hinweise auf den Zeitbedarf für einzelne Arbeitsschritte.

Da die Testerhebung als freiwillige Befragung angelegt war, bestand von Anfang an kein Zweifel daran, daß sich aus dem Antwortverhalten der Bevölkerung keine diesbezüglichen Rückschlüsse auf die mit Auskunftspflicht verbundene Haupterhebung ziehen lassen und daß aus der Testerhebung keine wissenschaftlich fundierte Aussage über die Akzeptanz abzuleiten ist, obwohl die Medien gerade an diesem Aspekt besonderes Interesse zeigten. Vereinbarungsgemäß wurde auf eine zentral organisierte Öffentlichkeitsarbeit verzichtet.

Für Anleitungen, Erhebungs- und Ordnungspapiere wurden unter Einarbeitung von Baden-Württemberg-spezifischen Aspekten die jeweils neuesten „Bundesentwürfe“ verwendet. Auch die Rechtsverordnung¹ lag nur im Entwurf vor. Gemeinsam mit Bayern wurden die dort hergestellten Organisationshilfen Zählerkoffer, Zählermappe und Stellkarton zum Test eingesetzt. Die Zählbezirks- oder Zählermappe dient zur Aufbewahrung der Unterlagen für einen Zählbezirk und soll vom Zähler zur Befragung mitgenommen werden. Im Zählerkoffer soll der Zähler die Unterlagen seines gesamten Arbeitsbezirks (also in der Regel mehrere Zähler-

mappen) nach Hause und nach Abschluß der Befragung wieder zurück zur Erhebungsstelle transportieren. In den Stellkarton sind in der Erhebungsstelle zählbezirksweise die zeitlich gestaffelt und auf unterschiedlichen Wegen zurücklaufenden Erhebungsbogen zuzuordnen.

Um Aufschlüsse über spezielle Fragen zu bekommen, wurden jeweils Fragekataloge für Haushalte, Zähler und Erhebungsstellen entwickelt. Dabei waren der Zeitaufwand für die verschiedenen Arbeitsschritte, die günstigste Arbeitsbezirksgröße und Schwierigkeiten bei einzelnen Fragen im Hinblick auf die Haupterhebung mit die interessantesten Fragestellungen dieser zusätzlichen Fragekataloge.

Ergebnisse der Testerhebung

Umfang der Beteiligung

Das Interesse an einer Generalprobe der Volkszählung 1987 in Form der Testerhebung war in Baden-Württemberg vergleichsweise groß. Erfreulicherweise beteiligten sich neben vier Stadtkreisen 14 Große Kreisstädte und zwei Landratsämter und sorgten mit ihren Anregungen für viele Verbesserungen im Hinblick auf die Haupterhebung. Dabei wurde häufig mit frei formulierten Begleitschreiben über die Beantwortung der vorgegebenen Fragekataloge hinausgegangen.

Insgesamt wurden von 64 Zählern 966 Haushalte mit 2 445 Personen und 261 Arbeitsstätten befragt (Tabelle 1).

Entsprechende Vorgaben des Statistischen Landesamtes vermieden dabei, daß einzelne Zählbezirksarten überrepräsentiert waren. Die Befragung erfolgte in 129 Mischgebieten (Alt- und Neubauten, Arbeitsstätten), 51 Stadtkerngebieten, 31 Neubaugebieten, 9 Gewerbegebieten und 7 Wohnheim-/Anstaltsbereichen.

Tabelle 1

Zahl der Erhebungseinheiten und Zähler nach örtlichen Erhebungsstellen

Örtliche Erhebungsstelle	Zahl der befragten			Anzahl der eingesetzten Zähler
	Haushalte	Personen	Arbeitsstätten	
Landkreis Ravensburg				
(in Bergatreute)	29	79	2	2
Bietigheim-Bissingen	49	225	11	2
Bretten	77	205	21	4
Bühl	29	77	20	2
Ellwangen	67	197	3	2
Ettlingen	32	108	13	4
Fellbach	15	44	4	3
Freiburg	59	75	19	5
Geislingen	34	85	14	2
Heidelberg	32	86	13	4
Kehl	36	87	11	2
Mannheim	32	47	4	3
Rhein-Neckar-Kreis				
(in Mauer)	99	225	17	2
Mosbach	55	160	17	4
Nagold	35	79	5	3
Reutlingen	29	50	11	2
Stuttgart	106	277	41	5
Weingarten	69	149	16	5
Weinheim	35	80	13	4
Wiesloch	47	110	6	4
Insgesamt	966	2 445	261	64

¹ Verordnung der Landesregierung und des Finanzministeriums zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 vom 30. Juni 1986 (GBl. S. 252).

Allgemeine Ergebnisse zur Organisation der Zählung

Im Verlauf der Testerhebung wurde deutlich, daß in der Bevölkerung immer noch große Unsicherheit und Mißtrauen bezüglich der Frageinhalte und der Organisation der Volkszählung 1987 und der amtlichen Statistik allgemein bestehen, so daß noch größerer Wert auf die Aufklärung mit Hilfe der Öffentlichkeitsarbeit gelegt werden muß. Immerhin äußerten 21 % der Haushalte, die nicht zur Auskunft bereit waren, Zweifel am Datenschutz und weitere 13 % Zweifel am Nutzen der Erhebung.

Bei der Testerhebung wurde relativ selten Gebrauch vom postalischen Rückgabeweg gemacht. Allerdings muß aufgrund von Äußerungen der Befragten, soweit sie sich nicht an ein gegebenes Rücksendeversprechen hielten bzw. die Verwendung des VZ-Briefs bei der mit Pflicht belegten Haupterhebung ankündigten, davon ausgegangen werden, daß dieser Rückgabeweg relativ häufig in Anspruch genommen werden wird. Weiter stellte sich heraus, daß nur sehr selten von der Unterstützung des Zählers beim Ausfüllen der Unterlagen Gebrauch gemacht wurde, so daß abzu-sehen ist, daß beim Zähler die Verteilungsfunktion im Vor-dergrund stehen dürfte. Dies ist im Hinblick auf die Erge-bnisse der Zählung nicht sachgerecht, da solches Material, das mit Hilfe des Zählers ausgefüllt wurde, bei der Testerhe-bung durchweg weniger Mängel aufwies als solches ohne Beratung durch den Zähler.

Nachdem ohne Vorankündigung fast kein Haushalt beim ersten Besuch des Zählers erreicht werden konnte und häu-fig auch mehrere Versuche nicht zum Erfolg führten, ent-stand ein Regelungsbedarf für die Zustellung der Erhe-bungsunterlagen. Dabei sollten Lösungen gesucht werden, die die Stellvertretungsfunktion allein der Erhebungsstelle nicht im Vordergrund sehen.

Für den Fall der persönlichen Abgabe der Erhebungsunter-lagen im Haushalt bewerteten die Zähler konsequenter-weise ein Anschreiben, das ihren Besuch ankündigt, als

nützlich. Ein solches Schreiben wird folglich für die Haupt-erhebung zur Verfügung gestellt. Die Ankündigung des Be-suchs und die Abgabe der Erhebungsunterlagen stellen dadurch zwei getrennte Arbeitsgänge dar.

Aus den Angaben der Zähler geht als Zielgröße für einen Arbeitsbezirk ein Umfang von ca. 60 Haushalten bzw. Arbeitsstätten hervor (Tabelle 2).

Bedenkt man die Notwendigkeit, die Haushalte mehrmals aufzusuchen und die Tatsache, daß die Zähler durch ihre Mithilfe beim Ausfüllen deutlich zur Verbesserung der Ergebnisse beitragen können, ist in Verbindung mit den Angaben in den Fragekatalogen – in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße – von einem Zeitaufwand von bis zu einer halben Stunde je Haushat bzw. Arbeitsstätte auszugehen. Insbesondere in ländlichen Gebieten hat sich gezeigt, daß Auskunftsbereitschaft und Qualität der Angaben nicht zuletzt von gut geschulten und engagierten Zählern abhän-gen, so daß den Zählern großes Gewicht bei der Sicherung guter Volkszählungsergebnisse zuzumessen ist. Der ge-genüber früheren Volkszählungen neu gelegte Arbeits-schnitt zwischen Zähler und Erhebungsstelle wurde einhel-lig zustimmend bewertet: Angesichts der verschiedenen Rückgabewege kann demnach nur noch die Erhebungs-stelle die ausgefüllten Erhebungsbogen vollzählig und systematisch geordnet in die Regionalliste eintragen; nicht dagegen der Zähler, dem lediglich die Bogen bekannt sind, die ihm offen zurückgegeben werden.

Demgegenüber gab es seitens der Erhebungsstellen Anre-gungen bezüglich des vom Statistischen Landesamt vor-gegebenen Verfahrens, nach dem in jedem Fall komplette Haushaltshefte mit fünf Personenbogen und einem Woh-nungsbogen abzuliefern sind. Wenn vom Haushalt unvoll-ständige Hefte geliefert würden, entstünde bei Aufrechter-haltung dieser Forderung durch das dann notwendige Anle-gen von neuen Haushaltsheften ein Aufwand, der bei der Haupterhebung nicht ohne Schwierigkeiten zu bewältigen wäre. Außerdem würde es die Arbeit in den Erhebungsstel-

Tabelle 2

Hinweise der Zähler zur Organisation, Ablauf und Hilfsmitteln nach örtlichen Erhebungsstellen

Örtliche Erhebungsstelle	Anzahl der Zähler	Frage 1: Wie hilfreich war die Zähleranleitung?				Frage 2: Waren die Terminvorgaben ausreichend?			Frage 3: Was könnte an der Zählermappe noch verbessert werden?						Frage 4: Hatten Sie Schwierigkeiten beim Ausfüllen der Adressenliste?			Frage 7: Wunschgröße des Arbeitsbezirks (Zahl der Haushalte/Arbeitsstätten)				
		sehr	bedingt	wenig	ohne Angabe	nein	ja	ohne Angabe	Schreibunterlage	Sortiermöglichkeit	Anbringen des Zählermappeausweises	Handlichkeit	Sonstiges	ohne Angabe	nein	ja	ohne Angabe	30	50	70	mehr als 70	ohne Angabe
Landkreis Ravensburg (in Bergatreute)	2	1	1	-	-	-	1	1	-	-	-	1	-	1	2	-	-	2	-	-	-	-
Bietigheim-Bissingen	2	1	1	-	-	-	2	-	1	1	2	-	-	-	1	1	-	-	1	1	-	-
Bretten	5	-	3	2	-	1	4	-	-	-	1	-	2	2	4	1	-	3	2	-	-	
Bühl	2	-	2	-	-	-	2	-	-	2	-	1	1	-	2	-	-	-	2	-	-	
Ellwangen	4	1	2	1	-	-	4	-	-	1	2	2	1	1	4	-	-	2	2	-	-	
Ettlingen	2	1	1	-	-	1	1	-	1	2	-	2	-	-	2	-	-	-	1	1	-	
Fellbach	2	1	1	-	-	-	2	-	1	1	-	1	-	-	2	-	-	-	1	1	-	
Freiburg	4	-	3	1	-	3	1	-	1	3	-	1	1	1	4	-	-	2	2	-	-	
Geislingen	3	1	2	-	-	-	2	1	3	3	1	2	1	-	3	-	-	1	2	-	-	
Heidelberg	2	-	1	1	-	1	1	-	2	-	-	-	-	-	1	1	-	2	-	-	-	
Kehl	4	3	1	-	-	-	4	-	-	3	-	2	3	1	2	2	-	2	1	1	-	
Mannheim	3	2	1	-	-	-	3	-	-	1	1	-	1	2	3	-	-	1	1	1	-	
Rhein-Neckar-Kreis (in Mauer)	2	2	-	-	-	2	-	-	-	1	-	1	-	1	2	-	-	-	2	-	-	
Mosbach	4	1	1	1	1	2	2	-	2	2	-	2	3	-	3	1	-	-	4	-	-	
Nagold	3	2	1	-	-	-	3	-	-	2	-	2	1	-	3	-	-	2	1	-	-	
Reutlingen	2	1	1	-	-	1	1	-	1	2	-	2	-	-	2	-	-	2	-	-	-	
Stuttgart	5	3	-	-	2	2	3	-	3	2	2	3	2	1	4	1	-	1	2	1	-	
Weingarten	5	1	4	-	-	2	3	-	-	1	2	2	3	-	3	2	-	5	-	-	-	
Weinheim	4	3	1	-	-	-	4	-	2	3	2	-	1	1	3	1	-	3	1	-	-	
Wiesloch	4	3	1	-	-	1	3	-	-	3	3	1	1	-	4	-	-	4	-	-	-	
Insgesamt	64	27	28	6	3	16	46	2	17	33	16	25	21	11	54	10	-	24	33	6	-	

Tabelle 3

Hinweise der Haushalte zu Erhebungskonzept und Arbeitsweise der Zähler nach örtlichen Erhebungsstellen

Örtliche Erhebungsstelle	Anzahl Erfahrungsberichte insgesamt	Frage 1: Schwierigkeiten beim Fragebogen?				Frage 2: Zur Beantwortung Erläuterungen herangezogen?			Frage 3: Welche Erläuterungen sollen verbessert werden?			Frage 4: Hat Ihnen der Zähler beim Ausfüllen geholfen?			Frage 5: Gibt Infoblatt ausreichend Auskunft?		
		nein	ja bei einzelnen Fragen	ja bei vielen Fragen	ohne Angabe	nein	ja	ohne Angabe	zum Personenbogen	zum Wohnungs-bogen	ohne Angabe	nein	ja	ohne Angabe	nein	ja	ohne Angabe
Landkreis Ravensburg (in Bergatreute)	21	18	3	–	–	11	9	1	–	–	21	16	3	2	3	9	9
Bietigheim-Bissingen	25	22	1	–	2	12	11	2	–	1	24	17	7	1	4	15	6
Bretten	35	31	4	–	–	27	7	1	–	–	35	13	22	–	4	15	16
Bühl	25	19	3	–	3	9	14	2	–	–	25	22	2	1	3	20	2
Ellwangen	55	43	10	–	2	34	18	3	4	4	47	46	6	3	7	44	4
Ettlingen	29	22	5	–	2	11	17	1	3	2	24	26	2	1	1	22	6
Fellbach	8	8	–	–	–	6	1	1	–	–	8	7	–	1	–	7	1
Freiburg	35	24	11	–	–	20	15	–	2	2	31	23	10	2	3	25	7
Geislingen	32	23	6	–	3	22	8	2	2	–	30	28	4	–	2	22	8
Heidelberg	29	21	5	–	3	12	14	3	–	1	28	18	7	4	3	16	10
Kehl	19	18	1	–	–	11	8	–	6	2	11	19	–	–	2	17	–
Mannheim	26	17	1	–	8	8	10	8	1	–	25	17	8	1	3	15	8
Rhein-Neckar-Kreis (in Mauer)	69	53	15	1	–	37	29	3	1	1	67	31	36	2	9	45	15
Mosbach	51	41	8	–	2	17	31	3	4	4	43	46	4	1	2	45	4
Nagold	28	25	3	–	–	17	11	–	1	–	27	19	8	1	1	17	10
Reutlingen	20	17	–	–	3	9	8	3	–	–	20	17	1	2	3	10	7
Stuttgart	72	52	16	–	4	45	23	4	4	–	68	57	14	1	9	42	21
Weingarten	59	45	8	2	4	39	12	8	4	5	50	43	15	1	6	34	19
Weinheim	28	24	4	–	–	21	7	–	–	–	28	11	16	1	4	22	2
Wiesloch	43	37	5	–	1	28	14	1	2	1	40	25	16	2	5	31	7
Insgesamt	709	560	109	3	37	396	267	46	34	23	652	501	181	27	74	473	162

len erleichtern, wenn dort nur die ausgefüllten Erhebungsbogen und Ordnungspapiere übertragen, gelagert und weitergeleitet werden müßten und das leere Material vernichtet werden könnte. In diesem Punkt erfolgt noch eine Überprüfung des Konzepts.

Eine Neuorganisation der Zählung in Wohnheim- und Anstaltsbereichen wurde nötig, nachdem die Testerhebung bestätigt hatte, daß dort nur die stärkere Einbindung der Leiter dieser Einrichtungen eine erfolgreiche Zählung ermöglicht. Ansonsten verlief die Testerhebung bei der Zählbezirkseinteilung und Zählergewinnung und beim Ausfüllen der Ordnungspapiere wie geplant.

Auf entsprechende Anregungen hin wurden Muster für eine amtliche Bekanntmachung der Volkszählung 1987 sowie für Anschreiben und Mahnschreiben entwickelt. Sie werden für die Haupterhebung zur Verfügung gestellt.

Veränderungen bei den Organisationshilfen und Erhebungsunterlagen

Die weitaus meisten Kommentare und Hinweise nach der Testerhebung bezogen sich auf die verwendeten Organisationshilfen Zählerkoffer, Zählermappe und Stellkarton. Diese wurden bei der Komplexität des Volkszählungsgesetzes 1987 in ihren Funktionen als unverzichtbar, aber in ihrer Ausgestaltung als durchaus verbesserungswürdig bewertet. Aufgrund der Anregungen wurden alle Organisations- und Ordnungshilfen neu konzipiert (Tabelle 3).

Die bei der Testerhebung verwendete Zählbezirksmappe wurde aufgrund der Hinweise weiterentwickelt, wobei besonders auf Handlichkeit geachtet wurde; das Material ist jetzt wasserfest. Durch den fest angebrachten Zählerausweis und die Sortiermöglichkeit mit Hilfe von Fächern soll dem Zähler die Arbeit vor Ort erleichtert werden. Die Stellkartons für die Erhebungsstellen wurden für die Haupterhebung so weiterentwickelt, daß jetzt der jeweilige Arbeitsbezirk eines Zählers durch Übereinanderstapeln

mehrerer dieser Ordnungshilfen zusammengestellt werden kann. Damit wird für die Haupterhebung eine bessere Handlichkeit gewährleistet und insbesondere das Wellen von Lesebelegen verhindert.

Die eingesetzten Ordnungspapiere verursachten kaum Probleme. Allerdings bemängelten die Zähler durchweg, daß der Platz für Eintragungen in der Bemerkungsspalte der Adressenliste zu knapp bemessen war. Für die Haupterhebung wird ein geeignet umgeformtes Formular zur Verfügung gestellt, das auch eine gebäudeweise Sortierung gewährleistet.

Mit den Anleitungen und dem Schlagwortverzeichnis kamen Erhebungsstellen und Zähler relativ gut zurecht, so daß hierzu keine konkreten Ansätze für Verbesserungsmaßnahmen deutlich wurden.

Obwohl die Testerhebung nicht als Fragebogentest im engeren Sinn angelegt war, bewirkte sie sogar bei den Erhebungsbogen noch Veränderungen, nachdem sich die Probleme auf bestimmte Fragen konzentrierten. Viele Befragte fühlten sich von der etwas nach oben abgesetzten Frage nach der Gemeinde nicht angesprochen, wodurch die Zuordnungsmöglichkeiten bei den Landratsämtern, die als örtliche Erhebungsstellen ggf. für mehrere Gemeinden tätig werden, erschwert wird. Häufig wurde auch übersehen, daß die Fragen 6a, b, c des Personenbogens, die der Zuordnung der Bevölkerung im Hinblick auf die amtliche Einwohnerzahl dienen, nur bei Bejahung der Eingangsfrage nach einer weiteren Wohnung zu beantworten sind. Als Fehlerquelle erwies sich auch das Fehlen der Antwortkategorie „Berufsschule“ bei der Frage nach dem höchsten Schulabschluß. Häufig wurde „Berufsfachschule“ markiert, obwohl aus der Berufsangabe auf einen Berufsschulabschluß zu schließen war. In den genannten Fällen erfolgte jeweils eine optische Verdeutlichung mit dem Ziel, diese Ausfüllfehler bei der Haupterhebung zu verringern, wenn nicht sogar zu vermeiden. Außerdem wurde in einem Fall die Reihenfolge der Fragen des Personenbogens umgestellt, nachdem die Gefahr des Mißverständnisses deutlich wurde, daß die Frage nach

dem Wirtschaftszweig auf die Nebenerwerbstätigkeit bezogen wird, anstatt auf den Hauptberuf. Aus der Fehlerstatistik des maschinellen Lesens geht hervor, daß einer der am häufigsten gemachten Fehler darin bestand, daß die Frage nach einer weiteren Wohnung (Frage 6 des Personenbogens) häufig gar nicht beantwortet wurde. Einerseits fühlten sich Befragte mit nur einem Wohnsitz offensichtlich nicht immer angesprochen, andererseits wurde manchmal innerhalb von Familien die einmalige Beantwortung anscheinend als ausreichend betrachtet. Auf dieses Problem muß genauso wie auf die häufig übersehenen senk-

recht auf den Bogen angebrachten Filterangaben bei den Zählerschulungen ganz besonders eingegangen werden.

Betrachtet man die vielen Änderungen, die aus den Ergebnissen der Testerhebung resultieren, so kann gesagt werden, daß die gesetzten Ziele erreicht wurden, da diejenigen Probleme bei der umfassenden Haupterhebung vermieden werden können, auf die man im überschaubaren Rahmen der Testerhebung gestoßen ist.

Dipl.-Volkswirtin Regina Steinmann

Die Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987

– Ein Gesamtüberblick über Anlage und Durchführung –

Am 26. September 1985 hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der CDU/CSU und der F.D.P., bei wenigen Gegenstimmen der SPD und gegen die Stimmen der GRÜNEN das Volkszählungsgesetz 1987¹ beschlossen. Der Bundesrat hat dem Volkszählungsgesetz in seiner Sitzung vom 18.10.1985 zugestimmt. Dem Gesetzesbeschluß war eine ungewöhnlich intensive Beratung vorausgegangen, in der sich alle Beteiligten bemüht hatten, eine in den Normen klare Rechtsgrundlage zu schaffen, deren Regelungen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen, und organisatorische und darüber hinaus verfahrensrechtliche Vorkehrungen zu treffen, welche der Gefahr der Verletzung des Persönlichkeitsrechts entgegenwirken.² Da die einschlägigen Fragen des Datenschutzes im Spezialgesetz selbst geregelt wurden, konnte abschließend sachverständig festgestellt werden, „die Datenschutzbeauftragten sind in beispielhafter Weise an der Erarbeitung des Gesetzes beteiligt worden...“.³

Das Gesetz

Erschöpfende Methodendiskussion bestätigt: Vollerhebung bei Auskunftspflicht erforderlich

Die Notwendigkeit, eine Volkszählung als Vollerhebung mit Auskunftspflicht durchzuführen, war im Rahmen einer öffentlichen Anhörung vor dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages von den als Sachverständigen geladenen in- und ausländischen Statistikexperten und Datenschützern im wesentlichen bestätigt worden. Dies verwundert nicht, da Ergebnisse verlangt werden,

- „die als Basis für die Fortschreibung von Bevölkerungszahlen dienen sollen,
- die einen sehr hohen Zuverlässigkeitsgrad aufweisen müssen, damit in die Zukunft wirkende Maßnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden sich verläßlich darauf gründen können, und
- die in tiefer sachlicher und regionaler Gliederung erstellt werden müssen“.⁴

Eine Stichprobenerhebung wäre zur Lösung dieser statistischen Aufgabenstellung ein – auch für den Laien erkennbar – offensichtlich untaugliches Mittel. Hinzu kommt, daß das Ziehen einer Zufallsstichprobe die genaue Kenntnis der zu untersuchenden Grundgesamtheit voraussetzt – also die Verfügbarkeit von Ergebnissen einer Vollerhebung.

Auch die Auswertung von Verwaltungsregistern wäre faktisch sowie aus rechtlichen Gründen keine Alternative zur Vollerhebung. Faktisch, weil der Inhalt von Registern sich auf wenige, nur für den Verwaltungsvollzug relevante Tatbestände beschränkt, die hier geforderten tiefen sachlichen und regionalen Gliederungen deshalb nicht darstellbar sind. Aus rechtlichen Gründen, weil die Nutzung von Daten aus verschiedenen Registern und Dateien voraussetzen würde, daß geeignete rechtliche und organisatorische Maßnahmen getroffen würden, die es erst erlauben würden, diese Daten, bezogen auf bestimmte Personen oder Institutionen, zusammenzuführen... Dies wäre aber gerade ein entscheidender Schritt, den einzelnen Bürger in seiner ganzen Persönlichkeit zu registrieren und zu katalogisieren.⁵

Da nicht auszuschließen ist, daß bei Freiwilligkeit der Auskunftserteilung die Nichtteilnehmer einer Zählung sich hinsichtlich ihrer Struktur wesentlich von denjenigen unterscheiden, die geantwortet haben, ist zur Vermeidung von Ergebnisverzerrungen das Instrument der Pflichtauskunft in fast allen Ländern der Welt bei Großzählungen üblich. Eine Alternative zur Auskunftspflicht besteht derzeit – bei den gegebenen Anforderungen – nicht, so das Ergebnis der erschöpfenden Methodendiskussion.

Erhebungszwecke und Fragebogeninhalt gesetzlich geregelt

Die Ergebnisse der Volkszählung bilden Grundlagen für politische Entscheidungen in Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden auf den Gebieten Wirtschaft und Soziales, Wohnungswirtschaft, Raumordnung, Verkehr, Umwelt, Arbeitsmarkt und Bildungswesen. Volkszählungen vermitteln zugleich Basisdaten für das Gesamtsystem der amtlichen Statistik und sind Grundlage für die Feststellung der amtlichen Bevölkerungszahlen von Bund, Ländern und Gemeinden durch die statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Die Volkszählung ist damit ein wesentlicher Baustein der öffentlichen „informationellen Infrastruktur“.⁶

Das Erhebungsprogramm der Zählungsteile Volks- und Berufszählung, Gebäude- und Wohnungszählung und der Arbeitsstättenzählung ist – gemessen an diesen Anforderungen – gerade auch mit Blick über die nationalen Grenzen hinaus, auf das unbedingt Notwendige reduziert. Obgleich von den Sachverständigen teilweise gefordert, wurde das Frageprogramm im Rahmen der Gesetzesberatungen nicht erweitert.

Das Erhebungsprogramm der Volks- und Berufszählung gliedert sich in mehrere Merkmalskomplexe. Neben den

¹ Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. November 1985 (BGBl. I S. 2078).

² Vgl. Urteil des BVerfG vom 15.12.1983, BVR 209/83.

³ Viertes Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten der Freien und Hansestadt Hamburg für das Jahr 1985, S. 36.

⁴ Deutscher Bundestag, Innenausschuß, Drucksache 10/73, S. 24.

⁵ Deutscher Bundestag, Innenausschuß, Drucksache 10/73, S. 60.

⁶ Zur gewandelten Aufgabe der Statistik vgl. Wingen, Max: Statistik ist nicht nur das Sammeln von Zahlen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.9.1986, Nr. 216, S. 7.

demographischen Grundtatbeständen werden die Erwerbs- und Berufstätigkeit erfaßt, Ausbildungsfragen gestellt und die Pendelwanderung nachgewiesen.

Die klassischen Fragen nach Alter, Geschlecht, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit, Hauptwohnsitz, Stellung zum Erwerbsleben und nach den Quellen des Lebensunterhalts (Erwerbs-/Berufstätigkeit, Arbeitslosengeld/-hilfe, Rente/Pension, Unterhalt durch Angehörige, Einkünfte aus Vermögen, soziale Mittel) richten sich an alle Personen.

Die Feststellung der Bevölkerung nach diesen Tatbeständen ist für zahlreiche Anwendungszwecke entweder unmittelbar oder mittelbar von grundlegender Bedeutung. Insbesondere dienen sie als Basis für die Bevölkerungsfortschreibung (Alter, Geschlecht, Familienstand, Deutsche/Ausländer) und als aktuelle Grundgesamtheit zur Ziehung von Bevölkerungsstichproben. Bevölkerungsvorausschätzungen können auf neuer Grundlage durchgeführt werden. Erwerbsquoten und Fruchtbarkeitsziffern können neu errechnet, Sterbetafeln neu erstellt werden.⁷ Die Berechnung der Stimmenzahl der Länder im Bundesrat, der Zahl und Größe der Wahlkreise, der Zahl der Sitze in den kommunalen Parlamenten, der Besoldung der Bürgermeister, des Länder- und Gemeindefinanzausgleichs fußt auf diesen demographischen Grundtatbeständen.

Der zweite Merkmalsblock mit Fragen an die Erwerbstätigen mit Voll- oder Teilzeitbeschäftigung dient in erster Linie Untersuchungen der Struktur des Arbeitsmarktes in regionaler Tiefe. Neben der wirtschaftlichen Gliederung sind dabei auch der ausgeübte Beruf, die soziale Stellung im Beruf sowie die schulische und berufliche Ausbildung, die zu diesem Beruf geführt haben, von Bedeutung.

Die Auswertung dieser Erhebungstatbestände kann mit der Frage nach den Unterhaltsquellen verbunden werden. Dies ermöglicht den Nachweis von wirtschaftlich eigenständigen Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit, Rente, Pension usw. und von wirtschaftlich abhängigen Personen (mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige).

Aus den bisherigen Ausführungen läßt sich bereits die Bedeutung der dritten Merkmalsgruppe, der Ausbildungsfragen, ablesen. Hier wird das Ausbildungsniveau (höchster Schulabschluß) und die berufliche Qualifikation (Fachrichtung bei Ausbildung an berufsbildenden Schulen) sowie der erlernte Beruf festgestellt. Bildungsverlaufs- und Modellrechnungen zur Ermittlung eines den Erfordernissen des Arbeitsmarktes entsprechenden Angebots an qualifizierten Kräften, die Ermittlung des Ersatzbedarfs nach Niveau und Quantität wären ohne solche Ausgangsdaten mit erheblichen Unsicherheitsfaktoren belastet.

Mit dem letzten Erhebungskomplex im Rahmen der Volks- und Berufszählung, den auf die Pendelwanderung bezogenen Fragen, werden verkehrsmäßige und wirtschaftliche Verflechtungen festgestellt. Zusammen mit den Fragen nach der Arbeits- und Ausbildungsstätte, nach dem hauptsächlich benutzten Verkehrsmittel und dem Zeitaufwand für den Weg zwischen Wohn- und Zielort werden die Ausgangsdaten für einschlägige planerische Maßnahmen gewonnen.

Im Erhebungsteil *Gebäude- und Wohnungszählung* kommt innerhalb des gebäudestatistischen Fragenkomplexes zunächst dem Nachweis der Gebäudeart eine zentrale Bedeutung zu. Sie dient – auch als Grundlage für die Fortschreibung – der Feststellung des Gebäudebestandes und seiner Nutzung.

Die Frage nach dem Baujahr des Gebäudes bietet Anhaltspunkte zur Beurteilung des Zustandes von Gebäuden und Wohnungen. Ersatz- und Modernisierungsbedarf lassen sich dadurch leichter abschätzen. Ergänzt werden die gebäudestatistischen Feststellungen durch die Erfassung von Merkmalen des Gebäudeeigentümers, Kaufanwärters bzw. Erbbauberechtigten und der öffentlichen Förderung. Der Nachweis des sogenannten traditionellen Bereichs, der nach dem 1. Förderungsweg subventioniert wurde, steht im Vordergrund des Interesses. Diese Förderung kommt einem im Wohnungsbaugesetz festgelegten Personenkreis zugute, so daß Auswertungen, die den Vergleich zwischen begünstigten und nicht begünstigten Haushalten bzw. Wohnungen ermöglichen, besondere Beachtung finden.

Wie schon der gebäudestatistische, so stützt sich auch der Abschnitt mit wohnungsstatistischen Fragen im wesentlichen auf die traditionellen Merkmale. Sie sollen auch auf unterer regionaler Ebene eine Beurteilung von Umfang, Struktur und Veränderung des Wohnungsbestandes sowie seine Fortschreibung erlauben. Insbesondere soll auch die Nutzung der Wohnungen in der Art ermittelt werden, daß neben den ständig bewohnten Wohnungen leerstehende Wohnungen, nicht ständig bewohnte Freizeitwohnungen und Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte oder diplomatischen Vertretungen privatrechtlich gemietet sind, jeweils separat nachgewiesen werden. Hierdurch gelingt eine exaktere Einschätzung der Lage auf dem Wohnungsmarkt, vor allem auch auf den regionalen Teilmärkten, als sie mit dem sonst zur Verfügung stehenden statistischen Instrumentarium geleistet werden könnte.

Im einzelnen werden für jede Wohnung Fragen nach dem Wohnverhältnis (Eigentümer, Hauptmieter, Untermieter), dem Einzugsjahr (Gruppen), der Ausstattung (Küche/Koch-nische/Bad/Dusche) innerhalb der Wohnung, der Heizung (Fern-, Blockheizung, Zentralheizung, Etagenheizung, Einzel- oder Mehrraumöfen), dem Brennstoff bzw. der Energieart (Gas, Heizöl, Strom, Kohle/Holz usw., Fernwärme/Sonnenenergie, Wärmepumpe) gestellt. Wohnfläche, Zahl, Größe und Nutzungsart der Räume, bilden eine weitere Gruppe von Fragen, die Basismerkmale zur Strukturierung des Wohnungsbestandes liefern. Ergänzt werden diese Fragestellungen durch die Erfassung der Miete („Bruttokaltmiete“) und möglicher Faktoren, die auf die Miethöhe einen unmittelbaren Einfluß haben können. Hier interessiert also, ob es sich um eine öffentlich geförderte Wohnung handelt, um eine Dienst-, Werks-, Hausmeister- oder Stifts-wohnung, Berufs- oder Geschäftsmietwohnung bzw. ob die Wohnung vom Eigentümer verbilligt, kostenlos oder wegen finanzieller Vorleistungen (zum Beispiel Mieterdarlehen) ermäßigt überlassen wurde.

Die *Arbeitsstättenzählung* erstreckt sich als Rahmenzählung auf sämtliche Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der nicht gewerblichen Land- und Forstwirtschaft sowie der Binnenfischerei. Da das System der Bereichszählungen nicht so ausgebaut ist, daß durch bloße Aggregation der Teilergebnisse ein Abbild für die gesamte Wirtschaft zu erhalten wäre, kommt der Arbeitsstättenzählung als Basiserhebung grundlegende Bedeutung zu. Sie ist die wichtigste Quelle für die regionale Darstellung von Wirtschaftsstrukturen in

⁷ Vgl. Frank, Eberhard: Modellrechnung über die mögliche Zahl der Erwerbspersonen für das Land Baden-Württemberg bis zum Jahr 2000, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 8/86.

tiefer fachlicher Gliederung. Die im Rahmen der Arbeitsstättenzählung anfallenden Unterlagen dienen auch als Auswahlgrundlagen bzw. Ergänzungen für nachgehende Bereichszählungen. Für einen großen Teil des Dienstleistungsbereichs einschließlich der Organisationen ohne Erwerbszweck stellt die Arbeitsstättenzählung die einzige umfassende Quelle für statistische Angaben dar.

Das Fragenprogramm gliedert sich in mehrere Abschnitte. Erfragt werden sollen neben Name, Bezeichnung und Anschrift der Arbeitsstätte und des Unternehmens auch folgende Tatbestände: Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. des Aufgabengebiets (Branche, Wirtschaftszweig), Träger der Arbeitsstätte (nur bei Anstalten und Einrichtungen von Behörden, der Sozialversicherung, von Kirchen, Verbänden und sonstigen Organisationen), Niederlassungsart (einzige, Haupt-, Zweigniederlassung), Zahl der im Betrieb tätigen Inhaber, Familienangehörigen, Angestellten, Arbeiter, der Teilzeitbeschäftigten sowie Ausländer und Lohn- und Gehaltssumme. Handwerkseigenschaft und Rechtsform des Unternehmens (nur bei einzigen/und Hauptniederlassungen), bei Hauptniederlassungen außerdem für jede Zweigniederlassung Name, Bezeichnung, Anschrift, Art der ausgeübten Tätigkeit oder des Aufgabengebiets, Zahl der tätigen Personen sowie die Lohn- und Gehaltssummen ergänzen die Informationen.

Aufgrund der Erfassung dieser verschiedenen Tatbestände gewinnt die Arbeitsstättenzählung eine erhebliche Bedeutung im Hinblick auf die komplexen Fragestellungen der Wirtschafts-, Struktur-, Arbeitsmarkt- und Verkehrspolitik. Ihre differenzierten Merkmale ergeben Anhaltspunkte bis hin zur quantitativen Fundierung sozialpolitischer Fragestellungen. Die regional tiefgegliederte Nachweisung der Ergebnisse liefert darüber hinaus Basisdaten für die Landes- und Raumplanung. Die Abgrenzung der Fördergebiete kann auf eine aktuelle Datengrundlage gestellt werden.

Spezialbestimmungen schaffen Datensicherheit

Das Volkszählungsgesetz 1987 enthält Bestimmungen, die den Vollzug des Gesetzes in allen datenschutzrelevanten Bereichen detaillierten Regelungen unterwerfen, die der Verwaltung keinen Spielraum für eigenes gestaltendes Handeln belassen. So wurden alle Aspekte des Erhebungsverfahrens, der Aufbereitung und der Auswertung – soweit Fragen der Datensicherheit angesprochen sind – geregelt, indem Verarbeitungsschranken festgelegt wurden. Diese betreffen insbesondere die Abschottungsregelungen, Vorkehrungen für die Durchführung und Organisation der Datenerhebung und -verarbeitung, Lösungsregelungen, Regelungen für die Weitergabe personenbezogener Daten sowie Fragen der Information und Aufklärung der Auskunftspflichtigen.

Ziel der *Abschottungsregelungen* ist es, das Statistikgeheimnis durch die Trennung von Datenerhebung und Verwaltungsvollzug durch gesetzlich festgelegte Verfahrensregelungen abzusichern. Diese Verfahrensregelungen betreffen insbesondere die Einrichtung von örtlichen Erhebungsstellen in den Gemeinden und Gemeindeverbänden. Sie sind räumlich, organisatorisch und personell von anderen Verwaltungsstellen getrennt einzurichten. Dadurch ist gewährleistet, daß – im Rahmen des Vollzugs der Erhebung – die Angaben in den Erhebungsvordrucken nicht für Verwaltungszwecke verwendet werden können.

Neben diesen faktischen Regelungen ist auch der Personaleinsatz in den zeitweiligen Erhebungsstellen an Normen

gebunden. Die in den Erhebungsstellen tätigen Personen dürfen die aus ihrer Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse über Auskunftspflichtige nicht in anderen Verfahren oder für andere Zwecke verwenden. Sie sind auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses und zur Geheimhaltung auch solcher Erkenntnisse über Auskunftspflichtige schriftlich zu verpflichten, die gelegentlich ihrer Tätigkeit gewonnen werden. Die Verpflichtung gilt auch nach Beendigung der Tätigkeit in den Erhebungsstellen. Dies macht „einen Vergleich der Volkszählungsdaten mit dem Melderegister unmöglich...“.⁸

Die *Vorkehrungen für die Durchführung und Organisation der Datenerhebung und -verarbeitung* betreffen insbesondere den Zählereinsatz und die Trennung der Verarbeitung von Erhebungs- und Hilfsmerkmalen, die vom Gesetzgeber vorgegeben ist. Für die Erhebung können ehrenamtliche Zähler eingesetzt werden. Sie sind von den Erhebungsstellen auszuwählen und zu bestellen. Die Zähler dürfen die aus der Zählertätigkeit gewonnenen Erkenntnisse über Auskunftspflichtige nicht in anderen Verfahren oder für andere Zwecke verwenden. Sie sind auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses und zur Geheimhaltung auch solcher Erkenntnisse über Auskunftspflichtige schriftlich zu verpflichten, die gelegentlich der Zählertätigkeit gewonnen werden. Die Verpflichtung gilt auch nach Beendigung der Zählertätigkeit. Die Zähler müssen die Gewähr für Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit bieten. Sie dürfen nicht eingesetzt werden

1. in der unmittelbaren Nähe ihrer Wohnung (Nachbarschaft);
2. wenn aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit oder aus anderen Gründen zu besorgen ist, daß Erkenntnisse aus der Zählertätigkeit zu Lasten der Auskunftspflichtigen genutzt werden.

Die Zähler sind verpflichtet, die Anweisungen der Erhebungsstellen zu befolgen. Bei der Ausübung ihrer Tätigkeit haben sich die Zähler auszuweisen; Wohnungen dürfen sie nur mit Zustimmung eines Verfügungsberechtigten betreten.

Durch diese Bestimmungen ist sichergestellt, daß – für die Phase im Erhebungsprozeß, bei der die Daten noch einen Personenbezug aufweisen – die Geheimhaltung, rechtsstaatlichen Prinzipien folgend, gewährleistet ist.

Da der Datenschutz umso besser gewährleistet ist, je frühzeitiger die Trennung der eine Identifikation ermöglichenden Merkmale von den statistischen Daten erfolgt, enthält das Volkszählungsgesetz eine Unterscheidung in Merkmale, die der Durchführung der Erhebung dienen (Hilfsmerkmale) und Merkmale, die für die statistische Aufgabenstellung vorgesehen sind (Erhebungsmerkmale). Die Hilfsmerkmale sind im Statistischen Landesamt von den Erhebungsmerkmalen nach der Eingangskontrolle, also der Überprüfung der Vollzähligkeit und Vollständigkeit, zu trennen. Auch Art und Funktion der für die manuelle und maschinelle Be- und Verarbeitung erforderlichen Nummern ist im Volkszählungsgesetz geregelt. Insbesondere dürfen die auf den Erhebungsvordrucken ausgedruckten

⁸ 7. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz Baden-Württemberg, S. 33.

laufenden Nummern und die im Erhebungsverfahren zur Kennzeichnung statistischer Zusammenhänge verwendeten Nummern (Ordnungsnummern) auf die für die maschinelle Weiterverarbeitung bestimmten Datenträger übernommen werden, damit eine Auswertung der erhobenen Daten erfolgen kann.

Die *Löschungsregelungen* des Volkszählungsgesetzes 1987 umfassen sowohl EDV-technische Eingriffe, die eine Reidentifizierung von Personen faktisch verhindern, als auch die Vernichtung der Erhebungsunterlagen. Dies geschieht zu einem frühen Verarbeitungsstand. So sind die laufenden Nummern und die Ordnungsnummern zu löschen, sobald die Zusammenhänge zwischen Personen und Haushalt, Haushalt und Wohnung, Wohnung und Gebäude durch Nummern, die einen Rückgriff auf die Hilfsmerkmale und Ordnungsnummern ausschließen, festgehalten worden sind, spätestens aber zwei Wochen nach Feststellung der amtlichen Bevölkerungszahl der Länder durch das Statistische Landesamt.

Schließlich sind die – getrennt aufbewahrten – Erhebungsvordrucke, die die Hilfsmerkmale bzw. die Erhebungsmerkmale enthalten, zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens aber zwei Wochen nach Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl des Landes, zu vernichten.

Auch die *Regelungen für die Weitergabe* der Ergebnisse sind sehr detailliert. Unabhängig davon, ob statistische Ergebnisse als Tabellen für die Öffentlichkeit zusammengestellt oder auf elektronischem Datenträger zur Verfügung gestellt werden, gilt, daß als unterste regionale Einheit Blockseiten⁹ als Darstellungseinheit zu wählen sind. Bei der Erstellung statistischer Ergebnisse in kleinräumiger Gliederung nach Blockseiten, die zur Weitergabe oder Veröffentlichung bestimmt sind, müssen aber die Gliederungseinheiten Blockseite, soweit sie Einzelangaben enthalten, die dem Auskunftspflichtigen oder Betroffenen zuzuordnen sind, zu höheren Einheiten zusammengefaßt werden, damit in jedem Fall das Statistikgeheimnis gewahrt bleibt. Einzelangaben auf elektronischen Datenträgern sind also nur in abgeschotteten Statistikbereichen verfügbar, nicht aber bei Konsumenten¹⁰. Diese Einzelangaben sind durch die Abschottung der Statistikämter geschützt, aber auch durch das im Volkszählungsgesetz 1987 festgeschriebene Verbot der Reidentifizierung. Danach ist den statistischen Ämtern eine Zusammenführung von erhobenen Merkmalen oder von solchen Merkmalen mit Daten aus anderen statistischen Erhebungen zum Zweck der Herstellung eines Personenbezugs außerhalb der statistischen Aufgabenstellung des Volkszählungsgesetzes untersagt und unter Strafe gestellt.

Ein von Informatikern als möglich befürchteter Datenmißbrauch durch die statistischen Ämter erweist sich bei den gesetzten Rechtsnormen allenfalls als abstraktes Denkmittel, dem ein realitätsnaher Bezug fehlt. Jedenfalls berichtet der Datenschutzbeauftragte der Freien und Hansestadt Hamburg, „daß Mißbrauch – soweit er durch technische und organisatorische Maßnahmen überhaupt möglich ist –

ausgeschlossen ist“.¹¹ Er führt weiter aus: „Ich habe Zweifel an der Informatik angeboten, die Deanonymisierung in meinem Beisein praktisch zu demonstrieren. Sie haben das Angebot bis heute nicht angenommen.“¹²

Schließlich sollen die Bestimmungen des Volkszählungsgesetzes 1987 über die *Information und Aufklärung* der Auskunftspflichtigen dem Aspekt Rechnung tragen, daß der Erfolg einer Erhebung entscheidend von der Akzeptanz¹³ in der Bevölkerung und damit deren Bereitwilligkeit zur Auskunftserteilung abhängt. Dieser Erkenntnis trägt eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit Rechnung, in der Bund, Land, Gemeinden und Gemeindeverbände zusammenwirken.

Zusammenfassend führt der Landesbeauftragte für den Datenschutz Baden-Württemberg anerkennend aus:

„Wie dem auch sei: Das Volkszählungsgesetz 1987 fiel jedenfalls so aus, wie es das Bundesverfassungsgericht vorgab. Außer dem Abschottungsgebot legt es fest, daß und wie die Auskunftspflichtigen Bürger über ihre Rechte zu belehren sind, verlangt eine Trennung und frühzeitige Löschung der Identifizierungsmerkmale und setzt für den Einsatz der Zähler Grenzen. Es macht ferner einen Vergleich der Volkszählungsdaten mit dem Melderegister unmöglich und läßt die Weitergabe von Einzelangaben aus der Volkszählung an Ministerien des Bundes oder der Länder nicht mehr zu; die Weitergabe an Gemeinden für statistische Zwecke knüpft es an strenge Voraussetzungen.“¹⁴

Der Vollzug des Volkszählungsgesetzes 1987

Einrichtung der Erhebungsstellen

Zur Durchführung der Volkszählung – ihrem Vollzug – wurden örtliche Erhebungsstellen eingerichtet, die nach dem Volkszählungsgesetz 1987 räumlich, organisatorisch und personell von anderen Verwaltungsstellen der Körperschaften, bei denen die Erhebungsstellen eingerichtet wurden, zu trennen sind. Die Bestimmung der Erhebungsstellen und das Nähere zur Ausführung des § 9 Abs. 1 Volkszählungsgesetz 1987, insbesondere die Übertragung der Aufgaben der Erhebungsstelle auf die Gemeinden und ggf. die Gemeindeverbände, sind nach dem Volkszählungsgesetz 1987 jeweils in den Bundesländern – entsprechend den spezifischen Erfordernissen – durch Rechtsverordnung der Landesregierung zu regeln.

Nach der Verordnung der Landesregierung und des Finanzministeriums zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 vom 30. Juni 1986 (GBl. S. 252) obliegen die Aufgaben der überörtlichen Erhebungsstellen (Sammeln der ausgefüllten Erhebungsvordrucke der örtlichen Erhebungsstellen, Weiterleitung derselben an das Statistische Landesamt) den Landkreisen, den Stadtkreisen und den Großen Kreisstädten.

⁹ Eine Blockseite ist innerhalb eines Gemeindegebiets die Seite mit gleicher Straßenbezeichnung von der durch Straßeneinmündungen oder vergleichbare Begrenzungen umschlossenen Fläche.

¹⁰ Zur Problematik der Bereitstellung von Daten der Volkszählung 1987 speziell für den Bereich Wissenschaft und Forschung vgl. Wingen, Max: Volkszählung nach dem Karlsruher Urteil – aber wie? –, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 4/1985.

¹¹ Vierter Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten der Freien und Hansestadt Hamburg für das Jahr 1985, S. 37.

¹² Vierter Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten der Freien und Hansestadt Hamburg für das Jahr 1985, S. 39.

¹³ Zur Akzeptanz der Volkszählung, vgl. Frank, Eberhard: Zur Akzeptanz der Volkszählung 1987, Ergebnisse einer Meinungsbefragung Stuttgarter Bürger, unveröffentlichtes Manuskript.

¹⁴ 7. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz Baden-Württemberg, S. 33.

Die örtliche Durchführung der Volkszählung 1987 (Bestellung der Zähler, Bewältigung der statistischen Feldarbeit, Prüfen und ggf. Korrektur falscher bzw. Ergänzen fehlender Angaben, Ausfüllen von Ordnungspapieren) obliegt nach der oben genannten Verordnung den Gemeinden bzw. den Gemeindeverbänden.

Die Weichen für die Organisationsstruktur in Baden-Württemberg wurden ebenfalls in der oben genannten Rechtsverordnung bzw. einer ergänzenden Verwaltungsvorschrift¹⁵ gestellt. Es ist geregelt, daß die örtliche Durchführung der Volkszählung 1987 den Gemeinden mit mehr als 8 000 Einwohnern, im übrigen den Landkreisen obliegt. Der Landkreis hatte die örtliche Durchführung der Volkszählung 1987 der Gemeinde oder der Verwaltungsgemeinschaft, der die Gemeinde angehört, zu übertragen, wenn die Gemeinde bzw. die Verwaltungsgemeinschaft dies bis spätestens 15. August 1986 beantragt und dabei nachgewiesen hatte, daß die Trennung der örtlichen Erhebungsstelle von anderen Verwaltungsstellen gewährleistet ist. Die Übertragung auf die Verwaltungsgemeinschaft konnte für einzelne oder alle Mitgliedsgemeinden erfolgen.

Die Frage, ob diese Regelung (Abschneidegrenze bei 8 000 Einwohnern) befriedigen kann, ob sie gar einen „Sündenfall“¹⁶ darstellt, ist unter verschiedenen Blickwinkeln zu erörtern. Es kommt nämlich darauf an, die Interessen der betroffenen Bürger mit den Bestimmungen des Volkszählungsgesetzes 1987 und den Anforderungen des Datenschutzes in Übereinstimmung zu bringen. Offensichtlich haben die Bürger ein vitales Interesse an einem ortsnahen und auch kostensparenden Vollzug. Das Volkszählungsgesetz sieht ja die Möglichkeit ausdrücklich vor, daß der Bürger seinen Fragebogen bei der örtlichen Erhebungsstelle persönlich abgeben kann.

Auch sind die örtlichen Erhebungsstellen verpflichtet, rat-suchende Bürger zu unterstützen. Dies setzt freilich in der Regel voraus, daß in den einzelnen Gemeinden örtliche Stellen zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 eingerichtet sind. Fehlen diese, dann müßte es dem Bürger, der seinen Bogen persönlich abgeben will oder sich persönlich beraten lassen möchte, zugemutet werden, zum Beispiel in eine andere Gemeinde, in der sich die örtliche Erhebungsstelle befindet, zu reisen, um seine Auskunftspflicht erfüllen zu können. Die Abwicklung wäre insoweit kostspielig und keineswegs bürgernah. Berechtigter Unmut über eine derartige Ungleichbehandlung käme auf.

Nach § 9 des Volkszählungsgesetzes 1987 ist die Einrichtung örtlicher Erhebungsstellen nicht nur bei den Gemeinden, sondern auch bei Gemeindeverbänden zulässig. Hier ist bestimmt, daß die Erhebungsstelle räumlich, organisatorisch und personell von anderen Verwaltungsstellen zu trennen ist und daß die in der Erhebungsstelle beschäftigten Personen — auf das Statistikgeheimnis und zur Geheimhaltung verpflichtet — die aus ihrer Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse über Auskunftspflichtige nicht in anderen Verfahren oder für andere Zwecke verwenden dürfen. An ein „Beschäftigungsverbot“ für bestimmte Angestellte oder Beamte der Gemeindeverwaltung hat der Gesetzgeber jedenfalls nicht gedacht. Er wollte für die Durchführung

einer so komplexen Aufgabe wie der Volkszählung 1987, deren Gelingen entscheidend von der Akzeptanz der Bürger abhängt, vielmehr ein Höchstmaß an Bürgernähe sicherstellen. Einen geeigneten Weg, um dies zu erreichen, hat der Gesetzgeber darin gesehen, daß — soweit im Einzelfall erforderlich — er den Einsatz der Beschäftigten der Gemeinden und Gemeindeverbände, auf deren Verschwiegenheit der Bürger zu Recht vertraut, vorgesehen hat.

Bleibt die Frage zu prüfen, ob aus übergeordneten allgemeinen Gründen des Datenschutzes, die über das einschlägige Volkszählungsgesetz 1987 hinausweisen, der ortsnahe Vollzug des Volkszählungsgesetzes 1987 in kleinen Gemeinden unzulässig sein könnte. Die Datenschutzgesetze des Bundes und der Länder geben dazu nichts her. Die Länder — mit Ausnahme von Baden-Württemberg (Abschneidegrenze 8 000 Einwohner) und Hessen (Abschneidegrenze 3 000 Einwohner) — haben bei dieser Ausgangslage angeordnet, daß in allen Gemeinden örtliche Erhebungsstellen einzurichten sind. So überrascht es nicht, daß auch in Baden-Württemberg die ganz überwiegende Mehrheit (659) der insgesamt 848 Gemeinden mit nicht mehr als 8 000 Einwohnern die Übertragung der örtlichen Erhebungsstelle beantragt hat; für 46 weitere Gemeinden wurde diese Aufgabe der Verwaltungsgemeinschaft übertragen, der die betreffende Gemeinde angehört.

Abschottung der Erhebungsstellen

Die Erhebungsstellen sind, nach den Vorgaben des Volkszählungsgesetzes 1987, räumlich, organisatorisch und personell von anderen Verwaltungsstellen zu trennen. Die Konkretisierung dieser Bestimmung findet sich in der Verwaltungsvorschrift des Finanzministeriums zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 — VwV VZG 1987 — vom 1. Oktober 1986. Hier ist geregelt, daß die Erhebungsstelle von anderen Dienststellen der Verwaltung räumlich getrennt ist, wenn sie über mindestens einen eigenen Raum verfügt, in dem ausschließlich Aufgaben der Volkszählung 1987 wahrgenommen werden.

Durch geeignete Vorkehrungen (zum Beispiel Anbringen von Sicherheitsschlössern, Ausgabe von Schlüsseln gegen Nachweis an Zugangsberechtigte, Verschließen des Raumes auch bei kurzfristiger Abwesenheit der Zugangsberechtigten, spezielle Ausweise für befugte Personen, Überwachung der Sicherheitsvorkehrungen durch den Zählungsleiter) ist darüber hinaus sicherzustellen, daß die Räumlichkeiten der Erhebungsstelle nicht von unbefugten Personen betreten werden.

Die Erhebungsstelle darf *organisatorisch* nicht mit anderen Dienststellen der Verwaltung verbunden sein. Sie ist unmittelbar dem Bürgermeister, oder dem fachlich zuständigen Beigeordneten und soweit das Landratsamt die Aufgaben der örtlichen Erhebungsstelle wahrnimmt, dem Landrat oder Ersten Landesbeamten zu unterstellen. Es ist ein Zählungsleiter sowie dessen Stellvertreter zu bestellen. Das Gebot der organisatorischen Trennung räumt der amtlichen Statistik als Staatsaufgabe einen hohen Rang ein, dem die nachgehenden personellen Entscheidungen Rechnung tragen müssen.

Zur Gewährleistung der *personellen Trennung* wurde geregelt, daß zwar grundsätzlich jeder Mitarbeiter der Verwaltung für eine Tätigkeit in der Erhebungsstelle abgeordnet werden kann. Um aber das Vertrauen der Bevölkerung in die Zählung zu erhöhen und um Mißverständnisse von vornher-

¹⁵ Verwaltungsvorschrift des Finanzministeriums zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 — VwV VZG 1987 — vom 1. Oktober 1986. (GABl. S. 945).

¹⁶ 7. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz Baden-Württemberg, S. 38.

ein auszuschließen, wird empfohlen, in der Erhebungsstelle keine Mitarbeiter aus dem Bereich des Einwohnermeldewesens einzusetzen, sofern dies die personelle Ausstattung der Körperschaft zuläßt. Für die Tätigkeit in der Erhebungsstelle kann auch neues geeignetes Personal eingestellt werden. Das Gebot der strikten personellen Trennung verbietet es aber, daß die in der Erhebungsstelle eingesetzten Mitarbeiter während der Dauer der Zuteilung zur Erhebungsstelle mit anderen Verwaltungsaufgaben betraut werden. Mitarbeiter der Erhebungsstelle dürfen deshalb in Zeiten einer geringeren Arbeitsbelastung in der Erhebungsstelle nicht stundenweise andere Verwaltungsaufgaben wahrnehmen. Andererseits kann das Personal der Erhebungsstelle während der Zählung verstärkt oder verringert werden, damit das jeweilige Aufgabenpensum sachgerecht und ohne unnötige Verschwendung von Steuergeldern erledigt werden kann.

Zusammen mit dem gesetzlichen Verwertungsverbot, also der Bestimmung im Volkszählungsgesetz 1987, daß die in den Erhebungsstellen tätigen Personen die aus ihrer Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse über Auskunftspflichtige nicht in anderen Verfahren oder für andere Zwecke verwenden dürfen und auf das Statistikgeheimnis und zur Geheimhaltung zu verpflichten sind, erfüllt diese Regelung alle Voraussetzungen, um die Intention des Gesetzgebers zu erfüllen. Wer bei dieser Ausgangslage die Gefahr sieht, daß die Mitarbeiter der Erhebungsstellen „ihr Wissen aus den ausgefüllten Volkszählungsbogen eines Tages gegen den Bürger verwenden“¹⁷, setzt sich zwangsläufig dem Vorwurf aus, mit pauschalen Verdächtigungen¹⁸ das bislang ungebrochene Vertrauen der Bürger in die Beschäftigten der Gemeindeverwaltungen vorsätzlich untergraben zu wollen. Jedenfalls finden sich für die Negativ-Visionen der beschriebenen Art im konkreten Verwaltungshandeln der getadelten Gemeinden keine Anhaltspunkte.

Die Trennung der Erhebungsstelle von anderen Verwaltungsstellen muß zu dem Zeitpunkt vollzogen sein, in dem der erste ausgefüllte Erhebungsvordruck mit Einzelangaben in der Erhebungsstelle bearbeitet und aufbewahrt wird. Der Beginn der Bearbeitung ist vom Zählungsleiter schriftlich festzuhalten.

Örtliche Durchführung der Erhebung

Die Durchführung der Volkszählung 1987 erfolgt in zwei Phasen, denn nach dem Volkszählungsgesetz 1987 konnte mit der Erhebung der gebäudestatistischen Merkmale bis zu sechs Monate vor dem Zählungstichtag der eigentlichen Haupterhebung begonnen werden. Die Durchführung der Gebäudevorerhebung in Baden-Württemberg ist in der „Anleitung zur Durchführung einer partiellen Gebäudevorerhebung“¹⁹ geregelt. Da insbesondere in Großstädten sehr häufig weder der Gebäudeeigentümer noch ein Verwalter im Gebäude wohnt, ist aus verfahrenstechnischen

Gründen zumindest eine partielle Gebäudevorerhebung zweckmäßig, um die Erhebungstermine im Rahmen der Haupterhebung einhalten zu können. Aus organisatorischen Gründen können aber die Gemeinden auch eine umfassende Vorerhebung aller Gebäude mit Wohnraum durchführen. Bei vorangegangenen Volkszählungen wurde hiervon insbesondere in Großstädten zur optimalen Vorbereitung der Zählung Gebrauch gemacht. Fragebogen der Gebäudevorerhebung werden seit dem 25. November 1986 an die Eigentümer/Verwalter versandt.

Die zweite Phase der Erhebung besteht dann in der Durchführung der eigentlichen Volkszählung zum Stichtag 25. Mai 1987 einschließlich Überprüfungs- und Abschlußarbeiten.

Im Zuge der Vorbereitungen sind von den örtlichen Erhebungsstellen alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um eine ordnungsgemäße, vollzählige und vollständige Erhebung zu gewährleisten. Das Aufgabenspektrum läßt sich zeitlich gliedern in Aufgaben, die vor bzw. während der „Feldarbeit“, also dem Austeilen und Rückholen der Erhebungsbelege, auszuführen sind, und in Überprüfungs- und Abschlußarbeiten.

Zunächst sind die Voraussetzungen für den Zählereinsatz zu schaffen. Dazu ist das Gemeindegebiet kleinräumig, nach Baublockseiten bzw. Zählbezirken zu gliedern. Ein Zählbezirk ist innerhalb eines Gemeindegebiets die Seite mit gleicher Straßenbezeichnung von der durch Straßeneinmündungen oder vergleichbarer Begrenzungen umschlossenen Fläche. Die vollständige kleinräumige Gliederung ist sowohl Voraussetzung für eine vollzählige Erfassung der Erhebungseinheiten (Personen und Haushalte, Wohnungen, Gebäude mit Wohnraum und ständig bewohnte Unterkünfte sowie nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Unternehmen) als auch Voraussetzung für nachgehende kleinräumige Auswertungen. Mehrere Zählbezirke können zu Arbeitsbezirken, das ist das Einsatzgebiet eines Zählers, zusammengefaßt werden. Die Größe eines Arbeitsbezirkes sollte – in Abhängigkeit von den jeweiligen örtlichen Verhältnissen – ca. 60 bis 80 Erhebungseinheiten (Haushalte) umfassen.

Als weitere Arbeitsschritte zur Vorbereitung der Volkszählung sind darüber hinaus Zählermappen, die zur Aufnahme der für den Zähler bestimmten Unterlagen vorgesehen sind, anzulegen und mit den erforderlichen Haushaltsheften, Haushaltsmantelbogen, Arbeitsstättenbogen, Adressenlisten, Erläuterungsblättern usw. zu bestücken. Da in der Regel mehrere Zählbezirke zu einem Arbeitsbezirk zusammengefaßt werden, werden die Zählermappen in einen Zählerkoffer eingelegt, der sowohl dem Transport als auch der besonders geschützten Aufbewahrung der Erhebungsunterlagen dient. Die Planung dieser Vorbereitungsarbeiten wird ganz wesentlich dadurch erleichtert, daß nach dem Volkszählungsgesetz 1987 die Meldebehörden den Erhebungsstellen auf Verlangen bestimmte Daten zur Organisation der Zählung übermitteln müssen (Vor- und Familienname der Einwohner, Adresse, Haupt- oder Nebenwohnung, Geburtsjahr und -monat, Geschlecht, Staatsangehörigkeit). Ebenso übermitteln die für die Grundsteuer zuständigen Stellen der Gemeinden oder die für die Gebäudebrandversicherung zuständigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie die für die Gewerbeanzeigen zuständigen Stellen der Gemeinden bestimmte, im Volkszählungsgesetz 1987 benannte Daten.

Neben diesen vorbereitenden organisatorischen Arbeiten sind Zähler zu werben, auszuwählen, zu bestellen, den

¹⁷ 7. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz Baden-Württemberg, S. 39.

¹⁸ Vgl. auch die Verlautbarung des Gemeindetags Baden-Württemberg, der lt. Stuttgarter Zeitung vom 18.1.1987 zum Sachverhalt ausgeführt hat, daß „zumindest Mißtrauen in die Gesetzestreue dieser Gemeinden (soweit weniger als 8 000 Einwohner und Erhebungsstelle eingerichtet) zum Ausdruck gebracht wird“.

¹⁹ Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 – VwV – VZG 1987 – (Anleitung zur Durchführung einer partiellen Gebäudevorerhebung) vom 9. Oktober 1986.

Arbeitsbezirken zuzuordnen und auf ihre Aufgabe vorzubereiten.

Die praktische *Feldarbeit* gliedert sich in drei Phasen. Zunächst führt der Zähler in seinem Arbeitsbezirk, der aus mehreren Baublockseiten bestehen kann, eine Begehung durch, um die örtlichen Verhältnisse kennenzulernen. Dies ist schon deshalb erforderlich, weil die Zähler nicht in der (unmittelbaren) Nähe ihrer Wohnung eingesetzt werden dürfen, häufig also in für sie fremden Gemeindeteilen zum Einsatz kommen. Hinzu kommt, daß der Zähler bei dieser Gelegenheit den Haushalten den Termin seines Besuches schriftlich mitteilen kann und sie darüber hinaus mit Hilfe eines Informationsblattes auf wichtige Aspekte der Zählung hinweisen kann. Zu den angekündigten Terminen wird dann der Zähler die Haushalte seines Arbeitsbezirks aufsuchen und die erforderlichen Erhebungsvordrucke übergeben. In dieser Situation ist der Zähler berechtigt und verpflichtet, von den Auskunftspflichtigen mündlich einige Informationen zu erfragen und in die Adressenliste einzutragen.

Im einzelnen handelt es sich um folgende Tatbestände:

- Zahl und Namen der Personen im Haushalt,
- Name des Wohnungsinhabers,
- Zahl der Haushalte und der Arbeitsstätten im Gebäude und in der Wohnung,
- Leerstehen der Wohnung,
- Zugehörigkeit zu ausländischen Streitkräften oder zu diplomatischen oder berufskonsularischen Vertretungen bzw. zur Ständigen Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik,
- Zahl der Personen mit Haupt- bzw. alleiniger Wohnung in einer Gemeinschafts- oder Anstaltsunterkunft,
- Name, Bezeichnung von Arbeitsstätten und Unternehmen.

Der Auskunftspflichtige kann jedoch wählen, ob er die Vor- und Familiennamen des Wohnungsinhabers und der übrigen Haushaltsmitglieder mündlich nennt oder sie der Erhebungsstelle schriftlich mitteilt. Die Auskunftspflichtigen müssen vom Zähler auf die verschiedenen Möglichkeiten der Auskunftserteilung hingewiesen werden. Die in den Erhebungsvordrucken enthaltenen Fragen können mündlich gegenüber dem Zähler oder schriftlich beantwortet werden. Darüber hinaus kann der Auskunftspflichtige wählen, ob er sie gemeinsam mit anderen Haushaltsmitgliedern oder für sich allein beantwortet. Außerdem hat der Auskunftspflichtige mehrere Möglichkeiten, seine ausgefüllten Erhebungsvordrucke zurückzugeben. Er kann sie dem Zähler offen oder in verschlossenem Umschlag aushändigen, sie innerhalb einer Woche bei der Erhebungsstelle abgeben oder sie der Erhebungsstelle per Post zuschicken. Wird die Rückgabe der Erhebungsvordrucke in verschlossenem Umschlag oder die postalische Rücksendung an die Erhebungsstelle gewünscht, übergibt der Zähler einen „Volkszählungsbrief“. Auf Verlangen ist für jedes Haushaltsmitglied bzw. für jede Arbeitsstätte ein Volkszählungsbrief zu verteilen. Die postalische Rücksendung dieses Volkszählungsbriefes ist portofrei. Sowohl beim postalischen Rückversand als auch bei der Rückgabe des Umschlags an den Zähler sind Name und Adresse des Auskunftspflichtigen auf dem Umschlag einzutragen. Enthält der Umschlag Erhebungsvordrucke für mehrere Personen eines Haushalts, genügt die Absenderangabe eines Auskunftspflichtigen Haushaltsmitgliedes.

Nach dem Zählungstichtag werden die ausgefüllten Erhebungsvordrucke vom Zähler unter Zuhilfenahme seiner Terminübersicht und der Adressenliste wieder eingesammelt, sofern sie nicht direkt an die Erhebungsstelle übermittelt worden sind. Auftrag und Funktion bestimmen den Zähler als Mittler zwischen Bürgerschaft und Erhebungsstelle. Sie können nur dann voll zur Geltung kommen, wenn der Bürger „seinen“ Zähler – er übt ein staatliches Ehrenamt aus – als Vertrauensperson anerkennt und dessen Hilfe umfassend in Anspruch nimmt. So kann jeder Bürger dazu beitragen, daß in dieser Phase der Abwicklung der Volkszählung 1987 auch verwaltungsökonomische Aspekte zum Tragen kommen. Insbesondere wenn dem Zähler die ausgefüllten Erhebungsvordrucke anvertraut werden, und dieser sie, im Zählbezirk geordnet, an die Erhebungsstelle weiterleitet, kann nämlich vermeidbarer Verwaltungsaufwand eingespart werden, weil so die Rücklaufkontrollen vereinfacht werden. Die Zähler verdienen das Vertrauen der Bürger, sie haben die Erhebungsvordrucke mit Einzelangaben so zu handhaben und aufzubewahren, daß Einzelangaben Unbefugten nicht bekannt werden. Sie haben die ausgefüllten Erhebungsbogen nach Abschluß der Erhebung unverzüglich der örtlichen Erhebungsstelle auszuhändigen. In Anwesenheit des Zählers prüft die Erhebungsstelle zunächst die Vollständigkeit der zurückgegebenen Erhebungsunterlagen. Dabei ist in den Erhebungsstellen sichergestellt, daß der Zähler keinen Einblick in andere Erhebungsunterlagen, auch nicht in die in verschlossenem Umschlag zurückgegebenen oder postalisch übersandten Volkszählungsbriefe hat.

Nach der Rücknahme der Erhebungsunterlagen durch die örtlichen Erhebungsstellen ist zu prüfen, ob diese Papiere vollzählig vorhanden sowie vollständig und richtig ausgefüllt sind. Fehlen Belege oder einzelne Angaben, dann nimmt die Erhebungsstelle ggf. schriftlich Kontakt mit dem betreffenden Auskunftspflichtigen auf und vervollständigt bzw. ergänzt die Erhebungsvordrucke. Die Bürger können also durch sorgfältiges Ausfüllen der Erhebungsvordrucke mit dazu beitragen, daß die erforderlichen Abschlußarbeiten in den örtlichen Erhebungsstellen minimiert werden, was ohnehin knappe Ressourcen einsparen hilft.

Sobald die Angaben einer Baublockseite komplett sind, füllt die Erhebungsstelle die Regionalliste aus. Die Regionalliste – sie wird für jeden Zählbezirk gesondert angelegt – ist das zentrale Papier des Ordnungssystems. Sie hat einerseits die Aufgabe, die Erhebungspapiere jeweils eines Zählbezirks miteinander zu verknüpfen, so daß eine Verbindung zwischen Wohnungen und Gebäuden sowie zwischen Personen und Haushalten zustande kommt, andererseits stellt sie den regionalen Bezug auch für die Arbeitsstätten her. Deshalb sind zunächst im Kopf der Regionalliste der Gemeindegemeinschaft, der Gemeindeteil, Baublock/Baublockseite sowie der Straßenschlüssel einzutragen. Die Regionallistennummer ist in der Regel eingedruckt. Wenn die Erhebungsstelle die Regionalliste ausfüllt, dann sind – in der Folge der Hausnummern – die Ordnungsangaben der verschiedenen Fragebogen in die einzelnen Zeilen der Regionalliste zu übertragen. Neben Ordnungsangaben, die die Erhebungsstelle – wie die Heft-Nr. des Haushaltshefts und die Bogen-Nr. des Arbeitsstättenbogens – auf den Erhebungsvordrucken vorfindet, hat die Erhebungsstelle weitere Nummern als sogenannte laufende Nummern selbst zu vergeben (Ifd. Nr. des Gebäudes in der Regionalliste, Ifd. Nr. der Wohnung im Gebäude, Ifd. Nr. des Haushalts in der Wohnung).

Alle diese Nummern werden im Zuge der Aufbereitung zunächst auf Magnetband erfaßt und gespeichert, so daß

die Kontrolle der Vollständigkeit der Belege durch maschinellen Abgleich der Angaben der Regionalliste mit den eingelese- senen bzw. abgelesenen Nummern der Erhebungsbelege erfolgen kann. Im Hinblick auf die Auswertungen dient diese maschinelle Zusammenführung der Angaben aus den Erhebungs- und Ordnungspapieren der regionalen Zuordnung der Erhebungseinheiten. Nur so ist es möglich, daß die Zählungsergebnisse in regionaler Tiefe dargestellt werden können.

Nachdem die Regionallisten ausgefüllt sind, werden die Zählbezirksunterlagen für eine Gemeinde entsprechend der hierarchischen Struktur der kleinräumigen Gliederung sortiert. Danach wird die Gemeindeliste – für jeden Gemeindeteil gesondert – ausgefüllt und das Erhebungsmaterial geschlossen an die überörtliche Erhebungsstelle und von da an das Statistische Landesamt weitergeleitet.

Bei den örtlichen Erhebungsstellen verbleibt für jede Gemeinde die Gemeindeliste. Sie enthält die Nummern der Blockseiten und der Baublöcke sowie für jede Blockseite und für jeden Baublock die Straßen und Hausnummern, die Nummern der Regionallisten und die Zahl der ausgefüllten Personenbogen und Arbeitsstättenbogen der betreffenden Regionalliste. Personenbezogene Daten enthält sie also nicht. Den Gemeinden, die nicht die Aufgabe der örtlichen Erhebungsstelle wahrnehmen, ist die jeweilige Gemeindeliste nach Auflösung der zuständigen örtlichen Erhebungsstelle zu übergeben. Die Gemeindelisten dürfen nicht für Zwecke des Verwaltungsvollzugs, insbesondere nicht für Melderegisterberichtigungen verwendet werden. Sie sind zu vernichten, sobald die Ergebnisse der Volkszählung 1987 der jeweiligen Gemeinde in kleinräumiger Gliederung nach Blockseiten übermittelt worden sind und die amtliche Einwohnerzahl der Gemeinde vom Statistischen Landesamt bestandskräftig festgestellt ist.

Aufbereitung und Ergebnisdarbietung

Manuelle und maschinelle Aufbereitung

Die Verarbeitung und die Aufbereitung der Volkszählungsdaten ist Aufgabe des Statistischen Landesamtes. Sie vollziehen sich in dessen streng abgeschottetem Aufgaben- und Verantwortungsbereich, wobei sich manuelle und maschinelle Arbeitsabläufe ergänzen.

Die manuelle Aufbereitung erstreckt sich im wesentlichen auf eine Eingangskontrolle der von den Gemeinden abgelieferten Erhebungsunterlagen auf Vollständigkeit und Vollständigkeit, auf die im Volkszählungsgesetz 1987 vorgeschriebene Trennung der Erhebungsmerkmale von den Hilfsmerkmalen und auf die Verschlüsselung (Signierung) von Angaben der Erhebungsvordrucke.

Im Rahmen der Eingangskontrolle wird geprüft, ob Erhebungsunterlagen aus allen Gemeinden des jeweiligen Landes eingegangen sind. Ferner wird kontrolliert, ob für die jeweilige Gemeinde Regionalangaben in der Gemeindeliste und den zugehörigen Regionallisten richtig eingetragen sind und ob die Nummern aller Regionallisten in den Gemeindelisten protokolliert sind bzw. ob eingetragene Regionallisten fehlen. Die manuelle Kontrolle auf Vollständigkeit der Erhebungsunterlagen in den Statistischen Landesämtern erstreckt sich auf die Prüfung, ob alle in den Regionallisten eingetragenen Erhebungsvordrucke vorhanden sind bzw. ob alle vorhandenen Erhebungsvordrucke dort aufgeführt sind. Da die Prüfung auf Vollständig-

keit der Ausfüllung bereits in den örtlichen Erhebungsstellen erfolgte, genügt hier eine stichprobenweise Überprüfung.

Danach werden die Hilfs- und die Erhebungsmerkmale gemäß den detaillierten Regelungen im Volkszählungsgesetz 1987 getrennt und gesondert aufbewahrt.

Vor der Übernahme der Daten auf maschinelle Datenträger wird die Verschlüsselung (Signierung) von Angaben des Wohnungsbogens, des Personenbogens und des Arbeitsstättenbogens vorgenommen. Es handelt sich dabei im Wohnungsbogen um die Angabe zur Fläche der Wohnung und Höhe der Monatsmiete; im Personenbogen um die Fragen zum Geburtsjahr, dem erlernten Beruf, der Dauer der praktischen Berufsausbildung, der Hauptfachrichtung des Abschlusses an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule, dem Geschäftszweig, der ausgeübten Tätigkeit und den Pendlerangaben; im Arbeitsstättenbogen um die Merkmale wirtschaftliche Tätigkeit der Arbeitsstätte und des Unternehmens, die Regionalangaben und die wirtschaftliche Tätigkeit für die von der Hauptniederlassung gemeldeten Zweigniederlassungen des Unternehmens.

Danach werden die Wohnungs- und Personenbogen maschinell gelesen, die Angaben des Arbeitsstättenbogens sowie des Organisationsteils der Regionallisten erfaßt. An die einzelnen Datenerfassungsprozesse schließt sich ein mehrstufiges System von Datenprüfungen, Datenbereinigungen und Zusammenführungen im Rahmen der Aufgabenstellung des Volkszählungsgesetzes 1987 an. Ziel dieser umfangreichen Arbeiten der maschinellen Aufbereitung ist es, einerseits plausible und auswertungsfähige Daten in der im Volkszählungsgesetz 1987 vorgesehenen regionalen Gliederung zu erhalten und andererseits die vorgesehenen Löschungen der laufenden bzw. Ordnungsnummern zum Schutze der Individualdaten der Bürger sicherzustellen.

Ergebnisdarbietung

Da die Übermittlung von Einzelangaben nach dem Volkszählungsgesetz 1987 nur im Rahmen der statistischen Aufgabenstellung zulässig ist, kommt der Darbietung der Ergebnisse in Form von Summendaten eine zentrale Bedeutung zu. Überwiegend werden diese Summendaten als maschinell ausgedruckte Tabellen zur Verfügung gestellt. Sofern sie von allgemeinerem Interesse sind, ist die Veröffentlichung bzw. die Aufnahme in die Struktur- und Regionaldatenbank geplant. Ergebnisse für spezielle Auswertungszwecke werden dagegen als „Liefertabellen“ auf besondere Anforderung hin bereitgestellt. Der Umfang des Standardtabellenprogramms orientiert sich an der vom Gesetzgeber definierten Aufgabenstellung.

Das Gesamttabellenprogramm der *Volks- und Berufszählung* ist eingeteilt in zwei große Tabellengruppen, nämlich das Regionaltabellenprogramm der Länder mit vergleichsweise nur wenigen Merkmalskombinationen und die sogenannten Sachgebietstabellen für Bund und Länder mit sehr weit aufgefächerten Kombinationsdarstellungen.

Das Regionaltabellenprogramm setzt sich aus dem Gemeindeblatt (das gleichzeitig auch als Baublockprogramm verwendet werden soll), den Kreistabellen und den Pendlertabellen auf Gemeinde- und Kreisbasis zusammen. Da hier als Baustein die jeweiligen Gemeindeergebnisse vorhanden sind, können diese Tabellen auch für beliebige nichtadministrative Gebietseinheiten geliefert werden. Die

Informationen aus dem Gemeindeblatt werden ergänzt durch die Gemeindetabellen. Sie enthalten Ergebnisse für alle Gemeinden (Gemeindenamen in der Vorspalte). Ein Auszug aus den Gemeindetabellen, die inhaltlich breiter gegliedert sind als das Gemeindeblatt, soll als Gemeindestatistik veröffentlicht werden.

Die Kreistabellen schließen sich im Regionalprogramm an die Gemeindetabellen an. Sie gliedern die bereits in den Gemeindetabellen enthaltenen Merkmale fachlich tiefer und bringen darüber hinaus Kombinationsauswertungen. Schließlich vermitteln die Pendlertabellen, der letzte Tabellenblock des Regionalprogramms der Volks- und Berufszählung, einen Überblick über die Zahl und Struktur der Berufs- und Ausbildungspendler.

Der zweite Programmblock mit den sogenannten Sachgebietstabellen bringt Daten in tiefen sachlichen Gliederungen für folgende fünf bevölkerungsstatistische Themenkreise: (1) Unterhaltsquellen und Religionszugehörigkeit, (2) Beteiligung am Erwerbsleben sowie wirtschaftliche, berufliche und soziale Gliederung, (3) Ausbildungsstand einschließlich praktischer Berufsausbildung, (4) Pendlerwanderung sowie (5) Haushaltszusammenhang. Als sechste Gruppe kommen auf Bundesebene Tabellen für den internationalen Vergleich hinzu.

Die traditionell im Zusammenhang mit der Haushaltsstatistik dargebotene Familienstatistik muß beim Zählungswerk 1987 entfallen, weil das für entsprechende Nachweisungen erforderliche Merkmal „Stellung im Haushalt“, im Gegensatz zur Volkszählung 1970, nicht in das Fragenprogramm aufgenommen wurde. Damit ergibt sich eine durch andere Informationsquellen (insbesondere die Mikrozensusstichprobe) in regionaler Hinsicht nicht zu schließende Lücke im sozialstatistischen Instrumentarium. Wichtige datenorientierte Grundlagen für familienpolitische Entscheidungen werden somit in Zukunft fehlen.

Dem Tabellenprogramm für die *Wohnungszählung mit gebäudestatistischen Feststellungen* liegt die gleiche Konzeption zugrunde wie demjenigen der Volks- und Berufszählung (Standardprogramm mit Regional- und Bund-/Länder-Teil). Das Regionalprogramm umfaßt hier das Gemeindeblatt (gleichzeitig Blockprogramm), die Gemeinde- und die Kreistabellen. Dabei wird auch eine Tabelle mit Daten für die Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes bereitgestellt. Das Bund-/Länderprogramm enthält neben den Konzentrationstabellen aus dem Regionalprogramm weitere, fachlich tief gegliederte Informationen, die auszugsweise veröffentlicht werden sollen.

Beim Tabellenprogramm der *Arbeitsstättenzählung* kommt dem Regionalprogramm vom Umfang her nicht die gleiche Bedeutung zu wie bei der Volks- und Berufs- sowie bei der Wohnungszählung mit gebäudestatistischen Nachweisungen. Aus dem Standardprogramm werden aber auch hier auf Gemeinde- und Kreisebene Angaben über Arbeitsstät-

ten und Beschäftigte in wirtschaftssystematischer Gliederung erstellt. Das Standardprogramm besteht aus drei Tabellengruppen. Hier werden Ergebnisse für die Arbeitsstätten insgesamt, für Ein- und Mehrbetriebsunternehmen zusammen sowie für Mehrbetriebsunternehmen allein nachgewiesen.

Ecktermine

Nachdem das Volkszählungsgesetz 1987 verabschiedet war, orientierten sich alle Arbeiten am Zählungsstichtag, dem 25. Mai 1987. Dabei war vor dem Zählungsstichtag zunächst noch eine Testerhebung durchzuführen. Der Hauptzweck dieser Testerhebung bestand darin, die Erhebungsorganisation und die Arbeitsabläufe auf Schwachstellen hin zu überprüfen und Testmaterial für die manuelle Aufbereitung bei Beachtung der durchgreifenden Regelungen zum Datenschutz und zur Datensicherung zu gewinnen. Hinzu kam, daß die Zählbelege in der vom Gesetzgeber verabschiedeten Form noch keinem umfassenden Test unterworfen worden waren. Die Testerhebung fand im Frühjahr 1986 statt.²⁰

Seit Ende November 1986 wird die Gebäudevorerhebung durchgeführt. Da die Gebäudeangaben beim Eigentümer eines Gebäudes zu erfragen sind, aber in vielen Fällen die Gebäudeeigentümer nicht in den zu erfassenden Gebäuden wohnen (mithin vom Zähler nicht erreicht werden können), ist es erforderlich, diese Angaben in einer Vorerhebung zu ermitteln.

Im Mai/Juni 1987 findet die Haupterhebung statt. Sobald die Vollständigkeits- und Vollzähligkeitsprüfungen durchgeführt und die notwendigen Korrekturen und Ergänzungen vorgenommen sind, werden die Erhebungsunterlagen im Statistischen Landesamt abgeliefert. Dies soll im wesentlichen bis zum August 1987 abgeschlossen sein. Parallel zum Rücklauf der Erhebungspapiere finden die einzelnen Aufbereitungsarbeiten statt. So ist zum Beispiel für die Abwicklung des maschinellen Leseprozesses ein Zeitraum von mindestens neun Monaten erforderlich. Vollzähligkeitskontrollen, Zusammenführungen, Plausibilitätskontrollen und die Erzeugung der Auswertungsbandsätze (Summendaten) sollen nach den bisherigen Planungen im wesentlichen bis zum Jahresende 1988 abgeschlossen sein.

Als erste Information über das Ergebnis der Zählung wird den einzelnen Gemeindeverwaltungen dann das Gemeindeblatt zur Verfügung gestellt. Entsprechend dem ausgearbeiteten Zeitplan soll dies 18 Monate nach dem Erhebungsstichtag erfolgen. Nach der Feststellung der amtlichen Bevölkerungszahl, die dann bis zur nächsten Volkszählung als Ausgangsbasis für die Bevölkerungsfortschreibung dient, werden die restlichen Tabellen des Regionaltabellenprogrammes und die Sachgebietstabellen der Volks- und Berufs- sowie der Wohnungszählung mit gebäudestatistischen Angaben ebenso erstellt wie die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung. Die weitere Aufbereitung, Tabellierung, Veröffentlichung und Analyse der Daten und Ergebnisse ist schwerpunktmäßig für die Jahre 1989 bis 1991 vorgesehen.

²⁰ Zu den Ergebnissen der Testerhebung vgl. Steinmann, Regina: Ergebnisse der Testerhebung zur Vorbereitung der Volkszählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl Heft 1/1987.



VOLKSZÄHLUNG 1987

Gebäudebogen

Erhebungsstelle:

Anschrift:

Rücksendetermin:

Bitte den Bogen innerhalb einer Woche an nebenstehende Adresse zurücksenden.

Nur von der Gemeinde auszufüllen:

Lfd. Nr.

Gemeindeschlüssel

Gemeindeteil

Straßenschlüssel

Block/-seite

Zählbezirks-Nr.

Rechtsgrundlage: Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. 11. 1985 (BGBl. I S. 2078) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 14. 3. 1980 (BGBl. I S. 289).

Hinweise zum Ausfüllen des Bogens siehe Rückseite

Gebäude, für das Angaben erhoben werden:

Straße, Haus-Nr.

PLZ

Gemeinde

Um evtl. Rückfragen zu erleichtern, bitten wir um freiwillige Angabe der Telefonnummer: _____

A Wie viele Wohnungen sind im Gebäude vorhanden?

Falls keine Wohnungen vorhande :

Keine weiteren Fragen beantworten, aber auch in diesem Fall Bogen bitte zurücksenden.

Bitte so
markieren ()
(←→)

B Sind Arbeitsstätten (z. B. Betriebe, Büros) im Gebäude vorhanden?

nein ()

ja ()

Falls ja: Bitte Anzahl angeben

Nur für Gebäude mit Wohnraum und ständig bewohnte Unterkünfte!

1 Gebäudeart

- ★
- Wohngebäude (Gebäude mindestens zur Hälfte für Wohnzwecke genutzt) . . .
 - sonstiges Gebäude mit Wohnraum . . .
 - bewohnte Unterkunft (z. B. Baracke) . . .

Außerdem bei Wohnheimen:

- Wird dieses Gebäude vollständig oder teilweise als Wohnheim genutzt? . . .
- vollständig . . .
- teilweise . . .

2 Wer ist Eigentümer(in), Kaufanwärt. bzw. Erbbauberechtigte(r) des Gebäudes?

- Einzelperson oder Ehepaar, Erbengemeinschaft oder ähnliche Personengemeinschaft . . .
- Gemeinschaft von Wohnungseigentümern (nur, bei Eigentumswohnungen) . . .
- gemeinnütziges Wohnungsunternehmen, Wohnungsbaugenossensch. oder Organ der staatl. Wohnungspolitik . . .
- freies Wohnungsunternehmen . . .
- sonstige(r) Eigentümer(in) . . .

3 Baujahr des Gebäudes

(Jahr der Bezugslertigstellung)

Bei Erweiterungs- und Umbauten ist das ursprüngliche Baujahr anzugeben, bei Wiederaufbau nach Totalschaden das Jahr des Wiederaufbaus.

bis 1900	68	78
1901-18	69	79
1919-48	70	80
1949-57	71	81
1958-62	72	82
63	73	83
64	74	84
65	75	85
66	76	86
67	77	87

4 Sind Wohnungen im Gebäude mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert?

★

(nur Erster Forderungsweg)

- keine . . .
- alle . . .
- nur ein Teil . . .

★ siehe Erläuterungen

Bitte beachten Sie folgende Hinweise:

Die Gebäudezählung soll den Gesamtbestand an Gebäuden mit Wohnraum und ständig bewohnten Unterkünften erfassen und – in Verbindung mit den Wohnungsangaben – die notwendigen Informationen über die Struktur des Wohnungsbestandes nach der Gebäudeart, dem Baualter, der Förderung mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus und nach Eigentümergruppen liefern. Diese Informationen werden für die Wohnungs- und Städtebaupolitik benötigt.

Die Angabe der Zahl der Wohnungen bzw. der Arbeitsstätten im Gebäude soll die Organisation der übrigen Zählungsteile erleichtern.

Nach § 1 Absatz 3 Volkszählungsgesetz 1987 kann mit der Gebäudezählung bis zu sechs Monate vor dem Zählungstichtag begonnen werden. Veränderungen, die sich bis zum Zählungstichtag ergeben haben, sind auf Anforderung den Erhebungsstellen mitzuteilen. Erhoben werden die Merkmale nach § 6 Absatz 1 Volkszählungsgesetz 1987.

Nach § 10 Bundesstatistikgesetz besteht die Pflicht zur Beantwortung der aus dem Volkszählungsgesetz 1987 abgeleiteten Fragen. Auskunftspflichtig sind nach § 12 Volkszählungsgesetz 1987 Eigentümer oder Verwalter.

Die Auskunftspflicht besteht auch bei Rückfragen. Der vollständig ausgefüllte Gebäudebogen ist innerhalb einer Woche bei der Erhebungsstelle abzugeben oder dorthin zu übersenden. Auf dem Umschlag ist als Absender die Anschrift der/des Auskunftspflichtigen anzugeben. Der Versand ist portofrei, wenn der amtliche Umschlag verwendet wird.

Für jedes **Gebäude mit Wohnraum**, für bewohnte Unterkünfte, auch für Gebäude mit Wohnheimnutzung und für Wochenend- und Ferienhäuser sind die Fragen 1 bis 4 zu beantworten. Als Gebäude gilt jedes freistehende oder durch Brandmauer von einem anderen getrennte Bauwerk.

Bei **leerstehenden Gebäuden mit Wohnraum** sind dann Angaben zu machen, wenn

- die Wohnungen vorübergehend leerstehen und später wieder zu Wohnzwecken genutzt werden sollen,
- die Wohnungen fertiggestellt, aber noch nicht bezogen sind,
- sie zum Abriß bestimmt sind, aber noch keine behördliche Abbruchgenehmigung vorliegt,
- die Umwidmung aller Wohnungen in Räume für gewerbliche Nutzung geplant ist, jedoch noch keine behördliche Genehmigung zur Nutzungsänderung vorliegt.

Nicht berücksichtigt werden die Gebäude mit Wohnraum, die sich noch im Bau befinden. Hierunter fallen alle Gebäude, in denen aus bautechnischen Gründen noch keine Wohnung bezogen werden konnte. Ist jedoch abzusehen, daß ein solches Gebäude zum Stichtag der Volkszählung, dem 25. Mai 1987 ganz oder teilweise bezugsfertig sein wird, dann sind auch für dieses Gebäude die Angaben zu machen.

Erläuterung zu Frage 1: Gebäudeart

Wohngebäude werden mindestens zur Hälfte für Wohnzwecke genutzt; bei **sonstigen Gebäuden mit Wohnraum** wird weniger als die Hälfte der Gesamtnutzfläche für Wohnzwecke genutzt – der überwiegende Teil dient gewerblichen, sozialen, kulturellen oder Verwaltungs-Zwecken.

Bewohnte Unterkünfte sind behelfsmäßige Bauten zur vorübergehenden Nutzung. Hierzu zählen z. B. Baracken, Behelfsheime, festverankerte Wohnschiffe, Bauzüge und Gartenlauben.

Wohnheime dienen den Wohnbedürfnissen bestimmter Bevölkerungskreise, z. B. Studenten, älterer Menschen. Ein Gebäude kann vollständig als Wohnheim dienen; dann führt es meistens die Bezeichnung „Wohnheim“, z. B. Studentenwohnheim, Altenwohnheim, Schwesternwohnheim, Wohnheim für Mutter und Kind. Andererseits kann ein Gebäude nur teilweise als Wohnheim genutzt werden (z. B. Altenzentrum).

Erläuterung zu Frage 4: Sind Wohnungen im Gebäude mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert?

Mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus **gefördert** gelten nur solche Wohnungen, die nach der Währungsreform (20. Juni 1948) fertiggestellt worden sind und für die öffentliche Mittel (des Bundes, des Landes oder der Gemeinde) zur Errichtung von Sozialwohnungen bewilligt wurden (sog. Erster Förderungsweg).

Hierzu zählen u. a.

- Darlehen zur Deckung der Baukosten (in der Regel öffentliche Baudarlehen oder Landesbaudarlehen genannt),
- Darlehen oder Zuschüsse zur Deckung der laufenden Aufwendungen (Annuitätshilfen, Aufwendungszuschüsse oder -darlehen, Zinszuschüsse).

Für öffentlich geförderte Wohnungen müssen bei einer Neuvermietung Mieter einen Wohnberechtigungsschein der zuständigen Gemeinde- oder Kreisbehörde (z. B. Wohnungsamt, Sozialamt) vorlegen.

Sind für Mietwohnungen die öffentlichen Mittel vorzeitig zurückgezahlt worden, so gelten die meisten Wohnungen noch bis zu 8 Jahren als öffentlich gefördert. Bei Eigenheimen und Eigentumswohnungen entfällt in der Regel die öffentliche Bindung mit Rückzahlung oder Ablösung der Förderungsmittel; bei Eigentumswohnungen, die durch Umwandlung entstanden sind, entfällt die Bindung nur, wenn Eigentümer als Berechtigte im sozialen Wohnungsbau die Wohnung selbst nutzen. Über das Ende der Bindungen erhalten Eigentümer eine Bestätigung der zuständigen Stelle.

Nicht zu den öffentlichen Mitteln im oben genannten Sinn zählen

- Aufwendungsdarlehen nach dem Regionalprogramm des Bundes (sog. Zweiter Förderungsweg),
- Aufbaudarlehen nach dem Lastenausgleichsgesetz,
- Wohnungsfürsorgemittel für öffentlich Bedienstete des Bundes, der Länder oder Gemeinden,
- Mittel zur Förderung der Modernisierung oder für Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie,
- 7b-Abschreibungen und sonstige Steuervergünstigungen, Bausparprämien.



Haushaltsmantelbogen

Der Haushaltsmantelbogen mit seinen Angaben dient allein zur Organisation der Zählung. Ihr Name hilft lediglich, die Vollständigkeit der Erhebung zu gewährleisten; er wird nicht zusammen mit Ihren Angaben aus dem Personenbogen oder dem Wohnungsbogen auf elektronischen Datenträgern gespeichert. Mit Stichtag **25. Mai 1987** findet nach 17 Jahren wieder eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung statt. Die **Rechtsgrundlage** hierfür ist das Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. 11. 1985 (BGBl.IS.2078) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 14.3.1980 (BGBl.IS.289).

Wichtig!

Für jeden Haushalt muß ein gesonderter Haushaltsmantelbogen angelegt werden.

Zu einem Haushalt zählen alle Personen, die gemeinsam wohnen und wirtschaften. Wer allein wirtschaftet, bildet einen eigenen Haushalt.

Tragen Sie bitte Ihre Anschrift, Familien-, Vornamen aller Haushaltsmitglieder und die Heft-Nummer Ihres Haushaltsheftes (das ist die Nummer rechts oben auf dem Wohnungs- und Personenbogen) in den Haushaltsmantelbogen ein. In die Bemerkungsspalte können Sie eigene Hinweise, z.B. Postversand, eintragen.

Um Ihnen das Ausfüllen der Erhebungsvordrucke zu erleichtern, enthält dieser Bogen hierzu einige allgemeine Hinweise und Erläuterungen zum Wohnungsbogen und zum Personenbogen.

Falls Sie noch Fragen haben, z.B. über die Notwendigkeit der Zählung, das Statistikgeheimnis, die Aufgaben der Zähler, die Vernichtung der Erhebungsvordrucke, können Sie entsprechende Hinweise den »**Informationen zur Volkszählung 1987**« entnehmen.

Anschrift:

Gemeinde _____ Gemeindeteil _____

Straße _____ Haus-Nr. _____

Um evtl. Rückfragen zu erleichtern, bitten wir um freiwillige Angabe der Telefonnummer. Tel.-Nr. _____

Verzeichnis der Personen

(Bei 11 und mehr Personen im Haushalt bitte weiteren Haushaltsmantelbogen ausfüllen)

Lfd. Nr. der Person	Familienname, Vorname	Heft-Nummer	Bemerkungen
1		<div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 40px; margin: 0 auto;"></div>	
2			
3			
4			
5			
6		<div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 40px; margin: 0 auto;"></div>	
7			
8			
9			
10			

Hinweise zum Ausfüllen der Erhebungsvordrucke

Aus Gründen der Übersichtlichkeit und besseren Lesbarkeit wurden nicht immer weibliche und männliche Bezeichnungen der einzelnen Personengruppen verwendet. Wir bitten hierfür um Ihr Verständnis.

Allgemeine Hinweise

- a) Für jeden Haushalt ist ein Wohnungsbogen und für jede Person im Haushalt ein Personenbogen auszufüllen, beispielsweise auch für Säuglinge, Hauspersonal und Personen mit weiterer Wohnung oder Unterkunft/Zimmer (z.B. auswärts wohnende Erwerbstätige, Schüler, Studenten, Grundwehrdienstleistende, Zivildienstleistende), auch wenn sie am Tage der Zählung nicht anwesend sind. Dazu gehören auch Personen in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften, die noch im Haushalt gemeldet sind. Bei Haushalten mit mehr als 5 Personen sind die Personenbogen eines zweiten Haushaltsheftes zu verwenden. Der zweite Wohnungsbogen wird dann nicht noch einmal ausgefüllt, sondern leer zurückgegeben.
- b) Personen mit mehr als einer Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) zählen in jeder Wohnung zu einem Haushalt. Für jeden dieser Haushalte ist ein Haushaltsmantelbogen, ein Wohnungsbogen und für jede Person in diesen Haushalten ein Personenbogen auszufüllen.
- c) Personen, die in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften leben, füllen dort, **wenn sie einen eigenen Haushalt führen**, sowohl einen Wohnungsbogen als auch einen Personenbogen und den Haushaltsmantelbogen aus ;

wenn sie keinen eigenen Haushalt führen, nur einen Personenbogen aus (wenn sie außerhalb der Gemeinschafts- und Anstaltsunterkunft keine weitere Wohnung haben).

- d) Der Wohnungsbogen enthält im unteren Abschnitt auch noch Fragen zum Gebäude. Diese Fragen sind nur dann von den Eigentümern oder Verwaltern für Gebäude mit Wohnraum zu beantworten, wenn sie nicht bereits einen Gebäudebogen im Rahmen einer Vorerhebung 1986/87 ausgefüllt haben.

Rückgabe der Erhebungsvordrucke :

Sie können die ausgefüllten Fragebogen für den Haushalt oder für sich allein

- dem Zähler/der Zählerin aushändigen oder in verschlossenem Umschlag übergeben,
- innerhalb einer Woche bei Ihrer Erhebungsstelle abgeben oder dorthin übersenden. Der Versand ist für Sie portofrei, wenn Sie den amtlichen Umschlag verwenden, den Sie auf Anforderung vom Zähler/von der Zählerin erhalten.

Wenn Sie die Unterlagen in einem verschlossenen Umschlag übermitteln, dann schreiben Sie bitte Ihren Vor- und Familiennamen sowie Gemeinde, Straße und Hausnummer auf den Umschlag.

Hinweise zum Ausfüllen

Die Wohnungs- und Personenbogen werden maschinell gelesen. Wir bitten Sie deshalb, diese Erhebungsvordrucke mit Bleistift auszufüllen, nicht zu knicken und nicht zu falten.

Bei den meisten Fragen sind nur die vorgegebenen Antwortkategorien zu markieren, einige Fragen sind aber auch in Klartext bzw. mit Zahlenangaben zu beantworten.

Beispiel :

● Bitte **Gemeinde** angeben :
Wiesbaden



**Klartext bitte
in Druckbuchstaben**

1 Geburtsangaben

a) Geburtsjahr

1 9 4 1



Zahlenangabe

b) Geburtsmonat

1. Januar bis 24. Mai
25. Mai bis 31. Dez.

2 Geschlecht

männlich
weiblich

3 Familienstand

ledig
verheiratet
verwitwet
geschieden



**Zutreffende Antwort
bitte so markieren
(möglichst mit Bleistift)**

- 16 Zu welchem Wirtschaftszweig (Branche, Behörde)
* gehört der Betrieb (Firma, Dienststelle),
in dem Sie tätig sind?

Lebensmittel-Einzelhandel



**Klartext bitte
in Druckbuchstaben**

* Fragen, die im Wohnungsbogen und im Personenbogen mit * gekennzeichnet sind, werden auf den nächsten Seiten erläutert. Sie können darüber hinaus Ihren Zähler/Ihre Zählerin fragen oder Ihre Erhebungsstelle anrufen und um weitere Erläuterungen bitten.

Erläuterungen zu den Wohnungsangaben

Zu Frage ①: Bewohnen Sie die Wohnung/Räume als . . .

Haushalte in Wohnheimen markieren die Kategorie »b) Hauptmieter(in)« (einschließlich Altenteil), sofern sie nicht Eigentümer der Wohnung sind.

Zu Frage ②: Ist die Wohnung eine Freizeitwohnung?

Eine Wohnung, in der Personen lediglich ihre Freizeit verbringen (z.B. am Wochenende, während des Urlaubs, der Ferien), wird als Freizeitwohnung bezeichnet. Sie kann

- von Eigentümern selbst genutzt werden,
- an Dritte vermietet werden oder
- an Dritte kostenlos überlassen werden.

Die Vermietung kann erfolgen

- über die Eigentümer,
- über einen Hotelbetrieb oder über eine sonstige Organisation.

Freizeitwohnungen kann es in jedem Gebäude geben (z.B. Wochenend- und Ferienhaus, Mehrfamilienhaus).

Zu Frage ⑤: Wird die Wohnung überwiegend beheizt mit . . .

a) Bei Fern- und Blockheizungen werden die Wohnungen mehrerer Gebäude von einer zentralen Heizquelle aus beheizt.

Bei Zentralheizung versorgt die zentrale Heizquelle die Wohnungen nur eines Gebäudes.

Bei Etagenheizung werden die Räume einer Wohnung von einer nur für diese Wohnung bestimmten Heizquelle beheizt.

b) Bei Fernheizung ist immer »Fernwärme« zu markieren.

Zu Frage ⑥: Wie viele Räume der Wohnung haben mindestens 6 Quadratmeter?

Zur Wohnung zählen auch außerhalb des eigentlichen Wohnungsabschlusses liegende Räume (z.B. Mansarden) sowie zu Wohnzwecken ausgebaut Keller- und Bodenräume.

Zu Frage ⑦: Wie groß ist die Fläche der gesamten Wohnung?

Mieter können die Fläche der Wohnung im allgemeinen dem Mietvertrag entnehmen.

- Flächen, die unter einer Schräge liegen, sind halb zu rechnen,
- Balkone sind zu einem Viertel zu rechnen,
- Keller- und Bodenräume (Speicher) bleiben unberücksichtigt, wenn sie nicht zu Wohnzwecken ausgebaut sind.

Zu Frage ⑧: Ist die Wohnung mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert?

Mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus **gefördert** gelten nur solche Wohnungen, die nach der Währungsreform (20. Juni 1948) fertiggestellt worden sind und für die öffentliche Mittel (des Bundes, des Landes oder der Gemeinde) zur Errichtung von Sozialwohnungen bewilligt wurden (sog. Erster Förderungsweg).

Hierzu zählen u.a.

- Darlehen zur Deckung der Baukosten (in der Regel öffentliche Baudarlehen oder Landesbaudarlehen genannt),
- Darlehen oder Zuschüsse zur Deckung der laufenden Aufwendungen (Annuitätshilfen, Aufwendungszuschüsse oder -darlehen, Zinszuschüsse).

Für öffentlich geförderte Wohnungen müssen bei einer Neuvermietung Mieter einen Wohnberechtigungsschein der zuständigen Gemeinde- oder Kreisbehörde (z.B. Wohnungsamt, Sozialamt) vorlegen.

Sind für Mietwohnungen die öffentlichen Mittel vorzeitig zurückgezahlt worden, so gelten die meisten Wohnungen noch bis zu 8 Jahren als öffentlich gefördert. Bei Eigenheimen und Eigentumswohnungen entfällt in der Regel die öffentliche Bindung mit Rückzahlung oder Ablösung der Fördermittel; bei Eigentumswohnungen, die durch Umwandlung entstanden sind, entfällt die Bindung nur, wenn Eigentümer als Berechtigte im sozialen Wohnungsbau die Wohnung selbst nutzen. Über das Ende der Bindungen erhalten Eigentümer eine Bestätigung der zuständigen Stelle.

Nicht zu den öffentlichen Mitteln im oben genannten Sinn zählen

- Aufwendungsdarlehen nach dem Regionalprogramm des Bundes (sog. Zweiter Förderungsweg),
- Aufbaudarlehen nach dem Lastenausgleichsgesetz,
- Wohnungsfürsorgemittel für öffentlich Bedienstete des Bundes, der Länder oder Gemeinden,
- Mittel zur Förderung der Modernisierung oder für Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie,
- 7b-Abschreibungen und sonstige Steuervergünstigungen, Bausparprämien.

Hauptmieter, denen nicht bekannt ist, ob ihre Wohnung mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert ist, machen keine Angaben.

Erläuterungen zu den Gebäudeangaben

Zu Frage ①: Gebäudeart

Wohngebäude werden mindestens zur Hälfte für Wohnzwecke genutzt; bei **sonstigen Gebäuden mit Wohnraum** wird weniger als die Hälfte der Gesamtnutzfläche für Wohnzwecke genutzt — der überwiegende Teil dient gewerblichen, sozialen, kulturellen oder Verwaltungs-Zwecken.

Bewohnte Unterkünfte sind behelfsmäßige Bauten zur vorübergehenden Nutzung. Hierzu zählen z.B. Baracken, Behelfsheime, festverankerte Wohnschiffe, Bauzüge und Gartenlauben.

Wohnheime dienen den Wohnbedürfnissen bestimmter Bevölkerungskreise, z.B. Studenten, älterer Menschen. Ein Gebäude kann vollständig als Wohnheim dienen; dann führt es meistens die Bezeichnung »Wohnheim«, z.B. Studentenwohnheim, Altenwohnheim, Schwesternwohnheim, Wohnheim für Mutter und Kind. Andererseits kann ein Gebäude nur teilweise als Wohnheim genutzt werden (z.B. Altenzentrum).

Zu Frage ④: Sind Wohnungen im Gebäude mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert?

Siehe die Erläuterungen zu den Wohnungsangaben (Frage 8).

Erläuterungen zum Personenbogen

Zu Frage ④: Rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft

Zu Evangelischen Freikirchen zählen u.a. der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten), die Evangelisch-methodistische Kirche, der Bund freier evangelischer Gemeinden in Deutschland, die Vereinigung der Deutschen Mennonitengemeinden. Zu »andere Religionsgesellschaften« zählen auch die Altkatholiken, die Griechisch-Orthodoxen und die Siebenten-Tags-Adventisten.

Zu Frage ⑤: Welche Staatsangehörigkeit haben Sie?

Besteht neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit, so ist »deutsch« zu markieren. Staatenlose oder Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit markieren »sonstige/keine«. Zu den »übrigen EG-Staaten« gehören Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien und Nordirland, Irland, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien.

Zu Frage ⑥: Wird von Ihnen noch eine weitere Wohnung . . .

Unter **hiesiger Wohnung** ist diejenige Wohnung zu verstehen, für die dieser Personenbogen ausgefüllt wird.

Bei einer **weiteren Wohnung** (Unterkunft/Zimmer) kann es sich auch um möblierte Zimmer am Arbeits- oder Ausbildungsort handeln.

Für Grundwehrdienstleistende und Wehrübende zählt die Kaserne nicht als weitere Wohnung. Personen, die auf einem Schiff noch eine weitere Wohnung oder Unterkunft haben, markieren bei Frage 6 »nein« (Ausnahme: festverankerte Wohnschiffe).

Für Verheiratete, die nicht dauernd getrennt leben, ist nach dem Melderecht die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie die Hauptwohnung. Dies trifft z.B. auf Wochenend- oder Monatspendler bzw. Arbeitnehmer auf Montage zu. Für alle übrigen Personen (Ledige, Verwitwete, Geschiedene sowie Verheiratete, die dauernd getrennt leben) ist nach dem Melderecht die von ihnen selbst vorwiegend benutzte Wohnung die Hauptwohnung. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen liegt.

Weitere Erläuterungen zum Personenbogen

Zu Frage 7: Sind Sie erwerbstätig, arbeitslos...

Erwerbstätige sind Personen, die in einem Arbeits-/Dienstverhältnis stehen, selbständig ein Gewerbe betreiben, freiberuflich oder als mithelfende Familienangehörige tätig sind. Teilnehmer an Fortbildungs-, Umschulungs- und Rehabilitationsmaßnahmen mit Arbeitsvertrag markieren ebenfalls »erwerbstätig«. Ehrenamtliche Tätigkeiten gelten nicht als Erwerbstätigkeit.

»Erwerbstätig bis zu 36 Std. in der Woche« wird auch markiert, wenn nur stundenweise, halbtags oder nur an bestimmten Tagen in der Woche gearbeitet wird.

Arbeitslose, die sich etwas dazuverdienen, markieren neben »arbeitslos, arbeitsuchend« auch »erwerbstätig bis zu 36 Std. in der Woche«.

Jugendliche im Berufsgrundbildungsjahr markieren »nicht erwerbstätig« und »Schüler(in), Student(in)«.

Zu Frage 8: Leben Sie überwiegend von...

Die Unterhaltsquelle, aus der der überwiegende Lebensunterhalt bestritten wird, darf nur bei unmittelbaren Beziehern, Berechtigten markiert werden, nicht aber bei den Angehörigen. Diese markieren ggf. »Zuwendungen, Unterhalt durch Eltern, Ehegatten usw.«. Stipendien sind bei »sonstigen Unterstützungen (z.B. Sozialhilfe, BAföG)« zu markieren; desgleichen Unterhaltsgeld nach dem Arbeitsförderungsgesetz für Umschulung und Fortbildung sowie für Arbeits- und Berufsförderung Behinderter.

Zu Frage 9: Welchen höchsten allgemeinen Schulabschluß haben Sie?

Bei dieser Frage ist jeweils nur die abgeschlossene Schulausbildung zu markieren. Schüler, die noch eine allgemeinbildende Schule besuchen, beantworten die Frage 9 nicht.

Wurde eine Realschule oder ein Gymnasium vor Erreichen der Mittleren Reife verlassen, so ist »Volksschule, Hauptschule« zu markieren. Bei Abgang nach Erreichen der Mittleren Reife, aber vor dem Abitur, ist »Realschule...« zu markieren.

Personen, die eine entsprechende Schule des Zweiten Bildungsweges (z.B. Abendgymnasium/Kolleg) besucht haben, markieren je nach erreichtem Abschluß »Realschule...« oder »Hochschulreife (Abitur)...«.

Zu Frage 10: Welchen höchsten Abschluß an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule...

a) Berufsfachschulen sind Vollzeitschulen, die zur Berufsvorbereitung oder auch zur vollen Berufsausbildung besucht werden können. Zu ihnen gehören u.a. Handelsschulen, Höhere Handelsschulen, Verwaltungsschulen, Sprachen- und Dolmetscherschulen, Haushaltsschulen, Schulen für Kinderpflegerinnen, Schulen für Arzthelferinnen, Kunstschulen und Schauspielschulen.

Berufsschulen bzw. Berufsoberschulen sind nicht unter »Berufsfachschule« zu markieren.

Fachschulen vermitteln eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf. Sie können Vollzeit- oder Teilzeitschulen sein.

Die Fachschulen werden in der Regel als »Fachschulen für... (Berufsziel bzw. Fachrichtung)« bezeichnet, z.B. Fachschulen für Technik (auch Technikerschulen), Fachschulen für Wirtschaft, für Landwirtschaft, für Hauswirtschaft, für Textil und Bekleidung, für Sozialpädagogik. Hierzu zählen auch Meisterschulen.

Die Fachhochschulen sind größtenteils aus den früheren Ingenieurschulen und höheren Fachschulen hervorgegangen. Sie haben die Aufgabe, durch praxisbezogene Lehre eine auf wissenschaftlicher und künstlerischer Grundlage beruhende Bildung zu vermitteln, die zu selbständiger Tätigkeit im Beruf befähigt. Zu den Fachhochschulen zählen auch die Verwaltungsfachhochschulen, an denen Nachwuchskräfte für den gehobenen nichttechnischen Dienst des Bundes und der Länder ausgebildet werden.

Unter »Hochschule...« ist hier das Studium an Universitäten, pädagogischen und theologischen Hochschulen, Kunsthochschulen sowie in den wissenschaftlichen Studiengängen der Gesamthochschulen anzugeben.

b) Hier ist der fachliche Schwerpunkt anzugeben, auf den der Abschluß an einer Berufsfach-, Fach-, Fachhoch-, Hochschule ausgerichtet war, z.B. Landwirtschaft, Maschinenbau, Elektrotechnik, Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Hochbau, Tiefbau, Warenhandel, Verkehr, Bank- und Versicherungswesen. Bei Abschluß an einer Handelsschule bitte »Handelsschule« eintragen.

Zu Frage 11: Praktische Berufsausbildung, Dauer

a) Zur abgeschlossenen praktischen Berufsausbildung zählt neben einer mit Erfolg abgeschlossenen Lehre/Ablernzeit auch die erfolgreiche praktische Ausbildung z.B. als Krankenschwester oder

als Krankenpfleger. Berufsförderungslehrgänge für Soldaten, die mit einer Facharbeiter-, Gesellen- oder Gehilfenprüfung abgeschlossen wurden, sind ebenfalls anzugeben.

Volontärzeiten, ein Praktikum sowie die praktische Ausbildung von Beamten sind nicht anzugeben, ebenso wenig der Abschluß an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule.

Bei einer praktischen Berufsausbildung für mehr als einen Beruf ist nur die letzte Ausbildung und deren Dauer maßgebend.

b) Die Dauer dieser Ausbildung ist stets auf volle Jahre aufzurunden, z.B. 2 Jahre und 1 Monat = 3 Jahre
2 Jahre und 10 Monate = 3 Jahre
3 1/2 Jahre = 4 Jahre

Zu Frage 12: Name und Anschrift Ihrer Arbeitsstätte oder Schule/Hochschule

Hier ist die vollständige Anschrift der Arbeitsstätte anzugeben, an der die befragte Person ihrer täglichen Beschäftigung nachgeht (unabhängig vom etwaigen Sitz der Verwaltung oder vom Hauptsitz des Betriebes). Schüler und Studenten geben die Anschrift ihrer Schule/Hochschule an.

Beschäftigte mit häufig oder ständig wechselndem Arbeitsort (z.B. Vertreter, Reisende) tragen »wechselnd« ein.

Falls mehrere Erwerbstätigkeiten ausgeübt werden, ist die Anschrift des Betriebes anzugeben, in dem die befragte Person überwiegend arbeitet. Im Haushalt beschäftigte Personen, wie Haushälterinnen, geben als Arbeitsstätte den Haushalt an.

Berufsschüler, die in keinem Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis stehen, geben die Anschrift der Berufsschule an.

Der Name der Arbeitsstätte, Schule, Hochschule ist Hilfsmerkmal und wird nicht gespeichert.

Zu Fragen 13, 14: Welches Verkehrsmittel benutzen Sie hauptsächlich... Wieviel Zeit benötigen Sie normalerweise für den Hinweg...

Für Personen mit wechselndem Arbeitsort (z.B. Vertreter, Reisende) ist in Frage 13 »kein Verkehrsmittel...« und in Frage 14 »entfällt...« zu markieren.

Zu Frage 15: Sind Sie zur Zeit tätig als...

Heimarbeiter markieren entsprechend ihrer ausgeübten Tätigkeit »sonstige(r) Arbeiter(in)« oder »Facharbeiter(in)«. Zu den Facharbeitern zählen auch Gesellen.

Praktikanten und Volontäre gelten als Auszubildende.

Hausgewerbetreibende, Zwischenmeister oder Werkvertragspartner markieren »Selbständiger(r)«.

Zu Frage 16: Zu welchem Wirtschaftszweig... gehört der Betrieb..., in dem Sie tätig sind?

Hierbei kommt es auf eine möglichst genaue Angabe des Wirtschaftszweiges (Branche, Behörde) an, zu dem der Betrieb gehört, z.B. Werkzeugmaschinenfabrik (nicht Maschinenfabrik), Eisenhütte (nicht Hüttenwerk), Lebensmittel-Einzelhandel (nicht Handel), Grundschule (nicht Öffentlicher Dienst), Krankenhaus (nicht Stadtverwaltung).

Umfaßt der Betrieb mehrere Abteilungen mit unterschiedlichem Produktionsprogramm (z.B. Gießerei und Straßenfahrzeugbau) oder ist er in anderer Beziehung gegliedert (z.B. Autohandel und -reparatur), so ist der überwiegende Wirtschaftszweig (Betriebsschwerpunkt) einzu-tragen.

Soldaten tragen »Bundeswehr« ein.

Zu Frage 17: Welche Tätigkeit, welchen Beruf üben Sie aus?

Hier ist nicht etwa der Ausbildungsabschluß oder der Rang, sondern möglichst genau die Bezeichnung des ausgeübten Berufs bzw. der gegenwärtig ausgeübten Tätigkeit anzugeben, z.B. Bauschlosser (nicht Schlosser), Heizungsinstallateur (nicht Installateur), Fernfahrer (nicht Fahrer), Bilanzbuchhalterin oder Maschinenbuchhalterin (nicht Buchhalterin), Elektroingenieur (nicht Ingenieur), Kinderärztin (nicht Ärztin), Stenotypistin (nicht Angestellte), Postsekretär (nicht Beamter), Grundwehrdienstleistender, Berufs-, Zeitsoldat (nicht Soldat). Zivildienstleistende geben bitte »Zivildienst« an. Auszubildende geben ihren Ausbildungsberuf an.

Zu Frage 18: Falls Sie eine Nebenerwerbstätigkeit...

Hierzu zählt jede weitere Erwerbstätigkeit (auch Mithilfe im Betrieb von Familienangehörigen), die derzeit — auch wenn nur gelegentlich — ausgeübt wird, z.B. die Nebentätigkeit eines hauptberuflichen Schlossers in der eigenen Landwirtschaft. Die Tätigkeit im eigenen Haushalt zählt nicht zu den Nebenerwerbstätigkeiten.

Erläuterungen zum Fragebogen der Arbeitsstättenzählung 1987 als Bestandteil der Erhebungspapiere

① Zählungsbereich

Bei der Arbeitsstättenzählung handelt es sich um eine stichtagsbezogene, umfassende Bestandsaufnahme. Sie liefert in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung einen Überblick über Zahl und Größe der Arbeitsstätten und Unternehmen. Zu diesem Zweck werden vor allem Angaben über die tätigen Personen und die von den Arbeitsstätten und Unternehmen gezahlten Löhne und Gehälter erfragt.

Als **Arbeitsstätte** gilt jede örtliche Einheit (ein Grundstück oder eine abgegrenzte Räumlichkeit), in der eine oder mehrere Personen unter einheitlicher Leitung regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig sind. Somit ist für jede Hauptniederlassung, jede Zweigniederlassung, jeden Filialbetrieb, jede Werkstätte, jede Praxis, jede Geschäftsstelle, jedes Büro, jede Dienststelle einer Behörde usw. ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Die Arbeitsstättenzählung erstreckt sich auf alle Arbeitsstätten der gewerblichen Landwirtschaft, der Produktion, des Handels und Verkehrs, der Banken und Versicherungen, des Gastgewerbes, der Reinigung und Körperpflege (z.B. Friseure), der Wissenschaft, Bildung, Kultur und Publizistik (z.B. Schulen, Theater, selbstständige Künstler, Schriftsteller), des Gesundheitswesens (z.B. Ärzte und Hebammen, Krankenhäuser), der Rechts- und Wirtschaftsberatung (z.B. Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsberater und -prüfer), der Kirchen, Verbände, sonstigen Organisationen ohne Erwerbszweck, der Behörden und der Sozialversicherung.

Arbeitsstätten im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der Binnenfischerei werden bei der Arbeitsstättenzählung erfaßt, sofern sie bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetrieb gelten. Dazu gehören z.B.: Betriebe der gewerblichen Gärtnerei (Landschafts- und Friedhofsgärtnerei), Betriebe der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Tierhaltung (Schweinemästereien, Geflügelfarmen, Hundezüchtereien u. dgl.) sowie Dienstleistungsbetriebe für die Land- und Forstwirtschaft (Mähdrusch, Schädlingsbekämpfung, Schafschur u. dgl.).

Auch Hausgewerbetreibende, Zwischenmeister und Werkvertragspartner gelten als Selbständige und haben deshalb einen Arbeitsstättenbogen auszufüllen.

Arbeitsstätten von Heimarbeitern werden jedoch **nicht** erfaßt. Baustellen und Schiffe gelten nicht als besondere Arbeitsstätten.

Als **Unternehmen** gilt die kleinste rechtliche Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und den Ertrag ermittelt.

Bestehen Betriebs-, Büro-, Ladengemeinschaften und Einkaufszentren aus verschiedenen Unternehmen, so müssen auch verschiedene Arbeitsstättenbogen ausgefüllt werden.

② Weitere Verwendung der Daten

Aus Gründen des Datenschutzes werden die Hilfsmerkmale (Name, Bezeichnung, Straße und Hausnummer, Bearbeiter[in] des Fragebogens und Telefonnummer) zum frühestmöglichen Zeitpunkt von den Erhebungsmerkmalen getrennt und gesondert aufbewahrt. Sie dürfen (ohne Telefonnummer und Bearbeiter[in] des Fragebogens) zusammen mit dem Namen der Gemeinde, der Zahl der tätigen Personen, der Angabe des Wirtschaftszweiges und der Angabe über die Zugehörigkeit zum Handwerk für Wirtschafts-, Lohn- und Umweltstatistiken sowie zur Aktualisierung der Kartei im Produzierenden Gewerbe genutzt werden.

③ Wirtschaftliche Arbeitsstätten von Behörden

Arbeitsstätten, die als **Hauptniederlassungen** der jeweiligen öffentlich-rechtlichen Anstalten, Regiebetriebe, Eigenbetriebe und sonstigen Sondervermögen zu behandeln sind, bitte die Abschnitte A – H vollständig ausfüllen.

Arbeitsstätten hingegen, die als **Zweigniederlassungen** gelten, müssen nur die Abschnitte A – D ausfüllen. Besteht nur eine **einzige Arbeitsstätte**, sind Angaben zu den Abschnitten A – F zu machen. Die betreffenden Anschriften sind auf Seite 1 des Fragebogens bzw. im Ergänzungsblatt anzugeben.

- ④ Auch wenn Sie in einer Gemeinde mehrere Zweigniederlassungen haben, führen Sie diese bitte einzeln auf.

⑤ Träger der Arbeitsstätte

Hier sollen die Arbeitsstätten der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung sowie von Organisationen ohne Erwerbszweck ihren Träger angeben, z.B.

Arbeitsstätte	Träger
Erholungsheim	Gewerkschaft
Kindergarten	Kirche
Krankenhaus	Rotes Kreuz
Wirtschaftsministerium	Bund
Polizei	Land
Ordnungsamt	Gemeinde
Altenpflegeheim	gesetzliche Rentenversicherung

- ⑥ Bitte tragen Sie hier keine Sammelbezeichnungen ein, sondern beschreiben Sie die Art der **hergestellten, reparierten oder gehandelten Waren** möglichst genau, also nicht Fahrzeuge, sondern Krafträder, Kraftwagen; nicht Metallwaren, sondern Metallmöbel, Beschläge; nicht Bekleidung, sondern Herrenoberbekleidung, Wäsche, Kopfbedeckung.

- ⑦ Zu den **erbrachten Bauleistungen** gehören die Leistungen im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe, wie z.B. im Hochbau, Straßenbau, Gerüstbau, in der Dachdeckerei und Zimmerei, der Klempnerei, Bautischlerei, Fliesen- und Plattenlegerei und im Malergewerbe.

- ⑧ Hierzu gehören die von Handelsvertretern und -vermittlern **vermittelten Waren** sowie die von Grundstücks-, Hypotheken-, Finanzierungs- und Versicherungsvertretern u. dgl. **vermittelten Leistungen**.

- ⑨ Geben Sie bitte an, ob es sich bei den **Transportleistungen** z.B. um Leistungen bei der Personen- oder Güterbeförderung, bei der See- oder Binnenschifffahrt, im Luftverkehr, in der Spedition oder Lagerei handelt.

- ⑩ Hierzu gehören sämtliche **Dienstleistungen** von Unternehmen und freien Berufen wie z.B. von Sparkassen, Krankenversicherungen, Zahnärzten, Restaurants und Schankwirtschaften, Pensionen, Damenfriseuren, selbstständigen Wissenschaftlern und Sportlern, privaten Theatern, Sanatorien, Wäschereien, Chemischen Reinigungen, Bestattungsinstituten u. dgl.

- ⑪ Eine **neue wirtschaftliche Tätigkeit** liegt dann vor, wenn eine erhebliche Änderung des Schwerpunkts des betriebenen Gewerbes, der ausgeübten Tätigkeit bzw. des Aufgabengebietes erfolgt ist, z.B. von der Herstellung von Oberbekleidung zum Einzelhandel mit Oberbekleidung. Bitte beachten Sie dazu die Fragen A 2 a – c.

Bei gleichzeitiger Aufnahme einer neuen wirtschaftlichen Tätigkeit und Standortverlagerung bitte nur die Frage nach der Neueröffnung der Arbeitsstätte ankreuzen.

- ⑫ Kreuzen Sie hier bitte an, wenn Ihre Arbeitsstätte die **Hauptniederlassung** einer Firma, eines Unternehmens, einer Praxis u. dgl. ist, zu der noch rechtlich unselbständige Arbeitsstätten (Zweigniederlassungen ⑬) gehören. Als Hauptniederlassung gilt nur die Arbeitsstätte, von der aus das ganze Unternehmen geleitet wird.

- ⑬ Eine Arbeitsstätte gilt als **Zweigniederlassung**, wenn sie von der Hauptniederlassung räumlich – gegebenenfalls auch in derselben Gemeinde – getrennt besteht und rechtlich unselbständig ist.

⑭ **Tätige Personen**

Als tätige Personen gelten **alle** voll- und teilzeitbeschäftigten Personen, die am Stichtag in einem Arbeitsverhältnis stehen und in der Lohn- und Gehaltsliste geführt werden, einschließlich tätiger Inhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger, **unabhängig** von der Arbeitszeit, die sie in der Arbeitsstätte tätig sind.

Mitzuzählen sind auch Vertreter und Reisende sowie das Personal auf Bau- und Montagestellen, auf Fahrzeugen und Schiffen.

Nicht zu melden sind Personen, die zur Ableistung des Grundwehrdienstes oder des zivilen Ersatzdienstes einberufen sind, im Ausland beschäftigte Personen und Arbeitskräfte, die als Beauftragte anderer Arbeitsstätten in der meldenden Arbeitsstätte Montage- oder Reparaturarbeiten durchführen. Nicht mitzuzählen sind auch Arbeitskräfte, die von anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung gemäß dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz überlassen wurden (Leiharbeiternehmer wie Fremdlöhner, Zeitbeschäftigte für Bürotätigkeiten usw.).

Bei Arbeitsstätten, die an Arbeitsgemeinschaften des Baugewerbes beteiligt sind, müssen die Angaben einschließlich „Arge-Anteile“ gemacht werden.

Heimarbeiter werden nicht erfaßt.

⑮ **Stichtag** ist der 25. Mai 1987

Sind die tätigen Personen zu diesem Tag nicht zu ermitteln, nehmen Sie bitte als Stichtag den nächstmöglichen Zeitpunkt vor oder nach dem 25. Mai 1987.

⑯ **Unbezahlt mithelfende Familienangehörige**

Mithelfende Familienangehörige, die in einem Lohn-, Gehalts- oder Ausbildungsverhältnis stehen, sind nicht hier, sondern unter C 4 – 7 und bei Hauptniederlassungen auch unter G 1 c zu melden.

⑰ **Angestellte**

Angestellte sind Arbeitnehmer, die der Beitragspflicht zur Angestelltenversicherung unterliegen oder auf Grund besonderer Vorschriften von dieser befreit sind. Betriebsleiter, Direktoren, Vorstandsmitglieder und andere leitende Kräfte, die nicht Inhaber sind, sondern im Angestelltenverhältnis stehen, sind hier mitzuzählen.

⑱ **Facharbeiter/Gesellen**

Facharbeiter/Gesellen sind Arbeitnehmer, die der Arbeiterrentenversicherung unterliegen oder auf Grund besonderer Vorschriften von dieser befreit sind und wegen ihrer Fachkenntnisse und Fähigkeiten mit Arbeiten beschäftigt werden, die als besonders schwierig oder verantwortungsvoll gelten. Die Befähigung kann durch eine abgeschlossene praktische Berufsausbildung, einen gleichwertigen Berufsfachschulabschluß oder durch langjährige Beschäftigung mit gleichwertigen Arbeiten bei entsprechender Entlohnung erworben sein (z.B. Vorarbeiter). Arbeiterrentenversicherungspflichtige Meister sind hier ebenfalls zu erfassen.

⑲ **Auszubildende**

Hierzu zählen gewerblich, kaufmännisch, handwerklich, landwirtschaftlich und technisch Auszubildende in allen Ausbildungsbereichen und im öffentlichen Dienst, einschl. Anlernlinge, Umschüler, Volontäre und Praktikanten, jedoch ohne Beamte im Vorbereitungsdienst.

⑳ **Teilzeitbeschäftigte**

Als Teilzeitbeschäftigte gelten alle am Stichtag tätigen Personen, die zur Ableistung einer kürzeren als der orts-, branchen- oder betriebsüblichen Wochenarbeitszeit eingestellt sind. Tätige Inhaber und unbezahlt mithelfende Familienangehörige sind entsprechend zu beurteilen. Kurzarbeit gilt nicht als Teilzeitbeschäftigung.

㉑ **Ausländer**

Ausländer sind alle Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit einschl. der Staatenlosen und der Personen mit „ungeklärter“ Staatsangehörigkeit, die sich im

Bundesgebiet aufhalten. Die in der Bundesrepublik anwesenden nichtdeutschen Flüchtlinge, die den Status eines heimatlosen Ausländers oder ausländischen Flüchtlings besitzen, zählen zu den Ausländern. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine fremde Staatsangehörigkeit haben, gelten als deutsche Staatsangehörige.

㉒ **Löhne und Gehälter für 1986**

Die Summe der Löhne und Gehälter bezieht sich auf das Kalenderjahr 1986. Sollte die Angabe nur für das Geschäftsjahr möglich sein, sind die Angaben für das letzte Geschäftsjahr zu machen, das bis Mai 1987 zu Ende ging.

Bei den Löhnen und Gehältern sind **einzubeziehen** alle tariflichen oder frei vereinbarten Zulagen (z.B. Akkord-, Nachtarbeits- und Schmutzzulagen, Mietzuschüsse, Kinderzulagen, Fahrkartenzuschüsse, Essengeld), Naturalvergütungen, Vergütungen für ausgefallene Arbeitszeit (insbesondere Urlaubsgeld), Zuschüsse der Arbeitgeber zum Krankengeld, Urlaubsbeihilfen, Entschädigungen für nicht gewährten Urlaub, Gratifikationen, Gewinnbeteiligungen, Erfolgsprämien, Erfindergeld, vermögenswirksame Leistungen im Sinne von § 2 des Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer.

Vergütungen für Heimarbeiter sind nicht zu melden.

Nicht einzubeziehen sind Pflichtbeiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung, Zahlungen auf Grund des Kindergeldgesetzes, allgemeine soziale Aufwendungen (z.B. für Kantinen, Werkskindergärten, Erholungsheime usw.), Spesenersatz, Bergmannsprämien für Bergleute unter Tage, Ruhegehälter und Betriebspensionen, Auslösungen im Baugewerbe sowie Umzugskostenvergütungen.

㉓ **Rechtsform des Unternehmens**

Hierzu gehören auch die mit dem Zweck der Kostendeckung betriebenen erwerbswirtschaftlich geführten Unternehmen ohne eigenständige Rechtsform (Regiebetriebe, Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen) von juristischen Personen des öffentlichen Rechts.

㉔ **Angaben über das gesamte Unternehmen**

Die Angaben sind über das gesamte Unternehmen als rechtlich selbständige Einheit einschließlich aller Zweigniederlassungen im Inland – auch land- und forstwirtschaftlicher Art – zu machen. Zweigniederlassungen im Ausland werden hingegen nicht erfaßt. Bei Unternehmen, die sich an Arbeitsgemeinschaften des Baugewerbes beteiligen, sind die „Arge-Anteile“ einzubeziehen.

– Die tätigen Personen des **gesamten Unternehmens** in Abschnitt G setzen sich aus den tätigen Personen in der Hauptniederlassung (Abschnitt C) und den tätigen Personen in den Zweigniederlassungen (Abschnitt H) zusammen.

In Abschnitt H sind die tätigen Personen je Zweigniederlassung nur in einer Position ausgewiesen. Deshalb müssen sie in männliche und weibliche tätige Inhaber, unbezahlt mithelfende Familienangehörige und Arbeitnehmer aufgeteilt werden. Zusammen mit den entsprechenden Positionen in Abschnitt C erhalten Sie als **Summe** die für das gesamte Unternehmen einzutragenden Zahlen. Die Arbeitnehmer setzen sich in Abschnitt C aus den Positionen 3 – 7 zusammen.

– Die Bruttolöhne und -gehälter des **gesamten Unternehmens** in Abschnitt G erhalten Sie ebenfalls als Summe der Löhne und Gehälter der Hauptniederlassung (Abschnitt D) und der Löhne und Gehälter der Zweigniederlassungen (Abschnitt H).

㉕ Zu den **Arbeitnehmern** zählen Beamte, Angestellte, Facharbeiter, Gesellen, sonstige Arbeiter und Auszubildende.

㉖ In **Abschnitt H** sind alle **inländischen Zweigniederlassungen** aufzuführen, auch solche land- und forstwirtschaftlicher Art.

㉗ Bitte geben Sie hier die **wirtschaftliche Tätigkeit** ihrer Zweigniederlassungen(en) in Anlehnung an die Fragen A 2 a – c an.

Volkszählung 1987

Regionalliste

Listen-Nr.

Nr. der Folgeliste

Listen-Nr.

Nr. der Folgeliste

Zählbezirks-Nr.

Gemeindeschlüssel

Gemeindeteil

Straßenschlüssel

Block/-seite

Gemeinde

Gemeindeteil

Name der Straße, Haus-Nrn.

BA 0

SST

8-15

16-21

22-24

25-29

30-33

Gemeindeschlüssel

(Bitte in Druckschrift)
Name des Haushalts
bzw. der Arbeitsstätte

(bei leerstehenden Wohnungen
„leer“ eintragen)

Haus-Nr.

Haus-Nr.-Zusatz

Sign.-Ziffer
(Bitte nicht ausfüllen)

Lfd. Nr.

des Gebäudes

der Wohnung im Gebäude

des Haushalts in der Wohnung

Zahl der Personen im Haushalt

Wohnungs- und Personenbogen
(Heft-Nummer)

Bogen mit den maßgeblichen Gebäudeangaben (X)

Arbeitsstättenbogen
(Bogennummer)

34 - 37

38 - 39

40 - 41

42 - 44

45

46 - 47

48 - 55

56 - 62

1

2

2 a

3

4

5

6

7

8

9

Summe/Übertrag:

[illegible]

Volkszählung 1987 – Organisation und Ablauf

Nachdem in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1970 die letzte umfassende Volkszählung durchgeführt worden war, hätte – entsprechend internationalen Empfehlungen und Vereinbarungen – spätestens 1981 die nächste Großzählung stattfinden müssen. Aber selbst die verspätet geplante Zählung im Jahr 1983 wurde kurz vor dem Stichtag aufgrund eines Verfassungsgerichtsurteils ausgesetzt, weil nach Auffassung des Gerichts die Trennung von Statistik und Verwaltungsvollzug im Volkszählungsgesetz 1983 nicht ausreichend sichergestellt war und die normierten verfahrenstechnischen Regelungen nicht ausreichten. Dies hatte zur Folge, daß das Volkszählungsgesetz 1987 so viele Detailregelungen enthält, daß der Verwaltung für die Organisationsgestaltung zu Lasten der Praktikabilität der Durchführung nur noch wenig Spielraum bleibt.¹ Im folgenden werden Organisation und Ablauf im Überblick dargestellt.

Fragebogen, Hilfs-, Ordnungs- und Organisationspapiere

Das Erhebungskonzept der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987 umfaßt drei nach Funktion und maschineller Bearbeitung zu unterscheidende Belegtypen.

Zunächst sind diejenigen Papiere zu nennen, die für die Erhebungseinheiten bestimmt sind und die Erhebungs- und Hilfsmerkmale enthalten:

- Personen in Haushalten bekommen Wohnungs- und Personenbogen, die zu Haushaltsheften zusammengefaßt sind, und einen Haushaltsmantelbogen. Die Inhaber von nicht landwirtschaftlichen Arbeitsstätten erhalten Arbeitsstättenbogen und die Gebäudeeigentümer – zumindest soweit sie nicht im zu erfassenden Objekt selbst wohnen – Gebäudebogen.

¹ Frank, Eberhard: Die Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, bislang unveröffentlicht.

- Die Zähler führen Adressenlisten für jedes Gebäude, die je Baublockseite in einen Umschlag eingelegt werden, und eine Terminübersicht.
- Die Erhebungsstellen füllen die Organisationspapiere Regionalliste und Gemeindeliste aus (Schaubild 1).

Während der Frageninhalt der Erhebungsbogen bis ins Detail durch das Volkszählungsgesetz festgelegt worden war, gab es im gestalterischen Bereich noch etwas Spielraum. Dieser war aber schon deshalb eingeschränkt, weil aus Gründen der Bürgerfreundlichkeit und im Hinblick auf technische Aspekte Wohnungs- und Personenbogen nur jeweils eine Seite umfassen und auch der Arbeitsstättenbogen nicht schon durch allzu großen Umfang abschrecken sollte. Hinzu kam, daß *Wohnungs- und Personenbogen* als Lesebelege gestaltet werden sollten, nachdem sich bereits bei der Volkszählung 1970 das maschinelle Leseverfahren gegenüber der traditionellen Ablochmethode als wirtschaftlicher erwiesen hatte. Immerhin handelt es sich in Baden-Württemberg um einen Umfang von voraussichtlich 14 Mill. Wohnungs- und Personenbogen. Während beim Lesen der Belege trotz Mehrschichtbetrieb der Zeitbedarf für die Erfassung gut 10 Monate beträgt, müßte man bei einer Ablochung mit dem Mehrfachen dieser Dauer rechnen, wobei noch hinzu kommt, daß die Erfassung über Ablochung fehleranfälliger und personalintensiver ist.

Da vom Lesegerät nur Strichmarkierungen oder stilisierte Ziffern erfaßt werden können, mußten auf den beiden Lesebelegen, also dem Wohnungsbogen und dem Personenbogen, die Fragen möglichst so gewählt werden, daß deren Beantwortung mit Hilfe von Strichmarkierungen durchgeführt werden kann. Wenn bei einigen Fragen wegen zu vieler Antwortmöglichkeiten keine Strichmarkierungskategorien vorgegeben werden konnten (zum Beispiel Alter, Miethöhe, Fläche), müssen die Angaben der Auskunftspflichtigen nach der Erhebung in stilisierten Ziffern in dafür vorgesehene Signierfelder übertragen werden. Erfolgt die Antwort sogar in Klartext (wie zum Beispiel für Beruf und Wirtschaftszweig), muß diese (vor der Signierung) zunächst mit Hilfe von geeigneten Schlüsselverzeichnissen in Ziffernkombinationen umgesetzt werden. Da in Klartext oder Zahlen gemachte Angaben unter Umständen vom Signierer nicht eindeutig gelesen werden können, sind derart signierte Angaben grundsätzlich als unsicherer zu bewerten als Strichmarkierungen.

Ein Lesebeleg erfordert aus technischen Gründen eine bestimmte Papierqualität, auch sind der Möglichkeit, durch farbliche Gestaltung mehr Bürgerfreundlichkeit zu erreichen, enge Grenzen gesetzt. Außerdem benötigt das Lesegerät eine sogenannte Lesemarke auf dem Bogen, an der es sich bei der Suche nach den Markierungswannen orientiert.

Statistisch nicht ausgewertet wird der *Haushaltsmantelbogen*. Er dient der Zählungsorganisation, enthält keine Erhebungs-, sondern nur Hilfsmerkmale.

Im Gegensatz zu Wohnungs- und Personenbogen ist der *Arbeitsstättenbogen* als „Ablochbeleg“ gestaltet. Der Grund dafür liegt in der sachlogischen Notwendigkeit, viele Fragen zu stellen, auf die mit Klartext geantwortet werden muß, die vor einem Lesevorgang erst verschlüsselt und signiert werden müßten.

Schaubild 1
Erhebungs-, Ordnungs- und Organisationspapiere nach Einsatz bei Auskunftspflichtigen, Zählern und Erhebungsstelle

Name der Unterlage	Unterlage ist bestimmt für		
	Auskunftspflichtige	Zähler	Erhebungsstelle
Haushaltsmantelbogen	x		
Wohnungsbogen	x		
Personenbogen	x		
Arbeitsstättenbogen	x		
Gebäudebogen	x		
Begehungliste		x	
Terminübersicht		x	
Umschlagmappe für die Adressenliste(n)		x	
Adressenliste		x	
Regionalliste			x
Gemeindeliste			x

Weder als Ablochbeleg noch als Lesebeleg wurde der *Gebäudebogen* konzipiert. Die Angaben, die im Rahmen der Gebäudevorerhebung mit ihm erhoben wurden, werden von der Erhebungsstelle nach der Haupterhebung in einen geeigneten Wohnungsbogen eines Haushalts im Gebäude übertragen und gehen mit diesem in den Aufbereitungsprozeß ein; der Gebäudebogen selbst wird nicht erfaßt, so daß er sowohl Erhebungs- als auch Hilfsmerkmale enthalten darf.

Ganz allgemein gilt, daß alle Papiere, die in erster Linie die Arbeit der Zähler vor Ort unterstützen, wie die Begehungsliste für den Zähler, seine Terminübersicht, die Adressenlisten und zugehörigen Umschlagmappen, nicht auf elektronischen Datenträgern gespeichert und ausgewertet werden.

Das *Ordnungssystem des Volkszählungskonzepts* besteht aus einem Zusammenspiel von Ordnungsangaben, Nummerierungen von Papieren und speziell vergebenen laufenden Nummern, wobei die Verbindung verschiedener Ebenen meist dadurch hergestellt wird, daß dieselben Nummern auf verschiedenen Papieren auftauchen. Bereits von den Druckereien vergeben wurden die laufenden Heftnummern für die Haushalte und die Bogennummern für die Arbeitsstättenbogen. Neu im Vergleich zur geplanten Volkszählung 1983 – und mit Erschwernissen für die Organisation verbunden – ist die Vergabe derselben Nummer für den Wohnungsbogen und fünf Personenbogen eines Haushalts aus denen sich ein Haushaltsheft zusammensetzt.

Die Basis für die räumliche Einordnung der Sachdaten bildet in erster Linie die *Adressenliste*, in der der Zähler die Namen von Haushalten und Arbeitsstätten zusammen mit den ausgeteilten Heftnummern bzw. Arbeitsstättenbogennummern festhält und auch Hinweise zu Zusammenhängen gibt, die dem Nummernsystem allein nur schwer zu entnehmen sind (zum Beispiel Untermieter). Außerdem stellen die festgehaltene „Zahl der Personen im Haushalt“ und „Zahl der Haushalte in der Wohnung“ eine Orientierungshilfe für die spätere Erstellung der Regionalliste (vgl. unten) dar. Die gebäudeweise auszufüllenden Adressenlisten werden zählbezirksweise in einer „Umschlagmappe für die Adressenliste(n)“ zusammengefaßt, auf der die Zählbezirksbeschreibung aufgebracht ist.

Dieselben Angaben, einschließlich der Regionalschlüssel bis auf Baublockseite² herab, finden sich im Kopf der *Regionalliste* wieder. Dort werden dann für je einen Zählbezirk Haushalte und Arbeitsstätten nach aufsteigenden Hausnummern sortiert mit den entsprechenden Heft- bzw. Bogennummern verzeichnet, wobei während der Erstellung der Regionalliste die laufende Nummer des Gebäudes, der Wohnung im Gebäude und des Haushalts in der Wohnung vom Sachbearbeiter der Erhebungsstelle vergeben werden.

Die als Erfassungsbeleg gestaltete *Regionalliste* muß in jedem Fall auf Datenträger übernommen werden, weil ihre Ordnungsangaben den regionalen Rahmen bilden, in den die Angaben aus Wohnungs-, Personen- und Arbeitsstättenbogen eingeordnet werden.

² Die Begriffe Baublockseite und Zählbezirk werden synonym verwendet. Eine Baublockseite ist innerhalb eines Gemeindegebietes die Seite mit gleicher Straßenbezeichnung von der durch Straßeneinmündungen oder vergleichbare Begrenzungen umschlossenen Fläche.

Schaubild 2

Erhebungs-, Ordnungs- und Organisationspapiere nach vorgesehener Datenaufnahme im Statistischen Landesamt

Name der Unterlage	Datenaufnahme im Statistischen Landesamt		Keine Datenaufnahme im Statistischen Landesamt vorgesehen
	durch Ablochung	durch maschinelles Lesen	
Haushaltsmantelbogen			x
Wohnungsbogen		x	
Personenbogen		x	
Arbeitsstättenbogen	x		
Gebäudebogen			x
Begehungsliste			x
Terminübersicht			x
Umschlagmappe für die Adressenliste(n)			x
Adressenliste			x
Regionalliste	x		
Gemeindelliste	x		

Die *Gemeindelliste*, die für jeden Gemeindeteil erstellt wird, enthält die Zählbezirksbeschreibung in Form eines Straßenabschnitts zusammen mit der zugehörigen Regionallistennummer und den Summen von Personen- und Arbeitsstättenbogen für jeden Zählbezirk. Die Gemeindelliste erfüllt eine doppelte Kontrollfunktion: Sie verbleibt als „Lieferchein“ bei der Gemeinde und sie enthält eine Übersicht aller Regionallisten eines Gemeindeteils (jedoch nicht deren Inhalte). Wegen der Bedeutung für die Ordnung in der riesigen Materialmenge werden die Angaben ebenfalls maschinell erfaßt und in den Prüfprozeß im Statistischen Landesamt eingebracht (*Schaubild 2*).

Rücklaufüberwachung in den örtlichen Erhebungsstellen

Neben den Fragestellungen wurde mit dem Volkszählungsgesetz 1987 auch festgelegt, daß zur Durchführung der Erhebung – wie bisher – ehrenamtliche Zähler eingesetzt werden können, ferner, welche Rechte den Auskunftspflichtigen zustehen. Anders als bei den seitherigen Volkszählungen hat jeder Auskunftspflichtige das Recht, einen eigenen Erhebungsbogen auszufüllen. Die Rückgabe kann über den Zähler, die Post oder durch persönliche Abgabe bei der Erhebungsstelle erfolgen. Die Bogen eines Mehr-Personen-Haushalts können also auf verschiedenen Wegen bei der Erhebungsstelle eintreffen. Es liegt auf der Hand, daß dies einen Verwaltungsaufwand verursacht, der den bei gemeinsamer Rückgabe der gesamten Haushaltspapiere an den Zähler weit übersteigt.

Die Vielzahl von Rückgabebewegen erfordert eine Reihe von Kontrollen in den örtlichen Erhebungsstellen, für die bei früheren Zählungen kein Bedarf bestand. Bereits bei der Vergabe der Erhebungsunterlagen an die Zähler müssen die jeweils ausgegebenen Heftnummern festgehalten werden, um später einen vollständigen und korrekten Rücklauf gewährleisten zu können. Allein der Aufwand dafür erreicht in Abhängigkeit von der Einwohnerzahl der Gemeinde(n), für welche die örtliche Erhebungsstelle die Volkszählung 1987 vorbereitet und durchführt, eine Dimension, die kaum noch manuell zu bewältigen ist. Ein EDV-Einsatz drängt sich

zumindest in größeren Gemeinden noch mehr auf, wenn man die Organisationsarbeiten betrachtet, die weiter auf die Erhebungsstellen zukommen: Die Rückgabe der Unterlagen durch die Zähler muß zeitlich koordiniert, die Entschädigung individuell berechnet werden. Aus den über die Zähler und postalisch zurücklaufenden Bogen muß jeweils der Haushaltszusammenhang hergestellt werden, eine zählbezirksweise Zuordnung ist vorzunehmen. Unvollständige oder unplausible Antworten machen Rückfragen bei den Auskunftspflichtigen erforderlich, die ohne geeignete EDV-Unterstützung (Textbausteine, verschiedene Anschreiben, Terminüberwachung) nicht rationell zu bewältigen sind.

Neben der vollständigen Ausfüllung der Bogen muß auch geprüft werden, ob die Heftnummern der zurückgegebenen Unterlagen eines Arbeitsbezirks aus dem dafür ausgegebenen Nummernbereich stammen, bevor für jeden Zählbezirk eine Regionalliste ausgefüllt werden kann. Auch hierzu gibt es EDV-Programme, die diese Überprüfung schneller und sicherer leisten, als dies manuell erreicht werden kann.

Grundsätzlich kann man die mögliche EDV-Unterstützung nach drei Einsatzphasen unterscheiden:

- a) Im Vorfeld der Erhebung
- b) Während des Erhebungsverfahrens
- c) Bei den Abschlußarbeiten

Dabei wird – soweit Anschluß an ein Regionales oder Privates Rechenzentrum vorhanden – die Vorbereitungsphase durch standardisierte, landeseinheitliche ADV-Hilfen unterstützt. Sie umfassen die Erstellung verschiedener für die Zählungsorganisation notwendiger Verzeichnisse, wie Blockseite-/Zählbezirksübersicht und Arbeitsbezirksübersicht, sowie die Beschriftung von Klebeetiketten und Ordnungspapieren (zum Beispiel Regionalliste) mit den Zählbezirksbeschreibungen und zusätzlichen Ordnungsangaben.

Für eine EDV-Unterstützung des Erhebungsverfahrens liegen Programme vor, die bei einem kleineren Benutzerkreis zum Einsatz kommen sollen. Sie enthalten eine Zählverwaltung, die Kontrolle des Rücklaufs der Erhebungsbelege im jeweiligen Arbeitsbezirk und die Unterstützung von erforderlichen Rückfragen bei Auskunftspflichtigen. Eine weitere Möglichkeit des EDV-Einsatzes besteht darin, die Ordnungspapiere Regionalliste und Gemeindeliste maschinell zu erstellen. Auch diese Möglichkeit wird von Erhebungsstellen, insbesondere in größeren Gemeinden, genutzt werden.

Gemäß der Rechnerstruktur in Baden-Württemberg wird diese EDV-Unterstützung in der Regel über Zentralrechner angeboten werden, da die meisten Gemeinden einem Regionalen oder Privaten Rechenzentrum angeschlossen sind, also nicht über eigene Anlagen verfügen. Aber auch dort, wo ein eigenes (städtisches) Rechenzentrum besteht, kann nicht zwangsläufig davon ausgegangen werden, daß der Rechner in der abgeschotteten Erhebungsstelle steht. Soweit speziell für die Durchführung der Volkszählung 1987 installiert, sind die Eingabe- und Ausgabegeräte in der abgeschotteten Erhebungsstelle angesiedelt, nicht aber der Rechner selbst. Demjenigen, der sich fragt, „wie es mit der Gewährleistung des Datenschutzes beim Einsatz von Computern für die Arbeit der Erhebungsstelle steht“,³ ist zu antworten, daß eine EDV-Unterstützung – wie oben dargestellt – ausschließlich die Organisationsarbeit zu

erleichtern hat. Erhobene Daten werden in den Erhebungsstellen nicht maschinell aufgenommen. Daher tangiert ein Standort des Rechners außerhalb der Räume der Erhebungsstelle den Regelungsinhalt des Volkszählungsgesetzes 1987 und der Verordnung der Landesregierung und des Finanzministeriums zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987⁴ nicht. Durch diese Rechtsvorschriften sollen nämlich die Individualdaten, also die ausgefüllten Erhebungsbogen der Bürger geschützt werden, was jedoch bei einer EDV-Unterstützung der Organisation der Erhebung nicht in Frage gestellt wird. Dennoch erfordert der Einsatz eines solchen Verfahrens – um auch keinen „bösen Schein“ aufkommen zu lassen – geeignete rechtliche, technische und organisatorische Sicherungsmaßnahmen, insbesondere die Einhaltung der Bestimmungen des Landesdatenschutzgesetzes und die Beachtung des Statistikgeheimnisses nach dem Bundesstatistikgesetz, auf das alle Mitarbeiter, die zum Beispiel mit der Datenerfassung oder dem Ausdruck der für die Unterstützung der Organisation der Erhebung erforderlichen Daten befaßt sind, ausdrücklich verpflichtet werden müssen.

Manuelle und maschinelle Aufbereitung im Statistischen Landesamt

Nachdem die Erhebungsunterlagen in den örtlichen Erhebungsstellen vollständig und überprüft vorliegen und die Ordnungspapiere ausgefüllt sind, werden sie auf dem jeweils vorgesehenen Weg an das Statistische Landesamt weitergeleitet, wo sie zunächst manuell aufbereitet werden. Die Unterlagen werden im Rahmen einer Eingangskontrolle – nach übergeordneten Gesichtspunkten – auf Vollständigkeit und Vollständigkeit überprüft und signiert. Danach werden die Hilfsmerkmale von den für die statistische Auswertung bestimmten Erhebungsmerkmalen getrennt und gesondert gelagert. Nachdem eine Zuordnung zu Bündeln und Arbeitspaketen (den weiteren Verarbeitungseinheiten) erfolgt ist, werden Erhebungs- und Ordnungspapiere – je für sich – den maschinellen Kontrollen unterzogen.

Im einzelnen sind vier Schritte zu unterscheiden:

- Zunächst werden die Regionallisten erfaßt und ihre Regional- und Ordnungsangaben überprüft. In Baden-Württemberg wird in diesem Zusammenhang auch noch zusätzlich eine erste Überprüfung der gelieferten Personen- und Arbeitsstättenbogen durch einen Vergleich der Summendaten der Gemeindelisten mit den entsprechenden Angaben in den Regionallisten vorgenommen.
- Im dazu parallel ablaufenden Schritt der maschinellen Bearbeitung werden die Wohnungs- und Personenbogen gelesen. Die Sachdaten aus diesen Lesebelegen und den abgelochten Arbeitsstättenbogen werden so dann mit den Regional- und Ordnungsangaben aus den Regionallisten zusammengeführt.
- Die hieraus hervorgehenden Datensätze durchlaufen anschließend die eigentlichen Plausibilitätsprüfungen, die ihre im Sinne der statistischen Analyse logische Konsistenz sichern.

³ vgl. 7. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Baden-Württemberg, S.44.

⁴ Verordnung der Landesregierung und des Finanzministeriums zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 vom 30. Juni 1986 (GBI S. 252).

[illegible][illegible][illegible]

Volkszählung '87		Name	Meldung, ist der wahl- fähig?	Name	Meldung, ist der wahl- fähig?
		1.		1.	
		2.		2.	
		3.		3.	
		4.		4.	
		5.		5.	
		6.		6.	
		7.		7.	
		8.		8.	
		9.		9.	
		10.		10.	
		11.		11.	
		12.		12.	
		13.		13.	
		14.		14.	
		15.		15.	
		16.		16.	
		17.		17.	
		18.		18.	
		19.		19.	
		20.		20.	
		21.		21.	
		22.		22.	
		23.		23.	
		24.		24.	
		25.		25.	
		26.		26.	
		27.		27.	
		28.		28.	
		29.		29.	
		30.		30.	
		31.		31.	
		32.		32.	
		33.		33.	
		34.		34.	
		35.		35.	
		36.		36.	
		37.		37.	
		38.		38.	
		39.		39.	
		40.		40.	
		41.		41.	
		42.		42.	
		43.		43.	
		44.		44.	
		45.		45.	
		46.		46.	
		47.		47.	
		48.		48.	
		49.		49.	
		50.		50.	
		51.		51.	
		52.		52.	
		53.		53.	
		54.		54.	
		55.		55.	
		56.		56.	
		57.		57.	
		58.		58.	
		59.		59.	
		60.		60.	
		61.		61.	
		62.		62.	
		63.		63.	
		64.		64.	
		65.		65.	
		66.		66.	
		67.		67.	
		68.		68.	
		69.		69.	
		70.		70.	
		71.		71.	
		72.		72.	
		73.		73.	
		74.		74.	
		75.		75.	
		76.		76.	
		77.		77.	
		78.		78.	
		79.		79.	
		80.		80.	
		81.		81.	
		82.		82.	
		83.		83.	
		84.		84.	
		85.		85.	
		86.		86.	
		87.		87.	
		88.		88.	
		89.		89.	
		90.		90.	
		91.		91.	
		92.		92.	
		93.		93.	
		94.		94.	
		95.		95.	
		96.		96.	
		97.		97.	
		98.		98.	
		99.		99.	
		100.		100.	

Ausfüllbogen für die Volkszählung 1987

1. Name
2. Geburtsdatum
3. Geburtsort
4. Beruf
5. Bildung
6. Religion
7. Familienstand
8. Einkommen
9. Wohnort
10. Staatsangehörigkeit
11. Migrationshintergrund
12. Wahlberechtigt
13. Wahlkreis
14. Partei
15. Sonstige Angaben

- Für jede Person (für jeden Wohnsitz) und jede Arbeitsstätte wird abschließend ein gesetzesadäquat anonymisierter Datensatz mit jeweils allen Regional- und Sachdaten erstellt. Diese Datensätze werden dann zu den verschiedenen räumlich und sachlich unterschiedlich tief gegliederten Tabellen zusammengefaßt, die als Ergebnisse der Volkszählung 1987 zur Verfügung gestellt werden.

Nach Abschluß der maschinellen Aufbereitungsschritte, spätestens zwei Wochen nach Feststellung der amtlichen Bevölkerungszahl des Landes, werden die Erhebungsvordrucke und die Hilfsmerkmale vernichtet. Die auf den elektronischen Datenträgern gespeicherten laufenden Num-

mern und Ordnungsnummern werden gelöscht, sobald die Zusammenhänge zwischen Personen und Haushalt, Haushalt und Wohnung, Wohnung und Gebäude durch Nummern, die einen Rückgriff auf die Hilfsmerkmale und Ordnungsnummern ausschließen, festgehalten worden sind. Die Löschung der laufenden Nummern und Ordnungsnummern erfolgt entsprechend den gesetzlichen Vorgaben für die Volks- und Berufs- sowie die Gebäude- und Wohnungszählung spätestens zwei Wochen nach Feststellung der amtlichen Bevölkerungszahl durch das Statistische Landesamt, für die Arbeitsstättenzählung spätestens sechs Jahre nach dem Stichtag der Volkszählung 1987.

Dipl.-Volkswirtin Regina Steinmann

Gebäude- und Wohnungszählung 1987

Durchführung der Gebäudevorerhebung

Einleitung

Mit der Gebäude- und Wohnungszählung werden erstmals seit 1968 wieder umfassende Bestands- und Strukturdaten über Gebäude mit Wohnraum erhoben. Die Wohnungszählung erfolgt im Zuge der Haupterhebung, mit der Gebäudezählung konnte dagegen bereits sechs Monate vor dem Stichtag der Haupterhebung (25. Mai 1987) begonnen werden. Daher wird die vorgezogene Gebäudezählung als Gebäudevorerhebung bezeichnet. Sie umfaßt in der Regel diejenigen Gebäude, die von den Eigentümern nicht selbst bewohnt werden. Insbesondere die Befragung von Gebäudeeigentümern mit einem von der Gebäudeanschrift abweichenden Aufenthaltsort wäre im Zuge der Haupterhebung auf praktische Schwierigkeiten gestoßen, da dieser Personenkreis vom Zähler nicht anzutreffen ist. Deshalb wurde für die Gebäudevorerhebung der Weg einer postalischen Befragung empfohlen.

Abweichend vom Konzept dieser sogenannten *partiellen* Gebäudevorerhebung bestand die Möglichkeit zur Durchführung einer *totalen* Gebäudevorerhebung. Von einer totalen Gebäudevorerhebung wird gesprochen, wenn der gesamte Gebäudebestand einer Gemeinde bereits vor dem Stichtag der Haupterhebung erhoben wird. Von dieser Möglichkeit machten insgesamt nur wenige Gemeinden in Baden-Württemberg Gebrauch, wie *Tabelle 1* zeigt:

Der Nutzen einer vorgezogenen Gebäudezählung ist vor allem organisatorischer Art. Zum Stichtag der Haupterhebung liegen die nur postalisch zu erhebenden Gebäudeangaben bereits vor und können zur Vorbereitung der Haupterhebung genutzt werden. Insbesondere wird die Bereitstellung der Erhebungsunterlagen für die Haupterhebung durch Informationen über die Zahl der zu erwartenden Einheiten erleichtert.

Die Gebäudevorerhebung wurde bei der Testerhebung im Sommer des Jahres 1986 nicht erprobt.¹ Jedoch wurde bereits 1983 eine vorgezogene Gebäudezählung durchgeführt. Aufgrund des Volkszählungsurteils² des Bundesverfassungsgerichts kam es allerdings nicht mehr zu einer Auswertung der damals erhobenen Daten.

Um einen landesweiten Überblick über den Stand und die Abwicklung der Gebäudevorerhebung zu erhalten, hat das Statistische Landesamt den Erhebungsstellen mit Schrei-

¹ Vgl. zur Testerhebung: Steinmann, Regina: Ergebnisse der Testerhebung, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 1/1987, S. 9 ff.

² Vgl. hierzu Wingen, Max: Volkszählung nach dem Karlsruher Urteil – aber wie? Probleme und Grenzen einer neuen Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 4/1983, S. 118–124.

Tabelle 1

Art der Gebäudevorerhebung nach Gemeindegrößenklassen und Regierungsbezirken

Art der Gebäudevorerhebung	Ins- gesamt	Davon Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen				
		bis unter 8 000	8 000 bis unter 20 000	20 000 bis unter 50 000	50 000 bis unter 100 000	100 000 u.r.d mehr
	%					
Regierungsbezirk Stuttgart						
Partiell	96	95	100	94	100	100
Total	4	5	–	6	–	–
Zusammen	100	100	100	100	100	100
Regierungsbezirk Karlsruhe						
Partiell	98	99	98	100	–	50
Total	2	1	2	–	100	50
Zusammen	100	100	100	100	100	100
Regierungsbezirk Freiburg						
Partiell	98	98	97	100	100	–
Total	2	2	3	–	–	100
Zusammen	100	100	100	100	100	100
Regierungsbezirk Tübingen						
Partiell	95	93	100	100	67	100
Total	5	7	–	–	33	–
Zusammen	100	100	100	100	100	100
Land Baden-Württemberg						
Partiell	96	96	99	98	85	63
Total	4	4	1	2	15	37
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

ben vom 29. Dezember 1986 einen Fragenkatalog mit der Bitte um Beantwortung bis zum 16. Januar 1987 übersandt. Die Auswertung wurde in zwei Schritten vorgenommen. Zunächst wurden die bis zum 9.2.1987 eingegangenen Fragebogen ausgewertet, um erste Anhaltspunkte über die Verteilung der Antworten zu erhalten und ggf. Unterstützungsmaßnahmen einleiten zu können. Die danach eingegangenen Fragebogen wurden getrennt ausgewertet und dem bereits ausgezählten Material hinzugefügt. Grundgesamtheit ist die Zahl der Gemeinden in Baden-Württemberg.

Rechtsgrundlagen der Gebäudevorerhebung

Die Bautätigkeitsstatistik im Bereich des Hochbaus nach dem Zweiten Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit und die Fortschreibung des Gebäudebestandes (2. BauStatG) vom 27.7.1978 (BGBl. I S. 1118) einschließlich der Abgangerhebung im Rahmen der Bau-

tätigkeitsstatistik³ bedarf ebenso wie die Bevölkerungsstatistik in gewissen Abständen einer umfassenden Bestandsaufnahme in Form der Vollerhebung.⁴

Nach § 1 Abs. 3 des Gesetzes über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987 (Volkszählungsgesetz 1987 – VZG 1987) vom 8. November 1985 (BGBl. I S. 2078) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289)⁵ konnte mit der Gebäudezählung bis zu sechs Monate vor dem Zählungstichtag, also am 25. November 1986, begonnen werden. Durch den Einsatz von

³ Vgl. Richter, Haps-Jürgen: Die Abgangerhebung im Rahmen der Bautätigkeitsstatistik, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/1983, S. 342–347.

⁴ Zu Organisation und Ablauf vgl. Steinmann, Regina: Volkszählung 1987 – Organisation und Ablauf, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 4/1987.

⁵ Vgl. hierzu die Neufassung des Bundesstatistikgesetzes vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462); zum Inhalt und zur Bedeutung der Neuregelung vgl. Dorer, Peter C.: Bundesstatistikgesetz, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 4/1987.

Tabelle 2
Versandtermin der Gebäudebogen nach ADV-Unterstützung und Regierungsbezirken

Versandt. der Gebäudebogen im Zeitraum von ... bis ...	Ins- gesamt	Mit ADV-Unterstützung				Ohne ADV- Unterstützung
		zusammen	durch Regionales Rechenzentrum	durch Privates Rechenzentrum	durch Kommunales Rechenzentrum	
		%				
Regierungsbezirk Stuttgart						
25.11.86 – 5.12.86	1	0	–	20	–	16
8.12.86 – 19.12.86	9	8	9	–	3	37
22.12.86 – 2. 1.87	5	5	5	–	6	5
5. 1.87 – 16. 1.87	13	13	14	20	8	11
19. 1.87 – 30. 1.87	48	50	47	40	60	11
Später geplant	24	24	24	20	23	21
Zusammen	100	100	100	100	100	100
Regierungsbezirk Karlsruhe						
25.11.86 – 5.12.86	–	–	–	–	–	–
8.12.86 – 19.12.86	5	5	3	8	100	22
22.12.86 – 2. 1.87	1	2	2	–	–	–
5. 1.87 – 16. 1.87	31	29	27	69	–	67
19. 1.87 – 30. 1.87	33	34	36	15	–	–
Später geplant	29	30	32	8	–	11
Zusammen	100	100	100	100	100	100
Regierungsbezirk Freiburg						
25.11.86 – 5.12.86	1	1	1	50	–	8
8.12.86 – 19.12.86	7	6	6	–	–	31
22.12.86 – 2. 1.87	7	6	6	–	–	15
5. 1.87 – 16. 1.87	36	37	37	–	43	23
19. 1.87 – 30. 1.87	32	32	33	–	–	23
Später geplant	17	18	17	50	57	–
Zusammen	100	100	100	100	100	100
Regierungsbezirk Tübingen						
25.11.86 – 5.12.86	1	0	1	–	–	11
8.12.86 – 19.12.86	5	4	4	–	4	16
22.12.86 – 2. 1.87	12	13	12	–	15	5
5. 1.87 – 16. 1.87	41	42	37	20	51	32
19. 1.87 – 30. 1.87	26	28	34	–	19	5
Später geplant	15	13	11	80	11	32
Zusammen	100	100	100	100	100	100
Land Baden-Württemberg						
25.11.86 – 5.12.86	1	1	0	8	–	10
8.12.86 – 19.12.86	7	6	6	4	5	27
22.12.86 – 2. 1.87	6	6	6	–	10	7
5. 1.87 – 16. 1.87	29	29	28	44	30	28
19. 1.87 – 30. 1.87	36	37	38	16	36	10
Später geplant	21	21	22	28	18	18
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

EDV sollte der rechtzeitige Abschluß der Gebäudevorerhebung auf Landesebene vor Beginn der Haupterhebung sichergestellt werden. *Tabelle 2* zeigt den Beginn der Erhebung in Abhängigkeit vom Träger der ADV-Unterstützung. Dabei ergibt sich ein Vorsprung der ausnahmslos kleinen Gemeinden, die auf die landeseinheitliche ADV-Unterstützung verzichteten. Dies muß vor dem Hintergrund der zu bewältigenden Arbeitsmenge freilich ein nur am Rande erwähnter Hinweis bleiben. In größeren Gemeinden wäre die Durchführbarkeit einer Großzählung unter Verzicht auf ADV-Unterstützung heute nicht mehr zu gewährleisten.

Die Erhebungs- bzw. Hilfsmerkmale des gebäudestatistischen Zählungskomplexes ergeben sich aus § 6 Abs. 1 bzw. § 8 Abs. 1 Nr. 2 VZG und können dem in der Anlage abgedruckten Gebäudebogen entnommen werden. Ergänzt wird das Volkszählungsgesetz 1987 auf Landesebene durch die Verordnung der Landesregierung und des Finanzministeriums zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 vom 30. Juni 1986 (GBl. S. 252). Diese Vorschrift enthält die allgemeinen Regelungen zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes und ist daher sowohl für die Durchführung der Haupterhebung als auch für die Durchführung der Gebäudevorerhebung einschlägig.⁶ Spezielle Vorgaben für

die Gebäudevorerhebung enthält die Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 (VwV-VZG 1987) vom 9. Oktober 1986 (Anleitung zur Durchführung einer partiellen Gebäudevorerhebung). Diese Verwaltungsvorschrift regelt insbesondere Organisation und Verfahren der Gebäudevorerhebung.

Grundlage für die Datenübermittlung an die Erhebungsstellen ist § 11 Abs. 2 VZG. Danach teilen die für die Grundsteuer zuständigen Stellen der Gemeinden oder die für die Gebäudebrandversicherung zuständigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts den Erhebungsstellen auf Anforderung Vor- und Familiennamen oder Bezeichnung sowie Gemeinde, Straße, Hausnummer der Eigentümer und Verwalter der nach § 2 Abs. 1 VZG zu erhebenden Gebäude und Unterkünfte mit. In der Mehrzahl aller Fälle wurde auf die Eigentümeranschriften der Brandversicherer zurückgegriffen, wie *Tabelle 3* zeigt.

Ziel und Inhalt der Gebäudevorerhebung

Mit der Gebäudezählung wird der Gesamtbestand an Gebäuden mit Wohnraum und ständig bewohnten Unterkünften ermittelt. Zusammen mit der Wohnungszählung ergeben sich daraus wichtige Informationen über die Struktur des Wohnungsbestandes, gegliedert nach der Gebäudeart, dem Baualter, der Förderung mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus sowie nach den Eigentumsverhältnissen.

⁶ Zu den Rechtsgrundlagen des Zählungswerks vgl. Bronnenmayer, Klaus: Volkszählung 1987 — Rechtsgrundlagen, erscheint in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Erscheinungstermin Mitte 1987; speziell zur Aufgabenverteilung zwischen Kreis und Gemeinde vgl. Miller, Manfred: Die Aufgaben der Landkreise bei der Volkszählung 1987, in: Landkreisanrichten aus Baden-Württemberg 1986, S. 75-77.

Tabelle 3
Datenanforderung nach Art der Körperschaft und Regierungsbezirke

Datenanforderung gem. §11, Abs. 2 VZG	Ins- gesamt	Davon Art der Körperschaft				
		Stadtkreis	Große Kreisstadt	Übrige Kreisangehörige Gemeinde	Gemeindever- waltungsverband Verwaltungs- gemeinschaft	Landkreis als örtliche Erhebungsstelle
	%					
Regierungsbezirk Stuttgart						
Gebäudebrandversicherung	96	50	100	96	100	100
Grundsteuerdatei	3	50	—	4	—	—
Keine.	0	—	—	0	—	—
Andere	—	—	—	—	—	—
Zusammen	100	100	100	100	100	100
Regierungsbezirk Karlsruhe						
Gebäudebrandversicherung	97	80	100	96	100	100
Grundsteuerdatei	1	20	—	1	—	—
Keine.	2	—	—	3	—	—
Andere	—	—	—	—	—	—
Zusammen	100	100	100	100	100	100
Regierungsbezirk Freiburg						
Gebäudebrandversicherung	94	100	100	93	94	100
Grundsteuerdatei	3	—	—	4	—	—
Keine.	3	—	—	3	6	—
Andere	—	—	—	—	—	—
Zusammen	100	100	100	100	100	100
Regierungsbezirk Tübingen						
Gebäudebrandversicherung	94	100	91	93	100	100
Grundsteuerdatei	2	—	—	2	—	—
Keine.	5	—	9	5	—	—
Andere	—	—	—	—	—	—
Zusammen	100	100	100	100	100	100
Land Baden-Württemberg						
Gebäudebrandversicherung	95	78	99	94	98	100
Grundsteuerdatei	3	22	—	3	—	—
Keine.	2	—	1	3	2	—
Andere	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Die Wohnungs- und Städtebaupolitik muß auf regionale Besonderheiten abgestimmt sein. Flächendeckende Angaben sind daher unverzichtbar. Im einzelnen dient die Frage nach der Gebäudeart dem Zweck, Struktur und Nutzung von Gebäuden zu ermitteln. Von Gebäuden abzugrenzen sind dabei ständig bewohnte Unterkünfte, die für eine dauernde Verwendung als Wohnraum nicht geeignet sind.

Die Frage nach dem Baualter der Gebäude dient der Beurteilung ihres Zustandes und eines möglichen Modernisierungsbedarfs. Wichtig sind diese Angaben unter anderem bei der Berechnung von Mieten sowie bei der Festsetzung von Wohngeld oder der Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

Während die Fragen 1 bis 4 auf dem Gebäudebogen zum Erhebungsprogramm der Gebäude- und Wohnungszählung gehören, dienen die Fragen A und B zur organisatorischen Vorbereitung der Haupterhebung. Die vier gebäudestatistischen Merkmale (Fragen 1 bis 4) werden von der Erhebungsstelle im Zuge der Haupterhebung manuell in einen Wohnungsbogen mit Gebäudeangaben, vorzugsweise in den Bogen eines Hauptmieters, übertragen. Die mit den Fragen A und B erhobenen Angaben werden dagegen dazu benutzt, um die Unterlagen für die Zähler zu portionieren. Darüber hinaus können diese Angaben in die Begehungslisten für die Zähler eingearbeitet werden und erleichtern dem Zähler die Abwicklung der Haupterhebung vor Ort.

Der Gebäudebogen wird im Statistischen Landesamt nicht maschinell verarbeitet. Nach Übertragung der Angaben zu den Fragen 1 bis 4 in einen Wohnungsbogen mit Gebäudeangaben werden die Gebäudebogen zusammen mit dem Haushaltsheft in den Haushaltsmantelbogen eingelegt und an das Statistische Landesamt weitergeleitet, wo die Übertragung der gebäudestatistischen Merkmale in die Erhebungsvordrucke für die Haupterhebung überprüft werden kann.

Organisation und Abwicklung der Gebäudevorerhebung

Bereitstellung des Adressenmaterials

Wie sich aus *Tabelle 3* ergibt, steht die Gebäudevorerhebung auf der Basis der bei den Gebäudebrandversicherungsanstalten pflichtversicherten Gebäudeeigentümer im Vordergrund. Freilich ist das Adressenmaterial der Gebäudebrandversicherungsanstalten an anderen Verwendungszwecken orientiert. Darüber hinaus konnte eine saubere Trennung von Wohngebäuden bzw. Nebengebäuden nicht ohne weiteres gewährleistet werden. Eine manuelle Durchsicht des bereitgestellten Adressenmaterials war daher unumgänglich. Teilweise wurde auf die Grundsteuerdateien bzw. -karteien zurückgegriffen, um das Adressenmaterial für die Gebäudevorerhebung bereitzustellen.

Die Gebäudebrandversicherungsanstalten übermittelten nach Anforderung durch die jeweilige Gemeinde den Anschriftenbestand an die Datenzentrale Baden-Württemberg, wo eine Aufbereitung des Materials sowie die Verteilung an die beteiligten Regionalen Rechenzentren vorgenommen wurde. Als standardmäßig angebotene Serviceleistung übernahmen die Regionalen Rechenzentren das Bedrucken des Gebäudebogens mit den Anschriften des Gebäudeeigentümers sowie der Erhebungsstelle und den Angaben zur kleinräumigen Gliederung. Für diejenigen

Gemeinden ohne Anschluß an ein Regionales Rechenzentrum bestand die Möglichkeit, vom Statistischen Landesamt Aufkleber mit den jeweiligen Eigentümeranschriften zu beziehen.

Versand bzw. Verteilung der Gebäudebogen

Neben den Gebäudebogen war von den Erhebungsstellen ein Rücksendeumschlag, ein Informationsblatt zur Gebäudevorerhebung, der Text des Volkszählungsgesetzes sowie ein vom Landrat bzw. vom Bürgermeister unterzeichnetes Begleitschreiben an die Gebäudeeigentümer zu versenden oder per Boten zu übermitteln. Der Versand konnte aufgrund von Verzögerungen bei der Adressenbereitstellung im wesentlichen erst Anfang Februar 1987 landesweit abgeschlossen werden, wie sich aus *Tabelle 2* ergibt.

Die Rücksendung des Gebäudebogens an die jeweils zuständige Erhebungsstelle war für den Auskunftspflichtigen bei Verwendung des amtlichen Rücksendeumschlags gebührenfrei. Die Rücklaufkontrolle wird anhand der sogenannten Versand-/Kontrollliste vorgenommen. Diese Liste enthält die Eigentümeranschrift sowie die Angaben zum Versand bzw. zum Eingang des Gebäudebogens. Die Versand-/Kontrollliste enthält darüber hinaus Spalten zum Eintrag eventuell notwendig gewordener Mahnungen oder Heranziehungsbescheide.

Probleme bei der Abwicklung der Gebäudevorerhebung

Von kommunaler Seite wurde verschiedentlich Kritik am Inhalt bzw. der Gestaltung des Gebäudebogens geäußert. So war in Frage 1 häufig eine vollständige Nutzung des Gebäudes als Wohnheim angegeben, obwohl tatsächlich nur eine Nutzung als Wohngebäude vorlag. Besonders nachteilig wirkte sich hier die Regelung aus, wonach die Erhebungsstelle keine Veränderung von Angaben auf Erhebungspapieren ohne Rückfrage beim Auskunftspflichtigen vornehmen darf. Daher wurden besonders im Zusammenhang mit Frage 1 umfangreiche Nachfaßaktionen notwendig, obwohl die Erhebungsstellen aufgrund ihrer örtlichen Sachkenntnis die erforderlichen Angaben oft hätten selbst machen können.

Besondere Probleme traten auch bei der Abgrenzung von zu erfassenden Wochenend- und Ferienhäusern und nicht zu erfassenden Geräteschuppen, Hütten usw. auf. Hinweise auf verschiedene Abgrenzungskriterien wie Anschluß an Strom- und Wassernetz, Anmeldung bei der Gebäudebrandversicherung oder der Meldepflicht waren nur zum Teil möglich, da diese Kriterien meist auf die Gebäude- und Wohnungszählung 1968 zurückgehen und bei der Gebäudevorerhebung letztlich von der Nutzung der Gebäude auszugehen ist.

In einigen Fällen wurde auch festgestellt, daß Wochenendhausbesitzer die Frage nach der Existenz von Wohnraum im Gebäude (Frage 1) verneinten und die Beantwortung des Fragebogens abbrachen. Weitere Untersuchungen über die Qualität des Rücklaufs sind insofern unerlässlich. Unklarheiten traten auch im Zusammenhang mit Eigentümergemeinschaften auf. Wurden sämtliche Eigentümer befragt, war teilweise anstatt der Gesamtzahl der Wohnungen im Gebäude nur eine „1“ angegeben. Wurde nur die Verwaltungsgesellschaft oder ein einzelner Eigentümer befragt, gab es Unklarheiten bei der Beantwortung der Frage 4. Dadurch wurde eine umfangreiche Nacharbeit durch die örtlichen Erhebungsstellen erforderlich. Die Angaben zur

Frage 4 fehlten oft. In diesem Zusammenhang geht aus den Erläuterungen zum Gebäudebogen nicht hervor, daß die Frage nur dann zu beantworten ist, wenn sich das Gebäude noch in der Förderung befindet und die Mieter somit über einen Wohnberechtigungsschein verfügen müssen. Nicht zuletzt bereitete die Erfassung von leerstehenden Wohnungen einige Schwierigkeiten. Die Eigentümer von leerstehenden Gebäuden schickten die Gebäudebogen gelegentlich unausgefüllt mit der Bemerkung an die Erhebungsstellen zurück, das Gebäude enthalte keinen Wohnraum.

Zusammenfassung

Mit der Gebäudevorerhebung wird ein Teil der Gebäude- und Wohnungszählung vorweggenommen. Wie bereits 1968 konnte die Gebäudevorerhebung sowohl als partielle oder als totale Gebäudevorerhebung durchgeführt werden.⁷ Die Abwicklung erfolgte jedoch im Gegensatz zum Konzept aus dem Jahr 1968 fast ausschließlich auf postali-

sem Weg. Lediglich vereinzelt wurden die Unterlagen zur Gebäudevorerhebung aus Kostengründen mit Hilfe von Amtsboten an die Eigentümer übermittelt. Auch hat der Gesetzgeber eine Beschränkung der Datenübermittlung an die Erhebungsstellen auferlegt. Nach § 11 Abs. 2 VZG konnte nur noch Adreßmaterial der für die Grundsteuer zuständigen Stellen sowie der Gebäudebrandversicherungsanstalten als Grundlage für den Versand bzw. die Verteilung der Gebäudebogen verwendet werden.

Wie bereits 1968 bereitete die Frage nach der Förderung von Wohnungen mit öffentlichen Mitteln beim Ausfüllen des Gebäudebogens besondere Schwierigkeiten.⁸ Die bekannten Probleme wurden bei der Konzeption des Gebäudebogens also nur zum Teil gelöst. Dasselbe gilt für die Definitions- und Abgrenzungsprobleme im Zusammenhang mit der Erfassung von Wochenend- und Ferienhäusern.⁹ Eine detaillierte Analyse muß freilich weiteren methodischen Untersuchungen vorbehalten bleiben.

Erschwerend kommt hinzu, daß die Erhebungsstelle nach den nunmehr geltenden Vorschriften ohne Rückfrage beim Auskunftspflichtigen keine Korrektur von Einzelbelegen vornehmen kann. 1968 konnte die Zählungsdienststelle dagegen die Papiere „unter Zugrundelegung der bei der Gemeinde vorhandenen Unterlagen“ selbst ausfüllen.¹⁰ Die Chancen, die ein gegenüber 1968 wesentlich reduziertes Fragenprogramm bot, konnten somit nicht in dem wünschenswerten Maß genutzt werden. Der verbliebene Spielraum zur Verbesserung der Gebäude- und Wohnungszählung muß deshalb so intensiv wie möglich genutzt werden, um eine mit früher vergleichbare Qualität der Zählung gewährleisten zu können.

Dr. Manfred Miller

⁷ Zur Organisation und zum Konzept der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 vgl. Statistisches Bundesamt: Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968, Heft 1, Methodische Grundlagen, Stuttgart u.a. 1975.

⁸ Statistisches Bundesamt, Gebäude- und Wohnungszählung, Heft 1, S. 38 f.

⁹ Vgl. hierzu Statistisches Bundesamt: Gebäude- und Wohnungszählung, Heft 1, S. 140.

¹⁰ Statistisches Bundesamt: Gebäude- und Wohnungszählung, Heft 1, S. 151.



VOLKSZÄHLUNG 1987

Gebäudebogen

<div style="border: 1px solid black; height: 80px; margin-bottom: 10px;"></div> <div style="border: 1px solid black; height: 120px;"></div>	<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin-bottom: 10px;">Rücksendetermin: <i>Bitte den Bogen innerhalb einer Woche an nebenstehende Adresse zurücksenden.</i></div> <div>Nur von der Gemeinde auszufüllen:</div> <div style="margin-top: 10px;"><div style="display: flex; justify-content: space-between;"><div>Lfd. Nr.</div><div><div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 15px;"></div></div></div><div style="display: flex; justify-content: space-between;"><div>Gemeindeschlüssel</div><div><div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 15px;"></div></div></div><div style="display: flex; justify-content: space-between;"><div>Gemeindeteil</div><div><div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 15px;"></div></div></div><div style="display: flex; justify-content: space-between;"><div>Straßenschlüssel</div><div><div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 15px;"></div></div></div><div style="display: flex; justify-content: space-between;"><div>Block/-seite</div><div><div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 15px;"></div></div></div><div style="display: flex; justify-content: space-between;"><div>Zählbezirks-Nr.</div><div><div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 15px;"></div></div></div></div>
---	--

Rechtsgrundlage: Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. 11. 1985 (BGBl. I S. 2078) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 14. 3. 1980 (BGBl. I S. 289).

Hinweise zum Ausfüllen des Bogens siehe Rückseite

Gebäude, für das Angaben erhoben werden:		
Straße, Haus-Nr.	PLZ	Gemeinde
<div style="border: 1px solid black; height: 20px;"></div>	<div style="border: 1px solid black; width: 40px; height: 20px;"></div>	<div style="border: 1px solid black; width: 300px; height: 20px;"></div>
Um evtl. Rückfragen zu erleichtern, bitten wir um <u>freiwillige</u> Angabe der Telefonnummer: _____		

A Wie viele Wohnungen sind im Gebäude vorhanden? <div style="border: 1px solid black; width: 60px; height: 20px; display: inline-block;"></div>	
Falls keine Wohnungen vorhanden : Keine weiteren Fragen beantworten, aber auch in diesem Fall Bogen bitte zurücksenden.	
Bitte so markieren	
B Sind Arbeitsstätten (z.B. Betriebe, Büros) im Gebäude vorhanden? nein ()	
ja ()	
Falls ja: Bitte Anzahl angeben <div style="border: 1px solid black; width: 60px; height: 20px; display: inline-block;"></div>	

Nur für Gebäude mit Wohnraum und ständig bewohnte Unterkünfte!

<div>1 Gebäudeart ★ Wohngebäude . . . <i>(Gebäude mindestens zur Hälfte für Wohnzwecke genutzt)</i> sonstiges Gebäude mit Wohnraum . . . bewohnte Unterkunft (z. B. Baracke) . . . Außerdem bei Wohnheimen: Wird dieses Gebäude vollständig oder teilweise als Wohnheim genutzt ? vollständig . . . teilweise . . .</div> <div>2 Wer ist Eigentümer(in), Kaufanwärt. bzw. Erbbauberechtigte(r) des Gebäudes ? Einzelperson oder Ehepaar . . . Erbengemeinschaft oder ähnliche Personengemeinschaft . . . Gemeinschaft von Wohnungseigentümern (nur bei Eigentumswohnungen) . . . gemeinnütziges Wohnungsunternehmen, Wohnungsbaugenossensch. oder Organ der staatl. Wohnungspolitik . . . freies Wohnungsunternehmen . . . sonstige(r) Eigentümer(in) . . .</div>	<div>3 Baujahr des Gebäudes <i>(Jahr der Bezugslertigstellung)</i> Bei Erweiterungs- und Umbauten ist das ursprüngliche Baujahr anzugeben, bei Wiederaufbau nach Totalschaden das Jahr des Wiederaufbaus. <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"><tr><td>bis 1900</td><td>68</td><td>78</td></tr><tr><td>1901-18</td><td>69</td><td>79</td></tr><tr><td>1919-48</td><td>70</td><td>80</td></tr><tr><td>1949-57</td><td>71</td><td>81</td></tr><tr><td>1958-62</td><td>72</td><td>82</td></tr><tr><td>63</td><td>73</td><td>83</td></tr><tr><td>64</td><td>74</td><td>84</td></tr><tr><td>65</td><td>75</td><td>85</td></tr><tr><td>66</td><td>76</td><td>86</td></tr><tr><td>67</td><td>77</td><td>87</td></tr></table></div> <div>4 Sind Wohnungen im Gebäude mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert ? ★ <i>(nur Erster Förderungsweg)</i> keine . . . alle . . . nur ein Teil . . .</div>	bis 1900	68	78	1901-18	69	79	1919-48	70	80	1949-57	71	81	1958-62	72	82	63	73	83	64	74	84	65	75	85	66	76	86	67	77	87
bis 1900	68	78																													
1901-18	69	79																													
1919-48	70	80																													
1949-57	71	81																													
1958-62	72	82																													
63	73	83																													
64	74	84																													
65	75	85																													
66	76	86																													
67	77	87																													

★ siehe Erläuterungen

Einige ausgewählte Rechtsfragen der Volkszählung im Spiegel der Rechtsprechung

Der Stichtag der Volkszählung 1987, der 25. Mai 1987, liegt nun schon eineinhalb Jahre zurück. Inzwischen ist die Aufbereitung der erhobenen Daten in Baden-Württemberg planmäßig vorangeschritten; mit der Feststellung der amtlichen Bevölkerungszahl ist termingerecht zu rechnen. Dementsprechend ist auch die „Aufregung“, die das Vorhaben Volkszählung in der Öffentlichkeit ausgelöst hat, abgeklungen.

Mit zur Beruhigung und Versachlichung der Diskussion um die Volkszählung haben sicherlich auch die Gerichte beigetragen, die sich in einer Vielzahl von Beschlüssen mit dem Volkszählungsgesetz 1987¹ (VZG) und den hierzu ergangenen landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen auseinandergesetzt haben. Zwar haben Verwaltungsgerichte in einigen Fällen im Rahmen des vorläufigen Rechtsschutzes nach § 80 Abs. 5 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) die aufschiebende Wirkung von Rechtsbehelfen gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung angeordnet²; in aller Regel hatten diese Beschlüsse aber keinen Bestand, sondern wurden von den Oberverwaltungsgerichten auf Beschwerde der Städte und Gemeinden, deren Erhebungsstellen die Heranziehungsbescheide erlassen hatten, abgeändert. Die obersten Verwaltungsgerichte der Länder haben, soweit ersichtlich, ausnahmslos die Verfassungsmäßigkeit des Volkszählungsgesetzes 1987 bestätigt und auch bei der organisatorischen Durchführung der Zählung keine Rechtsverstöße festgestellt.

Auch die 1. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) hat in einer Reihe von Beschlüssen, in denen Verfassungsbeschwerden von Auskunftspflichtigen gegen Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte nicht zur Entscheidung angenommen wurden, ausführlich zu umstrittenen Punkten der Volkszählung Stellung genommen. Durchgängig stellte das höchste deutsche Gericht dabei fest, daß weder die beanstandeten Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte noch die mittelbar angegriffenen Bestimmungen des Volkszählungsgesetzes Grundrechtsverletzungen erkennen ließen.³

Eine große Zahl der vorliegenden Entscheidungen der Gerichte ist nicht nur über den Einzelfall, sondern auch über die Volkszählung 1987 hinaus von Bedeutung. Bestäti-

gen sie doch, daß die im VZG enthaltenen neuartigen Bestimmungen zur Gewährleistung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung den vom Bundesverfassungsgericht in seinem grundlegenden Urteil vom 15. Dezember 1983 (sog. Volkszählungsurteil)⁴ geforderten ergänzenden verfahrensrechtlichen Vorkehrungen für die Durchführung und Organisation einer Zählung voll entsprechen. Damit sind wichtige Grundlinien für künftige Erhebungen vorgezeichnet.

Im folgenden Beitrag soll die Haltung der Gerichte zu einigen im Vorfeld der Erhebung – vor allem in Baden-Württemberg – besonders strittigen und im Hinblick auf die organisatorische Durchführbarkeit der Zählung bedeutsamen Punkten dargestellt werden. Angesichts der großen Anzahl der ergangenen Beschlüsse und der Vielzahl der von den Gerichten angesprochenen Einzelaspekte der Volkszählung waren Beschränkungen unerlässlich. Den Schwerpunkt bildet deshalb die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs (VGH) Baden-Württemberg und des Bundesverfassungsgerichts, soweit es zu den angesprochenen Problemen Stellung bezogen hat. Beschlüsse von Verwaltungsgerichten und von Oberverwaltungsgerichten anderer Bundesländer konnten nur im Einzelfall berücksichtigt werden.

Die Erhebungsstelle

Die Einrichtung und Abschottung der zur Durchführung der Volkszählung notwendigen Erhebungsstellen war, zumindest im Vorfeld der Zählung, eine der am stärksten umstrittenen Fragen. Insbesondere wurden Bedenken geäußert, ob die in § 9 Abs. 1 VZG vorgeschriebene räumliche, organisatorische und personelle Trennung der Erhebungsstellen auch in kleineren Gemeinden zu gewährleisten sei. Diese seien aufgrund ihrer personellen Ausstattung meist nicht in der Lage, Mitarbeiter für eine ausschließliche Tätigkeit in der Erhebungsstelle abzustellen, wodurch die Gefahr einer unzulässigen Vermischung von Volkszählungs- und Verwaltungstätigkeit vorprogrammiert sei. Folgerichtig wurde deshalb gefordert, nur Gemeinden über 20000 Einwohner die Durchführung der Volkszählung zu übertragen.⁵

Die zur Bestimmung der Erhebungsstellen und zur Ausgestaltung der Trennungsvorschriften nach § 9 Abs. 3 VZG zuständige Landesregierung in Baden-Württemberg folgte dieser Forderung aus mehreren Gründen nicht, sondern

¹ Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. November 1985 (BGBl. I S. 2078). Als Überblick zu den wichtigsten Vorschriften dieses Gesetzes vgl. auch Bronnenmayer, Klaus: Rechtsgrundlagen der Volkszählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/1987, S. 157.

Eine zusammenfassende Darstellung von Anlage und Durchführung der Volkszählung gibt Eberhard Frank, Die Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, VZ-Sonderheft Mai 1987, S. 1.

² Nach § 12 Abs. 5 VZG haben Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung keine aufschiebende Wirkung.

³ Vgl. z. B. die neueren Beschlüsse vom 24. 2. 1988 (1 BvR 151/88) und vom 15. 4. 1988 (1 BvR 1043/87), jeweils mit weiteren Nachweisen.

⁴ Az.: 1 BvR 209/83, BVerfGE 65,1 = NJW 1984, 419. Zur Bedeutung dieses Urteils vgl. Wingen, Max; Deininger, Rolf: Kontinuität und Wandel. Die amtliche Statistik in der 1. Hälfte der 80er Jahre, Stuttgart, 1987, S. 15 ff.

⁵ Vgl. Landesbeauftragte für den Datenschutz (LfD) Baden-Württemberg, 7. Tätigkeitsbericht, S. 36.

übertrag durch Rechtsverordnung die Zuständigkeit zur Durchführung der Volkszählung auf alle Gemeinden mit mehr als 8000 Einwohnern. Gleichzeitig wurde kleineren Gemeinden freigestellt, ebenfalls die Durchführungszuständigkeit zu beantragen, sofern sie die Erfüllung der Abschottungsvorschriften nachweisen konnten.⁶ Von dieser Möglichkeit machten die Gemeinden auch in erfreulichem Umfang Gebrauch: 659 von 848 Gemeinden unter 8000 Einwohnern in Baden-Württemberg konnten, nach entsprechender Überprüfung durch die Landratsämter, eigene Erhebungsstellen einrichten.

Ohne die Möglichkeit der Übertragung auf kleinere Gemeinden wäre eine ordnungsgemäße Durchführung der Volkszählung 1987 in Baden-Württemberg praktisch ausgeschlossen gewesen. Zum einen ist nur bei den Gemeinden selbst die Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten vorhanden, die für eine vollzählige Erfassung der Auskunftspflichtigen und damit für ein qualitativ zufriedenstellendes Ergebnis der Volkszählung erforderlich ist. Zum anderen wären die im anderen Fall zuständigen Landratsämter, legt man die geforderte Grenze von 20000 Einwohnern zugrunde, personell und organisatorisch überfordert gewesen. Dies hätte nämlich bedeutet, daß von 1110 Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg 1032 durch die Landratsämter zu erheben gewesen wären, im Durchschnitt von jedem Landratsamt also 29 Gemeinden. Was für Konsequenzen dies aller Voraussicht nach im Hinblick auf die zeitliche Dauer der Erhebung gehabt hätte, – die bereits jetzt gelegentlich als zu lang kritisiert wird –, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.

Auch die Verwaltungsgerichte schlossen sich den Bedenken in diesem Punkt nicht an. Bereits im April 1987 stellte das Verwaltungsgericht Sigmaringen⁷ fest, daß der Übertragung auf Gemeinden unter 8000 Einwohner nichts entgegenstehe, sofern die ordnungsgemäße Trennung der Erhebungsstelle gewährleistet sei. Es sei nicht ersichtlich, daß dies technisch und organisatorisch nicht möglich sein sollte. Im übrigen sei es Aufgabe der Aufsichtsbehörden, die Einhaltung der Vorschriften zu überwachen. § 9 Abs. 3 Satz 2 VZG enthalte gerade keine Einschränkungen in bezug auf die Gemeindegröße. Auch der VGH Baden-Württemberg bescheinigte noch vor dem Stichtag der Volkszählung die verfassungsrechtliche Unbedenklichkeit der Übertragung auf kleinere Gemeinden.⁸

Im selben Beschluß nahm der VGH auch zu einer anderen, heftig diskutierten Frage im Zusammenhang mit der Erhebungsstelle Stellung, nämlich, ob ein tageweiser Wechsel eines Mitarbeiters zwischen Erhebungsstelle und normaler Verwaltungstätigkeit zulässig ist. Das Finanzministerium Baden-Württemberg hatte in einer Verwaltungsvorschrift⁹ zwar einen stundenweisen Wechsel untersagt, die Möglichkeit eines tageweisen Wechsels aber bewußt offengelassen, damit die Gemeinden in den Fällen eines zeitweise sehr geringen oder sehr hohen Arbeitsanfalls in der Er-

hebungsstelle kurzfristig reagieren konnten. Eine Regelung, die jede Personalanpassung ausgeschlossen hätte, wurde zurecht als den Gemeinden nicht zumutbar erachtet, da dies eine Beeinträchtigung bei der Erfüllung der übrigen gemeindlichen Aufgaben zur Folge hätte haben können. Gegen diese Bestimmung wurde, unter anderem von der Landesbeauftragten für den Datenschutz (LfD) des Landes Baden-Württemberg, ins Feld geführt, daß infolge der engen zeitlichen Verzahnung beider Tätigkeiten die mit der personellen Trennung bezweckte Schutzwirkung nicht mehr eintreten könne.¹⁰

Der VGH Baden-Württemberg¹¹ teilt diese Meinung nicht. Er sieht keine rechtlichen Normen, die einem tageweisen Einsatz in der Erhebungsstelle entgegenstehen. Auch unter Beachtung des in Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz gewährleisteten Persönlichkeitschutzes sei ein Wechsel nicht zu beanstanden. Ohne den Einsatz von Personen, die sonst im Verwaltungsvollzug tätig seien, lasse sich die grundsätzlich zulässige Volkszählung nicht durchführen. Daß diese Bediensteten bei der Volkszählung dem Statistikgeheimnis unterworfenen Daten erfahren, müsse als eine unvermeidbare Folge der Volkszählung in Kauf genommen werden. Ob nun ein Bediensteter nur einmal oder wiederholt an seinen regelmäßigen Arbeitsplatz zurückkehre, mache allenfalls quantitativ, nicht aber in der verfassungsrechtlich relevanten Intensität einen Unterschied. Bedenke man, daß das Risiko einer unzulässigen Verwertung im Gedächtnis „gespeicherter“ Daten mit der Zahl ihrer Träger eher steige, spreche viel dafür, daß der wiederholte Einsatz ein und derselben Person dem Persönlichkeitsschutz mehr diene, als der lediglich einmalige Einsatz einer größeren Zahl von Bediensteten. Eine effektive und verfassungsrechtlich gebotene Sicherung vor einer unbefugten Verwertung der Volkszählungsdaten biete die in § 9 Abs. 2 VZG und § 4 Abs. 4 der baden-württembergischen Durchführungsverordnung zum Volkszählungsgesetz normierte Geheimhaltungspflicht und das Verwertungsverbot.

Daß diese Bestimmungen ausreichend seien, wurde von der baden-württembergischen Datenschutzbeauftragten vehement bestritten. Sie forderte, analog zur Regelung für Zähler in § 10 Abs. 5 Nr. 2 VZG, solche Verwaltungsbediensteten nicht für einen Einsatz in der Erhebungsstelle zuzulassen, bei denen in Folge der Art ihrer beruflichen Tätigkeit die Gefahr bestehe, „daß sie ihr Wissen aus den ausgefüllten Volkszählungsbogen eines Tages gegen den Bürger verwenden“.¹² Gemeint waren speziell Mitarbeiter der Bereiche Ordnungsamt, Melde-, Steuer- und Sozialwesen. Das Finanzministerium Baden-Württemberg griff diese Forderung allerdings nicht auf. Es empfahl den Gemeinden lediglich, in der Erhebungsstelle keine Mitarbeiter aus dem Bereich des Einwohnermeldewesens einzusetzen, sofern dies die personelle Ausstattung der Körperschaft zulasse.¹³ Eine andere Regelung hätte es selbst mittleren Gemeinden unmöglich gemacht, örtliche Erhebungsstellen einzurichten.

⁶ § 3 der Verordnung der Landesregierung und des Finanzministeriums zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 vom 30. Juni 1986 (GBl. S. 252).

⁷ Beschluß vom 22. April 1987, Az.: 2 K 442/87.

⁸ Beschluß vom 21. Mai 1987, Az.: Z 10 S 1/87, NJW 1987, 1717.

⁹ Nr. 1.3 der Verwaltungsvorschrift des Finanzministeriums zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 (VwV-VZG 1987) vom 1. Oktober 1986, GBl. S. 945.

¹⁰ Vgl. LfD, 8. Tätigkeitsbericht, S. 56.

¹¹ Beschluß vom 21. Mai 1987, a. a. O.

¹² LfD, 7. Tätigkeitsbericht, S. 39. Vgl. auch 8. Tätigkeitsbericht, S. 53 ff.

¹³ Nr. 1.3 VwV-VZG 1987.

Auch der Gesetzgeber hielt eine Ausschlußbestimmung bei Erhebungsstellenmitarbeitern offensichtlich nicht für erforderlich, da die Verpflichtung auf das Statistikgeheimnis, das Verwertungsverbot sowie die im öffentlichen Dienst generell geltende Verschwiegenheitspflicht zusammenwirken und einen Mißbrauch der Daten ausschließen würden.¹⁴ Der VGH Mannheim schloß sich dieser Auffassung in vollem Umfang an. Der Normgeber habe – wie auf anderen Gebieten auch, wo er durch Schweigegebote Persönlichkeitsrechte schütze –, davon ausgehen können, daß das strikte Verwertungsverbot im Einzelfall eingehalten werde.¹⁵

Auswahl und Einsatz der Zähler

Ebenso umstritten wie die Abschottung der Erhebungsstelle waren auch die Person und die Befugnisse des Zählers. Zwar war nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur geplanten Volkszählung 1983 klar, daß Zähler generell eingesetzt werden können.¹⁶ Doch war man vor allem über die Auslegung der in § 10 Abs. 5 VZG enthaltenen Vorschriften über die Auswahl und den Einsatz der Zähler, die nach Ansicht des BVerfG den Vorgaben des Volkszählungsurteils im übrigen hinreichend Rechnung tragen und nicht gegen Verfassungsrecht verstoßen¹⁷, geteilter Meinung. In diesen Differenzen spiegelten sich die gegensätzlichen Interessen des Datenschutzes und der Verwaltung – insbesondere natürlich der die VZ durchführenden Gemeinden – wider.

Nach dem VZG durfte niemand als Zähler eingesetzt werden, wenn auf Grund seiner beruflichen Tätigkeit oder aus anderen Gründen zu besorgen war, daß Erkenntnisse aus der Zählertätigkeit zu Lasten der Auskunftspflichtigen genutzt wurden. Zum anderen war ein Einsatz in der unmittelbaren Nähe der Wohnung (Nachbarschaft) ausgeschlossen. Während die Landesbeauftragte für den Datenschutz alle Mitarbeiter aus „sensiblen“ Bereichen der Verwaltung generell von einer Zählertätigkeit ausnehmen wollte (so auch Mitarbeiter von Sozial- und Jugendämtern, kommunalen Steuerämtern und anderen Leistungsgewährenden Stellen)¹⁸, entschloß sich das Finanzministerium Baden-Württemberg, lediglich Polizeivollzugsbeamte, Bedienstete der Steuerverwaltung sowie Staats- und Amtsanwälte generell nicht als Zähler zuzulassen, und in allen anderen Fällen eine Einzelfallprüfung vorzuschreiben. Darüber hinaus durften Mitarbeiter des Einwohnermeldeamts nicht in der Gemeinde, in der sie beschäftigt waren, zählen. Hinsichtlich des Einsatzes in der Nachbarschaft wurde verfügt, daß kein Zähler in dem Arbeitsbezirk, in dem er selbst wohnt, als Zähler tätig werden darf.¹⁹ Denn wenn auch die Erfüllung beider Forderungen unter dem Gesichtspunkt einer optimalen Gewährleistung des Datenschutzes wünschenswert gewesen wäre, konnte das Interesse der Gemeinden, möglichst Bedienstete aus allen Bereichen der Verwaltung gleichmäßig für eine Zählertä-

tigkeit vorzusehen, und das Interesse der Zähler, angesichts der Vielzahl der erforderlichen Besuche bei den Auskunftspflichtigen möglichst ortsnah eingesetzt zu werden, nicht gänzlich unberücksichtigt bleiben. Auch in diesem Punkt verlangte die LfD eine wesentlich weitergehende Regelung.²⁰

Während die Anforderungen an die Abschottung der Erhebungsstellen durch eine große Zahl gerichtlicher Entscheidungen weitgehend geklärt wurde, ist die Frage der Umsetzung der genannten Vorschriften zum Zählereinsatz im wesentlichen offen geblieben. Sofern in den gerichtlichen Verfahren von den Auskunftspflichtigen Mängel beim Zählereinsatz gerügt wurden, waren diese Mängel für die Entscheidung meist nicht mehr erheblich. Durch die den Verfahren zugrunde liegenden Heranziehungsbescheide werde, so der VGH Mannheim, die gesetzliche Auskunftspflicht neu aktualisiert und der Auskunftspflichtige aufgefordert, die ausgefüllten Erhebungsunterlagen unmittelbar der Erhebungsstelle zuzusenden. Damit scheide eine Verletzung und Gefährdung von Persönlichkeitsrechten durch einen nicht sachgemäß oder rechtswidrig arbeitenden Zähler von vornherein aus.²¹

So sind zum Problem der Interessenkollision bei Zählern und zum Begriff der Nachbarschaft nur wenige Einzelentscheidungen bekannt geworden. Der VGH München hat im Verfahren einer als Zählerin herangezogenen Mitarbeiterin des Arbeitsamtes nicht auf die generelle Interessenkollision abgestellt und den Einsatz von Mitarbeitern des Arbeitsamtes nicht grundsätzlich für bedenklich gehalten.²² Das VG Saarlouis hält einen Zählereinsatz zumindest in dem Fall für unbedenklich, wenn zwischen der Wohnung des Zählers und der des Auskunftspflichtigen mehrere hundert Meter liegen²³, während das VG Ansbach lediglich eine Befragung auf dem Grundstück, auf dem der Zähler selbst wohnt, und auf dem unmittelbar angrenzenden Grundstück ausschließt.²⁴

Geklärt ist hingegen die Frage, ob es rechtlich zulässig war, die nach § 11 Abs. 1 VZG von den Meldebehörden an die Erhebungsstellen zur Organisation der Zählung zu übermittelnden Daten der Auskunftspflichtigen in die für die Zähler bestimmten Begehungslisten aufzunehmen. Diese Listen sollten den Zählern als Hilfsmittel dienen, die Auskunftspflichtigen aufzufinden.

Während der Gesetzgeber es offensichtlich aus eben diesem Grunde für erforderlich hielt, die Angaben aus den Melderegistern auch den Zählern an die Hand zu geben²⁵, wollte die LfD nur einer Liste mit reduzierten Angaben zustimmen. Sie begründete dies damit, daß der Zähler sonst mehr erfahre, als ihm die Bürger nach § 13 Abs. 5 VZG mündlich mitteilen müßten.²⁶

¹⁴ Vgl. Begründung zu § 9 VZG, BT-Drs. 10/2814, S. 21.

¹⁵ Vgl. Beschlüsse vom 17. November 1987, Az.: Z 10 S 333/87, und vom 21. Mai 1987, a. a. O.

¹⁶ Az.: 1 BvR 209/83, a. a. O., S. 425.

¹⁷ Beschluß vom 28. September 1987, Az.: 1 BvR 1122/87, NJW 1988, 961.

¹⁸ Vgl. LfD, 8. Tätigkeitsbericht, S. 38.

¹⁹ Nr. 3.4 und 3.5 VwV-VZG 1987.

²⁰ Vgl. LfD, 8. Tätigkeitsbericht, S. 35 ff.

²¹ Beschluß vom 17. November 1987, Az.: Z 10 S 333/87.

²² Beschluß vom 22. Mai 1987, Az.: 5 CS 87.0140.

²³ Beschluß vom 24. Juni 1987, Az.: 1 F 130/87.

²⁴ Beschluß vom 25. Mai 1987, Az.: AN 2 S 87.00911.

²⁵ In der Begründung zu § 11 VZG (BT-Drs. 10/2814, S. 23) heißt es: „Diese Daten ermöglichen es dem Zähler überhaupt erst, den auskunftspflichtigen Einwohner aufzufinden“.

²⁶ LfD, 8. Tätigkeitsbericht, S. 45.

Mit dieser Argumentation wird allerdings verkannt, daß § 11 Abs. 1 Satz 1 und § 13 Abs. 5 VZG ganz unterschiedliche Zwecke verfolgen. Während dem Zähler nach der erstgenannten Bestimmung Angaben aus dem Melderegister zur Verfügung gestellt werden, um die in der Begehungsliste aufgeführten Personen aufzufinden und zu identifizieren, dienen die vom Auskunftspflichtigen dem Zähler mündlich zu erteilenden Angaben (zum Beispiel Name, Zahl der Personen im Haushalt, Zahl der Haushalte in der Wohnung) der weiteren ordnungsgemäßen Durchführung der Zählertätigkeit, beispielsweise dem Zweck, die erforderliche Anzahl von Erhebungsbogen auszuhändigen. § 13 Abs. 5 VZG kann schon deshalb nicht für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit der Begehungsliste herangezogen werden.

Daß der Gesetzgeber keine gesonderten Regelungen in Bezug auf die Nutzung, den Verbleib und die Vernichtung der bei der Volkszählung verwendeten Organisationspapiere, insbesondere auch der Begehungslisten, erlassen mußte, wird vom BVerfG in mehreren Beschlüssen festgestellt.²⁷ Auch betonen die Verfassungsrichter, daß die Aufnahme der Melderegisterdaten in die Begehungslisten nicht auf verfassungsrechtlich erhebliche Bedenken stößt.²⁸ Zudem erkennen sie die Notwendigkeit der Bekanntgabe der Melderegisterdaten an die Zähler ausdrücklich an.²⁹

EDV-Einsatz in der Erhebungsstelle

Von erheblicher Bedeutung für eine termingerechte Abwicklung der Volkszählung, vor allem in großen Gemeinden, war die Möglichkeit des Einsatzes der elektronischen Datenverarbeitung. Sie konnte für eine Vielzahl von in der Erhebungsstelle anfallenden kosten- und zeitaufwendigen Arbeiten herangezogen werden, zum Beispiel zur Adressierung von Schreiben, für Rückfragen, zur Rücklaufkontrolle der ausgegebenen Erhebungsvordrucke und zur Durchführung von Heranziehungs- und Verwaltungsvollstreckungsverfahren. Daß der Einsatz von EDV-Geräten zur Durchführung der Volkszählung eine ganze Reihe Probleme im Hinblick auf den Datenschutz aufwerfen würde und deshalb umfassende personelle, technische und organisatorische Sicherungsmaßnahmen getroffen werden mußten, war allen mit der Volkszählung befaßten Stellen von vornherein klar. Das Finanzministerium Baden-Württemberg erließ deshalb eine spezielle Verwaltungsvorschrift³⁰, die detaillierte Bestimmungen enthielt unter anderem über die zu speichernden Daten, über die zu treffenden Sicherungsvorkehrungen sowie über den Zeitpunkt der Löschung der Daten. Die Vorschrift stellte es den Gemeinden dabei frei, entweder in der Erhebungsstelle selbst kleinere Rechner ohne Verbindung nach außen einzusetzen, oder in der Erhebungsstelle Terminals aufzustellen, die mit den zentralen Rechnern des regionalen oder städtischen Rechenzentrums verbunden waren.

Während gegen die erste Lösung von Seiten des Datenschutzes keine gravierenden Bedenken erhoben wurden, sofern ausreichende Sicherungsmaßnahmen vorgesehen seien, wurde eine Verbindung zwischen Erhebungsstelle und Zentralrechner wegen eines angeblichen Verstoßes gegen das Abschottungsgebot nach § 9 Abs. 1 VZG für unzulässig erachtet.³¹ Die Erhebungsstelle speichere die Daten außerhalb ihrer Räume. Zudem könne sie über diese Daten nicht mehr allein bestimmen, sondern sei auf das Bedienungspersonal des Rechenzentrums angewiesen, das gleichzeitig Arbeiten für andere Verwaltungsstellen ausführe.

Daß das Volkszählungsgesetz eine solche Beurteilung nicht deckt, machte der VGH Baden-Württemberg mit Beschluß vom 7. 9. 1987³² deutlich. Er stellt grundsätzlich fest, daß das VZG es nicht verbietet, für Daten, die ausschließlich der Organisation und dem technischen Ablauf des Volkszählungsverfahrens dienen, Daten- und Textverarbeitungssysteme einzusetzen. Es sei deshalb dem Finanzministerium auch nicht verwehrt gewesen, entsprechende Verwaltungsvorschriften zu erlassen. Auch gegen den Einsatz regionaler Großrechenanlagen gebe es keine Bedenken, da unter der Nr. 4 der Verwaltungsvorschrift zahlreiche Sicherungsregelungen enthalten seien, die gewährleisten, daß die verarbeiteten Volkszählungsdaten nicht mißbräuchlich verwendet würden.

So war in der Verwaltungsvorschrift unter anderem vorgesehen, daß die Erfassung der Daten ausschließlich durch Mitarbeiter der Erhebungsstelle zu erfolgen hatte, daß die Zugriffsberechtigung auf Volkszählungsdaten auf einzelne Bedienstete des Rechenzentrums zu beschränken war, die zudem schriftlich auf die Geheimhaltung verpflichtet werden mußten, und daß Unterlagen für die Volkszählung in einer gesonderten Schicht außerhalb des Normalbetriebs des Rechenzentrums zu drucken und der Erhebungsstelle unmittelbar verschlossen zuzuleiten waren.

Die Vernichtung der Erhebungsunterlagen

Hohe Wellen, wiederum vor allem in Baden-Württemberg, schlug auch die Auseinandersetzung um den Zeitpunkt der Vernichtung der Erhebungsvordrucke. Mitte November 1987 hatte das VG Sigmaringen in mehreren hundert Eilverfahren³³ nach § 80 Abs. 5 VwGO überraschend die aufschiebende Wirkung von Widersprüchen gegen Heranziehungsbescheide angeordnet. Begründet wurde dies damit, daß das Statistische Landesamt Erhebungsvordrucke wie zum Beispiel die Haushaltsmantelbogen, Personen- und Wohnungsbogen, aber auch die Regional- und Gemeindeflisten nicht zu dem in § 15 Abs. 2 VZG vorgeschriebenen frühestmöglichen Zeitpunkt vernichten wolle, sondern erst zwei Wochen nach der bestandskräftigen Feststellung der amtlichen Bevölkerungszahl des Landes. Diesen Zeitpunkt sehe § 15 Abs. 2 VZG als spätesten Vernichtungszeitpunkt vor, nicht aber als Regelzeitpunkt, zu dem er durch die Praxis des Statistischen Landesamtes werde. Das Amt verfehle damit seine sich aus Beschlüssen des Bundesverfas-

²⁷ So z.B. Beschluß vom 15. April 1988, Az.: 1 BvR 1043/87, und Beschluß vom 24. September 1987, Az.: 1 BvR 970/87, NJW 1987, 2805.

²⁸ Beschluß vom 15. April 1988, Az.: 1 BvR 1043/87.

²⁹ Beschluß vom 24. Februar 1988, Az.: 1 BvR 151/88.

³⁰ Verwaltungsvorschrift des Finanzministeriums zum Einsatz der Automatisierten Datenverarbeitung bei der Durchführung der Volkszählung 1987 vom 15. April 1987, GABl. S. 401.

³¹ LfD, 7. Tätigkeitsbericht, S. 44.

³² Beschluß vom 7. September 1987, Az.: Z 10 S 28/87, NJW 1987, 2835.

³³ Vgl. beispielhaft die Beschlüsse vom 16. November 1987, Az.: Z 1 K 1702/87, und vom 19. November 1987, Az.: Z 6 K 1136/87.

sungsgerichts³⁴ ergebende Verpflichtung, für jede der Erhebungsunterlagen den jeweils frühestmöglichen Zeitpunkt zu ermitteln und die Vernichtung zu diesem Zeitpunkt vorzunehmen. Als „frühestmöglichen Zeitpunkt“ sieht das Verwaltungsgericht selbst zurecht den Augenblick an, in dem die Erhebungsunterlagen für Zwecke der Volkszählung nicht mehr benötigt werden. Allerdings legt es diese „Zwecke der Volkszählung“ viel zu eng aus und kommt deshalb zu dem Ergebnis, daß mit dem Abschluß der maschinellen Plausibilitätskontrollen die Erhebungsvordrucke zur statistischen Aufbereitung und Auswertung der Volkszählungsdaten nicht mehr benötigt würden. Nach diesem Arbeitsschritt seien deshalb die Unterlagen sukzessiv Gemeinde um Gemeinde zu vernichten.

Das Gericht befand sich mit dieser Forderung in völliger Übereinstimmung mit der baden-württembergischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.³⁵ Beide ließen die Argumente, die aus fachlicher Sicht zwingend für eine längere Aufbewahrung der Erhebungsvordrucke sprachen, nicht gelten. So mußte der VGH Mannheim aufgrund einer Vielzahl von Beschwerden betroffener Gemeinden über den vom Gesetz vorgeschriebenen Vernichtungszeitpunkt entscheiden. Er schloß sich der Rechtsauffassung des VG Sigmaringen nicht an, sondern anerkannte voll die Notwendigkeit, im Interesse eines möglichst genauen und richtigen statistischen Ergebnisses einen Teil der Erhebungsunterlagen bis zur Feststellung der amtlichen Bevölkerungszahl des Landes aufzubewahren.³⁶

Der VGH faßt den Begriff „Zweck der Volkszählung“ wesentlich weiter als das VG. Zentraler und zugleich legitimer Zweck sei die Feststellung der amtlichen Bevölkerungszahl von Bund, Ländern und Gemeinden. Wesentlich für den Erfolg dieser Totalerhebung sei die Richtigkeit der aus den Daten gewonnenen Feststellungen, wie auch das BVerfG im Volkszählungsurteil 1983 herausgestellt habe. Annähernd verlässliche Daten erforderten jedoch Prüfungs-

mechanismen, mit deren Hilfe Fehler aufgespürt, analysiert und bereinigt werden könnten. Mit den maschinellen Plausibilitätskontrollen sei es nicht getan, da durch sie nur Widersprüche einzelner Bögen in sich festzustellen seien. Unstimmigkeiten, die sich erst im Vergleich mit den Ergebnissen in anderen räumlichen Bereichen herausstellten, könnten erst durch spätere Konsistenzprüfungen aufgeklärt werden. Dazu bedürfe es – dies sei vom Statistischen Landesamt überzeugend zum Ausdruck gebracht worden – des Rückgriffs auf die Erhebungsunterlagen. Daß diese Rückgriffsmöglichkeit aus Gründen vorbehalten bleiben müsse, die mit den Zwecken der Volkszählung unmittelbar und auf das engste zusammenhängen, könne keinem ernsthaften Zweifel unterliegen.

Entgegen der Auffassung des VG Sigmaringen und der LfD spricht nach Ansicht des VGH auch vieles dafür, daß die Gemeinden die Feststellung ihrer Einwohnerzahl mit der Behauptung angreifen können, sie sei unrichtig und verletze sie deshalb in ihrem Selbstverwaltungsrecht. Es sei rechtlich deshalb nichts dagegen einzuwenden, wenn das Statistische Landesamt davon ausgehe, die Zweiwochenfrist beginne erst nach Eintritt der Bestandskraft des Feststellungsbescheids zu laufen. Auch der Gesetzgeber sei davon ausgegangen, daß es wegen der Bevölkerungszahl zu Rechtsstreiten zwischen Gemeinde und Statistischem Landesamt kommen könne, weshalb möglicherweise ebenfalls eine Überprüfung anhand der Volkszählungsunterlagen erforderlich sei.³⁷

Aus verfassungsrechtlicher Sicht ergeben sich nach der Meinung des VGH ebenfalls keine Bedenken gegen eine Aufbewahrung der Unterlagen über die Plausibilitätskontrollen hinaus. Die Erhebungsunterlagen befänden sich im Statistischen Landesamt in einem Bereich, in dem das Statistikgeheimnis in besonderem Maße gesichert sei. Es bestehe kein Grund zu der Annahme, daß das Datenmaterial in der Zeitspanne bis zur Feststellung der amtlichen Bevölkerungszahl mißbräuchlich verwendet werden könnte. Die Erhebungsunterlagen seien faktisch anonymisiert, da sie ohne Ordnungskriterien wie Name oder Anschrift abgelegt seien. Zudem machten es die internen Sicherheitsvorkehrungen des Statistischen Landesamtes Unbefugten praktisch unmöglich, an die Daten zu gelangen. Grund zu der Befürchtung, daß die Bediensteten des Landesamtes pflichtwidrig auf die Daten zurückgreifen könnten, sei nicht vorhanden. Angesichts dieser nach Überzeugung des VGH „allenfalls theoretischen, faktisch jedenfalls äußerst minimalen Möglichkeit einer unzulässigen Preisgabe noch vorhandener personenbeziehbarer Daten“³⁸ sei das vom Statistischen Landesamt beabsichtigte Verfahren von den Auskunftspflichtigen auch im Hinblick auf ihr – ohnehin nicht uneingeschränkt geltendes – Recht³⁹ auf „informationelle Selbstbestimmung“ hinzunehmen.

Dipl.-Verwaltungswissenschaftler Klaus Bronnenmayer

³⁴ So etwa BVerfG, Beschluß vom 24. September 1987, a. a. O.

³⁵ LfD, 8. Tätigkeitsbericht, S. 73 ff.

³⁶ Beschlüsse vom 7. Dezember 1988, Az.: Z 10 S 482/87, NJW 1988, 988, und vom 4. Februar 1988, Az.: Z 10 S 852/87. Vgl. hierzu auch Hess. VGH, Beschluß vom 2. Oktober 1987, Az.: 7 N 1273/87, und OVG Rheinl.-Pfalz, Beschluß vom 9. November 1987, Az.: 13 B 390/87.

³⁷ Der VGH Mannheim bezieht sich hierbei auf die Gesetzesbegründung zum VZG, BT-Drs. 10/2814, S. 25, in der die Notwendigkeit der Aufbewahrung der Erhebungsvordrucke zu Beweis Zwecken angesprochen wird.

³⁸ Beschluß vom 7. Dezember 1987, a. a. O.

³⁹ Vgl. auch Wingen, Max: Volkszählung nach dem Karlsruher Urteil – aber wie?, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 4/1985, S. 118 ff., insbes. S. 119.

2. Aufbereitung

Grundzüge der maschinellen Plausibilitätskontrollen bei der Volks- und Berufszählung 1987

Plangemäß 18 Monate nach dem Stichtag der Volkszählung 1987 wurden *erste* Ergebnisse dieses Großzählungswerks veröffentlicht. In mancher Hinsicht bestätigten die Zahlen bestehende Vermutungen oder auch mehr punktuell gewonnene statistische Ergebnisse, es gab aber auch überraschende Resultate.¹ Bereits im Vorfeld und während der Durchführung der Erhebung – besonders bei erklärten Gegnern der Volkszählung – laut gewordene Zweifel an der Qualität der Daten wurden nun vielfach in Fragen nach Art und Umfang der maschinellen Veränderungen der Originalangaben umgesetzt. Bei dieser Diskussion wird häufig übersehen, daß der Erfolg einer statistischen Erhebung ganz wesentlich davon abhängt, ob zum Beispiel die Erhebungsbelege ausfüllfreundlich gestaltet sind, die Organisationsstruktur der zu lösenden Aufgabe angepaßt ist und die manuellen und maschinellen Aufbereitungs- und Bereinigungsschritte angemessen auf die Gegebenheiten ausgerichtet sind.

Vor diesem Hintergrund kam der im Vorfeld der Durchführung der Volkszählung erfolgten *Testerhebung* große Bedeutung zu. Baden-Württemberg trug mit einer breiten Beteiligung dazu bei, daß Schwachstellen des Großzählungswerks frühzeitig erkannt und bereits damals geeignete Vorkehrungen zur Sicherung der Datenqualität getroffen werden konnten.² So wiesen Fehlerhäufungen bei bestimmten Fragen, wie zum Beispiel bei der nach dem Wirtschaftszweig, bereits damals auf einen gezielten manuellen Prüfbedarf im Rahmen der maschinellen Plausibilitätsprüfungen hin.

Dreistufenkonzept zur Qualitätssicherung

Für die Beurteilung der Qualität der Volkszählungsergebnisse würde die reine Aufzählung von Fehlerquoten ein falsches Bild vermitteln, da im Rahmen der maschinellen Plausibilitätskontrollen jede Einsetzung oder Löschung mit der Vergabe eines Fehlerschlüssels und damit der Registrierung in der Fehlerstatistik verbunden ist, auch wenn im eigentlichen Sinn gar kein Fehler vorliegt, wie zum Beispiel bei der Einsetzung von „nicht erwerbstätig“ bei Kindern, wenn die entsprechende Frage nicht beantwortet war. Im folgenden wird daher der Schwerpunkt darauf gelegt, zunächst das Konzept der maschinellen Plausibilitätskontrollen bei der Volks- und Berufszählung 1987 (*Übersicht 1*) darzustellen, um dann relevante Ergebnisse der Fehlerstatistik zu interpretieren.

Das gesamte Datenmaterial der Volkszählung 1987 durchlief drei Prüfinstanzen: Im Rahmen der ersten manuellen Kontrolle in den Erhebungsstellen konnten widersprüchlich oder unvollständig beantwortete Fragebogen nach

¹ Vgl. hierzu: Frank, Eberhard: Erste Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12/88.

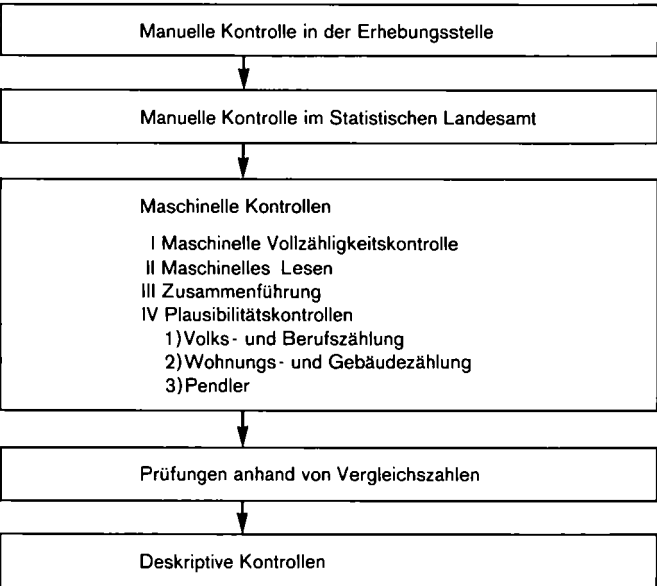
² Vgl. hierzu: Steinmann, Regina: Ergebnisse der Testerhebung zur Vorbereitung der Volkszählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 1/87.

Rücksprache mit dem jeweiligen Auskunftspflichtigen individuell berichtigt werden. Fielen bei der zweiten manuellen Kontrolle im Statistischen Landesamt neben formalen noch inhaltliche Mängel auf, war eine Bereinigung teilweise mit Hilfe der Organisationspapiere möglich.

Der doppelten manuellen Kontrolle folgte als dritter großer Prüfschritt eine mehrstufige maschinelle Prüfung des Volkszählungsmaterials. Im Rahmen dieser maschinellen Kontrollen wurde zunächst anhand der Regionallistenangaben die Vollzähligkeit der Fragebogen überprüft. Parallel dazu wurden die Fragebogen eingelesen, wobei die Angaben zunächst weitestgehend unabhängig von ihrer Plausibilität akzeptiert wurden. Unstimmigkeiten führten nur in wenigen Ausnahmen zur Aussteuerung der Belege. Diese erfolgte, wenn Angaben zur Hauptwohnung fehlten und problematische Altersangaben (nach Stichtag geboren, sehr alt), die teilweise mit Hilfe der Stichtagsliste manuell korrigiert werden konnten, vorlagen. Im dritten maschinellen Prüfschritt, der Zusammenführung, wurden die Angaben aus den Lesebelegen unter Zuhilfenahme der Heftnummern mit den Ordnungsangaben aus den Regionallisten verknüpft. Anschließend durchlief das Datenmaterial die eigentlichen Plausibilitätskontrollen.

Die drei Teile dieser Prüfung auf Vollzähligkeit der Angaben und inhaltliche Konsistenz beziehen sich auf alle Fragen der Volks- und Berufszählung, der Gebäude- und Wohnungszählung und auf das Spezialgebiet der Pendelbewe-

Übersicht 1
Plausibilitätsprüfungen im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1987



gungen. Ziel der Plausibilitätskontrollen ist es, die Angaben eines Fragebogens mit Hilfe von Löschungen (wenn zu viele Angaben vorliegen) und verschiedenen Einsetzungsverfahren (wenn Angaben fehlen oder unplausibel sind) in sich stimmig zu machen, sofern die Bogen nicht schon völlig korrekt ausgefüllt waren. Letzteres traf in Baden-Württemberg für rund 61% der Personenbogen zu (zum Fragebogeninhalt vgl. *Vorspann*).

Bereinigungsverfahren im Rahmen der maschinellen Plausibilitätskontrollen

Die maschinellen Korrekturen können grundsätzlich nach zwei Kriterien eingeteilt werden: Einerseits unterscheidet man deterministische, also gezielte Korrekturen von stochastischen, also solchen, die teilweise durch Zufallsparameter bestimmt sind. Bei den gezielten Korrekturen wird eine fehlerfreie Frage zu einem ganz bestimmten Wert hin maschinell bereinigt, der entweder durch die restlichen Angaben des Fragebogens selbst oder durch die der übrigen Haushaltsmitglieder, also direkt durch bogeninterne oder bogenübergreifende Kontrollen, vorgegeben ist. Solche gezielten Korrekturen können sowohl in Form maschineller Einsetzungen oder Löschungen als auch – allerdings vergleichsweise selten – über maschinelle Umsetzungen durchgeführt werden. Ihr Anteil machte in Baden-Württemberg über 71% (3846 500 Fälle) von den insgesamt rund 5 404 100 maschinellen Korrekturen im Rahmen der maschinellen Plausibilitätsprüfung zur Volks- und Berufszählung aus. 29% der maschinellen Korrekturen wurden mit Hilfe von zufallsbestimmten Verfahren bereinigt.

Man kann die maschinellen Korrekturen alternativ auch unabhängig davon, ob sie gezielt oder zufallsabhängig durchgeführt werden, nach maschinellen Löschungen von vorhandenen Werten, maschinellen Einsetzungen bei fehlenden Angaben und maschinellen Umsetzungen, also der Veränderung vorhandener Angaben, unterscheiden. Nach dieser Untergliederung fielen in Baden-Württemberg bei der ersten Gruppe ca. 30%, bei der zweiten ca. 57% und bei der dritten Gruppe ca. 13% aller Fehler an.

Das einfachste maschinelle Bereinigungsverfahren besteht darin, überflüssige Angaben zu löschen. Hier ist zu unterscheiden zwischen der Löschung von Angaben zu Fragen, die vom betreffenden Auskunftspflichtigen gar nicht zu beantworten waren, und der Löschung von einzelnen Angaben zu Fragen, die fälschlicherweise mehrfach beantwortet waren, obwohl nur eine Antwort erbeten worden war. „Ausfüllfehler“, die zu den erstgenannten Gesamtlöschungen führten, wurden insbesondere bei solchen Fragen gemacht, die sich nur an bestimmte Gruppen von Auskunftspflichtigen richteten. So beantworteten überflüssigerweise Personen mit nur einem Wohnsitz die Unterfragen a und b zur Frage 6 und Personen, die nicht im Alter von 15 bis unter 65 Jahren waren, die Bildungsfragen 9 bis 11. Allein diese beiden Fehler, die sicher keine qualitative Beeinträchtigung der Volkszählungsdaten verursachten, machten einen Anteil von 16% an allen Fehlern aus. Bei der Löschung von überzähligen Angaben zu einer Frage werden im Rahmen der Plausibilitätskontrolle auch die Angaben zu anderen Fragen oder die Angaben anderer Haushaltsmitglieder als Bereinigungshilfe herangezogen. So bleibt zum Beispiel bei einem Türken mit Mehrfachmarkierung bei der Frage nach der rechtlichen Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft die Angabe „Islam“ erhalten, sofern auch sie genannt wird.

Neben der Gruppe der gezielten maschinellen Löschungen gibt es auch eine Reihe von Fehlern, die zu gezielten Einsetzungen und Umsetzungen führen, wo also eine Korrektur direkt durch den Gesamtdatensatz bestimmt wird. Wurde im Personenbogen zum Beispiel bei einem Kleinkind die Frage zur Erwerbstätigkeit nicht beantwortet, wird maschinell gezielt „nicht erwerbstätig“ eingesetzt. Solche Einsetzungen sind erforderlich, es sei denn, man akzeptiert bei den Auswertungen, daß Angaben teilweise fehlen. Sind einzelne Fragen unplausibel, mehrfach oder gar nicht beantwortet und lassen die übrigen Angaben keinen Rückschluß auf die richtige Antwort zu, kann der jeweilige Wert nicht gezielt eingesetzt werden. Er muß dann mit Hilfe eines statistischen Zufallsverfahrens bestimmt werden.

In Abhängigkeit von der Zahl der möglichen Antworten werden alternierende oder rotierende Verfahren oder sogenannte Decks verwendet, wobei die Rangfolge der Einsetzungen unterschiedlich, also hierarchisch gewichtet sein kann. Solche Hierarchien können sowohl eigenständige Korrekturvorgaben darstellen als auch in die anderen Verfahren integriert sein. Fehlt zum Beispiel die Angabe bei der Frage nach dem Geschlecht und ergibt sich aus dem Haushaltszusammenhang oder den restlichen Angaben kein Hinweis, wird alternierend eine der beiden Möglichkeiten „männlich“ bzw. „weiblich“ eingesetzt. Gibt es mehr als zwei Antwortkategorien, werden diese nacheinander rotierend eingesetzt, wobei durch mehrfache Verwendung einzelner Angaben zusätzlich eine Gewichtung erreicht werden kann. Diese Verfahren stellen sicher, daß obwohl manchmal bezogen auf den Einzelfall eine „unrichtige“ Korrektur vorgenommen wird, das statistische Ergebnis – auch auf tiefer regionaler Ebene – korrekt ist, weil die wahren Verhältnisse der Grundgesamtheit abgebildet werden.

Für Fragen mit sehr vielen Antwortmöglichkeiten, wie zum Beispiel die berufsstatistischen Fragen, reichen auch die rotierenden Einsetzungsverfahren nicht mehr aus. Hier erfolgt bei fehlerhafter Angabe die Einsetzung über sogenannte Decks, die auch verwendet werden, um regionale Besonderheiten in die Korrekturen einzubeziehen. Diese Decks sind Speicher, in die – jeweils bezogen auf einzelne oder mehrere Fragen – die Angaben von unbeanstandeten Datensätzen bestimmter Personengruppen eingehen. In den Decks wird ein gewisser Datenvorrat gehalten. Rücken darüber hinaus richtige Datensätze nach, verlassen die früheren Eingänge das Deck. Aus diesem Speicher wird dann – wenn gezielte Korrekturen (vgl. oben) nicht möglich sind – für einen unvollständigen oder unplausiblen Datensatz die fehlende Angabe entnommen.

Decks gibt es sowohl für einzelne Fragen als auch für Kombinationen von Fragen. Zu Beginn eines Plausibilitätslaufes liegen die Decks als sogenannte Cold-Decks vor. Das bedeutet, daß sie nur mit theoretischen Werten gefüllt sind, wobei möglichst häufige Durchschnittsfälle aufgenommen werden, die aus anderen Datenquellen bekannt sind. Diese Cold-Decks bilden das Raster, in das die realen Datensätze eingelagert werden. Vor dem eigentlichen Kontrolllauf werden die Decks dadurch „aufgeheizt“ und damit zu Hot-Decks. Das bedeutet, daß in die Speicher echte Fälle aus dem regionalen Bereich, für den anschließend die Plausibilitätsprüfung durchgeführt werden soll, eingelagert werden. Dadurch wird zum Beispiel bei fehlender Berufsangabe in einer ländlich geprägten Region eher ein Beruf aus der Landwirtschaft eingesetzt als aus anderen Bereichen. Im Vergleich zu früheren Großzählungen wurde

das Deck-Einsetzungsverfahren wesentlich weiterentwickelt.³ Für jedes Deck wurden die möglichen Angaben zu Gruppen zusammengefaßt, für die im Deck verschiedene Felder vorgesehen waren. Ein richtiger Datensatz kann dann nur auf einen Speicherplatz der passenden Antwortgruppen nachrücken, ein ausgewogener Inhalt der Decks ist damit gewährleistet. So wird verhindert, daß zum Beispiel nach der Prüfung der Personendaten eines Schwesternwohnheims die Berufsdecks nur noch Berufe wie „Krankenschwester“ oder „Schwesternschülerin“ enthalten und diese somit auch im folgenden regionalen Bereich überproportional eingesetzt werden.

Sowohl alternierende oder rotierende Einsetzungsverfahren als auch Deck-Einsetzungsverfahren unterliegen dem Zufallsprinzip und sichern somit nur bezogen auf das statistische Gesamtmaterial etwa zum Beispiel einer Gemeinde gute Ergebnisse auch in tiefer fachlicher Gliederung. In manchen Einzelfällen kann allerdings eine nachgehende manuelle Überkorrektur zu einer zutreffenderen Angabe als die Deck-Einsetzung führen (vgl. unten).

Abfolge der Prüfschritte

Die bis zu Beginn der Plausibilitätskontrolle nur punktuell inhaltlich geprüften Personensätze durchlaufen zunächst einen ersten Prüfblock, in dem die einzelnen Fragen unabhängig voneinander kontrolliert werden (Übersicht 2). Bei diesem Prüfblock fielen 6% der insgesamt 5 404 100 Fehler

³ Vgl. Deiniger, Rolf und Kerler, Erich: Maschinelle Datenprüfung in der amtlichen Statistik, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Heft 3/1971. 290 ff.

Übersicht 2

Maschinelle Plausibilitätsprüfung im Rahmen der Volks- und Berufszählung in Baden-Württemberg 1987 mit Fehleranteilen

Prüfblock Formalkontrollen,	6% aller Fehler
1. Kontrolle unzulässiger Mehrfachmarkierungen	
2. Korrektur der beim maschinellen Lesen nicht bereinigten Beanstandungen	
3. Signierkontrolle Handschriftenteil	
Personentypisierung,	7% aller Fehler
Wenn-Dann-Schema,	
72% aller Fehler	
1. Personentyp A,	2% aller Fehler
2. Personentyp B,	11% aller Fehler
3. Personentyp C,	12% aller Fehler
4. Personentyp D,	25% aller Fehler
5. Personentyp E,	22% aller Fehler
Prüfblock Einzelfragen,	15% aller Fehler
1) Prüfungen im Haushaltszusammenhang,	1% aller Fehler
2) Prüfung berufsstatistischer Angaben,	2% aller Fehler
3) Prüfung der Frage nach der weiteren Wohnung,	12% aller Fehler

im Rahmen der maschinellen Plausibilitätskontrolle an. Mit Hilfe der verschiedenen Einsetzungsverfahren werden Mehrfachmarkierungen und im Bereich der verschlüsselten und signierten Fragen fehlerhafte Angaben berichtigt. Bei der letztgenannten Gruppe von Fehlern handelt es sich nicht um durch mangelhafte Angaben des Auskunftspflichtigen verursachte, sondern um technisch bedingte (zum Beispiel Lesefehler). Es gilt selbstverständlich der Grundsatz, daß Originalangaben möglichst zu erhalten sind. Sind bei mehrstelligen Signierungen nur einzelne Stellen fehlerhaft, werden nur sie unter Beibehaltung der korrekten Ziffern und in Abhängigkeit von diesen ersetzt.

Ist das Datenmaterial um diese teils formalen Fehler bereinigt, folgt als nächster Prüfgang das Kernstück der Plausibilitätskontrollen, der Personentypisierung. Hier traten in Baden-Württemberg 7% aller Fehler auf. Alle Personen werden aufgrund ihrer Angaben zu bestimmten Fragen einem der folgenden fünf Personentypen zugeordnet: Typ A (Kleinkind), Typ B (Schüler 6 bis unter 15 Jahre), Typ C (Schüler und Studenten, soweit nicht erwerbstätig), Typ D (Erwerbstätige, einschließlich erwerbstätige Schüler und Studenten), Typ E (Nicht-Erwerbspersonen, Erwerbslose).

Die Zuordnung zu einem Personentyp ist Grundlage für alle weiteren Prüfungen, die personentypbezogen durchgeführt werden. Sie stützt sich hauptsächlich auf die Angaben zum Alter, deren Validität deshalb besonders gesichert ist, weil sie bereits in den örtlichen Erhebungsstellen anhand der Organisationspapiere geprüft und – soweit erforderlich – richtiggestellt werden konnten. Selbst bei Personen, die keine Auskunft erteilten, sind diese Angaben über die Ersatzvornahme vorhanden. Daneben werden auch der Familienstand, der hauptsächliche Lebensunterhalt und die berufsstatistischen Angaben berücksichtigt. So muß zum Beispiel ein Kleinkind des Typs A ledig sein und darf nicht von Erwerbstätigkeit leben oder Angaben zu den Berufs- und Bildungsfragen gemacht haben.

Ist wegen mangelnder Konsistenz eine eindeutige Zuordnung nicht möglich, erfolgt je nach Umfang der Unstimmigkeiten zunächst eine fehlerhafte Zuordnung oder eine Zwangszuordnung. Bei nicht einwandfreien Zuordnungen können die vergebenen Typen im Verlauf der weiteren Prüfungen entweder bestätigt oder umgesetzt werden. Der Anteil einwandfreier Zuordnungen betrug in Baden-Württemberg 94%, Widersprüche bei den typisierungsrelevanten Fragen führten nur in 6% zu fehlerhafter Zuordnung oder Zwangszuordnung eines Datensatzes zu einem Personentyp.

Je Personentyp wird dann, in einem umfangreichen Prüfblock, dem sogenannten Wenn-Dann-Schema, jeder Personendatensatz durch Vergleich verschiedener Kombinationen von Angaben auf inhaltliche Konsistenz geprüft. Die Bereinigungsrichtung bei unzulässigen Antwortkonstellationen wird dabei aus der Summe der übrigen Angaben abgeleitet. Gibt zum Beispiel ein 16jähriger Lehrling, der überwiegend von den Eltern lebt, an, Friseurmeister zu sein, wird der Beruf in „Friseurlehrling“ umgesetzt, weil die Mehrheit der Angaben den Schluß zuläßt, daß der angegebene Beruf nicht korrekt sein kann.

Im Rahmen des Wenn-Dann-Schemas erfolgen insbesondere im Bereich der Bildungs- und Berufsfragen sehr detaillierte Prüfungen. So wird zum Beispiel für einzelne Berufe geprüft, ob ein verlangtes Mindestalter bzw. der vorausgesetzte Schul- oder Berufsbildungsabschluß eingetragen

wurde. Fehlende Angaben werden ggf. eingesetzt. Auch die Zulässigkeit der Berufsschlüssel selbst wird überprüft. Hatte zum Beispiel ein Auskunftspflichtiger angegeben, ein Diplom in einem Beruf zu haben, bei dem eine Diplomprüfung ausgeschlossen ist, und wurde ein entsprechender Schlüssel signiert, wird die unzulässige Berufsangabe durch einen anderen Schlüssel ersetzt.

Wegen der Vielzahl der Detailprüfungen im Rahmen des Wenn-Dann-Schemas wurden dafür entsprechend viele Fehlerschlüssel, nämlich 209 von insgesamt 327, vorgesehen. Tatsächlich fielen in diesem Prüfschritt auch 72% aller Fehler an, wobei die Fehlerquote bei den Personentypen D und E (also den Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen ohne Schüler) ungefähr doppelt so hoch wie bei den Typen B und C (also den Schülern) lag und beim Personentyp A (Kleinkind) verhältnismäßig gering war. Dabei machten die Fälle, in denen Schüler einen angestrebten Schulabschluß oder Lehrlinge einen angestrebten Berufsabschluß als abgeschlossen angaben oder Rentner, obgleich nicht erwerbstätig, die Fragen nach der Erwerbstätigkeit beantworteten, einen Anteil von 15% der Fehler im Bereich des Wenn-Dann-Schemas aus.

Neben den drei genannten großen Prüfblöcken sieht die Plausibilitätskontrolle zusätzlich eine Reihe von Einzelprüfungen bestimmter Fragen vor. So werden im Haushaltszusammenhang das Mindestalter im Haushalt (wenigstens eine Person 15 Jahre oder älter), das Geschlecht, die Religion, die Staatsangehörigkeit und die Frage nach der weiteren Wohnung verglichen und unplausible Angaben weitgehend bereinigt. Die Frage nach der weiteren Wohnung wird noch einmal in einem zusätzlichen Prüfschritt untersucht, Korrekturen im Haushaltszusammenhang erfolgen aber nur bei bestimmten Konstellationen, zum Beispiel wird bei einem Kind ohne Angabe bei der Frage 6 „keine weitere Wohnung“ eingesetzt, wenn beide Elternteile so geantwortet haben.

Über die Prüfung im Rahmen des Wenn-Dann-Schemas hinausgehend werden die berufsstatistischen Angaben zu Wirtschaftszweig, gegenwärtiger Tätigkeit und ausgeübter Tätigkeit in allen Kombinationen mit programmtechnisch vorgehaltenen Vergleichstabellen, die alle zulässigen Kreuztabellierungen enthalten, systematisch abgeglichen und ggf. beanstandet und bereinigt. Im Rahmen dieser Einzelprüfungen fielen in Baden-Württemberg 15% aller Fehler an.

Manuelle Arbeiten

Die Plausibilitätskontrolle ist so angelegt, daß im Grundsatz alle Fehler maschinell bereinigt und in Fehlerlisten festgehalten werden. Manuelle Eingriffe waren verfahrenstechnisch anhand dieser Fehlerlisten zwar wünschenswert und möglich, aber nicht unbedingt nötig. Allerdings konnte eine manuelle Überkorrektur in Einzelfällen ein besseres Ergebnis erzielen als die teilweise ausschließlich auf statistischen Wahrscheinlichkeitsüberlegungen basieren-

den maschinellen Einsetzungsverfahren. Hatte zum Beispiel ein Auskunftspflichtiger angegeben, einen berufsbildenden Abschluß zu haben, ohne diesen zu nennen, wurde maschinell über Deck eine passende Hauptfachrichtung eingesetzt. In manchen Fällen erschien aber bei der manuellen Kontrolle aufgrund der übrigen berufsstatistischen Angaben ein anderer als der eingesetzte Abschluß plausibler. Eine manuelle Überkorrektur konnte dann zu einer zutreffenderen Angabe führen. Vergleicht man die Anzahl der maschinellen Korrekturen bezogen auf die einzelnen Fragen des Personenbogens, lagen die Werte bei der Frage nach dem Wirtschaftszweig mit rund 224 800, bei der Frage nach der Hauptfachrichtung mit rund 182 000 und bei der Frage nach der ausgeübten Tätigkeit mit rund 92 200 relativ gesehen besonders hoch. Bei diesen Zahlen sind nicht die Korrekturen berücksichtigt, die sich auf den gesamten Block der Ausbildungs- bzw. Berufsangaben beziehen. Die meisten manuellen Korrekturen bezogen sich auf die oben genannten drei Fragen.

Für die Bearbeitung der Fehlerlisten stand nur ein relativ kurzer Zeitraum, nämlich ca. 14 Wochen, zur Verfügung, so daß der umfangreiche Prüfauftrag nur von besonders geeigneten Mitarbeitern bewältigt werden konnte. In Baden-Württemberg wurden daher ausschließlich bisherige Signierkräfte eingesetzt, in der Hauptphase rund 100 Mitarbeiter. Nur diese konnten nämlich die Fehlerlisten aus der Plausibilitätskontrolle interpretieren, ohne ständig in Verzeichnissen die Bedeutung der verschlüsselten Angaben nachschlagen zu müssen.

Besonderes Gewicht wurde auf die Überprüfung von maschinellen Korrekturen bei den Angaben zu Wirtschaftszweig, ausgeübter Tätigkeit und Hauptfachrichtung gelegt, weil diese Fragen bereits bei der Testerhebung als relativ problematisch erkannt worden waren. Mehr als 142 000 Überkorrekturen belegten die umfassende Bearbeitung der Fehlerlisten trotz des Zeitdruckes.

Schlußbetrachtung

Sowohl die im Vorfeld der Volkszählung 1987 durchgeführte Testerhebung als auch die oben dargestellten Plausibilitätsprüfungen im Rahmen der Aufbereitungsarbeiten trugen zur Sicherung der Datenqualität bei. Traditionsgemäß werden diese operativen Kontrollen durch deskriptive Kontrollen ergänzt.⁴ Entsprechend sieht auch das Volkszählungsgesetz 1987 in Paragraph 1, Absatz 4 insbesondere eine Wiederholungsbefragung vor, die auch in Baden-Württemberg durchgeführt wurde.

Um Abweichungen zwischen den Volkszählungsergebnissen und anderen Datenquellen zu erkennen und zu analysieren, hat der Wissenschaftliche Beirat für Mikrozensus und Volkszählung einen Aggregatvergleich zwischen Volkszählung und Melderegister dringend vorgeschlagen. Von den Ergebnissen dieser methodischen Arbeiten versprechen sich Fachleute Hinweise auf die Weiterentwicklung einzelner Teile des statistischen Systems. In Baden-Württemberg laufen die Aufbereitungsarbeiten zu diesen deskriptiven Kontrollen im Rahmen der zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern vereinbarten Terminplanung.

Dipl. Volkswirtin Regina Steinmann

⁴ Vgl. hierzu: Volkszählung vom 27. Mai 1970, Methodische und praktische Vorbereitung sowie Durchführung der Volkszählung 1970, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 1978.

Die Pendler bei der Volkszählung 1987

Plausibilitätsprüfungen und Grundbegriffe

Im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1987 wurde bei Erwerbstätigen, Schülern und Studierenden auch die Pendelwanderung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte bzw. Ausbildungsstätte untersucht. Das aktuellste statistische Zahlenmaterial zu diesem Bereich basierte bis zu diesem Zeitpunkt auf der Volkszählung 1970 und war trotzdem noch relativ häufig Gegenstand von Anfragen, was auf die Bedeutung der Pendlerergebnisse hinweist.

Tabellen mit Daten über die *Pendlerstruktur*, also zum Beispiel die Altersgliederung und Verteilung auf die Wirtschaftsbereiche, können eher die Fragen der Soziologen, hingegen solche zu den *Pendlerstrombeziehungen* mehr die der Ökonomen, Stadt- und Verkehrsplaner beantworten.

Bei der Darstellung solcher Pendlerströme, die durch die Angabe von Wohnsitz- und Zielgemeinde definiert sind, wird meist nach Berufs- und Ausbildungspendlern unterschieden, da häufig nur entweder die Erwerbstätigen oder die Schüler interessieren.

Einpendlertabellen geben - bezogen auf die betrachtete Gemeinde - Aufschluß darüber, woher die dort Arbeitenden oder zur Schule Gehenden kommen. Auspendlertabellen dagegen zeigen, in welchen anderen Gemeinden die Arbeits- bzw. Ausbildungsstätten der Wohnbevölkerung liegen.

Während zu allen übrigen thematischen Schwerpunkten der Großzählung 1987 Auswertungen bereits Ende 1988 vorlagen¹, konnte mit der Bereitstellung der Pendler-Tabellen erst ein Jahr später begonnen werden. Ein Grund hierfür lag in der Notwendigkeit des Datenaustausches für Landesgrenzen überschreitende Pendler zwischen den Bundesländern. Darüber hinaus waren spezielle, sehr umfangreiche Plausibilitätsprüfungen durchzuführen, die sich weniger auf die Person des Pendlers als auf den zurückgelegten Pendelweg bezogen. Bei rein manuellem Vorgehen hätte jeder einzelne dieser Pendlerströme anhand von Landkarten mit Verkehrslinien, Entfernungsmesser und weiteren Zusatzinformationen untersucht werden müssen, was bei einer Zahl von ca. 70 000 Strömen nicht zu bewältigen gewesen wäre. Erst der Aufbau geeigneter Referenzdateien ermöglichte maschinelle Kontrollen, deren Grundzüge im folgenden beschrieben werden.

Manuelle Vorbereitung der maschinellen Plausibilitätsprüfungen

Signieren

Den Ausgangspunkt für die Ermittlung von Pendlerdaten bildeten die Angaben im Personenbogen², insbesondere

diejenigen zu den Fragen nach der Anschrift der Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte, dem hauptsächlich genutzten Verkehrsmittel und dem normalen Zeitbedarf für den Hinweg.

Um die maschinelle Verarbeitung zu ermöglichen, wurden die Klarschrifttexte für die Zielgemeinden in vierstellige Signierschlüssel umgesetzt, denen noch ein einstelliger Landesschlüssel vorangestellt war. Bereits in diesen Signiervorgang flossen in Zweifelsfällen gewisse Plausibilitätsüberlegungen ein. Die Signierer suchten beispielsweise bei Gemeinden, deren Namen mehrfach im Bundesgebiet vorkommen, die zutreffende mit Hilfe der Postleitzahl oder der Angaben zu Verkehrsmittel und Zeitaufwand aus. Zielgemeindenamen, die nicht im Signierverzeichnis gefunden werden konnten, waren häufig nur über die Heranziehung einer Übersicht über die vor der Gemeinde- und Kreisreform noch selbständigen, aber später nicht mehr bestehenden Gemeinden einzuordnen.

Leitsatzerstellung

Die manuellen Vorarbeiten für die Pendlerplausibilitätsprüfung im engeren Sinne bestanden hauptsächlich darin, sogenannte Leitsätze zu erstellen. Diese Leitsätze enthielten für Gemeinden und ausgewählte Wegstrecken bestimmte Angaben und dienten dem Aufbau einer Leitdatei, welche die Grundlage für die maschinellen Plausibilitätsprüfungen bildete.

Im Zuge dieser Arbeiten wurden beispielsweise pro Gemeinde mit Hilfe von Schulverzeichnissen die vorhandenen Schulformen und damit die Altershöchstgrenzen für einpendelnde Schüler ermittelt und über Datenerfassung in die Leitdatei aufgenommen. Bundesbahnstreckenpläne, Kursbücher und Linienpläne der Nahverkehrsgesellschaften lieferten die Informationen darüber, ob die Verkehrsmittelangaben „Eisenbahn“ und „U-Bahn, S-Bahn, Straßenbahn“ für bestimmte Wegstrecken zulässig waren, oder ob innerhalb einer Gemeinde mit der Eisenbahn gependelt werden konnte. Ein Widerspruch zwischen den auf dieser Basis eingebrachten Leitsatz-Kennzeichnungen und den Angaben im Erhebungsbeleg bewirkte dann eine Fehlermeldung im Prüfprogramm und den Ausdruck dieses Pendlerstroms auf einer Fehlerliste, die dann zur manuellen Bearbeitung an die Fachabteilung ging.

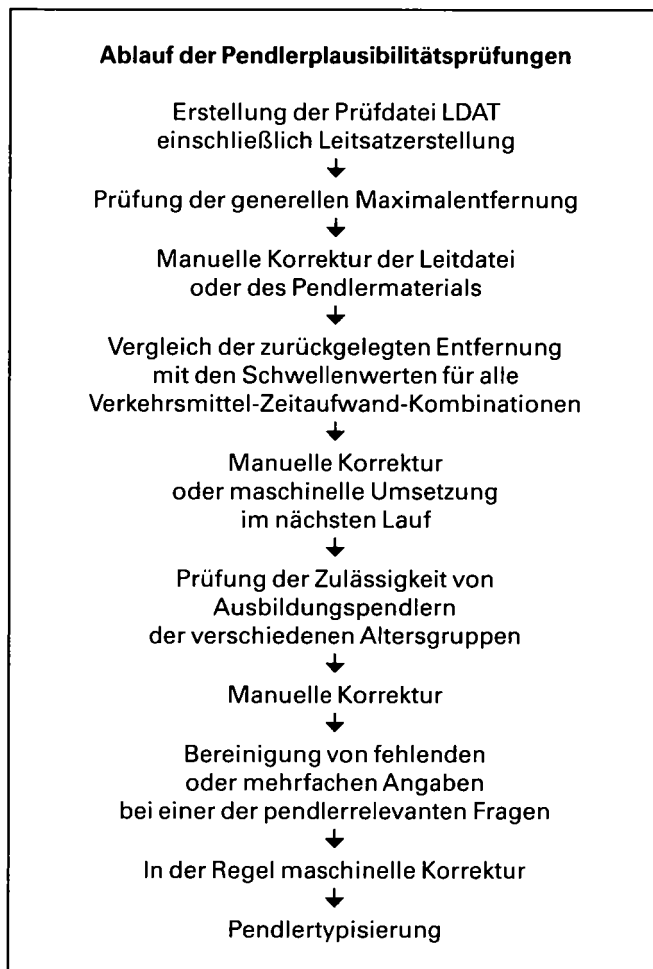
Ablauf der maschinellen Kontrollen und Bearbeitung der Fehlerlisten

Im Rahmen der allgemeinen Plausibilitätsprüfungen zur Volkszählung 1987³ wurden bei allen Personendatensätzen eines Landes eventuelle Widersprüche in den Antworten und auch unzulässige Mehrfachangaben bereinigt.

¹ Vgl. hierzu: Frank, Eberhard: Erste Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12/88, S. 495 ff.

² Zum Fragebogeninhalt vgl. *Vorspann*.

³ Vgl. hierzu: Steinmann, Regina: Grundzüge der maschinellen Plausibilitätskontrollen bei der Volks- und Berufszählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/89, S. 61 ff.



Demgegenüber durchliefen die Pendlerplausibilitätskontrollen⁴ nur die Datensätze potentieller Pendler, also die von Erwerbstätigen, Schülern und Studierenden. Die Aufgabe dieses Prüfgangs bestand hauptsächlich darin, unzulässige Kombinationen aus zurückgelegter Entfernung, Verkehrsmittel und Zeitaufwand für die manuelle Weiterbearbeitung herauszufiltern. Zu diesem Zweck waren für jede Zeitaufwand-Verkehrsmittel-Kombination Schwellenwerte für die zurückgelegte Entfernung definiert und in das Programm eingearbeitet worden.

Voraussetzung für die Berechnung der Abstände zwischen Herkunfts- und Zielort war die Bereitstellung eines Koordinatenbandes durch das Statistische Bundesamt, auf dem jeder Gemeinde der Bundesrepublik jeweils ein Wert für die Nord-Süd-Richtung und einer für die Ost-West-Richtung zugeordnet war. Aufgrund der Vorgabe einer frei wählbaren Maximalentfernung wurde maschinell das Grundgerüst einer Leitdatei erzeugt, in das später auch die verschiedenen Leitsätze mit ihren Zusatzinformationen eingespielt wurden. Diese sogenannte „LDAT“ enthielt pro Wohnsitzgemeinde fiktive Ströme zu allen zulässigen Zielgemeinden, solchen also, die innerhalb des festgesetzten Umkrei-

ses lagen. Wurde beim Abgleich der tatsächlichen Pendlerströme mit der „LDAT“ kein paariger fiktiver Strom gefunden, resultierte daraus die Anlistung des entsprechenden Stroms als „Kannfehler“ in der Fehlerliste „P“. Diese Kannfehler warnten lediglich vor eventuellen Unstimmigkeiten, erzwangen aber nicht unbedingt eine Korrektur.

In Baden-Württemberg wurde die Zulässigkeitsgrenze auf 80 Kilometer Luftlinie festgesetzt, was je nach Straßen- oder Schienenführung einer tatsächlich zu bewältigenden Strecke von bis zu 130 Kilometern entsprechen kann. Zusätzlich wurden teilweise Ströme über 80 Kilometer manuell anerkannt, wenn sie wegen guter Verkehrsverbindungen oder der hohen Attraktivität des Zielortes plausibel erschienen. Handelte es sich beim angegebenen unzulässigen Pendlerziel aber um keine größere Gemeinde und wies gar ein kleiner Zeitaufwand auf eine Fehlsignierung hin, leiteten die Bearbeiter den betreffenden Pendlerstrom auf die mutmaßlich richtige Zielgemeinde um. Diese war meist relativ leicht unter Zuhilfenahme der Pendlerzielschlüsselverzeichnisse zu bestimmen. Teilweise war der Schlüssel für die alphabetisch nächstgelegene Gemeinde signiert worden, manchmal verwandelte die maschinelle Ausnulation eines nicht vierstelligen Zahlenschlüssels diesen in einen anderen, wenn er linksbündig statt rechtsbündig eingetragen worden war. An die Stelle der tatsächlichen Zielgemeinde Stuttgart mit dem Schlüssel „1“ trat dann beispielsweise mit „1 000“ Dettingen im Landkreis Biberach, was zu entsprechend falschen Pendlerströmen führte und einen Korrekturbedarf auslöste.

Der generellen Kontrolle auf Einhaltung der Maximaldistanz schlossen sich weitere Prüfschritte an, bei denen die zurückgelegte Wegstrecke zu benutztem Verkehrsmittel und Zeitaufwand ins Verhältnis gesetzt wurde. Bei gegebenem Zeitaufwand gab es für jedes Verkehrsmittel Schwellenwerte für die Entfernung. Dabei handelte es sich meist um Maximalwerte, die nicht überschritten werden durften. Beispielsweise erfolgte eine Fehleranlistung, wenn ein Fußgänger bei einem Zeitaufwand von weniger als 15 Minuten mehr als 10 Kilometer zurücklegte. Solche Fälle konnten aber manuell anerkannt werden, wenn bei zwei zusammengewachsenen Städten davon ausgegangen werden konnte, daß der tatsächliche Fußweg weit kürzer als der aus den Koordinaten der Stadtzentren errechnete war. Es bestanden aber auch Mindestentfernungsvorgaben, wie unter anderem die Forderung, daß mit der Eisenbahn in mehr als 60 Minuten wenigstens eine Strecke von 20 Kilometern zu bewältigen war.

Praktisch alle widersprüchlichen oder fehlenden Angaben bei Verkehrsmittel und Zeitaufwand führten im ersten Lauf der maschinellen Plausibilitätskontrollen zu sogenannten „Maschinell zu korrigierenden Fehlern“. Dabei handelt es sich um solche „Mußfehler“, die im zweiten Durchgang mit Hilfe von mathematischen Methoden maschinell korrigiert wurden, falls keine manuelle Bearbeitung erfolgte. Demgegenüber führten Ungereimtheiten beim Abgleich der in die verschiedenen Gemeinden einpendelnden Schüler nach einzelnen Altersgruppen mit den jeweils vorhandenen Schulformen in der Regel zur zweiten Form von „Mußfehlern“, solchen nämlich, deren Beseitigung durch die Bearbeiter der Fehlerlisten unabdingbare Voraussetzung für den Abschluß der Plausibilitätskontrollen war. Diese „Manuell zu korrigierende Fehler“ konnten nicht von der Maschine bereinigt werden, da sie Einzelfallentscheidungen erzwangen. Besagten beispielsweise die Informationen aus den eingangs erwähnten Leitsätzen, daß eine Gemein-

⁴ Die Prüfschritte sind in der Übersicht 1 zusammenfassend dargestellt.

de nur über eine Grundschule verfügt und war sie dennoch der angegebene Ausbildungsort von über 12jährigen Schülern, so erforderte die Beseitigung dieses Widerspruchs unbedingt einen manuellen Eingriff. Manchmal war eine größere Zahl von Ausbildungspendlern einer unzulässigen Altersgruppe Anlaß für telefonische Erkundigungen bei den betroffenen Gemeinden. Aus diesen ergab sich dann in den meisten Fällen, daß dort eine besondere Schulform, wie beispielsweise eine Seminareinrichtung existierte, die in den amtlichen Schulverzeichnissen und damit auch in den Leitsätzen nicht berücksichtigt worden war. Traten dagegen nur einzelne Schüler einer unzulässigen Altersgruppe auf, bestand eher der Verdacht auf eine falsche Pendlerzielangabe. Die Korrektur erfolgte dann mit Hilfe der verschiedenen Verzeichnisse und Landkarten und unter Einbeziehung der nächstgelegenen Gemeinden, die über die höheren Schulformen verfügten.

In Baden-Württemberg wurden nach sorgfältigem und zeitaufwendigem Recherchieren ca. 67 000 manuelle Korrekturen mittels erfassungsfähiger Formulare durchgeführt, von denen viele auch solche Fehler betrafen, die ansonsten im nächsten Lauf maschinell bereinigt worden wären. Dieses Verfahren erschien notwendig, da die Bearbeiter auf eine große Zahl von Informationsquellen zurückgreifen konnten, die bei der maschinellen Bereinigung keine Berücksichtigung fanden.

Die wichtigste Entscheidungsgrundlage bildete die Fehlerliste „P“ selbst, die pro Wohnsitzgemeinde für jede angegebene Zielgemeinde ausgedruckt wurde. Jeder Strom war auf einem gesonderten Blatt in Matrixform dargestellt. Im Kopf der Kreuzmatrix fanden sich Berufspendler und Ausbildungspendler (letztere auch getrennt nach Altersgruppen) mit den möglichen Verkehrsmitteln, in der Vorpalte standen die verschiedenen Zeitaufwände gegenüber.

Alle Pendler einer Wohnsitzgemeinde mit derselben Zielangabe wurden zunächst einem Strom zugeordnet. Die Berufs- bzw. Ausbildungspendler, die daneben auch noch dieselbe Verkehrsmittel-Zeitaufwand-Kombination aufwiesen, bildeten sogenannte Unterströme, denen die einzelnen Felder der Kreuzmatrix entsprachen. Die Anzahl der Pendler, die zu einem Unterstrom gehörten, erschien in den entsprechenden Feldern. Auf diese Weise wurde jeweils der gesamte Strom dargestellt, auch wenn sich nur bei einzelnen Pendlern unstimmmige oder unvollständige Angaben fanden. Der fehlerhafte Unterstrom, den diese bildeten, war durch einen Stern gekennzeichnet. Dem Bearbeiter eröffnete sich so die Möglichkeit zu beurteilen, in welchem Bereich die häufigsten und damit wahrscheinlich plausiblen Angaben bei den einzelnen Strömen lagen. Die daraus folgende gezielte Korrektur betraf in der Regel nicht die einzelnen Pendlerdatensätze, sondern den gesamten Unterstrom. War ein als fehlerhaft ausgewiesener Unterstrom sehr stark besetzt, wurden Recherchen angestellt, die teilweise zur Anerkennung dieser Unterströme führten. Relativ häufig trat dieser Fall auf, wenn die Einrichtung eines firmeneigenen Buspendelverkehrs dazu führte, daß auch relativ weite Strecken in weniger als einer Stunde mit dem Bus zurückgelegt wurden, was zunächst zur Vergabe eines Fehlerschlüssels führte.

Ganz allgemein brachten manuelle Korrekturen bei unplausiblen oder unvollständigen Verkehrsmittel-Zeitaufwand Kombinationen häufig bessere Ergebnisse als die ansonsten vorgesehene maschinelle Einsetzung. Denn das

Programm berücksichtigte zwar die Häufigkeitsverteilung der Antworten innerhalb des jeweiligen Stroms, räumte in Zweifelsfällen aber der Angabe „PKW“ einen Vorrang ein.

Neben den Signier- und Gemeindeverzeichnissen, den Landkarten, Verkehrslinienplänen und Kursbüchern stand als Entscheidungshilfe auch eine Reihe von eigens angefertigten Verzeichnissen zur Verfügung. Einer speziellen Liste der Gemeinden, die eine relativ große Fläche aufweisen, konnten die Bearbeiter beispielsweise entnehmen, wo ein Zeitaufwand von mehr als 30 Minuten bei „innergemeindlichen“ Autofahrern akzeptabel war. Dies ließ das Plausibilitätsprogramm nur bei den Großstädten zu, ein höherer Zeitaufwand wäre ohne die ausdrückliche manuelle Anerkennung auf „15 – unter 30 Minuten“ umgesetzt worden.

Pendlertypisierung

Mit der Korrektur der Pendlerströme wurden gleichzeitig auch die Einzeldatensätze plausibilisiert, da fehlerhafte Angaben jeweils bei allen Pendlern, die zum betreffenden Strom bzw. Unterstrom gehörten, umgesetzt wurden.

Nach Abschluß der Bereinigung durchliefen die knapp sechs Millionen Pendlerdatensätze ein weiteres Programm, nämlich die Pendlertypisierung. Deren Ergebnis bestand in der Vergabe von sogenannten Pendlertypen⁵, also der Zuordnung der Erwerbstätigen, Schüler und Studierenden zu verschiedenen Gruppen. Hierdurch wurde die spätere Tabellierung erleichtert, da die Typisierung den umfangreichen Abgleich zwischen Wohnsitz- und Zielgemeinde vorwegnahm, der ansonsten bei jeder einzelnen Auszählung in vollem Umfang eingebracht werden müßte. Dies wird deutlich, wenn man die einzelnen Pendlertypen betrachtet:

Grundsätzlich sind Berufspendler und Ausbildungspendler zu unterscheiden, für die weitere Untergliederung ist die Länge des zurückgelegten Pendelwegs wichtiges Kriterium.

Mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen, Schüler und Studierenden waren „Innergemeindliche Pendler“, für sie waren also Arbeits- bzw. Ausbildungsort und Wohnort identisch. Nicht enthalten waren darin diejenigen, die angege-

⁵ Zur Häufigkeit der verschiedenen Pendlertypen vergleiche Übersicht 2.

Übersicht 2

Pendlertypen bei der Volkszählung 1987

Pendler typ	Berufspendler	Ausbildungspendler
	Anzahl	
Nichtpendler	473 426	13 671
Innergemeindliche Pendler	2 036 564	1 003 446
Pendler über die Gemeindegrenzen		
innerhalb des Wohnsitzkreises	932 755	203 856
Pendler über die Kreisgrenzen		
innerhalb des Wohnsitzlandes	785 270	107 266
Pendler über die Landesgrenzen		
innerhalb der Bundesrepublik	40 562	4 746
Pendler ins Ausland	22 947	921
Fernpendler innerhalb der Bundesrepublik ..	172 135	97 435
Fernpendler ins Ausland	5 793	3 758
Pendler nach Unbekannt	31 808	5 544

ben hatten, auf gleichem Grundstück zu wohnen und zu arbeiten bzw. zur Schule zu gehen. Da sie nicht verkehrsrelevant sind, wurden sie im Rahmen der Plausibilitätsprüfungen zu „Nichtpendlern“ erklärt.

Bei denjenigen, die aus ihrer Wohnsitzgemeinde herauspendelten, unterschied man „Pendler über die Gemeindegrenzen innerhalb des Wohnsitzkreises“, „Pendler über die Kreisgrenzen innerhalb des Wohnsitzlandes“, „Pendler über die Landesgrenzen innerhalb der Bundesrepublik“ und „Pendler ins Ausland“.

In die einzelnen Tabellen flossen dann immer nur bestimmte Pendlertypen ein. Sollte beispielsweise das häufigste Verkehrsmittel der Pendler über die Kreisgrenzen innerhalb Baden-Württembergs ermittelt werden, ersetzte die ausschließliche Einbeziehung dieses Typs den Vergleich der Kreiszugehörigkeit von Quell- und Zielangabe bei jedem einzelnen Pendler.

Alle bisher genannten Pendlertypen gehören zu den Tagespendlern. Das sind solche Personen, die bei Frage 6c des Personenbogens angegeben hatten, überwiegend von der betrachteten Gemeinde aus zur Arbeit bzw. Schule zu gehen. Erwerbstätige, Schüler oder Studierende, die nicht überwiegend von der betrachteten Gemeinde aus pendeln, wurden den „Fernpendlern“ zugerechnet. Dabei müssen Fernpendler nicht unbedingt weite Entfernungen zurücklegen, es handelt sich vielmehr um Wochenendpendler, die nicht vorwiegend von ihrer dortigen Wohnung, sondern von einem anderen Wohnsitz aus zur Arbeit/Schule gehen. Wochenendpendler, welche die Werktage im Ausland verbrachten, konnten nicht an der Antwort zur Frage 6c erkannt werden, da sie nur eine Wohnung in der Bundesrepublik unterhielten und somit die Unterfrage 6c nicht beantworten mußten. Daher wurden die „Fernpendler ins Ausland“ per Definition bestimmt, nämlich als Pendler ins Ausland, die nicht in grenznahen Gebieten wohnten, bei denen also ein täglicher Pendelweg unplausibel war.

Als letzte Gruppe sind noch die „Pendler mit unbestimmtem Ziel“ zu nennen. Bei diesen fehlten die Zielangaben bzw. es war während der Korrekturläufe erkannt worden, daß sie unplausible Zielangaben aufwiesen, ohne daß mit einiger Sicherheit der richtige Zielort zu ermitteln war. Statt der fehlenden bzw. offensichtlich falschen Zielgemeinde wurde der Schlüssel „9999“ für „Unbekannt“ vergeben. Da die Pendler mit unbestimmtem Ziel nicht entweder den innergemeindlichen Pendlern oder den Auspendlern zugerechnet werden konnten, blieben sie bei den meisten Tabellen unberücksichtigt.

Pendlerzählung basiert auf der Wohnbevölkerung, nicht auf Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung

Mit der Volkszählung 1987 wurde auch die neue amtliche Einwohnerzahl festgestellt, die der ermittelten Zahl der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung entsprach. Praktisch alle Tabellen aus dem Bereich der Volkszählung beziehen sich wegen der Bedeutung der amtlichen Einwohnerzahl deshalb auf die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung. Dies führt teilweise zu Problemen beim Vergleich mit den Ergebnissen der letzten Großzählung, die noch auf der Wohnbevölkerung basierte.⁶ Beide Bevölkerungsbegriffe unterscheiden sich hauptsächlich bei der Zuordnung von Verheirateten mit einer zweiten Wohnung in der Nähe des

Arbeitsortes. Diese Gruppe wird bei der Bestimmung der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am Familienwohntort gezählt, gehört aber an dem Ort zur Wohnbevölkerung, von dem sie zur Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte geht.

Da nun im Rahmen der Pendlerzählung insbesondere der tägliche Pendelweg von Interesse ist, stellt die Wohnbevölkerung und nicht die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung die sachlogisch richtige Vergleichsgröße dar. Die Zahlen der Berufs- und Ausbildungspendler können daher ebensowenig direkt auf die Zahlen der Erwerbstätigen und Schüler am Ort der Hauptwohnung bezogen werden, wie Teilergebnisse der Volkszählung 1970 auf die Grundzahlen der Volkszählung 1987.

Bei der Berechnung der Anteile von Auspendlern an den Erwerbstätigen und Schülern, die in einer Gemeinde wohnen, sind statt dessen die eigens für die Pendlerzählung abgeleiteten Zahlen der Erwerbstätigen bzw. Schüler am Wohnort heranzuziehen; die Basis für die Interpretation von Einpendlerzahlen bilden die Erwerbstätigen am Arbeitsort bzw. die Schüler und Studierenden am Ausbildungsort.

Ein Vergleich der Größenordnungen macht deutlich, daß es bei der Wahl der falschen Ausgangszahl zu Fehlinterpretationen kommen kann: In Baden-Württemberg wurden 4 354 735 Erwerbstätige und 1 368 092 Schüler und Studierende am Ort der Hauptwohnung ermittelt. Diesen stehen 4 344 227 Erwerbstätige und 1 338 743 Schüler und Studierende am Wohnort und 4 366 918 Erwerbstätige am Arbeitsort und 1 341 502 Schüler und Studierende am Ausbildungsort gegenüber. Die jeweils kleinsten und größten Bevölkerungsgruppen unterscheiden sich also beträchtlich.

Die Ableitung der neuen Bezugsgrößen erfolgt getrennt für Berufs- und Ausbildungspendler nach demselben Muster und wird im folgenden beispielhaft für die Berufstätigen beschrieben:

Die Zahl der Erwerbstätigen am Wohnort umfaßt alle Erwerbstätigen, die von der betrachteten Gemeinde aus zur Arbeit gehen und differiert somit von derjenigen der Erwerbstätigen, die in dieser Gemeinde zur Wohnbevölkerung gehören, nur um die Gruppe der Berufsfernpendler ins Ausland. Im Gegensatz zu den Fernpendlern mit Zielen innerhalb der Bundesrepublik zählen diese nämlich zur Wohnbevölkerung, da sie keine Antwort auf die Frage 6c geben mußten, also auch nicht deutlich wurde, daß sie nicht vorwiegend von der betrachteten Gemeinde aus zur Arbeit gingen. Nachdem die Fernpendler ins Ausland im Rahmen der Pendlerzählung aber als Wochenendpendler definiert wurden, müssen die Berufsfernpendler ins Ausland bei der Berechnung der Erwerbstätigen am Wohnort somit von der Zahl der Erwerbstätigen, die zur Wohnbevölkerung gehören, abgezogen werden.

Der Begriff der Erwerbstätigen am Arbeitsort beschreibt diejenigen, die in der betrachteten Gemeinde arbeiten. Ausgehend von den Erwerbstätigen am Wohnort sind da-

⁶ Zu den Unterschieden bei den Bevölkerungsbegriffen vgl.: Frank, Eberhard: LIS-Report, Ergebnisse der Volks- und Berufszählung ab Gemeindeebene, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/89, S. 236 ff.

her die Berufseinpender aus anderen Gemeinden zu addieren und die Berufsauspendler zu subtrahieren. Zusätzlich werden noch die Berufspendler mit unbekanntem Ziel abgezogen, da bei diesen nicht klar ist, ob sie innerhalb der Gemeinde arbeiten oder auspendeln. Einpendler aus dem Ausland fehlen naturgemäß ebenfalls.

Da die Pendlerzählung genau wie die Volkszählung 1970 auf der Wohnbevölkerung fußt, ist im Gegensatz zu anderen Zählungsteilen in bezug auf den Bevölkerungsbegriff der Zeitvergleich problemlos. Weit einschränkender als sonst wirkt sich allerdings die Gebietsreform 1970 aus:

Um die Zahl der Auspendler zweier vereinigter ehemaliger Gemeinden zu erhalten, müssen von der Summe der beiden im Rahmen der Volkszählung 1970 ermittelten Werte die Pendler abgezogen werden, die von einer der beiden Gemeinden in die andere pendelten, da diese nach neuem Gebietsstand zu innergemeindlichen Pendlern wurden. Trotz des erheblichen Aufwands wurden einige Strukturdaten wie die Zahl der Erwerbstätigen und Schüler am Wohnort und am Arbeits- bzw. Ausbildungsort und die Gesamtzahl der Ein- und Auspendler für jede Gemeinde auf den neuen Gebietsstand umgerechnet. Diese Eckzahlen wie auch die nach verschiedenen Untergliederungen vorliegenden Basisbevölkerungsgruppen aus der Volkszählung

1987 eröffnen zusammen mit den Pendlerstromtabellen eine Vielzahl vergleichender Interpretationsmöglichkeiten.

Mit der Volkszählung 1987 stehen nach fast 20 Jahren erstmals wieder Informationen zur Verfügung, die einen umfassenden Überblick über die Struktur der Pendlerströme und den Attraktivitätsgrad der verschiedenen Gemeinden oder Ballungszentren geben. Während einzelne Verkehrszählungen meist nur für ein begrenztes Gebiet die Zahl der Pendler, deren Zeitaufwand und Verkehrsmittel untersuchen, gehen diese Informationen für alle Gemeinden der Bundesrepublik aus den Verflechtungstabellen der Pendlerzählung hervor. Sie geben damit den Verkehrspolitikern Hinweise auf den Auslastungsgrad der öffentlichen Verkehrsmittel bzw. des Straßennetzes. Zusätzlich geben die ermittelten Zahlen auch Aufschluß über die Zusammensetzung der Pendlerströme nach Geschlecht, Altersgruppen, Schulausbildung, Wirtschaftsbereich und Stellung im Beruf, wodurch Rückschlüsse auf die Gründe für das Pendeln ermöglicht werden. Die Zahlen können einen bereits vermuteten Bedarf für die Ansiedlung von Industrie oder Schulen in einem bestimmten Gebiet bestätigen bzw. auf einen erst einsetzenden Strukturwandel hinweisen und liefern somit wichtige Informationen für politische Entscheidungsprozesse.

Diplomvolkswirtin Regina Steinmann

Die Plausibilitätskontrollen im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung 1987

Als achtzehn Monate nach dem Erhebungsstichtag planmäßig erste Ergebnisse des Großzählungswerks 1987 veröffentlicht wurden¹, konzentrierte sich das öffentliche Interesse an der Gebäude- und Wohnungszählung fast ausschließlich auf die Frage nach der zahlenmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen. Sowohl Statistiker als auch Politiker interessieren sich aber darüber hinaus für inhaltlich differenzierte Aussagen, zum Beispiel zu Größe und Ausstattung der Wohnungen und eventuellen regionalen Unterschieden.² In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach der Qualität der Ergebnisse. Vergleiche mit Fortschreibungszahlen, mit Stichprobenerhebungen und den vielfach manifestierten Erwartungen der Fachkreise ergaben sowohl im Land als auch auf Bundesebene eine gute Übereinstimmung, unerklärbare Überraschungsergebnisse blieben auch im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung aus.

Weitere Erkenntnisse läßt eine Untersuchung von Art und Umfang manueller und maschineller Zugriffe bei fehlerhaften Belegen erwarten. Da die Gebäude- und Wohnungszählung nicht in dem Maß emotional belastet war wie die Volks- und Berufszählung, entstanden Fehler in den Bogen offensichtlich fast ausschließlich dadurch, daß unbeabsichtigt falsch ausgefüllt wurde. Genau wie bei der Volks- und Berufszählung³ deckte auch bei der Gebäude- und Wohnungszählung ein System doppelter manueller mit anschließender maschineller Kontrolle diese Mängel auf und bereinigte sie. Dabei kam im Vergleich zur Personenzählung, wie nachfolgend im Detail ausgeführt wird, im Bereich der Gebäude und Wohnungen der Arbeit in den Erhebungsstellen eine weit größere Bedeutung zu.

Zur Bedeutung der manuellen Kontrollen

Die Erhebungsstellen hatten bei den Wohnungsfragen aufgrund des rechtlichen Rahmens relativ umfassende Aufgaben und Befugnisse. So durften und sollten nach Erkundungen der Erhebungsstelle Angaben im Wohnungsbogen ergänzt werden, wenn die fehlenden Angaben beim Auskunftspflichtigen nicht zu bekommen waren. Bei am Stichtag abwesenden Mietern bestand die Möglichkeit, deren Wohnungsbogen mit Hilfe des Gebäudeeigentümers oder baugleicher Nachbarwohnungen auszufüllen.

Für die Qualität der Gebäude- und Wohnungsstatistik war neben dem Fragebogen selbst vor allem die Regionalliste

von Bedeutung. Daher oblag das Ausfüllen dieses zentralen Ordnungspapiers in Baden-Württemberg nicht den Zählern, sondern den Mitarbeitern der Erhebungsstellen. Selbst bei der Gesamtzahl der Wohnungen konnten die Erhebungsstellenmitarbeiter (soweit erforderlich) durch die Art der Regionallistenausfüllung regulierend eingreifen. Die Regionalliste gab je Zählbezirk einen Überblick über die zugehörigen Gebäude, Wohnungen und Haushalte⁴, denen zu Abgrenzungszwecken jeweils laufende Nummern zuzuordnen waren. Allein die Vergabe dieser laufenden Nummern durch die Sachbearbeiter der örtlichen Erhebungsstelle war ausschlaggebend für die Anzahl der Wohnungen und korrespondierte mit Zahl und Inhalt der abgelieferten und richtig ausgefüllten Wohnungsbogen. Zum Beispiel führte die korrekte Eintragung eines Untermieters als zweiter Haushalt unter der laufenden Nummer der Wohnung des Hauptmieters dazu, daß bei einem fälschlicherweise vollständig und als Hauptmieter ausgefüllten Untermieter-Beleg konsequent alle hauptmieter-spezifischen Antworten gelöscht wurden und bei der Frage nach dem Wohnverhältnis die Einsetzung „Untermieter“ erfolgte. Für Hauptmieter und Untermieter wurde in diesem Fall nur eine Wohnung mit den vom Hauptmieter genannten Merkmalen gezählt. Zwei wären es dagegen gewesen, wenn dem Untermieter eine eigene laufende Nummer der Wohnung zugeteilt worden wäre, weil dieser sich als Hauptmieter bezeichnet hatte.

Hinweise auf die richtige Anzahl von Wohnungen in einem Gebäude lieferten einmal die Zähler mit entsprechenden Bemerkungen in den mitgeführten Organisationspapieren. Außerdem lag die Angabe über die Wohnungszahl für alle Gebäude vor, für die im Rahmen der zeitlich früher durchgeführten Gebäudevorerhebung Belege eingegangen waren. In der Regel handelte es sich hierbei um solche Gebäude, die nicht von ihren Eigentümern bewohnt wurden, für die während der Haupterhebung somit auch keine Gebäudeangaben gemacht werden mußten, weil die Auskunftspflicht ausschließlich beim Gebäudeeigentümer lag. In diesen Fällen bestand die Aufgabe der Erhebungsstelle darin, die Angaben aus der Vorerhebung in den Wohnungsbogen eines Hauptmieters oder Wohnungseigentümers zu übertragen. Weiter sollte bei fälschlicherweise mehrfach vorliegenden Gebäudeangaben die richtige Version ausgewählt werden und bei den übrigen die Kennzeichnung „ungültig“ erfolgen.

Die manuelle Bearbeitung im Statistischen Landesamt umfaßte einerseits die Wiederholung der Prüfungen in den Erhebungsstellen, soweit dies ohne die dort gegebenen Rückfragemöglichkeiten möglich war, andererseits mußten die Klartextangaben zu Fläche und Miete in den Lesebelegen in Form von stilisierten Ziffern in vorgesehene Lesefelder übertragen werden.

¹ Vergleiche auch Frank, Eberhard: Erste Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs-, und Arbeitsstättenzählung 1987, in Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12/1988, S. 495ff.

² Zu detaillierten Ergebnissen und Interpretationen siehe auch: Büringer, Helmut: Gebäude- und Wohnungszählung 1987, in Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1989, S. 48ff.

³ Zur Plausibilitätskontrolle allgemein und der Volks- und Berufszählung im besonderen vgl. auch: Steinmann, Regina: Grundzüge der maschinellen Plausibilitätskontrollen bei der Volks- und Berufszählung 1987, in Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1989, S. 61ff.

⁴ Zur Gesamtanlage der Zählung siehe: Frank, Eberhard: Die Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, VZ-Sonderheft, S. 1ff.

Grundzüge der maschinellen Plausibilitätsprüfung

Die maschinellen Plausibilitätsprüfungen zur Gebäude- und Wohnungszählung lassen sich in zwei große Prüfgruppen einteilen: Mit der Typisierung von Wohnungen und Gebäuden⁵ wird die Ausgangsbasis geschaffen für die anschließende Prüfung auf inhaltliche Fehler in den Angaben. Die Prüfung auf Formalfehler, die im Bereich Volks- und Berufszählung einen eigenen Block bildet, ist bei der Gebäude- und Wohnungszählung in die übrigen Kontrollen integriert.

Der Verknüpfung der Plausibilitätskontrollen zwischen den beiden Zählungsteilen dienen sogenannte „Merker“, das sind Indikatoren, die zum Teil bereits im Rahmen der Plausibilitätskontrollen zur Volks- und Berufszählung gebildet werden und durch die direkt die Zulässigkeit der Wohnungs- und Gebäudeangaben mitbestimmt wird. So gilt zum Beispiel die Angabe, daß es sich bei einer bewohnten Wohnung um eine Freizeitwohnung handelt, nur dann als richtig, wenn ein entsprechender Merker besagt, daß bei mehreren Wohnsitzen alle Bewohner „Nebenwohnung“ angaben und kein Erwerbstätiger oder Schüler von dieser Wohnung vorwiegend zur Arbeit oder Schule ging. Die Merkerbildung spielt auch bei den weiteren Kontrollen eine große Rolle, sie werden sukzessiv in größerer Anzahl gebildet.

Im Gegensatz zum Erhebungsteil Volks- und Berufszählung, wo in der Regel der einzelne Beleg geprüft und nur zu wenigen Fragen belegübergreifend der Haushaltszusammenhang herangezogen wird, erfolgen bei der Gebäude- und Wohnungszählung die meisten Kontrollen im Gebäudezusammenhang, also in größeren Aggregaten. Hierbei liegt der Gedanke zugrunde, daß sich in Mehrfamilienwohnhäusern die einzelnen Wohnungen häufig in ihrer Struktur ähneln und in bestimmten Punkten, wie zum Beispiel bei der sozialen Förderung und der Beheizungsart, praktisch immer identische Merkmale aufweisen und somit von den Angaben zu einer Wohnung auf diejenigen zu einer anderen geschlossen werden kann. Selbstverständlich gilt bei den maschinellen Prüfungen der Grundsatz, daß Originalangaben – abgesehen von Einzelfällen – möglichst zu erhalten und als gültig zu bewerten sind. Im Wohnungs- und Gebäudezusammenhang werden aber alle eventuell fehlenden Angaben ergänzt. Eine Ausnahme bildet die Miethöhe, die nicht maschinell eingesetzt wurde, um die Grundlage für spätere Mietspiegelberechnungen nicht zu beeinflussen.

Für den Bereich der Mietangaben wurden auch die wenigen „Kannfehler“ vorgesehen. Bei diesem Fehlertyp weisen die zugehörigen Fehlerschlüssel auf möglicherweise unplausible Werte hin, die vom Bearbeiter der Fehlerlisten, in denen die Fehlerfälle und maschinellen Umsetzungen dokumentiert sind, gegebenenfalls manuell korrigiert werden. Der weit überwiegende Teil der Fehlerschlüssel – sie werden mit jeder Löschung oder Einsetzung vergeben – steht für sogenannte „Mußfehler“, deren Bereinigung unbedingt erforderlich ist und voll maschinell in Form von Löschungen bzw. gezielten oder rotierenden Einsetzungen erfolgt.⁶ Ebenso wie bei der Volks- und Berufszählung

erfordern die maschinellen Plausibilitätskontrollen bei der Gebäude- und Wohnungszählung von ihrer Anlage her somit nicht unbedingt manuelle Eingriffe. In Baden-Württemberg wurden insbesondere Fehlerhäufungen gezielt im Hinblick auf die Berechtigung der maschinellen Korrekturen untersucht.

Typisierung von Wohnungen und Gebäuden

Sowohl die Wohnungs- als auch die Gebäudetypisierung erfolgt hauptsächlich über die Bildung von Merkern, die unterschiedliche Hinweise auf die Art von Wohnungen bzw. Gebäude geben (*Übersicht 1*). Diese Merker haben – bezogen auf einige Fragestellungen – in Einzelfällen sogar ein größeres Gewicht als die Originalangaben des Auskunftspflichtigen. Gibt es zum Beispiel in einem Gebäude keinen Merker, der besagt, daß es mindestens vier Wohnungen enthält, und wurde „vollständige oder teilweise Wohnheimnutzung“ angegeben, wird diese Angabe nicht akzeptiert, sondern unterstellt, daß eine Begriffsverwechslung (zum Beispiel mit Eigenheim) beim Auskunftspflichtigen vorlag. Neben den Merkern bestimmen selbstverständlich – und in der Regel vorrangig – die Angaben in den Wohnungsbogen den Wohnungs- bzw. Gebäudetyp. So erfolgt die Zuordnung eines Gebäudes zu einem der Grundtypen „Normalgebäude“ bzw. „Gebäude mit Gemeinschaftsnutzung“ allein über die Frage 1b zum Gebäude (*s. Vorspann*). Merker, die die Zahl der Wohnungen und Haushalte im Gebäude enthalten, entscheiden dann nur über den Untertyp.

Wenn eine Angabe allein die Typisierung bestimmt, muß diese selbstverständlich eindeutig sein. Daraus ergibt sich, daß vorab untersucht werden muß, ob nicht zum Beispiel pro Gebäude die Angaben fälschlicherweise mehr als einmal vorliegen und nicht identisch sind und keine davon die Kennzeichnung „ungültig“ aufweist; gegebenenfalls erfolgt die Komprimierung mehrerer Gebäudeangaben in einen Datensatz. Befindet sich unter den Auskunftsgebern nur ein Wohnungseigentümer, wird unterstellt, daß er auch der Gebäudeeigentümer ist, und somit gelten seine Angaben als richtig, die übrigen werden gelöscht. In anderen Fällen bleibt die mehrheitlich gemachte Angabe bestehen. Falls keine Überzahl besteht, entscheiden die Angaben zu den Wohnungen mit.

Die Wohnungen unterscheiden sich nach sieben Haupttypen, die sich je nach Vorliegen von Personenangaben jeweils in zwei Untertypen gliedern (*Übersicht 1*). Eine Ausnahme bildet der Wohnungstyp „Untervermietete Wohnung“. Hier gibt es, je nachdem, ob Wohnungsangaben vorliegen, die Typen U1 und U2 bei völlig untervermieteten Wohnungen und den U3-Typ der untervermieteten Wohnung, bei dem der Wohnungseigentümer ebenfalls von der Zählung berücksichtigt wurde. Für die Zuordnung zu einem der Wohnungstypen haben die Bestimmungsfaktoren „Ordnungssystem“, „Merkerbildung“ und „Angaben zu den Fragen des Wohnungsbogens“ unterschiedlich große Bedeutung. So erfolgt die Zuordnung zu einem A-Typ (ausländische Streitkräfte), L-Typ (leerstehend), H-Typ (Hauptmieter) oder E-Typ (Wohnungseigentümer) hauptsächlich über die Angaben im Wohnungsbogen. Über die Freizeitwohnungstypen entscheiden neben der Antwort zur Frage 2 hauptsächlich die bereits erwähnten Merker. Ein W-Typ (Wohnheim) wird nur in Wohnheimen, also bei

⁵ Zum System der Typisierung vgl. auch: Steinmann R., Grundzüge der maschinellen Plausibilitätskontrollen . . . , a. a. O.

⁶ Zur Nomenklatur der Fehler vgl. auch: Steinmann, R., Grundzüge der maschinellen Plausibilitätskontrollen . . . , a. a. O.

Übersicht 1 Gebäude- und Wohnungstypen

Typengruppe	Typen- schlüssel	Bezeichnung des Typs		
Gebäudetypen	10	Normalgebäude	bewohnte Wohnung(en)	mit Haushalten
	11	Normalgebäude	bewohnte Wohnung(en)	ohne Personensätze (Wohnungen ausländischer Streitkräfte oder Freizeitwohnungen)
	12	Normalgebäude	nicht bewohnte Wohnung(en)	—
	20	Gebäude mit Gemeinschaftsnutzung	bewohnte Wohnung(en)	mit Haushalten und Personen ohne eigene Haushaltsführung
	21	Gebäude mit Gemeinschaftsnutzung	bewohnte Wohnung(en)	ohne Haushalte mit Personen ohne eigene Haushaltsführung (einschließlich Wohnungen ausländischer Streitkräfte und Freizeitwohnungen ohne Personensätze)
	22	Gebäude mit Gemeinschaftsnutzung	nicht bewohnte Wohnung(en)	mit Personen ohne eigene Haushaltsführung
Wohnungstypen	A 1	Von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietete Wohnung		mit Personensätzen
	A 2	Von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemietete Wohnung		ohne Personensätze
	F 1	Freizeitwohnung		mit Personensätzen
	F 2	Freizeitwohnung		ohne Personensätze
	L 1	Leerstehende Wohnung		mit Primärangaben
	L 2	Leerstehende Wohnung		ohne Primärangaben
	U 1	Völlig untervermietete Wohnung		mit Wohnungsmerkmalen
	U 2	Völlig untervermietete Wohnung		ohne Wohnungsmerkmale
	U 3	Untermieter		mit vorhandenem Wohnungsinhaber
	H 1	Hauptmieter in ...		Erstwohnung
	H 2	Hauptmieter in ...		Zweitwohnung
	E 1	Eigentümer in ...		Erstwohnung
	E 2	Eigentümer in ...		Zweitwohnung
	W 1	Wohnheimbewohner		mit Wohnungsmerkmalen
	W 2	Wohnheimbewohner		ohne Wohnungsmerkmale

entsprechender Beantwortung der Gebäudefrage 1a, vergeben, während für die Zuordnung zu einem U-Typ das Ordnungssystem ausschlaggebend ist

Ähnlich wie bei der Typisierung von Gebäuden müssen im Rahmen der Typisierung von Wohnungen der Typen U, E und H sowohl Mehrfachmarkierungen als auch mehrere widersprüchliche Angaben in der Wohnung zur Wohnungsfrage 1 bereinigt werden. Es ist zum Beispiel unzulässig, daß sich innerhalb derselben Wohnung zwei Haushalte als Hauptmieter bezeichnen. In einem solchen Fall gilt derjenige als Hauptmieter, der die meisten Fragen für Wohnungsinhaber beantwortet hat, der andere wird als Untermieter-Haushalt ausgewertet. Im Zweifelsfall entscheidet also der Inhalt der Angaben des Auskunftspflichtigen.

Die Wohnungs- und Gebäudetypisierung bildet die Grundlage, auf der die weiteren Prüfschritte basieren, und gibt die Richtung von Korrekturen vor, sofern solche notwendig werden. Als einfachstes Beispiel sei genannt, daß sich die verschiedenen Fragengruppen nur an bestimmte Adressaten wenden. So werden zum Beispiel bei Untermietern (U 2- und U 3-Typen) die Angaben zu den Fragen 2 bis 11 und bei Wohnungseigentümern (E-Typen) die Angaben zu den Fragen 9 bis 11 gelöscht, weil diese Fragen durch die jeweiligen Gruppen nicht zu beantworten waren (*siehe Vorspann*).

Inhaltliche Kontrollen zu den Wohnungs- und Gebäudeangaben

Die Angaben zu den Fragen 1, 2, 10 und 12 (leerstehend) des Wohnungsbogens werden im Wohnungszusammenhang, die übrigen im Gebäudezusammenhang überprüft. Diese Unterscheidung erscheint deshalb sinnvoll, weil bei den erstgenannten Fragen – sie sind nicht gebäudespezifisch – im Gegensatz zu den übrigen wohl kaum davon ausgegangen werden kann, daß die Angaben zu einer Wohnung Rückschlüsse auf die Nachbarwohnung zulassen.

Innerhalb der ersten Prüfgruppe werden zunächst die je Wohnungstyp unzulässigen Angaben gelöscht. Anschließend erfolgt die – ebenfalls vom Wohnungstyp abhängige – Bereinigung von Mehrfachmarkierungen. So wird zum Beispiel bei gleichzeitiger Angabe von „Eigentümer“ und „Hauptmieter“ bei Freizeitwohnungen „Hauptmieter“ gelöscht, bei Wohnungen, die von ausländischen Streitkräften privatrechtlich gemietet sind, dagegen die Angabe „Eigentümer“.

Die Überprüfung der Fragen 1, 2, 10 und 12 bezieht sich jeweils nur auf bestimmte Wohnungstypen und führt zur Bereinigung von zu diesem Zeitpunkt noch bestehenden Fehlern. Es wird zum Beispiel, soweit die Angabe fehlt, bei Untermieter-Wohnungen gezielt „Untermieter“ bei der

Frage nach dem Wohnverhältnis (F1) eingesetzt. Die fehlende Angabe bei der Frage nach der Freizeitwohnung (F2) führt bei allen Wohnungstypen zur Einsetzung von „nein“, weil unterstellt wird, daß die Antwort deshalb fehlt, weil der Auskunftspflichtige sich durch die Frage nicht angesprochen fühlte. Aus demselben Grund wird „nein“ bei den Fragen nach einer Dienstwohnung bzw. verbilligten Miete (10a, 10b) als richtig angenommen, wenn die Antwort ausbleibt.

Anschließend an diese Behandlung von Einzelfragen erfolgt die Bildung einer Reihe von Merkern. Dabei fließen die Informationen ein, die später bei den Untersuchungen der Angaben im Gebäudezusammenhang die Vorgaben für eventuelle maschinelle Korrekturen mitbestimmen.

Die erste Kontrolle innerhalb der Prüfungen im Gebäudezusammenhang bezieht sich auf die Angaben zu Raumzahl (Strichmarkierung) und Fläche (signierte Angabe) und deren Verhältnis zueinander. Der maschinellen Bereinigung liegt dabei die Überlegung zugrunde, daß bei Lesebelegten Strichmarkierungen als sicherer gelten als Signierungen. Treten Widersprüche zwischen Raumzahl und Fläche auf, ist also zum Beispiel die Fläche mit 10 m² viel zu klein im Verhältnis zu den angegebenen 6 Räumen, erfolgt immer, ausgehend von der Raumzahl, eine Umsetzung der Fläche. Nur bei fehlender Raumzahl kehrt sich die Wirkungsweise um; die Raumzahl wird dann aufgrund von durchschnittlichen Erfahrungswerten eingesetzt, wobei das Baualter des Gebäudes ebenfalls Berücksichtigung findet.

Im nächsten Schritt wird die Frage 1a nach der Gebäudeart untersucht, wobei nach vorgelagerten Bereinigungen meist nur noch der Fall fehlender Angaben zu korrigieren ist. Dies erfolgt – abgesehen von wenigen Konstellationen – durch Einsetzen von „Wohngebäude“.

Nach der sozialen Förderung wurden sowohl Wohnungsinhaber als auch Gebäudeeigentümer gefragt, sodaß hierzu Gebäudefrage 4 und Wohnungsfrage 8 verglichen werden können. Fehlt die Angabe zu einer der beiden Fragen, bestimmt die jeweils andere den einzusetzenden Wert. Bei Widersprüchen können die Wohnungsangaben nur dann die Gebäudeangaben dominieren, wenn entweder alle Auskunftspflichtigen gleich geantwortet haben oder wenn – bei unterschiedlichen Angaben zu Frage 8 – mindestens ein Eigentümer unter den antwortenden Wohnungsinhabern war.

Die maschinelle Bereinigung von Fehlern bei der Frage nach dem Gebäudeeigentümer hängt hauptsächlich von der Zahl der Eigentümer- bzw. Hauptmieterwohnungen im Gebäude ab. Bei nur wenigen Eigentümerwohnungen wird eher „Einzelperson oder Ehepaar“, bei vielen Mieterwohnungen eher „Gemeinnütziges Unternehmen“ eingesetzt.

Das Ziel des nächsten Prüfschrittes besteht in der Bereinigung von Fehlern bei der Frage nach dem Baujahr des Gebäudes, wobei in der Regel mehrere Jahreszahlen als möglicherweise zutreffend ausgewählt und rotierend, also abwechselnd nacheinander, eingesetzt werden. Der in Frage kommende Bereich resultiert aus den Angaben zur Wohnungsausstattung, zu den Einzugsjahren der Haushalte und zur sozialen Förderung der Wohnungen.

Wegen der inhaltlichen Ähnlichkeit gehen anschließend die Fragen nach dem Einzugsjahr und der Dauer des Leer-

stehens bei leerstehenden Wohnungen in einen gemeinsamen Prüfschritt ein. Fehlt die Angabe, leitet sich der einzusetzende Wert aus dem Baujahr des Gebäudes ab. Dieses dominiert sogar die Angaben zum Einzugsjahr bzw. zur Dauer des Leerstehens, wenn letztere unter dem Baujahr bzw. über der Dauer des Bestehens des Gebäudes liegen, entsprechende Umsetzungen folgen in diesen Fällen. Die Untersuchung der Frage nach der Ausstattung der Wohnung untergliedert sich in die Unterfragen nach Küche/Kochnische, Bad/Dusche und WC. Bei dieser Frage konnten sowohl mehrere Antworten als auch – teilweise den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechend – keine gegeben werden. Eine maschinelle Einsetzung erfolgt in Abhängigkeit vom Baualter des Gebäudes nur dann, wenn im Gebäude bei mehreren Wohnungen mit gleicher Raumzahl zumindest mehrheitlich identische Angaben vorliegen.

Bei der Frage nach der Beheizung und dem Brennstoff muß nicht nur eine Korrektur der einzelnen Angabe erfolgen, sondern auch die Plausibilität der Kombination beider Antworten gesichert werden. Die einzusetzenden Werte bei widersprüchlichen oder fehlenden Angaben ergeben sich bei Mehrfamilienhäusern aus der Mehrheit der Antworten, wobei denen von Eigentümern größeres Gewicht eingeräumt wird.

In die abschließende Prüfung der Mietangaben fließen Erfahrungswerte für durchschnittliche Quotienten aus Miete und Fläche ein, die den Rahmen bilden, in dem die Angaben sofort als richtig akzeptiert werden. Quotienten, die außerhalb dieser Vorgaben liegen, führen zur Vergabe von Kannfehlern, die manuell zu prüfen sind.

Neben den bei den einzelnen Fragen genannten Bestimmungsfaktoren für maschinelle Um- bzw. Einsetzungen nehmen auf diese Werte in allen Prüfschritten auch maßgeblich die Merker Einfluß, die – wie oben erwähnt – nach Abschluß der Typisierung von Wohnungen und Gebäuden gebildet werden.

Auf den Gebäudezusammenhang als Bereinigungshilfe kann – abgesehen vom Vergleich der Wohnungs- mit den Gebäudeangaben – bei Einfamilienhäusern im Gegensatz zu Mehrfamilienhäusern nicht zurückgegriffen werden. Falls sich aus dem Bogen selbst keinerlei Hinweise ergeben, werden in diesen Fällen eventuell vorhandene Fehler mit Hilfe von stochastischen Verfahren korrigiert.

Fehlerhäufigkeit und -verteilung

Von den 4085300 Wohnungssätzen, welche die maschinelle Plausibilitätskontrolle zur Gebäude- und Wohnungszählung 1987 in Baden- Württemberg durchliefen, waren 53% fehlerfrei. Bei den übrigen 47% wurden maschinelle Korrekturen vorgenommen. Allerdings spiegelt diese Zahl allein keineswegs den Umfang der tatsächlichen Fehlerhaftigkeit der Wohnungs- und Gebäudeangaben wider, weil zum Beispiel schon 23% aller „Fehler“ aus zuviel gemachten Angaben von Untermietern und Wohnungseigentümern resultierten, die im Vergleich zu den Hauptmietern jeweils nur einen kleineren Teil der Fragen zur Wohnung zu beantworten hatten. Wenn in diesen Fällen entsprechende maschinelle Löschungen erfolgten, ging damit keine qualitative Veränderung des Datenmaterial einher.

Die anteilmäßige Verteilung der Fehlerfälle bezogen auf die einzelnen Prüfschritte läßt sich aus *Übersicht 2* erse-

Übersicht 2

Maschinelle Plausibilitätsprüfung im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung mit Fehleranteilen

Art der Prüfung	Fehleranteil in %
I Typisierung von Gebäuden und Wohnungen	13
II Inhaltliche Kontrollen zu Wohnungs- und Gebäudeangaben	87
und zwar:	
1) Löschen unzulässiger Angaben	23
2) Bereinigung von Mehrfachmarkierungen	4
3) Prüfung Wohnungsfrage 1	2
4) Prüfung Wohnungsfrage 2	3
5) Prüfung Frage 10	6
6) Prüfung Frage 12	0
7) Prüfung Räume/Fläche	6
8) Prüfung Gebäudefrage 1	0
9) Prüfung Gebäudefrage 2	1
10) Prüfung zur sozialen Förderung	13
11) Prüfung Wohnungsfrage 4	9
12) Prüfung Wohnungsfrage 5	13
13) Prüfung Wohnungsfrage 9	4

hen, wobei insgesamt vier überdurchschnittlich hohe Werte auffallen. Dabei handelt es sich mit 11 bzw. 23% um die Fehler, die auf überflüssigerweise gelieferte Angaben zu den Gebäude- bzw. Wohnungsfragen zurückgehen. Bezogen auf die Einzelfragen fielen die meisten Fehler mit jeweils 13% bei der Frage nach der sozialen Förderung bzw. der Frage nach der Beheizung an. Dieser Sachverhalt ist wohl darauf zurückzuführen, daß die Auskunftspflichtigen die richtigen Antworten zu diesen beiden Fragen teilweise nicht kannten und je nach Naturell entweder keine oder die subjektiv als richtig erscheinende Angabe machten. Die Antworten zu den übrigen Fragen fielen offensichtlich leichter, weil sie, wie zum Beispiel das Einzugsjahr, den Haushalt direkt betrafen oder, weil zum Beispiel die Raumzahl oder Ausstattung, offensichtlich waren. Ob hingegen die Heizkörper in der Wohnung Teil einer Zentralheizung, einer Blockheizung oder eines Fernwärmeleitungssystems sind, ist den Mietern offensichtlich nicht selten unbekannt und könnte in diesen Fällen höchstens aus geeigneten Vertragsunterlagen ersehen werden.

Vergleicht man die Fehlerverteilung in den Stadtkreisen mit der für das gesamte Land, ergibt sich die größte Auffälligkeit bei der Frage nach der sozialen Förderung der Wohnungen. Dort lag der Fehleranteil in den Städten mit 9% deutlich unter dem Landeswert, während ansonsten die

Zahlen nur kleinere Abweichungen zeigten. Möglicherweise ist dies auf ein besseres Problembewußtsein in diesem Punkt und damit verbundene gezielte Kontrollen zurückzuführen. Insgesamt lag der Anteil absolut fehlerfreier Wohnungssätze in den Stadtkreisen aufgrund der höheren Zahl von Mehrfamilienhäusern und Untermietern, also der meist komplizierteren Struktur, erwartungsgemäß unter dem Landeswert.

Zusammenfassende Bemerkungen

Nach der Analyse der Wirkungsweise der Plausibilitätsprüfungen zur Gebäude- und Wohnungszählung und nach Abschluß der methodischen Begleituntersuchungen, die positive Ergebnisse brachten, steht einer Veröffentlichung weiterer Ergebnisse zu diesem Sachgebiet nichts mehr im Wege.

Das Programmkonzept, das zwischen Bund und Ländern vereinbart worden ist, sieht die Bereitstellung von teils kleinräumig gegliederten Regionaltabellen und auf Landes- bzw. Bundesebene fachlich tief gegliederte Sachgebietstabellen vor.

Vorrang hat dabei der Programmteil der Regionaltabellen, der je Gemeinde ein Blockprogramm, ein Gemeindeblatt, Gemeindetabellen und die Gemeindestatistik und auf Kreisebene Kreistabellen und die Kreisstatistik umfaßt. Die fachliche Gliederungstiefe wurde aus Datenschutzgründen desto mehr eingeschränkt, je kleiner die räumliche Darstellungseinheit gewählt wurde. Dagegen liefern die Sachgebietstabellen auf Bundes- und Landesebene, die ab Mitte des Jahres bereitgestellt werden sollen, inhaltlich sehr detaillierte Ergebnisse.

Das Statistische Landesamt plant neben der sukzessiven Übermittlung aller Ergebnisse an die Gemeinden auch eine umfassende Dokumentation und die Veröffentlichung von Datenbänden, die dann allen Interessenten zugänglich sind.

Zusätzlich zu dem bereits konzipierten bundeseinheitlichen Tabellenprogramm können auf Anforderung bei Bedarf bezogen auf spezifische Fragestellungen Sondertabellen bereitgestellt werden.

Dipl. Volkswirtin Regina Steinmann

3. Erfahrungsberichte

Erfahrungsbericht zur Volkszählung 1987 aus Landessicht

Am 25. Mai 1987 wurde in den *alten* Bundesländern eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung durchgeführt. Das integrierte Verfahren erwies sich als sehr rationell, da die Arbeit der Zähler und Mitarbeiter der Erhebungsstellen sowie die Erfassung des regionalen Gliederungssystems – wenn auch etwas ausgeweitet – nur einmal anfiel. Wegen der weit geringeren Zahl von Erhebungseinheiten hätte die Arbeitsstättenzählung allerdings isoliert deutlich schneller abgeschlossen werden können, so daß eine zukünftige eigenständige Durchführung dieses Zählungsteils diskutiert werden sollte. Demgegenüber ist die Kombination von Volks- und Berufszählung sowie Gebäude- und Wohnungszählung deutlich positiver zu bewerten, da sie weitere Auswertungsmöglichkeiten eröffnet und der Vergleich der beiden Zählungsteile die Datenqualität absichert. Das Vorgehen führt allerdings zu einer nutzungsorientierten Wohnungszählung, deren Ergebnisse teilweise deutlich von denen der Baufortschreibung abweichen, die auf den Baugenehmigungen basiert. Die auffälligsten Unterschiede gab es 1987 im Bereich der Einfamilienhäuser mit Einliegerwohnungen, die baurechtlich als Gebäude mit zwei Wohnungen gelten, vom Besitzer aber häufig als reine Einfamilienhäuser genutzt und angegeben wurden.

Durchführung der Zählung

Die eigentliche Feldarbeit bei der Volkszählung 1987 leisteten die Zähler. Sie wurden dadurch unterstützt, daß sie Adressenlisten mit den Namen der Einwohner laut Melderegister erhielten oder daß große Arbeitgeber vom Statistischen Landesamt direkt angeschrieben wurden. Die Zähler konnten die Auskunftspflichtigen für die Gebäudezählung, nämlich die Gebäudeeigentümer, nicht antreffen, wenn diese nicht selbst in den Gebäuden wohnten. Deshalb wurde in diesen Fällen im Herbst 1986 eine sogenannte partiel-

le Gebäudevorerhebung in schriftlicher Form durchgeführt. Manche Gemeinden entschieden sich trotz des größeren Aufwandes sogar zur Befragung aller Eigentümer, also zu einer totalen Gebäudevorerhebung, was den Vorteil hatte, daß schon vor der Haupterhebung die Zahl der Wohnungen je Gebäude bekannt war. Das in jedem Fall notwendige, von den Gebäudebrandversicherungen gelieferte Adressenmaterial muß als ebenso unverzichtbar für die Zählungsorganisation bewertet werden wie die Melderegisterauszüge, die den Zählern mitgegeben wurden.

Dem *Volkszählungsurteil* des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1983, das unter anderem das *informationelle Selbstbestimmungsrecht* des Bürgers hervorhob, trug das Volkszählungsgesetz 1987 mit einigen Vorschriften Rechnung, die sich nicht immer in dem erhofften Maße vertrauensfördernd, dafür aber mehr als erwartet arbeitserschwerend auswirkten.

Erstmals sollten *abgeschottete*, d. h. räumlich und personell von der übrigen Verwaltung getrennte Erhebungsstellen eingerichtet werden; für kleinere Gemeinden sollten die Landratsämter das Zählgeschäft betreuen. Dies führte dazu, daß orts- und sachkundige Mitarbeiter häufig ausgeschlossen waren, was die Erhebungsphase verlängerte und – da teilweise nur Beschäftigungsverhältnisse auf Zeit vorlagen – spätere Rückfragen unmöglich machte. Auch die Zählergewinnung wurde erschwert, weil diese nicht in ihrer direkten Nachbarschaft tätig sein durften.

Die traditionelle Zählerfunktion, nämlich die vollzählige Erfassung aller Erhebungseinheiten, konnte 1987 nicht immer erfüllt werden. Die Auskunftspflichtigen konnten darauf bestehen, die Fragebogen – im Extremfall sogar getrennt für jedes einzelne Haushaltsmitglied – selbst auszufüllen und (kostenlos) direkt an die Erhebungsstelle zurückschicken. Dem Zähler gegenüber mußte nur der Name des angetroffenen Haushaltsmitglieds und die Zahl der Personen im Haushalt genannt werden. Aufgrund dieser Regelung, von der in Großstädten bis zu 50% der Auskunftspflichtigen Gebrauch machten, verlagerte Baden-Württemberg das früher dem Zähler obliegende Ausfüllen des zentralen Ordnungspapiers, der Regionalliste, auf die Erhebungsstelle. Letztlich konnte nur diese aufgrund der zurückgegebenen und postalisch zugeschickten Unterlagen die Zahl der Haushalte und Personen sowie die zugehörigen Haushaltsheftnummern eingetragen und laufende Gebäude-, Wohnungs- und Haushaltsnummern pro Zählbezirk bzw. Baublockseite (Straßenabschnitt) vergeben. Diese notwendige Verlagerung des Arbeitsschnittes führte, zusammen mit einer Vielzahl erforderlicher Regelungen, zu einer starken Belastung der Gemeinden und Gemeindeverbände, die sich in den Personal- und Sachkosten niederschlug.

Die getrennte und postalische Rückgabemöglichkeit bedeutete auch für die Aufbereitung im Statistischen Landes-

Tabelle 1

Erhebungsstellen bei der Volkszählung 1987 in Baden-Württemberg nach Art der Gebäudevorerhebung und Art der Körperschaft

Art der Körperschaft	Erhebungsstellen insgesamt	Davon mit	
		totaler	partieller
		Gebäudevorerhebung	
Stadtkreis	9	4	5
Große Kreisstadt	64	4	60
Übrige kreisangehörige Gemeinde	801	63	738
Gemeindeverwaltungsverband/Verwaltungsgemeinschaft	19	–	19
Landkreis als örtliche Erhebungsstelle	28	–	28
Insgesamt	921	71	850

Tabelle 2

Erhebungsstellen bei der Volkszählung 1987 in Baden-Württemberg nach Maßnahmen zur Sicherung der Erhebungsstellen sowie nach Art der ADV-Unterstützung und des ADV-Verfahrens

Sicherungsmaßnahmen in den Erhebungsstellen ¹⁾	Erhebungs- stellen insgesamt	Davon						Davon (Sp. 2) nach Art des Verfahrens		
		mit ADV- Unter- stützung	davon				ohne ADV- Unter- stützung	landes- einheit- liches ADV- Verfahren	KOSIS 2). Verfahren	VOLIS 3). Verfahren
			eigene DV- Anlage einschließlich PC-Einsatz	Kommunales Rechen- zentrum	Rechen- zentrum	Privates Rechen- zentrum				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Sicherheitsschlösser	868	817	36	155	611	15	51	702	78	37
Bauliche Sicherungs- maßnahmen	98	94	4	18	68	4	4	68	23	3
Alarmschutzanlagen	39	39	3	6	30	–	–	19	16	4
Erhebungsstellen insgesamt	921	866	37	161	652	16	51	744	83	39

¹⁾ Mehrfachnennungen zulässig. – ²⁾ Kommunales statistisches Informationssystem. – ³⁾ Volkszählungs- Informationssystem

amt einen Mehraufwand an Kontrollen und Korrekturen. Im Regelfall hatten bis zu fünf Haushaltsmitglieder einschließlich der zugehörigen Wohnung dieselbe Heftnummer und waren somit als Einheit erkennbar. Bei getrennter Rücklieferung gab es nicht nur häufig verschiedene Nummern, sondern es kam auch vor, daß Zähler Belege mit derselben Nummer an verschiedene Haushalte ausgaben oder im Bekanntenkreis ein Austausch erfolgte. In diesen Fällen muß-

ten für die betroffenen Haushalte im Statistischen Landesamt – soweit nicht bereits vor Ort geschehen – neue Hefte angelegt werden, um fehlerhafte Zuordnungen zu vermeiden. Um hier eine zusätzliche Kontrollmöglichkeit zu haben, sollten die Gemeinden Belege mit lückenlosen geschlossenen Nummernkreisen erhalten und später abliefern, was aber aus herstellungstechnischen Gründen nicht durchweg eingehalten werden konnte.

Tabelle 3

Erhebungsstellen bei der Volkszählung 1987 in Baden-Württemberg nach Art der Körperschaft und Kosten der Erhebung

Erhebungsstellen nach den Kosten der Erhebung	Erhebungsstellen insgesamt	Davon nach Art der Körperschaft				
		Stadtkreis	Große Kreisstadt	übrige kreisangehörige Gemeinde	Gemeinde-verwaltungsverband/ Verwaltungsgemeinschaft	Landkreis als örtliche Erhebungsstelle
Personalkosten von ... bis unter ... DM je 10 000 Personenbogen						
unter 10 000	27	–	–	26	1	–
10 000 – 15 000	56	1	2	49	–	4
15 000 – 20 000	89	–	3	84	–	2
20 000 – 25 000	97	–	2	94	–	1
25 000 – 30 000	92	–	1	89	2	–
30 000 – 40 000	145	–	13	121	9	2
40 000 – 50 000	130	–	9	114	4	3
50 000 und mehr	194	8	31	142	3	10
ohne Angabe	91	–	3	82	–	6
Sachkosten von ... bis unter ... DM je 10 000 Personenbogen						
unter 10 000	29	1	–	26	2	–
10 000 – 15 000	18	–	–	17	1	–
15 000 – 20 000	83	–	–	81	–	2
20 000 – 25 000	230	–	1	218	4	7
25 000 – 30 000	215	–	9	200	3	3
30 000 – 35 000	132	–	9	114	6	3
35 000 – 40 000	62	–	11	45	–	6
40 000 – 50 000	43	–	12	26	3	2
50 000 und mehr	36	8	19	9	–	–
ohne Angabe	73	–	3	65	–	5
Gesamtkosten von ... bis unter ... DM je 10 000 Personenbogen						
unter 30 000	39	1	–	36	1	1
30 000 – 40 000	91	–	1	84	1	5
40 000 – 50 000	161	–	2	159	–	–
50 000 – 60 000	118	–	3	106	4	5
60 000 – 70 000	150	–	7	137	5	1
70 000 – 80 000	82	–	3	75	4	–
80 000 – 90 000	60	–	14	42	2	2
90 000 – 100 000	43	–	6	33	–	4
100 000 – 150 000	78	1	20	52	2	3
150 000 und mehr	23	7	5	8	–	3
ohne Angabe	76	–	3	69	–	4
Insgesamt	921	9	64	801	19	28

Angesichts der Vielzahl von neuen Regelungen, die in die Praxis umzusetzen waren, reichte der Zeitraum von ein- bis zwei Jahren zwischen der Verabschiedung des Volkszählungsgesetzes 1987 und dem Stichtag nur knapp für die Vorbereitung aus. Der Bedarf an Unterlagen, Personal und Räumen mußte kalkuliert werden, die Auswahl eines geeigneten Gebäudes, Ausschreibungen und Druckaufträge standen an. Die einzelnen Länder mußten unter größtem Druck eine Reihe von Verwaltungsvorschriften erarbeiten und in Kraft setzen. Hierzu gehörten die Anleitung für die Gebäudevorerhebung sowie die Erhebungsstellen- und Zähleranleitung. Baden-Württemberg sorgte auch für die rechtliche Absicherung des EDV-Einsatzes bei der Rücklaufüberwachung, dem Ausfüllen der Regionalliste und dem Mahnverfahren in den Erhebungsstellen.

Ein Jahr vor dem Zählungstichtag fand in Städten mehrerer Bundesländer, darunter auch in rund 20 baden-württembergischen, eine Testerhebung statt, die noch einige Änderungen in den Fragebogen und Ordnungspapieren zur Folge hatte. Im Herbst 1986 ging der Gebäudevorerhe-

Übersicht 1

Verzeichnis der Rechtsgrundlagen der Volkszählung 1987

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Datum	Fundstelle
1	Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987)	08. Nov. 1985	BGBl. I S. 2078
2	Verordnung der Landesregierung und des Finanzministeriums zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987	30. Juni 1986	GBI. S. 252
3	Verordnung der Landesregierung und des Finanzministeriums zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987	01. Juni 1987	GBI. S. 175
4	Verwaltungsvorschrift des Finanzministeriums zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 (VwV-VZG 1987)	01. Okt. 1986	GABI. S. 945
5	Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz-BStatG)	22. Jan. 1987	BGBl. I S. 462
6	Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 – VwV-VZG 1987 – (Anleitung zur Durchführung einer partiellen Gebäudevorerhebung)	09. Okt. 1986	
7	Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 – VwV-VZG 1987 – (Gemeinde- und Erhebungsstellenanleitung)	05. März 1987	
8	Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 – VwV-VZG 1987 – (Zähleranleitung)	12. März 1987	
9	Verwaltungsvorschrift des Finanzministeriums zum Einsatz der Automatisierten Datenverarbeitung bei der Durchführung der Volkszählung 1987	15. April 1987	GABI. S. 401
10	Gesetz über die Einrichtung kommunaler Statistikstellen	03. Juli 1989	GBI. S. 273
11	Verordnung des Finanzministeriums zum Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen in kommunalen Statistikstellen	28. Juli 1989	GBI. S. 379

Übersicht 2

Verzeichnis der Arbeitsanweisungen der Volkszählung 1987

(ohne Arbeitsstättenzählung)

AG	Bezeichnung	Anzahl der Seiten
Manuelle Bearbeitung		
300	Annahme der Erhebungsunterlagen	10
310	Vollzähligkeits- und Vollständigkeitskontrolle der Gemeindeliste	9
320	Vergabe der Bündelnummern je Gemeinde	4
330	Eingangskontrolle I (Vollzähligkeit der Erhebungsbelege)	24
335	Bearbeitung von Anstaltszählbezirken	20
338	Auswertung der Kartonsbearbeitungslisten	3
340	Eingangskontrolle II (Vollständigkeit der Erhebungsbelege)	31
350	Trennen von Erhebungs- und Hilfsmerkmalen gemäß § 15 VZG 87	8
370	Arbeitspaketbildung	2
380	Abgleich der erfaßten Heft-Nrn. mit den Nrn. der Regionalliste	7
390	Anlegen von Korrekturformularen	3
400	Reißen, Verschlüsseln und Signieren	47
420	Überprüfung der Wohnungs- und Personenbogen	2
430	Arbeitspaketbildung	14
P 400	Pendlersignierung	8
440	Signierung von Nachtrags-Arbeitspaketen	4
500	Vergleichsliste Baublockseiten	18

Manuelle AG's im Rahmen der maschinellen Aufbereitung

M 030	Maschinelle Vollzähligkeitskontrolle der Regionalliste	56
M 048	Abgleich Regionalliste und Gemeindeliste	13
M 070	Manuelle Korrekturen zum maschinellen Lesen	27
M 090	Zusammenführung	29
M 130	Plausibilitätskontrollen	36

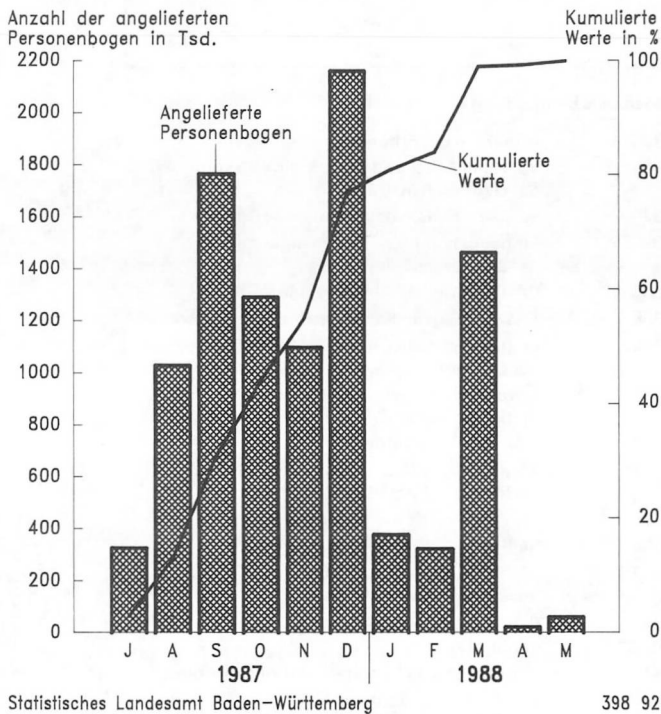
AG = Arbeitsgang

bung eine erste mehrwöchige Schulung der Zählungsleiter voraus, vor der Haupterhebung folgte eine zweite Runde, die die Notwendigkeit einer wiederholten Schulung bestätigte.

Im Vorfeld der Volkszählung wurde im Rahmen der gesetzlich geregelten Informationspflicht Öffentlichkeitsarbeit geleistet, um der eher ablehnenden Haltung der Bevölkerung zu begegnen. Unter anderem die Veröffentlichung der Fragebogen und Telefonaktionen in Zusammenarbeit mit Zeitungen und Rundfunk zeigten durchaus positive Wirkung, konnten aber rein emotional begründete oder durch Boykottaufrufe erst entstandene Bedenken nicht immer ausräumen. Die Erhebungsstellen mußten daher in erheblichem Umfang die Rückgabe bzw. Ausfüllung der Belege annehmen, was in den Großstädten praktisch nur unter Einsatz von EDV möglich war. Zwar verzögerte sich durch die Mahnaktion vielfach die Anlieferung der Unterlagen beim Statistischen Landesamt, aber zusammen mit der umfassenden Öffentlichkeitsarbeit bewirkten sie, daß die Ausfallquote – entgegen vieler Befürchtungen – landesweit nur bei rund einem Prozent lag. Es erwies sich außerdem als sehr vorteilhaft, die vollzählige Erfassung aller Personen in Baden-Württemberg durch entsprechende Vorga-

Schaubild 1

Annahme der Erhebungsunterlagen beim Statistischen Landesamt (AG 300) (ohne Arbeitsstättenzählung)



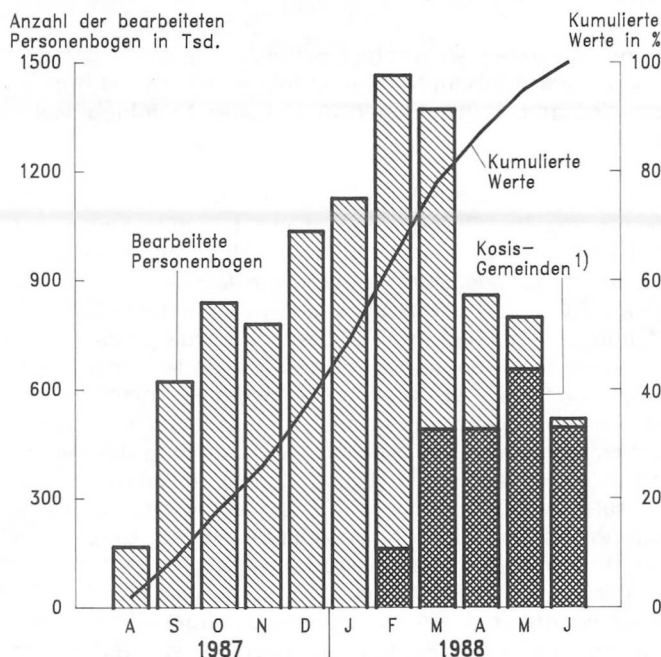
ben in der Erhebungsstellenanleitung zu sichern. Für nicht Angetoffene oder Verweigerer konnten demzufolge Personenbogen angelegt und mit den Grundangaben Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit sowie Wohnungsstatus versehen werden, soweit diese Merkmale in den Melderegisterauszügen enthalten waren.

Aufbereitung im Statistischen Landesamt

Nach der Bundesplanung sollten die ersten Ergebnisse der Volkszählung 18 Monate nach dem Stichtag vorliegen. Um dies bei den gegebenen Rahmenbedingungen zu gewährleisten, mußten rund 550 Mitarbeiter sowie ca. 150 Werkvertragsmitarbeiter eingestellt werden, für die eine geeignete Räumlichkeit auszusuchen war. In beiden Punkten erforderte der stark angespannte Markt im Großraum Stuttgart Kompromisse. Sowohl die teilweise verspätete Einstellung von Mitarbeitern als auch besonders die Wahl eines alten Fabrik-Gebäudes als Volkszählungsaußenstelle belastete die gesamten Aufbereitungsarbeiten in nicht geringem Maß. Die meisten Räume, die das Statistische Landesamt angemietet hatte, und auch der restliche Gebäudekomplex wurden während der Zählungsaufbereitung renoviert. Der Baulärm und die Abgase der LKWs und Maschinen machten ein konzentriertes und zügiges Vorgehen sehr schwer und führten mehr als einmal dazu, daß alle Beschäftigten *Lärmfrei* bekamen. Das Gebäude war wegen seiner sehr großen Räume und vor allem wegen der Nähe zum Statistischen Landesamt ausgewählt worden. Letzteres war deshalb bedeutsam, weil die Erhebungsbelege nach der manuellen Bearbeitung eingelesen werden mußten und das Lesegerät im Hauptgebäude stand. Selbst durch die relativ kurze Transportstrecke und die notwendigen logistischen Maßnahmen ging aber im Laufe des gesamten Lesevorgangs viel Zeit verloren.

Schaubild 2

Abwicklung der Vollzähligkeitskontrolle der Erhebungsbelege (AG 330) (ohne Arbeitsstättenzählung)



1) Kosis = Kommunales Statistisches Informationssystem.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Die Ablaufplanung der Volkszählung 1987 war zwecks Qualitätssicherung so konzipiert, daß alle grundlegenden Prüfgänge phasenversetzt dreimal durchgeführt wurden. Bereits in der Erhebungsstelle wurde vor der Ausfüllung der Regionalliste überprüft, ob für alle vom Zähler festgestellten Haushalte und Arbeitsstätten die Erhebungsbelege vollzählig eingingen (Vollzähligkeitskontrolle). Gemeindeteil- und Baublockseiten-Nummern sowie die Zahl der Personen- und Arbeitsstättenbogen pro Zählbezirk waren in die sogenannte Gemeindeliste zu übertragen, von der eine Kopie – quasi als Lieferschein – in der Erhebungsstelle verbleiben durfte. Die Zählungsleiter waren gehalten, die lückenlose Ausfüllung der Belege (Vollständigkeitskontrolle) sowie die Plausibilität der Angaben (Plausibilitätskontrolle) zu gewährleisten und ggf. fehlende Belege oder Angaben bei den Auskunftspflichtigen anzumahnen. Alle Prüfschritte wurden im Statistischen Landesamt sowohl manuell als auch maschinell noch einmal wiederholt. Bei der Annahme wurde nicht nur durch Vergleich der Belege mit Regional- und Gemeindeliste deren Vollzähligkeit, sondern auch das kleinräumige Gliederungssystem der Gemeinden kontrolliert. Dessen Konsistenz war nämlich die unabdingbare Voraussetzung für die korrekte regionale Zuordnung der Fragebogen, die außer der Heftnummer keine Ordnungsangaben aufwiesen.

Teilweise fehlten Baublockseiten- oder Gemeindeteilnummern ganz oder waren mehrfach vertreten, so daß unter Einschaltung der betreffenden Gemeinden das Ordnungssystem überarbeitet werden mußte. Diese Fälle konnten in Baden-Württemberg aber relativ gering gehalten werden,

Übersicht 3

Organisationsplan (Stand 1988)

Referat 24
VZ/GWZ

OE-Nr. Ref.- Leiter	2440 Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungszählung 1987														
OE-Nr. Referent					2441 Volkszählung 1987			2442 Berufszählung 1987			2443 Gebäude- und Wohnungszählung 1987				
OE-Nr. Arb.- Leiter	2440 – Organisation und fachliche Koordination des Zählungswerkes – Sonderaufgaben														
OE-Nr. HFL	2440 Zentrale Auf- gaben					2441 – Lagerverwaltung/Transport (AG 010/020) – Annahme Erh.-Belege (AG 300) 1 – Kontrolle Gemeindeliste (AG 310) – Bündel-Nr.-Vergabe (AG 320) 21– Vollständ.-Kontr./Trennen (AG 340/350)			2442 – Verschlüsseln und Signieren der Erhebungsbogen (AG 400)			2443 – Vollzähligkeitsprüfung (AG 330) – Prüfen der Anstaltsunterlagen – Wiederholungsbefragung			
Anzahl BK						1			1			1			
AGr.-Nr.						41			41			61			
AG FL		Stich- proben- kontrolle	400 (WVA)	400 (WVA)	300–320	340/350	340/350	400	400	400	330	330–350/ KOB	330	Anstalten	Wieder- holungs- befra- gung
Anzahl BK AGr.-Nr.		7 03	10	3 11	9 24	10 28	8 32	11 48	9 42	9 51	10 64	17 68	10 72	10 75	11 73
AG GL	ZA	ZA	400 (WVA)	400 (WVA)	320/340/ 350	010	340/350	400	400	400	330	330–350/ KOB	400	Anstalten	Ersatz- belege
Anzahl BK AGr.-Nr.	2 02	5 01	12	13	11 22	11 27	10 26	11 52	12 44	10 45	10 65	10 69	10 62	8 76	79
AG GL			400 (WVA)	400 (WVA)	340/350	020	340/350	400	400	400	400	330–350/ KOB	400	Anstalten	
Anzahl BK AGr.-Nr.			14	15	10 23	9 31	14 33	16 47	11 46	10 54	10 66	10 70	10 63	7 77	
AG GL			400 (WVA)	400 (WVA)	340/350	340/350	400	400	400	400	400	330–350/ KOB	330–350/ KO	Anstalten	
Anzahl BK AGr.-Nr.			16	17	10 29	10 34	11 30	19 49	10 50	10 55	10 67	19 71	7 74	10 78	
AG GL			400 (WVA)	400 (WVA)				400	400	400					
Anzahl BK AGr.-Nr.			18	19				12 53	10 43	13 56					
AG GL			400 (WVA)	400 (WVA)											
Anzahl BK AGr.-Nr.			08	09											

OE = Organisationseinheit; HFL = Hauptfachgebietsleiter; FL = Fachgebietsleiter; GL = Gruppenleiter; BK = Bürokräfte; WVA = Werkvertragsarbeiten; AGr = Arbeitsgruppe; ZA = Zentrale Aufgaben; KOB = KOSIS-Bearbeitung; AG = Arbeitsgang

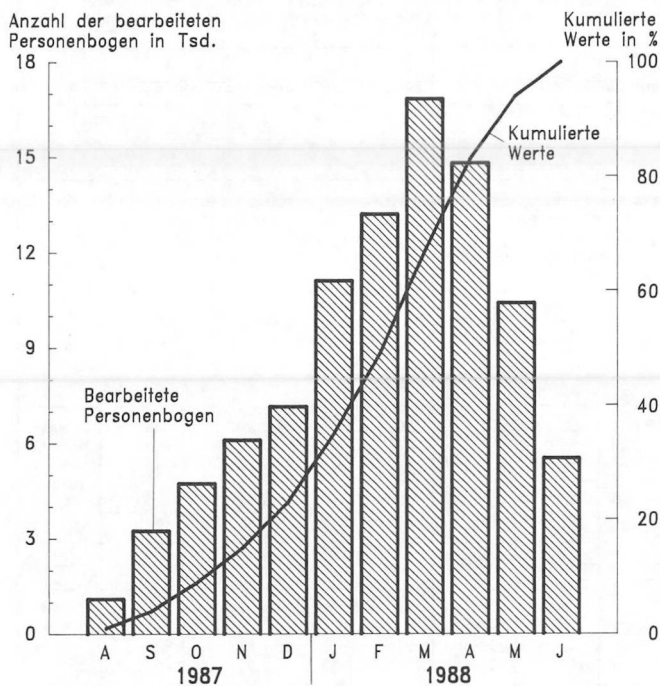
da Regionallisten und Gemeindelisten maschinell beschriftbar formatiert und auf Veranlassung des Statistischen Landesamtes von den Rechenzentren für deren angeschlossene Gemeinden vorab mit den Regionalangaben bedruckt wurden.

Der nächste Arbeitsgang, die Vollständigkeitskontrolle, bezog sich direkt auf die Wohnungs- und Personenbogen, die maschinell lesbar gestaltet und überwiegend mittels Strichmarkierungen auszufüllen waren. Neben der korrekten Ausfüllung war auch die Lesbarkeit der Belege zu überprüfen. Zwar hätten nicht verarbeitbare Fragebogen, die z. B. eingerissen oder im Bereich der Heftnummer oder Lesemarken stark verschmutzt waren, bereits in den Gemeinden neu angelegt werden müssen. Die Kommunen waren aber häufig mit Rückfragen seitens der Bürger und Zähler

sowie dem Annehmen fehlender Unterlagen bereits so überlastet, daß ihnen sowohl die Zeit als auch das Personal für die Erfüllung weiterer Aufgaben fehlte. Die dadurch auf das Statistische Landesamt verlagerten Arbeiten wurden nicht nur durch die dort fehlende Möglichkeit der Rückfrage beim Auskunftspflichtigen erschwert, sondern auch dadurch, daß häufig Kugelschreiber oder Filzstifte verwendet worden waren. Da Strichmarkierungen, die irrtümlich vorgenommen und anschließend durchgestrichen worden waren, für das Lesegerät nicht von gewollten Markierungen unterschieden werden konnten, mußten in solchen Fällen die gesamten Angaben eines Fragebogens auf einen Ersatzbeleg übertragen werden, wenn Ausradieren nicht möglich war. Hinzu kam zu Beginn der Arbeiten eine gewisse Unsicherheit darüber, welche Farben und Arten von Stiften maschinell lesbar waren oder ob alle Angaben zu Fra-

Schaubild 3

Abwicklung der Vollständigkeitskontrolle/ Trennung der Personenbogen (AG 340/350) (ohne Arbeitsstättenzählung)

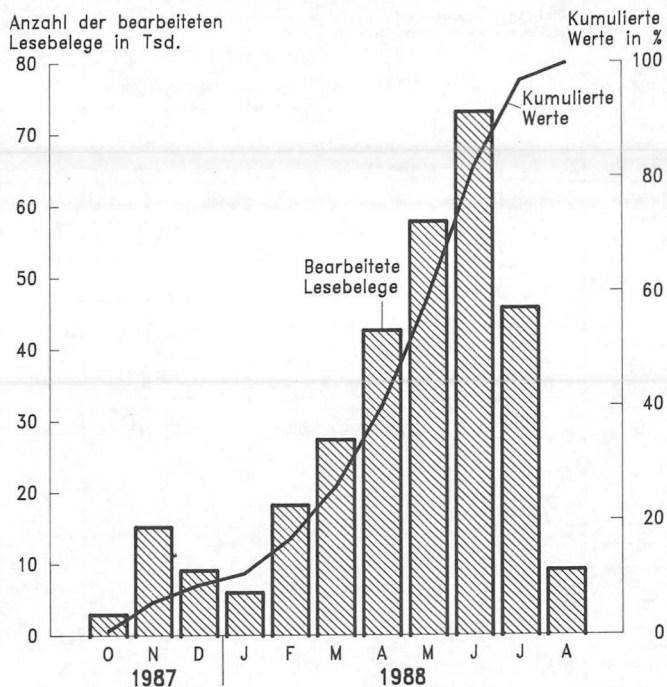


Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

400 92

Schaubild 5

Abwicklung der manuellen Korrekturen zum maschinellen Lesen (AG M 070) (ohne Arbeitsstättenzählung)

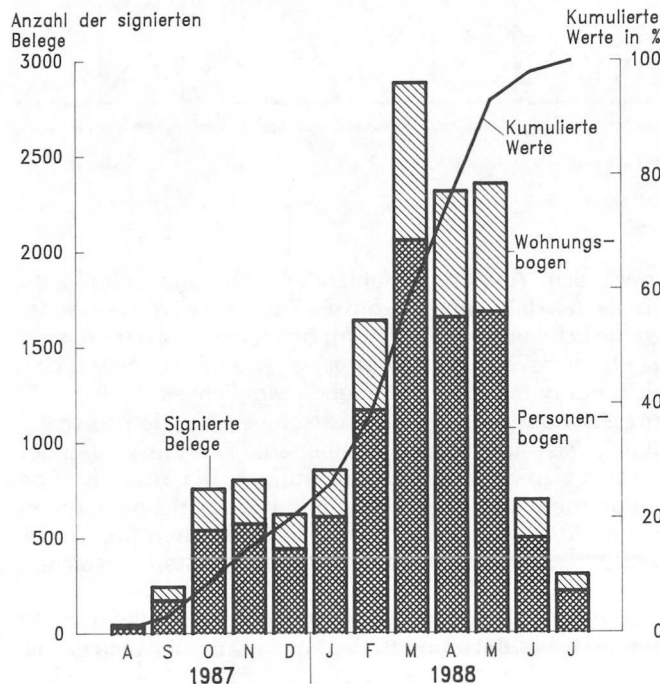


Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

402 92

Schaubild 4

Verschlüsseln und Signieren der Personen- und Wohnungsbogen (AG 400) (ohne Arbeitsstättenzählung)

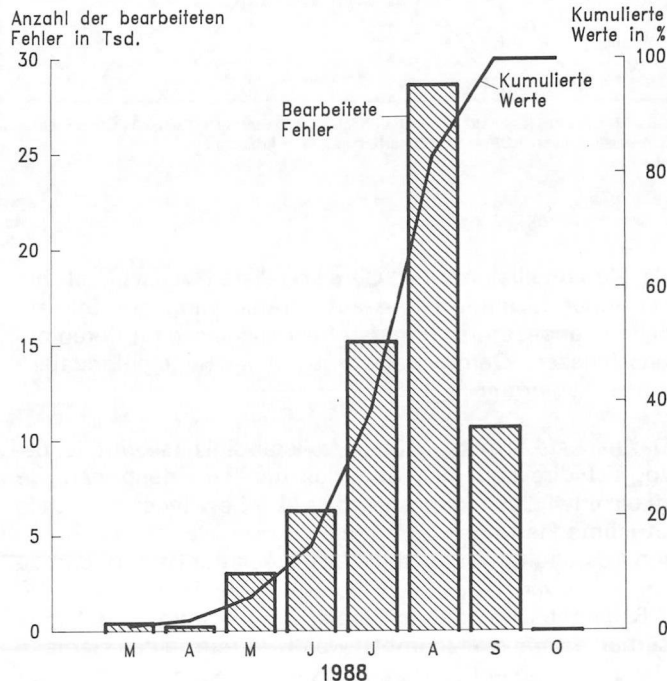


Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

401 92

Schaubild 6

Bearbeitung der Fehler bei der maschinellen Zusammenführung (AG M 090) (ohne Arbeitsstättenzählung)

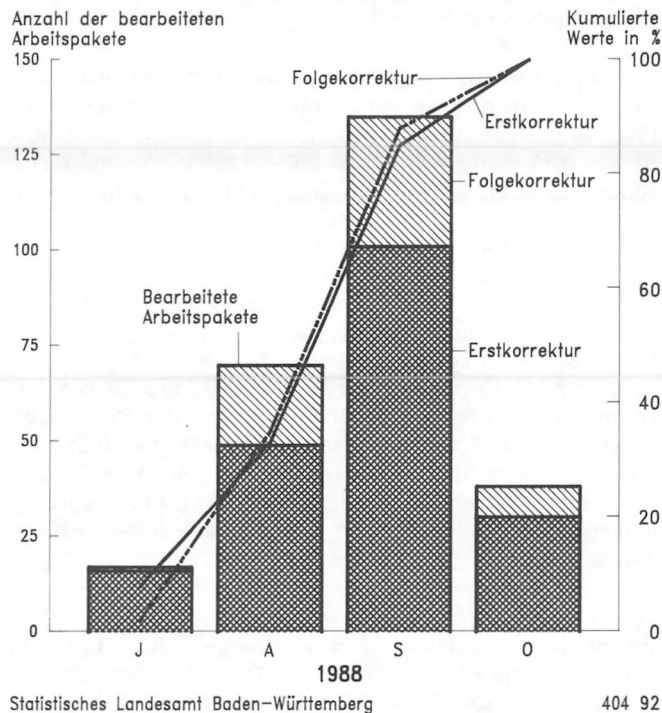


Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

403 92

Schaubild 7

Bearbeitung der Erst- und Folgekorrekturen bei den maschinellen Plausibilitätskontrollen (AG M 130) (ohne Arbeitsstättenzählung)



gen entfernt werden mußten, die sich gar nicht an den Auskunftspflichtigen richteten (z.B. Frage nach dem Wohnungsstatus, wenn nur eine Wohnung in der Bundesrepublik bestand). Nach einigen Lesetests, und nachdem gesichert war, daß diese Löschungen später maschinell erfolgen, konnte das Arbeitstempo gesteigert werden.

Dennoch verzögerte der unerwartet hohe Aufwand den Beginn des nächsten Arbeitsschrittes, bei dem die nicht direkt maschinell einlesbaren Klartextangaben, die beispielsweise zu Beruf, Wirtschaftszweig der Arbeitsstätte oder Pendlerziel zu machen waren, verschlüsselt und in stilisierten Ziffern signiert wurden. Das Signieren verlangte teils geplant, teils bedingt durch fehlende Eindeutigkeit einzelner Angaben einige Plausibilitätsüberlegungen und die Heranziehung zusätzlicher Informationsquellen von den Bearbeitern. Besonders viel Aufwand verursachte die Verschlüsselung des Wirtschaftszweiges, der häufig nur über den Firmennamen aus Telefonbuch oder Branchenverzeichnis ablesbar war und teilweise sogar telefonisch erfragt werden mußte.

In Baden-Württemberg wurden gute Erfahrungen damit gemacht, daß einzelne Bearbeitergruppen jeweils nur einen der verschiedenen Arbeitsgänge durchführten. Dadurch wurden sie zu *Spezialisten* für die Belegannahme, die Vollzähligkeits- bzw. Vollständigkeitskontrolle oder das Signieren. Das sorgte für eine hohe Qualität und ein schnell steigendes Tempo der Bearbeitung. Unabdingbare Voraussetzung für diese Arbeitsteilung war die sichere Überwachung der Bewegungen der Unterlagen. Diese wurden in *Bündel* zu ca. 4000 Belegen portioniert und zwischen den verschiedenen Arbeitsgängen immer wieder ins Lager ge-

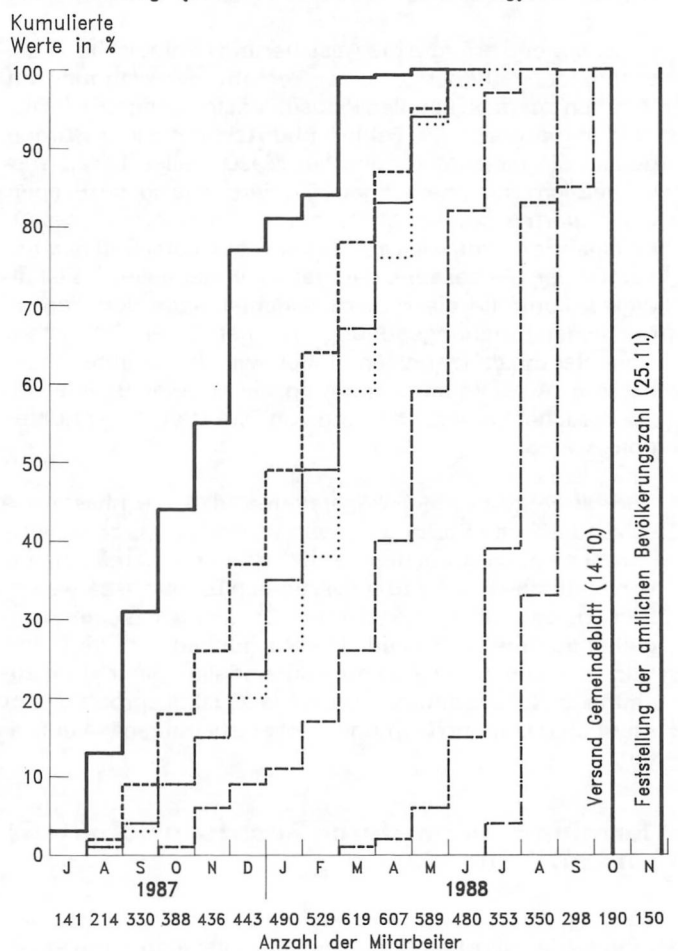
bracht. Der notwendige immense logistische Aufwand wurde mittels eines Karteikartensystems korrekt bewältigt, hätte aber durch PC-Einsatz deutlich verringert werden können.

Nach den manuellen Vorarbeiten bzw. teilweise parallel dazu folgten die maschinellen Prüfgänge, die etwas anders abgegrenzt waren.

So hatte die maschinelle Vollzähligkeitskontrolle hauptsächlich zum Ziel, die Konsistenz des Systems von laufenden Nummern und kleinräumigen Gliederungsschlüsseln zu gewährleisten. Außerdem sollte sie das Fehlen ganzer Zählbezirke ausschließen, was in Baden-Württemberg zu-

Schaubild 8

Abwicklung der manuellen und maschinellen Aufbereitung (ohne Arbeitsstättenzählung)



- Annahme der Erhebungsunterlagen (AG 300)
- - - - - Abwicklung der Vollzähligkeitskontrolle der Erhebungsbelege (AG 330)
- Abwicklung der Vollständigkeitskontrolle/Trennung der Personenbogen (AG 340/350)
- Verschlüsseln und Signieren der Personen- und Wohnungs-bogen (AG 400)
- - - - - Abwicklung der manuellen Korrekturen zum maschinellen Lesen (AG M 070)
- - - - - Bearbeitung der Fehler bei der maschinellen Zusammenführung (AG M 090)
- - - - - Bearbeitung der Erst- und Folgekorrekturen bei den maschinellen Plausibilitätskontrollen (AG M 130)

sätzlich durch einen Abgleich zwischen Gemeinde- und Regionalisten abgesichert wurde. Dem Maschinenlauf ging die Erfassung aller numerischen Angaben aus den beiden Listen voraus. Dadurch enthielten die Fehler- und Abstimmlisten, wie sie bei allen maschinellen Arbeitsgängen anschließend dem Zählungsreferat zur Bearbeitung übermittelt wurden, außer den originären Fehlern auch noch Erfassungsfehler. Die maschinelle Vollzähligkeitskontrolle entfiel fast ganz, wenn Gemeinden die Regional- und Gemeindelisten automatisiert (meist mit Hilfe von KOSIS) erstellt und nicht nur als Ausdrucke, sondern auch auf Magnetband mitgeliefert hatten. Dieser Effekt hätte verstärkt werden können, wenn auch PC-Lösungen der Erhebungsstellen im Statistischen Landesamt einer direkten Verarbeitung hätten zugeführt werden können. Die zweite Frage der manuellen Vollzähligkeitskontrolle, nämlich ob für alle in den Regionalisten enthaltenen Heftnummern tatsächlich Belege vorhanden waren, wurde im Rahmen der Zusammenführung geprüft. Dort fand ein Abgleich der erfaßten Heftnummern mit denen auf den Wohnungs- und Personenbogen statt, nachdem diese maschinell eingelesen worden waren.

Abschließend erfolgte die Absicherung der logischen Konsistenz der Angaben zu einer Person oder Wohnung im Rahmen der maschinellen Plausibilitätsprüfungen. Die hieraus hervorgehenden Fehler- und Abstimmlisten wurden genau wie diejenigen aus dem Maschinellen Lesen ausschließlich von ehemaligen Signierern, also sozusagen von *Experten*, bearbeitet. Besonders im Bereich dieses Arbeitsgangs machte sich jene Datenschutzvorschrift negativ bemerkbar, die besagte, daß nach der manuellen Vollständigkeitskontrolle die Haushaltsmantelbogen von den eigentlichen Erhebungsbogen zu trennen waren. Da letztere keine Regionalangaben enthielten, war es nur unter ungeheuer großem Zeitaufwand möglich, einzelne Belege herauszusuchen, was zur Klärung von Zweifelsfällen mitunter nötig war.

Rückblickend läßt sich konstatieren, daß die phasenversetzte dreifache Prüfung notwendig und das spezialisierte Vorgehen ausgesprochen vorteilhaft für die Bereitstellung von qualitativ positiv zu bewertenden Ergebnissen waren. Dies wurde auch indirekt dadurch bestätigt, daß eine zu begleitenden methodischen Untersuchungen bereitgestellte Stichprobe aus den Erhebungsmaterialien einer Untersuchung nicht zugeführt wurde, da Qualitätsprobleme in meßbaren Umfang während der Verarbeitung nicht auftraten.

Terminprobleme durch Rechtsunsicherheit und EDV-Engpässe

Der Zieltermin für die Bereitstellung erster Ergebnisse hätte in Baden-Württemberg deutlich unterschritten werden können, wenn einige Rechtsfragen frühzeitig durch das Statistische Bundesamt geklärt worden wären.

Beispielsweise setzten die Datenschützer erst Anfang 1988 durch, daß die Angaben zur Arbeitsstätte bei Selbständigen, die im selben Gebäude wohnten und arbeiteten, nicht verschlüsselt werden durften bzw. – soweit bereits geschehen – aus dem Datenbestand zu löschen waren, was zusätzliche Maschinenläufe erforderte. Noch größeren Aufwand verursachte die nachträgliche Einbringung von Daten für zunächst nicht berücksichtigte Personengruppen im Bereich der Anstaltsbevölkerung und Justizvollzugsanstalten. Die erforderliche Auskunftserteilung erfolgte zum Teil nur,

wenn sie außerhalb keine Wohnung mehr hatten. De facto bedeutete das, daß manche Personen gar nicht erfaßt wurden (wenn der weitere Wohnsitz nur formal bestand). Die Gemeinden mit Anstaltsbevölkerung hätten in diesem Falle zwar Kosten für diese Einrichtungen zu tragen gehabt, wären aber nicht in den Genuß entsprechender Finanzzuweisungen gekommen.

Zu der Rechtsproblematik kamen von Beginn der Aufbereitung an Schwierigkeiten mit fehlenden oder fehlerhaften Programmen des EDV-Verbunds, die eigentlich ausgetestet hätten vorliegen müssen. So gab es nicht nur zahlreiche Änderungen im Bereich der Plausibilitätsprüfungen, sondern auch das Programm zur Erstellung des Gemeindeblattes, das die ersten Strukturergebnisse pro Gemeinde enthielt, lag nicht rechtzeitig vor. Es erwies sich als sehr positiv, daß in Baden-Württemberg den Gemeinden bereits frühzeitig die jeweilige Einwohnerzahl als statistisches Ergebnis vorab übermittelt wurde, so daß Zweifelsfragen größtenteils noch in der Aufbereitungsphase geprüft werden konnten und nicht als offizielle Einsprüche den Rechtsweg gehen mußten. Für die Erstdrucke der Gemeindeblätter fand ein Programm des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung Verwendung, das ursprünglich zum Zweck der Prüfung des Bundesprogramms entstanden war.

Obwohl die Konzeption aller Auswertungstabellen, die auf der Planung für die ausgefallene 83er-Zählung basierte, frühzeitig abgeschlossen war, kam fast jedes Programm zu spät und wies überdies noch Fehler auf, die meist erst nach einigen Korrekturläufen behoben waren. Um dies zu vermeiden, hätten vor allem im Statistischen Bundesamt die Spezifikation der Tabellen rechtzeitig abgeschlossen werden müssen, es wäre aber auch die Vergabe von Programmieraufträgen an die freie Wirtschaft zu prüfen gewesen.

Hinzu kam, daß zu einem sehr späten Zeitpunkt Sonderwünsche bestimmter Fachbereiche des Statistischen Bundesamtes zu einigen Tabellengruppen angenommen wurden. Besonders die Haushaltstabellen erfuhren eine erhebliche Ausweitung, wobei hinzukam, daß wegen der Komplexität der neuen Entwürfe auch die Einzeldatensätze der Satzart 30 (Lieferdatensatz an abgeschottete Statistikstellen) stark ergänzt werden mußten.

Rückblickend läßt sich festhalten, daß auch noch so komplizierte Tabellen noch Wünsche offen lassen, wenn sich die Nachfrager mit ganz speziellen Fragen beschäftigen. Demgegenüber kann der Bedarf größtenteils mit vergleichsweise einfach konzipierten Auswertungen gedeckt werden. Man sollte daher in Zukunft wohl eher ein Kernprogramm vorsehen, das dann bei Bedarf durch zusätzliche Tabellen ergänzt werden kann.

Weit häufiger als die fehlende fachliche Gliederung verursachte aber die Geheimhaltungsproblematik Schwierigkeiten. Hier wären – besonders im Hinblick auf die emotionale Belastung der Volkszählung 1987 – eindeutige und rechtzeitige Bundesregelungen unbedingt notwendig gewesen, z. B. Spezialregelungen im Volkszählungsgesetz selbst.

Gute Datenqualität

Während allgemein die lange Dauer der Aufbereitung beklagt wurde, gab es praktisch keine Kritik an der Qualität der Ergebnisse. Diese wurde einmal durch die eingangs be-

reits erwähnte dreifache Prüfung gesichert, aber auch durch ständiges Vergleichen mit Eckzahlen aus anderen Informationsquellen, wie etwa Bevölkerungsfortschreibung oder Mikrozensus. Nach jedem der maschinellen Arbeitsgänge wurden Abstimmlisten mit Eckzahlen ausgedruckt, so daß beispielsweise Extremabweichungen beim Anteil Erwerbstätiger frühzeitig erkannt worden wären.

In Baden-Württemberg gab man sich auch nicht damit zufrieden, daß die Gruppenleiter die Arbeit ihrer Mitarbeiter überwachten, sondern es wurde eine zentrale Prüfgruppe eingerichtet, die unangekündigt Stichproben zog und genau kontrollierte.

Daneben unterstrichen auch methodische Begleituntersuchungen die gute Qualität der Volkszählungsdaten. Sowohl der Abgleich zwischen Volkszählung und Mikrozensus als auch die Wiederholungsbefragung, die auf Forderung des Wissenschaftlichen Beirats für Volkszählung und Mikrozensus durchgeführt wurden, bestätigen die gefundenen Ergebnisse.

Fazit

Die Volkszählung 1987 fand in einer emotional belasteten Atmosphäre statt. Gleichwohl ist die Qualität der Ergebnisse durchweg positiv zu bewerten. Trotz aller Boykottaufrufe kam es nicht zu der befürchteten Verweigerungswelle. Allerdings mußten die Erhebungsstellen in erheblichem Umfang Auskünfte anmahnen und hatten auch durch die eingeschränkte Zählerfunktion einen unvorhersehbaren Aufwand. Die Zähler sollten zukünftig unbedingt wieder mit

größeren Rechten ausgestattet, die postalischen Rückgabemöglichkeiten dagegen eingeschränkt werden.

Es hat sich gezeigt, daß die Forderungen der Datenschützer zu einem Arbeitszuwachs geführt haben, der in keinem Verhältnis zur gewonnenen Sicherheit steht. Besonders die Vorschrift, die die frühzeitige Trennung von Haushaltsmantelbogen sowie Wohnungs- und Personenbogen vorsah, erwies sich als ausgesprochen schwierig. Nicht nur, daß entsprechende Räumlichkeiten notwendig waren und sich die Lagerhaltung verkomplizierte, es wurde auch ein Herausuchen der regional nicht gekennzeichneten Erhebungsbogen, das im Rahmen der Plausibilitätskontrollen manchmal nötig war, fast unmöglich. Es hat sich gezeigt, daß die Aufbereitungsphase bei zukünftigen Volkszählungen unbedingt deutlich kürzer werden muß. Dazu könnten beispielsweise Programme beitragen, mit deren Hilfe alle Gemeinden die Regionallisten und Gemeindelisten erstellen könnten, so daß bei Lieferung von Datenträgern Erfassungsfehler und Unstimmigkeiten im Bereich der kleinräumigen Gliederung ausgeschlossen werden könnten.

Alle EDV-Programme müssen zukünftig rechtzeitig und voll ausgetestet vorliegen, die Standardtabellen sollten weniger komplex, dafür aber flexibler sein. Die Möglichkeit, einfache Tabellen für verschiedene Bevölkerungsgruppen, Wohnungs- oder Gebäudearten zu erstellen bzw. einzelne Spalten für verschiedene Regionaleinheiten herauszuziehen, würde für die meisten Anfragen genügen. Auf diese Weise könnte auch die Geheimhaltungsproblematik, die zukünftig ggf. per Gesetz geregelt werden sollte, reduziert werden.

Dipl. rer. pol. (techn.) Eberhard Frank/Dipl.-Volkswirtin Regina Steinmann

Erfahrungsbericht zur Volkszählung 1987 aus kommunaler Sicht*)

Die Kommunen haben sich von Anfang an für die Volkszählung eingesetzt. Als die Ebene der öffentlichen Verwaltung, die am umfassendsten für das Wohl der Bürger verantwortlich ist, haben sie auch den größten Informationsbedarf. In den Jahren der Zählungsvorbereitung haben die Kommunen ihren Datenbedarf immer wieder detailliert begründet. Wofür die Daten gebraucht wurden, ist in dem vom Deutschen Städtetag herausgegebenen und vom Bundesbauministerium geförderten „Handbuch zur kleinräumigen Nutzung von Daten der Volkszählung 1987“ (DST-Beiträge zur Statistik und Stadtforschung, Reihe H, Heft 36) im einzelnen dokumentiert. Der kommunale Datenbedarf wurde von keiner Seite bestritten und im Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts auch ausdrücklich anerkannt.

Das kommunale Interesse an der Volkszählung gründet sich jedoch nicht nur auf den Datenbedarf. Die Kommunen haben auch die Datenerhebung zu leisten. Sie haben sich deshalb von Anfang an intensiv an der Beratung der rechtlichen und verfahrenstechnischen Durchführungsregeln beteiligt. Leider hatten sie nicht immer den notwendigen Erfolg. Die tatsächlich eingetretenen Erhebungsschwierigkeiten waren jedenfalls von den Kommunen weitgehend zutreffend vorausgesehen und auch in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht worden. Der Gesetzgeber und die ihn beratenden Fachleute des Bundes und der Länder haben sich die Gestaltung des Regelwerks gewiß nicht leicht gemacht. In der nach dem Volkszählungsurteil herrschenden Situation wurden aber – im Interesse einer möglichst vollständigen Akzeptanz – rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen, welche die Zählung nicht nur erheblich verteuerten, sondern sie in ihrer Durchführung auch so erschwerten, daß Qualitätseinbußen in zentralen Bereichen der Zählung die zwangsläufige Folge waren.

Die daraus resultierenden Mängel in den Ergebnissen sind umso gravierender, je kleiner die räumlichen Einheiten sind, für die statistische Aussagen gemacht werden sollen. Hiervon sind die Gemeinden am stärksten betroffen. Gerade weil für die Kommunen eine periodische und flächendeckende statistische Bestandsaufnahme unverzichtbar ist, müssen die Gemeinden Regeln fordern, die den Erfolg gewährleisten und für die Zukunft die erkannten Mängel der letzten Zählung sicher ausschließen.

Bundes- und landesrechtliche Regelungen kamen zu spät

Die Volkszählung 1987 war für alle Städte und Gemeinden eine ungewöhnliche Verwaltungsaufgabe. Durch Gesetz und landesrechtliche Regelungen wurde den Gemeinden bis ins letzte Detail vorgeschrieben, wann, auf welche Art, durch welche Personen, mit welchen Schutzvorkehrungen und Hilfen die Zählungsdaten zu erheben und zu bearbeiten waren, wie die Erhebungsunterlagen aufbewahrt und gesichert werden mußten, was und in welcher Weise mit Hilfe der Datenverarbeitung erledigt werden durfte usw.. Den auf der Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung üblichen Gestaltungsspielraum für eigenständige kommunale Organisationslösungen gab es nicht.

Abgesehen von diesen außergewöhnlichen rechtlichen Rahmenbedingungen wurde die sachgerechte Organisation und Vorbereitung der Erhebungsarbeit bei den Ge-

meinden noch zusätzlich dadurch sehr erschwert, daß die Regelungen viel zu spät „verkündet“ wurden. Dadurch kam auch die Vorbereitung der Zählung beim Statistischen Landesamt, insbesondere die Herausgabe der Gemeinde- und Erhebungsstellenanleitung, in große Zeitnot. Zwangsläufig häuften sich Einzelanfragen der Gemeinden mit Sofortentscheidungsdruck, was dem Statistischen Landesamt qualitativ und quantitativ erhebliche Leistungen abverlangte. Cum grano salis war die Betreuung der Gemeinden durch das Statistische Landesamt gut.

Explosion der Zählungskosten der Gemeinden ohne ausreichende Erstattung

Durch die räumlichen, personellen, organisatorischen und verfahrensmäßigen Abschottungsregelungen explodierten vor allem in den Städten die Zählungskosten. Die zugesagte Kostenerstattung durch die Länder war völlig unzureichend. Zu knappe Finanzmittel wurden damit zwangsläufig eine Belastung für die Erledigung der Zählungsaufgabe durch die Gemeinden. Wenn eine Erhebungsstelle nicht bedarfsgerecht personell und mit Sachmitteln ausgestattet wurde, weil dafür die kommunalen Haushaltsmittel fehlten, konnten Richtigkeit, Vollständigkeit und Vollständigkeit der Angaben nur im Rahmen der gegebenen Ressourcen der Erhebungsstelle geprüft werden, d. h. daß unter den gegebenen Umständen nicht eindeutig zu klärende Zählfälle, so wie sie vorlagen, hingenommen werden mußten. So ist es nicht verwunderlich, daß die Einwohnerzahl in der Bundesrepublik einschließlich Berlin (West) gegenüber der Bevölkerungsfortschreibung statt, wie erwartet, um mindestens 1 Mill. tatsächlich nur um 71 000 Personen abnahm. Insgesamt ist davon auszugehen, daß es bei den Daten aus der Volkszählung 1987 auf Grund der nicht einheitlichen Durchführungsmodalitäten bei den Erhebungsstellen – es gab im übrigen auch keine bundesweit abgestimmten Durchführungsrichtlinien – Vergleichsstörungen gibt, deren Art und Umfang im einzelnen und für die Nutzer der Daten nicht bekannt sind.

Eingeschränkte Zählerbefugnisse verhindern beste Qualität der Ergebnisse

Die Qualität der Ergebnisse ist auch durch die postalisch übermittelten Unterlagen, d. h. die Rückgabe der Erhebungsbogen am Zähler vorbei, beeinträchtigt worden. Diese Regelung hatte das Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil gefordert. Der Ablauf der Volkszählung 1987 hat gezeigt, daß es eine Regelung mit vergleichbarer Tragweite und Wirkungstiefe für die Gewinnung statistischer Daten durch Primärerhebungen bis dahin nicht gegeben hat. „Damit wurden Erhebungsverfahren, die sich jahrelang in der amtlichen Statistik bewährt hatten, in Frage gestellt. Das VZG 1987 zwang mit seinen Bestimmungen die amtliche Statistik, ein Massengeschäft individualisiert zu betreiben. Dies war eine völlig neue Anforderung, auf die der Verwaltungsapparat in seiner bestehenden Form gar

*) nach Auszügen aus dem Erfahrungsbericht der Städte, herausgegeben im Auftrag des Deutschen Städtetages vom Verband Deutscher Städtestatistiker, München 1991, sowie aus „Die Volkszählung 1987 in Stuttgart – Vorbereitung und Durchführung – Band 1: Werkstattbericht“, Statistischer Informationsdienst, Sonderheft Volkszählung 1987, herausgegeben vom Statistischen Amt der Landeshauptstadt Stuttgart (1991).

nicht zugeschnitten sein konnte" (Berliner Statistik 4/89). Man darf bzw. muß den Sachverhalt so auf den Punkt bringen: mit der Zulassung des verschlossenen Umschlags war es unmöglich geworden, im Sinne von „Zählung“, d. h. durch Anschauen und/oder Erfragen vor Ort, die Erhebungseinheiten vollständig und mit allen Merkmalen (vollständig) zu zählen. Das Zählungsziel, die Gewinnung sachlich richtiger, vollzähliger und vollständiger Daten durch Zählung vor Ort war also mit der Arbeit von Zählern nicht mehr zu erreichen. Der verschlossene Umschlag verhinderte das Hereinholen aller Zählpapiere mit vor Ort überprüften Angaben durch den Zähler. Die Zählerarbeit aber ist der tragende Pfeiler jeder Volkszählung. Die gesetzliche Anordnung, daß der Zähler nicht mehr die Aufgabe haben darf, im Zusammenwirken mit den Auskunftspflichtigen von allen Erhebungseinheiten die Angaben zu erheben und zu prüfen und sich über nicht Anzutreffende bei Nachbarn zu erkundigen, sondern nur insoweit der/die Auskunftspflichtige einwilligte, hat das Fundament dieses Pfeilers unterpült.

Dies hatte zur Folge, daß das, was der Zähler nicht tun darf, obwohl er vor Ort ist, andere tun mußten, wenn ein qualitativ einigermaßen gleichwertiges Ergebnis erzielt werden sollte. Der Umfang dieser Nacharbeit war aber um ein Mehrfaches größer, als der Arbeitsumfang bei Aufgabenerledigung durch den Zähler. Es muß festgestellt werden, daß Defizite bei der Zählertätigkeit nur unzureichend von der zentralen Erhebungsstelle ausgeglichen werden konnten. Dies ergibt sich daraus, daß Zähler bei Eintragungsfehlern von Auskunftspflichtigen diese durch Inaugenscheinnahme und/oder Befragung kontrollieren und berichtigen können, während bei der Nacharbeit in der Erhebungsstelle Anschreiben und ggf. Mahnungen notwendig werden und bei Erfolg Angaben nachgetragen bzw. berichtigt werden müssen. Fehler, die Zähler durch Inaugenscheinnahme erkennen, bleiben bei Nacharbeit vielfach unentdeckt, insbesondere wenn Vergleichsdaten aus Registern fehlen oder nicht genutzt werden dürfen bzw. Plausibilitätsprüfungen fehlerhafte Angaben in den Erhebungsvordrucken nicht offenbaren.

Die Qualitätseinbußen als Folge der Einschränkung der Funktion des Zählers vor Ort hätten sich zu einem gewissen Teil kompensieren lassen, wenn zugelassen worden wäre, die in den Gemeinden verfügbaren Adressdateien, Register, Kataster und ähnliches, soweit dort Merkmale gleicher Art gespeichert sind, wie sie bei der Volkszählung erhoben wurden, zwecks Prüfung der Zählungsangaben hinzuzuziehen.

Auch das Verbot, Zähler nach Beendigung der Zählertätigkeit in der Erhebungsstelle einsetzen zu dürfen, war für die Sache der korrekten Zählung schädlich. Bei früheren Zählungen waren praktische Erfahrungen als Zähler geradezu Voraussetzung, um in einer Erhebungsstelle korrekt und effektiv arbeiten zu können.

Einsatz von automatisierter Datenverarbeitung eine unverzichtbare Voraussetzung für das Gelingen der Volkszählung in Städten

Die längeren Diskussionen mit der Landesbeauftragten für den Datenschutz (LfD) über Erforderlichkeit, Art und Umfang des Einsatzes von DV für die Volkszählung 1987, die auch mit entsprechenden Regelungen in der Verwaltungsvorschrift des Finanzministeriums vom 15. April 1987 nicht

beendet werden konnten, zwingen dazu, auch in der Rückschau noch einmal die fundamentale Bedeutung des Einsatzes der Datenverarbeitung für die Durchführung der Volkszählung in den Städten und Gemeinden herauszustellen.

Der Einsatz der EDV für die Vorbereitung und Durchführung der Volkszählung 1987 war zumindest für die Großstädte unverzichtbar. Diese auf der Grundlage einer genauen Aufgabenanalyse mit Feststellung der Erledigungsmöglichkeiten basierende Erkenntnis wurde als Forderung der kommunalen Spitzenverbände schon in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht. Auf Bundesebene wurde diese Forderung letztmals im Innenausschuß des Deutschen Bundestages am 8. September 1986 im Rahmen der öffentlichen Anhörung zum Entwurf eines Bundesstatistikgesetzes erörtert. Der Erklärung des DST-Vertreters, „ohne DV-Unterstützung ist die Volkszählung in großen Gemeinden ganz einfach nicht durchführbar“, wurde nicht widersprochen.

Die Volkszählung mit den besonderen datenschutzrechtlichen Durchführungsbestimmungen, den Zeitvorgaben bis zur Ablieferung der Erhebungspapiere an das Statistische Landesamt und dem Gebot, eine vollzählige Erfassung aller Einwohner der Stadt unter allen Umständen sicherzustellen, setzt eine leistungsfähige DV-Unterstützung unabdingbar voraus. Ein entsprechendes DV-Verfahren war nicht verfügbar. In den Stadtkreisen wurden sowohl Eigenentwicklungen, vor allem aber das für den KOSIS-Verband von der Software AG entwickelte Verfahren eingesetzt. Die Verfahrensentwicklung konnte gerade noch rechtzeitig abgeschlossen werden. Mit diesem KOSIS-Verfahren haben zahlreiche Städte im gesamten Bundesgebiet folgende Arbeiten unter Beachtung der rechtlichen Vorschriften bei der Speicherung personenbezogener Daten DV-gestützt durchgeführt (der Einsatz der Datenverarbeitung bezog sich ausschließlich auf die Organisation der Erhebung, nicht auf die Erfassung und Auswertung der Erhebungsmerkmale):

- Bildung von Zähl- und Arbeitsbezirken.
- Unterstützung der Zählerorganisation.
- Programme zur Organisation der Gebäudevorerhebung einschließlich der Zuordnung von Ordnungsangaben zu den Adressen der Objekte (Grundstücke, Gebäude) und Vergabe einer laufenden Nummer je Objekt zur Rücklaufkontrolle.
- Die Unterstützung der interaktiven Rücklaufkontrolle der Gebäudevorerhebung.
- Auflistung der im Rahmen der Rücklaufkontrolle nicht bestätigten Adressen für Zwecke der weiteren Nachbereitung und Bearbeitung (z. B. Mahnverfahren etc.).
- Die Beschriftung der für die Arbeitsstätten- und Personen- bzw. Haushaltszählungen erforderlichen Begehungslisten unter Verwendung der Adreßdateien sowie die hieran anschließende Bereitstellung der Zählerunterlagen und Hilfspapiere nach Zählerarbeitsbereichen.
- Die interaktive DV-unterstützte und maskengesteuerte Kontrolle des Rücklaufs der Arbeitsstätten-, Wohnungs-, Haushalts- und Personenbogen auf der Grundlage der Begehungslisten sowie Überprüfung und Herstellung des Haushaltszusammenhangs.
- Die interaktive Überprüfung der Vollständigkeit und Auflösung von Weiterverarbeitungsaktivitäten (z. B. Mahnungen) mit automatischer Speicherung der jeweiligen Bearbeitungsstände.

- Wiedervorlageorganisation sowie interaktiv unterstützte Prüf- und Abschlußarbeiten im Zusammenhang mit der Durchführung des Zählungswerkes sowie
- die automatische und interaktiv unterstützte Erstellung der Regionalliste und der Gemeindeliste.

Ohne die umfassende Nutzung der Datenverarbeitung wäre es zumindest den Erhebungsstellen der Städte unmöglich gewesen, zu jeder Zeit und in allen Details Herr des Erhebungsverfahrens sein zu können und den Datenschutz umfassend zu gewährleisten.

Erfahrungsbericht der Städte als Beitrag zur Methodendiskussion

Das Bundesverfassungsgericht hat im Volkszählungsurteil bestimmt, daß vor künftigen Entscheidungen für eine Erhebung der Gesetzgeber sich mit dem dann erreichten Stand der Methodendiskussion auseinandersetzen müssen, um festzustellen, ob und in welchem Umfang die herkömmlichen Methoden der Informationserhebung und -verarbeitung beibehalten werden können.

Ebenso muß er bei der Anordnung einer statistischen Erhebung anhand des erreichbaren Materials prüfen, ob eine Totalerhebung trotz einer inzwischen fortgeschrittenen Entwicklung der statistischen und sozialwissenschaftlichen Methoden noch verhältnismäßig ist. Es reicht insoweit zur Begründung nicht aus, lediglich darauf zu verweisen, daß Volkszählungen schon immer in Form von Totalerhebungen durchgeführt worden sind. Diese Aussage des Bundesverfassungsgerichts und die Erfahrungen bei der Vorbereitung und Durchführung der Volkszählung 1987 machen es notwendig, daß als Voraussetzung für eine mögliche künftige erfolgreich durchzuführende Volkszählung einige wesentliche Bedingungen zu erfüllen sind.

1. Eine einheitliche Durchführung in den Ländern und Gemeinden muß sichergestellt werden

Bei der Volkszählung 1987 hat es keine einheitlichen Durchführungsrichtlinien gegeben. Eine Volkszählung, die vergleichbare Ergebnisse für das gesamte Bundesgebiet erbringen soll, ist aber nur aufgrund gleicher Durchführungsbestimmungen für alle Erhebungsstellen zu erzielen.

2. Eine Volkszählung als Momentaufnahme muß eine Stichtagszählung sein

Daß das Zählgeschäft einer Volkszählung jeweils 14 Tage oder sogar drei Wochen vorher beginnt und einen entsprechenden Zeitraum über den Stichtag hinaus durchgeführt wird, ist von der umfassenden Aufgabe her eine Notwendigkeit. In diesem Zeitraum ist eine korrekte Stichtagszuordnung möglich. Bei der Volkszählung 1987 sind Erhebungsbogen noch über ein Jahr nach dem Zählungsstichtag erstellt worden. Wenn eine Volkszählung als Stichtagszählung – aus welchen Gründen auch immer – nicht mehr möglich ist, muß festgestellt werden, daß ein einheitliches, vergleichbares Ergebnis nicht mehr ermittelt werden kann. Der Aufwand ist dann nicht mehr vertretbar.

3. Kosten und Nutzen einer Volkszählung müssen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen

Die Volkszählung 1987 hat Kosten in Höhe von rd. 1 Mrd. DM verursacht; die Kommunen haben 400 Mill. DM eigene

Mittel einsetzen müssen. Der Nutzen einer Volkszählung ist demgegenüber nur schwer abschätzbar. Bei reduzierter Qualität und, insbesondere für die Kommunalstatistik, erheblich eingeschränkten Nutzungsmöglichkeiten der Daten ist ein solcher Aufwand aus kommunaler Sicht nicht vertretbar. Die Frage nach einer Alternative ist damit, unabhängig von der Forderung des Bundesverfassungsgerichts, zu stellen.

4. Ergebnisse müssen schnell zur Verfügung gestellt werden

Die Organisation der deutschen amtlichen Statistik bei Bund und Ländern muß sicherstellen können, daß alle Ergebnisse – wenn schon 18 Monate zur Erstellung der Datensätze benötigt werden – zumindest innerhalb von zwei Jahren vorliegen. Dazu war die statistische Organisation bei der Volkszählung 1987 nicht in der Lage, obwohl die bereits für 1983 vorbereitete Volkszählung im wesentlichen 1987 unverändert abgelaufen ist. Wenn es nicht möglich ist, die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, um Daten bereitzustellen, bevor diese durch die Entwicklung wieder überholt sind, sollte auf die Durchführung einer Volkszählung verzichtet werden.

5. Die Funktion des Zählers muß eindeutig bestimmt werden

Im Rahmen der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sind dem Zähler alle Möglichkeiten einzuräumen, um ein vollzähliges und richtiges Ergebnis sicherzustellen. Je besser die Zähler arbeiten, d. h. auch je besser sie in ihre Aufgaben eingewiesen worden sind, desto richtiger werden die Zählungsergebnisse sein und desto mehr können zusätzliche Aufwendungen vermieden werden. Die Qualität einer Volkszählung wird von der Qualität der Arbeit der Zähler bestimmt. Bei der Zählertätigkeit auftretende Defizite sind nur sehr beschränkt durch Korrekturmöglichkeiten im Rahmen der zentralen Bearbeitung auszugleichen.

6. Erhebungsbogen müssen allgemein verständlich sein

Wenn bei postalischer Rückleitung bzw. Abgabe in verschlossenem Umschlag die Kontrollfunktion des Zählers bei der Sammlung der Daten ausgeschlossen wird, ist es besonders notwendig, den Erhebungsbogen so allgemein verständlich zu gestalten, daß Ausfüllungsfehler auf ein Minimum reduziert werden können. Der Strichmarkierungsbogen der Volkszählung 1987 erfüllte diese Bedingung nicht. Er entsprach dem Stand der Durchführungsorganisation der vorausgegangenen Volkszählung, bei der den Zählern noch die Aufgabe übertragen war, jeden einzelnen Bogen vor der Weiterleitung zu prüfen. In diesem Zusammenhang ist auch eine Überprüfung des Fragenkatalogs sowohl im Hinblick auf die tatsächlichen Nutzungsmöglichkeiten der Daten als auch im Hinblick auf die Akzeptanzfrage geboten.

7. Eine gesetzliche Auskunftspflicht und eindeutige Bestimmung der Auskunftspflichtigen sind zwingend

Eine Volkszählung ist mit Aussicht auf Erfolg nur möglich, wenn die Auskunftspflicht gesetzlich festgelegt wird.

Das Volkszählungsgesetz 1987 hatte offen gelassen, an wen der Zähler sich im Einzelfall wenden kann, um unter Hinweis auf die gesetzliche Auskunftspflicht die benötigten Angaben zu erhalten. Dies muß, nicht zuletzt im Interesse der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Normenklarheit, eindeutig geregelt werden.

8. Kommunale Nutzungsmöglichkeiten der Volkszählungsdaten müssen gesichert werden

Abgeschotteten kommunalstatistischen Ämtern muß es ermöglicht werden, bestimmte Daten, insbesondere aus einer Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung, so zu nutzen, daß Gebäude- und Arbeitsstättendateien für statistische Untersuchungen aufgebaut und fortgeschrieben werden können. Es handelt sich hierbei um in der Regel erkennbare Angaben, nicht um Daten aus der Personenzählung.

9. Volkszählung nur mit breiter parlamentarischer Zustimmung und bei Akzeptanz in der Bevölkerung möglich

Eine Volkszählung ist nur durchführbar, wenn sie von der großen Mehrheit des Parlaments, d. h. auch mit der Mehrheit der Stimmen der Opposition mitgetragen wird. Die Volkszählung 1987 wäre gescheitert, wenn es nicht gelungen wäre, die Zustimmung der SPD zu dieser Statistik zu erhalten. Nur so konnten die ursprünglich vorhandenen erheblichen Vorbehalte zu einem großen Teil ausgeräumt werden.

10. Alternative zur Volkszählung?

Wenn es aufgrund der gesellschaftlichen Bedingungen, der politischen Vorgaben oder auch der Schwerfälligkeit des statistischen Apparates nicht mehr möglich ist, eine Volkszählung effizient durchzuführen, ist – unabhängig von der Forderung des Bundesverfassungsgerichts – die Frage nach einer Ersatzlösung zu stellen.

Als eine Alternative ist zu prüfen, ob im Wege eines Verwaltungsverfahrens die Melderegister in allen Gemeinden so aktualisiert werden können, daß als Ergebnis dieser Bereinigung neue und gesicherte sowie vor allem nach einheitlichen Vorgaben und damit interkommunal vergleichbare Einwohnerzahlen ermittelt werden können. Ist diese Voraussetzung bundeseinheitlich zu gewährleisten, könnten die Grunddaten bereinigter Melderegister ein Grundraster liefern, das zwar den Fragenkatalog einer Volkszählung bei weitem nicht abdeckt, es aber ermöglicht, den Fragenkatalog und damit den Umfang der ergänzenden Erhebungen wesentlich zu reduzieren.

11. Methodische und rechtliche Durchführungsbestimmungen sind frühzeitig abschließend festzulegen

Die landesrechtlichen Regelungen und Weisungen kamen viel zu spät. So waren in allen Bundesländern die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht in allen Punkten bestandsfest, so daß insbesondere in den Städten Organisation, Vorbereitung und Vollzug der Zählung immer wieder neuen Reglementierungen (auch von kommunaler Verwaltungsspitze und/oder Gemeinderat) angepaßt werden mußten. Kostensteigerungen und bei dem vorgegebenen Zeitrahmen nicht oder nur unzureichend behebbare Vollzugsdefizite sowie Qualitätseinbußen bei den Daten waren die Folgen. Städte benötigen eine mindestens einjährige Vorlaufzeit mit bestandsfesten Rahmenbedingungen.

Volkszählungsdaten werden von den Städten und Gemeinden umfassend genutzt

Die Vielfalt der kommunalen Aufgabenfelder bestimmt den kommunalen Datenbedarf. Trotz der örtlich unterschiedlichen Problemlagen und Prioritäten für die Aufgabenerledigung wurden auf Initiative des Deutschen Städtetages in einem Kooperationsprojekt mit Bundesbeteiligung frühzeitig standardisierte Nutzungsvorstellungen entwickelt und in einem „Handbuch zur kleinräumigen Nutzung von Daten der Volkszählung 1987“ (DST-Beiträge zur Statik und Stadtforschung, Reihe H, Heft 36) veröffentlicht. Dieses Projekt wie auch das KOSIS-Gemeinschaftsprojekt DUVA (DV-Unterstützung der Volkszählungs- und Verwaltungsregisterauswertung) gehen von dem dringenden kommunalen Auswertungsbedarf der Zählungsdaten aus und haben zum Ziel, schneller und kostengünstiger die für Planung und Politikberatung dringend erforderlichen und interkommunal vergleichbaren Informationen zu erhalten. Dem Kraftakt der Erhebung folgte – wegen des Stichtagsbezugs – der Wettlauf mit der Zeit bei den Auswertungen. Ein großes Ärgernis bleibt: nach Löschung der Adreßangaben ist es weder möglich noch ist es zulässig, die Zählungsdaten adressenscharf als Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättendatei fortzuschreiben.

Manfred von Schaewen

Die Volkszählung 1987: eine bewegte Zeit für den Datenschutz

Fünf Jahre sind inzwischen seit der Volkszählung 1987 vergangen. Die Wellen, die die Zählung verursachte, haben sich gelegt; vergessen ist sie aber keineswegs. Auch heute noch nennen mir immer wieder Bürger in Gesprächen und in Briefen das Stichwort Volkszählung als Beispiel für staatliches Handeln, das sie als Bedrohung des Datenschutzes empfunden haben. Schon deshalb – aber auch, weil das Bundesverfassungsgericht dies in seinem Volkszählungs-urteil aus dem Jahr 1983 ausdrücklich verlangt hat – ist es notwendig, die Methodik der Volkszählung 1987 eingehend zu diskutieren, ehe etwa eine neue Volkszählung in Angriff genommen wird. Ein Resümee der Volkszählung 1987 aus der Sicht des Datenschutzes findet sich im 7., 8. und 10. Tätigkeitsbericht meines Amtes. Aus dem vielen, was es zu bemerken gab, hier nur einige Anmerkungen.

Der starke Staat

Weshalb hat die Volkszählung 1987 die Gemüter derart erregt? Die Großwetterlage, die hierzu beitrug, habe ich in meinem 8. Tätigkeitsbericht zu analysieren versucht:

„Die Volkszählung 1987 rief wie die ins Wasser gefallene Volkszählung 1983 in einem Maße Reaktionen hervor, die im nachhinein kaum mehr zu verstehen sind. Obwohl der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit das Volkszählungsgesetz 1987 beschlossen und sich dabei durchaus bemüht hatte, den Anforderungen an eine solche Totalerhebung gerecht zu werden, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Volkszählungsurteil vom 15. Dezember 1983 aufgestellt hat, traten Ängste und Befürchtungen zu Tage, die nachdenklich stimmen müssen und nach ihren Ursachen fragen lassen. Vor allem zeigte sich Mißtrauen in die guten Absichten des Staates; ihm trauen offenbar viele gerade im Zusammenhang mit dem Einsatz der modernen Informations- und Kommunikationstechnik sehr vieles zu. Sicherlich ist dies mit die Folge dessen, daß sich ausgerechnet auch einige für die Volkszählung Verantwortliche in der Vergangenheit nicht gerade als Herolde des Datenschutzes präsentiert haben. Kein Wunder, daß sich politische Gruppierungen aus durchaus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Zielsetzungen dieser Vorbehalte annahmen und teilweise auch offen zum Boykott der Volkszählung aufriefen. Die für die Volkszählung Verantwortlichen reagierten in verschiedener Weise: zum einen überzogen sie das Land unter Einsatz aller Medien mit einer beispiellosen Werbekampagne. Sozusagen auf allen Kanälen wurde die Notwendigkeit und der Nutzen der Volkszählung beschworen, die Anonymität der Erhebung beteuert und der absolute Datenschutz zugesichert. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, angefangen von Politikern über führende Köpfe der Wirtschaft und Wissenschaftler bis hin zu manchen Bischöfen, setzten sich werbend für die Volkszählung ein. Das allein reichte jedoch nicht aus, um die Stimmen gegen die Volkszählung zum Verstummen zu bringen und den Argwohn zu besänftigen – zumal manche Werbeaktion, weil sie überzogen und deshalb unglaublich war, das Gegenteil dessen bewirkte, was sie eigentlich erreichen sollte. Um gleichwohl den Erfolg der Volkszählung zu si-

chern, machte der Staat gewissermaßen mobil. Er besann sich seiner Machtmittel und Sanktionsmöglichkeiten. Hohe Bußgelder und Zwangsgelder sollten der Volkszählung zum Erfolg verhelfen. Weil einige Volkszählungsgegner das Thema Volkszählung als Vehikel für ihren Kampf gegen den Staat einsetzten und dabei auch vor gewalttätigen Anschlägen nicht zurückschreckten, gerieten allmählich alle, die sich negativ zur Volkszählung äußerten oder Zweifel an deren Notwendigkeit geltend machten oder nur Einzelheiten ihrer Durchführung kritisierten, in den Verdacht der Komplizenschaft. Viele für die Volkszählung Verantwortliche sahen den Staat in Gefahr; die Staatsorgane reagierten entsprechend. Emotionen machten sich breit; alte Rechnungen gegen solche, die immer schon dagegen waren, wurden aufgemacht. Polarisierung griff um sich, Nervenstränge lagen bloß.“

Meine Aufgabe: Anwalt der Bürger

Im Mittelpunkt meiner Beschäftigung mit der Volkszählung 1987 stand das, was meines Amtes ist: Mit allen mir zur Verfügung stehenden Kräften darauf hinzuwirken, daß die Volkszählung so durchgeführt wird, wie es das Volkszählungsgesetz und unsere Verfassung verlangen und wie es den Bürgern auch von allen Seiten versprochen wurde. Wichtig war mir vor allem der *Bürgerservice*, den mein Amt sich bemüht hat zu leisten. Man muß dazu sagen, daß kein Ereignis vorher oder nachher so viele Bürger bewogen hat, sich an mich zu wenden, wie die Volkszählung 1987. Viele ratlose, überraschte, empörte oder verunsicherte Bürger sprachen in meiner Dienststelle vor, eine wahre Flut von schriftlichen Eingaben erreichte mein Amt, und nicht minder groß war die Zahl derer, die das Telefon benutzten. Es ging mir insoweit nicht viel anders als den Gerichten, die nach Presseberichten allein in Baden-Württemberg an die 10 000 Bürger wegen der Volkszählung angerufen haben. Aber auch unabhängig von konkreten Bürgeranfragen war es der unabhängigen Datenschutzkontrolle von Anfang an ein Anliegen, sich vor Ort davon zu überzeugen, ob sich die in die Durchführung der Volkszählung eingeschalteten Stellen tatsächlich an die ihnen gemachten Vorgaben hielten. Mein Amt führte deshalb im Jahr 1987 allein im Zusammenhang mit der Volkszählung 119 Kontrollbesuche bei Erhebungsstellen, also Bürgermeisterämtern und Landratsämtern, bei der zur Vorbereitung der Gebäudezählung eingeschalteten Gebäudebrandversicherung, bei der Datenzentrale Baden-Württemberg, beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg und bei verschiedenen Rechenzentren durch. Nicht alle Vorgehensweisen, die wir dabei feststellen konnten, würde ich für die Zukunft zur Wiederholung empfehlen.

Die Zähler

Ein problematischer Punkt bei der Durchführung der Volkszählung 1987 war die Auswahl der 150 000 Zähler. Sicherlich war es keine leichte Aufgabe, ein derartiges Heer von Zählern aufzustellen, und deshalb die Versuchung für die Erhebungsstellen groß, die gesetzlichen Vorgaben für die

Zählerauswahl lax auszulegen. Das Finanzministerium und das Statistische Landesamt hätten dem durch klare Anweisungen und eindeutige Informationen für die Erhebungsstellen frühzeitig einen Riegel vorschieben müssen; leider geschah dies aber nicht. So etwa legte das Volkszählungsgesetz eindeutig fest, daß niemand in seiner eigenen Nachbarschaft als Zähler eingesetzt werden darf. Die Praxis sah anders aus. Bürger berichteten mir über ihre Zähler:

„wohnt im gleichen Haus, direkt gegenüber, im Haus nebenan, nur wenige Meter weiter in der nächsten Straße; sein Zählbezirk grenzt direkt an sein Wohngrundstück; er kann von seinem Garten aus den Bewohnern seines Zählbezirks zurufen; er wohnt und zählt im Teilort mit 120 Einwohnern.“

Viele Erhebungsstellen hatten sich gezwungen gesehen, dem Wunsch von Zählern nachzugeben, für die ein Einsatz in der Nachbarschaft natürlich viel bequemer war, und das Statistische Landesamt hatte durch Fehlinformation bei seinen Schulungsveranstaltungen für die Erhebungsstellen dieses Vorgehen begünstigt: Dort war nämlich behauptet worden, ein Zähler dürfe von überall her kommen, nur nicht aus seinem eigenen Zählbezirk – eine eindeutig falsche Information, da die Nachbarschaft nicht an den Grenzen des Zählbezirks endet, sondern in aller Regel über diesen hinausreicht. Wie fatal die Nachlässigkeit bei der Zählerauswahl war, machen Bürgerreaktionen, die mich erreichten, deutlich. Bürger schrieben mir z. B.:

„Ich betrachte diese Praxis als skandalös. Auf diese Art und Weise wird einerseits der Beschnüfflung von Nachbarn Tür und Tor geöffnet, andererseits das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtsstaatlichkeit der Volkszählung erschüttert. Von den Bürgern wird die Herausgabe der Daten unter Androhung schwerster Geldstrafen verlangt. Gilt das Volkszählungsgesetz nur für das doofe Volk, nicht aber für die ausführenden Organe? Warum erwartet man von mir Gesetzestreue beim Ausfüllen der Bögen, wenn der Staat nicht bereit ist, seine Gesetze zu befolgen? Wenn die Behörden schon bei der Zählung gegen das Gesetz verstoßen, welche Sicherheit habe ich dann, daß das gleiche nicht auch bei der Auswertung der Daten geschieht?“

Ebenso eindeutig wie der Einsatz von Zählern in der Nachbarschaft war durch das Volkszählungsgesetz der Einsatz von Zählern ausgeschlossen, die durch ihre berufliche Tätigkeit in Interessenskollision geraten konnten. Auch dies wurde leider nicht konsequent genug umgesetzt. Im 8. Tätigkeitsbericht heißt es hierzu:

„Trotz dieser eindeutigen Aussage des § 10 Abs. 5 VZG 1987 geriet die Anweisung des Finanzministeriums an die Erhebungsstellen nicht präzise genug: nur Polizeibeamte, Bedienstete der Steuerverwaltung, Staats- und Amtsanwälte nahm es generell vom Zählereinsatz aus; im übrigen sollten die Erhebungsstellen *im Einzelfall nach objektiven Gesichtspunkten* über das Vorliegen einer Interessenskollision entscheiden; *die subjektive Einschätzung des Betroffenen sei nicht ausschlaggebend*. Wer die Verwaltung kennt, konnte sich ausrechnen, daß damit alle anderen Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung einer Bestellung zum Zähler kaum entgehen konnten, wenn die Erhebungsstelle dies für notwendig hielt. So lief es dann tatsächlich auch. Kein Wunder deshalb, daß mich auch zu diesem Fragenkomplex Beschwerden erreichten: Mitarbeiter von Sozialämtern,

Jugendbehörden und Gewerbeaufsichtsämtern wehrten sich gegen ihre geplante Zählerbestellung ebenso wie Bürger am Einsatz solcher Mitarbeiter als Zähler in ihrem Bezirk Anstoß nahmen. Beide Seiten befürchteten Interessenkonflikte, weil solche Zähler Einblick in Lebensumstände der zu Zählenden erhielten, die für ihre beruflichen Entscheidungen von Bedeutung sind.“

Gerade vor dem Hintergrund dieser Unzulänglichkeiten bei der Zählerauswahl wird deutlich, wie wichtig die vom Volkszählungsgesetz eingeräumte Möglichkeit war, den Erhebungsbogen nicht dem Zähler zu übergeben, sondern direkt ans Statistische Landesamt zu senden. In Frage gestellt wurde die Verwirklichung dieser Möglichkeit allerdings leider dadurch, daß viele Städte und Gemeinden ihren Zählern eine Entschädigung für jeden Volkszählungsbogen zahlten, den ihnen ein Bürger übergab. Eigentlich hätte man ahnen können, daß dies einige Zähler veranlassen würde, die Auskunftspflichtigen zu bedrängen, ihnen die ausgefüllten Bögen zu übergeben. Bürger schilderten mir z. B. folgendes:

„Der Zähler, ein Schüler oder Student, verweigerte mir auf mein wiederholtes Bitten den offiziellen Umschlag für die Rücksendung der Volkszählungsbögen mit dem Hinweis, er würde mehr Geld bekommen, wenn er diese selbst abhole.“

„Die Zählerin hat nur sehr widerwillig und auf mehrfache Aufforderung den grünen Freiumschlag herausgerückt mit dem Kommentar: ‚Sie bringen mich um meinen Verdienst‘.“

Bleistift und Radiergummi – die Wunderwaffen der amtlichen Statistik

Ein weiteres Manko bei der Durchführung der Volkszählung 1987 war, daß dem Eindruck der Manipulation oder zumindest der Manipulierbarkeit zu wenig entgegengewirkt wurde. Nochmals sei aus dem 8. Tätigkeitsbericht zitiert:

„Wir bitten Sie, die Erhebungsbögen mit Bleistift auszufüllen“, hieß es in den Erläuterungen im Haushaltsman- telbogen. Klang diese Bitte noch freundlich und harmlos, so hörte sich schon drastischer an, was manche Bürger von ihrem Zähler oder ihrer Erhebungsstelle zu hören bekamen: Mein Zähler sagte eindringlich: . . . bitte nur mit Bleistift!“ Manche Erhebungsstellen verliehen dieser Bitte noch dadurch Nachdruck, daß sie an Bürger zusammen mit den Volkszählungsbögen Bleistifte verteilen ließen. Hier wie sonst hielt man die Bevölkerung über die Rechtslage vielfach im Unklaren: sie waren keineswegs verpflichtet, den Bleistift zu benutzen. Die Statistiker legten hierauf bloß so großen Wert, weil ihre Lesegeräte nur so ausgefüllte Bogen maschinell lesen können. So kam es, daß nicht selten von amtlicher Seite der Eindruck erweckt wurde, als sei der Bleistift beim Ausfüllen *conditio sine qua non*. Wie das auf die Bürger, die es vom Lottoschein her ganz anders kannten, wirken würde, bedachte man nicht. Sie artikulierten ihre Befürchtungen z. B. so: ‚Meine größte Sorge – ich gerate direkt in Panik, wenn ich daran denke – ist der Bleistift! Also jeder, dem an meinem Volkszählungsbogen etwas nicht paßt, kann radieren!‘. In der Tat sind sie durch einen mit Bleistift ausgefüllten Bogen gegenüber der Erhebungsstelle in der schwächeren Position. Denn sie konnten sich vor nachträglichen Veränderungen ihres Bogens

nicht schützen und – da die Zählung so organisiert war, daß der Auskunftspflichtige keinen Durchschlag zurückbehielt – im Zweifel nicht einmal nachweisen, welche Angaben sie selbst gemacht haben. Auch war ihre Sorge, die Erhebungsstelle oder das Statistische Landesamt könnten im nachhinein ihre Bleistifteintragungen ändern, keineswegs unbegründet. Denn die Statistiker legten nicht bloß wegen der maschinellen Lesbarkeit auf den Bleistift so großen Wert, sondern auch wegen der leichten Korrekturmöglichkeit von Bleistifteintragungen. In der Tat wurde und wird in den Bogen reichlich korrigiert – sowohl bei ihrer ersten Prüfung durch die Erhebungsstelle wie auch bei ihrer nochmaligen Überprüfung im Statistischen Landesamt. Radiert wurde und wird hier nicht nur, wenn dem Bürger etwa die einzelnen Striche zu lang geraten sind oder er die Markierungspunkte nicht exakt traf, sondern auch wenn Grund zur Annahme bestand, daß sein Eintrag fehlerhaft ist. So wurde der Radiergummi zu einem wichtigen Requisit von Erhebungsstellen und Statistischem Landesamt. Am meisten radierten sie in den Bögen der über 65jährigen. Diese mußten im allgemeinen nur die Fragen 1 bis 9 des Personenbogens beantworten, von den Fragen zur Schul- und Berufsausbildung waren sie ausdrücklich ausgenommen. Gerade hierzu machten sie aber häufig Angaben – teils, weil sie den wenig deutlichen Hinweis auf ihre beschränkte Auskunftspflicht übersahen, teils, weil sie sich nicht auf diese Weise ausgrenzen lassen wollten. Der Computer des Statistischen Landesamtes hätte bei der Aufbereitung und Auswertung der Angaben dies unschwer in Ordnung bringen können; ein Merker im Programm, daß bei den über 65jährigen Antworten zu den Fragen nach Schul- und Berufsausbildung nicht einzulesen sind, hätte alles in Ordnung bringen können. Aber nein: Das Statistische Landesamt wollte es anders. Es wies die Erhebungsstellen im Lande schriftlich an, die *überflüssigen* Angaben der über 65jährigen zur Schul- und Berufsausbildung kurzerhand auszuradiieren oder, falls die Angaben anders als mit Bleistift eingetragen waren, einen neuen Bogen anzulegen und hierin nur die anderen Angaben zu übertragen. So kam es, daß die oft mit besonderer Sorgfalt gemachten Angaben der Senioren zu ihrer Schul- und Berufsausbildung kurzerhand dem Radiergummi zum Opfer fielen.“

Ob man auf die Empfehlung, den Bogen mit Bleistift auszufüllen, auch hätte verzichten können, ist eine Frage, die die Statistischen Ämter beantworten müssen. Sicherlich viel gewonnen wäre aber jedenfalls schon gewesen, wenn jeder Auskunftspflichtige einen Durchschlag seines Erhebungsbogen erhalten hätte, anhand dessen er im Notfall hätte belegen können, welche Angaben er wirklich gemacht hat. Geholfen wäre damit auch denjenigen Bürgern gewesen, bei denen die Erhebungsstelle – was nur zu oft vorkam – die Ablieferung des Erhebungsbogens anmahnte, obwohl die Bürger schon längst abgeliefert hatten.

Die Erhebungsstellen

Ein neuralgischer Punkt der Volkszählung 1987 war die personelle Besetzung der Erhebungsstellen. Dazu muß man wissen, daß das Volkszählungsgesetz nicht nur bei den Zählern, sondern auch bei den Mitarbeitern der Erhebungsstellen, deren Aufgabe es war, die Zähler auszuwählen sowie die Erhebungsbogen zu sammeln und an das Statistische Landesamt weiterzuleiten, Interessenkollisio-

nen vermeiden wollte. Die Gemeinden und Landkreise wurden dadurch vor eine völlig neue Situation gestellt: Im Gegensatz zu früheren Volkszählungen konnten sie nicht mehr einfach Mitarbeiter beauftragen, neben ihrer normalen Verwaltungsarbeit die Volkszählung in die Hand zu nehmen. Sie mußten jetzt eigens für die Zählung besondere, von der übrigen Verwaltung *räumlich, organisatorisch und personell* getrennte Erhebungsstellen einrichten. Vor allem kleine Gemeinden taten sich mit der personellen Abschottung sehr schwer. Wollten sie die Zählung mit ihrem eigenen Stammpersonal bewältigen, war fast unausweichlich, daß sie zum einen auch Mitarbeiter mit Aufgaben aus dem Einwohnermelde-, Ordnungs-, Sozial- und Steuerwesen dorthin abstellen mußten, und zum anderen der Erhebungsstelle nicht alle Mitarbeiter – ganz gleich, aus welchem Verwaltungsbereich sie kamen – für die ganze Zeit der Zählung zuweisen konnten, sondern zumindest einige davon immer wieder nur nach Arbeitsanfall für einzelne Tage. Leider stellte sich das Finanzministerium von Anfang an auf den Standpunkt, auch ein tageweiser Wechsel von Mitarbeitern einer Erhebungsstelle zwischen ihrer Tätigkeit dort und ihren übrigen Aufgaben sei zulässig. Damit sei „eine hinreichende Zäsur zwischen der Tätigkeit in der Erhebungsstelle und der in anderen Verwaltungsstellen gewährleistet“ – ganz so, als ob der Mitarbeiter am nächsten Morgen nicht mehr weiß, was er tags zuvor in der Erhebungsstelle erfahren hat. Wie wenig hier von einer Zäsur die Rede sein konnte, stellten meine Mitarbeiter bei einem Kontrollbesuch in der Erhebungsstelle einer kleinen Gemeinde fest. Die Gemeinde hatte eine Gemeindebedienstete, die neben dem Ständesamt Aufgaben der Sozialfürsorge wahrnahm, zur Stellvertreterin des Zählungsleiters bestellt und sie abwechselnd in der Erhebungsstelle und am eigentlichen Arbeitsplatz eingesetzt. Wie dies in der Praxis aussah, liest sich im 8. Tätigkeitsbericht so:

„Die Mitarbeiterin, welche jährlich 120 bis 200 Anträge auf soziale Leistungen auf ihre Richtigkeit überprüfen muß und mit einer Stellungnahme weiterzuleiten hat, pendelte beispielsweise im Sommer zwischen ihrem eigentlichen Arbeitsplatz und der Erhebungsstelle wie folgt hin und her:

Juni		
9. 6. – 15. 6.	4 Arbeitstage	Erhebungsstelle
16. 6. – 21. 6.	1 Arbeitstag	Gemeindeverwaltung
22. 6. – 24. 6.	3 Arbeitstage	Erhebungsstelle
Juli		
7. 7. – 9. 7.	3 Arbeitstage	Erhebungsstelle
10. 7. – 12. 7.	1 Arbeitstag	Gemeindeverwaltung
13. 7. – 16. 7.	4 Arbeitstage	Erhebungsstelle
17. 7. – 21. 7.	3 Arbeitstage	Gemeindeverwaltung
22. 7.	1 Arbeitstag	Erhebungsstelle
23. 7. – 26. 7.	2 Arbeitstage	Gemeindeverwaltung
27. 7.	1 Arbeitstag	Erhebungsstelle
August/September		
19. 8.	1 Arbeitstag	Erhebungsstelle
20. 8. – 23. 8.	2 Arbeitstage	Gemeindeverwaltung
24. 8. – 27. 8.	4 Arbeitstage	Erhebungsstelle
28. 8. – 31. 8.	2 Arbeitstage	Gemeindeverwaltung
1. 9. – 3. 9.	3 Arbeitstage	Erhebungsstelle
4. 9. – 8. 9.	3 Arbeitstage	Gemeindeverwaltung
9. 9. – 10. 9.	2 Arbeitstage	Erhebungsstelle

Am Tag des Kontrollbesuchs war sie der Erhebungsstelle zugeteilt. Während des Besuchs rief eine andere Angestellte der Gemeindeverwaltung sie an und bat, sie möge doch wegen eines schwierigen Sozialfalls, der gerade zu bearbeiten sei, herüberkommen. Sie lehnte dies in Gegenwart meines Mitarbeiters standhaft ab, gab jedoch ihrer Kollegin am Telefon Ratschläge.“

Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim beurteilte in seiner Entscheidung vom 21. Mai 1987 einen derartigen tageweisen Wechsel als unproblematisch. Ob auch das Bundesverfassungsgericht dies in vom VGH entschiedenen Fall so gesehen hätte, bezweifle ich. Denn zwar nahm es eine gegen die Entscheidung des VGH gerichtete Verfassungsbeschwerde wegen mangelnder Erschöpfung des Rechtswegs nicht an. In seinem Beschluß vom 28. September 1987 wies es jedoch darauf hin, daß sich der Verwaltungsgerichtshof im Fall seiner erneuten Befassung nochmals mit dem Problem der personellen Abschottung auseinandersetzen müsse. Zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in dieser wichtigen Frage kam es leider auch in der Folge nicht. Zwar bat das Bundesverfassungsgericht mein Amt im Rahmen einer weiteren Verfassungsbeschwerde ausdrücklich auch zu der – vom Beschwerdeführer selbst nicht angeführten – Frage um Stellungnahme, „welche Anforderungen an Auswahl und Einsatz der in den Erhebungsstellen tätigen Personen im Blick auf das Gebot personeller Trennung von anderen Verwaltungsstellen zu stellen sind“. Mein Amt legte dem Gericht folgendes dar:

„Für die verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer statistischen Erhebung kommt es entscheidend darauf an, daß die für Zwecke der Statistik erhobenen Daten nicht auch für Zwecke des Verwaltungsvollzugs verwendet werden. Um diese Zweckbindung schon in der Phase der Erhebung sicherzustellen, schrieb der Gesetzgeber u. a. in § 9 Abs. 1 VZG 1987 vor, daß räumlich, organisatorisch und personell von anderen Verwaltungsstellen getrennte Erhebungsstellen eingerichtet werden müssen. Weiter muß sichergestellt werden, daß die Angaben in den Erhebungsvordrucken nicht für andere Aufgaben verwendet werden. Die nähere Ausführung dieser Regelung überließ der Bundesgesetzgeber den Ländern. In Baden-Württemberg geschah dies durch die Verordnung der Landesregierung und des Finanzministeriums zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 vom 30. Juni 1986 (GBl. S. 252). Weitere Bestimmungen über die Erhebungsstellen erließ das Finanzministerium in seiner Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 (VwV-VZG 1987) vom 1. Oktober 1986 (GABl. S. 945). Diese landesrechtlichen Durchführungsbestimmungen tragen dem kraft Verfassungsrechts zu beachtenden Grundsatz der Trennung von Statistik und Verwaltungsvollzug nicht in gebotenermaßen Rechnung, und zwar in zweierlei Hinsicht:

- Zum einen enthalten sie für das Personal der Erhebungsstellen keine dem § 10 Abs. 5 Satz 2 Nr. 2 VZG 1987 vergleichbare Bestimmung. Das Finanzministerium gab lediglich in Nr. 1.3 seiner o. a. Verwaltungsvorschrift die Empfehlung, in den Erhebungsstellen keine Mitarbeiter aus dem Bereich des Einwohnermeldewesens einzusetzen, um das Vertrauen der Bevölkerung in die Zählung zu erhöhen und um Mißverständnisse von vornherein auszuschließen. Damit lassen die landesrechtlichen Durchführungsbestimmungen zu, daß die Gemeinden und Landkreise in ihren Erhebungsstellen praktisch jeden ihrer Mitarbeiter einsetzen konnten – ganz gleich welche dienstliche Tätigkeit er ansonsten ausübt. Dementsprechend sind die Erhebungsstellen im Lande auch verfahren. Dies führte dazu, daß in vielen Erhebungsstellen auch Mitarbeiter beschäftigt wurden und noch werden, bei denen Interessenkonflikte zwischen ihrer normalen dienstlichen Tätigkeit und der Tätigkeit in der Erhebungsstelle vorprogrammiert sind. So sind ein großer

Teil der von den Auskunftspflichtigen im Rahmen der Volkszählung zu machenden Angaben sehr wohl auch von Bedeutung für die Entscheidung der Frage, ob z. B. Sozialhilfe oder Wohngeld zu gewähren ist; zu denken ist dabei u. a. an die Angaben über Name und Zahl der Haushaltsmitglieder, Wohnungsgröße, Miethöhe, die Unterhaltsquelle und Erwerbstätigkeit. Ähnliches gilt für den Bereich des Einwohnerwesens und des Amts für öffentliche Ordnung, aber auch des kommunalen Steuer- und Kassenwesens. Mitarbeiter, die normalerweise in solchen Bereichen tätig sind, werden in offenkundige Interessenkonflikte gestürzt, wenn sie in der Erhebungsstelle Kenntnis von Angaben über die Verhältnisse von Auskunftspflichtigen erhalten, die sich von den Informationen unterscheiden, die der Mitarbeiter im Rahmen seiner normalen dienstlichen Tätigkeit in Erfahrung gebracht hat. Das Entstehen solcher offenkundigen Interessenkonflikte hätte aber von vornherein soweit wie möglich durch entsprechende Ausführungsbestimmungen, zumindest aber durch eine entsprechende Verwaltungspraxis unterbunden werden müssen. Eine solche verfahrensrechtliche Vorkehrung zur Sicherung der Zweckbindung und damit zum Schutz des informationellen Selbstbestimmungsrechts wäre nach meiner Beurteilung zwingend geboten gewesen. Der Verzicht auf eine solche Regelung kann nicht, wie dies die Landesregierung mir gegenüber geltend gemacht hat, mit der Existenz des Verwertungs- und Weitergabeverbots in § 9 Abs. 2 VZG 1987 gerechtfertigt werden. Dagegen sprechen folgende Überlegungen:

Verwertungsverbote haben bisher nur in der Justiz eine gewisse Tradition; in der Verwaltung sind sie bis jetzt noch weitgehend unbekannt. Dies gilt insbesondere für die Kommunalverwaltung. Zu wissen, daß eine Angabe unrichtig ist, und gleichwohl dieses Wissen nicht verwerten zu dürfen und eine Entscheidung auf Grund einer falschen Angabe treffen zu müssen, widerspricht dem traditionellen Verwaltungsdenken. Ein solches Verlangen stellt an den einzelnen Mitarbeiter der Verwaltung bisher nicht gekannte Anforderungen, die ihn häufig sogar überfordern. Vor allem aber ist folgendes zu bedenken: Auch bei Mitarbeitern, die den festen Willen und die beste Absicht haben, das Verwertungsverbot zu beachten, besteht die Gefahr, daß sie auf Dauer nicht auseinanderhalten können, ob ihr Wissen über einen Bürger aus ihrer Tätigkeit in der Erhebungsstelle oder aus anderen Quellen stammt. Dies kann zur Folge haben, daß sich ihr Wissen aus der Volkszählung sogar unbeabsichtigt später in Verwaltungsentscheidungen zu Lasten der Bürger niederschlägt. Gerade aber solche Konsequenzen zu verhindern, ist Sinn und Zweck des Verwertungsverbots. Weiter ist zu berücksichtigen, daß die Wirksamkeit eines Verwertungsverbots auch darunter leidet, daß seine Einhaltung in der Praxis kaum nachprüfbar ist. Schließlich weise ich darauf hin, daß auch der Gesetzgeber selbst beim Zähler jedenfalls die dem § 9 Abs. 2 VZG 1987 entsprechende Regelung des § 10 Abs. 4 VZG 1987 nicht für ausreichend gehalten hat und trotz des dort verankerten Verwertungs- und Weitergabeverbots in § 10 Abs. 5 Satz 2 Nr. 2 VZG 1987 Personen vom Einsatz als Zähler ausgeschlossen hat, bei denen infolge ihrer beruflichen Tätigkeit oder aus anderen Gründen zu besorgen ist, daß Erkenntnisse aus der Zählertätigkeit zu Lasten der Auskunftspflichtigen genutzt werden.

- Ein weiterer Mangel, der sich aus dem in den Durchführungsbestimmungen zugelassenen Einsatz von Mitarbeitern aus *sensiblen* Bereichen in Erhebungsstellen ergebenden Risiken für die Sicherstellung des Trennungsgebots noch verstärkt, liegt darin, daß die Durchführungsregelungen des Landes auch einen sehr kurzfristigen Einsatz von Mitarbeitern in der Erhebungsstelle erlauben. § 4 Abs. 4 Satz 2 der Verordnung der Landesregierung und des Finanzministeriums zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 vom 30. Juni 1982 (GBl. S. 252) schreibt zwar vor, daß Mitarbeiter in der Zeit, in der sie der Erhebungsstelle zugeteilt sind, nicht mit anderen Aufgaben des Verwaltungsvollzugs betraut werden dürfen. Doch wurde die Bedeutung der Regelung für die Sicherung des Trennungsgebots dadurch entwertet, daß nach Nr. 1.3 der Verwaltungsvorschrift des Finanzministeriums zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 (VwV-VZG 1987) vom 1. Oktober 1986 (GABl. S. 945) lediglich die stundenweise Übertragung anderer Verwaltungsaufgaben an Mitarbeiter der Erhebungsstellen untersagt wurde, nicht aber die Übertragung solcher Aufgaben für einen oder mehrere Tage. Mit anderen Worten: nach den Durchführungsvorschriften des Landes durften und dürfen Mitarbeiter der Erhebungsstelle auch nur für einen Tag in der Erhebungsstelle tätig sein und am nächsten wieder an ihren alten Dienstposten. Nach der Weisung des Finanzministeriums vom 25. Mai 1987 Az. VII PV-238/87 darf ein solcher Wechsel – vorausgesetzt, daß er nicht von vornherein geplant war – zur „Abwendung von Spitzenbelastungen“ wiederholt werden; in einem solchen Fall muß der Mitarbeiter lediglich erneut schriftlich der Erhebungsstelle zugewiesen werden. Bei einem solch kurzzeitigen Einsatz in der Erhebungsstelle kann im Ernst von einer personellen Trennung der Erhebungsstelle von der übrigen Verwaltung nicht die Rede sein; hier kann die mit der personellen Trennung beabsichtigte Schutzwirkung überhaupt nicht eintreten.“

Zu einer näheren Auseinandersetzung des Bundesverfassungsgerichts mit dieser Argumentation kam es aber leider dann doch nicht, weil das Gericht die Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung annahm und dabei ausführte, alle vom Beschwerdeführer vorgebrachten Rügen seien teils verspätet vorgebracht gewesen und ließen teils keine Grundrechtsverletzung erkennen. Auf den – vom Beschwerdeführer selbst nicht angesprochenen – Gesichtspunkt der personellen Abschottung der Erhebungsstelle ging das Bundesverfassungsgericht dann enttäuschenderweise gar nicht mehr ein.

Das Statistische Landesamt

Das Statistische Landesamt hätte bei der Volkszählung 1987 vor allem das Gebot der frühestmöglichen Anonymisierung der Volkszählungsdaten ernst nehmen müssen. Es stellte sich seinerzeit auf den Standpunkt, es müsse alle Volkszählungsbögen einschließlich der Organisationspapiere bis zwei Wochen nach der amtlichen Feststellung der Einwohnerzahl aufbewahren. Wie dies in der Praxis aussah, schildert der 10. Tätigkeitsbericht:

„Am 25. November 1988 war es soweit: Das Statistische Landesamt teilte unter diesem Datum jeder einzelnen Gemeinde des Landes mit, welche Einwohnerzahl es für

sie aus den Ergebnissen der Volkszählung ermittelt hat. Gleichzeitig stellte es die Einwohnerzahl des Landes fest und gab sie im Staatsanzeiger bekannt. Die Ergebnisse überraschten viele. Zwar fiel die Einwohnerzahl insgesamt höher aus als erwartet, doch schnitten die einzelnen Gemeinden ganz unterschiedlich ab. Bei vielen blieb die Einwohnerzahl entgegen diesem Trend weit hinter den Erwartungen zurück. 162 der 1111 Gemeinden im Lande wollten wegen der Auswirkung auf den Gemeindegeldbeutel nicht ohne weiteres hinnehmen, was das Statistische Landesamt für sie als Einwohnerzahl festgestellt hatte. Sie legten zunächst einmal Widerspruch ein. Eine große Zahl dieser Gemeinden machte sich allerdings gar nicht erst die Mühe, den Widerspruch zu begründen. Zum Datenschutzproblem wurde dieses Hickhack zwischen Gemeinden und Land wegen des lieben Geldes deswegen, weil das Statistische Landesamt die Erhebungsunterlagen aus diesen Gemeinden entgegen meiner Forderung zunächst von der Vernichtung ausnahm, mit der es im übrigen – wenn auch reichlich spät – Anfang des Jahres begonnen hatte. Es verfuhr so, obwohl das Volkszählungsgesetz die Vernichtung der Unterlagen spätestens zwei Wochen nach Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl des Landes zwingend vorschreibt, und rechtfertigte seine Vorgehensweise damit, bei der von ihm veröffentlichten Einwohnerzahl des Landes handle es sich nur um ein vorläufiges Ergebnis. Von vorläufig ist freilich in der Bekanntmachung im Staatsanzeiger Nr. 95 vom 30. November 1988 nicht die Rede – ganz abgesehen davon, daß sich dem Wortlaut des Volkszählungsgesetzes eine Unterscheidung zwischen vorläufiger und endgültiger Feststellung der Einwohnerzahl nicht entnehmen läßt. Jedenfalls bleiben nach Abschluß der allgemeinen Vernichtungsaktion die Volkszählungsbögen von zwei Millionen Einwohnern übrig, die das Statistische Landesamt mit Rücksicht auf die anhängigen Widerspruchsverfahren zunächst weiterhin aufbewahrt. Es vernichtete diese Unterlagen in der Folgezeit gemeindeweise jeweils erst dann, wenn seine Entscheidung über den Widerspruch der Gemeinde bestandskräftig geworden war oder die Gemeinde den Widerspruch zurückgenommen hatte. Die Abwicklung der Widerspruchsverfahren zog sich freilich hin. Bei einem Kontrollbesuch Anfang Oktober 1989 waren 33 der ursprünglich 162 Verfahren noch nicht bestandskräftig abgeschlossen und demzufolge die Erhebungsbögen von rd. 750 000 Bürgern immer noch nicht vernichtet.“

Diese Vorgehensweise des Statistischen Landesamtes war wohl mit dem Verfassungsgebot der frühestmöglichen Anonymisierung nicht vereinbar.

Die Polizei und die Volkszählung

Zu denken gibt auch das Vorgehen der Polizei im Zusammenhang mit der Volkszählung 1987. Viel zu schnell wurden Bürger, die sich kritisch mit der Volkszählung 1987 auseinandersetzten, polizeilich registriert. Wer gar versuchte, sich durch Abschneiden der Kenn-Nummer vom leeren Volkszählungsbogen der Volkszählung zu entziehen oder wer dazu aufrief, wurde allzu leicht als potentieller Staatsfeind abgestempelt und in APIS – der Datei für Staatsfeinde und Terroristen – erfaßt.

Im April 1987, also noch vor dem Stichtag der Volkszählung, lagen bei der eigens für die Volkszählung eingerichteten

Nachrichten- und Informationsstelle des Landeskriminalamts bereits 130 Meldungen der Polizeidienststellen vor. Was diese enthielten und wie das Landeskriminalamt mit ihnen verfuhr, ist im 8. Tätigkeitsbericht näher dargelegt:

„– Informationsstände und Referenten

Die weitaus größte Gruppe bildeten Meldungen über Veranstaltungen und Informationsstände zur Volkszählung. Oft hieß es bloß, daß jemand als Referent bei einer Veranstaltung angekündigt oder aufgetreten sei bzw. eine Erlaubnis für das Aufstellen eines Informationsstandes beantragt oder erhalten habe:

„Rechtsanwalt . . . aus dem Anwaltsbüro . . . erläuterte die Rechtslage und stellte das alte und neue Volkszählungsgesetz gegenüber. Insbesondere ging er darauf ein, was im Falle des Boykotts auf den einzelnen strafrechtlich zukommen kann und wie der Ablauf eines eventuellen Bußgeldverfahrens vor sich geht.“

„Das Gemeinderatsmitglied der „Grünen“ von . . . , stellte im Namen der Bürgerinitiative zur Volkszählung 1987 beim Ordnungsamt den Antrag auf Genehmigung eines Informationsstandes. Ihm wurde die Genehmigung erteilt am . . . ; über . . . liegen bisher keine Erkenntnisse vor.“

– Boykottaufrufe – ja und nein

In anderen Meldungen war zu lesen, jemand habe zum Boykott der Volkszählung aufgerufen oder Informationsmaterial mit Boykottaufrufen verteilt, z. B. am Informationsstand der Jungdemokraten das Flugblatt „Volkszählungen boykottieren wir mit“. Gelegentlich hielten es Polizeidienststellen sogar für meldenswert, daß es bei einer Veranstaltung keine Anhaltspunkte für Boykottaufrufe gab:

„Am Mittwoch, 18. März 1987 veranstalteten die Grünen in . . . einen Informationsabend zum Thema Volkszählung. An der Veranstaltung nahmen etwa 45 Personen teil, überwiegend aus dem Grünen-Spektrum. In den Ausführungen distanzierte sich der Redner . . . der Grünen von den Aufrufen zum Boykott.“

„Es nahmen ca. 30–35 Personen im Alter von 30–40 Jahren teil. Der Großteil der Teilnehmer war auffallend ordentlich zivil gekleidet. Nach einem Vortrag von . . . schloß sich eine allgemeine Diskussion an. Konkrete Boykottaufrufe wurden nicht festgestellt. Ein erstes Treffen der Volkszählungsinitiative ist für 1. April 1987 geplant.“

– Farbsprühereien

Vier Meldungen berichteten, eine Person habe Volkszählungsboykottparolen an Hauswände gesprüht.

Das Landeskriminalamt überprüfte die meisten der gemeldeten 130 Personen anhand seiner Informationssysteme APIS und PIOS sowie seiner Staatsschutzkartei. Je nachdem, was sich dabei ergab, ging es weiter vor: bei etwa 75 Personen, deren Verhaltensweise es als nicht relevant ansah, legte es die Meldung in einem Leitz-Ordner ab; sie sofort in den Reißwolf zu stecken, kam ihm nicht in den Sinn. Über etwa 50 Personen legte es eine Indexkarte Staatsschutz an und stellte diese in seine Indexkartei Staatsschutz ein. 4 Personen speicherte es we-

gen der von ihnen an Häuserwänden gemalten Volkszählungsboykottparolen im Informationssystem APIS. Mehrere der gemeldeten Personen führte das Landeskriminalamt schließlich noch in seinen Lagebildern auf, die es in unregelmäßigen Zeitabständen an die Landespolizeidirektionen, das Bundeskriminalamt und das Landesamt für Verfassungsschutz herausgab.“

Dieser umfassende Meldedienst der Polizeidienststellen an das Landeskriminalamt war zu einem großen Teil schlicht rechtswidrig, weil die Meldungen keine Anhaltspunkte für eine zu erwartende Straftat enthielten.

Im Oktober 1987, einige Monate nach dem Stichtag, hatte sich die Zahl der beim Landeskriminalamt vorliegenden Meldungen auf 653 erhöht und ihr Schwerpunkt hatte sich verlegt: Es ging jetzt in der Regel um das Abschneiden der Heftnummer vom leeren Volkszählungsbogen, um Aufforderungen hierzu und um an Häuserwände gesprühte Boykottparolen. Das Landeskriminalamt verfuhr mit diesen Meldungen wie gehabt: Es stellte weitere 75 Personen in seine Staatsschutzkartei ein und speicherte weitere 154, insgesamt also 158 Personen in APIS; 127 davon wurden so erstmals APIS-erfaßt, während die weiteren 31 schon zuvor aus anderen Gründen dort registriert waren. Ein näherer Blick auf die 145 Meldungen der Polizeidienststellen, die der Erfassung in APIS zugrunde lag, ergab folgendes:

„– In den allermeisten Fällen berichteten sie lediglich, die Person habe dazu aufgefordert, die Kenn-Nummern vom leeren Volkszählungsbogen abzuschneiden, oder dies tatsächlich getan.

– Manchmal hieß es, eine Person habe bei einer Demonstration ein Transparent mit aufgeklebten leeren Volkszählungsbögen mit sich geführt oder ein Werbeplakat zur Volkszählung zerrissen oder Volkszählungsboykottparolen an Häuserwände gesprüht oder bei der polizeilichen Vernehmung ihre früher gemachte Aussage, eine Sprühaktion geplant zu haben, widerrufen.

– Einige Meldungen berichten, Zähler hätten ihre Verschwiegenheitspflicht verletzt.

In keiner einzigen dieser Meldungen gaben die Polizeidienststellen an, ob und, falls ja, welche tatsächlichen Gründe es dafür gibt, daß die erwähnte Person mit ihrem Verhalten eine staatsfeindliche Zielrichtung verfolgte. Dies geschah selbst dann nicht, wenn sie ihre Mitteilung als Meldung im Rahmen des kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Staatsschutzsachen bezeichnete, der ausdrücklich nähere Angaben zum *Tathintergrund/Motiv* verlangt. Ja sie unterließ eine Aussage hierzu sogar auch dann, wenn sie für ihre Meldung den Vordruck KP III über ein Staatsschutzdelikt benutzte, der in einer eigenen Rubrik ausdrücklich Angaben zur „Angriffsrichtung, dem Motiv des Täters oder dessen Verbindung zu einer Organisation“ verlangt. Der Sachbearbeiter des Landeskriminalamts, der die mitgeteilten Sachverhalte zu bewerten hatte, vermerkte auf jeder dieser Meldungen kurz und bündig handschriftlich „Extremismus links.“ Die so gekennzeichnete Meldung gab er zur APIS-Erfassung.“

Auch diese Vorgehensweise des Landeskriminalamts war nicht in Ordnung. In APIS, die Datei für Staatsfeinde und Terroristen, gehören nur solche Personen – so haben es die

Innenministerien des Bundes und der Länder selbst gemeinsam festgelegt –, die des Hochverrats, Landesverrats, der Agenten- oder Sabotagetätigkeit, der Bildung einer terroristischen Vereinigung oder einer anderen Straftat mit staatsfeindlicher Zielrichtung verdächtig oder überführt sind. Die staatsfeindliche Zielrichtung muß in jedem Einzelfall konkret belegt sein. Davon konnte in den geschilderten Fällen aber sicherlich nicht die Rede sein.

Fazit

Alles in allem läßt sich sagen, daß die bei der Volkszählung 1987 beteiligten Stellen Fehler begingen, die die Zweifel mancher Bürger nährten, ob der Staat ihnen nur abverlangt, was wirklich notwendig ist. Hinzu kommt, daß die Volkszählung besonders für die Kommunen ein organisatorischer Kraftakt war, der seinesgleichen sucht und der nicht nur ihre Verwaltungskraft, sondern auch ihr Verhältnis zu den Bürgern ziemlich strapaziert hat. Hat sich dies alles gelohnt und steht dem angerichteten Schaden und dem verursachten Aufwand ein entsprechendes Ergebnis gegenüber? Sicherlich, hinsichtlich der Einwohnerzahl hat die Volkszählung wichtige Erkenntnisse gebracht. Aber hat sie sich auch darüber hinaus rentiert? Ich habe Zweifel. Viele Ergebnisse der Volkszählung, insbesondere die Ergebnisse zur Wohnsituation, waren aufgrund der rasanten Entwicklung im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung schon bald nach ihrer Erstellung – wenn nicht gar schon vorher – stark überholt. Selbstverständlich läßt sich dem entgegenhalten, die Ereignisse der vergangenen Jahre seien außer-

gewöhnlich gewesen. Jedoch ist nicht ausgemacht, ob nicht z. B. im Zuge des europäischen Einigungsprozesses ähnlich rasante Entwicklungen eintreten könnten, die vielleicht auch das Ergebnis einer von der Statistik bereits ins Auge gefaßten Volkszählung 2000 binnen kürzester Frist überholen könnten. Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob eine Zählung vom Umfang der Volkszählung nicht tendenziell immer zu schwerfällig und zu fehleranfällig ist, ganz zu schweigen von den Belastungen für die Bürger. Weniger wäre hier vielleicht mehr: Sorgfältig sollte man prüfen, wie weit „kleinere“ Zählungen – etwa ein Mikrozensus oder spezielle Zählungen – besser als eine Volkszählung geeignet sind, der Statistik brauchbares Datenmaterial zur Verfügung zu stellen. Dabei darf allerdings nicht der Fehler begangen werden, den Vorteil einer auf einen kleinen Prozentsatz der Bevölkerung begrenzten Zählung dadurch wieder wett zu machen, daß man ihr weitaus mehr Fragen als bislang stellt – ein Fehler, wie er beispielsweise den vorliegenden Entwürfen eines Wohnungstatistikgesetzes anhaftet. Skepsis ist auch gegenüber den Überlegungen der Statistischen Ämter am Platz, statt einer direkten Volkszählung die ohnehin bei den Behörden vorhandenen Datensammlungen, insbesondere die Melderegister, zu „verbessern“ und dann statistisch auszuwerten. Ein derartiges Verfahren könnte nämlich bedeuten, daß künftig die Wünsche der Statistik mitbestimmen würden, welche – sonst womöglich gar nicht erforderlichen – Daten behördliche Register enthalten. Hier ist Zurückhaltung geboten, damit nicht tendenziell Unvereinbares miteinander verbunden wird.

Ruth Leuze

Kapitel 2

Analysen

1. Datenangebot und -verarbeitung

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung ab Gemeindeebene

Mit den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1987 soll einer Vielzahl von Informationsanforderungen der Gesellschaft auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene entsprochen werden. Daraus ergibt sich für das Statistische Landesamt Baden-Württemberg, das sich als öffentliche Service-Einrichtung allen gesellschaftlichen Gruppen, Verbänden, Organisationen und Institutionen, aber auch den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet weiß, die Aufgabe, das Informationsangebot aus der Volks- und Berufszählung 1987 so zu gestalten, daß möglichst vielen Konsumenten die jeweils benötigten Zahlen sachgerecht und flexibel geliefert werden können.

Traditioneller Datenzugriff

Ein System „vorgedachter Informationen“, das in intensiven Beratungen mit den Konsumenten aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft in verschiedenen Fachgremien entwickelt wurde, deckt dabei in einem regional gestuften Tabellenprogramm die derzeit erkennbaren Informationswünsche weitgehend ab. Als tiefste regionale Nachweiseinheit innerhalb eines Gemeindegebiets ist die Seite mit gleicher Straßenbezeichnung von der durch Straßeneinmündungen oder vergleichbare Begrenzungen umschlossenen Fläche (Blockseite) vorgesehen. Dieses kleinräumig gegliederte Tabellenprogramm wird ergänzt um das sogenannte Gemeindeblatt (Bezugsebene ist die Gemeinde) sowie die Gemeinde- und Kreistabellen. Dabei nimmt die sachliche Gliederungstiefe der Ergebnisdarstellungen mit abnehmender regionaler Gliederungstiefe zu. Sie ist entsprechend bei den für die Landesebene konzipierten Sachgebietstabellen zu den Themenbereichen Unterhaltsquellen, Beteiligung am Erwerbsleben, Ausbildungsstand, Pendelwanderung sowie Haushaltszusammenhang am stärksten entfaltet.¹

Die Ergebnisse unterhalb der Gemeindeebene werden den Gemeinden – jeweils für deren Zuständigkeitsbereich – als Liefertabellen zur Verfügung gestellt. Gemeinde- und Kreisergebnisse, auszugsweise auch Daten der Sachgebietstabellen, werden auf herkömmliche Weise in Form von Druckerzeugnissen („Printmedien“) der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Rund 30 Bände – darunter auch nach nichtadministrativen Gebietseinheiten – sollen als Quellen- und Querschnittsbände der Reihe „Statistik von Baden-Württemberg“ veröffentlicht werden.

Elektronischer Zugriff auf das Gemeindeblatt

Das Angebot an Analysen und Datennachweisen von Ergebnissen der Volks- und Berufszählung wird ergänzt um das nunmehr in der Struktur- und Regionaldatenbank (SRDB) elektronisch gespeicherte Gemeindeblatt („Bürgermeistertabelle“). Es enthält – ursprünglich konzipiert, um die dringendsten kommunalen Informationsbedürfnisse abzudecken – die wichtigsten Bestands- und Strukturzahlen über die Bevölkerung, Erwerbsbeteiligung sowie Haushalte und Ausländer.

Die in der *Übersicht 1* dargestellten Merkmale sind im Statistischen Landesamt einzeln nach spezifischen Bedürfnissen der Konsumenten abrufbar. Der Informationsnutzen kann insbesondere dann optimiert werden, wenn der Nutzer über den reinen Ergebnisabruf hinaus Operationen in den Grundrechenarten sowie logische Operationen vornimmt, soweit dies programmtechnisch vorgesehen ist. Dadurch können zum Beispiel Größenklassenbildungen, Vergleiche mit anderen Datenbeständen der SRDB und anderen Regionaleinheiten vollzogen werden. Die benötigte Information kann somit maßgeschneidert zur Verfügung gestellt werden.

Insbesondere der Möglichkeit, Relationen zu den Datenbeständen der SRDB zu ziehen, kommt erhebliche Bedeutung zu. Schließlich ist die Bevölkerungszahl insgesamt oder einzelne Strukturkomponenten davon bei der Ableitung von Beziehungszahlen mit hohem Informationsnutzen die häufig unverzichtbare Grundlage. Aber auch die Bildung von Verhältniszahlen – zum Beispiel die Ermittlung der Anteilposition einer Gemeinde am entsprechenden Landkreis – stiftet einen Zusatznutzen.

Bevölkerungsbegriff – neu definiert

Während die Konstruktion von zeitpunktbezogenen Beziehungs- und Verhältniszahlen unproblematisch erscheint, ist beim Vergleich der Zählungsergebnisse mit den Daten der letzten Volkszählung 1970 und der darauf fußenden Bevölkerungsforschreibung Vorsicht angezeigt. Gegenüber

¹ Vgl.: Tabellenprogramm der Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungszählung, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Stand Oktober 1988

Übersicht 1

Daten zur Volkszählung am 25. Mai 1987 in den Gemeinden Baden-Württembergs
Stand 1. April 1989

Merkmale	Anzahl
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	10
Bevölkerung mit Nebenwohnung	2
Wohnberechtigte Bevölkerung	2
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach dem Alter	40
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach Religionszugehörigkeit	8
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach dem Familienstand	16
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach dem überwiegenden Lebensunterhalt	14
Erwerbstätige am Ort der Hauptwohnung nach Wirtschaftsbereichen	20
Erwerbstätige am Ort der Hauptwohnung nach der Stellung im Beruf	14
Erwerbslose am Ort der Hauptwohnung	4
Schüler und Studierende am Ort der Hauptwohnung	2
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach dem höchsten allgemeinen Schulabschluß	6
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach dem höchsten berufsbildenden Abschluß	4
Personen in Privathaushalten	2
Privathaushalte nach der Größe	14
Gesamtzahl der Merkmale	158

Übersicht 2

Bevölkerung der Stadt Heidelberg nach den Bevölkerungsbegriffen der Volks- und Berufszählung 1987

Bevölkerung	Insgesamt	in %
1. Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	127 768	100
2. dav. Personen mit nur einer Wohnung im Bundesgebiet	111 579	87,3
Personen mit weiterer Wohnung oder Unterkunft im Bundesgebiet	15 199	12,7
dar. Ausländer am Ort der Hauptwohnung	13 299	10,4
2. Bevölkerung mit Nebenwohnung	12 370	X
3. Wohnberechtigte Bevölkerung	140 138	X
dar. Wohnbevölkerung	130 442	X
8. Erwerbstätige am Ort der Hauptwohnung nach Wirtschaftsbereichen	54 099	100
dav. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	615	1,1
Produzierendes Gewerbe	14 517	26,8
Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	7 734	14,3
übrige Wirtschaftsbereiche	31 233	57,7
dar. erwerbstätige Ausländer insgesamt	6 081	0,1
dav. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	36	X
Produzierendes Gewerbe	1 903	X
Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	607	X
übrige Wirtschaftsbereiche	3 535	X
9. Erwerbstätige am Ort der Hauptwohnung nach der Stellung im Beruf	54 099	100
dav. Selbständige	5 474	10,1
Mithelfende Familienangehörige	638	1,2
Beamte, Richter, Soldaten usw.	5 975	11,0
Angestellte, Auszubildende kaufmännisch/technisch	27 358	50,6
dar. Ausländer	2 499	X
Arbeiter, Auszubildende gewerblich	14 654	27,1
dar. Ausländer	2 674	X
14. Personen in Privathaushalten	130 871	X
15. Privathaushalte nach der Größe	70 836	100
dav. mit 1 Person	38 011	53,7
dar. weiblich	22 488	X
mit 2 Personen	16 602	23,4
mit 3 Personen	8 425	11,9
mit 4 Personen	5 448	7,7
mit 5 oder mehr Personen	2 350	3,3

der Volkszählung 1970 hat sich nämlich die Methode der Zurechnung von Personen mit mehr als einer Wohnung im Bundesgebiet verändert.

Die im Zusammenhang mit der amtlichen Bevölkerungszahl 1987 ermittelte „Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung“ – sie ist als Eckwert im Gemeindeblatt enthalten – umfaßt diejenigen Personen, die im betreffenden Gebiet ihre alleinige bzw. ihre Hauptwohnung im Sinne des § 12 des Melderechtsrahmengesetzes 1980 haben. Danach ist die Hauptwohnung – soweit mehrere Wohnungen benutzt werden – die vorwiegend benutzte Wohnung. Hauptwohnung einer verheirateten Person, die nicht dauernd getrennt von ihrer Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. In Zweifelsfällen befindet sich diese dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen liegt.

Demgegenüber wurde bei der Ermittlung der Bevölkerungszahl 1970 die ebenfalls im Gemeindeblatt der Volks- und Berufszählung 1987 nachgewiesene „Wohnbevölkerung“ festgestellt. Die „Wohnbevölkerung“ umfaßt diejenigen Personen, die in dem angegebenen Gebiet ihre ständige Wohnung haben – Personen mit mehreren Wohnungen wurden für die Gemeinde gezählt, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen. Für nicht erwerbstätige bzw. nicht in Ausbildung stehende Personen erfolgte die Zuordnung nach dem Ort des überwiegenden Aufenthalts.

Gerade auf der Ebene der Gemeinden – dies ist die primäre Vergleichsgrundlage der SRDB – sind die durch die unterschiedliche Bevölkerungsdefinition bedingten Abweichungen zum Teil erheblich. Zum Beispiel würde sich in der Stadt Heidelberg – verglichen mit der Volkszählung 1970 – die Bevölkerungsabnahme von 1,5%, wäre das Zurechnungsprinzip des Wohnbevölkerungsbegriffs wieder angewendet worden, in eine Zunahme von 0,6% umwandeln.² Es bleibt anzumerken, daß durch diese Neudefinition insbesondere auch die Erwerbstätigenzahlen betroffen sind und damit die Vergleichsdaten und Bezugsgrößen zu den Arbeitsmarktzahlen.

Auch „BIBER“ abrufbar – Analysen durch Landesbibliographie erschlossen

Aus dem Nachweisbereich der Volks- und Berufszählung 1987 werden auch einige der inzwischen bewährten „BIBER“ vorgehalten. „BIBER“, also zur Bildschirm-Berichterstattung vorstrukturierte von bzw. für Konsumenten rasch abrufbare Tabellen, dienen der gezielten Unterrichtung. Sie können für jede beliebige auf Gemeinden aufbauende Gebietsabgrenzung sofort preisgünstig dargestellt werden, individuell erzeugte Standardabrufe aus der Datenbank sind dann insoweit entbehrlich.

² Vgl.: Frank, Eberhard: Erste Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12/1988 bes. S. 498 f.

Abbildung

Beispiele für Bildschirmtabellen

LANDESINFORMATIONSSYSTEM BADEN-WÜRTTEMBERG - L I S - 01036150 Volkszählung Gebiet: HEIDELBERG, STADT . . .					
Privathaushalte 1961, 1970 und 1987 nach der Haushaltsgröße					
Privathaushalte nach der Haushaltsgröße	6.6.1961 Anzahl	%	27.5.1970 Anzahl	%	25.5.1987 Anzahl
Insgesamt	52644	100	56832	100	70836
mit 1 Person	17605	33,4	22783	40,7	38011
darunter weiblich in %					59,2
mit 2 Personen	13775	26,2	14218	25,4	16602
mit 3 Personen	10182	19,3	9825	16,1	8425
mit 4 Personen	6684	12,5	6884	10,9	5448
mit 5 und mehr Personen	4478	8,5	3922	7,0	2350
Bevölkerung insgesamt 1)	133566		129697		127768
1) 1987 Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung					

LANDESINFORMATIONSSYSTEM BADEN-WÜRTTEMBERG - L I S - 01036010 Volkszählung Gebiet: HEIDELBERG, STADT . . .					
Bevölkerung 1961, 1970 und 1987 nach Geschlecht und Nationalität					
Bevölkerung nach Geschlecht und Nationalität 1)	6.6.1961 Anzahl	%	27.5.1970 Anzahl	%	25.5.1987 Anzahl
Insgesamt	133566	100	129697	100	127768
männlich	68173	45,1	59370	45,8	59012
weiblich	73393	54,9	70327	54,2	68756
Deutsche	130237	97,5	122464	94,4	114479
männlich in %	44,5		45,1		45,3
weiblich in %	55,5		54,9		54,7
Ausländer	3329	2,5	7233	5,6	13289
männlich in %	68,2		57,7		54,0
weiblich in %	31,8		42,3		46,0
1) 1987 Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung					

Die „BIBER“ der Volks- und Berufszählung umfassen Nachweisungen der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht, Familienstand, Staatsangehörigkeit und Religionszugehörigkeit, also die klassischen demographischen Daten. Das elektronisch vorgehaltene Informationsangebot wird ergänzt um die Gliederung nach dem höchsten allgemeinen Schulabschluß. Auch sind die Haushalte nach der Größenstruktur dargestellt. Aus dem Bereich der Berufszählung werden die Erwerbstätigen nach Geschlecht, sozialer Stellung im Beruf sowie den Wirtschaftsbereichen untergliedert, als Bildschirmtabellen vorgehalten.

Die räumliche und sachliche Dimension wird ergänzt um die zeitliche. Dadurch werden – soweit vorhanden, sind den „BIBERN“ neben den aktuellen Ergebnissen der Volks- und Berufszählung Vergleichsdaten der Zählungen von 1970 und 1961 beigelegt – neben dem räumlich und fach-

lich gegliederten Strukturbild Entwicklungsverläufe sichtbar.

Da die „BIBER“ notgedrungen knapp gehalten sind, jedenfalls keine (an und für sich unverzichtbaren) definitiven Hinweise enthalten, braucht selbst der kundige Datennutzer, um vor Fehlinterpretationen gefeit zu sein, neben der Zahl als solcher auch Interpretationshinweise. Zum Thema „Volkszählung 1987“ finden sich geeignete Nachweisungen über entsprechende Hilfen und vorliegende Analysen in der automatisierten Landesbibliographie Baden-Württemberg, die ebenfalls integraler Bestandteil des Landesinformationssystems (LIS) ist. Sie erschließt als „Datenbank für Jedermann“ die sich laufend verbreiternde und vertiefende Spezialliteratur zum Thema „Volkszählung 1987“.

Dipl.rer.pol. (techn.) Eberhard Frank

Daten der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 im Landesinformationssystem verfügbar

Das Zählungswerk 1987 umfaßte auch eine Gebäude- und Wohnungszählung, durch die umfassende Daten über Bestand und Struktur von Gebäuden und Wohnungen sowie die Wohnungsversorgung der Haushalte bereitgestellt werden können. Zwar wird die Entwicklung des Bestandes an Wohneinheiten sowie der Gebäude durch die Bautätigkeitsstatistik laufend beobachtet; die Bauwirtschaft ist ein in der amtlichen Statistik quantitativ sehr gut beschriebener Wirtschaftszweig. Aber eine direkte Verbindung zum Ziel des Wohnungsbaues, der Nutzung des Wohnraums durch Haushalte und Familien, kann auf diesem Wege nicht hergestellt werden. Die sachlichen Merkmale der Bautätigkeitsstatistik sind nämlich den Unterlagen der behördlichen Baugenehmigungen entnommen und enthalten von daher keine fortschreibungsfähigen Informationen mit dem hier interessierenden Sozialbezug.

Diese Lücke ist durch ein System von auf Stichtage fixierte Bestandszählungen zu schließen, indem bei den Haushalten und Familien Informationen über die tatsächliche Nutzung des Wohnraums erfragt werden. Dazu gehören Stichprobenerhebungen, die neben der Erfassung von Grundtatbeständen inhaltlich an jeweils im politischen Raum aktuell diskutierten Fragestellungen orientiert sind und die in etwa fünfjährigem Turnus realisiert werden. Diese liefern jedoch nur Ergebnisse auf Landesebene und werden notwendigerweise ergänzt durch in langen Zeitabständen durchgeführte Totalerhebungen. So ist die zusammen mit der Volks- und Berufszählung 1987¹ durchgeführte Gebäude- und Wohnungszählung nach 1968 die erste auch regional umfassende Bestandsaufnahme über Wohneinheiten sowie Wohngebäude und Gebäude mit Wohneinheiten.

Regional zum Teil erhebliche Abweichungen zur Gebäude- und Wohnungsfortschreibung

Da bei der Gebäude- und Wohnungszählung gegenüber der rein institutionsbezogenen Erfassung bei der Bautätigkeitsstatistik eine mehr nutzungsorientierte Ermittlung der Gebäude und Wohnungen stattfand, wundert es nicht, daß die Ergebnisse der Vollerhebung – die Gebäude- und Wohnungsfortschreibung fußt auf der jeweiligen Gebäude- und Wohnungszählung – von denjenigen der Fortschreibungsstatistik zum Teil nicht unerheblich abweichen. Für den weitaus überwiegenden Teil der 1110 Gemeinden des Landes war der Wohnungsbestand gegenüber der Fortschrei-

bung nach unten zu korrigieren. Lediglich in 75 Gemeinden wurden mehr Wohnungen gezählt, als der Bestand laut Fortschreibung auswies² (Tabelle).

Die Daten des Gemeindeblattes im LIS

Das Frageprogramm der Gebäude- und Wohnungszählung umfaßte zwar lediglich elf Fragen für jede Wohnung und vier Fragen für jedes Gebäude. Dennoch ergibt sich – insbesondere auch durch die Kombination mit den Haushaltsdaten der Volks- und Berufszählung – die Möglichkeit, vielfältige Auswertungsaspekte tabellarisch zu erschließen.

Entsprechend dem Tabellenprogramm der Volks- und Berufszählung ist dasjenige der Gebäude- und Wohnungszählung in ein Regionalprogramm und sogenannten Sachgebietstabellen untergliedert. Das Regionalprogramm – als „vorgedachte Information“ bundeseinheitlich und damit über die Ländergrenzen hinweg vergleichbar – umfaßt neben dem Blockprogramm das ursprünglich als Sofort-Information vorgesehene Gemeindeblatt, die Gemeinde- und Kreistabellen und die Gemeinde- und Kreisstatistik.

Blockprogramm und Gemeindeblatt, räumlich auch unterhalb der Gemeindeebene darstellbar, werden allen Gemeinden als Liefertabellen für den jeweiligen Zuständigkeitsbereich zur Verfügung gestellt. Speziell das Gemeindeblatt (*Übersicht*) ist nunmehr auch in den Bestand der Struktur- und Regionaldatenbank, einem integralen Bestandteil des Landesinformationssystems (LIS), eingespeist. Die Gemeinde- und Kreisstatistik wird vereinbarungsgemäß von allen Statistischen Landesämtern als Mindestveröffentlichung in gedruckter Form (Quellenbände) bereitgestellt.

Die Elemente des Regionalprogramms³ wurden – ebenso wie das Gemeindeblatt – vorausschauend so konzipiert, daß sie auch regional tiefer dargeboten werden können, als es der Basistabellierung entspricht. Über diese Vorkehrungen lassen sich zum Beispiel die zunächst als Liefertabellen auf Kreisebene vorgesehenen Standardtabellen auch auf Gemeinde- und Gemeindeteilebene, die Gemein-

¹ Vgl.: Frank, Eberhard: LIS-Report, Ergebnisse der Volks- und Berufszählung ab Gemeindeebene, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/1989, S. 236–238

² Zu den differenzierten Gründen für die Abweichungen zwischen Gebäude- und Wohnungszählung einerseits sowie Fortschreibungsstatistik andererseits vgl.: Büringer, Helmut: Gebäude- und Wohnungszählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1988, S. 51 ff.

³ Zum Tabellenprogramm der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 vgl.: Frank, Eberhard: Die Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/1987, S. 8f.

Tabelle

Wohnungen in den Stadt- und Landkreisen am 25. Mai 1987

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Wohnungen insgesamt ¹⁾			
	31. Dezem- ber 1986 (Fort- schreibung des Be- standes) ²⁾	25. Mai 1987 (Gebäude- und Wohnungs- zählung 1987)	Veränderung	
			Anzahl	%
Stadtkreis				
Stuttgart, Landeshauptstadt	262 704	269 944	+ 7 240	+ 2,8
Landkreise				
Böblingen	132 974	126 081	- 6 893	- 5,2
Esslingen	198 313	188 068	- 10 245	- 5,2
Göppingen	101 274	92 852	- 8 422	- 8,3
Ludwigsburg	192 794	182 678	- 10 116	- 5,2
Rems-Murr-Kreis	157 580	146 563	- 11 017	- 7,0
Region Mittlerer Neckar	1 045 639	1 006 186	- 39 453	- 3,8
Stadtkreis				
Heilbronn	52 143	49 190	- 2 953	- 5,7
Landkreise				
Heilbronn	110 405	98 510	- 11 895	- 10,8
Hohenlohekreis	35 834	31 893	- 3 941	- 11,0
Schwäbisch Hall	65 666	58 505	- 7 161	- 10,9
Main-Tauber-Kreis	52 187	47 178	- 5 009	- 9,6
Region Franken	316 235	285 276	- 30 959	- 9,8
Landkreise				
Heidenheim	54 663	50 005	- 4 658	- 8,5
Ostalbkreis	116 619	106 986	- 9 633	- 8,3
Region Ostwürttemberg	171 282	156 991	- 14 291	- 8,3
Regierungsbezirk Stuttgart	1 533 156	1 448 453	- 84 703	- 5,5
Stadtkreise				
Baden-Baden	25 150	25 931	+ 781	+ 3,1
Karlsruhe	129 308	125 100	- 4 208	- 3,3
Landkreise				
Karlsruhe	159 114	144 079	- 15 035	- 9,4
Rastatt	84 762	78 983	- 5 779	- 6,8
Region Mittlerer Oberrhein	398 334	374 093	- 24 241	- 6,1
Stadtkreise				
Heidelberg	58 324	62 484	+ 4 160	+ 7,1
Mannheim	141 372	147 877	+ 6 505	+ 4,6
Landkreise				
Neckar-Odenwald-Kreis	54 866	48 861	- 6 005	- 10,9
Rhein-Neckar-Kreis	203 753	194 739	- 9 014	- 4,4
Region Unterer Neckar	458 315	453 961	- 4 354	- 1,0
Stadtkreis				
Pforzheim	51 286	49 164	- 2 122	- 4,1
Landkreise				
Calw	61 231	54 968	- 6 263	- 10,2
Enzkreis	73 131	65 280	- 7 851	- 10,7
Freudenstadt	46 192	42 581	- 3 611	- 7,8
Region Nordschwarzwald	231 840	211 993	- 19 847	- 8,6
Regierungsbezirk Karlsruhe	1 088 489	1 040 047	- 48 442	- 4,5
Stadtkreis				
Freiburg im Breisgau	77 173	83 428	+ 6 255	+ 8,1
Landkreise				
Breisgau-Hochschwarzwald	83 110	81 824	- 1 286	- 1,5
Emmendingen	55 041	50 187	- 4 854	- 8,8
Ortenaukreis	147 762	140 423	- 7 339	- 5,0
Region Südlicher Oberrhein	363 086	355 862	- 7 224	- 2,0
Landkreise				
Rottweil	54 844	49 498	- 5 346	- 9,7
Schwarzwald-Baar-Kreis	87 141	80 710	- 6 431	- 7,4
Tuttlingen	48 952	44 244	- 4 708	- 9,6
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	190 937	174 452	- 16 485	- 8,6
Landkreise				
Konstanz	102 322	100 805	- 1 517	- 1,5
Lörrach	82 969	78 485	- 4 484	- 5,4
Waldshut	62 553	58 423	- 4 130	- 6,6
Region Hochrhein-Bodensee	247 844	237 713	- 10 131	- 4,1
Regierungsbezirk Freiburg	801 867	768 027	- 33 840	- 4,2
Landkreise				
Reutlingen	104 525	97 627	- 6 898	- 6,6
Tübingen	70 932	71 643	+ 711	+ 1,0
Zollernalbkreis	76 271	68 022	- 8 249	- 10,8
Region Neckar-Alb	251 728	237 292	- 14 436	- 5,7
Stadtkreis				
Ulm	45 339	45 426	+ 87	+ 0,2
Landkreise				
Alb-Donau-Kreis	63 355	57 658	- 5 697	- 9,0
Biberach	61 499	56 294	- 5 205	- 8,5
Region Donau-Iller ³⁾	170 193	159 378	- 10 815	- 6,4
Landkreise				
Bodenseekreis	74 965	71 742	- 3 223	- 4,3
Ravensburg	91 180	87 896	- 3 284	- 3,6
Sigmaringen	45 200	41 827	- 3 373	- 7,5
Region Bodensee-Oberschwaben	211 345	201 465	- 9 880	- 4,7
Regierungsbezirk Tübingen	633 266	598 135	- 35 131	- 5,5
Baden-Württemberg	4 056 778	3 854 662	- 202 116	- 5,0

detabellen auf Gemeindeteil- und Gemeindeviertelebene bereitstellen. Im Hinblick auf die Erfordernisse der statistischen Geheimhaltung erscheint die Lieferung solcherart räumlich disaggregierter Ergebnisdarbietungen allerdings nur dort sinnvoll, wo adäquate Mindestbesetzungszahlen der jeweiligen regionalen Bezugsgröße gegeben sind.

Multifunktionale Nutzung möglich – Beispiel „Wohnungsversorgungsfaktor“

Für die Bearbeitung problemorientierter Fragestellungen schafft die Struktur- und Regionaldatenbank – unter der Voraussetzung, daß aus fachlicher Sicht ausreichend geeignete Referenzdaten vorhanden sind oder verfügbar gemacht werden können – zeitgemäße Voraussetzungen.

Soll zum Beispiel regionalanalytisch untersucht werden, ob die Haushalte quantitativ angemessen mit Wohnraum versorgt sind, und darüber hinaus die Voraussetzungen für einen funktionstüchtigen Wohnungsmarkt vorliegen, kommt es darauf an, Datenbestände aus unterschiedlichen Zählungsteilen und/oder Datenerhebungen miteinander zu kombinieren. Konkret können beispielsweise problemadäquate Haushaltszahlen (Hauptmieter und Untermieterhaushalte differenziert betrachten, Personen ohne eigene Haushaltsführung gesondert behandeln) ermittelt und diesen ebensolche Wohnungszahlen (Wohnungen, die im Bestand enthalten sind, die aber dem Markt nicht zur Verfügung stehen, wie zum Beispiel diejenigen der ausländischen Streitkräfte, sind herauszurechnen) gegenübergestellt werden. Im Hinblick auf das Funktionieren des Woh-

Übersicht

Daten der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 in der Struktur- und Regionaldatenbank Stand: 1. 6. 1989

Merkmalsbezeichnung	Anzahl der Merkmale
Gebäudemerkmale	
Gebäude mit Wohnraum nach Gebäudearten	12
Wohngebäude nach Baualtersgruppen und Anzahl der Wohnungen	12
Sonstige Gebäude mit Wohnraum nach Baualtersgruppen	6
Gebäude mit Wohnraum nach Art der Beheizung	7
Wohnungsmerkmale	
Wohnungsbestand	10
Wohnungen nach Zahl der Räume	18
Wohnungen nach Baualtersgruppen des Gebäudes	7
Wohnungen nach Art der Ausstattung	4
Bewohnte Wohneinheiten in Gebäuden nach Heizungs- und Brennstoffart	23
Wohnungsbauförderung nach Baualtersgruppen des Gebäudes	5
Eigentümerwohnungen, Mietwohnungen, Eigentumswohnungen nach Besitzverhältnis	7
Räume, Wohnfläche und Personen in bewohnten Wohnungen nach Besitzverhältnissen	9
Anzahl, Wohnfläche und Miete bewohnter reiner Mietwohnungen (mit Mietangaben)	
nach Baualtersgruppen sowie öffentlicher Förderung	24
Wohnfläche und Miete bewohnter reiner Mietwohnungen nach Art der Ausstattung	8
Haushalte in Wohneinheiten nach Haushaltsgröße und Wohnverhältnis	11
Hauptmieterhaushalte mit Mietangaben nach sozialer Stellung der Bezugspersonen	10
Bewohnte Wohnungen nach Zahl der Räume und der darin wohnenden Personen	20
Gesamtzahl der Merkmale	193

¹⁾ Wohnungen in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden mit Wohnraum. ²⁾ Fortschreibung auf der Basis der Gebäude- und Wohnungszählung 1968. ³⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

LANDESINFORMATIONSSYSTEM - BADEN-WÜRTTEMBERG - S R D B -

Tabellen-Nr. #VZ0201V

Abrufdatum: 16.06.89

Gebiet: LD BADEN-WÜRTTEMBERG

GERÄUDE- UND WOHNUNGSZÄHLUNGEN 1968 UND 1987

GERÄUDE EINSCHL. UNTERKÜNFTE MIT WOHNRAUM	1968	1987	WOHNUNGEN, RÄUME 6), WOHNFLÄCHE	1968	1987
Gebäude einschl. Unterkünfte mit Wohnraum	.	1903990	Wohnungen 7)	2727174	3802418
darin Wohneinheiten	.	3923521	davon Wohnungen mit		
davon			1 Raum	24297	89292
.. Wohnungen	.	3854662	2 Räume	142328	181648
.. sonstige Wohneinheiten 1)	.	68859	3 Räume	580936	646242
BELEGUNGEN MIT HAUSHALTEN UND PERSONEN	1968	1987	4 Räume	998855	1142725
WOHNGERÄUDE 2)	.	1842544	5 Räume	537137	826501
darunter			6 oder mehr Räume	443620	916818
.. Wohngebäude 3)	1333685	1831844	darin Räume insgesamt	1176565	17394419
darin			Wohnfläche insgesamt in 1000 qm	263457	338350
.. Wohnungen (bewohnt o. leerstehend)	2631244	3733743	BAUALTERSGRUPPEN 8) DER WOHNUNGEN 7)	1968	1987
darunter bewohnte Wohnungen 4)	.	3632965	Errichtet		
belegt von ... Haushalten	.	3776603 bis 1900	677391	477130
von ... Personen	.	9138932	1901 bis 1918	235139	230787
.. sonstige Wohneinheiten	.	38107	1919 bis 1948	441334	427488
darunter bewohnte Wohneinheiten	.	33399	1949 bis 1968 (Zählung 1968)	1373309	...
belegt von ... Haushalten	.	34851	1949 bis 1957	.	527001
von ... Personen	.	41228	1958 bis 1968	.	858505
.. Wohngebäude mit 1 oder 2 Freizeitwohneinheiten	.	9348	1969 bis 1978	.	793373
darin			1979 bis später	.	488134
.. Wohnungen	.	8478	AUSSTATTUNG DER WOHNUNGEN 7)	1968	1987
.. sonstige Wohneinheiten	.	1299	Mit Bad/Dusche, WC, Sammelheizung	673548	2585819
SONSTIGE GEBÄUDE MIT WOHNRAUM 5)	53873	58533	Mit Bad/Dusche, WC, ohne Sammelheizung	1017894	988405
darin			Mit Bad/Dusche, ohne WC	.	13058
.. Wohnungen (bewohnt oder leerstehend)	95930	93291	Ohne Bad/Dusche, mit WC	401525	172341
darunter bewohnte Wohnungen 4)	.	89112	Ohne Bad/Dusche, ohne WC	.	42863
belegt von ... Haushalten	.	96782	BEHEIZUNGSART BEWOHNTER WOHNHEITEN	1968	1987
von ... Personen	.	236276	Bewohnte Wohneinheiten 9)	2727174	3852738
.. sonstige Wohneinheiten	.	7121	davon beheizt durch		
darunter bewohnte sonst. Wohneinh. 4)	.	6821	.. Sammelheizung	732559	2708559
belegt von ... Haushalten	.	7253	.. Fernheizung	.	179403
von ... Personen	.	8335	.. Block- oder Zentralheizung	.	2279600
GERÄUDE MIT EIGENTUMSWOHNUNGEN	1968	1987	Gas	.	447577
Wohngebäude und sonstige Gebäude mit Wohnraum, die Eigentumswohnungen enthalten	.	59505	Heizöl	.	1738898
darin			Strom	.	40140
.. Wohnungen	.	405147	Kohle, Holz usw.	.	52985
.. sonstige Wohneinheiten	.	1957	.. Etagenheizung	.	249556
BAUALTERSGRUPPEN	1968	1987	Gas	.	129755
.. Wohngebäude 2) 3)	.	1831844	Heizöl	.	87241
davon errichtet	.		Strom	.	10714
.... bis 1918	.	386229	Kohle, Holz usw.	.	21846
1919 bis 1948	.	231645	Einzel- oder Mehrraumofen	1994614	1144179
.... bis 1948 (Zählung 1968)	735025	...	davon		
1949 bis 1957	.	242987	.. eine Energieart	.	823135
1958 bis 1968	.	383493	Gas	.	185371
1949 bis 1968 (Zählung 1968)	598660	...	Heizöl	.	218547
1969 bis 1978	.	348753	Strom	.	214327
1979 oder später	.	248737	Kohle, Holz usw.	.	204890
.. Sonstige Gebäude mit Wohnraum 5)	.	58533	.. zwei Energiearten	.	288565
davon errichtet	.		Kohle und Heizöl	.	105383
.... bis 1918	.	26729	Kohle und Strom	.	80466
1919 bis 1948	.	6774	.. drei oder mehr Energiearten	.	32479
1949 bis 1957	.	6268	Zusätzl. mit Sonnenenergie, Wärmepumpe	.	44417
1958 bis 1968	.	7958	EIGENTUMSVERHÄLTNISSE DER WOHNUNGEN	1968	1987
1969 bis 1978	.	6294	Bewohnte Wohnungen 4) 7)	.	3721558
1979 oder später	.	4510	davon		
WOHNGEBAUDE NACH ZAHL DER WOHNUNGEN	1968	1987	.. Eigentümerwohnungen	1156225	1663514
.. Wohngebäude 2) 3)	1333685	1831844	dar. Eigentumswohnungen	.	177628
darunter mit 11)	.		.. Mietwohnungen	1492422	2058036
1 Wohnung	.	1862408	dar. vermietete Eigentumswohnungen	.	208174
2 Wohnungen	.	461374	WOHNUNGSBAUFÖRDERUNG	1968	1987
3 bis 6 Wohnungen	.	233742	öffentlich geförderte Wohnungen 7) 10)	545385	440208
darin Wohnungen	.	985434	und zwar		
7 oder mehr Wohnungen	.	72888	.. In Gebäuden, die ... erbaut wurden
darin Wohnungen	.	843153	1949 bis 1957	.	110637
BEHEIZUNGSART DER GEBÄUDE MIT WOHNRAUM	1968	1987	1958 bis 1968	.	158214
Gebäude mit Wohnraum	.	1901877	1969 bis 1978	.	101654
davon beheizt durch			1979 oder später	.	55050
Fern- oder Blockheizung	.	45931	.. Bewohnte Eigentümerwohnungen 4)	.	145062
Zentralheizung	.	1125487	.. Bewohnte Mietwohnungen	.	291076
Etagenheizung	.	155725	BELEGUNGSKENNZIFFERN 4) 7)	1968	1987
davon für alle Wohneinheiten	.	73223	Räume je Person 6)		
nicht für alle Wohneinheiten	.	82502	.. in Eigentümer- oder Mietwohnungen	.	1,82
Einzel- oder Mehrraumofenheizung	.	573934	.. in Eigentümerwohnungen	.	1,89
Zusätzlich mit Sonnenenergie, Wärmepumpe	.	28902	.. in Mietwohnungen	.	1,75
1) Sonstige Wohneinheiten enthalten keine eigene Küche/Kochnische.			Wohnfläche in qm je Person		
2) Gebäude, die mindestens zur Hälfte Wohnzwecken dienen.			.. in Eigentümer- oder Mietwohnungen	.	35,38
3) 1968: Wohngebäude ohne Wochenend- und Ferienhäuser. 1987 ohne Gebäude die vollständig als Wohnheime genutzt werden und ohne Gebäude mit 1 oder 2 Freizeitwohneinheiten.			.. in Eigentümerwohnungen	.	37,79
4) Ohne Freizeitwohnungen/-wohneinheiten und ohne Wohneinheiten, für die keine Angaben zum Haushalt/zur Person vorliegen.			.. in Mietwohnungen	.	32,82
5) Gebäude mit Wohnraum, die überwiegend Nichtwohnzwecken dienen.			WOHNUNGSRESTAND 25.09.1956 06.06.1961 25.10.1968 25.05.1987		
6) Alle Räume mit 6 qm oder mehr, sowie alle Küchen.			Wohnungen insg.	1921166	2235698
7) 1968: Wohnungen ohne Wochenend- und Ferienhäuser. 1987: ohne Freizeitwohnungen und ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimeinnutzung.				2729196	3854662

8) Zuordnung aufgrund des Baualters der Gebäude.
 9) 1968: Wohnungen ohne Wochenend- und Ferienhäuser.
 10) nur 1. Förderungsweg.- 11) Nicht enthalten sind Wohngebäude mit ausschließlich sonstigen Wohneinheiten.

nungsmarktes ist zudem „politisch“ eine Fluktuationsreserve von x Prozent des Bestandes an Wohneinheiten zu definieren. Bei der Behandlung solcher und ähnlicher Fragestellungen wird der Nutzen des Nachweis- und Analyseinstrumentes Struktur- und Regionaldatendank dann besonders deutlich sichtbar, wenn über die Darstellung auf Gemeindeebene hinaus zusätzlich geeignete Zusammenfassungen von Kommunen (zum Beispiel nach Einzugsbereichen usw.) vorgenommen werden.

„BIENE“ abrufbar, über Btx direkter Zugriff möglich

Neben auf spezifische Probleme hin orientierten Abrufen wurde aus dem Nachweisbereich der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 eigens eine „BIENE-Tabelle“ (Bildschirmberichterstattung mit erweitertem Nutzungseffek-

ten zusammengestellt. Sie ist eine elektronisch rasch und kostengünstig auf- und abrufbare Tabelle, die nach beliebigen administrativen und nichtadministrativen Gebietskategorien des Landes dargestellt werden kann, soweit diese sich aus räumlichen Elementen zusammenfügen lassen, die die Gemeindegrenzen zum Gebietsstand der Volkszählung 1987 nicht überschreiten (*Abbildung*).

Das Gesamtnachweissystem über Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung wird komplettiert durch die Möglichkeit, über Bildschirmtext (Btx) spezielle Informationen zu erschließen. Der Zugang zum Informationsangebot via Btx eröffnet sich unter der Leitseite *64651# des Statistischen Landesamtes während der Betriebszeiten des Rechenzentrums im Statistischen Landesamt – in der Regel montags bis freitags von 7.00 bis 18.00 Uhr.

Eberhard Frank

Zur Arbeitsstättenzählung

Arbeitsstättenzählungen gehören zu den ältesten Erhebungen im Bereich der Wirtschaftsstatistiken. Die erste Arbeitsstättenzählung in Deutschland – damals noch Betriebsstättenzählung genannt – fand bereits im Jahre 1875 statt. Als Totalerhebung erstreckt sich die Arbeitsstättenzählung über alle Wirtschaftsbereiche, mit Ausnahme der eigentlichen Land- und Forstwirtschaft.¹ Ihr wesentliches Ziel ist es, Basisdaten für ein umfassendes Strukturbild fast der gesamten Wirtschaft sowie der öffentlichen Verwaltung in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung zu erhalten.

Erhebungsmethode

Alle bisherigen Arbeitsstättenzählungen waren Bestandteil eines Gesamtzählungswerks, das heißt sie waren organisatorisch und zeitlich mit einer Volkszählung verknüpft. Dies hat den Vorteil, daß die sehr umfangreiche und aufwendige Zählungsorganisation der Volkszählung gleichzeitig für die Arbeitsstättenzählung eingesetzt werden kann. Die Zähler hatten nach genauer Anweisung jede nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätte festzustellen. Dabei gilt als Arbeitsstätte jede örtliche Einheit, in der mindestens eine oder – unter einheitlicher Leitung – mehrere Personen regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig sind. Für jede Arbeitsstätte war mit oder ohne Hilfe des Zählers ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Die Nummern der Arbeitsstättenbogen wurden zusammen mit den Bogennummern der Volkszählung in eine mit Regionalmerkmalen versehene Regionalliste eingetragen. Die kombinierte Auswertung von Regionallisten und Erhebungsvordrucken ergab schließlich die regionale Zuordnung der Arbeitsstätten bis unterhalb der Gemeindeebene.

Frageprogramm und wirtschaftssystematische Grundlage

Im Frageprogramm der Arbeitsstättenzählung hat es seit jeher kaum Änderungen gegeben. Meist sind nur wenige und im allgemeinen auch einfach zu beantwortende Fragen gestellt worden. Bei der Arbeitsstättenzählung 1987 war das Frageprogramm durch das Volkszählungsgesetz 1987² geregelt. Gegenüber der Arbeitsstättenzählung 1970 sind zum Beispiel nur die Fragen nach dem Eröffnungsjahr und der Handwerkseigenschaft als neue Merkmale in das Frageprogramm aufgenommen worden.

¹ Arbeitsstätten im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der Binnenfischerei werden bei der Arbeitsstättenzählung nur erfaßt, sofern sie bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetrieb gelten.

² Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. November 1985 (BGBl. I, S. 2078); die Erhebungsmerkmale der Arbeitsstättenzählung sind in § 7 geregelt.

Die Zuordnung der Arbeitsstätten zu einem bestimmten Wirtschaftszweig erfolgte nach der hauptsächlich ausgeübten Tätigkeit der Arbeitsstätte, die im Erhebungsvordruck in detaillierter Form anzugeben war. Maßgebend hierfür war die Selbsteinschätzung der Auskunftspflichtigen. Die Klassifizierung der Tätigkeiten erfolgte 1987 auf der Grundlage der „Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung 1983 bzw. 1987“. Abweichungen zur Fassung für die Arbeitsstättenzählung 1970 ergaben sich in erster Linie durch Erweiterungen der Positionen. Die Systematik für die Arbeitsstättenzählung 1987 (1970) ist untergliedert in:

- 10 (10) Abteilungen
- 36 (30) Unterabteilungen
- 196 (164) Gruppen
- 479 (436) Untergruppen
- 650 (586) Klassen.

Arbeitsstättenzählungen im Landesinformationssystem

Die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung stehen der interessierten Öffentlichkeit zunächst in Form der Veröffentlichungsreihen des Statistischen Landesamtes zur Verfügung. Das sind Statistische Berichte, Quellen- und Querschnittsbände sowie kommentierende und analysierende Aufsätze vor allem in der Monatszeitschrift „Baden-Württemberg in Wort und Zahl“. Oft reichen jedoch diese Veröffentlichungen zur Deckung des differenzierten Infor-

Abbildung 1

Beispiel einer Bildschirmtablelle zur Arbeitsstättenzählung

LANDESINFORMATIONSSYSTEM BADEN-WÜRTTEMBERG - L I S -						
04015030 Arbeitsstättenzählung				Gebiet: Reutlingen, Stadt . . .		
Arbeitsstätten und Beschäftigte 1961, 1970 und 1987 nach Wirtschaftsabteilungen						
Wirtschaftsabteilung	1961		1970		1987	
	Arbeits stätten	Beschäf- tigte	Arbeits stätten	Beschäf- tigte	Arbeits stätten	Beschäf- tigte
Insgesamt	3802	45671	3770	51497	3885	53283
Gew. Land-/Forstwirtschaft	22	91	33	244	30	304
Energiew., Wasservers., Bergb.	6	94	6	436	5	422
Verarbeitendes Gewerbe	963	24591	834	27072	625	21245
Baugewerbe	281	4120	277	3849	252	2887
Handel	1295	7023	1151	7612	1019	8388
Verkehr, Nachrichtenüberw.	166	1572	174	2907	130	2516
Kreditinst., Versicherungen	98	739	176	1333	201	1841
Dienstleistungen	792	2744	872	4038	1264	6693
Org. ohne Erwerbscharakter	88	688	85	442	149	2038
Gebietskörpersch., Sozialvers.	91	4009	162	4304	210	6949

Gemeindeblatt der Stadt Stuttgart

STLA: BADEN-WÜRTTEMBERG
KREIS: STUTTGART, L. HAUPTSTADT
GEMEINDE: STUTTGART, L. HAUPTSTADT
GEMEINDETEIL:

GEMEINDEBLATT DER ARBEITSSTÄTTENZAHLUNG 1987
(AG 110)

GEMEINDESCHLÜSSEL 111 000

1. ARBEITSSTÄTTEN UND BESCHÄFTIGTE 1970 UND 1987

27. MAI 1970
25. MAI 1987
ZU- BZW. ABNAHME 1987 GEGENÜBER 1970 ANZAHL
V.H.

ARBEITS- STÄTTEN	BESCHÄFTIGTE	V.H.	
I	I	I	I
INSGESAMT	INSGESAMT	INSGESAMT	INSGESAMT
MAENNLICH	WEIBLICH	MAENNLICH	WEIBLICH
INSGESAMT	INSGESAMT	INSGESAMT	INSGESAMT
26 520	446 764	155 534	34,8
29 649	441 880	169 919	38,5
3 129	-4 884	14 385	
11,8	-1,1	9,2	

2. BESCHÄFTIGTE NACH STELLUNG IM BETRIEB

TÄTIGE INHABER
UNBEZ. MITHELFFENDE FAMILIENANGEHÖRIGE
BEAMTETE / RICHTER
ANGESTELLTE
FACHARBEITER (OHNE HEIMARBEITER)
SONSTIGE ARBEITER (OHNE HEIMARBEITER)
AUSZUBILDENDE
TÄTIGE PERSONEN INSGESAMT
TEILZEITBESCHÄFTIGTE (VON TÄTIGEN PERSONEN INSGESAMT)
AUSLÄNDER (VON ARBEITNEHMERN)

INSGESAMT	MAENNLICH	WEIBLICH	V.H.
I	I	I	I
INSGESAMT	INSGESAMT	INSGESAMT	INSGESAMT
21 521	16 183	5 338	24,8
3 569	987	2 582	72,3
34 426	25 406	9 020	26,2
216 497	111 808	104 689	48,4
65 675	58 744	6 931	10,6
76 977	46 645	30 332	39,4
23 215	12 188	11 027	47,5
441 880	271 961	169 919	38,5
62 101	16 182	45 919	73,9
56 870	37 491	19 379	34,1

3. ARBEITSSTÄTTEN NACH DER ANZAHL DER BESCHÄFTIGTEN

1 BESCHÄFTIGTER
2 - 4 BESCHÄFTIGTE
5 - 9 BESCHÄFTIGTE
10 - 19 BESCHÄFTIGTE
20 - 49 BESCHÄFTIGTE
50 - 99 BESCHÄFTIGTE
100 U.M. BESCHÄFTIGTE

ARBEITS- STÄTTEN	BESCHÄFTIGTE	V.H.	
I	I	I	I
ANZAHL	INSGESAMT	INSGESAMT	INSGESAMT
INSGESAMT	INSGESAMT	INSGESAMT	INSGESAMT
7 409	25,0	7 409	2 699
11 325	38,2	30 871	15 600
5 690	19,2	36 517	18 824
2 463	8,3	32 753	15 037
1 556	5,2	47 445	20 096
590	2,0	40 928	15 346
616	2,1	245 957	82 317

4. ARBEITSSTÄTTEN UND BESCHÄFTIGTE NACH WIRTSCHAFTSABTEILUNGEN UND UNTERABTEILUNGEN

0 LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, FISCHEREI
017,055, DIENSTLEISTUNGEN AUF DER LAND-, FORST- UND FISCHWIRTSCH. ERZEUGERSTUFE
077
03,071 GEWERBLICHE GAERTNEREI, TIERHALTUNG, HOCHSEE- UND KÜSTENFISCHEREI
1 ENERGIE- UND WASSERVERSORGUNG, BERGBAU
10 ELEKTRIZITAETS-, GAS-, FERMAERME- UND WASSERVERSORGUNG
11 BERGBAU
2 VERARBEITENDES GEWERBE
20 CHEMISCHE INDUSTRIE, HERST. U. VERARB. VON SPALT- U. BRUTST., MINERALÖLVERARB.
21 HERSTELLUNG VON KUNSTSTOFF UND GUMMIWAREN
22 GEWINNUNG U. VERARBEITUNG V. STEINEN U. ERDEN; FEINKERAMIK, GLASGEWERBE
23 METALLERZEUGUNG UND -BEARBEITUNG
24 STAHL-, MASCHINEN- UND FAHRZEUGB.; H.V. BUEROMASCH., DATENVERARB. GER. U. -EINRICHTG.
25 ELEKTROTECHNIK, FEINMECHANIK, OPTIK; HERSTELLUNG V. EBM-WAREN USW.
26 HOLZ-, PAPIER- UND DRUCKGEWERBE
27 LEDER-, TEXTIL- UND BEKLEIDUNGSGEWERBE
28/29 ERNAHRUNGSGEWERBE, TABAKVERARBEITUNG
3 BAUGEWERBE
30 BAUHAUPTGEWERBE
31 AUSBAUGEWERBE
4 HANDEL
40/41 GROSSHANDEL
42 HANDELSVERMITTLUNG
43 EINZELHANDEL
5 VERKEHR UND NACHRICHTENUEBERMITTLUNG
51 VERKEHR, NACHRICHTENUEBERMITTLUNG (OHNE SPEDITION, LAGEREI, VERKEHRSVERMITTLUNG)
55 SPEDITION, LAGEREI, VERKEHRSVERMITTLUNG
6 KREDITINSTITUTE UND VERSICHERUNGSGEWERBE
60 KREDITINSTITUTE
61 VERSICHERUNGSGEWERBE
65 MIT DEM KREDIT- UND VERSICHERUNGSGEWERBE VERBUNDENE TÄTIGKEITEN
7 DIENSTLEISTUNGEN, SOWEIT VON UNTERNEHMEN UND FREIEN BERUFEN ERBRACHT
71 GASTGEWERBE
72 HEIME (OHNE FREMDEN-, ERHOLUNGS- UND FERIENHEIME)
73 WASCHEREI, KÖRPERPFLEGE, FOTOATELIERS U.A. PERSÖNLICHE DIENSTLEISTUNGEN
74 GEBÄUDEREINIGUNG, ABFALLBESITZUNG U.A. HYGIENISCHE EINRICHTUNGEN
75 BILDUNG, WISSENSCHAFT, KULTUR, SPORT, UNTERHALTUNG
76 VERLAGSGEWERBE
77 GESUNDHEITS- UND VETERINÄRWESSEN
78 RECHTS- U. STEUERBERATUNG, WIRTSCHAFTSPRÜFUNG U. -BERATUNG USW. F. UNTERNEHMEN, A.N.G.
79 DIENSTLEISTUNGEN, A.N.G.
8 ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK
81 ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK, NICHT FUER UNTERNEHMEN TÄTIG
83 ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK, FUER UNTERNEHMEN TÄTIG
89 ANSTALTEN UND EINRICHTUNGEN VON ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK
9 GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN UND SOZIALVERSICHERUNG
90 GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN
98 SOZIALVERSICHERUNG, ARBEITSFÖRDERUNG

ARBEITS- STÄTTEN	BESCHÄFTIGTE	V.H.	
I	I	I	I
INSGESAMT	INSGESAMT	INSGESAMT	INSGESAMT
225	1 557	545	35,0
5	39	17	43,6
220	1 518	528	34,8
31	4 116	600	14,6
30	4 110	598	14,5
1	6	2	33,3
3 038	125 547	28 722	22,9
53	3 972	1 080	27,2
36	447	105	23,5
104	824	214	26,0
198	2 143	422	19,7
484	64 919	10 598	16,3
657	35 788	9 953	27,8
594	8 095	2 437	30,1
510	2 598	1 466	56,4
402	6 761	2 447	36,2
1 542	23 170	2 425	10,5
430	13 391	923	6,9
1 112	9 779	1 502	15,4
7 119	57 726	28 411	49,2
1 705	23 396	7 636	32,6
1 043	2 788	1 126	40,4
4 371	31 542	19 649	62,3
1 399	27 985	8 915	31,9
1 003	21 899	6 671	30,5
396	6 086	2 244	36,9
1 281	28 100	13 437	47,8
361	13 154	7 039	53,5
176	12 635	5 411	42,8
744	2 311	987	42,7
12 052	89 170	44 003	49,3
1 566	9 931	5 262	53,0
19	206	18 147	71,4
1 226	4 422	3 136	70,9
299	11 818	6 107	51,7
1 235	7 482	3 324	44,4
250	5 871	2 972	50,6
1 659	8 771	6 664	76,0
4 891	36 175	14 542	40,2
907	4 494	1 849	41,1
1 546	21 226	13 512	63,7
767	7 260	3 954	54,5
213	2 531	1 503	59,4
566	11 435	8 055	70,4
1 416	63 283	29 349	46,4
1 336	57 030	25 863	45,3
80	6 253	3 486	55,7

5. ARBEITSSTÄTTEN MIT LOEHNEN UND GEGALTERN 1986

ARBEITS- STÄTTEN	ARBEIT- NEHMER	LOEHNE UND GEHALTER	INSGESAMT	INSGESAMT
I	I	I	I	I
INSGESAMT	INSGESAMT	INSGESAMT	INSGESAMT	INSGESAMT
20 909	413 778	17 821 994	43 071	

mationsbedarfs der Konsumenten nicht aus. Dem kann dann die Struktur- und Regionaldatenbank (SRDB) durch ihr Angebot Rechnung tragen. Bisher waren Daten zur Arbeitsstättenzählung im Rahmen der SRDB – neben einigen wenigen Zahlen des Jahres 1961 – vor allem aus der Erhebung von 1970 zugänglich. Nun kommen die Ergebnisse von 1987 hinzu (*Abbildung 1*).

Zum einen bietet das Landesinformationssystem (LIS) etwa ab Mitte des Jahres 1989 seinen Benutzern den Inhalt der sogenannten Gemeindeblätter aller 1111 Gemeinden des Landes und den durch Aggregation erzeugbaren „höheren“ Regionaleinheiten in Form von festen EDV-gestützten Tabellen an. Hier sind insbesondere Arbeitsstätten- und Beschäftigtenzahlen nach Wirtschaftsunterabteilungen, Beschäftigtengrößenklassen, Stellung im Betrieb sowie Arbeitsstätten mit Löhnen und Gehältern veröffentlicht (*Abbildung 2*). Im Aufbau den Gemeindeblättern entsprechend, sollen für die Zahl der Arbeitsstätten und Beschäftigten auch die Vergleichszahlen der Zählung von 1970 angeboten werden. Zum anderen können alle in der SRDB verfügbaren Merkmale kombinationsfähig abgerufen werden. Dazu wurde der Merkmalskatalog bezüglich der Arbeitsstättenzählung 1987 gegenüber 1970 erweitert (*Übersicht*). So werden jetzt auch die Merkmale „Teilzeitbeschäftigte insgesamt und männlich“ sowie „Beschäftigte nach Stellung im Betrieb männlich“ und „Beschäftigte nach Größenklassen männlich“ angeboten. Zudem liegen die Informationen zu Beschäftigten- und Arbeitsstättengrößenklassen in etwas erweiterter Form vor.

Problem Geheimhaltung

Nach dem Volkszählungsgesetz 1987 dürfen nur Angaben zur Zahl der Arbeitsstätten und Beschäftigten sowie der Unternehmen und Beschäftigten – jeweils nach Wirtschaftszweigen – ohne jegliche Einschränkung bis auf Gemeindeebene veröffentlicht werden. Alle anderen im Rahmen der Arbeitsstättenzählung erhobenen Merkmale, so zum Beispiel auch die Rechtsform und die Niederlassungsart, unterliegen der Geheimhaltung. Das bedeutet, daß keine Einzelangaben zu diesen Merkmalen, die Auskunftspflichtigen oder Betroffenen zugeordnet werden können, veröffentlicht werden dürfen. Von den Merkmalen, die aus der SRDB abgerufen werden können, sind hiervon die Angaben zu den Bruttolöhnen und -gehältern des Vorjahres bzw. – davon abgeleitet – die Durchschnittslöhne und -gehälter betroffen. Es ist dabei sowohl die quantitative als auch die qualitative statistische Geheimhaltung zu beachten. Das bedeutet, daß Fallzahlen von ein oder zwei Arbeitsstätten mit Löhnen und Gehältern geheimzuhalten sind, da bei zwei Betrieben durch Kenntnis der Angaben des einen eine Differenzbildung hinsichtlich der Anga-

Übersicht

Merkmale aus der Arbeitsstättenzählung 1987 in der SRDB

Merkmalsbezeichnung	Anzahl der Merkmale		
	Insgesamt	Abteilungen	Unterabteilungen
Arbeitsstätten insgesamt	1	10	37
Arbeitsstätten nach Größenklassen	13	130	–
Beschäftigte insgesamt + männlich	2	20	74
Arbeitnehmer insgesamt + männlich	2	20	–
Ausländische Arbeitnehmer insgesamt + männlich	2	20	–
Teilzeitbeschäftigte insgesamt + männlich	2	20	–
Beschäftigte nach Größenklassen insgesamt	14	140	–
Beschäftigte nach Größenklassen männlich	14	–	–
Beschäftigte nach Stellung im Betrieb insgesamt + männlich	14	138	–
Beschäftigte nach Größenklassen nach Stellung im Betrieb	24	–	–
Arbeitnehmer mit Löhnen und Gehältern	1	10	–
Löhne und Gehälter aus dem Vorjahr ¹⁾	1	10	–
	90	518	111
		zus.: 719	

¹⁾ Unterliegt der Geheimhaltung nach § 14 Volkszählungsgesetz 1987.

ben des anderen möglich wäre. Erst ab Fallzahl drei läßt sich diese Differenzbildung weitestgehend ausschließen. Auch das Vorhandensein eines Branchenführers – ab 80% Marktanteil – verlangt die Geheimhaltung, da sonst eine eindeutige Zuordenbarkeit möglich wäre.

Vergleichbarkeit der Ergebnisse von 1987 und 1970

Da den Arbeitsstättenzählungen von 1987 und 1970 etwas voneinander abweichende Wirtschaftssystematiken zugrunde liegen, sind die Ergebnisse der Erhebungen aus wirtschaftssystematischer Sicht nur eingeschränkt vergleichbar. Die SRDB plant daher, für die Wirtschaftsabteilungen bzw. -unterabteilungen, bei denen Abweichungen vorhanden sind, für die Zählung 1970 sowohl die damalige Systematik wie auch die für 1987 gültige nachzuweisen. Damit können die Zahlen aus der Arbeitsstättenzählung 1970 auch auf der Basis der für die 87er-Zählung gültigen Systematik abgerufen und voll mit dieser verglichen werden.

Im Gegensatz zur wirtschaftssystematischen Darstellung sind die beiden Erhebungen regional voll vergleichbar, da in der SRDB die Daten des Jahres 1970 auch zum neuen Gebietsstand (1.1.1979) zugänglich sind.

Dipl.-Kaufmann Uwe Gözl

Auswertungsmöglichkeiten der Volkszählung 1987 durch die Gemeinden

Regionalprogramm liegt vor

Die Darbietung der Regionalergebnisse der Volks- und Berufszählung, Gebäude- und Wohnungszählung und der Arbeitsstättenzählung 1987 durch das Statistische Landesamt ist abgeschlossen, soweit davon Datenlieferungen umfaßt sind, die als generelle Serviceleistung für die kommunalen Nutzer und ohne spezielle Datenanforderung durch diese bereitzustellen waren. Alle Tabellenwerke¹, also das Blockprogramm, das Gemeindeblatt, die Gemeindestatistik, die Gemeindetabellen sowie die Kreisstatistik und die Kreistabellen sind verfügbar.

Allerdings stellt sich die Ausgangslage für Auswertungsaktivitäten auf der kommunalen Ebene differenziert dar, je nach dem, ob die „Gretchenfrage“ nach der Einrichtung einer kommunalen Statistikstelle und ggf. nach dem Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung positiv oder negativ beantwortet wurde bzw. wird. Da voraussichtlich die überwiegende Mehrheit der Gemeinden nicht beabsichtigt, für die Auswertung des Zählungswerkes eine spezielle Statistikstelle abzuschotten, wird auch der Einsatz eines PC's bzw. gar eines Großrechners eher die Ausnahme als die Regel bilden. Deshalb soll im folgenden dargestellt werden, welche Möglichkeiten der Darbietung von Volkszählungsergebnissen insbesondere für diese Gemeinden aus dem ihnen unmittelbar zugänglichen Material gegeben sind.

Nutzung der aktuellen Zählungsdaten

Für Gemeinden ohne abgeschottete Statistikstellen eröffnet sich der Weg, die Auswertung der Volkszählungsdaten in der bewährten, klassischen Art und Weise durchzuführen. Wählt man als regionale Stufe für die geplante Auswertung des Volkszählungsmaterials zunächst die Gemeindeebene, kann – für die Grundauswertung – eine Beschränkung auf die Darbietung der Ergebnisse der aktuellen Zählung zweckmäßig sein.

Für diesen Fall könnte eine erste Auswertungsstufe darin bestehen, daß die vom Statistischen Landesamt als Liefer tabellen bereitgestellten thematisch gegliederten Zahlen den in der Gemeinde verantwortlichen politischen Entscheidungsträgern und darüber hinaus der interessierten Öffentlichkeit in ansprechender Form, wenn möglich ergänzt durch Grafiken, als Ergebnisberichte präsentiert werden.

Das in den Gemeinden vorliegende umfangreiche Zahlenmaterial läßt sich dabei datenquellenorientiert und/oder problemorientiert gliedern. Bei quellenorientierter Aufschlüsselung wird man jeweils für die Zählungsteile der Volks- und Berufszählung, Gebäude- und Wohnungszählung sowie der Arbeitsstättenzählung die Gemeindeergebnisse des Blockprogramms, des Gemeindeblatts, der Ge-

meindestatistik, der Gemeindetabellen und – soweit erforderlich – auch den Gemeindeauszug der Kreistabellen und der Kreisstatistik, ergänzt um die fachspezifischen Erläuterungen², zur Darstellung bringen. Die problemorientierte Darbietung der Ergebnisse weist über die statistische Grundinformation hinaus und greift Themen von kommunalpolitischer Bedeutung auf, wodurch die Planungsrelevanz der statistischen Ergebnisse unmittelbar sichtbar wird.

Für die Konsumenten der gemeindlichen Zählungsergebnisse erschließen sich die Informationen im allgemeinen leichter und effektiver, wenn die bloße Präsentation von Zahlen durch textliche Interpretationen ergänzt wird. Als besonders nutzerfreundlich hat sich hierbei die Darstellung von Tabellen bzw. Grafiken mit anschließendem Text erwiesen. Um den Gemeinden den Schritt zur Ergebniserläuterung zu erleichtern, informiert das Statistische Landesamt alle Gemeinden des Landes durch Übersendung von Sonderdrucken mit Zählungsergebnissen, die in der Monatszeitschrift „Baden-Württemberg in Wort und Zahl“ erscheinen, laufend über Interpretationsmöglichkeiten. Anregungen können die Gemeinden auch dadurch erfahren, daß – soweit es sich um Kommunen handelt, die ähnlichen Problemsituationen gegenüberstehen – die Auswertungen wechselseitig untereinander ausgetauscht werden.

Bei der Vielfalt und dem Umfang des vorliegenden Quellenmaterials wird es, um den Nutzen der Zählung für die Gemeinden noch deutlicher sichtbar und erfahrbar zu machen, vermehrt darauf ankommen, über kommunale Eigenprojekte hinaus für Auswertungsschwerpunkte gezielt engagierte Bürgerinnen und Bürger anzusprechen die ihrerseits spezifische Erkenntnisse gewinnen wollen und zur Mitarbeit zu ermutigen. Wenn seitens einer Gemeinde formelle oder informelle Verbindungen zu einer Berufsakademie, Fachhochschule, Hochschule usw. bestehen, können diese im Interesse aller Beteiligten ebenfalls genutzt werden, um zum Beispiel über Seminar-, Studien- und Diplomarbeiten mit regionalstatistischem Bezug umfassende empirische Arbeiten zu bewirken.

Zählungsdaten im Zeitvergleich

Entwicklungen werden deutlich, wenn man den aktuellen Zählungsergebnissen diejenigen der jeweils letzten Erhebung gegenüberstellt. Notwendige Voraussetzung dafür ist allerdings, daß zunächst die Ergebnisse der Gebietsreform der 70er Jahre in die räumliche Bezugsbasis der letzten Großzählung eingearbeitet, also die Ergebnisse der Volks-

² Die Definitionen und Erläuterungen können für die einzelnen Zählungsteile der Schriftenreihe „Statistik von Baden-Württemberg“ entnommen werden und zwar: Band 402, Heft 1: Regionalergebnisse der Volks- und Berufszählung: Strukturdaten zu Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, S. 7–13; Band 403, Heft 1: Regionalergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung: Strukturdaten zu Gebäuden und Wohnungen, S. 7–19; Band 404, Heft 1: Regionalergebnisse der Arbeitsstättenzählung: Arbeitsstätten und Beschäftigte im Vergleich zu 1970, S. 7–9.

¹ Vgl. hierzu: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkszählung 1987, Tabellenprogramm der Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungszählung, Wiesbaden, Stand: Oktober 1988, sowie: Arbeitsstättenzählung 1987, Tabellenprogramm, Wiesbaden, Stand: Juli 1988.

zählung 1970 zum Gebietsstand der Volkszählung 1987 dargestellt werden. Um dies zu ermöglichen, hat das Statistische Landesamt bereits im Vorfeld beginnender Auswertungsaktivitäten das Gemeindeblatt der Totalerhebung von 1970 zum heutigen Gebietsstand zusammengestellt und den Gemeinden übermittelt.

Für den Analysebereich der Volks- und Berufszählung reicht die Gebietsstandsberichtigung allein freilich nicht aus, um eine vollständige Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu erhalten. Im Einzelfall sehr unterschiedlich wirkt sich nämlich die Neudefinition des Bevölkerungsbegriffs (1970: Wohnbevölkerung, 1987: Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung) aus. Soweit Personen mehr als eine Wohnung im Bundesgebiet nutzen, hat sich die Zuordnung zur amtlichen Bevölkerungszahl möglicherweise verändert.³ Die unmittelbare Vergleichbarkeit der Ergebnisse der beiden letzten Volks- und Berufszählungen ist mithin umso eher gewährleistet, je geringer der Anteil an Personen mit mehr als einer Wohnung im Bundesgebiet ist.

Betroffen von der Neudefinition des Bevölkerungsbegriffs sind nicht nur Auf- bzw. Ausgliederungen der Bevölkerungszahlen nach den demografischen Grundmerkmalen, sondern auch die Positionen der Erwerbsstatistik. Lediglich die Pendlerzahlen – sie fußen auf sachlogischen Gründen auf den „alten“ definitorischen Abgrenzungen (Wohnbevölkerung) – und die Ergebnisse der Haushaltsstatistik haben durch die statistischen Neuabgrenzungen keine Veränderung erfahren.⁴

Für die Gebäude- und Wohnungszählung wurde den Gemeinden auch das gebietsstandsberichtigte Gemeindeblatt mit Daten von 1968 übermittelt. Bei einer Analyse mit den Ergebnissen von 1987 ist allerdings auch hier auf Abweichungen in den Definitionen und Unterschiede in der Erhebungsmethode hinzuweisen. So wurden bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968, ausgehend vom Gebäude, die Wohnungen in dem betreffenden Gebäude nach baurechtlichen Kriterien abgegrenzt erfaßt. Demgegenüber war 1987, ausgehend vom Haushalt, die Wohneinheit, welche von diesem allein oder mit anderen zusammen genutzt wird, statistisch abzugrenzen. Erfassungen von Wohnungen nach baurechtlichen Kriterien einerseits und nach der Praxis der Wohnraumnutzung andererseits müssen aber in quantitativer Hinsicht nicht übereinstimmen. Insbesondere sind Nutzungsänderungen ohne Folgeänderung im Hinblick auf die baurechtlich abgegrenzten Wohneinheiten denkbar.⁵

Während für die Bereiche Volks- und Berufszählung sowie die Gebäude- und Wohnungszählung im Hinblick auf Zählungsvergleichsstudien statistisch-erhebungstechnische und definitorische Unterschiede mit zu bedenken sind, bestehen diese Spezialprobleme zwischen den Arbeitsstät-

tenzählungen 1970 und 1987 nicht. Nur bei einem Vergleich der Ergebnisse der Berufszählung mit denjenigen der Arbeitsstättenzählung sind – unabhängig vom Erhebungsjahr – Aspekte der Erhebungstechnik mit zu berücksichtigen. So beziehen sich die Angaben der Berufszählung in regionaler Hinsicht auf denjenigen Wohnort, für den die fraglichen Angaben erhoben wurden (Wohnortkonzept). Angaben über Beschäftigte in der Arbeitsstättenzählung werden demgegenüber auf diejenige Gemeinde bezogen, in der die Arbeitsstätte liegt (Arbeitsortkonzept). Hinzu kommt, daß Personen mit mehreren Arbeitsplätzen in unterschiedlichen Arbeitsstätten in jeder dieser Arbeitsstätten als Beschäftigter erfaßt wurden, also im Ergebnis der Arbeitsstättenzählung einer Gemeinde dann mehrfach enthalten sind, wenn die verschiedenen Arbeitsplätze einer Person in der selben Gemeinde liegen. In der Arbeitsstättenzählung wurden also nicht beschäftigte Personen sondern – methodisch exakt – Beschäftigungsfälle nachgewiesen.

Verbreiterung der Auswertungsgrundlagen

Eine weitere Verbreiterung der Datengrundlage für kommunale Auswertungen kann gewonnen werden, wenn die Zählungsvergleichsdaten in Beziehung zu anderen in der Gemeinde vorliegenden Daten gesetzt werden. Hierfür bieten sich insbesondere statistische Auswertungen aus dem Melderegister und die Nutzung der Ergebnisse der laufenden Bevölkerungsfortschreibung an. Über die bloße Analyse von Bevölkerungszahlen hinaus könnte zum Beispiel der Versuch interessant sein, aus dem gemeindlichen Registerbestand Bezugspersonen für Haushalte zu schätzen und zum Beispiel Nachfragegrößen im Hinblick auf den kommunalen Wohnungsmarkt zu gewinnen. Laufende Informationen über die Anzahl an Gebäuden und Wohnungen liefert die Gebäude- und Wohnungsfortschreibung, so daß ein Gesamtbild von Angebots- und Nachfragepositionen entwickelt werden kann.

Häufig wird eine Zahl erst dann zur Information, wenn diese in Beziehung zu Teilmassen derselben Grundgesamtheit oder anderen statistischen Massen gesetzt wird. Um dies leisten zu können, muß der kombinierte Zugriff auf Zählungsdaten und andere Referenzdatenquellen ermöglicht werden. Vor diesem Hintergrund und wegen der grundlegenden Bedeutung der durch die einzelnen Teile eines Zählungswerkes gewonnenen Ausgangsdaten sind die Gemeindeblätter der Zählungsteile auch in die Struktur- und Regionaldatenbank des Landesinformationssystems aufgenommen worden.⁶ Allein schon der Hinweis darauf, daß im Landesinformationssystem Baden-Württemberg für jede Gemeinde bis zu 200 000 Daten vorgehalten werden, zeigt, daß die systematische Nutzung dieses Instruments, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der vertiefenden Auswertung der vorgelegten Ergebnistabellen des Zählungswerkes, einen erheblichen zusätzlichen Nutzen stiften kann.

³ Vgl. hierzu: Frank, Eberhard: Erste Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12/1988, bes. S. 498 ff.

⁴ Um den Zählungsvergleich – bereinigt um fachliche und Gebietsstandsprobleme – zu erleichtern, wird den Gemeinden in der Schriftenreihe „Statistik von Baden-Württemberg“, Band 402, Heft 10, geeignetes Zählungsvergleichsmaterial dargeboten.

⁵ Vgl. auch: Büringer, Helmut: Gebäude- und Wohnungszählung 1987 – Bestand an Gebäuden und Wohnungen und quantitative Wohnraumversorgung der Haushalte, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2, 1989, S. 48–60.

⁶ Vgl. hierzu: Frank, Eberhard: Ergebnisse der Volks- und Berufszählung ab Gemeindeebene, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5, 1989, S. 236–238. Götz, Uwe: Zur Arbeitsstättenzählung, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 6, 1989, S. 285–287. Frank, Eberhard: Daten der Gebäude- und Wohnungszählung in LIS verfügbar, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7, 1989, S. 336–339.

Wenn eine Gemeinde mit den Mitteln der amtlichen Statistik ihren eigenen Standort unter den Kommunen zahlenmäßig vergleichen will, kommt den Daten des Großzählungswerkes grundlegende Bedeutung zu. Unter Berücksichtigung der administrativen Gliederung kann diese Gemeinde (soweit zu den übrigen kreisangehörigen Gemeinden zählend) im Hinblick auf interessierende Fragestellungen zum Beispiel ihren Regionalanteil an den Kreisergebnissen messen. Soll nicht die administrative Ebene als Bezugsgröße herangezogen werden oder sind diese Ergebnisse ergänzungsbedürftig, so bietet sich an, die eigenen Daten mit Gemeinden gleicher oder ähnlicher Datenprofile zu vergleichen.

Die vorgelegten Quellen- und Querschnittsbände mit regionalstatistischen Nachweisen bilden hierfür eine gute Grundlage.

Zwingend wird der Blick über die Gemeindegrenzen hinaus bei der Nutzung der Pendlerdaten der einfachen Verflechtung. Diese Ergebnisse schlüsseln, gegliedert nach Herkunft bzw. Ziel der Pendelwanderung, die Verflechtung zwischen den Gemeinden auf.

Auswertungen unterhalb der Gemeindeebene

Der Informationsnutzen einer Totalerhebung erschließt sich erst dann voll, wenn Ergebnisse auch unterhalb der Gemeindeebene dargeboten werden. Vor diesem Hintergrund hatte die Frage der Bereitstellung eines hierfür geeigneten Datenmaterials hohe Priorität. Allerdings stellt sich mit der Darbietung kleinräumiger Ergebnisse neben methodischen und fachlichen Problemen (vgl. oben) verstärkt auch die Frage nach der Wahrung der statistischen Geheimhaltung. Um die Nutzung des Gemeindeblattes der Volks- und Berufszählung sowie der Gebäude- und Wohnungszählung rasch zu ermöglichen, wurden für die Nachweisebene Gemeindeteil bestimmte Geheimhaltungsregeln mittels maschineller Datenverarbeitung in das Datenmaterial eingearbeitet.

Auf der Grundlage dieser Ergebnisse ist es den meisten Gemeinden, die im Zuge der Gebietsreform Anfang der 70er Jahre Gebietsstandsveränderungen erfahren haben, möglich, die aktuellen Volkszählungsergebnisse auch für die ehemals selbständigen Gemeinden zusammenzustellen. Die Gegenüberstellung von aktuellen Werten nach „altem“ Gebietsstand und den Daten der Volks- und Berufszählung 1970 sowie der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 bietet einen zusätzlichen Ausgangspunkt für weitergehende analytische Untersuchungen.

Sollen allerdings – unterhalb der Gemeindeteilebene – Gebietsteile zusammengefaßt und nachgewiesen werden, dann ist ein Rückgriff auf Baublockseitenergebnisse notwendig. Häufig gelingt es erst durch Zusammenfassung dieser kleinsten Nachweisbausteine, den erforderlichen Raumbezug, zum Beispiel ein Sanierungsgebiet, darzustellen. In diesem Zusammenhang stellt sich für eine Gemeinde die Frage nach der Einrichtung einer von der Verwaltung abgeschotteten Statistikstelle⁷ – auch dann, wenn der Ein-

satz eines elektronischen Rechners zur Auswertungsunterstützung nicht vorgesehen sein sollte. Das vollständige Blockprogramm der Volks- und Berufszählung und der Gebäude- und Wohnungszählung darf nämlich, da die statistischen Tabellen viele Geheimhaltungsfälle enthalten (Ergebnisse, die auf Baublocksebene möglicherweise Personen zugeordnet werden können), nur an die abgeschottete Statistikstelle einer Gemeinde übermittelt werden. Fehlt eine solche Statistikstelle, dann müssen die statistischen Geheimhaltungsregeln vor Übermittlung der Ergebnistabellen an die Gemeinde beachtet sein. Die Einarbeitung dieser Regeln geschieht in der Weise, daß geheimzuhaltende Einzelangaben der einzelnen Blockseiten je Gemeindeteil zusammengefaßt werden. Dies bedeutet jedoch einen gewissen Informationsverlust.

Einer abgeschotteten Statistikstelle hingegen kann das Tabellenmaterial einschließlich Tabelleneinsen unverändert übermittelt werden. In diesem Fall öffnet sich die Möglichkeit, von Mitarbeitern der kommunalen Statistikstelle, die während der Tätigkeit dort nicht mit Aufgaben des Verwaltungsvollzugs betraut sein dürfen, geeignete Zusammenfassungen des voll gegliederten Tabellenmaterials erstellen zu lassen. Auf diese Weise lassen sich flexibel ausreichend genaue Informationen im Hinblick auf die erforderlichen kommunalen Entscheidungen gewinnen. Da damit die materiellen und rechtlichen Voraussetzungen, den Informationsertrag der Volkszählung 1987 einer breiten Öffentlichkeit nutzbar zu machen, gegeben sind, sollte der vorgezeichnete Weg bei Bedarf auch beschritten werden.

Auch die Nutzung der Ergebnisse der erweiterten Pendlerverflechtung – sie umfassen, ergänzend zu den Daten der einfachen Verflechtung (vgl. oben), auch die sogenannten innergemeindlichen Pendler, bei denen sich Quelle und Senke in derselben Gemeinde befinden – legt die Einrichtung einer Statistikstelle nahe. So weit in diesen Fällen von den Erhebungsstellen als Pendlerziele nicht nur Gemeindeteile, wie vom Statistischen Landesamt empfohlen, eingearbeitet wurden, sondern genaue Zieladressen, kann eine Datenübermittlung grundsätzlich nur an abgeschottete Statistikstellen vorgenommen werden.

Lieferung von Einzeldaten nur an abgeschottete Statistikstellen

Nur wenn das oben skizzierte System „vorgedachter Information“ fester Liefertabellen des Statistischen Landesamtes unter Beachtung der Geheimhaltung verlassen werden kann, erreicht eine Gemeinde „volle Autonomie“ in der Gestaltung der Auswertung. In diesem Fall müssen zumeist die Einzelangaben der Volkszählung zugrundegelegt werden. Die Übermittlung der Einzelangaben für ausschließlich statistische Aufgaben ist im Rahmen des § 14 des Volkszählungsgesetzes 1987 vom 8. November 1985 (BGBl. I. S. 2078) möglich. Die Einzelangaben (ohne Hilfsmerkmale) dürfen den abgeschotteten Statistikstellen der Gemeinden und Gemeindeverbänden für ihren Zuständigkeitsbereich auf der Grundlage von Baublockseiten übermittelt werden.

Die Modalitäten zur Einrichtung kommunaler Statistikstellen wurden durch Landesgesetz geregelt (Gesetz über die Einrichtung kommunaler Statistikstellen vom 3. Juli 1989, GBl. 1989, S. 273). Die Einrichtung einer kommunalen Statistikstelle (die der Rechtsaufsichtsbehörde, dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und dem Statistischen Lan-

⁷ Vgl. Gesetz über die Einrichtung kommunaler Statistikstellen vom 3. Juli 1989, GBl. S. 273.

desamt anzuzeigen ist) bedingt allerdings räumliche, organisatorische und personelle Abschottungsmaßnahmen wie sie den Gemeinden aus der Durchführungsphase der Volkszählung 1987 bereits bekannt sind. Wenn und soweit zur Verarbeitung der Einzelangaben Datenverarbeitungsanlagen zum Einsatz kommen, sind die Abschottungsmaßnahmen spezifisch zu ergänzen. Insbesondere ist die Abschottung der Einzeldaten des Zählungswerkes gegenüber anderen Verwaltungsdaten und ihre Zweckbindung durch zusätzliche organisatorische, personelle und technische

Maßnahmen der Datensicherung gemäß Rechtsverordnung des Finanzministeriums im Einvernehmen mit dem Innenministerium (Verordnung des Finanzministeriums zum Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen in kommunalen Statistikstellen vom 28. Juli 1989, GBl 1989, S. 379) zu gewährleisten. Sämtliche erforderliche Maßnahmen sind im übrigen durch den Bürgermeister der Gemeinde schriftlich in einer Dienstanweisung festzuhalten.

Dipl. rer. pol. (techn.) Eberhard Frank

KOSIS-Gemeinschaftsprojekt „DV-Unterstützung der VZ-Auswertungen (DUVA)“

Vorbemerkung

Die Ausgangslage für Auswertungsaktivitäten von Volkszählungsdaten auf der kommunalen Ebene stellt sich differenziert dar, je nachdem, ob die „Gretchenfrage“ nach der Einrichtung einer kommunalen Statistikstelle (§ 14 Abs. 1 VZG 1987) bzw. nach dem Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung positiv oder negativ beantwortet wurde. In Baden-Württemberg haben bis jetzt 20 Gemeinden mit 27% der Bevölkerung des Landes eine spezielle Statistikstelle eingerichtet. Die Auswertung des Materials unterhalb der Gemeindeebene ist demnach für die Mehrzahl der Gemeinden deutlich eingeschränkt. Für Gemeinden ohne spezielle Statistikstelle hat das Statistische Landesamt die Möglichkeiten der Darbietung von Volkszählungsergebnissen bereits eingehend dargestellt.¹ Die gesetzlich geregelte Lieferung von Einzeldatensätzen der Volkszählung 1987 an abgeschottete kommunale Statistikstellen erweitert die Auswertungsmannigfaltigkeit, erfordert aber zusätzlich EDV-technische Vorkehrungen.

Mit dem KOSIS²-Gemeinschaftsprojekt „DV-Unterstützung der VZ-Auswertung (DUVA)“ werden den Kommunen Unterlagen und Programmbausteine angeboten, welche die Auswertung der Individualdaten der Volkszählung 1987 in abgeschotteten Statistikstellen wesentlich erleichtern. Den Kommunen eröffnet sich damit die Möglichkeit, das von ihnen unter erheblichen eigenen Anstrengungen erhobene Einzelmateriale der Volkszählung 1987 umfassend zu erschließen und das darin enthaltene Informationspotential zur Deckung des kommunalen Informationsbedarfs zu nutzen.

Vorliegender Beitrag beschreibt am Beispiel der Volkszählung zunächst die Aufgabe kommunalstatistischer Ämter, statistische Daten auszuwerten, und stellt darüberhinaus die Funktion des KOSIS-Gemeinschaftsprojektes bei der Bewältigung dieser Aufgaben dar. Im daran anschließenden Teil werden die für die VZ-Auswertung angebotenen DUVA I-Bausteine näher erläutert. Abschließend wird auf die in DUVA II vorgesehenen Bausteine eines PC-fähigen Statistischen Informationssystems hingewiesen.

Auswertung der Volkszählung als kommunale Aufgabe

17 Jahre nach der Volkszählung und Arbeitsstättenzählung 1970 bzw. 19 Jahre nach der letzten Gebäude- und Wohnungszählung 1968 wurde mit Stichtag 25. Mai 1987 wieder

eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs-, und Arbeitsstättenzählung (Volkszählung 1987) durchgeführt. Diese Totalerhebung soll das auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene bestehende langjährige Defizit an flächendeckenden und überregional vergleichbaren Daten abbauen.

Kommunen mit abgeschotteter Statistikstelle können die Ergebnisse des Zählungswerkes 1987 gemäß § 14 VZG als Einzeldaten in der Satzart 32 (Einzeldaten der VZ, GWZ), der Satzart P6 (Pendlerdaten) sowie A 100 (Einzeldaten der AZ) erhalten. Voraussetzung für die Datenübermittlung an eine kommunale Statistikstelle ist die strikte personelle, räumliche und organisatorische Trennung von Statistik und Verwaltungsvollzug bzw. übriger Verwaltungstätigkeit. Die abgeschottete kommunale Statistikstelle hat bei der Weitergabe der Ergebnisse der VZ die Einhaltung der statistischen Geheimhaltung und des Datenschutzes selbst zu gewährleisten.

Im Rahmen eines vom Deutschen Städtetag herausgegebenen Gutachtens³ konnte herausgearbeitet werden, daß sich der kommunale Auswertungsbedarf strukturieren und damit weitgehend standardisieren läßt. Kommunale Fragestellungen und darauf basierende VZ-Auswertungen zielen insbesondere auf:

- Dokumentation der Ergebnisse (Ist-Beschreibung der Kommune in sachlicher und räumlicher Differenzierung)
- Zeitlich-räumlicher Vergleich (generelle Untersuchungen über Veränderungen im Bestand)
- Strukturanalysen (vertiefte Untersuchungen über besondere Zielgruppen, Gebiete und Bestände)
- Wirkungsforschung (Verknüpfung der VZ-Daten mit anderen Quellen zur Beurteilung planerischer Maßnahmen)
- Prognosen und Modelle (Datengrundlage für Bevölkerungsprognose, Verkehrsmodellberechnungen und ähnliches)

Der kommunale Auswertungsbedarf unterscheidet sich damit zum Teil erheblich von dem Auswertungsangebot des Standardtabellenprogramms des Bundes und der Länder.

KOSIS-Gemeinschaftsprojekt DUVA leistet Hilfestellung zur VZ-Auswertung

Als Ziele von DUVA können unter anderem definiert werden:

¹ Vgl.: Frank, Eberhard: Auswertungsmöglichkeiten der Volkszählung 1987 durch die Gemeinden, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 10, 1990, S. 465–469.

² KOSIS=Kommunales statistisches Informationssystem.

³ Vgl. Deutscher Städtetag (Hrsg.): Handbuch zur kleinräumigen Nutzung von Daten der Volkszählung 1987; DST Beiträge zur Statistik und Stadtforschung Reihe H, Heft 36, Köln 1989.

- Vermeidung von Doppelarbeit und von „Trial- and Error-Versuchen“ in den einzelnen Kommunen durch Bereitstellung von weitgehend hardwareunabhängigen und umfassend dokumentierten Programmbausteinen
- Minimierung des Kostenaufwandes in den einzelnen Städten durch gemeinschaftliche Programmentwicklung
- Transparenz über das in der VZ'87 enthaltene und über DUVA erschließbare Informationspotential
- jederzeit nachvollziehbare und personenunabhängige Dokumentation der VZ-bezogenen Auswertungsmethoden und -instrumente
- Sammlung von Vorerfahrungen für den Ausbau von DUVA zu einem Statistischen Informationssystem (DUVA II)
- Formulierung kommunaler Belange auf der Basis fundierter Auswertungserfahrungen gegenüber den Statistischen Landesämtern bzw. dem Statistischen Bundesamt.

Das KOSIS-Gemeinschaftsprojekt hat im Umkehrschluß zu diesen Zielen nicht die Aufgabe, die vollständigen VZ-Auswertungen in den einzelnen Städten zu leisten, sondern ist nur das Mittel dazu.

Für die Umsetzung der oben genannten Ziele und damit für die Konzipierung und Spezifizierung der zu entwickelnden DV-Auswertungsprogramme, aber auch für die Festlegung der Prioritäten und der Finanzierungsmodalitäten, wurde im April 1989 eine aus den Städten Nürnberg, Neuss, Stuttgart und dem Statistischen Landesamt Berlin bestehende Lenkungsgruppe unter der Federführung Stuttgarts gebildet. Die Lenkungsgruppe wurde zwischenzeitlich erweitert um Freiburg, Hannover und den Rhein-Sieg-Kreis. Durch Arbeitsteilung innerhalb der Lenkungsgruppe und Bildung von Arbeitsgruppen sollen die vielfältiger werdenden Aufgaben frist- und sachgerecht erledigt werden.

Bisher hat sich folgendes Konzept herausgebildet:

Die DV-Unterstützung der VZ-Auswertung berücksichtigt zunächst einen auf Basisinformationen aufbauenden Daten- und Auswertungsbedarf (Baustein 1) und stellt umfangreiche Programme zur Erzeugung themenbezogener Aggregatdatenbestände (Baustein 2) zur Verfügung. Unterschiedliche Anonymisierungsverfahren sollen die statistische Geheimhaltung bei der Weiterleitung von Aggregatdaten an nicht-abgeschottete Stellen bzw. Datenanfrager gewährleisten (Baustein 3). Mit dem in Baustein 1 enthaltenen PC-fähigen DV-Instrument „KOSIS-Abruf“ wird auch ein leicht handhabbares Tabellengestaltungssystem zur Weiterverarbeitung beliebiger statistischer Datenbestände bereitgestellt. Der Aufbau des DUVA-Projektes zu einem PC-fähigen Statistischen Informationssystem (DUVA II), mit dem nicht nur die VZ-Datenbestände sondern auch andere Statistikdatenbestände gespeichert, dokumentiert, aufbereitet und ausgewertet werden können, ist in Auftrag gegeben (Bausteine 7–9). Parallel zur Entwicklung von DUVA II wird die systematische Erschließung von Verwaltungsregistern zur statistischen Nutzung vorangetrieben (Baustein 10).

Ein zwischen der Stadt Stuttgart (als vorfinanzierender und federführender Stelle) und dem KOSIS-Verbund geschlossener Rahmenvertrag eröffnet den Beitritt der an den Komponenten von DUVA interessierten kommunalen Einrichtungen. Aufgrund des unterschiedlichen Auswertungsbe-

darfs werden den Nutzern bausteinbezogene Nutzungsrechte angeboten. Die zur Refinanzierung und Weiterentwicklung von DUVA erhobenen Nutzungsentgelte betragen für Baustein 1: DM 2000,-, Baustein 2: DM 3000,-, Baustein 3: DM 1000,- sowie für Baustein 7 und 8 jeweils DM 5000,-. Dienstleister, in der Regel Rechenzentren, die die Programmbausteine für mehrere Kommunen einsetzen, zahlen den doppelten bzw. dreifachen Betrag. Durch Beitritt zur Wartungsgemeinschaft erhält der DUVA-Anwender die laufend aktualisierten Unterlagen und Programme. Der jährliche Beitrag für Pflege und Wartung beträgt 10% der einmaligen Nutzungsentgelte.

Dem KOSIS-Gemeinschaftsprojekt sind bislang bundesweit 42 kommunale Einrichtungen beigetreten, von denen 38 DUVA-Teilnehmer auch Mitglied der DUVA-Anwender- und Wartungsgemeinschaft sind. Von den 42 DUVA-Teilnehmern setzen fünf Teilnehmer die DUVA-Programme als Dienstleister für mehrere Kommunen ein, so daß in ca. 60 Kommunen die VZ-Auswertung durch DUVA-Komponenten unterstützt wird. Damit ist DUVA derzeit das KOSIS-Gemeinschaftsprojekt mit der größten Verbreitung in den Kommunen. Mit weiteren Beitritten von einzelnen Kommunen ist noch zu rechnen, so daß mit Ausnahme einiger Städte in Nordrhein-Westfalen in fast allen Kommunen mit abgeschotteter Statistikstelle DUVA zur VZ-Auswertung genutzt wird.

Aufgrund der zahlreichen Beitritte ist für DUVA I bereits nach knapp zwei Jahren eine weitgehende Refinanzierung der bisherigen Entwicklungskosten von rund DM 300 000,- erreicht. Die Kosten für die derzeit in Entwicklung befindlichen DUVA II-Komponenten liegen bei ca. DM 350 000,-. Da die Bausteine von DUVA II bislang noch nicht angeboten wurden, sind Einnahmen für DUVA II bislang noch nicht zu verbuchen. Aufgrund zahlreicher Interessenbekundungen an einem PC-fähigen Statistischen Informationssystem ist jedoch auch für DUVA II eine Vielzahl von Beitritten zu erwarten und mit einer Refinanzierung binnen zwei bis drei Jahren zu rechnen.

Bei DUVA I ist eine weitgehende Hardwareunabhängigkeit erreicht. Die realisierten Programme sind sämtlich in der vom Niedersächsischen Landesverwaltungsamt Hannover entwickelt und kostenlos zur Verfügung gestellten Programmiersprache DABANK geschrieben, wobei die DABANK-Programme von DUVA als Siemens- und IBM-lauffähige Versionen an die Anwender weitergegeben werden. Die Programme werden im Quellcode ausgeliefert, so daß die Programme je nach Bedarf vom Anwender abgewandelt oder Programmteile für eigene Programme genutzt werden können. Der Einsatz der Großrechnerprogramme ist damit weder an die Verfügbarkeit eines bestimmten Datenbankverwaltungssystems gebunden noch an andere mit hohen Zusatzkosten verbundene Basissoftware. Allerdings setzt DUVA – wie alle Großrechnerprogramme – DV-kundige Mitarbeiter in der abgeschotteten Statistikstelle mit direktem Zugang zum Großrechner, zumindest aber ein als Dienstleister fungierendes und funktionierendes Rechenzentrum, voraus.

Das Ziel der Hardware-Unabhängigkeit wird in DUVA II weiter vorangetrieben, da bei den DUVA II-Bausteinen bewußt auf die Verfügbarkeit eines Großrechners verzichtet wird und die Dateien und Programme PC-einsatzfähig konzipiert und realisiert werden. Dadurch soll insbesondere in Kommunen, die keinen eigenen Zugang zum Großrechner besitzen, neue Arbeitsmöglichkeiten zur eigenverantwort-

Übersicht 1

Schwerpunkthema Einwohner und Haushalte

Inhalt	Mögliche Zahl der Aggregatmerkmale
Strukturübersicht über alle Einwohner	3 600
Einwohner nach elementaren demographischen Merkmalen	25 600
Lebenssituation älterer Menschen	57 600
Sozialstruktur der Einwohner	20 160
Sozialstruktur der Haushalte	18 144
Erwerbsstruktur der Personen	38 880
Lebenssituation von Jugendlichen	38 220
Häufigkeit von Kindern und Versorgungsbedarf	19 200
Sozialstruktur der Haushalte mit Kinder	32 400
Strukturübersicht über alle VZ-Haushalte	35 840
Strukturübersicht über die Haushalte und modifizierten Haushaltsbegriff	24 570
Stellung der Personen in Familien und Wohngemeinschaften	27 648

lichen Speicherung, Aufbereitung und Auswertung von Statistikdatenbeständen geschaffen werden.

DUVA I ermöglicht Auswertung auf beliebiger kleinräumlicher Ebene

Zur Realisierung der DV-Unterstützung der VZ-Auswertung sind im einzelnen bislang Unterlagen und Programme entwickelt und ausgeliefert worden, die einer „Grundstufe“ und „auswertungsbezogenen Schwerpunkthemen“ zugeordnet sind.

Mit den Programmen der Grundstufe werden die Individualdaten der Volkszählung 1987 zu Aggregatdaten entsprechend dem fachlichen Inhalt der „Gemeindeblätter“ des Standardtabellen-Programms des Bundes und der Länder verdichtet. Mit den Aggregatprogrammen können die Gemeindeblätter zur Volkszählung, Gebäude- und Wohnungszählung und Arbeitsstättenzählung in beliebiger räumlicher Differenzierung erzeugt werden. Pro gewählte räumliche Aggregationsstufe stehen rund 700 Aggregatwerte zur Verfügung. In der Ausgabedatei wird jedes Merkmal mit kleinräumiger Gliederung, Merkmalschlüssel sowie dem Merkmalswert ausgegeben, wobei als Standard jeder Satz eine Satzlänge von 33 Stellen aufweist.

Die Großrechnerprogramme sind so aufgebaut, daß einzelne Programmabschnitte, in denen die definitionsgerechte Abfrage für einzelne Auswertungsgruppen (zum Beispiel Erwerbstätige, Wohnungen usw.) abgebildet ist, in eigene Auswertungsprogramme eingebaut werden können.

Übersicht 2

Schwerpunkthema Wohnungsmarkt

Inhalt	Mögliche Zahl der Aggregatmerkmale
Strukturübersicht über den Bestand an Wohneinheiten	504
Bewohnte und leerstehende Wohneinheiten im Vergleich	1 728
Belegung in geförderten und nichtgeforderten Wohnungen	28 000
Bestand und Belegung von Mietwohnungen	19 008
Wohnungsbelegung nach dem Lebenszyklus der Haushalte	5 400
Wohnungsbelegung durch Seniorenhaushalte	756
Mietstruktur in mietspiegelrelevanten Wohnungen	2 160
Wohnungsversorgung nach Wohn- und Mietverhältnissen	8 000

nen. Um aus den Aggregatsätzen bestimmte sachliche und/oder gebietliche Auswahlen für die Weiterverarbeitung (zum Beispiel auf PC) treffen oder die mit der kleinräumigen Gliederung versehenen Aggregatsätze nach anderen gebietlichen Abgrenzungen (zum Beispiel Schulbezirk, Stimmbezirk, Sanierungsgebiet usw.) umschlüsseln zu können, wurden in der Grundstufe auch Großrechnerprogramme zur Umschlüsselung sowie zur Selektion von Datensätzen entwickelt.

Die Weiterverarbeitung der Aggregatdaten auf PC wird durch das Tabellengestaltungssystem „KOSIS-Abruf“ unterstützt. Dieses aus einem im Niedersächsischen Landesverwaltungsamt entwickelten Prototyp speziell für DUVA abgeleitete Tabellierungssystem beinhaltet die in marktüblicher PC-Software nicht oder nur teilweise enthaltenen Sonderfunktionen für die Erstellung DIN-gerechter Tabellen (Tabellenkopfgestaltung, Funktion Geheimhaltung durch Rundung usw.). „KOSIS-Abruf“ ist mehrfach verbessert und weiterentwickelt worden; die derzeit vorliegende Version 3.2 stellt nun einen vorläufigen Entwicklungsschluß dar. Das Programm ist in einem DV-Handbuch dokumentiert. Ferner ist ein Benutzerhandbuch verfügbar, das für Anwender gedacht ist, die mit der Datenverarbeitung weniger vertraut sind.

„Auswertungsbezogene Schwerpunkthemen“ (Baustein 2 des KOSIS-Gemeinschaftsprojekts) richtet sich insbesondere an diejenigen Kommunen, welche die Volkszählung 1987 nicht nur als Datengrundlage für eine allgemeine Bestandsübersicht benötigen, sondern die Ergebnisse auch für problembezogene Auswertungen, Fortschreibungen, Analysen, Bedarfsberechnungen, Prognosen oder Ursachen- und Wirkungsanalysen nutzen wollen. Er gliedert sich zum einen in die „Konzeptionen zu ausgewählten Schwerpunkthemen“, in denen unter anderem die Spezifikationen beschrieben sind, aus welchen Merkmalen des Einzeldatenmaterials sich die Aggregate ableiten. Zum anderen beinhaltet Baustein 2 die Aggregationsprogramme und Dokumentationen der Großrechnerprogramme, mit denen die in den Konzeptionen beschriebenen themenbezogenen Aggregatdateien in beliebiger räumlicher Gliederung erzeugt werden können.

Insgesamt umfaßt Baustein 2 Konzeptionen, Programme, Programmdokumentationen wie auch KOSIS-Abruf-Auswertungstabellen zu folgenden fünf Schwerpunkthemen:

- Wohnungsmarkt
- Arbeitsstätten und Beschäftigte
- Verkehr/Pendlerverflechtung
- Einwohner und Haushalte
- umweltrelevante Nutzungen

Die Aggregatdaten zu ausgewählten Schwerpunkthemen werden in der Regel in jeder Aggregatdatei in dem zu den Aggregatdatensätzen von Baustein 1 analogen Satzaufbau bereitgestellt, bei der jeder Satz aus kleinräumiger Gliederung, Merkmalsname und Merkmalswert besteht. Bei den Aggregatdaten des Schwerpunkthemas „Verkehr-/Pendlerverflechtung“ liegt der Raumbezug zweifach, nämlich als kleinräumige Gliederung des Quellgebietes sowie als kleinräumige Gliederung des Zielgebietes, vor.

Im Gegensatz zu den Aggregatdateien des Bausteins 1 mit dem fachlichen Inhalt der Gemeindeblätter liegt den Aggregatdateien des Bausteins 2 „Auswertungsbezogene Schwerpunkthemen“ eine sogenannte Quader-Satzstruktur

tur zugrunde: Merkmale, zum Beispiel Alter, werden in den einzelnen Ausprägungen nicht als „Darunter“-Werte erzeugt sondern als Merkmalsachsen (Dimensionen) in beliebig feiner Differenzierung stets als „Davon“-Werte aufgespannt. Innerhalb eines Quaders ist jede Achse mit den anderen in einem Aggregatquader aufgespannten Merkmalsachsen kombiniert. Die in diesen Schwerpunktthemen des Bausteins 2 erzeugten Quader können bis zu 8 Merkmalsachsen aufweisen. Nach diesem Prinzip enthält ein Aggregatquader Werte für alle Ausprägungskombinationen über all seine Achsen. Bei einer hohen sachlichen Differenzierung kann es durchaus vorkommen, daß einzelne Ausprägungskombinationen dieser „Quaderfächer“ in Realität nicht mehr gefüllt sind. Solche nicht besetzten Quaderfächer werden ebenso wie Randsummendaten nicht abgespeichert.

Die schwach aggregierten Datenquader können jeweils nach Bedarf in beliebiger kleinräumiger Differenzierung erzeugt, je nach sachlicher und/oder räumlicher Selektion über Filetransfer oder Datenträger auf PC übertragen, mit dem KOSIS-Abrufsystem weiterverdichtet und zu Arbeitstabellen oder DIN-gerechten, druckreifen Tabellen aufbereitet werden.

Um den Kommunen auch die Erstellung von veröffentlichungsreifen Tabellen weiter zu erleichtern, wurden zwischenzeitlich auch zahlreiche Tabellenentwürfe entwickelt; sie werden derzeit als KOSIS-Abruf-Programme umgesetzt. Insgesamt werden ca. 20 Tabellengrundmuster ähnlich dem Tabellenprogramm des Bundes und der Länder mit bis zu 100 ausgearbeiteten Tabellen zu den in Baustein 2 realisierten Schwerpunktthemen zur Verfügung gestellt.

Dieser DUVA-Teilbaustein unterscheidet sich vom Standardtabellen-Programm des Bundes und der Länder dadurch, daß er auf den spezifischen Datenbedarf der Kommunen ausgerichtet ist. Die Daten stehen auf Datenträger in einem einheitlichen Format zur Verfügung und sind – abhängig vom zusätzlichen gemeindespezifischen Datenbedarf – beliebig änderbar und weiterentwicklungsfähig.

Um die VZ-Ergebnisse den planenden Stellen, der Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit zur Verfügung stellen zu können, sind Geheimhaltungsverfahren einzusetzen, die gewährleisten, daß die Ergebnisdaten keine schutzbedürftigen Einzelangaben im Sinne des Bundesstatistikgesetzes enthalten. Es ist kaum möglich, eine einzelfallbezogene manuelle Prüfung auf (primäre und sekundäre) Geheimhaltung zu leisten. Daher wurde in das DUVA-Arbeitsprogramm auch die Entwicklung von Geheimhaltungsverfahren aufgenommen.

Die theoretischen Grundlagen der Geheimhaltung statistischer Daten wurde im Rahmen eines vom Verband Deutscher Städtestatistiker initiierten und von DUVA mitfinanzierten Fachgutachten „Anonymisierungsverfahren zur Sicherung der Statistischen Geheimhaltung bei statistischer Auswertung von geschützten Einzeldaten“ erarbeitet. Im Rahmen dieses Gutachtens wurde die sogenannte „um zwei verschobene Fünfer-Rundung“ als Geheimhaltungsverfahren empfohlen.

Im Rahmen von DUVA wurde dieses Rundungsverfahren als Großrechnerprogramm realisiert, ferner steht es als gesonderte Funktion für Ergebnistabellen im KOSIS-Abruf-System zur Verfügung. Damit lassen sich alle von nicht

Übersicht 3
Schwerpunktthema Vkehrkehr/Pendlerverflechtung

Inhalt	Mögliche Zahl der Aggregatmerkmale
Pendlerbasisdatei je Wirtschaftszweig und je Quelle/Zielstrom	28 244
Pendlerströme nach Zeitaufwand je Quelle/Zielstrom	14
Pendlerverhalten nach Raumüberwindungsmerkmalen und soziodemographischen Merkmalen	8 400
Pendler aus Ein- und Zweifamilienhäusern je Quelle/Zielstrom	350
Pendler nach Art ihrer Tätigkeit (Wirtschaftszweig, Stellung im Beruf)	3 780

abgeschotteten Stellen angeforderten Auswertungstabellen anonymisieren. Da bei diesen Verfahren nicht nur die geheimzuhaltenden Einzelwerte kleiner 3, sondern die Endziffer eines jeden Wertes nach einem bestimmten Algorithmus zu einer 2 oder 7 verändert wird, ist sowohl die primäre als auch die sekundäre Geheimhaltung gewährleistet.

Dieses Geheimhaltungsverfahren führt jedoch dazu, daß die aus den einzelnen gesonderten Tabellenfeldern erzeugbaren Summen nicht mit den gerundeten und in der Tabelle ausgewiesenen Summenwerten (Spaltensumme, Zeilensumme, Eckwert) übereinstimmen, sondern von diesen abweichen. Damit können Plausibilitätsprüfungen nur bedingt durchgeführt werden. Ferner können die im Rahmen der Weiterverarbeitung von Tabellenfeldern erforderlichen Aggregationen von gerundeten Werten zu größeren Abweichungen vom Originalwert führen.

Es wird deshalb ein weiteres Geheimhaltungsverfahren entwickelt, das auf einem neuen Geheimhaltungsansatz aufbaut: Es setzt nicht erst bei der Geheimhaltung der Ergebnisdaten in einzelnen Tabellen an, sondern bei der Geheimhaltung des gesamten Aggregatquaders. Dieser Ansatz („Geheimhaltung durch Umbuchung“) greift von vornherein gezielt auf Zählfelder der Größe 1 oder 2 zu und verändert diese geheimzuhaltenden Werte in 0 oder eine andere Zahl, die größer oder gleich 3 ist. Die statistische Struktur der Aggregatdatei bleibt dabei erhalten, da zum Ausgleich andere Werte in der Aggregatdatei erhöht bzw. vermindert werden, die Randsummen jedoch unverändert bleiben. Das Verfahren selbst befindet sich gegenwärtig in der Testphase und wird als ein auf PC und Großrechner einsetzfähiges Programm zur Verfügung gestellt werden.

Graphische und inhaltliche Weiterverarbeitung möglich

Bei der Erstellung des Arbeitsprogramms für DUVA wurde auch die Bereitstellung eines für statistische Zwecke geeig-

Übersicht 4
Schwerpunktthema Arbeitsstätten und Beschäftigte

Inhalt	Mögliche Zahl der Aggregatmerkmale
Beschäftigtenstruktur nach Wirtschaftsabteilungen und -unterabteilungen	5 852
Arbeitsstätten mit Versorgungsfunktion für Wohngebiete	2 970
Beschäftigte und Arbeitsstätten in tiefer Differenzierung der Wirtschaftssystematik	45 500
Größe und Eröffnungsjahr nach Niederlassungsart	19 425

neten Statistik-Graphikpaketes, eines Kartiersystems sowie die PC-Umstellung des als KOSIS-Großrechnerprogramm bereits verfügbaren „SIKURS-Bevölkerungsprognosesystems“ als DUVA-Bausteine aufgenommen.

Für die Realisierung des Bausteins 4 „Statistik-Graphik“ ist eine Umstellung des im Statistischen Landesamt Berlin entwickelten Statistik-Graphik-Programmpakets „STAGRA Berlin“ auf PC vorgesehen. Die Bearbeitung dieser Komponente steht noch aus.

Für thematische Kartierung werden auf dem DV-Markt inzwischen leistungsfähige Kartiersysteme angeboten, so daß auf eine DUVA-spezifische Entwicklung von Kartiersoftware verzichtet werden konnte.

DUVA II: „Statistisches Informationssystem“

Konnten in DUVA I (Bausteine 1-3) bereits mehrere von der Auswertung der Volkszählung unabhängige Teilbausteine realisiert werden, die damit bereits als erste Teilbausteine

eines kommunalen statistischen Informationssystems angesehen werden können, so ist das Ziel von DUVA II die Bereitstellung von allgemein einsetzbaren Komponenten zur Aufbereitung statistischer Daten. Ebenso wie DUVA I wird auch DUVA II schrittweise realisiert.

Der von der DUVA-Anwender- und Wartungsgemeinschaft beschlossene Ausbau kann wie folgt skizziert werden:

- Baustein 7 stellt ein für Volkszählungsdaten geschlossenes, PC-fähiges Nachweissystem dar
- in Baustein 8 wird dieses PC-System für allgemeine Statistiknutzung geöffnet
- Baustein 9 beinhaltet die menügesteuerte generelle Aggregation von Einzeldaten
- in Baustein 10 werden unterschiedliche Datenquellen des Verwaltungsvollzugs (Kfz-Wesen, Einwohnerwesen, Bautätigkeit) für die statistische Nutzung erschlossen.

Nach Abschluß der Arbeiten werden den Nutzern alle beschriebenen Elemente eines kommunalen statistischen Informationssystems zur Verfügung stehen.

Dipl.-Geograph Joachim Eicken

2. Volks- und Berufszählung, Pendler

Erste Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987

Vorbemerkungen

Lebhafte Diskussion im Vorfeld

Nach einer Empfehlung der Vereinten Nationen und einer Richtlinie der EG sollen im Abstand von zehn Jahren, jeweils in den Jahren mit der Endziffer 0 oder einem benachbarten Jahr, Volkszählungen durchgeführt werden. In der Bundesrepublik Deutschland wurde dieser Turnus, der seit 1950 eingehalten worden war, unterbrochen, weil zunächst die zwischen Bund und Ländern kontrovers diskutierte Frage der Finanzierung nicht gelöst werden konnte und der Vollzug des schließlich verabschiedeten Volkszählungsgesetzes 1983 auf Grund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes¹ („Volkszählungsurteil“) ausgesetzt wurde.

Erst am 8. November 1985 wurde dann das Volkszählungsgesetz 1987 verkündet, das eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung für den 25. Mai 1987 anordnete.² Das verabschiedete Volkszählungsgesetz zeigt deutlich den Willen des Gesetzgebers, den Anforderungen des Volkszählungsurteils zu entsprechen.

Im Rahmen einer öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages wurden Methodenfragen ausführlich erörtert. Die Anhörung hat erneut bestätigt, daß die Volkszählung – sollen ihre Ziele hinreichend verlässlich erreicht werden – als Vollerhebung mit Auskunftspflicht anzulegen ist. Auch am Erhebungsprogramm, so wurde überzeugend dargetan, sind keine Kürzungen möglich; es entspricht demjenigen der für 1983 vorgesehenen Volkszählung. Die erforderlichen ergänzenden Verfahrensregelungen wurden in das Volkszählungsgesetz 1987 aufgenommen. Insbesondere durch die Trennung der Merkmale in Erhebungs- und Hilfsmerkmale sowie durch umfangreiche Trennungs- und Löschungsvorschriften wird weit in die Gestaltung des Ablaufs der manuellen und maschinellen Bearbeitung hineingewirkt. Schließlich wurden die Übermittlungsvorschriften so restriktiv gefaßt, daß – insbesondere von kommunaler Seite – angesichts des damit geringeren Nutzens der Zählung die Forderung nach Verbesserung der bestehenden Datenübermittlungsregelungen nur langsam verstummt.

Trotz dieser Fülle von Maßnahmen, die das Recht auf informationelle Selbstbestimmung des Einzelnen wirkungsvoll zu schützen geeignet sind, ging von dem Urteil – anders als vermutet, wie auch die Debatten im Deutschen Bundestag zeigten – die erwartete befriedigende Wirkung nur sehr bedingt aus.³

Dies zeigt auch das Ergebnis einer Meinungsumfrage⁴, die im Zeitraum der Behandlung des Volkszählungsgesetzes im Deutschen Bundestag durchgeführt wurde. Danach waren zum damaligen Zeitpunkt nur 50% der befragten Bürgerinnen und Bürger spontan bereit, sich an der Volkszählung 1987 zu beteiligen. 14% hatten sich zu dieser Frage noch keine abschließende Meinung gebildet, und 35% sagten zu einer Beteiligung an der kommenden Volkszählung „Nein“. Wenn auch dieses „Nein“ nicht als absolute Weigerung zu werten war – nach einem Hinweis auf die vorgesehene Auskunftspflicht änderten 29% ihre ursprünglich geäußerte Absicht im Hinblick auf die normierte Verpflichtung zur Auskunftserteilung, 34% wollten sich nicht sofort neu entscheiden, behielten sich also die abschließende Meinungsbildung vor, und 5% machten zum in Frage stehenden Komplex keine weiteren Angaben – blieben von dieser Gruppe immerhin 32% bei der strikten Ablehnung.

Schon diese wenigen Zahlen weisen auf die Bedeutung der über die Volkszählung in den 18 Monaten zwischen Erlaß und Vollzug des Volkszählungsgesetzes zu führenden öffentlichen Debatte hin. Dabei waren die Auswirkungen der Massenkommunikation und ihrer Selektionsmechanismen mit zu bedenken, nach denen ungewöhnliche Ereignisse einen höheren Informationsgehalt haben als gewöhnliche⁵. Äußerungen bekannter Persönlichkeiten ein höherer Informationsgehalt zugemessen wird als Maßnahmen behördlicher Aufklärung der Öffentlichkeit via Aufklärungskampagnen. Auf solche Äußerungen mußte nicht lange gewartet werden⁶, sie blieben wohl auch nicht ohne Einfluß auf die Meinungsbildung der Bevölkerung insgesamt, Randgruppen wurden stärker erfaßt, wozu auch Publikationen von Volkszählungsgegnern beitrugen.⁷

Trotz dieser Erschwerungen versachlichte sich die Diskussion um so mehr, je näher der Zählungstichtag und damit der Start der Feldarbeit heranrückte. Hierzu haben die PR-Maßnahmen des Bundes, vor allem aber die gezielte, an landesspezifischen Erfordernissen ausgerichtete Aufklärungsarbeit des Landes, wesentlichen Anteil. Nach einer im April 1987 vom Emnid-Institut durchgeführten Meinungsumfrage gaben „nur“ noch 3,5% der Bevölkerung an, nicht an der Zählung teilzunehmen und sich in diesem Entschluß auch nicht mehr umstimmen zu lassen. Die Ein-

¹ Vgl. Urteil des BVerfG vom 15. 12. 1983, BVR 209/83.

² Zum Gesamtkonzept der Volkszählung 1987 vgl. Frank, Eberhard: Die Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987 – Ein Gesamtüberblick über Anlage und Durchführung, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Sonderheft, Mai 1987, S. 1–42.

³ Vgl. hierzu: Wingen, Max: Volkszählung nach dem Karlsruher Urteil – aber wie?, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 4/85, bes. S. 118.

⁴ Vgl. hierzu: Frank, Eberhard: Zur Akzeptanz der Volkszählung 1987 – Ergebnisse einer Meinungsbefragung, unveröffentlichtes Manuskript.

⁵ Vgl. hierzu: Wingen, Max: Wie es zu einer großen Unruhe über eine normale Sache gekommen ist, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Oktober 1983, Nr. 237, S. 11.

⁶ Einen (sicher nicht vollständigen) Überblick gibt, Miller, Manfred: Staatliche Öffentlichkeitsarbeit: Die Volkszählung als politisches Lehrstück, in: Recht und Politik, Heft 4/87, S. 199–211.

⁷ Stellvertretend für zahlreiche andere Publikationen sei verwiesen auf die Schrift „Vorsicht Volkszählung“, Neuss 1987, in der zum Boykott der Volkszählung, also zum offenen Rechtsbruch, aufgerufen wird. Der Boykott ging ins Leere.

sicht in die Notwendigkeit einer Volkszählung war also – zumindest in breiten Bevölkerungsschichten – in einem durchaus zufriedenstellenden Maß gewachsen.

Neue Organisationsstrukturen zur Sicherung der Datenqualität

Bei der Ausarbeitung des Erhebungs- und Aufbereitungskonzeptes bestand die Hauptaufgabe darin, erwartete Akzeptanzdefizite durch geeignete Organisationsstrukturen aufzufangen. Offene und verdeckte Weigerungen mußten erkannt und behoben werden.

Hierzu hat bereits der Gesetzgeber entscheidende Weichenstellungen vorgenommen. So ist im Volkszählungsgesetz 1987 normiert, daß zur Durchführung der Zählungen spezielle örtliche Erhebungsstellen einzurichten waren. Da diese von der übrigen Verwaltung getrennt werden mußten, eröffnete sich die Möglichkeit, für die Abwicklung der Zählungen spezielles Personal zu gewinnen, das für die Zeit des Einsatzes in der Erhebungsstelle keine andere Verwaltungstätigkeit ausüben durfte. Mithin stand ein Personalkörper zur Verfügung, der durch Spezialisierung und Qualifizierung für die Lösung der gestellten Aufgabe in besonderer Weise geeignet war. Soweit die Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden mit weniger als 8000 Einwohnern nicht ausreichte, um eigenständig eine Erhebungsstelle einzurichten, bestand die Möglichkeit, daß die Volkszählung vom zuständigen Landratsamt oder ggf. einem Gemeindeverwaltungsverband durchgeführt wurde.

Zur örtlichen Durchführung der Volkszählung in den 1111 Gemeinden des Landes wurden insgesamt 965 örtliche Erhebungsstellen, die von den kommunalen Verwaltungen abgeschottet waren, eingerichtet. Für 143 Gemeinden mit weniger als 8000 Einwohnern führten die Landratsämter die Volkszählung durch.⁸ Mit der Aufbereitung in diesen Erhebungsstellen waren zeitweise bis zu 7000 Mitarbeiter beschäftigt.

Die Arbeit der Mitarbeiter in den Erhebungsstellen und der Zähler wurde durch Datenübermittlungen an die Erhebungsstellen erleichtert: So durften zur Organisation der Zählung von der Meldebehörde ausgewählte, im Melderegister gespeicherte Daten der Einwohner zur Organisation der Zählung an die Erhebungsstellen übermittelt werden. Aufgrund dieser Unterlagen wurde es den ca. 120 000 Zählern ermöglicht, alle in ihrem Zählbezirk gemeldeten Einwohner aufzusuchen und die Erhebungsvordrucke zuzuteilen. Die Erhebungsstelle ihrerseits hatte die Möglichkeit, den vollzähligen Rücklauf der Erhebungsbogen zu kontrollieren. Hierzu regelt das Volkszählungsgesetz, daß für Personen, deren Angaben, solange diese in aufbereitungstechnischem Sinne verwertbar waren, nicht beschafft werden konnten oder die ihre Angaben nicht richtig oder nicht vollständig gemacht hatten, ersatzweise bestimmte Informationen aus dem Melderegister verwendet werden durften. Die Quote der – aus welchen Gründen auch immer – nicht oder für eine Verarbeitung zu spät eingegangenen

Volkszählungsbogen, die dann gemäß dem Zählungsgesetz durch Grunddaten aus den Melderegistern ersetzt wurden, lag im Promillebereich.

Die Maßnahmen der Fehlererkennung und Fehlerbereinigung – bereits im Erhebungsverfahren – sichert eine hohe Qualität des Datenmaterials. Allerdings konnten die mit diesen umfangreichen Kontrollen verbundenen Massenaarbeiten nur dadurch bewältigt werden, daß in den örtlichen Erhebungsstellen neue technische Entwicklungen bei der Planung der Aufbau- und Ablauforganisation in angemessenem Umfang berücksichtigt wurden, also von der althergebrachten Arbeitsweise mit „Kladde und Federkiel“ endgültig Abschied genommen wurde.

Durch geeignete fachliche Vorgaben seitens des Statistischen Landesamtes konnte den Erhebungsstellen eine breite, an zentralen Vorgaben orientierte EDV-Unterstützung durch PCs, kommunale Großrechner und interkommunale Rechenzentren angeboten werden. 90% der Gemeinden wurden von einem landeseinheitlichen Grundangebot an EDV-Unterstützung erfaßt, das von interkommunalen Rechenzentren realisiert wurde, 8% stützten sich auf kommunale Großrechenanlagen und 2% auf PCs.

Nicht zuletzt aufgrund der EDV-Unterstützung konnte eine Vielzahl von Rückfragen bei den Einwohnern organisiert werden, die sich im Personenbogen auf die Frage der Anschrift der Arbeitsstätte bzw. Schule zur Ermittlung des Pendlerzieles, die Frage ob eine weitere Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland bewohnt wird, zur Feststellung der Zugehörigkeit eines Einwohners zur Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung (amtliche Bevölkerungszahl) sowie die Frage nach dem höchsten Abschluß an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule konzentrierten.

Im Wohnungsbogen mit Gebäudeangaben lagen die Rückfrageschwerpunkte bei der Frage zur Ermittlung der Größe der Fläche der Wohnung, der Monatsmiete sowie der Raumzahl; durchweg Fragen, zu deren richtiger Ausfüllung Erläuterungen – zum Beispiel durch den Zähler – nicht selten erforderlich waren. Diesen direkten Weg zur Ausräumung von Ausfüllproblemen wollten aber viele Bürger nicht beschreiten, immerhin ein knappes Drittel der Haushalte wählte nämlich die Möglichkeit, die ausgefüllten Erhebungslisten im Freiumschlag postalisch an die örtliche Erhebungsstelle zurückzusenden.

Unzweifelhaft wurde durch diese Entwicklungen sowohl die Feldarbeit als auch die Bearbeitung in den örtlichen Erhebungsstellen erschwert und verzögert. Dennoch lieferten die ersten Gemeinden bereits im Juli 1987 Erhebungsunterlagen im Statistischen Landesamt ab. Bis zum Ende des Jahres 1987 hatte 89% der Gemeinden ihre Materialien abgegeben. Anlieferungsende war der Mai 1988. Im Wochendurchschnitt wurden 320 000 Lesebelege abgegeben, in der Spitze 840 000, insgesamt ca. 180 t Erhebungsmaterial.

Die anfänglichen Terminengpässe konnten durch eine fortschrittliche Ablaufkonzeption aufgefangen werden. Ein Novum auf dem statistischen Gebiet der Großzählungen bestand nämlich darin, daß in den örtlichen Erhebungsstellen gefertigte elektronische Datenträger⁹ vom Rechen-

⁸ Zur Organisation vgl. auch: Steinmann, Regina: Volkszählung 1987 – Organisation und Ablauf, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Sonderheft Mai 1987, S. 43–47.

⁹ Vom Verfahren wurden die „klassischen“ Magnetbänder erfaßt.

zentrum des Statistischen Landesamtes direkt weiter verarbeitet wurden. Das Verfahren hat sich voll bewährt und führte zu einer fühlbaren Beschleunigung der nachgehenden Arbeitsabläufe.

Die Weiterverarbeitung der Erhebungsbelege im Statistischen Landesamt hatte sich ebenfalls an den Vorgaben des Volkszählungsgesetzes zu orientieren. Beleg für Beleg wurden nochmals einer intensiven Vollzählkeits- und Vollständigkeitskontrolle (der sogenannten Eingangskontrolle) unterworfen. Nach diesen Prüfungen wurden die Erhebungsbogen für die maschinelle Weiterverarbeitung vorbereitet, womit zeitweilig über 700 Mitarbeiter beschäftigt waren.

Besonders bewährt hat sich die Verschlüsselung und Signierung der Lesebelege durch speziell geschulte Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes. Werkvertragsmitarbeiter, die – wie bei der Volkszählung 1970 – die Belege zu Hause bearbeiteten, wurden nicht eingesetzt. Das heutige Verfahren hat die Ergebnisqualität aus zwei Gründen erhöht: Erstens, weil bereits während des Vollzugs der Arbeit laufende Qualitätskontrollen durchgeführt werden konnten, wohingegen beim Einsatz von „Heimarbeitern“ erst das Arbeitsergebnis insgesamt geprüft werden kann, und zweitens, weil durch diese Vorgehensweise die maschinellen Plausibilitätskontrollen – soweit ergänzende manuelle Eingriffe erforderlich wurden – durch dieses besonders sachkundige Personal bewältigt werden konnte.

Durch diese Kombination von fortschrittlichen Techniken in den örtlichen Erhebungsstellen und sachgerechtem Personaleinsatz im Statistischen Landesamt wurde der zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern vereinbarte Terminplan – Präsentation erster Ergebnisse 18 Monate nach dem Erhebungstichtag, also am 25. November 1988 – voll eingehalten. Darüber hinaus konnten in Baden-Württemberg den Gemeinden schon Ende Oktober dieses Jahres Strukturdaten aus dem Bevölkerungsbereich zur Verfügung gestellt werden, deren Lieferung nach dem koordinierten „Bundesfahrplan“ erst für Januar 1989 vorgesehen war.

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung

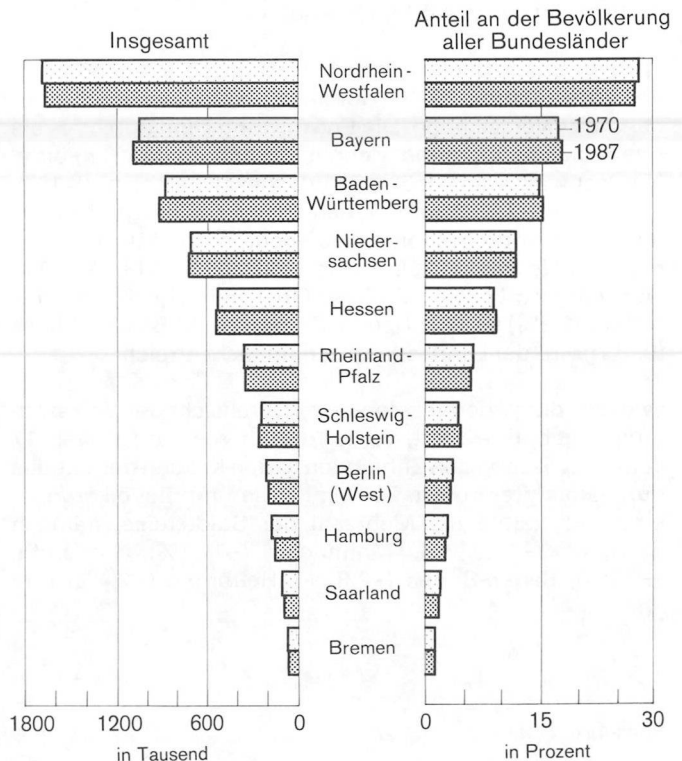
Baden-Württemberg hat unter den Bundesländern die stärkste Bevölkerungszunahme

Am Stichtag der Volkszählung, dem 25. Mai 1987, lebten in der Bundesrepublik Deutschland 61,083 Millionen Personen, das sind rund 430 000 bzw. 0,7% mehr als bei der letzten Volkszählung im Jahr 1970. Die Entwicklung verlief in den einzelnen Bundesländern durchaus differenziert. Sechs Länder, nämlich Hamburg (–11,1%), Bremen (–8,7%), das Saarland (–5,7%), Berlin (–5,1%), Nordrhein-Westfalen (–1,2%) und Rheinland-Pfalz (–0,4%), mußten Bevölkerungsverluste hinnehmen. Demgegenüber erhöhte sich die Bevölkerungszahl in den Ländern Niedersachsen (1,2%), Hessen (2,3%), Schleswig-Holstein (2,4%), Bayern (4,0%) und am stärksten in Baden-Württemberg (4,4%). Vielfältige Auswirkungen bringen auch die in den einzelnen Bundesländern unterschiedlichen Abweichungen der Volkszählungsergebnisse 1987 von der Bevölkerungsfortschreibung mit sich. Sie lag im Bundesdurchschnitt bei – 0,1%. In den Ländern Schleswig-Holstein (–2,2%), Bayern (–1,2%), Hessen (–0,8%), Baden-Württemberg (–0,6%) und Niedersachsen (–0,3%) ist eine Kor-

Schaubild 1

Bevölkerung in Baden-Württemberg und den Bundesländern

- Ergebnisse der Volks- und Berufszählungen 1970 und 1987 -



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

481 88

rektur nach unten erforderlich. Ziemlich unerwartet ergab sich, daß die Bundesländer Nordrhein-Westfalen (0,2%), Rheinland-Pfalz (0,7%), Bremen (1,0%), das Saarland (1,4%), Hamburg (1,7%) und Berlin (7,1%) die Bevölkerungszahl, gemessen an der Bevölkerungsfortschreibung, nach oben berichtigen dürfen. Bundesweit war ja angenommen worden, daß zur Bevölkerungsfortschreibung, wegen der bei Fortschreibungsverfahren generell auftretenden Fehlerquellen, die in der Tendenz zu Überhöhungen führen, überwiegend negative Differenzen auftreten würden (Schaubild 1).

Differenzierte Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen des Landes

Für Baden-Württemberg wurden zum Stichtag der Volkszählung 1987, dem 25. Mai 1987, 9 286 387 Einwohner gezählt; im Vergleich zur letzten Volkszählung von 1970 waren dies 391 339 oder 4,4% Einwohner mehr.

Dies ist, wie die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung ausweist, nur zu ca. einem Drittel auf den Geburtenüberschuß im Zeitraum zwischen den Volkszählungen zurückzuführen. Rund zwei Drittel der Bevölkerungszunahme sind das Ergebnis eines Zuwanderungsüberschusses, worin sich nicht zuletzt die Wirtschaftskraft aber auch die Attraktivität unseres Raumes widerspiegelt.

In den vier Regierungsbezirken hat sich die Verteilung der Einwohner seit 1970 nicht gravierend verändert. Die Regie-

rungsbezirke Karlsruhe (−0,4 Prozentpunkte) und Stuttgart (−0,3 Prozentpunkte) haben ihren Bevölkerungsanteil von 25,8% bzw. 37,6% am Land knapp gehalten, während der Regierungsbezirk Freiburg seinen Anteil von 20,1% beibehielt und der Regierungsbezirk Tübingen seinen Anteil um 0,6 Prozentpunkte auf 16,5% erhöhte.

Wird die Ebene der Regionen betrachtet, so ist – gegenüber der Volkszählung 1970 – durchweg eine Bevölkerungszunahme zu verzeichnen. Die Entwicklung kann durchaus als relativ ausgewogen bezeichnet werden. In den Regionen Nordschwarzwald (8,6%), Südlicher Oberrhein (8,1%), Neckar-Alb (7,8%) und Donau-Iller (6,0%) liegt sie über dem Landesdurchschnitt. In den Regionen Franken (4,2%), Mittlerer Neckar (3,8%), Hochrhein-Bodensee (3,6%), Ostwürttemberg (2,2%), Mittlerer Oberrhein (1,6%), Unterer Neckar (1,3%) und der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg (0,6%) wird der Landesdurchschnitt nicht erreicht.

Wie allerdings bereits eine erste Durchsicht der Volkszählungsergebnisse zeigt, verlief die Entwicklung in den 17 Jahren zwischen den Zählungen in den Kreisen des Landes durchaus differenziert. Zu den Kreisen mit Bevölkerungseinbußen zählte die Mehrzahl der Stadtkreise, nämlich Stuttgart (−12,8 %), Mannheim (−11,1%), Karlsruhe (−9,3%), Baden-Baden (−2,8 %), Heilbronn (−2,4%) und

Heidelberg (−1,5%), während Pforzheim (+0,1%) den Bevölkerungsstand stabil erhielt und Ulm (+1,8%) sowie Freiburg (+2,5%) Zunahmen verzeichnen konnten. Von den Landkreisen mußten lediglich der Main-Tauber-Kreis (−4,4%) und die Landkreise Rottweil (−2,2%) und Heidenheim (−1,4%) Bevölkerungsverluste verbuchen. Für alle anderen Landkreise konnten positive Veränderungen der Zahl der Einwohner ermittelt werden.

Die Bevölkerungszunahmen erreichten in den Landkreisen Ravensburg (+10,0%), Karlsruhe (+10,1%), Ludwigsburg (+ 11,3 %), Calw (+ 12,5 %), dem Rhein-Neckar-Kreis (+12,6%), dem Enzkreis (+12,6%), Heilbronn (+13,1%) und Tübingen (+15,6%) zweistellige Ziffern. In den Kreisen Böblingen (+21,0%) und Breisgau-Hochschwarzwald (+25,1%) verlief die Entwicklung nachgerade stürmisch.

Offensichtlich sind die Nachbarkreise der großen Städte Schwerpunkte der Bevölkerungszunahme (*Schaubild 2*). Sämtliche im Umkreis von Stadtkreisen liegenden Landkreise (Ausnahme: Rastatt mit einer Bevölkerungszunahme von 4,4%) haben ein Plus von über 8% zu verzeichnen. Ansonsten erreichten nur der Bodenseekreis und der Landkreis Ravensburg solch hohe Zuwachsraten.

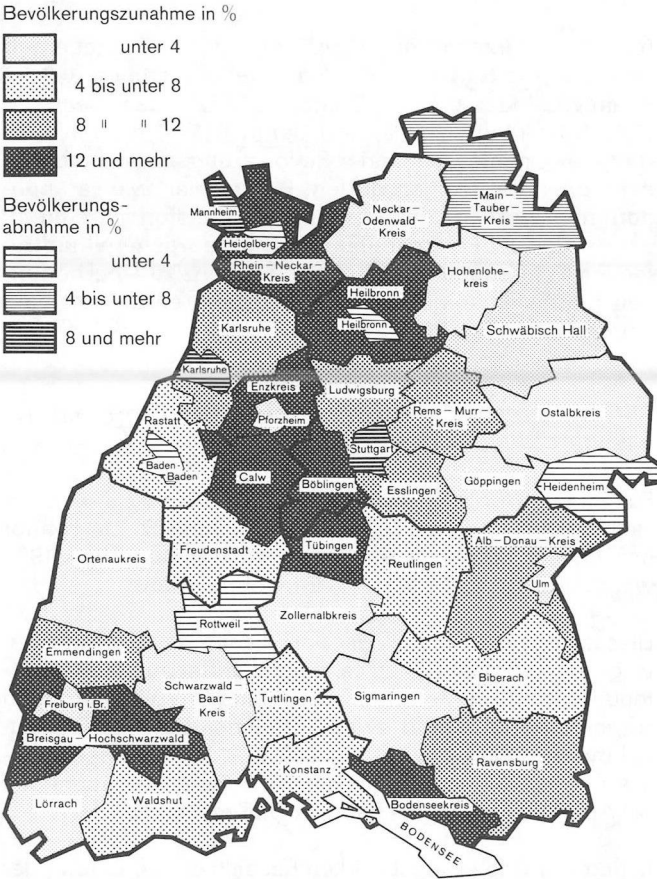
Faßt man die Ergebnisse aller Landkreise zusammen, so zeigt sich, daß die Bevölkerungszahl zwischen den Volkszählungen um 7,7% zugenommen hat, bei den Stadtkreisen war demgegenüber ein Bevölkerungsverlust von −7,5% zu konstatieren. In der Folge erhöhte sich der Anteil der Einwohner, die in Landkreisen wohnen, von 78,3% auf 80,8%. Derjenige der Einwohner der Stadtkreise verringerte sich von 21,7% auf 19,2%. Es wird noch zu untersuchen sein, ob das Entwicklungsmuster durch die These „Wohnen auf dem Land (soweit verkehrstechnisch optimal erschlossen), Arbeiten in der Stadt“ hinreichend erklärt werden kann.¹⁰

Die Stadtkreise verlieren Einwohner durch Neudefinition des Bevölkerungsbegriffs

Das Erhebungskonzept der Volkszählung 1987 stellte sicher, daß alle Einwohner – auch wenn im Inland mehr als eine Wohnung benutzt wurde – in jeder dieser Wohnungen statistisch erfaßt wurden. Bei Personen mit mehr als einer Wohnung im Inland, immerhin sind dies 364 167, also 3,9% der Bevölkerung Baden- Württembergs, stellt sich nun die Frage, in welchem dieser Wohnsitze sie zur amtlichen Bevölkerungszahl gerechnet werden. Dabei hat sich die Methode der Zurechnung zwischen den Volkszählungen 1970 und 1987 verändert. Die im Zusammenhang mit der amtlichen Bevölkerungszahl 1987 ermittelte „Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung“ – sie wurde am 25. November 1988 mit 9 286 387 festgestellt – umfaßt diejenigen Personen, die im betreffenden Gebiet ihre alleinige Wohnung bzw. ihre Hauptwohnung im Sinne des § 12 des Melderechtsrahmengesetzes 1980 haben.

¹⁰ Diese Entwicklung war schon als Ergebnis der Volkszählung 1970 konstatiert worden. Vgl. hierzu: Gutzeit, Henrik; Kah, Gerhard: Bevölkerungsstruktur, Erwerbstätigkeit und Beschäftigung, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1972, S. 34ff. Bereits 1961 waren diesbezüglich erste Tendenzen zu beobachten. Vgl. hierzu: Kaeser, Hans: Die Wohnbevölkerung in Baden-Württemberg, in: Ergebnisse der Volks- und Berufszählung am 6. Juni 1961, Statistik von Baden-Württemberg, Band 105, Heft 1, S. 112.

Schaubild 2
Bevölkerungszu- bzw. -abnahme in den Stadt- und Landkreisen
- Ergebnisse der Volks- und Berufszählungen 1970 und 1987 -



Nach § 12 des Melderechtsrahmengesetzes ist die Hauptwohnung – soweit mehrere Wohnungen benutzt werden – die vorwiegend benutzte Wohnung. Hauptwohnung einer verheirateten Person, die nicht dauernd getrennt von ihrer Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen liegt.

Demgegenüber wurde bei der Ermittlung der Bevölkerungszahl bei der Volkszählung 1970 die sogenannte „Wohnbevölkerung“ festgestellt. Die Wohnbevölkerung umfaßt diejenigen Personen, die in dem angegebenen Gebiet ihre ständige Wohnung haben. Personen mit mehreren Wohnungen wurden für die Gemeinde gezählt, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen. Für nicht erwerbstätige bzw. nicht in Ausbildung stehende Personen erfolgte die Zuordnung nach dem Ort des überwiegenden Aufenthalts.

Die Art der Abfrage bei der Volkszählung 1987 erlaubte es, die Bevölkerungszahl auch nach den Zurechnungsmethoden des früheren Begriffs der Wohnbevölkerung auszuwerten und somit eine Vergleichbarkeit „im strengen Sinne“ herzustellen. Nach alter Methode ermittelt, ergäbe sich für den Volkszählungstichtag eine Zahl von 9 276 718 Personen, die zur „Wohnbevölkerung“ gehören; das wären im Land 9669 Einwohner weniger. Baden-Württemberg insgesamt kann also einen definitorischen Einwohnergewinn verbuchen.

Allerdings gibt es unter den Kreisen des Landes – insbesondere den Stadtkreisen – solche mit zum Teil hohen definitionsbedingten Verlusten. Diese liegen in Heidelberg (–2,1%) am höchsten, gefolgt von Karlsruhe (–1,6%), dem Landkreis Tübingen (–1,5%), Mannheim (–0,8%), Stuttgart (–0,5%) und Freiburg (–0,1%). Speziell in Heidelberg würde sich – verglichen mit der Volkszählung 1970 – die Bevölkerungsabnahme von 1,5%, würde das Zurechnungsprinzip des Wohnbevölkerungsbegriffs aktuell noch angewendet, sogar in eine Zunahme von 0,6% umwandeln; sicherlich ein Grenzfall. Demgegenüber können – außer Tübingen – alle Landkreise Definitionsgewinne verbuchen. Von den Stadtkreisen aber nur Ulm (0,0%), Pforzheim (0,2%), Heilbronn (0,4%) und Baden-Baden (0,9%).

Faßt man die Stadtkreise und die Landkreise zusammen, so entfällt auf erstere ein Minus von 0,6% und auf letztere ein Plus von 0,3%. Die Basisentwicklung (vgl. oben) wird also durch die Neufestlegung des Bevölkerungsbegriffs zusätzlich verstärkt.

59551 Personen weniger als bei der Bevölkerungsfortschreibung

In der Bevölkerungsfortschreibung wird der durch die Volkszählung 1987 (wie zuvor durch die Volkszählung 1970) ermittelte Bevölkerungsstand unter Berücksichtigung der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle) und der Wanderungsbewegung (Zu- und Fortzüge) auf den jeweils aktuellen Stand weitergerechnet. Dabei sind die Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung besonders genau und verlässlich, weil sie an die ständesamtliche Registrierung gekoppelt sind. Dagegen sind die Statistiken der Wanderungsbewegung an die An- und Abmeldungen bei den Einwohnermeldeämtern gebunden. Vor allem bei Personen mit mehreren Wohnun-

gen ergeben sich dabei gewisse Fehlerquellen, auch wenn im übrigen die Meldevorschriften korrekt eingehalten werden. Hinzu kommt, daß die Melderegister in Baden-Württemberg auf den neuen Hauptwohnungsbegriff bisher nicht umgestellt wurden.¹¹

Aufgrund dieser Mechanismen weicht die bei der Volkszählung 1987 ermittelte Bevölkerungszahl – ähnlich wie dies bei der Volkszählung 1970 der Fall war – von der fortgeschriebenen Bevölkerung ab. Die Differenz beträgt 59551 Personen; um diese Zahl liegt das Volkszählungsergebnis unter demjenigen der Bevölkerungsfortschreibung. Die Abweichung ist nicht in allen Altersgruppen gleich stark ausgeprägt, sondern betrifft besonders jene Altersgruppen, bei denen zum Beispiel im Hinblick auf die schulische und berufliche Ausbildung – außerhalb des Elternhaushaltes – ein Wohnsitz am Ausbildungsort begründet werden muß. In diesen „wanderungsintensiven“ Altersgruppen, schwerpunktmäßig zwischen 20 und 35 Jahren, liegt das Volkszählungsergebnis erwartungsgemäß deutlich unter demjenigen der Bevölkerungsfortschreibung auf der Basis der Volkszählung von 1970.

Es ist evident, daß auch regionale Disparitäten auftreten, insbesondere dann, wenn sich Wirkungsfaktoren wechselseitig überlagern. Allerdings gleichen sich die Effekte auf der Ebene der Regierungsbezirke zumindest zum Teil aus. Mit einer Abweichung des Volkszählungsergebnisses von 1,3% gegenüber der Bevölkerungsfortschreibung hat der Regierungsbezirk Freiburg das größte Minus zu verzeichnen. Ihm folgen die Regierungsbezirke Karlsruhe (–0,8%), Tübingen (–0,6%) und Stuttgart (–0,2%).

Die Stadt- und Landkreise weisen demgegenüber zum Teil positive, zum Teil negative Differenzen auf. Von den Stadtkreisen zeichnen sich die Universitätsstädte Heidelberg (–6,0%) und Freiburg (–3,8%), Karlsruhe (–3,0%) und Stuttgart (–2,7%) – für Fachleute keineswegs unerwartet – durch relativ hohe negative Abweichungen aus. Auch die Stadtkreise Heilbronn (–1,0%) und Mannheim (–0,7%) weisen Abweichungen auf, die leicht unter dem Landesdurchschnitt liegen. Demgegenüber sind in den Stadtkreisen Baden-Baden (+1,7%), Pforzheim (+1,9%) und Ulm (+2,3%) Sonderentwicklungen festzustellen, die wohl auch im Zusammenhang mit der bisher nicht einheitlich durchgeführten Anpassung der Melderegister an die neue Rechtslage gesehen werden müssen.

Von den Landkreisen mit positiver Abweichung gegenüber der Bevölkerungsfortschreibung finden sich die meisten im Regierungsbezirk Stuttgart. In keinem einzigen Landkreis dieses Regierungsbezirks treten negative Differenzen auf, die unter dem Landesdurchschnitt liegen. Ansonsten sind die größten Abweichungen nach unten im Landkreis Tübingen (–3,9%) und im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald (–3,7%) zu beobachten.

Für diese Abweichungen interessieren sich nicht nur Fachstatistiker. Vor allem weil an die amtliche Bevölkerungszahl, die durch die Bevölkerungsfortschreibung laufend weitergerechnet wird, der kommunale Finanzausgleich

¹¹ Vgl. hierzu Gröner, Gerhard: Heiraten, Geburten und Sterbefälle 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/88, S. 360 sowie ders.: Bevölkerungsentwicklung 1984, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7/85, S. 238.

gekoppelt ist, wird das wissenschaftlich-statistische Interesse an der Funktionsweise und den Ergebnissen der Fortschreibungsstatistik im Vergleich zur Bestandsaufnahme der Volkszählung von finanzwirtschaftlichen Betrachtungen überlagert¹² (Tabelle 1).

Über die Hälfte des Bevölkerungswachstums ist auf die Zunahme der Ausländer zurückzuführen

Der Komplex der Strukturdaten zum Bevölkerungsaufbau umfaßt auch Nachweisungen über die Nichtdeutschen, wobei die wachsenden Probleme in diesem Bereich, wie zum Beispiel die Überwindung von Integrationsdefiziten, von den hierfür zuständigen Stellen der Regierung, der Verwaltung, der Wirtschaft und auch der Gesellschaft nur dann allseits zufriedenstellend gelöst werden können, wenn die notwendigen Informationen vorhanden sind. Die Volkszählung 1987 war hierzu besonders geeignet, weil Ausländer wie die deutsche Bevölkerung gezählt wurden. Nicht einbezogen wurden lediglich die Angehörigen der ausländischen Stationierungskräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen, auch wenn diese die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Umsiedler und Spätaussiedler sind als Deutsche erhoben.

Von den 9 286 387 Einwohnern in Baden-Württemberg waren 8 436 710 Deutsche und 849 677 Ausländer. Der Anteil der Ausländer zeigt gegenüber 1970 einen Anstieg von seinerzeit 7,2% auf 9,1% im Mai 1987, wohingegen er 1961 noch bescheidene 2,2% ausmachte. Während der Anteil der männlichen Nichtdeutschen in diesem Zeitraum von 9,3% auf 10,5% anstieg, erhöhte sich der Anteil der weiblichen Nichtdeutschen weit stärker, nämlich von 5,2% auf 7,9%. Abweichend von der Geschlechterproportion in der deutschen Bevölkerung (47,6% männlichen und 52,4% weiblichen Geschlechts) überwiegt bei den Ausländern deutlich das männliche Geschlecht mit 55,6% gegenüber dem weiblichen Geschlecht mit 44,4%. Obgleich die Zunahme bei den Frauen fast doppelt so hoch war wie bei den Männern und außerdem unterstellt werden kann, daß es sich zu einem bedeutenden Teil um zugewanderte Personen handelt, ist die Phase des Nachzugs von Familienangehörigen, insbesondere von Ehefrauen, keineswegs als abgeschlossen zu betrachten.¹³ Die Zunahme des ausländischen Bevölkerungsteils macht im übrigen mehr als die Hälfte (53,1%) des Anstiegs der Gesamtbevölkerung des Landes zwischen den beiden Volkszählungen aus.

Die regionale Verteilung der Ausländer in Baden-Württemberg ist ungleichgewichtig und entspricht nach wie vor überwiegend der räumlichen Verteilung der industriellen Standorte.¹⁴ Fast die Hälfte (46,2%) leben im Regierungsbezirk Stuttgart. Entsprechend hoch ist die Ausländerquote in einzelnen Kreisen dieses Regierungsbezirks. Zum Beispiel weist der Stadtkreis Stuttgart einen Anteil von 17,7% Ausländern auf. Rund jeder sechste Einwohner hat also die deutsche Staatsangehörigkeit nicht. Damit werden regional Ansätze zum Übergang in eine multikulturelle Gesell-

Tabelle 1

Bevölkerung in den Stadt- und Landkreisen 1970 und 1987

Gemeinde Kreis	Bevölkerung am		Abweichung der Volkszählung 1987 (Sp. 2) gegenüber der Bevölkerungsfort- schreibung (Sp. 1)	
	24. Mai 1987 (Bevölkerungsfort- schreibung) ¹⁾	25. Mai 1987 (Volks- zählung 1987)	Anzahl	%
	1	2		
Stadtkreis				
Stuttgart, Landeshauptstadt	567 343	551 904	-15 439	-2,7
Landkreise				
Böblingen	314 862	315 677	+ 815	+0,3
Esslingen	460 353	460 429	+ 76	+0,0
Göppingen	231 303	230 379	- 924	-0,4
Ludwigsburg	439 097	422 389	+ 3 292	+0,7
Rems-Murr-Kreis	360 568	360 634	+ 66	+0,0
Region Mittlerer Neckar	2 373 526	2 361 412	-12 114	-0,5
Stadtkreis				
Heilbronn	112 038	110 970	- 1 068	-1,0
Landkreise				
Heilbronn	253 279	252 458	- 821	-0,3
Hohenlohekreis	86 027	86 103	+ 76	+0,1
Schwäbisch Hall	151 861	154 041	+ 2 180	+1,4
Main-Tauber-Kreis	120 429	121 891	+ 1 462	+1,2
Region Franken	723 634	725 463	+ 1 829	+0,3
Landkreise				
Heidenheim	123 813	125 340	+ 1 527	+1,2
Ostalbkreis	277 602	279 572	+ 1 970	+0,7
Region Ostwürttemberg	401 415	404 912	+ 3 497	+0,9
Regierungsbezirk Stuttgart	3 498 575	3 491 787	- 6 788	-0,2
Stadtkreise				
Baden-Baden	49 296	50 127	+ 831	+1,7
Karlsruhe	268 736	260 591	- 8 145	-3,0
Landkreise				
Karlsruhe	364 021	364 798	+ 777	+0,2
Rastatt	191 085	194 603	+ 3 518	+1,8
Region Mittlerer Oberrhein	873 138	870 119	- 3 019	-0,4
Stadtkreise				
Heidelberg	135 983	127 768	- 8 215	-6,0
Mannheim	297 280	295 191	- 2 089	-0,7
Landkreise				
Neckar-Odenwald-Kreis	128 842	130 656	+ 1 814	+1,4
Rhein-Neckar-Kreis	470 535	465 342	- 5 193	-1,1
Region Unterer Neckar	1 032 640	1 018 957	-13 683	-1,3
Stadtkreis				
Florzheim	104 509	106 530	+ 2 021	+1,9
Landkreise				
Calw	137 166	133 321	- 3 845	-2,8
Enzkreis	165 718	164 639	- 1 079	-0,7
Freudenstadt	102 193	101 957	- 236	-0,2
Region Nordschwarzwald	509 586	506 447	- 3 139	-0,6
Regierungsbezirk Karlsruhe	2 415 364	2 395 523	-19 841	-0,8
Stadtkreis				
Freiburg im Breisgau	185 678	178 672	- 7 006	-3,8
Landkreise				
Breisgau-Hochschwarzwald	210 844	203 111	- 7 733	-3,7
Emmendingen	135 489	132 508	- 2 981	-2,2
Ortenaukreis	354 552	354 655	+ 103	+0,0
Region Südl. Oberrhein	886 563	868 946	-17 617	-2,0
Landkreise				
Rottweil	125 936	126 796	+ 860	+0,7
Schwarzwald-Baar-Kreis	194 205	192 620	- 1 585	-0,8
Tuttlingen	111 854	112 885	+ 1 031	+0,9
Region				
Schwarzwald-Baar-Heuberg	431 995	432 301	+ 306	+0,1
Landkreise				
Konstanz	234 632	231 898	- 2 734	-1,2
Lörrach	192 286	191 004	- 1 282	-0,7
Waldshut	147 222	144 883	- 2 339	-1,6
Region Hochrhein-Bodensee	574 140	567 785	- 6 355	-1,1
Regierungsbezirk Freiburg	1 892 698	1 869 032	-23 666	-1,3
Landkreise				
Reutlingen	244 445	244 246	- 199	-0,1
Tübingen	182 967	175 855	- 7 112	-3,9
Zollernalbkreis	170 833	172 245	+ 1 412	+0,8
Region Neckar-Alb	598 245	592 346	- 5 899	-1,0
Stadtkreis				
Ulm	101 151	103 494	+ 2 343	+2,3
Landkreise				
Alb-Donau-Kreis	160 434	160 244	- 190	-0,1
Biberach	153 312	153 900	+ 588	+0,4
Region Donau-Iller	414 897	417 638	+ 2 741	+0,7
Landkreise				
Bodenseekreis	175 835	172 776	- 3 059	-1,7
Ravensburg	235 482	233 635	- 1 847	-0,8
Sigmaringen	114 842	113 650	- 1 192	-1,0
Region Bodensee-Oberschwaben	526 159	520 061	- 6 098	-1,2
Regierungsbezirk Tübingen	1 539 301	1 530 045	- 9 256	-0,6
Baden-Württemberg	9 345 938	9 286 387	-59 551	-0,6

¹⁾ Ausgangsbasis Volkszählung 1970.

¹² Vgl. hierzu: Gemeinsame Pressemitteilung Finanzministerium Baden-Württemberg und Statistisches Landesamt Baden-Württemberg Nr. 129/1988 vom 25. 11. 1988, besonders S. 3.

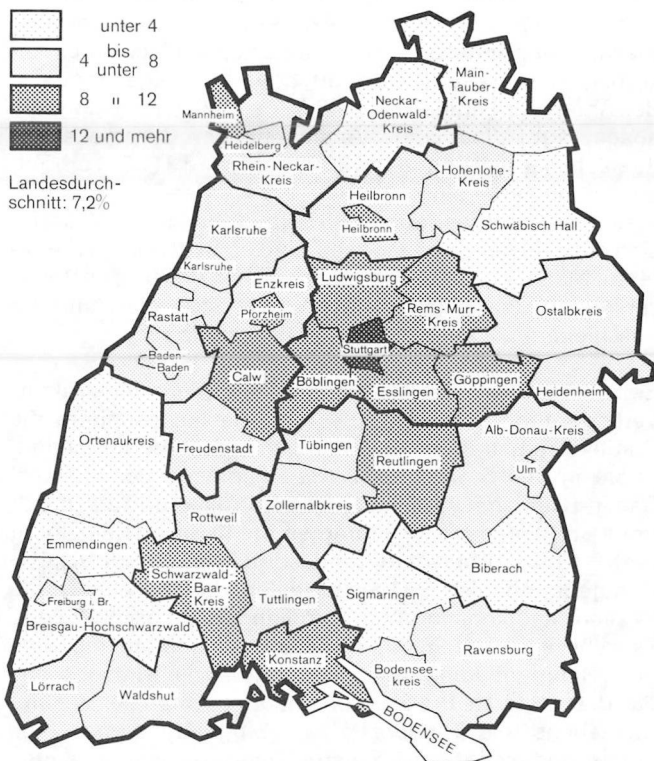
¹³ Vgl.: Steinmann, Regina: Zur Situation der Ausländer, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/88 bes. S. 364 f.

¹⁴ Vgl.: Steinki, Paul; Kaeser, Hans: Die Ausländer in Baden-Württemberg, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 3/71, S. 61.

Anteil der Nichtdeutschen an der Bevölkerung in den Stadt- und Landkreisen 1970 und 1987

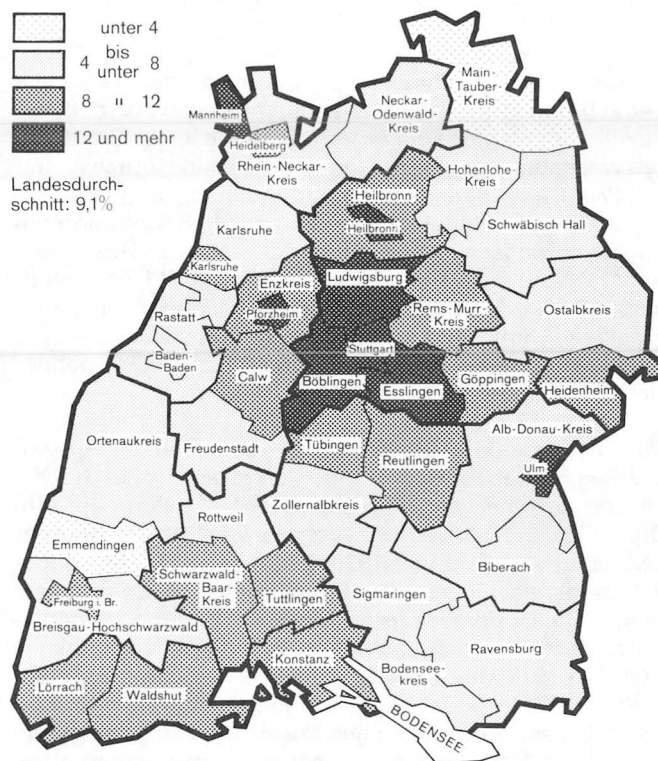
Anteil in %

Volks- und Berufszählung 1970



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

Volks- und Berufszählung 1987



486 88

schaft deutlich. Die Region Mittlerer Neckar insgesamt verfügt über eine Quote der Nichtdeutschen von 13,3% (Schaubild 3).

Naturgemäß wird diese hohe Ausländerkonzentration von den anderen Regierungsbezirken nicht erreicht. Im Regierungsbezirk Karlsruhe wohnt jeder fünfte Nichtdeutsche Baden-Württembergs (24,7%), der Anteil an der Gesamtbevölkerung des Regierungsbezirks liegt mit 8,8% knapp unter dem Landesdurchschnitt (9,1%). Speziell die Stadtkreise Mannheim (15,0%) und Heidelberg (10,4%) weisen zweistellige Anteilswerte auf. In den Regierungsbezirken Freiburg, wo 15,3% der Ausländer des Landes wohnen, und Tübingen (13,8%) erreichen die Anteile an der Gesamtbevölkerung den Landesdurchschnitt (9,1%) nicht.

Faßt man die Stadtkreise zusammen, so zeigt sich, daß hier 28,2% der Nichtdeutschen wohnen, in den Landkreisen dagegen 71,8%. Entprechend liegt die Ausländerquote, also der Anteil der Ausländer an der Referenzbevölkerung, mit 13,4% in den Stadtkreisen weit über dem Landesdurchschnitt, in den Landkreisen dagegen mit 8,1% um einen Prozentpunkt darunter.

Zahl der Hochbetagten fast verdoppelt – mehr Geschiedene

Um den Rahmen dieses Beitrags nicht zu sprengen, beschränkt sich die Darstellung der Altersgliederung der

Bevölkerung auf den Nachweis der Bestände und ausgewählte Entwicklungen. Die Ursachen für die Tendenzen sind teilweise äußerst komplex, und deren Erforschung muß detaillierten Spezialuntersuchungen vorbehalten bleiben. Dabei finden die Veränderungen der Altersstruktur der Bevölkerung des Landes in jüngster Zeit wachsende Aufmerksamkeit.¹⁵

Im Vergleich zu 1970 lassen sich deutliche Verschiebungen zugunsten der älteren Jahrgänge beobachten. Von 1970 bis 1987 verringerte sich der Anteil der unter 15jährigen von 24,3% auf 15,4%. Demgegenüber erhöhte sich der Anteil der 15- bis unter 45jährigen von 42,7% auf 45,0%, der 45- bis unter 65jährigen von 21,4% auf 25,3% sowie der 65jährigen und Älteren von 11,6% auf 14,3%. Ganz besonders stark ist in diesem Zeitraum der Anteil der „Hochbetagten“ (75 Jahre und älter) angestiegen; er hat sich von 3,7% auf 6,7% beinahe verdoppelt. Die absolute Zahl erhöhte sich von 326 300 auf rund 622 300.

Besonders ausgeprägt ist der Alterungsprozeß in der weiblichen Bevölkerung: Der Anteil der 65jährigen und Älteren erhöhte sich von 13,8% im Jahre 1970 auf 18,1% im Jahre 1987, darunter bei den 75jährigen und Älteren von 4,6%

¹⁵ Vgl.: Bericht der Kommission „Altern als Chance und Herausforderung“, erstellt im Auftrag der Landesregierung Baden-Württemberg, Stuttgart 1988.

auf 8,8%. Deren absolute Zahl ist um 87,8% auf 423 076 angestiegen. Damit sind reichlich zwei Drittel in dieser Gruppe der „Hochbetagten“ weiblichen Geschlechts. Dieser langsam voranschreitende Alterungsprozeß dürfte nicht ohne Rückwirkungen auf Leitlinien und Schwerpunkte des gesellschaftspolitischen Handlungsbedarfs bleiben, wird doch die Bevölkerungsweise¹⁶ insgesamt berührt.

Interessante Aufschlüsse ergibt auch die regionale Betrachtung. Die Tatsache ist bemerkenswert, daß die Bevölkerungsanteile der unter 15jährigen in den Stadtkreisen wesentlich niedriger liegen als im Landesdurchschnitt (15,4%). Dabei befindet sich Baden-Baden, wegen seiner besonderen Stellung als Kurstadt, mit 10,8% am unteren Ende der Rangskala, dicht davor der Stadtkreis Heidelberg mit 11,1% sowie die Stadtkreise Karlsruhe (11,7%), Stuttgart (12,0%), Freiburg (12,2%) und Mannheim (12,3%). Pforzheim nimmt mit 13,3% eine Sonderstellung ein. Die Stadtkreise Heilbronn (14,2%) und Ulm (14,5%) nähern sich dem Landesdurchschnitt.

Der Anteil der unter 15jährigen ist nur in wenigen Kreisen des Regierungsbezirks Tübingen vergleichsweise „hoch“. Es sind dies der Landkreis Biberach (18,1%) und der Alb-Donau-Kreis (18,0%). Aber auch hier wird nicht einmal der Landesdurchschnitt von 1970 (24,3%) erreicht. Alle anderen Landkreise liegen – zum Teil erheblich – unter dieser Marke. Die Dramatik dieser Entwicklung wird noch deutlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Stadtkreis Stuttgart 1970 mit einem für damalige Verhältnisse extrem niedrigen Wert an unter 15jährigen (17,2%) immer noch höher lag als heute diejenigen Kreise, die durch besonders hohe Anteile an Personen dieser Altersgruppe hervortreten. Der Sachverhalt zwingt nachgerade, insbesondere auch im Zeitvergleich, von „Kinderarmut“ zu sprechen. Die Situation ist in den Landkreisen vergleichsweise weniger stark ausgeprägt. Dieses Ergebnis könnte aber zum Teil auch dadurch hervorgerufen worden sein, daß besonders junge Familien – aus welchen Gründen auch immer – in die Umlandzonen der Städte abwanderten, was noch im Detail untersucht werden muß.

Ähnliche regionale Unterschiede ergaben sich hinsichtlich der Anteile der über 65jährigen (*Schaubild 4*). Der Landesdurchschnitt von 14,3% wird von allen Stadtkreisen deutlich überschritten. Baden-Baden liegt mit 22,4%, also mehr als einem Fünftel, an der Spitze, Freiburg mit 15,9% am Ende der Skala. Auch hier fällt der Regierungsbezirk Tübingen dadurch auf, daß die Landkreise mit überwiegend niedrigen Altenanteilen hier anzutreffen sind: der Landkreis Tübingen mit 11,7%, der Alb-Donau-Kreis mit 12,8% und der Landkreis Sigmaringen mit 13,0%.

Bei diesem langfristig zu beobachtenden Strukturbild dürfte der überdurchschnittliche Anteil im Rentenalter stehender Personen in den Stadtkreisen dadurch mit bedingt sein, daß alte Menschen aus Gründen der nachlassenden Mobilität und der guten Versorgungsmöglichkeiten eher an ihrem bisherigen Wohnsitz verbleiben¹⁷, während ein

Teil der Personen im erwerbsfähigen Alter aus den Stadtkreisen abwandert. Erst detaillierte Untersuchungen auf der Basis funktionaler Stadt-Land-Gliederungen werden jedoch über diese Zusammenhänge endgültig Aufschluß geben können.

Weniger deutliche Verschiebungen lassen sich – auf den ersten Blick – unter dem Aspekt des Familienstandes ausmachen. Der Anteil der Verheirateten an der Gesamtbevölkerung hat sich kaum verändert; etwas zurückgegangen ist der Anteil der Ledigen (von 42,0% auf 40,2%). Besonders ausgeprägt ist jedoch der Anstieg bei den Geschiedenen; ihre Zahl hat sich von rund 135 000 auf rund 317 500 erhöht, so daß sie heute einen Anteil von 3,4% der Gesamtbevölkerung haben (gegenüber 1,5% im Jahr 1970). Während sich die Zahl der geschiedenen (und nicht wieder verheirateten) Männer in den 17 Jahren zwischen den beiden Volkszählungen knapp verdreifachte, hat sich die Zahl der geschiedenen Frauen etwas mehr als verdoppelt.

Erst die regionale Betrachtungsweise fördert hier strukturverändernde Tendenzen zu Tage, die insbesondere die Stadtkreise betreffen. 1970 nämlich lag die Verheiratetenquote in den Stadtkreisen, mit Ausnahme der Kurstadt Baden-Baden mit ihrer besonderen Struktur und den durch hohe Studentenanteile geprägten Stadtkreisen Heidelberg und Freiburg, über dem Landesdurchschnitt von 49,0%. Demgegenüber ist 1987 festzustellen, daß dieselbe Quote in allen Stadtkreisen unter dem Landesdurchschnitt liegt. Es steht zu vermuten, daß diese Entwicklung durch günstigere Rahmenbedingungen für neue soziale Phänomene wie die verstärkte Praktizierung neuer Formen des Zusammenlebens und Tendenzen zur „Singularisierung“ (vgl. unten) begünstigt wird. Entsprechend hat sich der Anteil der ledigen und geschiedenen Personen, faßt man beide Gruppen zusammen, gegenüber den Ergebnissen der Volkszählung 1970 um mehrere Prozentpunkte erhöht. Es überrascht nicht, daß der Anteil der Geschiedenen¹⁸ in den Stadtkreisen deutlich über dem Landesdurchschnitt (3,4%) liegt, da dasselbe Strukturbild, allerdings auf niedrigerem Niveau, bereits 1970 beobachtet worden war.

Rückgang der christlichen Hauptbekenntnisse – 2,9% Moslems

Ebenso wie früher schon ist bei der Volkszählung 1987 die rechtliche Zugehörigkeit der Personen zu einer Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft erfragt worden. Das religiöse Bekenntnis im Sinne einer Offenlegung der religiösen Überzeugung entzieht sich der statistischen Erfassung. Gliedert man die Bevölkerung nach der Kirchenzugehörigkeit, dann zeigt sich gegenüber 1970 ein deutlicher Rückgang des Anteils sowohl der zur evangelisch-lutherischen Kirche gehörenden Bevölkerung (von 45,8% auf 40,7%) als auch – allerdings weniger ausgeprägt – der zur römisch-katholischen Kirche gehörenden Bevölkerung (von 47,4% auf 45,3%). Sehr stark angestiegen ist der Anteil der nicht zu den beiden großen christlichen Kirchen gehörenden Bevölkerungsgruppe: Er hat sich von 1970 (6,8%) bis 1987 (14,0%) verdoppelt, und zwar gleichermaßen bei der weiblichen wie – wenn auch auf etwas höherem Niveau – bei der männlichen Bevölkerung (*Tabelle 2*). Obwohl also die Bevölkerung Baden-Württembergs zwi-

¹⁶ Vgl. auch, Bolte, Karl Martin; Kappe, Dieter: Struktur und Entwicklung der Bevölkerung, Reihe B der Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialkunde, 2. Aufl., Opladen, 1965, S. 19 ff.

¹⁷ Vgl.: Gawatz, Eberhard: Altersaufbau und Familiengliederung der Bevölkerung in Baden-Württemberg am 6. Juni 1961, in: Statistik von Baden-Württemberg, Band 105, Heft 1, S. 136.

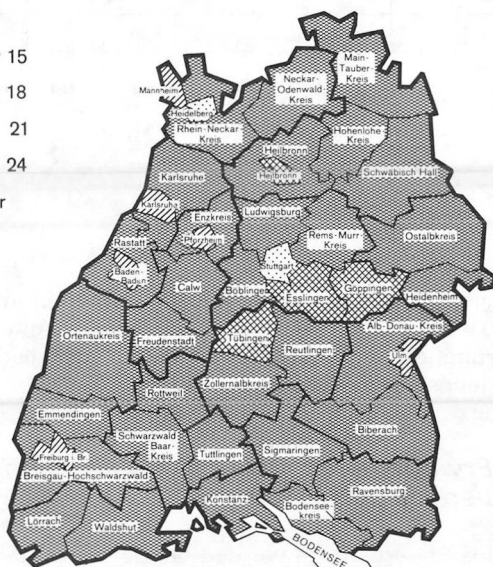
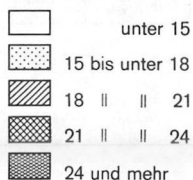
¹⁸ Vgl. hierzu zum Beispiel Gröner, Gerhard: Bevölkerungsentwicklung 1984, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7/85, S. 236.

Bevölkerung in den Stadt- und Landkreisen 1970 und 1987 nach ausgewählten Altersgruppen

Anteil in %

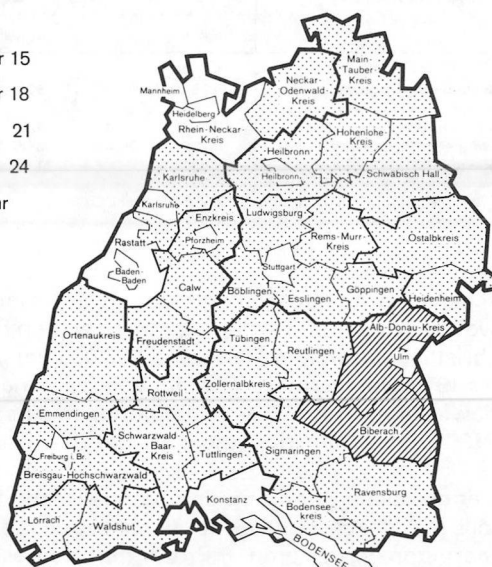
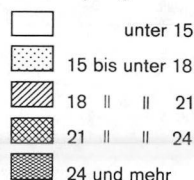
Volks- und Berufszählung 1970

unter 15 jährige

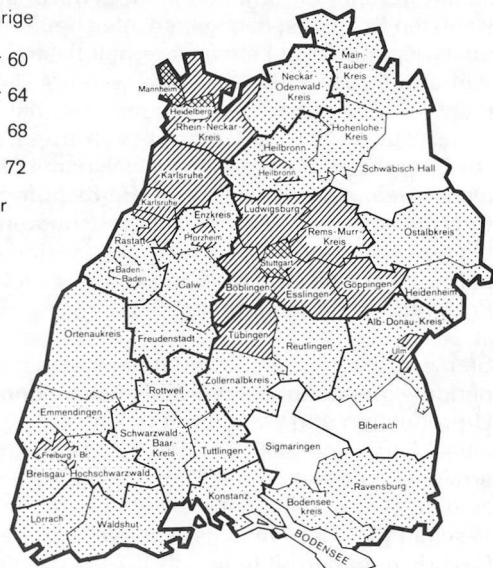
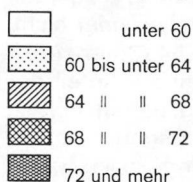


Volks- und Berufszählung 1987

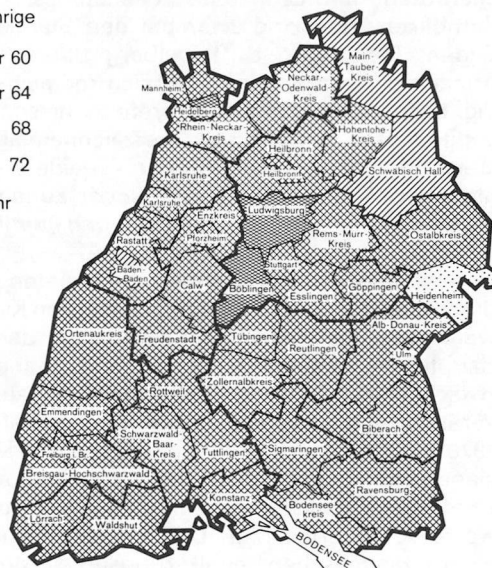
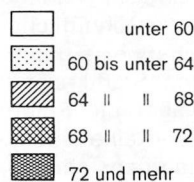
unter 15 jährige



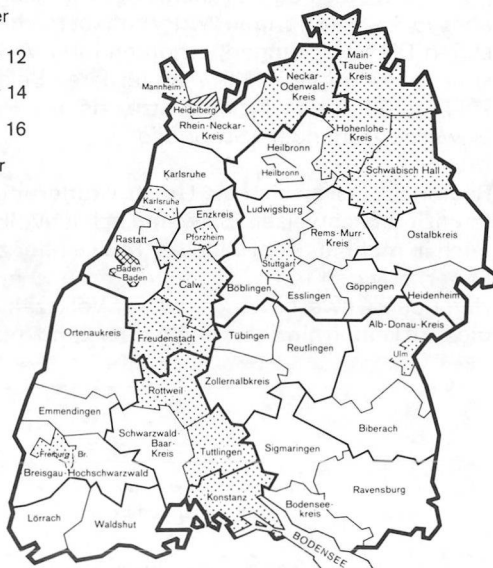
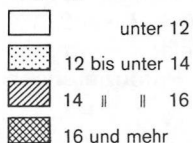
15 bis unter 65 jährige



15 bis unter 65 jährige



65 jährige und älter



65 jährige und älter

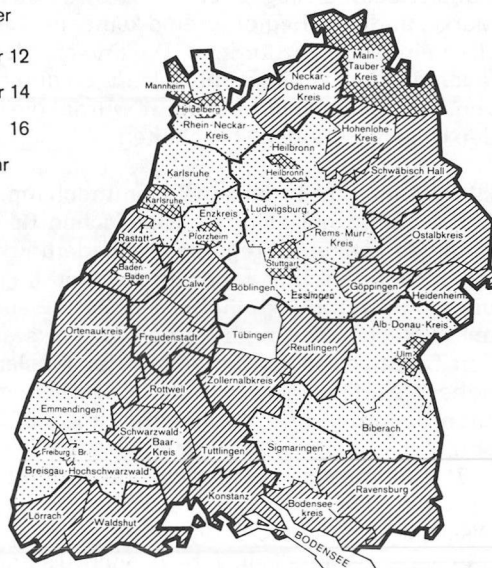
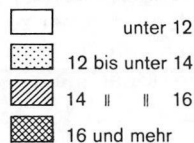


Tabelle 2

Bevölkerung in Baden-Württemberg 1970 und 1987 nach Religion und Geschlecht

Bevölkerung	Zusammen				Männlich				Weiblich			
	27. 5. 1970		25. 5. 1987		1970		1987		1970		1987	
	in 1000	%	in 1000	%	in 1000	%	in 1000	%	in 1000	%	in 1000	%
Bevölkerung insgesamt	8895,0	100	9286,4	100	4286,2	100	4488,1	100	4608,8	100	4798,2	100
davon												
römisch-katholisch	4219,8	47	4203,1	45	2045,2	48	2009,5	45	2174,6	47	2193,7	46
evangelisch-lutherisch ¹⁾	4073,2	46	3782,1	41	1903,6	44	1758,6	39	2169,6	47	2023,6	42
Sonstige	602,0	7	1301,1	14	337,4	8	720,1	16	264,6	6	581,0	12

¹⁾ Bei Volkszählung 1970 einschließlich „evangelische Freikirche“.

schen den beiden Volkszählungen um rund 391 000 Einwohner zugenommen hat, gehören zu den beiden großen christlichen Kirchen 1987 rund 308 000 Personen weniger als 1970. Der erstmals bei einer Volkszählung separat nachgewiesenen islamischen Religionsgemeinschaft gehören 273 192 Personen, das sind 2,9% der Bevölkerung, an.

Der deutliche Rückgang des evangelischen Bevölkerungsteils manifestiert sich – mit Ausnahme des Landkreises Sigmaringen, wo er um 0,6 Prozentpunkte gestiegen ist – in allen Stadt- und Landkreisen des Landes. Anders bei den Katholiken. Hier sind zwar bei den Stadtkreisen Baden-Baden, Freiburg und Heidelberg überdurchschnittliche Abnahmen festzustellen, was sich möglicherweise durch die besonderen Einflußfaktoren in diesen Stadtkreisen erklären läßt. Andererseits verzeichnen aber die Stadtkreise Pforzheim und Heilbronn – beide von einem sehr niedrigen Anteil ausgehend – sogar Zunahmen; ebenso die Landkreise Calw, Freudenstadt und Reutlingen.

Unterstellt man, es sei richtig zu behaupten, ein Gebiet sei durch eine der beiden großen christlichen Kirchen geprägt, wenn über die Hälfte der Bevölkerung der betreffenden Hauptkirche zugerechnet werden kann, dann ergeben sich zwischen den Zählungen regional durchaus gravierende Veränderungen. Waren nämlich im oben definierten Sinne 1970 vier Regionen von der evangelischen Kirche geprägt, sieben von der katholischen und eine Region, nämlich der Untere Neckar nicht zuordenbar, so ergibt sich 1987 ein teilweise verändertes Bild: Drei Regionen haben nunmehr einen evangelischen Bevölkerungsanteil von über 50%, bei sieben Regionen liegt der Anteil der Katholiken über dieser Marke, und zwei Regionen sind keiner der beiden Hauptkirchen eindeutig zuzuordnen. Die Entscheidung darüber zu fällen, inwiefern diese Entwicklungen durch den Zustrom von Nichtdeutschen beeinflusst wurde, bleibt nachgehenden Untersuchungen vorbehalten.

Interessant ist es in diesem Zusammenhang, den Anteil der Bevölkerung, der sich der islamischen Religionsgemeinschaft zurechnet, in regionaler Gliederung zu betrachten. Mit 2,9% Anteil im Landesdurchschnitt liegt er immerhin um 0,7 Prozentpunkte höher als der Gesamtausländeranteil in Baden-Württemberg bei der Volkszählung 1961. In den Stadtkreisen ist der Anteil der Moslems signifikant höher als im Landesdurchschnitt. Die höchste Quote erreichen Heilbronn und Mannheim mit je 5,6%, dicht gefolgt von Ulm mit 5,2%. Auch Stuttgart (4,1%) und Pforzheim (3,7%) übertreffen den Landesdurchschnitt noch deutlich. Vor diesem Hintergrund werden die hier und da geführten Diskussionen um die Baugenehmigung für eine Moschee durchaus verständlich, fehlen doch bislang noch ausgeprägte Zentren zur Ausübung dieser nichtchristlichen Reli-

gion. Es fällt auf, daß – ausgenommen Emmendingen mit 0,9% – auch unter den Landkreisen der Anteil der Bevölkerung, der zur islamischen Religionsgesellschaft zählt, nirgends unter einem Prozent liegt.

Erwerbstätigkeitsquote stabil – Dienstleistungsbereich gewachsen

Als Erwerbstätige wurden bei der Berufszählung alle Personen gezählt, die irgend einem Erwerb, sei er auch nur kleinsten Umfangs, nachgehen, gleichgültig, ob sie daraus überwiegend ihren Lebensunterhalt bestreiten oder nicht. Von den 9 286 387 Einwohnern waren 4 354 735 erwerbstätig. Die Erwerbstätigkeitsquote, ermittelt als Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung, beträgt 46,9%. Die Erwerbstätigkeitsquote hat sich damit gegenüber 1970 nicht geändert. Auch die Betrachtung nach dem Geschlecht zeigt, daß die Tätigkeitsquoten relativ stabil blieben, diejenige der Männer ging um einen Prozentpunkt auf 59,1% zurück, diejenige der Frauen erhöhte sich um 0,8 Prozentpunkte auf nunmehr 35,5 %.

Starke strukturelle Verschiebungen gab es in der Referenzperiode innerhalb der Wirtschaftsbereiche: So verloren Urproduktion und Warenproduktion – sie vereinigten 1970 einen Anteil von 62,6% auf sich – 11,7 Prozentpunkte und erreichen nunmehr einen Anteil von 50,9%. Entsprechend sind im Dienstleistungsbereich heute mehr Erwerbstätige beschäftigt.¹⁹ Der Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung gab 1970 14,3% der Erwerbstätigen Arbeit, nach dem Ergebnis der aktuellen Volkszählung aber 15,3%. Die übrigen Wirtschaftsbereiche, also die Sonstigen Dienstleistungen, erhöhten ihren Anteil von 23,1% sogar auf nunmehr 33,8%. Im tertiären Sektor zusammen sind damit mehr Arbeitsplätze als im Produzierenden Gewerbe vorhanden (*Schaubild 5*).

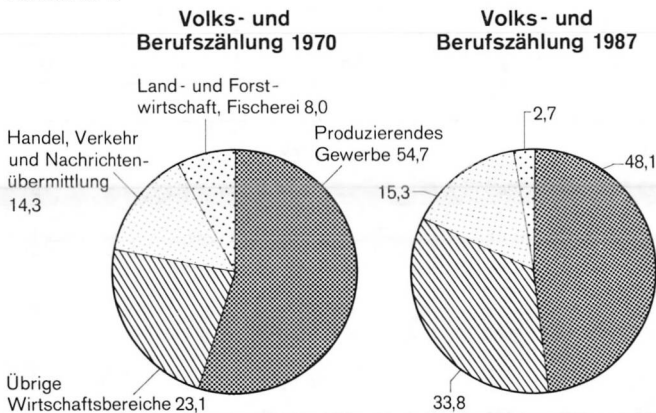
Regional²⁰ lassen sich die Umstrukturierungsprozesse differenziert nachweisen. So waren bei der Volkszählung 1970 noch in mehr als der Hälfte der Kreise über zwei Drittel der Erwerbstätigen in der Urproduktion und im Warenproduzierenden Gewerbe tätig; bei der Volkszählung 1987 trifft dies auf keinen einzigen Stadt- oder Landkreis mehr zu.

¹⁹ Vgl. hierzu Märtz, Ulrike: Dienstleistungen im Wandel – Anforderungen an die amtliche Statistik, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12/88, S. 525 ff.

²⁰ Durch die Neudefinition des Bevölkerungsbegriffs ergeben sich teilweise Abweichungen, welche die Interpretationsmöglichkeit beeinflussen.

Erwerbstätige in Baden-Württemberg 1970 und 1987 nach Wirtschaftsbereichen

Anteile in %



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

477 88

Betrachtet man speziell den Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft, so hatten 1970 noch knapp die Hälfte der Landkreise eine landwirtschaftlich orientierte Erwerbsbevölkerung von zehn und mehr Prozentanteil; bei der Volkszählung 1987 erreichte nur noch jeder vierte Landkreis einen Erwerbstätigenanteil in der Land- und Forstwirtschaft von fünf und mehr Prozent, was den tiefgreifenden Strukturwandel dokumentiert. Die Anzahl der in der Land- und Forstwirtschaft erwerbstätigen Personen hat sich um knapp zwei Drittel auf ca. 119 000 Personen verringert. Im Land Baden-Württemberg gibt es mithin weniger in der Land- und Forstwirtschaft erwerbstätige Personen als zum Beispiel im Dienstleistungsbereich allein des Stadtkreises Stuttgart.

Im Produzierenden Gewerbe haben, mit Ausnahme des Landkreises Biberach und des Main-Tauber-Kreises, alle Kreise einen Rückgang des Anteils an Erwerbstätigen zu verzeichnen. Während noch 1970 über 70% der Stadt- und Landkreise mehr als 50% der Erwerbstätigen im Sekundärbereich beschäftigt hatten, waren dies 1987 nur noch knapp die Hälfte der Kreise. Rein zahlenmäßig wurden die Arbeitsplätze, soweit sie in der Urproduktion und im Warenproduzierenden Gewerbe verloren gingen, im Dienstleistungsbereich neu geschaffen.

Noch 1970 gab es lediglich fünf Kreise, bei denen der Anteil der im Tertiärbereich tätigen die Hälfte und mehr ausmachte, nämlich die Stadtkreise Freiburg, Stuttgart, Baden-Baden, Heidelberg und Karlsruhe; kein einziger Landkreis hatte einen so hohen Anteil an Beschäftigten im Dienstleistungsbereich aufzuweisen. Bei der Volkszählung 1987 erreichten zusätzlich zu den Stadtkreisen, die bereits 1970 die „50-Prozent-Marke“ überschritten hatten, die Stadtkreise Mannheim und Heilbronn sowie die Landkreise Karlsruhe, Breisgau-Hochschwarzwald, Konstanz, Tübingen und der Rhein-Neckar-Kreis diese Grenze. Außer in den Stadtkreisen, die bekanntlich Zentren des Handels und Verkehrs sowie bevorzugter Sitz von Banken, Versicherungen, Organisationen, Verbänden, Gebietskörperschaften und der Anbieter von Dienstleistungen im engeren Sinne sind, treten zunehmend auch in Landkreisen Sonderfaktoren auf, die Entwicklungen in Richtung auf die

erwartete Dienstleistungsgesellschaft auslösen, ein Moment, das noch durch Spezialuntersuchungen durchleuchtet werden muß.

Betrachtet man den Tertiärbereich ohne den Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr sowie Nachrichtenübermittlung, also die sogenannten Übrigen Wirtschaftsbereiche, dann ist festzustellen, daß die Stadtkreise Heidelberg (57,7%), Freiburg (56,0%) und Baden-Baden (52,9%) also Städte mit spezifischen Dienstleistungssituationen, hier über die Hälfte der Erwerbstätigen beschäftigen. Offensichtlich zeigt die zukunftsorientierte regionale Strukturpolitik des Landes auf dem Feld der Umstrukturierung der Wirtschaft besondere Wirkung.

Rund 770 000 Haushalte mehr als 1970

Auch wenn vielleicht erst ein Ansatz im Rahmen einer demografischen Gesamtrechnung, den Aspekt der Haushalts- und Familienbildung angemessen miteinbezieht, die langfristige Entwicklung auf ihre Ursachen zurückführen und nachvollziehbar machen kann, lassen sich auch im globalen Zahlenvergleich erste interessante Grundtendenzen erkennen. So hat sich die Zahl der Haushalte gegenüber der Volkszählung 1970, im Verlauf von nunmehr 17 Jahren, um rund 0,8 Mill., also um etwa ein Viertel, auf ca. 3,9 Mill. erhöht. Dies entspricht – eine gleichmäßige Entwicklung unterstellt – einer jährlichen Zunahme von rund 45 400 Haushalten. Diesem jährlichen Plus steht, bei gleicher Annahme, eine Bevölkerungszunahme von rund 23 000 Personen gegenüber.

Diese Entwicklung bedingt mithin eine Verkleinerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße. Betrug diese nach der Volkszählung 1970 noch 2,8 Personen, so sind es 1987 nur noch 2,4 Personen. Für die gewandelte Struktur der Haushalte ist kennzeichnend, daß vor allem die Ein- und Zwei-Personen-Haushalte mit 65,1% bzw. 31,3% deutlich zugenommen haben; dies kann insgesamt von der demographischen Seite her als Ausdruck einer zunehmenden „Singularisierung“ in unserer Gesellschaft verstanden werden. Auf diese Haushaltstypen sowie in gewissem Grade auch auf die zahlenmäßig angestiegenen Drei- und Vier-Personen-Haushalte mit 13,7% bzw. 17,0% ist die insgesamt stark angewachsene Zahl der privaten Haushalte zurückzuführen. Demgegenüber haben sich die größeren Haushalte mit 5 und mehr Personen drastisch (um 34,2%) reduziert; ihr Anteil halbierte sich im Beobachtungszeitraum knapp. Diese Entwicklung kann nicht ohne Einfluß auf die Nutzung des Wohnungsbestandes einerseits und die Dimensionierung des geplanten Wohnungszuganges bleiben. Die durchschnittliche Haushaltsgröße beträgt im Jahr 1987 in den Landkreisen 2,50 Personen, was etwa der entsprechenden Größe in den Stadtkreisen im Jahr 1970 (2,44 Personen) entsprach. In den Stadtkreisen beträgt sie nunmehr 1,97 Personen (Tabelle 3).

Die Frage, ob im Hinblick auf die Haushaltsstrukturen die Stadtkreise der Entwicklung der Landkreise vorausseilen, die oben dargestellte Entwicklung könnte dahingehend interpretiert werden, muß bei der aktuellen Datenlage noch unbeantwortet bleiben. Dennoch überrascht das Ausmaß der Verkleinerung der Haushalte. Speziell in den Stadtkreisen Freiburg und Heidelberg beträgt der Anteil der 1-Personen-Haushalte mehr als 50%, was durch die besondere Situation – sie zeichnen sich durch einen hohen Anteil an Studierenden aus – erklärbar scheint. Aber auch im Stadt-

Tabelle 3

Verteilung der Privathaushalte in den Stadt- und Landkreisen 1970 und 1987 nach der Haushaltsgröße
Ergebnisse der Volks- und Berufszählungen

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Privathaushalte insgesamt		Davon mit . . . Personen									
			1		2		3		4		5 und mehr	
	1970	1987	1970	1987	1970	1987	1970	1987	1970	1987	1970	1987
	in 1000		%									
Stadtkreis												
Stuttgart, Landeshauptstadt	264,3	283,6	35,7	47,1	28,4	26,5	17,5	13,2	11,9	9,6	6,5	3,5
Landkreise												
Böblingen	90,0	128,9	21,4	29,4	25,4	27,0	20,6	18,6	18,9	17,9	13,7	7,1
Esslingen	153,8	194,4	24,3	31,7	26,5	27,8	20,3	18,0	17,5	16,3	11,5	6,2
Göppingen	80,8	93,5	22,8	28,4	26,8	28,4	20,6	19,1	17,2	16,7	12,5	7,4
Ludwigsburg	142,4	184,4	22,9	30,0	26,9	28,6	20,7	18,6	17,9	16,6	11,7	6,2
Rems-Murr-Kreis	116,3	148,3	21,5	29,4	26,6	28,6	20,8	18,3	18,4	17,0	12,7	6,6
Region Mittlerer Neckar	847,7	1 033,0	26,8	34,7	27,1	27,7	19,6	17,0	16,1	19,9	10,5	5,7
Stadtkreis												
Heilbronn	44,9	50,0	30,1	35,7	27,4	28,7	18,9	16,8	14,9	13,4	8,7	5,4
Landkreise												
Heilbronn	74,0	97,8	19,6	25,3	25,0	27,5	19,8	19,5	18,9	18,8	16,7	8,9
Hohenlohekreis	25,7	31,7	18,3	24,4	22,8	26,0	17,6	17,8	17,6	19,1	23,7	12,7
Schwäbisch Hall	45,9	58,0	19,0	26,0	22,4	26,0	17,9	17,8	17,5	18,1	23,2	12,1
Main-Tauber-Kreis	38,9	45,8	18,4	25,6	22,2	25,8	17,4	18,0	17,9	18,5	24,1	12,2
Region Franken	229,2	283,2	21,2	27,3	24,2	27,0	18,6	18,3	17,5	17,7	18,5	9,9
Landkreise												
Heidenheim	44,1	50,0	20,5	27,2	26,5	27,8	20,7	19,2	17,8	17,1	14,5	8,6
Ostalbkreis	87,4	106,2	20,3	2,7	24,3	2,6	19,2	1,8	17,5	1,8	18,7	1,1
Region Ostwürttemberg	131,5	156,2	20,4	26,9	25,1	26,4	19,7	18,3	17,6	17,9	17,3	10,4
Regierungsbezirk Stuttgart	1 208,4	1 472,4	25,0	32,5	26,3	27,4	19,4	17,4	16,5	15,7	12,7	7,0
Stadtkreise												
Baden-Baden	20,7	24,2	31,3	42,1	29,3	29,1	17,1	14,7	13,2	10,4	9,1	3,7
Karlsruhe	117,1	133,0	32,4	44,5	28,2	28,1	18,6	14,6	13,1	9,4	7,7	3,4
Landkreise												
Karlsruhe	111,4	144,9	19,4	25,4	25,3	28,3	21,3	21,6	19,5	18,0	14,5	6,7
Rastatt	61,5	77,6	18,5	25,8	25,5	28,9	20,7	21,0	18,6	17,1	16,7	7,3
Region Mittlerer Oberrhein	310,8	379,7	24,9	33,2	26,7	28,4	19,9	18,6	16,5	14,3	12,0	5,5
Stadtkreise												
Heidelberg	56,0	70,8	40,7	53,7	25,4	23,4	16,1	11,9	10,9	7,7	7,0	3,3
Mannheim	138,2	148,5	33,9	45,1	29,4	28,3	18,7	14,5	11,5	8,6	6,6	3,5
Landkreise												
Neckar-Odenwald-Kreis	41,0	48,0	19,0	23,9	23,5	25,8	18,9	20,3	17,3	19,0	21,3	11,1
Rhein-Neckar-Kreis	145,6	192,7	21,1	28,1	26,9	29,6	22,0	20,7	17,5	15,7	12,4	5,9
Region Unterer Neckar	380,8	460,0	28,4	37,1	27,2	27,9	19,6	17,3	14,3	12,5	10,4	5,3
Stadtkreis												
Pforzheim	42,1	50,6	28,4	39,2	28,9	28,6	20,0	16,2	14,2	11,6	8,5	4,4
Landkreise												
Calw	40,6	54,3	24,7	32,0	25,1	26,0	17,6	16,8	15,9	16,3	16,8	8,9
Enzkreis	51,2	65,1	20,9	25,4	26,2	28,8	20,8	20,5	18,5	18,0	13,7	7,3
Freudenstadt	31,3	39,9	20,9	29,5	24,4	26,0	18,0	16,8	17,7	16,9	18,9	10,8
Region Nordschwarzwald	165,1	209,9	23,7	31,2	26,3	27,5	19,3	17,8	16,6	15,8	14,1	7,7
Regierungsbezirk Karlsruhe	856,7	1 049,5	26,3	34,5	26,8	28,0	19,6	17,9	15,5	13,8	11,7	5,8
Stadtkreis												
Freiburg im Breisgau	70,8	96,6	38,6	53,7	23,9	22,6	16,1	11,6	12,0	8,3	9,4	3,8
Landkreise												
Breisgau-Hochschwarzwald	50,2	79,7	19,5	27,9	22,8	27,4	17,9	17,7	17,4	16,9	22,3	10,2
Emmendingen	37,2	50,5	18,1	25,8	23,0	26,5	19,1	19,3	17,8	18,2	22,0	10,2
Ortenaukreis	108,0	134,9	19,2	26,2	23,2	26,3	18,4	19,4	17,4	17,3	21,9	10,7
Region Südlicher Oberrhein	266,1	361,6	24,3	33,9	23,3	25,6	17,8	16,9	16,0	14,9	18,7	8,7
Landkreise												
Rottweil	42,7	48,7	20,0	26,6	25,7	26,6	19,0	18,2	17,4	17,8	17,9	10,8
Schwarzwald-Baar-Kreis	65,6	79,2	22,3	30,0	26,3	27,8	19,4	18,2	16,4	15,8	15,7	8,1
Tuttlingen	36,9	43,7	21,0	26,9	26,3	27,7	19,8	18,7	17,0	17,9	16,0	9,8
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	145,2	171,6	21,3	28,3	26,1	27,2	19,4	18,3	16,9	16,9	16,4	9,3
Landkreise												
Konstanz	78,3	102,6	26,4	36,2	25,3	26,9	18,4	16,7	15,6	13,8	14,3	6,4
Lörrach	63,5	78,4	22,4	29,9	24,3	29,0	19,4	18,2	16,9	15,0	17,3	7,9
Waldshut	42,6	56,2	19,5	27,9	23,1	27,1	18,2	17,7	16,9	16,4	22,3	10,9
Region Hochrhein-Bodensee	184,3	237,2	23,3	32,2	24,4	27,7	18,7	17,4	16,4	14,8	17,2	7,9
Regierungsbezirk Freiburg	595,6	770,4	23,2	32,1	24,3	26,6	18,5	17,4	16,3	15,3	17,7	8,6
Landkreise												
Reutlingen	79,2	98,5	23,4	29,7	25,4	27,1	19,4	17,9	17,7	17,0	14,1	8,3
Tübingen	56,5	81,6	33,6	43,8	21,7	21,6	16,3	13,9	14,9	13,6	13,5	7,1
Zollernalbkreis	58,3	67,4	19,8	25,8	26,1	27,7	19,9	19,5	18,5	18,3	15,8	8,8
Region Neckar-Alb	194,0	247,5	25,3	33,3	24,5	25,4	18,6	17,0	17,1	16,3	14,4	8,0
Stadtkreis												
Ulm	37,1	47,1	26,4	39,3	28,2	27,1	19,4	15,1	15,3	12,7	10,8	5,9
Landkreise												
Alb-Donau-Kreis	44,9	57,1	16,9	21,9	22,4	25,5	18,8	19,2	19,1	20,4	22,8	13,0
Biberach	43,7	56,1	18,7	25,0	22,2	24,0	17,2	17,7	17,3	19,2	24,6	14,1
Region Donau-Iller	125,7	160,3	20,3	28,1	24,0	25,5	18,4	17,5	17,3	17,7	19,9	11,3
Landkreise												
Bodenseekreis	49,6	69,7	21,7	30,1	24,5	27,5	19,0	17,0	17,1	16,2	17,7	9,2
Ravensburg	65,6	89,2	20,9	29,7	22,9	25,3	17,8	16,5	16,6	16,6	21,8	12,0
Sigmaringen	32,8	41,1	18,2	25,5	22,0	24,7	18,0	17,5	18,0	18,5	23,8	13,9
Region Bodensee-Oberschwaben	147,9	200,0	20,6	29,0	23,2	25,9	18,3	16,9	17,0	16,8	20,9	11,4
Regierungsbezirk Tübingen	467,6	607,8	22,5	30,5	24,0	25,6	18,5	17,1	17,2	16,8	17,9	10,0
Baden-Württemberg	3 128,5	3 900,2	24,6	32,6	25,7	27,1	19,2	17,5	16,3	15,3	14,2	7,5

kreis Stuttgart besteht nahezu jeder zweite Haushalt (47,1%) aus nur einer Person. Bei den 2-Personen-Haushalten entspricht der Anteil der Stadtkreise mit nur geringfügigen Abweichungen dem Landesdurchschnitt (27,1%), während die übrigen Haushaltstypen – je höher die Zahl der Haushaltsmitglieder, desto deutlicher – darunter liegen, eine Struktur, die in den Landkreisen ihr Spiegelbild findet.

Diese dramatische Verkleinerung der Haushalte ist sicher nicht erklärbar ohne Blick auf die grundlegenden Funktionsänderungen der sozialen Einheit Familie. Offensichtlich hat sich deren Haushaltsfunktion²¹ in der langfristigen Perspektive dadurch gewandelt, daß die Aufgaben der Absicherung, der ökonomischen Produktion und der Erziehung mehr oder weniger abgetreten wurden, was die Tendenzen zur „Singularisierung“ verstärkt. Mit diesen Tendenzen, die noch detailliert untersucht werden müssen, geht aber auch eine gewandelte Nutzung des „Altbestandes“ an Wohnraum einher, während im Politikfeld Neubau von Miet- und Sozialwohnungen die geänderten Haushalts- und Familienstrukturen mit zu bedenken sind.

Erste Ergebnisse der Wohnungs- und Gebäudezählung

Baden-Württemberg hat bundesweit die höchsten Wohnungszugänge

Im Zeitraum von 1968, dem Jahr in dem die letzte allgemeine Gebäude- und Wohnungszählung in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt worden war, und 1987 stieg die Zahl der Wohnungen im Bundesgebiet von 19,7 Mill. auf 26,3 Mill. Dies entspricht einer Steigerungsrate von 34%.

Nach vorläufigen Ergebnissen lag der Zugang – wie auch bei der Bevölkerungszahl – mit 41,2% in Baden-Württemberg am höchsten, dicht gefolgt, mit 39,4%, von Bayern. In Schleswig-Holstein und Hessen erhöhte sich die Zahl der Wohnungen um je 35,0%, in Niedersachsen um 33,9%. Nordrhein-Westfalen (33,6%), Rheinland-Pfalz (30,8%), das Saarland (19,5%), Hamburg (18,8%), Bremen (18,1%) und Berlin (12,5%) folgen.

Bei der Zunahme des Bestandes an Gebäuden ergibt sich eine etwas andere Reihenfolge. Die höchste Zuwachsrate (43,1%) hat Schleswig-Holstein, dicht gefolgt von Niedersachsen (40,6%), Bayern (39,6%), Baden-Württemberg (37,9%), Hessen (37,1%), Nordrhein-Westfalen (37,0%), Rheinland-Pfalz (33,6%), dem Saarland (24,9%), Bremen (18,4%), Hamburg (15,1%) und Berlin (12,4%) (Schaubild 6).

Auch im Bereich der Wohnungen und Gebäude ergaben sich gegenüber der auf der Basis der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 fortgeschriebenen Wohnungs- und Gebäudezahlen, nicht unerwartet, recht erhebliche Abweichungen. Diese Differenzen sind zum Teil methodisch begründet. Während sich die Fortschreibung an den baurechtlichen Genehmigungen orientiert, wurde bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 die tatsächliche

Nutzung des Wohnraums erfaßt. Hinzu – und hier sind nachgehende detaillierte Untersuchungen erforderlich, auch unter Einbeziehung regionaler und lokaler Aspekte – kommen Differenzen bei den Abgängen durch Abrisse, Zusammenlegungen und Umwidmungen. Bundesweit lag die fortgeschriebene Wohnungszahl um 3,8% über der bei der Zählung festgestellten, in Baden-Württemberg um 5,0%. Bei den Wohngebäuden war die Abweichung weniger gravierend. Der Bestand wurde bundesweit durch die Fortschreibung um 0,4% überschätzt, in Baden-Württemberg um 1,4%.

3,85 Mill. Wohnungen in Baden-Württemberg

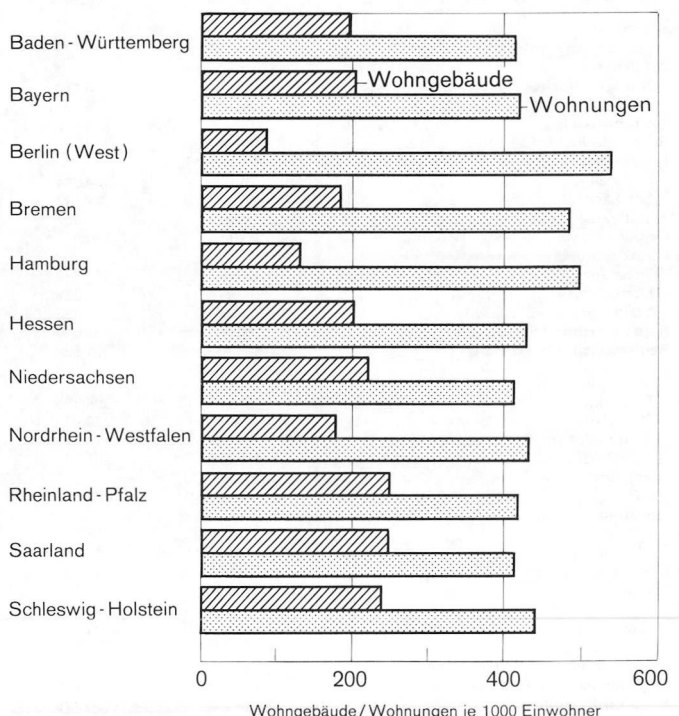
Die Wohnungszählung im Rahmen des Zählungswerkes 1987 ergab zum Stichtag 25. Mai 1987 in Baden-Württemberg insgesamt 3,85 Mill. Wohnungen in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden mit Wohnraum. Verglichen mit dem Ergebnis der letzten Wohnungszählung 1968 ergibt sich ein Zuwachs des Wohnbestandes um 1,12 Mill. Wohnungen, das heißt um über 41%.

Unterstellt man, daß sich der Zuwachs auf die Jahre zwischen den Zählungen gleich verteilt, dann ergibt sich, grob berechnet, eine durchschnittliche jährliche Zunahme von rund 59000 Wohnungen, wobei zum Beispiel Freizeit- und Ferienwohnungen enthalten sind. Ihr steht eine Zunahme von durchschnittlich rund 45000 Privathaushalten gegenüber. Bei diesen Globaldaten ist zu berücksichtigen, daß

Schaubild 6

Wohngebäude und Wohnungen in Baden-Württemberg und den Bundesländern

- Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 -



²¹ Vgl. hierzu: Dritter Familienbericht der Sachverständigenkommission der Bundesregierung, 1979, S. 17.

Tabelle 4

Wohnungen in den Stadt- und Landkreisen 1968 und 1987

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Wohnungen insgesamt am ¹⁾			Zu- bzw. Abnahme		Abweichung	
				der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 (Sp. 3) gegenüber der			
	25. Oktober 1968 (Gebäude- und Wohnungszählung) 1968)	1. Januar 1987 (Fortschreibung des Bestandes) ²⁾	25. Mai 1987 (Gebäude- und Wohnungs- zählung 1987)	Gebäude- und Wohnungszählung 1968 (Sp. 1)		Fortschreibung des Bestandes (Sp. 2)	
				Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6	7
Stadtkreis Stuttgart, Landeshauptstadt	209 480	262 704	269 965	+ 60 485	+28,9	+ 7 261	+ 2,8
Landkreise							
Böblingen	76 052	132 974	126 081	+ 50 029	+65,8	- 6 893	- 5,2
Esslingen	126 470	198 313	188 070	+ 61 600	+48,7	- 10 243	- 5,2
Göppingen	71 093	101 274	92 852	+ 21 759	+30,6	- 8 422	- 8,3
Ludwigsburg	120 419	192 794	182 678	+ 62 259	+51,7	- 10 116	- 5,2
Rems-Murr-Kreis	101 583	157 580	146 562	+ 44 979	+44,3	- 11 018	- 7,0
Region Mittlerer Neckar	705 097	1 045 639	1 006 208	+ 301 111	+42,7	- 39 431	- 3,8
Stadtkreis Heilbronn	37 616	52 143	49 195	+ 11 579	+30,8	- 2 948	- 5,7
Landkreise							
Heilbronn	67 595	110 405	98 513	+ 30 918	+45,7	- 11 892	-10,8
Hohenlohekreis	23 602	35 834	31 893	+ 8 291	+35,1	- 3 941	-11,0
Schwäbisch Hall	43 072	65 666	58 505	+ 15 433	+35,8	- 7 161	-10,9
Main-Tauber-Kreis	36 906	52 187	47 178	+ 10 272	+27,8	- 5 009	- 9,6
Region Franken	208 791	316 235	285 284	+ 76 493	+36,6	- 30 951	- 9,8
Landkreise							
Heidenheim	40 035	54 663	50 006	+ 9 971	+24,9	- 4 657	- 8,5
Ostalbkreis	79 196	116 619	106 987	+ 27 791	+35,1	- 9 632	- 8,3
Region Ostwürttemberg	119 231	171 282	156 993	+ 37 762	+31,7	- 14 289	- 8,3
Regierungsbezirk Stuttgart	1 033 119	1 533 156	1 448 485	+ 415 366	+40,2	- 84 671	- 5,5
Stadtkreise							
Baden-Baden	18 639	25 150	25 936	+ 7 297	+39,2	+ 786	+ 3,1
Karlsruhe	102 433	129 308	125 101	+ 22 668	+22,1	- 4 207	- 3,3
Landkreise							
Karlsruhe	102 015	159 114	144 080	+ 42 065	+41,2	- 15 034	- 9,4
Rastatt	57 440	84 762	78 983	+ 21 543	+37,5	- 5 779	- 6,8
Region Mittlerer Oberrhein	280 527	398 334	374 100	+ 93 573	+33,4	- 24 234	- 6,1
Stadtkreise							
Heidelberg	43 281	58 324	62 492	+ 19 211	+44,4	+ 4 168	+ 7,1
Mannheim	115 986	141 372	147 877	+ 31 891	+27,5	+ 6 505	+ 4,6
Landkreise							
Neckar-Odenwald-Kreis	38 241	54 866	48 861	+ 10 620	+27,8	- 6 005	-10,9
Rhein-Neckar-Kreis	129 625	203 753	194 739	+ 65 114	+50,2	- 9 014	- 4,4
Region Unterer Neckar	327 133	458 315	453 969	+ 126 836	+38,8	- 4 346	- 0,9
Stadtkreis							
Pforzheim	37 231	51 286	49 171	+ 11 940	+32,1	- 2 115	- 4,1
Landkreise							
Calw	35 370	61 231	54 968	+ 19 598	+55,4	- 6 263	-10,2
Enzkreis	46 284	73 131	65 273	+ 18 989	+41,0	- 7 858	-10,7
Freudenstadt	30 047	46 192	42 581	+ 12 534	+41,7	- 3 611	- 7,8
Region Nordschwarzwald	148 932	231 840	211 993	+ 63 061	+42,4	- 19 847	- 8,6
Regierungsbezirk Karlsruhe	756 592	1 088 489	1 040 062	+ 283 470	+37,5	- 48 427	- 4,4
Stadtkreis							
Freiburg im Breisgau	54 526	77 173	83 428	+ 28 902	+53,0	+ 6 255	+ 8,1
Landkreise							
Breisgau-Hochschwarzwald	45 104	83 110	81 824	+ 36 720	+81,4	- 1 286	- 1,5
Emmendingen	34 390	55 041	50 187	+ 15 797	+45,9	- 4 854	- 8,8
Ortenaukreis	100 476	147 762	140 423	+ 39 947	+39,8	- 7 339	- 5,0
Region Südlicher Oberrhein	234 496	363 086	355 862	+ 121 366	+51,8	- 7 224	- 2,0
Landkreise							
Rottweil	39 309	54 844	49 498	+ 10 189	+25,9	- 5 346	- 9,7
Schwarzwald-Baar-Kreis	57 087	87 141	80 709	+ 23 622	+41,4	- 6 432	- 7,4
Tuttlingen	34 268	48 952	44 244	+ 9 976	+29,1	- 4 708	- 9,6
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	130 664	190 937	174 451	+ 43 787	+33,5	- 16 486	- 8,6
Landkreise							
Konstanz	66 059	102 322	100 805	+ 34 746	+52,6	- 1 517	- 1,5
Lörrach	55 776	82 969	78 485	+ 22 709	+40,7	- 4 484	- 5,4
Waldshut	38 763	62 553	58 423	+ 19 660	+50,7	- 4 130	- 6,6
Region Hochrhein-Bodensee	160 598	247 844	237 713	+ 77 115	+48,0	- 10 131	- 4,1
Regierungsbezirk Freiburg	525 758	801 867	768 026	+ 242 268	+46,1	- 33 841	- 4,2
Landkreise							
Reutlingen	69 563	104 525	97 626	+ 28 063	+40,3	- 6 899	- 6,6
Tübingen	43 188	70 932	71 643	+ 28 455	+65,9	+ 711	+ 1,0
Zollernalbkreis	54 319	76 271	68 022	+ 13 703	+25,2	- 8 249	-10,8
Region Neckar-Alb	167 070	251 728	237 291	+ 70 221	+42,0	- 14 437	- 5,7
Stadtkreis							
Ulm	32 167	45 339	45 426	+ 13 259	+41,2	+ 87	+ 0,2
Landkreise							
Alb-Donau-Kreis	41 220	63 355	57 658	+ 16 438	+39,9	- 5 697	- 9,0
Biberach	40 908	61 499	56 294	+ 15 386	+37,6	- 5 205	- 8,5
Region Donau-Iller	114 295	170 193	159 378	+ 45 083	+39,4	- 10 815	- 6,4
Landkreise							
Bodenseekreis	43 545	74 965	71 742	+ 28 197	+64,8	- 3 223	- 4,3
Ravensburg	58 097	91 180	87 896	+ 29 799	+51,3	- 3 284	- 3,6
Sigmaringen	30 720	45 200	41 829	+ 11 109	+36,2	- 3 371	- 7,5
Region Bodensee-Oberschwaben	132 362	211 345	201 467	+ 69 105	+52,2	- 9 878	- 4,7
Regierungsbezirk Tübingen	413 727	633 266	598 136	+ 184 409	+44,6	- 35 130	- 5,5
Baden-Württemberg	2 729 196	4 056 778	3 854 709	+1 125 513	+41,2	-202 069	- 5,0

¹⁾ Wohnungen in Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden mit Wohnraum. – ²⁾ Fortschreibung auf der Basis der Gebäude- und Wohnungszählung 1968.

die vergleichsgerechte Wohnungszahl niedriger liegt als der vorliegende Wert und nach unten korrigiert werden muß, was die Datenlage aber derzeit noch nicht hergibt. Auch sind – wenn eine Interpretation versucht werden soll – die Globaldaten nach regionalen und strukturellen Gesichtspunkten ausdifferenzieren, was Spezialuntersuchungen vorbehalten bleiben muß.²²

In regionaler Sicht zeigt sich eine sehr unterschiedliche Entwicklung (Tabelle 4). So hat sich in der Referenzperiode in den Stadtkreisen der Wohnungsbestand, und hierbei ist zu unterstreichen, daß bei dieser Betrachtung von der bei der Wohnungszählung festgestellten tatsächlichen Nutzung des Wohnraums ausgegangen wird, um rund 30% erhöht; die Zunahme lag also deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Anders in den Landkreisen: hier erhöhte sich die Wohnungszahl stärker als im Landesdurchschnitt. Vergleicht man die Zunahme der Wohnungen mit derjenigen der Haushalte, so ergibt sich für die Stadtkreise im Bereich der Wohnungen rein zahlenmäßig eine etwas stärkere Zunahme als bei den Haushalten. Allerdings können hieraus allein keine direkten Schlußfolgerungen hinsichtlich der Versorgungslage mit Wohnraum gezogen werden, weil zum Beispiel der Faktor „Nachfrage nach Wohnraum“ mit den Daten der Wohnungszählung allein nicht bestimmt werden kann. Interessant ist, daß – bezogen auf den Landeswert – der Anteil der Wohnungen in den Stadtkreisen unter demjenigen der Haushalte liegt, in den Landkreisen also – gemessen an der Zahl der dort wohnenden Haushalte – relativ mehr Wohneinheiten zur Verfügung stehen.

1,9 Mill. Gebäude mit Wohnraum

Bei der im Rahmen des Zählungswerkes 1987 durchgeführten Gebäudezählung zum 25. 5. 1987 wurden etwas über 1,9 Mill. Gebäude mit Wohnraum gezählt. Gegenüber der letzten Gebäudezählung im Jahr 1968, bei der noch knapp 1,39 Mill. Gebäude mit Wohnraum ermittelt worden waren, errechnet sich damit ein Zuwachs von rund 510 000 Gebäuden oder knapp 37%. Beim weitaus überwiegenden Teil der festgestellten Gebäude handelt es sich um Wohngebäude (1,84 Mill.), das heißt Gebäude, in denen mindestens die Hälfte der Nutzfläche Wohnzwecken dient. Nur rund 58 000 Einheiten sind sonstige Gebäude mit Wohnraum, das heißt Gebäude, die überwiegend für gewerbliche, soziale, kulturelle oder Verwaltungszwecke genutzt werden, zum Zeitpunkt der Zählung aber auch bewohnt waren oder zumindest eine leerstehende Wohneinheit enthielten.

Zwar kann es nicht voll befriedigen, die Bestandsdifferenzen an Wohnungen und Gebäuden zwischen den Zählungen zueinander in Beziehung zu setzen. Erst eine umfassende Zugangs-/Abgangsbilanz, die auch regional angelegt wird, vermag nämlich sachliche, regionale und lokale Gesichtspunkte, Entwicklungen und Sonderfaktoren in ihrer Bedeutung zu erkennen und in ihrer Wirkung isoliert zu betrachten. Dennoch erschließt ein solches Vorgehen erste Anhaltspunkte für eine Interpretation. Bildet man aus den Bestandsdifferenzen diesen Koeffizienten, dann ergeben sich je Gebäudezugang im Durchschnitt 2,2 zugegangene Wohneinheiten.

Regional ist die Zunahme der Wohngebäude sehr unterschiedlich (Tabelle 5). In den Stadtkreisen lag sie etwas über 20%, in den Landkreisen nahezu bei 40%. Auch die durchschnittliche Wohnungsgröße des Gebäudezugangs weicht in den Stadt- und Landkreisen – entsprechend der unterschiedlichen Bedarfsstruktur – von einander ab. Sie liegt bei den Gebäudezugängen in den Stadtkreisen bei durchschnittlich 4,6 Wohnungen je Gebäude, bei den Landkreisen bei 2,0 Wohnungen je Gebäude. Zur Verteilung der Gebäude und Wohnungen in den Stadt- und Landkreisen am 25. Mai 1987 (Tabelle 5).

Vorläufige Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung

Baden-Württemberg folgt in der Zuwachsrate Bayern

Die vorläufigen Ergebnisse der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung am 25. Mai 1987 sind nicht zuletzt deshalb von besonderem Interesse, weil, anders als bei den Eckwerten der Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsstatistik, für Arbeitsstätten und Beschäftigte keine Fortschreibung vorhanden ist. Die laufenden Wirtschaftsstatistiken decken nur einen Teil der Wirtschaftsbereiche ab. Es läßt sich ein umfassendes Strukturbild also nur im Zusammenhang mit einer allgemeinen Zählung gewinnen.

Gegenüber der letzten Arbeitsstättenzählung, die 1970 durchgeführt worden war, erhöhte sich die Zahl der Arbeitsstätten um 12,7% auf nahezu 2,6 Mill. und diejenige der Beschäftigten²³ um 10,5% auf rund 27 Mill. In den einzelnen Bundesländern verlief die Entwicklung sehr unterschiedlich. In Baden-Württemberg erhöhte sich die Zahl der Arbeitsstätten um 20,5% und folgte damit hinter Bayern, das ein Plus von 24,1% verbuchen konnte. Mit deutlichem Abstand folgen dann Schleswig-Holstein (16,7%), Nordrhein-Westfalen (12,2%), Hessen (11,6%), Berlin (5,9%), Rheinland-Pfalz (4,7%), Niedersachsen (1,4%) und das Saarland (0,1%). Die Hansestädte Bremen (-2,8%) und Hamburg (-7,8%) mußten sogar Verluste an Arbeitsstätten hinnehmen (Schaubild 7).

Auch die Beschäftigtenentwicklung verlief nach ähnlichem Muster wie diejenige der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten. Baden-Württemberg erreichte eine Zunahme der Beschäftigten um 15,5% und lag damit hinter Bayern (23,1%) und Schleswig-Holstein (16,2%). Darauf folgten die Länder Hessen (11,8%), Rheinland-Pfalz (10,5%), Niedersachsen (6,2%), Nordrhein-Westfalen (4,8%), das Saarland (3,9%) und Berlin (2,1%). Die Hansestädte Hamburg (-2,1%) und Bremen (-4,1%) verloren Beschäftigte.

Regionale Entwicklung im Land stark differenziert

Nach vorläufigen Feststellungen hat sich die Zahl der Arbeitsstätten außerhalb der Landwirtschaft in Baden-

²² Zur regionalen Wohnungsversorgung vgl. etwa: Frank, Eberhard: Wohnverhältnisse und Wohnumwelt, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 4/80, bes. S. 112f.

²³ Bei der Arbeitsstättenzählung werden – im Gegensatz zur Volkszählung – nicht die Personen, sondern die Beschäftigungsfälle gezählt, das heißt Personen mit mehr als einem Arbeitsverhältnis werden auch mehrfach erfaßt.

Tabelle 5

Wohngebäude in den Stadt- und Landkreisen 1968 und 1987

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Wohngebäude am			Zu- bzw. Abnahme		Abweichung	
				der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 (Sp. 3) gegenüber der			
	25. Oktober 1968 (Gebäude- und Wohnungszählung 1968)	1. Januar 1987 (Fortschreibung des Bestandes) ¹⁾	25. Mai 1987 (Gebäude- und Wohnungs- zählung 1987)	Gebäude- und Wohnungszählung 1968 (Sp. 1)		Fortschreibung des Bestandes (Sp. 2)	
				Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6	7
Stadtkreis							
Stuttgart, Landeshauptstadt	57 606	66 377	66 983	+ 9 377	+16,3	+ 606	+0,9
Landkreise							
Böblingen	38 560	60 450	60 163	+ 21 603	+56,0	- 287	-0,5
Esslingen	62 223	89 105	89 733	+ 27 510	+44,2	+ 628	+0,7
Göppingen	35 164	48 417	48 406	+ 13 242	+37,7	- 11	-0,0
Ludwigsburg	56 946	84 891	84 547	+ 27 601	+48,5	- 344	-0,4
Rems-Murr-Kreis	49 934	71 622	71 240	+ 21 306	+42,7	- 382	-0,5
Region Mittlerer Neckar	300 433	420 862	421 072	+120 639	+40,2	+ 210	+0,1
Stadtkreis							
Heilbronn	14 156	18 741	18 802	+ 4 646	+32,8	+ 61	+0,3
Landkreise							
Heilbronn	41 821	64 928	63 422	+ 21 601	+51,7	- 1 506	-2,3
Hohenlohekreis	15 746	22 137	21 176	+ 5 430	+34,5	- 961	-4,3
Schwäbisch Hall	26 863	37 790	36 393	+ 9 530	+35,5	- 1 397	-3,7
Main-Tauber-Kreis	23 426	30 673	29 127	+ 5 701	+24,3	- 1 546	-5,0
Region Franken	122 012	174 269	168 920	+ 46 908	+38,4	- 5 349	-3,1
Landkreise							
Heidenheim	21 932	29 132	28 684	+ 6 752	+30,8	- 448	-1,5
Ostalbkreis	43 247	61 358	60 838	+ 17 591	+40,7	- 520	-0,8
Region Ostwürttemberg	65 179	90 490	89 522	+ 24 343	+37,3	- 968	-1,1
Regierungsbezirk Stuttgart	487 624	685 621	679 514	+191 890	+39,4	- 6 107	-0,9
Stadtkreise							
Baden-Baden	6 851	8 578	9 064	+ 2 213	+32,3	+ 486	+5,7
Karlsruhe	27 702	33 826	33 644	+ 5 942	+21,4	- 182	-0,5
Landkreise							
Karlsruhe	58 077	86 804	85 194	+ 27 117	+46,7	- 1 610	-1,9
Rastatt	30 103	42 014	41 794	+ 11 691	+38,8	- 220	-0,5
Region Mittlerer Oberrhein	122 733	171 222	169 696	+ 46 963	+38,3	- 1 526	-0,9
Stadtkreise							
Heidelberg	13 653	16 713	17 239	+ 3 586	+26,3	+ 526	+3,1
Mannheim	28 692	35 220	35 457	+ 6 765	+23,6	+ 237	+0,7
Landkreise							
Neckar-Odenwald-Kreis	24 576	33 520	32 637	+ 8 061	+32,8	- 883	-2,6
Rhein-Neckar-Kreis	67 353	99 528	100 498	+ 33 145	+49,2	+ 970	+1,0
Region Unterer Neckar	134 274	184 981	185 831	+ 51 557	+38,4	+ 850	+0,5
Stadtkreis							
Pforzheim	10 894	14 934	14 854	+ 3 960	+36,4	- 80	-0,5
Landkreise							
Calw	19 944	29 727	29 253	+ 9 309	+46,7	- 474	-1,6
Enzkreis	26 720	40 989	40 320	+ 13 600	+50,9	- 669	-1,6
Freudenstadt	18 144	24 540	23 753	+ 5 609	+30,9	- 787	-3,2
Region Nordschwarzwald	75 702	110 190	108 180	+ 32 478	+42,9	- 2 010	-1,8
Regierungsbezirk Karlsruhe	332 709	466 393	463 707	+130 998	+39,4	- 2 686	-0,6
Stadtkreis							
Freiburg im Breisgau	16 206	20 238	20 619	+ 4 413	+27,2	+ 381	+1,9
Landkreise							
Breisgau-Hochschwarzwald	26 703	42 086	40 983	+ 14 280	+53,5	- 1 103	-2,6
Emmendingen	19 025	26 532	25 577	+ 6 552	+34,4	- 955	-3,6
Ortenaukreis	56 896	77 176	75 169	+ 18 273	+32,1	- 2 007	-2,6
Region Südlicher Oberrhein	118 830	166 032	162 348	+ 43 518	+36,6	- 3 684	-2,2
Landkreise							
Rottweil	23 243	31 525	30 183	+ 6 940	+29,9	- 1 342	-4,3
Schwarzwald-Baar-Kreis	27 754	37 633	36 294	+ 8 540	+30,8	- 1 339	-3,6
Tuttlingen	20 318	27 844	27 307	+ 6 989	+34,4	- 537	-1,9
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	71 315	97 002	93 784	+ 22 469	+31,5	- 3 218	-3,3
Landkreise							
Konstanz	29 427	41 219	40 981	+ 11 554	+39,3	- 238	-0,6
Lörrach	25 303	35 354	35 118	+ 9 815	+38,8	- 236	-0,7
Waldshut	20 716	29 763	28 988	+ 8 272	+39,9	- 775	-2,6
Region Hochrhein-Bodensee	75 446	106 336	105 087	+ 29 641	+39,3	- 1 249	-1,2
Regierungsbezirk Freiburg	265 591	369 370	361 219	+ 95 628	+36,0	- 8 151	-2,2
Landkreise							
Reutlingen	40 214	54 969	54 789	+ 14 575	+36,2	- 180	-0,3
Tübingen	25 109	36 190	35 844	+ 10 735	+42,8	- 346	-1,0
Zollernalbkreis	36 233	48 409	47 322	+ 11 089	+30,6	- 1 087	-2,2
Region Neckar-Alb	101 556	139 568	137 955	+ 36 399	+35,8	- 1 613	-1,2
Stadtkreis							
Ulm	10 678	15 032	15 236	+ 4 558	+42,7	+ 204	+1,4
Landkreise							
Alb-Donau-Kreis	27 778	40 400	38 605	+ 10 827	+39,0	- 1 795	-4,4
Biberach	28 825	40 240	37 494	+ 8 669	+30,1	- 2 746	-6,8
Region Donau-Iller	67 281	95 672	91 335	+ 24 054	+35,8	- 4 337	-4,5
Landkreise							
Bodenseekreis	22 572	33 919	33 750	+ 11 178	+49,5	- 169	-0,5
Ravensburg	35 233	49 378	48 084	+ 12 851	+36,5	- 1 294	-2,6
Sigmaringen	21 119	28 825	26 984	+ 5 865	+27,8	- 1 841	-6,4
Region Bodensee-Oberschwaben	78 924	112 122	108 818	+ 29 894	+37,9	- 3 304	-2,9
Regierungsbezirk Tübingen	247 761	347 362	338 108	+ 90 347	+36,5	- 9 254	-2,7
Baden-Württemberg	1 333 685	1 868 746	1 842 548	+508 863	+38,2	-26 198	-1,4

¹⁾ Fortschreibung auf der Basis der Gebäude- und Wohnungszählung 1968.

Württemberg seit 1970 um 20,6% auf 425 000 erhöht. Die Zunahme ist überwiegend auf die wachsende Bedeutung des Dienstleistungsbereiches zurückzuführen, wie bereits als Ergebnis der Berufszählung (vgl. oben) zu konstatieren war. Im Produzierenden Gewerbe sind demgegenüber Verluste hinzunehmen.

Die Entwicklung der Zahl der Arbeitsstätten verlief in den Landkreisen mit einer Zunahme von 22,9% weitaus günstiger als in den Stadtkreisen. Letztere mußten sich mit einem Wachstum von 12,8% begnügen. Das Ergebnis zeigt, daß – auch und gerade in der Übergangsphase zur Dienstleistungsgesellschaft – Standortfragen, wenn auch unter anderen Vorzeichen, erneut diskutiert werden müssen.

Interessant ist, daß die Durchschnittsgröße einer Arbeitsstätte, sie betrug 1970 noch 11,0 Beschäftigte, sich auf 10,6 Beschäftigte im Jahr 1987 reduzierte. Diese Tendenz zur Verkleinerung der Arbeitsstätten – zum Teil durch das starke Wachstum des Dienstleistungsbereiches erklärbar – nahm ihre Entwicklung ausgehend von den Stadtkreisen, wo sich die durchschnittliche Beschäftigtenzahl von 15,6 im Jahr 1970 auf 14,3 im Jahr 1987 reduzierte, während sie in den Landkreisen praktisch unverändert blieb.

15,5% mehr Beschäftigte

Die Zunahme der Beschäftigten um 15,5% auf nunmehr 4,5 Mill. liegt bei weitem über derjenigen der Erwerbstätigen. Nun werden Erwerbstätige und „Beschäftigungsfälle“ nach unterschiedlichen Konzepten erfaßt.²⁴ Dennoch weisen die Größenverhältnisse darauf hin, daß Baden-Württemberg weiterhin einen traditionell positiven Einpendler-saldo haben dürfte. Darüber wird die Pendlerstatistik, wenn ihre Ergebnisse vorliegen, detaillierte Aufschlüsse ermöglichen.

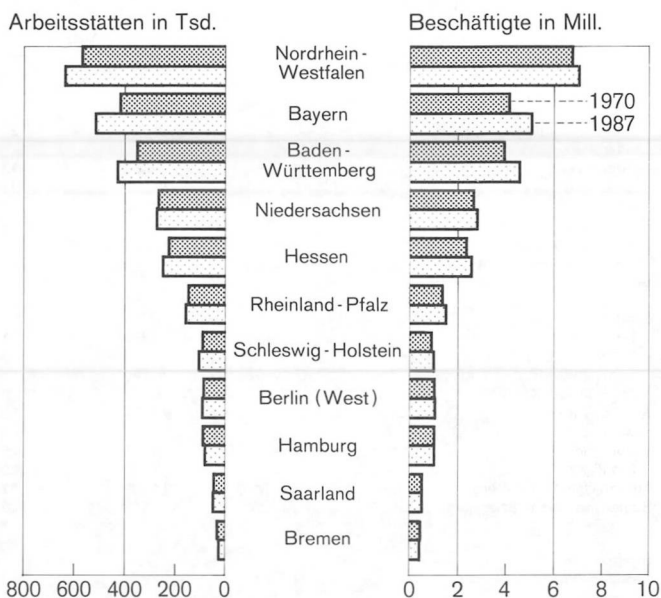
Die Veränderungen fielen regional sehr unterschiedlich aus. Die Stadtkreise konnten insgesamt nur ein Beschäftigtenwachstum von 3,6% verzeichnen. Mannheim (–2,1%), Pforzheim (–2,1%) und Stuttgart (–1,1%) mußten sogar negative Entwicklungen hinnehmen. Eine Zunahme von insgesamt 21,2% entfiel demgegenüber auf die Landkreise. Alle Landkreise erzielten Zunahmen, die Spannweite reicht von Schwarzwald-Baar-Kreis (4,7%) bis zum Landkreis Böblingen (54,6%) (Tabelle 6).

Diese vorläufigen Ergebnisse scheinen einen langfristig wirksamen Trend zu bestätigen, demzufolge in den Stadtkreisen ein gewisser Sättigungsgrad bezüglich der Beschäftigtendichte, auf den 1970 noch zugesteuert wurde²⁵, inzwischen überschritten wurde. Demgegenüber haben vor allem die den Stadtkreisen benachbarten Landkreise zum Teil weit über dem Landesdurchschnitt liegende Zuwachsraten erreichen können. Als wesentliches Ergebnis ist mithin festzuhalten, daß zweifellos ein relativ starker Ausgleich zwischen Stadt- und Landkreisen stattgefunden hat, der aber noch genauer zu untersuchen sein wird.

Schaubild 7

Arbeitsstätten und Beschäftigte in Baden-Württemberg und den Bundesländern

– Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen 1970 und 1987 –



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

480 88

Schlußbetrachtung

Mit den Ergebnissen der Volkszählung 1987 – derzeit sind erst ausgewählte Eckwerte verfügbar – soll einer Vielzahl von Informationsanforderungen auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene entsprochen werden. Daraus ergibt sich für das Statistische Landesamt die Aufgabe, das Informationsangebot so zu gestalten, daß innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums möglichst vielen Konsumenten die jeweils benötigten statistischen Zahlen zur Verfügung gestellt werden können. Dies gelingt dadurch, daß ein adressantenspezifisches Tabellenprogramm, quasi als „vorgedachte Information“, konzipiert wurde und vorgehalten wird.

Um diesen vorab definierbaren Datenwünschen aktuell entsprechen zu können, umfaßt dieses Standardtabellenprogramm sämtliche Zählungsteile, seine sachliche und regionale Gliederungstiefe verhalten sich zueinander umgekehrt proportional. Speziell für den Bereich der Volks- und Berufszählung sowie der Gebäude- und Wohnungszählung beinhaltet das Regionalprogramm, das sich auf Nachweisungen unterhalb der Landesebene spezialisiert, das sogenannte Gemeindeblatt, die Gemeindetabellen und die Kreistabellen.

Das Gemeindeblatt enthält die wichtigsten Bestands- und Strukturdaten über die Bevölkerung, Erwerbsbeteiligung und Haushalte sowie Gebäude und Wohnungen, die derzeit schon als erste Ergebnisse zur Verfügung stehen und – bereits im Oktober 1988 beginnend – an die Gemeinden übermittelt wurden, um die dringendsten kommunalen Informationsbedürfnisse abzudecken.

²⁴ Vgl. Frank, Eberhard: Gesamtbild beschäftigungsstatistischer Nachweise in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1982, in: Jahrbuch für Statistik und Landeskunde Baden-Württemberg, 1985, S. 117–130.

²⁵ Vgl. hierzu: Hirsch, Rolf: Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1970, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1972, S. 44 ff.

Tabelle 6

Arbeitsstätten und Beschäftigte in den Stadt- und Landkreisen 1970 und 1987

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Arbeitsstätten			Beschäftigte		
	am 27. Mai 1970 ¹⁾	am 25. Mai 1987	Zu- (+) bzw. Ab- nahme (-) 1987 gegenüber 1970	am 27. Mai 1970 ¹⁾	am 25. Mai 1987	Zu- (+) bzw. Ab- nahme (-) 1987 gegenüber 1970
	Anzahl		%	Anzahl		%
Stadtkreis						
Stuttgart, Landeshauptstadt	26 520	29 649	+ 11,8	446 764	441 880	- 1,1
Landkreise						
Böblingen	8 586	13 123	+ 52,8	114 084	176 405	+ 54,6
Esslingen	16 257	21 147	+ 30,1	178 534	223 654	+ 25,3
Göppingen	8 957	10 304	+ 15,0	101 262	105 030	+ 3,7
Ludwigsburg	13 312	19 000	+ 42,7	145 971	187 704	+ 28,6
Rems-Murr-Kreis	12 104	16 264	+ 34,4	122 080	153 920	+ 26,1
Region Mittlerer Neckar	85 736	109 487	+ 27,7	1 108 695	1 288 593	+ 16,2
Stadtkreis						
Heilbronn	4 871	5 587	+ 14,7	73 645	73 648	+ 0,0
Landkreise						
Heilbronn	8 872	11 758	+ 32,5	67 872	97 800	+ 44,1
Hohenlohekreis	3 697	3 640	- 1,5	30 369	35 788	+ 17,8
Schwäbisch Hall	6 790	7 330	+ 8,0	52 105	64 751	+ 24,3
Main-Tauber-Kreis	5 548	5 328	- 4,0	43 881	49 791	+ 13,5
Region Franken	29 778	33 643	+ 13,0	267 872	321 778	+ 20,1
Landkreise						
Heidenheim	4 128	5 397	+ 30,7	57 810	59 395	+ 2,7
Ostalbkreis	9 971	12 000	+ 20,3	110 051	121 831	+ 10,7
Region Ostwürttemberg	14 099	17 397	+ 23,4	167 861	181 226	+ 8,0
Regierungsbezirk Stuttgart	129 613	160 527	+ 23,9	1 544 428	1 791 597	+ 16,0
Stadtkreise						
Baden-Baden	2 571	3 101	+ 20,6	24 786	29 454	+ 18,8
Karlsruhe	11 358	11 950	+ 5,2	166 636	180 513	+ 8,3
Landkreise						
Karlsruhe	11 250	15 918	+ 41,5	115 410	136 763	+ 18,5
Rastatt	6 510	7 922	+ 21,7	70 962	84 709	+ 19,4
Region Mittlerer Oberrhein	31 689	38 891	+ 22,7	377 794	431 439	+ 14,2
Stadtkreise						
Heidelberg	5 226	6 498	+ 24,3	70 057	87 578	+ 25,0
Mannheim	12 566	13 633	+ 8,5	214 377	209 811	- 2,1
Landkreise						
Neckar-Odenwald-Kreis	5 310	5 772	+ 8,7	45 360	50 427	+ 11,2
Rhein-Neckar-Kreis	13 731	19 862	+ 44,7	133 094	165 614	+ 24,4
Region Unterer Neckar	36 833	45 765	+ 24,2	462 888	513 430	+ 10,9
Stadtkreis						
Pforzheim	5 388	6 018	+ 11,7	71 408	69 935	- 2,1
Landkreise						
Calw	6 197	6 445	+ 4,0	43 720	49 678	+ 13,6
Enzkreis	6 289	8 003	+ 27,3	48 528	59 412	+ 22,4
Freudenstadt	5 414	5 639	+ 4,2	36 404	44 119	+ 21,2
Region Nordschwarzwald	23 288	26 105	+ 12,1	200 060	223 144	+ 11,5
Regierungsbezirk Karlsruhe	91 810	110 761	+ 20,6	1 040 742	1 168 013	+ 12,2
Stadtkreis						
Freiburg im Breisgau	7 120	9 105	+ 27,9	95 791	110 839	+ 15,7
Landkreise						
Breisgau-Hochschwarzwald	7 270	9 940	+ 36,7	48 381	72 787	+ 50,4
Emmendingen	4 260	5 487	+ 28,8	38 553	46 704	+ 21,1
Ortenaukreis	13 711	15 985	+ 16,6	133 222	164 736	+ 23,7
Region Südlicher Oberrhein	32 361	40 517	+ 25,2	315 947	395 066	+ 25,0
Landkreise						
Rottweil	5 252	6 057	+ 15,3	53 098	57 791	+ 8,8
Schwarzwald-Baar-Kreis	7 471	8 761	+ 17,3	90 245	94 444	+ 4,7
Tuttlingen	4 941	5 663	+ 14,6	46 486	53 822	+ 15,8
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	17 664	20 481	+ 16,0	189 829	206 057	+ 8,5
Landkreise						
Konstanz	8 231	10 670	+ 29,6	88 439	103 522	+ 17,1
Lörrach	6 701	7 776	+ 16,0	73 271	81 258	+ 10,9
Waldshut	5 823	6 889	+ 18,3	50 994	61 697	+ 21,0
Region Hochrhein-Bodensee	20 755	25 335	+ 22,1	212 704	246 477	+ 15,9
Regierungsbezirk Freiburg	70 780	86 333	+ 22,0	718 480	847 600	+ 18,0
Landkreise						
Reutlingen	9 592	10 645	+ 11,0	100 698	110 477	+ 9,7
Tübingen	5 766	6 319	+ 9,6	59 579	66 496	+ 11,6
Zollernalbkreis	8 601	8 991	+ 4,5	79 284	83 970	+ 5,9
Region Neckar-Alb	23 959	25 955	+ 8,3	239 561	260 943	+ 8,9
Stadtkreis						
Ulm	4 058	4 327	+ 6,6	80 141	84 811	+ 5,8
Landkreise						
Alb-Donau-Kreis	5 966	6 211	+ 4,1	39 388	49 684	+ 26,1
Biberach	6 304	6 890	+ 9,3	51 060	65 731	+ 20,7
Region Donau-Iller	16 328	17 428	+ 6,7	170 589	200 226	+ 17,4
Landkreise						
Bodenseekreis	5 944	7 825	+ 31,6	61 066	78 273	+ 28,2
Ravensburg	8 822	10 804	+ 22,5	76 855	102 112	+ 32,9
Sigmaringen	5 083	5 401	+ 6,3	39 602	47 501	+ 19,9
Region Bodensee-Oberschwaben	19 849	24 030	+ 21,1	177 523	227 886	+ 28,4
Regierungsbezirk Tübingen	60 136	67 413	+ 12,1	587 673	689 055	+ 17,3
Baden-Württemberg	352 339	425 034	+ 20,6	3 891 323	4 496 265	+ 15,5

¹⁾ Ohne 461 Arbeitsstätten mit 1032 Beschäftigten, die nach der Wirtschaftszweigsystematik für 1987 nicht mehr zur gewerblichen Landwirtschaft zählen.

Die Grundinformationen aus dem Gemeindeblatt werden ergänzt um die inhaltlich breiter gegliederten Gemeindetabellen, die Ergebnisse für alle Gemeinden im Rahmen des administrativen Gliederungssystems unseres Landes, also speziell auch für Kreise, Regionen und Regierungsbezirke nachweisen. Auszüge aus diesen Gemeindetabellen, die im 1. Quartal 1989 zur Verfügung stehen, werden vom Statistischen Landesamt als Quellenbände der Volkszählung 1987 veröffentlicht.

Für die Stadt- und Landkreise wurde ein spezielles Kreistabellenprogramm entwickelt. Dieser Teil des Regionalprogramms untergliedert die bereits in den Gemeindetabellen enthaltenen Merkmale weiter und bringt darüber hinaus noch Kombinationsauswertungen. Um auch den Gemeinden – soweit Bedarf vorhanden – den Zugriff auf diese fachlich sehr tief gegliederten Materialien zu erschließen, wurden geeignete programmtechnische Vorkehrungen getroffen.

Diese Regionalprogramme werden durch fachlich tief gegliederte Sachgebietstabellen – sie konzentrieren sich auf ausgewählte Schwerpunkte – ergänzt. Folgende fünf Themenkreise werden datenmäßig erschlossen:

- 1) Unterhaltsquellen und Religionszugehörigkeit,
- 2) Beteiligung am Erwerbsleben sowie wirtschaftliche, berufliche und soziale Gliederung,
- 3) Ausbildungsstand einschließlich praktischer Berufsausbildung,
- 4) Pendelwanderung sowie
- 5) Haushaltszusammenhang.

Als sechste Gruppe kommen auf Bundesebene Tabellen für den internationalen Vergleich hinzu.

Dem Tabellenprogramm für die Wohnungszählung mit gebäudestatistischen Feststellungen liegt die gleiche Konzeption zugrunde wie demjenigen der Volks- und Berufszählung (Standardprogramm mit Regional- und Bund-/Länder-Teil). Das Regionalprogramm umfaßt hier das

Gemeindeblatt (gleichzeitig Blockprogramm), die Gemeinde- und die Kreistabellen. Dabei wird auch eine Tabelle mit Daten für die Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes bereitgestellt. Das Bund-/Länderprogramm enthält neben den Konzentrationstabellen aus dem Regionalprogramm weitere, fachlich tief gegliederte Informationen, die auszugsweise veröffentlicht werden sollen.

Beim Tabellenprogramm der Arbeitsstättenzählung kommt dem Regionalprogramm vom Umfang her nicht die gleiche Bedeutung zu wie bei der Volks- und Berufs- sowie bei der Wohnungszählung mit gebäudestatistischen Nachweisungen. Aus dem Standardprogramm werden aber auch hier auf Gemeinde- und Kreisebene Angaben über Arbeitsstätten und Beschäftigte in wirtschaftssystematischer Gliederung erstellt. Das Standardprogramm besteht aus drei Tabellengruppen. Hier werden Ergebnisse für die Arbeitsstätten insgesamt, für Ein- und Mehrbetriebsunternehmen zusammen sowie für Mehrbetriebsunternehmen allein nachgewiesen.

Um über die standardisierten Programme hinaus auf den Einzelfall bezogene Statistikinformationen abrufen zu können, sieht das Volkszählungsgesetz auch die Bereitstellung von Einzelangaben für den jeweiligen Zuständigkeitsbereich einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes vor. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß gem. § 14 Abs. 1 Volkszählungsgesetz ein Landesgesetz (ein Regierungsentwurf liegt vor) erlassen wird, der die Einrichtung von kommunalen Statistikstellen regelt. Diese sind von anderen Stellen der Verwaltung zu trennen, damit das Statistikgeheimnis durch Organisation und Verfahren gewährleistet wird. Zusammen mit den geplanten Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes ergibt sich somit ein Datenangebot, das den Anforderungen weitestgehend entsprechen dürfte, und das sicherstellt, daß der Nutzen dieser lang entbehrten Grundlage einer umfassenden Sozialstruktur-Untersuchung für das Land, die Gemeinden und die Gemeindeverbände sichtbar wird.

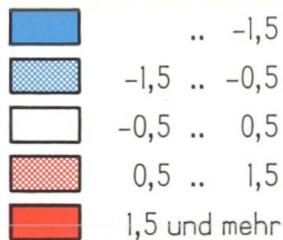
Dipl. rer. pol. (techn.) Eberhard Frank

Bevölkerungsentwicklung *) in den Gemeinden Baden-Württembergs 1961 bis 1970

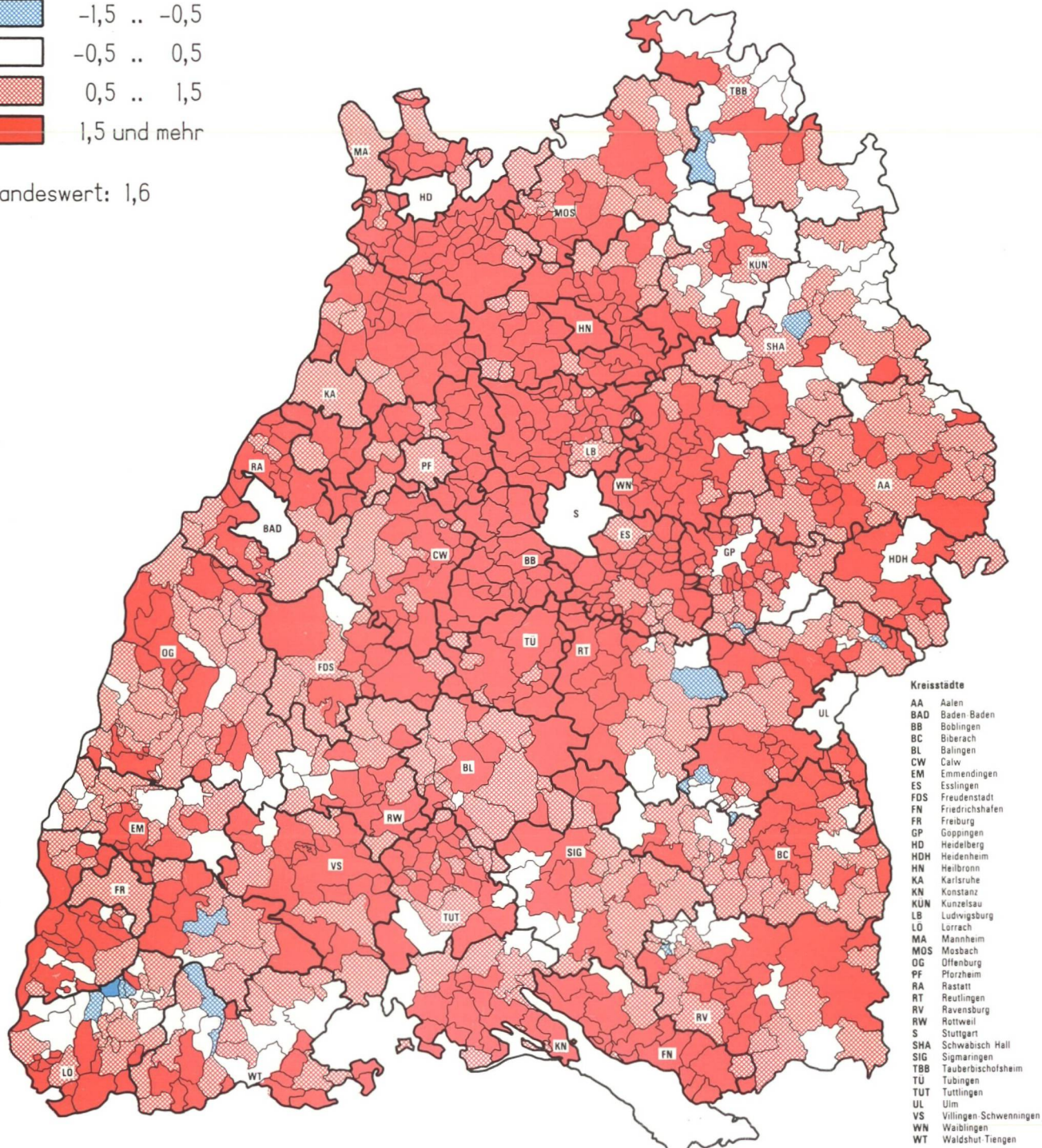
- Ergebnisse der Volks- und Berufszählungen -

Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 1,6



*) Wohnbevölkerung

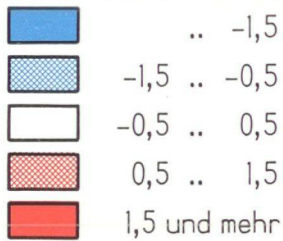
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

Bevölkerungsentwicklung *) in den Gemeinden Baden-Württembergs 1970 bis 1987

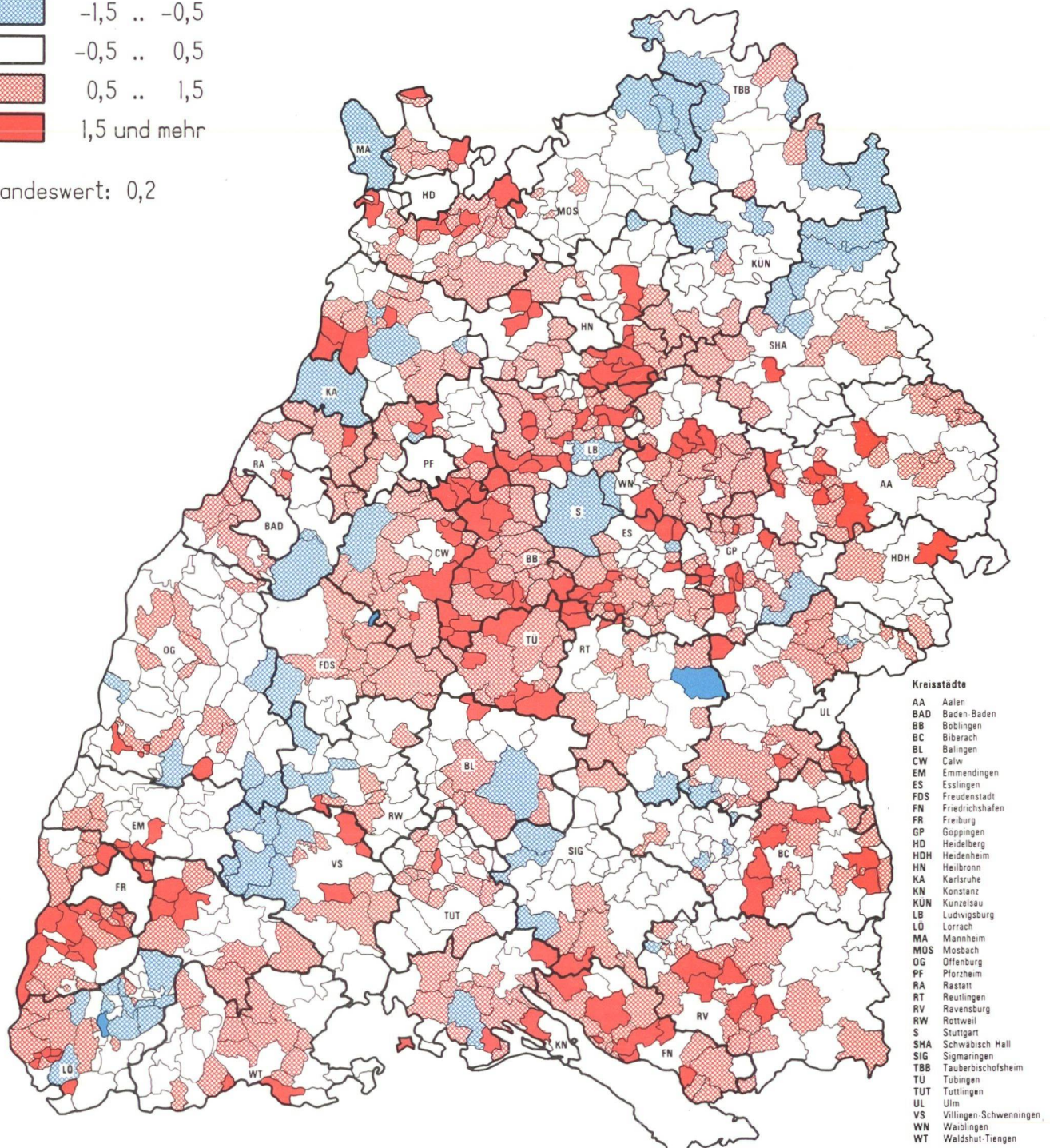
- Ergebnisse der Volks- und Berufszählungen -

Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 0,2



*) Wohnbevölkerung

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landesinformationssystem

Die Bevölkerung in Baden-Württemberg nach den Ergebnissen der Volkszählung 1987

Vorbemerkung

Am 25. Mai 1987 wurde in der Bundesrepublik Deutschland nach 17 Jahren wieder eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung durchgeführt. Rechtliche Grundlage war das Volkszählungsgesetz 1987¹ sowie die hierzu ergangenen Durchführungsverordnungen und Verwaltungsvorschriften der Bundesländer. Ziel dieser Großerhebung war es, wieder eine aktuelle Datengrundlage für politische Entscheidungsprozesse auf allen staatlichen Ebenen und für eine Vielzahl von Politikfeldern zu erhalten. Insbesondere sollten auch die tatsächlichen Bevölkerungszahlen von Bund, Ländern und Gemeinden festgestellt und die laufende Bevölkerungsfortschreibung wieder auf eine realistische Ausgangsbasis bezogen werden. Dies war insofern besonders wichtig, als zahlreiche Rechtsvorschriften auf die amtlich festgestellten Bevölkerungszahlen Bezug nehmen, zum Beispiel im kommunalen Finanzausgleich, und somit das Volkszählungsergebnis erheblichen Einfluß auf die finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden hat. Es nimmt daher nicht Wunder, daß vor allem die Bekanntgabe der amtlich festgestellten Bevölkerungszahlen zum 25. Mai 1987 von der Öffentlichkeit und natürlich von den unmittelbar Betroffenen, den Gemeinden, mit Spannung erwartet wurde.

Genau 18 Monate nach dem Volkszählungstichtag und damit unter voller Einhaltung des zwischen dem Statisti-

¹ Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. November 1985 (BGBl. I S. 2078). Vgl. zu den wesentlichen Vorschriften dieses Gesetzes Bronnenmayer, Klaus: Rechtsgrundlagen der Volkszählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/1987, S. 157.

schen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern vereinbarten Zeitplans wurden die ersten Ergebnisse der Volkszählung am 25. November 1988 der Öffentlichkeit vorgestellt. Inzwischen liegen auch bereits erste zusammenfassende Veröffentlichungen wichtiger Ergebnisse vor, sowohl für das Bundesgebiet², als auch für Baden-Württemberg.³ Im vorliegenden Beitrag sollen die sich aus der Volkszählung 1987 ergebenden Einwohnerzahlen des Landes Baden-Württemberg, seiner Kreise und Gemeinden unter verschiedenen Blickwinkeln dargestellt werden.

Anteil Baden-Württembergs an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik gestiegen

Baden-Württemberg hatte am Volkszählungstichtag, dem 25. Mai 1987, 9 286 387 Einwohner. Dies sind 391 339 oder 4,4% Einwohner mehr als bei der Volkszählung 1970. Unter „Einwohner“ ist hierbei die Gesamtzahl der Personen zu verstehen, die nach dem Ergebnis der Volkszählung hier ihre alleinige Wohnung bzw. ihre Hauptwohnung im Sinne des § 12 des Melderechtsrahmengesetzes und des ausfül-

² Vgl. Würzberger, Paul; Wedel, Edgar: Erste Ergebnisse der Volkszählung 1987, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1988, S. 829. Für die Arbeitsstättenzählung vgl. im gleichen Heft Buchwald, Wolfgang; Krüger-Hemmer, Christiane: Erste Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung, S. 837.

³ Vgl. Frank, Eberhard: Erste Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12/1988, S. 495. Speziell zur Gebäude- und Wohnungszählung vgl. Büringer, Helmut: Gebäude- und Wohnungszählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1989, S. 48.

Tabelle 1
Bevölkerung in den Bundesländern 1970 und 1987

Land	Bevölkerung							
	am 27. Mai 1970 (Volkszählung 1970)		am 24. Mai 1987 (Bevölkerungsfortschreibung) ¹⁾		am 25. Mai 1987 (Volkszählung 1987)		Volkszählung 1987 gegenüber	
							Volkszählung 1970	Bevölkerungsfortschreibung 1987
							Veränderung	Abweichung
	1000	%	1000	%	1000	%		
Schleswig-Holstein	2 494,1	4,1	2 611,9	4,3	2 554,2	4,2	+ 2,4	- 2,2
Hamburg	1 793,8	3,0	1 568,1	2,6	1 595,0	2,6	- 11,1	+ 1,7
Niedersachsen	7 082,2	11,7	7 188,7	11,8	7 165,0	11,7	+ 1,2	- 0,3
Bremen	722,7	1,2	653,6	1,1	660,1	1,1	- 8,7	+ 1,0
Nordrhein-Westfalen	16 914,1	27,9	16 671,2	27,3	16 711,8	27,4	- 1,2	+ 0,2
Hessen	5 381,7	8,9	5 551,5	9,1	5 507,8	9,0	+ 2,3	- 0,8
Rheinland-Pfalz	3 645,4	6,0	3 605,3	5,9	3 630,0	5,9	- 0,4	+ 0,7
Baden-Württemberg	8 895,0	14,7	9 345,9	15,3	9 286,4	15,2	+ 4,4	- 0,6
Bayern	10 479,4	17,3	11 035,1	18,0	10 902,6	17,8	+ 4,0	- 1,2
Saarland	1 119,7	1,8	1 041,4	1,7	1 055,7	1,7	- 5,7	+ 1,4
Berlin (West)	2 122,3	3,5	1 881,1	3,1	2 014,1	3,3	- 5,1	+ 7,1
Bundesgebiet	60 650,6	100	61 153,8	100	61 082,8	100	+ 0,7	- 0,1

¹⁾ Ausgangsbasis bildet die Volkszählung 1970.

Tabelle 2

Wohnberechtigte Bevölkerung (Personen mit Haupt- und Nebenwohnung) in den Bundesländern 1970 und 1987

Land	Wohnberechtigte Bevölkerung								Veränderung Volkszählung 1987 gegenüber Volkszählung 1970
	am 27. Mai 1970 (Volkszählung 1970)				am 25. Mai 1987 (Volkszählung 1987)				
	insgesamt		darunter Personen mit Nebenwohnung		insgesamt		darunter Personen mit Nebenwohnung		
	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%	
Schleswig-Holstein	2 590,3	4,2	96,2	5,9	2 693,4	4,3	139,2	6,6	+ 4,0
Hamburg	1 831,1	2,9	37,2	2,3	1 632,0	2,6	37,0	1,7	- 10,9
Niedersachsen	7 312,3	11,7	230,2	14,0	7 418,8	11,7	253,8	12,0	+ 1,5
Bremen	736,5	1,2	13,7	0,8	679,3	1,1	19,2	0,9	- 7,8
Nordrhein-Westfalen	17 257,6	27,7	343,5	20,9	17 188,1	27,2	476,2	22,5	- 0,4
Hessen	5 519,4	8,9	137,7	8,4	5 697,2	9,0	189,5	8,9	+ 3,2
Rheinland-Pfalz	3 753,8	6,0	108,4	6,6	3 763,0	6,0	133,0	6,3	+ 0,2
Baden-Württemberg	9 143,2	14,7	248,2	15,1	9 634,5	15,2	348,1	16,4	+ 5,4
Bayern	10 844,8	17,4	365,4	22,3	11 349,0	18,0	446,4	21,1	+ 4,6
Saarland	1 148,4	1,8	28,6	1,7	1 085,4	1,7	29,8	1,4	- 5,5
Berlin (West)	2 155,3	3,5	32,9	2,0	2 062,2	3,3	48,1	2,3	- 4,3
Bundesgebiet	62 292,7	100	1 642,1	100	63 203,0	100	2 120,2	100	+ 1,5

lenden Landesmeldegesetzes Baden-Württemberg hatten, unabhängig davon, ob und wie sie in den gemeindlichen Melderegistern eingetragen waren. Die im Rahmen der Volkszählung verwendete korrekte Bezeichnung für diesen Personenkreis ist deshalb „Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung“.

Nicht in die Zählung einbezogen waren aufgrund internationaler Vorschriften bzw. Vereinbarungen Angehörige diplomatischer und berufskonsularischer Vertretungen und deren Familienangehörige, soweit sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen oder ständig in der Bundesrepublik Deutschland ansässig waren. Ebenfalls nicht gezählt wurden Angehörige ausländischer Streitkräfte und deren Familienmitglieder. Diese auch dann nicht, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen und damit nach den melderechtlichen Vorschriften zwar meldeberechtigt, jedoch nicht meldepflichtig waren.

Baden-Württemberg hat im Vergleich mit den anderen Bundesländern den größten Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen (Tabelle 1). Dieser Zuwachs ist vor allem durch einen erheblichen Wanderungsgewinn im Zeitraum zwischen den Volkszählungen 1970 und 1987 verursacht und weniger durch einen Geburtenüberschuß, wie die Wanderungsstatistik und die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung ausweisen. Bemerkenswert ist auch, daß die Bevölkerungszunahme gut zur Hälfte auf den Anstieg des ausländischen Bevölkerungsanteils an der Gesamtbevölkerung zurückzuführen ist.⁴

Da sich die Bevölkerung im Bundesgebiet nur um 0,7% von 60 650 600 auf 61 082 800 Personen erhöht hat, stieg damit der Bevölkerungsanteil des Landes Baden-Württemberg an der Gesamtbevölkerung von 14,7% im Jahr 1970 auf 15,2% im Jahr 1987. Während Baden-Württemberg im Vergleich zur Volkszählung 1970 einen kräftigen Einwohnergewinn verbuchen konnte, mußte es gegenüber der auf den 24. Mai 1987 fortgeschriebenen Bevölkerungszahl⁵ (Ausgangsbasis bildete die Volkszählung 1970) einen, wenn auch relativ

geringen, Verlust hinnehmen (-59 551 Personen bzw. -0,6%). Dieser Verlust kommt nicht unerwartet, war doch von Seiten der Statistiker bereits im Vorfeld der Volkszählung davon ausgegangen worden, daß die Einwohnerzahlen durch sich im Laufe der Jahre kumulierende Fehler bei der Fortschreibung⁶ nach der Volkszählung generell nach unten zu korrigieren seien.

Es bestätigt deshalb nur nachträglich die Notwendigkeit der Volkszählung, daß bundesweit entgegen dieser Annahme der tatsächliche Bevölkerungsrückgang gegenüber der Fortschreibung nur ca. 70 000 Personen oder 0,1% der Bevölkerung betrug und daß, für Fachleute durchaus überraschend, in mehr als der Hälfte des Bundesländer sogar eine Korrektur der Einwohnerzahl nach oben erforderlich wurde.

Wie die nun auf Basis der Volkszählung 1987 vorgenommene Bevölkerungsfortschreibung zum 30. Juni 1988 zeigt, hat Baden-Württemberg die durch die Volkszählung im Vergleich zur bisherigen Fortschreibung festgestellte Bevölkerungsabnahme bereits wieder mehr als ausgleichen können. Ursächlich ist hierfür unter anderem der anhaltend hohe Zustrom von Aussiedlern, aber auch ein deutlich höherer Geburtenüberschuß als in der Vergangenheit.

Starke Zunahme der „Wohnberechtigten Bevölkerung“

Wie Tabelle 2 ausweist, hat Baden-Württemberg nicht nur bei der „Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung“, sondern auch bei der „Wohnberechtigten Bevölkerung“ seit der Volkszählung 1970 den größten Zuwachs aller Bundesländer zu verbuchen.

Zur Wohnberechtigten Bevölkerung zählen hierbei diejenigen Personen, die im betreffenden Gebiet eine Wohnung haben, unabhängig davon, ob es sich um eine Haupt- oder Nebenwohnung handelt. Da nach § 12 Abs. 4 des Volkszählungsgesetzes 1987 für Personen mit mehreren Wohnun-

⁴ Vgl. Frank, Eberhard: Erste Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987 a. a. O., S. 500.

⁵ Bei der Bevölkerungsfortschreibung wird das Ergebnis der jeweils letzten Volkszählung laufend um Geburten und Zuzüge bzw. Sterbefälle und Fortzüge berichtigt.

⁶ Zu möglichen Fehlerquellen bei der Fortschreibung vgl. z. B. Würzberger, P.; Wedel, E.: Erste Ergebnisse der Volkszählung 1987, a. a. O. S. 831 und Gröner, Gerhard: Heiraten, Geburten und Sterbefälle 1987 in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/1988, S. 360.

gen Auskunftspflicht für jede Wohnung bestand, war eine vollzählige Erfassung der Haupt- und Nebenwohnsitze sichergestellt. Lediglich für Personen in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften sah der Gesetzgeber eine Ausnahme vor, um die Belastung dieses Personenkreises durch die Volkszählung möglichst gering zu halten. Anstaltsbewohner waren deshalb in der Anstalt nur dann auskunftspflichtig, wenn sie für keine weitere Wohnung außerhalb der Anstalt gemeldet waren.

Während die Wohnberechtigte Bevölkerung im Bundesgebiet insgesamt nur um 1,5% zunahm, stieg sie in Baden-Württemberg um 5,4% von 9 143 237 auf 9 634 468 Personen

Zahl der Nebenwohnsitze gestiegen

92,6% der Wohnberechtigten Bevölkerung in Baden-Württemberg (*Tabelle 3*) haben nur eine Wohnung im Bundesgebiet (1970: 91,6%). Von den insgesamt 7,4% Personen mit mehr als einer Wohnung (1970: 8,4%) zählen etwas mehr als die Hälfte (3,8%) zur Bevölkerung mit Hauptwohnung in Baden-Württemberg, 3,6% zur Bevölkerung mit Nebenwohnung. 1970 waren dies 5,7 bzw. 2,7%.⁷ Im Vergleich zur Volkszählung 1970 ist damit der Personenkreis mit nur einer Wohnung leicht gestiegen. Bei den Personen mit mehr als einer Wohnung gab es eine Verschiebung in der Zurechnung: Die Zahl der Personen mit Nebenwohnung hat deutlich zugenommen. Bei der Volkszählung 1970 wurden im Land 248 189 Nebenwohnsitze gezählt, 1987 dagegen 348 081. Dies bedeutet eine Zunahme von über 40%, wogegen die Zunahme im Bundesgebiet insgesamt nur ca. 29% betrug. Im Bundesdurchschnitt ist der Anteil der Personen mit Nebenwohnung an der Wohnberechtigten Bevölkerung auch etwas geringer als in Baden-Württemberg (1987: 3,4%, 1970: 2,6%).

Interessant dürfte es auch sein, daß der Zuwachs der Wohnberechtigten Bevölkerung in Baden-Württemberg nur zu etwa einem Fünftel auf der Zunahme von Nebenwohnsitzen beruht, sich also vorwiegend in der Zunahme der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung niederschlägt, das heißt in einem echten Bevölkerungszuwachs. Im Bundesgebiet insgesamt resultiert die Zunahme der Wohnberechtigten Bevölkerung dagegen zu mehr als der Hälfte aus der gestiegenen Mobilität, also der Zunahme von Nebenwohnsitzen.⁸

Deutliche Bevölkerungszunahme vor allem im Umfeld der Großstädte

Über die Entwicklung der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung in den Regierungsbezirken, Regionen und Kreisen des Landes im Vergleich mit der Volkszählung 1970 und über die Abweichungen gegenüber der Bevölkerungsfortschreibung wurde in dieser Zeitschrift bereits berichtet.⁹

⁷ Aus methodischen Gründen (Neudefinition des Bevölkerungsbegriffs) gibt es gewisse Einschränkungen bei der Ergebnisvergleichbarkeit. Vgl. hierzu im Einzelnen, Frank, E.: Erste Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, a. a. O., S. 498f.

⁸ Vgl. Würzberger, P.; Wedel, E.: Erste Ergebnisse der Volkszählung 1987, a. a. O., S. 832.

⁹ Vgl. Frank, E.: Erste Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, a. a. O., S. 498f.

So ist festzustellen, daß insbesondere die den großen Städten benachbarten Landkreise starke Bevölkerungszunahmen zu verzeichnen haben (*Tabelle 4*). An der Spitze liegen hier die Kreise Breisgau-Hochschwarzwald (+25,1%), Böblingen (+21,0%) und Tübingen (+15,6%), aber auch die Kreise Heilbronn (+13,1%), Enzkreis (+12,6%), Rhein-Neckar-Kreis (+12,6%), Calw (+12,5%), Ludwigsburg (+11,3%) und Karlsruhe (+10,1%) erreichten noch Zuwächse von mehr als 10%. Aus diesem Muster fällt lediglich der Bodenseekreis heraus, der 14,3% Einwohner zulegen konnte. Die Stadtkreise selbst hingegen haben mehrheitlich Einwohner verloren. Gravierende Verluste mußten vor allem Stuttgart (-12,8%), Mannheim (-11,1%) und Karlsruhe (-9,3%) hinnehmen, gefolgt von Baden-Baden (-2,8%), Heilbronn (-2,4%) und Heidelberg (-1,5%). Leichte Gewinne konnten nur Freiburg im Breisgau (+2,5%), Ulm (+1,8%) und Pforzheim (+0,1%) verbuchen.

Betrachtet man die Wohnberechtigte Bevölkerung und ihre Untergliederung (*Tabelle 3*), fallen nur wenige Besonderheiten ins Auge. So ist der Anteil der Personen mit nur einer Wohnung im Bundesgebiet vor allem in den größeren Städten bzw. Stadtkreisen (Stuttgart, Karlsruhe, Heidelberg, Freiburg im Breisgau, Tübingen) relativ gering, doch ist dies nicht durchgängig der Fall (Mannheim, Heilbronn). Dieser geringe Anteil der Bevölkerung mit nur einer Wohnung geht dabei in der Regel mit einem über dem Landesdurchschnitt liegenden Prozentsatz von Nebenwohnungen einher. Hier weisen vor allem die Stadtkreise Heidelberg (8,8%), Freiburg im Breisgau (5,1%) und Tübingen (4,9%) hohe Werte auf. Eine Erklärung könnte hierfür zum einen in einer relativ hohen Zahl von Pendlern zu suchen sein, die in den Städten arbeiten und dort eine Zweitwohnung haben, die aber, wenn sie verheiratet sind, nach den melderechtlichen Vorschriften am Familienwohntort zur Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung gezählt werden. In den Städten mit großen Hochschulen kam darüber hinaus der korrekten Erfassung der Studenten besondere Bedeutung zu. Nach den geltenden melderechtlichen Bestimmungen ist nämlich in der Regel bei ledigen Studenten die Wohnung am Studienort Hauptwohnung, da diese Wohnung normalerweise die vorwiegend benutzte ist. In Zweifelsfällen waren die örtlichen Erhebungsstellen deshalb nach einer Verwaltungsvorschrift des Finanzministeriums Baden-Württemberg gehalten, die Richtigkeit einzelner Angaben durch Rückfragen beim Auskunftspflichtigen abzuklären.

Ebenfalls hoch ist der Anteil der Bevölkerung mit Nebenwohnung naturgemäß in den typischen Fremdenverkehrsgebieten. So dürften die recht hohen Werte in den Landkreisen Calw (6,8%), Breisgau-Hochschwarzwald (5,7%) Bodenseekreis (5,4%), Freudenstadt (5,2%) und Konstanz (5,1%) vor allem mit einem großen Bestand an Zweitwohnungen, die als Ferienwohnungen genutzt werden, zu erklären sein.

Bevölkerungszahl bei einzelnen Gemeinden mehr als verdoppelt

Extreme Bevölkerungszuwächse gegenüber der Volkszählung 1970 können eine Reihe kleinerer Gemeinden verzeichnen. Spitzenreiter ist dabei die Gemeinde Umkirch im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald. Sie konnte ihre Einwohnerzahl in den 17 Jahren von 1970 bis 1987 um über 160% auf 4 820 steigern. Ihr folgen die Gemeinden Unteresheim (+134%) und Hemmingen (+129%). Insgesamt konnten sieben Gemeinden ihre Einwohnerzahl mehr als verdoppeln.

Tabelle 3

Wohnberechtigte Bevölkerung in den Stadt- und Landkreisen am 25. Mai 1987

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Wohnberechtigte Bevölkerung insgesamt	Davon					
		Personen mit nur einer Wohnung im Bundesgebiet		Personen mit weiterer Wohnung oder Unterkunft im Bundesgebiet			
		zur Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung gehörig				zur Bevölkerung mit Nebenwohnung gehörig	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Stadtkreis							
Stuttgart, Landeshauptstadt . . .	574 610	514 491	89,5	37 413	6,5	22 706	4,0
Landkreise							
Böblingen	324 872	304 390	93,7	11 287	3,5	9 195	2,8
Esslingen	471 707	443 606	94,0	16 823	3,6	11 278	2,4
Göppingen	236 173	224 323	95,0	6 056	2,6	5 794	2,4
Ludwigsburg	453 549	427 604	94,3	14 785	3,3	11 160	2,4
Rems-Murr-Kreis	370 173	349 513	94,4	11 121	3,0	9 539	2,6
Region Mittlerer Neckar	2 431 084	2 263 927	93,1	97 485	4,0	69 672	2,9
Stadtkreis							
Heilbronn	114 267	106 466	93,2	4 504	3,9	3 297	2,9
Landkreise							
Heilbronn	260 989	246 065	94,3	6 393	2,4	8 531	3,3
Hohenlohekreis	89 588	83 579	93,3	2 524	2,8	3 485	3,9
Schwäbisch Hall	160 663	149 017	92,8	5 024	3,1	6 622	4,1
Main-Tauber-Kreis	127 926	117 038	91,5	4 853	3,8	6 035	4,7
Region Franken	753 433	702 165	93,2	23 298	3,1	27 970	3,7
Landkreise							
Heidenheim	129 322	121 988	94,3	3 352	2,6	3 982	3,1
Ostalbkreis	289 813	271 133	93,6	8 439	2,9	10 241	3,5
Region Ostwürttemberg	419 135	393 121	93,8	11 791	2,8	14 223	3,4
Regierungsbezirk Stuttgart	3 603 652	3 359 213	93,2	132 574	3,7	111 865	3,1
Stadtkreise							
Baden-Baden	52 061	47 613	91,5	2 514	4,8	1 934	3,7
Karlsruhe	273 238	245 305	89,8	15 286	5,6	12 647	4,6
Landkreise							
Karlsruhe	374 207	355 813	95,1	8 985	2,4	9 409	2,5
Rastatt	200 205	190 175	95,0	4 428	2,2	5 602	2,8
Region Mittlerer Oberrhein	899 711	838 906	93,2	31 213	3,5	29 592	3,3
Stadtkreise							
Heidelberg	140 138	111 579	79,6	16 189	11,6	12 370	8,8
Mannheim	305 598	284 960	93,3	10 231	3,3	10 407	3,4
Landkreise							
Neckar-Odenwald-Kreis	137 240	125 543	91,5	5 113	3,7	6 584	4,8
Rhein-Neckar-Kreis	478 504	449 362	93,9	15 980	3,3	13 162	2,8
Region Unterer Neckar	1 061 480	971 444	91,5	47 513	4,5	42 523	4,0
Stadtkreis							
Pforzheim	110 105	102 411	93,0	4 119	3,7	3 575	3,3
Landkreise							
Calw	143 124	127 244	88,9	6 077	4,3	9 803	6,8
Enzkreis	168 477	160 674	95,4	3 965	2,4	3 838	2,8
Freudenstadt	107 522	97 884	91,0	4 073	3,8	5 565	5,2
Region Nordschwarzwald	529 228	488 213	92,3	18 234	3,4	22 781	4,3
Regierungsbezirk Karlsruhe	2 490 419	2 298 563	92,3	96 960	3,9	94 986	3,8
Stadtkreis							
Freiburg im Breisgau	188 303	162 298	86,2	16 374	8,7	9 631	5,1
Landkreise							
Breisgau-Hochschwarzwald	215 385	194 959	90,5	8 152	3,8	12 274	5,7
Emmendingen	136 317	128 848	94,5	3 660	2,7	3 809	2,8
Ortenaukreis	367 048	344 950	94,0	9 705	2,6	12 393	3,4
Region Südlicher Oberrhein	907 053	831 055	91,6	37 891	4,2	38 107	4,2
Rottweil	131 506	122 903	93,4	3 893	3,0	4 710	3,6
Schwarzwald-Baar-Kreis	200 650	186 419	93,0	6 201	3,0	8 030	4,0
Tuttlingen	116 642	109 644	94,0	3 241	2,8	3 757	3,2
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	448 798	418 966	93,3	13 335	3,0	16 497	3,7
Landkreise							
Konstanz	244 352	220 702	90,3	11 196	4,6	12 454	5,1
Lörrach	197 045	185 909	94,3	5 095	2,6	6 041	3,1
Waldshut	151 713	140 112	92,4	4 771	3,1	6 830	4,5
Region Hochrhein-Bodensee	593 110	546 723	92,2	21 062	3,5	25 325	4,3
Regierungsbezirk Freiburg	1 948 961	1 796 744	92,2	72 288	3,7	79 929	4,1
Landkreise							
Reutlingen	252 249	236 415	93,7	7 831	3,1	8 003	3,2
Tübingen	184 968	162 165	87,7	13 690	7,4	9 113	4,9
Zollernalbkreis	177 382	167 262	94,3	4 983	2,8	5 137	2,9
Region Neckar-Alb	614 599	565 842	92,1	26 504	4,3	22 253	3,6
Stadtkreis							
Ulm	107 408	97 471	90,8	6 023	5,6	3 914	3,6
Landkreise							
Alb-Donau-Kreis	165 607	155 728	94,0	4 516	2,7	5 363	3,3
Biberach	160 274	148 970	93,0	4 930	3,0	6 374	4,0
Region Donau-Iller	433 289	402 169	92,8	15 469	3,6	15 651	3,6
Landkreise							
Bodenseekreis	182 639	166 510	91,2	6 266	3,4	9 863	5,4
Ravensburg	241 882	224 408	92,8	9 227	3,8	8 247	3,4
Sigmaringen	119 027	108 770	91,4	4 880	4,1	5 377	4,5
Region Bodensee-Oberschwaben	543 548	499 688	91,9	20 373	3,8	23 487	4,3
Regierungsbezirk Tübingen	1 591 436	1 467 699	92,9	62 346	3,9	61 391	3,9
Baden-Württemberg	9 634 468	8 922 219	92,6	384 168	3,8	348 081	3,8

Tabelle 4

Bevölkerung in den Stadt- und Landkreisen am 25. Mai 1987

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Bevölkerung am			Wohn- berechtigte Bevölkerung	Zu- (+) bzw. Abnahme (-)		Abweichung		
	27. Mai 1970 (Volkszählung 1970)	24. Mai 1987 (Bevölkerungs- fortschreibung) ¹⁾	25. Mai 1987 (Volkszählung 1987)		25. Mai 1987 (Volkszählung 1987)	der Volkszählung 1987 (Sp. 3) gegenüber der			
						Volkszählung 1970 (Sp. 1)		Bevölkerungsfortschreibung (Sp. 2)	
						Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	
Stadtkreis									
Stuttgart, Landeshauptstadt	633 158	567 343	551 904	574 610	- 81 254	- 12,8	- 15 439	- 2,7	
Landkreise									
Böblingen	260 875	314 862	315 677	324 872	+ 54 802	+ 21,0	+ 815	+ 0,3	
Esslingen	424 611	460 353	460 429	471 707	+ 35 818	+ 8,4	+ 76	+ 0,0	
Göppingen	227 146	231 303	230 379	236 173	+ 3 233	+ 1,4	- 924	- 0,4	
Ludwigsburg	397 506	439 097	442 389	453 549	+ 44 883	+ 11,3	+ 3 292	+ 0,7	
Rems-Murr-Kreis	331 462	360 568	360 634	370 173	+ 29 172	+ 8,8	+ 66	+ 0,0	
Region Mittlerer Neckar	2 274 758	2 373 526	2 361 412	2 431 084	+ 86 654	+ 3,8	- 12 114	- 0,5	
Stadtkreis									
Heilbronn	113 725	112 038	110 970	114 267	- 2 755	- 2,4	- 1 068	- 1,0	
Landkreise									
Heilbronn	223 120	253 279	252 458	260 989	+ 29 338	+ 13,1	- 821	- 0,3	
Hohenlohekreis	83 326	86 027	86 103	89 588	+ 2 777	+ 3,3	+ 76	+ 0,1	
Schwäbisch Hall	148 416	151 861	154 041	160 663	+ 5 625	+ 3,8	+ 2 180	+ 1,4	
Main-Tauber-Kreis	127 547	120 429	121 891	127 926	- 5 656	- 4,4	+ 1 462	+ 1,2	
Region Franken	696 134	723 634	725 463	753 433	+ 29 329	+ 4,2	+ 1 829	+ 0,3	
Landkreise									
Heidenheim	127 108	123 813	125 340	129 322	- 1 768	- 1,4	+ 1 527	+ 1,2	
Ostalbkreis	268 955	277 602	279 572	289 813	+ 10 617	+ 3,9	+ 1 970	+ 0,7	
Region Ostwürttemberg	396 063	401 415	404 912	419 135	+ 8 849	+ 2,2	+ 3 497	+ 0,9	
Regierungsbezirk Stuttgart	3 366 955	3 498 575	3 491 787	3 603 652	+ 124 832	+ 3,7	- 6 788	- 0,2	
Stadtkreise									
Baden-Baden	51 545	49 296	50 127	52 061	- 1 418	- 2,8	+ 831	+ 1,7	
Karlsruhe	287 452	268 736	260 591	273 238	- 26 861	- 9,3	- 8 145	- 3,0	
Landkreise									
Karlsruhe	331 323	364 021	364 798	374 207	+ 33 475	+ 10,1	+ 777	+ 0,2	
Rastatt	186 414	191 085	194 603	200 205	+ 8 189	+ 4,4	+ 3 518	+ 1,8	
Region Mittlerer Oberrhein	856 734	873 138	870 119	899 711	+ 13 385	+ 1,6	- 3 019	- 0,3	
Stadtkreise									
Heidelberg	129 697	135 983	127 768	140 138	- 1 929	- 1,5	- 8 215	- 6,0	
Mannheim	332 163	297 280	295 191	305 598	- 36 972	- 11,1	- 2 089	- 0,7	
Landkreise									
Neckar-Odenwald-Kreis	130 554	128 842	130 656	137 240	+ 102	+ 0,1	+ 1 814	+ 1,4	
Rhein-Neckar-Kreis	413 110	470 535	465 342	478 504	+ 52 232	+ 12,6	- 5 193	- 1,1	
Region Unterer Neckar	1 005 524	1 032 640	1 018 957	1 061 480	+ 13 433	+ 1,3	- 13 683	- 1,3	
Stadtkreis									
Pforzheim	106 410	104 509	106 530	110 105	+ 120	+ 0,1	+ 2 021	+ 1,9	
Landkreise									
Calw	118 477	137 166	133 321	143 124	+ 14 844	+ 12,5	- 3 845	- 2,8	
Enzkreis	146 273	165 718	164 639	168 477	+ 18 366	+ 12,6	- 1 079	- 0,7	
Freudenstadt	95 065	102 193	101 957	107 522	+ 6 892	+ 7,2	- 236	- 0,2	
Region Nordschwarzwald	466 225	509 586	506 447	529 228	+ 40 222	+ 8,6	- 3 139	- 0,6	
Regierungsbezirk Karlsruhe	2 328 483	2 415 364	2 395 523	2 490 419	+ 67 040	+ 2,9	- 19 841	- 0,8	
Stadtkreis									
Freiburg im Breisgau	174 308	185 678	178 672	188 303	+ 4 364	+ 2,5	- 7 006	- 3,8	
Landkreise									
Breisgau-Hochschwarzwald	162 397	210 844	203 111	215 385	+ 40 714	+ 25,1	- 7 733	- 3,7	
Emmendingen	120 747	135 489	132 508	136 317	+ 11 761	+ 9,7	- 2 981	- 2,2	
Ortenaukreis	346 781	354 552	354 655	367 048	+ 7 874	+ 2,3	+ 103	+ 0,0	
Region Südlicher Oberrhein	804 233	886 563	868 946	907 053	+ 64 713	+ 8,0	- 17 617	- 2,0	
Landkreise									
Rottweil	129 586	125 936	126 796	131 506	- 2 790	- 2,2	+ 860	+ 0,7	
Schwarzwald-Baar-Kreis	192 477	194 205	192 620	200 650	+ 143	+ 0,1	- 1 585	- 0,8	
Tuttlingen	107 838	111 854	112 835	116 642	+ 5 047	+ 4,7	+ 1 031	+ 0,9	
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	429 901	431 995	432 301	448 798	+ 2 400	+ 0,6	+ 306	+ 0,1	
Landkreise									
Konstanz	220 297	234 632	231 898	244 352	+ 11 601	+ 5,3	- 2 734	- 1,2	
Lörrach	190 903	192 286	191 004	197 045	+ 101	+ 0,1	- 1 282	- 0,7	
Waldshut	136 931	147 222	144 883	151 713	+ 7 952	+ 5,8	- 2 339	- 1,6	
Region Hochrhein-Bodensee	548 131	574 140	567 785	593 110	+ 19 654	+ 3,6	- 6 355	- 1,1	
Regierungsbezirk Freiburg	1 782 265	1 892 698	1 869 032	1 948 961	+ 86 767	+ 4,9	- 23 666	- 1,3	
Landkreise									
Reutlingen	226 911	244 445	244 246	252 249	+ 17 335	+ 7,6	- 199	- 0,1	
Tübingen	152 156	182 967	175 855	184 968	+ 23 699	+ 15,6	- 7 112	- 3,9	
Zollernalbkreis	170 505	170 833	172 245	177 382	+ 1 740	+ 1,0	+ 1 412	+ 0,8	
Region Neckar-Alb	549 572	598 245	592 346	614 599	+ 42 774	+ 7,8	- 5 899	- 1,0	
Stadtkreis									
Ulm	101 628	101 151	103 494	107 408	+ 1 866	+ 1,8	+ 2 343	+ 2,3	
Landkreise									
Alb-Donau-Kreis	147 562	160 434	160 244	165 607	+ 12 882	+ 8,6	- 190	- 0,1	
Biberach	144 989	153 312	153 900	160 274	+ 8 911	+ 6,1	+ 588	+ 0,4	
Region Donau-Iller ²⁾	394 179	414 897	417 638	433 289	+ 23 459	+ 6,0	+ 2 741	+ 0,7	
Landkreise									
Bodenseekreis	151 219	175 835	172 776	182 639	+ 21 557	+ 14,3	- 3 059	- 1,7	
Ravensburg	212 479	235 482	233 635	241 882	+ 21 156	+ 10,0	- 1 847	- 0,8	
Sigmaringen	109 896	114 842	113 650	119 027	+ 3 754	+ 3,4	- 1 192	- 1,0	
Region Bodensee-Oberschwaben	473 594	526 159	520 061	543 548	+ 46 467	+ 9,8	- 6 098	- 1,2	
Regierungsbezirk Tübingen	1 417 345	1 539 301	1 530 045	1 591 436	+ 112 700	+ 8,0	- 9 256	- 0,6	
Baden-Württemberg	8 895 048	9 345 938	9 286 387	9 634 468	+ 391 339	+ 4,4	- 59 551	- 0,6	

¹⁾ Ausgangsbasis ist die Volkszählung 1970. - ²⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

Tabelle 5

Bevölkerung in den Stadt- und Landkreisen am 25. Mai 1987 nach Gemeindegrößenklassen

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Gemeinden insgesamt		Gemeindegrößenklassen mit einer						
			unter 1000		1000 – 2000		2000 – 5000		5000 -
	Anzahl	Bevölkerung	Anzahl	Bevölkerung	Anzahl	Bevölkerung	Anzahl	Bevölkerung	Anzahl
Stadtkreis									
Stuttgart, Landeshauptstadt	1	551 904	–	–	–	–	–	–	–
Landkreise									
Böblingen	26	315 677	–	–	–	–	7	22 572	12
Esslingen	44	460 429	1	891	6	9 480	12	39 416	15
Göppingen	38	230 379	4	2 637	8	13 133	16	54 863	4
Ludwigsburg	39	442 389	–	–	2	3 771	13	47 899	10
Rems-Murr-Kreis	31	360 634	–	–	1	1 719	8	26 329	13
Region Mittlerer Neckar	179	2 361 412	5	3 528	17	28 103	56	191 079	54
Stadtkreis									
Heilbronn	1	110 970	–	–	–	–	–	–	–
Landkreise									
Heilbronn	46	252 458	–	–	6	8 879	20	62 749	14
Hohenlohekreis	16	86 103	–	–	3	4 826	6	21 288	5
Schwäbisch Hall	30	154 041	–	–	4	6 746	22	74 060	1
Main-Tauber-Kreis	18	121 891	–	–	2	3 400	8	28 920	4
Region Franken	111	725 463	–	–	15	23 851	56	187 017	24
Landkreise									
Heidenheim	11	125 340	–	–	–	–	3	10 483	4
Ostalbkreis	42	279 572	2	1 353	14	22 622	13	41 210	9
Region Ostwürttemberg	53	404 912	2	1 353	14	22 622	16	51 693	13
Regierungsbezirk Stuttgart	343	3 491 787	7	4 881	46	74 576	128	429 789	91
Stadtkreise									
Baden-Baden	1	50 127	–	–	–	–	–	–	–
Karlsruhe	1	260 591	–	–	–	–	–	–	–
Landkreise									
Karlsruhe	32	364 798	–	–	1	1 420	6	21 845	10
Rastatt	23	194 603	–	–	1	1 496	9	27 387	8
Region Mittlerer Oberrhein	57	870 119	–	–	2	2 916	15	49 232	18
Stadtkreise									
Heidelberg	1	127 768	–	–	–	–	–	–	–
Mannheim	1	295 191	–	–	–	–	–	–	–
Landkreise									
Neckar-Odenwald-Kreis	27	130 656	1	718	5	8 221	14	51 075	4
Rhein-Neckar-Kreis	54	465 342	1	429	4	6 466	17	54 711	12
Region Unterer Neckar	83	1 018 957	2	1 147	9	14 687	31	105 786	16
Stadtkreis									
Pforzheim	1	106 530	–	–	–	–	–	–	–
Landkreise									
Calw	25	133 321	–	–	6	9 433	10	29 072	6
Enzkreis	28	164 639	–	–	–	–	15	51 077	12
Freudenstadt	17	101 957	2	716	2	3 263	6	18 597	4
Region Nordschwarzwald	71	506 447	2	716	8	12 296	31	98 746	22
Regierungsbezirk Karlsruhe	211	2 395 523	4	1 863	19	30 299	77	253 764	56
Stadtkreis									
Freiburg im Breisgau	1	178 672	–	–	–	–	–	–	–
Landkreise									
Breisgau-Hochschwarzwald	50	203 111	3	2 575	9	13 662	26	82 271	8
Emmendingen	24	132 508	–	–	3	4 105	13	36 852	4
Ortenaukreis	51	354 655	–	–	7	11 716	23	76 118	14
Region Südlicher Oberrhein	126	868 946	3	2 575	19	29 483	62	195 241	26
Landkreise									
Rottweil	22	126 796	–	–	2	3 844	15	52 319	1
Schwarzwald-Baar-Kreis	20	192 620	–	–	1	1 459	9	30 144	5
Tuttlingen	35	112 885	14	8 751	7	10 510	8	24 796	4
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	77	432 301	14	8 751	10	15 813	32	107 259	10
Landkreise									
Konstanz	25	231 898	–	–	5	8 025	11	33 844	5
Lörrach	42	191 004	20	8 496	4	5 314	9	26 527	4
Waldshut	32	144 883	2	1 325	10	16 019	10	36 190	7
Region Hochrhein-Bodensee	99	567 785	22	9 821	19	29 358	30	96 561	16
Regierungsbezirk Freiburg	302	1 869 032	39	21 147	48	74 654	124	399 061	52
Landkreise									
Reutlingen	27	244 246	1	143	3	3 867	12	38 502	6
Tübingen	15	175 855	–	–	–	–	9	32 625	3
Zollernalbkreis	25	172 245	6	3 031	5	7 750	4	13 985	6
Region Neckar-Alb	67	592 346	7	3 174	8	11 617	25	85 112	15
Stadtkreis									
Ulm	1	103 494	–	–	–	–	–	–	–
Landkreise									
Alb-Donau-Kreis	55	160 244	20	8 777	18	26 843	8	27 542	4
Biberach	45	153 900	9	3 715	10	15 857	19	57 067	5
Region Donau-Iller	101	417 638	29	12 492	28	42 700	27	84 609	9
Landkreise									
Bodenseekreis	23	172 776	1	914	2	2 401	10	30 015	5
Ravensburg	39	233 635	9	3 907	2	2 250	17	52 640	4
Sigmaringen	25	113 650	1	894	5	8 715	11	31 574	5
Region Bodensee-Oberschwaben	87	520 061	11	5 715	9	13 366	38	114 229	14
Regierungsbezirk Tübingen	255	1 530 045	47	21 381	45	67 683	90	283 950	38
Baden-Württemberg	1 111	9 286 387	97	49 272	158	247 212	419	1 366 564	237

Bevölkerungszahl von ... bis unter ...									Kreis Region Regierungsbezirk Land
- 10 000	10 000 – 20 000		20 000 – 50 000		50 000 – 100 000		100 000 und mehr		
Bevölkerung	Anzahl	Bevölkerung	Anzahl	Bevölkerung	Anzahl	Bevölkerung	Anzahl	Bevölkerung	
-	-	-	-	-	-	-	1	551 904	Stadtkreis Stuttgart, Landeshauptstadt
87 666	3	39 685	3	108 893	1	56 861	-	-	Landkreise
103 193	4	48 717	5	168 175	1	90 557	-	-	Böblingen
26 749	4	54 866	1	25 980	1	52 151	-	-	Esslingen
75 729	9	126 255	4	109 851	1	78 884	-	-	Göppingen
96 914	3	39 886	6	195 786	-	-	-	-	Ludwigsburg
390 251	23	309 409	19	608 685	4	278 453	1	551 904	Rems-Murr-Kreis
-	-	-	-	-	-	-	1	110 970	Region Mittlerer Neckar
95 584	5	63 712	1	21 534	-	-	-	-	Stadtkreis
31 447	2	28 542	-	-	-	-	-	-	Heilbronn
5 292	1	10 571	2	57 372	-	-	-	-	Landkreise
23 512	3	45 682	1	20 377	-	-	-	-	Heilbronn
155 835	11	148 507	4	99 283	-	-	1	110 970	Hohenlohekreis
26 203	3	40 901	1	47 753	-	-	-	-	Schwäbisch Hall
62 140	1	11 322	1	21 538	2	119 387	-	-	Main-Tauber-Kreis
88 343	4	52 223	2	69 291	2	119 387	-	-	Region Franken
634 429	38	510 139	25	777 259	6	397 840	2	662 874	Landkreise
-	-	-	-	-	1	50 127	-	-	Heidenheim
-	-	-	-	-	-	-	1	260 591	Ostalbkreis
79 755	12	164 399	3	97 379	-	-	-	-	Region Ostwürttemberg
50 215	2	24 483	3	91 022	-	-	-	-	Regierungsbezirk Stuttgart
129 970	14	188 882	6	188 401	1	50 127	1	260 591	Stadtkreise
-	-	-	-	-	-	-	1	127 768	Baden-Baden
-	-	-	-	-	-	-	1	295 191	Karlsruhe
21 867	2	25 207	1	23 568	-	-	-	-	Landkreise
85 412	17	227 074	3	91 250	-	-	-	-	Karlsruhe
107 279	19	252 281	4	114 818	-	-	2	422 959	Rastatt
-	-	-	-	-	-	-	1	106 530	Region Mittlerer Oberrhein
43 716	2	30 082	1	21 018	-	-	-	-	Stadtkreise
89 706	-	-	1	23 856	-	-	-	-	Heidelberg
22 852	1	14 389	2	42 140	-	-	-	-	Mannheim
156 274	3	44 471	4	87 104	-	-	1	106 530	Landkreise
393 523	36	485 634	14	390 233	1	50 127	4	790 080	Neckar-Odenwald-Kreis
-	-	-	-	-	-	-	1	178 672	Rhein-Neckar-Kreis
57 786	4	46 817	-	-	-	-	-	-	Region Unterer Neckar
28 088	3	40 697	1	22 766	-	-	-	-	Stadtkreis
95 806	3	37 576	3	82 128	1	51 311	-	-	Pforzheim
181 680	10	125 090	4	104 894	1	51 311	1	178 672	Landkreise
5 287	3	42 559	1	22 787	-	-	-	-	Calw
32 509	4	52 647	-	-	1	75 861	-	-	Enzkreis
25 918	1	11 358	1	31 552	-	-	-	-	Freudenstadt
63 714	8	106 564	2	54 339	1	75 861	-	-	Region Nordschwarzwald
38 929	1	13 268	2	67 454	1	70 378	-	-	Regierungsbezirk Karlsruhe
28 680	2	28 173	3	93 814	-	-	-	-	Stadtkreis
43 541	2	26 544	1	21 264	-	-	-	-	Freiburg im Breisgau
111 150	5	67 985	6	182 532	1	70 378	-	-	Landkreise
356 544	23	299 639	12	341 765	3	197 550	-	178 672	Breisgau-Hochschwarzwald
44 486	4	58 395	-	-	1	98 853	-	-	Emmendingen
22 618	1	15 803	1	33 108	1	71 701	-	-	Ortenaukreis
43 036	2	27 728	2	76 715	-	-	-	-	Region Südl. Oberrhein
110 140	7	101 926	3	109 823	2	170 554	-	-	Landkreise
-	-	-	-	-	-	-	1	103 494	Rottweil
28 543	4	46 345	1	22 194	-	-	-	-	Schwarzwald-Baar-Kreis
34 126	1	15 014	1	28 121	-	-	-	-	Tuttlingen
62 669	5	61 359	2	50 315	-	-	1	103 494	Region Schwarzwald-Baar-Heuberg
31 976	4	55 662	-	-	1	51 808	-	-	Landkreise
26 038	3	40 072	4	108 728	-	-	-	-	Konstanz
32 158	3	40 309	-	-	-	-	-	-	Lörrach
90 172	10	136 043	4	108 728	1	51 808	-	-	Waldshut
262 981	22	299 328	9	268 866	3	222 362	2	103 494	Region Hochrhein-Bodensee
1 647 477	119	1 594 740	60	1 778 123	13	867 879	8	1 735 120	Regierungsbezirk Freiburg
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Landkreise
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Reutlingen
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Tübingen
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Zollernalbkreis
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Region Neckar-Alb
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Stadtkreise
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Ulm
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Landkreise
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Alb-Donau-Kreis
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Biberach
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Region Donau-Iller
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Landkreise
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Bodenseekreis
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Ravensburg
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Sigmaringen
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Region Bodensee-Oberschwaben
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Regierungsbezirk Tübingen
-	-	-	-	-	-	-	-	-	Baden-Württemberg

Allerdings gab es auch etliche Gemeinden mit erheblichen Bevölkerungsverlusten. Die stärksten Einbußen mit -45,4% im Vergleich zu 1970 (damals 262 Einwohner) mußte das gemeindefreie Gebiet Gutsbezirk Münsingen hinnehmen. Ihm folgten die Gemeinden Emeringen (-26,1%) und Holzkirch (-25,1%).

Mindestens von genauso großer Bedeutung wie der Vergleich der langfristigen Entwicklung der Einwohnerzahlen dürfte für die einzelne Gemeinde allerdings der Vergleich zwischen der auf der Grundlage der Volkszählung 1987 amtlich festgestellten Einwohnerzahl (Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung) zum 25. Mai 1987 und der bisher gültigen Bevölkerungszahl aus der Bevölkerungsfortschreibung zum gleichen Zeitpunkt sein, da sich positive oder negative Abweichungen bereits im Jahr 1989 auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen des Landes an die Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs auswirken werden.

Die Volkszählung 1987 brachte für die Hälfte der 1111 Gemeinden des Landes mehr Einwohner, als die fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 24. Mai 1987 auswies.

Bei mehr als zwei Dritteln der Gemeinden (68%) lag die Abweichung in einem Bereich zwischen +3 und -3%. Diesen überwiegend geringfügigen Veränderungen stehen einige gravierende Abweichungen, insbesondere bei kleineren Gemeinden, gegenüber. An der Spitze der Gemeinden, die mehr Einwohner haben, steht, prozentual betrachtet, die Gemeinde Adelsheim mit einem Einwohnerplus von über 18%, dicht gefolgt von der Gemeinde Grundsheim knapp unter 18%. Auf der anderen Seite steht die Gemeinde Gaienhofen am Bodensee mit einem Einwohnerminus von 35%. Insgesamt haben 28 Gemeinden mehr als 10% Einwohner weniger als bisher angenommen. Dabei handelt es sich unter anderem um die Gemeinden Altshausen (-27%), Feldberg (-26%), Eschbach (-25%) und Wilhelmsdorf (-20%).

Fast zwei Drittel der Gemeinden haben weniger als 5 000 Einwohner

Stellt man die Einwohnerzahlen der Gemeinden aus der Volkszählung 1987 in Form einer Tabelle nach Gemeindegrößenklassen zusammen (Tabelle 5), lassen sich einige interessante Ergebnisse ableiten. So haben 674 oder 60,7% der 1111 Gemeinden des Landes weniger als 5000 Einwohner, und lediglich 21 oder 1,9% mehr als 50 000 Einwohner. Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern gibt es in Baden-Württemberg acht (0,7%). In den 60,7% kleinen Gemeinden leben aber nur knapp 18% der Bevölkerung, während in den acht Großstädten annähernd 19 % der Bevölkerung leben. Die zahlenmäßig meisten Gemeinden, 419 oder 37,7%, haben zwischen 2000 und 5000 Einwohner. Die meisten Personen im Land (19,1%) leben in Gemeinden von 20 000 bis 50 000 Einwohnern, wovon es insgesamt 60 gibt.

Allerdings sind diese Zahlen mehr in formaler Hinsicht von Interesse, Aussagen über Lebensumstände der Gemeindebewohner und die räumliche Siedlungsstruktur lassen sich daraus nur begrenzt ableiten. So wird zum Beispiel nicht unterschieden, ob eine kleine Gemeinde innerhalb oder außerhalb eines Ballungsgebietes liegt, obwohl beispielsweise die Gemeinden am Rande von Großstädten eine ganz andere Struktur haben als gleich große, aber groß-

stadtferne Gemeinden.¹⁰ Tiefergehende Untersuchungen zur räumlichen Bevölkerungsentwicklung sind daher erst nach Vorliegen von Auswertungen der Volkszählung 1987 auf der Ebene von nichtadministrativen Gebietsgliederungen möglich.

Im Landesdurchschnitt 259 Einwohner je km²

Mit der Zunahme der Bevölkerungszahl ist auch die Bevölkerungsdichte in Baden-Württemberg (Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung je km² Fläche) gestiegen, und zwar von 248,8 auf 259,8 Personen (Tabelle 6). Besonders dicht bevölkert sind nach wie vor der Regierungsbezirk Karlsruhe mit 346,2 Personen je km² sowie der Regierungsbezirk Stuttgart mit 330,7. Sie liegen beide über dem Landesdurchschnitt, während die Regierungsbezirke Freiburg mit 199,7 und Tübingen mit 171,6 deutlich darunter liegen. Gegenüber 1970 haben allerdings alle vier Regierungsbezirke eine Zunahme zu verzeichnen.

Auf der Ebene der Regionen ist die Region Mittlerer Neckar nach wie vor mit Abstand am dichtesten besiedelt (646,2). Es folgen die Regionen Unterer Neckar (417,3) und Mittlerer Oberrhein (407,1). Am wenigsten Einwohner je Quadratkilometer haben die Regionen Franken (152,3), Bodensee-Oberschwaben (148,6) und Donau-Iller (144,7).

Gravierende Verschiebungen in der Bevölkerungsdichte im Vergleich zu 1970 sind nicht festzustellen. Interessant mag allerdings sein, daß die bereits am dichtesten besiedelte Region Mittlerer Neckar auch den größten Bevölkerungszuwachs je km² hatte, nämlich +23,4. Die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg blieb dagegen praktisch auf dem Stand von 1970 (+0,9).

Bereits in der Gegenüberstellung der Regionen zeigt sich, daß die Gebiete um die industriellen Ballungsräume am dichtesten besiedelt sind. Dies läßt sich noch deutlicher zeigen, wenn man die Bevölkerungsdichte in den Stadt- und Landkreisen vergleicht (Schaubild 1). Eine sehr hohe Bevölkerungsdichte haben vor allem die vier an die Stadt Stuttgart angrenzenden Landkreise Böblingen (510,9), Esslingen (717,6), Ludwigsburg (643,8) und Rems-Murr-Kreis (420,3), aber auch der an die Städte Mannheim/Heidelberg angrenzende Rhein-Neckar-Kreis (438,3).

Die Stadtkreise selbst hingegen haben infolge ihrer zum Teil starken Einwohnerverluste vielfach eine deutlich geringere Bevölkerungsdichte aufzuweisen als 1970. Einen rapiden Rückgang hat vor allem die Stadt Stuttgart zu verzeichnen, und zwar um 394,5 Personen je km². Dennoch liegt sie mit einer Bevölkerungsdichte von 2661,6 noch deutlich vor den anderen Stadt- und Landkreisen. Einen starken Rückgang haben auch die Stadtkreise Mannheim (-255,1) und Karlsruhe (-154,6) aufzuweisen, wohingegen Freiburg im Breisgau (+18,4) und Ulm (+3,0) kleinere Zunahmen verzeichnen konnten. Mannheim (2036,5) und Karlsruhe (1502,4) bleiben jedoch trotz ihrer Verluste die nach Stuttgart am dichtesten besiedelten Stadtkreise.

¹⁰ Vgl. hierzu z. B.: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerungsentwicklung in Stadt und Land 1961 bis 1970, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 11/1972, S. 626.

Tabelle 6

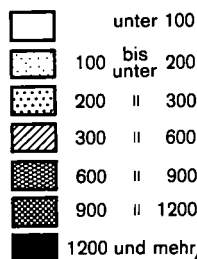
Bevölkerungsdichte in den Stadt- und Landkreisen 1970 und 1987

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Fläche in km ²	Bevölkerung		Bevölkerungsdichte		Veränderungen der Bevölkerungsdichte VZ 1987 gegenüber VZ 1970 (absolut)
		am 27. 5. 1970 (Volkszählung 1970)	am 25. 5. 1987 (Volkszählung 1987)	am 27. 5. 1970 (Volkszählung 1970)	am 25. 5. 1987 (Volkszählung 1987)	
Stadtkreis						
Stuttgart, Landeshauptstadt	207,36	633 158	551 904	3 056,1	2 661,6	- 394,5
Landkreise						
Böblingen	617,88	260 875	315 677	422,1	510,9	+ 88,8
Esslingen	641,59	424 611	460 429	661,9	717,6	+ 55,7
Göppingen	642,37	227 146	230 379	355,6	358,6	+ 3,0
Ludwigsburg	687,16	397 506	442 389	578,4	643,8	+ 65,4
Rems-Murr-Kreis	858,06	331 462	360 634	385,6	420,3	+ 34,7
Region Mittlerer Neckar	3 654,42	2 274 758	2 361 412	622,8	646,2	+ 23,4
Stadtkreis						
Heilbronn	99,86	113 725	110 970	1 139,1	1 111,3	- 27,8
Landkreise						
Heilbronn	1 099,61	223 120	252 458	202,3	229,6	+ 27,3
Hohenlohekreis	776,63	83 326	86 103	108,0	110,9	+ 2,9
Schwäbisch Hall	1 483,98	148 416	154 041	99,6	103,8	+ 4,2
Main-Tauber-Kreis	1 304,61	127 547	121 891	97,8	93,4	- 4,4
Region Franken	4 764,69	696 134	725 463	146,0	152,3	+ 6,3
Landkreise						
Heidenheim	627,20	127 108	125 340	203,7	199,8	- 3,9
Ostalbkreis	1 511,39	268 955	279 572	178,2	185,0	+ 6,8
Region Ostwürttemberg	2 138,59	396 063	404 912	185,6	189,3	+ 3,7
Regierungsbezirk Stuttgart	10 557,70	3 366 955	3 491 787	319,0	330,7	+ 11,7
Stadtkreise						
Baden-Baden	140,21	51 545	50 127	367,6	357,5	- 10,1
Karlsruhe	173,45	287 452	260 591	1 657,0	1 502,4	- 154,6
Landkreise						
Karlsruhe	1 084,89	331 323	364 798	305,8	336,3	+ 30,5
Rastatt	738,80	186 414	194 603	252,3	263,4	+ 11,1
Region Mittlerer Oberrhein	2 137,35	856 734	870 119	401,1	407,1	+ 6,0
Stadtkreise						
Heidelberg	108,83	129 697	127 768	1 190,0	1 174,0	- 16,0
Mannheim	144,95	332 163	295 191	2 291,6	2 036,5	- 255,1
Landkreise						
Neckar-Odenwald-Kreis	1 126,32	130 554	130 656	116,0	116,0	-
Rhein-Neckar-Kreis	1 061,79	413 110	465 342	388,4	438,3	+ 49,9
Region Unterer Neckar	2 441,89	1 005 524	1 018 957	411,6	417,3	+ 5,7
Stadtkreis						
Pforzheim	97,81	106 410	106 530	1 087,9	1 089,2	+ 1,3
Landkreise						
Calw	797,53	118 477	133 321	148,5	167,2	+ 18,7
Enzkreis	573,91	146 273	164 639	254,9	286,9	+ 32,0
Freudenstadt	870,66	95 065	101 957	109,2	117,1	+ 7,9
Region Nordschwarzwald	2 339,91	466 225	506 447	199,2	216,4	+ 17,2
Regierungsbezirk Karlsruhe	6 919,15	2 328 483	2 395 523	336,5	346,2	+ 9,7
Stadtkreis						
Freiburg im Breisgau	153,05	174 308	178 672	1 149,0	1 167,4	+ 18,4
Landkreise						
Breisgau-Hochschwarzwald	1 378,32	162 397	203 111	118,0	147,4	+ 29,4
Emmendingen	679,90	120 747	132 508	177,3	194,9	+ 17,6
Ortenaukreis	1 860,62	346 781	354 655	187,6	190,6	+ 3,0
Region Südlicher Oberrhein	4 071,89	804 233	868 946	198,2	213,4	+ 15,2
Landkreise						
Rottweil	769,47	129 586	126 796	168,1	164,8	- 3,3
Schwarzwald-Baar-Kreis	1 025,30	192 477	192 620	188,0	187,9	- 0,1
Tuttlingen	734,41	107 838	112 885	146,8	153,7	+ 6,9
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	2 529,18	429 901	432 301	170,0	170,9	+ 0,9
Landkreise						
Konstanz	818,04	220 297	231 898	269,4	283,5	+ 14,1
Lörrach	806,83	190 903	191 004	236,6	236,7	+ 0,1
Waldshut	1 131,19	136 931	144 883	120,7	128,1	+ 7,4
Region Hochrhein-Bodensee	2 756,06	548 131	567 785	198,6	206,0	+ 7,4
Regierungsbezirk Freiburg	9 357,13	1 782 265	1 869 032	190,7	199,7	+ 9,0
Landkreise						
Reutlingen	1 094,09	226 911	244 246	207,6	223,2	+ 15,6
Tübingen	519,16	152 156	175 855	293,1	338,7	+ 45,6
Zollernalbkreis	917,73	170 505	172 245	185,8	187,7	+ 1,9
Region Neckar-Alb	2 530,98	549 572	592 346	217,2	234,0	+ 16,8
Stadtkreis						
Ulm	118,73	101 628	103 494	868,7	871,7	+ 3,0
Landkreise						
Alb-Donau-Kreis	1 357,20	147 562	160 244	107,9	118,1	+ 10,2
Biberach	1 409,81	144 989	153 900	103,8	109,2	+ 5,4
Region Donau-Iller	2 885,74	394 179	417 638	136,8	144,7	+ 7,9
Landkreise						
Bodenseekreis	664,62	151 219	172 776	228,0	260,0	+ 32,0
Ravensburg	1 631,69	212 479	233 635	130,0	143,2	+ 13,2
Sigmaringen	1 204,38	109 896	113 650	90,8	94,4	+ 3,6
Region Bodensee-Oberschwaben	3 500,69	473 594	520 061	135,0	148,6	+ 13,6
Regierungsbezirk Tübingen	8 917,41	1 417 345	1 530 045	158,9	171,6	+ 12,7
Baden-Württemberg	35 751,39	8 895 048	9 286 387	248,8	259,8	+ 11,0

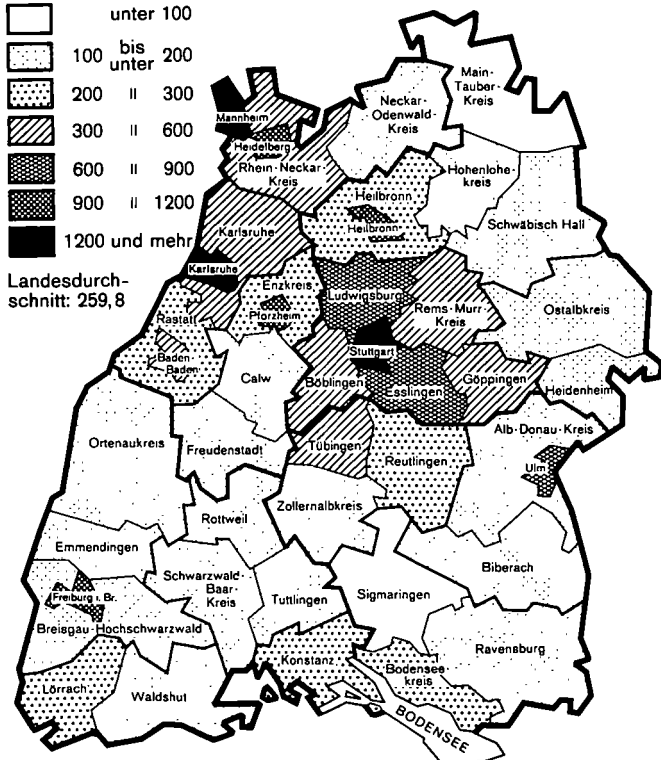
Bevölkerungsdichte in den Stadt- und Landkreisen 1987

Volks- und Berufszählung 1987

Bevölkerung je km²



Landesdurchschnitt: 259,8



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

113 89

Volkszählung 1970 fortgeschriebenen Bevölkerung ergab die Volkszählung 1987 zwar - nicht unerwartet - eine etwas geringere Bevölkerungszahl. Dieses Minus konnte aber in der Zwischenzeit bereits wieder mehr als ausgeglichen werden.

Vor allem die Landkreise, die den großen Städten benachbart sind, konnten starke Einwohnerzuwächse verbuchen, während die Stadtkreise selbst mehrheitlich Einwohnerverluste hinnehmen mußten. Die zahlenmäßig größten Gewinne, bis zu 160%, aber auch die stärksten Bevölkerungsverluste, bis zu 45 %, gab es bei einer Reihe kleinerer Gemeinden. Besonders bedeutsam für die Gemeinden sind auch die Abweichungen gegenüber der bisherigen Bevölkerungsfortschreibung auf der Basis 1970. Zwar haben mehr als die Hälfte der Gemeinden in diesem Vergleich Einwohner gewonnen, doch gibt es auch etliche Gemeinden, die infolge einer starken negativen Abweichung mit erheblichen Kürzungen der Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich rechnen müssen.

Der Anteil der Personen, die in Baden-Württemberg lediglich eine Nebenwohnung haben, an der Wohnberechtigten Bevölkerung hat seit 1970 deutlich zugenommen und liegt jetzt bei 3,6%. Die Zahl der Nebenwohnsitze ist besonders hoch in den Fremdenverkehrsgebieten und in einigen größeren Städten und Stadtkreisen. Die Gründe hierfür dürften einerseits in einem hohen Bestand an Ferienwohnungen, andererseits vor allem in einer relativ hohen Zahl von Pendlern zu suchen sein.

Zum Volkszählungstichtag gab es in Baden-Württemberg acht Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern. Der überwiegende Teil der 1 111 Gemeinden des Landes, über 60%, hat allerdings weniger als 5 000 Einwohner. Rückschlüsse auf die Siedlungsstruktur sind anhand dieser Zahlen allein allerdings nur beschränkt möglich.

Die Bevölkerungsdichte ist im Landesdurchschnitt seit 1970 leicht gestiegen. Sie liegt jetzt bei 259 Einwohnern je km². Am dichtesten besiedelt sind naturgemäß die Gebiete um die industriellen Ballungsräume. Spitzenreiter auf der Ebene der Regionen ist hier die Region Mittlerer Neckar, die auch den größten Bevölkerungszuwachs je km² verzeichnen konnte.

Dipl.-Verwaltungswissenschaftler Klaus Bronnenmayer

Zusammenfassung

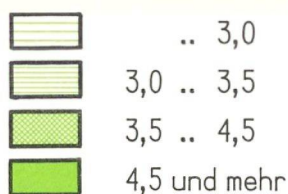
Baden-Württemberg konnte in den 17 Jahren zwischen den Volkszählungen 1970 und 1987 im Vergleich mit den anderen Bundesländern den größten Zuwachs sowohl bei der „Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung“ als auch bei der „Wohnberechtigten Bevölkerung“ verzeichnen. Der Bevölkerungsanteil des Landes an der Gesamtbevölkerung stieg auf 15,2%. Im Vergleich zur auf der Basis der

Bevölkerung mit Nebenwohnung in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

- Ergebnisse der Volks- und Berufszählung -

Anteil in Prozent der Wohnberechtigten

von .. bis unter



Landeswert: 3,6



Bevölkerung mit Nebenwohnung in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

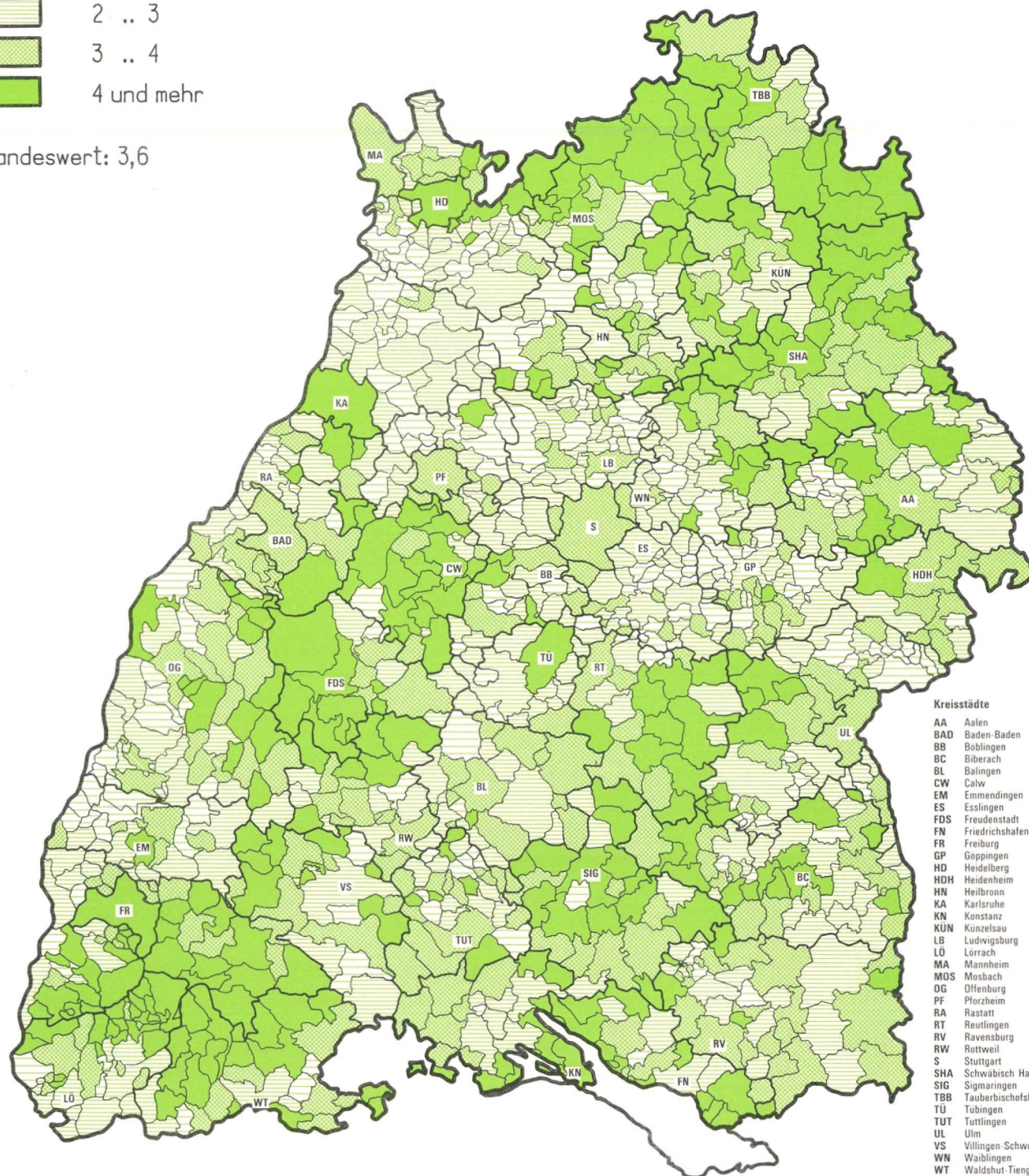
- Ergebnisse der Volks- und Berufszählung -

Anteil in Prozent der Wohnberechtigten

von .. bis unter



Landeswert: 3,6



Kreisstädte

AA	Aalen
BAD	Baden-Baden
BB	Baden
BC	Biberach
BL	Balingen
CW	Calw
EM	Emmendingen
ES	Esslingen
FDS	Freudenstadt
FN	Friedrichshafen
FR	Freiburg
GP	Göppingen
HD	Heidelberg
HDH	Heidenheim
HN	Heilbronn
KA	Karlsruhe
KN	Konstanz
KÜN	Künzelsau
LB	Ludwigsburg
LÖ	Lörrach
MA	Mannheim
MOS	Mosbach
OG	Offenburg
PF	Pforzheim
RA	Rastatt
RT	Reutlingen
RV	Ravensburg
RW	Rottweil
S	Stuttgart
SHA	Schwäbisch Hall
SIG	Sigmaringen
TBB	Tauberbischofsheim
TÜ	Tübingen
TUT	Tuttlingen
UL	Ulm
VS	Villingen-Schwenningen
WN	Waldshut
WT	Waldshut-Tiengen

Altersaufbau und Familienstandsgliederung der Bevölkerung in Baden- Württemberg am 25. Mai 1987

Zu den wichtigsten Strukturdaten, die bei Volkszählungen regelmäßig erhoben werden, gehören Angaben zum Altersaufbau und zur Familienstandsgliederung der Bevölkerung. Gerade in jüngerer Zeit finden diese demographischen Daten über die Fachöffentlichkeit hinaus vermehrt Beachtung. Dies vor allem deshalb, weil sich die Politik zunehmend der Probleme annimmt, die sich beispielsweise aus der Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung ergeben.¹ Der zu beobachtende fortschreitende Alterungsprozeß, also die Zunahme des Anteils der alten Menschen an der Gesamtbevölkerung, wie er mehr oder weniger stark auch in anderen Industrieländern nachzuweisen ist, wird als eine bedeutende gesellschaftspolitische Herausforderung für die kommenden Jahre erkannt.²

Sinnvolle politische Maßnahmen setzen allerdings – dies gilt natürlich für alle Bereiche der Politik – eine aktuelle und zuverlässige Datengrundlage voraus. Diese konnte mit der Volkszählung 1987, deren Ergebnisse das Statistische Landesamt den Städten und Gemeinden des Landes, den insti-

tutionellen Nutzern und der interessierten Öffentlichkeit seit Ende letzten Jahres Zug um Zug zur Verfügung stellt³, geschaffen werden. Im vorliegenden Beitrag sollen einige wichtige Entwicklungslinien in der Altersstruktur der Bevölkerung des Landes sowie in der Aufgliederung nach dem Familienstand anhand aktueller Volkszählungsergebnisse, vor allem im Vergleich mit den Werten aus der Volkszählung des Jahres 1970, dargestellt werden.

Baden-Württemberg hat im Ländervergleich die „jüngste“ Bevölkerung

Baden-Württemberg hatte am Stichtag der Volkszählung, dem 25. Mai 1987, 9 286 387 Einwohner. Davon waren

¹Aktuellstes Beispiel hierfür sind die vor kurzem gefaßten Beschlüsse zur Reform der Alterssicherungssysteme (Rentenreform).

²Vgl. hierzu: Bericht der Kommission „Altern als Chance und Herausforderung“, erstellt im Auftrag der Landesregierung Baden-Württemberg, Stuttgart 1988.

³Vgl. z.B. die in den letzten Monaten in dieser Zeitschrift bereits erschienenen textlichen Darstellungen von Ergebnissen der Volkszählung: Frank, Eberhard: Erste Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12/1988, S. 495 sowie Bronnenmayer, Klaus: Die Bevölkerung in Baden-Württemberg nach den Ergebnissen der Volkszählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 3/1989, S. 98. Zu Möglichkeiten des elektronischen Zugriffs auf Volkszählungsergebnisse im Rahmen des Landesinformationssystems vgl. Frank, Eberhard: LIS-Report: Ergebnisse der Volks- und Berufszählung ab Gemeindeebene, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/1989, S. 236.

Tabelle 1

Bevölkerung in den Bundesländern 1970 und 1987 nach Geschlecht, Altersgruppen und Familienstand

Land	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Bevölkerung nach									
			Geschlecht		Alter			Familienstand				
			männlich	weiblich	davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden	
					unter 15	15 – 65	65 und mehr					
					%							
1000												
Schleswig-Holstein	1970	2 494,1	47,6	52,4	23,7	61,7	14,6	39,0	49,6	9,3	2,1	
	1987	2 554,2	48,1	51,9	14,3	69,7	16,0	38,7	47,7	9,3	4,3	
Hamburg	1970	1 793,8	46,1	53,9	18,3	64,8	16,9	34,5	51,3	10,2	4,0	
	1987	1 592,7	46,8	53,2	11,7	69,9	18,4	37,9	44,6	10,4	7,1	
Niedersachsen	1970	7 082,2	47,8	52,2	24,3	62,0	13,7	39,9	49,6	8,9	1,6	
	1987	7 162,1	48,2	51,8	14,9	69,4	15,7	38,9	48,4	9,2	3,5	
Bremen	1970	722,7	47,0	53,0	21,6	64,1	14,3	36,0	52,0	9,3	2,7	
	1987	660,1	47,3	52,7	12,4	69,7	17,9	37,2	46,4	10,3	6,1	
Nordrhein-Westfalen	1970	16 914,1	47,8	52,2	23,3	64,4	12,3	39,1	51,0	8,2	1,6	
	1987	16 711,8	47,9	52,1	14,4	70,8	14,8	37,6	49,6	8,9	3,8	
Hessen	1970	5 381,7	48,1	51,9	22,1	64,6	13,3	37,8	51,8	8,5	1,9	
	1987	5 507,8	48,2	51,8	14,1	70,4	15,5	37,2	50,1	8,8	4,0	
Rheinland-Pfalz	1970	3 645,4	47,7	52,3	24,6	62,5	12,9	40,9	49,4	8,4	1,3	
	1987	3 630,8	48,1	51,9	14,7	69,7	15,6	37,1	50,6	9,0	3,3	
Baden-Württemberg	1970	8 895,0	48,2	51,8	24,3	64,0	11,7	42,0	49,0	7,5	1,5	
	1987	9 286,4	48,3	51,7	15,4	70,3	14,3	40,2	48,5	7,9	3,4	
Bayern	1970	10 479,4	47,4	52,6	23,7	63,3	13,0	41,5	48,5	8,4	1,7	
	1987	10 902,6	48,0	52,0	15,2	69,8	15,0	39,4	48,6	8,5	3,5	
Saarland	1970	1 119,7	47,6	52,4	24,9	63,5	11,6	40,8	49,7	8,4	1,2	
	1987	1 055,7	47,9	52,1	13,9	71,3	14,8	35,7	51,0	9,6	3,7	
Berlin (West)	1970	2 122,3	43,4	56,6	15,0	63,6	21,4	32,4	47,9	13,7	5,9	
	1987	2 012,7	46,5	53,5	12,4	68,9	18,7	38,8	42,0	11,0	8,2	
Bundesgebiet	1970	60 650,6	47,6	52,4	23,2	63,6	13,2	39,6	49,9	8,6	1,9	
	1987	61 077,0	48,0	52,0	14,6	70,1	15,3	38,5	48,8	8,9	3,9	
Veränderung der absoluten Werte in %	1987 gegen 1970		+ 0,7	+ 1,6	- 0,1	- 36,6	+ 11,0	+ 16,7	- 2,3	- 1,5	+ 4,2	+ 106,7

70,3% (6,528 Mill.) zwischen 15 und 65 Jahren, also im erwerbsfähigen Alter, 15,4% (1,426 Mill.) unter 15 Jahren und 14,3% (1,330 Mill.) älter als 65 Jahre (Tabelle 1). Vergleicht man diese Werte mit den entsprechenden Zahlen aus dem Jahr 1970, dem Jahr der vorhergegangenen Volkszählung, erkennt man sofort den bereits angedeuteten Trend der Entwicklung hin zu einem höheren Bevölkerungsanteil der älteren Jahrgänge. 1970 lag der Anteil der unter 15jährigen noch bei 24,3%, also 8,9 Prozentpunkte höher. Die Werte für die Altersgruppen 15-65 Jahre mit 64,0% und 65 und mehr Jahre mit 11,7% lagen dagegen deutlich niedriger als 1987.

Ein bemerkenswertes Ergebnis zeigt der Vergleich der aktuellen Zahlen Baden-Württembergs mit den anderen Bundesländern: Baden-Württemberg hat, legt man den jeweiligen Anteil der unter 15jährigen als Maßstab zugrunde, die „jüngste“ Bevölkerung in der Bundesrepublik, gefolgt von Bayern mit einem Anteil dieser Personengruppe von 15,2% und Niedersachsen mit 14,9%. Dies wird bestätigt, wenn man den Bevölkerungsanteil der Personen ab 65 Jahren in den einzelnen Bundesländern vergleicht. Hier hat Baden-Württemberg mit einem Anteil von 14,3% den absolut niedrigsten Wert, vor dem Saarland und Nordrhein-Westfalen (jeweils 14,8%) sowie Bayern (15,0%). Beim Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung von 15-65 Jahren an der jeweiligen Gesamtzahl der Einwohner liegt Baden-Württemberg mit 70,3% an vierter Stelle nach dem Saarland (71,3%), Nordrhein-Westfalen (70,8%) und Hessen (70,4%) und damit knapp über dem Bundesdurchschnitt von 70,1%.

Betrachtet man die Veränderungen der absoluten Personenzahlen dieser Altersgruppen in den 17 Jahren zwischen den Volkszählungen, so entsprach die Entwicklung in etwa dem Bundesdurchschnitt, mit einer Ausnahme: In Baden-Württemberg nahm die Bevölkerung über 65 Jahre um 28,2% zu, im Bundesgebiet nur um 16,7%. Die Veränderung bei den unter 15jährigen liegt in Baden-Württemberg bei -33,9% (Bund: -36,6%), bei den 15-65jährigen bei +14,6% (Bund: +11,0%).

Insgesamt gesehen hat sich die Altersstruktur der Bevölkerung des Landes also, legt man allein die Aufteilung in die drei genannten Altersgruppen zugrunde, derjenigen des Bundes angenähert. Unterschiedlich die prozentuale Verteilung der Bevölkerung auf die drei Gruppen im Vergleich

Land/Bund im Jahr 1970 noch um 1,1 bzw. 0,4 bzw. 1,5 Prozentpunkte, so differierte sie 1987 nur noch um 0,8 bzw. 0,2 bzw. 1,0 Prozentpunkte.

Anteil der älteren Personen nimmt auch in Zukunft weiter zu

Die beschriebenen Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung lassen sich besonders anschaulich mit Hilfe der sogenannten Alterslastkoeffizienten darstellen, die den noch nicht erwerbstätigen und den nicht mehr erwerbstätigen Bevölkerungsanteil (unter 15 und über 65 Jahre) mit dem Bevölkerungsanteil im erwerbsfähigen Alter (15-65 Jahre) in Bezug setzen.⁴ Hier wird auch deutlich, daß die Veränderungen im Altersaufbau erst künftig ihre vollen Auswirkungen entfalten werden. Zwar ist der Alterungsprozeß der Gesamtbevölkerung bereits in vollem Gang, der Höhepunkt ist aber noch nicht erreicht. Wie oben gezeigt, sind sowohl in Baden-Württemberg als auch im Bund noch über 70% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Erst gegen Ende der 90er Jahre kommen die ersten zahlenmäßig sehr starken Jahrgänge ins Rentenalter, wie die graphische Darstellung des Altersaufbaus der Bevölkerung des Landes Baden-Württemberg (Schaubild 1) ausweist.

Ein Vergleich der genannten Koeffizienten aus den Volkszählungen 1961, 1970 und 1987 in Baden-Württemberg zeigt ein interessantes Bild: Während 1961 auf eine Person im erwerbsfähigen Alter noch 0,489 Kinder oder alte Menschen kamen (Bund: 0,488), stieg dieser Wert, bedingt durch die geburtenstarken Jahrgänge, bis 1970 auf 0,562 (Bund: 0,571) an. 1987 ist dieser Koeffizient wieder auf 0,422 (Bund: 0,426) gefallen: Die geburtenstarken Jahrgänge sind im erwerbsfähigen Alter, gleichzeitig ist die Zahl

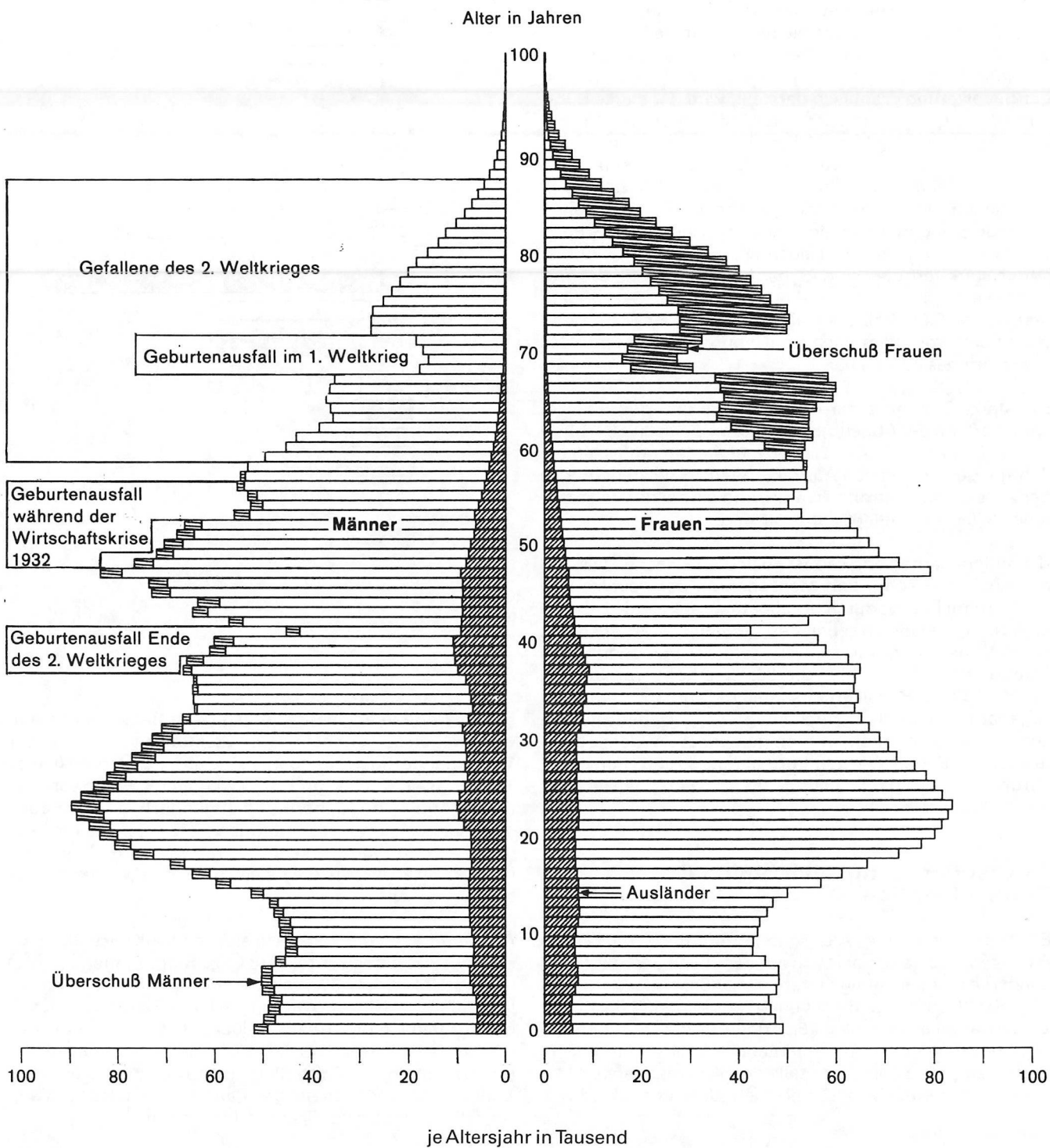
⁴Zur Problematik dieser Koeffizienten, die nicht ohne weiteres mit wirtschaftlichen Belastungsquoten gleichgesetzt werden können, vgl. Wingen, Max: Drei-Generationen-Solidarität in einer alternden Gesellschaft, Schriftenreihe d. Dt. Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft, Heft 16, Neuwied 1988, S. 24 ff. Wingen setzt die Altersgrenzen im übrigen bei 20 und 60 Jahren an, im Gegensatz zu Würzberger, P./Wedel, E., Erste Ergebnisse der Volkszählung 1987, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1988, S. 829, die zur Abgrenzung des erwerbsfähigen Alters das 15. und 65. Lebensjahr heranziehen. Diese Grenzwerte wurden wegen der Vergleichbarkeit mit den Bundesergebnissen übernommen.

Tabelle 2

Bevölkerung in Baden-Württemberg 1970 und 1987 nach Altersgruppen und Geschlecht

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt					Männlich					Weiblich				
	25. 5. 1987		27. 5. 1970		Ver- ände- rung	25. 5. 1987		27. 5. 1970		Ver- ände- rung	25. 5. 1987		27. 5. 1970		Ver- ände- rung
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	
unter 6	584 952	6,3	887 442	10,0	- 34,1	299 715	6,7	454 502	10,6	- 34,1	285 237	6,0	432 920	9,4	- 34,1
6 - 15	841 350	9,1	1 271 518	14,3	- 33,8	430 649	9,6	651 173	15,1	- 33,9	410 701	8,6	620 345	13,4	- 33,8
15 - 18	377 837	4,1	359 303	4,0	+ 5,2	193 658	4,3	182 399	4,3	+ 6,2	184 179	3,8	176 904	3,8	+ 4,1
18 - 21	471 158	5,0	370 243	4,1	+ 27,3	240 990	5,4	186 679	4,4	+ 29,1	230 168	4,8	183 564	4,0	+ 25,4
21 - 45	3 326 912	35,8	3 065 443	34,5	+ 8,5	1 704 928	38,0	1 603 696	37,4	+ 6,3	1 621 984	33,8	1 461 747	31,7	+ 11,0
45 - 60	1 881 485	20,3	1 405 192	16,0	+ 33,9	959 067	21,4	594 252	13,9	+ 61,3	922 418	19,2	810 940	17,7	+ 13,8
60 - 65	472 226	5,1	497 849	5,4	- 5,2	198 803	4,4	210 964	4,9	- 5,8	273 423	5,7	286 885	6,2	- 4,7
65 - 75	708 135	7,6	711 778	8,0	- 0,5	261 087	5,8	290 108	6,8	- 10,0	447 048	9,3	421 670	9,2	+ 6,0
75 und mehr	622 332	6,7	326 300	3,7	+ 90,7	199 255	4,4	112 436	2,6	+ 77,2	423 077	8,8	213 864	4,6	+ 97,8
Insgesamt	9 286 387	100	8 895 048	100	+ 4,4	4 488 152	100	4 286 209	100	+ 4,7	4 798 235	100	4 608 839	100	+ 4,1

Altersaufbau der Bevölkerung in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987



der Neugeborenen stark zurückgegangen. Im Zuge der beschriebenen Veränderungen der Altersstruktur wird sich der Wert in der Zukunft wieder deutlich erhöhen.⁵

Immer mehr „Hochbetagte“

Die Altersgruppen der Bevölkerung des Landes sind in *Tabelle 2* weiter aufgefächert, sie beleuchtet die Entwicklung von 1970 bis 1987 noch differenzierter. Hier, wie auch in *Schaubild 2*, das den Anteil der jeweiligen Altersgruppe an der Bevölkerung graphisch darstellt, wird der starke Rückgang der Altersgruppen unter 6 Jahre sowie von 6-15 Jahren deutlich. In absoluten Zahlen hat die erste Gruppe um 302 000 (-34,1%), die zweite um 430 000 (-33,8%) abgenommen. Bei den 18-21jährigen, die um 27,3% zugenommen haben, schlagen sich die geburtenstarken Jahrgänge besonders augenfällig nieder, während sie in der Gruppe von 21-45 Jahren, in der sie ebenfalls in den unteren Altersjahren stark vertreten sind (*Schaubild 1*), aufgrund der großen Spannweite der Gruppe nur noch zu der Gesamtsteigerung von 8,5% beitragen. In dieser geringen Steigerung macht sich vor allem auch der Geburtenausfall Ende des 2. Weltkrieges bemerkbar.

Die starke Zunahme der 45-60jährigen um 33,9% korrespondiert mit der Abnahme der Altersgruppen 60-65 (-5,2%) und 65-75 Jahre (-0,5%). Die letztgenannten umfassen die Jahrgänge, die von den Auswirkungen des letzten Krieges besonders stark betroffen waren, und die bei der Volkszählung 1970 noch unter 60 Jahre alt waren.

Besonders bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß sich der Anteil der sehr alten Menschen an der Bevölkerung stark erhöht hat, wodurch die allgemein steigende Lebenserwartung, besonders bei den Frauen,⁶ zum Ausdruck kommt. Insgesamt hat sich die Zahl der Personen ab 75 Jahren von 1970 bis 1987 um 90,7% erhöht, von 326 300 auf 622 332, ihr Bevölkerungsanteil hat von 3,7% auf 6,7% zugenommen. Zu den „Hochbetagten“, zu denen alle Personen mit 80 und mehr Jahren gerechnet werden, gehörten 1987 in Baden-Württemberg bereits 301 863 Personen, darunter 107 684 über 85jährige und 299 Personen im Alter von 100 und mehr Jahren.

Altersgliederung auch regional unterschiedlich

Betrachtet man die Altersgliederung nach regionalen Aspekten, das heißt vor allem auf der Ebene der Stadt- und Landkreise,⁷ fallen einige interessante Besonderheiten auf (*Tabelle 3*). So ist vor allem bemerkenswert, daß die Bevölkerungsanteile der unter 15jährigen in den Stadtkreisen zum Teil erheblich unter dem Landesdurchschnitt liegen. Gleichzeitig sind dort die Anteile der nicht mehr erwerbstätigen Bevölkerung von 65 und mehr Jahren stark erhöht.

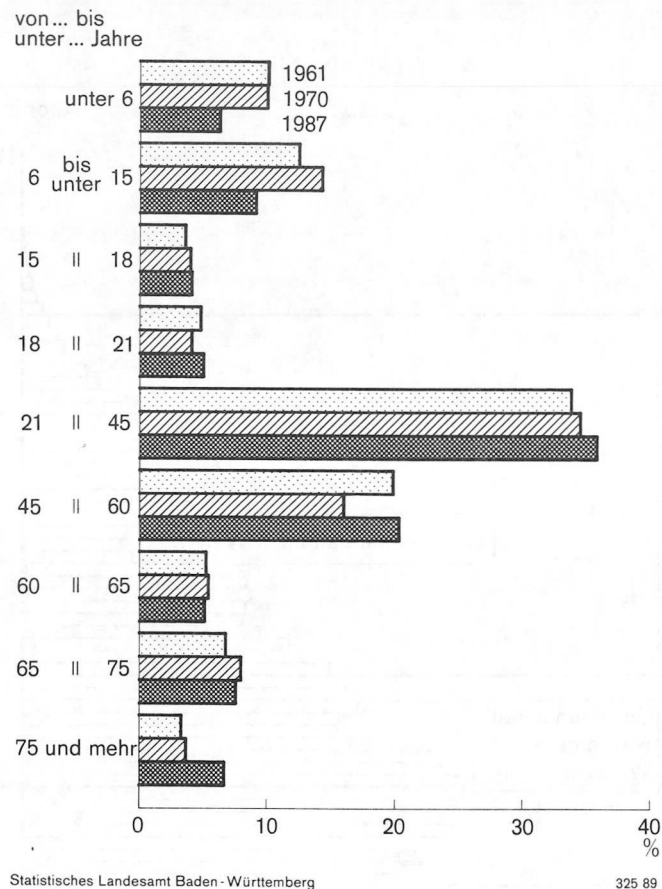
⁵Vgl. zur künftigen demographischen Entwicklung zum Beispiel Statistisch-prognostischer Bericht 1987/88, Hrsg.: Landesregierung Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt, S. 19.

⁶Vgl. Gröner, Gerhard: Die Bevölkerung im Jahr 1986, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7/1987, S. 229.

⁷Vgl. hierzu die graphischen Darstellungen bei Frank, E., Erste Ergebnisse ..., a.a.O., S. 503.

Schaubild 2

Altersgliederung der Bevölkerung in Baden-Württemberg 1961, 1970 und 1987



Extremwerte in beide Richtungen weist Baden-Baden auf, wohl wegen seiner besonderen Stellung als Kurstadt. Nur 10,8% der dortigen Einwohner sind unter 15 Jahren (Land: 15,4%), aber 22,4% (Land: 14,3%) über 65. Einen sehr geringen Anteil von Kindern und Jugendlichen haben auch die Landeshauptstadt Stuttgart (12,0%), Heidelberg (11,1%) und Karlsruhe (11,7%), während Heilbronn (14,2%) und Ulm (14,5%) sich mehr dem Landesdurchschnitt annähern.

Auf der Ebene der Landkreise stechen die Kreise Biberach (18,1%), Alb-Donau-Kreis (18,0%), Sigmaringen (17,6%) und Ostalbkreis (17,5%) mit den größten Anteilen von unter 15jährigen hervor. Wie sehr sich der Rückgang der Geburtenzahlen in den 70er und 80er Jahren ausgewirkt hat, wird vor allem auch daran deutlich, daß diese heute mit ihren Werten an der Spitze liegenden Kreise bei der Volkszählung 1970 in der damaligen Rangfolge mit Stuttgart und Heidelberg das Schlußlicht gebildet hätten.

Wie Baden-Baden weisen auch die anderen Stadtkreise über dem Landesdurchschnitt liegende Anteile von älteren Personen auf. Karlsruhe (17,4%), Stuttgart (17,0%) und Pforzheim (16,8%) haben hier hinter Baden-Baden die höchsten Werte aufzuweisen. Von den Landkreisen hat Böblingen mit einem Anteil von 11,2% den geringsten Anteil der 65jährigen und älteren, gefolgt von Tübingen (11,7%) und Ludwigsburg (12,4%). Die Kreise Böblingen und Ludwigsburg haben die höchsten Anteile der Bevölke-

Tabelle 3

Bevölkerung in den Stadt- und Landkreisen 1970 und 1987 nach Altersgruppen und Geschlecht

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Bevölkerung am 25. 5. 1987						Bevölkerung am 27. 5. 1970					
	insgesamt	im Alter von ... bis unter ... Jahren			männ- lich	weib- lich	insgesamt	im Alter von ... bis unter ... Jahren			männ- lich	weib- lich
		unter 15	15 – 65	65 und mehr				unter 15	15 – 65	65 und mehr		
	Anzahl	%					Anzahl	%				
Stadtkreis												
Stuttgart, Landeshauptstadt	551 904	12,0	71,0	17,0	47,7	52,3	633 158	17,2	69,9	12,9	48,2	51,8
Landkreise												
Böblingen	315 677	16,4	72,4	11,2	49,4	50,6	260 875	26,1	64,7	9,2	49,4	50,6
Esslingen	460 429	15,4	71,7	12,9	49,1	50,9	424 611	23,9	65,9	10,2	49,3	50,7
Göppingen	230 379	15,7	68,9	15,4	48,5	51,5	227 146	23,2	64,9	11,9	48,6	51,4
Ludwigsburg	442 389	15,6	72,0	12,4	49,0	51,0	397 506	24,4	65,7	9,9	49,3	50,7
Rems-Murr-Kreis	360 634	15,4	71,3	13,3	48,8	51,2	331 462	25,1	64,1	16,8	48,6	51,4
Region Mittlerer Neckar	2 361 412	14,8	71,4	13,8	48,7	51,3	2 274 758	22,5	66,5	11,0	48,8	51,2
Stadtkreis												
Heilbronn	110 970	14,2	69,6	16,2	47,7	52,3	113 725	22,2	66,0	11,8	47,8	52,2
Landkreise												
Heilbronn	252 458	16,9	70,0	13,1	48,8	51,2	223 120	26,1	62,4	11,5	48,6	51,4
Hohenlohekreis	86 103	16,9	68,8	14,3	48,8	51,2	83 326	27,0	60,4	12,6	48,4	51,6
Schwäbisch Hall	154 041	17,1	67,7	15,2	48,5	51,5	148 416	26,9	59,9	13,2	47,9	52,1
Main-Tauber-Kreis	121 891	16,6	67,3	16,1	48,3	51,7	127 547	26,5	60,2	13,3	47,9	52,1
Region Franken	725 463	16,5	68,8	14,7	48,5	51,5	696 134	25,8	61,8	12,4	48,2	51,8
Landkreise												
Heidenheim	125 340	16,4	68,6	15,0	48,3	51,7	127 108	24,9	63,7	11,5	47,6	52,4
Ostalbkreis	279 572	17,5	68,4	14,1	48,6	51,4	268 955	26,6	61,9	11,5	48,3	51,7
Region Ostwürttemberg	404 912	17,2	68,4	14,4	48,5	51,5	396 063	26,1	62,4	11,5	48,0	52,0
Regierungsbezirk Stuttgart	3 491 787	15,4	70,5	14,1	48,6	51,4	3 366 955	23,6	65,0	11,4	48,6	51,4
Stadtkreise												
Baden-Baden	50 127	10,8	66,8	22,4	44,2	55,8	51 545	19,0	63,7	17,3	44,3	55,7
Karlsruhe	260 591	11,7	70,9	17,4	47,4	52,6	287 452	19,7	66,7	13,6	47,0	53,0
Landkreise												
Karlsruhe	364 798	15,6	71,7	12,7	48,9	51,2	331 323	25,6	64,1	10,3	48,7	51,3
Rastatt	194 603	14,9	71,0	14,1	48,4	51,6	186 414	25,7	63,2	11,1	48,1	51,9
Region Mittlerer Oberrhein	870 119	14,0	71,0	15,0	48,0	52,0	856 734	23,3	64,7	12,0	47,7	52,3
Stadtkreis												
Heidelberg	127 768	11,1	72,8	16,1	46,2	53,8	129 697	17,4	68,4	14,2	45,8	54,2
Mannheim	295 191	12,3	71,5	16,2	48,3	51,7	332 163	19,3	68,0	12,7	48,6	51,4
Landkreise												
Neckar-Odenwald-Kreis	130 656	16,0	69,5	14,5	49,1	50,9	130 554	26,9	60,4	12,7	48,3	51,7
Rhein-Neckar-Kreis	465 342	14,8	71,7	13,5	48,5	51,5	413 110	24,3	64,6	11,1	48,6	51,4
Region Unterer Neckar	1 018 957	13,7	71,6	14,7	48,2	51,8	1 005 524	22,1	65,6	12,3	48,2	51,8
Stadtkreis												
Pforzheim	106 530	13,3	69,9	16,8	46,7	53,3	106 410	20,8	65,7	13,5	46,8	53,2
Landkreise												
Calw	133 321	16,7	68,6	14,7	48,1	51,9	118 477	25,4	62,3	12,3	47,9	52,1
Enzkreis	164 639	16,3	70,7	13,0	48,6	51,4	146 273	25,5	63,3	11,2	48,4	51,6
Freudenstadt	101 957	16,6	68,1	15,3	47,7	52,3	95 065	26,6	60,4	13,0	46,8	53,2
Region Nordschwarzwald	506 447	15,8	69,5	14,7	47,9	51,1	466 225	24,6	63,0	12,4	47,6	52,4
Regierungsbezirk Karlsruhe	2 395 523	14,3	70,9	14,8	48,1	51,9	2 328 483	23,0	64,8	12,2	47,9	52,1
Stadtkreis												
Freiburg im Breisgau	178 672	12,2	71,9	15,9	46,0	54,0	174 308	19,8	67,3	12,9	45,7	54,3
Landkreise												
Breisgau-Hochschwarzwald	203 111	16,6	69,9	13,5	48,1	51,9	162 397	27,6	61,1	11,3	48,0	52,0
Emmendingen	132 508	16,8	69,9	13,3	48,4	51,6	120 747	27,8	60,9	11,3	47,7	52,3
Ortenaukreis	354 655	16,0	69,6	14,4	48,1	51,9	346 781	27,5	60,5	12,0	47,6	52,4
Region Südlicher Oberrhein	868 946	15,5	70,2	14,3	47,7	52,3	804 233	25,9	62,2	11,9	47,3	52,7
Landkreise												
Rottweil	126 796	16,5	68,0	15,5	48,2	51,8	129 586	26,4	61,3	12,3	47,4	52,6
Schwarzwald-Baar-Kreis	192 620	15,6	69,7	14,7	47,9	52,1	192 477	25,3	63,5	11,2	48,0	52,0
Tuttlingen	112 885	16,7	69,0	14,3	48,6	51,4	107 838	25,6	62,2	12,2	47,9	52,1
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	432 301	16,1	69,0	14,9	48,2	51,8	429 901	25,7	62,5	11,8	47,8	52,2
Landkreise												
Konstanz	231 898	14,0	70,7	15,3	48,0	52,0	220 297	24,2	63,8	12,0	48,4	51,6
Lörrach	191 004	15,5	70,3	14,2	48,1	51,9	190 903	25,7	63,0	11,3	48,6	51,4
Waldshut	144 883	17,0	68,7	14,3	48,5	51,5	136 931	27,4	61,1	11,5	48,6	51,4
Region Hochrhein-Bodensee	567 785	15,3	70,0	14,7	48,2	51,8	548 131	25,6	62,8	11,6	48,5	51,5
Regierungsbezirk Freiburg	1 869 032	15,5	69,9	14,6	48,0	52,0	1 782 265	25,7	62,5	11,8	47,8	52,2
Landkreise												
Reutlingen	244 246	15,9	70,1	14,0	48,1	51,9	226 911	24,7	63,5	11,8	47,5	52,5
Tübingen	175 855	16,4	71,9	11,7	48,5	51,5	152 156	23,6	66,3	10,1	48,4	51,6
Zollernalbkreis	172 245	16,0	69,7	14,3	48,2	51,8	170 505	25,6	63,0	11,4	47,5	52,5
Region Neckar-Alb	592 346	16,1	70,5	13,4	48,2	51,8	549 572	24,7	64,1	11,2	47,8	52,2
Stadtkreis												
Ulm	103 494	14,5	69,4	16,1	47,9	52,1	101 628	20,9	66,8	12,4	48,8	51,2
Landkreise												
Alb-Donau-Kreis	160 244	18,0	69,2	12,8	49,2	50,8	147 562	28,0	60,7	11,3	48,6	51,4
Biberach	153 900	18,1	68,3	13,6	48,8	51,2	144 989	29,2	59,4	11,4	48,3	51,7
Region Donau-Iller	417 638	17,2	68,9	13,9	48,8	51,2	394 179	26,6	61,8	11,6	48,6	51,4
Landkreise												
Bodenseekreis	172 776	16,1	68,9	15,0	48,3	51,7	151 219	25,8	63,3	10,9	48,9	51,1
Ravensburg	233 635	17,3	68,6	14,1	48,4	51,6	212 479	27,5	60,7	11,8	48,2	51,8
Sigmaringen	113 650	17,6	69,4	13,0	49,1	50,9	109 896	28,9	59,8	11,3	48,5	51,5
Region Bodensee-Oberschwaben	520 061	17,0	68,9	14,1	48,5	51,5	473 594	27,3	61,3	11,4	48,5	51,5
Regierungsbezirk Tübingen	1 530 045	16,7	69,5	13,8	48,5	51,5	1 417 345	26,1	62,5	11,4	48,2	51,8
Baden-Württemberg	9 286 387	15,4	70,3	14,3	48,3	51,7	8 895 048	24,3	64,0	11,7	48,2	51,8

rung im Alter zwischen 15 und 65 Jahren, nämlich 72,4% bzw. 72,0%. Hier dürfte ihre Lage in der hochindustrialisierten Region Mittlerer Neckar (71,4%) zum Ausdruck kommen. Ähnlich hohe Werte haben nur noch ebenfalls stark von der Industrie geprägte Regionen wie die Regionen Mittlerer Oberrhein (71,0%) und Unterer Neckar (71,6%) aufzuweisen, sowie die (Stadt-)Kreise mit großen Universitäten, zum Beispiel Heidelberg (72,8%), Freiburg (71,9%) und Tübingen (71,9%).

Das in den Stadtkreisen bei der Volkszählung 1987 festzustellende Defizit an Kindern und Jugendlichen sowie der „Überhang“ an alten Menschen – eine Beobachtung, die auch bereits bei den Volkszählungen 1961 und 1970 gemacht werden konnte⁸ – dürfte wohl auch darin begründet sein, daß ältere Menschen aus Gründen der nachlassenden Mobilität und der guten Versorgungsmöglichkeiten nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben an ihrem seitherigen Wohnsitz verbleiben,⁹ während vor allem jüngere Familien mit Kindern sowie ein Teil der Erwerbstätigen aus finanziellen Erwägungen heraus (Lebenshaltungskosten, knapper und teurer Wohnraum etc.) ins Umland der großen Städte ziehen. Um hier genauere Aussagen treffen zu können, muß allerdings das Vorliegen weiterer detaillierter Volkszählungsergebnisse abgewartet werden.

Frauen weiterhin in der Mehrheit

Von den am 25. Mai 1987 ermittelten 9,286 Mill. Einwohnern des Landes waren 48,3% männlich und 51,7% weiblich. Damit gab es praktisch keine Verschiebungen im Vergleich mit der Volkszählung 1970 (48,2% bzw. 51,8%). Gegenüber dem Bundesdurchschnitt liegt der Anteil der männlichen Bevölkerung in Baden-Württemberg um 0,3 Prozentpunkte höher, der Anteil der weiblichen Bevölkerung entsprechend niedriger (Bund: 48,0% bzw. 52,0%).

1987 kamen auf 1000 männliche Personen 1069 weibliche. Damit hat sich das Verhältnis gegenüber 1970 mit 1075 weiblichen Personen leicht angenähert, es besteht aber weiterhin ein „Frauenüberschuß“. Allerdings unterscheidet sich das Geschlechterverhältnis je nach Alter erheblich (*Schaubild 3*). Während bis zum Alter von 58 Jahren die Männer in jedem Jahrgang überwiegen, sind ab dem 59. Lebensjahr durchgehend die Frauen in der Mehrheit. Dieser demographische Überhang der Frauen bei der älteren Bevölkerungsgruppe ist zum einen auf ihre generell höhere Lebenserwartung im Vergleich zu derjenigen der Männer zurückzuführen, zum anderen auf die bei den Männern deutlich höheren Kriegsverluste.

Besonders auffallend ist, daß das Geschlechterverhältnis mit zunehmendem Lebensalter immer stärker auseinanderfällt. Im 60. Lebensjahr ist das Verhältnis Männer/Frauen noch in etwa ausgeglichen, während bereits im 64. Lebensjahr ein Verhältnis von 2:3 gegeben ist. Ab dem 79. Lebensjahr beträgt das Verhältnis 1:2, ab dem 89. Lebensjahr kommen bereits auf 1000 Männer über 3000 Frauen.

⁸Vgl. Gawatz, Eberhard: Altersaufbau und Familienstandsgliederung der Bevölkerung in Baden-Württemberg am 6. Juni 1961, in: Statistik von Baden-Württemberg, Band 105, Heft 1, S. 136. Zur Volkszählung 1970 vgl.: Gutzeit, Henrik; Kah, Gerhard: Bevölkerungsstruktur, Erwerbstätigkeit und Beschäftigung, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1972, S. 40.

⁹Vgl. Gawatz, Eberhard: Altersaufbau und Familienstandsgliederung der Bevölkerung in Baden-Württemberg am 6. Juni 1961, a.a.O., S. 136.

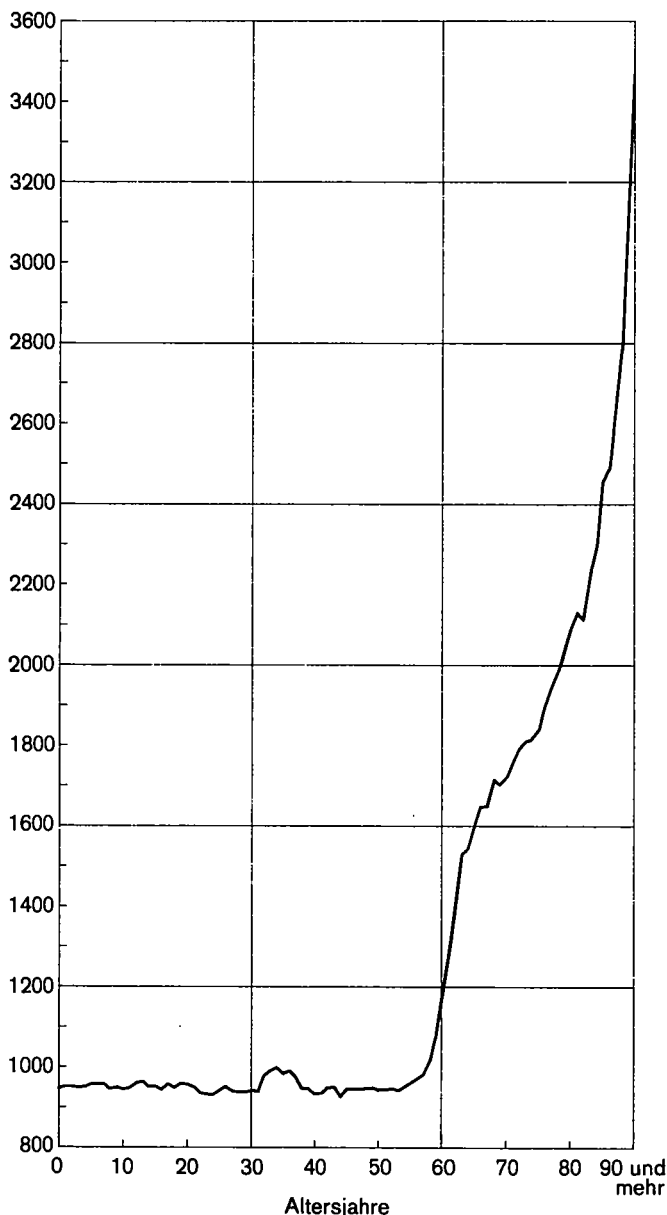
Zahl der Geschiedenen erheblich gestiegen

Von den Einwohnern des Landes Baden-Württemberg am Stichtag der Volkszählung 1987 waren 3 735 106 (40,2%) ledig, 4 501 689 (48,5%) verheiratet, 732 064 (7,9%) verwitwet und 317 528 (3,4%) geschieden (*Tabelle 4*). Damit lag die Quote der Verheirateten relativ nahe dem Bundesdurchschnitt (48,8%), während der Anteil der Ledigen um 1,7 Prozentpunkte höher lag (Bund: 38,5%) und damit den höchsten Wert aller Bundesländer erreichte. Der Anteil der Verwitweten bildet im Ländervergleich das Schlußlicht

Schaubild 3

Geschlechterproportion in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987

Weibliche Personen auf 1000 männliche Personen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

324 89

Tabelle 4

Bevölkerung in Baden-Württemberg 1970 und 1987 nach Familienstand und Geschlecht

Familienstand	25. 5. 1987						27. 5. 1970					
	insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Ledig	3 735 106	40,2	1 978 036	44,1	1 757 070	36,6	3 733 280	42,0	1 921 479	44,8	1 811 801	39,3
Verheiratet	4 501 689	48,5	2 273 080	50,6	2 228 609	46,5	4 362 561	49,0	2 223 588	51,9	2 138 973	46,4
Verwitwet	732 064	7,9	106 194	2,4	625 870	13,0	664 029	7,5	96 946	2,3	567 083	12,3
Geschieden	317 528	3,4	130 842	2,9	186 686	3,9	135 178	1,5	44 196	1,0	90 982	2,0
Zusammen	9 286 387	100	4 488 152	100	4 798 235	100	8 895 048	100	4 286 209	100	4 608 839	100

und liegt 1,0 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt von 8,9%. Die Erklärung hierfür dürfte in der eingangs getroffenen Feststellung zu suchen sein, daß Baden-Württemberg eine vergleichsweise junge Bevölkerung hat. Der Anteil der Geschiedenen liegt in Baden-Württemberg ebenfalls unter dem Bundesdurchschnitt, und zwar um 0,5 Prozentpunkte (Bund: 3,9%).

Zwischen den Volkszählungen 1970 und 1987 gab es die auffälligsten Veränderungen bei den Ledigen und Geschiedenen. Der Anteil der Ledigen an der Bevölkerung ist von 42,0% auf 40,2% zurückgegangen, eine logische Folge der Abnahme jüngerer Jahrgänge. Lediglich geringfügige Änderungen gab es bei den Verheirateten (- 0,5%) und den Verwitweten (+0,4%) insgesamt. Bei den Männern ist der in der Volkszählung 1970 festgestellte Trend einer steigenden Verheiratetenquote bereits umgekehrt, sie beträgt lediglich noch 50,6% gegenüber 51,9% im Jahr 1970. Bei den Frauen ist der Anstieg quasi zum Stillstand gekommen: Die Verheiratetenquote hat sich lediglich um 0,1% auf 46,5% erhöht.

Dies ist zum einen mit bedingt durch den leichten Anstieg der Zahl der Verwitweten, von 7,5% Bevölkerungsanteil 1970 auf jetzt 7,9%, wobei vor allem der Anteil der Frauen, die verwitwet sind, angestiegen ist, und zwar um 0,7% auf nun 13,0%. Von den Verwitweten insgesamt sind, auch das muß hervorgehoben werden, 85,5% Frauen! In dieser Zahl spiegelt sich der ganz erhebliche Frauenüberschuß in den höheren Altersjahrgängen wider.

Im wesentlichen ist der Rückgang der Verheiratetenquote um 0,5% insgesamt aber auf den starken Anstieg des Anteils der Geschiedenen von 135 000 (1,5%) im Jahr 1970 auf 317 500 (3,4%) im Jahr 1987 zurückzuführen. Die Zahl der geschiedenen (und nicht wieder verheirateten) Männer hat sich in diesen 17 Jahren knapp verdreifacht, die der geschiedenen Frauen, von einem bedeutend höheren Niveau ausgehend, mehr als verdoppelt. Der Anteil der Geschiedenen liegt nun bei den Männern bei 2,9%, bei den Frauen bei 3,9%.

In den Stadtkreisen hoher Anteil von Verwitweten und Geschiedenen

Die Betrachtung des Merkmals „Familienstand“ unter regionalen Gesichtspunkten fördert wiederum vor allem bei den Stadtkreisen Auffälliges zutage. In sämtlichen Stadtkreisen ist der Anteil der Verwitweten an der Einwohnerzahl erheblich höher als im Landesdurchschnitt, eine unmittelbare Folge des oben festgestellten hohen Anteils der alten Menschen (Tabelle 5). Auch hier liegt Baden-Baden aufgrund seiner besonderen Verhältnisse mit einem Anteil von 11,7% Verwitweten in herausgehobener Position.

Besonders ins Auge fällt der ebenfalls sehr hohe Anteil Geschiedener in den Stadtkreisen, der, mit Ausnahme von Ulm (4,5%), durchgehend über 5% liegt (Land: 3,4%). Diese Feststellung korrespondiert mit der Quote der Verheirateten, die in allen Stadtkreisen – in den Studentenstädten Freiburg und Heidelberg ganz erheblich – unter dem Landesdurchschnitt liegt. In Anbetracht dessen, daß der Anteil

Schaubild 4

Familienstandsgliederung der Bevölkerung in Baden-Württemberg 1961, 1970 und 1987

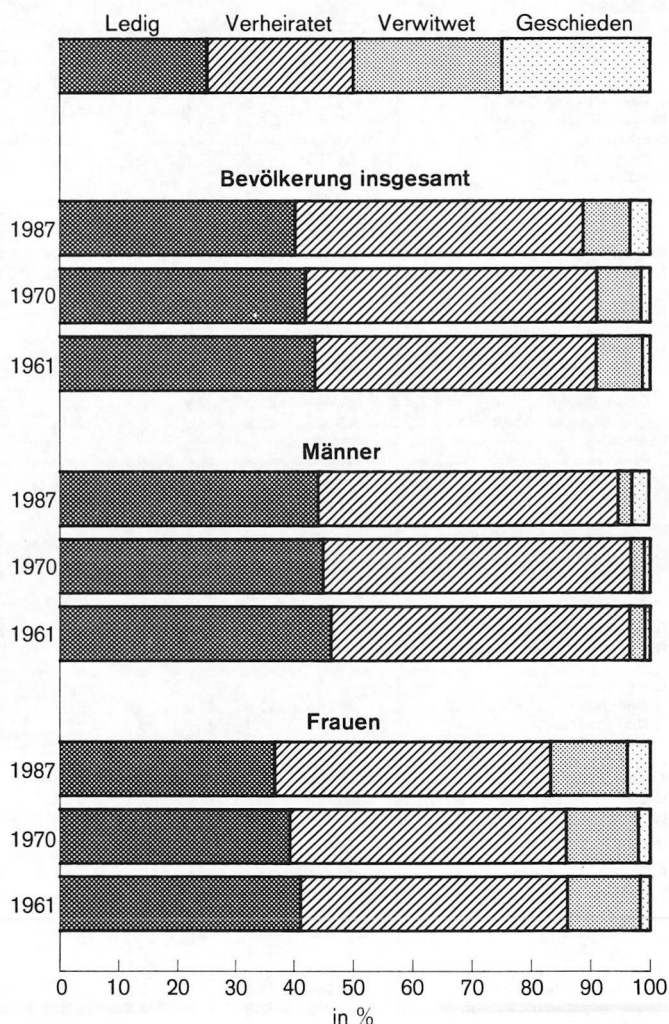


Tabelle 5

Bevölkerung in den Stadt- und Landkreisen am 25. Mai 1987 nach Familienstand und Geschlecht

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Insgesamt					Männlich					Weiblich				
	Anzahl	davon				Anzahl	davon				Anzahl	davon			
		ledig	ver- hei- ratet	ver- wit- wet	ge- schie- den		ledig	ver- hei- ratet	ver- wit- wet	ge- schie- den		ledig	ver- hei- ratet	ver- wit- wet	ge- schie- den
Stadtkreis															
Stuttgart, Landeshauptstadt	551 904	39,8	46,0	8,7	5,5	263 484	43,1	49,7	2,6	4,6	288 420	36,8	42,6	14,2	6,4
Landkreise															
Böblingen	315 677	39,6	50,8	6,3	3,3	155 821	43,0	52,4	1,9	2,7	159 856	36,2	49,3	10,7	3,8
Esslingen	460 429	39,1	50,6	7,1	3,2	225 924	42,6	52,5	2,2	2,7	234 505	35,7	48,9	11,7	3,7
Göppingen	230 379	37,8	51,0	8,3	2,9	111 615	41,6	53,4	2,5	2,5	118 764	34,2	48,8	13,6	3,4
Ludwigsburg	442 389	38,7	51,0	7,0	3,3	216 923	42,3	52,7	2,1	2,9	225 466	35,2	49,3	11,7	3,8
Rems-Murr-Kreis	360 634	39,2	50,2	7,3	3,3	176 027	42,9	52,1	2,2	2,8	184 607	35,6	48,6	12,1	3,7
Region Mittlerer Neckar	2 361 412	39,1	49,6	7,5	3,8	1 149 794	42,7	51,9	2,3	3,1	1 211 618	35,8	47,5	12,4	4,3
Stadtkreis															
Heilbronn	110 970	37,9	48,1	9,0	5,0	52 928	42,0	51,2	2,6	4,2	58 042	34,1	45,3	14,9	5,7
Landkreise															
Heilbronn	252 458	39,1	50,8	7,6	2,5	123 274	43,1	52,4	2,3	2,2	129 184	35,2	49,4	12,6	2,8
Hohenlohekreis	86 103	41,0	48,6	8,0	2,4	42 035	45,5	50,1	2,3	2,1	44 068	36,7	47,4	13,3	2,6
Schwäbisch Hall	154 041	41,2	48,3	8,2	2,3	74 769	45,5	49,9	2,7	1,9	79 272	37,1	46,8	13,4	2,7
Main-Tauber-Kreis	121 891	40,3	48,8	8,8	2,1	58 906	44,9	50,5	2,8	1,8	62 985	35,9	47,2	14,5	2,4
Region Franken	725 463	39,7	49,3	8,2	2,8	351 912	44,0	51,1	2,5	2,4	373 551	35,7	47,6	13,5	3,2
Landkreise															
Heidenheim	125 340	38,3	50,5	8,4	2,8	60 486	42,4	52,6	2,6	2,4	64 854	34,5	48,3	13,9	3,3
Ostalbkreis	279 572	41,5	48,5	7,7	2,3	135 904	45,5	50,1	2,3	2,1	143 668	37,7	46,9	12,8	2,6
Region Ostwürttemberg	404 912	40,5	49,1	7,9	2,5	196 390	44,5	50,9	2,4	2,2	208 522	36,7	47,4	13,1	2,8
Regierungsbezirk Stuttgart	3 491 787	39,4	49,5	7,7	3,4	1 698 096	43,2	51,6	2,3	2,9	1 793 691	35,9	47,5	12,7	3,9
Stadtkreise															
Baden-Baden	50 127	37,1	46,1	11,7	5,1	22 161	40,4	52,2	3,3	4,1	27 966	34,5	41,3	18,4	5,8
Karlsruhe	260 591	39,1	45,7	9,6	5,6	123 499	43,8	48,7	2,8	4,7	137 092	34,8	43,0	15,8	6,4
Landkreise															
Karlsruhe	364 798	37,8	51,7	7,7	2,8	178 301	41,9	53,2	2,3	2,6	186 497	33,8	50,2	12,9	3,1
Rastatt	194 603	38,2	50,7	8,2	2,8	94 132	42,2	52,7	2,5	2,6	100 471	34,4	48,9	13,6	3,1
Region Mittlerer Oberrhein	870 119	38,2	49,4	8,6	3,8	418 093	42,4	51,7	2,6	3,3	452 026	34,3	47,2	14,3	4,2
Stadtkreise															
Heidelberg	127 768	46,0	40,1	8,7	5,2	59 012	49,3	43,7	2,6	4,4	68 756	43,2	36,9	14,0	5,9
Mannheim	295 191	38,3	46,5	9,5	5,7	142 454	42,5	49,4	3,0	5,1	152 737	34,3	43,8	15,5	6,4
Landkreise															
Neckar-Odenwald-Kreis	130 656	40,6	48,6	8,5	2,3	64 106	45,7	49,7	2,6	2,0	66 550	35,7	47,5	14,2	2,6
Rhein-Neckar-Kreis	465 342	37,6	51,1	7,8	3,5	225 805	41,7	52,9	2,4	3,0	239 537	33,8	49,3	13,0	3,9
Region Unterer Neckar	1 018 957	39,2	48,1	8,5	4,2	491 377	43,4	50,4	2,6	3,6	527 580	35,4	45,9	14,0	4,7
Stadtkreise															
Pforzheim	106 530	38,3	47,1	9,5	5,1	49 777	42,4	50,8	2,7	4,1	56 753	34,8	43,8	15,4	6,0
Landkreise															
Calw	133 321	41,1	48,1	7,8	3,0	64 075	44,5	50,6	2,4	2,5	69 246	37,9	45,9	12,8	3,4
Enzkreis	164 639	38,2	51,8	7,5	2,5	80 021	41,9	53,7	2,2	2,2	84 618	34,8	49,9	12,5	2,8
Freudenstadt	101 957	41,8	47,5	8,2	2,5	48 643	45,3	50,0	2,5	2,2	53 314	38,7	45,2	13,4	2,7
Region Nordschwarzwald	506 447	39,7	49,0	8,1	3,2	242 516	43,3	51,6	2,4	2,7	263 931	36,4	46,6	13,4	3,6
Regierungsbezirk Karlsruhe	2 395 523	39,0	48,7	8,5	3,8	1 151 986	43,0	51,1	2,6	3,3	1 243 557	35,2	46,5	14,0	4,3
Stadtkreis															
Freiburg im Breisgau	178 672	46,9	39,5	8,3	5,3	82 170	50,2	43,1	2,4	4,3	96 502	44,2	36,3	13,4	6,1
Landkreise															
Breisgau-Hochschwarzwald	203 111	42,4	47,4	7,1	3,1	97 762	45,8	49,4	2,1	2,7	105 349	39,2	45,6	11,6	3,6
Emmendingen	132 508	41,5	48,0	7,6	2,9	64 166	45,5	49,1	2,3	2,6	68 342	37,7	46,5	12,5	3,3
Ortenaukreis	354 655	41,6	47,6	8,1	2,7	170 676	45,7	49,5	2,4	2,4	183 979	37,7	45,8	13,4	3,1
Region Südlicher Oberrhein	868 946	42,8	46,0	7,8	3,4	414 774	46,6	48,3	2,3	2,8	454 172	39,4	43,8	12,9	3,9
Landkreise															
Rottweil	126 796	40,8	48,4	8,3	2,5	61 069	45,0	50,4	2,4	2,2	65 727	37,0	46,5	13,6	2,9
Schwarzwald-Baar-Kreis	192 620	39,2	49,0	8,2	3,6	92 325	43,1	51,3	2,5	3,1	100 295	35,5	46,9	13,5	4,1
Tuttlingen	112 885	40,1	49,3	7,9	2,7	54 809	44,2	51,1	2,4	2,3	58 076	36,3	47,6	13,1	3,0
Region															
Schwarzwald-Baar-Heuberg	432 301	39,9	48,9	8,2	3,0	208 203	44,0	51,0	2,4	2,6	224 098	36,2	47,0	13,4	3,4
Landkreise															
Konstanz	231 898	40,6	46,9	8,3	4,2	111 281	44,7	49,2	2,4	3,7	120 617	36,8	44,7	13,7	4,8
Lörrach	191 004	39,8	48,6	7,9	3,7	91 886	43,6	50,8	2,3	3,3	99 118	36,1	46,6	13,2	4,1
Waldshut	144 883	41,6	47,6	7,8	3,0	70 219	45,7	49,4	2,3	2,6	74 664	37,7	46,0	13,0	3,3
Region Hochrhein-Bodensee	567 785	40,6	47,7	8,0	3,7	273 386	44,6	49,8	2,3	3,3	294 399	36,8	45,7	13,4	4,1
Regierungsbezirk Freiburg	1 869 032	41,5	47,1	8,0	3,4	896 363	45,4	49,4	2,3	2,9	972 669	37,9	45,1	13,1	3,9
Landkreise															
Reutlingen	244 246	40,8	48,6	7,6	3,0	117 406	44,4	51,0	2,2	2,4	126 840	37,4	46,5	12,6	3,5
Tübingen	175 855	46,1	44,7	6,3	2,9	85 260	49,2	46,6	1,8	2,4	90 595	43,1	43,0	10,5	3,4
Zollernalbkreis	172 245	38,7	50,5	8,2	2,6	83 038	42,9	52,6	2,3	2,2	89 207	34,9	48,5	13,5	3,1
Region Neckar-Alb	592 346	41,8	48,0	7,4	2,8	285 704	45,3	50,2	2,1	2,4	306 642	38,4	46,0	12,2	3,4
Stadtkreis															
Ulm	103 494	40,4	46,7	8,4	4,5	49 609	44,1	49,8	2,4	3,7	53 885	37,1	43,8	13,9	5,2
Landkreise															
Alb-Donau-Kreis	160 244	42,2	49,0	7,0	1,8	78 897	46,1	50,0	2,2	1,7	81 347	38,4	47,9	11,6	2,1
Biberach	153 900	44,0	46,8	7,0	2,2	75 107	47,9	48,2	2,1	1,8	78 793	40,3	45,6	11,7	2,4
Region Donau-Iller	417 638	42,4	47,6	7,4	2,6	203 613	46,3	49,3	2,2	2,2	214 025	38,8	46,0	12,2	3,0
Landkreise															
Bodenseekreis	172 776	40,9	48,2	7,5	3,5	83 476	44,6	50,2	2,2	3,0	89 300	37,4	46,3	12,4	3,9
Ravensburg	233 635	44,5	45,5	7,2	2,8	113 161	48,0								

der Verheirateten bei der Volkszählung 1970 in den meisten Stadtkreisen noch über der damaligen Landesquote lag, könnte diese Entwicklung darauf hindeuten, daß in den Stadtkreisen besonders günstige Rahmenbedingungen für neuere soziale Phänomene gegeben sind, wie zum Beispiel die verstärkte Praktizierung neuer Formen des Zusammenlebens oder für Tendenzen zur „Singularisierung“.¹⁰ Auch hier ist das Vorliegen weiterer Ergebnisse der Volkszählung, speziell von Daten über in Haushalten zusammenlebende Personen, Voraussetzung für eine tiefergehende Analyse.

Zusammenfassung

Die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur in Baden-Württemberg war in den Jahren zwischen den Volkszählungen 1970 und 1987 – wie im gesamten Bundesgebiet – geprägt von einem fortschreitenden Alterungsprozeß der Gesamtbevölkerung. Der Anteil der alten Menschen an der Bevölkerung – insbesondere auch der Anteil der „Hochbetagten“ über 80 Jahre – sowie der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren nahm zu Lasten der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren stark zu. Dieser Prozeß wird sich auch in Zukunft fortsetzen. Trotzdem hat Baden-Württemberg im Vergleich mit den anderen Bundesländern immer noch eine verhältnismäßig „junge“ Bevölkerung.

¹⁰Vgl. Frank, Eberhard: Erste Ergebnisse ..., a.a.O., S. 502.

1987 kamen im Land 0,422 Personen unter 15 oder über 65 Jahren auf jede Person im erwerbsfähigen Alter. Dieses Verhältnis wird sich aber gegen Ende der 90er Jahre verschlechtern, weil die ins Rentenalter kommenden Jahrgänge stärker besetzt sein dürften als die ins erwerbsfähige Alter nachrückenden Jahrgänge.

Betrachtet man die Altersstruktur unter regionalen Gesichtspunkten, fällt vor allem der geringe Anteil junger und der überdurchschnittliche Anteil alter Menschen in den Stadtkreisen auf. Es ist zu vermuten, daß vor allem jüngere Familien mit Kindern wegen hoher Lebenshaltungskosten und Mietpreise ins Umland der Städte ziehen, während ältere Personen, unter anderem wegen ihrer nachlassenden Mobilität, auch nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben ihre Wohnungen in der Stadt beibehalten.

Frauen bleiben im Land auch weiterhin zahlenmäßig in der Mehrheit. Allerdings hängt das Verhältnis der Geschlechter vom Alter ab. Bis zum Alter von 58 Jahren überwiegen die Männer, ab dem 59. Lebensjahr die Frauen.

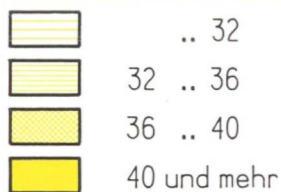
Im Hinblick auf den Familienstand der Einwohner des Landes ist besonders der stark gestiegene Anteil der Geschiedenen interessant. Insgesamt waren 1987 rund 317 500 Personen oder 3,4% der Bevölkerung geschieden, wobei die Quote bei den Frauen mit 3,9% noch deutlich höher liegt als bei den Männern mit 2,9%. Besonders hoch ist der Anteil der Geschiedenen in den Stadtkreisen.

Dipl.-Verwaltungswissenschaftler Klaus Bronnenmayer

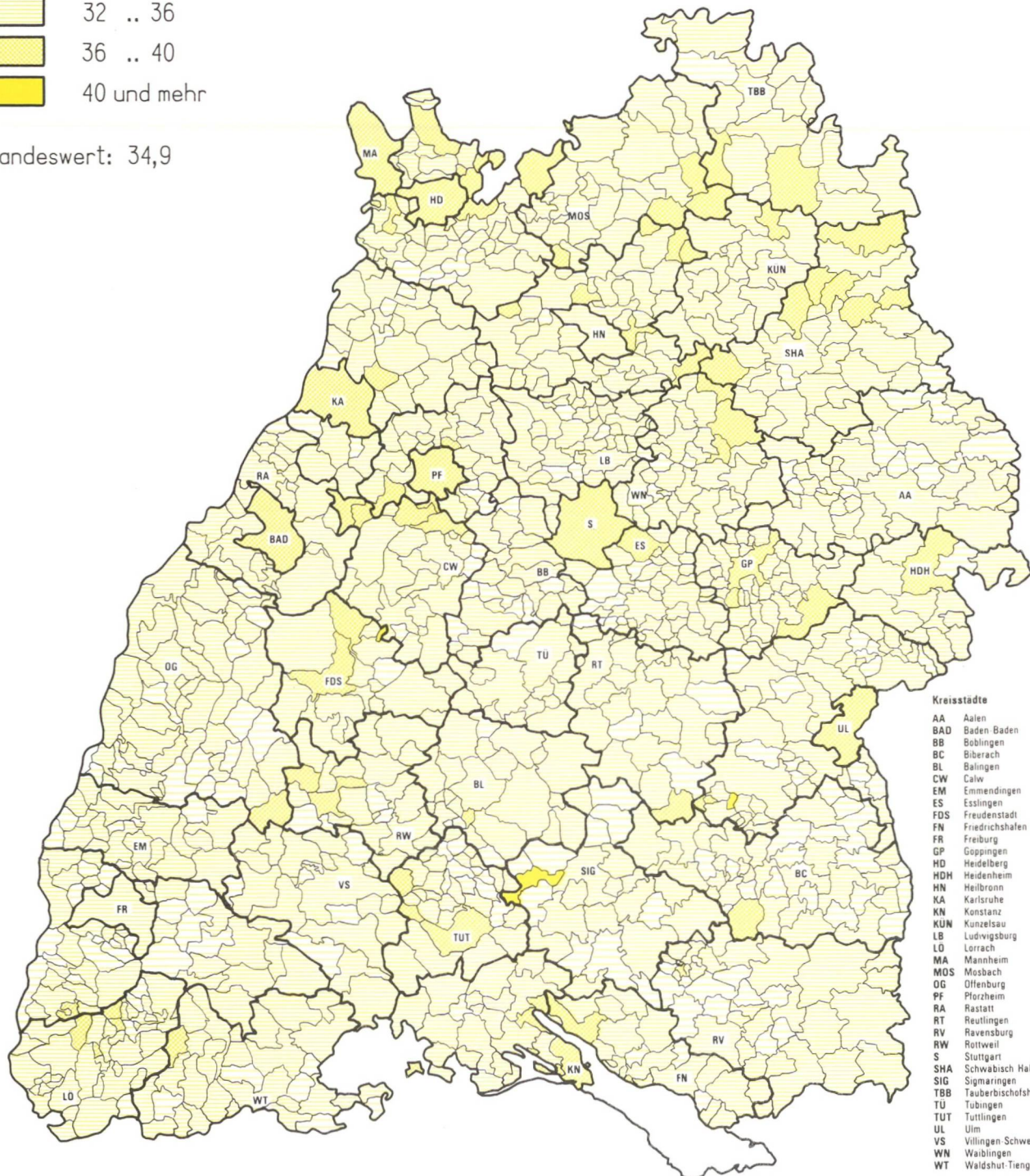
Durchschnittsalter der Bevölkerung *) in den Gemeinden Baden-Württembergs am 27. Mai 1970 -Ergebnisse der Volks- und Berufszählung-

In Jahren

von .. bis unter



Landeswert: 34,9



Kreisstädte

AA	Aalen
BAD	Baden Baden
BB	Baden
BC	Biberach
BL	Balingen
CW	Calw
EM	Emmendingen
ES	Esslingen
FDS	Freudenstadt
FN	Friedrichshafen
FR	Freiburg
GP	Göppingen
HD	Heidelberg
HDH	Heidenheim
HN	Heilbronn
KA	Karlsruhe
KN	Konstanz
KUN	Künzelsau
LB	Ludwigsburg
LO	Lorch
MA	Mannheim
MOS	Mosbach
OG	Offenburg
PF	Pforzheim
RA	Rastatt
RT	Reutlingen
RV	Ravensburg
RW	Rottweil
S	Stuttgart
SHA	Schwabisch Hall
SIG	Sigmaringen
TBB	Tauberbischofsheim
TU	Tübingen
TUT	Tutzingen
UL	Ulm
VS	Vödingen-Schwenningen
WN	Waiblingen
WT	Waldshut-Tiengen

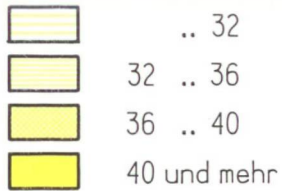
*) Wohnbevölkerung

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

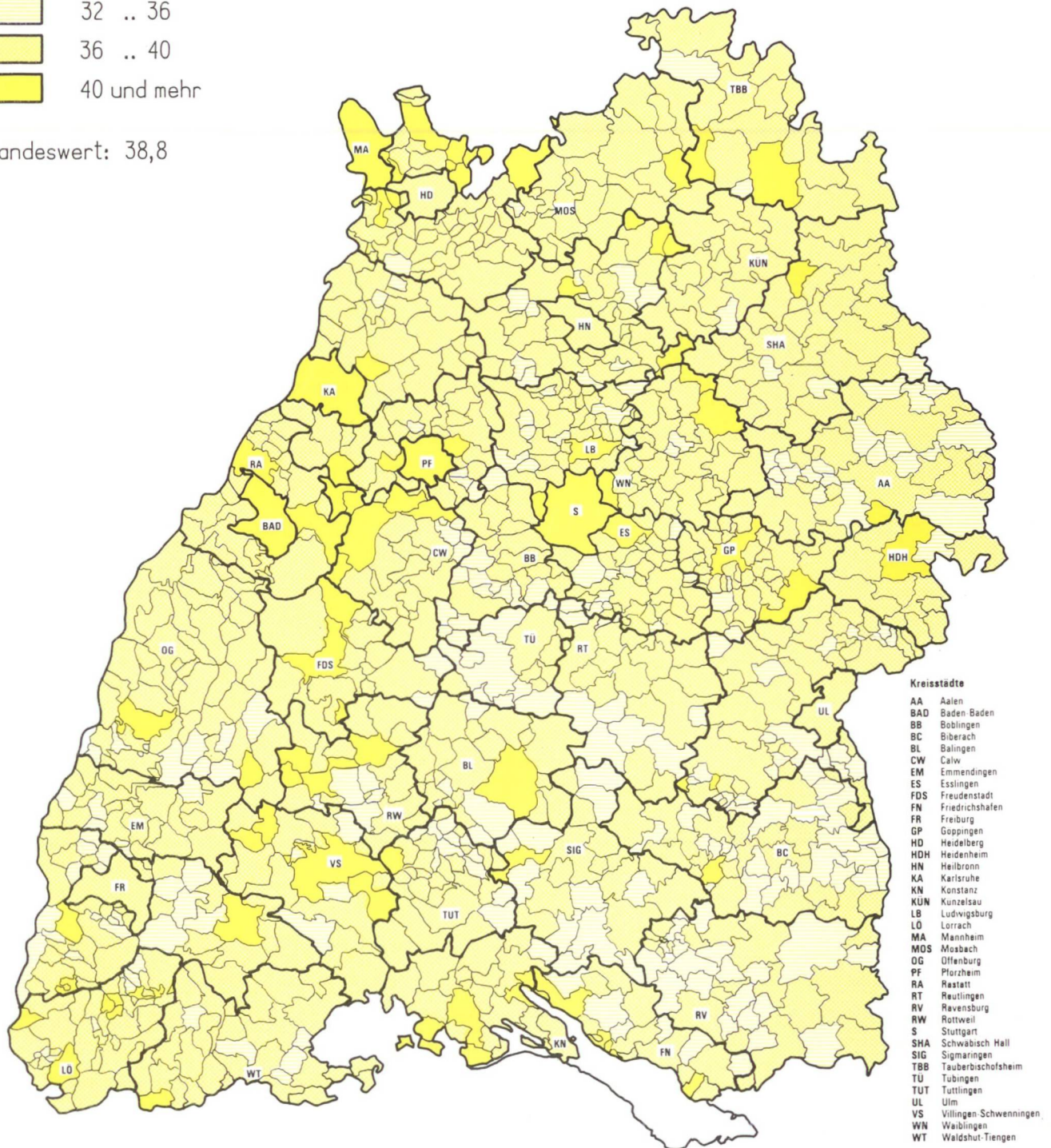
Durchschnittsalter der Bevölkerung ^{*)} in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987 -Ergebnisse der Volks- und Berufszählung-

In Jahren

von .. bis unter



Landeswert: 38,8



Kreisstädte

AA	Aalen
BAD	Baden
BB	Böblingen
BC	Biberach
BL	Balingen
CW	Calw
EM	Emmendingen
ES	Esslingen
FDS	Freudenstadt
FN	Friedrichshafen
FR	Freiburg
GP	Göppingen
HD	Heidelberg
HDH	Heidenheim
HN	Heilbronn
KA	Karlsruhe
KN	Konstanz
KUN	Künzelsau
LB	Ludwigsburg
LO	Lorch
MA	Mannheim
MOS	Mosbach
OG	Offenburg
PF	Pforzheim
RA	Rastatt
RT	Reutlingen
RV	Ravensburg
RW	Rottweil
S	Stuttgart
SHA	Schwäbisch Hall
SIG	Sigmaringen
TBB	Tauberbischofsheim
TU	Tübingen
TUT	Tuttlingen
UL	Ulm
VS	Villingen-Schwenningen
WN	Waldshut
WT	Waldshut-Tiengen

*) am Ort der Hauptwohnung

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

562 90

Die Ausländer in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987

Das Thema „Ausländer“ genießt zur Zeit im politischen Raum und in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit. Zumindest in Teilen der Bevölkerung vermischt sich vor dem Hintergrund eines anhaltenden Zustroms von Ausländern eine abstrakte Furcht vor Überfremdung mit der konkreten Sorge, im Wettbewerb um knappe Arbeitsplätze und Wohnungen ins Hintertreffen zu geraten. Das Problem der steigenden Ausländerzahlen wird von der Öffentlichkeit dabei vielfach noch dramatischer gesehen als es in Wirklichkeit ist, da häufig nicht unterschieden wird zwischen wirklichen Ausländern sowie Aus- und Übersiedlern, die nach dem Grundgesetz Deutsche sind.

Angesichts der verbreiteten Besorgnis in der Bevölkerung, die sich in jüngster Zeit auch in Wahlergebnissen niederschlagen hat, ergibt sich für die Regierungen in Bund und Ländern und die sie tragenden Parteien, aber auch für die Städte und Gemeinden, ein verstärkter politischer Handlungsbedarf. So müssen zum Beispiel Maßnahmen zur Integration der Ausländer verstärkt werden. Dies aber setzt detaillierte Kenntnisse über die demographische und soziale Struktur der Ausländer und ihre regionale Verteilung voraus. Hier können die Ergebnisse der Volkszählung 1987 eine wichtige Hilfe bieten, zumal sie – im Gegensatz zu Ergebnissen aus Stichprobenerhebungen wie dem Mikrozensus¹ – auch regional tief gegliedert verfügbar sind. Daneben können sie aber auch dazu beitragen, die oft emotionale geführte Diskussion zu versachlichen.

849 677 Ausländer am Volkszählungstichtag

Am 25. Mai 1987 lebten in Baden-Württemberg 849 677 Ausländer. Sie alle hatten in Baden-Württemberg ihre

¹ Vgl. die auf Mikrozensus-Daten des Jahres 1985 beruhende Auswertung von Steinmann, Regina: Zur Situation der Ausländer in Baden-Württemberg, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/1988, S. 364.

Hauptwohnung, wurden also zur Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung gezählt. Nicht enthalten sind in dieser Zahl demnach – wie auch im folgenden – Ausländer, die mit Nebenwohnung gezählt worden sind.

Zu den Ausländern werden alle Personen gerechnet, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sind. Nicht zu den Ausländern zählen demnach die Übersiedler aus der Deutschen Demokratischen Republik und alle Personen deutscher Volkszugehörigkeit, wie die deutschstämmigen Aussiedler aus den Ostblockstaaten. Ebenfalls nicht zu den Ausländern zählen Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen. Dagegen werden Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit zu den Ausländern gezählt.

Aufgrund internationaler Vorschriften und Vereinbarungen unterlagen im Rahmen der Volkszählung Angehörige ausländischer Streitkräfte sowie ausländischer diplomatischer und konsularischer Vertretungen mit ihren Familienangehörigen nicht der Auskunftspflicht und wurden somit auch statistisch nicht erfaßt.

Ausländeranteil im Land bei 9,1 Prozent

Im Vergleich der Bundesländer weist Baden-Württemberg mit knapp 850 000 Ausländern am Stichtag der Volkszählung absolut gesehen hinter Nordrhein-Westfalen mit 1,260 Mill. die zahlenmäßig höchste ausländische Bevölkerung auf. An dritter Stelle folgt, bereits mit großem Abstand, Bayern mit 611 600 Ausländern (Tabelle 1). Dies bedeutet umgerechnet, daß in Nordrhein-Westfalen 30,4%, in Baden-Württemberg 20,5% und in Bayern 14,8% aller in der Bundesrepublik lebenden Ausländer, insgesamt sind es 4,145 Mill., wohnen, in den drei Ländern zusammen also über 65%.

Setzt man die Zahl der Ausländer in den einzelnen Ländern ins Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, liegt Baden-Würt-

Tabelle 1
Bevölkerung in den Bundesländern 1970 und 1987 nach Staatsangehörigkeit

Land	Bevölkerung											
	am 27. Mai 1970 (VZ 1970)						am 25. Mai 1987 (VZ 1987)					
	insgesamt			davon			insgesamt			davon		
	1000	%		1000	%		1000	%		1000	%	
Schleswig-Holstein	2 494,1	2 456,7	98,5	37,4	1,5	2 554,2	2 478,4	97,0	75,9	3,0	+ 2,4	+ 0,9
Hamburg	1 793,8	1 735,5	96,7	58,4	3,3	1 592,7	1 445,4	90,7	147,4	9,3	- 11,2	- 16,7
Niedersachsen	7 082,2	6 932,0	97,9	150,1	2,1	7 162,1	6 896,9	96,3	265,2	3,7	+ 1,1	- 0,5
Bremen	722,7	707,4	97,9	15,3	2,1	660,1	615,0	93,2	45,1	6,8	- 8,7	- 13,1
Nordrhein-Westfalen	16 914,1	16 224,5	95,9	689,6	4,1	16 711,8	15 451,8	92,5	1 260,1	7,5	- 1,2	- 4,8
Hessen	5 381,7	5 107,1	94,9	274,6	5,1	5 507,8	5 036,5	91,4	471,3	8,6	+ 2,3	- 1,4
Rheinland-Pfalz	3 645,4	3 564,2	97,8	81,3	2,2	3 630,8	3 478,4	95,8	152,4	4,2	- 0,4	- 2,4
Baden-Württemberg	8 895,0	8 253,3	92,8	641,7	7,2	9 286,4	8 436,7	90,9	849,7	9,1	+ 4,4	+ 2,2
Bayern	10 479,4	10 092,2	96,3	387,2	3,7	10 902,6	10 291,1	94,4	611,6	5,6	+ 4,0	+ 2,0
Saarland	1 119,7	1 092,0	97,5	27,8	2,5	1 055,7	1 012,1	95,9	43,6	4,1	- 5,7	- 7,3
Berlin (West)	2 122,3	2 047,0	96,5	75,3	3,5	2 012,7	1 789,2	88,9	223,5	11,1	- 5,2	- 12,6
Bundesgebiet	60 650,6	58 212,0	96,0	2 438,6	4,0	61 077,0	56 931,5	93,2	4 145,6	6,8	+ 0,7	- 2,2

temberg mit 9,1% Ausländeranteil hinter Berlin (West) mit 11,1% und Hamburg mit 9,3% an dritter Stelle, führt damit allerdings die Flächenländer an. In Nordrhein-Westfalen beträgt der Ausländeranteil lediglich 7,5%. Den Schluß bilden hier Schleswig-Holstein mit lediglich 3,0% Ausländeranteil hinter Niedersachsen mit 3,7%. Im Bundesdurchschnitt beträgt die Ausländerquote 6,8%.

32,4% mehr Ausländer als 1970

Vergleicht man die vorstehenden Zahlen mit der Situation bei der Volkszählung 1970, erkennt man interessante Veränderungen. Damals wohnten noch 26,5% aller in der Bundesrepublik lebenden Ausländer in Baden-Württemberg, der Landesanteil war also deutlich höher als heute. In Baden-Württemberg waren damals bereits 7,2% der Bevölkerung Ausländer, ein Wert, mit dem das Land einsam an der Spitze lag. Zum Vergleich: Hessen hatte 1970 eine Ausländerquote von 5,1%, Nordrhein-Westfalen 4,1%, Bayern 3,7%, Berlin 3,5% und Hamburg 3,3%. Im Bundesdurchschnitt lag der Ausländeranteil bei 4,0%.

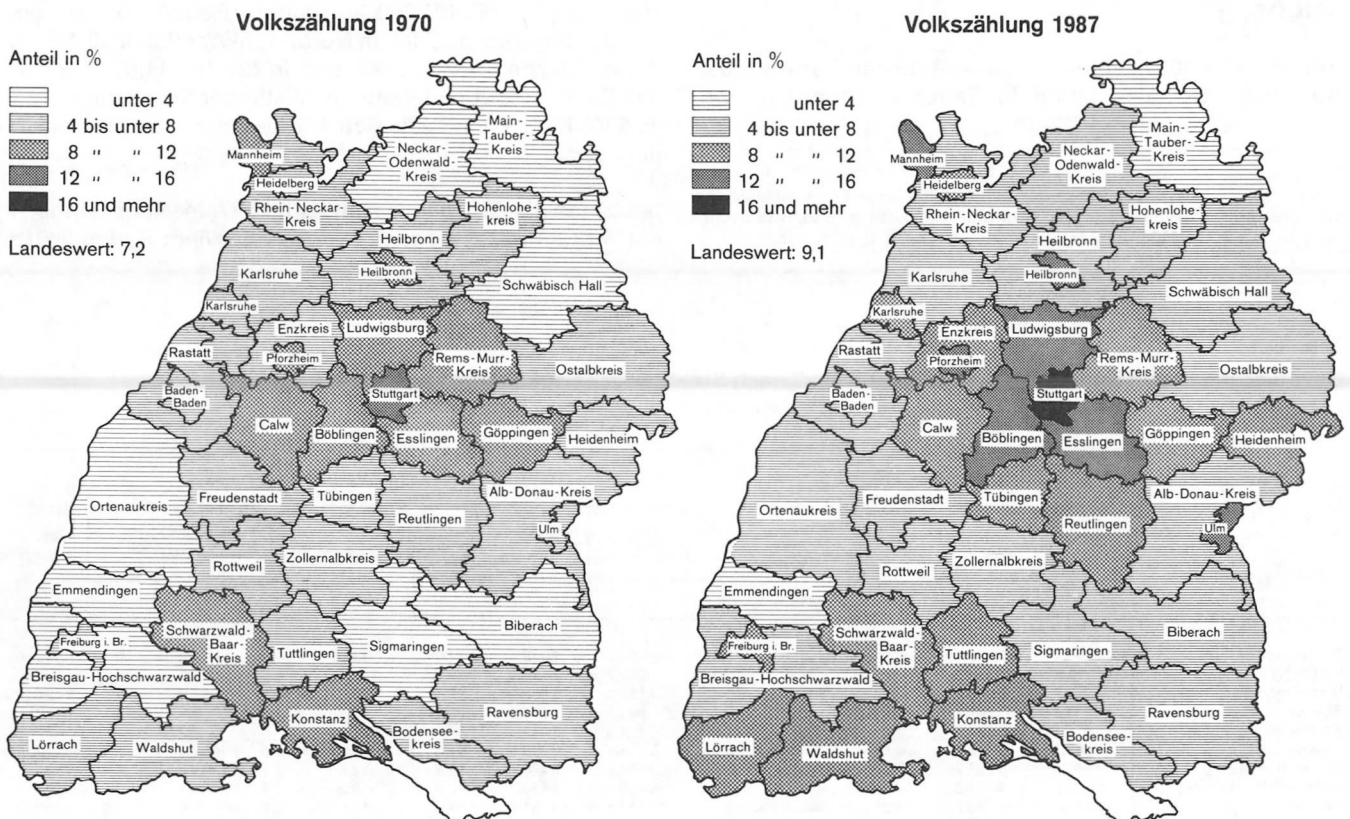
Es läßt sich somit feststellen, daß Baden-Württemberg im Vergleich zwar noch immer einen relativ hohen Anteil von Ausländern an der Bevölkerung hat, daß es aber seine herausgehobene Position in diesem Punkt, die das Land noch 1970 innehatte, abgegeben hat. Die Zahl der Ausländer hat in den 17 Jahren von 1970 bis 1987 in Baden-Württemberg

lediglich um 32,4% zugenommen, von 641 700 auf 849 700, während die Zunahme im Bund 70,0% betrug. Auch alle anderen Bundesländer weisen deutlich höhere Zuwächse auf. Während sich in Schleswig-Holstein die Zahl der Ausländer im genannten Zeitraum gut verdoppelt hat (+102,8%), hat sie sich in Bremen (+194,4%) und Berlin (West) (+196,8%) beinahe verdreifacht. Günstig wirkte sich in Baden-Württemberg auch die Tatsache aus, daß es eines von lediglich drei Bundesländern war, die seit 1970 eine wenn auch geringe Zunahme der deutschen Bevölkerung verzeichnen konnten. Sie stieg um 2,2%, von 8,253 Mill. auf 8,437 Mill.. Alle anderen Bundesländer mußten einen zum Teil drastischen Rückgang der deutschen Bevölkerung hinnehmen; im Bundesdurchschnitt lag er bei -2,2%, was einem Rückgang um fast 1,3 Mill. Personen entspricht. Nur durch die Zunahme der ausländischen Bevölkerung um 1,7 Mill. Personen erklärt sich der geringfügige Anstieg der Gesamtbevölkerung im Bundesgebiet seit 1970. Allerdings macht auch in Baden-Württemberg die Zunahme des ausländischen Bevölkerungsteils mehr als die Hälfte (53,1%) des Anstiegs der Gesamtbevölkerung des Landes zwischen den beiden Volkszählungen aus.

Bemerkenswert ist auch, daß durch die Volkszählung 1987 die auf der Basis der Volkszählung 1970 fortgeschriebene Ausländerzahl des Landes erheblich nach unten zu korrigieren war: Statt 904 700 Ausländern, wie es die Fortschreibung auswies, lebten im Mai 1987 tatsächlich nur 849 700 Ausländer in Baden-Württemberg, also 55 000 weniger als

Schaubild 1

Anteil der Ausländer an der Bevölkerung in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1970 und 1987



angenommen. Für das Bundesgebiet insgesamt ergab sich eine Korrektur nach unten um ca. 450 000 Personen.²

Größter Ausländeranteil in der Region Mittlerer Neckar

Betrachtet man die regionale Verteilung der Ausländer in Baden-Württemberg (*Schaubild 1*), fällt besonders die Konzentration im Regierungsbezirk Stuttgart, und hier wiederum in der Region Mittlerer Neckar mit der Landeshauptstadt als Zentrum, ins Auge. Die Zahl der Ausländer ist demnach in den industriellen Ballungsgebieten mit einem entsprechend großen Arbeitsplatzangebot besonders hoch. Fast die Hälfte (46,1%) der Ausländer lebten im Regierungsbezirk Stuttgart, ein Viertel (24,7%) im Regierungsbezirk Karlsruhe und 15,3% bzw. 13,8% in den Regierungsbezirken Freiburg und Tübingen. Unter den Regionen liegt das Gebiet Mittlerer Neckar, bezogen auf den Anteil der Ausländer an der jeweiligen Gesamtbevölkerung, mit 13,3% ganz vorn, gefolgt von der Region Unterer Neckar mit 9,5% (*Tabelle 2*). Wie groß die regionalen Unterschiede sind, wird deutlich beim Vergleich mit den Regionen, die einen sehr geringen Ausländeranteil haben, wie die Region Südlicher Oberrhein mit lediglich 5,2% oder die Region Bodensee-Oberschwaben mit 6,4%. Noch drastischer fallen die Zahlenvergleiche auf Ebene der Landkreise aus. Hier liegen die Kreise rund um Stuttgart mit durchweg zweistelligen Prozentzahlen an der Spitze: Ludwigsburg 13,1%, Böblingen 13,0%, Esslingen 12,0%, Rems-Murr-Kreis 10,2%. Ähnlich hohe Werte weisen daneben nur die Landkreise Göppingen (10,7%) und Calw (10,1%) aus. Das Schlußlicht in dieser Rangfolge bildet der Main-Tauber-Kreis mit lediglich 3,2% Ausländeranteil, nach den Kreisen Emmendingen (3,6%), Biberach (4,1%) und Breisgau-Hochschwarzwald (4,5%).

Viele Ausländer zieht es in die Stadtkreise

Eine besondere Stellung nehmen die Stadtkreise ein. Sie weisen, mit wenigen Ausnahmen, eine besonders hohe Ausländerquote auf. Spitzenreiter ist hier, wie bereits bei der Volkszählung 1970 (damals 12,2%), die Landeshauptstadt mit jetzt 17,7%. Es folgen die Stadtkreise Mannheim (15,0%), Heilbronn (13,0%), Ulm (12,9%) und Pforzheim (12,4%). Relativ knapp über dem Landesdurchschnitt von 9,1% liegen auch noch Heidelberg (10,4%) und Karlsruhe (9,4%), während Freiburg (8,4%) und Baden-Baden (7,8%) eine auffallend niedrige Ausländerquote, die sogar unter dem Landesdurchschnitt liegt, ausweisen. Der Ausländeranteil in den Stadtkreisen zusammen liegt bei 13,4%, in den Landkreisen zusammen dagegen nur bei 8,1%. In den Stadtkreisen wohnen 28,2% aller im Land lebenden Nicht-deutschen.³

Die hohe Präferenz der Ausländer, vor allem auch der neu zugezogenen, für die städtischen Ballungszentren macht auch ein Vergleich der Ausländerquoten der Stadtkreise von 1970 und 1987 deutlich. Sie sind alle weit über dem

Landesdurchschnitt (+1,9 Prozentpunkte) gestiegen: zum Beispiel Mannheim +6,1 Prozentpunkte, Stuttgart +5,5, Ulm +5,2. Selbst die relativ geringe Zunahme des Ausländeranteils im Stadtkreis Baden-Baden (+2,9 Prozentpunkte) liegt noch über der stärksten Zunahme eines Landkreises, nämlich des Kreises Böblingen mit +2,8 Prozentpunkten. Daneben gibt es nur noch vier Landkreise, deren Zuwachs über dem Landesdurchschnitt liegt: Die Landkreise Tuttlingen (+2,4 Prozentpunkte), Freudenstadt (+2,3), Heilbronn (+2,0) und den Zollernalbkreis (+2,1). Alle anderen Kreise liegen zum Teil erheblich darunter. Im Landkreis Rottweil ist der Ausländeranteil seit 1970 sogar um 0,1 Prozentpunkte zurückgegangen, er liegt nun bei 5,8%. Nicht verändert hat sich die Ausländerquote im Hohenlohekreis. Sie beträgt konstant 5,1%.

Auf Regionsebene ist vor allem in den Regionen Unterer und Mittlerer Neckar (+3,0 bzw. +2,5 Prozentpunkte) der Ausländeranteil stärker gestiegen. Auf der Ebene der Regierungsbezirke liegen die Regierungsbezirke Karlsruhe (+2,4 Prozentpunkte) und Stuttgart (+2,2) über dem Landesdurchschnitt, die Regierungsbezirke Tübingen (+1,8) und Freiburg (+1,1) darunter.

Türken vor Jugoslawen stärkste Ausländergruppe

Anders als bei der Volkszählung 1970 wurden 1987 alle Ausländer nach ihrer Staatsangehörigkeit gezählt. Aus Praktikabilitätsgründen wurden die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten auf sechs Kategorien beschränkt, wobei allerdings sichergestellt wurde, daß die in der Bundesrepublik überwiegenden Nationalitäten separat ausgewiesen werden konnten. Auf die Frage nach der Staatsangehörigkeit waren neben „deutsch“ folgende Antworten möglich: „griechisch“, „italienisch“, „übrige EG-Staaten“, „jugoslawisch“, „türkisch“ und „sonstige/keine“.

Von den im Land lebenden Ausländern kamen knapp zwei Drittel (64,6%) aus Nicht-EG-Staaten bzw. hatten keine Staatsbürgerschaft, ein gutes Drittel (35,4%) waren EG-Ausländer. In der erstgenannten Gruppe überwogen die Türken mit 28,9% (245 426 Personen), vor den Jugoslawen mit 19,3% (164 214 Personen) und Ausländern mit der Angabe „sonstige/keine Staatsangehörigkeit“ (16,4% = 139 607 Personen). Unter den EG-Ausländern stellten die Italiener mit 19,1% (162 293 Personen) vor den Griechen mit 7,6% (64 484 Personen) die stärkste Gruppe. Die übrigen EG-Länder teilten sich in die restlichen 8,7% bzw. 73 653 Personen (*Schaubild 2*).

Unter regionalen Gesichtspunkten differiert der Anteil der verschiedenen Nationalitäten an den Ausländern zum Teil sehr stark (*Tabelle 3*). Beispielhaft seien nur einige Extremwerte genannt: Im Stadtkreis Heilbronn waren 41,6% der Ausländer Türken, im Stadtkreis Freiburg nur 7,0%. Dort und im Stadtkreis Heidelberg war die Gruppe der Ausländer mit sonstiger bzw. keiner Staatsangehörigkeit am höchsten vertreten (39,1% bzw. 44,0%), während diese in Heilbronn nur einen kleinen Teil der Ausländer stellte (13,5%). Den höchsten ausländischen Bevölkerungsanteil stellten die Türken im Landkreis Heilbronn mit 51,5%.

Die Jugoslawen waren in den Landkreisen mit Anteilen von 8,6% im Kreis Lörrach bis zu 32,0% im Hohenlohekreis vertreten. Die Italiener waren anteilmäßig besonders stark im Süden des Landes, wie zum Beispiel in den Kreisen Lörrach

² Vgl. zu den Ergebnissen der Volkszählung 1987 auf Bundes- und Länderebene auch die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit.

³ Vgl. auch Frank, Eberhard: Erste Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12/1988, S. 495 (500 f.).

Tabelle 2

Ausländische Bevölkerung in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1970 und 1987

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Bevölkerung										Veränderung des Ausländer- anteils 1987 gegenüber 1970 in Prozent- punkten
	am 27. Mai 1970 (VZ 1970)			am 25. Mai 1987 (VZ 1987)							
	insgesamt	darunter Ausländer		insgesamt	darunter Ausländer						
		Anzahl	%		zusammen		männlich		weiblich		
				Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
Stadtkreis Stuttgart, Landeshauptstadt	633 158	77 394	12,2	551 904	97 726	17,7	55 881	57,2	41 845	42,8	+ 5,5
Landkreise											
Böblingen	260 875	26 720	10,2	315 677	41 081	13,0	23 111	56,2	17 970	43,8	+ 2,8
Esslingen	424 611	47 527	11,2	460 429	55 271	12,0	31 454	56,9	23 817	43,1	+ 0,8
Göppingen	227 146	20 270	8,9	230 379	24 638	10,7	13 961	56,7	10 677	43,3	+ 1,8
Ludwigsburg	397 506	45 073	11,3	442 389	58 036	13,1	32 516	56,0	25 520	44,0	+ 1,8
Rems-Murr-Kreis	331 462	28 620	8,6	360 634	36 697	10,2	20 697	56,4	16 000	43,6	+ 1,6
Region Mittlerer Neckar	2 274 758	245 604	10,8	2 361 412	313 449	13,3	177 620	56,7	135 829	43,3	+ 2,5
Stadtkreis Heilbronn	113 725	10 041	8,8	110 970	14 371	13,0	7 997	55,6	6 374	44,4	+ 4,2
Landkreise											
Heilbronn	223 120	13 492	6,0	252 458	20 107	8,0	11 014	54,8	9 093	45,2	+ 2,0
Hohenlohekreis	83 326	4 222	5,1	86 103	4 351	5,1	2 345	53,9	2 006	46,1	± 0,0
Schwäbisch Hall	148 416	4 740	3,2	154 041	7 053	4,6	3 935	55,8	3 118	44,2	+ 1,4
Main-Tauber-Kreis	127 547	2 681	2,1	121 891	3 883	3,2	2 091	53,9	1 792	46,1	+ 1,1
Region Franken	696 134	35 176	5,1	725 463	49 765	6,9	27 382	55,0	22 383	45,0	+ 1,8
Landkreise											
Heidenheim	127 108	9 224	7,3	125 340	10 552	8,4	5 766	54,6	4 786	45,4	+ 1,1
Ostalbkreis	268 955	13 427	5,0	279 572	18 337	6,6	10 274	56,0	8 063	44,0	+ 1,6
Region Ostwürttemberg	396 063	22 651	5,7	404 912	28 889	7,1	16 040	55,5	12 849	44,5	+ 1,4
Regierungsbezirk Stuttgart	3 366 955	303 431	9,0	3 491 787	392 103	11,2	221 042	56,4	171 061	43,6	+ 2,2
Stadtkreise											
Baden-Baden	51 545	2 504	4,9	50 127	3 932	7,8	2 117	53,8	1 815	46,2	+ 2,9
Karlsruhe	287 452	17 552	6,1	260 591	24 549	9,4	13 875	56,5	10 674	43,5	+ 3,3
Landkreise											
Karlsruhe	331 323	18 526	5,6	364 798	24 475	6,7	13 457	55,0	11 018	45,0	+ 1,1
Rastatt	186 414	9 960	5,3	194 603	12 630	6,5	7 097	56,2	5 533	43,8	+ 1,2
Region Mittlerer Oberrhein	856 734	48 542	5,7	870 119	65 586	7,5	36 546	55,7	29 040	44,3	+ 1,8
Stadtkreise											
Heidelberg	129 697	7 233	5,6	127 768	13 289	10,4	7 176	54,0	6 113	46,0	+ 4,8
Mannheim	332 163	29 592	8,9	295 191	44 386	15,0	25 632	57,7	18 754	42,3	+ 6,1
Landkreise											
Neckar-Odenwald-Kreis	130 554	4 124	3,2	130 656	6 158	4,7	3 251	52,8	2 907	47,2	+ 1,5
Rhein-Neckar-Kreis	413 110	24 482	5,9	465 342	33 175	7,1	18 206	54,9	14 969	45,1	+ 1,2
Region Unterer Neckar	1 005 524	65 431	6,5	1 018 957	97 008	9,5	54 265	55,9	42 743	44,1	+ 3,0
Stadtkreis Pforzheim	106 410	8 896	8,4	106 530	13 219	12,4	7 298	55,2	5 921	44,8	+ 4,0
Landkreise											
Calw	118 477	9 823	8,3	133 321	13 468	10,1	7 365	54,7	6 103	45,3	+ 1,8
Enzkreis	146 273	11 168	7,6	164 639	14 001	8,5	7 717	55,1	6 284	44,9	+ 0,9
Freudenstadt	95 065	4 135	4,3	101 957	6 742	6,6	3 608	53,5	3 134	46,5	+ 2,3
Region Nordschwarzwald	466 225	34 022	7,3	506 447	47 430	9,4	25 988	54,8	21 442	45,2	+ 2,1
Regierungsbezirk Karlsruhe	2 328 483	147 995	6,4	2 395 523	210 024	8,8	116 799	55,6	93 225	44,4	+ 2,4
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	174 308	8 517	4,9	178 672	14 920	8,4	7 890	52,9	7 030	47,1	+ 3,5
Landkreise											
Breisgau-Hochschwarzwald	162 397	6 353	3,9	203 111	9 222	4,5	4 857	52,7	4 365	47,3	+ 0,6
Emmendingen	120 747	4 002	3,3	132 508	4 809	3,6	2 653	55,2	2 156	44,8	+ 0,3
Ortenaukreis	346 781	12 282	3,5	354 655	16 516	4,7	9 158	55,4	7 358	44,6	+ 1,2
Region Südlicher Oberrhein	804 233	31 154	3,9	868 946	45 467	5,2	24 558	54,0	20 909	46,0	+ 1,3
Landkreise											
Rottweil	129 586	7 605	5,9	126 796	7 316	5,8	3 971	54,3	3 345	45,7	- 0,1
Schwarzwald-Baar-Kreis	192 477	17 483	9,1	192 620	18 448	9,6	9 817	53,2	8 631	46,8	+ 0,5
Tuttlingen	107 838	6 865	6,4	112 885	9 953	8,8	5 323	53,5	4 630	46,5	+ 2,4
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	429 901	31 953	8,3	432 301	35 717	8,3	19 111	53,5	16 606	46,5	± 0,0
Landkreise											
Konstanz	220 297	18 960	8,6	231 898	20 670	8,9	11 268	54,5	9 402	45,5	+ 0,3
Lörrach	190 903	14 399	7,5	191 004	16 361	8,6	8 828	54,0	7 533	46,0	+ 1,1
Waldshut	136 931	9 572	7,0	144 883	11 812	8,2	6 344	53,7	5 468	46,3	+ 1,2
Region Hochrhein-Bodensee	548 131	42 931	7,8	567 785	48 843	8,6	26 440	54,1	22 403	45,9	+ 0,8
Regierungsbezirk Freiburg	1 782 265	106 038	5,9	1 869 032	130 027	7,0	70 109	53,9	59 918	46,1	+ 1,1
Landkreise											
Reutlingen	226 911	18 144	8,0	244 246	23 542	9,6	12 934	54,9	10 608	45,1	+ 1,6
Tübingen	152 156	11 889	7,8	175 855	16 159	9,2	8 855	54,8	7 304	45,2	+ 1,4
Zollernalbkreis	170 505	9 938	5,8	172 245	13 664	7,9	7 423	54,3	6 241	45,7	+ 2,1
Region Neckar-Alb	549 572	39 971	7,3	592 346	53 365	9,0	29 212	54,7	24 153	45,3	+ 1,7
Stadtkreis Ulm	101 628	7 822	7,7	103 494	13 349	12,9	7 463	55,9	5 886	44,1	+ 5,2
Landkreise											
Alb-Donau-Kreis	147 562	7 711	5,2	160 244	11 014	6,9	6 065	55,1	4 949	44,9	+ 1,7
Biberach	144 989	4 568	3,2	153 900	6 253	4,1	3 389	54,2	2 864	45,8	+ 0,9
Region Donau-Iller	394 179	20 101	5,1	417 638	30 616	7,3	16 917	55,3	13 699	44,7	+ 2,2
Landkreise											
Bodenseekreis	151 219	10 361	6,9	172 776	13 247	7,7	7 279	54,9	5 968	45,1	+ 0,8
Ravensburg	212 479	9 528	4,5	233 635	13 877	5,9	7 787	56,1	6 090	43,9	+ 1,4
Sigmaringen	109 896	4 300	3,9	113 650	6 418	5,6	3 423	53,3	2 995	46,7	+ 1,7
Region Bodensee-Oberschwaben	473 594	24 189	5,1	520 061	33 542	6,4	18 489	55,1	15 053	44,9	+ 1,3
Regierungsbezirk Tübingen	1 417 345	84 261	5,9	1 530 045	117 523	7,7	64 618	55,0	52 905	45,0	+ 1,8
Baden-Württemberg	8 895 048	641 725	7,2	9 288 387	849 677	9,1	472 568	55,6	377 109	44,4	+ 1,9

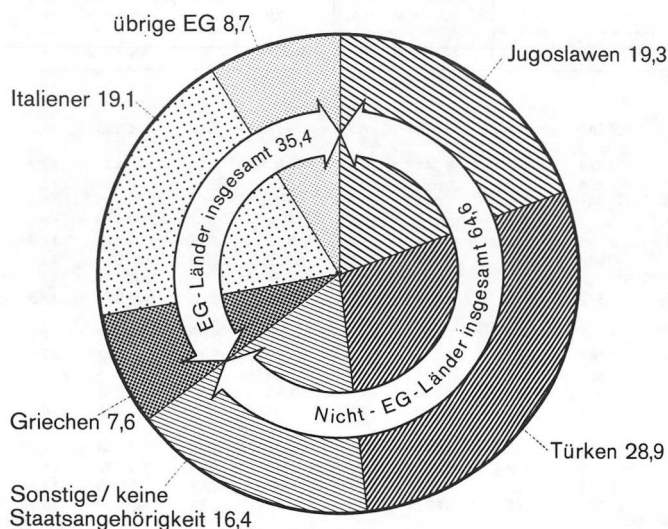
Tabelle 3

**Ausländische Bevölkerung in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987
nach Staatsangehörigkeit**

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Ausländer insgesamt	Davon mit Staatsangehörigkeit											
		griechisch		italienisch		übrige EG		jugoslawisch		türkisch		sonstige/keine	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Stadtkreis													
Stuttgart, Landeshauptstadt	97 726	13 542	13,9	15 691	16,1	7 047	7,2	26 676	27,3	18 172	18,6	16 598	16,9
Landkreise													
Böblingen	41 081	4 590	11,2	8 456	20,6	3 199	7,8	8 544	20,8	10 848	26,4	5 444	13,2
Esslingen	55 271	7 667	13,9	9 916	17,9	2 774	5,0	10 592	19,2	17 871	32,3	6 451	11,7
Göppingen	24 638	1 007	4,1	5 571	22,6	1 391	5,6	5 011	20,3	9 338	37,9	2 320	9,5
Ludwigsburg	58 036	6 831	11,8	14 064	24,2	3 263	5,6	10 125	17,4	16 645	28,7	7 108	12,3
Rems-Murr-Kreis	36 697	6 432	17,5	8 608	23,5	2 316	6,3	6 506	17,7	8 125	22,1	4 710	12,9
Region Mittlerer Neckar	313 449	40 069	12,8	62 306	19,9	19 990	6,4	67 454	21,5	80 999	25,8	42 631	13,6
Stadtkreis													
Heilbronn	14 371	796	5,5	2 380	16,6	873	6,1	2 404	16,7	5 981	41,6	1 937	13,5
Landkreise													
Heilbronn	20 107	831	4,1	2 465	12,3	1 364	6,8	2 667	13,3	10 367	51,5	2 413	12,0
Hohenlohekreis	4 351	745	17,1	432	9,9	181	4,2	1 392	32,0	994	22,9	607	13,9
Schwäbisch Hall	7 053	427	6,1	644	9,1	368	5,2	1 387	20,0	2 652	37,6	1 575	22,0
Main-Tauber-Kreis	3 883	61	1,6	374	9,6	376	9,7	640	16,5	1 553	40,0	879	22,6
Region Franken	49 765	2 860	5,8	6 295	12,6	3 162	6,4	8 490	17,1	21 547	43,3	7 411	14,8
Landkreise													
Heidenheim	10 552	1 309	12,4	1 808	17,1	498	4,7	1 641	15,6	4 228	40,1	1 068	10,1
Ostalbkreis	18 337	1 395	7,6	2 947	16,1	716	3,9	3 312	18,1	7 690	41,9	2 277	12,4
Region Ostwürttemberg	28 889	2 704	9,4	4 755	16,5	1 214	4,2	4 953	17,1	11 918	41,3	3 345	11,5
Regierungsbezirk Stuttgart	392 103	45 633	11,6	73 356	18,7	24 366	6,2	80 897	20,6	114 464	29,2	53 387	13,7
Stadtkreise													
Baden-Baden	3 932	18	0,5	547	13,9	1 096	27,9	838	21,3	400	10,2	1 033	26,2
Karlsruhe	24 549	788	3,2	4 290	17,5	2 965	12,1	4 649	18,9	5 307	21,6	6 550	26,7
Landkreise													
Karlsruhe	24 475	1 056	4,3	3 818	15,6	2 079	8,5	5 238	21,4	8 595	35,1	3 689	15,1
Rastatt	12 630	361	2,9	2 564	20,3	1 464	11,6	3 702	29,3	2 858	22,6	1 681	13,3
Region Mittlerer Oberrhein	65 586	2 223	3,4	11 219	17,1	7 604	11,6	14 427	22,0	17 160	26,2	12 953	19,7
Stadtkreise													
Heidelberg	13 289	565	4,3	1 199	9,0	1 871	14,1	861	6,5	2 932	22,1	5 861	44,0
Mannheim	44 386	2 645	6,0	7 725	17,4	3 536	8,0	5 913	13,3	15 373	34,6	9 194	20,7
Landkreise													
Neckar-Odenwald-Kreis	6 158	190	3,1	773	12,6	365	5,9	1 315	21,4	2 443	39,7	1 072	17,3
Rhein-Neckar-Kreis	33 175	1 702	5,1	4 126	12,4	4 697	14,2	3 049	9,2	12 732	38,4	6 869	20,8
Region Unterer Neckar	97 008	5 102	5,3	13 823	14,2	10 469	10,8	11 138	11,5	33 480	34,5	22 996	23,7
Stadtkreis													
Pforzheim	13 219	293	2,2	3 500	26,5	1 244	9,4	2 424	18,3	3 770	28,5	1 988	15,1
Landkreise													
Calw	13 468	321	2,4	1 935	14,4	1 220	9,1	4 118	30,6	4 422	32,8	1 452	10,7
Enzkreis	14 001	1 040	7,4	3 476	24,8	1 216	8,7	2 058	14,7	4 783	34,2	1 428	10,2
Freudenstadt	6 742	92	1,4	655	9,7	553	8,2	1 954	29,0	2 579	38,3	909	13,4
Region Nordschwarzwald	47 430	1 746	3,7	9 566	20,2	4 233	8,9	10 554	22,3	15 554	32,8	5 777	12,1
Regierungsbezirk Karlsruhe	210 024	9 071	4,3	34 608	16,5	22 306	10,6	36 119	17,2	66 194	31,5	41 726	19,9
Stadtkreis													
Freiburg im Breisgau	14 920	282	1,9	2 622	17,6	3 213	21,5	1 920	12,9	1 044	7,0	5 839	39,1
Landkreise													
Breisgau-Hochschwarzwald	9 222	99	1,1	1 452	15,7	1 892	20,5	1 245	13,5	2 383	25,8	2 151	23,4
Emmendingen	4 809	109	2,3	1 333	27,7	875	18,2	615	12,8	796	16,6	1 081	22,4
Ortenaukreis	16 516	258	1,6	2 879	17,4	3 786	22,9	2 395	14,5	4 795	29,0	2 403	14,6
Region Südlicher Oberrhein	45 467	748	1,7	8 286	18,2	9 766	21,5	6 175	13,6	9 018	19,8	11 474	25,2
Landkreise													
Rottweil	7 316	252	3,4	1 549	21,2	828	11,3	1 724	23,6	1 926	26,3	1 037	14,2
Schwarzwald-Baar-Kreis	18 448	670	3,6	3 840	20,8	1 978	10,7	5 736	31,1	4 339	23,5	1 885	10,3
Tuttlingen	9 953	158	1,6	2 671	26,8	524	5,3	2 662	26,7	2 780	27,9	1 158	11,7
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	35 717	1 080	3,0	8 060	22,6	3 330	9,3	10 122	28,3	9 045	25,3	4 080	11,5
Landkreise													
Konstanz	20 670	286	1,4	6 484	31,4	3 584	17,3	2 555	12,4	3 181	15,4	4 580	22,1
Lörrach	16 361	86	0,5	6 815	41,7	1 361	8,3	1 415	8,6	3 572	21,8	3 112	19,1
Waldshut	11 812	42	0,4	5 209	44,1	692	5,9	1 116	9,4	2 602	22,0	2 151	18,2
Region Hochrhein-Bodensee	48 843	414	0,9	18 508	37,9	5 637	11,5	5 086	10,4	9 355	19,2	9 843	20,1
Regierungsbezirk Freiburg	130 027	2 242	1,7	34 854	26,8	18 733	14,4	21 383	16,4	27 418	21,1	25 397	19,6
Landkreise													
Reutlingen	23 542	3 395	14,4	4 058	17,2	1 860	7,9	5 371	22,8	5 747	24,4	3 111	13,3
Tübingen	16 159	1 949	12,1	2 798	17,3	1 376	8,5	2 627	16,3	3 770	23,3	3 639	22,5
Zollernalbkreis	13 664	308	2,3	3 031	22,2	607	4,4	3 603	26,4	4 685	34,3	1 430	10,4
Region Neckar-Alb	53 365	5 652	10,6	9 887	18,5	3 843	7,2	11 601	21,7	14 202	26,6	8 180	15,4
Stadtkreis													
Ulm	13 349	515	3,9	2 017	15,1	774	5,8	3 189	23,9	4 640	34,8	2 214	16,5
Landkreise													
Alb-Donau-Kreis	11 014	676	6,1	1 207	11,0	418	3,8	2 604	23,6	4 882	44,3	1 227	11,2
Biberach	6 253	208	3,3	708	11,3	413	6,6	1 580	25,3	2 167	34,7	1 177	18,8
Region Donau-Iller	30 616	1 399	4,6	3 932	12,8	1 605	5,2	7 373	24,1	11 689	38,2	4 618	15,1
Landkreise													
Bodenseekreis	13 247	172	1,3	2 832	21,4	1 187	9,0	2 752	20,8	3 643	27,5	2 661	20,0
Ravensburg	13 877	254	1,8	1 645	11,9	1 244	9,0	3 088	22,3	4 885	35,2	2 761	19,8
Sigmaringen	6 418	61	1,0	1 179	18,4	369	5,7	1 001	15,6	2 931	45,7	877	13,6
Region Bodensee-Oberschwaben	33 542	487	1,5	5 656	16,9	2 800	8,3	6 841	20,4	11 459	34,2	6 299	18,7
Regierungsbezirk Tübingen	117 523	7 538	6,4	19 475	16,6	8 248	7,0	25 815	22,0	37 350	31,8	19 097	16,2
Baden-Württemberg	849 677	64 484	7,6	162 293	19,1	73 653	8,7	164 214	19,3	245 426	28,9	139 607	16,4

Ausländische Bevölkerung in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Staatsangehörigkeit

Anteile in %



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

599 89

und Waldshut, wo sie über 40% kamen. Dort spielten dafür die Griechen praktisch keine Rolle, sie lagen unter einem halben Prozent, während sie beispielsweise im Rems-Murr-Kreis mit 17,5% zur ausländischen Bevölkerung beitrugen. Die Ausländergruppe „übrige EG“ erreichte ihre höchsten Anteile im Westen des Landes entlang der Grenze zu Frankreich.

Mehr Männer als Frauen unter der ausländischen Bevölkerung

Während bei der deutschen Bevölkerung die Frauen überwiegen (52,4% gegenüber 47,6% bei den Männern), sind bei den Ausländern die Männer in der Mehrheit (55,6% gegenüber 44,4% bei den Frauen). Allerdings hat sich das Geschlechterverhältnis bei den Ausländern seit der Volkszählung 1970 angenähert, bedingt wohl durch den Nachzug der Familienangehörigen. So standen 1970 noch 62,4%

Männern nur 37,6% Frauen gegenüber. Entsprechend ist die Zahl der hier lebenden Ausländerinnen von 1970 bis 1987 um 56,2% gestiegen (von 241 469 auf 377 109), die Zahl der ausländischen Männer dagegen nur um 18,1% (von 400 256 auf 472 568). Der Anteil der weiblichen Nichtdeutschen an der Gesamtbevölkerung erhöhte sich im genannten Zeitraum von 5,2% auf 7,9%, der der männlichen Nichtdeutschen von 9,3% auf 10,5%. Der Männeranteil ist bei den Italienern mit 59,0% am höchsten, gefolgt von den Personen mit sonstiger bzw. keiner Staatsangehörigkeit (56,5%) und den Türken (55,9%). Ein eher ausgeglichenes Geschlechterverhältnis besteht bei Personen jugoslawischer (53,7% Männer) und griechischer (52,8% Männer) Staatsangehörigkeit, sowie bei Ausländern der übrigen EG-Staaten (52,3% Männer).

Betrachtet man das Geschlechterverhältnis unter Altersgesichtspunkten, so ist vor allem der hohe Männerüberschuß in der Altersgruppe 45 bis unter 60 Jahren auffällig. Hier beträgt der Männeranteil 64,4%. In den Altersgruppen bis unter 21 Jahren liegt der Anteil der Männer zwischen 51,4 und 53,2%, in der Altersgruppe 21 bis unter 45 Jahren bei 55,1%. In den Altersgruppen 60 bis unter 65 bzw. 65 bis unter 75 Jahre überwiegen ebenfalls noch die Männer (59,3 bzw. 54,6%). Erst in der Gruppe mit 75 und mehr Jahren sind die Männer mit 39,9% deutlich in der Minderheit.

Kaum alte Menschen unter den Ausländern

Interessant ist auch die altersmäßige Verteilung der ausländischen gegenüber der deutschen Bevölkerung (Tabelle 4). Annähernd die Hälfte aller in Baden-Württemberg lebenden Ausländer sind zwischen 21 und 44 Jahren alt (45,7%), während dies bei der deutschen Bevölkerung ein gutes Drittel sind (34,8%). Der Anteil der Kinder unter 15 Jahren liegt bei der deutschen Bevölkerung bei 14,6%, bei der ausländischen bei 23,5%. Im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren sind 69,8% der Deutschen und 74,7% der Ausländer. 65 Jahre und älter sind 15,6% der deutschen, aber nur 1,8% der ausländischen Bevölkerung. Der Altersaufbau der ausländischen Bevölkerung weicht also von dem der deutschen Bevölkerung deutlich ab: Mehr Kindern stehen bei den Ausländern erheblich weniger alte Menschen gegenüber. Entsprechend unterschiedlich ist die Ausländerquote in den einzelnen Altersgruppen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (Tabelle 5). Deutlich über dem Ausländeranteil an der Bevölkerung insgesamt (9,1%)

Tabelle 4

Bevölkerung in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Staatsangehörigkeit, Altersgruppen und Geschlecht

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt						Davon									
							Deutsche						Ausländer			
	zusammen		männlich		weiblich		zusammen		männlich		weiblich		zusammen		männlich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 6	584 952	6,3	299 715	6,7	285 237	6,0	511 036	6,1	261 709	6,5	249 327	5,6	73 916	8,7	38 006	8,0
6 - 15	841 350	9,1	430 649	9,6	410 701	8,6	716 014	8,5	366 183	9,1	349 831	7,9	125 336	14,8	64 466	13,7
15 - 18	377 837	4,1	193 658	4,3	184 179	3,8	335 377	4,0	171 449	4,3	163 928	3,7	42 460	5,0	22 209	4,7
18 - 21	471 158	5,0	240 990	5,4	230 168	4,8	430 316	5,1	219 244	5,5	211 072	4,8	40 842	4,8	21 746	4,6
21 - 45	3 326 912	35,8	1 704 928	38,0	1 621 984	33,8	2 938 849	34,8	1 491 103	37,1	1 447 746	32,7	388 063	45,7	213 825	45,2
45 - 60	1 881 485	20,3	959 067	21,4	922 418	19,2	1 733 366	20,5	863 627	21,5	869 739	19,7	148 119	17,4	95 440	20,2
60 - 65	472 226	5,1	198 803	4,4	273 423	5,7	456 637	5,4	189 551	4,7	267 086	6,1	15 589	1,8	9 252	2,0
65 - 75	708 135	7,6	261 087	5,8	447 048	9,3	697 905	8,3	255 505	6,4	442 400	10,0	10 230	1,2	5 582	1,2
75 und mehr	622 332	6,7	199 255	4,4	423 077	8,8	617 210	7,3	197 213	4,9	419 997	9,5	5 122	0,6	2 042	0,4
Insgesamt	9 286 387	100	4 488 152	100	4 798 235	100	8 436 710	100	4 015 584	100	4 421 126	100	849 677	100	472 568	100

Tabelle 5

Anteil der Ausländer an der Bevölkerung in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Altersgruppen und Geschlecht

Altersgruppe von ... bis ...	Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung			Darunter Ausländer		
	zusammen	männlich	weiblich	zusammen (Sp. 1)	männlich (Sp. 2)	weiblich (Sp. 3)
	Anzahl			%		
	1	2	3	4	5	6
unter 6	584 952	299 715	285 237	12,6	12,7	12,6
6 – 15	841 350	430 649	410 701	14,9	15,0	14,8
15 – 18	377 837	193 658	184 179	11,2	11,5	11,0
18 – 21	471 158	240 990	230 168	8,7	9,0	8,3
21 – 45	3 326 912	1 704 928	1 621 984	11,7	12,5	10,7
45 – 60	1 881 485	959 067	922 418	7,9	10,0	5,7
60 – 65	472 226	198 803	273 423	3,3	4,7	2,3
65 – 75	708 135	261 087	447 048	1,4	2,1	1,0
75 und mehr	622 332	199 255	423 077	0,8	1,0	0,7
Insgesamt	9 286 387	4 488 152	4 798 235	9,1	10,5	7,9

liegen die Werte für die Altersgruppen bis unter 18 Jahre, wo in der Gruppe 6 bis unter 15 Jahre mit 14,9% Ausländeranteil der Spitzenwert erreicht wird. Ebenfalls überdurchschnittlich ist der Ausländeranteil in der Altersgruppe 21 bis unter 45 Jahre mit 11,7%. In allen übrigen Altersgruppen liegt der Wert unter dem Durchschnitt, besonders weit darunter in den Altersgruppen ab dem 60. Lebensjahr. Von allen Einwohnern mit 60 und mehr Jahren sind lediglich 1,8% Ausländer, von allen ab 65 Jahren aufwärts nur noch 1,2%.

43 Prozent Ledige, 52 Prozent Verheiratete

Von den Ausländern in Baden-Württemberg waren am Stichtag der Volkszählung 43,3% ledig, 52,1% verheiratet, 1,7% verwitwet und 2,9% geschieden (Tabelle 6). Verglichen mit der Gesamtbevölkerung des Landes liegen damit die prozentualen Anteile der Ledigen und Verheirateten geringfügig höher, der Anteil der Geschiedenen leicht niedri-

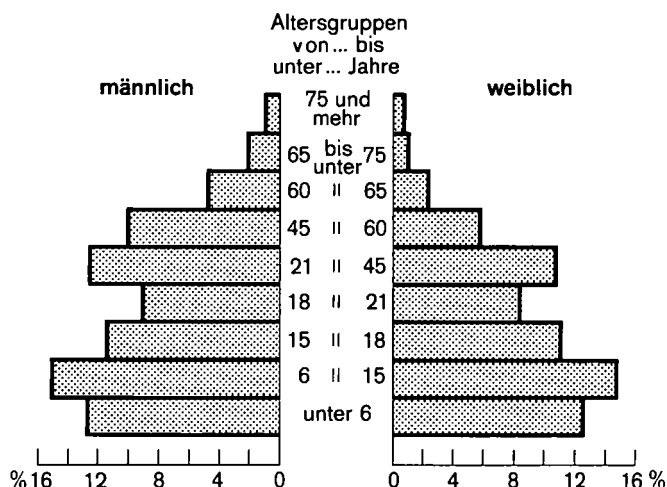
ger.⁴ Lediglich der Anteil der Verwitweteten liegt bei der ausländischen Bevölkerung mit 1,7% deutlich unter dem Vergleichswert von 7,9%. Dies ist aber angesichts der geringen Zahl von Ausländern in höherem Lebensalter nicht überraschend. Obwohl der Anteil der Verheirateten bei beiden Geschlechtern fast identisch ist (52,3% bzw. 51,7%), weichen die absoluten Zahlen doch erheblich ab. 247 352 verheirateten ausländischen Männern stehen 194 934 verheiratete Frauen gegenüber. Dies deutet darauf hin, daß trotz teilweisem Familiennachzug noch immer in vielen Fällen die Ehefrauen bzw. Familien von in der Bundesrepublik lebenden Ausländern im Herkunftsland geblieben sind.⁵ Während die Geschlechter bei den Geschiedenen zahlenmäßig etwa gleich stark sind, überwiegen bei den Verwitweteten die Frauen mit 74,9% ganz erheblich. Von den Ledigen wiederum stellen die Männer 56,9%, die Frauen 43,1%.

Mehrheit der Ausländer gehört der katholischen Kirche an

Im Rahmen der Volkszählung 1987 wurde auch die rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft erfragt. Unter den vorgegebenen Antwortmöglichkeiten war erstmalig auch die Kategorie „Islamische Religionsgemeinschaft“ aufgeführt, da sie aufgrund des relativ großen Anteils von Ausländern an der Bevölkerung eine erhebliche Bedeutung erlangt hat. Dies zeigt auch ein Blick auf die entsprechenden Ergebnisse der Zählung (Tabelle 7).

Danach gehörten im Mai 1987 346 803 oder 40,8% der Ausländer der römisch-katholischen Kirche an, die somit den größten konfessionellen Block unter den Ausländern stellt, 267 321 oder 31,5% der islamischen Religionsgemeinschaft. Diese bilden damit eine zweite große Gruppe. Die anderen Konfessionen sind demgegenüber zahlenmäßig weniger bedeutend: Der evangelischen Kirche gehörten 3,5% der Ausländer an, den evangelischen Freikirchen 0,4% und der jüdischen Religionsgesellschaft 0,1%. Mit 127 147 oder 15,0% ist die Gruppe derer, die anderen Religionsgesellschaften angehören, ebenfalls von Bedeutung.

Schaubild 3

Anteil der Ausländer an der Bevölkerung Baden-Württembergs am 25. Mai 1987 nach Altersgruppen und Geschlecht

⁴ Zu den demographischen Daten der Volkszählung 1987 für die Gesamtbevölkerung des Landes vgl. Bronnenmayer, Klaus: Altersaufbau und Familienstandsgliederung der Bevölkerung in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7/1989, S. 294.

⁵ Zahlen aus Mikrozensus-Erhebungen hierzu bei Steinmann, R.: Zur Situation der Ausländer in Baden-Württemberg, a.a.O., S. 365.

Tabelle 6

Ausländische Bevölkerung in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Familienstand und Geschlecht

Familienstand	Ausländer					
	zusammen		männlich		weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Ledig	368 310	43,3	209 730	44,4	158 580	42,1
Verheiratet	442 286	52,1	247 352	52,3	194 934	51,7
Verwitwet	14 856	1,7	3 728	0,8	11 128	2,9
Geschieden	24 225	2,9	11 758	2,5	12 467	3,3
Insgesamt	849 677	100	472 568	100	377 109	100

Tabelle 7

Ausländische Bevölkerung in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Religionszugehörigkeit und Geschlecht

Religionszugehörigkeit	Ausländer					
	zusammen		männlich		weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	% von Sp. 1	Anzahl	% von Sp. 1
	1	2	3	4	5	6
Römisch-katholische Kirche	346 803	40,8	190 683	55,0	156 120	45,0
Evangelische Kirche	29 717	3,5	13 662	46,0	16 055	54,0
Evangelische Freikirche	3 512	0,4	1 780	50,7	1 732	49,3
Jüdische Religionsgesellschaft	1 141	0,1	675	59,2	466	40,8
Islamische Religionsgemeinschaft	267 321	31,5	153 362	57,4	113 959	42,6
Andere Religionsgesellschaft	127 147	15,0	68 526	53,9	58 621	46,1
Keiner Religionsgesellschaft rechtlich zugehörig	49 780	5,9	29 340	58,9	20 440	41,1
Ohne Angabe	24 256	2,8	14 540	59,9	9 716	40,1
Insgesamt	849 677	100	472 568	55,6	377 109	44,4

Keiner Religionsgesellschaft rechtlich zugehörig sind 5,9% der Ausländer des Landes, keine Angaben zu dieser Frage machten 2,8%. Eine Aufschlüsselung der Religionszugehörigkeit nach der Staatsangehörigkeit ist zur Zeit noch nicht möglich, da hierzu bisher keine Daten vorliegen.

Die Anteile der Männer an den einzelnen Bekenntnisgruppen entsprechen in etwa dem Anteil der Männer unter den Ausländern insgesamt, sie liegen – mit zwei Ausnahmen – zwischen 53,9% und 59,2%. Diese Ausnahmen finden sich bei der evangelischen Kirche und bei den evangelischen Freikirchen. Während bei der letztgenannten die Männer mit 50,7% noch knapp die Mehrheit bilden, überwiegen bei der evangelischen Kirche unter den Ausländern die Frauen mit 54,0%.

Zusammenfassung

Am Stichtag der Volkszählung 1987 lebten in Baden-Württemberg 849 677 Ausländer. Dies entspricht einem Anteil von 9,1% an der Gesamtbevölkerung (Bundesdurchschnitt 6,8%). Bei der Volkszählung 1970 betrug der Ausländeranteil 7,2%. In den 17 Jahren von 1970 bis 1987 hat die Zahl der Ausländer um 208 000 oder 32,4% zugenommen. Damit hat Baden-Württemberg im Vergleich mit den anderen Bundesländern die weitaus geringste Steigerungsrate zu verzeichnen.

Unter regionalen Gesichtspunkten fällt die Konzentration der Ausländer in den industriellen Ballungsgebieten ins Auge. Fast die Hälfte der ausländischen Bevölkerung des Landes (46,1%) ist im Regierungsbezirk Stuttgart ansässig. Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung liegt in der Region Mittlerer Neckar mit 13,3% besonders hoch. Auch

die meisten Stadtkreise weisen eine relativ hohe Ausländerquote auf.

Ein gutes Drittel der Ausländer kommt aus EG-Staaten. Hier stellen die Italiener mit 19,1% der Ausländer die stärkste Gruppe. Die Türken mit einem Anteil von 28,9% und die Jugoslawen mit 19,3% – beide nicht zur EG gehörig – sind zahlenmäßig unter den Ausländern noch stärker vertreten. Die Anteile der einzelnen Nationalitäten differieren kleinräumig sehr stark.

Bei den Ausländern sind im Gegensatz zur deutschen Bevölkerung die Männer in der Mehrheit. 472 568 Männern (55,6%) stehen 377 109 Frauen (44,4%) gegenüber. Allerdings hat sich das Geschlechterverhältnis seit der Volkszählung 1970 angenähert.

74,7% der Ausländer befinden sich im erwerbsfähigen Alter von 15–65 Jahren. Der Anteil der Kinder unter 15 Jahren liegt bei 23,5%. Über 65 Jahre sind lediglich 1,8% der Ausländer, während dieser Wert bei der deutschen Bevölkerung bei 15,6% liegt. Der Altersaufbau der ausländischen Bevölkerung weicht von dem der deutschen Bevölkerung insgesamt deutlich ab. Mehr Kindern stehen bei den Ausländern erheblich weniger alte Menschen gegenüber.

Mehr als die Hälfte der Ausländer (52,1%) sind verheiratet, 43,3% sind ledig. Der Anteil der Verwitweten bzw. Geschiedenen liegt bei zusammen 4,6%. Hinsichtlich der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft gibt es unter den Ausländern zwei große Gruppen: 40,8% der Ausländer gehören der katholischen Kirche an, 31,5% der islamischen Religionsgemeinschaft. Die evangelische Kirche ist mit 3,5% nur schwach vertreten.

Dipl.-Verwaltungswissenschaftler Klaus Bronnenmayer

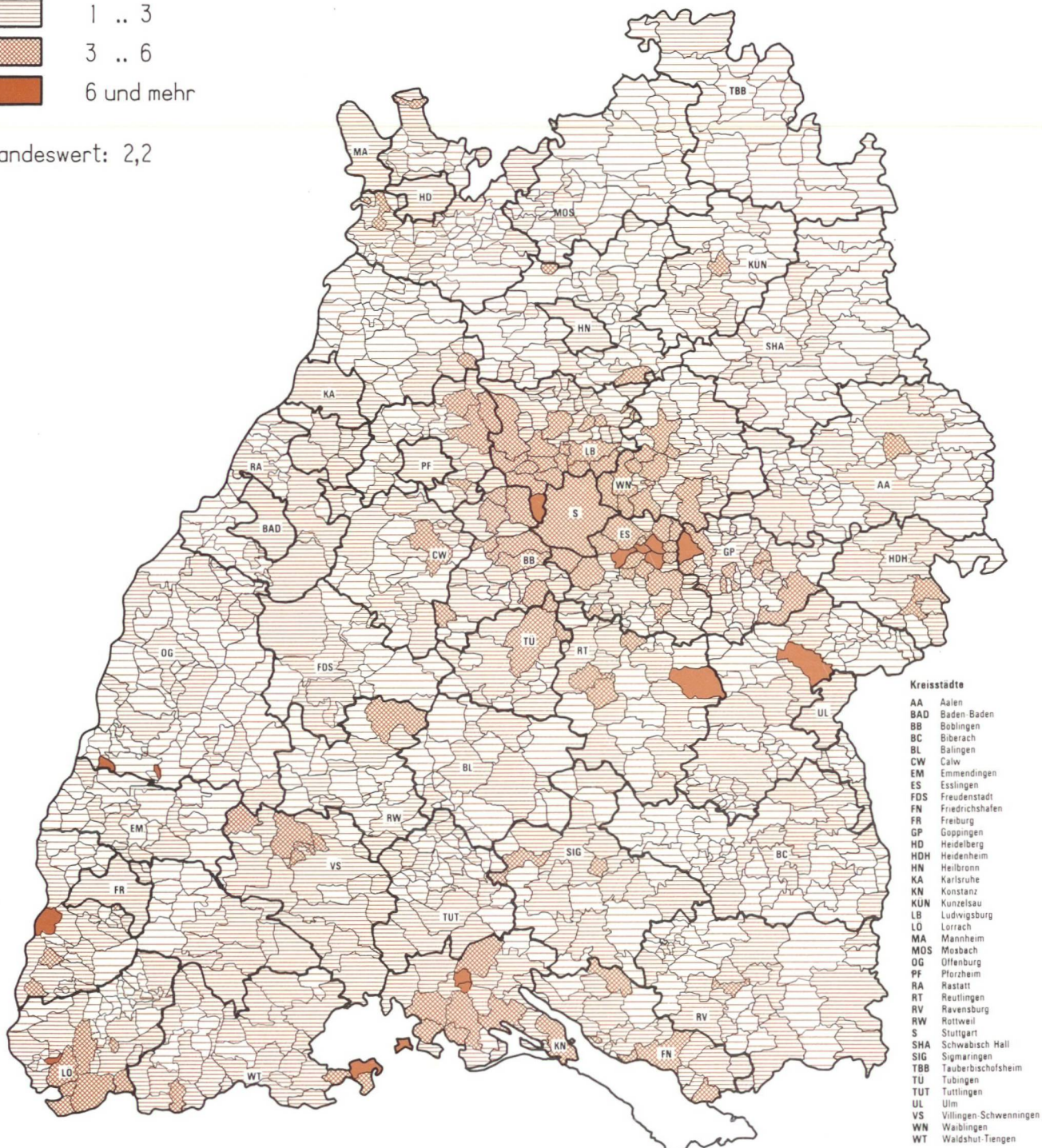
Ausländische Bevölkerung ^{*)} in den Gemeinden Baden-Württembergs am 6. Juni 1961 -Ergebnisse der Volks- und Berufszählung-

Anteil an der Bevölkerung insgesamt in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 2,2



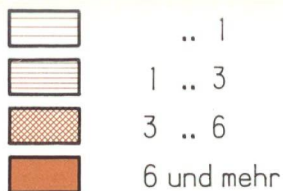
^{*)} Wohnbevölkerung

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

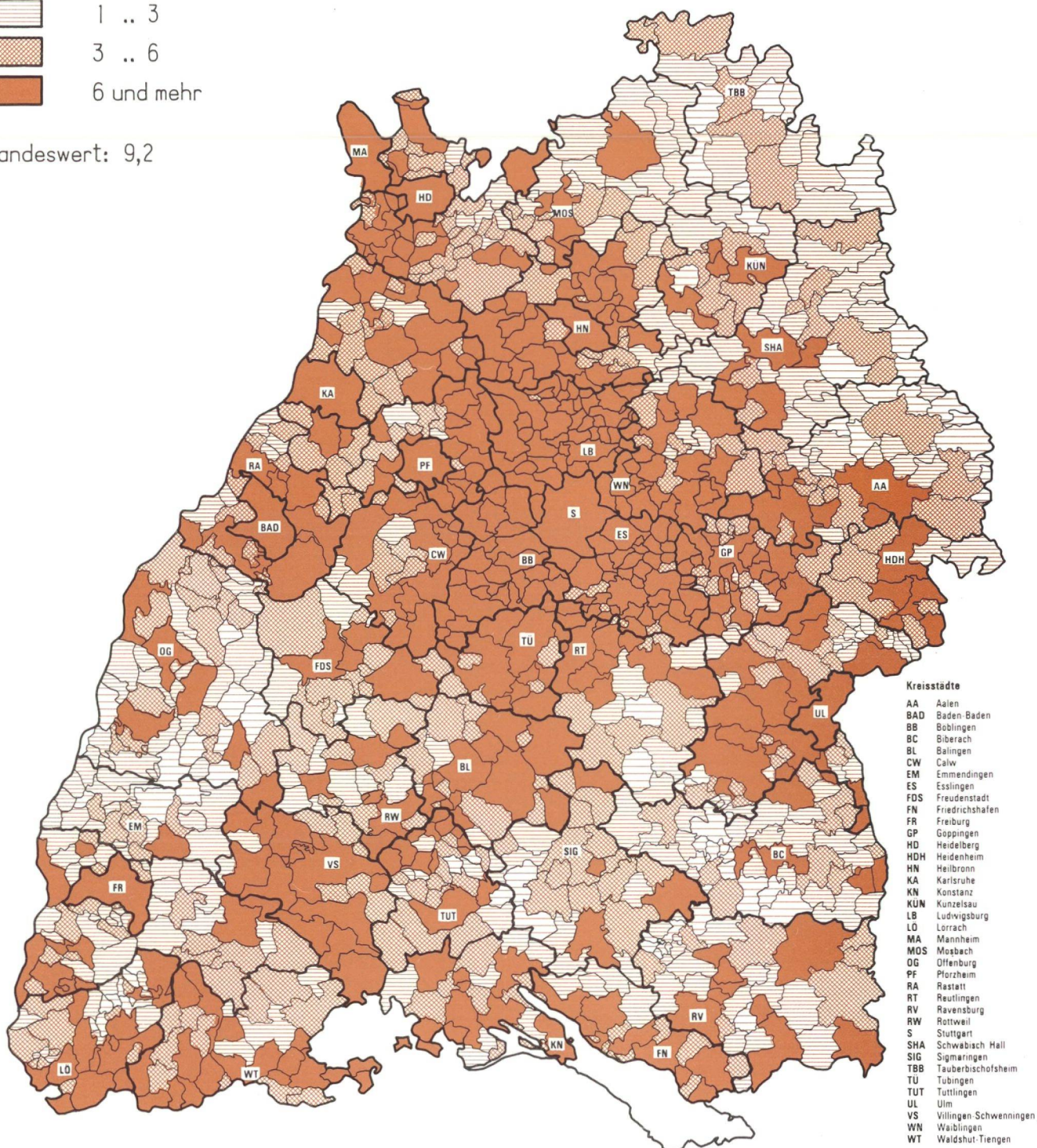
Ausländische Bevölkerung ^{*)} in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987 -Ergebnisse der Volks- und Berufszählung-

Anteil an der Bevölkerung insgesamt in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 9,2



^{*)} am Ort der Hauptwohnung

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

Volkszählung 1987 – Bevölkerung nach dem Schul- und Hochschulabschluß

In Ergänzung der laufenden Schul- und Hochschulstatistiken über die in Ausbildung stehenden Personen, die Schulabgänger und die Absolventen der Hochschulen wurde bei der Volkszählung 1987 nach 17 Jahren wieder eine Bestandsaufnahme der *Qualifikationsstruktur der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter* in der Bundesrepublik Deutschland gemacht. Alle Personen von 15 bis unter 65 Jahren wurden nach ihrem höchsten allgemeinen Schulabschluß und dem höchsten Abschluß an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule befragt. Daneben war auch die Hauptfachrichtung des beruflichen Schulabschlusses sowie eine eventuelle praktische Berufsausbildung anzugeben. Der vorliegende Aufsatz beschränkt sich in der Ergebnisdarstellung auf die beiden erstgenannten Punkte. Eine Aufgliederung der beruflichen Schulabschlüsse nach Fachrichtungen sowie die Präsentation von Ergebnissen zur Frage der praktischen Berufsausbildung bleibt einer weiteren Untersuchung vorbehalten.

Zwei Fragen zum allgemeinen bzw. berufsbildenden Schulabschluß

Bei der Volkszählung 1987 wurden – im Gegensatz zur Volkszählung 1970 – der höchste allgemeine Schulabschluß und der höchste Abschluß an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule jeweils in getrennten Fragen ermittelt (*Abbildung*).

Dabei war die Frage nach dem höchsten allgemeinen Schulabschluß nur von den Personen zwischen 15 und 65

Jahren zu beantworten, die am Zählungstichtag, dem 25. Mai 1987, keine allgemeinbildende Schule mehr besuchten. Schüler hatten diese Frage also nicht auszufüllen. Für alle anderen Personen waren drei Antwortkategorien vorgegeben: Volksschule/Hauptschule (wobei hier auch die Personen nachgewiesen sind, die eine Sonderschule besucht haben, sowie Personen, die eine Realschule oder ein Gymnasium vor Erreichen der Mittleren Reife verlassen haben), Realschule oder gleichwertiger Abschluß (als gleichwertig gilt zum Beispiel das Versetzungszeugnis in die 11. Klasse eines Gymnasiums oder das Abschlußzeugnis einer Berufsaufbauschule oder Berufsfachschule, das die sogenannte Fachschulreife bescheinigt) sowie Hochschulreife (Abitur) bzw. Fachhochschulreife. Schulabschlüsse, die an Einrichtungen des zweiten Bildungsweges erworben wurden (zum Beispiel Abendgymnasium, Kolleg), waren entsprechend zuzuordnen.

Bei der Frage nach dem höchsten Abschluß an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule wurden vier Kategorien unterschieden: Berufsfachschule, Fachschule, Fachhochschule und Hochschule.

Berufsfachschulen sind berufsvorbereitende oder berufsausbildende Vollzeitschulen. Zu ihnen gehören unter anderem Handelsschulen, höhere Handelsschulen, Verwaltungsschulen, Sprachen- und Dolmetscherschulen, Haushaltsschulen, Schulen für Kinderpflegerinnen und Arzthelferinnen, Kunst- und Schauspielschulen. Berufsschulen, die als Teilzeitschulen während der praktischen Berufsausbildung zu besuchen sind, zählen nicht hierzu. An ihnen kann kein berufsbildender Abschluß erworben werden.

Fachschulen sind Voll- oder Teilzeitschulen, die der beruflichen Weiterbildung und Ausbildung für höher qualifizierte Berufe dienen. Zu ihnen gehören unter anderem Landwirtschaftsschulen, Techniker- und Meisterschulen.

Fachhochschulen sind größtenteils aus den früheren Ingenieurschulen und höheren Fachschulen hervorgegangen. Ihr Besuch setzt die Fachhochschulreife voraus. Zu den Fachhochschulen zählen auch die Verwaltungsfachhochschulen, an denen Nachwuchskräfte für den gehobenen nichttechnischen Dienst des Bundes und der Länder ausgebildet werden.

Absolventen der Berufsakademien in Baden-Württemberg hatten ebenfalls „Fachhochschulabschluß“ zu kennzeichnen. Berufsakademien sind Einrichtungen des tertiären Bildungsbereichs, die eine wissenschaftsbezogene und zugleich praxisorientierte berufliche Bildung vermitteln. Zum Besuch einer Berufsakademie ist allerdings Abitur Voraussetzung.

Zu den Hochschulen rechnen unter anderem Universitäten, Technische Hochschulen, Gesamthochschulen mit ihren wissenschaftlichen Studiengängen, Kunst- und Sporthochschulen sowie theologische und pädagogische Hochschulen. Absolventen der früheren Lehrerseminare und Lehrerbildungsanstalten hatten ebenfalls Hochschulabschluß anzugeben.

Abbildung

Volkszählung 1987

Ausriß aus Personenbogen

FÜR PERSONEN VON 15 BIS 65 JAHRE

Falls Sie einen Abschluß an einer allgemeinbildenden bzw. berufsbildenden Schule/Hochschule haben:

9 Welchen höchsten allgemeinen Schulabschluß haben Sie?

Volksschule, Hauptschule < >
 Realschule/gleichwertiger Abschluß (z. B. Mittlere Reife) < >
 Hochschulreife (Abitur), Fachhochschulreife < >

10 a) Welchen höchsten Abschluß an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule haben Sie?

Berufsfachschule (ohne Berufsschule) < >
 Fachschule < >
 Fachhochschule (Ing.-Schule, höhere Fachschule) < >
 Hochschule (einschließlich Lehrerbildung) < >

b) Welche Hauptfachrichtung hat dieser Abschluß?

Ein Vergleich der Ergebnisse der Volkszählungen von 1970 und 1987 hinsichtlich der schulischen Ausbildung ist aus erhebungs- und aufbereitungstechnischen Gründen nur sehr eingeschränkt möglich. Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse wird insbesondere dadurch beeinträchtigt, daß anders als 1987 bei der Volkszählung 1970 der Kreis der befragten Personen weiter gefaßt war. Während damals die gesamte Bevölkerung bei der Frage nach der Schulausbildung auskunftspflichtig war, wurde für die Zählung 1987 zur Entlastung der Auskunftspflichtigen eine Bestimmung in das Volkszählungsgesetz aufgenommen, die die Befragung auf Personen zwischen 15 und 65 Jahren begrenzte. Zudem wurde bei der Volkszählung 1970 nur eine einzige Frage nach dem Schulabschluß gestellt, der allgemeine und der berufsbildende Abschluß mithin nicht getrennt erfaßt und ausgewertet. Aus diesen Gründen wird im folgenden versucht, Veränderungen im Ausbildungsniveau der Bevölkerung durch eine altersspezifische Betrachtung darzustellen.

Starker Bedeutungsverlust des Hauptschulabschlusses

Am 25. Mai 1987 betrug die Zahl der Personen, die in Baden-Württemberg ihre Hauptwohnung hatten (Bevölkerung

am Ort der Hauptwohnung), knapp 9,3 Mill. Davon waren 6 529 618 Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Von diesen wiederum besaßen 6 286 914 oder 96,3% bereits einen allgemeinen Schulabschluß, während 242 704 oder 3,7% noch die Schule besuchten. Von allen Personen im genannten Alter hatten 60,6% einen Hauptschulabschluß, 20,2% die Mittlere Reife und 15,5% Fachhochschulreife oder Abitur (Tabelle 1).

Differenziert man allerdings nach Altersgruppen und Geschlecht, zeigen sich zum Teil erhebliche Unterschiede in den prozentualen Anteilen. So hat sich in der Vergangenheit das Niveau der schulischen Ausbildung der Bevölkerung nahezu kontinuierlich erhöht (Schaubild 1). Läßt man die Altersgruppe der 15 bis 20jährigen außer acht, von denen sich noch ein gutes Drittel in Schulausbildung befindet, nimmt der Anteil der Personen mit Hauptschulabschluß, beginnend bei der Altersgruppe von 50 bis 55 Jahren, immer mehr ab. Während bei den Personen über 50 Jahre ihr Anteil ca. 80% beträgt, weisen die Jahrgänge zwischen 20 und 25 Jahren nur noch gut die Hälfte davon auf, nämlich 41,4%. Entsprechend können immer mehr der Jüngeren einen Realschulabschluß oder die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife vorweisen. Bei den 20 bis 25jährigen betragen die Anteile bereits 31,9% bzw. 26,0%. Sie haben sich also in 30 Jahren, zieht man die Gruppe der 50 bis

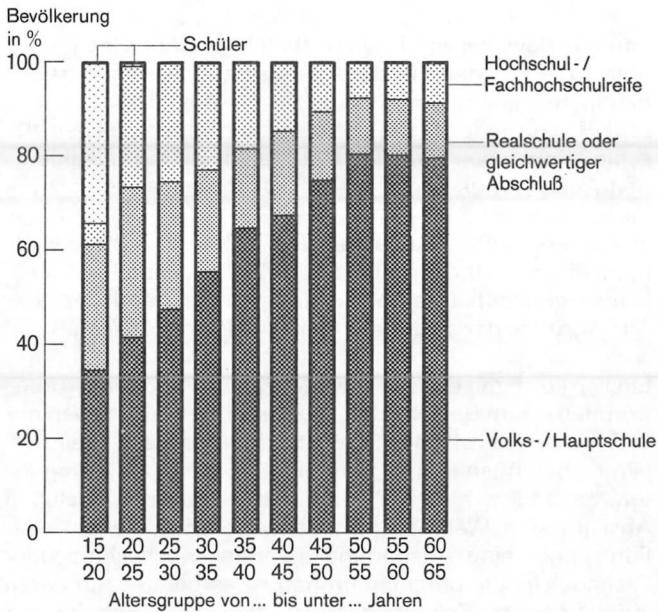
Tabelle 1

Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Altersgruppen und höchstem allgemeinen Schulabschluß

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt	Davon									
		Schüler		mit höchstem allgemeinen Schulabschluß							
				zusammen		Volks-/Hauptschule		Realschule oder gleichwertiger Abschluß		Hochschul-/ Fachhochschulreife	
		Anzahl	% v. Sp. 1	Anzahl	% v. Sp. 1	Anzahl	% v. Sp. 1	Anzahl	% v. Sp. 1	Anzahl	% v. Sp. 1
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Männer											
15-20	350 943	121 434	34,6	229 509	65,4	135 913	38,7	79 672	22,7	13 924	4,0
20-25	435 654	3 564	0,8	432 090	99,2	205 406	47,1	109 986	25,2	116 698	26,8
25-30	400 113	—	—	400 113	100	201 189	50,3	85 270	21,3	113 654	28,4
30-35	339 381	—	—	339 381	100	185 853	54,8	59 625	17,6	93 903	27,6
35-40	322 580	—	—	322 580	100	199 621	61,9	48 105	14,9	74 854	23,2
40-45	290 905	—	—	290 905	100	191 252	65,7	44 849	15,4	54 804	18,9
45-50	379 137	—	—	379 137	100	278 654	73,5	47 933	12,6	52 550	13,9
50-55	313 454	—	—	313 454	100	247 176	78,9	33 408	10,7	32 870	10,4
55-60	266 476	—	—	266 476	100	207 478	77,9	30 622	11,5	28 376	10,6
60-65	198 803	—	—	198 803	100	151 499	76,2	22 315	11,2	24 989	12,6
Zusammen	3 297 446	124 998	3,8	3 172 448	96,2	2 004 041	60,8	561 785	17,0	606 622	18,4
Frauen											
15-20	334 243	115 267	34,5	218 976	65,5	99 464	29,8	104 054	31,1	15 458	4,6
20-25	410 003	2 439	0,6	407 564	99,4	144 695	35,3	159 812	39,0	103 057	25,1
25-30	377 287	—	—	377 287	100	167 518	44,4	125 083	33,2	84 686	22,4
30-35	328 813	—	—	328 813	100	184 300	56,1	83 115	25,3	61 398	18,6
35-40	312 514	—	—	312 514	100	209 943	67,2	60 013	19,2	42 558	13,6
40-45	273 471	—	—	273 471	100	188 211	68,8	55 859	20,4	29 401	10,8
45-50	359 635	—	—	359 635	100	272 868	75,9	60 888	16,9	25 879	7,2
50-55	296 707	—	—	296 707	100	242 907	81,9	38 981	13,1	14 819	5,0
55-60	266 076	—	—	266 076	100	219 562	82,5	33 050	12,4	13 464	5,1
60-65	273 423	—	—	273 423	100	223 809	81,9	33 778	12,3	15 836	5,8
Zusammen	3 232 172	117 706	3,6	3 114 466	96,4	1 953 277	60,4	754 633	23,3	406 556	12,6
Insgesamt											
15-20	685 186	236 701	34,5	448 485	65,5	235 377	34,4	183 726	26,8	29 382	4,3
20-25	845 657	6 003	0,7	839 654	99,3	350 101	41,4	269 798	31,9	219 755	26,0
25-30	777 400	—	—	777 400	100	368 707	47,4	210 353	27,1	198 340	25,5
30-35	668 194	—	—	668 194	100	370 153	55,4	142 740	21,4	155 301	23,2
35-40	635 094	—	—	635 094	100	409 564	64,5	108 118	17,0	117 412	18,5
40-45	564 376	—	—	564 376	100	379 463	67,3	100 708	17,8	84 205	14,9
45-50	738 772	—	—	738 772	100	551 522	74,7	108 821	14,7	78 429	10,6
50-55	610 161	—	—	610 161	100	490 083	80,3	72 389	11,9	47 689	7,8
55-60	532 552	—	—	532 552	100	427 040	80,2	63 672	11,9	41 840	7,9
60-65	472 226	—	—	472 226	100	375 308	79,5	56 093	11,9	40 825	8,6
Zusammen	6 529 618	242 704	3,7	6 286 914	96,3	3 957 318	60,6	1 316 418	20,2	1 013 178	15,5

Schaubild 1

Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Baden-Württemberg 1987 nach höchstem allgemeinen Schulabschluß
Volkszählungsergebnisse



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

178 90

55jährigen mit 11,9% bzw. 7,8% als Vergleichsgröße heran, in etwa verdreifacht. In dieser Entwicklung dürften sich zum einen die gestiegenen schulischen Eingangsvoraussetzungen für eine Vielzahl von Berufen widerspiegeln als auch die vor allem in den 60er Jahren ergriffenen Maßnahmen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Bildungssystems.

Junge Frauen haben bessere Schulbildung als gleichaltrige Männer

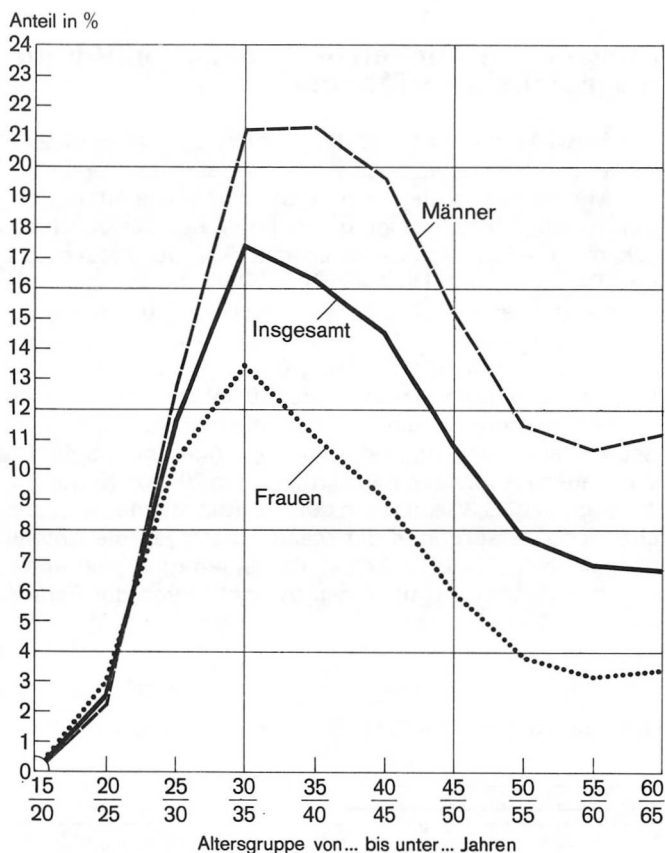
Die Entwicklung hin zu qualifizierteren Schulabschlüssen verlief bei den Frauen noch wesentlich stürmischer als bei den Männern. Zwar liegen die Männer über alle Altersgruppen hinweg etwas besser, da bei ihnen bei nahezu identischem Anteil an Hauptschulabschlüssen der Prozentsatz der Personen mit Hochschul- bzw. Fachhochschulreife (18,4%) größer ist als bei den Frauen (12,6%), bei denen traditionell der mittlere Bildungsabschluß (23,3% gegenüber 17,0% bei den Männern) eine größere Rolle spielt. Vor allem aber die jungen Frauen unter 30 Jahren besitzen eine deutlich bessere Schulbildung als die gleichaltrigen Männer. In der Altersgruppe der 25-30jährigen haben 44,4% der Frauen Hauptschulabschluß, bei den 20-25jährigen sogar nur noch 35,3%, also ein gutes Drittel. Bei den entsprechenden Altersgruppen der Männer betragen die Anteile aber noch 50,3% bzw. 47,1%. Von ihnen ging also annähernd jeder Zweite mit diesem Abschluß von der Schule

Tabelle 2

Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Altersgruppen und höchstem berufsbildenden Schul- bzw. Hochschulabschluß

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt	Darunter mit höchstem berufsbildenden Abschluß										
		zusammen			Berufsfachschule		Fachschule		Fachhochschule		Hochschule	
		Anzahl	Anzahl	% v. Sp. 1	Anzahl	% v. Sp. 1	Anzahl	% v. Sp. 1	Anzahl	% v. Sp. 1	Anzahl	% v. Sp. 1
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Männer												
15-20	350 943	17 564	5,0	13 357	3,8	4 207	1,2	—	0,0	—	0,0	
20-25	435 654	62 414	14,3	31 137	7,2	21 582	5,0	5 848	1,3	3 847	0,9	
25-30	400 113	144 666	28,7	28 785	7,2	34 493	8,6	26 134	6,5	25 254	6,3	
30-35	339 381	127 486	37,6	21 874	6,5	33 374	9,8	30 350	8,9	41 888	12,3	
35-40	322 580	124 531	38,6	21 423	6,6	34 522	10,7	25 803	8,0	42 783	13,3	
40-45	290 905	107 063	36,8	19 788	6,8	30 353	10,4	23 473	8,1	33 449	11,5	
45-50	379 137	124 181	32,8	27 786	7,3	38 645	10,2	26 218	6,9	31 532	8,3	
50-55	313 454	84 864	27,1	22 097	7,1	26 779	8,5	16 968	5,4	19 020	6,1	
55-60	266 476	63 098	23,7	16 477	6,2	18 367	6,9	12 656	4,8	15 598	5,9	
60-65	198 803	45 209	22,7	11 349	5,7	11 627	5,9	9 876	5,0	12 357	6,2	
Zusammen	3 297 446	871 076	26,4	214 073	6,5	253 949	7,7	177 326	5,4	225 728	6,9	
Frauen												
15-20	334 243	20 997	6,3	15 269	4,6	5 728	1,7	—	0,0	—	0,0	
20-25	410 003	86 362	21,1	42 300	10,3	32 124	7,8	6 752	1,7	5 186	1,3	
25-30	377 287	115 004	30,5	40 965	10,9	35 166	9,3	14 577	3,9	24 296	6,4	
30-35	328 813	102 129	31,1	29 794	9,1	28 425	8,6	11 028	3,4	32 882	10,0	
35-40	312 514	86 174	27,6	27 848	8,9	23 654	7,6	6 696	2,1	27 976	9,0	
40-45	273 471	69 232	25,3	24 908	9,1	19 774	7,2	5 142	1,9	19 408	7,1	
45-50	359 635	75 116	20,9	31 048	8,6	22 738	6,3	5 174	1,4	16 156	4,5	
50-55	296 707	44 411	15,0	18 689	6,3	14 256	4,8	3 090	1,0	8 376	2,8	
55-60	266 076	29 813	11,2	11 430	4,3	9 910	3,7	2 253	0,9	6 220	2,3	
60-65	273 423	32 142	11,8	12 945	4,7	10 026	3,7	2 336	0,9	6 835	2,5	
Zusammen	3 232 172	661 380	20,5	255 196	7,9	201 801	6,2	57 048	1,8	147 335	4,6	
Insgesamt												
15-20	685 186	38 561	5,6	28 626	4,2	9 935	1,5	—	0,0	—	0,0	
20-25	845 657	148 776	17,6	73 437	8,7	53 706	6,4	12 600	1,5	9 033	1,1	
25-30	777 400	229 670	29,5	69 750	9,0	69 659	9,0	40 711	5,2	49 550	6,4	
30-35	668 194	229 615	34,4	51 668	7,7	61 799	9,3	41 378	6,2	74 770	11,2	
35-40	635 094	210 705	33,2	49 271	7,8	58 176	9,2	32 499	5,1	70 759	11,1	
40-45	564 376	176 295	31,2	44 696	7,9	50 127	8,9	28 615	5,1	52 857	9,4	
45-50	738 772	199 297	27,0	58 834	8,0	61 383	8,3	31 392	4,3	47 688	6,5	
50-55	610 161	129 275	21,2	40 786	6,7	41 035	6,7	20 058	3,3	27 396	4,5	
55-60	532 552	92 911	17,5	27 907	5,2	28 277	5,3	14 909	2,8	21 818	4,1	
60-65	472 226	77 351	16,4	24 294	5,1	21 653	4,6	12 212	2,6	19 192	4,1	
Zusammen	6 529 618	1 532 456	23,5	469 269	7,2	455 750	7,0	234 374	3,6	373 063	5,7	

**Altersstruktur der Bevölkerung
von 15 bis unter 65 Jahren
mit Hochschul- bzw. Fachhochschulabschluß
in Baden-Württemberg 1987**
Volkszählungsergebnisse



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

176 90

ab. Auch der Prozentsatz der Absolventen mit Realschulabschluß liegt bei den Frauen zwischen 20 und 25 Jahren mit 39,0% deutlich über dem der Männer mit 25,2%. Nur die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife wird in dieser Altersgruppe noch von mehr Männern (26,8%) als Frauen (25,1%) erworben.

Wie enorm die Verschiebungen im schulischen Ausbildungsniveau waren, gerade auch bei den Frauen, soll der folgende Vergleich über einen Zeitraum von 30 Jahren verdeutlichen: Die bei der Volkszählung 50–55jährigen Frauen, also die Geburtsjahrgänge 1932 bis 1937, hatten zu 81,9% Volks- bzw. Hauptschulabschluß, zu 13,1% Real- schulabschluß und zu nur 5,0% Fachhochschulreife oder Abitur. Bei den 20–25jährigen, in den Jahren 1962 bis 1967 geborenen Frauen sieht das Bild folgendermaßen aus: Nur noch 35,3% geben den Hauptschulabschluß als höchsten Schulabschluß an, aber dreimal so viel wie bei den älteren (39,0%) die Mittlere Reife und fünfmal soviel (25,1%) die Hochschul- oder Fachhochschulreife.

Auch bei der beruflichen Ausbildung deutliche Zunahme höherer Abschlüsse

Auch im Hinblick auf die berufliche Ausbildung lassen die Ergebnisse der Volkszählung 1987 eine deutliche Zunahme

bei den höheren Abschlüssen erkennen. Die Entwicklung hat sich also auch hier dem Arbeitsmarkt angepaßt, auf dem zunehmend Personen mit hoher beruflicher Qualifikation nachgefragt werden, während für Personen ohne berufliche Ausbildung immer weniger Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.¹

Von der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter insgesamt haben die Personen in der Altersgruppe 30–35 Jahre am häufigsten einen beruflichen Schul- oder Hochschulabschluß: Gut jeder Dritte (34,4%) kann einen solchen Abschluß vorweisen (Tabelle 2). Aufgeteilt auf die verschiedenen Ausbildungsgänge ergibt sich folgendes Bild: 7,7% dieser Altersgruppe haben eine Berufsfachschule abgeschlossen, 9,3% eine Fachschule, während 6,2% das Diplom einer Fachhochschule und 11,2% das einer Hochschule erlangt haben. Das Hochschuldiplom ist damit in dieser Altersgruppe der am häufigsten angestrebte Abschluß.

Ein Vergleich mit den Absolventenzahlen in höheren Altersgruppen – zum Beispiel den 55–60jährigen, von denen nur 17,5% einen beruflichen Schulabschluß besitzen – zeigt bei sämtlichen Ausbildungsgängen erhebliche Steigerungsraten, besonders aber bei den Personen mit den höchsten Abschlüssen: Während von den Älteren nur etwa jeder Fünfte eine Ausbildung an einer Hochschule oder Fachhochschule durchlaufen hat, ist es bei den Jüngeren jeder Sechste (Schaubild 2). Ob sich diese Entwicklung auch bei den unter 30jährigen fortsetzt, kann anhand der vorliegenden Ergebnisse nicht beantwortet werden, da in diesem Alter die berufliche Ausbildung oft noch nicht abgeschlossen ist. Angesichts der weiter steigenden Studentenzahlen ist dies allerdings zu vermuten.

Jede zehnte Frau zwischen 30 und 35 Jahren hat Hochschuldiplom

Während bei der schulischen Ausbildung jüngere Frauen ihre männlichen Altersgenossen im Qualifikationsniveau überholt haben, liegen sie bei der beruflichen Ausbildung noch hinter ihnen zurück. Allerdings ist der Rückstand in der Vergangenheit kontinuierlich geschmolzen. Bei den über 60jährigen haben nur etwa halb so viel Frauen einen berufsbildenden Schulabschluß wie bei den Männern (11,8% gegenüber 22,7%), bei den 30–35jährigen beträgt der Unterschied lediglich noch einige Prozentpunkte (31,1% bei den Frauen gegenüber 37,6% bei den Männern). Hier zeigt sich ein deutlich geändertes Rollenverständnis der Frau in der Gesellschaft.

Die Bedeutung der einzelnen Abschlüsse, also ihre prozentuale Häufigkeit, ist bei den beiden Geschlechtern teilweise verschieden. Bei den 30–35jährigen, also der Altersgruppe, die die heutigen Verhältnisse wohl am besten abbildet, stellen die Hochschulabsolventen bei den Männern und den Frauen mit 12,3% bzw. 10,0% die größte Gruppe unter allen Absolventen mit berufsbildendem Abschluß. Damit haben heute, im Vergleich zur Altersgruppe der 60–65jährigen, viermal so viele Frauen ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Bei den Männern sind es dagegen nur doppelt so viele wie dreißig Jahre zuvor.

¹ Vgl. zu diesen Zusammenhängen z.B. Frank, Eberhard: Ausbildung und Erwerbsbeteiligung, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/1977.

Tabelle 3

Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987 nach höchstem allgemeinen und berufsbildenden Schulabschluß

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Bevölkerung insgesamt	Und zwar mit höchstem								
		allgemeinen Schulabschluß					berufsbildenden Abschluß			
		zusammen	Volks-/ Haupt- schule	Realschule od. gleich- wertiger Abschluß	Hochschul-/ Fachhoch- schulreife	zusammen	Berufsfach-/ Fachschule	Hochschule/ Fachhoch- schule		
Anzahl		% von Spalte 1				Anzahl	% von Spalte 1			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Stadtkreis										
Stuttgart, Landeshauptstadt	391 799	378 137	96,5	51,5	22,9	22,6	109 877	28,0	14,8	13,3
Landkreise										
Böblingen	228 597	219 188	95,9	57,4	21,9	16,7	57 736	25,3	14,3	11,0
Esslingen	330 316	317 627	96,2	56,7	23,3	16,1	84 784	25,7	15,4	10,2
Göppingen	158 820	152 629	96,1	63,1	20,9	12,2	35 653	22,5	14,7	7,8
Ludwigsburg	318 476	306 012	96,1	58,7	22,6	14,9	77 171	24,2	14,4	9,9
Rems-Murr-Kreis	257 037	246 542	95,9	58,8	23,1	14,0	61 938	24,1	14,9	9,2
Region Mittlerer Neckar	1 685 045	1 620 135	96,2	56,8	22,6	16,8	427 159	25,4	14,8	10,6
Stadtkreis										
Heilbronn	77 266	74 383	96,3	60,7	21,0	14,6	13 870	18,0	9,7	8,2
Landkreise										
Heilbronn	176 607	169 840	96,2	65,9	19,5	10,9	37 325	21,1	14,0	7,1
Hohenlohekreis	59 236	56 938	96,1	68,1	18,4	9,6	12 842	21,7	15,5	6,2
Schwäbisch Hall	104 297	100 580	96,4	66,2	19,6	10,7	22 354	21,4	14,7	6,8
Main-Tauber-Kreis	81 995	78 695	96,0	66,1	20,2	9,7	16 540	20,2	14,2	6,0
Region Franken	499 401	480 436	96,2	65,4	19,7	11,1	102 931	20,6	13,7	6,9
Landkreise										
Heidenheim	85 941	82 159	95,6	66,0	18,4	11,1	16 776	19,5	12,3	7,3
Ostalbkreis	191 159	183 372	95,9	64,7	19,7	11,6	39 077	20,4	13,1	7,3
Region Ostwürttemberg	277 100	265 531	95,8	65,1	19,3	11,4	55 853	20,2	12,9	7,3
Regierungsbezirk Stuttgart	2 461 546	2 366 102	96,1	59,5	21,7	15,0	585 943	23,8	14,3	9,5
Stadtkreise										
Baden-Baden	33 498	32 278	96,4	53,5	22,8	20,1	9 357	27,9	16,6	11,4
Karlsruhe	184 697	178 446	96,6	53,2	19,1	24,3	43 575	23,6	10,6	13,0
Landkreise										
Karlsruhe	261 523	252 764	96,7	65,2	18,3	13,2	55 859	21,4	12,9	8,4
Rastatt	138 085	133 556	96,7	67,9	17,9	10,9	28 079	20,3	13,7	6,6
Region Mittlerer Neckar	617 803	597 044	96,6	61,6	18,7	16,3	136 870	22,2	12,6	9,5
Stadtkreise										
Heidelberg	93 018	90 113	96,9	38,1	17,3	41,5	30 739	33,1	12,9	20,2
Mannheim	211 211	204 600	96,9	61,7	17,5	17,6	44 176	20,9	12,0	8,9
Landkreise										
Neckar-Odenwald-Kreis	90 829	87 243	96,1	68,7	17,6	9,8	18 334	20,2	14,2	6,0
Rhein-Neckar-Kreis	333 858	321 249	96,2	59,3	19,9	17,1	80 712	24,2	13,7	10,5
Region Unterer Neckar	728 916	703 205	96,5	58,5	18,6	19,4	173 961	23,9	13,2	10,7
Stadtkreis										
Pforzheim	74 494	71 548	96,1	61,9	18,5	15,7	14 473	19,4	11,4	8,0
Landkreis										
Calw	91 417	88 026	96,3	65,2	19,3	11,8	19 792	21,7	14,1	7,5
Enzkreis	116 379	112 174	96,4	65,9	18,8	11,7	24 610	21,2	13,6	7,6
Freudenstadt	69 410	66 969	96,5	65,8	20,3	10,4	15 099	21,8	15,1	6,6
Region Nordschwarzwald	351 700	338 717	96,3	64,8	19,1	12,3	73 974	21,0	13,6	7,5
Regierungsbezirk Karlsruhe	1 698 419	1 638 966	96,5	60,9	18,7	16,8	384 805	22,7	13,0	9,6
Stadtkreis										
Freiburg im Breisgau	128 443	124 390	96,8	41,0	19,7	36,1	40 518	31,6	14,4	17,2
Landkreise										
Breisgau-Hochschwarzwald	141 927	136 368	96,1	58,0	21,4	16,7	38 746	27,3	16,9	10,5
Emmendingen	92 652	89 286	96,4	64,0	19,8	12,5	21 384	23,1	15,5	7,6
Ortenaukreis	246 807	238 253	96,5	67,5	18,5	10,6	52 359	21,2	15,0	6,2
Region Südlicher Oberrhein	609 829	588 297	96,5	59,2	19,6	17,7	153 007	25,1	15,4	9,7
Landkreise										
Rottweil	86 245	82 948	96,2	68,4	17,6	10,2	18 937	22,0	15,3	6,6
Schwarzwald-Baar-Kreis	134 318	128 977	96,0	64,9	19,5	11,6	26 881	20,0	12,7	7,3
Tuttlingen	77 840	74 976	96,3	67,8	18,6	9,9	15 690	20,2	14,0	6,2
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	298 403	286 901	96,2	66,7	18,7	10,8	61 508	20,6	13,8	6,8
Landkreise										
Konstanz	163 914	158 352	96,6	57,3	21,1	18,2	41 368	25,2	15,0	10,2
Lörrach	134 230	129 722	96,6	66,1	19,4	11,1	29 981	22,3	15,0	7,4
Waldshut	99 579	96 055	96,5	67,1	19,1	10,3	21 676	21,8	14,8	7,0
Region Hochrhein-Bodensee	397 723	384 129	96,6	62,7	20,1	13,8	93 025	23,4	15,0	8,4
Regierungsbezirk Freiburg	1 305 955	1 259 327	96,4	62,0	19,5	14,9	307 540	23,6	14,9	8,7
Landkreise										
Reutlingen	171 195	164 871	96,3	60,1	20,8	15,4	40 734	23,8	14,5	9,3
Tübingen	126 487	121 993	96,5	48,4	18,5	29,6	36 715	29,0	13,0	16,0
Zollernalbkreis	120 052	116 079	96,7	68,1	18,7	9,9	22 148	18,5	12,4	6,1
Region Neckar-Alb	417 734	402 943	96,5	58,9	19,5	18,2	99 597	23,8	13,5	10,4
Stadtkreis										
Ulm	71 776	68 665	95,7	53,7	21,6	20,4	16 469	22,9	11,5	11,4
Landkreise										
Alb-Donau-Kreis	110 787	106 275	95,9	66,7	18,6	10,6	23 853	21,5	14,5	7,1
Biberach	105 134	100 777	95,9	66,1	18,8	10,9	22 922	21,8	14,8	7,0
Region Donau-Iller	287 697	275 717	95,8	63,3	19,4	13,2	63 243	22,0	13,9	8,1
Landkreise										
Bodenseekreis	119 039	114 518	96,2	58,3	21,9	16,0	33 663	28,3	17,3	11,0
Ravensburg	160 360	153 719	95,9	62,4	20,1	13,4	40 853	25,5	17,3	8,2
Sigmaringen	78 868	75 622	95,9	66,1	18,4	11,3	16 812	21,3	15,0	6,4
Region Bodensee-Oberschwaben	358 267	343 859	96,0	61,9	20,3	13,8	91 328	25,5	16,8	8,7
Regierungsbezirk Tübingen	1 063 398	1 022 519	96,1	61,1	19,7	15,3	254 168	23,9	14,7	9,2
Baden-Württemberg	6 529 618	6 288 914	96,3	60,6	20,2	15,5	1 532 456	23,5	14,2	9,3

An zweiter Stelle folgen bei den Männern die Fachschulabsolventen (9,8%), vor den Fachhochschülern (8,9%) und den Berufsfachschülern (6,5%). Bei den Frauen bilden die Absolventinnen der Berufsfachschulen mit 9,1% die zweitgrößte Gruppe, gefolgt von den Frauen mit Fachschul- (8,6%) bzw. Fachhochschulabschluß (3,4%). Bei diesen Werten ist vor allem auffällig, daß der Abschluß an einer Berufsfachschule der einzige ist, der prozentual gesehen von mehr Frauen als Männern angestrebt wird. Dies dürfte vor allem im Bildungsangebot dieser Schulen begründet sein, das zum Teil auf traditionelle Frauenberufe ausgerichtet ist. Ähnlich ist es, allerdings in umgekehrter Richtung, bei den Fachhochschulen: Durch ihre oft technische Ausrichtung sprechen sie (immer noch) mehr das männliche Geschlecht an.

Ausbildungsstand der Bevölkerung regional unterschiedlich

Betrachtet man den Ausbildungsstand der Bevölkerung unter regionalen Aspekten, fallen, besonders was den allgemeinen Schulabschluß betrifft, sehr große Differenzen ins Auge (*Tabelle 3*). So schwankt zum Beispiel der Prozentsatz der Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren mit Fachhochschul- oder Hochschulreife an der entsprechenden Gesamtbevölkerung auf Kreisebene zwischen 41,5% (Stadtkreis Heidelberg) und 9,6% (Hohenlohekreis), während er auf Landesebene 15,5% beträgt. Der Prozentsatz der Hauptschulabsolventen pendelt zwischen 68,7% (Neckar-Odenwald-Kreis) und 38,1% (Stadt Heidelberg), bei einen Landesergebnis von 60,6%.

Daß gerade die Stadtkreise die höchsten Werte an Schulgängern mit Hoch- und Fachhochschulreife aufweisen – neben Heidelberg zum Beispiel Freiburg (36,1%), Karlsruhe (24,3%) und Stuttgart (22,6%) – kann allerdings nicht ohne weiteres als Beleg für ein etwaiges Stadt/Land-Bildungsgefälle gewertet werden, sondern ist wohl eher auf spezielle örtliche Gegebenheiten zurückzuführen, wie das Vorhandensein einer großen Universität oder auf ein besonders umfangreiches Angebot an hochqualifizierten Arbeitsplätzen. Darauf lassen zum Beispiel der hohe Wert des Landkreises Tübingen (29,6%) schließen, der durch den hohen Studentenanteil an der Bevölkerung begründet sein dürfte, sowie die dem Landesdurchschnitt angenäherten relativ niedrigen Prozentsätze der Stadtkreise Mannheim (17,6%), Pforzheim (15,7%) und Heilbronn (14,6%).

Auch Personen mit Hochschul- oder Fachhochschuldiplom sind vor allem in den oben genannten Kreisen mit hohem Abiturientenanteil überdurchschnittlich vertreten, was ebenfalls in Beziehung zu den vor Ort gegebenen Arbeitsmöglichkeiten steht. Hier ist die Spannweite der Prozentsätze allerdings geringer, sie reicht von 20,2% in der Stadt Heidelberg bis zu 6,0% im Main-Tauber-Kreis sowie im Neckar-Odenwald-Kreis. Der Durchschnitt im Land liegt bei 9,3%.

Interessant ist auch ein Vergleich auf Ebene der Regionen. An der Spitze liegt die Region Unterer Neckar mit 10,7% (Fach-) Hochschulabsolventen, dicht gefolgt von den Regionen Mittlerer Neckar (10,6%) und Neckar-Alb (10,4%). Sehr niedrig liegt der Anteil dieses Personenkreises in den Regionen Schwarzwald-Baar-Heuberg (6,8%) und Franken (6,9%). Bezieht man in den Regionenvergleich auch noch die Personen mit abgeschlossener Ausbildung an Fachschulen oder Berufsfachschulen ein, betrachtet man also

den jeweiligen Bevölkerungsanteil mit beruflichem Schulabschluß insgesamt, ergibt sich ein anderes Bild. So haben in der Region Bodensee-Oberschwaben 25,5% der Bevölkerung überhaupt einen beruflichen Schulabschluß, was den höchsten Wert darstellt, in den Regionen Mittlerer Neckar und Südlicher Oberrhein 25,4% bzw. 25,1%. Die Region Ostwürttemberg weist mit 20,2% den niedrigsten Wert auf. Bei den Regionen Bodensee-Oberschwaben und Südlicher Oberrhein führen somit die hohen Anteile von Fachschul- und Berufsfachschulabsolventen (16,8% bzw. 15,4%) zu Spitzenplätzen in der Gesamtbetrachtung.

Bei Ausländern kaum Ausbildungsunterschiede zwischen den Geschlechtern

Die 635 000 in Baden-Württemberg am Volkszählungstisch lebenden Ausländer zwischen 15 und 65 Jahren unterscheiden sich sowohl in der allgemeinen als auch in der beruflichen Schulausbildung erheblich von den Deutschen. An dieser Stelle sollen nur kurz einige wesentliche Abweichungen dargestellt werden, da detailliertere Aussagen zur Ausbildung der ausländischen Bevölkerung nur in Verbindung mit weiteren Merkmalen wie Alter, Beruf und Staatsangehörigkeit sinnvoll sind. Dies würde aber den Rahmen dieses Beitrags sprengen.

Bei den Ausländern (*Tabelle 4*) ist der Hauptschulabschluß wesentlich häufiger als bei den Deutschen (73,3% gegenüber 59,2%), hingegen ist der mittlere Bildungsabschluß relativ selten (11,3% gegenüber 21,1%). Bei der Hochschul- bzw. Fachhochschulreife ist die Differenz zwischen beiden Gruppen geringer, sie beträgt nur 4,0 Prozentpunkte (11,9% gegenüber 15,9%). Im Bereich der beruflichen Schulausbildung bestehen ebenfalls Unterschiede. 24,6% der Deutschen haben eine entsprechende Ausbildung abgeschlossen, aber nur 12,9% der Ausländer. Der Anteil der Absolventen von Berufsfach-, Fach- und Fachhochschulen ist bei den Deutschen mindestens doppelt so hoch wie bei den Ausländern. Lediglich beim Hochschulabschluß ist das Verhältnis günstiger: 5,9 aller Deutschen im erwerbsfähigen Alter haben ein Hochschuldiplom, bei den Ausländern sind es 4,0 %.

Auffallend ist, daß es bei der ausländischen Bevölkerung zwischen Männern und Frauen praktisch keine nennenswerten Unterschiede hinsichtlich des Bildungsabschlusses gibt, weder bei der allgemeinen noch bei der beruflichen Schulbildung. Bei den einzelnen Abschlüssen unterscheiden sich die Anteile der beiden Geschlechter um maximal 1,1 Prozentpunkte (Abschluß Fachhochschule), während bei den deutschen Männern und Frauen Differenzen bis zu 6,6 Prozentpunkten auftreten (Realschulabschluß).

Baden-Württemberg im Bereich der beruflichen Schulausbildung deutlich über Bundesdurchschnitt

Wie liegt nun das Ausbildungsniveau in Baden-Württemberg im Vergleich mit den anderen Bundesländern? Im Bereich der allgemeinen Schulbildung liegen die Ergebnisse des Landes relativ nahe am Bundesdurchschnitt. In Baden-Württemberg haben 0,6% mehr Bürger als im Bundesgebiet insgesamt die Hochschul- oder Fachhochschulreife, die Anteile der Hauptschul- und Realschulabsolventen liegen geringfügig (0,2% bzw. 0,4%) unter dem Bundeswert (*Tabelle 5*). Eine deutliche Sonderstellung nehmen die Stadtstaaten Berlin (West) und Hamburg ein, welche die

Tabelle 4

Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Staatsangehörigkeit und höchstem allgemeinen und berufsbildenden Schulabschluß

Staatsangehörigkeit	Bevölkerung insgesamt	Und zwar mit höchstem										
		allgemeinen Schulabschluß					berufsbildenden Abschluß					
		zusammen	Volks-/Haupt-schule	Realschule od.gleich-wertiger Abschluß	Hochschul-/Fachhoch-schulreife	zusammen	Berufs-fachschule	Fach-schule	Fachhoch-schule	Hoch-schule		
	Anzahl	% von Spalte 1					Anzahl	% von Spalte 1				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Deutsche davon	5 894 545	5 673 829	96,3	59,2	21,1	15,9	1 450 704	24,6	7,6	7,4	3,8	5,9
Männer	2 934 974	2 821 517	96,1	59,2	17,8	19,2	822 198	28,0	6,8	8,3	5,7	7,2
Frauen	2 959 571	2 852 312	96,4	59,3	24,4	12,7	628 506	21,2	8,3	6,5	1,8	4,6
Ausländer davon	635 073	613 085	96,5	73,3	11,3	11,9	81 752	12,9	3,8	3,2	1,9	4,0
Männer	362 472	350 931	96,8	73,7	10,9	12,2	48 878	13,5	3,9	3,2	2,4	4,0
Frauen	272 601	262 154	96,2	72,7	11,9	11,6	32 874	12,1	3,7	3,1	1,3	4,0
Insgesamt davon	6 529 618	6 286 914	96,3	60,6	20,2	15,5	1 532 456	23,5	7,2	7,0	3,6	5,7
Männer	3 297 446	3 172 448	96,2	60,8	17,0	18,4	871 076	26,4	6,5	7,7	5,4	6,9
Frauen	3 232 172	3 114 466	96,4	60,4	23,4	12,6	661 380	20,5	7,9	6,2	1,8	4,6

mit Abstand niedrigsten Quoten an Hauptschulabsolventen (48,2% bzw. 51,3% bei einem Bundesdurchschnitt von 60,8%) aufweisen, dafür aber sehr hohe Quoten bei Personen mit Abitur oder Fachhochschulreife (22,2% bzw. 20,8% gegenüber 14,9% bundesweit). Auch die Anteile der Absolventen mit mittlerem Abschluß sind dort sehr hoch. Neben diesen beiden Ländern weisen noch Bremen und Hessen überdurchschnittliche Anteile sowohl bei den Personen mit mittlerem als auch mit höherem allgemeinen Schulabschluß auf.

Der Anteil der Personen mit einem berufsbildenden Abschluß ist in Baden-Württemberg mit 23,5% höher als in allen anderen Bundesländern; er liegt damit um 3,2 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Der Grund dafür liegt vor allem in der sehr hohen Quote von Fachschul- und Berufsfachschulabsolventen (14,2%, Bund: 11,5%), die von keinem anderen Land übertroffen wird, aber auch im über-

durchschnittlichen Anteil an diplomierten Hochschul- und Fachhochschulabgängern (9,5%, Bund: 8,8%). In dieser Gruppe weisen wiederum Berlin (West) und Hamburg mit über 11% bzw. 12% die höchsten Werte auf, gefolgt von Hessen und Baden-Württemberg.

Zusammenfassung

Wie die nun vorliegenden Ergebnisse der Volkszählung zeigen, ist in Baden-Württemberg der Ausbildungsstand der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15–65 Jahren in der Vergangenheit praktisch stetig gestiegen. Nicht nur zeigt sich im Bereich der allgemeinen Schulbildung eine Entwicklung hin zu höheren Abschlüssen, auch der Anteil der Personen mit einem berufsbildenden Abschluß an Berufsfach- und Fachschulen, an Fachhochschulen oder Hochschulen hat kontinuierlich zugenommen. Das Ausbil-

Tabelle 5

Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in den Bundesländern am 25. Mai 1987 nach höchstem allgemeinen und berufsbildenden Schulabschluß

Land	Bevölkerung insgesamt	Und zwar mit höchstem								
		allgemeinen Schulabschluß					berufsbildenden Abschluß			
		zusammen	Volks-/ Hauptschule	Realschule od. gleichwer- tiger Abschluß	Hochschul-/ Fachhoch- schulreife	zusammen	Berufsfach-/ Fachschule	Hochschule/ Fachhoch- schule		
	Anzahl in 1 000		% von Spalte 1			Anzahl in 1 000		% von Spalte 1		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Schleswig-Holstein . . .	1780,0	1 705,7	95,8	57,1	24,9	13,8	354,4	19,9	11,2	8,7
Hamburg	1 113,4	1 077,1	96,7	51,3	24,7	20,8	245,3	22,0	10,8	11,2
Niedersachsen . . .	4 973,5	4 769,7	95,9	59,8	22,9	13,2	1 022,1	20,6	12,6	7,9
Bremen	460,2	443,9	96,5	56,0	24,7	15,8	87,3	19,0	10,1	8,8
Nordrhein-										
Westfalen	11 823,5	11 325,3	95,8	61,5	19,1	15,1	2 126,6	18,0	9,6	8,4
Hessen	3 874,7	3 739,4	96,5	56,2	23,3	17,0	859,5	22,2	12,3	9,9
Rheinland-Pfalz . . .	2 532,1	2 450,4	96,8	67,3	17,3	12,1	477,2	18,9	11,6	7,3
Baden-Württemberg . . .	5 529,6	6 286,9	96,3	60,6	20,2	15,5	1 532,5	23,5	14,2	9,3
Bayern	7 600,7	7 357,5	96,8	64,5	19,0	13,3	1 525,6	20,1	11,4	8,7
Saarland	752,7	728,6	96,8	69,3	15,1	12,4	125,9	16,7	10,0	6,8
Berlin (West)	1 385,8	1 335,7	96,4	48,2	26,0	22,2	316,6	22,8	10,4	12,4
Bundesgebiet	42 826,3	41 220,3	96,3	60,8	20,6	14,9	8 627,8	20,3	11,5	8,8

dungsniveau hat sich demnach analog zum Arbeitsmarkt entwickelt, auf dem eine hohe Qualifikation eine weiter zunehmende Rolle spielt.

Eine nach Geschlechtern differenzierte Betrachtung zeigt, daß die jüngeren Frauen das lange Zeit bestehende Ausbildungsdefizit gegenüber ihren männlichen Altersgenossen erheblich abbauen konnten. Während sie, im Bereich der beruflichen Bildung, nimmt man die Absolventenquoten von Fachhochschulen und Hochschulen zum Maßstab, die Männer noch nicht einholen konnten, haben sie im Schnitt höhere allgemeine Schulabschlüsse aufzuweisen als die Männer.

Untersucht man den Ausbildungsstand der Bevölkerung auf Kreis- und Regionsebene, treten zum Teil deutliche Unterschiede zutage. Vor allem einige Stadtkreise weisen überdurchschnittliche Bevölkerungsanteile mit höherer Ausbildung auf, was in erster Linie auf das zahlreiche Vorhandensein hochqualifizierter Arbeitsplätze zurückzuführen

sein dürfte oder auf spezielle örtliche Gegebenheiten, wie einen hohen Studentenanteil an der Bevölkerung.

Das Ausbildungsniveau der ausländischen Bevölkerung insgesamt ist durchweg geringer als das der deutschen Bevölkerung. Bemerkenswert sind bei den Ausländern die nur sehr marginalen geschlechtsspezifischen Unterschiede.

Im Vergleich der Bundesländer untereinander nimmt Baden-Württemberg bei der beruflichen Schul- und Hochschulausbildung einen Platz in der Spitze ein, vor allem durch einen hohen Bevölkerungsanteil mit Abschluß an einer Berufsfach- oder Fachschule. Aber auch die Quote der Absolventen von Hochschulen und Fachhochschulen liegt über dem Bundesdurchschnitt. Die Quoten für die einzelnen Abschlüsse an allgemeinbildenden Schulen nähern sich dem Ländermittel an.

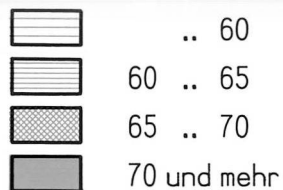
Dipl.-Verwaltungswissenschaftler Klaus Bronnenmayer

Bevölkerung mit Hauptschulabschluß *) am Ort der Hauptwohnung in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

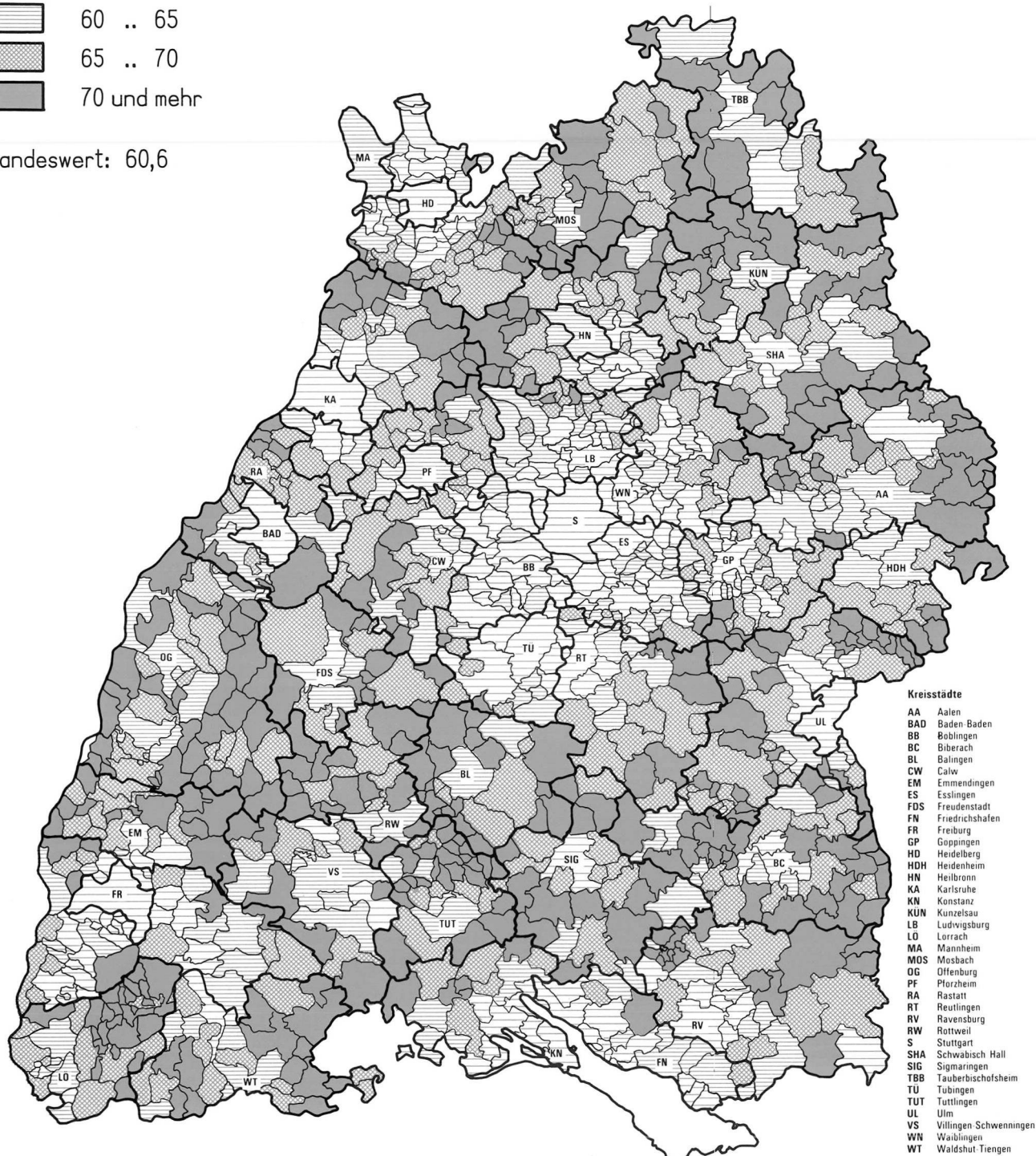
- Ergebnisse der Volks- und Berufszählung -

Anteil an den 15- bis unter 65jährigen insgesamt in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 60,6



*) höchster allgemeiner Schulabschluß der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

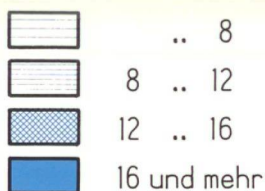
Landesinformationssystem

Bevölkerung mit Hochschul-/ Fachhochschulreife *) am Ort der Hauptwohnung in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

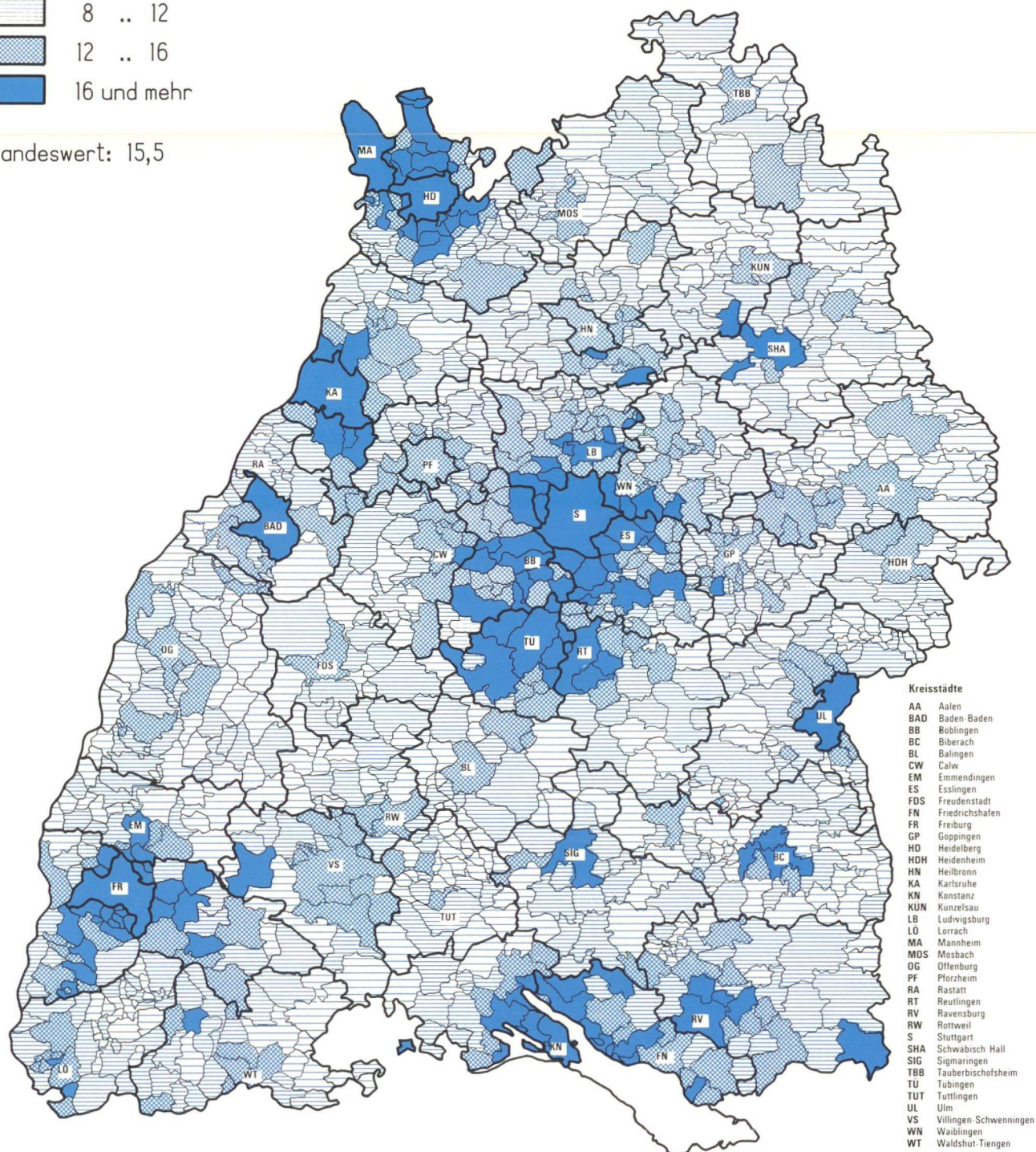
– Ergebnisse der Volks- und Berufszählung –

Anteil an den 15-bis unter 65jährigen insgesamt in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 15,5



*) höchster allgemeiner Schulabschluß der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landesinformationssystem

Privathaushalte in Baden-Württemberg 1987

Ergebnisse der Volkszählung

Für die Beschreibung und Analyse der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in einer Gesellschaft ist die Verfügbarkeit haushaltsbezogener statistischer Daten von grundlegender Bedeutung. Die Lebenssituation eines Menschen bestimmt sich nicht nur aus seiner Person heraus, sie ist auch wesentlich geprägt von den Lebensverhältnissen derjenigen Personen, mit denen er zusammen wohnt und wirtschaftet. Es ist deshalb international üblich, vor allem bei Volks- und Wohnungszählungen, nicht nur Daten über Einzelpersonen, sondern auch über in Haushalten zusammenlebende Personengruppen zu erheben. Dementsprechend werden auch im Volkszählungsgesetz 1987 Personen und Haushalte explizit als Erhebungseinheiten genannt.¹

Der „Haushalt“ ist allerdings nicht nur für die Sozialwissenschaften als Untersuchungsgegenstand von Interesse, auch in der politischen Diskussion spielen vielfach Haushaltszahlen (Größe, Zusammensetzung etc.) eine Rolle. Beispielhaft sei hier nur auf die aktuellen Themen „Wohnungsversorgung“ und „Situation Alleinerziehender“ hingewiesen. Darüber hinaus knüpft auch eine Reihe staatlicher Maßnahmen am Haushalt an. Zu denken ist hier zum Beispiel an die Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz und dem Wohngeldgesetz.

Abgrenzungen

Einen Haushalt (= Privathaushalt) bilden – so auch die Definition in § 2 Abs. 2 Volkszählungsgesetz 1987 – alle Personen, die gemeinsam wohnen und wirtschaften. Wer allein wirtschaftet, bildet einen eigenen Haushalt. Personen mit mehreren Wohnungen sind in jeder Wohnung einem Haushalt zuzurechnen.

Damit sind wichtige Kriterien zur Abgrenzung eines Haushalts vorgegeben: Personen bilden nicht bereits durch das gemeinsame Wohnen einen Haushalt, sie müssen auch zusammen wirtschaften, das heißt insbesondere ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren. Es war deshalb in Zweifelsfällen (zum Beispiel Wohngemeinschaften, Untermieter) vom Zähler bzw. von der Erhebungsstelle im Kontakt mit den Auskunftspflichtigen abzuklären, ob in einer Wohnung nicht zwei oder noch mehr Haushalte zu erfassen waren.

Zum Haushalt gezählt wurden auch Personen, die aus beruflichen oder sonstigen Gründen am Erhebungsstichtag vorübergehend oder für längere Zeit abwesend waren, je-

doch am Erhebungsort einen Wohnsitz im melderechtlichen Sinn hatten. Dabei waren allein die tatsächlichen Verhältnisse maßgebend, unabhängig davon, ob eine entsprechende Eintragung im Melderegister vorlag oder ob es sich nach melderechtlichen Gesichtspunkten um die Haupt- oder Nebenwohnung handelte. Dies war zum Beispiel insbesondere bei Grundwehrdienstleistenden, Wochenendpendlern oder Studenten mit weiterer Wohnung am Studienort zu berücksichtigen, die gegebenenfalls zwei Haushalten zuzurechnen waren. Nicht zum Haushalt gezählt wurden Personen, die sich nur besuchsweise beim Haushalt aufhielten.

Da bei der Volkszählung 1987 anders als bei früheren Volkszählungen die verwandtschaftlichen Beziehungen der einzelnen Haushaltsmitglieder untereinander nicht mehr erfragt wurden, sind familienbezogene Aussagen nicht möglich.²

Die Gesamtheit der in Privathaushalten lebenden Personen bildet die „Bevölkerung in Privathaushalten“ bzw. die „Personen in Privathaushalten“. Diese Zahl entspricht im Prinzip der „Wohnberechtigten Bevölkerung“, vermindert um die Zahl der Personen in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften, die dort vollständig betreut werden und keinen eigenen Haushalt führen und demzufolge beim Nachweis von Haushalten nicht einbezogen werden dürfen.

Denn wie bei der Bevölkerung in Privathaushalten werden zur Wohnberechtigten Bevölkerung alle Personen gezählt, die im betreffenden Gebiet eine Wohnung haben, unabhängig davon, ob es sich um die alleinige Wohnung, die Hauptwohnung oder um eine Nebenwohnung handelt. Bei beiden Kategorien sind also Doppelzählungen von Personen möglich. Diese Zählweise ist insofern gerechtfertigt, als Personen mit mehreren Wohnungen an jedem Wohnort die gemeindliche Infrastruktur nutzen und Wohnraum belegen. Für viele Fragestellungen, zum Beispiel hinsichtlich der wirtschaftlichen Versorgung des Haushalts bzw. seiner Mitglieder, ist es andererseits jedoch zweckmäßig, Personen bzw. Haushalte, die sich offensichtlich nur gelegentlich am Nebenwohnsitz aufhalten (zum Beispiel in Ferienwohnungen oder Wochenendhäusern) auszuklammern. Deshalb werden Haushalte, deren *sämtliche* Mitglieder am betreffenden Ort *nicht* zur Wohnbevölkerung³ zählen, bei der Auszählung der „Privathaushalte“ und der „Bevölkerung in Privathaushalten“ nicht berücksichtigt.

¹ § 2 Abs. 1 des Gesetzes über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. November 1985 (BGBl. I S. 2078). Erhebungsmerkmal des Haushalts ist die sich aus der Zahl seiner Mitglieder ergebende Haushaltsgröße. Alle weiteren Kategorisierungen des Haushalts knüpfen an die personenbezogenen Merkmale der Haushaltsmitglieder, insbesondere der sogenannten Bezugsperson, an und sind nicht gesondert erfragt worden.

² Entsprechende Ergebnisse – allerdings nicht in kleinräumiger Untergliederung – stellt der jährlich durchzuführende Mikrozensus bereit. Vgl. hierzu z.B.: Schwarz, Thomas: Haushalts- und Familientypen 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 6/1989, S. 254.

³ Die Wohnbevölkerung umfaßt diejenigen Personen, die in dem angegebenen Gebiet ihre ständige Wohnung haben. Personen mit mehreren Wohnungen werden in der Gemeinde gezählt, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen. Für nichterwerbstätige bzw. nicht in Ausbildung stehende Personen erfolgt die Zuordnung nach dem Ort ihres überwiegenden Aufenthaltes.

Tabelle 1

Privathaushalte in Baden-Württemberg 1970 und 1987 nach der Haushaltsgröße

Haushaltsgröße	Privathaushalte						Personen in Privathaushalten					
	am 27. Mai 1970		am 25. Mai 1987		Veränderung Volkszählung 1987 gegenüber Volkszählung 1970		am 27. Mai 1970		am 25. Mai 1987		Veränderung Volkszählung 1987 gegenüber Volkszählung 1970	
	Anzahl	%	Anzahl	%			Anzahl	%	Anzahl	%		
					Anzahl	%					Anzahl	%
1 Person	770 670	24,6	1 272 673	32,6	+ 502 003	+ 65,1	770 670	8,8	1 272 673	13,5	+ 502 003	+ 65,1
2 Personen	805 061	25,7	1 057 302	27,1	+ 252 241	+ 31,3	1 610 122	18,4	2 114 604	22,5	+ 504 482	+ 31,3
3 Personen	599 256	19,2	681 522	17,5	+ 82 266	+ 13,7	1 797 768	20,5	2 044 566	21,7	+ 246 798	+ 13,7
4 Personen	510 030	16,3	596 912	15,3	+ 86 882	+ 17,0	2 040 120	23,3	2 387 648	25,4	+ 347 528	+ 17,0
5 und mehr Personen ..	443 233	14,2	291 766	7,5	- 151 467	- 34,2	2 546 372	29,1	1 585 323	16,9	- 961 049	- 37,7
Insgesamt	3 128 250	100	3 900 175	100	+ 771 925	+ 24,7	8 765 052	100	9 404 814	100	+ 639 762	+ 7,3

Diese Zusammenhänge veranschaulicht folgende schematische Darstellung:

Wohnberechtigte Bevölkerung

✗ Personen in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften ohne eigene Haushaltsführung

✗ Personen in Haushalten, in denen *alle* Haushaltsmitglieder *nicht* zur Wohnbevölkerung zählen

= Bevölkerung in Privathaushalten

3,9 Millionen Haushalte in Baden-Württemberg

Am 25. Mai 1987 gab es in Baden-Württemberg 3 900 175 Haushalte, die Bevölkerung in Privathaushalten betrug 9 404 814 Personen. Davon waren 51,5% (4,84 Mill.) weiblich, 48,5% (4,56 Mill.) männlich. Gegenüber der Volkszählung von 1970 hat damit die Zahl der Haushalte um fast

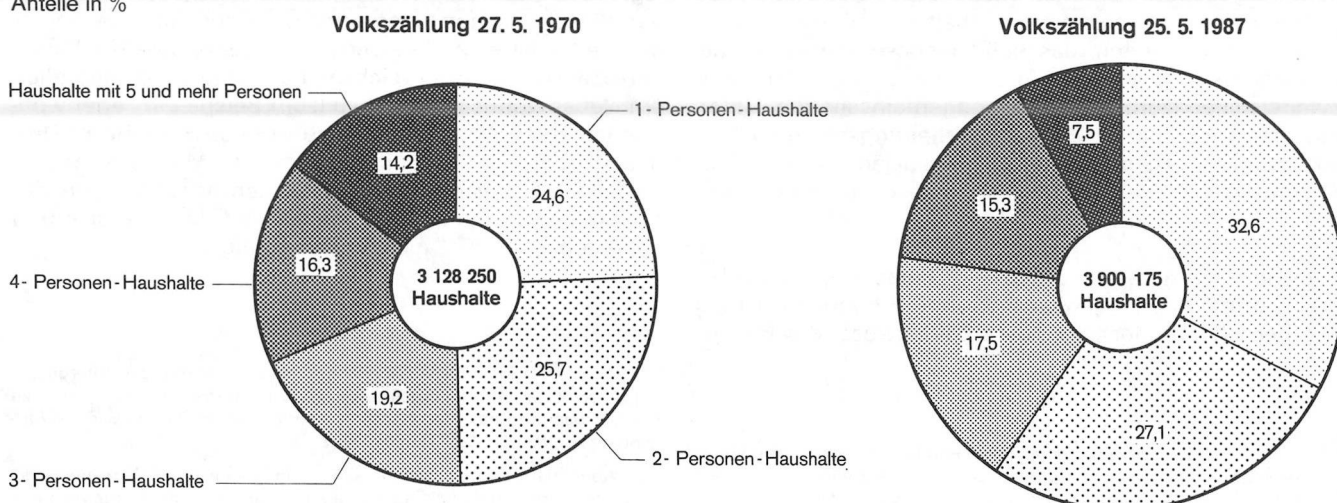
772 000 oder 24,7% zugenommen; damals waren 3 128 250 Haushalte gezählt worden. Da die Zahl der Personen in Privathaushalten im gleichen Zeitraum nur um 7,3% gewachsen ist (1970: 8,765 Mill. Personen), ist ein Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgröße zu verzeichnen. Lebten im Schnitt 1970 noch 2,8 Personen in einem Haushalt zusammen, waren es 1987 nur noch 2,4 Personen.

Dieser Rückgang ist vor allem bedingt durch eine weit überdurchschnittliche Zunahme der Anzahl der Einpersonenhaushalte, bei gleichzeitiger starker Abnahme der Zahl der „großen“ Haushalte mit fünf und mehr Personen. Während von diesen nur noch knapp 292 000 gezählt wurden und damit 34,2% weniger als 1970, war bei den Einpersonenhaushalten ein Anstieg um über eine halbe Million (+65,1%) auf nunmehr 1,27 Mill. zu verzeichnen. Einen überdurchschnittlichen Zuwachs (+31,3%) gab es auch bei den Haushalten mit zwei Personen, deren Zahl nun fast 1,06 Mill. beträgt. Dagegen verzeichneten 3- und 4-Personen-Haushalte mit +13,7% bzw. +17,0% relativ bescheidene Zunahmen (Tabelle 1). Berechnet man die durchschnittliche Haushaltsgröße lediglich der Mehrpersonenhaushalte, läßt also die

Schaubild 1

Privathaushalte in Baden-Württemberg 1970 und 1987 nach der Haushaltsgröße

Anteile in %



Einpersonenhaushalte ausgeklammert, ist ein Rückgang dieser Kenngröße von 3,4 auf 3,1 Personen im Jahr 1987 festzustellen.

Einpersonenhaushalt häufigste Haushaltsgröße

Generell gilt, wie die Ergebnisse der Volkszählung 1987 zeigen: Mit zunehmender Haushaltsgröße nimmt die Anzahl der entsprechenden Haushalte ab. So ist der Einpersonenhaushalt mit einem Anteil von 32,6% an den Haushalten insgesamt der am häufigsten vorkommende Haushaltstyp. Es folgen die Haushalte mit zwei Personen (27,1%) vor den 3- und 4-Personen-Haushalten (17,5 bzw. 15,3%). Nur noch etwa jeder dreizehnte Haushalt (7,5%) besteht aus fünf oder mehr Personen.⁴ Gegenüber 1970 haben damit die Ein- und Zwei-Personen-Haushalte ihren prozentualen Anteil an den Haushalten insgesamt ausgeweitet. Alle anderen Haushaltstypen haben an Bedeutung verloren (*Schaubild 1*).

Setzt man die Betrachtung bei den Personen in Privathaushalten an, ergibt sich folgendes Bild: Jede vierte Person (25,4%) und damit zahlenmäßig am meisten leben in einem 4-Personen-Haushalt. Ungefähr gleich große Teile der Bevölkerung (22,5 bzw. 21,7%) leben in Haushalten mit zwei und drei Personen, während auf Haushalte mit fünf und mehr Personen 16,9% und auf Einpersonenhaushalte 13,5% aller Personen in Privathaushalten entfallen.

Diese Veränderungen in der Haushaltsstruktur sind auf vielfältige Ursachen zurückzuführen. So ist zum einen die Zahl der Haushalte, in denen mehrere Generationen zusammenleben, in der Vergangenheit kontinuierlich gesunken, zum anderen nahm die Haushaltsgröße durch einen Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl pro Familie ab.⁵ Da sich zudem das Heiratsalter im Schnitt deutlich nach oben verschoben hat⁶, ist die Zahl der unverheiratet Zusammenlebenden ohne Kinder erheblich gestiegen.

⁴ Die 291 766 Haushalte dieser Größenklasse gliedern sich weiter wie folgt auf: 208 252 Haushalte mit fünf Personen, 55 939 Haushalte mit sechs Personen, 18 072 Haushalte mit sieben Personen und 9 503 Haushalte mit acht oder mehr Personen.

⁵ Vgl. z.B. Abele, Franz: Entwicklung und Struktur der privaten Haushalte in Baden-Württemberg, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 11/1987, S. 380.

⁶ Vgl. Gröner, Gerhard: Heiraten, Geburten und Sterbefälle 1988, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7/1989, S. 305.

Jede zehnte alleinlebende Person ist 80 Jahre oder älter

Für die überproportionale Zunahme der Einpersonenhaushalte sind sowohl demographische als auch sozio-strukturelle Faktoren maßgebend. So fällt insbesondere auf, daß sich die Zahl der Einpersonenhaushalte von 20- bis 30jährigen zwischen den Jahren 1970 und 1987 mehr als verdoppelt, bei den 80jährigen und älteren sogar verdreifacht hat. Aber auch in den meisten anderen Altersgruppen gab es deutliche Zuwächse (*Tabelle 2*). Die größte Gruppe der Alleinlebenden bilden die 20- bis 30jährigen, auf die fast ein Viertel (24,4%) aller Einpersonenhaushalte entfallen, gefolgt von den 70- bis 80jährigen mit 19,4% und den 60- bis 70jährigen mit 13,6%. Bemerkenswert ist auch, daß jeder zehnte Einpersonenhaushalt in Baden-Württemberg aus einer 80jährigen oder älteren Person besteht.

Der Zuwachs der Einpersonenhaushalte bei den 20- bis 30jährigen ist wohl hauptsächlich auf das Hineinwachsen der geburtenstarken Jahrgänge in diese Altersgruppe zurückzuführen. Hinzu kommt, daß die Zahl derer, die wegen Studium oder Ausbildung das Elternhaus verlassen und sich ein eigenes Zimmer bzw. eine Wohnung suchen müssen, zugenommen hat. In diesem Zusammenhang ist auch nochmals daran zu erinnern, daß nach dem Erhebungskonzept der Volkszählung Mitglieder von Wohngemeinschaften als Einzelhaushalte gezählt wurden, sofern sie getrennt gewirtschaftet haben.

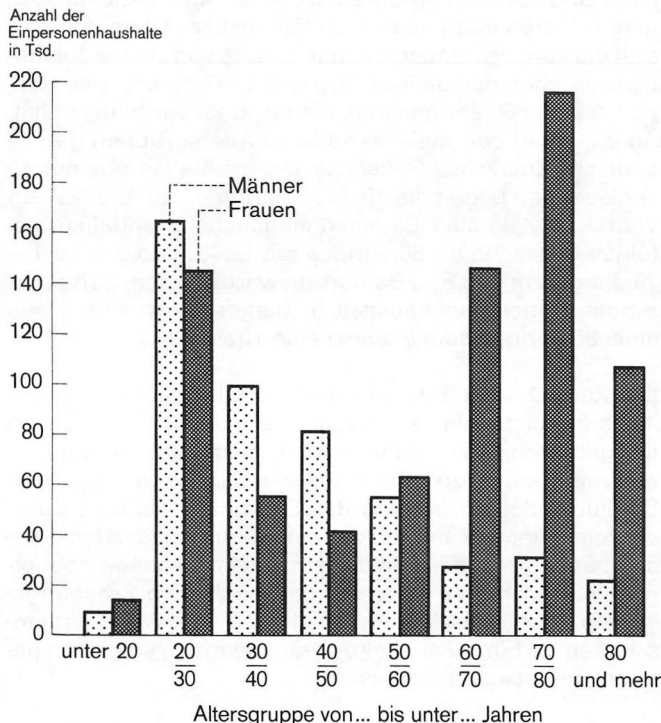
Andererseits hat durch die gestiegene Lebenserwartung auch die Zahl alleinlebender alter Menschen zugenommen. 1987 waren 43,1% aller Bewohner von Einpersonenhaushalten 60 Jahre oder älter. Zwar ist dieser Prozentsatz gegenüber 1970 gesunken, damals lag er noch bei 47,9%, dies ist aber alleinige Folge der überproportionalen Zunahme der Einpersonenhaushalte in den jüngeren Altersgruppen. Insgesamt gab es 1987 im Vergleich zu 1970 fast 180 000 oder 48,7% alleinlebende Personen über 60 Jahre mehr. Insbesondere die Zahl der alleinlebenden „Hochbetagten“ über 80 Jahre hat sich verdreifacht und beträgt jetzt annähernd 129 000.

Wirft man einen Blick auf die Geschlechterverteilung der „Singles“ (*Schaubild 2*), fällt auf, daß in den Altersgruppen zwischen 20 und 50 Jahren deutlich mehr Männer als Frauen allein einen Haushalt führen, während es bei den über 50jährigen und in der Altersgruppe unter 20 Jahren umgekehrt ist. Hier dürfte zum einen mit eine Rolle spielen, daß eine größere Zahl vor allem männlicher Erwerbstätiger aus

Tabelle 2
Einpersonenhaushalte in Baden-Württemberg 1970 und 1987 nach Alter und Geschlecht

Alter von ... bis unter ... Jahren	Einpersonenhaushalte												Veränderung Volkszählung 1987 gegenüber Volkszählung 1970							
	am 27. Mai 1970						am 25. Mai 1987													
	insgesamt		davon				insgesamt		davon				insgesamt		davon					
			männlich		weiblich				männlich		weiblich				männlich		weiblich			
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
Unter 20 ...	18 602	2,4	8 879	3,5	9 723	1,9	22 079	1,7	8 846	1,8	13 233	1,7	+ 3 477	+ 18,7	- 33	- 0,4	+ 3 510	+ 36,1		
20 - 30 ...	137 774	17,9	86 464	34,3	51 310	9,9	309 924	24,4	164 906	33,8	145 018	18,5	+ 172 150	+ 125,0	+ 78 442	+ 90,7	+ 93 708	+ 182,6		
30 - 40 ...	77 200	10,0	52 404	20,8	24 796	4,8	153 058	12,0	98 679	20,3	54 379	6,9	+ 75 858	+ 98,3	+ 46 275	+ 88,3	+ 29 583	+ 119,3		
40 - 50 ...	63 824	8,3	26 790	10,6	37 034	7,1	121 544	9,6	80 248	16,5	41 296	5,3	+ 57 720	+ 90,4	+ 53 458	+ 199,5	+ 4 262	+ 11,5		
50 - 60 ...	104 563	13,6	18 825	7,5	85 738	16,5	117 849	9,3	54 888	11,3	62 961	8,0	+ 13 286	+ 12,7	+ 36 063	+ 191,6	- 22 777	- 26,6		
60 - 70 ...	183 019	23,8	27 891	11,1	155 128	29,9	172 594	13,6	26 770	5,5	145 824	18,6	- 10 425	- 5,7	- 1 121	- 4,0	- 9 304	- 6,0		
70 - 80 ...	143 040	18,6	21 874	8,7	121 166	23,4	246 671	19,4	30 925	6,3	215 746	27,5	+ 103 631	+ 72,4	+ 9 051	+ 41,4	+ 94 580	+ 78,1		
80 und mehr	42 648	5,5	9 228	3,7	33 420	6,4	128 954	10,1	21 968	4,5	106 986	13,6	+ 86 306	+ 202,4	+ 12 740	+ 138,1	+ 73 566	+ 220,1		
Insgesamt	770 670	100	252 355	100	518 315	100	1 272 673	100	487 230	100	785 443	100	+ 502 003	+ 65,1	+ 234 875	+ 93,1	+ 267 128	+ 51,5		

Einpersonenhaushalte in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Altersgruppen und Geschlecht



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

473 90

beruflichen Gründen neben dem Familienwohnsitz noch eine Zweitwohnung am Arbeitsort unterhalten muß. Das zahlenmäßige Übergewicht weiblicher alleinlebender Personen in höherem Lebensalter – zum Beispiel sind von den 70- bis 80jährigen 87,5% Frauen – ist dagegen auf den erheblichen Frauenüberschuß in diesen Altersjahren zurückzuführen. Über alle Altersgruppen hinweg standen im Jahr 1987 785 443 „weiblichen“ Einpersonenhaushalten (= 61,7%) lediglich 487 230 (= 38,3%) „männliche“ gegenüber.

Jeder zwölfte Privathaushalt ist ein Ausländerhaushalt

Von den 3,9 Mill. Privathaushalten in Baden-Württemberg im Mai 1987 waren 332 455 oder 8,5% sogenannte Ausländerhaushalte (Tabelle 3). Als solche werden diejenigen

Tabelle 3

Privathaushalte in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Staatsangehörigkeit*) und Haushaltsgröße

Haushaltsgröße	Deutsche Privathaushalte		Ausländische Privathaushalte	
	Anzahl	%	Anzahl	%
1 Person	1 164 742	32,6	107 931	32,5
davon				
männlich	406 363	—	80 867	—
weiblich	758 379	—	27 064	—
2 Personen	995 108	27,9	62 194	18,7
3 Personen	625 811	17,5	55 711	16,8
4 Personen	536 015	15,0	60 897	18,3
5 und mehr Personen ..	246 044	6,9	45 722	13,8
Insgesamt	3 567 720	100	332 455	100

*) Staatsangehörigkeit der Bezugsperson des Haushalts

Haushalte bezeichnet, deren Bezugsperson nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Bezugsperson eines Haushalts ist die Person, die überwiegend zum Unterhalt des Haushalts beiträgt.⁷

Zwischen den Ausländerhaushalten und den Haushalten mit deutscher Bezugsperson sind deutliche Unterschiede in der Struktur festzustellen. So ist der Anteil der Vierpersonenhaushalte (18,3%) und insbesondere auch der Anteil der Haushalte mit fünf und mehr Personen (13,8%) bei den Ausländerhaushalten deutlich höher als bei den deutschen Haushalten (15,0 bzw. 6,9%); dies ist auf die durchschnittlich größere Kinderzahl in ausländischen Familien zurückzuführen. Demgegenüber ist bei den Ausländern der Anteil der 2-Personen-Haushalte mit 18,7% gegenüber 27,9% bei den Deutschen recht gering.

Mit 32,5 bzw. 32,6 % liegt der Anteil der Einpersonenhaushalte bei den ausländischen und deutschen Haushalten praktisch gleich hoch. In beiden Fällen handelt es sich dabei um den am häufigsten vorkommenden Haushaltstyp. Während von 100 deutschen Einpersonenhaushalten allerdings 65 von Frauen und nur 35 von Männern geführt werden, ist das Verhältnis bei den Ausländern gerade umgekehrt: 75 männlichen stehen jeweils nur 25 weibliche „Singles“ gegenüber. Insgesamt gesehen besteht somit praktisch jeder vierte Ausländerhaushalt aus einem alleinlebenden Mann. Die durchschnittliche Haushaltsgröße beträgt bei den deutschen Haushalten 2,4 Personen, bei den ausländischen 2,7.

Haushaltsstruktur regional unterschiedlich

Wie Tabelle 4 ausweist, ist die Verteilung der Haushalte nach Haushaltsgrößenklassen in den Stadt- und Landkreisen sowie den darauf aufbauenden höher aggregierten Gebietseinheiten teilweise sehr verschieden. Während die Unterschiede, nimmt man als Vergleichsgröße die durchschnittliche Personenzahl je Haushalt, auf Regierungsbezirks- und Regionsebene noch relativ gering sind – die Werte schwanken bei den Regierungsbezirken zwischen 2,3 und 2,5, bei den Regionen zwischen 2,2 und 2,6 –, differieren sie auf Kreisebene um 1,0. So gehört zum Beispiel einem Haushalt im Stadtkreis Heidelberg im Schnitt genau eine Person weniger an als einem Haushalt im Hohenlohekreis. Heidelberg hat mit durchschnittlich 1,8 Personen die geringste Haushaltsgröße aller Stadt- und Landkreise, während der Hohenlohekreis, der Alb-Donau-Kreis sowie die Landkreise Biberach und Sigmaringen mit im Schnitt 2,8 Personen die Gebiete mit den größten Haushalten in Baden-Württemberg sind (Schaubild 3). Landesweit besteht, wie bereits erwähnt, ein Haushalt durchschnittlich aus 2,4 Personen. Neben Heidelberg haben auch alle anderen Stadtkreise unterdurchschnittliche Haushaltsgrößen. Die Werte reichen von 1,9 Personen je Haushalt (Freiburg), über 2,0 (Stuttgart und Karlsruhe) bis zu 2,3 (Heilbronn). Die niedrigsten Werte der Landkreise liegen dagegen bei 2,2 (Tübingen) bzw. 2,3 (Konstanz).

Dementsprechend weisen die Stadtkreise auch die höchsten prozentualen Anteile von Einpersonenhaushalten und die geringsten von Haushalten mit 5 und mehr Personen

⁷ Bei der Volkszählung 1987 betrug die Zahl der Haushalte mit Personen nur ausländischer Staatsangehörigkeit 280 250.

Tabelle 4

Privathaushalte in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987 nach der Haushaltsgröße

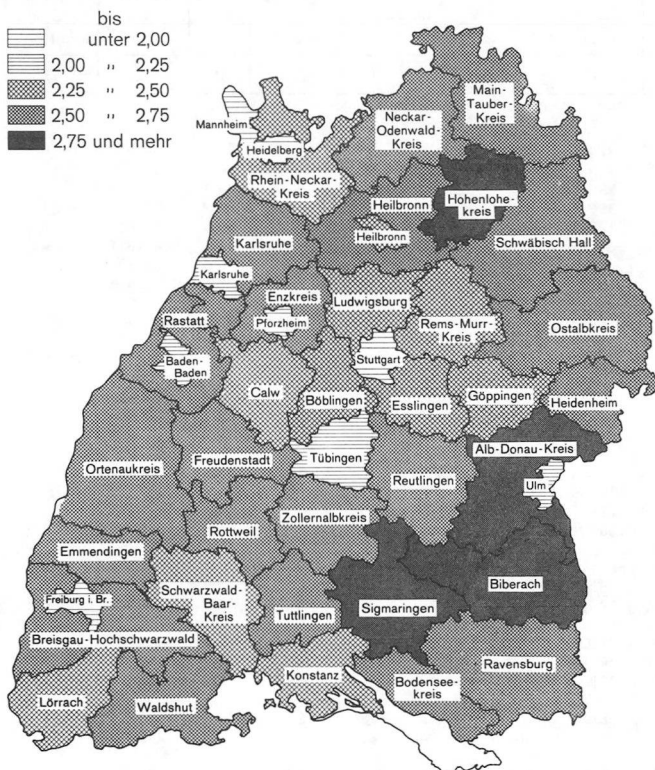
Kreis Region Regierungsbezirk Land	Privat- haushalte insgesamt	Davon mit . . . Personen										Personen in Privat- haus- halten	Durch- schnittliche Haushalts- größe (An- zahl der Personen je Haushalt)
		1		2		3		4		5 und mehr			
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Stadtkreis													
Stuttgart, Landeshauptstadt	283 561	133 602	47,1	75 214	26,5	37 416	13,2	27 306	9,6	10 023	3,5	558 914	2,0
Landkreise													
Böblingen	128 859	37 838	29,4	34 812	27,0	23 970	18,6	23 043	17,9	9 196	7,1	320 726	2,5
Esslingen	194 435	61 630	31,7	53 962	27,8	35 084	18,0	31 694	16,3	12 065	6,2	465 737	2,4
Göppingen	93 534	26 605	28,4	26 589	28,4	17 823	19,1	15 636	16,7	6 881	7,4	232 815	2,5
Ludwigsburg	184 357	55 375	30,0	52 692	28,6	34 262	18,6	30 612	16,6	11 416	6,2	446 881	2,4
Rems-Murr-Kreis	148 264	43 630	29,4	42 436	28,6	27 177	18,3	25 230	17,0	9 791	6,6	363 397	2,5
Region Mittlerer Neckar	1 033 010	358 680	34,7	285 705	27,7	175 732	17,0	153 521	14,9	59 372	5,7	2 388 470	2,3
Stadtkreis													
Heilbronn	50 010	17 848	35,7	14 345	28,7	8 409	16,8	6 705	13,4	2 703	5,4	113 164	2,3
Landkreise													
Heilbronn	97 759	24 745	25,3	26 841	27,5	19 082	19,5	18 393	18,8	8 698	8,9	256 419	2,6
Hohenlohekreis	31 743	7 738	24,4	8 267	26,0	5 650	17,8	6 058	19,1	4 030	12,7	87 607	2,8
Schwäbisch Hall	57 949	15 080	26,0	15 060	26,0	10 329	17,8	10 461	18,1	7 019	12,1	156 959	2,7
Main-Tauber-Kreis	45 752	11 703	25,6	11 787	25,8	8 248	18,0	8 443	18,5	5 571	12,2	124 740	2,7
Region Franken	283 213	77 114	27,3	76 300	27,0	51 718	18,3	50 060	17,7	28 021	9,9	738 889	2,6
Landkreise													
Heidenheim	49 972	13 606	27,2	13 888	27,8	9 601	19,2	8 567	17,1	4 310	8,6	127 691	2,6
Ostalbkreis	106 223	28 470	26,8	27 398	25,8	19 046	17,9	19 412	18,3	11 897	11,2	283 353	2,7
Region Ostwürttemberg	156 195	42 076	26,9	41 286	26,4	28 647	18,3	27 979	17,9	16 207	10,4	411 044	2,6
Regierungsbezirk Stuttgart	1 472 418	477 870	32,5	403 291	27,4	256 097	17,4	231 560	15,7	103 600	7,0	3 538 403	2,4
Stadtkreise													
Baden-Baden	24 150	10 164	42,1	7 032	29,1	3 545	14,7	2 519	10,4	890	3,7	49 669	2,1
Karlsruhe	132 957	59 166	44,5	37 328	28,1	19 455	14,6	12 474	9,4	4 534	3,4	266 261	2,0
Landkreise													
Karlsruhe	144 931	36 791	25,4	40 996	28,3	31 326	21,6	26 037	18,0	9 781	6,7	369 191	2,5
Rastatt	77 617	19 987	25,8	22 445	28,9	16 261	21,0	13 286	17,1	5 638	7,3	196 933	2,5
Region Mittlerer Oberrhein	379 655	126 108	33,2	107 801	28,4	70 587	18,6	54 316	14,3	20 843	5,5	882 054	2,3
Stadtkreise													
Heidelberg	70 836	38 011	53,7	16 602	23,4	8 425	11,9	5 448	7,7	2 350	3,3	130 871	1,8
Mannheim	148 451	66 933	45,1	42 004	28,3	21 572	14,5	12 694	8,6	5 248	3,5	295 143	2,0
Landkreise													
Neckar-Odenwald-Kreis	48 036	11 457	23,9	12 411	25,8	9 744	20,3	9 110	19,0	5 314	11,1	131 277	2,7
Rhein-Neckar-Kreis	192 698	54 065	28,1	57 134	29,6	39 982	20,7	30 240	15,7	11 277	5,9	469 382	2,4
Region Unterer Neckar	460 021	170 466	37,1	128 151	27,9	79 723	17,3	57 492	12,5	24 189	5,3	1 026 673	2,2
Stadtkreis													
Pforzheim	50 547	19 831	39,2	14 457	28,6	8 174	16,2	5 839	11,6	2 246	4,4	108 776	2,2
Landkreise													
Calw	54 344	17 390	32,0	14 116	26,0	9 135	16,8	8 856	16,3	4 847	8,9	134 872	2,5
Enzkreis	65 075	16 531	25,4	18 713	28,8	13 347	20,5	11 709	18,0	4 775	7,3	166 440	2,6
Freudenstadt	39 893	11 783	29,5	10 368	26,0	6 683	16,8	6 761	16,9	4 298	10,8	103 075	2,6
Region Nordschwarzwald	209 859	65 535	31,2	57 654	27,5	37 339	17,8	33 165	15,8	16 166	7,7	513 163	2,4
Regierungsbezirk Karlsruhe	1 049 535	362 109	34,5	293 606	28,0	187 649	17,9	144 973	13,8	61 198	5,8	2 421 890	2,3
Stadtkreis													
Freiburg im Breisgau	96 573	51 860	53,7	21 832	22,6	11 203	11,6	7 989	8,3	3 689	3,8	180 991	1,9
Landkreise													
Breisgau-Hochschwarzwald	79 689	22 230	27,9	21 802	27,4	14 106	17,7	13 458	16,9	8 093	10,2	206 607	2,6
Emmendingen	50 513	13 054	25,8	13 389	26,5	9 733	19,3	9 171	18,2	5 166	10,2	134 175	2,7
Ortenaukreis	134 899	35 360	26,2	35 519	26,3	26 160	19,4	23 369	17,3	14 491	10,7	358 932	2,7
Region Südlicher Oberrhein	361 674	122 504	33,9	92 542	25,6	61 202	16,9	53 987	14,9	31 439	8,7	880 705	2,4
Landkreise													
Rottweil	48 701	12 944	26,6	12 971	26,6	8 857	18,2	8 664	17,8	5 265	10,8	128 865	2,6
Schwarzwald-Baar-Kreis	79 187	23 780	30,0	22 027	27,8	14 413	18,2	12 543	15,8	6 424	8,1	196 293	2,5
Tuttlingen	43 742	11 788	26,9	11 691	27,7	8 173	18,7	7 808	17,9	4 282	9,8	114 200	2,6
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	171 630	48 512	28,3	46 689	27,2	31 443	18,3	29 015	16,9	15 971	9,3	439 358	2,6
Landkreise													
Konstanz	102 550	37 167	36,2	27 608	26,9	17 096	16,7	14 159	13,8	6 520	6,4	235 719	2,3
Lörrach	78 409	23 481	29,9	22 760	29,0	14 257	18,2	11 736	15,0	6 175	7,9	192 597	2,5
Waldshut	56 211	15 674	27,9	15 236	27,1	9 923	17,7	9 246	16,4	6 132	10,9	146 769	2,6
Region Hochrhein-Bodensee	237 170	76 322	32,2	65 604	27,7	41 276	17,4	35 141	14,8	18 827	7,9	575 085	2,4
Regierungsbezirk Freiburg	770 474	247 338	32,1	204 835	26,6	133 921	17,4	118 143	15,3	66 237	8,6	1 895 148	2,5
Landkreise													
Reutlingen	98 520	29 306	29,7	26 660	27,1	17 641	17,9	16 784	17,0	8 129	8,3	246 558	2,5
Tübingen	81 613	35 743	43,8	17 611	21,6	11 340	13,9	11 120	13,6	5 799	7,1	180 636	2,2
Zollernalbkreis	67 396	17 356	25,8	18 638	27,7	13 124	19,5	12 337	18,3	5 941	8,8	175 308	2,6
Region Neckar-Alb	247 529	82 405	33,3	62 909	25,4	42 105	17,0	40 241	16,3	19 869	8,0	602 502	2,4
Stadtkreis													
Ulm	47 069	18 492	39,3	12 738	27,1	7 125	15,1	5 957	12,7	2 757	5,9	104 065	2,2
Landkreise													
Alb-Donau-Kreis	57 132	12 506	21,9	14 583	25,5	10 961	19,2	11 651	20,4	7 431	13,0	162 116	2,8
Biberach	56 066	14 037	25,0	13 481	24,0	9 903	17,7	10 751	19,2	7 894	14,1	157 162	2,8
Region Donau-Iller ¹⁾	160 267	45 035	28,1	40 802	25,5	27 989	17,5	28 359	17,7	18 082	11,3	423 343	2,6
Landkreise													
Bodenseekreis	69 674	20 964	30,1	19 145	27,5	11 861	17,0	11 275	16,2	6 429	9,2	174 980	2,5
Ravensburg	89 201	26 457	29,7	22 580	25,3	14 722	16,5	14 781	16,6	10 661	12,0	234 554	2,6
Sigmaringen	41 077	10 495	25,5	10 134	24,7	7 178	17,5	7 580	18,5	5 690	13,9	113 994	2,8
Region Bodensee-Oberschwaben	199 952	57 916	29,0	51 859	25,9	33 761	16,9	33 636	16,8	22 780	11,4	523 528	2,6
Regierungsbezirk Tübingen	607 748	185 356	30,5	155 570	25,6	103 855	17,1	102 236	16,8	60 731	10,0	1 549 373	2,5
Baden-Württemberg	3 900 175	1 272 673	32,6	1 057 302	27,1	681 522	17,5	596 912	15,3	291 766	7,5	9 404 814	2,4

¹⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

Schaubild 3

Durchschnittliche Haushaltsgröße in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

Personen je Haushalt



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

514 90

halte nur um 8,0 Prozentpunkte zugelegt. Der niedrigste Wert aller Stadtkreise mit 35,7% ist in Heilbronn zu registrieren. Die Prozentsätze der Einpersonenhaushalte in den Landkreisen liegen fast durchgängig deutlich unter denen der Stadtkreise, nur die Kreise Tübingen und Konstanz mit 43,8 bzw. 36,2% bilden hier eine Ausnahme. Den geringsten Anteil von Einpersonenhaushalten hat der Alb-Donau-Kreis mit 21,9%.

Genau umgekehrt sieht das Bild aus, wenn man die Haushalte mit fünf und mehr Personen betrachtet: Wo die Zahl der Einpersonenhaushalte hoch ist, also vor allem in den Stadtkreisen, liegt der Anteil der großen Haushalte nur noch im Bereich weniger Prozente. In Heidelberg bei 3,3%, – womit nur noch jeder dreißigste Haushalt fünf oder mehr Mitglieder hat –, und in Karlsruhe bei 3,4%, wohingegen Heilbronn mit 5,4% und Ulm mit 5,9% noch die höchsten Werte aller Stadtkreise aufweisen. Bemerkenswert ist auch, daß sich diese Prozentsätze in mehreren Stadtkreisen gegenüber 1970 nochmals mehr als halbiert haben, obgleich sie bereits damals weit unter dem Landesdurchschnitt lagen. Dieser betrug 1970 noch 14,2%, 1987 nur noch 7,5%. Unter den Landkreisen nehmen die Kreise Biberach und Sigmaringen mit 14,1% bzw. 13,9% „Großhaushalten“ die führenden Positionen ein, vor dem Alb-Donau-Kreis mit 13,0%. Fast die gleichen Anteile erreichen die Landkreise der Region Franken, die mit Ausnahme des Landkreises Heilbronn über 12% liegen. Gegenüber diesen eher ländlich geprägten Landesteilen weisen die Landkreise um die industriellen Ballungsräume sehr niedrige Anteilswerte von Haushalten mit fünf und mehr Personen auf. Zu erwähnen ist hier insbesondere der Rhein-Neckar-Kreis mit einem Wert von 5,9%, gefolgt von den Kreisen Esslingen und Ludwigsburg mit jeweils 6,2%. Aber auch die anderen Landkreise der Region Mittlerer Neckar sowie die Landkreise Karlsruhe und Rastatt liegen – neben einigen weiteren – sämtlich unter dem Landesdurchschnitt.

auf. In Heidelberg und Freiburg bestehen bereits mehr als die Hälfte (jeweils 53,7%) aller Haushalte lediglich aus einer Person, wobei seit der Volkszählung 1970 ein Anstieg dieser Anteile um 13,0 bzw. 15,1 Prozentpunkte zu verzeichnen ist.⁸ Landesweit hat der Anteil der Einpersonenhaushalte

⁸ Die prozentualen Anteile der einzelnen Haushaltsgrößenklassen in den Stadt- und Landkreisen bei der Volkszählung 1970 sind tabellarisch dargestellt in Frank, Eberhard: Erste Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12/1988, S. 506.

Durchschnittliche Haushaltsgröße nimmt mit zunehmender Gemeindegröße ab

Wie eine Aufgliederung der Haushaltsstruktur nach Gemeindegrößenklassen (Tabelle 5) zeigt, ist offensichtlich ein direkter Zusammenhang zwischen diesen beiden Größen gegeben: Mit zunehmender Gemeindegröße steigt der Anteil der Einpersonenhaushalte, während der Prozentsatz der Haushalte mit fünf und mehr Personen sowie derjenigen mit vier Personen kontinuierlich zurückgeht.

Tabelle 5

Privathaushalte in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Gemeindegrößenklassen und Haushaltsgröße

Gemeindegrößenklasse von . . . bis unter . . . Einwohner	Anzahl der Gemein- den	Privathaushalte										Personen in Privat- haus- halten	Durch- schnittliche Haushalts- größe (An- zahl der Personen je Haushalt)		
		insgesamt	davon mit . . . Personen												
			1		2		3		4		5 und mehr				
		Anzahl		% von Sp. 2	Anzahl	% von Sp. 2	Anzahl	% von Sp. 2	Anzahl	% von Sp. 2	Anzahl	% von Sp. 2		Anzahl	% von Sp. 2
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		12	13
unter 1 000	97	16 524	3 135	19,0	4 212	25,5	2 981	18,0	3 316	20,1	2 880	17,4	49 907	3,02	
1 000 – 2 000	158	87 818	19 133	21,8	22 338	25,4	16 713	19,0	17 370	19,8	12 264	14,0	251 508	2,86	
2 000 – 5 000	419	499 358	113 790	22,8	130 086	26,1	97 915	19,6	98 152	19,7	59 415	11,9	1 387 176	2,78	
5 000 – 10 000	237	632 981	159 982	25,3	171 621	27,1	124 220	19,6	118 133	18,7	59 025	9,3	1 668 978	2,64	
10 000 – 20 000	119	642 760	182 877	28,5	179 471	27,9	122 170	19,0	107 666	16,8	50 576	7,9	1 612 900	2,51	
20 000 – 50 000	60	742 150	231 547	31,2	208 825	28,1	133 665	18,0	115 995	15,6	52 118	7,0	1 796 003	2,42	
50 000 – 100 000	13	398 580	156 466	39,3	106 229	26,7	62 079	15,6	51 868	13,0	21 938	5,5	880 157	2,21	
100 000 und mehr	8	880 004	405 743	46,1	234 520	26,6	121 779	13,8	84 412	9,6	33 550	3,8	1 758 185	2,00	
Insgesamt	1 111	3 900 175	1 272 673	32,6	1 057 302	27,1	681 522	17,5	596 912	15,3	291 766	7,5	9 404 814	2,41	

Tabelle 6

Privathaushalte im Bundesgebiet am 25. Mai 1987 nach der Haushaltsgröße

Land	Privathaushalte						Personen in Privat- haushalten	Durchschnittliche Haushaltsgröße (Anzahl der Personen je Haushalt)
	insgesamt	davon mit . . . Person(en)						
		1	2	3	4	5 und mehr		
	Anzahl	%					Anzahl	
Schleswig-Holstein	1 108 408	33,5	29,6	17,3	13,8	5,8	2 559 593	2,3
Hamburg	827 042	46,7	29,2	13,2	8,1	2,8	1 587 357	1,9
Niedersachsen	2 958 147	31,1	28,2	17,9	14,8	8,0	7 229 767	2,4
Bremen	322 317	41,4	29,5	15,6	9,7	3,8	664 949	2,1
Nordrhein-Westfalen	7 193 367	32,9	29,3	18,1	13,3	6,4	16 853 223	2,3
Hessen	2 375 434	33,0	28,6	18,3	14,0	6,1	5 568 033	2,3
Rheinland-Pfalz	1 476 782	27,8	29,1	20,0	15,5	7,6	3 678 645	2,5
Baden-Württemberg	3 900 175	32,6	27,1	17,5	15,3	7,5	9 404 814	2,4
Bayern	4 527 448	31,9	27,7	18,1	14,6	7,8	10 985 161	2,4
Saarland	438 854	28,0	29,3	22,2	14,5	6,0	1 068 713	2,4
Berlin (West)	1 090 464	51,1	27,6	12,1	6,6	2,7	2 003 137	1,8
Bundesgebiet	26 218 438	33,4	28,4	17,7	13,7	6,7	61 603 392	2,3

Die Haushaltsstruktur ist damit abhängig vom Grad der Verstädterung eines Gebietes. Während in den im Mai 1987 bestehenden 97 Kleingemeinden des Landes mit weniger als 1 000 Einwohner nur etwa jeder fünfte Haushalt (19,0%) aus einer Person bestand, war es in den acht Großstädten mit wenigstens 100 000 Einwohnern annähernd jeder zweite (46,1%). Anders dagegen bei Haushalten mit fünf und mehr Personen. Diesem Haushaltstyp gehörte in den Großstädten im Schnitt nur jeder 26. Haushalt an, in Kleingemeinden dagegen fast jeder sechste. Entsprechend variiert auch die durchschnittliche Haushaltsgröße: In Gemeinden unter 1 000 Einwohnern bildeten im Schnitt 3,02 Personen einen Haushalt, in Städten mit mindestens 100 000 Einwohnern dagegen genau 2,00 Personen. Mit 2,51 Personen je Haushalt exakt in der Mitte zwischen diesen beiden Extremwerten lagen die Städte mit 10 000 bis 20 000 Einwohnern.

Interessant ist in diesem Zusammenhang noch, daß der Anteil der Zweipersonenhaushalte über alle Gemeindegrößenklassen hinweg relativ konstant ist, er schwankt lediglich zwischen 25,4 und 28,1%. In der Tendenz gilt dies auch für die Haushalte mit drei Personen, deren Häufigkeit lediglich in Städten ab 50 000 Einwohnern deutlicher zurückgeht.

Haushalte in Baden-Württemberg nur geringfügig größer als im Bundesdurchschnitt

Ein abschließender Blick auf die Haushaltsstrukturen der anderen Bundesländer bzw. der Bundesrepublik insgesamt zeigt, daß Baden-Württemberg vom Durchschnitt der Länder im Hinblick auf die prozentuale Verteilung der einzelnen Haushaltsgrößen nicht gravierend abweicht (Tabelle 6). Der Anteil der Ein- und Zweipersonenhaushalte liegt um 0,8 bzw. 1,3 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt von 33,4 bzw. 28,4%, während die größeren Haushalte mit vier bzw. fünf und mehr Personen im Land um 1,6 bzw. 0,8 Prozentpunkte höhere Anteile aufweisen (Bund: 13,7 bzw. 6,7%). Dasselbe gilt für die durchschnittliche Haushaltsgröße, die mit 2,4 Personen je Haushalt in Baden-Württemberg nur geringfügig über dem Bundeswert von 2,3 liegt. Der gleiche Wert wie für Baden-Württemberg errechnet sich auch für die Länder Niedersachsen, Bayern und das Saarland; Rheinland-Pfalz liegt im Ländervergleich mit 2,5 Personen je Haushalt an der Spitze.

Gravierende Abweichungen von den Bundeswerten zeigen sich allerdings in der Haushaltsstruktur der Stadtstaaten. Berlin (West) mit lediglich 1,8 Personen je Haushalt, Hamburg mit 1,9 und auch noch Bremen mit 2,1 sind eher mit anderen Großstädten vergleichbar als mit anderen Ländern. So sind in Berlin (West) mehr als die Hälfte (51,1%) aller Haushalte solche von alleinlebenden Personen. Nur 2,7% aller Haushalte bestehen aus zumindest fünf Personen. Ähnliche Zahlen, wenn auch etwas abgeschwächt, gelten für Hamburg und Bremen.

Ein Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgröße ist im übrigen nicht nur in Baden-Württemberg, sondern in allen Bundesländern zu verzeichnen. Die geringste Veränderung im Verlauf der sieben Jahre zwischen den Volkszählungen 1970 und 1987 ergab sich in Berlin (West), wo der Wert lediglich von 2,0 auf 1,8 Personen gesunken ist, und in Hamburg mit einem Rückgang von 2,2 auf 1,9. Eine Abnahme um 0,5 Personen gab es dagegen in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und im Saarland. In Baden-Württemberg verlor ein Haushalt im Durchschnitt ebenso wie im Bundesgebiet insgesamt 0,4 Personen.

Zusammenfassung

Wie der Vergleich der Ergebnisse der Volkszählungen von 1987 und 1970 zeigt, hat sich die schon länger zu beobachtende Entwicklung hin zu kleineren Haushalten fortgesetzt. Im Schnitt bestand im Jahr 1987 in Baden-Württemberg ein Haushalt aus 2,4 Personen, 1970 waren es noch 2,8 Personen. Weil zudem die Bevölkerung in Privathaushalten gewachsen ist, hat sich die Zahl der Privathaushalte insgesamt um 24,7% erhöht und liegt nun bei gut 3,9 Mill.

Die stärksten Bewegungen gab es bei den Einpersonenhaushalten, die um 65,1% zugenommen haben, und bei den Haushalten mit fünf und mehr Personen, deren Anzahl um 34,2% gesunken ist. Der Einpersonenhaushalt ist nun der am häufigsten vorkommende Haushaltstyp. Die Ursachen der festgestellten Entwicklung sind sowohl in demographischen als auch in sozio-strukturellen Veränderungen zu suchen.

Gut 332 000 oder 8,5% der Haushalte waren sogenannte Ausländerhaushalte. Ihre Struktur unterscheidet sich deutlich von derjenigen der deutschen Haushalte. Erhebliche Unterschiede in der Haushaltsstruktur waren darüber hin-

aus auch unter regionalen Gesichtspunkten festzustellen. Während in und um industrielle Ballungsräume im Schnitt eher kleinere Haushalte anzutreffen sind, sind in eher ländlich geprägten Gebieten die Haushalte noch größer. Die Abhängigkeit der Haushaltsgröße vom Grad der Verstädterung lässt sich insbesondere anhand der Verknüpfung der Faktoren „Haushaltsgröße“ und „Gemeindegrößenklasse“ aufzeigen.

Die Haushaltsstruktur des Landes Baden-Württemberg weicht von den Bundeswerten nicht gravierend ab. Der Anteil der Ein- und Zweipersonenhaushalte im Land ist etwas geringer, Haushalte mit vier oder fünf und mehr Personen etwas zahlreicher. Die durchschnittliche Haushaltsgröße liegt in Baden-Württemberg lediglich um 0,1 Personen über dem Bundesdurchschnitt von 2,3 Personen je Haushalt.

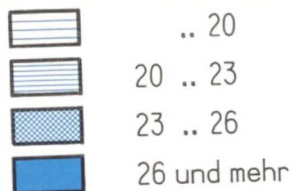
Dipl.-Verwaltungswissenschaftler Klaus Bronnenmayer

Einpersonenhaushalte in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

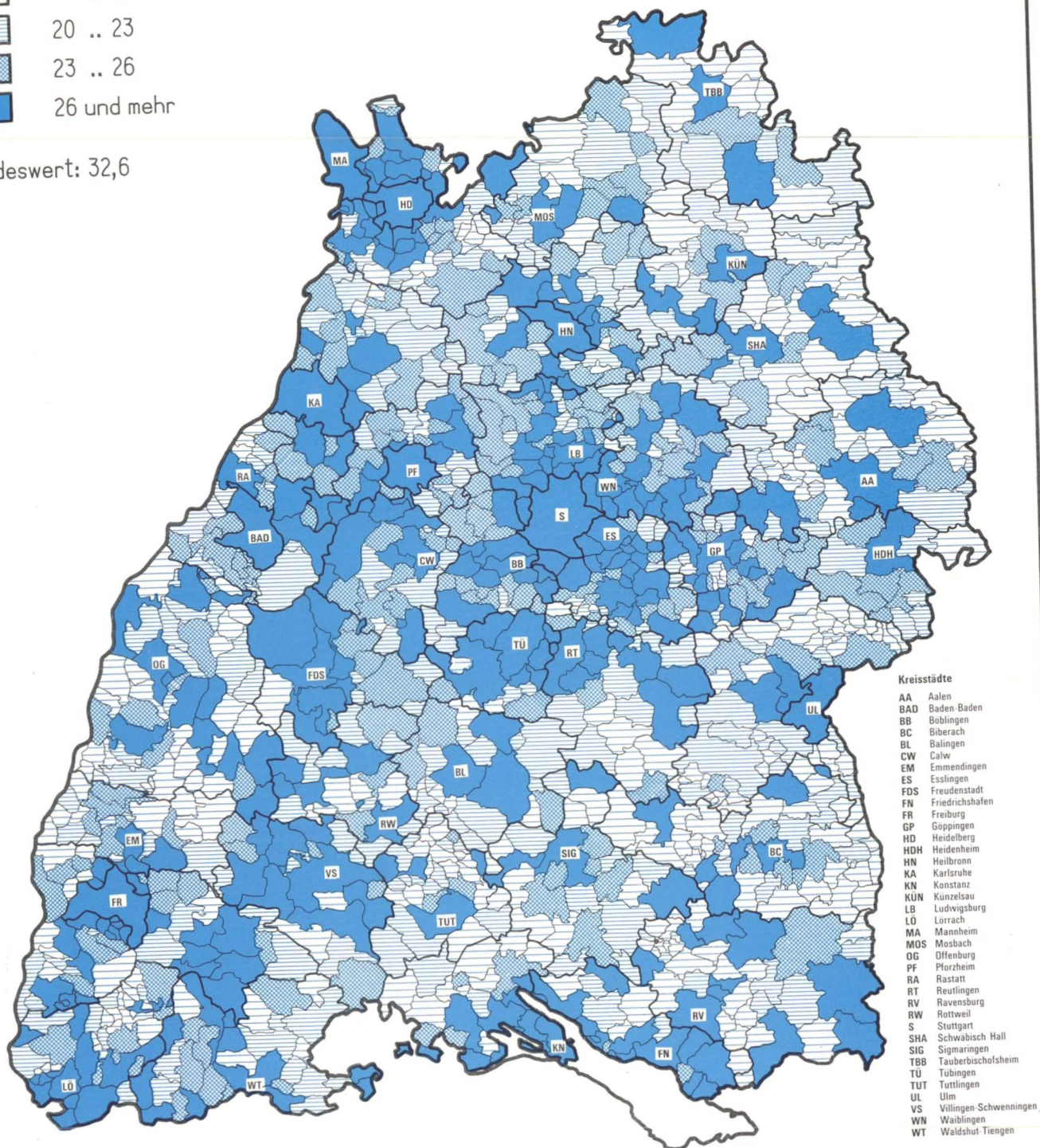
- Ergebnisse der Volks- und Berufszählung -

Anteil in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 32,6



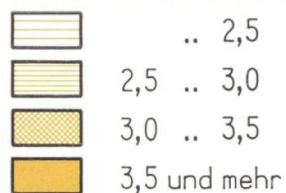
Kreisstädte	
AA	Aalen
BAD	Baden-Baden
BB	Böblingen
BC	Biberach
BL	Balingen
CW	Calw
EM	Emmendingen
ES	Esslingen
FDS	Freudenstadt
FN	Friedrichshafen
FR	Freiburg
GP	Göppingen
HD	Heidelberg
HDH	Heidenheim
HN	Heilbronn
KA	Karlsruhe
KN	Konstanz
KUN	Künzelsau
LB	Ludwigsburg
LO	Lörrach
MA	Mannheim
MOS	Mosbach
OG	Offenburg
PF	Pforzheim
RA	Rastatt
RT	Reutlingen
RV	Ravensburg
RW	Rottweil
S	Stuttgart
SH	Schwäbisch Hall
SIG	Sigmaringen
TBB	Tauberbischofsheim
TU	Tübingen
TUT	Tutzingen
UL	Ulm
VS	Vödingen-Schwenningen
WN	Waiblingen
WT	Waldshut-Tiengen

Durchschnittliche Haushaltsgröße
in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

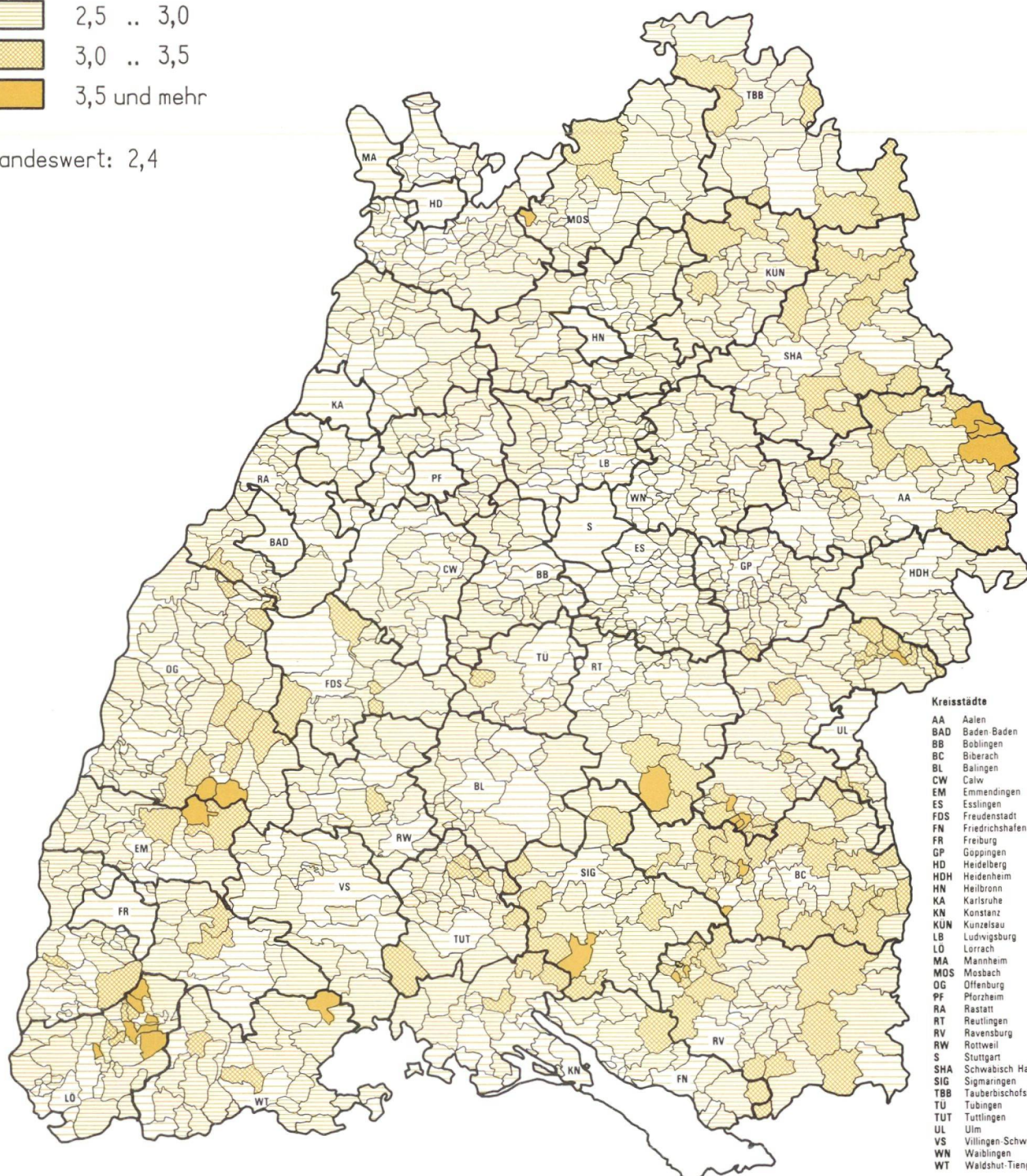
-Ergebnisse der Volks- und Berufszählung-

Personen je Haushalt

von .. bis unter



Landeswert: 2,4



Kreisstädte

AA Aalen
BAD Baden-Baden
BB Böblingen
BC Biberach
BL Balingen
CW Calw
EM Emmendingen
ES Esslingen
FDS Freudenstadt
FN Friedrichshafen
FR Freiburg
GP Göppingen
HD Heidelberg
HDH Heidenheim
HN Heilbronn
KA Karlsruhe
KN Konstanz
KÜN Künzelsau
LB Ludwigsburg
LO Lorch
MA Mannheim
MOS Mosbach
OG Offenburg
PF Pforzheim
RA Rastatt
RT Reutlingen
RV Ravensburg
RW Rottweil
S Stuttgart
SHA Schwabisch Hall
SIG Sigmaringen
TBB Tauberbischofsheim
TU Tübingen
TUT Tuttlingen
UL Ulm
VS Villingen-Schwenningen
WN Waiblingen
WT Waldstut-Tiengen

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

566 90

Die Religionszugehörigkeit der Bevölkerung am 25. Mai 1987

Ergebnisse der Volkszählung

Baden-Württemberg weist traditionell eine besonders ausgeprägte Vielgestaltigkeit religiöser Formen auf. Bedauerlich ist deshalb, daß die Volkszählung 1987 diesem Tatbestand insoweit nicht ausreichend Rechnung trägt, als – wie schon bei der Volkszählung 1970 – das Volkszählungsgesetz nur wenige Ausprägungen des Merkmals „Rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft“ zuließ (vgl. *Kasten*).

Demgegenüber sah das Verzeichnis der Religionsbenennungen, das bei der Auswertung der Volkszählung 1961 zur Anwendung kam, noch über 400 Bezeichnungen und Stichworte zur Unterscheidung dieses differenzierten Sachverhaltes vor.

Die Frage „nach der Religion“ zielt dabei nicht auf das Bekenntnis im Sinne einer Offenlegung der weltanschaulichen Überzeugung des einzelnen Auskunftspflichtigen – dies entzieht sich der statistischen Erfassung –, sondern auf die Zugehörigkeit bzw. Nichtzugehörigkeit zu einer Kirche, Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft. Die ermittelte Zahl der Angehörigen einer bestimmten Religionsgesellschaft gibt demnach keine Auskunft darüber, wieviele Menschen sich ihr innerlich verbunden fühlen, sondern besagt nur, daß sie der betreffenden Gemeinschaft im rechtlichen Sinne angehören.¹

Die christlichen Hauptbekenntnisse verlieren Bevölkerungsanteile

Bei der Volkszählung 1987 bezeichneten sich von den 9 286 287 Einwohnern des Landes Baden-Württemberg 4 203 133 als Angehörige der Römisch-katholischen Kirche, 3 782 142 als Angehörige der Evangelischen Landeskirchen und 71 536 als Angehörige Evangelischer Freikirchen. Erstmals bei einer Volkszählung wurden die Mitglieder der Islamischen Religionsgemeinschaft gesondert erfaßt und mit 273 192 nachgewiesen. Der Jüdischen Religionsgesellschaft rechneten sich 3 005 Personen zu. Anderen Religionsgesellschaften gehörten 285 968 Personen an, 530 403 Einwohner waren kirchlich nicht gebunden, und 137 008 machten zu dieser Frage im Erhebungsbogen keine Angabe.

Der Vergleich mit den Ergebnissen früherer Volkszählungen zeigt, daß sich tiefgreifende strukturelle Umschichtungen vollzogen haben.² Wie *Tabelle 1* ausweist, gehörten im

4 Rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft

Römisch-katholische Kirche	•	—
Evangelische Kirche	•	—
Evangelische Freikirche	•	—
Jüdische Religionsgesellschaft	•	—
Islamische Religionsgemeinschaft	•	—
andere Religionsgesellschaften	•	—
keiner Religionsgesellschaft rechtlich zugehörig	•	—

Erläuterungen zum Personenbogen

Zu Frage 4: Rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft

Zu Evangelischen Freikirchen zählen u.a. der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten), die Evangelisch-methodistische Kirche, der Bund freier evangelischer Gemeinden in Deutschland, die Vereinigung der Deutschen Mennonitengemeinden. Zu »andere Religionsgesellschaften« zählen auch die Altkatholiken, die Griechisch-Orthodoxen und die Siebenten-Tags-Adventisten.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

98 92

Land traditionell über 90 % der Gesamtbevölkerung den beiden christlichen Hauptbekenntnissen an. Die römisch-katholische und die evangelische Bevölkerung haben sich nunmehr im Anteil von 93,2 % (1970) auf 86,8 % zurückentwickelt. Andere Religionsgesellschaften, die aufgrund der eingeschränkten Fragestellung (vgl. oben) nicht gesondert ausgewiesen werden können, wie zum Beispiel die Ostkirchen, Orientalische Kirchen und die Altkatholische Kirche sowie christlich orientierte Sondergemeinschaften, nicht-christliche Volks- und Weltreligionen sowie Freireligiöse und Weltanschauungsgemeinschaften haben einen Einwohneranteil von 3,1 %. Die erstmals separat erhobenen Moslems erreichen derzeit einen Anteil von 2,9 %. Um den Faktor drei vergrößerte sich im Referenzzeitraum der Personenanteil, der keiner Religionsgesellschaft zuzurechnen ist.

Die Vermutung, daß die Verteilung der Bevölkerung auf die Religionsgesellschaften durch Mobilitätsprozesse stark beeinflußt wurde, liegt nahe. Von den Ländern der „alten“ Bundesrepublik nämlich verzeichnete Baden-Württemberg zwischen den Volkszählungen mit 4,4 % das höchste Bevölkerungswachstum. Die Zunahme war zu mehr als der Hälfte auf die Ausländerpopulation zurückzuführen. Deren Anteil beträgt nach dem Zählungsergebnis 9,1 %.

Die Kulturkreise, aus denen die Ausländergruppen kommen, sind sehr different. Einem starken Drittel an Nicht-deutschen aus EG-Ländern, am stärksten vertreten die Italiener, stehen knapp zwei Drittel Ausländer aus Nicht-EG-Staaten gegenüber, von denen 44,7 % aus der Türkei und 29,9 % aus den Ländern Jugoslawiens stammen. Die Hauptherkunftsländer der Ausländer machen bereits deutlich, daß Deutsche und Nichtdeutsche hinsichtlich der

¹ Vgl.: Steinki, Paul: Die Religionszugehörigkeit am 6. Juni 1961, in: Statistische Monatshefte Baden-Württemberg, Heft 12/1963, S. 354 ff.

² Vgl. auch: Frank, Eberhard: Erste Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12, 1988, S. 497 ff.

Tabelle 1

Die Bevölkerung Baden-Württembergs 1900 bis 1987 nach der rechtlichen Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft
Ergebnisse der Volks- und Berufszählungen

Jahr	Bevölkerung		Darunter nach der rechtlichen Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft							
			evangelisch ¹⁾		röm.-katholisch		jüdische Religionsgesellschaft		islamische Religionsgemeinschaft	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%		
1900	4 104,2	2 214,4	54,0	1 836,6	44,7	38,0	0,9	.	.	
1925	4 964,5	2 645,8	53,3	2 215,1	44,6	34,9	0,7	.	.	
1939	5 473,1	2 798,1	51,1	2 466,2	45,1	13,7	0,3	.	.	
1950	6 430,2	3 173,7	49,4	3 030,7	47,1	1,4	0,0	.	.	
1961	7 759,2	3 791,4	48,9	3 633,0	46,8	1,5	0,0	.	.	
1970	8 895,0	4 073,2	45,8	4 219,7	47,4	3,0	0,0	.	.	
1987	9 286,4	3 853,7	41,5	4 203,1	45,3	3,0	0,0	273,2	2,9	

¹⁾ Angehörige der Evangelischen Landes- und Freikirchen (ohne christlich orientierte Sondergemeinschaften). – Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zugehörigkeit zu einer Kirche, Religions- oder Weltanschauungsgesellschaft gravierende Unterschiede erwarten lassen. Während bei der deutschen Bevölkerung neun von zehn Personen einem der christlichen Hauptbekenntnisse zuzuordnen sind, trifft dies nicht einmal auf die Hälfte (44,3 %) der Ausländer zu. Über 30 % davon sind Moslems, 15 % zählen zu anderen Religionsgesellschaften. Hinsichtlich der beiden christlichen Hauptkonfessionen läßt sich errechnen, daß 40,8 % der Nichtdeutschen katholisch und 3,5 % evangelisch sind.

Katholiken größte konfessionelle Gruppe

Der relative Bedeutungsverlust der christlichen Hauptbekenntnisse, die Einbuße an Homogenität bzw. die Zunahme „multikultureller“ Gruppierung ist offensichtlich vor allem Folge der Zuwanderung von außen. Nicht übersehen werden darf aber, daß die Zahl derjenigen gestiegen ist, die – rechtlich gesehen – keiner Religionsgesellschaft angehören. Hier kommen zweifellos auch die in den vergangenen Jahren sich häufenden Kirchenaustritte zum Ausdruck, die primär bei den beiden großen christlichen Kirchen zu beobachten sind.

So steht, verglichen mit der vorangegangenen Volkszählung, einer stark angewachsenen Einwohnerzahl des Landes (+ 391 000) eine geschrumpfte Mitgliederzahl der beiden großen christlichen Kirchen gegenüber (- 308 000).

Zwar besteht das für Baden-Württemberg typische Gleichgewicht in der Zugehörigkeit zu den beiden großen christlichen Kirchen nach wie vor, allerdings auf niedrigerem Niveau und eingebettet in plurale religiöse Verhältnisse. Weil der zahlenmäßige Rückgang bei den römisch-katholischen Bewohnern des Landes weniger stark ausgeprägt war als bei den evangelischen und weil bei den zugewanderten Nichtdeutschen der Anteil der Katholiken unter den christlichen Hauptkonfessionen weit überwog, hat sich die seit einigen Jahrzehnten zu beobachtende gegenläufige Verschiebung der Anteile der beiden Hauptkonfessionen im Lande weiter fortgesetzt. Durch die Zuwanderung war die Katholische Kirche im Hinblick auf den Mitgliederbestand zwar relativ begünstigt, doch wurde dadurch der ohnehin vorhandene Trend lediglich verstärkt. Auch ohne Zuwanderung hätte sich durch die grundlegenden demographischen Prozesse und veränderte Grundeinstellungen von Bevölkerungsgruppen zu Religions- und Glaubensfragen die beschriebene Entwicklung vollzogen. Im Ergebnis vergrößerte sich das Übergewicht der katholischen gegenüber der evangelischen Bevölkerung weiter, und zwar sowohl für die Bevölkerung insgesamt als auch für die Deutschen (Tabelle 2).

Altersstruktur bei Katholiken relativ günstig

Quantitative Entwicklungspotentiale von Bevölkerungsgruppen sind nicht unabhängig von der Altersstruktur; die-

Tabelle 2

Die Bevölkerung Baden-Württembergs 1970 und 1987 nach Staatsangehörigkeit und der rechtlichen Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft
Ergebnisse der Volks- und Berufszählungen

Bevölkerung	Insgesamt		Darunter					
			römisch-katholisch		evangelisch ¹⁾		keiner Religionsgesellschaft rechtlich zugehörig	
	1970	1987	1970	1987	1970	1987	1970	1987
	1 000							
Insgesamt	8 895,0	9 286,4	4 219,7	4 203,1	3 899,4	3 782,1	164,9	530,4
Deutsche	8 253,3	8 436,7	3 808,0	3 856,3	3 870,7	3 752,4	.	480,6
Ausländer	641,7	849,7	411,7	346,8	28,7	29,7	.	49,8

¹⁾ Ohne evangelische Freikirchen.

se beeinflusst die natürliche, durch Geburt und Tod bestimmte Bevölkerungsentwicklung entscheidend. Der Altersaufbau der katholischen Bevölkerung ist relativ günstiger als derjenige der evangelischen. Als geeignetes Maß zur Veranschaulichung dieses Sachverhaltes erweist sich die Medianbevölkerung. Der Medianwert teilt die nach dem Alter aufsteigend geordnete Bevölkerung hälftig. Er beträgt bei der katholischen Bevölkerung etwa 36 Jahre, bei der evangelischen ca. 41 Jahre.

In allen 5er-Altersgruppen unterhalb 65 Jahren gibt es mehr Angehörige der Katholischen Kirche als der Evangelischen. Bei den Senioren ab 65 Jahren verhält es sich umgekehrt. Es fällt auf, daß in keiner Altersgruppe eines der christlichen Hauptbekenntnisse die Hälfte der Landesbevölkerung umfaßt. Die Anteilsdifferenz, nach Altersgruppen gegliedert (Spannweite), beträgt beim katholischen Bevölkerungsteil stabile 5,3 Prozentpunkte, beim evangelischen Bevölkerungsteil aber immerhin 13,8 Prozentpunkte.

Dieser Befund ist durch den Hinweis zu ergänzen, daß der evangelische Anteil an der Gesamtbevölkerung ausgehend vom niedrigsten Wert – er liegt mit 35,9 % in der Alters-

gruppe der 5- bis unter 6jährigen – mit fortschreitendem Alter nahezu ununterbrochen ansteigt, um bei den Hochbetagten mit 75 und mehr Jahren den höchsten Wert (49,7 %) zu erreichen. Demgegenüber halten sich die Anteilseinbußen in den jüngeren Altersgruppen beim katholischen Bevölkerungsteil (noch?) in engen Grenzen. Immerhin wird der Durchschnittsanteil (45,3 %) bei der Gruppe der 6- bis unter 10jährigen noch erreicht, nicht mehr allerdings bei den unter 6jährigen.

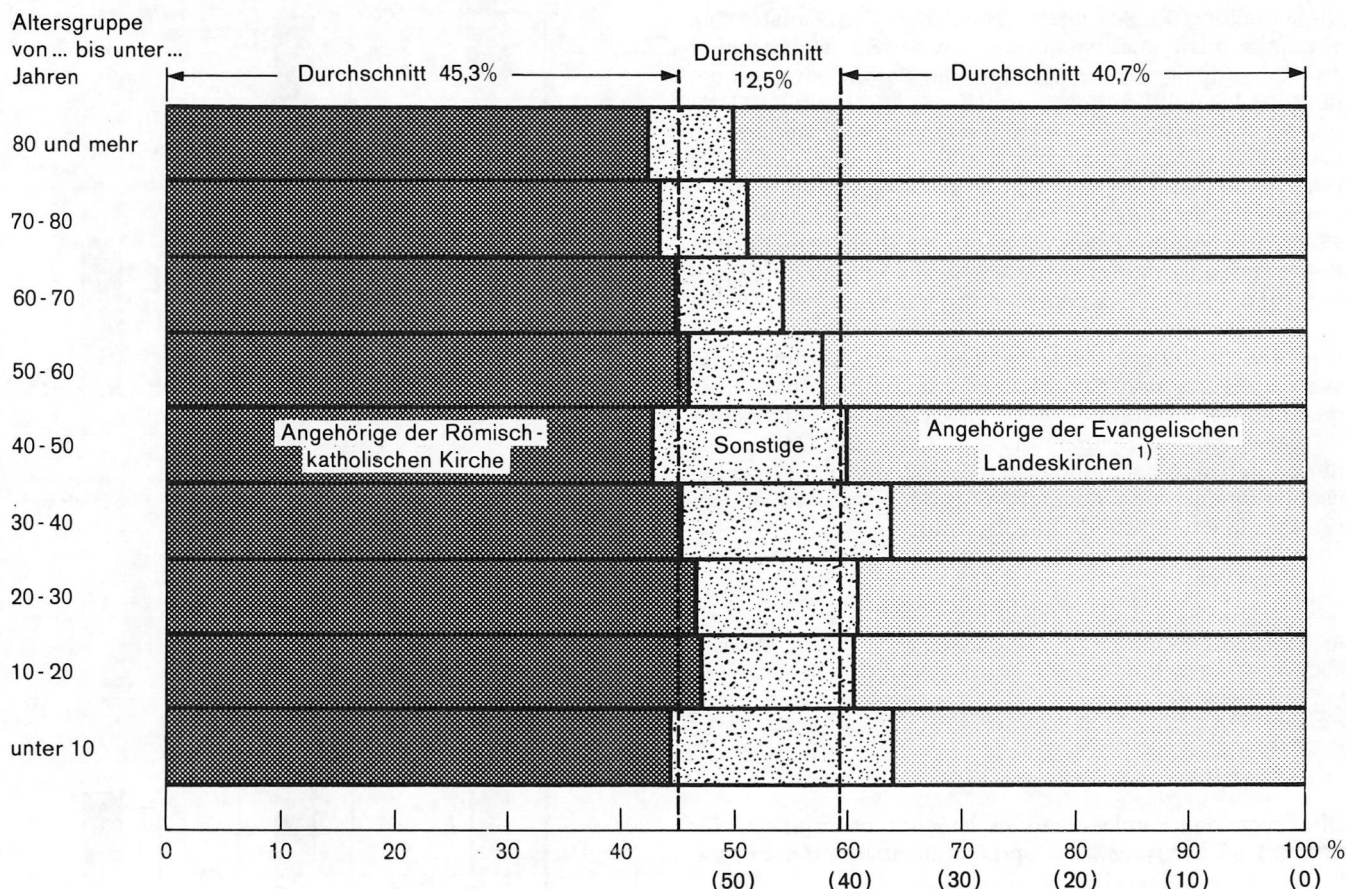
Die Zahlen zeigen, daß die natürliche Komponente der Bevölkerungsentwicklung den katholischen Bevölkerungsteil insofern begünstigt, als die familienbildenden, reproduktiven Jahrgänge relativ stärker, die Jahrgänge mit wachsender Sterblichkeit dagegen relativ schwächer besetzt sind als in der evangelischen Bevölkerung.

Da Kinder im Regelfall in einen Familienhaushalt hinein geboren werden, ist für die natürliche Komponente der Entwicklung der Bevölkerungsanteile der betrachteten Kirchen auch die Religionszugehörigkeit der Ehepartner von Bedeutung. Bei 84,6 % aller Ehepaare gehören die Partner der katholischen oder evangelischen Kirche an. Der Anteil

Schaubild 1

Bevölkerung in Baden-Württemberg 1987 nach der rechtlichen Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft und Altersgruppen

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung



1) Ohne ev. Freikirchen.

Tabelle 3

Ehepaare in Baden-Württemberg 1961, 1970 und 1987 nach der Konfessionszugehörigkeit der Partner
Ergebnisse der Volks- und Berufszählungen

Jahr	Ehepaare insgesamt		Darunter Ehemann							
			römisch-katholisch				evangelisch			
			Ehefrau				Ehefrau			
			römisch-katholisch		evangelisch		römisch-katholisch		evangelisch	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
1961 ¹⁾	1 790,5	100	660,3	36,9	137,7	7,7	140,4	7,8	733,7	41,0
1970 ²⁾	2 086,9	100	751,2	36,0	180,8	8,7	188,8	9,0	781,2	37,4
1987	2 137,1	100	731,5	34,2	209,3	9,8	221,4	10,4	646,1	30,2

¹⁾ Ergebnisse der 10%-Haushalts- und Familienstatistik der Volks- und Berufszählung 1961. – ²⁾ Ergebnis der 10%-Masse der Volks- und Berufszählung 1970.

der Ehen mit Partnern derselben Konfession beträgt bei den Katholiken etwas mehr als ein Drittel (34,2 %), bei der evangelischen Bevölkerung 30,2 %.

Nicht völlig ohne Einfluß auf den untersuchten Sachverhalt dürften auch die konfessionell gemischten Ehepaare sein, da gegebenenfalls für die Kinder eine Entscheidung im Hinblick auf die Konfessionszugehörigkeit zu treffen ist. Jedes fünfte Ehepaar ist hiervon betroffen, wobei Ehen, bei denen die Frau der Römisch-katholischen Kirche angehört, leicht überwiegen (Tabelle 3).

schnittlich merklich größer als Haushalte der evangelischen Bevölkerung (2,36). Allerdings mußte die Zuordnung der Mitglieder eines Haushaltes nach der Religionszu-

Schaubild 2
Bevölkerung in Baden-Württemberg 1987 nach Familienstand, Geschlecht und rechtlicher Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft
Ergebnisse der Volkszählung

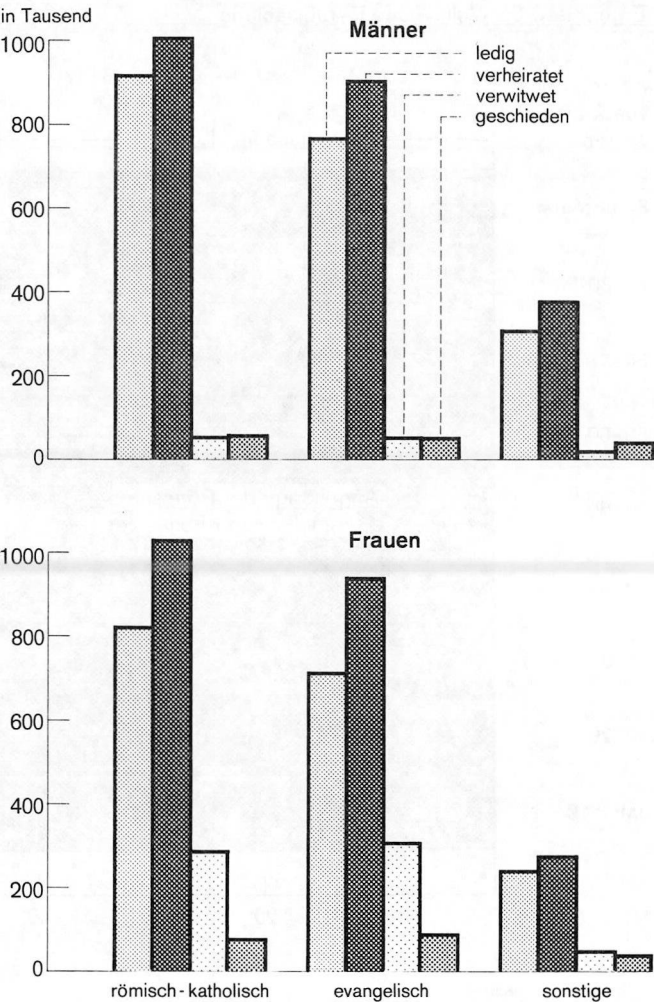
Familienstand und Haushaltsbildung

Die Verteilung der Bevölkerung nach dem Familienstand ist ebenfalls nicht unabhängig vom Alter. So dokumentiert sich die günstigere Altersstruktur der Katholiken in einem überdurchschnittlich hohen Anteil von 46,2 % an den ledigen Personen gegenüber einem entsprechend niedrigeren Wert (39,3 %) beim evangelischen Bevölkerungsanteil. Die relative Überalterung der evangelischen Bevölkerung führt umgekehrt dazu, daß der Anteil an den Verwitweten mit 47,9 % deutlich über dem Landesdurchschnitt liegt, bei den Katholiken aber darunter. Die Anteile der Verheirateten entsprechen jeweils etwa dem Durchschnittswert.

Wie die Texttabelle zeigt, bestehen auch bezüglich der stichtagsbezogenen Geschiedenenquoten sowohl für die gesamte Bevölkerung als auch für die Frauen, Unterschiede bezüglich der Religionszugehörigkeit. Die Geschiedenenquoten sind bei Katholiken niedriger als in der evangelischen Bevölkerung, bei beiden Gruppen zusammen niedriger als in der sonstigen Bevölkerung.

Geschiedenenquote in %		
Religionszugehörigkeit	Zusammen	Weiblich
Insgesamt	3,4	3,9
Römisch-katholisch	2,9	3,3
Evangelisch	3,4	4,1
Sonstige	5,1	5,6

Die Frage des Familienstandes ist auch bestimmend für den Prozeß der Haushalts- und Familienbildung sowie die Größe der Haushalte. Auch hier weisen die Mitglieder der beiden Hauptkonfessionen deutliche Strukturunterschiede auf. Dies wird bereits an der Durchschnittsgröße der Haushalte erkennbar: katholische Haushalte (2,49) sind durch-



gehörigkeit der Bezugsperson berechnet werden, wobei nur Näherungswerte ermittelt werden konnten. Zwar gehören von den Partnern in etwas mehr als drei Viertel der Fälle beide der gleichen Konfession an, ein knappes Viertel aber nicht, was möglicherweise zu falschen Zuordnungen führte. Wie die Durchschnittsgröße bereits erwarten läßt, wurden Haushalte mit mehr als zwei Personen häufiger einer katholischen Bezugsperson zugerechnet. Mit wachsender Haushaltsgröße erweitert sich der Abstand zugunsten der Katholiken. In Haushalten mit drei und mehr Personen leben 66,4 % der Katholiken, aber nur 62,1 % der evangelischen Bevölkerung.

Quellen des Lebensunterhalts

Die Quellen, aus denen die Bevölkerung den Lebensunterhalt bestreitet, sind vielfältig (vgl. *Kasten*). Das bedeutendste Mittel stellt die Erwerbstätigkeit dar, wodurch die Güter und Dienstleistungen erst geschaffen werden, die dann über den Marktmechanismus oder auf sonstigem Wege zur Verteilung gelangen. Kommen mehrere Unterhaltsquellen gleichzeitig in Betracht, wird die Erwerbstätigkeit nur berücksichtigt, wenn ihr Beitrag überwiegt. Das so berechnete Ergebnis liegt natürlich niedriger, als wenn festgestellt wird, ob eine Person in einem Arbeitsverhältnis steht, selbständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreibt oder einen freien Beruf ausübt, ohne den Bezug zum Ertrag dieser Tätigkeit für den Lebensunterhalt herzustellen und ohne Beachtung der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit.

Der Bevölkerungsanteil, bei dem der Beitrag der Erwerbstätigkeit zur Bestreitung der Kosten für den Lebensunterhalt überwiegt, beträgt 43,0 %. Von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe, Renten und Pensionen lebt jede fünfte Person (21,5 %), und mehr als jede dritte Person (35,5 %) lebt vom Unterhalt durch Eltern, Ehegatten usw. Die Wahl der Unterhaltsquelle wird durch ein Bündel von Faktoren beeinflusst. Demographische, soziale, ökonomische und regionale Gegebenheiten gehören dazu. Auch durch die Gesellschaft – im Einzelfall durch die Kirchen – vermittelte Werthaltungen sowie persönliche Erwägungen bis hin zur „Karriereplanung“.

Entsprechend zeigt die Aufgliederung nach der Religionszugehörigkeit bezüglich der Unterhaltsquellen signifikante Unterschiede zwischen der evangelischen und katholischen Bevölkerung. Bei den Katholiken übersteigt der Anteil der Bevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit ebenso den Landesdurchschnitt wie derjenige aus Unterhalt durch Eltern, Ehegatten usw., während bei der evangelischen Bevölkerung der Anteil mit derivativem Lebensunterhalt, insbesondere Rente, Pension und dergleichen über dem Landesdurchschnitt liegt. Beide Befunde erklären sich aus der unterschiedlichen Altersstruktur. Bei der katholischen Bevölkerung überwiegen nämlich relativ Haushalte mit Kindern und bei der evangelischen diejenigen mit Rentnern.

Die Aufschlüsselung der Unterhaltsquelle Erwerbstätigkeit weist zudem aus, daß für den evangelischen Bevölkerungsanteil der Dienstleistungssektor (50,4 %), für den katholischen der sekundäre Wirtschaftsbereich (50,2 %) jeweils am bedeutendsten einzustufen sind (*Schaubild 3*). Da der Dienstleistungsbereich häufiger als das Produzie-

8 Leben Sie überwiegend von

- Erwerbs-, Berufstätigkeit ☐
- Arbeitslosengeld, -hilfe ☐
- Rente, Pension ☐
- eigenem Vermögen, Vermietung, Verpachtung, Altenteil ☐
- Zuwendungen, Unterhalt durch Eltern, Ehegatten usw. ☐
- sonstigen Unterstützungen (z. B. Sozialhilfe, BAföG) ☐

Erläuterungen zum Personenbogen

Zu Frage 8: Leben Sie überwiegend von ...

Die Unterhaltsquelle, aus der der überwiegende Lebensunterhalt bestritten wird, darf nur bei unmittelbaren Beziehern, Berechtigten markiert werden, nicht aber bei den Angehörigen. Diese markieren ggf. »Zuwendungen, Unterhalt durch Eltern, Ehegatten usw.«. Stipendien sind bei »sonstigen Unterstützungen (z.B. Sozialhilfe, BAföG)« zu markieren; desgleichen Unterhaltsgeld nach dem Arbeitsförderungsgesetz für Umschulung und Fortbildung sowie für Arbeits- und Berufsförderung Behinderter.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

99 92

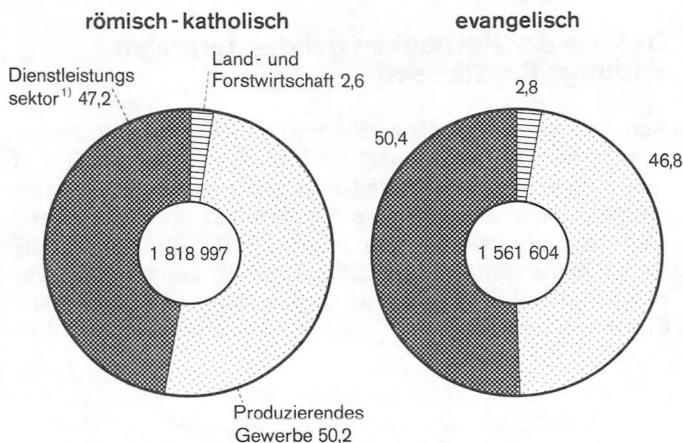
rende Gewerbe mit positiven ökonomischen Zukunftserwartungen in Verbindung gebracht wird, weisen die bestehenden Strukturunterschiede über die bloße gegenwärtige Bestandsfeststellung hinaus. Es steht zu vermuten, daß der nicht geringe Anteil an katholischer nichtdeutscher Bevölkerung wesentlich zu der unterschiedlichen Verteilung beigetragen hat. Hingegen läßt der Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei zur Erzielung des Lebensunterhalts, wo man einen Überhang der katholischen Bevölkerung vermuten würde, nach der Religionszugehörigkeit betrachtet, überraschenderweise keine Strukturunterschiede erkennen.

Schaubild 3

Evangelische und römisch-katholische Bevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit in Baden - Württemberg 1987 nach Wirtschaftsbereichen

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung

Anteile in %



1) Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung einschließlich Übrige Wirtschaftsbereiche.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

93 92

Erwerbsbeteiligung und sozialer Status

Um die Bedeutung der Erwerbsbeteiligung umfassend aufzuzeigen, werden zu den Fällen, in denen sie die wichtigste Quelle zur Erzielung des Lebensunterhaltes darstellt, jene hinzugerechnet, wo die Erwerbsbeteiligung einen geringeren Beitrag zum Haushaltsbudget als andere Unterhaltsquellen leistet. Die Teilhabe am Erwerbsprozeß kann mit der Erwerbstätigkeitsquote umfassend abgebildet werden, da sie den Anteil der Erwerbstätigen an einer Bevölkerungsgruppe darstellt. Diese Quote liegt für den evangelischen Bevölkerungsteil unter, beim katholischen über dem Landesdurchschnitt.

Erwerbstätigkeitsquote in %		
Bevölkerung	Zusammen	Weiblich
Insgesamt	46,9	35,5
Römisch-Katholisch	47,3	36,0
Evangelisch	45,5	34,7
Sonstige	49,8	36,5

Am höchsten ist die Tätigkeitsquote der Personen, die keinem der christlichen Hauptbekenntnisse zuzurechnen sind. Neben altersstrukturellen Faktoren, die für die – gemessen am evangelischen Bevölkerungsanteil – höhere Beteiligungsquote der Katholiken ursächlich ist, wirkt sich bei den Sonstigen die Erwerbsbereitschaft der Ausländer in dieser Nachweiskategorie aus.

Eine wichtige Aufgliederung der Erwerbstätigen betrifft den sozialen Status. Es fällt auf, daß das selbständige Element in der evangelischen Bevölkerung etwas über dem Landesdurchschnitt (9,8 %) liegt, der von den Katholiken nicht erreicht wird. Bei den Beamten, Richtern und Soldaten sind die Anteile ausgewogen, während Angestelltenpositionen bei der evangelischen und Lohnempfänger einschließlich Facharbeitern bei der katholischen Bevölkerung eindeutig überwiegen (*Schaubild 4*). Während die freiberufliche Tätigkeit als Selbständiger ebenso wie leitende Funktionen als Angestellte und Beamte an entsprechende schulische und berufliche Ausbildungsgänge geknüpft sind, finden sich insbesondere im Produzierenden Wirtschaftsbereich, in dem ein hoher Anteil Nichtdeutscher Beschäftigung findet, überwiegend Verdienstmöglichkeiten für Arbeiter, was die Verteilung erklärt.

Defizite der Katholiken bei den formalen Bildungsabschlüssen

Schulische und berufliche Bildung der Bevölkerung beeinflussen als „Humankapital“ auch die Standortqualität und über den Erwerbsstatus des einzelnen hinaus das Entwicklungspotential der gesamten Volkswirtschaft. Spätestens seit Picht³ vor nunmehr 25 Jahren für die Bundesrepublik Deutschland eine Bildungskatastrophe ausmachte, war deshalb die politische Zielsetzung sowohl auf die generelle Erhöhung der Übergangs- und Studierquoten als auch dar-

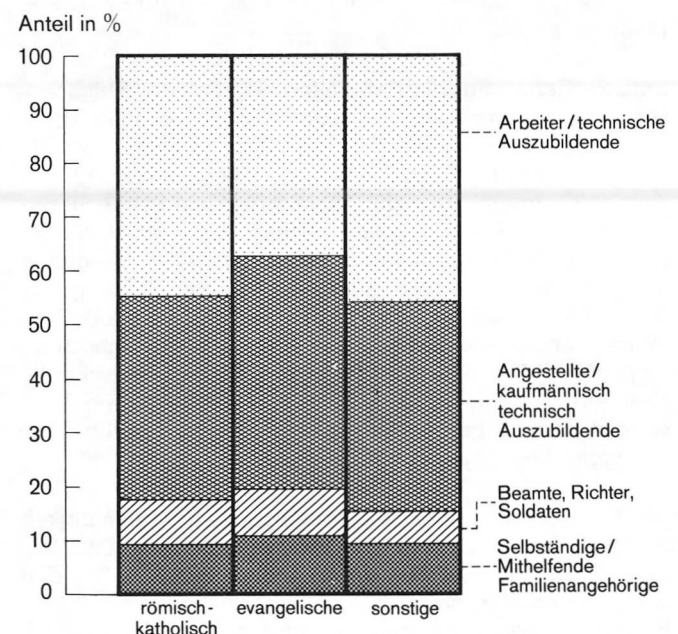
auf ausgerichtet, regionale Ungleichgewichte und soziale Disparitäten einzuebneten. Die Teilhabe an den Bildungsgütern war problematisiert, insbesondere das sprichwörtliche „katholische Mädchen vom Lande“, ohne ausreichenden Zugang zu „höherer Bildung“, sollte ebenfalls erfaßt werden.

Wie ist nun die Situation, 25 Jahre nach Einleitung der Reformen? Die Ergebnisse insgesamt betrachtet weisen aus, daß sowohl im allgemeinbildenden Schulbereich als auch bei den berufsbildenden Abschlüssen Männer im Durchschnitt stärker als Frauen von der Möglichkeit profitiert haben, formal höhere Bildungsabschlüsse zu erwerben, die evangelische Bevölkerung stärker als die katholische. Am deutlichsten tritt dies einerseits bei der Hochschul- bzw. Fachhochschulreife, andererseits beim Fachhoch- bzw. Hochschulabschluß zu Tage, wenn man die beiden Gruppen, die am weitesten auseinander liegen, nämlich die evangelischen Männer und die katholischen Frauen, hinsichtlich der erworbenen Abschlüsse vergleicht (was im Hinblick auf die Gleichstellung von Frau und Mann durchaus zulässig sein dürfte). Während 11,2 % der katholischen Frauen über den höchsten Abschluß an allgemeinbildenden Schulen, die Hochschul- oder Fachhochschulreife verfügen, sind es bei den evangelischen Männern 20,1 %. Noch gravierender ist der Abstand bei den höchsten berufsbildenden Abschlüssen, dem Fachhochschul- und dem Hochschulabschluß. Der Anteil der evangelischen Männer (13,6 %) liegt mehr als doppelt so hoch wie derjenige der katholischen Frauen (5,5 %).

Schaubild 4

Erwerbstätige in Baden-Württemberg 1987 nach sozialer Stellung im Beruf und rechtlicher Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

92 92

³ Vgl.: Picht, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe, München, 1965.

Die Zahlen untermauern die Feststellung, daß die evangelische Bevölkerung in der Summe gesehen signifikant besser ausgebildet ist als die katholische (Tabelle 4). Ein Versuch, dieses Defizit zu quantifizieren, kann vorgenommen werden, indem man berechnet, wieviele Inhaber bestimmter beruflicher bzw. schulischer Abschlüsse dem katholischen Bevölkerungsteil zugerechnet werden müßten, um

dieselben Bildungspositionen innezuhaben wie die evangelische Bevölkerung.

Das Ergebnis der Rechnung, bei Beschränkung auf die relevanten formal höchsten Abschlüsse des allgemeinen und beruflichen Bildungssystems, also die Fachhochschul-/Hochschulreife und den Fachhochschul-/Hochschulabschluß, sieht wie folgt aus:

Tabelle 4

Deutsche Bevölkerung in Baden-Württemberg 1987 nach Geschlecht, Altersgruppen, rechtlicher Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft und höchstem Schulabschluß
Ergebnisse der Volks- und Berufszählung

Geschlecht Altersgruppe Religionsgesellschaft	Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren insgesamt	Darunter nach höchstem Schulabschluß				
		Volks- und Hauptschul- abschluß	Realschul- abschluß (Fachober- schulreife)	Hochschul-, Fachhoch- schulreife	Berufs- fachschul-, Fachschulabschluß	Hochschul-, Fachhochschul- abschluß
männlich						
15 bis unter 40						
davon						
römisch-katholisch	764 331	372 999	141 930	112 135	107 130	73 224
evangelisch	702 928	315 104	135 234	110 923	92 185	72 477
sonstige	171 235	66 737	36 487	43 780	20 437	30 133
Zusammen	1 638 494	754 840	313 651	266 838	219 752	175 834
40 bis unter 65						
davon						
römisch-katholisch	569 281	447 574	60 220	60 831	92 458	65 001
evangelisch	579 878	420 277	77 547	81 344	97 169	89 230
sonstige	147 321	81 807	28 118	37 061	23 517	36 960
Zusammen	1 296 480	949 658	165 885	179 236	213 144	191 191
Zusammen						
davon						
römisch-katholisch	1 333 612	820 573	202 150	172 966	199 588	138 225
evangelisch	1 282 806	735 381	212 781	192 267	189 354	161 707
sonstige	318 556	148 544	64 605	80 841	43 954	67 093
Zusammen	2 934 974	1 704 498	479 536	446 074	432 896	367 025
weiblich						
15 bis unter 40						
davon						
römisch-katholisch	751 624	326 932	219 779	86 980	126 656	46 729
evangelisch	698 588	279 316	204 512	91 802	113 049	48 794
sonstige	130 037	46 601	38 273	27 023	18 825	15 154
Zusammen	1 580 249	652 849	462 564	205 805	258 530	110 677
40 bis unter 65						
davon						
römisch-katholisch	628 318	518 865	78 408	30 486	68 203	23 799
evangelisch	651 760	492 378	111 786	46 842	87 059	36 413
sonstige	99 244	61 754	23 483	13 733	15 213	10 229
Zusammen	1 379 322	1 072 997	213 677	91 061	170 475	70 441
Zusammen						
davon						
römisch-katholisch	1 379 942	845 797	298 187	117 466	194 859	70 528
evangelisch	1 350 348	771 694	316 298	138 644	200 108	85 207
sonstige	229 281	108 355	61 756	40 756	34 038	25 383
Zusammen	2 959 571	1 725 846	676 241	296 866	429 005	181 118
Zusammen						
15 bis unter 40						
davon						
römisch-katholisch	1 515 955	699 931	361 709	199 115	233 786	119 953
evangelisch	1 401 516	594 420	339 746	202 725	205 234	121 271
sonstige	301 272	113 338	74 760	70 803	39 262	45 287
Zusammen	3 218 743	1 407 689	776 215	472 643	478 282	286 511
40 bis unter 65						
davon						
römisch-katholisch	1 197 599	966 439	138 628	91 317	160 661	88 800
evangelisch	1 231 638	912 655	189 333	128 186	184 228	125 643
sonstige	246 565	143 561	51 601	50 794	38 730	47 189
Zusammen	2 675 802	2 022 655	379 562	270 297	383 619	261 632
Zusammen						
davon						
römisch-katholisch	2 713 554	1 666 370	500 337	290 432	394 447	208 753
evangelisch	2 633 154	1 507 075	529 079	330 911	389 462	246 914
sonstige	547 837	256 899	126 361	121 597	77 992	92 476
Zusammen	5 894 545	3 430 344	1 155 777	742 940	861 901	548 143

Defizit der Katholiken an formaler Qualifikation

Bildungsabschluß		Insgesamt	Frauen
Fachhochschul-/Hochschulreife:	Soll	482 958	198 095
	Ist	398 830	162 485
	Defizit (%)	21	22
Fachhochschul-/Hochschulabschluß:	Soll	293 113	100 272
	Ist	230 830	79 877
	Defizit (%)	27	26

Der Abmangel an formal höher bzw. höchst Qualifizierten ist bei beiden Geschlechtern in gleicher Weise stark ausgeprägt. Diese Feststellung gilt aber nur, wenn man – wie in der *Texttabelle* dargestellt – evangelische Männer mit katholischen und evangelischen Frauen mit katholischen, gegliedert nach dem Qualifikationsniveau, vergleicht. Wäre die Forderung zu verwirklichen, katholische Frauen sollten die gleichen Bildungspositionen innehaben wie evangelische Männer, dann müßte auf der Ebene des Hochschul- bzw. Fachhochschulabschlusses ein Defizit von knapp 50 % überbrückt werden, beim höchsten beruflichen Bildungsabschluß an einer Fachhochschule bzw. Hochschule gar 84 %.

Es ist somit festzustellen, daß Katholiken, Männer wie Frauen, einen Nachholbedarf an formalen allgemeinen und berufsbildenden Qualifikationen haben. Und um auf das oben zitierte „katholische Mädchen vom Lande“ zurückzukommen: Es hat noch einen langen Weg zurückzulegen, bis es am Ziel gleicher Bildungsabschlüsse angekommen sein wird, unabhängig davon, ob es nun seinen Bildungsweg auf dem Lande oder in der Stadt geht.

Zusammenfassung und Ausblick

Faßt man diese Ergebnisse zusammen, so kann bei unverändert fortwirkenden Rahmenbedingungen zur demographischen Entwicklung festgestellt werden, daß sich die für die Vergangenheit beobachtete Entwicklung fortsetzen dürfte, nämlich eine

- weitere, wenn auch langsame Abnahme des katholischen und evangelischen Bevölkerungsteils und

- Vergrößerung des Anteilsabstandes des katholischen zum evangelischen Bevölkerungsteils sowie

- zunehmende Anteilseinbußen der christlichen Hauptbekenntnisse, wenn diese insoweit zusammen betrachtet werden.

Die sozialen und ökonomischen Tatbestände sind dadurch geprägt, daß

- im Hinblick auf die Unterhaltsquellen der evangelische Bevölkerungsteil Einkommen relativ stärker im zukunfts-trächtigen Dienstleistungsbereich erzielt und Angestelltenpositionen innehat, während der katholische Bevölkerungsteil über ein relatives Übergewicht im produzierenden Wirtschaftsbereich und in der Arbeiterschaft verfügt,
- das selbständige Element beim evangelischen Bevölkerungsteil relativ stärker vertreten ist.

Im Hinblick auf die Bildungsstruktur der Bevölkerung ist für Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren kennzeichnend, daß

- Männer sowohl bei allgemeinbildenden als auch beruflichen Qualifikationen bei den höheren Abschlüssen relativ stärker vertreten sind als Frauen und der
- evangelische Bevölkerungsteil bei den hochqualifizierten Abschlüssen relativ stärker vertreten ist als die Katholiken.

Es bleibt abschließend anzumerken, daß bislang Informationen über die Zusammensetzung der Bevölkerung nach der rechtlichen Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft nur bei Volkszählungen zu gewinnen sind. Auch wenn – wie eingangs ausgeführt – die fachliche Gliederung dieses Merkmals keineswegs voll befriedigen kann, ist darauf hinzuweisen, daß – auch in Zukunft – ohne direkte Befragung der Bevölkerung Erkenntnisse über Strukturunterschiede aufgrund der Religionszugehörigkeit nicht gewonnen werden können.

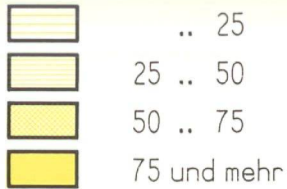
Dipl.rer.pol.(techn.) Eberhard Frank

Römisch-katholische Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

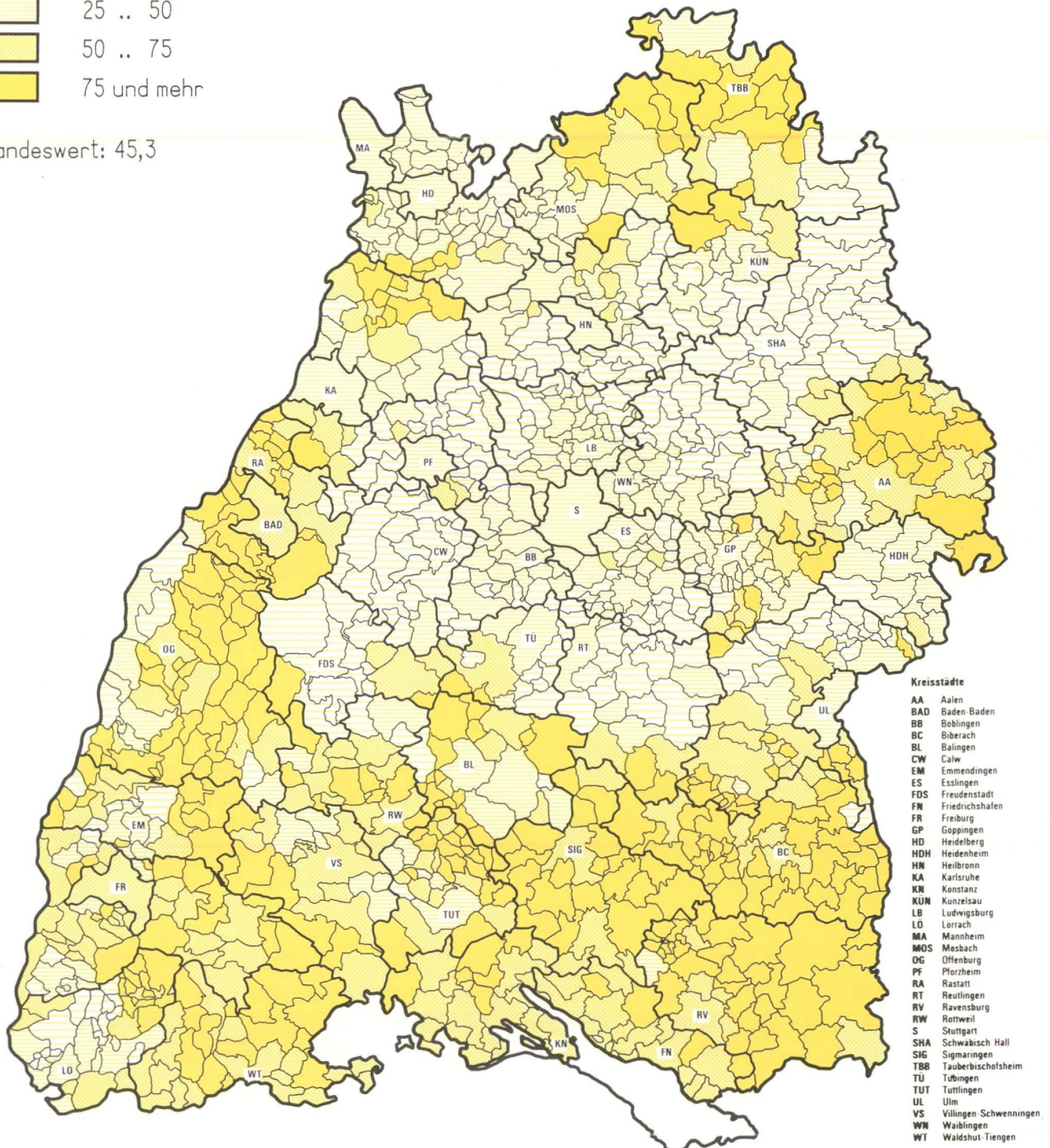
- Ergebnisse der Volks- und Berufszählung -

Anteil in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 45,3



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

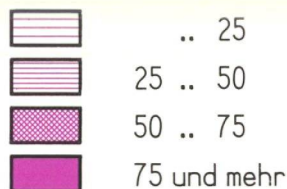
307 89

Evangelische Bevölkerung (Landeskirche) am Ort der Hauptwohnung in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

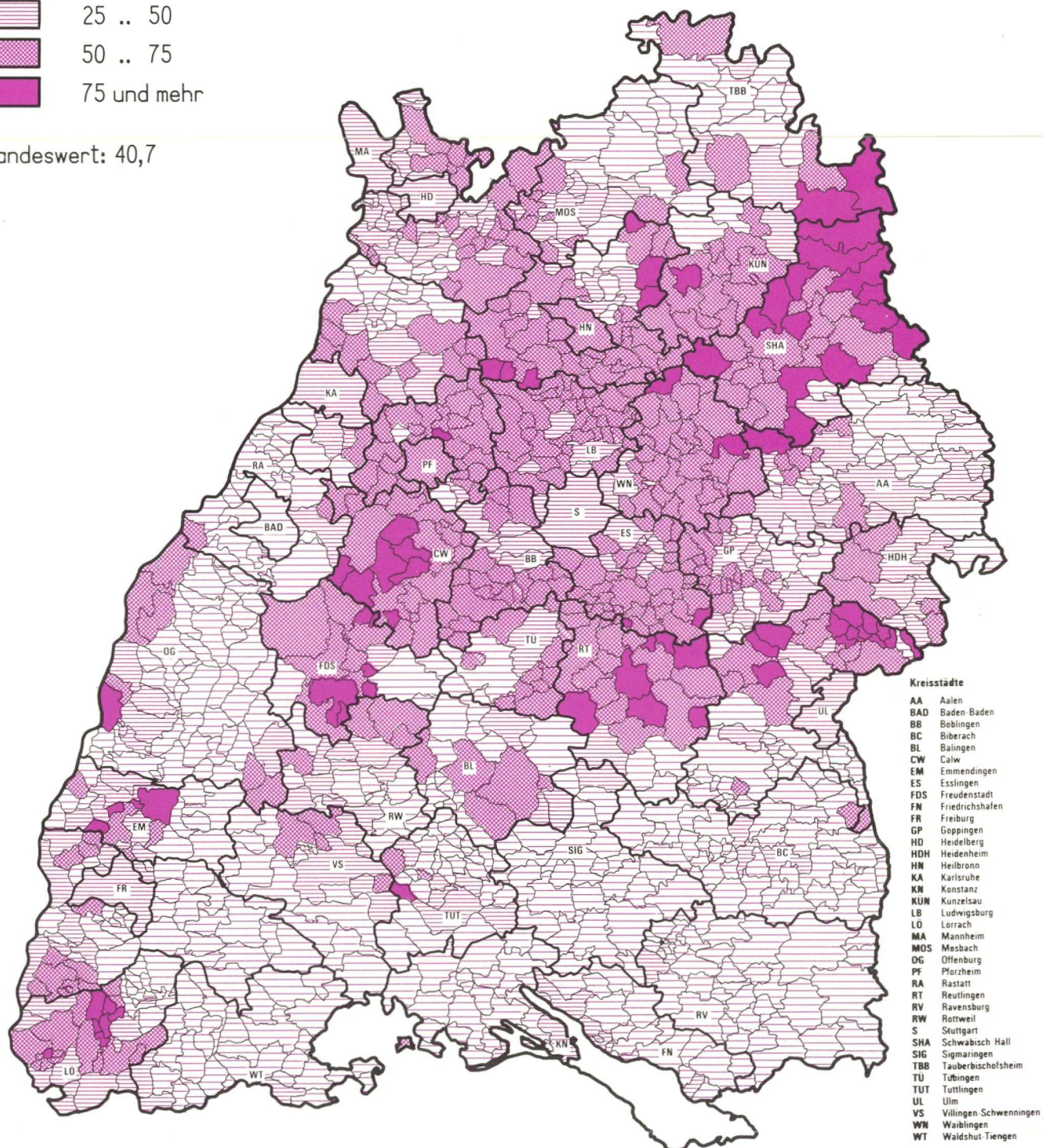
– Ergebnisse der Volks- und Berufszählung –

Anteil in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 40,7



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

308 89

Zur Entwicklung der Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur des Ländlichen Raumes

Methodische Hinweise

Zum datenmäßigen Nachzeichnen von Strukturveränderungen in regionaler Hinsicht eignen sich – sollen nicht bloß Vermutungen über, wenn auch theoretisch gut fundierte, Entwicklungstendenzen aufgezeigt werden – besonders Datenquellen, die alle Elemente der jeweils relevanten Grundgesamtheit erfassen. Dies leisten Datenquellen, die Ereignisse wie Wanderungen, Geburten und Sterbefälle fortlaufend nachweisen, besonders aber Statistiken zur Ermittlung interessierender Bestände, vor allem, wenn deren Ergebnisse stichtagsbezogen und aktuell vorgelegt werden können.

Da die wichtigsten *Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1987* nunmehr verfügbar sind, liegt es nahe, über einen Vergleich mit Ergebnissen der Volkszählungen 1970 und 1961 Strukturen und Tendenzen innerhalb der Bevölkerung aufzuzeigen. Erschwert wird der Vergleich jedoch durch die Neudefinition des grundlegenden Bevölkerungsbegriffs¹, die dazu führt, daß entweder die beobachtete Gesamtentwicklung in der Weise in Komponenten zu zerlegen ist, daß die definitionsbedingte Abweichung isoliert wird. Oder die Elemente, zum Beispiel des räumlichen Bezugssystems, werden derart zusammengefaßt, daß sich die definitionsbedingten Abweichungen entweder wechselseitig aufheben oder zumindest die Interpretation nicht negativ beeinflussen. Der letztere Weg soll hier beschritten werden, indem als räumliche Basis für die vorliegende Untersuchung die im Landesentwicklungsplan (LEP) 1983 festgelegten Raumkategorien² herangezogen werden.

Betrachtet wird der Ländliche Raum i.e.S. (im engeren Sinne) in seiner Wechselbeziehung zu den Verdichtungsräumen, deren Randzonen und den Verdichtungsbereichen (*Schaubild 1*). Im Spiegel der Ergebnisse der Volkszählungen ab 1961 soll insoweit ein Beitrag zur „Standortbestimmung“ des Ländlichen Raumes innerhalb des Landes geleistet werden.

¹ Vgl. Frank, Eberhard: Erste Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12/1988, S. 498 f.

² Die Raumkategorien des Landesentwicklungsplanes wurden nach dem Gebietsstand vom 31. Dezember 1969 abgegrenzt. Im Zusammenhang mit der Gemeindereform gab es eine Vielzahl von Gemeindezusammenschlüssen über die Abgrenzung von Raumkategorien hinweg. Da die amtliche Statistik Regionaldaten in der Regel nur bis zur Ebene der (neuen) Gemeinden auswertet, ist es seit 1972 nicht mehr möglich, Daten für die LEP-Räume in der Abgrenzung von 1969 zusammenzustellen. Mangels einer bundeseinheitlichen Abgrenzung hat das Innenministerium Baden-Württemberg eine Zuordnung der „neuen“ Gemeinden zu den Raumkategorien getroffen, die für statistische Aussagen herangezogen werden kann. Bei dieser Zuordnung handelt es sich um keine Neuabgrenzung. Es muß aber beachtet werden, daß früher veröffentlichte Daten über Raumkategorien mit den hier zusammengestellten Zahlenangaben aus methodischen Gründen nicht voll vergleichbar sind.






Demographische Strukturen

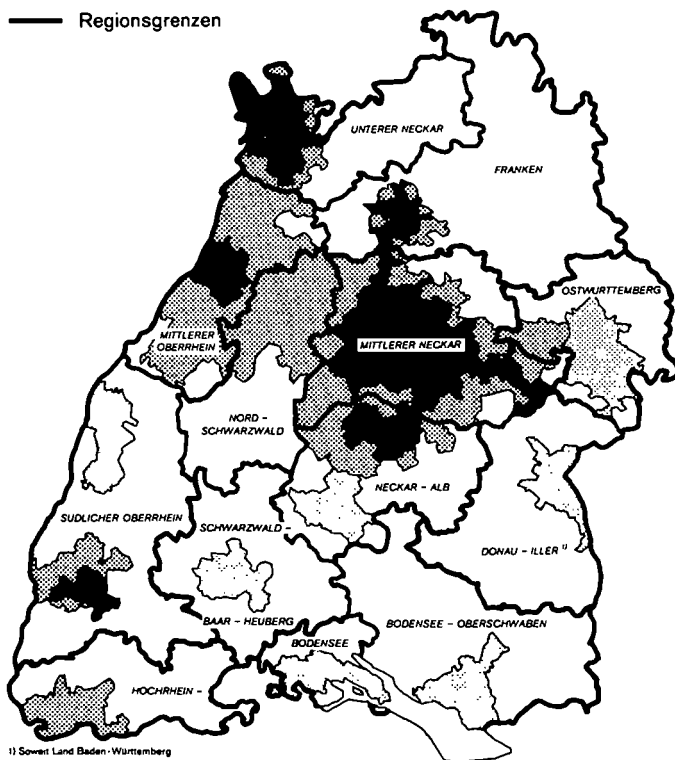
Baden-Württemberg verzeichnete seit 1961 eine Bevölkerungszunahme von 1,5 Mill. Einwohnern. Wäre diese Zunahme gleichmäßig erfolgt, so hätte sie jährlich knapp 60 000 Personen, monatlich rund 5 000 betragen. Allerdings war die Dynamik der Zunahme zwischen den Zählungen 1961 und 1970 weitaus größer als danach: 74% entfielen auf den Zeitraum bis 1970, 36% auf den Anschlußzeitraum. Fast die Hälfte der Bevölkerungszunahme (45 %) ist auf die nichtdeutsche Bevölkerung³ zurückzuführen.

³ Bei den Volkszählungen werden Ausländer wie die deutsche Bevölkerung gezählt. Nicht einbezogen wurden die Angehörigen der ausländischen Stationierungskräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen. Umsiedler und Spätaussiedler sind als Deutsche erhoben.

Schaubild 1

Raumkategorien in Baden-Württemberg nach dem Landesentwicklungsplan 1983

-  Verdichtungsräume
-  Randzonen um Verdichtungsräume
-  Verdichtungsgebiete
-  Ländlicher Raum i. e. S.
-  Regionsgrenzen



1) Soweit Land Baden-Württemberg
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Tabelle 1

Bevölkerung in den LEP-Räumen Baden-Württembergs nach Geschlecht

Ergebnisse der Volkszählungen 1961, 1970 und 1987

LEP-Räume Land	Anteil in %		
	6. 6. 1961	27. 5. 1970	25. 5. 1987
Männlich			
Verdichtungsräume	39,9	39,5	37,6
Randzonen	18,7	19,5	20,9
Verdichtungsgebiete	11,6	11,7	11,5
Ländlicher Raum i.e.S.	29,9	29,4	30,0
Baden-Württemberg	100	100	100
Weiblich			
Verdichtungsräume	39,6	39,3	38,0
Randzonen	18,7	19,5	20,8
Verdichtungsgebiete	11,7	11,7	11,6
Ländlicher Raum i.e.S.	30,0	29,5	29,6
Baden-Württemberg	100	100	100
Insgesamt			
Verdichtungsräume	39,7	39,4	37,8
Randzonen	18,7	19,5	20,9
Verdichtungsgebiete	11,6	11,7	11,6
Ländlicher Raum i.e.S.	30,0	29,5	29,8
Baden-Württemberg	100	100	100

Die Raumkategorien sind von der *Gesamtentwicklung* in unterschiedlichem Maße betroffen. Entsprechend streuten im Beobachtungszeitraum die Regionalanteile der einzelnen Raumkategorien am Landeswert insgesamt zwischen einer Abnahme von 1,9 Prozentpunkten (Verdichtungsräume) und einer Zunahme von 2,2 Prozentpunkten (Randzonen). Die absolute Gewichtsverlagerung zugunsten der Randzonen entspricht mit rund 200 000 knapp der Bevölkerungszahl von Ulm plus Pforzheim. Im Ländlichen Raum lebten 1987 29,8% der Bevölkerung des Landes, gegenüber 30% im Jahre 1961. Der Ländliche Raum hielt also per Saldo mit der Landesentwicklung schritt (*Tabelle 1*).

Die Phase stürmischen Bevölkerungswachstums war begleitet von einem säkularen Prozeß des „kollektiven Alterns“, der vor allem als Ergebnis des Zusammenwirkens einer wohl noch anhaltenden Verlängerung der durchschnittlichen Lebenserwartung der Menschen und eines ausgeprägten Geburtenrückgangs begriffen werden muß.⁴ So erhöhte sich das *Durchschnittsalter der Bevölkerung* des Landes von 35 Jahren 1961 auf 39 Jahre 1987, wobei der Alterungsprozeß von Diskussionen über Schülerberg, Rentnerberg, Pillenknicke und sonstige Phänomene begleitet war. Bereits im Basisjahr der Analyse, 1961, lag das Durchschnittsalter der Bevölkerung nur in den Verdichtungsräumen über dem Landesdurchschnitt, in den anderen Raumkategorien hingegen, am deutlichsten im Ländlichen Raum, unter dem Landeswert.

An dieser Struktur ist im Beobachtungszeitraum keine gravierende Änderung eingetreten. Erst der Blick auf die Bevölkerungsentwicklung, gegliedert nach Altersgruppen, gibt Anlaß, auf möglicherweise zunehmend disparitätische Momente hinzuweisen.

Dies gilt nicht für *die Bevölkerung bis unter 15 Jahre*. Bezogen auf das Basisjahr 1961 nahm, mangels Nachwuchses in den betreffenden Jahrgängen, diese Bevölkerungsgruppe, nachdem sie bis zum Jahre 1970 noch um 23% gewachsen war, nunmehr um im Landesdurchschnitt 19% ab. In den Raumkategorien beträgt die Entwicklungsdivergenz 12 Prozentpunkte. Den relativ geringsten Rückgang (10%) hatten die Randzonen mit ihrem relativ hohen Anteil junger Familien zu verzeichnen; der Ländliche Raum: 21%.

Demgegenüber nahm die Zahl der *Personen im erwerbsfähigen Alter* zwischen 15 und 65 Jahren im Landesdurchschnitt um 25% zu. Anders als bei der Eingangsgruppe wirkten raumdifferenzierende Faktoren hier stärker, mit dem Ergebnis, daß im Zieljahr der Untersuchung die Spannweite mit 26 Prozentpunkten mehr als doppelt so hoch liegt. Dabei entsprach die Entwicklung im Ländlichen Raum auch hier etwa derjenigen des Landesdurchschnitts. Die Verdichtungsräume haben ihre Ausgangsposition unterdurchschnittlich und die Randzonen überdurchschnittlich verändert.

Auch die Bevölkerung im *Alter von 65 und mehr Jahren* hat sich in den einzelnen Raumkategorien disparitätisch entwickelt. Bei einer Spannweite von 25 Prozentpunkten liegt der Ländliche Raum trotz einer Zunahme um 59% an unterster Position und deutlich unter dem Landesdurchschnitt; die größte Steigerung war hingegen in den Randzonen (Zunahme: 84%) zu verzeichnen. Offensichtlich sind diese für die Senioren besonders attraktiv. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß keine der Raumkategorien über ein „jugendliches Image“ verfügt, vielmehr von drastischen Veränderungen der Altersstruktur in Richtung auf eine Überalterung gesprochen werden muß. Der Ländliche Raum, mit seiner im Durchschnitt jüngsten Bevölkerung, hat dabei (heute noch?) die relativ günstigste Position inne.

Die Bevölkerungszunahme im Beobachtungszeitraum war zu 53% auf Männer, zu 47% auf Frauen zurückzuführen. Anfang der sechziger Jahre betrug der Frauenüberschuß 405 538; aufgrund der demographischen Entwicklung – kriegsbedingte Defizite verlieren zunehmend an Bedeutung – reduzierte sich derselbe auf 310 083. Bezieht man die *Geschlechterproportion* auf die ledigen Personen, dann kehrt sich das Verhältnis freilich um. Nunmehr stehen im Landesdurchschnitt 1 000 ledigen Frauen 1 126 ledige Männer gegenüber. Die Position der Männer hat sich damit, aus dem Blickwinkel der Männer betrachtet, „ungünstig“ entwickelt⁵, entfielen doch 1961 nur 1 014 ledige Männer auf 1 000 ledige Frauen. Auch ist das 1961 noch beobachtete Phänomen einer Raumkategorie, die einen Überschuß an ledigen Frauen aufweist, inzwischen nicht mehr auszumachen. Die Verhältnisse in den LEP-Räumen haben sich auch insoweit angeglichen, allerdings nimmt der Ländliche Raum die vergleichsweise ungünstigste Position ein (hier stehen 1 000 ledigen Frauen 1 149 ledige Männer gegenüber) (*Tabelle 2*).

Bei der *Population der Nichtdeutschen* war die Entwicklung insoweit gegenläufig, als sich die Verhältnisse denje-

⁴ Vgl. Wingen, Max: *Alternde Bevölkerung – Tatbestände und Perspektiven*, Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 1988, S. 2.

⁵ Vgl. auch Walla, Wolfgang: *Die Bevölkerungsentwicklung in den verdichteten und ländlichen Räumen seit 1962 – ein Überblick*, Teil 1: *Die natürliche Bevölkerungsentwicklung, Baden-Württemberg in Wort und Zahl*, Heft 4/1981, S. 4.

Tabelle 2

**Strukturen des Familienstandes in den LEP-Räumen
Baden-Württembergs**
 Ergebnisse der Volkszählungen 1961, 1970 und 1987

LEP-Räume Land	Ledige Männer je 1 000 ledige Frauen		
	6. 6. 1961	27. 5. 1970	25. 5. 1987
Verdichtungsräume	1 034	1 065	1 106
Randzonen	1 010	1 063	1 134
Verdichtungsgebiete	989	1 049	1 115
Ländlicher Raum i.e.S.	1 001	1 058	1 149
Baden-Württemberg	1 014	1 061	1 126

nigen der Gesamtbevölkerung angepaßt haben. Im Ländlichen Raum ist die Geschlechterproportion relativ am ausgeglichensten. Dieses Ergebnis kam deshalb zustande, weil der Ländliche Raum, ebenso wie die Randzonen, relativ stärker als die anderen Räume vom Ausländerzustrom tangiert war. Fast die Hälfte (45 %) der gesamten Bevölkerungszunahme ist auf die Zunahme der Ausländer zurückzuführen; der Zuzug war zunehmend flächendeckend. Während 1961 etwa jeder 50. Bewohner des Landes die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besaß, traf dies 1987 auf fast jeden 10. zu. Die Ausländerquote beträgt heute im Ländlichen Raum 5,5% und ist damit bereits deutlich höher als diejenige der Verdichtungsräume 1961 (3,1%). In den Verdichtungsräumen besitzt heute jeder 8. Einwohner die deutsche Staatsangehörigkeit nicht.

Bei der Betrachtung der *Haushaltsstrukturen* fällt auf, wie stark der Trend zu Klein- und Kleinsthaushalten auch den Ländlichen Raum erfaßt hat. Die durchschnittliche Haushaltsgröße, 1961 lag sie im Landesdurchschnitt bei 3,0 Personen, ging auf 2,4 Personen zurück. 60% der Haushalte bestehen aus nur einer oder zwei Personen. Im Ländlichen Raum betrug die durchschnittliche Haushaltsgröße 1961 noch 3,4 Personen; sie sank auf nunmehr 2,7 Personen – ein Wert, der demjenigen der Verdichtungsräume im Jahr 1961 entsprach, woraus geschlossen werden darf, daß der

Ländliche Raum in anderen Räumen antizipierte Entwicklungen insoweit nachvollzieht. Die Hälfte der Haushalte (51%) besteht heutzutage aus einer oder zwei Personen, die Tendenz zur Singularisierung ist bereits deutlich erkennbar. Nur noch zu jedem dritten Haushalt im Ländlichen Raum gehören 4 und mehr Personen.

Erwerbsstatistische Ergebnisse

Die *Erwerbstätigkeitsquoten* (Erwerbstätige bezogen auf die Bevölkerung einer Raumkategorie) hat sich von 51,8% 1961 auf 46,9% 1987 im Landesdurchschnitt reduziert. Während die Erwerbsbeteiligung im Ländlichen Raum 1961 noch höher war als im Landesdurchschnitt, liegt sie aktuell niedriger; nicht zuletzt Folge der sinkenden Bedeutung der Landwirtschaft für die Erwerbstätigkeit. Von dieser strukturellen Veränderung sind die Frauen naturgemäß besonders betroffen, da es für sie in der Regel schwieriger sein dürfte, eine Erwerbsalternative zu finden. Entsprechend sank die Beteiligungsquote von 43,4% (1961) auf 34,5% (1987). Der Rückgang der Bedeutung der Landwirtschaft als Anbieter von Arbeitsstellen führt somit insgesamt zu einer Nivellierung der Tätigkeitsquoten zwischen den Raumkategorien (*Tabelle 3*).

Besonders deutlich läßt sich dieser Umbruch an der *Sozialstruktur* nachzeichnen, welche auch einen Indikator für den Wandel der Lebensbedingungen darstellt. 1961 arbeitete jeder vierte Erwerbstätige (24,5%) als Selbständiger oder als mithelfender Familienangehöriger im eigenen Betrieb, 75,5% der Erwerbstätigen hatten eine abhängige Position als Arbeiter, Angestellte oder Beamte inne. 1987 war nur noch jeder zehnte Erwerbstätige (9,6%) selbständig oder mithelfend, über 90% aber in abhängiger Position.

Der Ländliche Raum war von diesem Umschichtungsprozeß in besonderer Weise erfaßt. Das selbständige Element im Erwerbsleben reduzierte sich von einem Anteil von 39% (1961) auf rund 12% (1987), während die abhängigen Erwerbstätigen ihren Anteil von 61% auf rund 88% erhöhten.

Tabelle 3

Erwerbstätige und Erwerbstätigkeitsquoten in den LEP-Räumen Baden-Württembergs nach Geschlecht
 Ergebnisse der Volkszählungen 1961, 1970 und 1987

LEP-Räume Land	Anteil der Erwerbstätigen in %			Erwerbstätigkeitsquoten		
	6. 6. 1961	27. 5. 1970	25. 5. 1987	6. 6. 1961	27. 5. 1970	25. 5. 1987
Männlich						
Verdichtungsräume	40,7	40,6	37,3	65,9	61,8	58,5
Randzonen	18,8	19,4	21,3	65,2	59,9	60,2
Verdichtungsgebiete	11,6	11,7	11,2	64,8	60,3	57,8
Ländlicher Raum i.e.S.	29,0	28,4	30,2	62,6	58,0	59,4
Baden-Württemberg	100	100	100	64,6	60,1	59,1
Weiblich						
Verdichtungsräume	36,8	39,0	38,9	37,4	34,4	36,3
Randzonen	19,5	19,0	20,9	41,9	33,9	35,6
Verdichtungsgebiete	11,4	11,7	11,5	39,1	34,7	35,2
Ländlicher Raum i.e.S.	32,4	30,3	28,7	43,4	35,6	34,5
Baden-Württemberg	100	100	100	40,2	34,7	35,5
Insgesamt						
Verdichtungsräume	39,1	40,0	37,9	50,9	47,6	47,0
Randzonen	19,1	19,3	21,1	52,9	46,4	47,5
Verdichtungsgebiete	11,5	11,7	11,4	51,2	47,0	46,1
Ländlicher Raum i.e.S.	30,3	29,1	29,6	52,5	46,4	46,6
Baden-Württemberg	100	100	100	51,8	46,9	46,9

Die sektorale Struktur der Erwerbstätigkeit in den LEP-Räumen Baden-Württembergs

Ergebnisse der Volks- und Berufszählungen 1961, 1970 und 1987

Dominanz = Anteil an der Raumkategorie

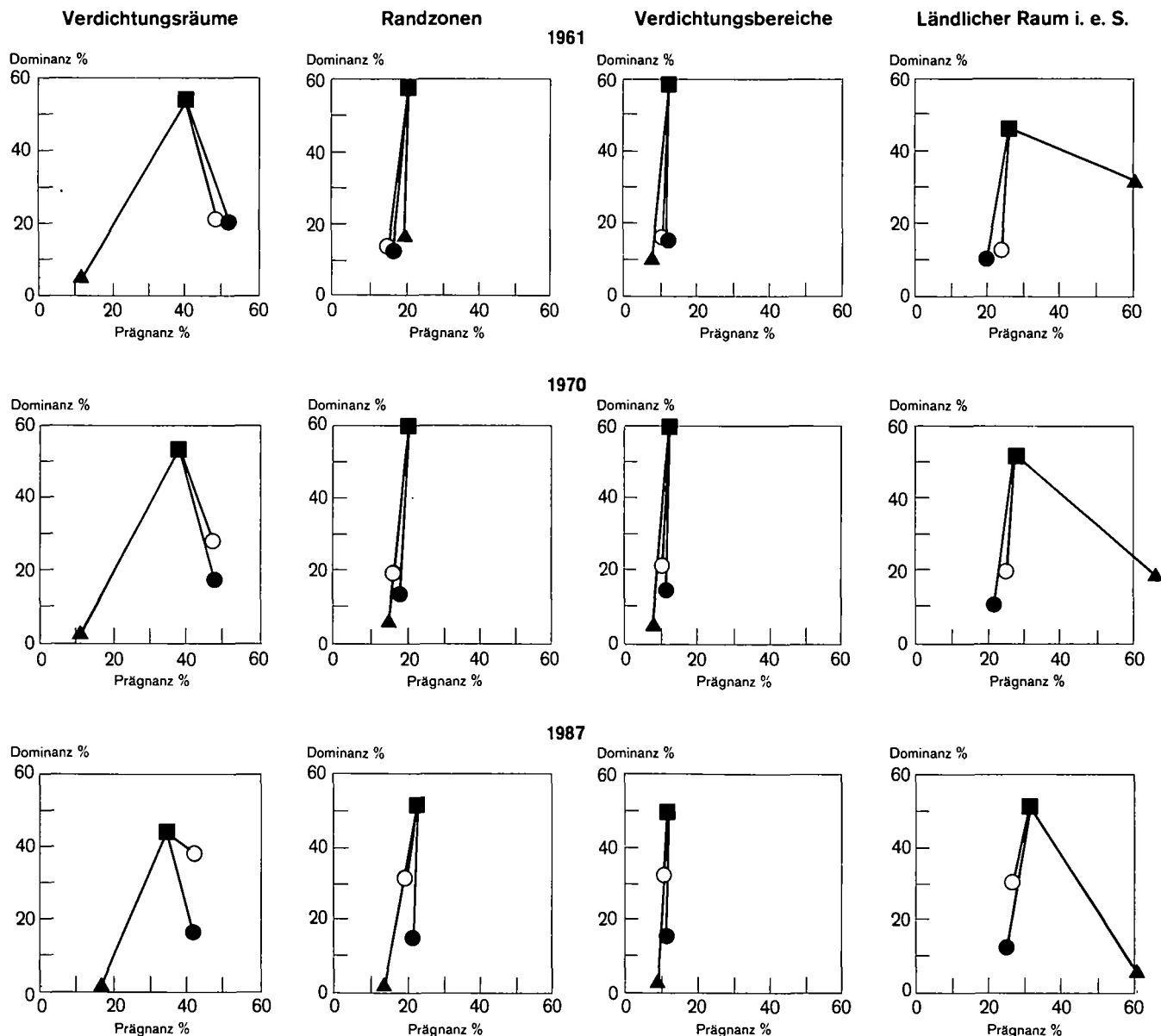
Prägnanz = Anteil am Land

▲ Land- und Forstwirtschaft

■ Produzierendes Gewerbe

● Handel und Verkehr

○ Sonstige Wirtschaftsbereiche



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

551 89

Dieser Prozeß wachsender Arbeitnehmeranteile ist in den Verdichtungsräumen am weitesten (91,3% abhängig Erwerbstätige), im Ländlichen Raum am schnellsten vorangeschritten.

Induziert wurde der „soziale Wandel“ durch die im Beobachtungszeitraum festzustellende Umschichtung der Erwerbstätigen im Hinblick auf die *Wirtschaftsbereiche*. Während im Landesdurchschnitt 1961 noch knapp über die Hälfte (52,5%) der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe arbeiteten, 16,5% in den Sonstigen Wirtschaftsbereichen, 15,8% in der Land- und Forstwirtschaft und 15,2% im Wirt-

schaftsbereich Handel und Verkehr, schrumpfte der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen auf 2,7%, die Erwerbstätigen in den Sonstigen Wirtschaftsbereichen machen nunmehr ein Drittel aller Erwerbstätigen aus. Die Strukturpositionen des Produzierenden Gewerbes (48,1%) sowie des Wirtschaftsbereichs Handel und Verkehr (15,3%) wurden knapp gehalten bzw. stabilisiert.

Besonders drastisch verlief dieser langfristig zu beobachtende Umschichtungsprozeß hin zu einer mehr an Dienstleistungen orientierten Struktur im Ländlichen Raum. Die durch die implosionsartige Schrumpfung der

Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskräfte konnten weitgehend im Produzierenden Gewerbe (seine Position wurde im Ländlichen Raum – entgegen dem Landesdurchschnitt – gestärkt) und in den beiden Dienstleistungsbereichen (Handel und Verkehr, besonders aber die Sonstigen Dienstleistungen absorbierten Arbeitskräfte) aufgenommen werden (*Schaubild 2*).

Schlußbetrachtung

Die vergleichende Analyse der Ergebnisse der Volks- und Berufszählungen 1961, 1970 und 1987 zeigt, daß alle LEP-Räume von der Bevölkerungsentwicklung, bezogen auf die Ausgangsposition von 1961, „profitiert“ haben; Entleerungstendenzen sind bei langfristiger Betrachtung nicht auszumachen, wohl aber Verschiebungen zwischen Verdichtungsräumen und Randzonen zugunsten der letzteren.

Die positive Entwicklung war wesentlich auf Wanderungen zurückzuführen. Hierzu kann festgestellt werden, daß, bezogen auf den Ländlichen Raum, eine negative Altersselektivität nicht zu beobachten war. Der Ländliche Raum war vielmehr vom „kollektiven Alterungsprozeß“ weniger erfaßt als andere Raumkategorien; er hat die „jüngste Bevölkerung“.






Die Geschlechterproportion ist im Ländlichen Raum, aus dem Blickwinkel der Frauen betrachtet, günstiger als in den Vergleichsräumen. Ferner werden hier in bezug auf den Anteil der Nichtdeutschen die niedrigsten Werte gemessen. Die Haushaltsstrukturen entsprechen im Ländlichen Raum – obgleich der Trend zur Singularisierung bereits deutlich sichtbar ist – heute denjenigen der Verdichtungsräume Anfang der sechziger Jahre.

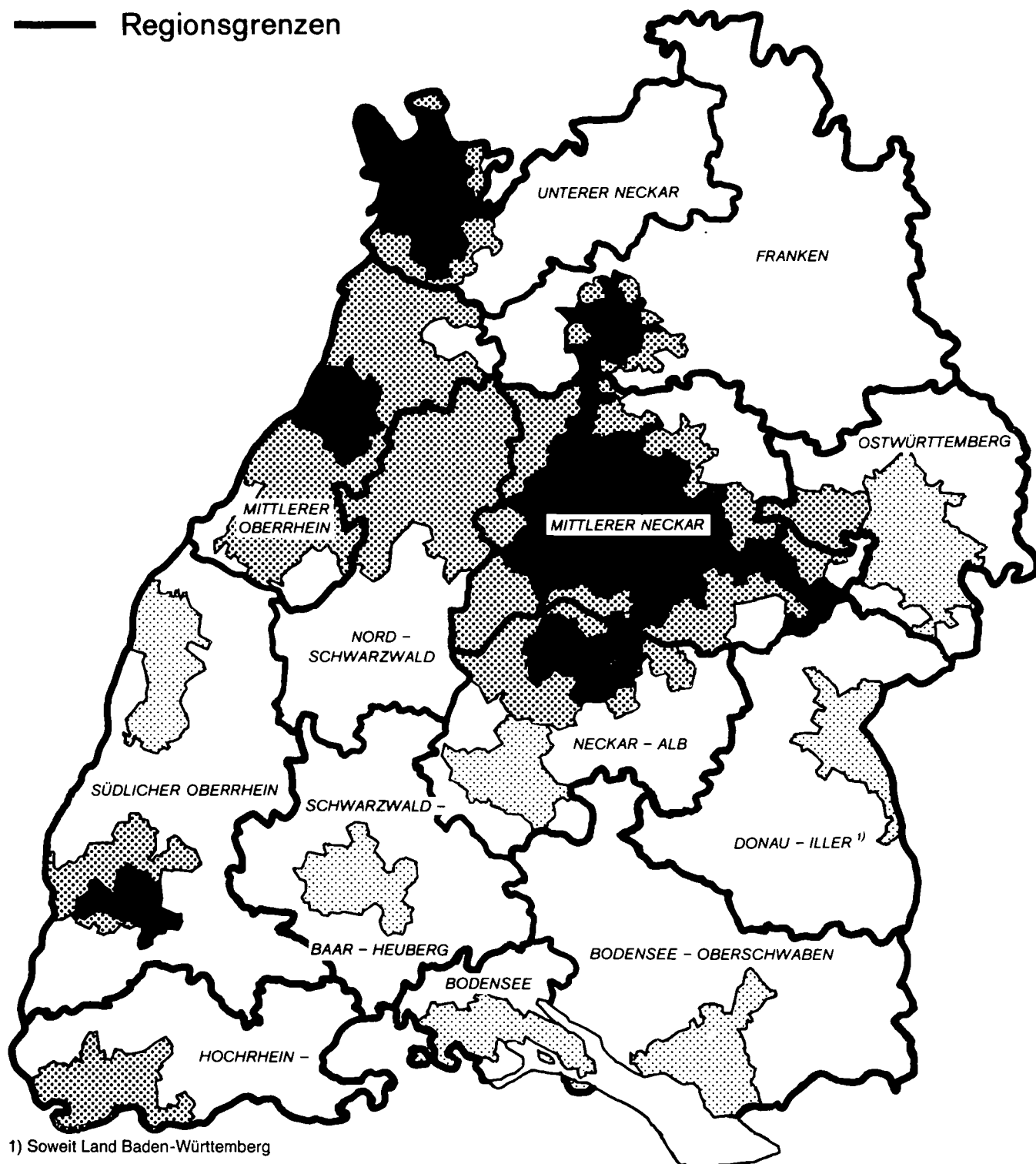
Die Erwerbsverhältnisse im Ländlichen Raum sind durch gravierende Umschichtungsprozesse gekennzeichnet. Von besonderer Bedeutung ist der Rückgang des Strukturanteils von Erwerbstätigen in der Landwirtschaft mit der Folge der Anpassung des Elementes der abhängig Erwerbstätigen, also nicht selbständig Tätiger, an die Verhältnisse in den anderen Raumkategorien. Hier ging mehr als ein traditionell charakteristisches Element verloren.

Zusammenfassend kann man sagen, daß der Ländliche Raum im Hinblick auf die Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur in den verdichteten Räumen antizipierte Entwicklungen mit einem time-lag nachvollzieht. Er verliert an „ländlichem Charakter“ und gewinnt an Urbanität; ein Prozeß, der sich auch durch gezielte Fördermaßnahmen beeinflussen läßt.

Dipl. rer.pol. (techn.) Eberhard Frank

Raumkategorien in Baden-Württemberg nach dem Landesentwicklungsplan 1983

-  Verdichtungsräume
-  Randzonen um Verdichtungsräume
-  Verdichtungsgebiete
-  Ländlicher Raum i. e. S.
-  Regionsgrenzen



1) Soweit Land Baden-Württemberg

Die Berufszählung 1987 – Ein Überblick

Vorbemerkungen

In der ausführlichen Bezeichnung des Volkszählungsgesetzes 1987 wird die Berufszählung neben der Volkszählung, der Gebäude- und Wohnungszählung und der Arbeitsstättenzählung als weiterer wichtiger Teil des Großzählungswerks genannt.¹

Im Rahmen der Berufszählung im engeren Sinne wurde die gesamte Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nach dem erlernten Beruf gefragt, während sich die Frage nach der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit an alle Erwerbstätigen richtete. Letztere gaben auch Auskunft über ihre Stellung im Beruf, eine eventuelle Nebenerwerbstätigkeit und den Wirtschaftszweig, dem ihre Arbeitsstätte angehörte.

Im Vergleich dazu waren berufsbezogene Merkmale in dieser sachlichen Gliederungstiefe bei der Volkszählung 1970 nur im Rahmen der 10-Prozent-Stichprobe und nur bei der deutschen Bevölkerung ausgewertet worden, so daß ein direkter Zahlenvergleich nur bedingte Aussagen erbringen kann. Entwicklungstendenzen können aber aus der Gegenüberstellung verschiedener Altersgruppen und den Berufsangaben bei Auszubildenden abgeleitet werden. Die hierzu notwendige Prämisse, daß in den meisten Fällen der ausgeübte Beruf zumindest seiner Ausrichtung nach auch dem ursprünglich angestrebten Berufsziel entspricht, erscheint durchaus gerechtfertigt, auch wenn sie nicht auf jeden Einzelfall zutrifft. Man kann also davon ausgehen, daß die Berufe mit einem hohen Anteil junger Erwerbstätiger früher weniger Bedeutung hatten und eher mit der Erwartung auf gute Zukunftschancen in Verbindung gebracht werden, als solche mit relativ mehr älteren Berufstätigen.

Die Berufe lassen sich nach ihrem Tätigkeitsbild insgesamt sechs Berufsbereichen zuordnen, die sich wiederum in 86 Berufsgruppen und 335 Berufsordnungen untergliedern

und durch die ersten zwei bzw. drei Stellen eines sechsstelligen Berufsschlüssels für Berufsbenennungen repräsentiert werden.

Zwar wurden die ausgeübten Tätigkeiten im Gegensatz zu den erlernten Berufen sogar sechsstellig verschlüsselt und können somit auch nach der tiefsten Gliederungsebene (ca. 25 200 Berufsbenennungen) ausgewertet werden. Die Ergebnismachweise auf der Basis von Berufsbenennungen dienen aber vor allem Sonderuntersuchungen zu speziellen Tätigkeiten. Allgemeine berufsstatistische Fragestellungen lassen sich in der Regel wegen der größeren Übersichtlichkeit besser anhand der fachlich bereits tief gegliederten Berufsordnungen beantworten, wobei man auch davon profitiert, daß sich durch die Kombination der Angaben zum erlernten Beruf und zur ausgeübten Tätigkeit mit anderen berufsstatistischen und demographischen Angaben eine Vielzahl von Auswertungsmöglichkeiten eröffnet.

Die Zuordnung der Berufe zu den Berufsbereichen nach Altersgruppen

Im Rahmen der Volkszählung 1987 wurden insgesamt 4 354 735 Erwerbstätige am Ort der Hauptwohnung ermittelt. Sie waren systematisch folgenden sechs Berufsbereichen zuzuteilen:

- I Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe
- II Bergleute, Mineralgewinner
- III Fertigungsberufe
- IV Technische Berufe
- V Dienstleistungsberufe
- VI Sonstige Arbeitskräfte

Mit 53,6% dominierten eindeutig die Dienstleistungsberufe, wobei der Anteil dieser Berufe bei den Frauen deutlich höher lag (73,3%). Eine relativ große Gruppe von Erwerbstätigen, nämlich knapp 35%, übte einen Fertigungsberuf aus. Auf immerhin noch 6,4% belief sich der Satz für technische Berufe. Die übrigen Berufsbereiche wiesen dagegen relativ niedrige Werte auf, was bei den landwirtschaftlichen Berufen (2,9%) und dem Bereich Bergbau (0,0%) aus den strukturellen Gegebenheiten in Baden-Württemberg resul-

¹ Zu allgemeinen Volkszählungsergebnissen

Vgl. auch Frank, Eberhard: Erste Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12/1988, S. 495 ff.

Tabelle 1

Erwerbstätige in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Berufsbereichen und Altersgruppen
Ergebnisse der Berufszählung

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahre	Erwerbstätige am Ort der Hauptwohnung						
	insgesamt	Davon mit Berufen im Bereich					
		I Pflanzenbauer Tierzüchter Fischereiberufe	II Bergleute Mineralgewinner	III Fertigungs- berufe	IV Technische Berufe	V Dienstleistungs- berufe	VI Sonstige Arbeitskräfte
		in %					
unter 30	1 457 021	2,3	0,0	38,8	4,1	51,9	3,0
30 – 40	986 044	2,1	0,0	31,1	8,1	57,2	1,4
40 – 50	1 008 027	2,5	0,0	33,0	7,7	55,2	1,6
50 und mehr	903 643	5,3	0,0	35,2	7,0	50,5	2,0
Zusammen	4 354 735	2,9	0,0	35,0	6,4	53,6	2,1

Tabelle 2

Erwerbstätige in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Altersgruppen und ausgewählten Berufen
 Ergebnisse der Berufszählung

Ausgewählte Berufe	Erwerbstätige nach Altersgruppen und ausgewählten Berufen				
	insgesamt	Davon Anteil im Alter von ... bis unter ... Jahren			
		unter 30	30 – 40	40 – 50	über 50
		in %			
Augenoptiker	4 008	55,4	22,3	11,9	10,5
Elektrogerätebauer	16 497	56,5	24,7	11,3	7,5
Werkzeugmacher	36 371	48,7	22,6	17,2	11,4
Kfz-Instandsetzer	52 686	52,5	23,4	15,2	8,8
Rohrinstallateure	31 570	47,8	18,0	20,6	13,6
Tischler	47 354	45,1	12,2	15,5	27,2
Maler, Lackierer	34 166	39,5	17,7	22,9	19,9
Fertigungsberufe zusammen	1 523 352	37,1	20,2	21,8	20,9

tiert. Der kleine Anteil sonstiger Arbeitskräfte (2,1%) erklärt sich daraus, daß diese Gruppe nur eine Art Restgröße darstellt, die hauptsächlich von Arbeitskräften mit noch nicht bestimmter Tätigkeit und Mithelfenden Familienangehörigen außerhalb der Landwirtschaft gebildet wird.

Interessante Ergebnisse bringt ein Vergleich der Aufteilung verschiedener Altersgruppen auf die sechs Berufsbereiche (Tabelle 1). So waren die Anteile der Erwerbstätigen aller Berufsbereiche an allen ausgeübten Berufen außer bei den technischen Berufen und den Dienstleistungsberufen bei den über 50jährigen Erwerbstätigen größer als bei den 40- bis 50jährigen und diese wiederum größer als bei den 30- bis 40jährigen. Sieht man von der Gruppe der unter 30jährigen (vgl. unten) ab, ergibt sich daraus eine Tendenz hin zu Dienstleistungsberufen und höher spezialisierten Berufen und eine Abkehr von landwirtschaftlichen und produzierenden Berufen, also durchaus eine Parallelentwicklung zu derjenigen der Wirtschaft in Richtung auf eine Verstärkung des Dienstleistungsbereichs.²

Überraschend wirkt dagegen zunächst die Verteilung auf die Berufsbereiche bei den unter 30jährigen. Im Vergleich zur nächsthöheren Altersgruppe lagen die Zahlen bei den Technischen Berufen und den Dienstleistungsberufen nämlich niedriger, also in den Bereichen, wo ansonsten mit sinkendem Alter steigende Werte auftraten, während der Anteil junger Erwerbstätiger mit Fertigungsberufen besonders hoch war und sich auch bei den übrigen Bereichen ein Bruch in der allgemeinen Tendenz ergab. Bezogen auf die

Dienstleistungsberufe wird dieses überraschende Ergebnis etwas relativiert, wenn man die Bedeutung der verschiedenen Altersgruppen für die jeweiligen Berufsbereiche betrachtet: Sowohl an den Fertigungsberufen als auch an den Dienstleistungsberufen hatten die Jüngsten den größten Anteil, es wurden also zunehmend Dienstleistungsberufe gewählt.

Für die verhältnismäßig wenigen jungen Erwerbstätigen mit technischen Berufen dürften wohl die meist langen Ausbildungszeiten in diesem Bereich verantwortlich sein, während der Grund für die vergleichsweise hohe Zahl bei den sonstigen Arbeitskräften wohl darin liegt, daß gerade bei den Jüngeren die Entscheidung für ein konkretes Berufsbild noch aussteht. Rückschlüsse auf allgemeine wirtschaftliche Entwicklungen können nicht unbedingt gezogen werden. Im Bereich der „Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe“ ging der Zuwachs sicher nicht etwa auf eine steigende Attraktivität des Berufsbildes des Landwirts zurück, sondern darauf, daß immer mehr naturschützende Berufe ergriffen werden. Der extrem hohe Anteil junger Erwerbstätiger bei den Fertigungsberufen steht in deutlichem Widerspruch zur Erwartung, daß sich die Industriegesellschaft mittel- und langfristig zur Dienstleistungsgesellschaft entwickelt und der produzierende Bereich tendenziell zurückgeht.³ Erklärungsansätze bietet hier der Arbeitsmarkt: Während der Anteil Arbeitsloser mit Dienstleistungsberufen stieg, entwickelte sich aufgrund der lang anhaltenden Konjunkturlage eine starke Nachfrage nach Facharbeitern und Handwerkern.

² Vgl. hierzu auch: Bolte, Karl-Martin: Die Berufsstruktur im industrialisierten Deutschland – Entwicklung und Probleme, in: Beruf und Gesellschaft in Deutschland, Opladen 1970, S. 111 ff.

³ Vgl. hierzu auch: Werner, Joachim; Steiger, Hans-Hermann: Das verarbeitende Gewerbe 1988 wieder im Aufwind, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/1989, S. 209 ff.

Tabelle 3

Erwerbstätige in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Berufsbereichen und Geschlecht
 Ergebnisse der Berufszählung

Geschlecht	Erwerbstätige insgesamt	Davon mit Berufen des Berufsbereichs					
		I Pflanzenbauer Tierzüchter Fischereiberufe	II Bergleute Mineralgewinner	III Fertigungs- berufe	IV Technische Berufe	V Dienstleistungs- berufe	VI Sonstige Arbeitskräfte
		in %					
Männlich	2 650 993	3,2	0,0	44,7	9,0	40,0	2,1
Weiblich	1 703 742	2,4	0,0	19,8	2,4	73,3	2,1
Zusammen	4 354 735	2,9	0,0	35,0	6,4	53,6	2,1

Typische Beispiele für solche Fertigungsberufe, die in starker Abhängigkeit von der Nachfrageentwicklung gewählt wurden, zeigt *Tabelle 2*. Dabei stehen die steigenden Zahlen bei Augenoptikern und Elektrogerätebauern für solche Fälle, wo die Bedarfsentwicklung direkt dazu führte, daß bestimmte Berufe häufiger ergriffen wurden. Indirekte Einflüsse der expandierenden Wirtschaft können dagegen für die größere Zahl von Werkzeugmachern und Kraftfahrzeuginstandsetzern verantwortlich gemacht werden. Während bei den vorgenannten Beispielen eher langfristige Entwicklungen erkennbar wurden, unterliegen Berufe im Bereich der Hausrenovierung, wie Rohrinstateure, Tischler, Maler und Lackierer, offensichtlich kurzfristigeren Einflüssen. Mit einem gewissen time-lag sanken und stiegen dort die Zahlen wohl in Abhängigkeit von der konjunkturellen Entwicklung im Bau- und Ausbaugewerbe.

Die Berufe in Abhängigkeit vom Geschlecht

In einer Zeit, in der Frauen schon seit Jahren verstärkt ins Berufsleben drängen, erscheint eine vergleichende Betrachtung der von Männern und Frauen gewählten Berufe besonders interessant. Einen ersten Überblick kann hier die Häufigkeit des Auftretens der verschiedenen Berufsbeiriche vermitteln, wie in *Tabelle 3* dargestellt.

Am meisten fällt auf, daß die Frauen in weit größerer Zahl Dienstleistungsberufe ausübten als Männer, bei denen noch eine leichte Dominanz der Fertigungsberufe erkennbar wurde. Das deutliche Übergewicht bei den Dienstleistungsberufen unter den weiblichen Erwerbstätigen bewirkte, daß – bei einem Frauenanteil von nur knapp 40% – insgesamt mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen dem Bereich „Dienstleistungsberufe“ zuzuordnen waren. Allerdings darf daraus nicht geschlossen werden, daß die Frauen den Männern auf dem Weg zur Dienstleistungsgesellschaft voraus und somit beruflich weiterentwickelt sind, sondern man muß beachten, daß Frauen häufig gerade die sozial niedriger eingestuften Dienstleistungsberufe, wie einfache Büro-tätigkeiten oder Reinigungsberufe, ausübten. Beide Berufsgruppen gelten als typische „Frauenberufe“ und wiesen bei der Berufszählung 1987 Anteile von knapp 70% bzw. über 85% für das weibliche Geschlecht auf.

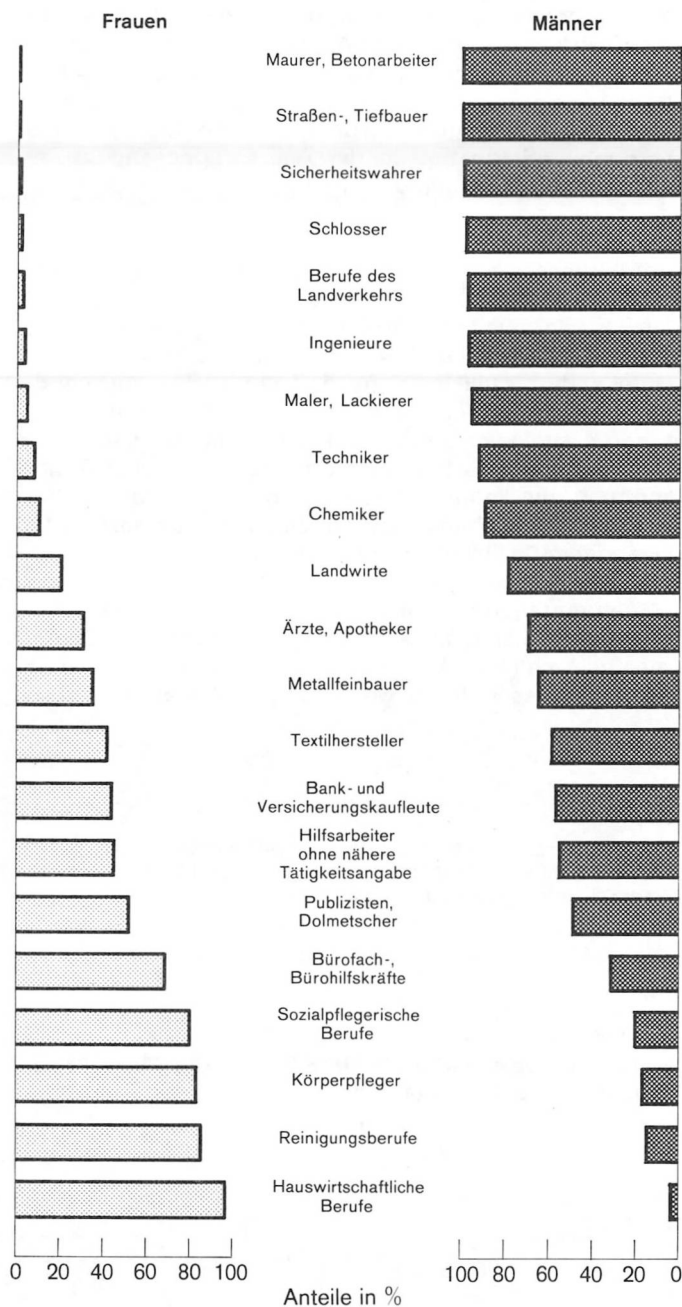
Schaubild 1 zeigt die Situation bei einigen ausgewählten Berufsgruppen, die landläufig als „Männer-“ bzw. „Frauenberufe“ gelten.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die meisten „Männerberufe“ außerhalb des Dienstleistungsbereichs zu finden sind, während dort praktisch alle Berufe mit weiblichem Überhang auftraten. Da sich die Frauen früher nicht so stark am Erwerbsleben beteiligten, waren naturgemäß eher sie es, die in geschlechtsuntypische Berufe eindrangten. Berufe, deren Ausübung erhebliche physische Kraft verlangt, wie Mauerer oder Straßenbauer, erschienen aber offenbar nicht so attraktiv wie Handwerksberufe oder solche, die nicht unbedingt vor allem Kraft, sondern vielmehr eine gute Ausbildung erfordern (zum Beispiel Techniker, Chemiker). Nennenswerte Anteile konnten die Frauen bei den produzierenden und technischen Berufen aber nur erobern, wenn manuelle Geschicklichkeit von Vorteil für einen bestimmten Beruf ist (zum Beispiel Metallfeinbauer), es sich um wenig qualifizierte Berufe handelt (zum Beispiel Hilfsarbeiter) oder wenn traditionell branchenspezifisch hohe Anteile bestehen (zum Beispiel Textilhersteller).

Schaubild 1

Erwerbstätige Männer und Frauen in Baden- Württemberg am 25. Mai 1987 nach ausgewählten Berufen

Ergebnisse der Berufszählung



Statistisches Landesamt Baden- Württemberg

655 89

Größere Bedeutung erlangten die Frauen bei den Dienstleistungsberufen, wo sie gemäß der Berufszählung 1987 auch in qualifizierteren Berufen (zum Beispiel Bankkaufleute, Publizisten) relativ hohe Zahlen erreichten. Als Domäne der Frauen erwiesen sich die Sozialpflegerischen Berufe, die Körperpfleger (darunter hauptsächlich Friseure) und die Reinigungsberufe. Mit 97,1% Frauenanteil schlugen die typischsten aller weiblichen Berufe, die Hauswirtschaftlichen Berufe, zu Buche.

Aus den Werten für verschiedene Altersgruppen können auch Entwicklungstendenzen abgeleitet werden. Allerdings muß bei der Interpretation der verfügbaren Daten die in den verschiedenen Altersstufen unterschiedliche Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben beachtet werden.⁴ Aus *Tabelle 4* geht hervor, daß zum Beispiel ein Anteil von 44,4% der Frauen an einem bestimmten Beruf bei den unter 30jährigen genau ihrem Anteil an den Erwerbstätigen entspräche, während ein solcher Wert bei den 30- bis 40jährigen überproportional wäre. Ein steigender Frauenanteil an den Erwerbstätigen wird deutlich, wobei die feststellbare Beinahe-Stagnation in der Altersgruppe der 30- bis 40jährigen wohl durch die Familienphase verursacht wurde.

Am deutlichsten werden Fluktuationsbewegungen, wenn man die Anteile der Geschlechter bei einigen ausgewählten Berufen jeweils für die jüngste und älteste Altersgruppe vergleicht, wozu *Tabelle 4* einige typische Beispiele zeigt. Unter anderem fällt dabei auf, daß die Geschlechterproportion bei den Berufen, deren Ausübung erheblichen physischen Krafteinsatz erfordert, relativ konstant ist, weil hier Unterschiede zwischen Männern und Frauen zum Tragen kommen, die kaum durch Willen oder Ausbildung überbrückt werden können, ein Umstand, der umgekehrt für „Frauenberufe“ nicht so stringent zutrifft.

Frauen ergreifen offensichtlich zunehmend Berufe, die eine bessere Ausbildung erfordern, wie zum Beispiel Chemiker und Techniker. Unter den jungen Frauen gab es nach den Ergebnissen der Berufszählung 1987 relativ und abso-

lut weit mehr Groß- und Einzelhandelskaufleute, Bankkaufleute, Rechtswahrer, Publizisten, Ärzte und Apotheker als unter den älteren.⁵

Bei den jüngeren Jahrgängen haben die Frauen an manchen Berufen bereits einen Anteil von über 50% erreicht, bei denen insgesamt noch ein männlicher Überhang festzustellen ist. Umgekehrt eroberten die Männer aber auch Anteile in Frauenberufen, wie zum Beispiel bei den Speisenerbeitern, wobei die Umorientierung auf männlicher Seite deutlich geringer ausfiel als auf der weiblichen. In diesem Zusammenhang fällt auf, daß im Bereich der sozialen Berufe der Männeranteil bei den 30- bis 40jährigen am höchsten war und bei den unter 30jährigen wieder sank. Hier dürfte wohl der in diesem Bereich angespannte Arbeitsmarkt dafür verantwortlich sein, daß wieder mehr „Männerberufe“ ergriffen wurden.

Während die Frauen ihren Anteil bei – allerdings wenigen – angestammten Berufen, wie beispielsweise Floristen und Apothekerkollegen, noch vergrößern konnten, fehlte den Männern hierzu der Spielraum.

Berufe und soziale Stellung

Gegliedert nach der sozialen Stellung im Beruf wurden bei der Berufszählung 1987 unter den Erwerbstätigen 8,1% Selbständige, 1,7% Mithelfende Familienangehörige, 8,0% Beamte (einschließlich Soldaten), 37,1% Angestellte, 3,2% kaufmännisch/technisch Auszubildende, 38,6% Arbeiter und 3,4% gewerblich Auszubildende gezählt.

⁵ Zu diesem Thema: Arbeitsmarkt-Beschäftigungschancen von Frauen im Strukturwandel, in: Statistisch prognostischer Bericht 1988/89, hrsg. von der Landesregierung Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, S. 104 ff.

⁴Zur Altersgliederung

Vgl. auch: Bronnenmayer, Klaus: Altersaufbau und Familienstandsgliederung der Bevölkerung, in: Baden-Württemberg am 25. Mai 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7/1989, S. 294 ff.

Tabelle 4

Erwerbstätige in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Altersgruppen und ausgewählten Berufen
Ergebnisse der Berufszählung

Berufsgruppen, Berufsordnungen	Erwerbstätige			Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren											
				unter 30			30 – 40			40 – 50			50 und mehr		
	ins- gesamt	Davon		ins- gesamt	Davon		ins- gesamt	Davon		ins- gesamt	Davon		ins- gesamt	Davon	
		männ- lich	weib- lich		männ- lich	weib- lich		männ- lich	weib- lich		männ- lich	weib- lich		männ- lich	weib- lich
		%			%			%			%			%	
Schlosser	116 348	97,8	2,2	23 682	97,4	2,6	9 149	99,4	0,6	10 653	99,7	0,3	7 629	99,4	0,6
Maurer	53 013	99,2	0,8	17 601	99,1	0,9	7 734	99,2	0,8	13 397	99,3	0,7	14 281	99,5	0,5
Chemiker	9 375	89,1	1,1	1 703	77,2	22,8	3 698	89,3	10,7	2 379	94,0	6,0	1 595	94,4	5,6
Techniker	133 326	91,4	8,6	21 710	80,1	19,9	36 253	91,6	8,4	41 389	94,0	6,0	33 974	95,4	4,6
Groß- und Einzel- handelskaufleute	106 081	59,5	40,5	36 085	43,9	56,1	22 212	64,2	35,8	24 570	67,2	32,8	23 214	71,1	28,9
Bank- und Versicherungs- kaufleute	92 286	55,8	44,2	40 385	43,9	56,1	24 322	62,5	37,5	16 344	65,2	34,8	11 235	70,6	29,4
Abgeordnete, admini- strativ entscheidende Berufe	40 948	76,1	23,9	9 883	46,8	53,2	11 036	78,2	21,8	10 347	88,5	11,5	9 682	90,5	9,5
Rechtswahrer	17 732	82,9	17,1	3 163	62,9	37,1	6 295	81,3	18,7	4 501	90,1	9,9	3 773	93,8	6,2
Publizisten	14 551	47,7	52,3	3 286	29,2	70,8	4 583	52,5	47,5	3 589	50,5	49,5	3 093	57,0	43,0
Ärzte, Apotheker	40 413	68,5	31,5	4 397	49,8	50,2	14 239	70,7	29,3	11 966	69,6	30,4	9 811	72,3	27,7
Speisenbereiter	48 423	41,4	58,6	18 777	59,0	41,0	10 409	45,0	55,0	9 820	27,7	72,3	9 417	16,6	83,4
Sozialpflegerische Berufe	62 578	19,5	80,5	30 695	11,5	88,5	16 049	28,9	71,1	9 084	26,8	73,2	6 750	23,5	76,5
Floristen	6 970	8,7	91,3	4 431	5,8	94,2	1 065	12,0	88,0	874	14,0	86,0	600	16,7	83,3
Apothekenhelferinnen	6 219	1,7	98,3	4 288	1,1	98,9	1 051	2,3	97,7	580	3,4	96,6	300	4,7	95,3
Erwerbstätige zusammen	4 354 735	60,9	39,1	1 457 021	55,6	44,4	986 044	62,2	37,8	1 008 027	62,4	37,6	903 643	66,2	33,8

Tabelle 5

Erwerbstätige in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Berufsbereichen und Stellung im Beruf
Ergebnisse der Berufszählung

Stellung im Beruf	Erwerbstätige insgesamt	Davon mit Berufen des Berufsbereichs											
		I Pflanzenbauer Tierzüchter Fischereiberufe		II Bergleute Mineralgewinner		III Fertigungs- berufe		IV Technische Berufe		V Dienstleistungs- berufe		VI Sonstige Arbeitskräfte	
			%		%		%		%		%		%
Selbständige	353 051	45 277	12,8	6	0,0	65 684	18,6	17 377	4,9	208 344	59,1	16 363	4,6
Mithelfende Familienangehörige ..	73 897	28 728	38,9	2	0,0	3 445	4,7	—	—	30 669	41,5	11 053	15,0
Beamte	347 343	2 974	0,9	—	0,0	5 311	1,5	15 332	4,4	313 230	90,2	10 496	3,0
Angestellte	1 612 909	7 142	0,4	80	0,0	103 359	6,4	220 412	13,7	1 279 920	79,4	1 996	0,1
Auszubildende, kaufm./technisch ..	140 508	33	0,0	—	0,0	915	0,7	7 792	5,5	119 615	85,1	12 153	8,6
Arbeiter	1 679 439	34 064	2,0	726	0,0	1 233 311	73,4	18 790	1,1	365 484	21,8	27 064	1,6
Auszubildende, gewerblich	147 588	8 769	5,9	11	0,0	111 327	75,4	—	—	15 195	10,3	12 286	8,3
Zusammen	4 354 735	126 987	2,9	825	0,0	1 523 352	35,0	279 703	6,4	2 332 457	53,6	91 411	2,1

Die Kombination aus Stellung im Beruf und ausgeübter Tätigkeit zeigt, wie in *Tabelle 5* dargestellt, daß, obwohl der Anteil der Erwerbstätigen mit land- und forstwirtschaftlichen Berufen nur knapp 3% betrug, diesem Bereich knapp 13% der Selbständigen und knapp 39% der Mithelfenden Familienangehörigen angehörten.⁶ Mit 18,6% war der Anteil der Selbständigen mit Fertigungsberufen nur ungefähr halb so groß wie derjenige der Erwerbstätigen in diesem Berufsbereich insgesamt. Entsprechend ihrer allgemeinen Bedeutung stellten die Dienstleistungsberufe mit 59,1% bzw. 41,5% die größten Anteile bei den Selbständigen bzw. Mithelfenden Familienangehörigen.

Die Beamten übten, was nicht überrascht, zu 90,2% Dienstleistungsberufe aus, während 79,4% der Angestellten und 85% der kaufmännisch/technischen Auszubildenden diesem Berufsbereich zugeordnet waren. Ähnlich deutlich einem bestimmten Bereich zugehörig, übten die Arbeiter (zu 73,4%) und die gewerblich Auszubildenden (zu 75,4%) einen Fertigungsberuf aus.

Wegen der geringen Gesamtzahl betrugen die Prozentwerte bei den Berufen des Bergbaus immer Null. Wählt man als Basis nicht die Stellung im Beruf, sondern den Berufsbereich, zeigt sich, daß 88% aller Erwerbstätigen im Bereich Bergbau Arbeiter waren. Entsprechend waren die meisten Erwerbstätigen mit landwirtschaftlichen Berufen Selbständige (35,7%), mit Fertigungsberufen und sonstigen Berufen Arbeiter (81,0% bzw. 29,6%) und mit technischen Berufen und Dienstleistungsberufen Angestellte (78,8% bzw. 54,9%).

⁶ Vgl. auch: Frank, Eberhard: Erste Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12/1988, S. 495 ff.

Tabelle 6

Erwerbstätige in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Stellung im Beruf und Staatsangehörigkeit
Ergebnisse der Berufszählung

Staatsangehörigkeit	Erwerbstätige insgesamt	Davon mit Stellung im Beruf						
		Selbständige	Mithelfende Familien-angehörige	Beamte	Angestellte	Auszubildende kaufm./techn.	Arbeiter	Auszubildende, gewerblich
		in %						
Deutsche	3 932 249	8,6	1,8	8,7	39,4	3,4	34,6	3,5
Ausländer	422 486	4,0	0,6	0,9	14,9	1,2	75,9	2,5
Zusammen	4 354 735	8,1	1,7	8,0	37,0	3,2	38,6	3,4

Die Berufe bei Deutschen und Ausländern

Der Anteil der Ausländer an den Erwerbstätigen betrug 9,7%, während die Deutschen 90,3% ausmachten. Bereits dieses Verhältnis weist darauf hin, daß die bisher zu den Erwerbstätigen insgesamt gemachten Aussagen weitgehend auch für die deutschen Erwerbstätigen gelten und Abweichungen nur minimal sein können. Einige aufgezeigte Grundtendenzen treffen auch auf die Ausländer zu, bei anderen Punkten werden aber doch große Unterschiede deutlich.⁷

Auch bei den Ausländern übten die meisten Arbeiter Fertigungsberufe, die meisten Angestellten und Selbständigen Dienstleistungsberufe aus. Dabei fällt auf, daß allein aus den Berufsgruppen „Warenkaufleute“ und „Gästebetreuer“ 42,9% der ausländischen Selbständigen kamen, bei den Deutschen lag der entsprechende Wert nur bei 22,6%. Stark abweichend von den allgemeinen Zahlen betrug der Anteil aller erwerbstätigen Ausländer mit einem Fertigungsberuf 67,0%, während dies nur für 31,5% der Deutschen zutraf. Genau umgekehrt verhielt es sich bei den Dienstleistungsberufen, denen 56,3% der deutschen, aber nur 27,9% der ausländischen Erwerbstätigen zuzuordnen waren.

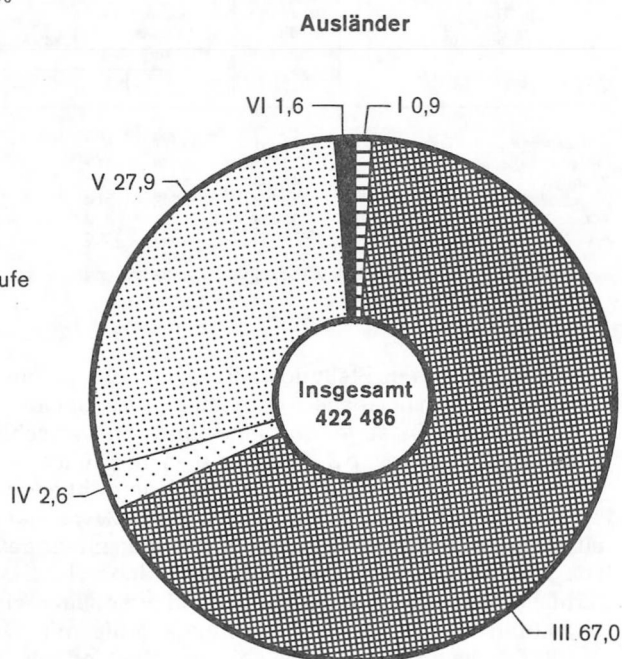
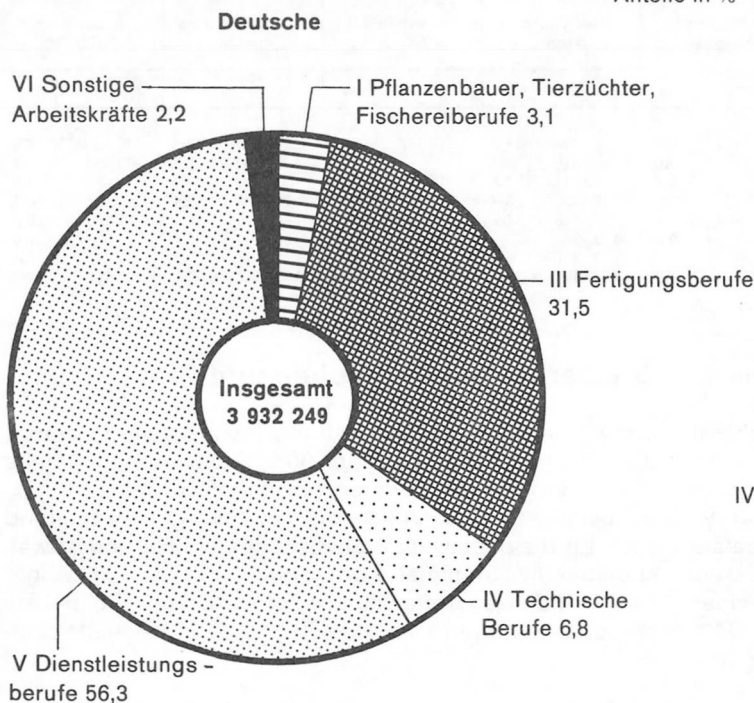
Der Vorsprung der deutschen Erwerbstätigen bei der Entwicklung zu immer höherer Spezialisierung und mehr Dienstleistungen gegenüber den Ausländern wird auch beim Vergleich des Anteils an technischen Berufen deutlich, während immerhin 6,8% der Deutschen einen solchen

⁷ Vgl. auch: Bronnenmayer, Klaus: Die Ausländer in Baden-Württemberg, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12/1989.

Deutsche und Ausländer in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Berufsbereichen

Ergebnisse der Berufszählung

Anteile in %



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

656 89

ausübten, waren es nur 2,6% der Ausländer. Ein weiteres Indiz dafür, daß die meisten Ausländer immer noch eher einfacheren Tätigkeiten nachgehen, ergibt sich auch aus dem hohen Arbeiteranteil an den Erwerbstätigen, der mit 75,9% mehr als doppelt so groß wie der der Deutschen (34,6%) war. Umgekehrt zeigt *Tabelle 6* mit 14,9% einen Angestelltenanteil bei Ausländern, der nur ein gutes Drittel von dem der Deutschen (39,4%) beträgt. Es fällt auch die Konzentration auf wenige Berufsbilder auf, die bei den deutschen Berufstätigen keine Parallele findet. Allein als Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe waren 19,1% der männlichen und gar 22,6% der weiblichen Ausländer beschäftigt. Die Frauen, die 32,0% der ausländischen Erwerbstätigen stellten, übten immerhin zu knapp 9% einen Reinigungsberuf aus.

Schlußbetrachtung

Die Abhandlung gibt einen ersten Überblick über Ergebnisse der Berufszählung 1987 und zeigt, daß gut ein Drittel der Erwerbstätigen einen Fertigungsberuf ausübte, mehr als die Hälfte einen Dienstleistungsberuf. Dabei stiegen die Arbeitnehmerzahlen mit Dienstleistungsberufen und manchen Berufen des Naturschutzes langfristig, während die weitere Entwicklung bei einigen Fertigungsberufen mit ak-

tuell hohem Anteil in den jüngeren Altersgruppen noch nicht eindeutig absehbar ist.

Frauen drängen verstärkt – allerdings nicht entsprechend ihrem gestiegenen Erwerbstätigenanteil – in klassische Männerberufe ein, lediglich bei körperlich anstrengenden Berufen wuchs der Frauenanteil praktisch nicht. Umgekehrt wählten junge Männer in größerer Zahl als ältere bislang typische Frauenberufe aus dem sozialen Bereich, während gesellschaftlich eher niedrig eingestufte Dienstleistungsberufe, wie einfache Büroberufe und Reinigungsberufe, weitgehend den Frauen vorbehalten blieben.

Der Arbeiteranteil bei Ausländern war gut doppelt so groß wie der der Deutschen, außerdem findet man bei den Ausländern eine hohe Konzentration auf wenige Berufe.

Die weitere Auswertung der Berufszählung 1987 kann einerseits zur Verfestigung der bereits gefundenen Resultate beitragen, andererseits eröffnet sich aber auch die Möglichkeit, eine Vielzahl weiterer Aspekte des Beruflebens zu dokumentieren und zu analysieren.

Erstmals werden Aussagen über die Bedeutung neuer Berufe möglich, die aufgrund der Angaben bei der Berufszählung 1987 zusätzlich in die vorhandenen Berufssystematiken aufgenommen wurden und deren Analyse vorbereitet wird.

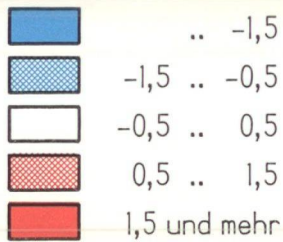
Dipl.-Volkswirtin Regina Steinmann

Entwicklung der Anzahl der Erwerbstätigen in den Gemeinden Baden-Württembergs 1970 bis 1987

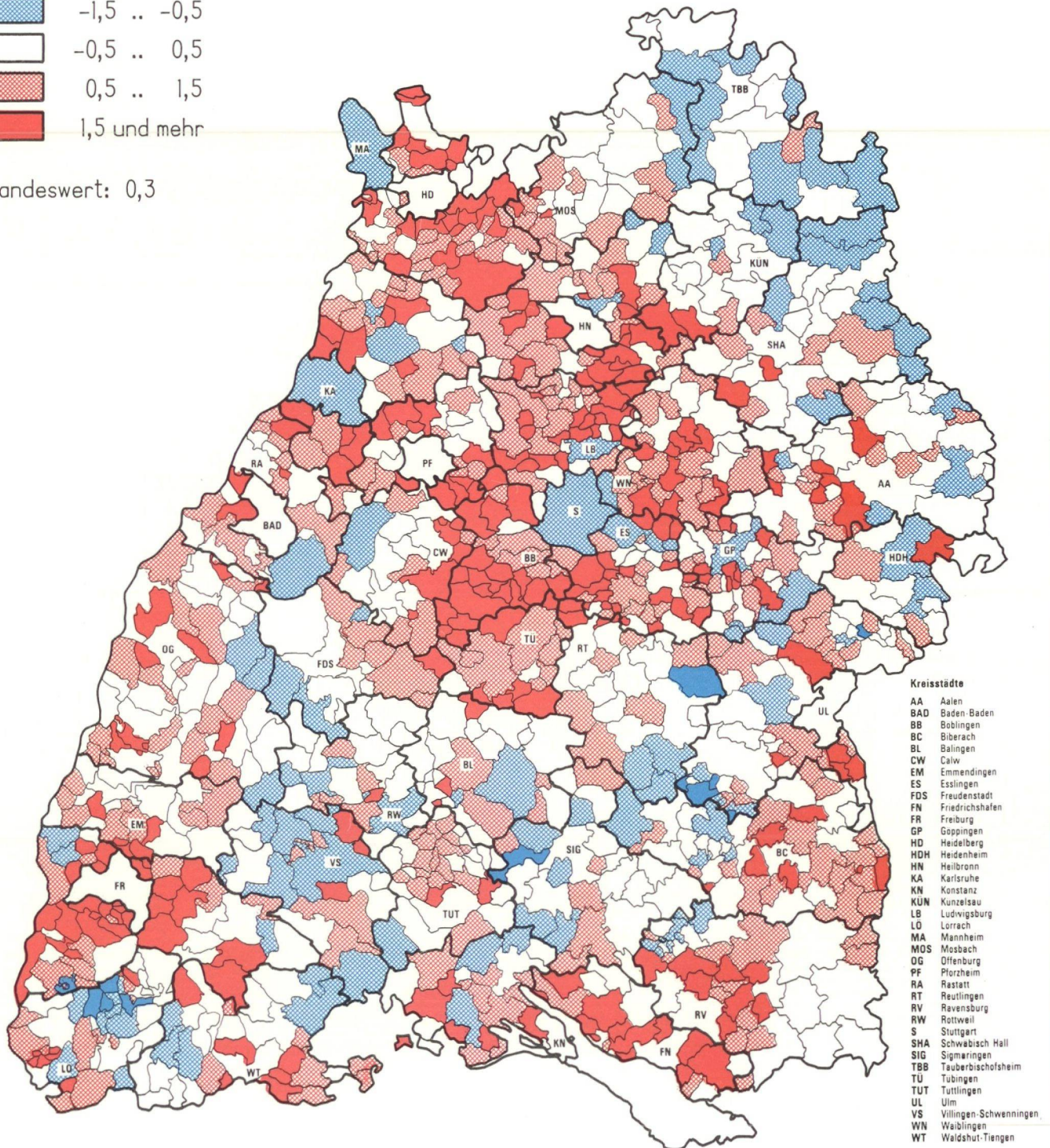
- Ergebnisse der Volks- und Berufszählungen -

Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 0,3

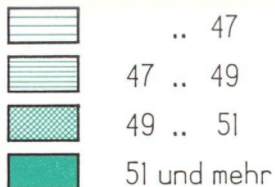


Erwerbsquote in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

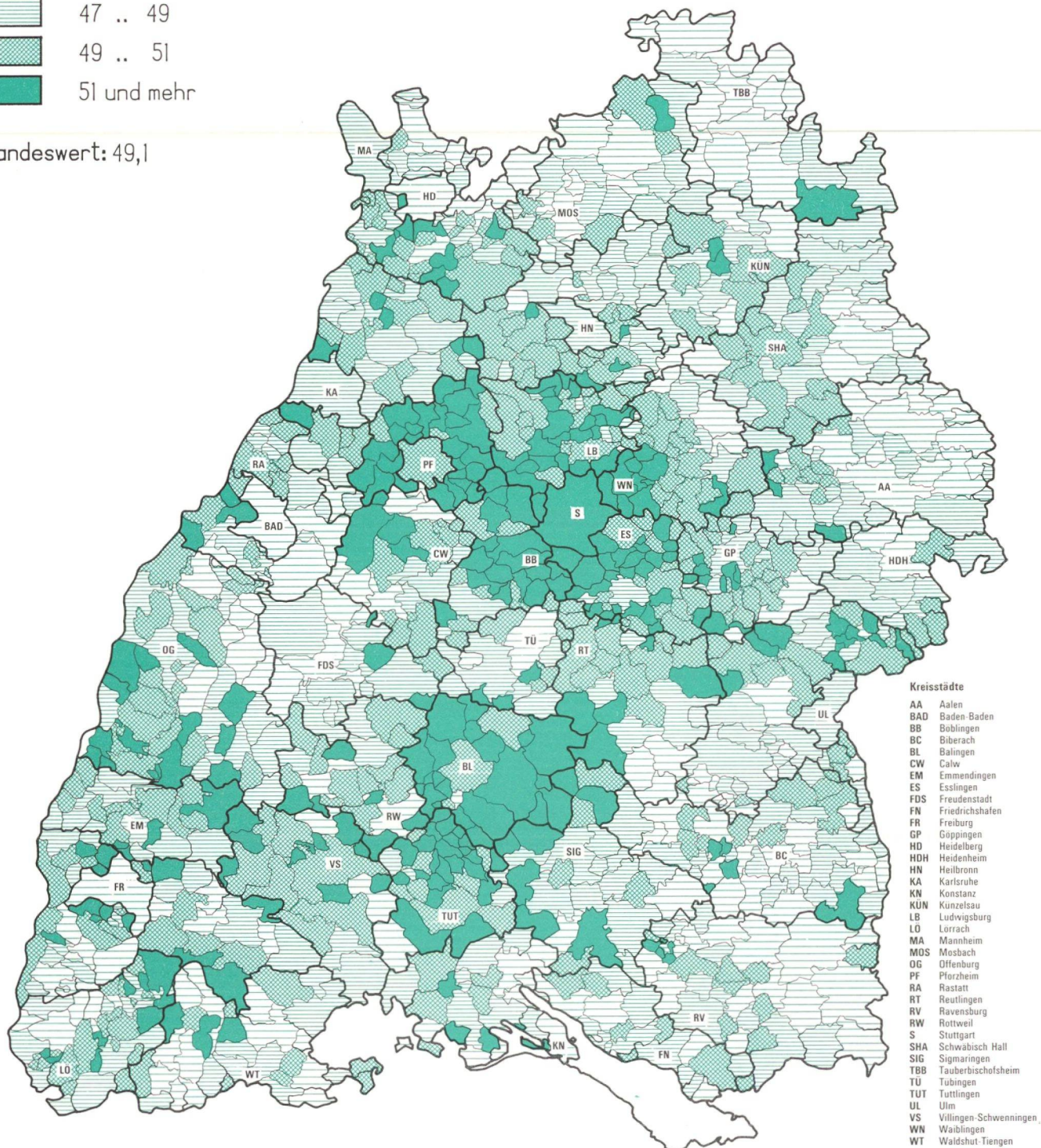
– Ergebnisse der Volks- und Berufszählung –

Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige u. Erwerbslose) an der Bevölkerung in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 49,1



Kreisstädte

AA	Aalen
BAD	Baden-Baden
BB	Böblingen
BC	Biberach
BL	Balingen
CW	Calw
EM	Emmendingen
ES	Esslingen
FDS	Freudenstadt
FN	Friedrichshafen
FR	Freiburg
GP	Göppingen
HD	Heidelberg
HDH	Heidenheim
HN	Heilbronn
KA	Karlsruhe
KN	Konstanz
KUN	Künzelsau
LB	Ludwigsburg
LO	Lorrach
MA	Mannheim
MOS	Mosbach
OG	Offenburg
PF	Pforzheim
RA	Rastatt
RT	Reutlingen
RV	Ravensburg
RW	Rottweil
S	Stuttgart
SHA	Schwäbisch Hall
SIG	Sigmaringen
TBB	Tauberbischofsheim
TU	Tübingen
TUT	Tutlingen
UL	Ulm
VS	Villingen-Schwenningen
WN	Waiblingen
WT	Waldshut-Tiengen

Berufszählung 1987: Gesundheitsdienstberufe

In den letzten Jahren fand das Thema „Pflegernotstand“ immer stärkere Beachtung in der öffentlichen Diskussion. In jüngster Zeit wird der Mangel an Pflegepersonal besonders im Zusammenhang mit der möglichen Einführung einer Pflegefallversicherung beklagt. Zweifelsohne hat die zunehmende Veralterung der Bevölkerung¹ bei gleichzeitig sinkender Wochenarbeitszeit und rückläufiger Zahl kirchlicher Pflegekräfte zu einem Engpaß geführt. Eine sachgerechte Beurteilung der Situation wird – so die Kritiker² – dadurch erschwert, daß kaum genaue Zahlen über den Bestand an Pflegekräften in den einzelnen Berufen vorliegen. Die Krankenhausstatistik berücksichtigt beispielsweise nur die in den Hospitälern Beschäftigten, während die meisten anderen statistischen Erhebungen mehrere Berufe zu sogenannten Berufsordnungen zusammenfassen, denen aufbereitungstechnisch dreistellige Codierungen entsprechen. Demgegenüber wurden bei der Volks- und Berufszählung 1987 die einzelnen angegebenen Berufsbenennungen getrennt sechsstellig verschlüsselt. Diese ca. 25 000 „Sechssteller“ der Berufssystematik setzen sich aus der dreistelligen Berufsordnung und einer laufenden Nummer zusammen und stellen in ihrer feinen Untergliederung ein relativ genaues Abbild der Antworten in den Erhebungsbogen dar. Darüber hinaus können die Angaben zum Beruf mit anderen bei der letzten Großzählung erfragten Merkmalen, wie zum Beispiel dem Alter oder der Ausbildung, verknüpft werden.

Mit den so gewonnenen Zusatzinformationen kann für den Zählungstichtag, also den 25. Mai 1987, eine detaillierte Bestandsaufnahme vorgelegt werden.

Extrem hoher Frauenanteil

Wegen der großen Zahl von Berufsbenennungen sieht das bundesweit einheitliche Tabellenprogramm des Zählungswerks 1987 in der Regel nur Nachweise für die 335 Berufsordnungen vor. Für einige Berufsgruppen, bei denen die Nachfrage nach Daten besonders groß war, wurden aber auch Sondertabellen in der Gliederung nach den einzelnen Berufsbenennungen erstellt. Hierzu zählen unter anderem die Gesundheitsdienstberufe (mit den Berufsordnungen 852–857). Gut 3,5% der 4 354 735 Erwerbstätigen in Baden-Württemberg übten am 25. Mai 1987 solch einen Gesundheitsdienstberuf aus. Den größten Anteil stellten die Krankenschwestern, -pfleger und Hebammen (Berufsordnung 853), gefolgt von den Sprechstundenhilfen (Berufsordnung 856). Neben den eigentlichen Gesundheitsdienstberufen werden in die folgende Betrachtung auch die Sozialarbeiter und Sozialpfleger (Berufe der Ordnung 861) einbezogen. Teilweise umfassen die Zahlen auch Zivildienstleistende, wenn diese konkrete Angaben zu ihrer Tätigkeit gemacht hatten. In rund 10 600 Fällen mußte allerdings der Schlüssel „Zivildienstleistende ohne nähere Tätigkeitsangabe“ gewählt werden.

Tabelle 1 gibt nicht nur einen ersten Überblick über die Anzahl der in den einzelnen Bereichen Tätigen, sondern sie zeigt auch den ausgeprägten Frauenüberhang in den Pflegeberufen.

Die Frauenquote liegt hier mehr als doppelt so hoch wie im Gesamtdurchschnitt aller Erwerbstätigen. Diese struktu-

¹ Zum Alterungsprozeß und dessen Folgen vgl. Wingen, Max; Harsch, Gertrud: Alte Menschen an der Schwelle ins neue Jahrhundert, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 1/1988, S. 11 ff.

² Vgl. dazu z. B. Alber, Jens: Ausmaß und Ursachen des Pflegenotstandes in der Bundesrepublik, in: Staatswissenschaften und Staatspraxis, 3/1990, S. 335 ff.

Tabelle 1

Erwerbstätige in Pflegeberufen in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Geschlecht und Berufsordnungen

Berufsordnung des ausgeübten Berufs	Erwerbstätige insgesamt	Davon			
		weiblich		männlich	
		Anzahl	% von Sp. 1	Anzahl	% von Sp. 1
	1	2	3	4	5
Erwerbstätige insgesamt	4 354 735	1 703 742	39,1	2 650 993	60,9
darunter					
Berufsordnung 852, „Masseure, Krankengymnasten und verwandte Berufe“	15 134	10 452	69,1	4 682	31,0
Berufsordnung 853, „Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen“	66 481	57 731	86,8	8 750	13,1
Berufsordnung 854, „Helferin der Krankenpflege“	11 993	8 488	70,8	3 505	29,2
Berufsordnung 855, „Diätassistenten, Pharmazeutisch-technische Assistenten“	3 618	3 503	96,8	115	3,2
Berufsordnung 856, „Sprechstundenhelfer“	46 376	45 882	98,9	494	1,1
Berufsordnung 857, „Medizinallaboranten“	9 456	8 757	92,6	699	7,4
Berufsordnungen 852 – 857 zusammen	153 058	134 813	88,1	18 245	11,9
Berufsordnung 861, „Sozialarbeiter, Sozialpfleger“	21 105	15 965	75,5	5 140	24,4
Berufsordnungen 852 – 857 und 861 zusammen	174 163	150 778	86,6	23 385	13,4

relle Besonderheit stellt wohl die Hauptursache für den andauernden Mangel an Pflegepersonal dar. Einmal gehen nur zwei Drittel aller weiblichen Berufstätigen einer Vollzeitbeschäftigung nach, während bei den männlichen Beschäftigten der Vergleichswert 97% beträgt. Hinzu kommt das völlige Ausscheiden oder oft jahrelange Pausieren der Frauen nach Heirat oder Geburt von Kindern, das sich wegen der zahlenmäßigen Dominanz besonders „negativ“ auswirkt. Es stellt sich auch die Frage, wie weit die besondere berufstypische Belastung – nicht zuletzt durch die unregelmäßigen Arbeitszeiten – Einfluß darauf hat, ob Schulabgänger eine solche Tätigkeit wählen und auch beibehalten.

Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf diesen Aspekt und beziehen sich daher hauptsächlich auf die Altersgliederung und den Vergleich von erlerntem und ausgeübtem Beruf.

Altersgliederung

Die wichtigsten Hinweise auf die gegenwärtige und zukünftige Situation in den verschiedenen Berufssparten erhält man aus der Altersstruktur. Denn bei Mangelberufen bestehen tendenziell umso größere Nachwuchsprobleme, je weniger jüngere den älteren und damit kurzfristig aus-

Tabelle 2

Erwerbstätige in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Altersgruppen und ausgewählten Berufen

Ausgeübte Tätigkeit	Erwerbstätige insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren in %				
		unter 25	25–30	30–35	35–40	40 und mehr
Erwerbstätige insgesamt	4 354 735	20,5	13,0	11,4	11,2	43,9
darunter mit einem Gesundheitsdienstberuf (852–857)	153 058	36,6	20,4	12,5	8,5	22,0
davon						
Berufsordnung 852, „Masseure, Krankengymnasten und verwandte Berufe“	15 134	19,4	23,4	17,6	11,8	27,7
darunter						
Masseure	3 840	16,8	19,5	16,4	12,5	34,9
Masseur und gleichzeitig Medizinische Bademeister	1 989	26,3	22,0	17,3	11,8	22,6
Krankengymnasten	5 270	19,7	29,4	18,1	10,6	22,3
Logopäden	321	12,8	35,2	16,8	11,2	24,0
Arbeitstherapeuten	230	9,1	17,0	18,3	12,2	43,5
Auszubildende	396	77,8	15,9	4,6	0,5	1,3
Berufsordnung 853, „Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen“	66 481	33,5	20,8	12,8	8,7	24,2
darunter						
Krankenschwestern, -pfleger	44 443	24,5	23,9	14,6	9,8	27,2
Kinderkrankenschwestern	4 836	27,4	27,2	15,1	8,8	21,4
Gemeindeschwestern und -pfleger	858	7,3	15,3	14,2	15,0	48,1
OP-Schwestern	1 351	11,5	22,7	19,1	14,4	32,3
Nachtschwestern	498	5,2	12,9	21,1	15,5	45,4
Anästhesieschwestern und -pfleger	283	4,6	20,8	25,4	23,7	25,4
Auszubildende	10 394	90,1	6,6	1,7	0,7	0,9
Berufsordnung 854, „Helfer in der Krankenpflege“	11 993	21,1	15,8	13,2	11,3	38,6
darunter						
Krankenpflegehelfer und -helferinnen	5 222	22,6	17,8	13,4	11,7	34,5
Stationshelfer und -helferinnen	1 772	15,7	9,8	10,3	10,8	53,3
Rettungsassistenten	1 769	20,5	24,5	19,1	12,4	23,6
Sanitäter	480	30,8	11,7	11,0	7,9	38,5
Nachtwachen	516	10,1	11,6	20,5	15,3	42,4
Krankenhausthelfer und -helferinnen	236	11,9	8,9	11,0	8,9	59,3
Auszubildende	194	74,7	12,9	3,1	1,5	7,7
Berufsordnung 855, „Diätassistenten, Pharmazeutisch-technische Assistenten“	3 618	39,0	30,1	17,0	6,0	7,8
darunter						
Pharmazeutisch-technische Assistenten	2 744	38,5	32,2	17,9	5,7	5,7
Auszubildende	77	90,9	3,9	2,6	1,3	1,3
Berufsordnung 856, „Sprechstundenhelfer“	46 376	53,5	18,9	9,1	6,0	12,6
darunter						
Arzthelferinnen	25 236	48,5	20,4	10,5	6,5	14,0
Zahnarzthelferinnen	12 902	53,9	23,1	8,8	5,6	8,6
Tierarzthelferinnen	351	54,7	16,8	6,0	5,1	17,4
Auszubildende	5 114	98,9	0,8	0,1	0,0	0,2
Berufsordnung 857, „Medizinallaboranten“	9 456	22,0	22,7	15,9	11,8	27,6
darunter						
Medizinisch-technische (Labor-)assistenten	6 487	21,3	23,4	15,2	12,0	28,0
Medizinische Laboranten, Medizinallaboranten	744	14,2	18,5	17,6	13,7	35,9
Medizinisch-technische Radiologieassistenten	638	37,8	28,2	19,4	5,5	9,1
Röntgenassistenten, Radiologieassistenten	630	15,6	20,5	17,6	12,2	34,1
Auszubildende	140	80,7	15,0	2,9	1,4	–
Erwerbstätige mit sozialpflegerischen Berufen der Berufsordnung 861, „Sozialarbeiter, Sozialpfleger“	21 105	25,8	16,7	13,2	10,2	34,1
darunter						
Altenpfleger, -fürsorger, -betreuer	9 747	27,3	17,7	9,7	9,2	36,1
Sozialpfleger, -betreuer, -arbeiter	5 037	8,1	17,0	22,9	14,5	37,5
Familienpflegerinnen, -fürsorgerinnen, -helferinnen	702	28,3	23,9	11,8	8,1	27,8
Gemeindepfleger, -schwestern	489	34,6	27,8	8,6	5,5	23,5
Diakonische Helfer, Diakonissen	394	35,3	5,3	6,1	5,1	48,2
Auszubildende	1 555	83,7	9,1	3,2	1,7	2,3

scheidenden Jahrgängen gegenüberstehen. Die Verteilung bei den Erwerbstätigen insgesamt kann in diesem Zusammenhang kaum als Maßstab gelten, da die Ausbildungszeiten und damit das Berufseintrittsalter stark variieren.

Als Grundlage für die folgende Betrachtung dient Tabelle 2 mit Erwerbstätigenquoten für mehrere Altersgruppen, die sich auf die jeweils häufigsten Berufe mit den Ordnungsschlüsseln 852-857 und 861 beschränkt. Auf die Angabe der „Sechssteller“ wird verzichtet, weil teilweise die Werte für verschiedene Berufsbenennungen zusammengefaßt wurden, wenn diese eindeutig denselben Beruf bezeichnen. Häufig gibt es beispielsweise sowohl eine männliche als auch eine weibliche Form oder es ist neben der ausführlichen auch die abgekürzte geläufig (zum Beispiel MTA).

Von den untersuchten Berufsordnungen wiesen 1987 die Arzthelferinnen mit über 53% einen besonders hohen Anteil an unter 25jährigen auf. Ebenfalls noch vergleichsweise jung waren die Diätassistenten und Pharmazeutisch-technischen Assistenten sowie die Krankenschwestern, -pfleger und Hebammen. Von letzteren gehörte immerhin noch ein gutes Drittel in die niedrigste Alterskategorie.

Nicht für alle Berufe der gleichen Berufsordnung wurde eine einheitliche Altersstruktur festgestellt. So folgt das relativ niedrige Durchschnittsalter bei den Krankenschwestern in hohem Maße aus dem großen Anteil Auszubildender (15,6%), die zu über 90% unter 25 Jahre alt waren. Von den Krankenschwestern, -pflegern und Kinderkrankenschwestern gehörte jeweils ungefähr ein Viertel zu den unter 25jährigen bzw. 25- bis unter 30jährigen. Demgegenüber waren die letztgenannten Jahrgänge bei den anderen Schwesternberufen deutlich stärker vertreten. Bei den Nachtschwestern und Anästhesieschwestern bildeten sogar die 30- bis unter 35jährigen die am stärksten besetzte Fünftjahresgruppe. Eine mögliche Erklärung liegt in der längeren Ausbildungsdauer, die einen späteren Berufseintritt

mit sich bringt. Hierfür spricht auch das Bild bei den Arzthelferinnen, von denen über die Hälfte zu den unter 25jährigen zählte. Anders als bei den Krankenschwestern hatte die jüngste Altersgruppe auch bei den fertig ausgebildeten Arzt- und Zahnarzthelferinnen das größte Gewicht. Dasselbe gilt für die Pharmazeutisch-technischen Assistenten, während bei den Medizinisch-technischen Assistenten wie bei den meisten anderen Berufen mit fundierter Ausbildung die 25- bis 30jährigen dominierten. Hierzu gehörten beispielsweise die Krankengymnasten, Logopäden und Sozialarbeiter. Nur bei wenigen Berufen machten erst die 30- bis unter 35jährigen den größten Anteil aus. Das gilt für Arbeitstherapeuten, die bereits erwähnten Nachtschwestern und Anästhesieschwestern und die Sozialarbeiter im engeren Sinn. Demgegenüber zählten die meisten Erwerbstätigen mit anderen sozialpflegerischen Berufen, wie Altenpfleger oder Gemeindeschwestern, zur jüngsten Kategorie.

Praktisch in allen Gesundheitsdienstberufen lag das Alter von deutlich mehr als der Hälfte der Erwerbstätigen unter 40 Jahren. Ausnahmen gab es bei einigen Berufen der Ordnung 854 „Helfer in der Krankenpflege“. Stationshelfer und Krankenhausshelfer hatten zu 53% bzw. 59% ein höheres Alter.

Der Hauptgrund für diese Verteilung mag darin liegen, daß die Schulabgänger – sicher nicht zuletzt wegen der besseren Verdienstmöglichkeiten – eher Arbeiten mit einem höheren Qualifikationsgrad anstrebten. Von allen Erwerbstätigen mit abgeschlossener praktischer Berufsausbildung, die einen Gesundheitsdienstberuf ausübten, war wohl der Anteil derer, für die ausgeübter und erlernter Beruf übereinstimmte, bei den Helfern in der Krankenpflege am kleinsten und somit die Zahl der „Quereinsteiger“ am größten. Berufe mit weniger anspruchsvollen Voraussetzungen bieten allerdings auch Älteren noch eher Zugangsmöglichkeiten. Insbesondere den Frauen eröffnen sich dort Wiedereinstiegchancen nach der Familienphase.

Tabelle 3

Erwerbstätige, die einen Pflegeberuf ausüben, in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Übereinstimmung der Berufsordnung von erlerntem und ausgeübtem Beruf

Berufsordnung des ausgeübten Berufs	Erwerbstätige insgesamt	Mit praktischer Berufsausbildung							Ohne praktische Berufsausbildung ¹⁾	
		zusammen	im gleichen Beruf			in einem anderen Beruf			Anzahl	% v. Sp. 1
			Anzahl	% v. Sp. 1	% v. Sp. 2	Anzahl	% v. Sp. 1	% v. Sp. 2		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Erwerbstätige insgesamt	4 354 735	2 447 809	1 058 264	24,3	43,2	1 391 545	32,0	56,8	1 906 926	43,8
darunter										
Berufsordnung 852, „Masseure, Krankengymnasten und verwandte Berufe“	15 134	7 975	6 094	40,3	76,4	1 881	12,4	23,6	7 159	47,3
Berufsordnung 853, „Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen“	66 481	48 811	45 427	68,3	93,1	3 384	5,1	6,9	17 670	26,6
Berufsordnung 854, „Helfer in der Krankenpflege“	11 993	6 733	2 441	20,4	36,3	4 292	35,8	63,7	5 260	43,9
Berufsordnung 855, „Diätassistenten, Pharmazeutisch-technische Assistenten“	3 618	1 878	1 169	32,3	62,2	709	19,6	37,8	1 740	48,1
Berufsordnung 856, „Sprechstundenhelfer“	46 376	31 890	28 929	62,4	90,7	2 961	6,4	9,3	14 486	31,2
Berufsordnung 857, „Medizinallaboranten“	9 456	4 247	2 387	25,2	56,2	1 860	19,7	43,8	5 209	55,1
Berufsordnungen 852 – 857 zusammen	153 058	101 534	86 447	56,5	85,1	15 087	9,9	14,9	51 524	33,7
Berufsordnung 861, „Sozialarbeiter, Sozialpfleger“	21 105	9 578	4 114	19,5	43,0	5 464	25,9	57,0	11 527	54,6
Berufsordnungen 852 – 857 und 861 zusammen	174 163	111 112	90 561	52,0	81,5	20 551	11,8	18,5	63 051	36,2

¹⁾ Einschließlich ohne Angabe

Tabelle 4

Erwerbstätige mit Angaben zum erlernten Beruf und praktischer Ausbildung in einem Pflegeberuf in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Übereinstimmung der Berufsordnung von erlerntem und ausgeübtem Beruf

Berufsordnung des erlernten Berufs	Erwerbstätige mit Angabe zum erlernten Beruf insgesamt	Mit gleicher ausgeübter Tätigkeit		Mit anderer ausgeübter Tätigkeit		Darunter					
		Anzahl	% v. Sp. 1	Anzahl	% v. Sp. 1	„verwandte“ Berufe (852–864)			Büroberufe		
						Anzahl	% v. Sp. 1	% v. Sp. 4	Anzahl	% v. Sp. 1	% v. Sp. 4
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Erwerbstätige mit Angabe zum erlernten Beruf – insgesamt	2 447 809	1 056 264	43,2	1 391 545	56,8	– ¹⁾	– ¹⁾	– ¹⁾	– ¹⁾	– ¹⁾	– ¹⁾
darunter											
Berufsordnung 852, „Masseur, Krankengymnasten und verwandte Berufe“	6 934	6 094	87,9	840	12,1	146	2,1	17,4	148	2,1	17,6
Berufsordnung 853, „Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen“	55 337	45 427	82,1	9 910	17,9	3 268	5,9	33,0	1 949	3,5	19,7
Berufsordnung 854, „Helfer in der Krankenpflege“	3 829	2 441	63,8	1 388	36,2	746	19,5	53,7	108	2,8	7,8
Berufsordnung 855, „Diätassistenten, Pharmazeutisch-technische Assistenten“	1 617	1 169	72,3	448	27,7	47	2,9	10,5	86	5,3	19,2
Berufsordnung 856, „Sprechstundenhelfer“	49 004	28 929	59,0	20 075	41,0	2 562	5,2	12,8	9 768	19,9	48,7
Berufsordnung 857, „Medizinallaboranten“	3 493	2 387	68,3	1 106	31,7	–	–	–	298	8,5	26,9
Berufsordnungen 852–857 zusammen	120 214	86 447	71,9	33 767	28,1	6 769	5,6	20,0	12 357	10,3	36,6
Berufsordnung 861, „Sozialarbeiter, Sozialpfleger“	5 114	4 114	80,4	1 000	19,6	325	6,4	32,5	115	2,2	11,5
Berufsordnungen 852–857 und 861 zusammen	125 328	90 561	72,3	34 767	27,7	7 094	5,7	20,4	12 472	10,0	35,9

¹⁾ Für die Gesamtheit aller Erwerbstätigen nicht untersucht.

Umgekehrt gibt es beispielsweise bei Krankenschwestern und Sprechstundenhilfen kaum Betätigungsfelder, die nicht eine adäquate Ausbildung verlangen. Sie hatten demzufolge gemäß *Tabelle 3* ihren Beruf zu 93,1% bzw. 90,7% auch erlernt und besetzten damit die Spitzenposition.

Niedriger Anteil von Berufswechslern

Interessanter als die Frage, wieviele Erwerbstätige einer Berufssparte diesen Beruf auch erlernt haben, scheint für Zukunftsprognosen der umgekehrte Ansatz:

Denn eine hohe Zahl Auszubildender bzw. sehr junger Berufstätiger allein garantiert langfristig durchaus nicht unbedingt ein ausreichendes Arbeitskräfteangebot. Zu der hier nicht weiter untersuchten Gruppe derer, die vollständig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden waren, kommt noch diejenige hinzu, die den Beruf wechselte. Unter den Pflegekräften wuchs mit steigendem Lebensalter der Anteil derer, die einen anderen als den erlernten Beruf ausübten, kontinuierlich. Insgesamt betrug, wie *Tabelle 4* zu entnehmen ist, die Fluktuation zwischen 12% und 41% und lag damit unter dem Durchschnitt aller Erwerbstätigen. Auch bei dieser Betrachtungsweise ergibt sich für die Krankenschwestern ein vergleichsweise positives Bild. Über 82% übten diesen Ausbildungsberuf später auch aus, weitere knapp 6% gingen einer „verwandten“ Tätigkeit nach. Damit verblieben die Krankenschwestern in höherem Maß in ihrem Beruf als die übrigen Erwerbstätigen, die einen Gesundheitsdienstberuf erlernt hatten. Ähnlich hohe „Verbleibsquoten“ zeigen noch Masseur und Sozialpfleger.

Mit Abstand die meisten Berufswechsler gab es bei den Arzhelferinnen, von denen später 41% einer anderen Tätigkeit nachgingen. Hauptsächlich erklärt sich das durch die

Arbeitsmarktlage: Während in der Vergangenheit für die Pflegekräfte allgemein ein deutlicher Nachfrageüberhang bestand, konnten manche der Arzhelferinnen nach der Ausbildung nicht sofort eine passende Anstellung finden. Hinzu kommt möglicherweise noch, daß „Arzhelferin“ vor rund 10 Jahren als Modeberuf galt, den vielleicht nicht alle Schulabgänger aus tiefster Überzeugung gewählt und deshalb angesichts der vergleichsweise ungünstigen Arbeitsbedingungen relativ schnell wieder aufgegeben hatten.

Diese Überzeugung und ein ausgeprägtes soziales Engagement, das selbstverständlich auch die Mehrheit der Arzhelferinnen bewegt, haben offensichtlich in hohem Maß diejenigen, die einen der übrigen Gesundheitsdienstberufe erlernt hatten. Von ihnen entschied sich nämlich trotz wenig attraktiver Arbeitszeiten und Gehälter nur ein kleiner Teil für eine andere Tätigkeit. Die meisten davon wählten dann Büroberufe, die wohl relativ selten mit deutlich höherem Verdienst, aber praktisch immer mit günstigeren Zeitregelungen verbunden waren. Dagegen stand die Verbesserung der finanziellen Situation sicher im Vordergrund für den auffallend großen Teil ausgebildeter Helfer in der Krankenpflege (knapp 20%), der zu einem anderen Pflegeberuf wechselte. Sie bekräftigten damit zwar ihre Entscheidung für eine soziale Tätigkeit auch unter den gegebenen ungünstigen Rahmenbedingungen, verwiesen aber auch auf die Notwendigkeit finanzieller Verbesserungen.

Zusammenfassung

Insgesamt läßt sich die Struktur der Erwerbstätigen mit Pflegeberufen eher positiv beurteilen: Sie sind im Durchschnitt jünger als der Gesamtdurchschnitt, wechseln vergleichsweise selten den Beruf und verfügen wegen der relativ großen Zahl Auszubildender über ein gutes Nachwuchspotential.

Diese Einschätzung wird durch andere Statistiken bestätigt, nach denen zumindest die Zahl der Beschäftigten in Krankenhäusern keineswegs stagniert oder gar rückläufig ist, wie man aus der Diskussion um den Pflegenotstand in den letzten Jahren schließen könnte. Vielmehr reicht lediglich der Anstieg nicht aus, um die noch schneller wachsende Nachfrage zu decken. Vor allem angesichts der kontinuierlichen Zunahme von Betagten und Hochbetagten werden auch in Zukunft noch mehr Pflegekräfte benötigt werden.

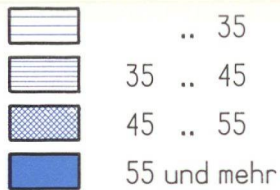
Da naturgemäß Verbesserungen bei den Arbeitszeiten und anderen Belastungsfaktoren nur bedingt möglich sind, besteht die Chance auf Ausgleich des Bedarfs wahrscheinlich nur, wenn die Gehälter angehoben werden. Dann könnte neben der Gesamtzahl der Beschäftigten auch der Männeranteil steigen, wodurch die bereits eingangs angesprochenen Folgen des extremen Frauenüberschusses gemindert würden.

Dipl.-Volkswirtin Regina Steinmann

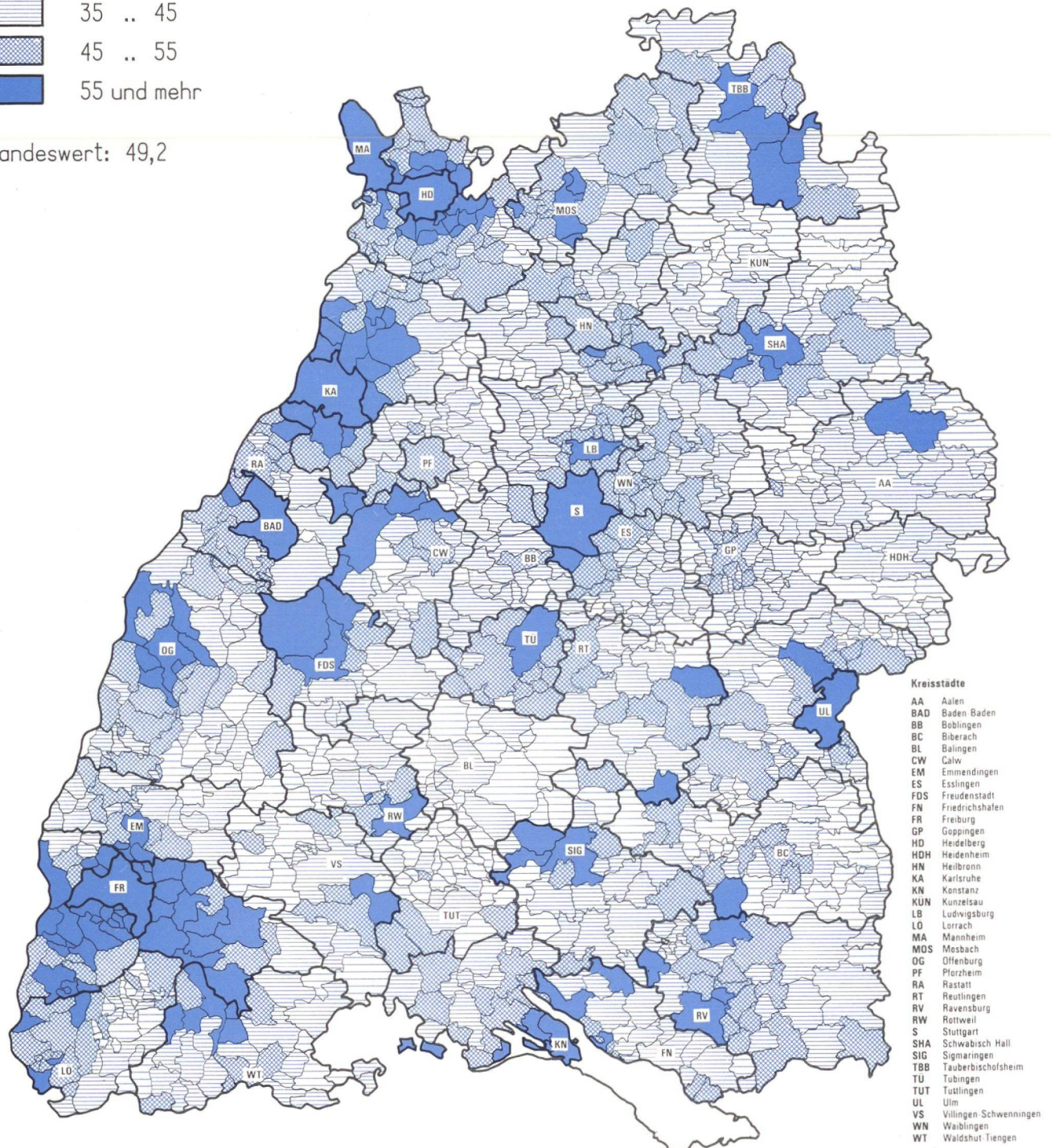
Erwerbstätige im Dienstleistungsbereich *) in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987 -Ergebnisse der Volks- und Berufszählung-

Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 49,2

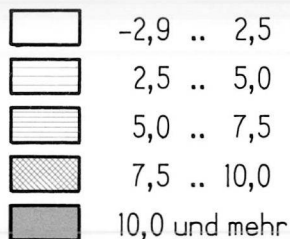


*) Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung und übrige Wirtschaftsbereiche

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

575 90

von „ bis unter



2,5 .. 5,0
5,0 .. 7,5
7,5 .. 10,0
10,0 und mehr

Landeswert: 3,1

Kreisstädte

AA	Aalen
BAD	Baden Baden
BB	Baden
BC	Biberach
BL	Balingen
CW	Calw
EM	Emmendingen
ES	Esslingen
FDS	Friedenstadt
FN	Friedrichshafen
FR	Freiburg
GP	Göppingen
HD	Heidelberg
HDH	Heidenheim
HN	Heilbronn
KA	Karlsruhe
KN	Konstanz
KUN	Künzelsau
LB	Ludwigsburg
LO	Lörrach
MA	Mannheim
MOS	Mosbach
OG	Offenburg
PF	Pforzheim
RA	Rastatt
RT	Reutlingen
RV	Ravensburg
RW	Rottweil
S	Stuttgart
SHA	Schwabisch Ha
SIG	Sigmaringen
TBB	Tauberbischofs
TÜ	Tübingen
TUT	Tuttlingen
UL	Ulm
VS	Villingen Schw
WN	Waiblingen
WT	Waldshut Tieng

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

und private Haushalte; Gebietskörperschaften u. Sozialversicherung

Die Pendler bei der Volkszählung 1987

Umfang und Struktur

In den letzten Jahren beklagen Umweltschützer, Verkehrsplaner und die Medien immer nachdrücklicher die ständig wachsende Verkehrsdichte. Berichte über die steigende Schadstoffbelastung und sich häufende Staumeldungen führten verstärkt zur Forderung nach wirksamen Maßnahmen zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrsnetzes, um zumindest den Berufsverkehr zu entlasten. Über die tatsächliche Zahl und die soziale Struktur der Erwerbstätigen und Schüler, die täglich zwischen Wohnung und Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte mehr oder weniger weite Strecken zurücklegen, lagen allerdings keine zuverlässigen Erkenntnisse vor. Nach der letzten Großzählung vor 17 Jahren gab erst die Volkszählung 1987 wieder einen umfassenden Überblick. Die Ergebnisse liefern in tiefer regionaler Gliederung Informationen über die jeweiligen Pendlerströme und lassen beispielsweise auch erkennen, wo der Anteil der PKW-Benutzer besonders hoch ist.

Es wurden verschiedene Gruppen von Pendlern untersucht¹, von denen die sog. „Pendler über die Gemeindegrenzen“, für die Wohnort und Arbeits- bzw. Ausbildungsort nicht übereinstimmen, die wichtigste bilden. Daneben unterscheidet man noch innergemeindliche Pendler, die auf ihrem täglichen Arbeits- bzw. Schulweg ihre Wohngemeinde nicht verlassen, und Wochenendpendler, die vorwiegend nicht vom betrachteten, sondern von einem anderen Wohnsitz aus pendeln. Je nachdem, ob man Pendlerströme von der Herkunfts- oder Zielgemeinde aus betrachtet, spricht man von Aus- oder Einpendlern, die sich jeweils noch in Berufs- und Ausbildungspendler gliedern. Die folgenden Ausführungen befassen sich hauptsächlich mit den Pendlern über die Gemeindegrenzen mit Schwerpunkt bei den Berufspendlern, wobei diese jeweils für einzelne Kreise oder das gesamte Land zusammen betrachtet werden.

Entwicklung der Pendlerströme über die Gemeindegrenzen seit der letzten Großzählung

Die zeitvergleichende Analyse der Pendlerströme wird durch die Gebietsreform nach der Volkszählung 1970 erschwert. Durch die Zusammenlegung von Gemeinden waren viele Erwerbstätige und Schüler, deren Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte ursprünglich außerhalb ihrer Wohngemeinde lag, definitorisch keine Auspendler über die Gemeindegrenzen mehr, sondern sie wurden zu innergemeindlichen Pendlern. Unter Berücksichtigung des neuen Gebietsstandes reduzierte sich die Zahl der Berufsauspendler aus den Gemeinden Baden-Württembergs um ca.

17% von 1 299 524 auf 1 076 774; die der Ausbildungsauspendler ging gar um über 33% von 280 412 auf 187 429 zurück. Bedenkt man, daß ein Ziel der Gebietsreform in der Zusammenlegung von wirtschaftlich eng verbundenen Gemeinden bestand, spricht die große Zahl der Pendler, die zwischen zwei später vereinigten Gemeinden pendelten, dafür, daß bestehende Verflechtungen angemessen berücksichtigt wurden.

Bei der Volkszählung 1987 wurden 1 781 534 Berufsauspendler und 316 083 Ausbildungsauspendler ermittelt (*Tabellen 1 und 2*). Dies entspricht jeweils einem Anstieg von über 65%. Demgegenüber lag die Zahl der 1987 in Baden-Württemberg wohnenden Erwerbstätigen mit 4 344 227 nur wenig über dem 70er Wert; diejenige der Schüler und Studierenden am Wohnort ist gar um fast 80 000 auf 1 338 743 zurückgegangen. Daraus folgt, daß sich der Anteil der Erwerbstätigen bzw. Schüler, die nicht in ihrer Wohngemeinde zur Arbeit bzw. Schule gehen konnten, noch stärker erhöht hat als die absolute Zahl der Auspendler. Zu diesen gehörten immerhin 23,6% der Schüler und 41,0% der Erwerbstätigen. Im Vergleich dazu waren 1970 Anteile von nur 13,2 bzw. 25,8% ermittelt worden.

Diese Entwicklung geht sicher auf mehrere Ursachen zurück, von denen eine in der teilweise fehlenden Übereinstimmung von Wohnungsangebot und -nachfrage in den Ballungszentren² liegen dürfte. Denn wegen zu hoch empfundener Mietbelastung oder aber aufgrund des Wunsches nach Leben im Grünen finden viele Familien keine geeignete Wohnung am Arbeits- bzw. Ausbildungsort. Hinzu kommt noch, daß bei mittlerweile weniger als 40 Wochenarbeitsstunden deutlich mehr Freizeit bleibt als früher, die teilweise für die Anfahrt verwendet werden kann.

Für die Höhe des Berufspendleranteils dürfte außerdem der ständig wachsende Spezialisierungsgrad in erheblichen Maße mitverantwortlich sein. Einerseits finden räumlich gebundene Erwerbstätige nämlich nicht immer einen ihrer Ausbildung adäquaten Arbeitsplatz am Wohnort, andererseits machen höhere Einkommen auch weitere Anfahrtswege lohnend.

Der noch stärkere Zuwachs bei den Ausbildungspendlern folgt hauptsächlich daraus, daß heute in weit größerem Umfang als noch vor zwanzig Jahren höhere Schulen besucht werden, die naturgemäß seltener in der Wohngemeinde anzutreffen sind als Grund- und Hauptschulen.

Die Pendlerbeziehungen haben sich aber nicht nur ihrem Umfang nach, sondern auch in ihrer regionalen Struktur

¹ Zu den Grundbegriffen im Zusammenhang mit Pendlern vgl. Steinmann, Regina: Die Pendler der Volkszählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 1/91, S. 2 ff.

² Vgl. hierzu: Büringer, Helmut: Wohnungsmieten in den Gemeinden und Regionen des Landes im Jahre 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/91, S. 191 ff.

Tabelle 1

Erwerbstätige am Wohnort und Berufsauspendler über die Gemeindegrenzen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1970 und 1987
Volkszählungsergebnisse

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Erwerbstätige am Wohnort 1970	Darunter Berufsauspendler 1970 ¹⁾	% von Sp. 1	Erwerbstätige am Wohnort 1987	Darunter Berufsauspendler 1987	% von Sp. 4
	1	2	3	4	5	6
Stadtkreis						
Stuttgart, Landeshauptstadt	329 773	17 371	5,3	270 475	30 456	11,3
Landkreise						
Böblingen	132 319	53 864	40,7	156 736	87 467	55,8
Esslingen	199 821	80 366	40,2	228 169	120 372	52,8
Göppingen	109 450	37 341	34,1	108 742	56 281	51,8
Ludwigsburg	191 708	84 977	44,3	218 976	126 768	57,9
Rems-Murr-Kreis	155 971	62 245	39,9	175 775	96 786	55,1
Region Mittlerer Neckar	1 119 042	336 164	30,0	1 158 873	518 130	44,7
Stadtkreis						
Heilbronn	47 706	4 130	8,7	49 575	10 598	21,4
Landkreise						
Heilbronn	107 281	42 998	40,1	118 765	68 212	57,4
Hohenlohekreis	39 829	9 860	24,8	40 564	18 034	44,5
Schwäbisch Hall	69 428	13 193	19,0	70 956	25 690	36,2
Main-Tauber-Kreis	58 732	11 277	19,2	54 260	19 250	35,5
Region Franken	322 976	81 458	25,2	334 120	141 784	42,4
Landkreise						
Heidenheim	59 934	14 336	23,9	55 983	21 339	38,1
Ostalbkreis	124 403	29 478	23,7	125 113	49 734	39,8
Region Ostwürttemberg	184 337	43 814	23,8	181 096	71 073	39,2
Regierungsbezirk Stuttgart	1 626 355	461 436	28,4	1 674 089	730 987	43,7
Stadtkreise						
Baden-Baden	17 532	2 421	13,8	21 653	4 281	19,8
Karlsruhe	117 289	6 338	5,4	115 474	11 649	10,1
Landkreise						
Karlsruhe	159 463	62 048	38,9	171 925	98 057	57,0
Rastatt	88 648	27 912	31,5	90 166	44 371	49,2
Region Mittlerer Oberrhein	382 932	98 719	25,8	399 218	158 358	39,7
Stadtkreise						
Heidelberg	52 283	7 653	14,6	55 426	10 145	18,3
Mannheim	159 646	9 763	6,1	130 378	15 454	11,9
Landkreise						
Neckar-Odenwald-Kreis	55 846	14 675	26,3	58 925	27 261	46,3
Rhein-Neckar-Kreis	186 731	91 753	49,1	214 309	134 945	63,0
Region Unterer Neckar	454 506	123 844	27,2	459 038	187 805	40,9
Stadtkreis						
Pforzheim	46 298	3 155	6,8	49 879	8 509	17,1
Landkreise						
Calw	56 344	15 365	27,3	62 454	29 252	46,8
Enzkreis	78 019	32 324	41,4	82 253	48 756	59,3
Freudenstadt	45 573	8 698	19,1	47 021	17 067	36,3
Region Nordschwarzwald	226 234	59 542	26,3	241 607	103 584	42,9
Regierungsbezirk Karlsruhe	1 063 672	282 105	26,5	1 099 863	449 747	40,9
Stadtkreis						
Freiburg im Breisgau	70 204	2 926	4,2	73 728	7 485	10,2
Landkreise						
Breisgau-Hochschwarzwald	80 087	25 792	32,2	94 437	50 068	53,0
Emmendingen	54 199	19 657	36,3	61 790	32 546	52,7
Ortenaukreis	156 329	39 140	25,0	165 659	68 838	41,6
Region Südlicher Oberrhein	360 819	87 515	24,3	395 614	158 937	40,2
Landkreise						
Rottweil	60 271	14 370	23,8	58 851	24 583	41,8
Schwarzwald-Baar-Kreis	97 285	13 070	13,4	91 110	25 399	27,9
Tuttlingen	51 920	10 070	19,4	54 451	19 174	35,2
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	209 476	37 510	17,9	204 412	69 156	33,8
Landkreise						
Konstanz	101 377	20 338	20,1	104 801	35 470	33,8
Lörrach	87 809	25 740	29,3	88 927	39 082	43,9
Waldshut	62 866	16 951	27,0	66 272	28 975	43,7
Region Hochrhein-Bodensee	252 052	63 029	25,0	260 000	103 527	39,8
Regierungsbezirk Freiburg	822 347	188 054	22,9	860 026	331 620	38,6
Landkreise						
Reutlingen	108 114	25 850	23,9	115 925	47 135	40,7
Tübingen	66 947	18 216	27,2	80 664	34 218	42,4
Zollernalbkreis	87 496	13 647	15,6	86 416	25 194	29,2
Region Neckar-Alb	262 557	57 713	22,0	283 005	106 547	37,6
Stadtkreis						
Ulm	46 107	3 195	6,9	45 165	6 585	14,6
Landkreise						
Alb-Donau-Kreis	72 245	24 241	33,6	74 658	39 522	52,9
Biberach	66 769	15 654	23,4	70 203	30 549	43,5
Region Donau-Iller ²⁾	185 121	43 090	23,3	190 026	76 656	40,3
Landkreise						
Bodenseekreis	68 573	16 029	23,4	78 102	29 858	38,2
Ravensburg	95 262	19 002	19,9	105 654	37 180	35,2
Sigmaringen	52 166	9 345	17,9	53 462	18 939	35,4
Region Bodensee-Oberschwaben	216 001	44 376	20,5	237 218	85 977	36,2
Regierungsbezirk Tübingen	663 679	145 179	21,9	710 249	269 180	37,9
Baden-Württemberg	4 176 053	1 076 774	25,8	4 344 227	1 781 534	41,0

¹⁾ Bezogen auf neuen Gebietsstand. — ²⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

Tabelle 2

Schüler und Studierende am Wohnort und Ausbildungspendler über die Gemeindegrenzen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1970 und 1987
Volkszählungsergebnisse

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Schüler und Studierende am Wohnort 1970	Darunter Ausbildungs- auspendler 1970 ¹⁾	% von Sp. 1	Schüler und Studierende am Wohnort 1987	Darunter Ausbildungs- auspendler 1987	% von Sp. 4
1	2	3	4	5	6	
Stadtkreis						
Stuttgart, Landeshauptstadt	79 220	2 019	2,5	73 483	3 050	4,2
Landkreise						
Böblingen	42 998	6 307	14,7	46 875	13 027	27,8
Esslingen	61 352	11 024	18,0	66 364	19 666	29,6
Göppingen	33 694	6 870	20,4	31 227	10 440	33,4
Ludwigsburg	59 734	10 379	17,4	62 137	17 057	27,5
Rems-Murr-Kreis	50 341	7 837	15,6	49 496	14 481	29,3
Region Mittlerer Neckar	327 339	44 436	13,6	329 582	77 721	23,6
Stadtkreis						
Heilbronn	14 161	346	2,4	15 072	766	5,1
Landkreise						
Heilbronn	37 680	8 182	21,7	35 320	13 091	37,1
Hohenlohekreis	14 190	2 653	18,7	12 778	3 865	30,2
Schwäbisch Hall	24 555	3 942	16,1	21 655	5 311	24,5
Main-Tauber-Kreis	21 736	2 701	12,4	16 448	3 596	21,9
Region Franken	112 322	17 824	15,9	101 273	26 629	26,3
Landkreise						
Heidenheim	20 245	2 266	11,2	17 290	3 698	21,4
Ostalbkreis	46 140	5 460	11,8	42 722	9 805	23,0
Region Ostwürttemberg	66 385	7 726	11,6	60 012	13 503	22,5
Regierungsbezirk Stuttgart	506 046	69 986	13,8	490 867	117 853	24,0
Stadtkreise						
Baden-Baden	4 862	331	6,8	5 610	650	11,6
Karlsruhe	40 600	590	1,5	40 732	1 938	4,8
Landkreise						
Karlsruhe	57 949	9 860	17,0	49 781	15 050	30,2
Rastatt	32 837	4 456	13,6	24 456	6 594	27,0
Region Mittlerer Oberrhein	136 248	15 237	11,2	120 579	24 232	20,1
Stadtkreise						
Heidelberg	23 275	598	2,6	26 805	1 362	5,1
Mannheim	44 290	1 218	2,8	40 403	2 776	6,9
Landkreise						
Neckar-Odenwald-Kreis	22 532	4 056	18,0	18 129	5 371	29,6
Rhein-Neckar-Kreis	66 848	15 792	23,6	64 802	26 058	40,2
Region Unterer Neckar	156 945	21 664	13,8	150 139	35 567	23,7
Stadtkreis						
Pforzheim	12 840	336	2,6	14 202	840	5,9
Landkreise						
Calw	18 849	3 153	16,7	19 153	5 170	27,0
Enzkreis	24 689	5 454	22,1	22 130	9 020	40,8
Freudenstadt	16 212	2 113	13,0	13 702	2 940	21,5
Region Nordschwarzwald	72 590	11 056	15,2	69 187	17 970	26,0
Regierungsbezirk Karlsruhe	365 783	47 957	13,1	339 905	77 769	22,9
Stadtkreis						
Freiburg im Breisgau	34 150	348	1,0	35 199	675	1,9
Landkreise						
Breisgau-Hochschwarzwald	30 422	6 898	22,7	30 214	13 199	43,7
Emmendingen	20 484	3 411	16,7	18 809	5 540	29,5
Ortenaukreis	60 443	7 160	11,8	49 080	11 594	23,6
Region Südlicher Oberrhein	145 499	17 817	12,2	133 302	31 008	23,3
Landkreise						
Rottweil	20 560	2 824	13,7	17 426	4 494	25,8
Schwarzwald-Baar-Kreis	31 528	2 795	8,9	26 210	4 593	17,5
Tuttlingen	16 875	2 657	15,7	15 770	4 681	29,7
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	68 963	8 276	12,0	59 406	13 768	23,2
Landkreise						
Konstanz	35 302	3 633	10,3	34 386	6 452	18,8
Lörrach	31 076	3 703	11,9	24 320	5 759	23,7
Waldshut	23 519	2 909	12,4	19 456	5 252	27,0
Region Hochrhein-Bodensee	89 897	10 245	11,4	78 162	17 463	22,3
Regierungsbezirk Freiburg	304 359	36 338	11,9	270 870	62 239	23,0
Landkreise						
Reutlingen	36 297	4 891	13,5	36 420	9 664	26,5
Tübingen	31 704	3 791	12,0	35 861	6 793	18,9
Zollernalbkreis	26 352	2 390	9,1	22 884	4 125	18,0
Region Neckar-Alb	94 353	11 072	11,7	95 165	20 582	21,6
Stadtkreis						
Ulm	13 720	296	2,2	15 945	587	3,7
Landkreise						
Alb-Donau-Kreis	26 062	5 866	22,5	24 194	9 409	38,9
Biberach	26 181	4 285	16,4	23 254	7 816	33,6
Region Donau-Iller ²⁾	65 963	10 447	15,8	63 393	17 812	28,1
Landkreise						
Bodenseekreis	24 210	3 711	15,3	24 704	7 111	28,8
Ravensburg	37 767	4 896	13,0	36 402	8 304	22,8
Sigmaringen	19 612	3 022	15,4	17 437	4 413	25,3
Region Bodensee-Oberschwaben	81 589	11 629	14,3	78 543	19 828	25,2
Regierungsbezirk Tübingen	241 905	33 148	13,7	237 101	58 222	24,6
Baden-Württemberg	1 418 093	187 429	13,2	1 338 743	316 083	23,6

¹⁾ Bezogen auf neuen Gebietsstand. – ²⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

gewandelt. Dabei ist eine steigende Bedeutung des direkten Umlands von Großstädten, aber eine relativ und teilweise sogar absolut sinkende Anziehungskraft der Stadtkreise selbst zu beobachten.³ Zwar zog allein Stuttgart mehr als 10% aller Einpendler an, aber es gingen 1987 kaum mehr Erwerbstätige in einer der Großstädte des Landes ihrer Arbeit nach als 1970, während sich bei den Landkreisen in den Ballungszentren teilweise zweistellige Zuwachsraten ergaben. In Landkreisen ländlicher Regionen ging dagegen die Zahl der dort erwerbstätigen Bevölkerung weiter zurück, so daß dort strukturfördernde Maßnahmen dringend erforderlich sind.

Zwar gibt es keinen Kreis, in dem nicht der Anteil der gemeindeüberschreitenden Berufsauspendler an den Erwerbstätigen am Wohnort gestiegen ist, aber diese Entwicklung fiel doch in den verschiedenen Gebieten recht unterschiedlich aus. 1970 gab es nur in den Gemeinden der Kreise Böblingen, Esslingen, Ludwigsburg, Heilbronn und des Enzkreises Berufsauspendlerquoten von etwas über 40%. Mit 49,1% nahmen die Gemeinden des Rhein-Neckar-Kreises eine einsame Spitzenstellung ein. Die niedrigste Rate hatte Freiburg, gefolgt von Stuttgart und den übrigen Stadtkreisen. Dieselbe Verteilung mit Freiburg als Schlußlicht und dem Rhein-Neckar-Kreis als Spitzenreiter wurde auch 1987 wieder ermittelt. Allerdings kamen als Kreise mit besonders hohen Berufsauspendlerquoten aus den Gemeinden noch Göppingen, der Rems-Murr-Kreis, die Landkreise Karlsruhe, Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen und der Alb-Donau-Kreis hinzu. Es handelt sich dabei ausnahmslos um Kreise in der Nähe von Großstädten, was zur Vermutung Anlaß geben könnte, daß sich der Radius, in dem die dort Arbeitenden wohnen, vergrößert hat. Teilweise trifft dies wohl auch zu, allerdings weisen Gemeinden dieser Kreise selbst oder diejenigen von deren Nachbarkreisen stark gestiegene Einpendlerzahlen auf (*Tabellen 3 und 4*), was dafür spricht, daß viele der zusätzlichen Auspendler nicht in die nächste Großstadt, sondern in einen Nachbarort fuhren. Dies ist – wie der bereits erwähnte Zuwachs bei den Erwerbstätigen am Arbeitsort – ein Zeichen dafür, daß die Gemeinden im Umkreis der Großstädte attraktiver geworden sind.

Demographische Struktur der Pendler

Von den 1 781 534 Berufsauspendlern aus den Gemeinden Baden-Württembergs waren 611 890 Frauen, was einem Anteil von 34,3% entsprach. Demgegenüber waren etwas mehr, nämlich 39,1% der 4 344 227 Erwerbstätigen am Wohnort weiblich. Aus dem Vergleich der beiden Werte ergibt sich, daß Frauen relativ häufiger als Männer in ihrer Wohngemeinde arbeiteten. Ein ausschlaggebender Grund dürfte in der nach wie vor relativ schlechteren beruflichen Ausbildung der Frauen liegen. Da sie häufiger weniger spezialisierte Tätigkeiten als ihre männlichen Kollegen ausüben, weisen sie ein sowohl sachlich als auch regional breiteres Einsatzgebiet auf. Hinzu kommt noch, daß mit weniger qualifizierter Arbeit meist kein allzu hohes Einkommen zu erzielen ist und somit die Anfahrtkosten minimiert werden müssen. Außerdem sind Frauen aus familiären oder

anderen Gründen offensichtlich weniger pendelfreudig als Männer. Dies folgt aus der Tatsache, daß nicht einmal jede zweite Berufspendlerin eine Ehefrau ist, obwohl von den weiblichen Erwerbstätigen am Wohnort deutlich mehr als die Hälfte verheiratet ist. Wegen der Doppelbelastung durch Familie und Beruf sehen anscheinend Ehefrauen häufiger als ihre ledigen Geschlechtsgenossinnen von einer Erwerbstätigkeit außerhalb ihrer Wohngemeinde ab.

Bei altersgruppenspezifischer Betrachtung der Berufsauspendler fällt folgendes auf: Offensichtlich sinkt die Pendelbereitschaft mit zunehmendem Alter; der Anteil der Berufsauspendler bei den unter 35jährigen lag mit mehr als 46% deutlich über der Durchschnittsmarke von ca. 41%. Letztere wurde von den 35- bis unter 45jährigen annäherungsweise erreicht, während die Quote für die Älteren niedriger lag. Unter anderem die Unsicherheit in bezug auf die berufliche und familiäre Entwicklung dürfte dazu führen, daß zu Beginn des Berufslebens längere Anfahrtwege akzeptiert werden als später. Eine vorhandene günstige Wohnung, beispielsweise auch die Elternwohnung, wird teilweise auch aus finanziellen Gründen zunächst beibehalten. Außerdem wird anscheinend der tägliche Berufsverkehr erst im Laufe der Zeit als immer lästiger empfunden, so daß auf Dauer häufig eine Wohnung in der Nähe des Arbeitsplatzes (oder umgekehrt) gesucht wird.

Der Vergleich der geschlechtsspezifischen Anteile verschiedener Altersgruppen an den Erwerbstätigen am Wohnort bzw. den Berufsauspendlern zeigt, daß sich das Pendelverhalten von Frauen und Männern unterschiedlich entwickelt. Wäre dies nicht der Fall, hätten von den weiblichen bzw. männlichen Erwerbstätigen am Wohnort entsprechend dem Gesamtdurchschnitt auch von allen einzelnen Altersgruppen 36,0 bzw. 44,2% auspendeln müssen. Demgegenüber überstieg bei den unter 25jährigen der Anteil der Auspendlerinnen an den weiblichen Erwerbstätigen am Wohnort mit 47,8% denjenigen der auspendelnden Männer der gleichen Altersgruppe sogar um 1,6 Prozentpunkte, während er bei den Älteren bis zu 15 Prozentpunkte hinter dem der männlichen Kollegen zurückblieb. Junge Frauen pendelten also, gemessen an ihrer Beteiligung am Erwerbsleben, in überdurchschnittlichem Umfang. Als Grund kann unter anderem die traditionell stärkere Familienbindung der Töchter genannt werden, deretwegen diese tendenziell länger im Elternhaus wohnen bleiben und eher pendeln als die Söhne, die sich schneller eine eigene Wohnung oder Unterkunft am Arbeitsort suchen. Ein bedeutender Einflußfaktor dürfte auch in den für junge Frauen vergleichsweise größeren Schwierigkeiten bei der Arbeitsplatzsuche bestehen, die zumindest kurzfristig auch zur Akzeptanz weiterer Anfahrtwege zwingen.

Mehr als jeder zweite (nämlich 53,3%) der Berufsauspendler aus den Gemeinden Baden-Württembergs war Angestellter oder Beamter, 2,3% waren Selbständige und 44,2% Arbeiter. Erwartungsgemäß unterschritt damit die Quote der pendelnden Selbständigen deutlich ihren (rund viermal so großen) Anteil an den Erwerbstätigen am Wohnort. Denn für sie liegen sowohl im Bereich der Landwirtschaft als auch bei typischen Berufsgruppen, wie Ärzten, Rechtsanwälten sowie Unternehmens- und Steuerberatern, Wohnung und Arbeitsstätte häufig auf dem gleichen Grundstück. Die Aufteilung der Auspendler nach Angestellten und Beamten einerseits sowie Arbeitern andererseits entsprach sowohl auf Landesebene als auch in den einzelnen Kreisen annähernd derjenigen bei den Erwerbstätigen am Wohnort. Während aber in Baden-Württemberg rund ein

³ Zur Erwerbsbeteiligung in den LEP-Räumen vgl. Frank, Eberhard: Zur Entwicklung der Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur des ländlichen Raums, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 11/89, S. 515 ff.

Tabelle 3

Erwerbstätige am Arbeitsort und Berufseinpendler über die Gemeindegrenzen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1970 und 1987
Volkszählungsergebnisse

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Erwerbstätige am Arbeitsort 1970	Darunter Berufseinpendler 1970 ¹⁾	% von Sp. 1	Erwerbstätige am Arbeitsort 1987	Darunter Berufseinpendler 1987	% von Sp. 4
1	2	3	4	5	6	
Stadtkreis						
Stuttgart, Landeshauptstadt	447 442	135 040	30,2	429 082	189 484	44,2
Landkreise						
Böblingen	117 737	47 184	40,1	162 598	94 082	57,9
Esslingen	182 317	54 980	30,1	202 987	96 285	47,4
Göppingen	106 280	34 171	32,2	100 097	48 257	48,2
Ludwigsburg	155 039	48 308	31,2	177 508	86 514	48,7
Rems-Murr-Kreis	128 970	35 244	27,3	144 920	66 778	46,1
Region Mittlerer Neckar	1 137 785	354 907	31,2	1 217 192	581 400	47,8
Stadtkreis						
Heilbronn	74 284	25 118	33,8	72 509	33 722	46,5
Landkreise						
Heilbronn	79 196	20 503	25,9	93 610	44 038	47,0
Hohenlohekreis	38 503	8 534	22,2	38 117	15 867	41,6
Schwäbisch Hall	68 921	11 770	17,1	67 544	22 876	33,9
Main-Tauber-Kreis	58 627	11 556	19,7	54 499	20 183	37,0
Region Franken	319 531	77 481	24,2	326 279	136 686	41,9
Landkreise						
Heidenheim	61 312	15 714	25,6	55 560	21 326	38,4
Ostalbkreis	123 811	29 802	24,1	119 741	45 197	37,7
Region Ostwürttemberg	185 123	45 516	24,6	175 301	66 523	37,9
Regierungsbezirk Stuttgart	1 642 439	477 904	29,1	1 718 772	784 609	45,6
Stadtkreise						
Baden-Baden	26 539	5 469	20,6	27 177	9 909	36,5
Karlsruhe	167 389	45 359	27,1	177 497	74 068	41,7
Landkreise						
Karlsruhe	121 471	35 135	28,9	126 218	54 043	42,8
Rastatt	75 422	20 645	27,4	78 204	33 262	42,5
Region Mittlerer Oberrhein	390 821	106 608	27,3	409 096	171 282	41,9
Stadtkreise						
Heidelberg	77 110	28 824	37,4	91 317	46 375	50,8
Mannheim	219 147	69 264	31,6	201 906	87 485	43,3
Landkreise						
Neckar-Odenwald-Kreis	53 407	11 852	22,2	51 933	20 862	40,2
Rhein-Neckar-Kreis	140 324	49 002	34,9	150 090	73 002	48,6
Region Unterer Neckar	489 988	158 942	32,4	495 246	227 724	46,0
Stadtkreis						
Pforzheim	72 371	22 378	30,9	68 921	27 748	40,3
Landkreise						
Calw	50 604	8 918	17,6	49 572	16 816	33,9
Enzkreis	50 819	11 974	23,6	55 408	22 457	40,5
Freudenstadt	40 930	6 421	15,7	42 706	13 036	30,5
Region Nordschwarzwald	214 724	49 691	23,1	216 607	80 057	37,0
Regierungsbezirk Karlsruhe	1 095 533	315 241	28,8	1 120 949	479 063	42,7
Stadtkreis						
Freiburg im Breisgau	96 841	25 490	26,3	109 478	43 600	39,8
Landkreise						
Breisgau-Hochschwarzwald	61 202	11 573	18,9	70 618	27 647	39,2
Emmendingen	46 424	11 228	24,2	46 874	18 429	39,3
Ortenaukreis	153 849	36 660	23,8	159 058	63 984	40,2
Region Südlicher Oberrhein	358 316	84 951	23,7	386 028	153 660	39,8
Landkreise						
Rottweil	60 029	12 954	21,6	55 887	22 157	39,6
Schwarzwald-Baar-Kreis	98 298	15 843	16,1	92 527	27 469	29,7
Tuttlingen	51 081	9 231	18,1	53 391	18 717	35,1
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	209 408	38 028	18,2	201 805	68 343	33,9
Landkreise						
Konstanz	99 412	18 373	18,5	99 579	31 297	31,4
Lörrach	78 794	16 725	21,2	78 708	29 803	37,9
Waldshut	58 755	12 901	22,0	57 556	20 988	36,5
Region Hochrhein-Bodensee	236 961	47 999	20,3	235 843	82 088	34,8
Regierungsbezirk Freiburg	804 685	170 978	21,2	823 676	304 091	36,9
Landkreise						
Reutlingen	108 535	26 449	24,4	111 578	43 424	38,9
Tübingen	65 388	15 117	23,1	72 557	26 582	36,6
Zollernalbkreis	87 957	13 225	15,0	82 895	22 148	26,7
Region Neckar-Alb	261 880	54 791	20,9	267 030	92 154	34,5
Stadtkreis						
Ulm	79 980	34 353	43,0	84 707	46 350	54,7
Landkreise						
Alb-Donau-Kreis	52 001	6 546	12,6	51 269	16 936	33,0
Biberach	65 182	14 233	21,8	66 136	27 246	41,2
Region Donau-Iller ²⁾	197 163	55 132	28,0	202 112	90 532	44,8
Landkreise						
Bodenseekreis	68 107	15 563	22,9	77 111	29 657	38,5
Ravensburg	95 072	18 812	19,8	105 409	38 019	36,1
Sigmaringen	51 711	8 890	17,2	51 859	17 908	34,5
Region Bodensee-Oberschwaben	214 890	43 265	20,1	234 379	85 584	36,5
Regierungsbezirk Tübingen	673 933	153 188	22,7	703 521	268 270	38,1
Baden-Württemberg	4 216 590	1 117 311	26,5	4 366 918	1 836 033	42,0

¹⁾ Bezogen auf neuen Gebietsstand. – ²⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

Tabelle 4

Schüler und Studierende am Ausbildungsort und Ausbildungseinpender über die Gemeindegrenzen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1970 und 1987
Volkszählungsergebnisse

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Schüler und Studierende am Ausbildungsort 1970	Darunter Ausbildungseinpender 1970 ¹⁾	% von Sp. 1	Schüler und Studierende am Ausbildungsort 1987	Darunter Ausbildungseinpender 1987	% von Sp. 4
	1	2	3	4	5	6
Stadtkreis						
Stuttgart, Landeshauptstadt	85 942	8 741	10,2	90 274	19 913	22,1
Landkreise						
Böblingen	41 424	5 111	12,3	42 819	9 132	21,3
Esslingen	59 718	9 012	15,1	62 988	16 534	26,2
Göppingen	32 980	6 156	18,7	29 453	8 786	29,8
Ludwigsburg	57 857	8 502	14,7	57 038	12 172	21,3
Rems-Murr-Kreis	48 711	6 207	12,7	45 313	10 457	23,1
Region Mittlerer Neckar	326 632	43 729	13,4	327 885	76 994	23,5
Stadtkreis						
Heilbronn	17 148	2 867	16,7	19 572	5 293	27,0
Landkreise						
Heilbronn	34 264	5 232	15,3	30 425	8 322	27,4
Hohenlohekreis	13 945	2 408	17,3	12 296	3 432	27,9
Schwäbisch Hall	24 748	4 116	16,6	21 671	5 465	25,2
Main-Tauber-Kreis	22 160	3 185	14,4	16 350	3 580	21,9
Region Franken	112 265	17 808	15,9	100 314	26 092	26,0
Landkreise						
Heidenheim	20 093	2 114	10,5	16 917	3 412	20,2
Ostalbkreis	46 226	5 565	12,0	42 260	9 539	22,6
Region Ostwürttemberg	66 319	7 679	11,6	59 177	12 951	21,9
Regierungsbezirk Stuttgart	505 216	69 216	13,7	487 376	116 037	23,8
Stadtkreise						
Baden-Baden	5 511	476	8,6	5 932	992	16,7
Karlsruhe	47 316	6 095	12,9	49 463	10 710	21,7
Landkreise						
Karlsruhe	52 491	5 613	10,7	44 068	9 527	21,6
Rastatt	31 597	3 720	11,8	22 265	4 534	20,4
Region Mittlerer Oberrhein	136 915	15 904	11,6	121 728	25 763	21,2
Stadtkreise						
Heidelberg	30 737	7 140	23,2	39 435	14 053	35,6
Mannheim	48 481	5 409	11,2	47 872	10 301	21,5
Landkreise						
Neckar-Odenwald-Kreis	22 424	3 888	17,3	17 379	4 689	27,0
Rhein-Neckar-Kreis	58 992	8 856	15,0	51 653	13 197	25,5
Region Unterer Neckar	160 634	25 293	15,7	156 339	42 240	27,0
Stadtkreis						
Pforzheim	16 171	3 188	19,7	18 729	5 420	28,9
Landkreise						
Calw	18 477	2 779	15,0	17 915	4 025	22,5
Enzkreis	20 783	2 027	9,8	16 768	3 760	22,4
Freudenstadt	15 868	1 935	12,2	13 241	2 540	19,2
Region Nordschwarzwald	71 299	9 929	13,9	66 653	15 745	23,6
Regierungsbezirk Karlsruhe	368 848	51 126	13,9	344 720	83 748	24,3
Stadtkreis						
Freiburg im Breisgau	39 335	4 772	12,1	43 668	9 201	21,1
Landkreise						
Breisgau-Hochschwarzwald	26 491	3 687	13,9	24 223	7 414	30,6
Emmendingen	19 478	2 423	12,4	16 765	3 623	21,6
Ortenaukreis	60 318	7 035	11,7	48 438	11 224	23,2
Region Südlicher Oberrhein	145 622	17 917	12,3	133 094	31 462	23,6
Landkreise						
Rottweil	20 406	2 625	12,9	17 017	4 182	24,6
Schwarzwald-Baar-Kreis	31 802	3 133	9,9	26 778	5 279	19,7
Tuttlingen	16 662	2 444	14,7	15 132	4 145	27,4
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	68 870	8 202	11,9	58 927	13 606	23,1
Landkreise						
Konstanz	35 356	3 687	10,4	34 716	6 975	20,1
Lörrach	30 634	3 261	10,6	23 243	4 856	20,9
Waldshut	23 300	2 713	11,6	18 942	4 892	25,8
Region Hochrhein-Bodensee	89 290	9 661	10,8	76 901	16 723	21,7
Regierungsbezirk Freiburg	303 782	35 780	11,8	268 922	61 791	23,0
Landkreise						
Reutlingen	36 336	4 940	13,6	34 927	8 259	23,6
Tübingen	32 309	4 249	13,2	39 866	10 915	27,4
Zollernalbkreis	26 184	2 176	8,3	22 076	3 403	15,4
Region Neckar-Alb	94 829	11 365	12,0	96 869	22 577	23,3
Stadtkreis						
Ulm	17 692	3 940	22,3	22 960	7 646	33,3
Landkreise						
Alb-Donau-Kreis	23 214	3 272	14,1	19 440	4 825	24,8
Biberach	25 983	4 161	16,0	22 686	7 401	32,6
Region Donau-Iller ²⁾	66 889	11 373	17,0	65 086	19 872	30,5
Landkreise						
Bodenseekreis	23 327	2 828	12,1	23 595	6 202	26,3
Ravensburg	38 295	5 424	14,2	37 237	9 402	25,2
Sigmaringen	19 788	3 198	16,2	17 697	4 756	26,9
Region Bodensee-Oberschwaben	81 410	11 450	14,1	78 529	20 360	25,9
Regierungsbezirk Tübingen	243 128	34 188	14,1	240 484	62 809	26,1
Baden-Württemberg	1 420 974	190 310	13,4	1 341 502	324 385	24,2

¹⁾ Bezogen auf neuen Gebietsstand. — ²⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

Drittel weniger Facharbeiter als sonstige Arbeiter wohnen, waren beide Gruppen unter den Auspendlern im umgekehrten Verhältnis vertreten. Dies entspricht den bereits eingangs angesprochenen Beobachtungen, nach denen Erwerbstätige mit weniger spezialisierten Tätigkeiten eher am Wohnort Arbeit finden und außerdem weitere Anfahrtswege bei niedrigeren Verdienstmöglichkeiten seltener akzeptiert werden.

Das hauptsächlich benutzte Verkehrsmittel

Die wohl wichtigste Frage, die die Pendlerzählung beantworten sollte, war diejenige nach dem benutzten Verkehrsmittel. Von den über 2 Mill. Auspendlern aus den Gemeinden Baden-Württembergs, die sich aus gut fünf Sechsteln Erwerbstätigen und knapp einem Sechstel Schülern zusammensetzen, benutzten 71,5% hauptsächlich den Pkw, aber nur 24,2% öffentliche Verkehrsmittel.

Die Berufsauspendler fuhren zu über 80% hauptsächlich im Auto zur Arbeit, während sich nur 16,4% von ihnen eines öffentlichen Verkehrsmittels bedienten. Fast umgekehrt war das Verhältnis bei den Ausbildungsauspendlern, von denen 22,0% im Pkw und 68,5% mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Ausbildungsstätte fuhren. Da im Rahmen der Volkszählung 1987 die Unterscheidung nach Selbstfahrern und Mitfahrern nicht mehr gemacht wurde, läßt sich zwar nicht bestimmen, mit wie vielen Fahrzeugen die über 1,5 Mill. Pkw-Benutzer täglich den Rush-Hour-Verkehr belasteten, aber ein Blick ins Straßenbild und auch schwerpunktmäßige Verkehrszählungen bestätigen, daß zumindest von den Berufstätigen ein Großteil allein im Wagen sitzt. Demgegenüber dürften die Ausbildungspendler hauptsächlich als Mitfahrer unterwegs sein.

Gerade bei der Beurteilung der Belastung von Straßen und anderen Verkehrslinien durch die Pendler, spielt der regionale Bezug eine große Rolle, weshalb hier auch auf Unterschiede zwischen den einzelnen Kreisen eingegangen wird.

Bei gesonderter Betrachtung der Ausbildungsauspendler fällt auf, daß alle Stadtkreise im Vergleich zu den umgebenden Landkreisen außergewöhnlich hohe Pkw-Quoten aufweisen. Der Spitzenwert von 66,3% findet sich in Pforzheim. Die wichtigste Erklärung hierfür liegt in der Ausrichtung der Fahrpläne auf die Großstädte hin. Durch das fehlende Angebot von Bussen und Bahnen, die morgens von der Stadt weg und abends dorthin fahren, sind die Auspendler, die sich gegen den Hauptstrom bewegen, häufiger auf das eigene Fahrzeug angewiesen. Daß gerade der Stadt Pforzheim mit ihrer verkehrsgünstigen Lage zwischen der Rheinschiene und dem Neckartal die Spitzenstellung zufiel, bestätigt diese These. Hinzu kommt aber noch ein weiterer Grund: Da die Großstädte meist über fast alle Arten von Ausbildungsstätten selbst verfügen und somit den meisten Schülern und Studierenden direkt am Wohnort ein passendes Angebot bieten, weisen sie im Vergleich zu den übrigen Gemeinden deutlich niedrigere Auspendlerquoten auf. Insbesondere das Fehlen ganz spezieller Schulen oder des Studienplatzes einer bestimmten Fachrichtung zwingt manchmal aber auch Großstädter dazu, in eine andere Gemeinde auszupendeln. Die relativ wenigen betroffenen Auspendler gehören daher überdurchschnittlich häufig der Altersgruppe der über 20jährigen an, wodurch sie auch in höherem Maße als Autofahrer unter-

wegs sind. Während von den Schülern und Studierenden aus einer der kreisangehörigen Gemeinden oft nicht einmal jeder vierte über 20 Jahre alt ist, macht diese Altersgruppe bei den Auspendlern aus allen Stadtkreisen außer Freiburg weit mehr als die Hälfte aus. In Freiburg erklärt sich der Anteil der Älteren von nur 40% dadurch, daß für ein Stadtrandgebiet zwei direkt benachbarte Gemeinden anscheinend günstiger gelegene Schulen bieten als die Stadt Freiburg selbst und daher auch für jüngere Ausbildungspendler attraktiv sind.

Anders als bei den Ausbildungsauspendlern läßt sich bei den Berufsauspendlern keine generelle Unterscheidung zwischen Stadt- und Landkreisen machen. Allerdings besteht die eindeutige Tendenz, daß der Anteil der Pkw-Benutzer umso niedriger ausfällt, je dichter und besser das Netz öffentlicher Verkehrsmittel geknüpft ist. Mit 68,4% Autofahrern wurde bei der Volkszählung 1987 im Rems-Murr-Kreis der niedrigste Wert festgestellt, gefolgt von Stuttgart und den Gemeinden des Kreises Ludwigsburg. Auch die Erwerbstätigen aus den anderen Gemeinden der Region Mittlerer Neckar benutzten noch vergleichsweise häufig öffentliche Verkehrsmittel. Das dortige S-Bahn-Netz mit seiner günstigen Frequenz und der Möglichkeit hoher Zeitersparnis bildet also eher eine Konkurrenz zum Auto als andere öffentliche Verkehrsmittel, die häufig relativ selten verkehren und zudem längere Fahrzeiten mit sich bringen. Daß die Unmöglichkeit, in einem öffentlichen Verkehrsmittel mit einem vertretbaren Zeitaufwand zur Arbeit zu fahren, ein wichtiger Grund für die Benutzung des eigenen Wagens ist, zeigt die Tatsache, daß die höchsten Pkw-Raten in den Kreisen Sigmaringen (89,6%) und Zollern-Alb-Kreis (89,3%) erreicht wurden, wo es aufgrund der landschaftlichen Gegebenheiten an einer ausgeprägten Infrastruktur mangelt.

Untersucht man die Verkehrsmittelwahl bezogen auf die Berufseinpender, bestätigt sich das zuvor beschriebene Bild weitgehend. Nirgendwohin pendelten anteilmäßig so viele Autofahrer (jeweils 90,1%) wie in die Gemeinden des Zollernalbkreises und des Kreises Sigmaringen. Die niedrigste Pkw-Quote wies die Stadt Stuttgart mit 64,1% auf. Bei allen Stadtkreisen außer Baden-Baden war der Autofahrer-Anteil an den Berufseinpendlern niedriger als in den umliegenden Landkreisen. In Baden-Baden mag die Abweichung im nicht besonders verkehrsgünstig angebundenen Hinterland und dem großteils gehobenen Niveau der Arbeitsplätze begründet sein.

Die Entlastung, die das S-Bahn-Netz im Großraum Stuttgart bringt, wird deutlich, wenn man bedenkt, daß selbst die relativ niedrigen Pkw-Raten der anderen Stadtkreise diejenige von Stuttgart um 10–15% überschreiten und auch nicht niedriger sind als die der Gemeinden entlang der S-Bahn. Straßenbahnen und Busse, die durch die Vielzahl der Haltestellen relativ langsam sind, können offensichtlich keine so starke Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene bewirken wie die S-Bahn, mit der viele Wege weit schneller zu bewältigen sind als mit dem eigenen Auto. Dennoch führt ein umfassenderes Angebot öffentlicher Verkehrsmittel immer dazu, daß es auch häufiger genutzt wird. Ein Indiz hierfür ist die Tatsache, daß bei den Stadtkreisen, die über Straßenbahnen verfügen, der Anteil innergemeindlicher Autofahrer nur zwischen 46,9 und 55,1 Prozent schwankt und damit viel niedriger als sonst ist. Auch bei den innergemeindlichen Pendlern wies Stuttgart wieder den höchsten Anteil von Benutzern öffentlicher Verkehrsmittel auf.

Die Volkszählung hat einerseits bestätigt, daß sich die Zahl der Pendler tatsächlich deutlich gesteigert hat, und auch genaue Daten über regionale Schwerpunkte geliefert. Andererseits zeigen die Ergebnisse, daß ein gutes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln – wenn auch nur in begrenztem Umfang – zur Entlastung der Straßen und der

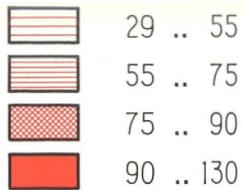
Umwelt beitragen kann. Allerdings hätten strukturfördernde Maßnahmen mit dem Ziel der Entzerrung von Ballungszentren wahrscheinlich eine weit größere Wirkung.

Diplom-Volkswirtin Regina Steinmann

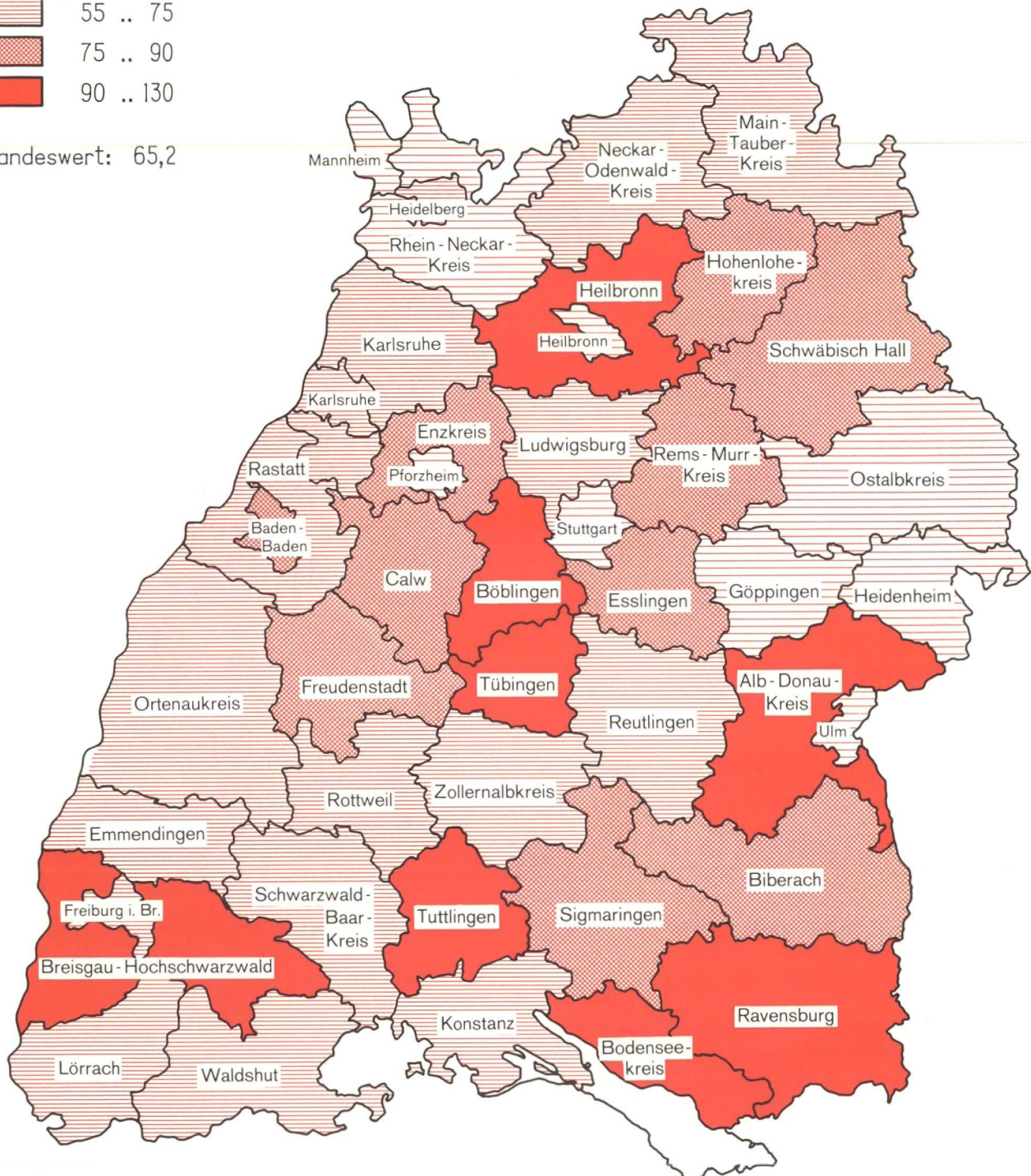
Veränderung der Zahl der Einpendler über die Gemeindegrenzen *) in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1987 gegenüber 1970 –Ergebnisse der Volks- und Berufszählungen–

In Prozent

von .. bis unter..



Landeswert: 65,2



*) Berufs- und Ausbildungspendler

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

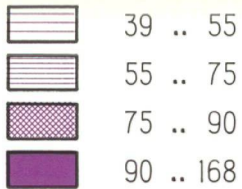
Landesinformationssystem

443 90

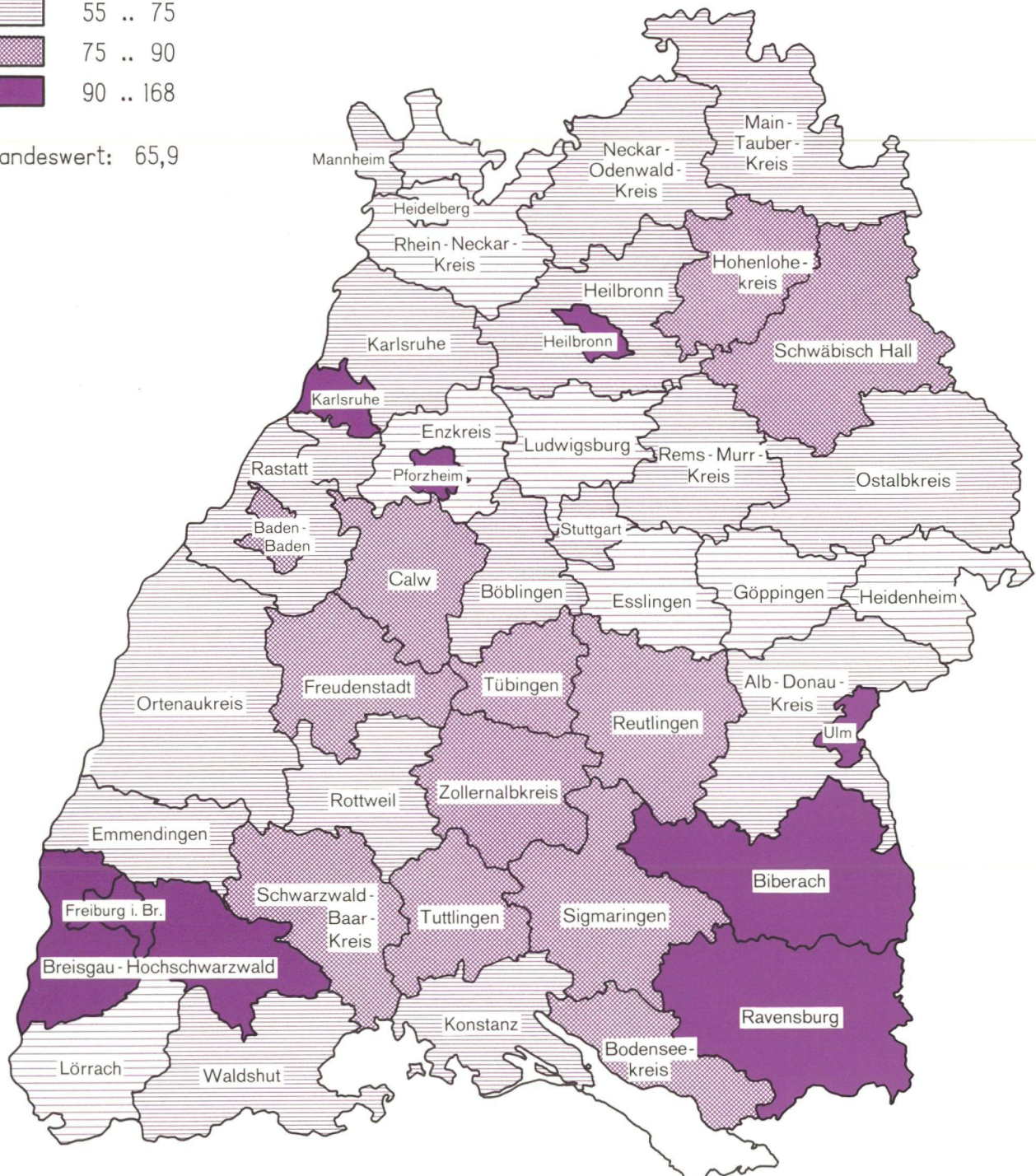
Veränderung der Zahl der Auspendler über die Gemeindegrenzen *) in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1987 gegenüber 1970 –Ergebnisse der Volks- und Berufszählungen–

In Prozent

von .. bis unter ..



Landeswert: 65,9



*) Berufs- und Ausbildungspendler

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landesinformationssystem

444 90

3. Gebäude- und Wohnungszählung

Gebäude- und Wohnungszählung 1987

Bestand an Gebäuden und Wohnungen und quantitative Wohnraumversorgung der Haushalte

Das Zählungswerk 1987 umfaßte auch eine Gebäude- und Wohnungszählung, deren Inhalt und Durchführung im Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. November 1985 (BGBl. I S. 2078) genau geregelt sind.

Erste Ergebnisse dieser Zählung wurden den Gemeinden und Landkreisen plangemäß Ende Oktober 1988 in Form von Gemeindeblättern als zum Teil vorläufige Informationen zur Verfügung gestellt. Diese ersten Auswertungen des Materials lassen einen allgemeinen Überblick über den Bestand an Gebäuden mit Wohnraum, an Wohnungen bzw. Wohneinheiten sowie über die quantitative Versorgung der Haushalte mit Wohnraum zu.

Bevor auf die Ergebnisse sowie deren Vergleich mit der letzten Gebäude- und Wohnungszählung 1968 bzw. mit der Fortschreibung des Bestandes aufgrund der Bautätigkeitsstatistik eingegangen wird, erscheinen einige Hinweise zum Inhalt und zur Durchführung der Zählung 1987 notwendig.

Mit der Gebäudezählung wurden der Gesamtbestand an Gebäuden mit Wohnraum sowie an ständig bewohnten Unterkünften ermittelt und Angaben über die Gebäudeart, das Baualter sowie zur Förderung mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus und die Eigentumsverhältnisse erfragt. Ständig bewohnte Unterkünfte sind behelfsmäßige Bauten, die zum Zeitpunkt der Zählung bewohnt waren, aber nur für eine vorübergehende Nutzung vorgesehen sind (zum Beispiel Behelfsheime, Baracken, Wohnwagen etc.). Bei den Gebäuden mit Wohnraum werden Wohngebäude, das heißt Gebäude, deren Nutzfläche zu mindestens 50% für Wohnzwecke genutzt wird, von den sonstigen Gebäuden mit Wohnraum unterschieden. Letztere sind Gebäude, die überwiegend für gewerbliche, soziale, kulturelle oder Verwaltungszwecke genutzt werden, zum Zeitpunkt der Zählung aber auch bewohnt waren oder zumindest eine leerstehende Wohneinheit enthielten. Nicht in die Zählung einbezogen wurden reine Nichtwohngebäude. Auch Gebäude, die ausschließlich als Anstaltsunterkünfte dienen, werden nicht als Gebäude mit Wohnraum gezählt.

Mit der Gebäudezählung konnte sechs Monate vor dem Stichtag der Volkszählung (25. Mai 1987) begonnen werden. Von dieser Möglichkeit einer Gebäudevorerhebung machten die meisten Gemeinden Gebrauch, wobei in der Regel diejenigen Gebäude vorab erfaßt wurden, die von den Eigentümern nicht selbst bewohnt wurden. Statt einer solchen sogenannten partiellen Gebäudevorerhebung konnte jedoch auch eine totale, das heißt den gesamten Gebäudebestand umfassende Vorerhebung durchgeführt werden.¹

Im abgegrenzten Bereich der Gebäude mit Wohnraum und bewohnten Unterkünfte waren dann bei der Wohnungszählung, die in direkter Verbindung mit der Volkszählung stattfand, alle dort befindlichen Wohneinheiten zu erheben. Unter Wohneinheiten werden dabei nach außen abgeschlossene, zu Wohnzwecken bestimmte, in der Regel zusammenliegende Räume verstanden. Mehrere Wohneinheiten in einem Gebäude, die von nur einem Haushalt genutzt werden, gelten als eine Wohneinheit. Auch Aufspaltungen von Wohnungen in mehrere Wohneinheiten bei unabhängiger Nutzung durch mehrere Haushalte (nicht Untermieterhaushalte) sind denkbar. Bei den Wohneinheiten wird zwischen Wohnungen und sonstigen Wohneinheiten unterschieden, wobei als Wohnungen nur solche Wohneinheiten in Gebäuden gelten, die mit Küche bzw. Kochnische ausgestattet sind, während zu den sonstigen Wohneinheiten alle Wohneinheiten in Unterkünften sowie solche in Gebäuden zählen, die nicht über eine Küche oder Kochnische verfügen. Wohneinheiten, die nicht zu Wohnzwecken, sondern gewerblich oder freiberuflich genutzt werden, wurden nicht erfaßt. Mit dem je Haushalt anzulegenden Wohnungsbogen wurden Fragen zum Mietverhältnis, zur Ausstattung der Wohneinheit, zur Beheizung, zur Wohnungsgröße nach Raumzahl und Fläche, zur Miete und zu diese beeinflussenden Faktoren, das heißt ob es sich um eine öffentlich geförderte Wohnung handelt, um eine Dienst-, Werks-, Hausmeister oder Stiftswohnung, Berufs- oder Geschäftsmietwohnung bzw. ob die Wohnung vom Eigentümer verbilligt, kostenlos oder wegen finanzieller Vorleistungen (zum Beispiel Mieterdarlehen) ermäßigt überlassen wurde, erfragt.

Durch die Koppelung der Wohnungszählung mit der Volks- und Berufszählung ist überdies eine Kombination der Wohnungsdaten mit Angaben zu den in den Wohneinheiten lebenden Personen möglich, so daß sachlich ebenso wie regional hinreichend differenzierte Aussagen zur Wohnraumversorgung möglich werden.²

Regional verschieden starker Zuwachs an Wohngebäuden seit 1968

Bei der Gebäudezählung wurden zum Stichtag 25. Mai 1987 in Baden-Württemberg rund 1,904 Mill. Gebäude mit Wohnraum einschließlich bewohnter Unterkünfte gezählt (Tabelle 1). Der weitaus überwiegende Teil davon waren Wohngebäude (1,843 Mill.). An sonstigen Gebäuden mit Wohnraum wurden 58 500, an Unterkünften rund 2900 Einheiten erfaßt. Gegenüber der letzten Gebäudezählung im Jahr 1968 ist damit ein Zuwachs um fast 505 000 Wohngebäude festzuhalten. Sie machen auch fast vollständig den Gesamtzuwachs an Gebäuden mit Wohnraum aus. Für die sonstigen Gebäude mit Wohnraum, also überwiegend für

¹ Vgl. hierzu Miller, Manfred: Gebäude- und Wohnungszählung 1987, Durchführung der Gebäudevorerhebung, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, VZ- Sonderheft 5/1987, S. 47 ff.

² Vgl. auch Frank, Eberhard: Erste Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12/1988, S. 495 ff.

Tabelle 1

Gebäude mit Wohnraum und Wohneinheiten in Baden-Württemberg
Gebäude- und Wohnungszählung 1968 und 1987

Gebäude Wohneinheiten	1968	1987	Veränderung	
			Anzahl	in %
Gebäude einschließlich Unterkünfte mit Wohnraum	1 398 288	1 903 989	+ 505 701	+ 36,2
davon Wohngebäude	1 335 654	1 842 543	+ 506 889	+ 38,0
sonstige Gebäude mit Wohnraum	53 873	58 533	+ 4 660	+ 8,6
Unterkünfte	8 761	2 913	- 5 848	- 66,8
Wohneinheiten insgesamt	2 800 563	3 923 520	+ 1 122 957	+ 40,1
davon Wohnungen insgesamt	2 729 196	3 854 662	+ 1 125 466	+ 41,2
davon in Wohngebäuden	2 633 266	3 761 371	+ 1 128 105	+ 42,8
sonstigen Gebäuden mit Wohnraum	95 930	93 291	- 2 639	- 2,8
Sonstige Wohneinheiten insgesamt	71 367	68 858	- 2 509	- 3,5
davon in Wohngebäuden	51 969	55 602	+ 3 633	+ 7,0
sonstigen Gebäuden mit Wohnraum	9 829	7 121	- 2 708	- 27,6
Unterkünften	9 569	6 135	- 3 434	- 35,9

Nichtwohnzwecke genutzten Gebäude, errechnet sich lediglich ein Anstieg um knapp 4700 Einheiten. Bei den Unterkünften, die nur noch von untergeordneter Bedeutung für die Wohnraumversorgung sind, ist ein Rückgang um ca. 5800 Einheiten zu verzeichnen.

Da die Entwicklung bei den Wohngebäuden auch bestimmend für den Gesamtzuwachs an Gebäuden mit Wohnraum war, beschränkt sich die folgende regionale Betrachtung auf diese überwiegend für Wohnzwecke genutzten Gebäude. Sie zeigt sehr starke regionale Unterschiede (Tabelle 2). Deutlich über dem durchschnittlichen Zuwachs von 38,0% liegen die Veränderungen in den Landkreisen der Region Mittlerer Neckar (ausgenommen Göppingen), Heilbronn, Karlsruhe, im Rhein-Neckar-Kreis und im Enzkreis, durchweg Landkreise, die in der Nachbarschaft von Stadtkreisen liegen. Auch in Kreisen, in denen der Fremdenverkehr von großer Bedeutung ist, wie Calw, Breisgau-Hochschwarzwald und dem Bodenseekreis, sind hohe Zuwächse zu verzeichnen. Deutlich unter dem Durchschnitt liegt der Zugang an Wohngebäuden in den meisten Stadtkreisen sowie in den ländlichen Kreisen des Landes: die niedrigsten errechnen sich für die Landeshauptstadt Stuttgart, für Karlsruhe, Mannheim und den Main-Tauber-Kreis. Diese erheblichen Abweichungen in der Entwicklung spiegeln deutlich die unterschiedliche Wirtschaftskraft der Gebiete des Landes einerseits sowie die Tendenz zum Wohnen am Rande der Ballungszentren andererseits wider. Der Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung wird bei Betrachtung der Zahl der Wohnungen ebenso deutlich, wenngleich aufgrund der Verteilung des Zuwachses auf die, gemessen an der Zahl der Wohnungen, verschiedenen Gebäudegrößen gewisse Verschiebungen in der Rangordnung der Kreise festzustellen sind.

41,2% mehr Wohnungen bei 5,4% höherer Bevölkerungszahl

Die Wohnungszählung 1987 ergab zum Stichtag 25. Mai 1987 insgesamt knapp 3,924 Mill. Wohneinheiten.³ Davon waren 3,854 Mill. Wohnungen und rund 68800 sonstige Wohneinheiten. Der Vergleich mit der Wohnungszählung

1968 zeigt einen Zuwachs des Wohnungsbestandes um ca. 1,12 Mill. Wohnungen, das heißt um 41,2%. Die Zahl der sonstigen Wohneinheiten ging um ca. 2500 Einheiten leicht zurück. Gemessen an der Entwicklung der Bevölkerungszahl (hier: Wohnberechtigte Bevölkerung), die von 1970 bis 1987 um 5,4% zugenommen hat, ist demnach ein gewaltiger Zuwachs an Wohnungen festzustellen. Während 1968 noch 3,2 Personen auf eine Wohnung kamen, waren es 1987 nur noch 2,5 (Tabelle 2).

Regional ist die Zunahme an Wohnungen sehr unterschiedlich und korreliert relativ gut mit dem Zuwachs der wohnberechtigten Bevölkerung. Die größte Zunahme an Wohnungen ergibt sich mit 81,4% für den Kreis Breisgau-Hochschwarzwald. Über 60% liegt sie in den Kreisen Böblingen, Tübingen und im Bodenseekreis. Deutlich unterdurchschnittliche Zuwächse ergeben sich für die Mehrzahl der mehr ländlich geprägten Kreise sowie die meisten Stadtkreise. Die geringsten relativen Zunahmen liegen in der Stadt Karlsruhe, im Kreis Rottweil und im Zollernalbkreis. Die durchschnittliche Zahl an Personen pro Wohnung liegt in den ländlichen Kreisen deutlich höher als in den Kreisen in Verdichtungsgebieten. Am niedrigsten ist die Zahl in den Stadtkreisen (Stuttgart 2,1). Die höchsten Quoten weisen die ländlichen Kreise im Regierungsbezirk Tübingen auf.

Weniger Wohnungen und Wohngebäude als bislang angenommen

Die Bestände an Wohngebäuden und Wohnungen werden aufgrund der Bautätigkeitsstatistik zwischen den Gebäude- und Wohnungszählungen fortgeschrieben. Der Vergleich mit diesen auf der Basis der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 (zum 31. 12. 1986) fortgeschriebenen Beständen zeigt für beide Größen, die Wohngebäude und die Zahl der Wohnungen, erwartungsgemäß Abweichungen nach unten.

Der Bestand an Wohngebäuden ist landesweit um rund 26000 Einheiten (-1,4%) nach unten zu korrigieren, wobei sich jedoch regional zum Teil entgegengesetzte Korrekturen ergeben. Positive Veränderungen gegenüber der Fortschreibung ergeben sich für die meisten Stadtkreise – die höchste hat Baden-Baden mit +5,7% – sowie in einigen in der Nachbarschaft von Stadtkreisen gelegenen Landkreisen, zum Beispiel Esslingen und Rhein-Neckar-Kreis. Geringe Korrekturen nach unten sind allgemein in Kreisen

³ Beim Vergleich mit den Ergebnissen der Zählung 1968 ist je nach Fragestellung zu berücksichtigen, daß unter den Wohneinheiten (Wohnungen) rund 35900 (32500) Freizeitwohneinheiten (-wohnungen) enthalten sind, darunter 8500 Einheiten in Wohngebäuden, die nur aus 1 bzw. 2 Freizeitwohneinheiten bestehen, also in sogenannten Ferienhäusern.

Tabelle 2

Wohngebäude und Wohnungen sowie wohnberechtigte Bevölkerung in Stadt- und Landkreisen 1987

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Wohngebäude			Wohnungen in Gebäuden			Wohnberechtigte Bevölkerung		Einwohner je Wohnung Spalte 7 : Spalte 4
	Bestand 25. 5. 1987 (GWZ 87)	Veränderung zu		Bestand 25. 5. 1987 (GWZ 87)	Veränderung zu		Bestand 25. 5. 1987 (VZ 87)	Veränderung gegenüber VZ 1970	
		GWZ 1968	Fortschr. 31. 12. 1986		GWZ 1968	Fortschr. 31. 12. 1986			
	Anzahl	in %		Anzahl	in %		Anzahl	%	
	1	2	3	4	5	6	7	8	
Stadtkreis									
Stuttgart, Landeshauptstadt	66 983	+ 16,3	+ 0,9	269 944	+ 28,9	+ 2,8	574 697	- 11,7	2,1
Landkreise									
Böblingen	60 163	+ 56,0	- 0,5	126 081	+ 65,8	- 5,2	324 967	+ 21,9	2,6
Esslingen	89 733	+ 44,2	+ 0,7	188 068	+ 48,7	- 5,2	471 741	+ 8,6	2,5
Göppingen	48 406	+ 37,7	- 0,0	92 852	+ 30,6	- 8,3	236 186	+ 1,4	2,5
Ludwigsburg	84 546	+ 48,5	- 0,4	182 678	+ 51,7	- 5,2	453 601	+ 11,8	2,5
Rems-Murr-Kreis	71 241	+ 42,7	- 0,5	146 563	+ 44,3	- 7,0	370 173	+ 9,3	2,5
Region Mittlerer Neckar	421 072	+ 40,2	+ 0,0	1 006 186	+ 42,7	- 3,8	2 431 365	+ 4,4	2,4
Stadtkreis									
Heilbronn	18 802	+ 32,8	+ 0,3	49 190	+ 30,8	- 5,7	114 273	- 1,8	2,3
Landkreise									
Heilbronn	63 421	+ 51,6	- 2,3	98 510	+ 45,7	- 10,8	260 996	+ 14,2	2,6
Hohenlohekreis	21 176	+ 34,5	- 4,3	31 893	+ 35,1	- 11,0	89 588	+ 3,7	2,8
Schwäbisch Hall	36 393	+ 35,5	- 3,7	58 505	+ 35,8	- 10,9	160 688	+ 3,9	2,7
Main-Tauber-Kreis	29 127	+ 24,3	- 5,0	47 178	+ 27,8	- 9,6	127 931	- 4,1	2,7
Region Franken	168 919	+ 38,4	- 3,1	285 276	+ 36,6	- 9,8	753 476	+ 4,7	2,6
Landkreise									
Heidenheim	28 684	+ 30,8	- 1,5	50 005	+ 24,9	- 8,5	129 326	- 1,3	2,6
Ostalbkreis	60 837	+ 40,7	- 0,8	106 986	+ 35,1	- 8,3	289 813	+ 4,6	2,7
Region Ostwürttemberg	89 521	+ 37,3	- 1,1	156 991	+ 31,7	- 8,3	419 139	+ 2,7	2,7
Regierungsbezirk Stuttgart	679 512	+ 39,4	- 0,9	1 448 453	+ 40,2	- 5,5	3 603 980	+ 4,3	2,5
Stadtkreise									
Baden-Baden	9 064	+ 32,3	+ 5,7	25 931	+ 39,1	+ 3,1	52 142	- 2,3	2,0
Karlsruhe	33 644	+ 21,4	- 0,5	125 100	+ 22,1	- 3,3	273 249	- 7,1	2,2
Landkreise									
Karlsruhe	85 194	+ 46,7	- 1,9	144 079	+ 41,2	- 9,5	374 217	+ 10,8	2,6
Rastatt	41 794	+ 38,8	- 0,5	78 983	+ 37,5	- 6,8	200 217	+ 5,1	2,5
Region Mittlerer Oberrhein	169 696	+ 38,3	- 0,9	374 093	+ 33,4	- 6,1	899 825	+ 2,8	2,4
Stadtkreise									
Heidelberg	17 239	+ 26,3	+ 3,2	62 484	+ 44,4	+ 7,2	140 187	+ 4,7	2,2
Mannheim	35 457	+ 23,6	+ 0,7	147 877	+ 27,5	+ 4,6	305 646	- 9,4	2,1
Landkreise									
Neckar-Odenwald-Kreis	32 637	+ 32,8	- 2,6	48 861	+ 27,8	- 10,9	137 241	+ 1,7	2,8
Rhein-Neckar-Kreis	100 490	+ 49,2	+ 1,0	194 739	+ 50,2	- 4,4	478 616	+ 13,4	2,5
Region Unterer Neckar	185 823	+ 38,4	+ 0,5	453 961	+ 38,8	- 0,9	1 061 690	+ 3,2	2,3
Stadtkreis									
Pforzheim	14 854	+ 36,4	- 0,5	49 164	+ 32,1	- 4,1	110 112	+ 0,9	2,2
Landkreise									
Calw	29 253	+ 46,7	- 1,6	54 968	+ 55,4	- 10,2	143 130	+ 15,0	2,6
Enzkreis	40 326	+ 50,9	- 1,6	65 280	+ 41,0	- 10,7	168 488	+ 13,1	2,6
Freudenstadt	23 753	+ 30,9	- 3,2	42 581	+ 41,7	- 7,8	107 522	+ 8,5	2,5
Region Nordschwarzwald	108 186	+ 42,9	- 1,8	211 993	+ 42,3	- 8,6	529 252	+ 9,9	2,5
Regierungsbezirk Karlsruhe	463 705	+ 39,4	- 0,6	1 040 047	+ 37,5	- 4,4	2 490 767	+ 4,4	2,4
Stadtkreis									
Freiburg im Breisgau	20 617	+ 27,2	+ 1,9	83 428	+ 53,0	+ 8,1	188 312	+ 4,8	2,3
Landkreise									
Breisgau-Hochschwarzwald	40 983	+ 53,5	- 2,6	81 824	+ 81,4	- 1,5	215 399	+ 27,4	2,6
Emmendingen	25 577	+ 34,4	- 3,6	50 187	+ 45,9	- 8,8	136 317	+ 10,3	2,7
Ortenaukreis	75 168	+ 32,1	- 2,6	140 423	+ 39,8	- 5,0	367 072	+ 2,9	2,6
Region Südlicher Oberrhein	162 345	+ 36,6	- 2,2	355 862	+ 51,8	- 2,0	907 100	+ 9,4	2,5
Landkreise									
Rottweil	30 183	+ 29,9	- 4,3	49 498	+ 25,9	- 9,7	131 506	- 1,6	2,7
Schwarzwald-Baar-Kreis	36 295	+ 30,8	- 3,6	80 710	+ 41,4	- 7,4	200 665	+ 1,4	2,5
Tuttlingen	27 307	+ 34,4	- 1,9	44 244	+ 29,1	- 9,6	116 642	+ 5,3	2,6
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	93 785	+ 31,5	- 3,3	174 452	+ 33,5	- 8,6	448 813	+ 1,4	2,6
Landkreise									
Konstanz	40 981	+ 39,3	- 0,6	100 805	+ 52,6	- 1,5	244 352	+ 7,1	2,4
Lörrach	35 118	+ 38,8	- 0,7	78 485	+ 40,7	- 5,4	197 045	+ 0,4	2,5
Waldshut	28 988	+ 39,9	- 2,6	58 423	+ 50,7	- 6,6	151 713	+ 6,8	2,6
Region Hochrhein-Bodensee	105 087	+ 39,3	- 1,2	237 713	+ 48,0	- 4,1	593 110	+ 4,7	2,5
Regierungsbezirk Freiburg	361 217	+ 36,0	- 2,2	768 027	+ 46,1	- 4,2	1 949 023	+ 6,0	2,5
Landkreise									
Reutlingen	54 790	+ 36,2	- 0,3	97 627	+ 40,3	- 6,6	252 314	+ 8,5	2,6
Tübingen	35 844	+ 42,8	- 1,0	71 643	+ 65,9	+ 1,0	184 971	+ 17,7	2,6
Zollernalbkreis	47 322	+ 30,6	- 2,2	68 022	+ 25,2	- 10,8	177 382	+ 1,4	2,6
Region Neckar-Alb	137 956	+ 35,8	- 1,2	237 292	+ 42,0	- 5,7	614 667	+ 8,9	2,6
Stadtkreis									
Ulm	15 236	+ 42,7	+ 1,4	45 426	+ 41,2	+ 0,2	107 419	+ 2,5	2,4
Landkreise									
Alb-Donau-Kreis	38 605	+ 39,0	- 4,4	57 658	+ 39,9	- 9,0	165 617	+ 9,0	2,9
Biberach	37 494	+ 30,1	- 6,8	56 294	+ 37,6	- 8,5	160 274	+ 6,8	2,8
Region Donau-Iller ¹⁾	91 335	+ 35,8	- 4,5	159 378	+ 39,4	- 6,4	433 310	+ 6,5	2,7
Landkreise									
Bodenseekreis	33 750	+ 49,5	- 0,5	71 742	+ 64,8	- 4,3	182 644	+ 16,0	2,5
Ravensburg	48 084	+ 36,5	- 2,6	87 896	+ 51,3	- 3,6	241 882	+ 9,7	2,8
Sigmaringen	26 984	+ 27,8	- 6,4	41 827	+ 36,2	- 7,5	119 031	+ 4,6	2,8
Region Bodensee-Oberschwaben	108 818	+ 37,9	- 2,9	201 465	+ 52,2	- 4,7	543 557	+ 10,6	2,7
Regierungsbezirk Tübingen	338 109	+ 36,5	- 2,7	598 135	+ 44,6	- 5,5	1 591 534	+ 8,8	2,7
Baden-Württemberg	1 842 543	+ 38,2	- 1,4	3 854 662	+ 41,2	- 5,0	9 635 304	+ 5,4	2,5

¹⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

in Verdichtungsbereichen festzustellen, während besonders in den ländlichen Bereichen deutlich weniger Wohngebäude gezählt wurden, als bisher angenommen. Die größten negativen Veränderungen liegen in den Regionen Franken, Donau-Iller und Bodensee-Oberschwaben.

Deutlich größer als bei den Wohngebäuden ist die Differenz zwischen Zählung und Fortschreibung bei den Wohnungen. Landesweit wurden ca. 202 000 Wohnungen weniger gezählt als die Fortschreibung zum 31. 12. 1986 ausweist. Auch diese kräftige Korrektur nach unten war jedoch aufgrund der grundsätzlichen konzeptionellen und erhebungsmethodischen Unterschiede zwischen Fortschreibung und Zählung zu erwarten. Während bei der Zählung eine mehr nutzungsbezogene Erfassung stattfindet, erfolgt die Erfassung in der Bautätigkeitsstatistik rein institutionsbezogen entsprechend den Genehmigungsunterlagen und unabhängig von der späteren tatsächlichen Nutzung.⁴

Besonders deutliche Korrekturen nach unten ergeben sich vor allem in den ländlichen Bereichen des Landes. Die stärksten negativen Abweichungen sind in den Regionen Franken, Nordschwarzwald und Schwarzwald-Baar-Heuberg zu verzeichnen. In einigen ländlichen Kreisen, in denen dem Fremdenverkehr hohe Bedeutung zukommt und deshalb der Bestand an Ferienwohnungen eine überdurchschnittliche Rolle spielen dürfte, fällt die Korrektur nach unten nicht so stark, zum Teil sogar nur unterdurchschnittlich, aus. Auffällig sind hier die Entwicklungen in den Kreisen Breisgau-Hochschwarzwald, Ravensburg und im Bodenseekreis. Dort weist die Wohnungszählung für eine Reihe von Gemeinden sogar einen höheren Bestand aus als die Fortschreibung zum 31. 12. 1986. In Landkreisen, die in oder nahe einem Verdichtungsgebiet liegen, bewegt sich die Abnahme bzw. Korrektur nach unten in enger Bandbreite um den Landesdurchschnitt (-5,0%). Auch dort gibt es einzelne Gemeinden mit einer Zunahme des Wohnungsbestandes gegenüber der Fortschreibung.

Insgesamt ist für den weitaus überwiegenden Teil der 1110 Gemeinden des Landes der Wohnungsbestand gegenüber der Fortschreibung nach unten zu korrigieren. Lediglich in 75 Gemeinden wurden mehr Wohnungen gezählt, als der Bestand laut Fortschreibung auswies. Unter den Gemeinden mit positiver Korrektur sind auch die meisten Stadtkreise – nur in Karlsruhe, Pforzheim und Heilbronn ergeben sich Abnahmen – und die Universitätsstädte Tübingen und Konstanz, wobei die höchsten positiven Abweichungen von der Fortschreibung in den besonders durch Universitäten geprägten Städten Heidelberg, Freiburg, Tübingen und Konstanz gegeben sind. Hier haben offenbar spezifische Verhältnisse dem insgesamt dominierenden Einfluß in Richtung Korrektur nach unten entgegengewirkt.

Auf die Ursachen für die festgestellten Abweichungen zwischen Fortschreibung und Zählung wird im Zusammenhang mit der folgenden differenzierten Betrachtung der Gebäude- und Wohnungsstruktur im einzelnen eingegangen. Erst die Gliederung nach Baualter, Gebäudeart und Raumzahl läßt eine schlüssige Erklärung der Zusammenhänge erwarten.

Ein Drittel der Wohngebäude nach 1968 errichtet

Seit der letzten Gebäudezählung hat sich die Baualterstruktur der Wohngebäude deutlich zugunsten der Neubauten verschoben. Diese Verschiebung ist noch wesentlich stärker ausgefallen, als es der saldomäßige Zuwachs der Wohngebäude ausweist. Von den 1,84 Mill. Wohngebäuden⁵ sind fast 600 000 und damit immerhin 32,6% nach 1968 errichtet worden. Somit liegt der Bestand der Neubauten um fast 100 000 Einheiten höher als der Gesamtzuwachs an Wohngebäuden zwischen den Zählungen (Schaubild 1).

Für die Gruppe 1949 bis 1968 ergab die Zählung 1987 mit knapp 617 000 Gebäuden einen Bestand, der um rund 18 000 höher liegt als bei der Zählung 1968. Da diese zum Stichtag 25. 10. stattfand, läßt sich der größte Teil der Differenz aus dem Abstand zum 31. 12. 1968 erklären. Für die Gebäude, die zwischen 1919 und 1948 errichtet wurden, ergibt sich eine nur marginale Veränderung zwischen beiden Zählungen. Dagegen ist bei den Wohngebäuden, die vor 1918 errichtet wurden, ein starker Rückgang festzustellen. In dieser Baualtergruppe wurden fast 120 000 Gebäude weniger gezählt als 1968.

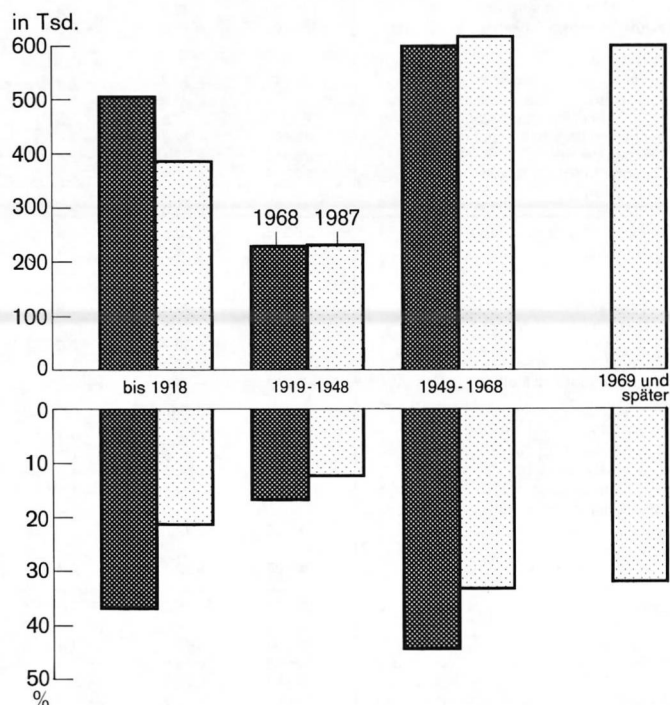
Auch bei den sonstigen Gebäuden mit Wohnraum ist der Bestand der nach 1968 errichteten Einheiten deutlich größer.

⁵ Ohne Wohngebäude mit nur 1 oder 2 Freizeitwohneinheiten und ohne Wohngebäude, die vollständig als Wohnheim genutzt werden.

Schaubild 1

Wohngebäude in Baden-Württemberg nach Baualtergruppen*)

Gebäude- und Wohnungszählung 1968 und 1987



*) Ohne solche mit nur 1 oder 2 Freizeitwohneinheiten und ohne Gebäude mit vollständiger Wohnheimnutzung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

41 89

⁴ Vgl. hierzu Richter, Hans J.: Die Abgangserhebung im Rahmen der Bautätigkeitsstatistik, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/1983, S. 342 ff.

ßer als der saldomäßige Zuwachs zwischen den Zählungen. Der Vergleich innerhalb der Baualtersgruppen zeigt hier allerdings einen deutlichen Rückgang der Gebäude, die zwischen 1949 und 1968 errichtet wurden.

Regional weist die Entwicklung nach Baualtersgruppen sowohl bei den Wohngebäuden als auch bei den sonstigen Gebäuden mit Wohnraum bemerkenswerte Unterschiede auf. Während in den ländlichen Regionen der Regierungsbezirke Freiburg und Tübingen eine deutliche Zunahme der sonstigen Gebäude mit Wohnraum – und zwar meist sogar über die Zahl der nach 1968 errichteten Gebäude hinausgehend – festzustellen ist, muß für die übrigen Landesteile ein Rückgang des Bestands festgehalten werden. Das heißt, die Abnahme der sonstigen Gebäude mit Wohnraum, die bis 1968 errichtet wurden, ist dort oft so groß, daß der Zugang nach 1968 mehr als ausgeglichen wurde.

Bei den Wohngebäuden ist zwar in allen Kreisen per Saldo eine deutliche Zunahme des Bestands gegenüber 1968 festzustellen, jedoch wurde auch hier der Zugang an neuerbauten Gebäuden in unterschiedlichem Ausmaß dadurch wieder reduziert, daß ältere, vor 1968 errichtete Gebäude abgingen. Gemessen am nach 1968 errichteten Bestand wurden landesweit 16,5%, das heißt ein Sechstel der Zugänge durch den Abgang älterer Gebäude egalisiert. In den ländlichen Kreisen der Regionen Franken und

Donau-Iller, im Neckar-Odenwald-Kreis und in den Kreisen Emmendingen und Sigmaringen, wo besonders starke negative Differenzen zur Fortschreibung zu konstatieren waren, liegt diese Quote sogar bei einem Viertel bis hin zu einem Drittel der nach 1968 errichteten Gebäude. Generell war dieser Ausgleich in den Regierungsbezirken Stuttgart und Karlsruhe deutlich geringer als in den beiden südlichen Regierungsbezirken.

Die teilweise entgegengesetzten Entwicklungen bei Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden lassen vermuten, daß ein Austausch zwischen beiden Gebäudearten stattgefunden hat. Zwar spricht die Verteilung auf die Baualtersgruppen nicht unbedingt für diese Annahme; da es sich jedoch bei den Veränderungen durchweg um saldierte Größen handelt, die die Vorgänge nicht im einzelnen nachvollziehbar machen, erscheint doch die Annahme berechtigt, daß durch die mitunter schwierige Abgrenzung zwischen Wohngebäuden und sonstigen Gebäuden mit Wohnraum eine wesentliche Quelle für die Abweichung zwischen Fortschreibung und Zählung gegeben ist.⁶

Weniger Wohnungen in Gebäuden aus dem 19. Jahrhundert

Die bei den Gebäuden festgestellte Entwicklung nach Baualtersgruppen wird durch die Verteilung der Wohnungen auf die Gebäude verschiedenen Alters voll bestätigt und noch dahingehend präzisiert, daß sich der saldomäßige Abgang an Wohnungen in erster Linie auf solche Gebäude konzentriert, die bereits bis 1900 errichtet worden waren (*Schaubild 2*). In allen anderen Baualtersgruppen sind in der Summe vergleichsweise nur marginale Veränderungen gegenüber 1968 festzustellen.

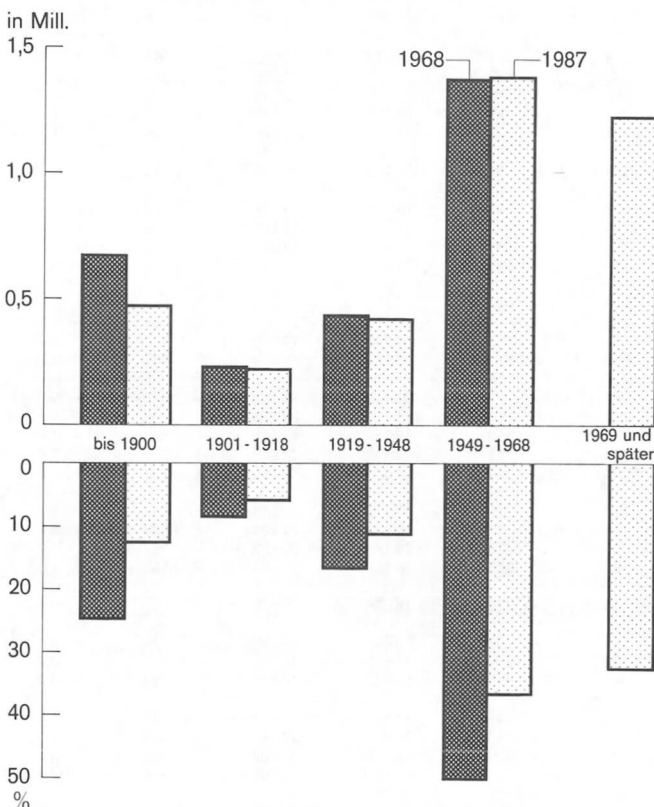
Der Anteil der Wohnungen in Gebäuden, die 1969 und später errichtet wurden, liegt mit 33,7% etwas höher als der bei den Wohngebäuden. Regional streut der Anteil zwischen rund 19% in Mannheim und 47% im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald, wobei er allgemein in den Stadtkreisen deutlich niedriger liegt als in den angrenzenden Landkreisen. Relativ geringe Anteile dieser Baualtersgruppe errechnen sich auch für eine Reihe ländlicher Kreise, wie den Main-Tauber-, Neckar-Odenwald- und Zollernalbkreis.

Aufschlußreich für die Relation zur Fortschreibung erscheint der Vergleich der bei beiden Zählungen für den Zeitraum 1949 bis 1968 ermittelten Beständen (*Tabelle 3*). Zwar liegt, wie zu erwarten, die Zahl der Wohnungen in Gebäuden dieser Altersgruppen laut Zählung 1987 um rund 12000 höher als 1968 zum Stichtag 25. 10. ermittelt; es fällt jedoch bei regionaler Betrachtung auf, daß in den meisten Kreisen die Zahl der Wohnungen in dieser Baualtersgruppe bei beiden Zählungen etwa gleich oder 1987 etwas geringer liegt, während in den Stadtkreisen Stuttgart, Baden-Baden, Heidelberg, Mannheim, in den Landkreisen mit den Universitätsstädten Konstanz und Tübingen, sowie Ravensburg und Breisgau-Hochschwarzwald ein jeweils deutlicher Zuwachs von 1968 bis 1987 zu ver-

Schaubild 2

Wohnungen in Gebäuden *) in Baden-Württemberg nach Baualtersgruppen

Gebäude- und Wohnungszählung 1968 und 1987



*) ohne Freizeitwohnungen und ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

38 89

⁶ In diesem Zusammenhang wird von Richter, Hans J.: (vgl. Fußnote 4) auch die Vermutung angeführt, daß im Rahmen der Zählung die Anwendung der exakten Gebäudeabgrenzung lt. Bautätigkeitsstatistik trotz übereinstimmender Definition auf Schwierigkeiten stößt, so daß z. B. größere zusammenhängende Baumassen, die definitionsgemäß aus mehreren Gebäuden bestehen, oftmals nur als ein Gebäude gezählt werden.

Tabelle 3

**Veränderungen des Bestandes an Gebäuden und Wohnungen in den Stadt- und Landkreisen 1968 und 1987
nach Baualtersgruppen**

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Wohngebäude ¹⁾			Sonstige Gebäude mit Wohnraum		Wohnungen ²⁾ in Gebäuden errichtet von 1949 – 1968			
	nach 1968 errichtet (Bestand lt. GWZ 1987)	Zunahme des Gesamtbestandes		nach 1968 errichtet (Bestand lt. GWZ 1987)	Veränderung des Gesamt- bestandes	Bestand lt. GWZ		Veränderung	
						1968	1987	Anzahl	in %
		Anzahl		in % der nach 1968 errichte- ten Gebäude			Anzahl		
Stadtkreis									
Stuttgart, Landeshauptstadt	11 190	9 035	80,7	581	+ 11	98 178	102 523	+ 4 345	+ 4,4
Landkreise									
Böblingen	23 916	21 551	90,1	514	+ 182	50 430	49 779	- 651	- 1,3
Esslingen	30 318	27 408	90,4	607	- 112	72 421	72 602	+ 181	+ 0,2
Göppingen	14 958	13 122	87,7	273	- 125	34 841	33 890	- 951	- 2,7
Ludwigsburg	30 511	27 519	90,2	582	- 185	70 302	69 726	- 576	- 0,8
Rems-Murr-Kreis	23 949	21 125	88,2	503	- 47	58 787	58 564	- 223	- 0,4
Region Mittlerer Neckar	134 842	119 760	88,8	3 060	- 276	384 959	387 084	+ 2 125	+ 0,6
Stadtkreis									
Heilbronn	5 005	4 623	92,4	79	- 277	22 975	22 513	- 462	- 2,0
Landkreise									
Heilbronn	24 745	21 326	86,2	294	- 14	33 554	32 127	- 1 427	- 4,3
Hohenlohekreis	7 321	5 288	72,2	100	+ 7	11 358	10 921	- 437	- 3,8
Schwäbisch Hall	12 051	9 171	76,1	167	- 31	20 241	19 701	- 540	- 2,7
Main-Tauber-Kreis	8 971	5 510	61,4	146	+ 36	16 884	16 594	- 290	- 1,7
Region Franken	58 093	45 918	79,0	786	- 279	105 012	101 856	- 3 156	- 3,0
Landkreise									
Heidenheim	8 131	6 677	82,1	130	- 80	22 094	21 635	- 459	- 2,1
Ostalbkreis	20 216	17 262	85,4	271	- 412	42 698	41 745	- 953	- 2,2
Region Ostwürttemberg	28 347	23 939	84,4	401	- 492	64 792	63 380	- 1 412	- 2,2
Regierungsbezirk Stuttgart	221 282	189 617	85,7	4 247	- 1 047	554 763	552 320	- 2 443	- 0,4
Stadtkreise									
Baden-Baden	2 350	2 187	93,1	51	- 216	6 861	8 690	+ 1 829	+ 26,7
Karlsruhe	7 369	5 858	79,5	193	- 204	54 687	53 376	- 1 311	- 2,4
Landkreise									
Karlsruhe	30 928	27 038	87,4	394	- 162	52 914	50 882	- 2 032	- 3,8
Rastatt	13 825	11 555	83,6	197	- 181	28 745	28 909	+ 164	+ 0,6
Region Mittlerer Oberrhein	54 472	46 638	85,6	835	- 763	143 207	141 857	- 1 350	- 1,0
Stadtkreise									
Heidelberg	3 746	3 497	93,4	87	- 3	17 984	21 590	+ 3 606	+ 20,1
Mannheim	7 728	6 665	86,2	199	+ 44	65 205	70 240	+ 5 035	+ 7,7
Landkreise									
Neckar-Odenwald-Kreis	9 839	7 463	75,9	124	- 154	20 477	19 452	- 1 025	- 5,0
Rhein-Neckar-Kreis	36 488	32 768	89,8	481	- 526	70 541	70 217	- 324	- 0,5
Region Unterer Neckar	57 801	50 393	87,2	891	- 639	174 207	181 499	+ 7 292	+ 4,2
Stadtkreis									
Pforzheim	4 339	3 934	90,7	110	- 112	23 997	24 033	+ 36	+ 0,2
Landkreise									
Calw	10 446	8 887	85,1	248	+ 84	15 640	15 809	+ 169	+ 1,1
Enzkreis	14 987	13 422	89,6	197	- 220	22 105	21 245	- 860	- 3,9
Freudenstadt	6 981	5 076	72,7	186	+ 409	12 328	12 236	- 92	- 0,7
Region Nordschwarzwald	36 753	31 319	85,2	741	+ 161	74 070	73 323	- 747	- 1,0
Regierungsbezirk Karlsruhe	149 026	128 350	86,1	2 467	- 1 241	391 484	396 679	+ 5 195	+ 1,3
Stadtkreis									
Freiburg im Breisgau	5 308	4 325	81,5	179	- 114	30 378	31 812	+ 1 434	+ 4,7
Landkreise									
Breisgau-Hochschwarzwald	16 951	13 527	79,8	409	+ 991	19 558	20 609	+ 1 051	+ 5,4
Emmendingen	8 971	6 481	72,2	181	+ 169	14 497	14 372	- 126	- 0,9
Ortenaukreis	23 674	17 896	75,6	421	+ 581	41 366	44 549	+ 3 183	+ 7,7
Region Südl. Oberrhein	54 904	42 229	76,9	1 190	+ 1 627	105 799	111 342	+ 5 543	+ 5,2
Landkreise									
Rottweil	8 768	6 588	75,1	119	+ 483	15 264	15 424	+ 160	+ 1,0
Schwarzwald-Baar-Kreis	10 543	8 161	77,4	263	+ 788	26 836	26 748	- 88	- 0,3
Tuttlingen	8 228	6 779	82,4	135	+ 253	14 637	14 298	- 339	- 2,3
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	27 539	21 528	78,2	517	+ 1 524	56 737	56 470	- 267	- 0,5
Landkreise									
Konstanz	13 055	11 177	85,6	247	+ 303	31 839	33 482	+ 1 643	+ 5,2
Lörrach	11 428	9 496	83,1	208	+ 156	24 212	24 116	- 96	- 0,4
Waldshut	9 687	7 581	79,1	224	+ 752	16 047	16 345	+ 298	+ 1,9
Region Hochrhein-Bodensee	34 170	28 254	82,7	679	+ 1 211	72 098	73 943	+ 1 845	+ 2,6
Regierungsbezirk Freiburg	116 613	92 011	78,9	2 386	+ 4 362	234 634	241 755	+ 7 121	+ 3,0
Landkreise									
Reutlingen	16 631	14 047	84,5	246	- 76	33 115	32 958	- 157	- 0,5
Tübingen	12 530	10 570	84,4	158	- 99	19 502	21 094	+ 1 592	+ 8,2
Zollernalbkreis	13 687	10 930	79,9	159	- 78	23 489	23 222	- 267	- 1,1
Region Neckar-Alb	42 848	35 547	83,0	563	- 253	76 106	77 274	+ 1 168	+ 1,5
Stadtkreis									
Ulm	4 730	4 528	95,7	114	- 219	18 076	18 545	+ 469	+ 2,6
Landkreise									
Alb-Donau-Kreis	13 901	10 567	76,0	157	+ 247	19 895	19 170	- 725	- 3,6
Biberach	12 444	8 594	69,1	177	+ 789	16 831	16 705	- 126	- 0,7
Region Donau-Iller ³⁾	31 075	23 689	76,2	448	+ 817	54 802	54 420	- 382	- 0,7
Landkreise									
Bodenseekreis	12 402	10 707	86,3	229	+ 446	24 451	24 110	- 341	- 1,4
Ravensburg	15 845	12 568	79,3	289	+ 756	24 899	26 386	+ 1 487	+ 6,0
Sigmaringen	8 399	5 669	67,5	175	+ 820	12 170	12 562	+ 392	+ 3,2
Region Bodensee-Oberschwaben	36 646	28 944	79,0	693	+ 2 022	61 520	63 058	+ 1 538	+ 2,5
Regierungsbezirk Tübingen	110 569	88 180	79,8	1 704	+ 2 586	192 428	194 752	+ 2 324	+ 1,2
Baden-Württemberg	597 490	498 158	83,4	10 804	+ 4 660	1 373 309	1 385 506	+ 12 197	+ 0,9

¹⁾ Ohne solche mit nur 1 oder 2 Freizeitwohneinheiten und ohne Wohnheime. – ²⁾ Ohne Freizeitwohnungen und ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung. –

³⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

zeichnen ist. Dies sind im wesentlichen diejenigen Städte bzw. Kreise, für die beim Vergleich des Wohnungsbestandes laut Zählung 1987 mit dem fortgeschriebenen Bestand entgegen der allgemeinen Entwicklung eine positive Abweichung festzustellen war.⁷ Dieser Sachverhalt zeigt, daß für die Erklärung der Differenz zwischen Fortschreibung und Zählung auch Veränderungen in dieser Baualtersgruppe zu berücksichtigen sind. Die Zahlen sprechen einerseits für Wohnungsteilungen bzw. -zugänge in den Städten und andererseits für die Zusammenlegung oder Umwidmung von Wohnungen in den meisten Landkreisen.

Starker Trend zum Einfamilienhaus . . .

Eine deutliche Veränderung vollzog sich bei der Aufteilung der Wohngebäude nach Gebäudegrößen, gemessen an der Zahl der im Gebäude enthaltenen Wohnungen. Die getroffene Unterscheidung in Gebäude mit einer, zwei bzw. drei und mehr Wohnungen kann mit einem gewissen Vorbehalt, darin bestehend, daß ein Gebäude auch dann noch als Wohngebäude eingestuft ist, wenn es mindestens zur Hälfte Wohnzwecken dient, den landläufig bekannten „Ein-, Zwei- oder Mehrfamilienhäusern“ gleichgesetzt werden.

Der Vergleich der 1987 festgestellten Aufteilung auf diese Gebäudearten mit der von 1968 zeigt einen starken Trend hin zum Einfamilienhaus, das heißt zur Nutzung ganzer Gebäude als eine Wohneinheit (Tabelle 4). So stieg der Anteil der Einfamilienhäuser um fast 6 Prozentpunkte auf 58,0%, während der Anteil der Gebäude mit zwei Wohnungen von über 30% auf 25,2% zurückgegangen ist. Die Gebäude mit drei und mehr Wohnungen machen mit 16,8% landesweit einen geringfügig kleineren Teil als 1968 (17,2%) aus.

Diese Entwicklung ist in fast allen Kreisen – wenn auch in sehr unterschiedlichem Ausmaß – festzustellen. Besonders deutlich ausgeprägt ist die Verschiebung in den Stadtkreisen Heilbronn, Pforzheim, Mannheim, Ulm und Karlsruhe sowie in den meisten unmittelbar angrenzenden Kreisen. Auch in den Landkreisen der Region Mittlerer Neckar hat der Anteil der Einfamilienhäuser überdurchschnittlich zugenommen.

⁷ In den Landkreisen sind es einzelne Gemeinden mit einer Zunahme gegenüber der Fortschreibung.

Während in den Landkreisen die Zunahme bei den Einfamilienhäusern vor allem zu Lasten der Gebäude mit zwei Wohnungen ging, ist in den genannten Stadtkreisen vor allem ein deutlicher Rückgang des Anteils an Mehrfamilienhäusern zu verzeichnen. Dies zeigt, daß auch in vielen Städten, gemessen an der Struktur von 1968, weniger Gebäude mit drei und mehr Wohnungen errichtet wurden. Die Baumaßnahmen konzentrierten sich im Ergebnis⁸ vor allem auf die Errichtung von Gebäuden mit einer Wohnung.

Abweichungen von dieser allgemeinen Entwicklung gibt es in den Stadtkreisen Stuttgart, Baden-Baden, Heidelberg und Freiburg sowie in einer Reihe von Kreisen in Feriengebieten. Dort ist nicht nur der Anteil der Gebäude mit drei und mehr Wohnungen zum Teil deutlich gestiegen, sondern auch die Entwicklung hin zu Einfamilienhäusern ist nur unterdurchschnittlich ausgeprägt oder sogar, wie in den Kreisen Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen, in umgekehrter Richtung verlaufen. Zu nennen sind hier auch die Kreise Calw, Freudenstadt und Waldshut sowie der Bodenseekreis. Offenbar ist in diesen Gebieten der Anreiz, eine zweite Wohnung in Gebäuden zu vermieten, deutlich größer als in den übrigen Landesteilen. Der hohe Anteil an Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen dürfte außer auf die dort anzusiedelnden Appartementhäuser mit Zweitwohnungen ebenfalls auf diesen Anreiz zurückzuführen sein.

. . . aber auch mehr Wohnungen in Mehrfamilienhäusern

Die Verteilung der Wohnungen auf Wohngebäude mit ein, zwei bzw. drei und mehr Wohnungen zeigt neben dem Trend zum Einfamilienhaus zugleich auch eine deutliche Konzentration der Wohnungen auf eine geringere Zahl großer Wohngebäude. Während mit rund 77000 Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen ein nur unterproportionaler Zugang bei dieser Gebäudeart festzustellen ist, hat sich die Zahl der Wohnungen in solchen Gebäuden deutlich überproportional erhöht. So stieg der Anteil der Wohnungen in Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen von 43 auf 47%. Die durchschnittliche Wohnungszahl in dieser Gebäudeka-

⁸ „im Ergebnis“, da aus einer großen Zahl von ursprünglich errichteten Gebäuden mit zwei Wohnungen durch Wohnungszusammenlegungen Gebäude mit einer Wohneinheit wurden.

Tabelle 4

Wohngebäude und Wohnungen in Baden-Württemberg nach Gebäudearten Gebäude- und Wohnungszählung 1968 und 1987

Wohngebäude Wohnungen	Gebäude- und Wohnungszählung					
	1968		1987		Zugang	
	in 1000	%	in 1000	%	in 1000	%
Wohngebäude ¹⁾	1 333,7	100	1 830,4	100	496,7	100
davon mit 1 Wohnung	696,5	52,2	1 062,4	58,0	365,9	73,7
mit 2 Wohnungen	407,6	30,6	461,4	25,2	53,8	10,8
mit 3 und mehr Wohnungen	229,6	17,2	306,6	16,8	77,0	15,5
Wohnungen in Wohngebäuden	2 631,2	100	3 733,7	100	1 102,5	100
davon in Wohngebäuden mit 1 Wohnung	696,5	26,5	1 062,4	28,5	365,9	33,2
mit 2 Wohnungen	815,2	31,0	922,7	24,7	107,5	9,8
mit 3 und mehr Wohnungen	1 119,5	42,5	1 748,6	46,8	629,1	57,1
Wohnungen je Wohngebäude zusammen	2,0	X	2,0	X	2,0	X
je Gebäude mit 3 und mehr Wohnungen	4,9	X	5,7	X	8,2	X

¹⁾ Wohngebäude mit Wohnungen, ohne Wohngebäude mit nur 1 oder 2 Freizeitwohneinheiten und ohne Gebäude mit vollständiger Wohnheimnutzung.

tegorie stieg von 4,9 auf 5,7 Wohnungen pro Gebäude; bei den neu hinzugekommenen Gebäuden liegt das Verhältnis sogar bei 8,2 Wohnungen pro Gebäude.

Die regionale Verteilung des Zuwachses an Wohnungen nach Gebäudearten orientiert sich natürlich in erster Linie an der schon für die Gebäude festgestellten Entwicklung. Darüber hinaus ist jedoch festzuhalten, daß die Konzentration der Wohnungen auf große Gebäude in den Stadtkreisen besonders hoch liegt. Während sich für Stuttgart bei den zugegangenen Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen eine durchschnittliche Wohnungszahl von 12,6 errechnet, liegt diese im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald oder im Ortenaukreis lediglich bei fünf bzw. sechs Wohnungen je Gebäude.

Trotz der verstärkten Konzentration der Wohnungen auf größere Gebäude ist auch der Anteil der Wohnungen in Einfamilienhäusern am Wohnungsbestand von knapp 27 auf über 28% angestiegen. Erheblich zurückgegangen ist der Anteil der Wohnungen in Zweifamilienhäusern. Er sank von 30 auf nur noch 25%.

Zugang an Zweifamilienhäusern deutlich geringer als entsprechende Baufertigstellungen

Der per Saldo sehr geringe Zuwachs bei den Gebäuden mit zwei Wohnungen liefert einen wesentlichen Erklärungsfaktor für die Korrektur des Wohnungsbestandes, wie er aufgrund der Fortschreibung mit Hilfe der Bautätigkeitsstatistik bisher angenommen wurde. Vergleicht man nämlich den Zugang bei dieser Gebäudeart laut Wohnungszählung mit der Zahl der im Zeitraum von 1969 bis 1986 fertiggestellten Gebäude dieser Art, so zeigt sich eine erhebliche negative Differenz.

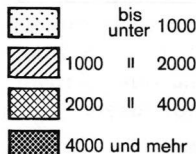
Fertigstellungen in Höhe von rund 185 000 Gebäuden mit zwei Wohnungen steht lediglich ein Zuwachs von etwa 53 000 Einheiten zwischen den Zählungen gegenüber. Rund 132 000 Zweifamilienhäuser laut Baufertigstellung sind demnach zwischenzeitlich zu Gebäuden anderer Art geworden. Es spricht vieles für die Annahme, daß es sich bei den abgegangenen Gebäuden zu einem Gutteil um sogenannte unechte Zweifamilienhäuser handelt, das heißt Gebäude mit einer Einliegerwohnung, die inzwischen vom Gebäudeeigentümer(-inhaber) zusammen mit der Hauptwohnung im Gebäude als eine Wohneinheit genutzt wird. Dafür spricht auch die Entwicklung bei den Einfamilienhäusern, die einen deutlich höheren Zuwachs ausweist, als er aufgrund der Baufertigstellungen solcher Gebäude anzunehmen war. Während zwischen 1969 und 1986 rund 293 000 Gebäude mit einer Wohnung fertiggestellt wurden, hat die Zahl der als Einfamilienhäuser genutzten Gebäude zwischen den Zählungen um fast 365 000, also um rund 72 000 mehr zugenommen. Daß dieser Zugang an Einfamilienhäusern den bei den Zweifamilienhäusern festgestellten Abgang nicht voll abdeckt, widerlegt die obige Annahme keineswegs. Neben der Änderung von Zwei- in Einfamilienhäuser ist sicher auch mit einem Abgang ganzer Gebäude, zum Beispiel aufgrund der oben angesprochenen Abgrenzungsprobleme, denkbar. Dies wird auch bei einer regionalen Betrachtung deutlich.

Zunächst ist dabei festzuhalten, daß der Rückgang an Gebäuden mit zwei Wohnungen besonders in den Land-

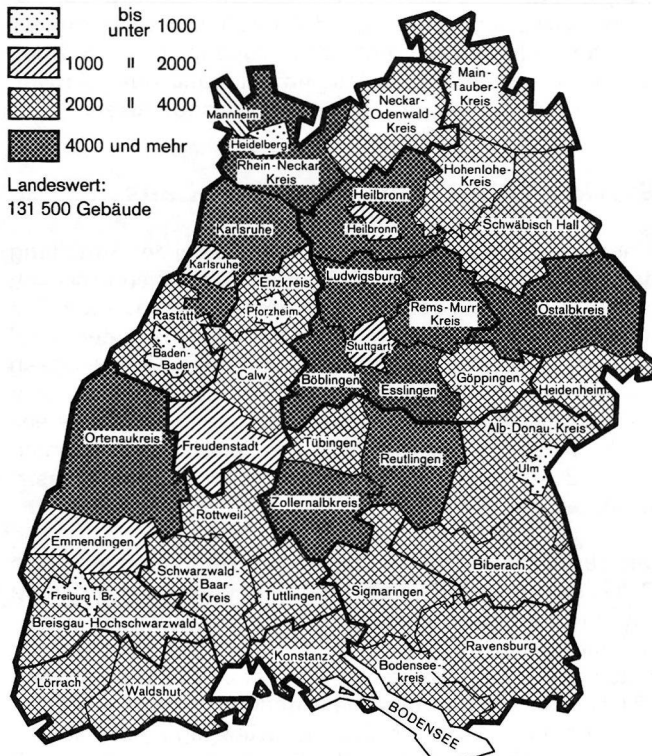
Schaubild 3

Bestandsminderung *) an Gebäuden mit 2 Wohnungen in den Stadt- und Landkreisen zwischen 1968 und 1987

Bestandsminderung an Gebäuden mit 2 Wohnungen



Landeswert:
131 500 Gebäude



*) Baufertigstellungen 1969 bis 1986 minus saldomäßigem Zugang von 1968 bis 1987.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

35 89

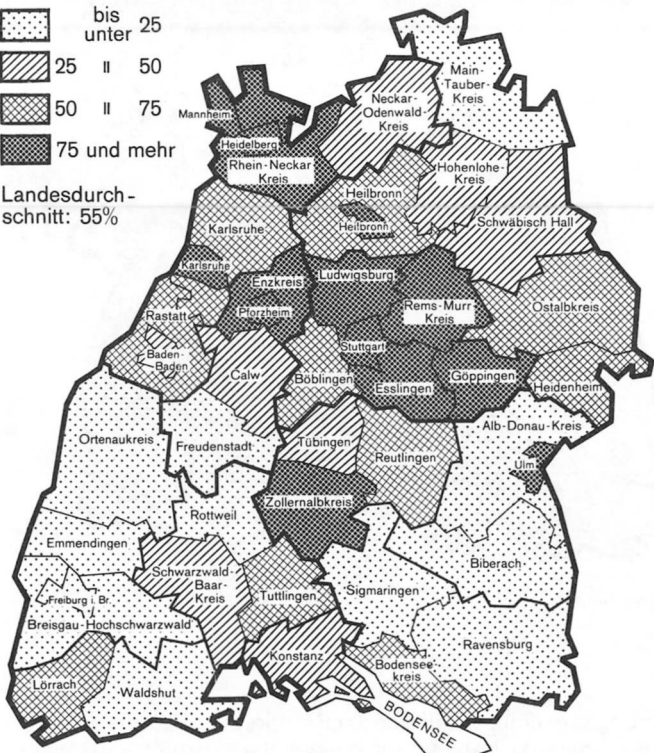
kreisen stark ausgeprägt ist, für die eine überdurchschnittliche negative Differenz zur Fortschreibung besteht (Schaubild 3). Dagegen ist in den Stadtkreisen, insbesondere in denen mit einer positiven Abweichung zur Fortschreibung, der Abgang relativ gering. So ist in den Landkreisen in der Regel ein Rückgang von über 2000 bis hin zu 8000 Einheiten im Landkreis Karlsruhe festzuhalten, während es in den Stadtkreisen Heidelberg oder Freiburg nur gut 300 bzw. rund 80 sind. Weiter ist für die Erklärung der auch zwischen den Landkreisen bestehenden Unterschiede aufschlußreich, daß die ermittelte Differenz zur Fortschreibung auch beim Bestand an Einfamilienhäusern sehr unterschiedlich ausfällt (Schaubild 4). Während nämlich in den Landkreisen der Region Mittlerer Neckar sowie in anderen dicht besiedelten Bereichen der Zugang an Einfamilienhäusern die negative Differenz bei den Gebäuden mit 2 Wohnungen zu einem hohen Prozentsatz ausgleicht, trifft dies bei den ländlichen Kreisen in nur wesentlich geringerem Umfang zu. Diese Entwicklung paßt außerdem zu den auch für den Bestand an Wohngebäuden ermittelten Differenzen, zumal auch bei den Mehrfamilienhäusern keine entsprechende Zunahme festzustellen ist. Ansatzpunkte für eine Erklärung könnten hier in Nutzungsänderungen ganzer Gebäude oder der schon oben behandelten Abgrenzung von den sonstigen Gebäuden mit Wohnraum liegen. Darüber hinaus ist denkbar, daß regional ein Teil der Ferienhäuser (Wohngebäude mit nur 1 und 2 Ferienwohneinheiten), die in der Fortschreibung enthalten, aber

leider nicht besonders ausgewiesen sind, zumal dann, wenn diese nicht ständig genutzt werden, bei der Gebäude- und Wohnungszählung nicht erfaßt wurden.

Schaubild 4

Mehrzugang *) von Gebäuden mit 1 Wohnung in den Stadt- und Landkreisen zwischen 1968 und 1987

Mehrzugang an Gebäuden mit 1 Wohnung in % der Bestandsminderung an Gebäuden mit 2 Wohnungen



*)Baufertigstellungen 1969 bis 1986 minus saldomäßigem Zugang von 1968 bis 1987.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

37 89

Gemessen an den Abweichungen beim Bestand an Ein- und Zweifamilienhäusern, sind die bei den Gebäuden mit 3 und mehr Wohnungen festzustellenden Unterschiede zur Fortschreibung in den meisten Kreisen nur gering. Bemerkenswerte positive Abweichungen sind für Baden-Baden, Heidelberg, Freiburg und Tübingen sowie in einigen besonders vom Fremdenverkehr geprägten Kreisen zu beobachten, worin ebenfalls ein Hinweis für die Erklärung der dort bestehenden positiven Abweichungen von der Fortschreibung gegeben ist.

Deutliche Zunahme an Wohnungen mit sechs und mehr Räumen

Aufschlußreich für die Beurteilung der Wohnraumversorgung ist die Gliederung der Wohnungen nach der Raumzahl, wobei alle Wohnräume mit sechs und mehr Quadratmetern Wohnfläche sowie die Küche gezählt werden (Tabelle 5). Danach zeigt sich eine stark ausgeprägte Verschiebung hin zu größeren Wohnungen. Nahezu 46% der 1987 gezählten Wohnungen weisen fünf und mehr Räume auf. Ihre Zahl ist seit 1968 um fast 78% auf über 1,74 Mill. Wohnungen angestiegen. Dabei liegt der Hauptzuwachs bei den Wohnungen mit sechs und mehr Räumen, deren Bestand sich im Betrachtungszeitraum mehr als verdoppelt hat. Hingegen ging der Anteil der Wohnungen mit drei bzw. vier Räumen von 58% im Jahr 1968 auf nunmehr noch 47% zurück. Leicht zugenommen hat auch der Bestand an Ein- und Zweiraumwohnungen. Ihr Anteil ist von rund 6 auf über 7% angestiegen.

Die festgestellte Entwicklung gilt, wenn auch unterschiedlich stark ausgeprägt, für alle Stadt- und Landkreise (Schaubild 5). Eine besonders auffällige Verschiebung hin zu größeren Wohnungen ist in den Landkreisen in Verdichtungsgebieten festzustellen, in denen auch der Zuwachs an Wohnungen allgemein besonders deutlich war. Weniger deutlich ist die Verschiebung in den ländlichen Kreisen. Dort lag jedoch der Anteil der großen Wohnungen zumindest teilweise schon bisher weit über dem seitherigen Lan-

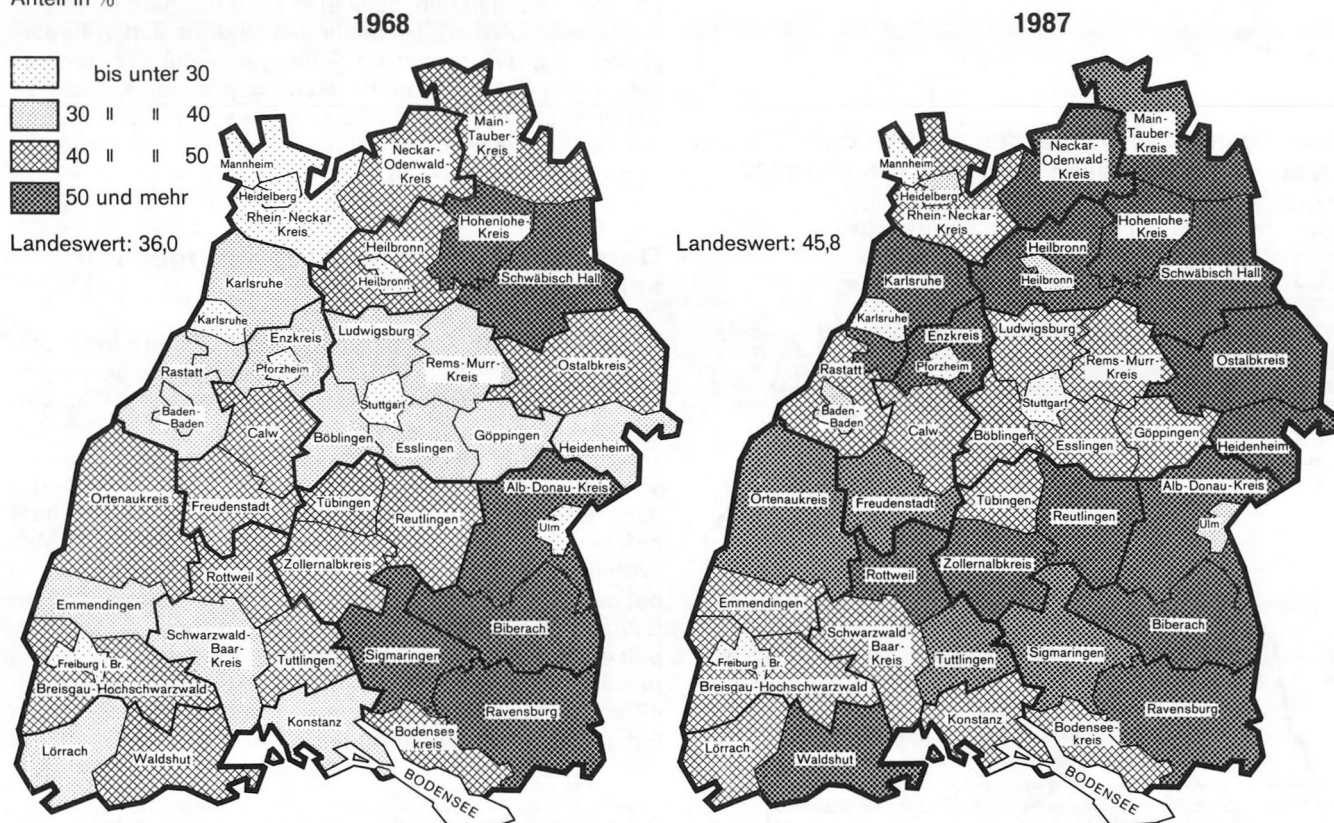
Tabelle 5
Wohnungen *) in Baden-Württemberg nach der Anzahl der Räume
Gebäude- und Wohnungszählung 1968 und 1987

Regierungsbezirk (Reg.-Bez.) Land	Gebäude- und Wohnungs- zählung	Wohnungen insgesamt	Davon mit ... Raum/Räumen					
			1	2	3	4	5	6 und mehr
in 1000								
Reg.-Bez. Stuttgart	1968	1 032,9	9,4	48,6	201,9	402,7	211,7	158,6
	1987	1 435,0	31,7	64,5	231,6	459,0	319,9	328,3
Reg.-Bez. Karlsruhe	1968	756,0	7,9	58,7	215,5	262,0	119,6	92,3
	1987	1 026,8	25,7	57,6	212,5	308,9	204,3	217,8
Reg.-Bez. Freiburg	1968	524,8	4,6	22,1	101,4	195,7	106,6	94,4
	1987	750,8	19,3	36,4	122,9	223,1	162,5	186,6
Reg.-Bez. Tübingen	1968	413,5	2,4	12,9	62,1	138,5	99,3	98,3
	1987	589,8	12,6	23,1	79,3	151,7	139,8	183,3
Baden-Württemberg	1968	2 727,2	24,3	142,3	580,9	998,9	537,2	443,6
	1987	3 802,4	89,3	181,6	646,3	1 142,7	826,5	916,0
in %								
Reg.-Bez. Stuttgart	1968	100	0,9	4,7	19,5	39,0	20,5	15,4
	1987	100	2,2	4,5	16,1	32,0	22,3	22,9
Reg.-Bez. Karlsruhe	1968	100	1,0	7,8	28,5	34,7	15,8	12,2
	1987	100	2,5	5,6	20,7	30,1	19,9	21,2
Reg.-Bez. Freiburg	1968	100	0,9	4,2	19,3	37,3	20,3	18,0
	1987	100	2,6	4,8	16,4	29,7	21,6	24,9
Reg.-Bez. Tübingen	1968	100	0,6	3,1	15,0	33,5	24,0	23,8
	1987	100	2,1	3,9	13,4	25,7	23,7	31,1
Baden-Württemberg	1968	100	0,9	5,2	21,3	36,6	19,7	16,3
	1987	100	2,3	4,8	17,0	30,1	21,7	24,1

*) Ohne Freizeitwohnungen und ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung.

Wohnungen*) mit 5 und mehr Räumen in den Stadt- und Landkreisen

Anteil in %



*) 1987 ohne Freizeitwohnungen und ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

32 89

desdurchschnitt. Ein unterdurchschnittlicher Anteil der großen Wohnungen errechnet sich für die Stadtkreise, unter denen Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe die mit Abstand geringsten Werte aufweisen.

Die Tendenz hin zu größeren Wohnungen hatte sich bereits aus der Fortschreibung erkennen lassen, jedoch zeigen die Zählungsergebnisse eine noch sehr viel stärkere Verschiebung zugunsten großer Wohnungen (Schaubild 6). Gegenüber den fortgeschriebenen Bestandszahlen weist die Wohnungszählung deutlich weniger Wohnungen mit zwei, drei und vier Räumen aus, während bei den Wohnungen mit sieben und mehr Räumen ein wesentlich höherer Bestand festzustellen ist.

Bei den per Saldo fehlenden Zwei- und Dreiraumwohnungen handelt es sich wohl zu einem großen Teil um Einlieger- oder andere Wohnungen, die mit einer zweiten oder weiteren Wohnung zusammengelegt wurden und mit dieser jetzt als eine Wohneinheit genutzt werden. Damit erklären sich zugleich auch Abgänge bei den Fünf- und Sechsräumwohnungen sowie den Wohnungen mit vier Räumen. Darüber hinaus weisen die Veränderungen der Bestände nach der Raumzahl, vor allem die bei den Vierraumwohnungen, darauf hin, daß noch andere Faktoren beim Vergleich von Zählung und Fortschreibung zu berücksichtigen sind.

Verschiebungen bei der Raumzahl dürften auch der Ausbau von Keller- und/oder Dachräumen zur Nutzung als Wohnraum sowie die Einbeziehung außerhalb des Woh-

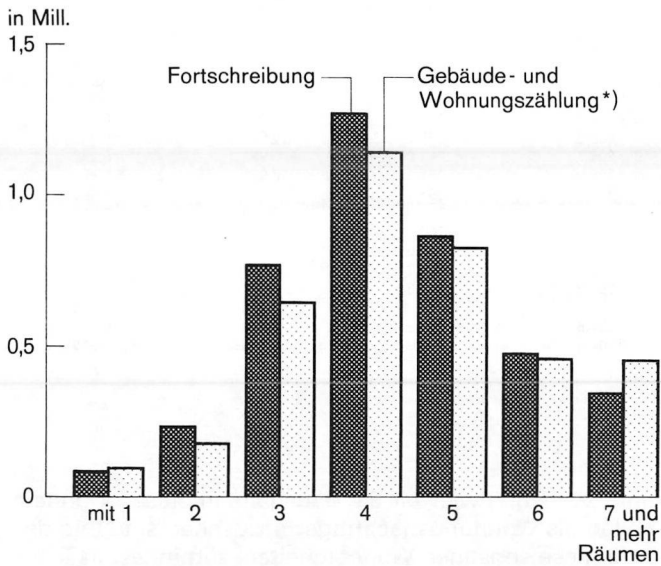
nungsabschlusses liegender Räume, zum Beispiel Mansarden, bewirkt haben. Auf diesen Sachverhalt wird weiter unten bei der Entwicklung der Gesamtzahl der Räume noch zurückzukommen sein.

Von besonderem Interesse erscheint auch die Entwicklung bei den Wohnungen mit nur einem Raum. Ihre Zahl hat zwischen 1968 und 1987 ebenfalls stark zugenommen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die in vollständig als Wohnheim genutzten Gebäuden liegenden Wohnungen sowie die Freizeitwohnungen im Bestand 1987 nicht enthalten sind. Trotz dieser Einschränkung in der Vergleichbarkeit ist ein Anstieg von 24000 auf fast 90000 Wohnungen mit nur einem Raum festzustellen. Ihre Zahl hat sich in allen Kreisen, besonders deutlich allerdings in den Universitätsstädten des Landes, erhöht. Dazu paßt auch das Ergebnis des Vergleichs mit der Fortschreibung. Während in den meisten Kreisen der Bestand laut Zählung unter der durch Fortschreibung ermittelten Zahl liegt (Abgänge von Einliegerwohnungen mit einem Raum), ist für die Stadtkreise sowie die Landkreise Tübingen und Ravensburg ein deutlich über der Fortschreibung liegender Bestand an Einraumwohnungen festzustellen. Dies deutet darauf hin, daß dort in spürbarem Umfang solche Wohnungen durch Wohnungsteilungen bzw. durch Dach- oder Untergeschoßausbauten geschaffen wurden, die nicht in der Fortschreibung erfaßt wurden.

Da überdies in den Stadtkreisen sowie Universitätsstädten der Abgang von Wohnungen durch Wohnungszusammenlegungen in ursprünglichen Zweifamilienhäusern sehr viel

Wohnungen in Baden-Württemberg 1987 nach der Zahl der Räume

Bestände laut Fortschreibung zum 31. 12. 1986
und Gebäude- und Wohnungszählung 1987



(*) Ohne Freizeitwohnungen und ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

36 89

weniger ausgeprägt ist als in den ländlichen Bereichen, läßt dieser Sachverhalt die dort vom allgemeinen Trend abweichende Entwicklung gegenüber der Fortschreibung des Wohnungsbestandes durchaus plausibel erscheinen.

In einigen Gemeinden kommen noch spezifische Einflüsse hinzu. So wurden zum Beispiel mitunter in erheblichem Umfang Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte bewohnt werden, mitgezählt, die 1968 bzw. in der Fortschreibung nicht enthalten sind, und die zum Teil hohe Zahl an Wohnungen in Wohnheimen könnte zumindest teilweise auf abweichende Abgrenzungen zu den sonstigen Wohneinheiten beruhen.

Auch Gesamtzahl der Räume geringer als bislang angenommen

Die bisher festgestellten Zusammenhänge werden durch den Vergleich der Gesamtzahl an Räumen in Wohngebäuden laut Zählung und der laut Fortschreibung ermittelten Zahl bestätigt. Es zeigt sich, daß auch bei der Raumzahl eine Korrektur nach unten erforderlich ist, die jedoch geringer ausfällt als bei der Zahl der Wohnungen. Dies belegt einerseits die Annahme, daß verbreitet Wohnungen zu größeren Wohneinheiten zusammengelegt wurden, womit keine Veränderung der Raumzahl verbunden ist, und bestätigt andererseits auch, daß ein Teil des Abgangs an Wohnungen auf Umwidmungen bzw. nicht registrierte Abgänge oder Untererfassungen im Bereich der Ferienhäuser zurückzuführen ist.⁹

⁹ Umwidmungen von Wohnungen, die ohne bzw. ohne genehmigungspflichtige Baumaßnahmen erfolgen, gehen in die Fortschreibung überhaupt nicht ein. Überdies ist die Zweckentfremdung vom Wohnraum offenbar nur noch in einzelnen Gemeinden des Landes genehmigungspflichtig (Vgl. Fußnote 4).

Da auch die regionalen Unterschiede bei der Abweichung der Raumzahl mit denen bei den Wohnungen und Wohngebäuden fast kongruent sind, dürften die bisher genannten Faktoren die Entwicklung beim Wohnungsbestand im wesentlichen erklären. Insbesondere ist in den Kreisen mit einer Zunahme an Wohnungen gegenüber der Fortschreibung auch eine geringfügige Zunahme der Raumzahl festzustellen. Dies dürfte auch bei Berücksichtigung der abweichenden Abgrenzung in Bezug auf die einer Wohnung zuzurechnenden Räume gültig bleiben. Die Zusammenhänge erscheinen schlüssig, auch wenn die Gewichte der einzelnen Einflußfaktoren aus den derzeit verfügbaren Unterlagen nicht quantifiziert werden können.¹⁰

Engpässe bei der Wohnraumversorgung der Haushalte?

Der bei der Wohnungszählung gegenüber der Fortschreibung festgestellte geringere Bestand an Wohnungen hat die bereits begonnene Diskussion um einen neuen Mangel an Wohnungen noch verstärkt. Obwohl die Zahl der Wohnungen seit 1968 sehr viel stärker zugenommen hat als die wohnberechtigte Bevölkerung und damit rein rechnerisch sich nur noch 2,5 Personen eine Wohnung teilen, wird verbreitet von einem Mangel an Wohnungen gesprochen. Über die notwendigen Anstrengungen zur Schaffung von Wohnraum für rund 200 000 Aussiedler hinaus werden Maßnahmen zur Bereitstellung preisgünstiger Wohnungen vor allem für sozial schwächere Haushalte gefordert.

Ein wesentliches Kriterium für die Beurteilung der quantitativen Versorgung der Haushalte mit Wohnraum liefert die Gegenüberstellung der Zahl an Wohnungen bzw. Wohneinheiten und der Zahl der Haushalte. Für eine geeignete Gegenüberstellung sind jedoch beide Größen, sowohl die Zahl der Wohneinheiten bzw. Wohnungen als auch die der Haushalte zunächst klar abzugrenzen: Die durch die Wohnungszählung festgestellte Gesamtzahl an Wohneinheiten ist um die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte bewohnten Wohneinheiten sowie um die Freizeitwohneinheiten zu verringern, da sowohl die Haushalte von Angehörigen ausländischer Streitkräfte als auch die zu Freizeitwohneinheiten gehörigen Haushalte in der Zahl der Haushalte nicht enthalten sind. Überdies sind die in Unterkünften enthaltenen sonstigen Wohneinheiten abzusetzen, da diese nur als Provisorien anzusehen sind. Die Zahl der Haushalte umfaßt die Privathaushalte sowie Haushalte, die ausschließlich aus Personen bestehen, die nicht zur Wohnbevölkerung¹¹ zählen. Diese Gesamtzahl der Haushalte ist um die Zahl der Untermieterhaushalte zu verringern, da sie nicht als Wohnungsinhaberhaushalte in die Gegenüberstellung eingehen dürfen. Mögliche Wohnungswünsche sind für die Untermieterhaushalte zumindest nicht nachweisbar.

¹⁰ Die genaue Quantifizierung ist wohl letztlich erst bei tiefer regionaler Gliederung (unterhalb der Gemeindegrenze) sowie unter Einbringung der Ortskenntnisse seitens der Gemeinde möglich, wobei selbstverständlich die Geheimhaltungsvorschriften zu gewährleisten sind.

¹¹ Privathaushalte sind solche Haushalte, in denen mindestens eine Person zur Wohnbevölkerung zählt, das heißt in der betreffenden Wohnung ihren ständigen Wohnsitz hat oder von dort aus zur Arbeit bzw. Ausbildung geht. Der umfassende Begriff „Haushalte“ orientiert sich dagegen unabhängig von der Zugehörigkeit zur Wohnbevölkerung an der wohnberechtigten Bevölkerung.

Tabelle 6

Wohneinheiten, Wohnungen und Haushalte sowie Wohnungsversorgungsfaktor in Baden-Württemberg 1987

Region Regierungsbezirk (Reg.-Bez.) Land	Wohneinheiten ¹⁾	Wohnungen	Haushalte	Haushalte + 3% Fluktuationsreserve	Wohnungsversorgungsfaktor bezogen auf	
	in 1000				Wohneinheiten	Wohnungen
Region Mittlerer Neckar	1 018,4	1 000,7	1 006,4	1 036,6	0,982	0,965
Region Franken	284,4	280,8	278,9	287,3	0,990	0,977
Region Ostwürttemberg	156,9	155,3	154,2	158,8	0,988	0,978
Reg.-Bez. Stuttgart	1 459,7	1 436,8	1 439,6	1 482,8	0,984	0,969
Region Mittlerer Oberrhein	374,7	369,1	370,6	381,7	0,982	0,967
Region Unterer Neckar	454,9	447,5	449,6	463,1	0,982	0,966
Region Nordschwarzwald	210,1	206,9	206,7	212,9	0,987	0,972
Reg.-Bez. Karlsruhe	1 039,7	1 023,6	1 026,9	1 057,7	0,983	0,968
Region Südlicher Oberrhein	349,9	344,7	345,9	356,3	0,982	0,967
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	172,3	170,8	168,5	173,6	0,993	0,984
Region Hochrhein-Bodensee	237,0	232,5	233,2	240,2	0,987	0,968
Reg.-Bez. Freiburg	759,2	747,9	747,6	770,0	0,986	0,971
Region Neckar-Alb	240,6	235,7	236,6	243,7	0,987	0,967
Region Donau-Iller ¹⁾	160,6	158,6	157,9	162,6	0,988	0,975
Region Bodensee-Oberschwaben	199,9	198,0	196,3	202,2	0,989	0,979
Reg.-Bez. Tübingen	601,1	592,3	590,8	608,5	0,988	0,973
Baden-Württemberg	3 859,7	3 800,6	3 804,8	3 918,9	0,985	0,970

¹⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

Stellt man die so bereinigten Größen an Haushalten und Wohneinheiten gegenüber (Tabelle 6), so zeigt sich zum Stichtag der Volkszählung insgesamt ein geringer Überschuß an Wohneinheiten (3,860 Mill.) gegenüber den Haushalten (3,805 Mill.). Ins Verhältnis gesetzt, kommen auf 100 Haushalte 101,4 Wohneinheiten.

Regional angespannter Wohnungsmarkt

Bezieht man jedoch in die Gegenüberstellung nur Wohnungen ein und läßt alle sonstigen Wohneinheiten, die ja im Gegensatz zu den Wohnungen keine Küche oder Kochnische umfassen, außer Acht, ist kein Überschuß an Wohnungen mehr feststellbar, das Verhältnis zwischen Wohnungen und Haushalten ist dann gerade ausgeglichen, das heißt, auf 100 Haushalte kommen auch 100 Wohnungen.

Diese bloße Gegenüberstellung von Haushalts- und Wohnungszahl läßt allerdings unberücksichtigt, daß für das Funktionieren des Wohnungsmarktes eine Fluktuationsreserve an Wohnungen notwendig ist. Stellt man dies in Rechnung, indem man eine erforderliche Fluktuationsreserve von 3% ansetzt, so ergibt sich bereits auf Landesebene eine Unterversorgung mit Wohneinheiten und noch verstärkt mit Wohnungen. Der Quotient aus Wohneinheiten (Wohnungen) und Haushalten plus 3% Fluktuationsreserve, der sogenannte Wohnungsversorgungsfaktor, errechnet sich dann zu 0,985 (0,970).

Regional variiert dieser Wohnungsversorgungsfaktor zwar, jedoch liegt er in fast allen Kreisen des Landes unter dem Wert von 1, der einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt anzeigen würde. Nur in wenigen ländlichen Kreisen liegt er bei 1 oder knapp darüber. Die niedrigsten Versorgungsfaktoren errechnen sich für die Regionen Unterer Neckar, Mittlerer Neckar, Südlicher Oberrhein und Mittlerer Oberrhein, die höchsten für die Regionen Franken, Schwarzwald-Baar-Heuberg und Bodensee-Oberschwaben.

Der Unterschied zwischen den Kreisen ist bei einem Vergleich von Wohneinheiten und Haushalten nicht so stark ausgeprägt, da die sonstigen Wohneinheiten insbesondere in den Stadtkreisen eine relativ große Bedeutung für die Versorgung mit Wohnraum haben. Es bleibt jedoch zu

untersuchen, inwieweit die Haushalte in diesen Wohneinheiten als Wohnungsnachfrager anzusehen sind und deshalb diese sonstigen Wohneinheiten, zumindest in Teilen, nicht in die Gegenüberstellung einbezogen werden sollten. Unabhängig davon wird erkennbar, daß vor allem in den Stadtkreisen sowie im Landkreis Tübingen von einer Anspannung des Wohnungsmarktes gesprochen werden muß.

Weitere Aussagen zur quantitativen Wohnraumversorgung sind aufgrund der bis jetzt vorliegenden Auswertungen nicht möglich. Sicher wünschenswerte, differenziertere Untersuchungen werden zu einem späteren Zeitpunkt, insbesondere auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse über Haushaltsstrukturen, leerstehende Wohneinheiten und der Mietpreissituation, erfolgen können.

Zusammenfassung

Die Versorgung der Haushalte mit Wohnraum hat insgesamt ein hohes Niveau erreicht. Aufgrund einer im Vergleich zur Bevölkerungsentwicklung sehr starken Zunahme an Wohnungen, die mit einer deutlichen Verbesserung der Baualtersstruktur und starken Verschiebung hin zu größeren Wohnungen verbunden war, ist der dem Einzelnen zur Verfügung stehende Wohnraum deutlich größer geworden. Im Durchschnitt lebten 1987 nur noch 2,5 Personen in einer Wohnung zusammen, wobei einer Person im Mittel 1,8 Räume oder 35 qm Wohnfläche zur Verfügung standen. Im Jahr 1968 lagen diese Werte noch bei 3,2 Personen je Wohnung bzw. rund 25 qm Wohnfläche.

Mit dieser in der Summe beeindruckenden Verbesserung der quantitativen Wohnraumversorgung, die freilich mögliche Ungleichgewichte in der Unterbringung der einzelnen Haushalte unberücksichtigt läßt – eine differenzierte Untersuchung muß nach Vorliegen weiterer Auswertungen noch folgen –, wird zugleich der gestiegene Anspruch an Größe und Qualität der Wohnung zum Ausdruck gebracht. Nicht zuletzt durch die aufgrund des verbreiteten Wohlstandes gewachsenen Ansprüche an das Wohnen ist die Zahl der verfügbaren Wohnungen geringer angestiegen, als es die Fortschreibung des Wohnungsbestandes erwarten ließ. Vor allem durch die Zusammenlegung von

Wohnungen zu größeren Wohneinheiten sind ursprünglich getrennt genutzte Wohnungen vom Markt abgegangen. Dies hat bei der gleichzeitig verstärkt eingetretenen und wohl noch weiter zunehmenden Singularisierung der Gesellschaft, die sich vor allem in der starken Zunahme an Ein- und Zweipersonenhaushalten zeigt, das Verhältnis von Nachfrage und Angebot auf dem Wohnungsmarkt zu Ungunsten der Nachfrager angespannt. Es gibt derzeit praktisch keine Fluktuationsreserve an Wohnungen. Eine solche Reserve ist jedoch für das Funktionieren des Wohnungsmarktes erforderlich. Besonders in den Verdich-

tungsgebieten des Landes deuten die Zahlen auf einen Mangel an Wohnungen hin.

Anhaltspunkte dafür, in welchen Bereichen in erster Linie Maßnahmen zur Verbesserung der Situation anzusetzen sind, können sicher bei einer weiter differenzierten Gegenüberstellung der Zählungsergebnisse über Haushaltsstrukturen und Wohnungsbestand, vor allem auch in regional tief gegliederter Form, herausgearbeitet werden.

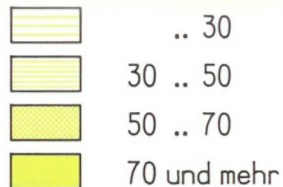
Dr. Helmut Büringer

Entwicklung des Wohnungsbestandes in den Gemeinden Baden-Württembergs 1968 bis 1987 *)

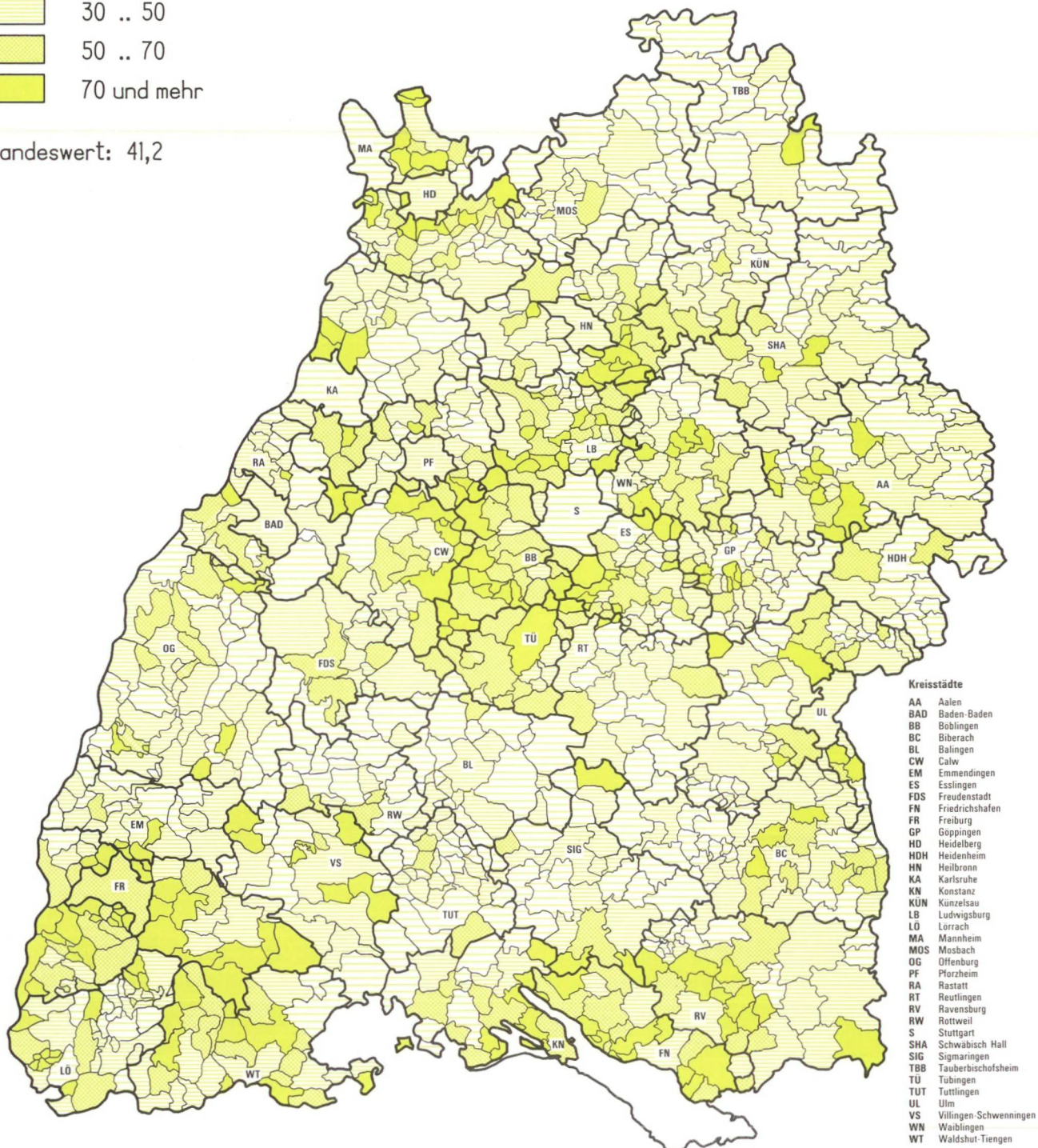
- Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung -

Veränderung in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 41,2



Kreisstädte

AA	Aalen
BAD	Baden-Baden
BB	Baden-Baden
BC	Biberach
BL	Balingen
CW	Calw
EM	Emmendingen
ES	Esslingen
FDS	Freudenstadt
FN	Friedrichshafen
FR	Freiburg
GP	Göppingen
HD	Heidelberg
HDH	Heidenheim
HN	Heilbronn
KA	Karlsruhe
KN	Konstanz
KUN	Künzelsau
LB	Ludwigsburg
LÖ	Lörrach
MA	Mannheim
MOS	Mosbach
OG	Offenburg
PF	Pforzheim
RA	Rastatt
RT	Reutlingen
RV	Ravensburg
RW	Reutlingen
S	Stuttgart
SHA	Schwäbisch Hall
SIG	Sigmaringen
TBB	Tauberbischofsheim
TU	Tübingen
TUT	Tuttlingen
UL	Ulm
VS	Villingen-Schwenningen
WN	Waldshut-Tiengen
WT	Waldshut-Tiengen

*) Stichtage: 25. Oktober 1968 und 25. Mai 1987

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landesinformationssystem

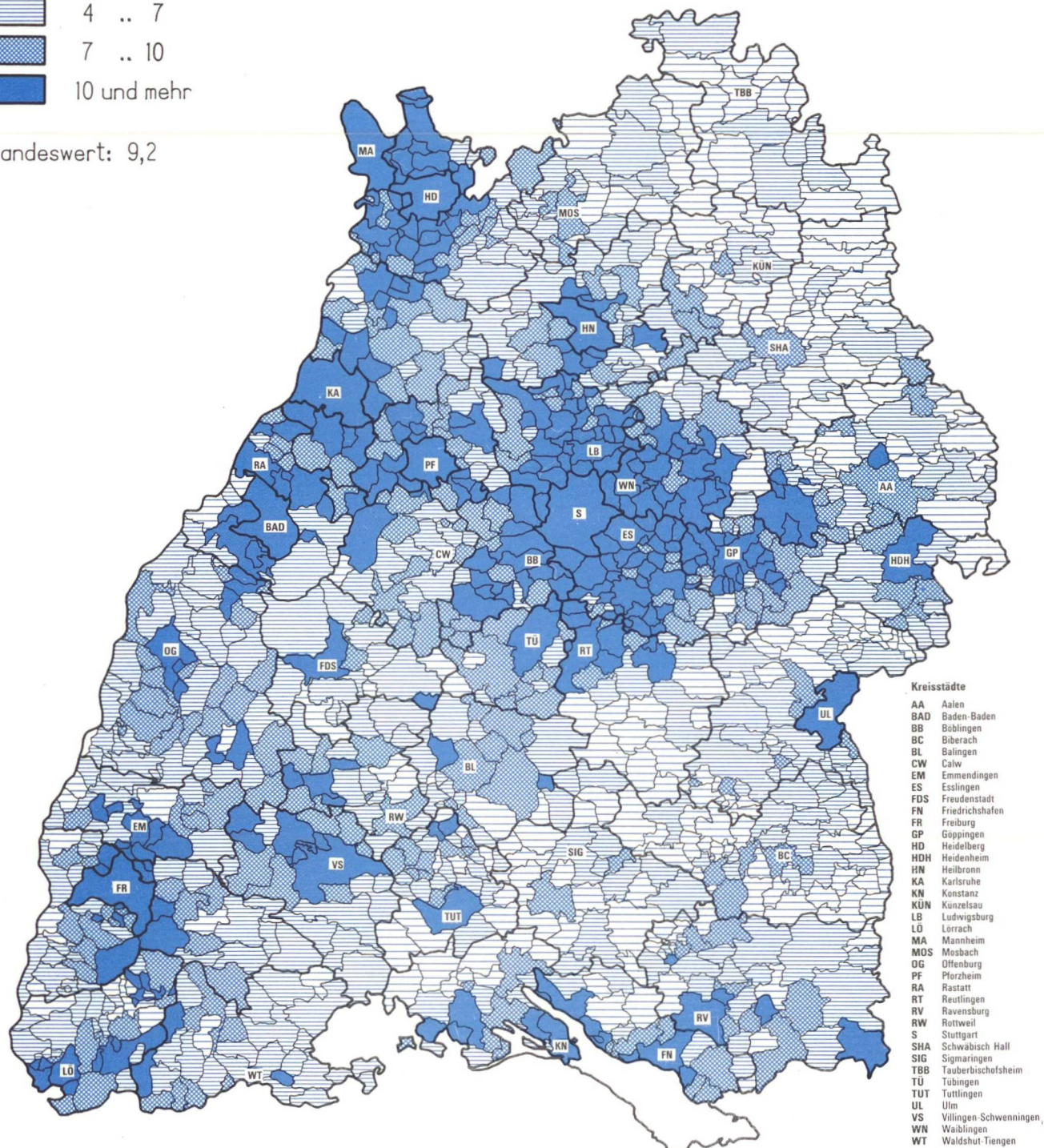
578 89

- Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung -

von .. bis unter



Landeswert: 9,2



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

Gebäude- und Wohnungszählung 1987 – Beheizung der Wohnungen und eingesetzte Brennstoffarten

Mit den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 werden erstmals seit fast 20 Jahren wieder flächendeckend und regional differenzierte Angaben zur Beheizung von Gebäuden mit Wohnraum bzw. der darin enthaltenen Wohneinheiten bereitgestellt. In der Unterscheidung zwischen installierten Beheizungssystemen und eingesetzten Energieträgern können sogar erstmals Angaben in tiefer regionaler Gliederung vorgelegt werden. Diese Ergebnisse sind unter verschiedenen Aspekten von großem Interesse: Die Art der Heizung ist wesentlich für die Beurteilung des Komforts einer Wohnung und damit auch von Einfluß auf die Höhe der Miete. Sie ist sicher auch bei der Frage zu berücksichtigen, inwieweit eine Wohnung für bestimmte Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel ältere Menschen, geeignet ist. Weiter stellt die Art der Beheizung, insbesondere der eingesetzten Brennstoffe, unter energiewirtschaftlichen Aspekten ein wichtiges Datum dar. Und schließlich ist die Art der eingesetzten Brennstoffe, aber auch die Heizungsanlage, von starkem Interesse aus der Sicht des Umweltschutzes, insbesondere im Hinblick auf die Luftbelastung, da die Emissionen aus der Gebäudeheizung einen beachtlichen Teil der Gesamtemission ausmachen und insbesondere in Situationen der Smoggefahr neben dem Kraftfahrzeugverkehr als bedeutender Verursacher der erhöhten Immissionsbelastung gelten.¹

Für die korrekte Interpretation der nachfolgend dargestellten Ergebnisse ist von Bedeutung, daß sich die Fragen zur Beheizungsart und zu den eingesetzten Energieträgern ausschließlich auf die Gebäude- bzw. Wohnungsbeheizung beziehen. Der Bereich der Warmwasserbereitung, der unter denselben Aspekten von großer Bedeutung ist, war bei der Gebäude- und Wohnungszählung ebenso ausgeklammert wie Fragen über die Verbrauchsmengen an Brennstoffen. Sie blieben einer Gebäude- und Wohnungsstichprobe vorbehalten.

Über 60% der Gebäude zentralbeheizt

Für zahlreiche Fragestellungen im Zusammenhang mit der Beheizung bildet das Gebäude den Ansatzpunkt. So interessieren beispielsweise bei Überlegungen hinsichtlich der Nach- oder Umrüstung von Heizungen bzw. der Substitution von Energieträgern die Häufigkeiten der in den Gebäuden mit Wohnraum installierten Heizungssysteme.

Die weitaus überwiegende Zahl der Gebäude ist zentralbeheizt. Von den über 1,9 Mill. Gebäuden mit Wohnraum verfügten 1987 rund 1,13 Mill., das heißt fast 60%, über diese Beheizungsart. Hinsichtlich der Ausstattung im Gebäude vergleichbar mit der Zentralheizung ist der Anschluß des Gebäudes an eine Fern- oder Blockheizung (Schaubild 1). Ein solcher bestand zum Stichtag der Volkszählung (25. Mai 1987) für weitere fast 46 000 Gebäude (2,4%), so daß zusammen von gut 60% zentral beheizten Gebäuden mit Wohnraum ausgegangen werden kann.

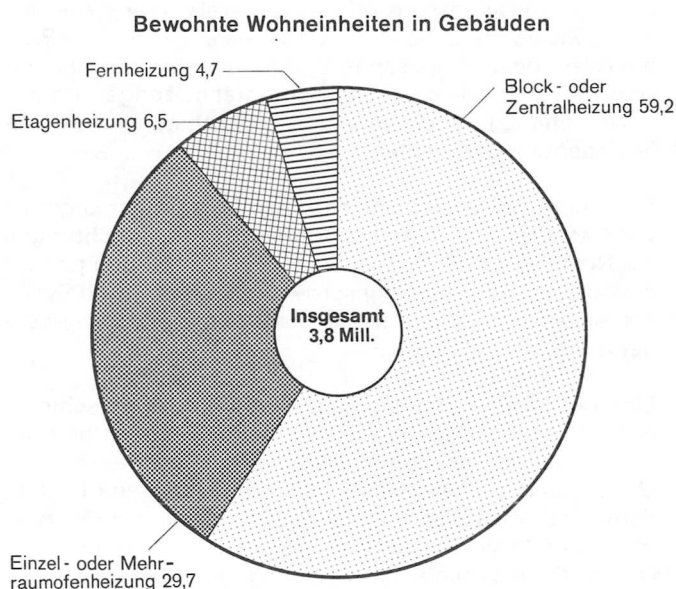
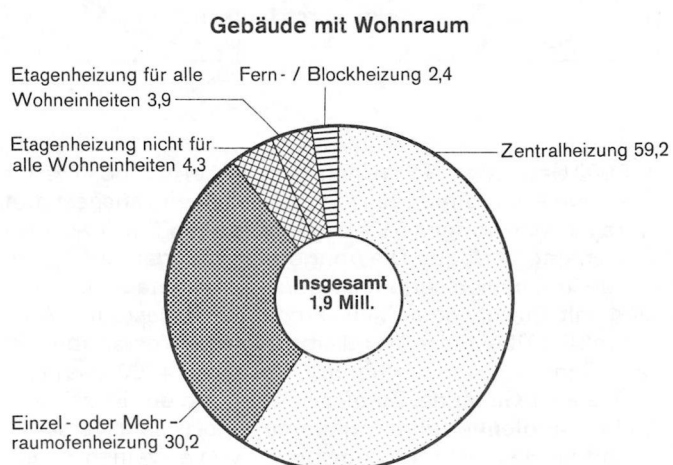
Eine sowohl hinsichtlich des Komforts als auch der Umrüstkbarkeit etwas niedriger einzustufende Beheizungsart stellt die Etagenheizung dar, bei der die Räume einer einzelnen Wohnung² von einer nur für diese bestimmten Wärmequelle aus beheizt werden. Dieses System war in knapp

² Die Angaben beziehen sich im folgenden durchweg auf bewohnte Wohneinheiten. Da es sich dabei zum weitaus überwiegenden Teil um Wohnungen handelt, wird der Einfachheit halber jeweils von Wohnungen gesprochen.

Schaubild 1

Gebäude mit Wohnraum sowie bewohnte Wohneinheiten in Gebäuden in Baden-Württemberg 1987 nach Art der Heizung

Anteile in %



¹ Vgl. auch Kattenbeck, Joachim: Emissionen durch Hausbrandstoffe, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 3/1988.

Beheizungsarten

Fernheizung/ Blockheizung:	Die Wohnungen mehrerer Gebäude werden von einer zentralen Heizquelle aus beheizt.
Zentralheizung:	Eine zentrale Heizquelle versorgt über ein Röhrensystem die Wohnungen nur eines Gebäudes.
Etagenheizung:	Die Räume einer Wohnung werden von einer nur für diese Wohnung bestimmten Wärmequelle aus beheizt.
Sammelheizung:	umfaßt Fern-, Block-, Zentral- und Etagenheizung
Einzelöfen:	(zum Beispiel Kohle-, Nachtspeicheröfen) beheizen jeweils nur den Raum, in dem sie stehen. In der Regel sind sie fest installiert.
Mehrraumofen:	(zum Beispiel Kachelofen) beheizt gleichzeitig mehrere Räume (auch durch Luftkanäle).

156 000 Gebäuden (8,2%) installiert, wobei in rund 47% der Gebäude alle Wohnungen mit Etagenheizung ausgestattet waren, in den übrigen 53% dagegen nur ein Teil über diese Einrichtung verfügte. Die übrigen Wohnungen dieser Gebäude mit teilweiser Versorgung durch Etagenheizung sind mit Einzel- oder Mehrraumöfen ausgestattet. Ausschließlich über diese grundsätzlich am wenigsten komfortable Beheizungsart verfügten 1987 rund 574 000, das heißt 30,2% aller Gebäude. Zu dieser Kategorie der Einzel- und Mehrraumofenheizungen gehören jedoch sehr verschiedenartige Heizsysteme, angefangen von einzelnen Kohle- oder Ölöfen über Gas- oder Elektroöfen, die an Netz bzw. Leitung angeschlossen und damit zentral versorgt sind, bis hin zu Kachelöfen, die über Luftkanäle auch mehrere Räume oder sogar die gesamte Wohnung beheizen. Insofern sind diese Einzel- bzw. Mehrraumofenheizungen im Zusammenhang mit den eingesetzten Brennstoffen noch differenzierter zu betrachten.

Aus energiewirtschaftlicher sowie ökologischer Sicht ist von Interesse, daß in rund 29 000 Gebäuden Einrichtungen zur Nutzung von Sonnenenergie bzw. Wärmepumpen für die Gebäudeheizung eingesetzt wurden. Hierin sind Systeme, die ausschließlich zur Warmwasserbereitung verwendet werden, nicht enthalten.

Eine nur leicht veränderte Aufteilung auf die verschiedenen Beheizungsarten ergibt sich bei der Betrachtung der Gesamtheit an bewohnten Wohnungen. Ein wesentlicher Unterschied zur Darstellung auf Gebäudeebene besteht darin, daß hier zwischen Wohnungen, die an ein Fernwärmenetz und solchen, die an eine Blockheizung angeschlossen sind, unterschieden wird und nunmehr die durch Blockheizung versorgten Wohnungen den zentral beheizten Wohnungen zugeschlagen sind.

Der Vergleich des Anteils an fernbeheizten Wohnungen (4,7%) mit dem entsprechenden Anteil bei den Gebäuden zeigt, daß es sich vor allem um größere Mehrfamilienhäuser handelt. Umgekehrt handelt es sich bei den zusätzlich mit Sonnenenergie bzw. Wärmepumpe beheizten Wohnungen überwiegend um Ein- bzw. Zweifamilienhäuser.

Gut 70% der Wohnungen haben Sammelheizung

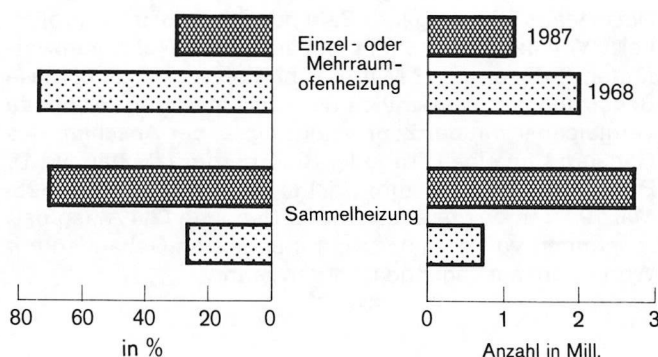
Bei der Beurteilung der Beheizungsart hinsichtlich des Komforts wird im allgemeinen eine grobe Unterscheidung in Wohnungen mit Sammelheizung einerseits und solchen mit Einzel-/Mehrraumofenheizung andererseits getroffen. Unter Sammelheizung sind dabei die vier Systeme Fern-, Block-, Zentral- und Etagenheizung zusammengefaßt.

So betrachtet, verfügten 1987 immerhin 70,3% der 3,85 Mill. Wohnungen in Gebäuden über eine Sammelheizung, während in den übrigen 29,7% Einzel- bzw. Mehrraumöfen zur Beheizung eingesetzt waren (Schaubild 2). Gegenüber 1968, dem Jahr der letzten Gebäude- und Wohnungszählung, bedeutet dies eine Umkehrung der Verhältnisse. Damals waren nur 26,8% der Wohneinheiten mit Sammelheizung ausgestattet. Seither hat also, wie auch die Ergebnisse der Wohnungsstichproben 1972 und 1978 sowie der Zusatzerhebungen zum Mikrozensus über die Wohnsituation in den Jahren 1980, 1982 und 1985 zeigen, eine kontinuierliche Entwicklung hin zu Sammelheizsystemen stattgefunden.

Regional bestehen allerdings hinsichtlich der Aufteilung auf die Heizsysteme zum Teil beträchtliche Unterschiede (Tabelle 1). Der Anteil der Sammelheizung schwankt zwischen 59% im Landkreis Biberach und fast 82% im Kreis Breisgau- Hochschwarzwald. Deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegt der Anteilswert in den meisten ländlichen Kreisen sowie in der Landeshauptstadt Stuttgart und in Ulm. In den Stadtkreisen Heidelberg und Freiburg sowie in der Mehrzahl der Landkreise in Verdichtungsgebieten sind dagegen deutlich überdurchschnittliche Werte festzustellen. Letzteres trifft auch für die in Fremdenverkehrsbe-

Schaubild 2

Bewohnte Wohneinheiten in Gebäuden in Baden - Württemberg 1968 und 1987 nach Art der Beheizung



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

258 89

reichen gelegenen Kreise Breisgau-Hochschwarzwald, Schwarzwald-Baar sowie den Bodenseekreis zu (Schaubild 3).

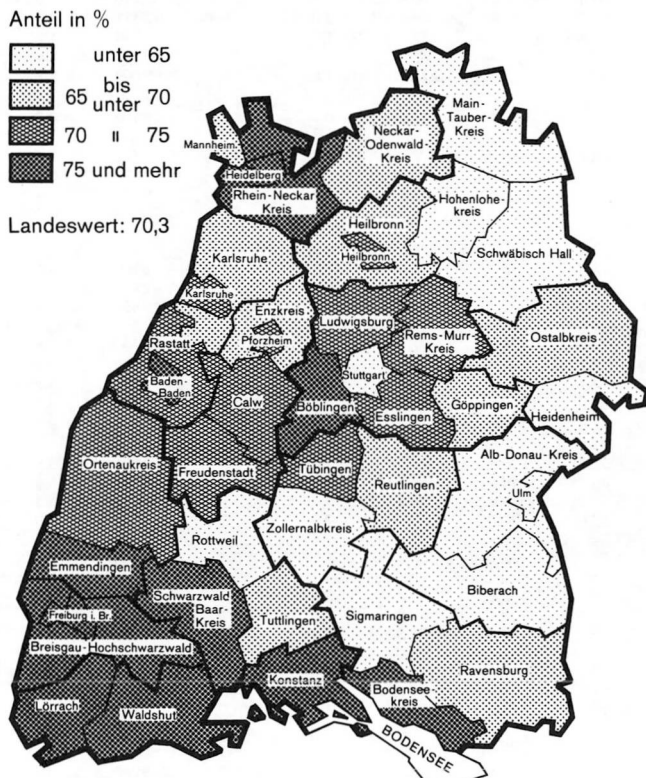
Allgemein zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen den Anteilen sammelbeheizter und nach 1968 errichteter Wohnungen am Wohnungsbestand insgesamt.³ Darauf soll weiter unten noch ausführlicher eingegangen werden. Zusätzlich wirken sich offenbar eine Reihe von Sondereinflüssen, wie der bereits erwähnte Fremdenverkehr sowie die Verfügbarkeit von Gas oder Fernwärme deutlich aus.

In den meisten Kreisen liegt das Hauptgewicht bei der Zentral- oder Blockheizung, ganz offenbar dem Heizsystem, das bei Neubauten seit 1969 fast ausschließlich eingebaut wurde. Daß der Anteil der Zentral- und Blockheizung regional dennoch relativ stark zwischen unter 30% in Mannheim und 79% im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald streut, liegt außer den bereits angesprochenen Unterschieden in der Baualtersstruktur in erster Linie an der regional konzentrierten Verfügbarkeit von Fernwärme, die in einzelnen Gemeinden eine zum Teil beachtliche Bedeutung erlangt hat. Spitzenreiter ist hier die Stadt Mannheim, wo über 36% der

³ Zur allgemeinen Entwicklung des Bestandes an Gebäuden und Wohnungen vgl. Büringer, Helmut: Gebäude- und Wohnungszählung 1987 – Bestand an Gebäuden und Wohnungen und quantitative Wohnraumversorgung der Haushalte –, Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1989.

Schaubild 3

Bewohnte Wohneinheiten in Gebäuden mit Sammelheizung in den Stadt- und Landkreisen 1987



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

254 89

Wohnungen mit Fernwärme versorgt sind (also mehr als mit Zentralheizung). Weitere hohe Anteile dieses Heizungssystems sind in den Städten Heidelberg, Pforzheim und Ulm festzustellen. Vergleichsweise gering sind die Anteile in Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg. Neben den genannten Stadtkreisen ist die Fernheizung auch in einer Reihe von Landkreisen in erwähnenswertem Umfang installiert, wobei es sich jedoch auch um jeweils einzelne Gemeinden handelt.

53% der Wohnungen haben Ölheizung

Unter Energie- und Umweltschutzgesichtspunkten ist neben der Art des Heizungssystems in erster Linie die Art der eingesetzten Energieträger von Interesse. Über alle Heizungssysteme addiert, zeigt sich, daß das Heizöl nach wie vor die am verbreitetsten zur Wohnraumbeheizung verwendete Energieart ist. Über 53% der Wohneinheiten wurden 1987 ausschließlich mit Öl beheizt (Tabelle 2). Sein Anteil ist landesweit seit 1980 nur relativ wenig zurückgegangen. Die hauptsächliche Verschiebung fand zwischen Kohle/Holz und Gas statt, das landesweit immerhin einen Anteil von fast 20% ausmacht, wohingegen Kohle und Holz 1987 nur noch zur Beheizung von rund 8% der Wohnungen dienten. Strom hat mit knapp 7% einen höheren Anteil erreicht als die Fernwärme (5%).

Allgemein zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang von Heizungssystem und Art der eingesetzten Energieträger (Schaubild 4). Beim am stärksten vertretenen System, der Block- und Zentralheizung, dominiert eindeutig das Heizöl mit rund 76%. Dennoch hat vor allem hier das Heizöl zugunsten von Gas an Gewicht verloren, das für fast 20% der zentralbeheizten Wohnungen als Energieträger dient. Strom und Kohle haben auch regional eine nur sehr geringe Bedeutung, so daß Heizöl und Gas als die hauptsächlich miteinander konkurrierenden Brennstoffe anzusehen sind. Die Aufteilung zwischen diesen beiden ist in den Gemeinden und Kreisen sehr unterschiedlich. So streut die Häufigkeit des Einsatzes von Gas zwischen unter 3% im Alb-Donau-Kreis und über 45% in der Stadt Heilbronn. Allgemein am häufigsten wird Gas in den Stadtkreisen genutzt. Als Landkreise mit besonders hohem Anteil gasbeheizter Wohnungen sind die Kreise Heidenheim und Löffingen hervorzuheben. Geringe Werte sind im bereits genannten Alb-Donau-Kreis, im Hohenlohekreis, in den Landkreisen der Region Nordschwarzwald sowie im Kreis Biberach festzuhalten. Von entscheidendem Einfluß auf die Häufigkeit des Einsatzes von Gas ist ganz offenbar die zeitliche Entwicklung beim Ausbau des Erdgasnetzes, das auch derzeit noch vor allem in den weniger dicht besiedelten Teilen der Landkreise Lücken aufweist. Hieraus erklärt sich auch, daß in über 500 Gemeinden Gas so gut wie keine Bedeutung bei der Wohnungsbeheizung hat.

Punktuell tritt, wie bereits oben erwähnt, zu Heizöl und Gas als starker Konkurrent die Fernwärme hinzu, die in manchen Städten bzw. Kreisen bereits einen spürbaren Anteil erreicht hat.

Bei der ebenfalls zu den Sammelheizungen gehörenden Etagenheizung, die bei rund 250 000 Wohneinheiten jedoch insgesamt von vergleichsweise geringer Bedeutung ist, hat der Energieträger Gas den höchsten Anteil (52%). Dies liegt vor allem am bevorzugten Einsatz dieses Systems in den Stadtkreisen, wo fast durchweg über 80% Gaseinsatz erreicht werden. In den Landkreisen streut der

Tabelle 1

Bewohnte Wohneinheiten in Gebäuden in Baden-Württemberg 1987 nach Heizungs- und Brennstoffart

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Bewohnte Wohnein-										
	insgesamt	mit Fernheizung	mit Block-/Zentral- heizung		Davon beheizt mit				mit Etagenheizung		
					Gas	Heizöl	Strom	Kohle, Holz usw.			
Anzahl		% von Sp. 1	Anzahl	% von Sp. 1	% von Sp. 4				Anzahl	% von Sp. 1	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Stadtkreis Stuttgart, Landeshauptstadt	275 352	22 208	8,1	113 625	41,3	40,4	56,3	3,0	0,3	33 703	12,2
Landkreise											
Böblingen	125 254	7 505	6,0	79 027	63,1	13,5	82,5	3,0	0,9	7 486	6,0
Esslingen	187 914	3 841	2,0	113 568	60,4	16,8	79,5	2,8	0,9	15 141	8,1
Göppingen	92 171	1 662	1,8	52 061	56,5	20,9	74,9	1,9	2,3	7 257	7,9
Ludwigsburg	182 124	6 061	3,3	107 795	59,2	16,1	80,2	2,6	1,0	15 012	8,2
Rems-Murr-Kreis	145 762	2 324	1,6	86 526	59,4	14,9	81,2	2,2	1,7	13 253	9,1
Region Mittlerer Neckar	1 008 577	43 601	4,3	552 602	54,8	21,1	75,1	2,7	1,1	91 852	9,1
Stadtkreis Heilbronn	49 698	771	1,6	29 695	59,8	48,8	50,3	0,5	0,4	6 382	12,8
Landkreise											
Heilbronn	97 374	651	0,7	62 200	63,9	12,2	83,2	2,2	2,5	5 018	5,2
Hohenlohekreis	31 502	—	—	17 851	56,7	3,5	85,4	2,7	8,5	1 489	4,7
Schwäbisch Hall	57 865	1 370	2,4	32 197	55,6	10,9	81,2	1,4	6,5	3 451	6,0
Main-Tauber-Kreis	46 481	1 155	2,5	25 901	55,7	9,6	84,3	1,6	4,5	2 164	4,7
Region Franken	282 920	3 947	1,4	167 844	59,3	17,1	77,4	1,7	3,8	18 504	6,5
Landkreise											
Heidenheim	49 211	2 568	5,2	25 473	51,8	39,7	56,3	1,3	2,7	2 747	5,6
Ostalbkreis	106 608	1 439	1,3	62 755	58,9	13,2	81,5	2,0	3,3	7 527	7,1
Region Ostwürttemberg	155 819	4 007	2,6	88 228	56,6	20,8	74,2	1,8	3,1	10 274	6,6
Regierungsbezirk Stuttgart	1 447 316	51 555	3,6	808 674	55,9	20,3	75,5	2,4	1,9	120 630	8,3
Stadtkreise											
Baden-Baden	25 686	177	0,7	17 212	67,0	24,1	68,2	0,8	6,8	2 115	8,2
Karlsruhe	127 819	12 901	10,1	63 768	49,9	37,9	61,4	0,5	0,2	15 074	11,8
Landkreise											
Karlsruhe	143 039	590	0,4	94 325	65,9	7,9	89,4	1,9	0,9	4 768	3,3
Rastatt	78 260	90	0,1	50 734	64,8	17,5	79,0	1,8	1,7	4 263	5,4
Region Mittlerer Oberrhein	374 804	13 758	3,7	226 039	60,3	19,8	77,5	1,4	1,3	26 220	7,0
Stadtkreise											
Heidelberg	64 030	15 675	24,5	28 838	45,0	35,5	63,7	0,5	0,4	5 868	9,2
Mannheim	148 734	53 619	36,1	38 709	26,0	41,6	55,4	2,1	1,0	8 571	5,8
Landkreise											
Neckar-Odenwald-Kreis	48 383	920	1,9	29 015	60,0	9,3	84,6	1,8	4,4	1 511	3,1
Rhein-Neckar-Kreis	193 949	300	0,2	140 973	72,7	17,8	80,5	1,0	0,7	6 924	3,6
Region Unterer Neckar	455 096	70 514	15,5	237 535	52,2	22,8	74,9	1,2	1,2	22 874	5,0
Stadtkreis											
Pforzheim	49 964	11 051	22,1	23 021	46,1	28,1	71,1	0,7	0,2	3 347	6,7
Landkreise											
Calw	55 606	245	0,4	36 882	66,3	4,4	90,8	2,7	2,2	2 210	4,0
Enzkreis	64 461	185	0,3	40 712	63,2	5,7	89,6	3,2	1,5	3 121	4,8
Freudenstadt	42 067	679	1,6	28 024	66,6	6,1	89,1	1,2	3,6	1 874	4,5
Region Nordschwarzwald	212 098	12 160	5,7	128 639	60,7	9,4	86,5	2,2	1,9	10 552	5,0
Regierungsbezirk Karlsruhe	1 041 998	96 432	9,3	592 213	56,8	18,7	78,4	1,5	1,4	59 646	5,7
Stadtkreis											
Freiburg im Breisgau	86 422	7 421	8,6	54 006	62,5	35,0	62,0	0,7	2,2	7 470	8,6
Landkreise											
Breisgau-Hochschwarzwald	81 313	—	—	64 368	79,2	18,7	77,8	0,8	2,6	2 122	2,6
Emmendingen	49 837	458	0,9	34 448	69,1	18,4	76,8	0,9	3,9	2 502	5,0
Ortenaukreis	139 284	—	—	93 586	67,2	9,5	83,4	1,3	5,8	6 081	4,4
Region Südlicher Oberrhein	356 856	7 879	2,2	246 408	69,0	18,8	76,3	1,0	3,9	18 175	5,1
Landkreise											
Rottweil	48 565	236	0,5	27 301	56,2	16,6	78,0	1,2	4,1	3 731	7,7
Schwarzwald-Baar-Kreis	80 131	751	0,9	57 352	71,6	26,4	69,8	1,2	2,5	4 153	5,2
Tuttlingen	43 320	146	0,3	26 098	60,2	16,7	79,8	1,2	2,3	2 673	6,2
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	172 016	1 133	0,7	110 751	64,4	21,7	74,2	1,2	2,9	10 557	6,1
Landkreise											
Konstanz	102 641	801	0,8	73 610	71,7	19,8	77,9	0,7	1,7	3 700	3,6
Lörrach	78 076	456	0,6	56 305	72,1	40,6	56,1	0,3	3,0	5 303	6,8
Waldshut	57 978	226	0,4	42 391	73,1	16,9	76,0	1,4	5,7	2 621	4,5
Region Hochrhein-Bodensee	238 695	1 483	0,6	172 306	72,2	25,9	70,3	0,7	3,1	11 624	4,9
Regierungsbezirk Freiburg	767 567	10 495	1,4	529 465	69,0	21,7	73,9	1,0	3,4	40 356	5,3
Landkreise											
Reutlingen	97 046	6 319	6,5	55 956	57,7	28,8	67,0	2,0	2,3	5 291	5,5
Tübingen	74 212	4 250	5,7	45 046	60,7	14,9	81,7	1,8	1,5	3 744	5,0
Zollernalbkreis	66 423	343	0,5	39 156	58,9	9,8	86,6	1,7	1,9	3 498	5,3
Region Neckar-Alb	237 681	10 912	4,6	140 158	59,0	19,0	77,2	1,8	1,9	12 533	5,3
Stadtkreis											
Ulm	46 347	8 045	17,4	17 757	38,3	29,9	66,9	2,2	0,9	3 105	6,7
Landkreise											
Alb-Donau-Kreis	56 757	—	—	31 817	56,1	2,8	88,3	3,4	5,4	2 259	4,0
Biberach	55 379	—	—	30 723	55,5	7,1	85,8	3,1	4,1	2 038	3,7
Region Donau-Iller ¹⁾	158 483	8 045	5,1	80 297	50,7	10,4	82,6	3,0	3,9	7 402	4,7
Landkreise											
Bodenseekreis	71 334	403	0,6	50 615	71,0	17,4	78,0	1,3	3,3	3 442	4,8
Ravensburg	87 539	1 561	1,8	53 685	61,3	21,1	72,2	1,8	4,9	4 065	4,6
Sigmaringen	40 820	—	—	24 493	60,0	10,9	81,4	1,9	5,8	1 482	3,6
Region Bodensee-Oberschwaben	199 693	1 964	1,0	128 793	64,5	17,7	76,2	1,6	4,5	8 989	4,5
Regierungsbezirk Tübingen	595 857	20 921	3,5	349 248	58,6	16,6	78,1	2,0	3,3	28 924	4,9
Baden-Württemberg	3 852 738	179 403	4,7	2 279 600	59,2	19,6	76,3	1,8	2,3	249 556	6,5

¹⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

heiten in Gebäuden												Kreis Region Regierungsbezirk Land
Davon beheizt mit				mit Einzel- oder Mehrraumofen- heizung		Darunter mit 1 Brennstoffart						
Gas	Heizöl	Strom	Kohle, Holz usw.			zusammen		davon beheizt mit				
								Gas	Heizöl	Strom	Kohle, Holz usw.	
% von Sp. 10				Anzahl	% von Sp. 1	Anzahl	% von Sp. 16	% von Sp. 18				
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	
82,6	11,2	2,2	4,0	105 816	38,4	86 600	81,8	62,4	8,5	18,3	10,8	Stadtkreis Stuttgart, Landeshauptstadt
24,8	56,2	7,3	11,6	31 236	24,9	24 304	77,8	12,4	30,2	39,1	18,4	Landkreise
37,3	49,3	4,5	9,0	55 364	29,5	41 175	74,4	19,0	28,3	32,2	20,4	Böblingen
32,8	53,5	4,7	9,0	31 191	33,8	21 833	70,0	19,0	29,8	27,3	23,9	Esslingen
39,6	47,3	4,0	9,1	53 256	29,2	41 158	77,3	19,4	27,4	31,7	21,6	Göppingen
33,7	50,6	5,2	10,6	43 659	30,0	32 903	75,4	20,3	29,0	27,8	23,0	Ludwigsburg
52,4	36,1	3,9	7,6	320 522	31,8	247 973	77,4	33,7	21,6	26,9	17,7	Rems-Murr-Kreis
76,9	18,7	1,8	2,6	12 850	25,9	10 071	78,4	33,8	26,8	23,3	16,1	Region Mittlerer Neckar
23,9	55,8	6,0	14,3	29 505	30,3	19 554	66,3	5,5	32,5	32,2	29,8	Stadtkreis
3,4	65,1	9,3	22,2	12 162	38,6	7 682	63,2	2,0	26,9	33,7	37,3	Heilbronn
20,1	57,3	7,4	15,2	20 847	36,0	13 196	63,3	6,2	32,1	20,2	41,4	Landkreise
29,9	51,2	5,8	13,1	17 261	37,1	10 490	60,8	6,1	28,6	30,0	35,3	Heilbronn
40,5	43,5	5,1	10,9	92 625	32,7	60 993	65,8	10,0	30,1	28,0	31,9	Hohenlohekreis
52,8	34,7	4,0	8,4	18 423	37,4	12 612	68,5	28,0	25,5	25,5	21,0	Schwäbisch Hall
33,0	54,0	3,9	9,1	34 887	32,7	22 973	65,8	12,3	33,2	27,5	27,0	Main-Tauber-Kreis
38,3	48,8	3,9	8,9	53 310	34,2	35 585	66,8	17,9	30,5	26,8	24,9	Region Franken
49,4	38,3	4,1	8,2	466 457	32,2	344 551	73,9	27,9	24,1	27,1	21,0	Landkreise
65,6	25,1	4,1	5,2	6 182	24,1	4 434	71,7	25,9	26,5	27,5	20,1	Heidenheim
84,8	12,4	1,2	1,6	36 076	28,2	28 640	79,4	54,1	22,3	13,1	10,5	Ostalbkreis
24,4	58,2	5,7	11,6	43 356	30,3	30 227	69,7	3,4	44,6	28,8	23,2	Region Ostwürttemberg
36,5	49,4	4,7	9,4	23 173	29,6	15 151	65,4	8,2	37,4	25,6	28,9	Stadtkreis
64,4	27,8	2,8	5,0	108 787	29,0	78 452	72,1	24,1	34,0	22,4	19,5	Karlsruhe
87,2	9,9	1,1	1,8	13 649	21,3	10 037	73,5	41,7	29,6	12,4	16,3	Landkreise
81,1	11,9	4,3	2,7	47 835	32,2	38 599	80,7	45,6	21,0	18,3	15,1	Karlsruhe
16,7	53,0	7,0	23,3	16 937	35,0	10 576	62,4	4,9	25,7	28,4	41,0	Neckar-Odenwald-Kreis
50,6	35,0	5,2	9,2	45 752	23,6	34 357	75,1	11,5	39,1	28,6	20,8	Rhein-Neckar-Kreis
69,2	21,1	3,9	5,8	124 173	27,3	93 569	75,4	28,1	29,1	22,6	20,3	Region Unterer Neckar
78,1	15,6	3,3	3,0	12 545	25,1	9 802	78,1	38,6	20,1	27,8	13,5	Stadtkreis
10,5	64,2	9,4	15,9	16 269	29,3	10 970	67,4	3,5	31,4	34,2	31,0	Pforzheim
14,7	62,1	6,8	16,4	20 443	31,7	14 168	69,3	4,7	28,7	38,1	28,5	Landkreise
25,6	48,0	6,7	19,7	11 490	27,3	7 327	63,8	5,7	23,0	30,2	41,1	Calw
35,9	45,3	6,2	12,6	60 747	28,6	42 267	69,6	12,4	26,4	33,3	27,8	Enzkreis
61,2	28,3	3,9	6,6	293 707	28,2	214 288	73,0	23,5	30,4	24,6	21,5	Tuttlingen
88,5	6,0	2,6	2,9	17 525	20,3	13 426	76,6	40,7	14,0	24,9	20,4	Region Nordschwarzwald
47,6	26,9	7,9	17,5	14 823	18,2	10 031	67,7	8,9	19,6	31,4	40,2	Regierungsbezirk Karlsruhe
53,6	26,5	5,9	14,1	12 429	24,9	8 486	68,3	10,5	21,3	29,0	39,2	Stadtkreis
34,9	43,6	5,8	15,8	39 617	28,4	26 956	68,0	7,1	30,0	27,5	35,4	Freiburg im Breisgau
61,0	23,8	4,7	10,5	84 394	23,6	58 899	69,8	15,5	23,3	27,8	33,3	Landkreise
34,5	43,1	5,8	16,6	17 297	35,6	11 423	66,0	11,1	21,8	27,1	39,9	Breisgau-Hochschwarzwald
52,4	31,2	6,7	9,7	17 875	22,3	12 383	69,3	15,9	26,6	25,6	31,9	Emmendingen
23,3	62,3	3,3	11,0	14 403	33,2	9 779	67,9	7,3	35,7	24,9	32,0	Ortenaukreis
38,7	43,3	5,5	12,5	49 575	28,8	33 585	67,7	11,8	27,6	25,9	34,7	Region Südlicher Oberrhein
55,0	29,5	5,5	10,0	24 530	23,9	17 279	70,4	16,3	30,0	26,6	27,0	Landkreise
79,3	11,8	1,9	6,9	16 012	20,5	11 671	72,9	41,7	19,6	9,5	29,2	Rottweil
61,5	17,8	5,9	14,8	12 740	22,0	9 145	71,8	13,4	18,8	27,4	40,4	Schwarzwald-Baar-Kreis
67,6	18,8	3,9	9,7	53 282	22,3	38 095	71,5	23,4	24,1	21,6	30,9	Tuttlingen
57,1	27,5	4,7	10,8	187 251	24,4	130 579	69,7	16,9	24,7	25,5	33,0	Region Schwarzwald-Baar-Heuberg
49,1	37,2	4,2	9,6	29 480	30,4	20 760	70,4	22,9	24,6	28,2	24,3	Landkreise
44,1	40,0	4,8	11,1	21 172	28,5	14 263	67,4	11,9	31,6	25,1	31,4	Konstanz
14,2	67,7	5,5	12,6	23 426	35,3	15 610	66,6	4,6	42,5	24,4	28,6	Lörrach
37,9	46,5	4,7	10,9	74 078	31,2	50 633	68,4	14,2	32,1	26,1	27,6	Waldshut
66,2	24,4	3,7	5,6	17 440	37,6	12 672	72,7	31,6	20,9	28,2	19,3	Region Hochrhein-Bodensee
8,5	64,2	9,0	18,4	22 681	40,0	14 976	66,0	3,8	29,8	28,6	37,8	Regierungsbezirk Freiburg
14,9	58,3	8,8	18,0	22 618	40,8	14 705	65,0	3,2	27,9	25,1	43,8	Landkreise
34,5	45,9	6,7	12,9	62 739	39,6	42 353	67,5	11,9	26,5	27,2	34,4	Reutlingen
45,8	37,3	5,5	11,5	16 874	23,7	12 124	71,9	15,3	26,9	29,1	28,7	Tübingen
32,6	46,1	5,7	15,6	28 228	32,2	19 455	68,9	9,9	27,4	22,8	39,9	Zollernalbkreis
31,6	46,6	4,7	17,1	14 845	36,4	9 152	61,7	9,1	25,3	23,5	42,1	Region Neckar-Alb
37,5	42,8	5,5	14,3	59 947	30,0	40 731	67,9	11,3	26,8	24,8	37,1	Stadtkreis
36,9	45,2	5,5	12,4	196 764	33,0	133 717	68,0	12,6	28,7	26,1	32,6	Ulm
52,0	35,0	4,3	8,8	1 144 179	29,7	823 135	71,9	22,5	26,6	26,0	24,9	Landkreise
												Alb-Donau-Kreis
												Biberach
												Region Donau-Iller ¹⁾
												Landkreise
												Bodenseekreis
												Ravensburg
												Sigmaringen
												Region Bodensee-Oberschwaben
												Regierungsbezirk Tübingen
												Baden-Württemberg

Tabelle 2

Bewohnte Wohneinheiten in Gebäuden in Baden-Württemberg 1972 bis 1987 nach eingesetzten Brennstoffarten

Energieart	1972		1978		1980		1982		1985		1987	
	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%
Bewohnte Wohneinheiten insgesamt	2 956,4	100	3 339,0	100	3 487,4	100	3 575,0	100	3 669,2	100	3 852,7	100
davon beheizt mit												
1 Energieart												
Fernwärme	84,5 ¹⁾	3	139,0 ¹⁾	4		²⁾		²⁾		²⁾	179,4	5
Gas	211,7	7	388,5	12	483,1	14	556,4	16	699,8	19	762,7	20
Heizöl	1 527,7	52	1 935,7	58	2 001,9	57	1 979,2	55	1 891,8	52	2 044,7	53
Strom	110,6	4	162,0	5	197,1	6	237,5	7	293,4	8	265,2	7
Kohle, Holz usw.	772,9	26	406,8	12	(450,6)	(13)	(481,5)	(13)	(545,8)	(15)	279,7	7
2 Energiearten	228,1	8	131,7	4	280,8	8	272,1	8	273,4	7	288,6	7
3 und mehr Energiearten	20,9	1	5,2	0	18,9	1	19,0	1	21,5	1	32,5	1
ohne Angabe	—	—	170,1	5	7,8	0	9,2	0	—	—	—	—
darunter zusätzlich mit												
Sonnenenergie, Wärmepumpe	³⁾	³⁾	³⁾	³⁾	10,8	0	19,0	1	21,1	1	44,4	1

¹⁾ Fern- und Blockheizung. — ²⁾ Nicht getrennt erfragt. — ³⁾ Kein Nachweis möglich.

Hinweis: () Durch Mehrfachnennungen überhöht.

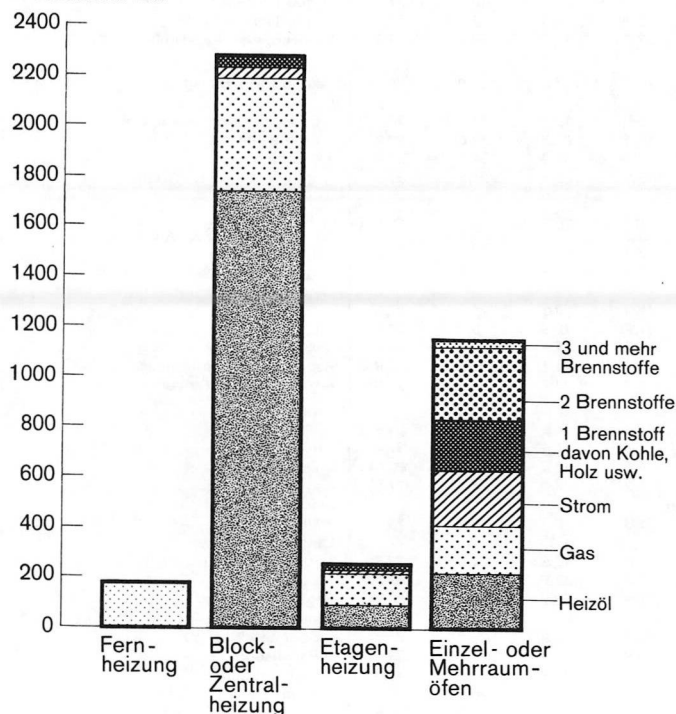
Quellen: 1972, 1978 Wohnungsstichprobe; 1980, 1982, 1985 Mikrozensus; 1987 Gebäude- und Wohnungszählung.

Anteil von Gas zwischen knapp 10 und fast 80%, wobei eine deutliche Kongruenz zu den entsprechenden Anteilen bei der Zentralheizung besteht. Hauptalternative ist auch hier das Heizöl. Allerdings ist die Bedeutung von Strom sowie von Kohle/Holz deutlich größer als bei der Zentralheizung. Vor allem der regional unterschiedlich günstige Zugang zu Holz erklärt dabei wohl die erheblichen Unterschiede beim Einsatz von Kohle/Holz.

Schaubild 4

Bewohnte Wohneinheiten in Gebäuden in Baden-Württemberg 1987 nach Heizungs- und Brennstoffart

Bewohnte Wohneinheiten
in Gebäuden in Tsd.



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

253 89

50% der Ofenheizungen basieren auf Gas oder Strom

Bei den durch Einzel- bzw. Mehrraumöfen beheizten Wohnungen ist zunächst zu unterscheiden zwischen Wohnungen, in denen im wesentlichen nur eine Energieart eingesetzt wird und solchen, in denen zwei oder sogar drei und mehr verschiedene Brennstoffarten verwendet werden. Letztere haben nur relativ geringe Bedeutung, wohingegen immerhin 25% der Wohnungsinhaber mit Einzelofenheizung zwei verschiedene Energieträger einsetzen. Der Hauptteil liegt jedoch mit rund 72% bei den Wohnungen mit nur einer Brennstoffart. Für diese Teilmenge kann eine eindeutige Differenzierung nach eingesetzten Brennstoffen erfolgen. Dabei zeigt sich, daß die vier Brennstoffarten: Gas, Heizöl, Strom und Kohle/Holz im Landesdurchschnitt etwa gleiche Anteile ausmachen, daß regional aber große Unterschiede bestehen. Ursächlich dafür sind in erster Linie wieder die Unterschiede beim Einsatz von Gas, dessen Anteil von gut 3% im Landkreis Calw bis über 60% in Stuttgart reicht. Auch hier wird die Abhängigkeit vom Ausbau des Erdgasnetzes erkennbar.

Außer in Stadtkreisen und wenigen mit Gas gut versorgten Landkreisen dominieren bei den Einzelofenheizungen die übrigen drei Brennstoffgruppen, wobei diese regional in unterschiedlicher Rangfolge liegen. Obwohl Heizöl im Schnitt einen leichten Vorsprung gegenüber Kohle/Holz hat, gibt es doch mehr Kreise, in denen Kohle in Verbindung mit Holz die häufigere Brennstoffart darstellt. Bei diesen Kreisen mit einem Übergewicht des Einsatzes von Kohle/Holz handelt es sich durchweg um mehr ländlich geprägte Kreise, in denen aufgrund bedeutender Waldflächen der Zugang zu Holz begünstigt ist.

In einer ganzen Reihe von Kreisen ist Strom die am häufigste in Verbindung mit Einzelöfen auftretende Energieart. Überdurchschnittlich hohe Anteile sind für die Landkreise in der Region Mittlerer Neckar, einen Teil der Region Franken sowie das Gebiet um Pforzheim festzuhalten, Landkreise also, die in der Nähe großer Kraftwerke liegen.

Hinsichtlich des Wohnkomforts können die Ofenheizungen unter Einsatz von Gas bzw. Strom sicherlich einer Zentralheizung gleichgesetzt werden, da die Einzelöfen in der Regel an entsprechende Leitungssysteme angeschlossen

Tabelle 3

Anteil der Wohneinheiten mit Einzel- oder Mehrraumofenheizung in den Stadt- und Landkreisen 1987 nach Baualtersgruppen

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Anteil der Wohneinheiten mit Einzel- oder Mehrraumofenheizung an den bewohnten Wohneinheiten			
	insgesamt	in Gebäuden errichtet		
		vor 1949	1949–1968	1969 u. später
	%			
	1	2	3	4
Stadtkreis				
Stuttgart, Landeshauptstadt ...	38,3	55,4	37,6	7,0
Landkreise				
Böblingen	24,8	57,3	28,7	8,5
Esslingen	29,3	55,8	33,5	7,3
Göppingen	33,5	57,6	35,2	6,3
Ludwigsburg	29,1	58,2	33,0	8,5
Rems-Murr-Kreis	29,7	55,9	34,5	7,6
Region Mittlerer Neckar	31,6	56,3	34,2	7,7
Stadtkreis				
Heilbronn	25,5	46,0	29,1	3,2
Landkreise				
Heilbronn	30,1	59,8	32,5	8,5
Hohenlohekreis	38,0	62,8	42,1	15,0
Schwäbisch Hall	35,6	61,9	39,1	9,2
Main-Tauber-Kreis	36,6	60,9	34,3	15,9
Region Franken	32,4	58,7	34,3	9,7
Landkreise				
Heidenheim	36,8	56,9	40,5	10,9
Ostalbkreis	32,4	56,4	36,4	8,8
Region Ostwürttemberg	33,8	56,6	37,8	9,4
Regierungsbezirk Stuttgart	32,0	56,8	34,6	8,3
Stadtkreise				
Baden-Baden	24,0	39,6	17,3	7,9
Karlsruhe	28,3	45,8	26,5	5,0
Landkreise				
Karlsruhe	30,0	56,0	32,1	10,2
Rastatt	29,4	52,8	29,4	10,5
Region Mittlerer Oberrhein	28,9	50,0	28,5	8,9
Stadtkreise				
Heidelberg	21,3	36,1	18,9	2,5
Mannheim	32,1	50,1	31,3	4,2
Landkreise				
Neckar-Odenwald-Kreis	34,8	59,3	34,0	14,8
Rhein-Neckar-Kreis	23,5	46,8	24,5	8,3
Region Unterer Neckar	27,2	47,3	27,4	7,5
Stadtkreis				
Pforzheim	25,1	48,1	27,9	2,6
Landkreise				
Calw	29,5	54,6	28,0	11,4
Enzkreis	31,4	57,1	31,1	12,4
Freudenstadt	28,2	47,5	25,1	10,1
Region Nordschwarzwald	28,8	52,5	28,4	9,8
Regierungsbezirk Karlsruhe	28,1	49,3	28,0	8,5
Stadtkreis				
Freiburg im Breisgau	20,7	39,8	20,8	3,4
Landkreise				
Breisgau-Hochschwarzwald	18,7	41,5	17,9	6,0
Ermendingen	24,8	47,1	24,9	7,9
Ortenaukreis	28,3	47,3	25,6	10,8
Region Südllicher Oberrhein	23,8	44,5	22,7	7,5
Landkreise				
Rottweil	35,2	52,5	33,2	13,1
Schwarzwald-Baar-Kreis	22,6	41,8	22,3	4,0
Tuttlingen	32,6	51,7	32,7	10,3
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	28,8	47,8	27,9	8,0
Landkreise				
Konstanz	24,1	42,4	25,4	6,2
Lörrach	20,6	38,0	21,2	2,4
Waldshut	22,3	38,5	20,5	8,1
Region Hochrhein-Bodensee	22,5	39,9	23,0	5,4
Regierungsbezirk Freiburg	24,5	43,9	24,0	7,0
Landkreise				
Reutlingen	30,2	52,8	29,6	10,4
Tübingen	28,7	54,2	31,0	8,5
Zollernalbkreis	34,4	56,5	33,1	10,6
Region Neckar-Alb	30,9	54,4	31,0	9,7
Stadtkreis				
Ulm	37,8	60,2	42,5	8,4
Landkreise				
Alb-Donau-Kreis	39,4	66,4	42,6	15,3
Biberach	40,0	66,0	41,4	13,0
Region Donau-Iller ¹⁾	39,2	64,5	42,2	12,8
Landkreise				
Bodenseekreis	24,3	46,4	27,5	8,1
Ravensburg	31,9	56,2	33,8	8,4
Sigmaringen	35,6	58,2	33,2	12,9
Region Bodensee-Oberschwaben	30,0	54,0	31,3	9,1
Regierungsbezirk Tübingen	32,8	57,0	34,2	10,3
Baden-Württemberg	29,6	52,0	30,8	8,4

¹⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

sind und damit zentral versorgt werden. Sie machen landesweit immerhin 50% aus. Außerdem bleibt offen, in welchem Umfang es sich bei Einzel-/Mehrraumofenheizungen um Kachelöfen handelt, die unter Umständen die ganze oder den überwiegenden Teil der Wohnung beheizen, so daß auch diese Wohnungen hinsichtlich des Komforts von den herkömmlichen Einzelofenheizungen zu unterscheiden sind.

Einzelofenheizung hauptsächlich in älteren Gebäuden

Wie oben bereits festgestellt, besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Verteilung der Wohnungen nach Beheizungsart und der nach dem Baualter der entsprechenden Gebäude. Die nach 1968 errichteten Wohnungen verfügen fast durchweg über Sammel-, das heißt Zentralheizungssysteme. Der Anteil der Wohnungen mit Einzelofenheizung liegt hier bei nur 8,4%, und auch bei diesen handelt es sich zum weitaus überwiegenden Teil um Elektroofenheizungen, so daß herkömmliche Ofenheizungen in dieser Baualtersgruppe praktisch keine Rolle spielen.

Der Hauptteil der insgesamt 1,14 Mill. einzel-/mehrraumofenbeheizten Wohnungen befindet sich in Gebäuden, die vor 1949 errichtet wurden, womit dort noch mehr als jede zweite Wohnung auf diese Art beheizt wird. In Gebäuden, die zwischen 1949 und 1968 errichtet wurden, werden noch rund 31% der Wohnungen durch Einzel-Mehrraumöfen beheizt. Vergleicht man diese Zahlen mit den entsprechenden Angaben für das Jahr 1968, so zeigt sich, daß rund 750 000 Wohnungen, die 1968 schon bestanden und damals nur über Einzelofenheizungen verfügten, zwischenzeitlich auf Sammelheizung, das heißt hauptsächlich Zentralheizung, umgerüstet wurden. Regional bestehen allerdings zum Teil beträchtliche Unterschiede. In den Stadtkreisen und in den Kreisen, die stark vom Fremdenverkehr geprägt sind, wurden relativ mehr Wohnungen umgerüstet als in den ländlichen Kreisen.

Unterstellt man, daß 1968 noch in fast allen Gebäuden mit Baujahr vor 1949 Einzelofenheizungen bestanden, so bedeutet die für 1987 festgestellte Verteilung auf die Beheizungsarten, daß vor allem in diesen alten Gebäuden auf Sammelheizung umgerüstet wurde. Dies spricht dafür, daß neue Heizungsanlagen vorzugsweise im Rahmen ohnehin notwendig gewordener Renovierungsarbeiten eingebaut werden.

Bemerkenswert sind auch die Unterschiede bei den in Einzelöfen eingesetzten Energieträgern. Während in den Neubauten, unabhängig davon, ob es sich um Eigentümerwohnungen oder Mietwohnungen handelt, auf Strom gestützte Ofenheizungen dominieren, haben diese in den älteren Gebäuden nur vergleichsweise geringe Bedeutung. Zudem sind bei den älteren Gebäuden auch deutliche Unterschiede zwischen Miet- und Eigentümerwohnungen festzustellen. Bei den Mietwohnungen machen dort – mit erheblichen regionalen Unterschieden – Gas und Heizöl die höchsten Anteile aus. Kohle/Holz haben in den vor 1949 errichteten Gebäuden eine spürbar größere Bedeutung, als in solchen mit Baujahr zwischen 1949 und 1968.

Erheblich davon verschieden ist die Aufteilung nach Brennstoffarten bei den Eigentümerwohnungen. In der jüngeren Baualtersgruppe (1949 bis 1968) liegen Heizöl und Strom

Tabelle 4

Bewohnte Wohneinheiten mit Einzel- oder Mehrraumofenheizung in Gebäuden in Baden-Württemberg 1987 nach Baualtersgruppen, Besitzverhältnis und Brennstoffart

Gegenstand des Nachweises	Wohneinheiten insgesamt		Davon in Gebäuden ... errichtet					
			bis 1948		1949 bis 1968		1969 und später	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Bewohnte Wohneinheiten mit Einzel- oder Mehrraumofenheizung zusammen	1 144 179	—	600 714	—	434 218	—	109 247	—
darunter								
Mietwohneinheiten	681 462	100	337 952	100	287 970	100	55 540	100
davon beheizt mit								
Gas	156 252	22,9	79 218	23,4	72 500	25,2	4 534	8,2
Heizöl	151 641	22,3	73 147	21,6	72 387	25,1	6 107	11,0
Strom	122 317	17,9	45 470	13,5	40 754	14,2	36 093	65,0
Kohle/Holz usw.	100 026	14,7	58 717	17,4	37 686	13,1	3 623	6,5
2 und mehr Brennstoffarten	151 226	22,2	81 400	24,1	64 643	22,4	5 183	9,3
Eigentümerwohneinheiten	452 682	100	258 966	100	144 142	100	49 574	100
davon beheizt mit								
Gas	28 198	6,2	17 363	6,7	10 040	7,0	795	1,6
Heizöl	65 604	14,5	31 927	12,3	31 227	21,7	2 450	4,9
Strom	87 914	19,4	29 358	11,3	28 233	19,6	30 323	61,2
Kohle/Holz usw.	102 468	22,6	77 025	29,7	22 268	15,4	3 175	6,4
2 und mehr Brennstoffarten	168 498	37,2	103 293	39,9	52 374	36,3	12 831	25,9

an der Spitze, gefolgt von Kohle/Holz, während in den vor 1949 errichteten Gebäuden Kohle/Holz (30%) sogar dominiert. Der Grund für diese Abweichungen ist in den regional sehr unterschiedlichen Nutzungs- und Baualtersstrukturen zu suchen. So handelt es sich bei den einzelofenbeheizten Wohnungen in ländlichen Gebieten in überproportionalem Umfang um ältere Eigentümerwohnungen, während allgemein und verstärkt in den Städten und Landkreisen in Verdichtungsgebieten Mietwohnungen überproportional vertreten sind. Dies erklärt, daß insgesamt bei Mietwohnungen überproportional häufig Einzelofenheizungen eingesetzt werden.

Zusammenfassung

In Baden-Württemberg geschieht die Beheizung der Wohnungen zu über 70% durch Sammelheizsysteme, das heißt durch Fern-, Block-, Zentral- oder Etagenheizung. Die übrigen knapp 30% durch Einzel- bzw. Mehrraumöfen beheizten Wohnungen konzentrieren sich hauptsächlich auf ältere, vor 1969 errichtete Gebäude. Bei den nach 1968 errichteten Gebäuden mit Wohnraum handelt es sich fast durchweg um zentralbeheizte Einheiten. Ein Vergleich mit der Heizungsstruktur von 1968 zeigt, daß auch in den älteren Gebäuden seit 1968 immerhin über 750 000 Wohnungen auf Sammelheizung, das heißt überwiegend Zentralheizung, umgerüstet wurden.

Hinsichtlich des Komforts vergleichbar mit der Sammelheizung sind die auf Gas bzw. Strom gestützten Einzel- oder Mehrraumofenheizungen, so daß letztlich noch

knapp 15% der Wohnungen mit herkömmlichen Einzelöfen beheizt werden.

Unter energiewirtschaftlichen bzw. ökologischen Gesichtspunkten interessieren neben dem Beheizungssystem vor allem die eingesetzten Energieträger. Über alle Heizungssysteme aggregiert ist Öl deutlich die wichtigste Brennstoffart, die im Landesdurchschnitt seit den Ölkrisen nur wenig an Gewicht verloren hat. Eine Verlagerung zugunsten von Gas fand regional in Abhängigkeit vom Ausbau des Erdgasnetzes statt und geschah letztlich vor allem zu Lasten von Kohle/Holz. In einer Reihe großer Städte stellt der Einsatz von Fernwärme einen beachtlichen Faktor bei der Wohnraumbeheizung dar.

Erneuerbare, oft auch „alternativ“ genannte Energien dienen in rund 40 000 Wohnungen zur Beheizung. Diese auf Nutzung von Sonnenenergie bzw. Wärmepumpen gestützten Systeme sind jedoch sicher in weitaus größerem Umfang bereits zur Warmwasserversorgung eingesetzt. Über diesen sowohl unter Komfort- als auch Umweltschutz- bzw. Energieversorgungsgesichtspunkten gleichfalls sehr wichtigen Bereich wurden im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung keine Angaben erfragt. Fragen dazu sollen ebenso wie solche über durchschnittlich verbrauchte Energiemengen und weitere wichtige Bereiche, wie etwa durchgeführte Maßnahmen zur Wärmedämmung oder zur Modernisierung von Heizungsanlagen, in einer auf den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung basierenden Gebäude- und Wohnungsstichprobe vorgesehen werden.

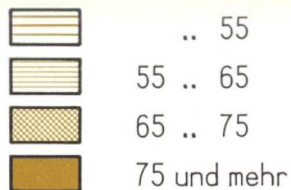
Dr. Helmut Büringer

Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

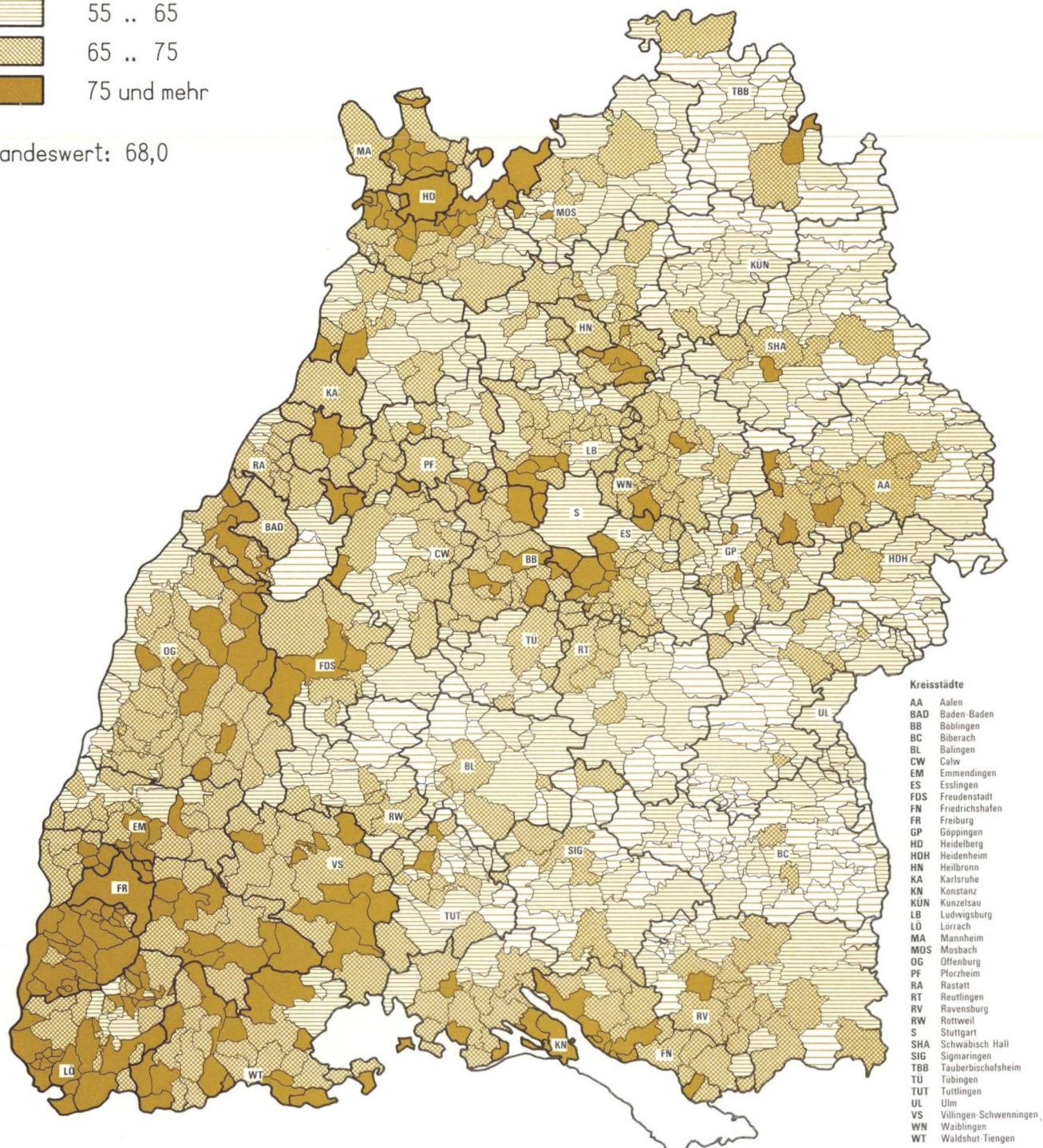
– Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung –

Anteil in Prozent der Wohnungen insgesamt

von .. bis unter



Landeswert: 68,0



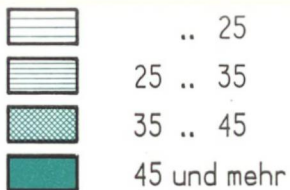
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

Bewohnte Wohneinheiten mit Ofenheizung in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

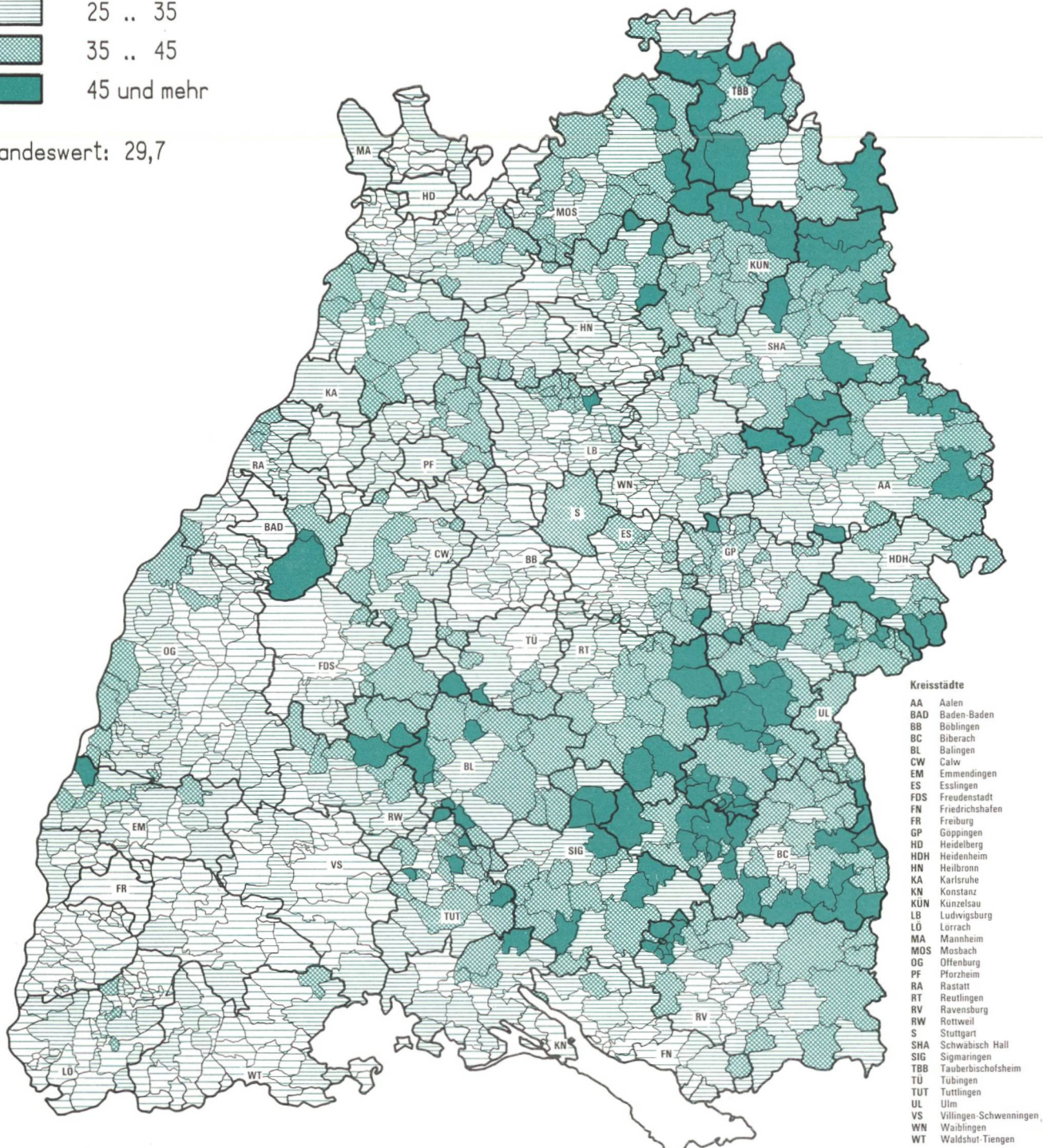
- Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung -

Anteil in Prozent der bewohnten Wohneinheiten insgesamt

von .. bis unter



Landeswert: 29,7



Gebäude- und Wohnungszählung 1987

Weitere Aspekte zur quantitativen Wohnraumversorgung der Haushalte

Die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung, die im Rahmen des Zählungswerkes 1987 zum Stichtag 25. Mai 1987 durchgeführt wurde, lassen zu einer Reihe von Fragestellungen, insbesondere auch zur quantitativen Wohnraumversorgung der Haushalte, sachlich und regional differenzierte Untersuchungen zu. Aus einer ersten Betrachtung der Entwicklung von Wohnungsbestand und Bevölkerungs- bzw. Haushaltszahlen sind zwei gegensätzliche Feststellungen abzuleiten:¹ Zum einen zeigen verschiedene globale Kennzahlen in großer Deutlichkeit auf, daß die Versorgung der Haushalte mit Wohnraum ein außerordentlich hohes Niveau erreicht hat. So kamen zum Stichtag der Volkszählung 1987 im Durchschnitt auf eine Wohnung noch 2,5 Personen und jeder Person standen 1,8 Räume oder 35 m² Wohnfläche zur Verfügung. 1968 lagen diese Werte noch bei 3,2 Personen je Wohnung und 1,4 Räumen bzw. 25 m² je Person.

Andererseits verdeutlichen die Zahlen, neben dieser in der Summe beeindruckenden Verbesserung der quantitativen Wohnraumversorgung, daß es, nicht zuletzt wegen des enorm gestiegenen Anspruches an Größe und Qualität der Wohnung, zu einer Anspannung des Wohnungsmarktes gekommen ist. Die Gegenüberstellung von Wohnungs- und Haushaltszahlen zeigt, daß es verbreitet praktisch keine Fluktuationsreserve an Wohnungen gibt. Eine solche ist jedoch für das Funktionieren des Marktes unentbehrlich.

Die folgenden Ausführungen gehen in Anknüpfung an diese Feststellungen zunächst auf einige Zusammenhänge zwischen Wohnraumversorgung und Haushaltsstrukturen sowie speziell auf den Bestand der zum 25. Mai 1987 leerstehenden Wohnungen ein. Das Hauptgewicht der Betrachtungen liegt auf der Versorgung der Haushalte mit Wohnungen unterschiedlicher Größe, gemessen an der Zahl der zur Verfügung stehenden Räume, wobei Haushalte nach Zahl und Alter der zugehörigen Personen unterschieden werden. Dabei steht die Analyse auf Landesebene im Vordergrund. Regional können wegen der sachlich zum Teil recht starken Differenzierung nur einige ausgewählte Aspekte betrachtet werden.

Wohnraumverknappung durch Singularisierung der Gesellschaft

Bei der Beantwortung der Frage nach den Ursachen für die Anspannung des Wohnungsmarktes ist zu berücksichtigen, daß die deutliche Abnahme der Zahl an Personen je Wohnung einherging mit einer drastischen Verringerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße (2,4 Personen je

Privathaushalt gegenüber 2,8 Personen im Jahr 1970).² Dabei ist die gewandelte Struktur der Haushalte durch eine überaus deutliche Zunahme der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte gekennzeichnet. Insbesondere diese noch weiter zunehmende Singularisierung der Gesellschaft führt zu einem Mißverhältnis von Nachfrage und Angebot auf dem Wohnungsmarkt zu Ungunsten der Nachfrager. Die veränderte Struktur der Haushalte trifft auf einen Wohnungsbestand, der hinsichtlich seiner Verteilung nach Wohnungsgrößen nicht angemessen ist. Das Angebot kleinerer Wohnungen wird knapp und führt infolge des Ausweichens auf größere Wohnungen dann auch zur Verknappung der Wohnungen insgesamt. Der Zusammenhang zwischen Wohnungsmarkt und Haushaltsstruktur wird bei einem Vergleich der quantitativen Wohnraumversorgung, gemessen am Wohnungsversorgungsfaktor und dem Anteil von Ein- und Zwei-Personen-Haushalten, sehr deutlich. So errechnen sich für die Stadtkreise sowie die Landkreise Tübingen und Konstanz mit den gleichnamigen Universitätsstädten, in denen eine besondere Anspannung des Wohnungsmarktes festzustellen ist, auch die höchsten Anteile kleiner Haushalte. Demgegenüber liegen die Quoten der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte in den ländlichen Kreisen (Region Donau-Iller und Neckar-Odenwald-Kreis) mit den höchsten Wohnungsversorgungsfaktoren am deutlichsten unter dem Landesdurchschnitt (unter 50%).

Die Betrachtung nach Gemeindegrößenklassen unterstreicht die obigen Feststellungen (*Schaubilder 1 und 2*). In den Gemeinden bis unter 5000 Einwohnern bzw. mit 5000 bis unter 10000 Einwohnern liegt der Anteil der kleinen Haushalte zu jeweils 90% unter dem Landesdurchschnitt. In diesen beiden Klassen ist auch die quantitative Wohnraumversorgung, gemessen am Wohnungsversorgungsfaktor, mit Abstand am besten. Mit zunehmender Gemeindegröße steigt der Anteil der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte deutlich an, während der Wohnungsversorgungsfaktor mit steigender Einwohnerzahl kleiner, das heißt die Anspannung des Wohnungsmarktes stärker wird.

Knapp 65 000 leerstehende Wohnungen am 25. Mai 1987

In Verbindung mit der Diskussion der Wohnraumversorgung wird immer auch die Frage nach dem Bestand an leerstehenden Wohnungen gestellt. Zum Stichtag der Wohnungszählung belief sich dieser in Baden-Württemberg auf 64 648 leerstehende Wohneinheiten. Davon waren 62 098 leerstehende Wohnungen und 2 550 leerstehende sonstige

¹ Vgl. auch Büringer, Helmut: Gebäude- und Wohnungszählung 1987 – Bestand an Gebäuden und Wohnungen und quantitative Wohnraumversorgung der Haushalte –, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1989, S. 48 ff.

² Vgl. auch Frank, Eberhard: Erste Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12/1988, S. 495 ff.

Tabelle 1

Quantitative Wohnraumversorgung und Haushaltsgrößenstruktur in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1987

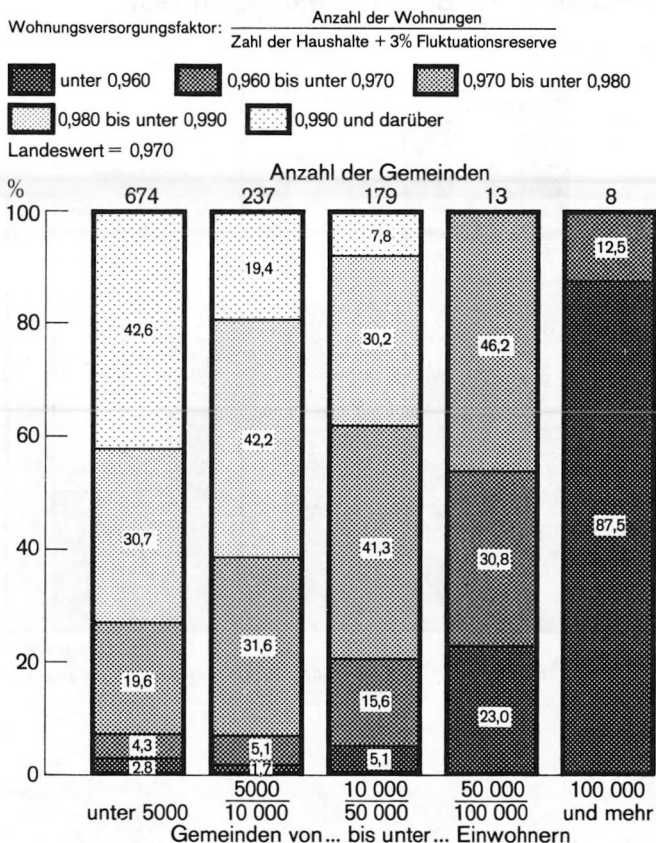
Kreis Region Regierungsbezirk Land	Bewohnte Wohnungen ¹⁾			Wohnungsversorgungsfaktor bezogen auf		Anteil der Ein- und Zweipersonenhaushalte	
	Personen je Wohnung	Räume je Person ²⁾	Fläche je Person ²⁾ in m ²	Wohn- einheiten	Wohnungen	zusammen	darunter Einpersonen- haushalte
						%	
Stadtkreis							
Stuttgart, Landeshauptstadt	2,09	1,88	34,78	0,985	0,946	73,6	47,1
Landkreise							
Böblingen	2,61	1,74	34,08	0,983	0,975	56,4	29,4
Esslingen	2,51	1,79	34,20	0,979	0,968	59,5	31,7
Göppingen	2,56	1,83	34,55	0,985	0,975	56,9	28,4
Ludwigsburg	2,50	1,80	34,28	0,981	0,972	58,6	30,0
Rems-Murr-Kreis	2,52	1,81	34,39	0,982	0,974	58,0	29,4
Region Mittlerer Neckar	2,42	1,81	34,40	0,983	0,965	62,4	34,7
Stadtkreis							
Heilbronn	2,37	1,83	34,12	0,986	0,959	64,4	35,7
Landkreise							
Heilbronn	2,69	1,85	36,21	0,988	0,981	52,8	25,3
Hohenlohekreis	2,83	1,85	35,78	0,991	0,983	50,4	24,4
Schwäbisch Hall	2,79	1,85	35,43	0,994	0,984	52,0	26,0
Main-Tauber-Kreis	2,78	1,85	35,78	1,000	0,986	51,3	25,6
Region Franken	2,68	1,85	35,60	0,991	0,979	54,2	27,2
Landkreise							
Heidenheim	2,62	1,85	34,54	0,990	0,986	55,0	27,2
Ostalbkreis	2,73	1,82	34,44	0,988	0,975	52,6	26,8
Region Ostwürttemberg	2,69	1,83	34,47	0,988	0,978	53,4	26,9
Regierungsbezirk Stuttgart	2,50	1,82	34,66	0,985	0,969	59,8	32,5
Stadtkreise							
Baden-Baden	2,11	2,01	41,26	0,995	0,979	71,2	42,1
Karlsruhe	2,14	1,86	36,75	0,977	0,948	72,6	44,5
Landkreise							
Karlsruhe	2,61	1,84	37,28	0,983	0,977	53,7	25,4
Rastatt	2,60	1,81	36,41	0,984	0,978	54,7	25,8
Region Mittlerer Oberrhein	2,42	1,85	37,15	0,982	0,967	61,6	33,2
Stadtkreise							
Heidelberg	2,26	1,73	33,68	0,984	0,939	77,1	53,7
Mannheim	2,04	1,82	35,47	0,982	0,964	73,4	45,1
Landkreise							
Neckar-Odenwald-Kreis	2,79	1,85	36,49	0,990	0,984	49,7	23,9
Rhein-Neckar-Kreis	2,47	1,86	37,67	0,981	0,974	57,7	28,1
Region Unterer Neckar	2,34	1,83	36,38	0,983	0,967	64,9	37,1
Stadtkreis							
Pforzheim	2,23	1,79	34,97	0,979	0,955	67,8	39,2
Landkreise							
Calw	2,60	1,80	35,34	0,986	0,968	58,0	32,0
Enzkreis	2,61	1,83	36,30	0,986	0,982	54,2	25,4
Freudenstadt	2,67	1,84	35,72	1,004	0,987	55,5	29,5
Region Nordschwarzwald	2,53	1,82	35,65	0,988	0,973	58,7	31,2
Regierungsbezirk Karlsruhe	2,40	1,83	36,50	0,984	0,968	62,5	34,5
Stadtkreis							
Freiburg im Breisgau	2,21	1,76	34,01	0,974	0,936	76,3	53,7
Landkreise							
Breisgau-Hochschwarzwald	2,69	1,75	35,56	0,986	0,978	55,3	27,9
Emmendingen	2,73	1,73	34,32	0,984	0,978	52,3	25,8
Ortenaukreis	2,72	1,78	35,58	0,987	0,979	52,5	26,2
Region Südlicher Oberrhein	2,59	1,76	35,07	0,983	0,968	59,5	33,9
Landkreise							
Rottweil	2,71	1,84	35,36	0,997	0,990	53,2	26,6
Schwarzwald-Baar-Kreis	2,56	1,79	34,81	0,990	0,978	57,8	30,0
Tuttlingen	2,67	1,88	36,12	0,996	0,991	53,7	26,9
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	2,63	1,83	35,31	0,993	0,985	55,5	28,3
Landkreise							
Konstanz	2,40	1,82	35,85	0,984	0,954	63,2	36,2
Lörrach	2,54	1,78	35,08	0,987	0,977	59,0	29,9
Waldshut	2,67	1,80	36,04	0,994	0,984	55,0	27,9
Region Hochrhein-Bodensee	2,51	1,80	35,64	0,987	0,969	59,8	32,2
Regierungsbezirk Freiburg	2,58	1,79	35,30	0,987	0,972	58,7	32,1
Landkreise							
Reutlingen	2,60	1,82	34,85	0,989	0,978	56,8	29,7
Tübingen	2,53	1,79	34,67	0,974	0,931	65,4	43,8
Zollernalbkreis	2,67	1,92	36,92	1,001	0,994	53,4	25,8
Region Neckar-Alb	2,60	1,84	35,41	0,988	0,968	58,7	33,3
Stadtkreis							
Ulm	2,30	1,83	34,49	0,974	0,949	66,3	39,3
Landkreise							
Alb-Donau-Kreis	2,90	1,81	35,19	0,992	0,986	47,4	21,9
Biberach	2,88	1,84	35,85	0,995	0,987	49,1	25,0
Region Donau-Iller ³⁾	2,72	1,83	35,27	0,988	0,976	53,6	28,1
Landkreise							
Bodenseekreis	2,58	1,80	35,62	0,984	0,976	57,6	30,1
Ravensburg	2,73	1,79	35,17	0,987	0,975	55,0	29,7
Sigmaringen	2,84	1,84	35,79	1,002	0,995	50,2	25,5
Region Bodensee-Oberschwaben	2,70	1,80	35,46	0,989	0,979	54,9	29,0
Regierungsbezirk Tübingen	2,66	1,82	35,38	0,988	0,974	56,1	30,5
Baden-Württemberg	2,51	1,82	35,38	0,985	0,970	59,7	32,6

¹⁾ Ohne Freizeitwohnungen; ohne Wohnungen, für die keine Angaben zum Haushalt/zur Person vorliegen. – ²⁾ Ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung. –

³⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

Schaubild 1

Wohnungsversorgungsfaktoren in Baden-Württemberg 1987 nach Gemeindegrößenklassen



Wohneinheiten. Bei der Interpretation dieser Zahlen muß berücksichtigt werden, daß es sich um eine stichtagsbezogene Größe handelt, die sich insbesondere aufgrund der in jüngster Vergangenheit verstärkten Zuwanderung von Haushalten verändert haben dürfte. Zudem verdeutlicht die Aufteilung des Bestandes nach der Dauer des Leerstehens, daß es sich bei den leerstehenden Wohnungen zu einem erheblichen Teil um infolge Umzug, wegen Renovierung usw., vorübergehend nicht bewohnte Einheiten handelt. Knapp ein Drittel der Wohnungen standen allerdings länger als ein Jahr leer. Über die Gründe dafür gibt die

Tabelle 2

Leerstehende Wohnungen in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Dauer des Leerstehens und Raumzahl

Wohnungen mit ... Wohn-/ Schlafräumen ¹⁾	Leerstehende Wohnungen insgesamt	Davon seit ... Monaten leerstehend				
		bis 3	4 bis 6	7 bis 12	13 und mehr	ohne Angabe
	Anzahl	%				
1	4 153	49,7	12,8	6,7	17,0	13,9
2	12 816	35,3	12,9	10,2	28,5	13,2
3	18 696	35,8	13,3	10,9	28,5	11,4
4	18 834	23,7	11,3	10,7	33,1	21,2
5 und mehr	7 599	30,4	12,5	12,1	32,9	12,1
Insgesamt	62 098	32,3	12,5	10,5	29,7	15,0

¹⁾ Küche nicht eingerechnet.

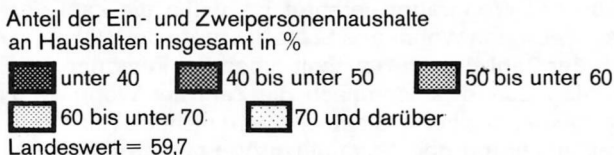
Wohnungszählung keine Auskunft, denkbar sind jedoch etwa Unbewohnbarkeit der Wohnung, zu hohe Miete und anderes.

Gegliedert nach der Raumzahl zeigt sich für die leerstehenden Wohnungen eine bemerkenswerte Abweichung von der Struktur der Mietwohnungen insgesamt. Der Vergleich mit den Mietwohnungen scheint hier deshalb adäquat, da es sich bei den leerstehenden Wohnungen zum weitaus überwiegenden Teil um leerstehende Mietwohnungen handeln dürfte. Dabei fällt auf, daß die Anteile der leerstehenden Wohnungen mit vier und mehr Räumen deutlich höher liegen als beim Gesamtbestand der Mietwohnungen. Bei den Vierraumwohnungen ist der Bestand an leerstehenden Einheiten sogar um fast 50% höher als bei den Mietwohnungen insgesamt.

Trifft man zusätzlich zur Unterscheidung nach der Raumzahl eine Differenzierung nach der Dauer des Leerstehens, so wird sichtbar, daß offenbar große Wohnungen tendenziell länger leer stehen bleiben, als dies für kleinere Wohnungen gilt. Immerhin für ein Drittel der Wohnungen mit

Schaubild 2

Ein- und Zweipersonenhaushalte in Baden-Württemberg 1987 nach Gemeindegrößenklassen



vier bzw. fünf und mehr Räumen wurde ein Leerstand von 13 und mehr Monaten angegeben. Dies könnte ein Indiz dafür sein, daß bei den großen Wohnungen häufig der Mietpreis einer schnellen Wiedervermietung im Wege steht.

Deutliches Übergewicht großer Wohnungen

Für eine zufriedenstellende quantitative Wohnraumversorgung ist neben dem Grundbedürfnis des Haushalts nach einer eigenen Wohnung eine Reihe weiterer Kriterien von Bedeutung. Ganz oben steht dabei offenbar die in der Wohnung zur Verfügung stehende Zahl der Räume. Für die Beurteilung der Versorgungssituation in dieser Hinsicht stellt sich die Frage, über wieviel Wohnraum die unterschiedlich großen Haushalte tatsächlich verfügen und welche Raumzahl im allgemeinen als eine angemessene Versorgung des Haushalts angesehen werden kann. Bei dieser Betrachtung der Raumzahl wird nicht berücksichtigt, daß, bedingt durch neue Wohnungsschnitte und Wohnformen, die Raumzahl allein nicht unbedingt zur Beurteilung einer angemessenen Wohnungsgröße ausreicht. Allerdings dürfte, insbesondere im Bereich der Mietwohnungen, ein enger Zusammenhang zwischen Raumzahl und Fläche die Regel sein.

Als ein quantitativer Maßstab zur Beurteilung der Wohnsituation gilt nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz, daß ein Haushalt bestimmter Größe (Personenzahl) dann angemessen mit Wohnraum versorgt ist, wenn die Zahl der selbstbewohnten Wohn- und Schlafräume in der Wohnung gleich der Zahl der im Haushalt lebenden Personen ist.³ Ausschlaggebend ist demnach die Zahl der Wohn- und Schlafräume, das heißt, die Küche wird nicht als Raum zur Charakterisierung der Wohnungsgröße einbezogen. Dies entspricht auch der im Sprachgebrauch üblichen Beschreibung von Wohnungen als beispielsweise Ein-, Zwei- oder Drei-Zimmer-Wohnung, wobei ebenfalls die Zahl der Wohn- und/oder Schlafzimmer angegeben ist. Bei den folgenden Betrachtungen bezeichnet deshalb die Raumzahl jeweils die zur Wohnung gehörige Zahl an Wohn- und Schlafräumen, ohne daß die Küche eingerechnet ist.

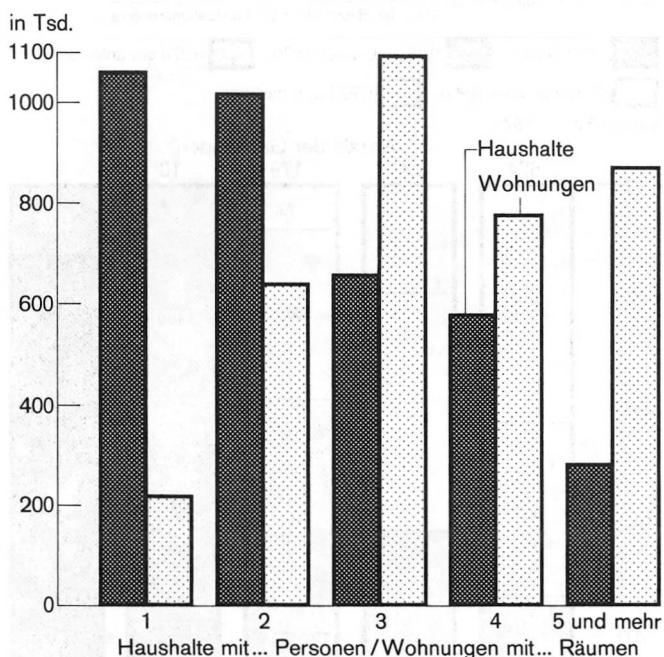
Der Vergleich der Zahl an Haushalten nach zugehöriger Personenzahl mit dem Wohnungsbestand nach der Zahl der Räume macht deutlich, daß bei „optimaler“ Zuordnung von Haushalten und Wohnungen jedem Haushalt eine ausreichend große Wohnung zur Verfügung stehen würde. Es zeigt sich, wie bereits oben erwähnt, daß die Strukturen der Haushalte und Wohnungen hinsichtlich der Größe auseinanderklaffen. Es besteht ein deutliches Übergewicht der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte bei einem fast ebenso deutlichen Überhang an Wohnungen mit drei und mehr Zimmern.

Überversorgung kleiner – Unterversorgung großer Haushalte

Diese von der tatsächlichen Belegung der Wohnungen abstrahierende Betrachtung ist jedoch wirklichkeitsfremd und läßt wichtige Einflußfaktoren auf die Verteilung der

Schaubild 3

Haushalte in Wohnungen nach Anzahl der Personen sowie bewohnte Wohnungen nach Anzahl der Räume*) in Baden-Württemberg 1987



*) Ohne Küche.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

519 89

Wohnungen außer acht. Aufschluß über die Situation bei der Wohnraumversorgung gibt vielmehr die tatsächliche Verteilung der Haushalte auf die Wohnungen unterschiedlicher Größe bzw. die Versorgung bestimmter Haushaltstypen mit Wohnungen nach der Raumzahl. Dabei wird zweckmäßigerweise von vornherein zwischen Miet- und Eigentümerwohnungen bzw. Mieter- und Eigentümerhaushalten unterschieden. Dafür spricht neben dem abweichenden Wohnverhältnis auch die ganz unterschiedliche Verteilung der Miet- und Eigentümerwohnungen nach der Raumzahl. Während bei den Mietwohnungen ganz eindeutig die Einheiten mit zwei oder drei Wohn- und Schlafräumen überwiegen, liegt bei den Eigentümerwohnungen ebenso deutlich der Schwerpunkt bei Wohnungen mit vier bzw. fünf und mehr Wohn- und Schlafräumen. Die im folgenden betrachteten Zahlen umfassen nicht die Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung und keine Freizeitwohnungen sowie Wohnungen von Angehörigen ausländischer Streitkräfte.

Bei der Belegung der Miet- bzw. Eigentümerwohnungen mit Haushalten unterschiedlicher Personenzahl sind die Abweichungen teilweise gravierend. Es wird deutlich, daß Eigentümer im allgemeinen besser mit Räumen versorgt sind als Mieter. Dies gilt vor allem für die großen Haushalte. Während Vier-Personen-Haushalte in Mietwohnungen zu gut 50% und Haushalte mit fünf und mehr Personen zu knapp 30% mit ausreichend Wohnraum versorgt sind, gilt dies bei den Eigentümerwohnungen zu fast 90% bzw. nahezu 80% der Haushalte.

Allgemein kann festgestellt werden, daß die Versorgung der Haushalte hinsichtlich der Wohnungsgröße bei Verwendung des Maßstabs „Anzahl der Räume = Anzahl der

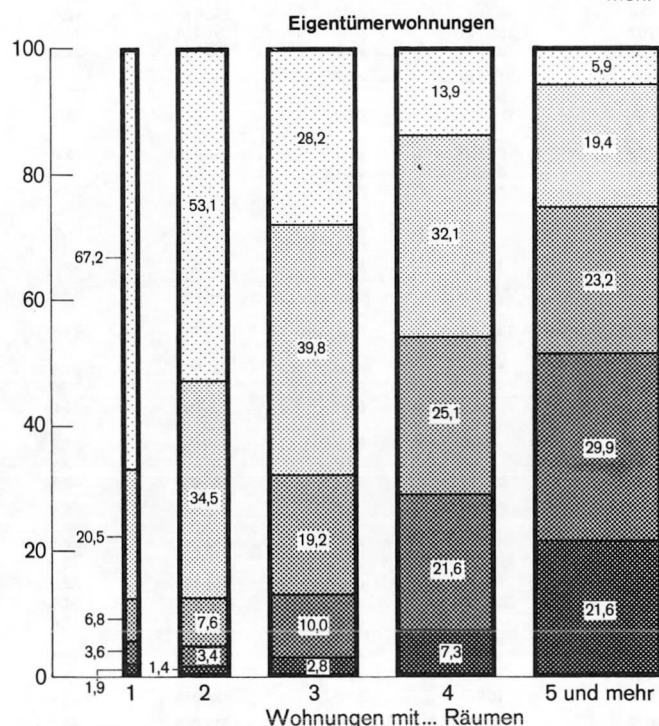
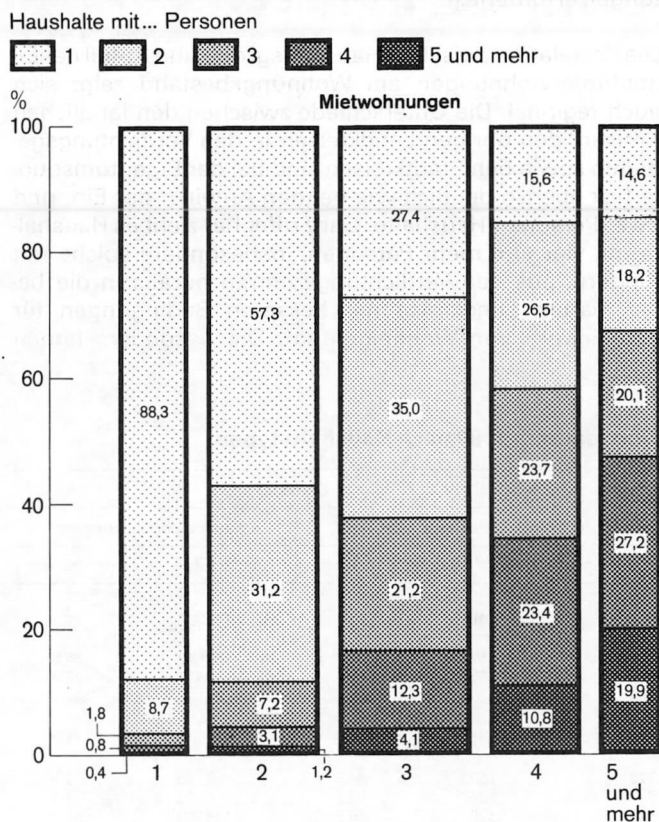
³ Vgl. § 39, Abs. 3 der Bekanntmachung der Neufassung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes vom 1. September 1976, BGBl. I, S. 2673 ff.

Personen“ überwiegend angemessen ist bzw. eine Überversorgung mit Räumen besteht. Besonders kraß ist die Überversorgung bei den kleinen Haushalten. So haben in Mietwohnungen immerhin über 37% der Ein-Personen-Haushalte drei und mehr Wohn- und Schlafräume und fast

22% der Zwei-Personen-Haushalte vier und mehr Wohn- und Schlafräume zur Verfügung. Bei den Eigentümerwohnungen liegen die entsprechenden Anteile sogar bei

Schaubild 4

Miet- und Eigentümerwohnungen in Baden-Württemberg 1987 nach Raumzahl *) und Belegung

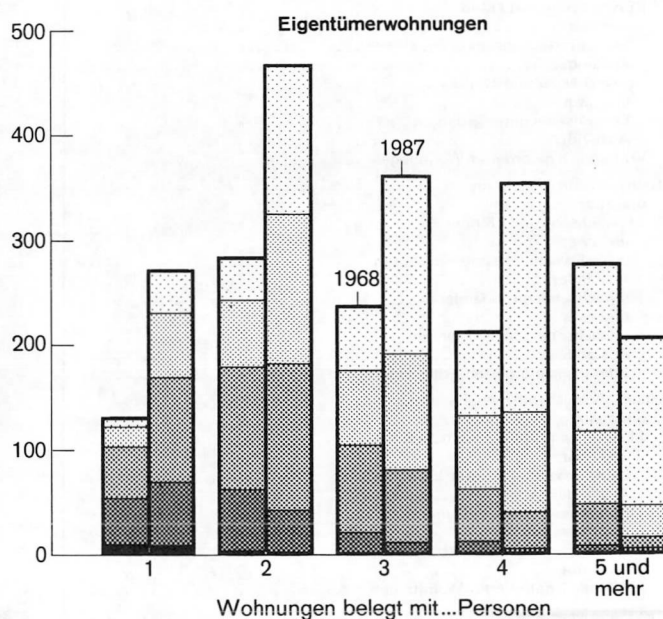
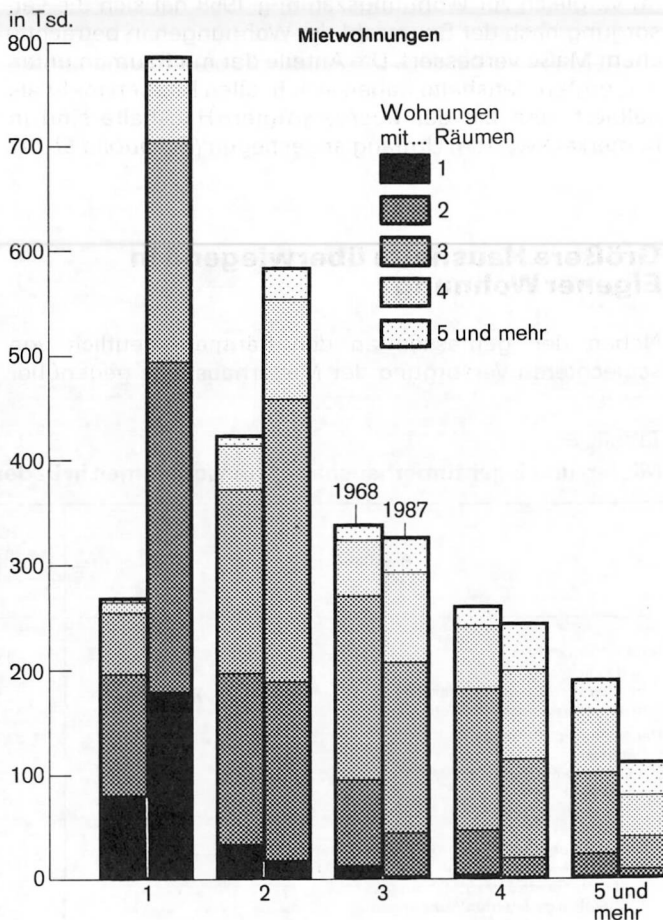


*) Ohne Küche.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

Schaubild 5

Wohnraumversorgung der Haushalte in Baden-Württemberg 1968 und 1987 nach Anzahl der Räume *)



*) Ohne Küche.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

523 89

nahezu 75 bzw. über 60%. Dieser auch in absoluten Zahlen beeindruckenden Überversorgung kleiner Haushalte steht allerdings eine, wenn auch weniger häufige, Unterversorgung größerer Haushalte gegenüber. Diese Unterversorgung liegt vor allem im Bereich der Mietwohnungen, wo immerhin fast jeder zweite Vier-Personen-Haushalt sowie zwei von drei Haushalten mit fünf und mehr Personen weniger Räume zur Verfügung haben als Personen darin leben.

Im Vergleich zur Wohnungszählung 1968 hat sich die Versorgung nach der Raumzahl der Wohnungen in beträchtlichem Maße verbessert. Die Anteile der mit Räumen unterversorgten Haushalte haben sich in allen Klassen mehr als halbiert, und die der Überversorgten Haushalte sind in bemerkenswertem Umfang angestiegen (Schaubild 5).

Größere Haushalte überwiegend in Eigener Wohnung

Neben der, gemessen an den Räumen, deutlich von schlechteren Versorgung der Mieterhaushalte gegenüber

den Eigentümerhaushalten zeigt sich, daß die Aufteilung der Haushalte auf Miet- und Eigentümerwohnungen deutlich von der Haushaltsgröße oder umgekehrt abhängig ist. Während bei den Ein- und Zwei-Personen-Haushalten die Anteile der Mieterhaushalte bei fast 75 bzw. 56% liegen, leben nahezu 60% der Vier-Personen-Haushalte und sogar fast 65% der Haushalte mit fünf und mehr Personen in eigenen Wohnungen. Diese Zahlen legen nahe, daß auch die Chance auf eine ausreichende Wohnraumversorgung Einfluß auf die Familienplanung hat. Zur Untermauerung dieser Hypothese sind allerdings tiefergehende Betrachtungen erforderlich.

Die Korrelation zwischen Haushaltsgröße und Anteil der Eigentümerwohnungen am Wohnungsbestand zeigt sich auch regional. Die Unterschiede zwischen den ländlichen Kreisen, den übrigen Landkreisen in den Verdichtungsgebieten sowie den Stadtkreisen sind bei der Eigentumsquote fast ebenso deutlich wie bei den Anteilen der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte. Ganz offenbar zieht es Haushalte mit vier und mehr Personen, insbesondere solche mit Kindern, aus den Verdichtungszentren heraus in die benachbarten Landkreise mit besseren Bedingungen für den Erwerb von Wohneigentum. Die besonders hohen

Tabelle 3

Mieter- und Eigentümerhaushalte*) in Wohnungen in Baden-Württemberg 1987 nach Haushaltstypen

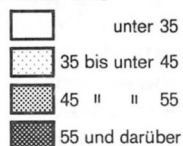
Haushaltstyp	Haushalte insgesamt	Davon in			
		Mietwohnungen		Eigentümerwohnungen	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Haushalte mit 1 Person	1 061 896	787 166	74,1	274 730	25,9
und zwar					
im Alter von 65 und mehr Jahren	439 619	277 972	63,2	161 647	36,8
in öffentlich geförderten Wohnungen	113 509	98 339	86,6	15 170	13,4
Haushalte mit 2 Personen	1 018 008	558 444	54,9	459 564	45,1
und zwar					
1 Erwachsener und 1 Kind	37 509	33 129	88,3	4 380	11,7
und zwar					
erwachsene Person unter 35 Jahren	22 722	21 573	94,9	1 149	5,1
Ausländer	2 913	2 860	98,2	53	1,8
beide Personen im Alter von 65 und mehr Jahren	206 985	93 702	45,3	113 283	54,7
beide Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren	621 516	368 938	59,4	252 578	40,6
darunter beide unter 35 Jahren	187 767	156 343	83,3	31 424	16,7
in öffentlich geförderten Wohnungen	121 164	85 773	70,8	35 391	29,2
Haushalte mit 3 Personen	659 996	312 049	47,3	347 947	52,7
und zwar					
2 Erwachsene und 1 Kind	261 041	165 127	63,3	95 914	36,7
und zwar					
beide Erwachsene unter 35 Jahren	129 765	97 363	75,0	32 402	25,0
Ausländer	22 456	21 580	96,1	876	3,9
1 Erwachsener und 2 Kinder	12 532	10 718	85,5	1 814	14,5
und zwar					
Erwachsener unter 35 Jahren	7 521	6 947	92,4	574	7,6
Ausländer	1 076	1 046	97,2	30	2,8
in öffentlich geförderten Wohnungen	79 678	49 241	61,8	30 437	38,2
Haushalte mit 4 Personen	580 298	235 316	40,6	344 982	59,4
und zwar					
2 Erwachsene und 2 Kinder	252 433	132 526	52,5	119 907	47,5
und zwar					
beide Erwachsene unter 35 Jahren	101 202	67 239	66,4	33 963	33,6
Ausländer	26 092	24 784	95,0	1 308	5,0
1 Erwachsener und 3 Kinder	2 200	1 901	86,4	299	13,6
und zwar					
Erwachsener unter 35 Jahren	1 408	1 306	92,8	102	7,2
Ausländer	257	248	96,5	9	3,5
in öffentlich geförderten Wohnungen	69 713	35 227	50,5	34 486	49,5
Haushalte mit 5 und mehr Personen	282 834	99 001	35,0	183 833	65,0
und zwar					
2 Erwachsene und 3 oder mehr Kinder	71 463	37 150	52,0	34 313	48,0
und zwar					
beide Erwachsene unter 35 Jahren	22 758	15 289	67,2	7 469	32,8
Ausländer	13 635	13 009	95,4	626	4,6
1 Erwachsener und 4 oder mehr Kinder	569	504	88,6	65	11,4
und zwar					
Erwachsener unter 35 Jahren	368	338	91,8	30	8,2
Ausländer	137	134	97,8	3	2,2
in öffentlich geförderten Wohnungen	40 929	15 951	39,0	24 978	61,0
Haushalte insgesamt	3 603 032	1 991 976	55,3	1 611 056	44,7

*) Ohne Haushalte in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung; ohne Haushalte in Wohnungen mit 2 und mehr Haushalten.

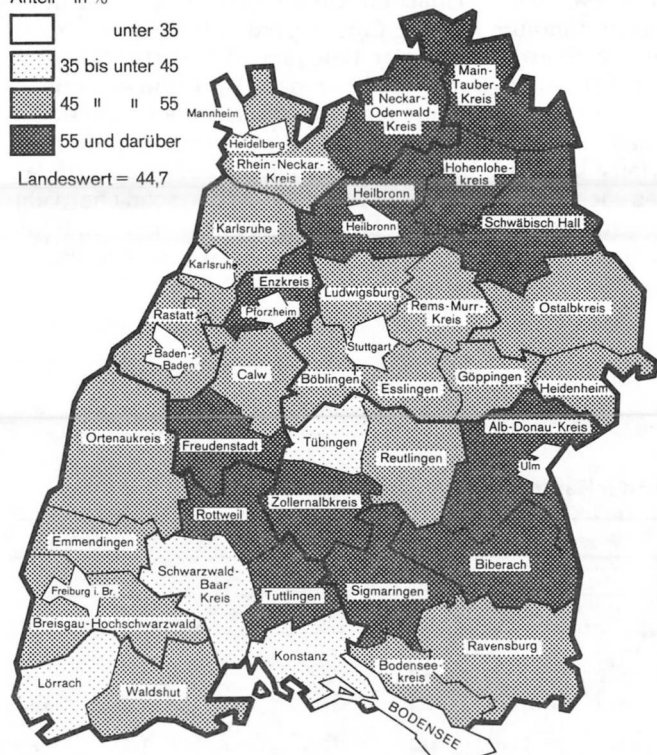
Schaubild 6

Eigentümerwohnungen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1987

Anteil¹⁾ in %



Landeswert = 44,7



1) Bezogen auf bewohnte Wohnungen insgesamt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

526 69

Eigentumsraten in den ausgesprochen ländlichen Gebieten dürften sowohl an den besonders günstigen Voraussetzungen für Wohneigentum als auch dem strukturbedingt geringeren Bedarf an Mietwohnungen liegen.

Für den Zusammenhang zwischen Wohnraumversorgung und Familienplanung spricht auch, daß in den Landkreisen der Verdichtungsgebiete und noch verstärkt in den ländlichen Gebieten, der Anteil der Haushalte mit fünf und mehr Personen, insbesondere auch der Familien mit drei und mehr Kindern, deutlich höher liegt als in den Stadtkreisen.

Ausgehend von den festgestellten Unterschieden in der Verteilung der Eigentümerwohnungen nach Haushaltstypen drängt sich die weitere Frage auf, welche Haushaltstypen, gekennzeichnet durch Alter der erwachsenen Haushaltsmitglieder und Kinderzahl⁴, welchen Anteil an den Eigentümerwohnungen haben und wie sich die Versorgung der unterschiedlichen Haushalte mit Wohnungen der jeweiligen Raumzahl darstellt. Als Konsequenz der Gliederung nach Haushaltstypen beschränkt sich die folgende Betrachtung weiter auf Wohnungen, in denen jeweils nur ein Haushalt lebt. Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung, Freizeitwohnungen und solche ausländischer Streitkräfte sind wie oben nicht enthalten.

⁴ Als Kinder zählen hier Personen im Alter von unter 15 Jahren.

Ältere Haushalte häufiger mit Wohneigentum

Zunächst zu den Eigentümeranteilen: Je nach Haushaltsgröße werden bestimmte ausgewählte Haushaltstypen betrachtet.

Bei den Ein-Personen-Haushalten ist lediglich eine Differenzierung nach dem Alter der einen Person zu treffen. Es zeigt sich, daß insbesondere ältere Menschen in Eigentümerwohnungen leben. Fast 60% der von Ein-Personen-Haushalten bewohnten Eigentümerwohnungen werden von Personen bewohnt, die 65 Jahre und älter sind. Diese Haushalte verfügen zu rund 37% über eine Eigentümerwohnung. Im Durchschnitt gilt dies für jeden vierten Ein-Personen-Haushalt.

Auch bei den Zwei-Personen-Haushalten mit Eigentümerwohnungen handelt es sich überwiegend um ältere Personen. Junge Haushalte haben einen vergleichsweise geringen Anteil an Eigentümerwohnungen (jeder 6. Haushalt). Alleinstehende mit einem Kind (unter 15 Jahre alt) haben zu knapp 12% eine eigene Wohnung.

Für die Drei-Personen-Haushalte zeigt sich, daß Haushalte mit zwei Erwachsenen und einem Kind einen unterdurchschnittlichen Anteil an den Eigentümerwohnungen haben, wobei junge Familien mit einem Kind nochmals eine unterproportionale Eigentumsrate aufweisen. Alleinstehende mit zwei Kindern haben kaum eigene Wohnungen.

Diese bei den Drei-Personen-Haushalten bestehenden Unterschiede gelten im wesentlichen auch für die Haushalte mit vier Personen. Hier entfallen auf die Haushalte mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern 35% der Eigentümerwohnungen. Knapp jeder zweite solcher Haushalte hat damit eine eigene Wohnung. Bei den jungen Haushalten (beide Erwachsene jünger als 35 Jahre) gilt dies nur für jeden dritten. Ausländische Haushalte und Alleinerziehende mit drei Kindern sind nur vereinzelt Eigentümer ihrer Wohnung.

Auch für die Haushalte mit fünf und mehr Personen zeigt sich im wesentlichen dieses Bild, wobei allerdings der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Kindern an den Eigentümerwohnungen entsprechend ihrem Anteil an den Haushalten mit fünf und mehr Personen insgesamt deutlich geringer ist als bei den Haushalten mit zwei Kindern.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß die Eigentumsrate bei älteren Haushalten deutlich über dem Durchschnitt liegt. Bei Haushalten mit Kindern liegt die Quote teilweise erheblich unter dem Durchschnitt, wobei junge Haushalte nochmals weniger häufig in einer eigenen Wohnung leben. Alleinstehende mit Kindern haben nur in Einzelfällen Eigentümerwohnungen.

Diese zunächst nur am Besitzverhältnis abzulesenden Versorgungsunterschiede bei den Haushaltstypen werden bei Einbeziehung der Raumzahl zumindest teilweise noch verstärkt. Die Eigentümerwohnungen der älteren Haushalte sind nicht kleiner als im Durchschnitt, während bei den Haushalten mit Kindern die Wohnungen der jüngeren Haushalte in der Regel unterdurchschnittlich groß sind. Ausländische Haushalte haben, wenn überhaupt, deutlich kleinere Eigentümerwohnungen als deutsche.

Allgemein gilt jedoch, auch nach Haushaltstypen differenziert, daß mit dem Wohneigentum in der Regel auch die Versorgung hinsichtlich der Raumzahl zumindest angemessen ist. Für die überwiegende Zahl der Haushalte mit Wohneigentum besteht eine Überversorgung mit Wohn- und Schlafräumen.

Unterversorgung vor allem bei Mieterhaushalten mit Kindern

Diese Feststellung gilt bei den Mietwohnungen nicht. Nur für Ein- und Zwei-Personen-Haushalte gibt es, abgesehen von wenigen Ausnahmen, keine Probleme hinsichtlich der Wohnungsgröße.

Schon ab drei Personen im Haushalt ist es für eine bemerkenswerte Zahl an Haushalten nicht möglich, jedem Haushaltsmitglied einen Raum (Wohn- oder Schlafräum) zu bieten, während andererseits bei den Ein- und Zwei-Personen-Haushalten in erheblichem Umfang eine Überversorgung mit Wohnraum besteht. Eine wesentliche Ursache für dieses Mißverhältnis in der Belegung der Mietwohnungen liegt sicherlich in der Tatsache, daß die Suche einer preiswerten kleinen Wohnung sich verbreitet sehr schwierig gestaltet. Die Differenzierung der Wohnungsbelegung nach Haushaltstypen macht darüber hinaus aber deutlich, daß es auch andere Gründe für die zum Teil beträchtliche „Fehlbelegung“ gibt. So zeigt sich beispielsweise bei den Haushalten, die nur aus einer Person bestehen, daß Perso-

Tabelle 4

Eigentümerhaushalte *) in Baden-Württemberg 1987 nach Zahl der Räume und Haushaltstyp

Haushaltstyp	Haushalte insgesamt	Davon in Wohnungen mit ... Räumen ¹⁾									
		1		2		3		4		5 und mehr	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Haushalte mit 1 Person	274 730	9 895	3,6	59 799	21,8	100 020	36,4	61 705	22,5	43 311	15,8
und zwar											
im Alter von 65 und mehr Jahren	161 647	4 234	2,6	34 212	21,2	61 956	38,3	36 957	22,9	24 288	15,0
in öffentlich geförderten Wohnungen	15 170	386	2,5	3 016	19,9	6 246	41,2	3 270	21,6	2 252	14,8
Haushalte mit 2 Personen	459 564	3 016	0,7	37 705	8,2	138 028	30,0	139 682	30,4	141 133	30,7
und zwar											
1 Erwachsener und 1 Kind	4 380	51	1,2	435	9,9	1 514	34,6	1 245	28,4	1 135	25,9
und zwar											
erwachsene Person unter 35 Jahren	1 149	22	1,9	152	13,2	452	39,3	283	24,6	240	20,9
beide Personen im Alter von 65 und mehr Jahren	113 283	796	0,7	11 748	10,4	37 244	32,9	32 960	29,1	30 535	27,0
beide Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren	252 578	1 563	0,6	18 847	7,5	74 136	29,4	78 686	31,2	79 346	31,4
darunter beide unter 35 Jahren	31 424	240	0,8	3 197	10,2	10 483	33,4	9 441	30,0	8 063	25,7
in öffentlich geförderten Wohnungen	35 391	130	0,4	2 520	7,1	11 497	32,5	10 551	29,8	10 693	30,2
Haushalte mit 3 Personen	347 947	990	0,3	7 934	2,3	65 277	18,8	107 534	30,9	166 212	47,8
und zwar											
2 Erwachsene und 1 Kind	95 914	280	0,3	2 659	2,8	22 445	23,4	32 472	33,9	38 058	39,7
und zwar											
beide Erwachsene unter 35 Jahren	32 402	94	0,3	1 240	3,8	8 831	27,3	11 054	34,1	11 183	34,5
Ausländer	876	11	1,3	97	11,1	414	47,3	207	23,6	147	16,8
1 Erwachsener und 2 Kinder	1 814	8	0,4	78	4,3	373	20,6	575	31,7	780	43,0
und zwar											
Erwachsener unter 35 Jahren	574	4	0,7	32	5,6	155	27,0	185	32,2	198	34,5
in öffentlich geförderten Wohnungen	30 437	48	0,2	528	1,7	5 997	19,7	9 469	31,1	14 395	47,3
Haushalte mit 4 Personen	344 982	536	0,2	3 645	1,1	33 784	9,8	92 829	26,9	214 188	62,1
und zwar											
2 Erwachsene und 2 Kinder	119 907	161	0,1	1 386	1,2	15 375	12,8	37 381	31,2	65 604	54,7
und zwar											
beide Erwachsene unter 35 Jahren	33 963	54	0,2	561	1,7	6 104	18,0	11 445	33,7	15 799	46,5
Ausländer	1 308	10	0,8	88	6,7	518	39,6	369	28,2	323	24,7
1 Erwachsener und 3 Kinder	299	2	0,7	4	1,3	42	14,0	85	28,4	166	55,5
und zwar											
Erwachsener unter 35 Jahren	102	1	1,0	2	2,0	20	19,6	32	31,4	47	46,1
in öffentlich geförderten Wohnungen	34 486	31	0,1	245	0,7	3 386	9,8	9 527	27,6	21 297	61,8
Haushalte mit 5 und mehr Personen	183 833	278	0,2	1 332	0,7	8 665	4,7	28 779	15,7	144 779	78,8
und zwar											
2 Erwachsene und 3 oder mehr Kinder	34 313	46	0,1	294	0,9	2 476	7,2	7 687	22,4	23 810	69,4
und zwar											
beide Erwachsene unter 35 Jahren	7 469	13	0,2	95	1,3	771	10,3	2 031	27,2	4 559	61,0
Ausländer	626	5	0,8	33	5,3	201	32,1	211	33,7	176	28,1
in öffentlich geförderten Wohnungen	24 978	26	0,1	83	0,3	933	3,7	3 875	15,5	20 061	80,3
Haushalte insgesamt	1 611 056	14 715	0,9	110 415	6,9	345 774	21,5	430 529	26,7	709 623	44,0

*) Ohne Haushalte in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung; ohne Haushalte in Wohnungen mit 2 und mehr Haushalten. – ¹⁾ Ohne Küche.

nen ab 65 Jahren zu bemerkenswert höheren Prozentsätzen übergroße Wohnungen bewohnen, als dies im Durchschnitt der Ein-Personen-Haushalte der Fall ist. Nur jeder neunte Haushalt, bestehend aus einer 65jährigen Person, lebt in einer Ein-Zimmer-Wohnung, während dies im Durchschnitt bei fast jedem vierten Haushalt dieser Größe der Fall ist. Umgekehrt lebt jeder dritte Haushalt mit einer Person, die 65 Jahre oder älter ist, in einer Drei-Zimmer-Wohnung, während im Durchschnitt nur gut jeder vierte Ein-Personen-Haushalt eine Drei-Zimmer-Wohnung bewohnt. Auch bei den Zwei-Personen-Haushalten zeigt sich, daß das Mißverhältnis von Haushaltsgröße und Raumzahl bei den Haushalten mit älteren Personen stärker

ausgeprägt ist als im Durchschnitt. Daraus wird ersichtlich, daß auch die mangelnde Fluktuation der älteren Mieter die bestehende „Fehlbelegung“ größerer Wohnungen mit verursacht. Das heißt, ältere Personen bleiben, aus welchen Gründen auch immer, in der großen Wohnung wohnen, auch wenn der Haushalt etwa durch Wegzug der Kinder, auf nur noch eine oder zwei Personen geschrumpft ist. Neben dieser mangelnden Fluktuation wird aus den Zahlen jedoch auch deutlich, daß allgemein erheblich gestiegene Ansprüche an die Größe der Wohnung zur „Fehlbelegung“ beitragen. So leben von den Mieterhaushalten, die aus zwei Personen unter 35 Jahren bestehen, mehr als 43% in Drei-Zimmer-Wohnungen und immerhin über 18% sogar

Tabelle 5
Mieterhaushalte *) in Baden-Württemberg 1987 nach Zahl der Räume und Haushaltstyp

Haushaltstyp	Haushalte insgesamt	Davon in Wohnungen mit ... Räumen ¹⁾									
		1		2		3		4		5 und mehr	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Haushalte mit 1 Person	787 166	179 113	22,8	314 930	40,0	211 465	26,9	56 875	7,2	24 783	3,1
und zwar											
im Alter von 65 und mehr Jahren	277 972	32 062	11,5	123 013	44,3	93 586	33,7	22 598	8,1	6 713	2,4
in öffentlich geförderten Wohnungen	98 339	20 560	20,9	45 246	46,0	27 406	27,9	4 144	4,2	983	1,0
Haushalte mit 2 Personen	558 444	17 378	3,1	157 252	28,2	261 001	46,7	93 045	16,7	29 768	5,3
und zwar											
1 Erwachsener und 1 Kind	33 129	1 766	5,3	11 613	35,1	14 542	43,9	3 820	11,5	1 388	4,2
und zwar											
erwachsene Person unter 35 Jahren	21 573	1 330	6,2	8 380	38,8	8 974	41,6	2 084	9,7	805	3,7
Ausländer	2 860	348	12,2	1 222	42,7	987	34,5	213	7,4	90	3,1
beide Personen im Alter von 65 und mehr Jahren	93 702	1 487	1,6	27 305	29,1	44 858	47,9	15 482	16,5	4 570	4,9
beide Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren	368 938	13 020	3,5	103 222	28,0	170 614	46,2	62 054	16,8	20 028	5,4
darunter beide unter 35 Jahren	156 343	6 605	4,2	53 490	34,2	67 926	43,4	21 611	13,8	6 711	4,3
in öffentlich geförderten Wohnungen	85 773	2 023	2,4	28 173	32,8	44 597	52,0	9 488	11,1	1 492	1,7
Haushalte mit 3 Personen	312 049	3 695	1,2	36 928	11,8	156 046	50,0	82 774	26,5	32 606	10,4
und zwar											
2 Erwachsene und 1 Kind	165 127	2 243	1,4	23 747	14,4	84 802	51,4	39 400	23,9	14 935	9,0
und zwar											
beide Erwachsene unter 35 Jahren	97 363	1 397	1,4	15 660	16,1	51 143	52,5	21 681	22,3	7 482	7,7
Ausländer	21 580	1 038	4,8	7 622	35,3	10 079	46,7	2 169	10,1	672	3,1
1 Erwachsener und 2 Kinder	10 718	225	2,1	1 943	18,1	5 329	49,7	2 399	22,4	822	7,7
und zwar											
Erwachsener unter 35 Jahren	6 947	156	2,2	1 420	20,4	3 576	51,5	1 370	19,7	425	6,1
Ausländer	1 046	76	7,3	341	32,6	468	44,7	119	11,4	42	4,0
in öffentlich geförderten Wohnungen	49 241	476	1,0	6 121	12,4	30 624	62,2	10 182	20,7	1 838	3,7
Haushalte mit 4 Personen	235 316	1 685	0,7	16 155	6,9	91 537	38,9	81 484	34,6	44 455	18,9
und zwar											
2 Erwachsene und 2 Kinder	132 526	996	0,8	10 607	8,0	56 741	42,8	42 408	32,0	21 774	16,4
und zwar											
beide Erwachsene unter 35 Jahren	67 239	544	0,8	5 908	8,8	31 061	46,2	20 745	30,9	8 981	13,4
Ausländer	24 784	541	2,2	5 812	23,5	13 326	53,8	3 949	15,9	1 156	4,7
1 Erwachsener und 3 Kinder	1 901	30	1,6	251	13,2	795	41,8	574	30,2	251	13,2
und zwar											
Erwachsener unter 35 Jahren	1 306	21	1,6	188	14,4	577	44,2	381	29,2	139	10,6
Ausländer	248	9	3,6	63	25,4	122	49,2	39	15,7	15	6,0
in öffentlich geförderten Wohnungen	35 227	262	0,7	2 522	7,2	18 297	51,9	11 610	33,0	2 536	7,2
Haushalte mit 5 und mehr Personen	99 001	804	0,8	6 074	6,1	28 534	28,8	34 451	34,8	29 138	29,4
und zwar											
2 Erwachsene und 3 oder mehr Kinder	37 150	295	0,8	2 912	7,8	12 339	33,2	12 433	33,5	9 171	24,7
und zwar											
beide Erwachsene unter 35 Jahren	15 289	123	0,8	1 315	8,6	5 431	35,5	5 189	33,9	3 231	21,1
Ausländer	13 009	187	1,4	2 136	16,4	6 537	50,2	3 131	24,1	1 018	7,8
1 Erwachsener und 4 oder mehr Kinder	504	15	3,0	56	11,1	171	33,9	167	33,1	95	18,8
und zwar											
Erwachsener unter 35 Jahren	338	9	2,7	38	11,2	126	37,3	105	31,1	60	17,8
Ausländer	134	8	6,0	24	17,9	57	42,5	33	24,6	12	9,0
in öffentlich geförderten Wohnungen	15 951	127	0,8	971	6,1	5 434	34,1	7 040	44,1	2 379	14,9
Haushalte insgesamt	1 991 976	202 675	10,2	531 339	26,7	748 583	37,6	348 629	17,5	160 750	8,1

*) Ohne Haushalte in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung; ohne Haushalte in Wohnungen mit 2 und mehr Haushalten. – ¹⁾ Ohne Küche.

Tabelle 6

Haushalte*) in Eigentümerwohnungen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1987 nach Haushaltsgröße und Raumzahl)**

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Haushalte in Eigentümerwohnungen mit ... Personen								
	1 oder 2			4			5 und mehr		
	in Wohnungen mit ... Räumen			in Wohnungen mit ... Räumen			in Wohnungen mit ... Räumen		
	1 oder 2	3	4 und mehr	1 bis 3	4	5 und mehr	1 bis 3	4	5 und mehr
	%								
Stadtkreis									
Stuttgart, Landeshauptstadt	21,1	43,2	35,8	18,0	31,2	50,8	9,9	20,5	69,6
Landkreise									
Böblingen	16,5	35,6	47,9	12,0	29,4	58,6	6,9	18,9	74,2
Esslingen	15,9	35,7	48,3	12,3	30,2	57,6	6,6	19,2	74,2
Göppingen	13,0	35,9	51,0	12,4	29,0	58,6	7,4	19,2	73,4
Ludwigsburg	15,7	36,6	47,7	12,9	30,5	56,5	7,2	19,2	73,5
Rems-Murr-Kreis	15,1	36,8	48,2	12,1	29,7	58,3	6,5	18,6	74,9
Region Mittlerer Neckar	16,5	37,5	46,1	13,0	30,0	57,0	7,2	19,2	73,6
Stadtkreis									
Heilbronn	15,9	37,7	46,4	13,4	27,8	58,8	8,1	17,4	74,5
Landkreise									
Heilbronn	13,4	29,4	57,2	8,7	26,2	65,1	5,7	16,4	77,9
Hohenlohekreis	11,2	24,9	63,9	7,8	22,2	70,0	4,2	10,5	85,2
Schwäbisch Hall	11,1	27,3	61,6	9,4	22,2	68,4	4,2	11,7	84,1
Main-Tauber-Kreis	12,1	27,3	60,6	8,8	22,7	68,5	4,3	11,3	84,5
Region Franken	12,9	29,3	57,8	9,2	24,3	66,5	4,9	13,2	81,9
Landkreise									
Heidenheim	11,9	30,4	57,7	9,7	26,9	63,4	5,1	15,7	79,2
Ostalbkreis	10,6	30,2	59,2	10,0	26,4	63,6	5,1	15,3	79,6
Region Ostwürttemberg	11,1	30,3	58,7	9,9	26,6	63,6	5,1	15,4	79,5
Regierungsbezirk Stuttgart	15,1	35,0	49,9	11,6	28,1	60,3	6,1	16,6	77,3
Stadtkreise									
Baden-Baden	19,5	36,0	44,5	11,7	28,9	59,3	6,3	16,6	77,1
Karlsruhe	16,8	37,8	45,4	12,6	31,5	55,9	5,9	19,0	75,2
Landkreise									
Karlsruhe	14,8	30,3	54,9	10,7	26,3	63,1	6,5	16,6	76,9
Rastatt	14,0	33,1	52,9	13,6	26,5	59,9	7,7	17,4	74,9
Region Mittlerer Oberrhein	15,4	33,0	51,6	11,8	27,2	61,0	6,8	17,2	76,1
Stadtkreise									
Heidelberg	20,4	36,6	43,1	11,1	27,1	61,8	5,7	16,5	77,8
Mannheim	22,5	36,7	40,8	15,4	33,1	51,5	8,0	20,3	71,7
Landkreise									
Neckar-Odenwald-Kreis	11,2	26,1	62,7	9,1	21,5	69,5	5,1	11,9	83,1
Rhein-Neckar-Kreis	16,2	31,2	52,6	10,5	26,2	63,3	5,9	15,2	79,0
Region Unterer Neckar	17,1	32,0	50,9	10,9	26,1	63,0	5,8	14,8	79,3
Stadtkreis									
Pforzheim	17,9	37,3	44,8	15,1	27,6	57,3	9,0	16,7	74,2
Landkreise									
Calw	20,8	30,0	49,2	11,9	27,4	60,6	6,8	16,6	76,6
Enzkreis	15,1	31,0	53,9	11,4	28,3	60,3	6,9	17,4	75,7
Freudenstadt	17,8	27,3	54,9	11,7	24,7	63,6	5,9	15,8	78,2
Region Nordschwarzwald	17,7	30,9	51,4	12,0	27,2	60,8	6,7	16,6	76,6
Regierungsbezirk Karlsruhe	16,6	32,1	51,3	11,5	26,8	61,7	6,4	16,2	77,4
Stadtkreis									
Freiburg im Breisgau	18,2	36,0	45,8	14,7	27,9	57,4	9,3	17,5	73,2
Landkreise									
Breisgau-Hochschwarzwald	16,9	29,4	53,7	13,0	26,0	61,1	6,8	16,4	76,9
Emmendingen	16,5	34,1	49,3	13,6	27,5	58,9	7,1	16,8	76,1
Ortenaukreis	13,8	31,2	55,1	11,8	25,7	62,5	5,6	15,3	79,1
Region Südlicher Oberrhein	15,6	31,8	52,6	12,7	26,3	61,1	6,5	16,1	77,4
Landkreise									
Rottweil	12,0	30,3	57,7	10,0	26,3	63,7	5,1	16,6	78,3
Schwarzwald-Baar-Kreis	15,2	32,1	52,7	13,5	27,7	58,8	6,4	17,2	76,4
Tuttlingen	10,5	30,7	58,8	9,8	24,8	65,4	6,2	15,1	78,7
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	12,8	31,1	56,1	11,3	26,4	62,3	5,9	16,4	77,7
Landkreise									
Konstanz	16,5	31,4	52,1	11,9	27,0	61,2	5,4	16,8	77,8
Lörrach	13,8	30,4	55,8	11,7	27,7	60,6	6,1	16,8	77,1
Waldshut	12,9	27,4	59,7	11,4	26,2	62,4	5,3	15,1	79,6
Region Hochrhein-Bodensee	14,7	30,0	55,3	11,7	27,0	61,3	5,6	16,2	78,2
Regierungsbezirk Freiburg	14,5	31,0	54,4	12,0	26,5	61,5	6,1	16,2	77,7
Landkreise									
Reutlingen	14,4	31,4	54,2	10,1	28,5	61,4	5,6	16,9	77,4
Tübingen	16,3	29,3	54,4	9,8	26,6	63,6	5,2	15,6	79,2
Zollernalbkreis	10,9	28,5	60,6	8,6	22,8	68,6	5,6	13,7	80,6
Region Neckar-Alb	13,7	29,9	56,5	9,5	26,0	64,5	5,5	15,5	79,0
Stadtkreis									
Ulm	15,4	34,2	50,5	10,1	29,7	60,1	5,4	16,4	78,2
Landkreise									
Alb-Donau-Kreis	10,5	25,8	63,7	8,2	23,8	68,0	4,1	13,4	82,4
Biberach	10,0	23,5	66,5	6,9	22,1	71,0	3,7	13,3	83,0
Region Donau-Iller ¹⁾	11,3	26,5	62,2	8,0	23,9	68,1	4,0	13,7	82,3
Landkreise									
Bodenseekreis	16,7	30,0	53,3	10,9	27,1	62,1	5,7	16,0	78,3
Ravensburg	13,0	28,6	58,4	9,4	25,3	65,3	4,3	14,6	81,1
Sigmaringen	9,5	22,9	67,6	7,3	21,2	71,5	4,2	13,1	82,7
Region Bodensee-Oberschwaben	13,5	27,8	58,7	9,4	24,8	65,8	4,6	14,6	80,8
Regierungsbezirk Tübingen	13,0	28,4	58,6	9,0	25,1	65,9	4,7	14,6	80,7
Baden-Württemberg	15,0	32,4	52,5	11,2	26,9	61,9	5,9	16,0	78,2

*) Ohne Haushalte in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung; ohne Haushalte in Wohnungen mit 2 und mehr Haushalten. – **) Ohne Küche. – ¹⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

in vier und mehr Zimmern. Auch Alleinstehende mit einem Kind verfügen in der Mehrzahl über Wohnungen mit drei und mehr Räumen.

Die insgesamt, gemessen an der Richtschnur „Personenzahl = Zahl der Räume“, doch recht deutliche Überversorgung der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte mit Wohnraum geht zu Lasten größerer Mieterhaushalte. Bereits bei den Drei-Personen-Haushalten wird dies sichtbar, wenn gleich hier insgesamt noch ein relativ guter Ausgleich zwischen Personen- und Raumzahl gegeben ist. Aber immerhin schon 13% der Drei-Personen-Haushalte haben weniger Räume als Personen. Insbesondere die Haushalte mit einem Kind, darunter am stärksten die jungen und die Ausländerhaushalte, haben offenbar Schwierigkeiten, eine angemessene Mietwohnung zu bekommen.

Die relativ größeren Schwierigkeiten für Haushalte mit Kindern bei der Wohnungssuche werden noch deutlicher sichtbar bei den Haushalten mit vier bzw. mit fünf und mehr Personen. Die Anteile der ausreichend oder besser versorgten Haushalte liegen hier nur noch bei gut 53 bzw. knapp 30%. Für einen beachtlichen Teil der großen Haushalte ist die zur Verfügung stehende Raumzahl um zwei oder mehr kleiner als die Zahl der zugehörigen Personen. Stärker noch als bei den Drei-Personen-Haushalten zeigt sich bei den Haushalten mit zwei und mehr Kindern, daß die Versorgung mit angemessenen Wohnungen für junge Haushalte mit Erwachsenen unter 35 Jahren wesentlich schwieriger ist, als dies für die größeren Haushalte ohnehin schon zutrifft. Bei den ausländischen Haushalten schließlich, die gerade bei den großen Haushalten erhebliche Anteile ausmachen, ist der Ausgleich von Personen- und Raumzahl nur in wenigen Fällen gegeben.

Auf dem Lande überdurchschnittliche Versorgung mit großen Wohnungen

Eine differenzierte regionale Betrachtung würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Dies gilt insbesondere für die Untersuchung der Versorgungssituation bei den unterschiedlichen Haushaltstypen. Jedoch werden auch bereits bei der globalen Verteilung der Haushalte auf die verschiedenen großen Wohnungen bemerkenswerte regionale Unterschiede sichtbar. So zeigt sich bei den Eigentümerwohnungen ein deutliches Land-Stadt-Gefälle hinsichtlich der Zahl der den Haushalten zur Verfügung stehenden Räume. Das heißt, bei den kleinen Eigentümerhaushalten ist der Grad der Überversorgung, insbesondere in den Stadtkreisen, aber auch in den benachbarten Landkreisen, deutlich geringer als in den ländlichen Kreisen, und die Ausstattung der Haushalte mit vier oder mehr Personen liegt in den Stadtkreisen und zugehörigen Verdichtungsgebieten überdurchschnittlich häufig unterhalb der objektiv angemessenen Raumzahl.

Im Bereich der Mietwohnungen fallen die regionalen Unterschiede zum Teil sogar noch deutlicher aus, wobei einige Besonderheiten hervortreten. So sind in Heidelberg und Mannheim sowie in den Landkreisen Böblingen und Tübingen bei den Ein- und Zwei-Personen-Haushalten besonders geringe Anteile einer Überversorgung mit Wohnraum gegeben. Am auffälligsten ist dies für Heidelberg, wo jeder dritte Ein-Personen-Haushalt auch nur ein Zimmer bewohnt und fast jeder zweite Zwei-Personen-Haushalt auch über zwei Räume verfügt, während dies etwa in Stuttgart für nur jeweils jeden vierten Mieterhaushalt zutrifft. Dort fällt hingegen auf, daß die Anteile der Ein- und Zwei-

Personen-Haushalte in Dreizimmerwohnungen besonders hoch liegen. Auch größere Haushalte mit vier und mehr Personen leben in der Landeshauptstadt wie auch in Pforzheim in auffällig großem Umfang in Dreizimmerwohnungen.

Allgemein ist festzuhalten, daß es in den Landkreisen der Verdichtungsgebiete und noch verstärkt in den ländlichen Kreisen für die großen Haushalte sehr viel leichter ist, eine angemessen große Wohnung zu mieten als in den großen Städten. Besonders kraß sind die Versorgungsunterschiede bei den Wohnungen mit fünf und mehr Räumen. So lebt beispielsweise im Landkreis Sigmaringen jeder vierte Mieterhaushalt mit vier Personen in einer solchen großen Wohnung, während dies in Mannheim nur für jeden zehnten Haushalt dieser Größe zutrifft. In diesem Zusammenhang spielt sicher auch das unterschiedliche Mietpreisniveau eine entscheidende Rolle. In den Städten und dicht besiedelten Landkreisen ist es sehr viel kostspieliger, eine große Mietwohnung zu bewohnen, als dies in den ländlichen Teilen des Landes der Fall ist. Auf die Rolle der Mietpreise im Zusammenhang mit der Wohnraumbelegung kann jedoch hier nicht im Detail eingegangen werden. Dies soll in einem späteren gesonderten Beitrag untersucht werden.

Diskrepanzen zwischen Haushalts- und Wohnungsgröße auch bei den öffentlich geförderten Mietwohnungen

Gerade im Hinblick auf die teilweise erhebliche Unterversorgung großer Haushalte mit ausreichend großen Wohnungen stellt sich die Frage, in welchen Bereichen durch welche Maßnahmen ein Ausgleich geschaffen werden kann. Eine besondere Rolle kommt dabei sicher dem Bestand an öffentlich geförderten Mietwohnungen zu. Der zum Stichtag der Wohnungszählung 1987 ermittelte Gesamtbestand (nur erster Förderungsweg) beläuft sich auf gut 291 000 Wohnungen.⁵ Zum weitaus überwiegenden Teil handelt es sich dabei um Zwei- bzw. Drei-Zimmer-Wohnungen. Doch auch knapp 44 000 Vier-Zimmer-Wohnungen und fast 10 000 Wohnungen mit fünf oder mehr Wohnräumen sind darunter.

Die Belegung dieser Sozialmietwohnungen mit Haushalten unterschiedlicher Größe zeigt, daß hier durchaus eine Reserve für einen besseren Ausgleich hinsichtlich Wohnungs- und Haushaltsgröße bestünde. So sind landesweit immerhin 45 000 Sozialwohnungen mit drei Zimmern lediglich mit zwei Personen belegt, und über 27 000 solcher Wohnungen sind sogar nur von Ein-Personen-Haushalten bewohnt. Insgesamt entfallen nur 43% der Drei-Zimmer-Sozialwohnungen auf Haushalte, die drei oder mehr Personen umfassen. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch für die Sozialwohnungen mit vier Wohn- bzw. Schlafräumen.

⁵ Als öffentlich, d. h. mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert gelten nur solche Wohnungen, die nach der Währungsreform (20. Juni 1948) fertiggestellt worden sind und für die öffentliche Mittel (des Bundes, des Landes oder der Gemeinde) zur Errichtung von Sozialwohnungen bewilligt wurden (sog. Erster Förderungsweg).
Hierzu zählen u. a.

- Darlehen zur Deckung der Baukosten (in der Regel öffentliche Baudarlehen oder Landesbaudarlehen genannt).
- Darlehen oder Zuschüsse zur Deckung der laufenden Aufwendungen (Annuitätshilfen, Aufwendungszuschüsse oder -darlehen, Zinszuschüsse).

Tabelle 7

Haushalte*) in Mietwohnungen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1987 nach Haushaltsgröße und Raumzahl)**

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Haushalte in Mietwohnungen mit ... Personen									
	1 oder 2			4				5 und mehr		
	in Wohnungen mit ... Räumen			in Wohnungen mit ... Räumen				in Wohnungen mit ... Räumen		
	1 oder 2	3	4 und mehr	1 oder 2	3	4	5 und mehr	1 bis 3	4	5 und mehr
	%									
Stadtkreis										
Stuttgart, Landeshauptstadt ...	49,7	38,6	11,7	8,1	46,7	31,5	13,7	39,5	35,8	24,7
Landkreise										
Böblingen	52,7	33,4	13,8	9,5	39,3	34,0	17,2	40,4	35,2	24,3
Esslingen	49,5	35,9	14,7	8,3	39,6	34,3	17,7	38,5	35,9	25,6
Göppingen	43,0	40,5	16,5	7,6	37,6	36,4	18,4	37,6	34,3	28,1
Ludwigsburg	47,0	37,7	15,3	8,3	40,7	34,0	17,0	39,4	34,7	25,9
Rems-Murr-Kreis	45,9	38,4	15,7	6,9	37,7	37,0	18,4	33,3	36,2	30,5
Region Mittlerer Neckar	48,6	37,6	13,8	8,1	41,2	34,1	16,6	38,4	35,5	26,2
Stadtkreis										
Heilbronn	47,1	40,4	12,5	7,4	42,9	33,5	16,2	40,0	36,7	23,3
Landkreise										
Heilbronn	46,0	34,4	19,6	7,2	31,8	35,4	25,6	34,8	31,1	34,1
Hohenlohekreis	46,2	32,6	21,1	5,8	33,5	36,7	24,0	27,1	34,5	38,4
Schwäbisch Hall	41,7	36,4	21,9	5,4	31,3	37,7	25,6	26,0	35,5	38,5
Main-Tauber-Kreis	45,1	35,2	19,7	5,3	31,4	38,6	24,8	23,5	32,9	43,6
Region Franken	45,3	36,2	18,4	6,5	34,2	36,0	23,2	31,8	33,8	34,4
Landkreise										
Heidenheim	42,3	42,0	15,7	6,4	40,5	34,0	19,1	34,3	33,3	32,4
Ostalbkreis	41,8	36,9	21,3	5,2	33,2	37,6	24,0	29,0	34,8	36,2
Region Ostwürttemberg	42,0	38,5	19,5	5,6	35,6	36,4	22,4	30,7	34,3	35,0
Regierungsbezirk Stuttgart	47,5	37,5	15,1	7,6	39,5	34,6	18,2	36,4	35,0	28,6
Stadtkreise										
Baden-Baden	49,3	35,2	15,5	5,5	36,2	35,4	22,9	28,9	39,2	32,0
Karlsruhe	53,4	35,2	11,4	6,4	43,7	34,5	15,4	35,1	36,3	28,6
Landkreise										
Karlsruhe	46,3	35,6	18,1	8,0	36,1	34,6	21,3	38,5	30,7	30,8
Rastatt	45,6	37,9	16,5	7,5	41,7	33,3	17,5	39,2	34,5	26,3
Region Mittlerer Oberrhein	49,8	35,8	14,5	7,2	40,1	34,3	18,4	37,0	33,9	29,1
Stadtkreise										
Heidelberg	62,3	27,5	10,2	7,9	35,9	36,9	19,3	25,2	35,0	39,8
Mannheim	63,8	27,2	9,0	15,8	44,8	29,1	10,3	50,7	33,0	16,3
Landkreise										
Neckar-Odenwald-Kreis	45,0	34,5	20,5	8,3	34,1	32,1	25,5	34,3	30,0	35,7
Rhein-Neckar-Kreis	49,8	33,8	16,4	9,3	38,0	31,6	21,1	39,1	29,9	31,0
Region Unterer Neckar	57,7	29,9	12,4	11,2	39,6	31,6	17,6	40,3	31,9	27,8
Stadtkreis										
Pforzheim	60,0	32,1	7,9	10,1	50,1	29,3	10,6	43,6	35,5	20,9
Landkreise										
Calw	52,9	30,7	16,4	8,3	35,7	33,8	22,3	30,8	35,9	33,3
Enzkreis	49,5	34,1	16,5	8,7	39,0	32,3	20,0	37,7	31,8	30,5
Freudenstadt	48,3	33,4	18,3	6,1	32,0	38,3	23,6	26,7	36,8	36,5
Region Nordschwarzwald	53,8	32,5	13,7	8,5	40,1	32,9	18,6	35,1	34,9	30,1
Regierungsbezirk Karlsruhe	54,3	32,4	13,3	9,2	39,9	32,9	18,1	38,0	33,2	28,7
Stadtkreis										
Freiburg im Breisgau	58,2	28,5	13,2	7,0	42,7	34,2	16,1	32,4	37,4	30,2
Landkreise										
Breisgau-Hochschwarzwald	51,8	33,3	14,9	6,5	39,7	35,2	18,6	30,8	35,5	33,7
Emmendingen	46,4	37,5	16,1	6,5	41,1	35,5	16,9	32,7	35,5	31,8
Ortenaukreis	44,5	37,8	17,8	6,4	36,6	36,5	20,5	31,7	35,4	32,9
Region Südlicher Oberrhein	51,0	33,6	15,4	6,6	39,6	35,5	18,4	31,9	36,1	32,1
Landkreise										
Rottweil	39,3	40,3	20,4	5,2	31,8	39,7	23,3	26,9	37,0	36,1
Schwarzwald-Baar-Kreis	48,0	37,4	14,6	8,2	41,1	35,0	15,7	35,1	37,2	27,7
Tuttlingen	40,8	38,8	20,4	5,8	35,0	36,2	23,1	31,2	37,5	31,2
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	44,3	38,4	17,3	6,9	37,3	36,4	19,4	31,9	37,2	30,9
Landkreise										
Konstanz	50,9	34,0	15,0	7,2	40,4	35,6	16,8	35,4	34,2	30,4
Lörrach	49,5	37,4	13,1	7,4	43,3	35,7	13,5	38,9	37,7	23,4
Waldshut	45,8	36,6	17,6	6,1	37,8	37,4	18,6	34,5	37,7	27,9
Region Hochrhein-Bodensee	49,4	35,7	15,0	7,0	40,8	36,1	16,1	36,4	36,4	27,2
Regierungsbezirk Freiburg	49,2	35,2	15,6	6,8	39,5	35,9	17,9	33,3	36,4	30,3
Landkreise										
Reutlingen	48,0	34,9	17,1	7,5	35,5	37,3	19,6	32,7	36,5	30,8
Tübingen	56,4	26,3	17,4	8,2	33,5	36,0	22,3	29,3	37,3	33,4
Zollernalbkreis	39,9	39,4	20,7	7,0	33,4	32,9	26,8	31,6	32,2	36,2
Region Neckar-Alb	49,4	32,6	18,0	7,6	34,4	35,9	22,1	31,2	35,8	33,0
Stadtkreis										
Ulm	48,7	37,4	13,9	6,2	42,5	37,5	13,9	40,0	35,4	24,6
Landkreise										
Alb-Donau-Kreis	38,1	36,0	25,9	5,9	30,7	34,9	28,5	28,7	32,0	39,2
Biberach	38,8	33,9	27,3	3,1	24,8	39,3	32,8	18,4	35,3	46,4
Region Donau-Iller ¹⁾	43,2	36,1	20,8	5,1	32,9	37,1	24,9	29,0	34,1	36,8
Landkreise										
Bodenseekreis	47,0	36,7	16,3	6,0	36,1	38,5	19,4	32,4	35,6	32,0
Ravensburg	47,1	32,2	20,7	5,7	30,9	37,7	25,7	25,9	36,3	37,7
Sigmaringen	40,9	33,9	25,3	4,9	25,2	37,8	32,1	22,9	35,2	42,0
Region Bodensee-Oberschwaben	46,0	34,2	19,8	5,7	31,8	38,0	24,5	27,4	35,8	36,8
Regierungsbezirk Tübingen	46,5	34,1	19,4	6,3	33,1	36,9	23,7	29,4	35,4	35,3
Baden-Württemberg	49,7	35,0	15,2	7,6	38,6	34,8	18,9	34,9	35,0	30,1

*) Ohne Haushalte in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung; ohne Haushalte in Wohnungen mit 2 und mehr Haushalten. – **) Ohne Küche. – ¹⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

Tabelle 8

Öffentlich geförderte Wohnungen in Baden-Württemberg 1987 nach Anzahl der Räume und Besitzverhältnis

Besitzverhältnis	Öffentlich geförderte Wohnungen insgesamt	Davon mit ... Räumen ¹⁾				
		1	2	3	4	5 und mehr
Eigentümerwohnungen	145 062	621	6 522	28 763	37 694	71 462
Mietwohnungen	291 076	23 462	85 066	129 066	43 846	9 636
Insgesamt	436 138	24 083	91 588	157 829	81 540	81 098

¹⁾ Ohne Küche.

Tabelle 9

Öffentlich geförderte Mietwohnungen *) in Baden-Württemberg 1987 nach Belegung mit Personen und Raumzahl

Wohnungen mit ... Räumen ¹⁾	Öffentlich geförderte Mietwohnungen insgesamt	Davon belegt mit ... Personen				
		1	2	3	4	5 und mehr
1	23 448	20 560	2 023	476	262	127
2	83 033	45 246	28 173	6 121	2 522	971
3	126 358	27 406	44 597	30 624	18 297	5 434
4	42 464	4 144	9 488	10 182	11 610	7 040
5 und mehr	9 228	983	1 492	1 838	2 536	2 379
Insgesamt	284 531	98 339	85 773	49 241	35 227	15 951

*) Ohne Wohnungen, die mit 2 und mehr Haushalten belegt sind. – ¹⁾ Ohne Küche.

Besonders gravierend erscheint die Unterbelegung der ohnehin sehr knappen Wohnungen mit fünf und mehr Zimmern, von denen lediglich gut jede vierte auch von fünf und mehr Personen bewohnt wird, während in fast der Hälfte dieser großen Sozialwohnungen Haushalte mit drei und weniger Personen leben.

Regional zeigt sich auch für diesen eingegrenzten Bereich der öffentlich geförderten Wohnungen, daß die Versorgung in den Landkreismunicipalitäten besser ist als in den Städten. So haben Ein- und Zwei-Personen-Haushalte in den Landkreisen häufiger „zu große“ Wohnungen, und große Haushalte sind weniger häufig in „zu kleinen“ Wohnungen, als dies in den Stadtkreisen der Fall ist. Eine auffällige Ausnahme bildet hier der Landkreis Böblingen, wo die Versorgung deutlich ungünstiger ist als in den meisten Stadtkreisen. Unter den Stadtkreisen sind besonders Heidelberg und Pforzheim hervorzuheben. Dort ist das Verhältnis von Raum- und Personenzahl im Bereich der Sozialwohnungen relativ am besten ausgeglichen.

Zusammenfassung

Die von einer außerordentlichen Zunahme der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte gekennzeichnete Veränderung der Haushaltsstruktur hat bei zugleich gestiegenen Ansprüchen an Wohnraum zu einer Verknappung der Wohnungen geführt, die in jüngster Zeit durch die Zuwanderung von Aus- und Übersiedlern noch weiter verstärkt wurde. Die fortgeschrittene Singularisierung der Gesellschaft hat außerdem zu einem Mißverhältnis zwischen den Größenstrukturen bei Haushalten und Wohnungen beigetragen. Dies hat neben dem ohnehin gestiegenen Bedürfnis nach größeren Wohnungen dazu geführt, daß in erheblichem Umfang Ein- und Zwei-Personen-Haushalte in gemessen an der Raumzahl zu großen Wohnungen leben. In überdurchschnittlichem Maß gilt dies für ältere Haushalte, die offenbar trotz zwischenzeitlicher Verkleinerung des Haushalts in der vorher angemessen großen Woh-

nung wohnen bleiben. Aber auch junge Ein- und Zwei-Personen-Haushalte leben in beträchtlichem Umfang in Wohnungen mit mehr als zwei Zimmern. Die festzustellende „Fehlbelegung“ großer Wohnungen durch kleine Haushalte führt andererseits zu einer Verknappung angemessen großer Wohnungen für Haushalte mit vier und mehr Personen. Diese haben vor allem im Mietwohnungsbereich erhebliche Probleme, eine Wohnung zu bekommen, die eine Raumzahl entsprechend der Zahl der Haushaltsmitglieder aufweist. Insbesondere junge Familien mit Kindern und noch verstärkt ausländische Haushalte mit Kindern haben häufig Wohnungen mit weniger Räumen, als Personen darin leben.

Bei den Eigentümerwohnungen, wo die Versorgung mit Räumen allgemein deutlich besser ist als im Mietwohnungsbereich, sind auch die größeren Haushalte zum weitest überwiegenden Teil mit angemessen großen Wohnungen versorgt. Dies hängt auch damit zusammen, daß hier ein deutliches Übergewicht der großen Wohnungen besteht, während bei den Mietwohnungen die Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnungen deutlich den Schwerpunkt bilden. Dazu passend liegen bei den kleinen Haushalten mit ein oder zwei Personen die Anteile der Mieterhaushalte bei fast 75 bzw. 56%, während nur 40% der Vier-Personen-Haushalte und sogar nur 35% der Haushalte mit fünf und mehr Personen in Mietwohnungen leben. Ganz offenbar besteht eine enge Verknüpfung der Chance auf Wohneigentum und der auf eine ausreichend große Wohnung. Und es liegt die Hypothese nahe, daß zwischen Familienplanung und der Aussicht auf eine ausreichend große Wohnung, bei zugleich akzeptabler Kostenbelastung, ein Zusammenhang besteht. Die Daten aus dem Zählungswerk 1987 gestatten eine hinsichtlich dieser Frage vertiefte Betrachtung, bei der sicher auch die Angaben zur sozialen Stellung des Haushalts und zum Mietpreis zu berücksichtigen sind. Entsprechende Untersuchungen bleiben einem weiteren Beitrag zur Wohnraumversorgung der Haushalte vorbehalten.

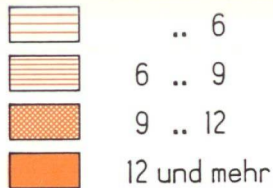
Dr. Helmut Büringer

Öffentlich geförderte Wohnungen*) in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

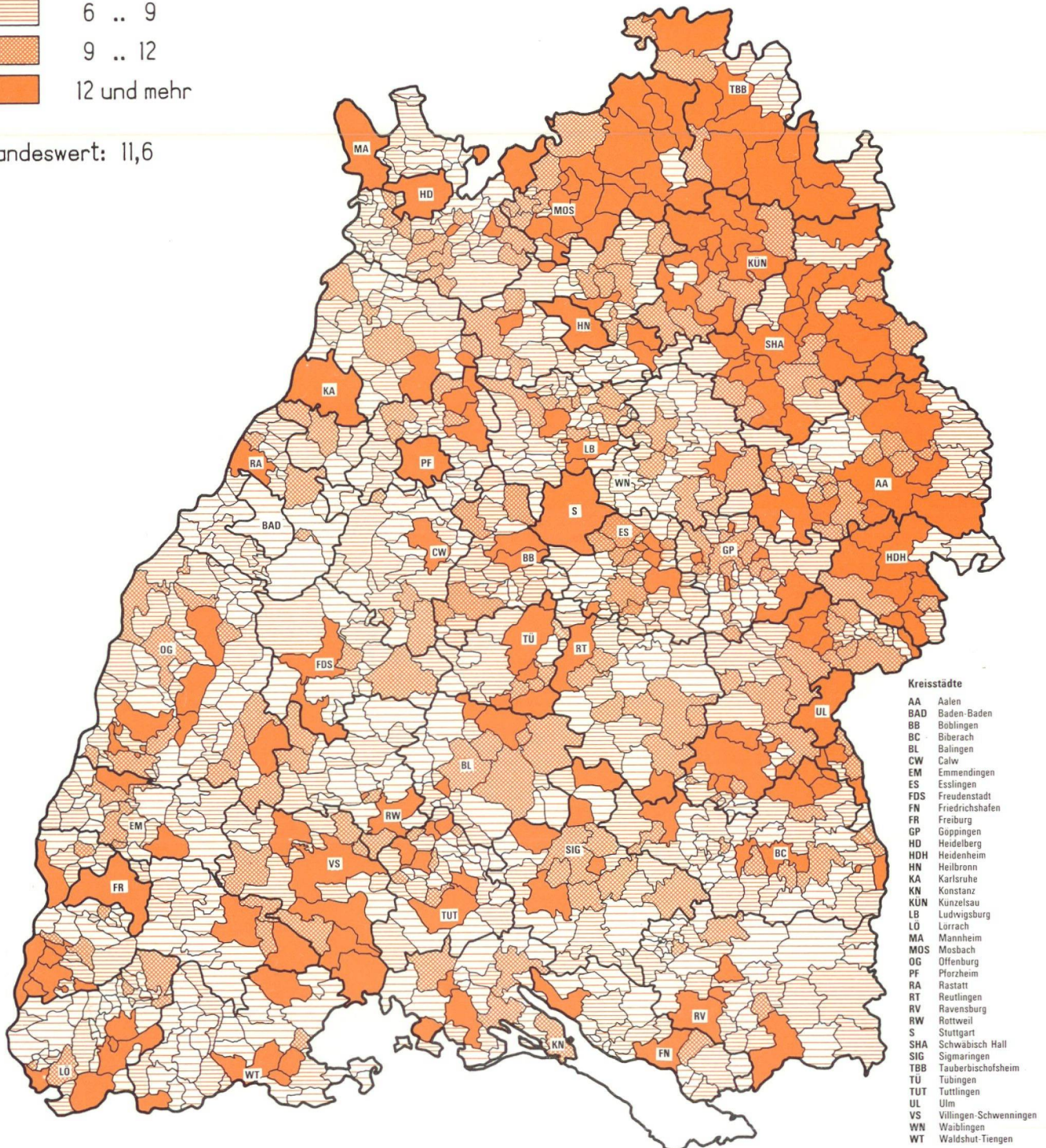
- Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung -

Anteil in Prozent der Wohnungen insgesamt

von .. bis unter



Landeswert: 11,6



*) ohne Freizeitwohnungen und ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landesinformationssystem

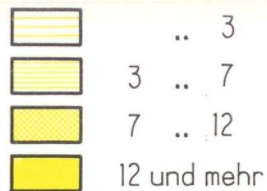
582 89

Öffentlich geförderte Mietwohnungen in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

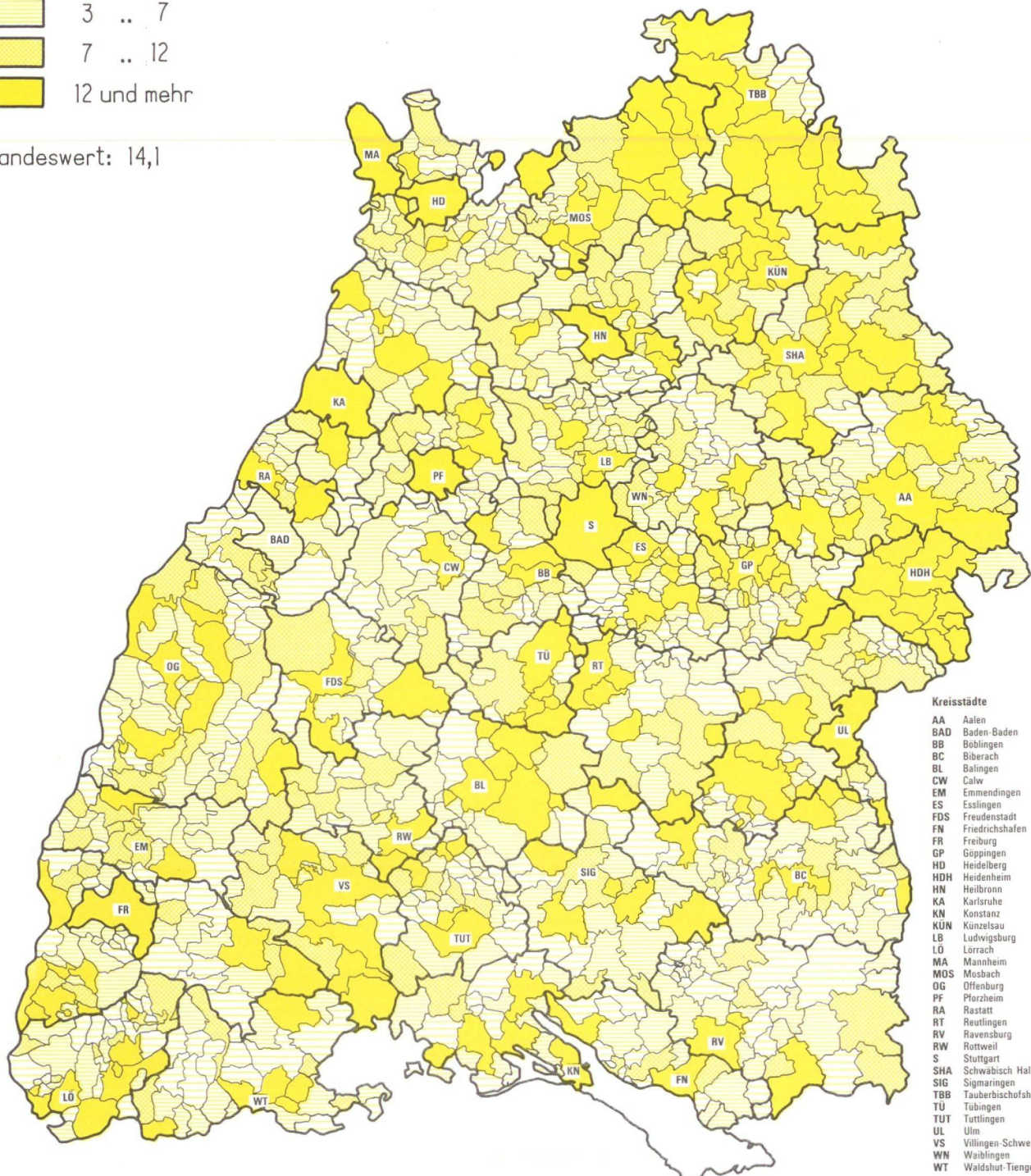
- Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung -

Anteil an den Mietwohnungen insgesamt in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 14,1



Wohnungsmieten in Baden-Württemberg 1987

Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1987

Die Gebäude- und Wohnungszählung 1987 liefert erstmals seit 1968 wieder die Basis für eine sachlich und regional detaillierte Betrachtung des Mietpreisgefüges. Entwicklung und Niveau der Wohnungsmieten in ihrer Abhängigkeit von Typ und Lage der Wohnung stehen in vielfältigem Zusammenhang im Blickpunkt des öffentlichen Interesses: Sei es bei Fragen nach der Mietbelastung der Haushalte oder der Mietpreisfindung, in Verbindung mit der Neuregelung des Wohngeldgesetzes oder Gestaltung der Subventionspolitik. Darüber hinaus liefert der Mietpreis auch wichtige Hinweise auf die Situation der Wohnraumversorgung der Haushalte. Im folgenden wird neben der Darstellung des Mietpreisgefüges in Baden-Württemberg auch auf diese Indikatorfunktion der Miete im Zusammenhang mit Fragen der quantitativen Wohnraumversorgung eingegangen.

Einleitend sind einige Abgrenzungen und Definitionen der in die Untersuchung einbezogenen statistischen Massen erforderlich. Die Angaben zur Wohnungsmiete beziehen sich jeweils auf „reine Mietwohnungen mit Mietangaben“, die in ihrer Gesamtheit in Baden-Württemberg (1,62 Mill.) rund 79% aller Mietwohnungen oder 43% aller Wohnungen ausmachen. Dabei sind Freizeitwohnungen, Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung sowie von Angehörigen ausländischer Streitkräfte bewohnte Wohnungen generell nicht enthalten. Für rund 10% der Mietwohnungen liegen keine Mietangaben vor, deshalb sind diese aus der Betrachtung ausgeschlossen. Gleichfalls ausgeklammert sind rund 225 000 Mietwohnungen, für die zwar Angaben zur Miete gemacht wurden, bei denen

Tabelle 1

Mietpreis- und allgemeine Preisentwicklung zwischen 1968 und 1987

Gegenstand der Nachweisung	1968	1987	Zunahme 1987 gegen- über 1968
	Miete je m ² in DM		%
Bewohnte reine Mietwohnungen¹⁾			
insgesamt	2,36	6,65	181,8
davon			
mit Bad, WC und Sammelheizung	3,07	7,14	132,6
mit Bad, und WC, ohne Sammelheizung	2,30	5,64	145,2
mit sonstiger Ausstattung	1,78	4,84	171,9
Nicht öffentlich geförderte reine Mietwohnungen	2,41	6,71	178,4
davon			
mit Bad, WC und Sammelheizung	3,21	7,19	124,0
mit Bad, und WC, ohne Sammelheizung	2,39	5,72	139,3
mit sonstiger Ausstattung	1,78	4,87	173,6
Öffentlich geförderte reine Mietwohnungen	2,19	6,30	187,7
davon			
mit Bad, WC und Sammelheizung	2,57	6,82	165,4
mit Bad, und WC, ohne Sammelheizung	2,13	5,26	146,9
mit sonstiger Ausstattung	1,77	4,40	148,6
	Indexwert		%
Preisindex (1968 = 100)	100	205,5	105,5

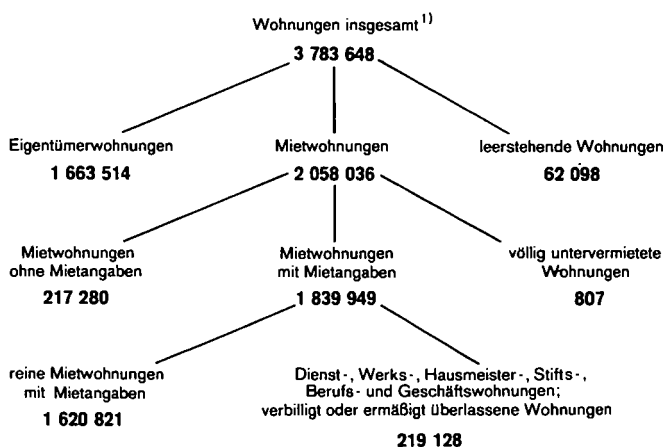
¹⁾ Ohne Freizeitwohnungen, ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung; ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftswohnungen, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen; ohne Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte; ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen.

es sich jedoch um Dienst-, Werks-, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen bzw. aus anderen Gründen verbilligt oder ermäßigt überlassene Wohnungen handelt, so daß ihre Einbeziehung eine Verzerrung des Mietpreisgefüges mit sich bringen würde. Schließlich sind noch 807 völlig untervermietete Wohnungen nicht einbezogen; Mietangaben wurden nur von Hauptmietern erfragt.

Die Miete beinhaltet den für die gesamte Wohnung monatlich gezahlten Betrag einschließlich pro Monat aufzuwendende Beträge für Wasser, Kanalisation (Abwassergebühren), Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenhausbeleuchtung und Schornsteinreinigung. Nicht enthalten sind Umlagen für Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Garagenmiete, Untermieter- und Möblierungszuschlag. Es handelt sich also um die sogenannte „Kaltmiete“. Dieser erfragte Mietbetrag wird auf die gesamte Wohnfläche¹ der Wohnung bezogen, um dadurch die sowohl in sachlicher als auch regionaler Gliederung vergleichbare Quadratmetermiete (Miete je m² Wohnfläche) zu erhalten. Bei den im folgenden dargestellten durchschnittlichen Quadratmetermieten handelt es sich um gewogene arithmetische Mittelwerte, wobei die Flächen der Wohnungen als Gewichte eingehen. Dadurch haben größere Wohnungen stärkeren Einfluß auf die Mittelwerte als kleine.

Übersicht

Wohnungen in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987



¹⁾ Ohne Freizeitwohnungen; ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung; ohne Wohnungen von ausländischen Streitkräften

¹ Die Wohnfläche der gesamten Wohnung einschließlich untervermietete oder gewerblich genutzte Räume in der Wohnung.

Anstieg der Wohnungsmiete höher als allgemeiner Preisanstieg

Die im Mai 1987 in Baden-Württemberg durchschnittlich bezahlte Miete je m² Wohnfläche lag bei 6,65 DM. Gegenüber Oktober 1968, dem Zeitpunkt der letzten Gebäude- und Wohnungszählung, bedeutet dies einen Anstieg um rund 180%. Die Steigerung der allgemeinen Lebenshaltungskosten über denselben Zeitraum fiel geringer aus (105,5%), das heißt, die Mieten sind stärker gestiegen als die Verbraucherpreise insgesamt. Für das Wohnen (ohne Heizung, Warmwasser) wird gegenwärtig mit rund 19% ein höherer Anteil des Einkommens verwendet, als dies vor rund 19 Jahren der Fall war.² Dies unterstreicht die Bedeutung der Miete und erklärt die ihrer Entwicklung entgegengebrachte Aufmerksamkeit.

Was das durchschnittliche Mietpreisniveau anbetrifft, so liegt dieses in Baden-Württemberg derzeit knapp unter dem Bundesdurchschnitt von 6,87 DM je m². Verglichen mit den anderen Flächenländern nimmt Baden-Württemberg einen Mittelplatz ein. Niedrigere Durchschnittsmieten sind in Rheinland-Pfalz, im Saarland und in Niedersachsen zu zahlen. Höher liegt das Mietpreisniveau in Nordrhein-Westfalen, in Schleswig-Holstein und in Bayern.

Für eine aussagekräftige Darstellung der gegenwärtigen Mietpreissituation ist eine differenziertere Betrachtung der Mietpreise notwendig, da die gezahlte Quadratmetermiete von zahlreichen verschiedenen Einflußfaktoren bestimmt wird und dadurch stark über einen außerordentlich breiten Rahmen streut. In der Regel wird von vornherein zwischen Wohnungen verschiedener Ausstattung, unterschiedli-

chen Baualters sowie nach öffentlich geförderten (Sozialwohnungen) und nicht öffentlich geförderten (frei finanzierten) Wohnungen unterschieden.

Mietpreis stark vom Baualter geprägt

Jeder dieser drei Faktoren hat für sich allein deutlichen Einfluß auf den Mietpreis. So besteht bei Wohnungen, die mit Bad und WC ausgestattet sind – dabei handelt es sich um über 95% aller betrachteten Wohnungen – eine starke Abhängigkeit von der Art der Beheizung. Wohnungen mit Sammelheizung sind in allen Baualtersgruppen um rund 1 DM je m² teurer als solche mit Ofenheizung. Die geringere Differenz bei den nach 1978 errichteten Gebäuden ist darauf zurückzuführen, daß die entsprechenden Wohnungen ohne Sammelheizung meist mit vergleichbar komfortablen Gas- bzw. Elektroofenheizungen ausgestattet sind.

Nochmals um 0,60 bis 0,95 DM geringer als bei solchen ohne Sammelheizung liegt die Quadratmetermiete bei Wohnungen, die nur mit einem WC, jedoch nicht mit Bad oder Dusche ausgestattet sind. Daß der Preisunterschied zwischen Wohnungen mit und ohne Sammelheizung über alle Baualtersgruppen aggregiert, sogar 1,50 DM beträgt, hängt damit zusammen, daß überwiegend in den billigeren Altbauwohnungen noch herkömmliche Ofenheizungen vorhanden sind. Dies wirkt sich um so deutlicher aus, als die Wohnungen in vor 1949 errichteten Gebäuden im Durchschnitt unabhängig von der Ausstattung zwischen 1,50 und 2,50 DM weniger an Miete kosten als die sogenannten Neubauwohnungen, die sich in 1969 oder später errichteten Gebäuden befinden.

Der Einfluß der öffentlichen Förderung ist bei den Wohnungen in Abhängigkeit von der Baualtersgruppe unterschiedlich stark zu beobachten. Zusätzlich ist wegen der unter-

² Ergebnisse des Mikrozensus-Erhebungsteils „Wohnsituation des Haushalts“ im März 1987.

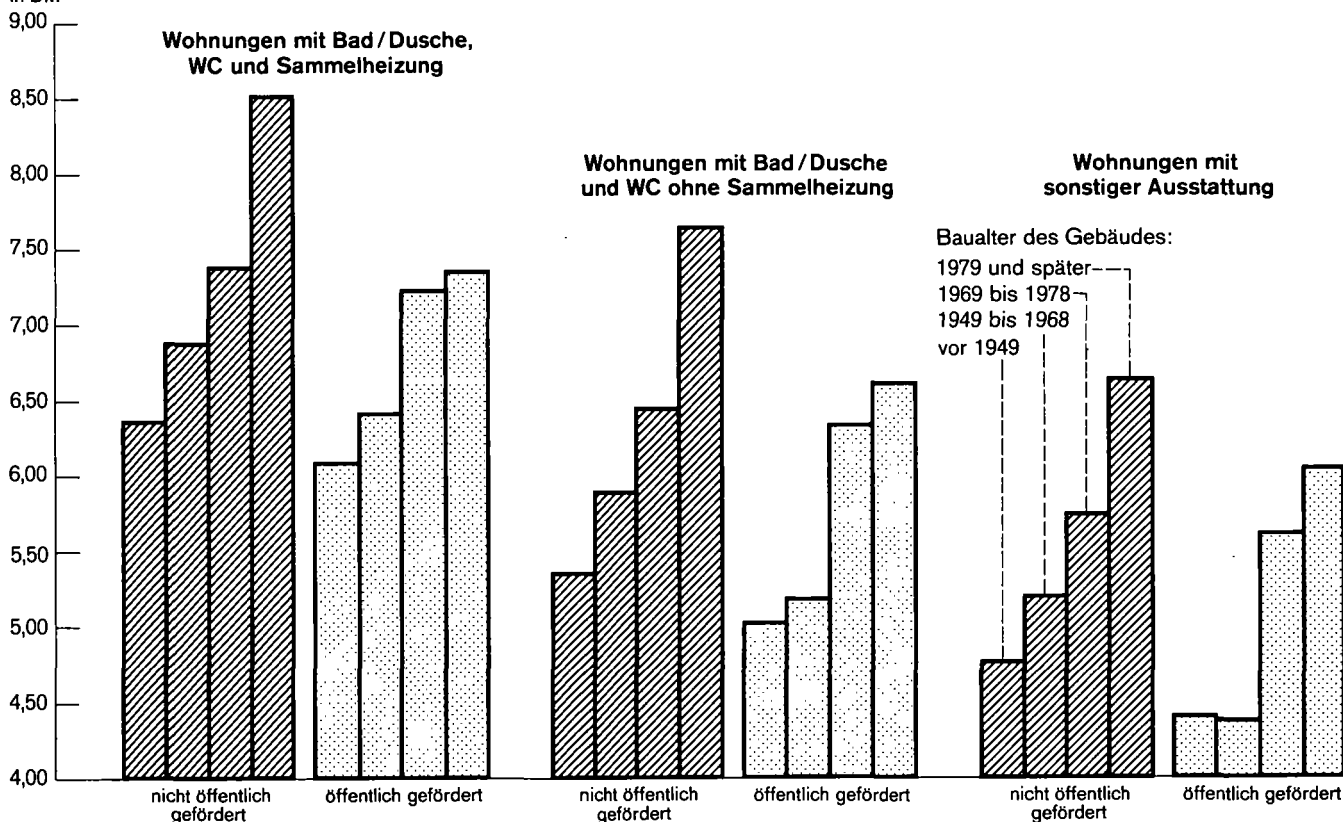
Tabelle 2

Bewohnte reine Mietwohnungen in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach öffentlicher Förderung, m²-Miete, Baualter des Gebäudes und Ausstattung

Baualter des Gebäudes Ausstattung	Bewohnte reine Mietwohnungen ¹⁾ insgesamt		Davon			
			frei finanziert		öffentlich gefördert ²⁾	
	Anzahl	Miete je m ² in DM	Anzahl	Miete je m ² in DM	Anzahl	Miete je m ² in DM
Wohnungen insgesamt	1 620 821	6,65	1 377 134	6,71	243 687	6,30
davon						
mit Bad, WC und Sammelheizung	1 083 104	7,14	926 335	7,19	156 769	6,82
mit Bad und WC, ohne Sammelheizung	459 266	5,64	379 124	5,72	80 142	5,26
mit sonstiger Ausstattung	78 451	4,84	71 675	4,87	6 776	4,40
Wohnungen in Gebäuden vor 1949 errichtet	447 817	5,74	442 204	5,74	5 613	5,50
davon						
mit Bad, WC und Sammelheizung	187 278	6,36	184 656	6,36	2 622	6,09
mit Bad und WC, ohne Sammelheizung	203 650	5,35	201 115	5,35	2 535	5,03
mit sonstiger Ausstattung	56 889	4,76	56 433	4,76	456	4,40
Wohnungen in Gebäuden von 1949 bis 1968 errichtet	639 645	6,39	478 529	6,57	161 116	5,82
davon						
mit Bad, WC und Sammelheizung	406 794	6,79	324 797	6,88	81 997	6,42
mit Bad und WC, ohne Sammelheizung	213 210	5,66	140 286	5,89	72 924	5,18
mit sonstiger Ausstattung	19 641	4,94	13 446	5,20	6 195	4,37
Wohnungen in Gebäuden von 1969 bis 1978 errichtet	333 786	7,29	282 412	7,31	51 374	7,18
davon						
mit Bad, WC und Sammelheizung	308 960	7,36	260 866	7,38	48 094	7,23
mit Bad und WC, ohne Sammelheizung	23 794	6,44	20 596	6,45	3 198	6,34
mit sonstiger Ausstattung	1 032	5,74	950	5,75	82	5,62
Wohnungen in Gebäuden 1979 und später errichtet	199 573	8,28	173 989	8,42	25 584	7,31
davon						
mit Bad, WC und Sammelheizung	180 072	8,36	156 016	8,51	24 056	7,35
mit Bad und WC, ohne Sammelheizung	18 612	7,57	17 127	7,65	1 485	6,61
mit sonstiger Ausstattung	889	6,62	846	6,64	43	6,05

¹⁾ Ohne Freizeitwohnungen, ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung; ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftswohnungen, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen; ohne Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte; ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen. – ²⁾ Nur 1. Förderungsweg.

Mieten *) nicht öffentlich geförderter und öffentlich geförderter Wohnungen in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Ausstattung und Baualter des Gebäudes

Miete je m²
in DM

*) Nur bewohnter reiner Mietwohnungen.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

73 90

schiedlichen Gewichtung nach der Wohnungsausstattung zu differenzieren. Für Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung gilt: Bis 1968 errichtete Wohnungen sind öffentlich gefördert im Mittel um 0,46 DM je m² billiger als die nicht geförderten, frei finanzierten Wohnungen. Bei den

Wohnungen in nach 1978 errichteten Gebäuden beträgt die Differenz über 1,10 DM.

Auf den ersten Blick überraschend ist der geringe Einfluß der öffentlichen Förderung (0,13 DM) bei den von 1969 bis

Tabelle 3

Bewohnte nicht öffentlich geförderte reine Mietwohnungen in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach m²-Miete, Baualter des Gebäudes und Ausstattung

Gebäude errichtet von ... bis ...	Bewohnte reine Mietwohnungen insgesamt ¹⁾		Davon mit m ² -Miete von ... bis unter ... DM							Variations- koeffizient Standard- abweichung Mittelwert
			unter 2,50	2,50 – 5,00	5,00 – 7,50	7,50 – 10,00	10,00 – 12,00	12,00 – 15,00	15,00 und mehr	
	Anzahl	Miete DM/m ²	%							
Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung										
bis 1948	184 656	6,36	1,6	23,6	44,0	19,5	6,5	3,1	1,8	0,4357
1949 – 1957 ..	90 308	6,68	0,8	17,2	48,9	22,7	6,3	2,7	1,4	0,3763
1958 – 1968 ..	234 489	6,95	0,5	13,0	46,7	26,7	7,6	3,4	2,0	0,3773
1969 u. später	416 882	7,80	0,3	8,0	36,3	31,7	13,8	6,9	2,9	0,3663
Insgesamt ...	926 335	7,19	0,7	13,3	41,7	27,2	10,1	4,8	2,3	0,3919
Wohnungen mit Bad, WC, ohne Sammelheizung										
bis 1948	201 115	5,35	3,5	39,8	39,6	11,5	3,4	1,5	0,8	0,4581
1949 – 1957 ..	74 813	5,76	1,4	34,5	45,6	13,2	3,5	1,3	0,5	0,3949
1958 – 1968 ..	65 473	6,02	1,3	26,4	49,9	15,4	4,2	1,9	0,9	0,3982
1969 u. später	37 723	6,99	1,2	16,1	40,9	25,4	10,2	4,6	1,7	0,4032
Insgesamt ...	379 124	5,72	2,5	34,1	42,7	13,9	4,2	1,8	0,8	0,4364

¹⁾ Ohne Freizeitwohnungen; ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung; ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftswohnungen, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen; ohne Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte; ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen.

1978 errichteten Einheiten. Wohnungen mit 4 bzw. 5 und mehr Räumen (Küche mitgezählt) sind in dieser Baualtersgruppe ohne öffentliche Förderung im Durchschnitt sogar billiger als öffentlich geförderte. Darin wird ein weiterer wichtiger Einflußfaktor auf den Mietpreis sichtbar, der aus der unterschiedlich praktizierten Mietpreisanpassung resultiert. Hierauf wird weiter unten noch ausführlich einzugehen sein.

Mietpreisstreuung in älteren Gebäuden am größten

Trotz Differenzierung nach Baualter, Ausstattung und öffentlicher Förderung bleiben noch sehr große und breitgestreute Unterschiede bei den tatsächlich bezahlten Mieten, die auf weitere Einflußfaktoren hinweisen. Zu berücksichtigen ist bei der Interpretation sicher auch, daß das Alter einer Wohnung nicht unbedingt auf eine weniger attraktive und damit billigere Wohnung schließen läßt. Ganz im Gegenteil kann eine umfassende Renovierung bei entsprechender Lage des Gebäudes zu hoher Attraktivität und entsprechend höherem Mietpreis geführt haben. Dafür spricht auch, daß die Streuung der m²-Mieten, gemessen

am Variationskoeffizienten³, bei Wohnungen in vor 1949 errichteten Gebäuden mit Abstand am größten ist.

Sicher hat die Lage der Wohnung ganz allgemein großen Einfluß auf die Miethöhe. Sowohl die großräumige als auch kleinräumige Verteilung ist hierbei zu berücksichtigen, wobei die Ebene der Regionen, Kreise und Gemeinden als großräumig und die der Gemeindeteile oder darunter als kleinräumig bezeichnet wird. Auf beiden Betrachtungsebenen zeigen sich deutliche Einflüsse auf das Mietpreisniveau, auch wenn man die vorher genannten Faktoren der Finanzierung, der Ausstattung und des Baualters berücksichtigt. Aber auch nach regionaler Differenzierung bleiben noch beträchtliche Unterschiede bestehen. Deshalb sollen zunächst weitere Einflüsse, die landesweit auf das Mietpreisgefüge einwirken, anhand der Landesergebnisse untersucht werden. Eine differenzierte regionale Betrachtung wird zurückgestellt und in einem gesonderten Beitrag ausführlich behandelt.

³ Wird errechnet durch Division der Standardabweichung mit dem arithmetischen Mittel. Das so errechnete relative Streuungsmaß erlaubt den Vergleich unterschiedlicher statistischer Massen.

Tabelle 4

Bewohnte reine Mietwohnungen*) in Wohngebäuden mit Bad, WC und Sammelheizung in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Gebäudeart, m²-Miete, Raumzahl und Baualter des Gebäudes

Raumzahl ¹⁾ Baualter	Bewohnte reine Mietwohnungen insgesamt ²⁾		Davon in Gebäuden mit ... Wohnungen							
			1		2		3 – 6		7 und mehr	
	Anzahl	Miete je m ² in DM	%	Miete je m ² in DM	%	Miete je m ² in DM	%	Miete je m ² in DM	%	Miete je m ² in DM
Wohnungen mit 1 Raum										
Insgesamt	101 692	9,93	0,7	9,21	16,1	8,31	26,8	9,08	56,4	10,90
davon in Gebäuden bis 1948	13 063	9,17	1,4	7,80	12,7	7,90	45,3	8,67	40,7	10,43
1949 – 1957	7 149	8,85	0,8	8,89	10,4	7,79	32,3	8,49	56,5	9,30
1958 – 1968	24 939	9,76	0,4	8,57	6,7	7,76	29,1	8,79	63,8	10,52
1969 und später	56 541	10,28	0,7	10,15	21,8	8,47	20,8	9,54	56,7	11,33
Wohnungen mit 2 Räumen										
Insgesamt	240 121	7,74	1,5	7,15	21,8	6,68	35,2	7,51	41,6	8,52
davon in Gebäuden bis 1948	42 050	6,89	3,0	6,37	21,5	6,36	48,0	6,87	27,5	7,44
1949 – 1957	24 271	6,93	1,6	7,49	18,6	6,47	35,3	6,93	44,6	7,10
1958 – 1968	53 698	7,34	0,9	7,53	16,9	6,38	39,4	7,18	42,8	7,88
1969 und später	120 102	8,33	1,1	7,59	24,7	6,89	28,8	8,16	45,4	9,24
Wohnungen mit 3 Räumen										
Insgesamt	322 728	6,98	2,8	6,82	21,9	6,18	41,3	6,89	34,0	7,63
davon in Gebäuden bis 1948	67 643	6,25	5,2	6,05	25,5	5,88	48,3	6,31	21,1	6,62
1949 – 1957	36 256	6,53	2,7	7,01	25,4	6,11	41,2	6,53	30,6	6,83
1958 – 1968	90 168	6,79	1,7	7,00	20,9	6,06	43,6	6,75	33,9	7,29
1969 und später	128 661	7,58	2,3	7,47	19,8	6,48	36,1	7,47	41,8	8,20
Wohnungen mit 4 Räumen										
Insgesamt	165 828	6,72	10,1	7,34	25,1	6,04	42,9	6,61	21,9	7,40
davon in Gebäuden bis 1948	35 345	6,06	12,5	6,07	24,8	5,69	48,3	6,15	14,4	6,33
1949 – 1957	13 652	6,39	10,0	7,16	28,8	5,89	43,0	6,39	18,2	6,72
1958 – 1968	45 796	6,50	7,0	7,31	27,4	5,89	46,7	6,49	18,9	7,10
1969 und später	71 035	7,22	10,8	8,00	23,0	6,36	37,9	7,02	28,3	7,88
Wohnungen mit 5 und mehr Räumen										
Insgesamt	74 017	6,78	38,0	7,25	23,8	6,23	28,4	6,39	9,8	7,17
davon in Gebäuden bis 1948	18 490	6,07	33,9	6,29	22,1	5,77	34,8	6,01	9,2	6,19
1949 – 1957	6 099	6,64	42,4	7,09	25,1	6,20	24,4	6,26	8,1	6,41
1958 – 1968	15 407	6,66	36,2	7,13	26,0	6,09	29,0	6,40	8,8	6,95
1969 und später	34 021	7,24	40,3	7,73	23,6	6,52	25,3	6,72	10,8	7,91

*) Ohne öffentlich geförderte Wohnungen. – ¹⁾ Alle Räume mit 6 m² und mehr, ohne Küche. – ²⁾ Ohne Freizeitwohnungen, ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimplatzung; ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftungswohnungen, Berufs- oder Geschäftsmietwohnung; ohne Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte; ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen.

Hohe Mieten in Großgebäuden

Ein weiteres qualitatives Merkmal, das ebenfalls die Miete beeinflusst, besteht in der Art des Wohngebäudes, gemessen an der Zahl der darin befindlichen Wohnungen. Die Verteilung der Mietwohnungen auf die verschiedenen Gebäudegrößen ist in erster Linie von der Wohnungsgröße abhängig. Kleine Mietwohnungen mit 1 oder 2 Zimmern sind zum weitaus überwiegenden Teil in Mehrfamilienhäusern, hauptsächlich in solchen mit 7 und mehr Wohnungen zu finden. Auch 3- und 4-Zimmer-Wohnungen liegen größtenteils in Mehrfamilienhäusern, mit Schwerpunkt allerdings bei den Gebäuden mit 3 bis 6 Wohnungen. Dagegen konzentrieren sich die großen Wohnungen mit 5 und mehr Zimmern in erster Linie auf Ein- und Zweifamilienhäuser.

Der Zusammenhang von Gebäudeart und Miethöhe ist dadurch gekennzeichnet, daß, abgesehen von den Einfamilienhäusern, für die aufgrund der wohl verbreiteten Vorzüge wie Gartenbenutzung, Kellerräume, etc. besondere Maßstäbe anzulegen sind, mit zunehmender Gebäudegröße auch höhere Quadratmetermieten bezahlt werden. Die Wohnungen in den Großgebäuden mit 7 und mehr Wohnungen weisen die höchsten Durchschnittsmieten auf, am niedrigsten liegen sie bei den Wohnungen in Zweifamilienhäusern. Nur die Mieten für Wohnungen in Einfamilienhäusern mit 4 bzw. 5 und mehr Räumen sind fast durchweg im Durchschnitt höher als die entsprechenden Wohnungen in Großgebäuden. Diese Relationen gelten für die nicht öffentlich geförderten Mietwohnungen. Bei den öffentlich geförderten Einheiten ist zwar ein in der Tendenz vergleichbarer, jedoch weniger strenger Zusammenhang erkennbar. Die höhere Miete in Großgebäuden ist nur zum Teil durch die regional unterschiedliche Verteilung der Gebäudearten zu erklären. Zwar stehen die Großgebäude bevorzugt in den Städten, in denen auch das Mietpreinsniveau allgemein höher liegt als in den kleineren Gemeinden, jedoch gelten die oben festgestellten Mietpreisrelationen zwischen den Gebäudearten im wesentlichen auch bei regional differenzierter Betrachtung, etwa der Stadtkreise. Es bleibt die Frage, inwieweit kleinräumige Faktoren hier Bedeutung haben. Jedoch auch Unterschiede in den Eigentumsverhältnissen sowie bei der durchschnittlichen Mietdauer sind

wohl zu berücksichtigen, will man die hohen Preise der, zumindest auf den ersten Blick, weniger attraktiven Wohnungen in Großgebäuden erklären.

Kleine Wohnungen besonders knapp und teuer

Von auffällig starkem Einfluß auf die gezahlte Quadratmetermiete ist die Größe der Wohnung, im folgenden gemessen an der Zahl der Räume in der Wohnung, wobei nur die Wohn- und Schlafräume berücksichtigt werden. Kleine Wohnungen sind relativ gesehen sehr viel teurer als größere und der Abstand zwischen den Quadratmetermieten wird mit zunehmender Raumzahl geringer.

Einzimmerwohnungen weisen fast unabhängig vom Baualter um 2,10 bis 2,40 DM höhere Quadratmetermieten auf als solche mit 2 Zimmern. Der Abstand dieser 2-Zimmer-Wohnungen zu denen mit 3 Wohnräumen beträgt nur noch 0,35 bis 0,70 DM, wobei die Differenz bei älteren Gebäuden kleiner ausfällt. Der Abstand der Durchschnittsmiete zwischen Wohnungen mit 4 bzw. 5 und mehr Räumen ist nur noch bei Neubauten erwähnenswert (0,40 DM).

Die Quadratmetermiete kleiner Wohnungen liegt seit jeher höher als bei größeren Wohnungen, da die weitgehend fixen Kosten für die Sanitärausstattung auf eine geringere Wohnfläche aufzuteilen sind. Der Unterschied etwa zur Dreizimmerwohnung hat jedoch ein Ausmaß angenommen, das auf eine besondere Verknappung kleiner Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt schließen läßt.

Hierin wirkt sich wohl die Tatsache aus, daß eine beträchtliche Zahl vornehmlich kleinerer Wohnungen dem Markt entzogen sind: Frühere Zweifamilienhäuser, insbesondere solche mit Einliegerwohnung, werden zwischenzeitlich nur noch als eine große Wohneinheit genutzt und die an sich vorhandene jeweils zweite kleinere Wohnung nicht oder nicht mehr vermietet.⁴

⁴Vgl. Büringer, Helmut: Gebäude- und Wohnungszählung 1987 – Bestand an Gebäuden und Wohnungen und quantitative Wohnraumversorgung der Haushalte –, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1989, S. 48 ff.

Tabelle 5

Nicht öffentlich und öffentlich geförderte Mietwohnungen*) in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Anzahl der Räume, m²-Miete und Baualter des Gebäudes

Gebäude errichtet von ... bis ...	Bewohnte reine Mietwohnungen insgesamt ¹⁾		Davon mit ... Räumen ²⁾									
			1		2		3		4		5 und mehr	
	Anzahl	Miete je m ² in DM	Anzahl	Miete je m ² in DM	Anzahl	Miete je m ² in DM	Anzahl	Miete je m ² in DM	Anzahl	Miete je m ² in DM	Anzahl	Miete je m ² in DM
Nicht öffentlich geförderte Wohnungen												
vor 1949	442 204	5,74	33 393	8,19	116 780	6,10	173 687	5,63	79 881	5,46	38 463	5,45
1949 – 1968	478 529	6,57	47 063	9,00	127 846	6,75	194 510	6,40	80 536	6,27	28 574	6,40
1969 – 1978	282 412	7,31	36 267	10,14	75 290	7,75	94 401	7,14	53 607	6,79	22 847	6,73
1979 und später ..	173 989	8,42	26 415	10,26	57 898	8,91	48 678	8,21	25 641	7,90	15 357	7,77
Zusammen	1 377 134	6,71	143 138	9,37	377 814	7,12	511 276	6,49	239 665	6,32	105 241	6,34
Öffentlich geförderte Wohnungen												
vor 1949	5 613	5,50	415	6,49	1 650	5,67	2 428	5,48	850	5,38	270	4,96
1949 – 1968	161 116	5,82	10 635	6,40	49 604	5,82	76 485	5,77	20 712	5,88	3 680	5,60
1969 – 1978	51 374	7,18	5 017	7,78	13 887	7,31	20 433	7,18	10 069	7,02	1 968	6,74
1979 und später ..	25 584	7,31	2 710	7,90	8 272	7,49	9 459	7,26	4 188	7,12	955	6,86
Zusammen	243 687	6,30	18 777	7,02	73 413	6,33	108 805	6,21	35 819	6,37	6 873	6,09

*) Nur bewohnte reine Mietwohnungen. – ¹⁾ Ohne Freizeitwohnungen, ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung; ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftswohnungen, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen; ohne Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte; ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen. – ²⁾ Alle Räume mit 6 m² und mehr, ohne Küche.

Der offenbar bestehende Mangel an kleineren Wohnungen schlägt sich jedoch fast nur bei nicht öffentlich geförderten Wohnungen im Mietpreisniveau nieder. Bei den öffentlich geförderten Wohnungen ist der Mietpreisunterschied differenziert nach der Raumzahl sehr viel geringer. Es zeigt sich hierin, daß die bestehende Mietpreisbindung die Wirkung der Nachfrageungleichgewichte nahezu ausgleicht. Unterstellt man, daß die Mietpreisdifferenzen zwischen kleinen und großen Wohnungen bei den öffentlich geförderten etwa den Unterschieden in den fixen Kosten entsprechen, so würde daraus folgen, daß die über diesen Betrag von rund 0,50 DM hinausgehenden Differenzen auf die besondere Knappheit kleiner Wohnungen zurückzuführen sind.

Die simultane Differenzierung nach der öffentlichen Förderung und dem Baualter macht auf eine weitere Besonderheit des Mietpreisgefüges aufmerksam, nämlich den zum Teil auffallend geringen Einfluß der Förderung bei größeren Wohnungen. Für Wohnungen mit vier bzw. fünf und mehr Räumen in 1969 bis 1978 errichteten Gebäuden liegen die Durchschnittsmieten der öffentlich geförderten Wohnungen sogar etwas höher als die der frei finanzierten Wohnungen. Dabei ist auch festzuhalten, daß die Unterschiede zwischen alten und neuen Wohnungen ohne öffentliche Förderung deutlich höher sind als bei solchen mit Förderung und daß zwischen nicht geförderten Wohnungen aus den 70er und solchen aus den 80er Jahren durchschnittliche Unterschiede von 1,- DM je m², bei den öffentlich geförderten Wohnungen aus denselben Zeitab-

Tabelle 6

Mieten der nicht öffentlich geförderten Wohnungen*) mit Bad, WC und Sammelheizung in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Raumzahl, Baualter des Gebäudes und Einzugsjahr des Haushalts

Einzugsjahr des Haushalts	Bewohnte reine Miet- wohnungen ¹⁾ insgesamt	Davon mit ... Räumen ²⁾				
		1	2	3	4	5 und mehr
	Miete je m ² in DM					
Wohnungen in Gebäuden vor 1949 errichtet						
vor 1970	5,28	6,61	5,55	5,35	5,13	5,03
1970 – 1974	5,64	7,45	5,90	5,67	5,50	5,46
1975 – 1979	5,86	7,81	6,18	5,84	5,68	5,76
1980 – 1984	6,56	8,91	6,92	6,43	6,36	6,40
1985 – 1986	7,18	9,93	7,70	6,98	6,69	6,68
1987	7,59	10,39	8,07	7,25	7,00	6,91
Zusammen	6,36	9,19	6,89	6,24	6,03	6,03
Wohnungen in Gebäuden in 1949 bis 1968 errichtet						
vor 1970	6,17	7,79	6,38	6,16	5,99	5,80
1970 – 1974	6,44	8,42	6,73	6,44	6,14	6,19
1975 – 1979	6,53	8,64	6,84	6,51	6,22	6,32
1980 – 1984	7,01	9,55	7,33	6,84	6,62	6,89
1985 – 1986	7,57	10,24	7,84	7,26	7,01	7,23
1987	7,88	10,64	8,08	7,47	7,22	7,32
Zusammen	6,88	9,55	7,21	6,71	6,47	6,63
Wohnungen in Gebäuden in 1969 bis 1978 errichtet						
vor 1970	6,63	8,71	6,93	6,73	6,39	5,87
1970 – 1974	6,76	8,84	7,06	6,84	6,49	6,24
1975 – 1979	6,91	9,30	7,31	6,89	6,56	6,45
1980 – 1984	7,40	10,10	7,87	7,25	6,88	6,93
1985 – 1986	7,94	10,67	8,33	7,58	7,25	7,23
1987	8,29	11,06	8,56	7,81	7,47	7,28
Zusammen	7,38	10,24	7,83	7,21	6,84	6,79
Wohnungen in Gebäuden in 1979 und später errichtet						
vor 1970	–	–	–	–	–	–
1970 – 1974	–	–	–	–	–	–
1975 – 1979	7,05	8,42	7,23	6,99	6,97	6,89
1980 – 1984	8,07	9,69	8,41	7,94	7,80	7,74
1985 – 1986	8,82	10,51	9,32	8,56	8,20	8,01
1987	9,14	10,89	9,57	8,78	8,33	8,30
Zusammen	8,51	10,34	9,00	8,29	7,99	7,87
Wohnungen insgesamt						
vor 1970	5,88	7,58	6,15	5,92	5,69	5,43
1970 – 1974	6,42	8,50	6,76	6,47	6,17	6,00
1975 – 1979	6,57	8,86	6,96	6,54	6,27	6,24
1980 – 1984	7,27	9,70	7,71	7,09	6,89	7,01
1985 – 1986	7,95	10,42	8,44	7,62	7,32	7,34
1987	8,29	10,82	8,69	7,84	7,52	7,52
Insgesamt	7,19	9,92	7,73	6,98	6,70	6,75

*) Nur bewohnte reine Mietwohnungen. - ¹⁾ Ohne Freizeitwohnungen; ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung; ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftswohnungen, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen; ohne Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte; ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen. - ²⁾ Alle Räume mit 6 m² und mehr, ohne Küche.

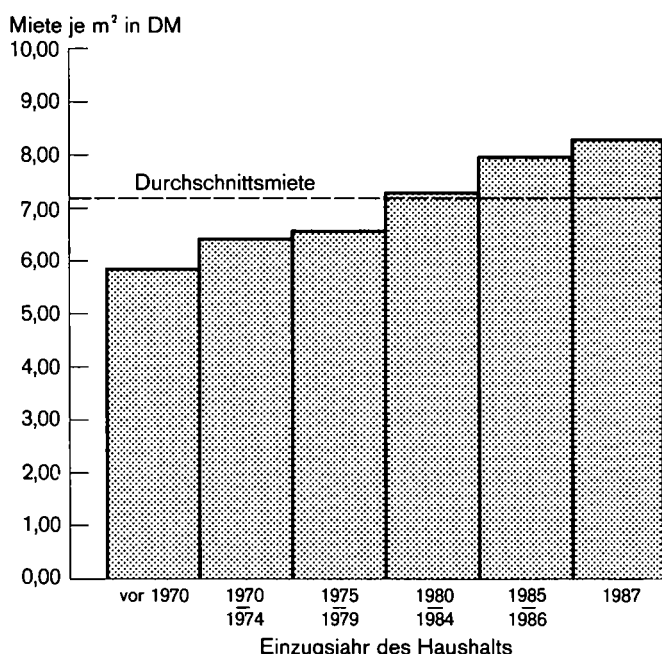
schnitten jedoch fast keine Mietpreisunterschiede bestehen (rund 0,10 DM). Der Grund für diese Besonderheiten liegt nicht in Ausstattungsunterschieden, und auch denkbare Abweichungen in der regionalen Verteilung liefern keine Erklärung. Die Ursache für den Sachverhalt, daß öffentlich geförderte Wohnungen höhere Quadratmetermieten aufweisen als nicht geförderte, ist in erster Linie darin zu suchen, daß die Höhe der gezahlten Miete sehr stark vom Einzugsdatum in die Wohnung abhängig ist. Dieser Faktor ist allgemein von herausragender Bedeutung für die herrschende Mietpreissituation.

Höhe der Miete abhängig von der Mietdauer

Hauptsächlich in frei finanzierten Wohnungen zahlen Mieter, die bereits geraume Zeit die zum Stichtag bewohnte Wohnung besitzen, deutlich weniger Miete als solche, die in einer Wohnung ähnlicher Art erst kurz vor dem Stichtag

Schaubild 2

Mieten der nicht öffentlich geförderten Wohnungen*) mit Bad, WC und Sammelheizung in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Einzugsjahr des Haushalts

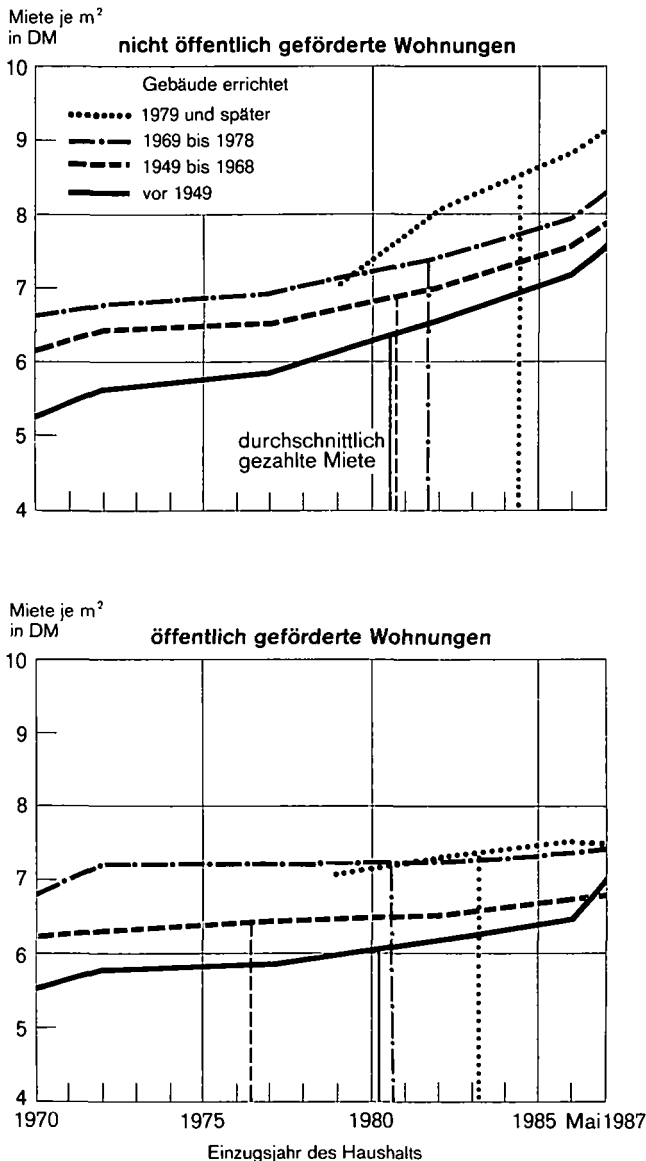


*) Nur bewohnte reine Mietwohnungen.

eingezogen sind. So beträgt die Quadratmetermiete für eine 1987 bezogene Wohnung mit Bad, WC und Sammelheizung im Durchschnitt 8,29 DM, während für dieselbe Durchschnittswohnung bei Einzug vor 1970 lediglich 5,88 DM bezahlt werden. Der Haushalt, der jetzt eine Wohnung bezieht, zahlt also im Durchschnitt eine um mehr als 40% höhere Quadratmetermiete als der vor 1970 in die gleiche Wohnung eingezogene Haushalt. Auch nach dem Alter des Gebäudes differenziert, bleibt der gravierende Einfluß des Einzugsdatums erhalten, wenngleich sich das Bild etwas verändert. Diese Veränderung erklärt sich dadurch, daß das Baualter insbesondere die Zusammensetzung der Gruppe der vor 1970 bezogenen Wohnungen beeinflusst

Schaubild 3

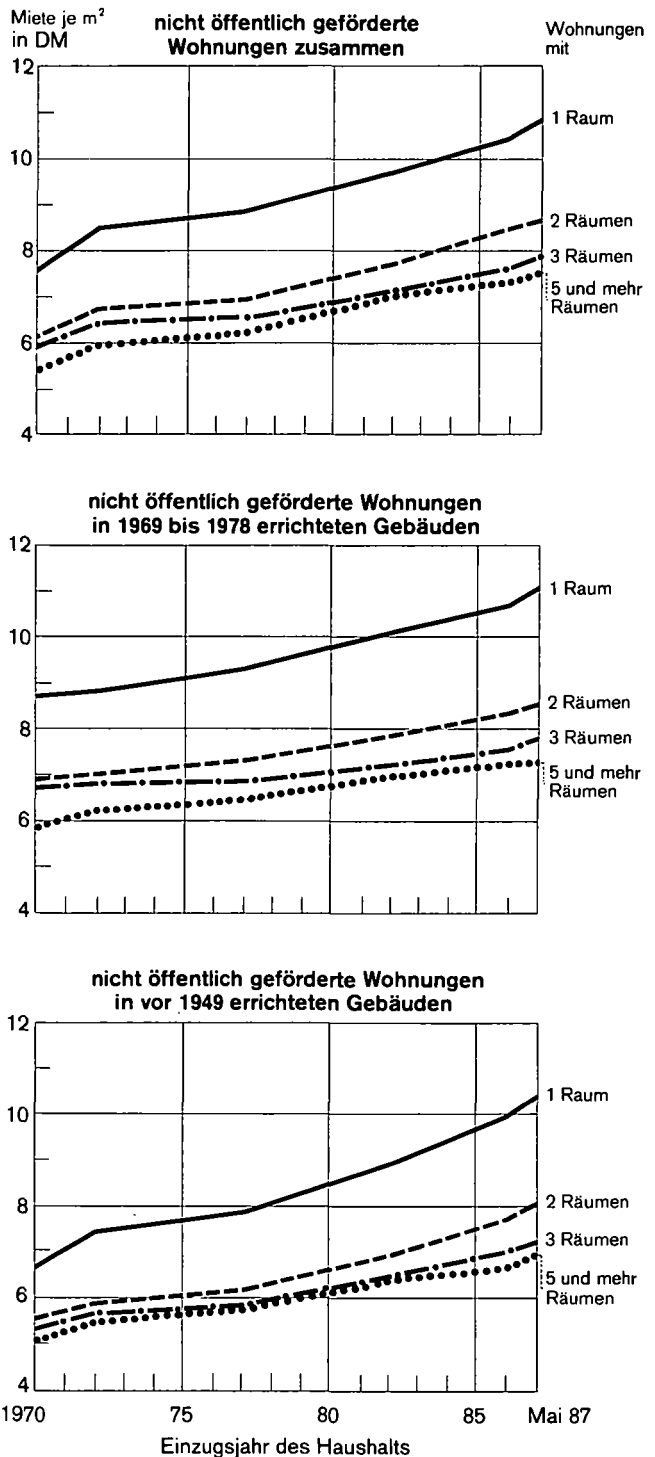
Mieten der nicht öffentlich und öffentlich geförderten Wohnungen*) mit Bad, WC und Sammelheizung in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Baualter des Gebäudes und Einzugsjahr des Haushalts



*)Nur bewohnte reine Mietwohnungen.

Schaubild 4

Mieten der nicht öffentlich geförderten Wohnungen*) mit Bad, WC und Sammelheizung in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Raumzahl, Baualter des Gebäudes und Einzugsjahr des Haushalts



*)Nur bewohnte reine Mietwohnungen.

Tabelle 7

Wohnungsmieten der Hauptmieterhaushalte in nicht öffentlich geförderten, reinen Mietwohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Raumzahl, Haushaltstyp und Baualter des Gebäudes

Haushaltstyp	Hauptmieter- haushalte in reinen Mietwohnungen insgesamt ¹⁾	Davon in Wohnungen mit ... Räumen ²⁾				
		1	2	3	4	5 und mehr
	Miete je m ² in DM					
Haushalte in bis 1967 errichteten Gebäuden						
Haushalte mit 1 Person	6,95	9,56	7,03	6,35	6,02	5,81
darunter						
im Alter von 65 und mehr Jahren	6,03	7,79	6,23	5,83	5,48	5,20
Haushalte mit 2 Personen	6,60	8,67	7,10	6,58	6,26	6,16
darunter						
beide Personen im Alter von 65 und mehr Jahren ...	6,03	6,57	6,28	6,10	5,85	5,61
Haushalte in 1968 und später errichteten Gebäuden						
Haushalte mit 1 Person	8,31	10,32	8,22	7,39	6,94	6,76
darunter						
im Alter von 65 und mehr Jahren	7,13	8,77	7,26	6,67	6,17	5,63
Haushalte mit 2 Personen	7,71	9,94	8,37	7,61	7,11	7,12
darunter						
beide Personen im Alter von 65 und mehr Jahren ...	7,02	8,55	7,34	7,02	6,69	6,52

¹⁾ Ohne Haushalte in Freizeitwohnungen; ohne Haushalte in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung; ohne Haushalte von Angehörigen ausländischer Streitkräfte; ohne Haushalte in Wohnungen mit 2 und mehr Haushalten; ohne Haushalte in Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftswohnungen, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen; ohne Haushalte in verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassenen Wohnungen. – ²⁾ Alle Räume mit 6 m² und mehr, ohne Küche.

und offenbar in Gebäuden, die vor 1949 errichtet wurden, zwischenzeitlich ein stärkerer Wechsel stattgefunden hat als in 1949 bis 1968 erstellten. Schließlich hat sich mit wachsendem zeitlichem Abstand der Preisunterschied zwischen diesen beiden Baualtersgruppen verringert. Während bei Einzug im Zeitraum von 1970 bis 1974 die älteren Wohnungen noch 0,80 DM je m² weniger an Miete kosteten, waren es bei Einzug im Jahr 1987 nur noch 0,29 DM weniger als bei den nach der Währungsreform bis 1968 errichteten Wohnungen.

Im Bereich der öffentlich geförderten Wohnungen sind im Gegensatz zu den frei finanzierten die Mietpreissteigerungen fast unabhängig vom Einzugsjahr, das heißt auch Haushalte, die zehn und mehr Jahre in derselben Wohnung leben, sind von der Anhebung der Miete hier betroffen. Damit erklärt sich auch die obige Feststellung, daß Sozialwohnungen, die in den 70er Jahren bezogen wurden, ähnlich hohe oder sogar höhere Mieten aufweisen, als gleichfalls in dieser Zeit bezogene nicht öffentlich geförderte Mietwohnungen.

Überdurchschnittliche Mietpreisunterschiede in Abhängigkeit vom Einzugsjahr bestehen bei den Ein- und Zweizimmerwohnungen, während bei größeren Einheiten der Abstand zwischen den vor 1970 und erst 1987 bezogenen Wohnungen unter dem Durchschnitt liegt. Die Wohnungen mit fünf und mehr Räumen weisen etwas höhere Differenzen auf als Wohnungen mit drei oder vier Räumen. Auch hierin spiegelt sich die besondere Knappheit kleiner Wohnungen wider.

Aktuelle „Marktmiete“ deutlich höher als allgemeine Durchschnittsmiete

Der außerordentlich starke Zusammenhang zwischen Einzugsdatum und Höhe der Quadratmetermiete verdeutlicht,

daß die Mietsteigerungen im Bereich der nicht öffentlich geförderten Wohnungen in erster Linie die jeweils Wohnungssuchenden betreffen. Innerhalb bestehender Mietverträge halten sich die Mietsteigerungen vergleichsweise in Grenzen.

Die auf den Gesamtbestand der reinen Mietwohnungen bezogenen Durchschnittsmieten geben also nur Auskunft über die derzeit im Mittel gezahlten Mieten. Daneben steht die für den gegenwärtigen Wohnungsmarkt relevante „Marktmiete“, die vom derzeit Wohnungssuchenden zu zahlen ist, wenn er keinen Anspruch auf eine öffentlich geförderte Wohnung hat.

Diese Zweiteilung des Mietpreisgefüges in Abhängigkeit vom Einzugsdatum wirkt sicherlich dem Anliegen entgegen, daß kleinere Haushalte, hier insbesondere ältere Menschen, eine schon geraume Zeit bewohnte und jetzt möglicherweise „zu große“ Wohnung freimachen und in eine kleinere Wohnung umziehen. Ein Rechenbeispiel verdeutlicht eine beim bestehenden Mietpreisgefüge möglicherweise nicht seltene Konstellation, daß nämlich ein Haushalt für eine Vierzimmerwohnung, die er vor 1970 bezog, auch insgesamt weniger an Miete zu zahlen hat, als er für eine ersatzweise zu mietende Zweizimmerwohnung aufbringen müßte, wobei denkbare sonstige Schwierigkeiten bei der Suche einer angemessenen Wohnung in der alten Umgebung gar nicht berücksichtigt sind.

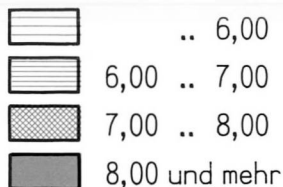
Tatsächlich zeigt ein Vergleich der von verschiedenen Haushaltstypen durchschnittlich bezahlten Quadratmetermieten, daß gerade kleine Haushalte mit älteren Personen sich in einer vergleichsweise günstigen Mietpreissituation befinden. Eine Aufgabe der gewohnten preisgünstigen, wenn auch zu großen Wohnung, kann sicher, falls überhaupt, nur erwartet werden, wenn es gelingt, eine hinsichtlich ihrer Art und Lage und vor allem im Mietpreis attraktive Wohnung in angemessener Größe zu finden.

Dr. Helmut Büringer

Durchschnittsmiete je qm Wohnfläche der nicht öffentlich geförderten Wohnungen *) in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987 - Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung -

In DM

von .. bis unter ..



Landeswert: 7,19



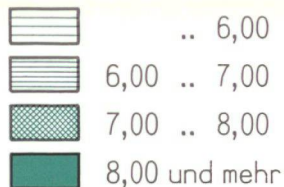
*) Nur reine Mietwohnungen mit Bad/Dusche, WC und Sammelheizung

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

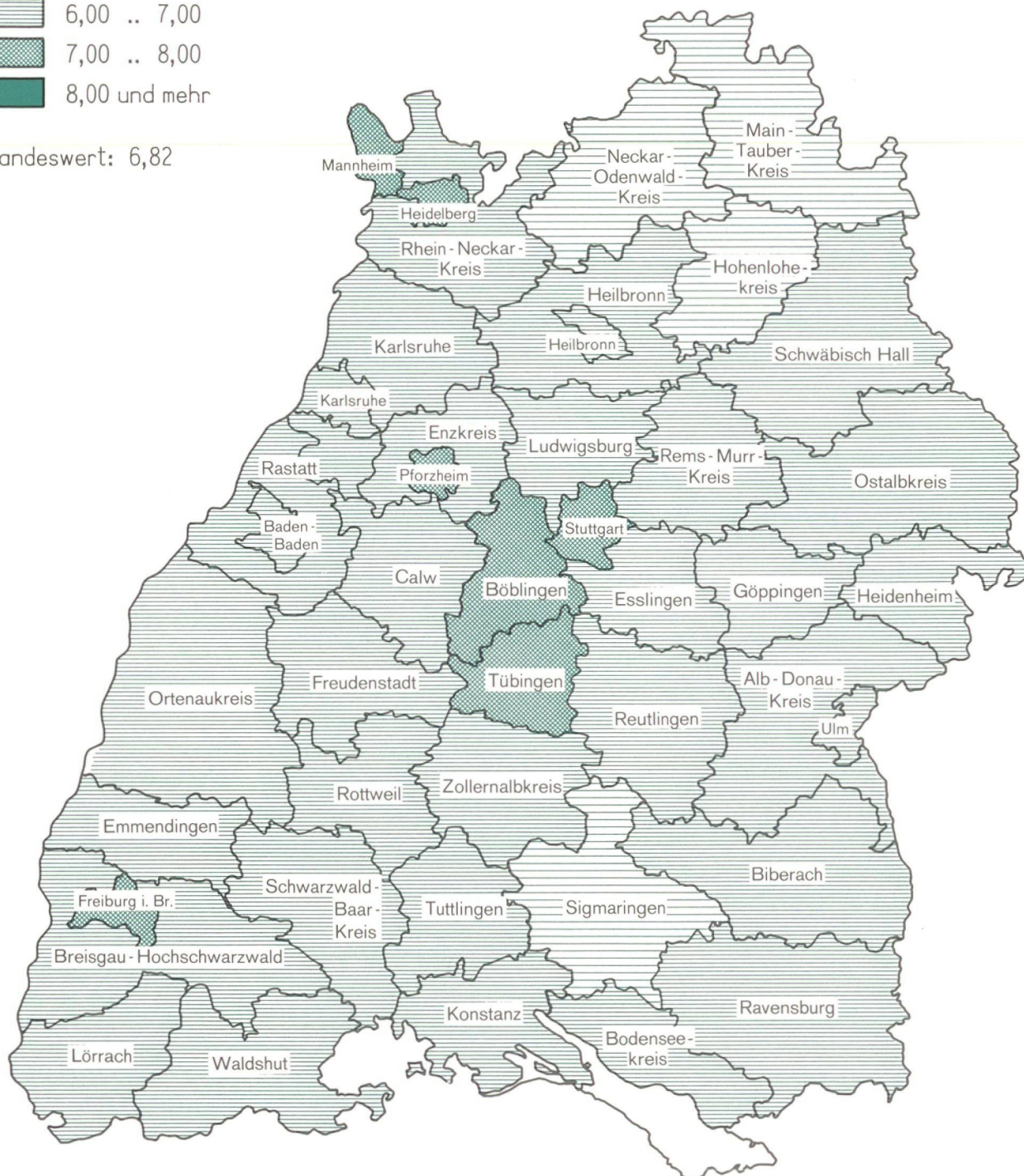
Durchschnittsmiete je qm Wohnfläche der öffentlich geförderten Wohnungen *) in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987 - Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung -

In DM

von .. bis unter..



Landeswert: 6,82



*) Nur reine Mietwohnungen mit Bad/Dusche, WC und Sammelheizung

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landesinformationssystem

360 90

Wohnungsmieten in den Gemeinden und Regionen des Landes im Jahre 1987

Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1987

Die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 erlauben eine differenzierte Darstellung des Mietpreisgefüges sowohl in tiefer sachlicher als auch in regionaler Gliederung. In einem vorausgegangenen Beitrag¹ wurden die aus Gebäude- und Wohnungsstruktur bzw. Mietdauer resultierenden Einflüsse, die landesweit in ähnlicher Weise auf den Mietpreis wirken, betrachtet. Hierbei wurden als besonders zu berücksichtigende Faktoren das Baualter und die Größe des Gebäudes, die Größe der Wohnung, die öffentliche Förderung und die Mietdauer erkannt. Diese im weitesten Sinn qualitativen Kennzeichen der Wohnung wirken weitgehend unabhängig vom Standort auf den Mietpreis. Das heißt, auch bei der Betrachtung von regionalen Wohnungsmärkten sind diese Einflüsse zu berücksichtigen. Allerdings wirken sie jeweils auf sehr unterschiedlichem Niveau, das heißt der Mietpreis, der sich, zumindest bei Wohnungen ohne öffentliche Förderung, aus dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage ergibt, ist bei sonst vergleichbaren Wohnungen regional sehr verschieden. Die folgende regionale Betrachtung der Wohnungsmieten soll die Darstellung der Mietpreissituation in Baden-Württemberg vervollständigen.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich, soweit nichts anderes gesagt, auf reine Mietwohnungen ohne öffentliche Förderung mit Bad, WC und Sammelheizung.

Mietpreisniveaunterschiede von über 200%

Die Durchschnittsmiete je qm Wohnfläche, die sich aus Kaltmiete und Gesamtfläche der Wohnung berechnet, streut in den Gemeinden des Landes zwischen Beträgen von über 9 DM und solchen von unter 3 DM je qm. Diese Niveauunterschiede beim Mietpreis von über 200% erklären sich in erster Linie aus der unterschiedlichen wirtschaftlichen und kulturellen Rolle der Gemeinden bzw. ihrer regionalen Lage zu entsprechenden Zentren. Offenbar leitet sich aus der Wirtschaftskraft bzw. dem Angebot an Bildungseinrichtungen eine besondere Attraktivität für sich neu bildende junge bzw. zuwandernde Haushalte ab, und diese treten zumindest zunächst als Nachfrager von Mietwohnungen auf. Dementsprechend sind die Eigentümerquoten in den Wirtschaftszentren und Universitätsstädten am geringsten und auch in angrenzenden Gemeinden noch relativ niedrig. Dagegen machen in Gemeinden mit sehr niedrigen Mieten Eigentümerwohnungen vergleichsweise hohe Anteile aus.

¹ Vgl. Büringer, Helmut: Wohnungsmieten in Baden-Württemberg 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1990 S. 65 ff.

Tabelle 1

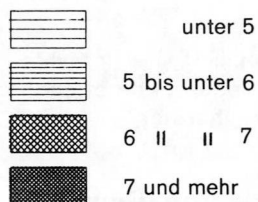
Durchschnittliche m²-Mieten in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987 nach Raumkategorien des Landesentwicklungsplans (LEP) und Gemeindegrößenklassen

Gegenstand der Nachweisung	Gemeinden insgesamt		Davon mit einer m ² -Miete der nicht öffentlich geförderten reinen Mietwohnungen ¹⁾ mit Bad, WC und Sammelheizung von ... bis unter ... DM							Variations- koeffizient (Standard- abweichung Mittelwert)
	Anzahl	durch- schnittliche m ² -Miete in DM	unter 4,00 ²⁾	4,00 – 5,00	5,00 – 6,00	6,00 – 7,00	7,00 – 8,00	8,00 – 9,00	9,00 und mehr	
Raumkategorien des LEP										
Verdichtungsräume	132	7,53	–	–	2	26	72	29	3	0,10
Randzonen um Verdichtungsräume ..	255	6,77	–	–	40	122	76	17	–	0,12
Verdichtungsgebiete	68	6,51	–	–	23	26	15	3	1	0,14
Ländlicher Raum i. e. S.	655	5,61	20	132	318	143	35	6	1	0,16
Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohner										
unter 10 000	909	6,49	20	130	349	246	133	28	3	0,18
10 000 – 20 000	119	6,97	–	1	27	41	36	13	1	0,14
20 000 – 50 000	61	7,20	–	–	7	25	20	9	–	0,13
50 000 – 100 000	13	7,64	–	–	–	4	6	2	1	0,11
100 000 und mehr	8	7,86	–	–	–	2	3	3	–	0,11
Baden-Württemberg	1 110	7,19	20	131	383	318	198	55	5	0,21

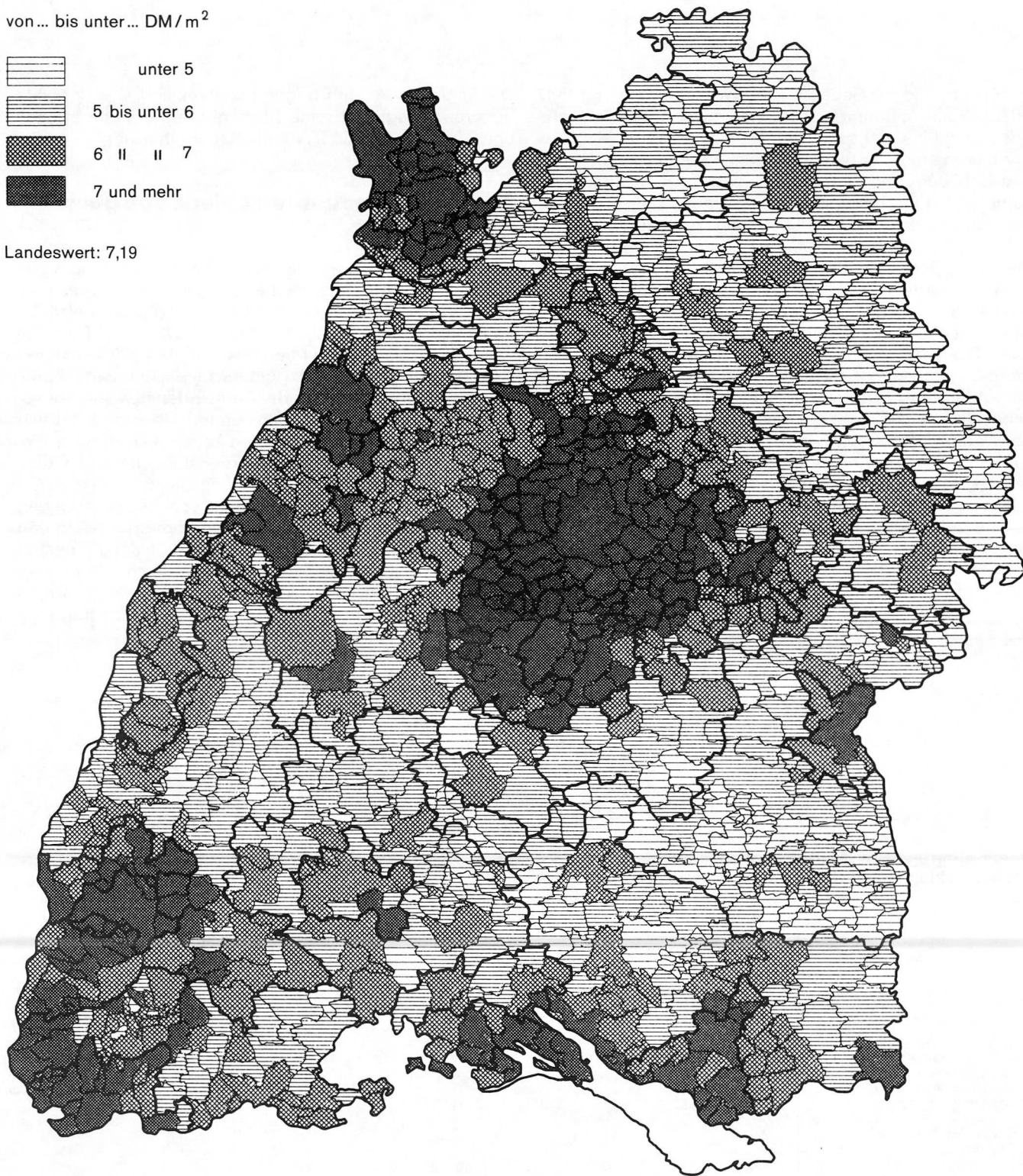
¹⁾ Ohne Freizeitwohnungen; ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung; ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftswohnungen, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen; ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen; ohne völlig untervermietete Wohnungen; ohne Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte. – ²⁾ Einschließlich 3 Gemeinden ohne nicht öffentlich geförderte reine Mietwohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung.

**Durchschnittsmiete je m² Wohnfläche *) in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987
nach Raumkategorien des Landesentwicklungsplanes**

von ... bis unter... DM/m²



Landeswert: 7,19



*) In nicht öffentlich geförderten reinen Mietwohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung.

Die regionale Wirtschaftskraft als Bestimmungsgröße für die Nachfrage nach Mietwohnungen wird relativ gut berücksichtigt durch die Einteilung der Gemeinden in die Raumkategorien des Landesentwicklungsplans.² Die Streuung der Quadratmetermiete innerhalb der vier Raumkategorien ist daher jeweils deutlich geringer als über das gesamte Land betrachtet. Die hohen Mieten konzentrieren sich im wesentlichen auf die Verdichtungsräume, wobei allerdings noch deutliche Niveauunterschiede zwischen Teilen dieser Raumkategorie erkennbar werden.

In den Randzonen der Verdichtungsgebiete liegen die Mieten zwar im allgemeinen bereits deutlich niedriger, jedoch sind in Teilen dieser Randzonen, die aufgrund ihrer verkehrsgünstigen Lage zu Wirtschaftszentren besonders attraktiv erscheinen, Mietniveaus festzustellen, die dem des jeweils zugehörigen Verdichtungsraumes entsprechen oder dieses sogar überschreiten. Besonders hervorzuheben sind hierbei Gemeinden des Landkreises Böblingen, Teile der Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen, die günstig zu Freiburg liegen, sowie eine Reihe von Gemeinden des Rhein-Neckar-Kreises nahe bei Heidelberg bzw. Mannheim. In den Verdichtungsbereichen liegt das Niveau der Mieten in ähnlicher Bandbreite wie in den Randzonen. In der Regel unter 6 DM und damit deutlich am niedrigsten liegen erwartungsgemäß die Durchschnittsmieten im Ländlichen Raum. Lediglich in Gemeinden, die verkehrsgünstig zu Mittelzentren oder Verdichtungsgebieten liegen, wird ein höheres Niveau erreicht.

²Die Raumkategorien des Landesentwicklungsplans wurden nach dem Gebietsstand vom 31. Dezember 1969 abgegrenzt. Im Zusammenhang mit der Gemeindeförderung gab es eine Vielzahl von Gemeindegrenzenänderungen über die Abgrenzung von Raumkategorien hinweg. Da die amtliche Statistik Regionaldaten in der Regel nur bis zur Ebene der (neuen) Gemeinden auswertet, ist es seit 1972 nicht mehr möglich, Daten für die LEP-Räume in der Abgrenzung von 1969 zusammenzustellen. Mangels einer bundeseinheitlichen Abgrenzung hat das Innenministerium Baden-Württemberg eine Zuordnung der „neuen“ Gemeinden zu den Raumkategorien getroffen, die für statistische Aussagen herangezogen werden kann. Bei dieser Zuordnung handelt es sich um keine Neuabgrenzung. Es muß aber beachtet werden, daß früher veröffentlichte Daten über Raumkategorien mit den hier zusammengestellten Zahlenangaben aus methodischen Gründen nicht voll vergleichbar sind.

Tabelle 2

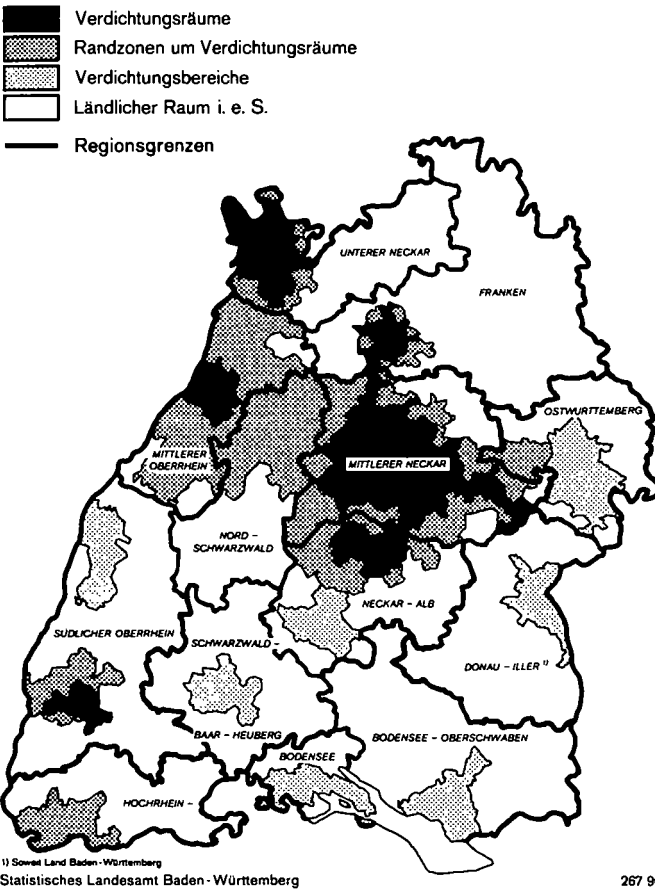
m²-Mieten bewohnter nicht öffentlich geförderter reiner Mietwohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung in den Stadtkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987 nach Baualter des Gebäudes und Raumkategorien des Landesentwicklungsplans (LEP)

Stadtkreise	Bewohnte reine Miet- wohnungen mit Bad, WC und Sammel- heizung insgesamt ¹⁾	Davon in von . . . bis . . . errichteten Gebäuden			
		bis 1948	1949 – 1968	1969 – 1978	1979 und später
		Miete je m ² in DM			
Verdichtungsräume					
Stuttgart, Landeshauptstadt	8,42	7,22	8,11	9,63	11,59
Heilbronn, Stadt	6,78	5,93	6,39	7,12	8,31
Karlsruhe, Stadt	7,14	6,23	7,14	8,06	9,39
Heidelberg, Stadt	8,71	7,77	8,33	9,73	11,27
Mannheim, Universitätsstadt	7,51	6,55	7,52	8,39	9,70
Freiburg im Breisgau, Stadt	8,83	7,57	8,38	9,32	11,29
Randzonen um Verdichtungsräume					
Baden-Baden, Stadt	7,86	7,19	7,52	8,22	9,92
Pforzheim, Stadt	6,98	6,14	6,63	7,70	8,94
Verdichtungsgebiete					
Ulm, Universitätsstadt	7,38	6,33	7,07	7,85	9,15

¹⁾ Ohne Freizeitwohnungen; ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung; ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftswohnungen, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen; ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen; ohne völlig untervermietete Wohnungen; ohne Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte.

Schaubild 2

Raumkategorien in Baden-Württemberg nach dem Landesentwicklungsplan 1983



Ein anderer Einflußfaktor auf das Mietniveau, der bei den ländlichen Gemeinden sichtbar wird, ist die Attraktivität als Freizeit- oder Feriengebiet, die auch bei einer größeren Entfernung zu Wirtschaftszentren zu einem deutlich über-

durchschnittlichen Mietniveau führt. In besonderer Deutlichkeit zeigt sich dieser Zusammenhang bei zahlreichen Gemeinden des Kreises Breisgau-Hochschwarzwald, aber auch in Teilen der Kreise Waldshut und Lörrach sowie des Bodenseekreises.

Gemeindegröße und Mietpreisniveau

Eine andere Gruppierung der Gemeinden ergibt die Ordnung nach der Einwohnerzahl, einer Größe, die ihrerseits relativ stark mit der wirtschaftlichen und kulturellen Bedeu-

tung korreliert. Dementsprechend zeigt die Einteilung nach Einwohnergrößenklassen auch, daß Großstädte im Mittel höhere Mieten aufweisen als vergleichsweise kleine Gemeinden. Die Streuung der Durchschnittsmieten innerhalb der Größenklassen bleibt jedoch – ausgenommen die großen Städte – ähnlich breit wie im Gesamtbestand. Dies gilt insbesondere für die Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern sowie solche von 10 000 bis 20 000 Einwohnern und selbst bis 50 000 Einwohnern sind noch erhebliche Bandbreiten festzustellen. Entscheidend für das Mietniveau ist also in erster Linie die regional günstige Lage der Gemeinden hinsichtlich der wirtschaftlichen, kulturellen bzw. der vom Freizeitwert ausgehenden Attraktivität. Die

Tabelle 3

m²-Mieten bewohnter nicht öffentlich geförderter reiner Mietwohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung in den Großen Kreisstädten Baden-Württembergs mit 25 000 und mehr Einwohnern am 25. Mai 1987 nach Baualter des Gebäudes und Raumkategorien des Landesentwicklungsplans (LEP)

Große Kreisstädte mit 25 000 und mehr Einwohnern	Bewohnte reine Miet- wohnungen mit Bad, WC und Sammel- heizung insgesamt ¹⁾	Davon in von . . . bis . . . errichteten Gebäuden			
		bis 1948	1949 – 1968	1969 – 1978	1979 und später
		Miete je m² in DM			
Verdichtungsräume					
Böblingen, Stadt	8,95	7,37	8,23	9,15	11,01
Leonberg, Stadt	8,98	6,99	7,93	9,14	10,78
Sindelfingen, Stadt	8,39	7,04	7,79	8,75	10,64
Esslingen a. Neckar, Stadt	7,85	6,91	7,26	8,51	10,18
Filderstadt, Stadt	8,32	6,66	7,55	8,36	10,00
Kirchheim u. Teck, Stadt	7,67	6,75	7,10	7,74	9,18
Leinfelden-Echterdingen, Stadt	8,65	7,45	8,00	9,00	10,64
Nürtingen, Stadt	7,55	6,86	7,20	7,61	8,88
Ostfildern, Stadt	8,55	7,13	7,80	8,82	10,34
Geislingen an der Steige, Stadt	6,21	5,66	6,20	6,64	7,26
Göppingen, Stadt	7,03	6,08	6,71	7,59	8,61
Bietigheim-Bissingen, Stadt	8,08	7,09	7,65	8,17	9,24
Kornwestheim, Stadt	8,14	6,58	7,44	9,24	10,40
Ludwigsburg, Stadt	7,65	6,61	7,15	8,14	9,83
Fellbach, Stadt	7,61	6,67	7,11	8,44	10,05
Schorndorf, Stadt	7,58	6,17	6,84	7,82	9,39
Waiblingen, Stadt	7,83	6,33	7,14	8,34	9,69
Ettlingen, Stadt	7,18	6,14	6,62	7,62	8,40
Weinheim, Stadt	7,48	6,42	7,14	7,76	9,36
Reutlingen, Stadt	7,98	6,57	7,43	8,33	9,77
Tübingen, Universitätsstadt	9,11	7,41	8,43	9,35	11,07
Randzonen um Verdichtungsräume					
Herrenberg, Stadt	8,07	6,64	7,59	8,01	9,66
Backnang, Stadt	6,94	6,08	6,53	7,00	8,35
Schwäbisch Gmünd, Stadt	6,29	5,75	5,90	6,53	7,61
Bruchsal, Stadt	5,87	5,35	5,86	5,89	6,67
Gaggenau, Stadt	6,50	5,84	6,23	6,39	8,04
Rastatt, Stadt	6,76	5,52	6,69	6,91	8,09
Lörrach, Stadt	7,85	6,84	7,54	8,45	9,54
Rheinfelden (Baden), Stadt	7,46	6,45	6,94	7,69	8,71
Weil am Rhein, Stadt	7,53	6,66	7,09	8,01	9,30
Rottenburg am Neckar, Stadt	7,26	6,44	6,80	7,28	8,36
Verdichtungsgebiete					
Heidenheim an der Brenz, Stadt	6,19	5,53	6,19	6,40	7,11
Aalen, Stadt	6,06	5,51	5,62	6,06	6,95
Kehl, Stadt	6,77	5,80	6,74	7,00	7,80
Lahr/Schwarzwald, Stadt	6,52	5,57	6,32	7,02	8,09
Offenburg, Stadt	6,64	5,77	6,45	7,08	8,27
Villingen-Schwenningen, Stadt	6,48	5,68	6,29	6,85	7,65
Konstanz, Universitätsstadt	8,71	7,49	8,27	9,28	11,54
Radolfzell am Bodensee, Stadt	7,25	6,33	6,94	7,40	8,41
Singen (Hohentwiel), Stadt	7,07	6,12	6,95	7,42	8,10
Albstadt, Stadt	5,90	5,26	5,88	6,11	6,56
Balingen, Stadt	6,27	5,59	5,91	6,32	6,96
Friedrichshafen, Stadt	7,30	6,50	6,88	7,55	8,73
Ravensburg, Stadt	7,32	6,74	7,01	7,42	8,71
Ländlicher Raum i. e. S.					
Crailsheim, Stadt	5,73	4,89	5,28	5,86	6,58
Schwäbisch Hall, Stadt	6,20	5,58	5,69	6,26	7,55
Sinsheim, Stadt	6,15	5,64	5,72	6,12	6,92
Tuttlingen, Stadt	6,00	5,51	5,91	6,17	7,20
Biberach an der Riß, Stadt	6,25	5,60	6,02	6,36	7,23

¹⁾ Ohne Freizeitwohnungen; ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung; ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftswohnungen, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen; ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen; ohne völlig untervermietete Wohnungen; ohne Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte.

Abhängigkeit zwischen Mietpreisniveau und Einwohnerzahl resultiert letztlich aus dem Zusammenhang zwischen Einwohnerzahl, das heißt Gemeindegröße und Ausmaß wirtschaftlicher sowie kultureller Anreize. Treffen Freizeitqualität und Nähe zu Wirtschafts- und Kulturzentrum zusammen, so haben vergleichsweise kleine Gemeinden sogar höhere Durchschnittsmieten als die zugehörigen Verdichtungscentren.³

Ein wichtiger Grund für die erhöhte Nachfrage nach Mietwohnungen im weiteren Umfeld der Großstädte liegt offenbar auch in der spürbaren Verlagerung von Arbeitsstätten aus den Zentren heraus in Gemeinden der umliegenden Landkreise. Wie die Erwerbstätigenstatistik belegt, ist in einem Teil der Großstädte die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber 1970 spürbar zurückgegangen, während in den umliegenden Kreisen (Randzonen) zum Teil beträchtliche Zunahmen festzustellen sind: die höchste mit über 38% in Böblingen, also dem Landkreis mit dem höchsten Mietpreisniveau.

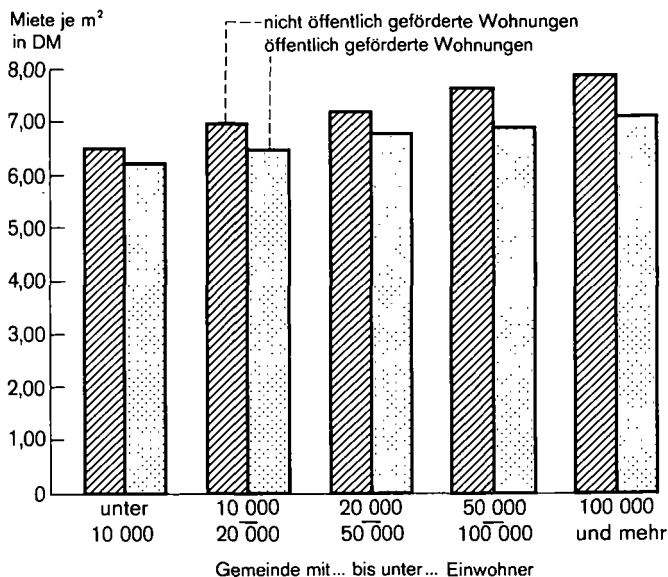
Vergleich der Verdichtungsräume

Zwischen den Verdichtungsräumen Mittlerer Neckar mit der Landeshauptstadt Stuttgart als Zentrum, dem Raum Mannheim-Heidelberg sowie den kleineren Verdichtungsräumen Karlsruhe, Freiburg und Heilbronn bestehen spürbare Mietpreisunterschiede. Dies zeigt stellvertretend für die Räume der Vergleich der beteiligten Stadtkreise. Danach liegen die Mieten in Freiburg am höchsten (8,83 DM), gefolgt in geringen Abständen von Heidelberg (8,71 DM) und Stuttgart (8,42 DM). Mannheim und Karlsruhe weisen dagegen vergleichsweise geringe Durchschnittsmieten auf (7,51 DM bzw. 7,14 DM). Heilbronn schließlich weist mit nochmaligem deutlichen Abstand das niedrigste Mietpreisniveau unter den Stadtkreisen auf (6,78 DM). Die Unterschiede zwischen den Großstädten gelten im wesentlichen auch für die zugehörigen erweiterten Verdichtungsgebiete bzw. Randzonen.

Um die Frage nach den Ursachen für diese teilweise beträchtlichen Mietpreisunterschiede zu beantworten, ist die Unterscheidung von Teilwohnungsmärkten erforderlich, da die Struktur der Wohnungsnachfrage durch verschiedene Nachfragegruppen geprägt ist, die regional unterschiedliches Gewicht haben. Insbesondere in den Universitätsstädten Freiburg und Heidelberg spielt die Nachfrage nach vergleichsweise kleinen Wohnungen bei relativ häufigem Mieterwechsel eine größere Rolle als in der Landeshauptstadt oder, mit noch deutlicherem Unterschied, in den übrigen Stadtkreisen. Da kleinere Wohnungen aber überdurchschnittliche Quadratmetermieten aufweisen, bringt dieser Strukturunterschied eine Erhöhung des Mietpreisniveaus mit sich. Ebenso wirkt der häufigere Wechsel der Wohnungsbesitzer mietniveausteigernd, da gerade bei Mieterwechseln oft eine Erhöhung der Miete erfolgt. Tatsächlich machen kleine Wohnungen in Heidelberg und Freiburg einen größeren Teil der reinen Mietwohnungen aus als in den übrigen Stadtkreisen, und überdurchschnittlich viele Wohnungen wurden erst 1985 oder später bezogen. Werden diese Einflüsse durch entsprechende sachli-

Schaubild 3

m²-Mieten der bewohnten reinen Mietwohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Gemeindegrößenklassen und öffentlicher Förderung



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

248 90

che Differenzierung ausgeschaltet und vergleicht man die Mieten der 1987 bezogenen Wohnungen bei bestimmter Raumzahl, so zeigt sich, daß diese Mieten in Stuttgart teilweise sogar höher liegen als in Freiburg oder Heidelberg.

Die Wirkung der abweichenden Struktur bei der Wohnungsnachfrage zwischen den Universitätsstädten und den übrigen Stadtkreisen wird auch belegt durch die Verhältnisse in Tübingen und Konstanz. Die dortigen Mietpreisniveaus lagen mit 9,11 DM bzw. 8,71 DM vergleichbar hoch wie in Freiburg bzw. Heidelberg.

Bemerkenswert sind demgegenüber die deutlich niedrigeren Niveaus in Mannheim und Karlsruhe, wobei Mannheim immerhin eine um 1,20 DM niedrigere Durchschnittsmiete aufweist als das benachbarte Heidelberg und für Karlsruhe ein nochmals um 0,40 DM niedrigerer Wert errechnet wird. Die Erklärung dafür kann nicht in Unterschieden der Gebäude- und Wohnungsstruktur und auch nicht in gravierenden Abweichungen in der Wohnungsfluktuation gefunden werden. Das geringere Mietpreisniveau ist möglicherweise Resultat einer gegenüber den vorher betrachteten Städten weniger starken Wohnungsnachfrage, möglicherweise bedingt durch eine besonders spürbare Entlastung seitens der umliegenden Gemeinden. Für Mannheim wird diese Annahme dadurch gestützt, daß die Beschäftigtenstatistik einen deutlichen Rückgang der Beschäftigtenzahl in Mannheim selbst ausweist, während im benachbarten Rhein-Neckar-Kreis ein deutlicher Anstieg vorliegt.

Zunehmende regionale Niveauunterschiede

Die regionalen Unterschiede beim Mietpreisniveau haben sich in den zurückliegenden Jahren offenbar verstärkt. Dies geht aus einer zugleich regional und sachlich differenzier-

³ Beim Vergleich des Mietniveaus anhand der Durchschnittsmieten ist jeweils zu berücksichtigen, daß Unterschiede zumindest teilweise auch durch abweichende Strukturen der Mietwohnungen nach Baualter, Raumzahl, Gebäudeart usw. bedingt sein können, vgl. Fußnote 1.

Tabelle 4

Bewohnte nicht öffentlich geförderte reine Mietwohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung in den Stadtkreisen Stuttgart, Heidelberg und Freiburg am 25. Mai 1987 nach Einzugsjahr des Haushalts, m²-Miete und Raumzahl

Raumzahl ¹⁾	Bewohnte reine Mietwohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung insgesamt ²⁾		Davon Einzugsjahr des Haushalts											
			vor 1970		1970–1974		1975–1979		1980–1984		1985–1986		1987	
	Anzahl	Miete je m ² in DM	Anzahl	Miete je m ² in DM	Anzahl	Miete je m ² in DM	Anzahl	Miete je m ² in DM	Anzahl	Miete je m ² in DM	Anzahl	Miete je m ² in DM	Anzahl	Miete je m ² in DM
Stuttgart, Landeshauptstadt														
Wohnungen insgesamt	69 944	8,42	11 332	6,56	7 719	7,50	10 343	7,72	18 519	8,88	17 670	9,78	4 361	10,17
darunter mit														
1 Raum	10 199	11,91	613	9,23	593	10,48	1 057	10,83	2 698	11,98	4 041	12,43	1 197	13,23
3 Räumen	26 961	7,90	5 533	6,44	3 335	7,29	4 246	7,39	6 955	8,43	5 608	9,06	1 284	9,35
5 und mehr Räumen	4 217	8,03	742	6,37	603	7,17	716	7,56	1 188	8,82	784	9,17	184	9,15
Heidelberg, Stadt														
Wohnungen insgesamt	23 470	8,71	3 418	6,53	1 897	7,36	2 739	7,91	5 874	8,97	7 502	10,01	2 040	10,47
darunter mit														
1 Raum	3 849	12,10	160	8,74	169	9,89	270	10,64	910	12,12	1 743	12,68	597	12,83
3 Räumen	7 179	8,19	1 402	6,60	672	7,26	1 011	7,61	1 770	8,50	1 843	9,37	481	9,54
5 und mehr Räumen	1 687	8,09	310	6,18	196	7,06	227	7,66	440	8,81	421	9,14	93	9,38
Freiburg im Breisgau, Stadt														
Wohnungen insgesamt	30 474	8,83	3 659	6,61	2 497	7,55	3 693	7,82	8 138	9,18	9 859	10,11	2 628	10,29
darunter mit														
1 Raum	6 100	11,95	205	8,86	209	9,90	375	10,34	1 559	11,86	2 867	12,44	885	12,76
3 Räumen	9 428	8,28	1 589	6,64	1 040	7,52	1 437	7,73	2 480	8,64	2 335	9,42	547	9,39
5 und mehr Räumen	2 038	7,74	356	5,99	217	6,97	335	7,08	550	8,49	463	8,82	117	8,81

¹⁾ Alle Räume mit 6 m² und mehr, ohne Küche. – ²⁾ Ohne Freizeitwohnungen; ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung; ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftswohnungen, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen; ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen; ohne völlig untervermietete Wohnungen; ohne Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte.

ten Betrachtung hervor. Die Unterscheidung nach dem Baualter des Gebäudes zeigt, daß die Mieten für Neubauwohnungen, die 1979 oder später errichtet wurden, deutlich größere Unterschiede zwischen Verdichtungsräumen und ländlichem Raum bzw. zwischen Großstädten und kleineren Gemeinden aufweisen, als dies bei vor 1949 errichteten Wohnungen der Fall ist. Darin dürfte sich auch auswirken, daß die Grundstückspreise in den Verdichtungsräumen und auch die Baupreise deutlich stärker angestiegen sind als in ländlichen Gebieten. So betragen bei-

spielsweise die Durchschnittsmieten für Neubauwohnungen im Landkreis Böblingen und im Neckar-Odenwaldkreis 10,18 DM bzw. 6,06 DM (Abstand 4,12 DM), während bei vor 1949 errichteten Wohnungen ein Mietabstand von nur 2,01 DM besteht.

Ein anderer Hinweis auf die gestiegenen Niveauunterschiede ergibt sich aus dem Einfluß der Mietdauer, der in den Großstädten bzw. Verdichtungsräumen allgemein stärker bemerkbar ist als im ländlichen Raum. Auch die Be-

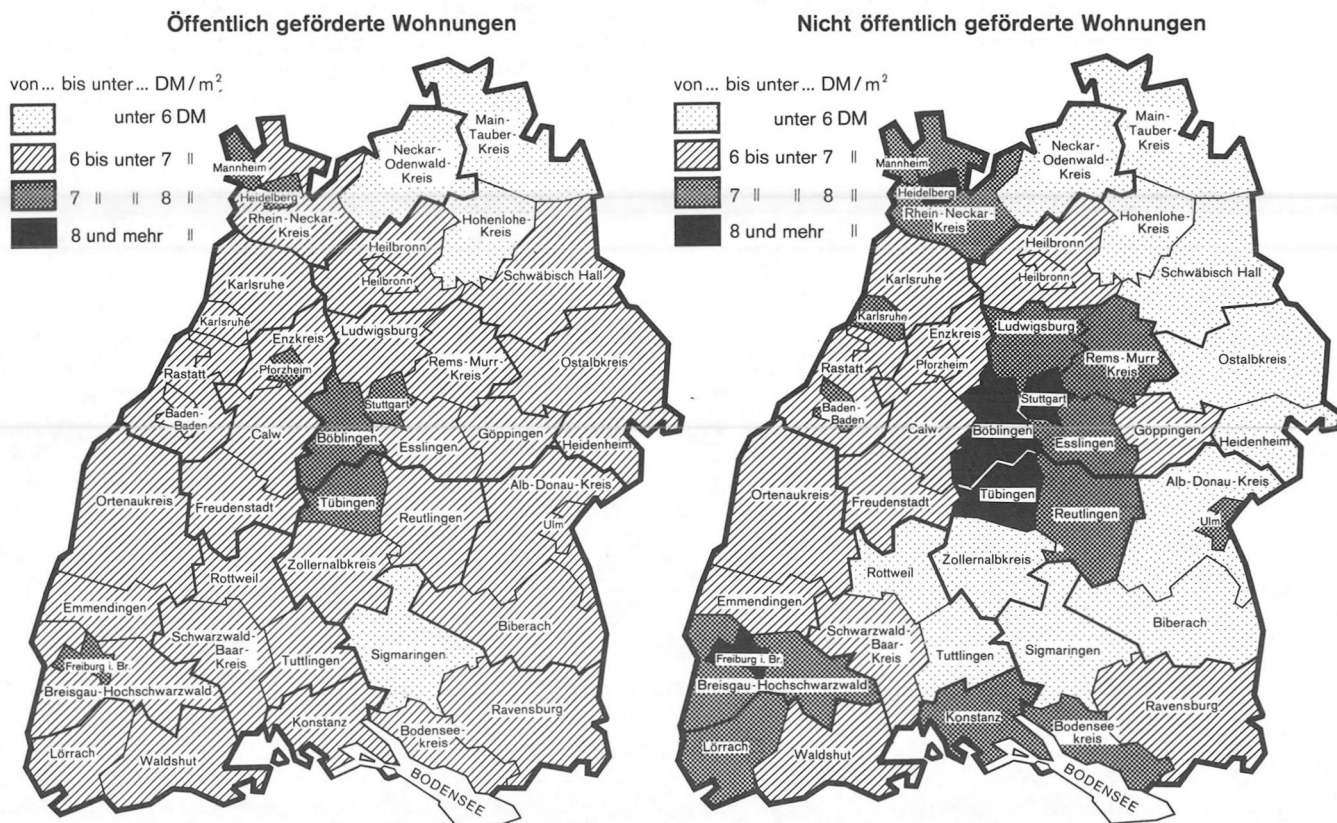
Tabelle 5

m²-Mieten bewohnter nicht öffentlich geförderter reiner Mietwohnungen*) mit 3 Räumen) in Wohngebäuden in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Art und Baualter des Gebäudes sowie Gemeindegrößenklassen**

Gemeinden von . . . bis unter . . . Einwohner	Bewohnte nicht öffentlich geförderte reine Miet- wohnungen mit 3 Räumen in Wohngebäuden insgesamt ¹⁾	Davon in Wohngebäuden mit . . . Wohnungen			
		1	2	3 bis 6	7 und mehr
	Miete je m ² in DM				
Wohnungen insgesamt					
unter 10 000	6,41	6,44	5,87	6,49	7,40
10 000 – 20 000	6,81	6,89	6,08	6,70	7,56
20 000 – 50 000	7,02	6,88	6,29	6,90	7,65
50 000 – 100 000	7,29	7,38	6,55	7,06	7,86
100 000 und mehr	7,44	7,28	7,00	7,31	7,64
Insgesamt	6,98	6,82	6,18	6,89	7,63
Wohnungen in 1969 und später errichteten Gebäuden					
unter 10 000	6,83	7,01	6,18	6,88	7,61
10 000 – 20 000	7,34	7,60	6,42	7,22	7,82
20 000 – 50 000	7,70	7,52	6,73	7,66	8,05
50 000 – 100 000	8,19	8,30	7,17	8,02	8,51
100 000 und mehr	8,74	9,15	7,82	8,55	8,96
Zusammen	7,58	7,47	6,48	7,47	8,20

*) Nur Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung. – **) Alle Räume mit 6 m² und mehr, ohne Küche. – ¹⁾ Ohne Freizeitwohnungen; ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung; ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftswohnungen, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen; ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen; ohne völlig untervermietete Wohnungen; ohne Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte.

Durchschnittsmiete je m² Wohnfläche der bewohnten reinen Mietwohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

252 90

trachtung der Mieten nach der Größe der Gebäude, das heißt der Anzahl an Wohnungen im Gebäude, unterstreicht die Feststellung, daß die regionalen Niveauunterschiede sich im Zeitablauf verstärkten. Während ohne Unterscheidung nach dem Baualter in Gebäuden mit sieben oder mehr Wohnungen die Durchschnittsmiete von Wohnungen mit drei Zimmern nahezu unabhängig vom Standort bei 7,50 DM liegt, zeigen sich bei der Beschränkung auf die entsprechenden, nach 1969 errichteten Gebäude Unterschiede von immerhin nahezu 1,50 DM je qm.

Geringe regionale Mietpreisunterschiede bei Sozialwohnungen

Die bisherigen Betrachtungen bezogen sich ausschließlich auf nicht öffentlich geförderte Wohnungen, für die Angebot und Nachfrage hauptsächlich das Mietpreinsniveau bestimmen. Das Niveau der Mieten für Sozialwohnungen hingegen ist durch die bestehende Mietpreisbindung entscheidend geprägt. Demzufolge sind die Abstände zwischen den Durchschnittsmieten für Sozialwohnungen in den Stadtkreisen fast zu vernachlässigen, wenngleich die Reihenfolge zwischen den Städten im wesentlichen der bei nicht öffentlich geförderten Wohnungen entspricht. Beispielsweise ist fast kein Unterschied zwischen Heidelberg und Mannheim feststellbar, in Teilbeständen liegt das Niveau in Mannheim sogar höher als im benachbarten Heidelberg. Stuttgart nimmt bei den Durchschnittsmieten der Sozialwohnungen die 4. Stelle unter den Stadtkreisen ein.

Der geringere regionale Einfluß auf das Mietniveau bei den öffentlich geförderten Mietwohnungen ist generell festzustellen. Selbst im ländlichen Raum liegt die Durchschnittsmiete in der Regel deutlich über 6 DM und damit bemerkenswerterweise nicht selten sogar höher als die Durchschnittsmiete der frei finanzierten Wohnungen. Dieses nur auf den ersten Blick unplausible Verhältnis ist nicht zuletzt damit zu erklären, daß in Sozialwohnungen relativ unabhängig von der Mietdauer die Miete erhöht wird, während bei den nicht geförderten Wohnungen dies hauptsächlich bei Wohnungswechseln erfolgt, bei längerer Mietdauer aber die Quadratmetermiete auf relativ niedrigem Niveau verharret.

Deutliche Mietpreisunterschiede auch nach Gemeindeteilen

Eine regionale Betrachtung des Wohnungsmarktes, die bei den großen Städten auf der Ebene der Gesamtgemeinde ansetzt, kann unter Umständen zu Fehlschlüssen hinsichtlich der Rangfolge beim Mietniveau führen, da häufig auch innerhalb der großen Städte der Wohnungsmarkt in kleinräumige Teilmärkte, etwa bezogen auf die Stadtteile, zerfällt. So macht eine Differenzierung nach Stadtteilen, beispielsweise für die Stadtkreise, erhebliche Niveauunterschiede sichtbar. Besonders ausgeprägt trifft dies für die Landeshauptstadt Stuttgart zu. Aber auch für Mannheim und Freiburg errechnen sich Durchschnittsmieten für die Stadtteile, die – abgesehen von Ausreißern, das heißt be-

sonders herausgehobenen Wohnlagen – in einer Bandbreite von über 2 DM je qm streuen. Auf den ersten Blick geringer erscheint die Streuung zwischen den Stadtteilen Heidelbergs sowie der Städte Karlsruhe und Heilbronn. Die Unterscheidung nach Baualtersklassen belegt jedoch auch dort deutliche kleinräumige Unterschiede im Mietpreisniveau.

Die kleinräumige Betrachtung innerhalb der Stadtkreise macht deutlich, daß neben den Einflüssen, die aus qualita-

tiven Wohnungsmerkmalen und aus der wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung bzw. der verkehrsgünstigen Lage zu entsprechenden Zentren resultieren, auch das nähere Wohnumfeld erhebliche Bedeutung für das Mietpreisniveau hat. Differenzierte Angaben zur Wirkung dieses Einflußfaktors liegen bislang nicht vor. Eine für 1992 avisierte Gebäude- und Wohnungsstichprobe soll erstmals auch Informationen zu diesem Gesichtspunkt des Mietpreisgefüges erbringen.

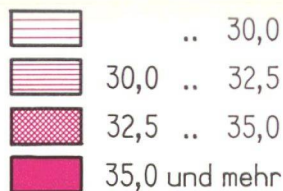
Dr. Helmut Büringer

Fläche je Person in Mietwohnungen in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

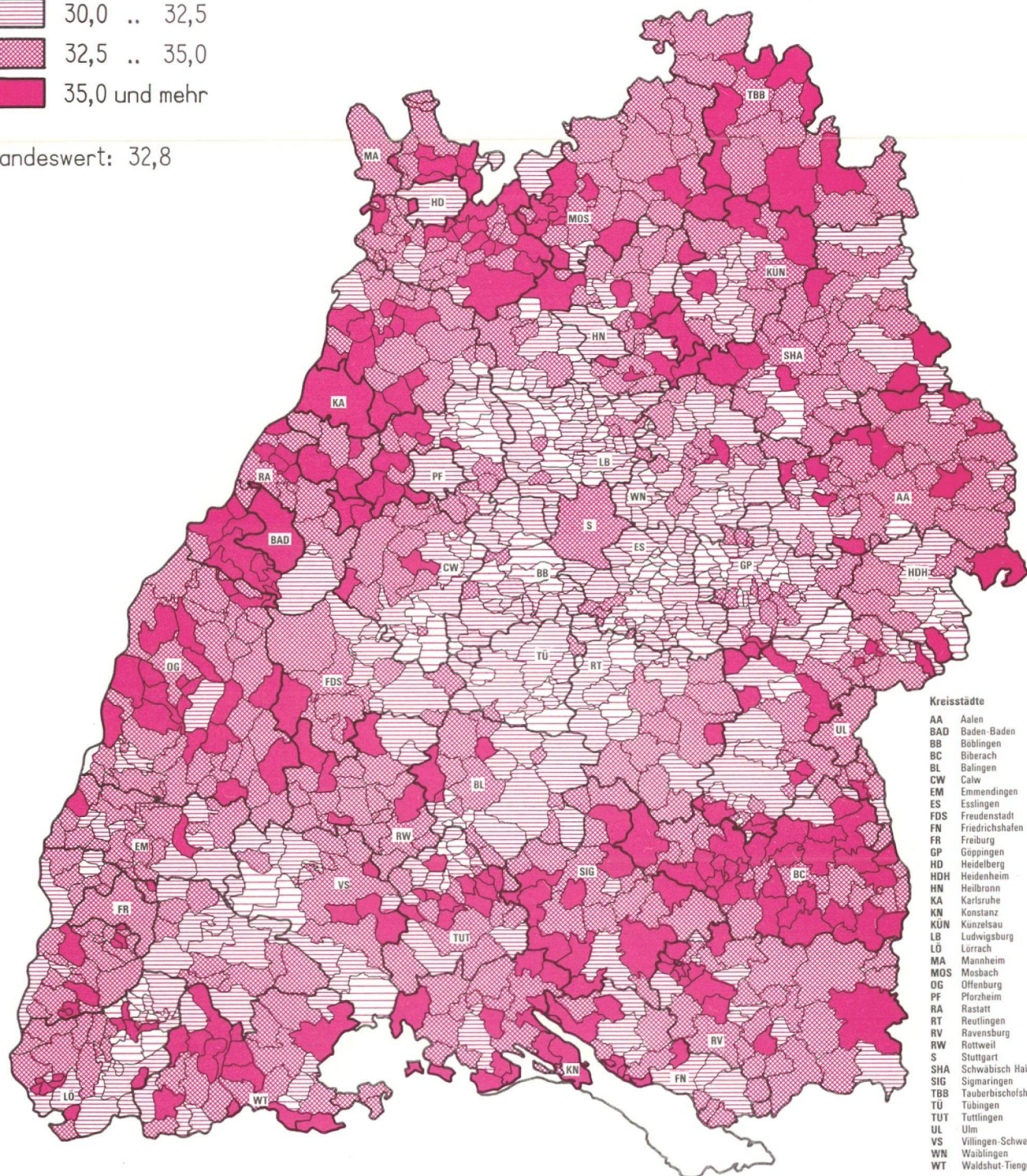
– Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung –

In Quadratmeter

von .. bis unter



Landeswert: 32,8



Kreisstädte

AA	Aalen
BAD	Baden-Baden
BB	Böblingen
BC	Biberach
BL	Balingen
CW	Calw
EM	Emmendingen
ES	Esslingen
FDS	Freudenstadt
FN	Friedrichshafen
FR	Freiburg
GP	Göppingen
HD	Heidelberg
HDH	Heidenheim
HN	Heilbronn
KA	Karlsruhe
KN	Konstanz
KUN	Künzelsau
LB	Ludwigsburg
LÖ	Lörrach
MA	Mannheim
MOS	Mosbach
OG	Offenburg
PF	Pforzheim
RA	Rastatt
RT	Reutlingen
RV	Ravensburg
RW	Rottweil
S	Stuttgart
SHA	Schwäbisch Hall
SIG	Sigmaringen
TBB	Tauberbischofsheim
TÜ	Tübingen
TUT	Tuttlingen
UL	Ulm
VS	Villingen-Schwenningen
WN	Waiblingen
WT	Waldshut-Tiengen

Durchschnittsmiete je qm Wohnfläche*) in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

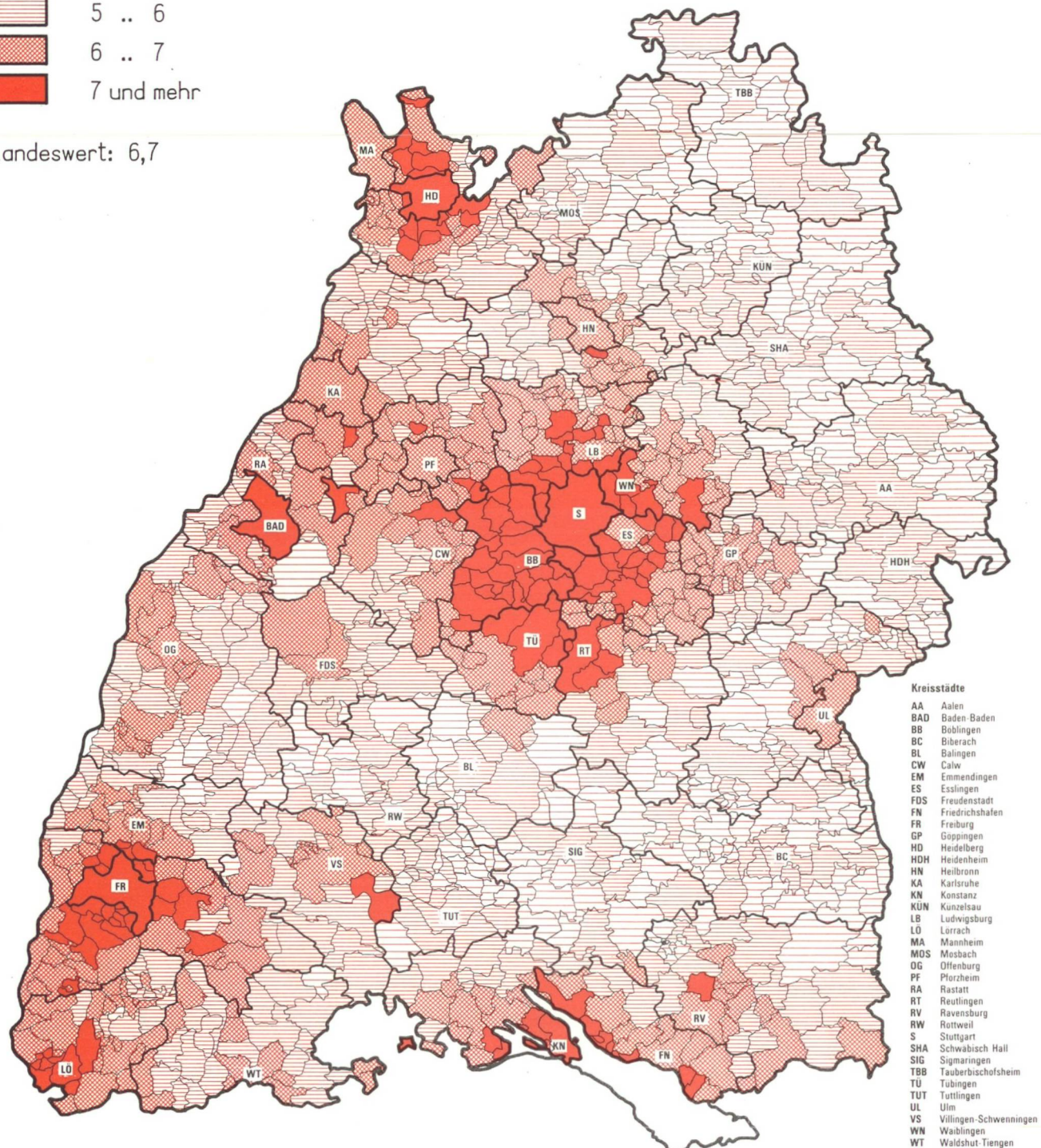
– Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung –

In DM

von .. bis unter



Landeswert: 6,7



*) In reinen Mietwohnungen

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

Zur Entwicklung des Wohneigentums in Baden-Württemberg

Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1987

Die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung, eines Teils der Volkszählung 1987, ermöglichen auch differenzierte Aussagen über die Wohneigentumsverhältnisse der Haushalte, insbesondere den Anteil der Haushalte, die in einer eigenen Wohnung leben. Und im Vergleich zur letzten Zählung im Jahr 1968 kann dessen Entwicklung unterschieden nach Haushaltsgrößen und -typen sowie in tiefer regionaler Gliederung betrachtet werden.

Der globale Vergleich der Eigentumsquoten 1968 und 1987, das heißt des Anteils der Haushalte, die in einer eigenen Wohnung leben, an der Zahl der Haushalte insgesamt, könnte zur Annahme verleiten, die Entwicklung hin zu mehr Wohneigentum hätte in den zurückliegenden zwanzig Jahren beinahe stagniert. Denn mit 42,1% lag die Quote im Mai 1987 nur geringfügig höher als im Oktober 1968 (40,5%).

Diese wenig differenzierte Betrachtung läßt jedoch die gravierenden Veränderungen bei der Verteilung der Haushalte nach der Zahl der zugehörigen Personen unberücksichtigt. Die dort eingetretenen markanten Verschiebungen hin zu kleineren Haushalten haben sich auch deutlich auf die Wohnverhältnisstruktur der Haushalte ausgewirkt. Insbesondere die außerordentliche Zunahme der Einpersonenhaushalte von 0,61 Mill. auf über 1,32 Mill. Einheiten, bei einem vergleichsweise schwachen Anstieg der Zahl der Mehrpersonenhaushalte (von 2,28 Mill. auf 2,64 Mill.), hat sich spürbar niedergeschlagen, und auch die Verschiebungen bei den Mehrpersonenhaushalten hin zu Haushalten mit geringerer Personenzahl, ist bei der Analyse der Wohnverhältnisse mit in Betracht zu ziehen.

Deutlich mehr Wohneigentum bei Mehrpersonenhaushalten

Der Anteil von Wohneigentum ist, gegliedert nach Haushaltsgrößen, sehr unterschiedlich. Während von den Einpersonenhaushalten im Mai 1987 lediglich 21,8% in „eigenen vier Wänden“ lebten, waren es bei den Mehrpersonenhaushalten zusammen immerhin 52,2%. Von den Haushalten mit fünf bzw. mit sechs und mehr Personen lebten sogar zwei von drei Haushalten in einer eigenen Wohnung. Niedriger, jedoch auch noch mehr als doppelt so hoch wie bei den Einpersonenhaushalten, liegt die Quote bei den Zweipersonenhaushalten (44,6%). Diese Unterschiede der Wohneigentumsverhältnisse nach der Haushaltsgröße in Verbindung mit der fortgeschrittenen Singularisierung der Gesellschaft erklären weitgehend, daß bezogen auf alle Haushalte die Eigentumsquote fast auf gleichem Niveau geblieben ist.

Differenziert nach Haushaltgrößen sind dagegen bemerkenswerte Entwicklungen des Eigentumsanteils zu erkennen: Bei den Mehrpersonenhaushalten zusammen ist die Quote gegenüber 1968 um immerhin 7,6 Prozentpunkte angestiegen, obwohl deutliche Verlagerungen hin zu kleineren Haushalten stattgefunden haben. So hat sich die Zahl der Haushalte mit sechs und mehr Personen auf noch gut 54 000 Einheiten halbiert, während die Eigentumsquote hier mit 64,8% fast konstant geblieben ist. Hingegen hat die Quote bei den Fünfpersonenhaushalten bei annähernd konstanter Haushaltszahl um fast 11 Prozentpunkte zugenommen. Die stärksten Verschiebungen hin zu mehr Wohneigentum sind für die Drei- und Vierpersonenhaushalte zu

Tabelle 1

Eigentumsquote bei Ein- und Mehrpersonenhaushalten in Baden-Württemberg 1968 und 1987

Haushaltstypen	Haushalte insgesamt				Eigentümerhaushalte				Zu- bzw. Abnahme (–) des Eigentümeranteils in %-Punkten
	1968		1987		1968		1987		
	Anzahl	% von Insgesamt	Anzahl	% von Insgesamt	Anzahl	Eigentums- quote in %	Anzahl	Eigentums- quote in %	
Einpersonenhaushalte zusammen	609 160	21,1	1 321 917	33,4	152 956	25,1	288 382	21,8	– 3,3
davon									
männlich	178 849	–	513 436	–	29 432	16,5	78 972	15,4	– 1,1
weiblich	430 311	–	808 481	–	123 542	28,7	209 410	25,9	– 2,8
darunter									
60 Jahre und älter	368 600 ¹⁾	–	556 486	–	–	–	200 292	36,0	–
Mehrpersonenhaushalte zusammen	2 277 471	78,9	2 637 655	66,6	1 015 008	44,6	1 376 697	52,2	7,6
davon mit . . . Personen									
2	759 842	26,3	1 064 710	26,9	299 837	39,5	474 926	44,6	5,1
3	587 372	20,3	682 963	17,2	236 772	40,3	358 225	52,5	12,2
4	492 328	17,1	597 867	15,1	223 543	45,4	354 527	59,3	13,9
5	247 230	8,6	208 525	5,3	133 034	53,8	134 812	64,7	10,9
6 und mehr	190 699	6,6	83 590	2,1	121 822	63,9	54 207	64,8	0,9
Insgesamt	2 886 631	100	3 959 572	100	1 167 964	100	1 665 079	100	–

¹⁾ Volkszählung 1970.

vermerken, deren Eigentumsquoten um immerhin 12,2 bzw. sogar 13,9 Prozentpunkte gestiegen sind. Hervorzuheben ist die Steigerung der Eigentumsquote bei den Zweipersonenhaushalten von 39,5 auf 44,6%, verbunden mit einer ebenfalls erheblichen zahlenmäßigen Zunahme dieser Haushaltsgruppe um rund 305 000 Einheiten, womit dies die einzige Gruppe der Mehrpersonenhaushalte ist, die ihren Strukturanteil leicht erhöht hat.

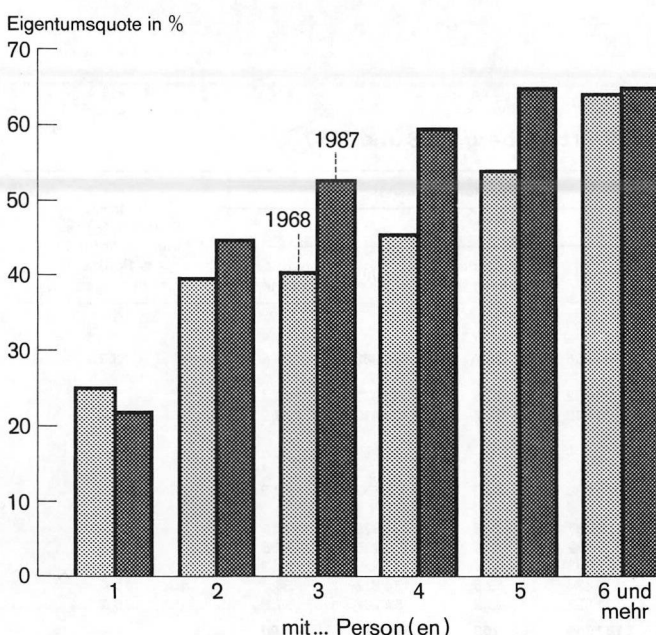
Rückgang der Eigentumsquote bei den Einpersonenhaushalten

Ganz anders stellt sich die Entwicklung bei den Einpersonenhaushalten dar, deren Strukturanteil von 21,1% im Oktober 1968 auf 33,4% im Mai 1987 zunahm, deren Eigentumsquote aber im selben Zeitraum von 25,1% auf 21,8% zurückgegangen ist. Die Ursache für diesen Rückgang liegt in der überaus hohen Zunahme der Anzahl der von jungen Menschen gebildeten Einpersonenhaushalte, die aus einer Reihe unterschiedlicher, nicht zuletzt auch finanzieller Gründe fast ausschließlich in Mietwohnungen leben.

Die absolute Zahl der Einpersonenhaushalte in einer eigenen Wohnung hat sich gleichwohl erheblich vergrößert. Fast 290 000 Einpersonenhaushalte lebten im Mai 1987 in „eigenen vier Wänden“ (135 000 mehr als 1968), von denen nahezu 70% aus einer 60 Jahre oder älteren Person bestanden. Weiter fällt auf, daß Frauen sehr viel häufiger in eigenen Wohnungen leben. Die Eigentumsquote beträgt für sie 25%, während männliche Einpersonenhaushalte nur zu 16% in Eigentümerwohnungen leben.

Schaubild 1

Eigentümerhaushalte in Baden-Württemberg 1968 und 1987 nach Haushaltsgröße



Daß die Eigentumsquote der Einpersonenhaushalte zusammen stärker zurückgegangen ist, als bei den männlichen wie weiblichen Haushalten getrennt, liegt im weit überproportionalen Anstieg der männlichen Einpersonenhaushalte, deren Zahl sich fast verdreifacht hat, während die Zahl der weiblichen Einpersonenhaushalte mit einem Plus von knapp 90% vergleichsweise schwach angestiegen ist.

Stärkster Anstieg des Eigentümeranteils in den Verdichtungsgebieten

Regional ist die Verbreitung von Wohneigentum unterschiedlich vorangeschritten, allerdings mit der deutlichen Tendenz, daß die regionalen Unterschiede geringer wurden. Dies gilt zunächst bezogen auf die Mehrpersonenhaushalte – bei den Einpersonenhaushalten haben spezielle Einflüsse eine mehr heterogene Entwicklung bewirkt –, für die der Eigentümeranteil in den Verdichtungsgebieten, in Teilen der Randzonen sowie in den Verdichtungsbereichen deutlich stärker angewachsen ist als in den ländlichen Bereichen, wo die Quote jedoch bereits vor 20 Jahren vergleichsweise hoch lag. Gerade auch in den Stadtkreisen, abgesehen von den Universitätsstädten Freiburg und Heidelberg, sind die Zuwächse relativ hoch. Dabei wirkte sich offenbar auch die forcierte Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen aus.

Auffällig geringe Zunahmen der Eigentumsquote für Haushalte mit zwei und mehr Personen sind in den stark vom Fremdenverkehr geprägten Kreisen Calw, Freudenstadt, Breisgau-Hochschwarzwald sowie im Landkreis Tübingen festzustellen. Dort scheint zum einen das relativ hohe Ausgangsniveau verbunden mit einem überdurchschnittlichen Anstieg der kleineren und jüngeren Mehrpersonenhaushalte ausschlaggebend. In den beiden zuletzt genannten, im Einzugsbereich der Universitätsstädte Freiburg und Tübingen gelegenen Kreise ist eine außerordentlich starke Zunahme der Zahl von Mehrpersonenhaushalten, insbesondere auch von Zweipersonenhaushalten, feststellbar, die offenbar zu einem größeren Teil als in anderen Kreisen Mietwohnungen nachgefragt haben. In den beiden Nord-schwarzwaldkreisen hingegen trifft eine entsprechende Erklärung nicht zu. Vielmehr dürfte sich dort der ohnehin bereits im Jahr 1968 hohe Eigentümeranteil ausgewirkt haben, der von den hinzugekommenen Haushalten nur weniger stark überschritten werden konnte, als dies in anderen, insbesondere in den Verdichtungsgebieten gelegenen Kreisen, möglich war. Gerade auf die dazugehörigen Landkreise der Region Mittlerer Neckar, den Rhein-Neckar-Kreis sowie die Landkreise Heilbronn und Karlsruhe entfallen auch die Hauptanteile der gegenüber 1968 per Saldo 360 000 hinzugekommenen Eigentümerhaushalte mit mehr als einer Person.

Verstärkte regionale Unterschiede bei den Einpersonenhaushalten

Keine regional einheitliche Entwicklungstendenz der Eigentumsquote ist für die Einpersonenhaushalte auszumachen. Ausschlaggebende Faktoren für die Entwicklung sind in erster Linie die zahlenmäßige Zunahme an Einpersonenhaushalten sowie die damit zusammenhängende Veränderung des Anteils älterer alleinlebender Menschen. Letzteres deshalb, da ältere Einpersonenhaushalte in sehr viel

Tabelle 2

Eigentumsquote bei Mehrpersonenhaushalte in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1968 und 1987

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Mehrpersonenhaushalte						Zunahme des Eigen- tümer- anteils in %-Punkten
	zusammen		Zu- bzw. Abnahme (-) 1987 gegenüber 1968	und zwar			
				mit 2 Personen	Eigentümer		
	1968	1987				1987	
	Anzahl		%	Anzahl	%		
Stadtkreis							
Stuttgart, Landeshauptstadt	165 888	150 613	- 9,2	50,3	42 195	28,0	6,1
Landkreise							
Böblingen	66 438	91 261	37,4	38,4	49 721	54,5	6,5
Esslingen	109 821	133 131	21,2	40,7	68 877	51,7	7,7
Göppingen	60 060	67 056	11,6	39,8	37 434	55,8	8,8
Ludwigsburg	104 347	129 354	24,0	41,0	67 400	52,1	8,8
Rems-Murr-Kreis	87 192	104 901	20,3	40,6	55 064	52,5	7,4
Region Mittlerer Neckar	593 746	676 316	13,9	42,5	320 691	47,4	8,8
Stadtkreis							
Heilbronn	30 768	32 239	4,8	44,7	13 442	41,7	8,6
Landkreise							
Heilbronn	57 145	73 245	28,2	36,9	48 746	66,6	7,2
Hohenlohekreis	20 164	24 082	19,4	34,5	16 116	66,9	4,8
Schwäbisch Hall	36 305	43 018	18,5	35,3	27 785	64,6	5,6
Main-Tauber-Kreis	31 070	34 156	9,9	34,7	22 225	65,1	4,5
Region Franken	175 452	206 740	17,8	37,1	128 314	62,1	6,9
Landkreise							
Heidenheim	34 321	36 451	6,2	38,3	21 188	58,1	10,1
Ostalbkreis	67 915	77 969	14,8	35,3	46 999	60,3	7,8
Region Ostwürttemberg	102 236	114 420	11,9	36,3	68 187	59,6	8,6
Regierungsbezirk Stuttgart	871 434	997 476	14,5	40,7	517 192	51,9	8,5
Stadtkreise							
Baden-Baden	14 107	14 066	- 0,3	50,4	6 016	42,8	7,7
Karlsruhe	78 708	74 037	- 5,9	50,7	21 706	29,3	7,9
Landkreise							
Karlsruhe	86 526	108 452	25,3	38,0	66 502	61,3	7,1
Rastatt	48 526	57 793	19,1	39,0	32 889	56,9	5,2
Region Mittlerer Oberrhein	227 867	254 348	11,6	42,6	127 113	50,0	8,8
Stadtkreise							
Heidelberg	33 592	33 205	- 1,2	50,9	9 142	27,5	4,2
Mannheim	91 366	81 927	- 10,3	51,7	20 730	25,3	7,2
Landkreise							
Neckar-Odenwald-Kreis	32 188	36 772	14,2	34,1	24 643	67,0	4,7
Rhein-Neckar-Kreis	110 037	139 132	26,4	41,3	76 570	55,0	7,7
Region Unterer Neckar	267 183	291 036	8,9	44,4	131 085	45,0	8,9
Stadtkreise							
Pforzheim	29 329	30 812	5,1	47,1	10 034	32,6	8,0
Landkreise							
Calw	28 690	37 477	30,6	38,8	21 993	58,7	2,7
Enzkreis	38 866	48 656	25,2	38,6	30 959	63,6	7,7
Freudenstadt	24 043	28 432	18,3	37,4	17 624	62,0	2,2
Region Nordschwarzwald	120 928	145 377	20,2	40,2	80 610	55,4	6,3
Regierungsbezirk Karlsruhe	615 978	690 761	12,1	42,9	338 808	49,0	8,5
Stadtkreis							
Freiburg im Breisgau	42 596	45 017	5,7	49,0	11 497	25,5	4,2
Landkreise							
Breisgau-Hochschwarzwald	38 235	58 029	51,8	38,2	32 195	55,5	1,7
Emmendingen	29 307	37 543	28,1	35,8	20 619	54,9	4,6
Ortenaukreis	85 082	99 915	17,4	35,8	57 368	57,4	4,8
Region Südlicher Oberrhein	195 220	240 504	23,2	38,9	121 679	50,6	4,9
Landkreise							
Rottweil	32 944	35 853	8,8	36,4	22 809	63,6	6,3
Schwarzwald-Baar-Kreis	48 965	55 561	13,5	39,9	28 399	51,1	8,9
Tuttlingen	28 317	32 006	13,0	36,7	20 494	64,0	6,7
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	110 226	123 420	12,0	38,0	71 702	58,1	7,5
Landkreise							
Konstanz	55 159	65 815	19,3	42,4	30 247	46,0	6,8
Lörrach	47 668	55 076	15,5	41,5	26 363	47,9	11,1
Waldshut	33 273	40 751	22,5	37,8	22 505	55,2	6,8
Region Hochrhein-Bodensee	136 100	161 642	18,8	40,9	79 115	48,9	8,3
Regierungsbezirk Freiburg	441 546	525 566	19,0	39,3	272 496	51,8	6,5
Landkreise							
Reutlingen	57 891	69 446	20,0	38,6	39 759	57,3	3,5
Tübingen	35 619	46 023	29,2	38,5	24 788	53,9	1,2
Zollernalbkreis	45 119	50 157	11,2	37,3	34 154	68,1	5,7
Region Neckar-Alb	138 629	165 626	19,5	38,2	98 701	59,6	3,3
Stadtkreis							
Ulm	26 813	28 673	6,9	44,7	10 273	35,8	10,0
Landkreise							
Alb-Donau-Kreis	35 724	44 738	25,2	32,8	29 441	65,8	4,8
Biberach	34 540	42 140	22,0	32,1	28 091	66,7	5,0
Region Donau-Iller	97 077	115 551	19,0	35,5	67 805	58,7	7,2
Landkreise							
Bodenseekreis	36 901	49 104	33,1	39,5	25 841	52,6	7,5
Ravensburg	49 958	62 908	25,9	36,1	36 210	57,6	4,6
Sigmaringen	25 948	30 663	18,2	33,2	19 644	64,1	3,5
Region Bodensee-Oberschwaben	112 807	142 675	26,5	36,7	81 695	57,3	5,2
Regierungsbezirk Tübingen	348 513	423 852	21,6	36,9	248 201	58,6	5,0
Baden-Württemberg	2 277 471	2 637 655	15,8	40,4	1 378 697	62,2	7,8

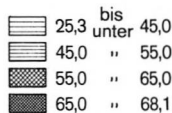
Tabelle 3

Eigentumsquote bei Einpersonenhaushalte in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1968 und 1987

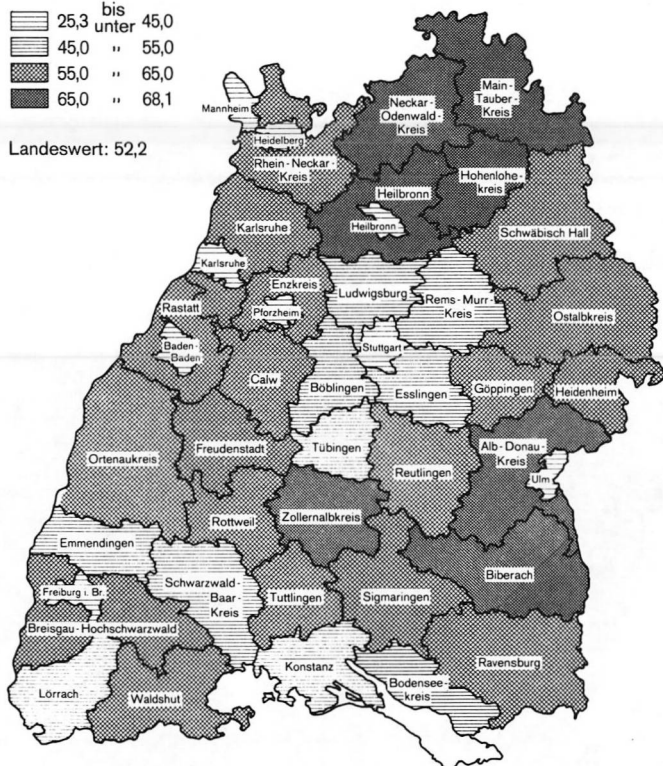
Kreis Region Regierungsbezirk Land	Einpersonenhaushalte						Zu- bzw. Abnahme (–) des Eigen- tümer- anteils in %-Punkten	
	zusammen		Veränder- ung 1987 gegenüber 1968	und zwar				
				Personen mit 60 Jahre und älter		Eigentümer		
	1968	1987		1987				
	Anzahl			%	Anzahl	%		Anzahl
Stadtkreis								
Suttgart, Landeshauptstadt	73 368	138 525	88,8	45 931	33,2	18 780	13,6	– 1,7
Landkreise								
Böblingen	14 509	39 396	171,5	15 082	38,3	10 612	26,9	– 6,6
Esslingen	27 292	63 560	132,9	25 381	39,9	16 520	26,0	– 3,7
Göppingen	14 870	27 216	83,0	14 605	53,7	8 302	30,5	– 1,0
Ludwigsburg	24 920	57 114	129,2	24 037	42,1	16 066	28,1	– 2,6
Rems-Murr-Kreis	20 427	44 889	119,8	20 126	44,8	12 876	28,7	– 3,5
Region Mittlerer Neckar	175 386	370 700	111,4	145 162	39,2	83 156	22,4	– 2,2
Stadtkreis								
Heilbronn	8 901	18 191	104,4	8 475	46,6	3 932	21,6	– 3,5
Landkreise								
Heilbronn	12 001	25 763	114,7	13 350	51,8	9 244	35,9	– 5,4
Hohenlohekreis	3 977	7 997	101,1	4 152	51,9	2 691	33,7	– 2,0
Schwäbisch Hall	7 431	15 587	109,8	8 045	51,6	4 770	30,6	– 0,7
Main-Tauber-Kreis	6 167	12 103	96,3	6 944	57,4	3 354	27,7	– 2,5
Region Franken	38 477	79 641	107,0	40 966	51,4	23 991	30,1	– 3,2
Landkreise								
Heidenheim	8 266	13 957	68,8	7 972	57,1	4 295	30,8	1,2
Ostalbkreis	14 735	29 435	99,8	15 379	52,2	7 711	26,2	0,7
Region Ostwürttemberg	23 001	43 392	88,7	23 351	53,8	12 006	27,7	0,7
Regierungsbezirk Stuttgart	236 864	493 733	108,4	209 479	42,4	119 153	24,1	– 2,1
Stadtkreise								
Baden-Baden	5 098	10 450	105,0	5 385	51,5	1 944	18,6	– 0,7
Karlsruhe	30 165	61 000	102,2	21 743	35,6	6 106	10,0	– 1,2
Landkreise								
Karlsruhe	19 084	38 039	99,3	19 516	51,3	11 057	29,1	– 3,4
Rastatt	9 555	20 495	114,5	10 769	52,5	5 247	25,6	– 4,3
Region Mittlerer Oberrhein	63 902	129 984	103,4	57 413	44,2	24 354	18,7	– 2,3
Stadtkreise								
Heidelberg	16 110	42 220	162,1	9 766	23,1	2 997	7,1	– 6,0
Mannheim	32 343	70 919	119,3	24 812	35,0	5 985	8,4	– 4,2
Landkreise								
Neckar-Odenwald-Kreis	6 544	11 968	82,9	6 891	57,6	3 679	30,7	1,6
Rhein-Neckar-Kreis	25 379	55 900	120,3	25 889	46,3	13 352	23,9	– 4,6
Region Unterer Neckar	80 376	181 007	125,2	67 358	37,2	26 013	14,4	– 4,7
Stadtkreise								
Pforzheim	9 554	20 572	115,3	8 965	43,6	2 806	13,6	– 2,9
Landkreise								
Calw	7 422	18 312	146,7	8 251	45,1	5 391	29,4	– 5,1
Enzkreis	8 946	17 068	90,8	8 921	52,3	5 938	34,8	– 4,5
Freudenstadt	5 730	12 200	112,9	6 369	52,2	3 846	31,5	– 6,4
Region Hochschwarzwald	31 652	68 152	115,3	32 506	47,7	17 981	26,4	– 4,6
Regierungsbezirk Karlsruhe	175 930	379 143	115,5	157 277	41,5	68 348	18,0	– 3,9
Stadtkreise								
Freiburg im Breisgau	21 934	55 197	151,7	14 129	25,6	3 634	6,6	– 2,1
Landkreise								
Breisgau-Hochschwarzwald	7 898	23 178	193,5	9 641	41,6	5 036	21,7	– 5,2
Emmendingen	5 608	13 471	140,2	6 597	49,0	3 122	23,2	– 5,7
Ortenaukreis	18 044	36 340	101,4	18 544	51,0	8 446	23,2	– 3,0
Region Südlicher Oberrhein	53 484	128 186	139,7	48 911	38,2	20 238	15,8	– 3,6
Landkreise								
Rottweil	7 044	13 283	88,6	7 593	57,2	4 421	33,3	– 3,0
Schwarzwald-Baar-Kreis	12 020	24 524	104,0	11 795	48,1	5 445	22,2	– 1,6
Tuttlingen	6 481	12 049	85,9	6 502	54,0	4 427	36,7	– 5,5
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	25 545	49 856	95,2	25 890	51,9	14 293	28,7	– 3,2
Landkreise								
Konstanz	15 009	38 674	157,7	15 368	39,7	6 349	16,4	– 4,0
Lörrach	11 348	23 983	111,3	11 017	45,9	4 826	20,1	0,1
Waldshut	7 085	16 089	127,1	7 836	48,7	3 701	23,0	0,9
Region Hochrhein-Bodensee	33 442	78 746	135,5	34 221	43,5	14 876	18,9	– 1,7
Regierungsbezirk Freiburg	112 471	256 788	128,3	109 022	42,5	49 407	19,2	– 3,4
Landkreise								
Reutlingen	15 012	30 445	102,8	13 828	45,4	9 710	31,9	– 6,0
Tübingen	14 855	37 519	152,6	8 716	23,2	6 249	16,7	– 8,5
Zollernalbkreis	9 678	17 813	84,1	10 293	57,8	8 003	44,9	– 4,6
Region Neckar-Alb	39 545	85 777	116,9	32 837	38,3	23 962	27,9	– 8,0
Stadtkreis								
Ulm	7 532	19 258	155,7	7 301	37,9	2 649	13,8	– 3,2
Landkreise								
Alb-Donau-Kreis	6 110	12 866	110,6	6 854	53,3	4 579	35,6	– 2,3
Biberach	6 745	14 484	114,7	7 397	51,1	4 912	33,9	– 2,7
Region Donau-Iller	20 387	46 608	128,6	21 552	46,2	12 140	26,0	– 3,8
Landkreise								
Bodenseekreis	8 354	21 779	160,7	9 649	44,3	5 264	24,2	1,3
Ravensburg	10 746	27 245	153,5	11 512	42,3	6 795	24,9	– 1,4
Sigmaringen	4 863	10 844	123,0	5 158	47,6	3 313	30,6	– 7,4
Region Bodensee-Oberschwaben	23 963	59 868	149,8	26 319	44,0	15 372	25,7	– 1,8
Regierungsbezirk Tübingen	83 895	192 253	129,2	80 708	42,0	51 474	26,8	– 5,2
Baden-Württemberg	609 160	1 321 917	117,0	556 486	42,1	288 382	21,8	– 3,3

Eigentümerhaushalte mit 2 und mehr Personen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

Anteil an den Mehrpersonenhaushalten insgesamt in %



Landeswert: 52,2



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

402 90

größeren Umfang in eigenen Wohnungen leben als dies bei jungen Menschen der Fall ist. Landesweit ist der Anteil der älteren Einpersonenhaushalte (60 Jahre und älter) von 48% im Jahr 1970 auf 42% im Jahr 1987 zurückgegangen.

Die Eigentumsquoten bei den Einpersonenhaushalten streuen regional zwischen rund 7% in Heidelberg sowie Freiburg und fast 45% im Zollernalbkreis. Während sich in Heidelberg bei einer zahlenmäßigen Zunahme der Einpersonenhaushalte um 162% die Quote um 6 Prozentpunkte vermindert hat, ist beispielsweise im Neckar-Odenwald-Kreis bei einer Zunahme der Einpersonenhaushalte um 83% sogar ein Anstieg der Eigentumsquote festzustellen. Dabei liegt der Anteil von Haushalten mit einer 60 Jahre oder älteren Person in Heidelberg bei 23%, im Neckar-Odenwald-Kreis hingegen bei über 57%. Neben diesen beiden Haupteinflussfaktoren auf die Eigentumsquote der Einpersonenhaushalte gibt es offenbar noch spezifische regionale Sondereinflüsse, die etwa in den Kreisen Lörrach und Waldshut oder im Bodenseekreis wirksam wurden, denn dort hat die Eigentumsquote gegenüber 1968 zugenommen, obwohl im entsprechenden Zeitraum eine überdurchschnittliche Zunahme der Einpersonenhaushalte stattgefunden hat und auch der Anteil der älteren Haushalte nicht auffällig hoch liegt.

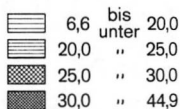
Zusammenfassung

Die Verbreitung von Wohneigentum unter den Haushalten in Baden-Württemberg ist in den 70iger und 80iger Jahren deutlich vorangeschritten. Im Mai 1987 lebten 1,665 Mill. Haushalte in „eigenen vier Wänden“, während im Oktober 1968 dies erst für 1,168 Mill. Haushalte zutraf. Daß dennoch die Eigentumsquote, das heißt der Anteil der Eigentümerhaushalte an den Haushalten insgesamt, im selben Zeitraum nur um 1,6 Prozentpunkte angestiegen ist, liegt vor allem an der außerordentlich starken Zunahme der Zahl an Einpersonenhaushalten, die sehr viel seltener über Wohneigentum verfügen, als Mehrpersonenhaushalte. Differenziert nach der Zahl der Personen im Haushalt, wird dieser Zusammenhang offensichtlich. So hat die Eigentumsquote bei den Mehrpersonenhaushalten zusammen immerhin um 7,6 Prozentpunkte, bei den heute typischen Drei- und Vierpersonenhaushalten sogar um gut 12 bzw. fast 14 Prozentpunkte zugenommen. Bei den Einpersonenhaushalten ist die Quote dagegen um 3,3 Prozentpunkte zurückgegangen. Die Ursache für diesen Rückgang liegt in erster Linie an der überproportionalen Zunahme junger Einpersonenhaushalte, deren Eigentümeranteil deutlich niedriger liegt als der bei älteren Haushalten. Er beträgt bei alleinlebenden Personen, die 60 Jahre oder älter sind, immerhin 36%, während er bei den unter 60 Jahre alten lediglich bei 11,5% liegt.

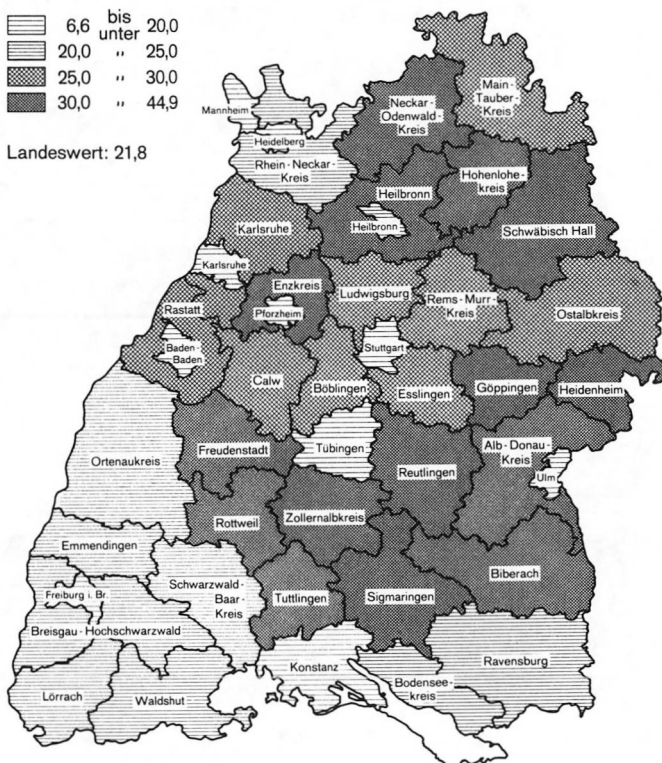
Schaubild 3

Eigentümerhaushalte mit 1 Person in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

Anteil an den Einpersonenhaushalten insgesamt in %



Landeswert: 21,8



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

418 90

Hervorzuheben ist weiter die regional sehr ungleichgewichtige Zunahme der Haushaltszahlen, und zwar sowohl bei den Einpersonen- als auch bei den Mehrpersonenhaushalten. Während sie bei den Haushalten mit zwei und mehr Personen mit einer regionalen Angleichung der Eigentumsanteile verbunden war, hat die ungleichgewichtige Steigerung bei den Einpersonenhaushalten mit ihrer geringen Eigentumsquote zu noch größeren regionalen Unter-

schieden geführt und durch den damit gesteigerten Bedarf an Mietwohnungen auch erheblich zur Verschärfung der Lage auf dem Wohnungsmarkt beigetragen. Gerade die regional hohe Steigerung der Zahl kleiner Haushalte hat das Ungleichgewicht zwischen Wohnungsangebot und -nachfrage verstärkt.

Dr. Helmut Büringer

Anteil in Prozent der Wohnungen insgesamt

	.. 50
	50 .. 60
	60 .. 70
	70 und mehr

50 .. 60
 60 .. 70
 70 und mehr

Landeswert: 44,7

Kreisstädte
 AA Aalen
 BAD Baden-Baden
 BB Biberach
 BC Biberach
 BL Balingen
 CW Calw
 EM Emmendingen
 ES Esslingen
 FDS Freudenstadt
 FN Friedrichshafen
 FR Freiburg
 GP Göppingen
 HD Heidelberg
 HDH Heidenheim
 HN Heilbronn
 KA Karlsruhe
 KN Konstanz
 KÜN Künzelsau
 LB Ludwigsburg
 LÖ Lorch
 MA Mannheim
 MOS Mosbach
 OG Offenburg
 PF Pforzheim
 RA Rastatt
 RT Reutlingen
 RV Ravensburg
 RW Rottweil
 S Stuttgart
 SHA Schwäbisch-Ha
 SIG Sigmaringen
 TBB Tauberbischofs
 TU Tübingen
 TUT Tuttlingen
 UL Ulm
 VS Villingen-Schw
 WN Waiblingen
 WT Waldshut-Ti

AA	Aalen
BB	Baden-Baden
BD	Böblingen
BC	Böblingen
BL	Balingen
CA	Calw
EM	Emmendingen
ES	Esslingen
FDS	Freudenstadt
FR	Freiburg
GP	Goppingen
HD	Heidelberg
HH	Heidenheim
HN	Heilbronn
KA	Karlsruhe
KN	Konstanz
KÜ	Künzelsau
LB	Ludwigsburg
LO	Lorch
MA	Mannheim
MOS	Mosbach
OG	Offenburg
PF	Pforzheim
RA	Rastatt
RT	Reutlingen
RV	Ravensburg
RW	Rottweil
S	Stuttgart
SH	Schwäbisch Hall
SIG	Sigmaringen
TBB	Tauberbischofsheim
TÜ	Tübingen
TUT	Tutlingen
UL	Ulm
VS	Villingen-Schwenningen
WN	Waldingen
WT	Waldstut-Tiengen

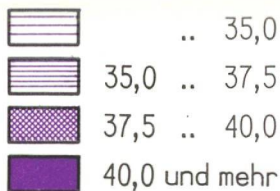
643 89

Fläche je Person in Eigentümerwohnungen in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

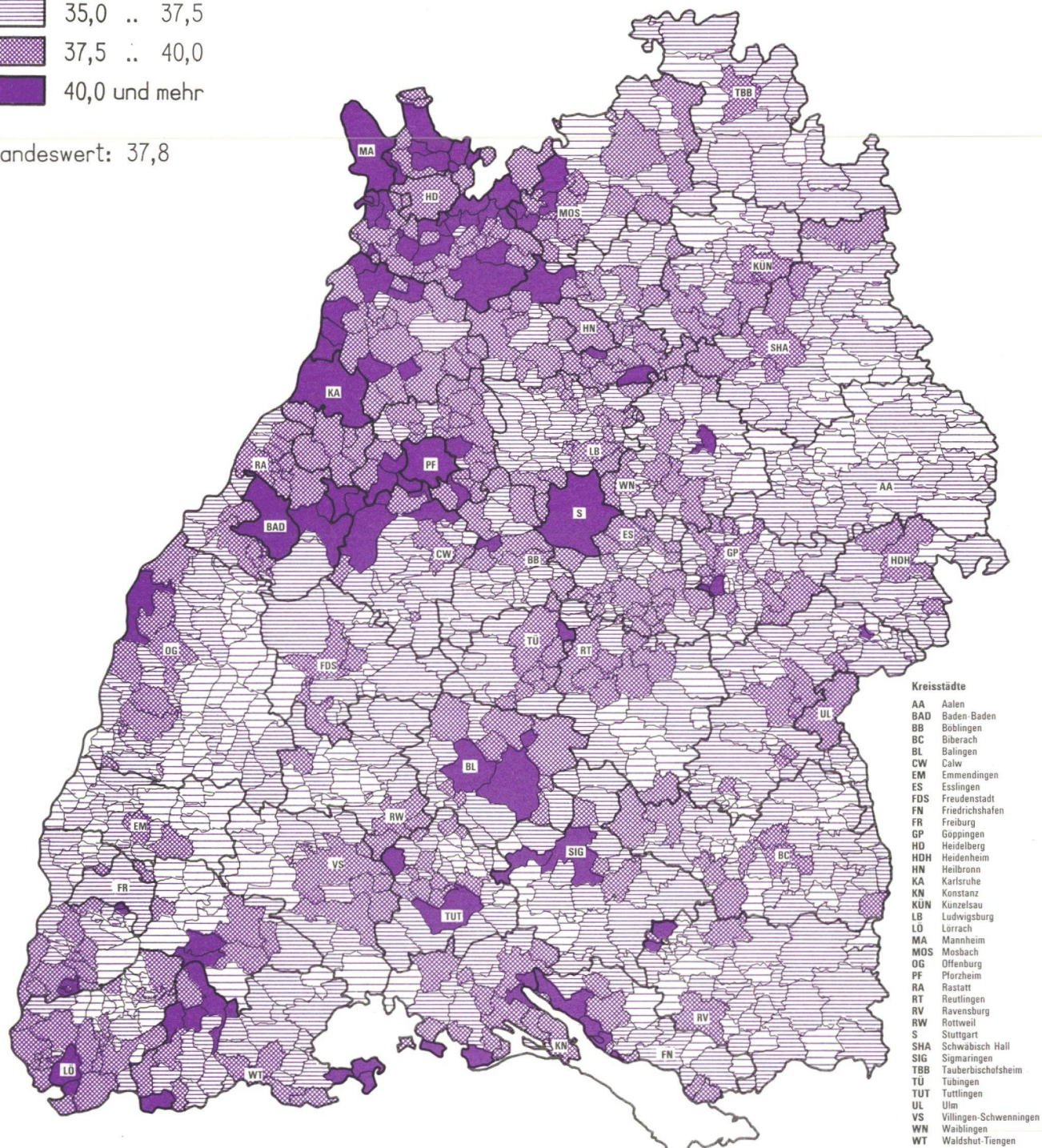
- Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung -

In Quadratmeter

von .. bis unter



Landeswert: 37,8



Die Wohnsituation älterer Menschen

Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1987

Die Lebensverhältnisse älterer Menschen sind in den letzten Jahren verstärkt ins Blickfeld von Politik und Öffentlichkeit gerückt. Anstoß dafür war und ist der bereits erkennbare und in den kommenden Jahren noch stärker zu erwartende Anstieg des Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung. Sichtbarer Ausdruck der erhöhten Aufmerksamkeit für die Situation älterer Menschen in unserer Gesellschaft sind beispielsweise der im November 1988 von der Landesregierung abgehaltene Zukunftskongreß „Altern als Chance und Herausforderung“ sowie die Einsetzung des Untersuchungsausschusses „Menschenwürde und Selbstbestimmung im Alter“.

Parallel zu diesen und ähnlichen Veranstaltungen wurde in verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen daran gearbeitet, die derzeitige Lebenssituation älterer Menschen durch das Zusammentragen der in der amtlichen Statistik und anderen Institutionen vorhandener empirischer Datenmaterialien aufzuzeigen. Zu nennen sind hier insbesondere der Bericht der Kommission „Altern als Chance und Herausforderung“, erstellt im Auftrag der Landesregierung, der seinen Niederschlag fand in zwei von Ministerpräsident Lothar Späth und Bundesministerin Ursula Lehr unter gleichem Titel herausgegebenen Bänden sowie der 4. Familienbericht der Bundesregierung „Die Situation der älteren Menschen in der Familie“ durch die Sachverständigenkommission (Vorsitzende Prof. Dr. Ursula Lehr, Stellvertretender Vorsitzender Prof. Dr. Max Wingen).¹ Eine wichtige Grundlage für weitere entsprechende Analysen, insbesondere auch in regionaler Gliederung, bieten die Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und

Arbeitsstättenzählung 1987. Diese erlauben unter anderem auch Aussagen über die Wohnsituation älterer Menschen, eine der wichtigen Rahmenbedingungen für eine befriedigende und menschenwürdige Lebensführung.

Im engem Zusammenhang mit der Wohnsituation ist der Familien- bzw. Haushaltszusammenhang, in dem ältere Menschen stehen, zu sehen. Über Familienzusammenhänge liefert die Volkszählung zwar keine Angaben, jedoch können wichtige Angaben zum Haushaltszusammenhang herausgearbeitet werden.

Im Mittelpunkt der folgenden Betrachtungen stehen die Verteilung älterer Menschen auf verschiedene Haushaltstypen sowie ihre Wohnsituation, wobei das Wohnverhältnis sowie ausgewählte Aspekte der quantitativen und qualitativen Wohnraumversorgung untersucht werden. Letzteres, die Untersuchung der qualitativen bzw. quantitativen Wohnraumversorgung, erscheint nicht allein im Hinblick auf die Lebensumstände der älteren Menschen von Interesse, vielmehr kann sie auch wichtige Hinweise auf die zukünftige Entwicklung der Lage auf dem Wohnungsmarkt liefern. Insbesondere bei hinreichender regionaler Differenzierung kann aus den entsprechenden Angaben auch herausgearbeitet werden, wieviele Wohnungen welcher Art mittelfristig dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen werden.²

Über 1,8 Mill. Menschen 60 Jahre oder älter

Von den 9,29 Mill. Menschen, die am 25. Mai 1987 in Baden-Württemberg lebten, waren gut 1,8 Mill. 60 Jahre oder älter. Davon hatten rund 470 000 Menschen ein Alter zwischen 60 und 65 Jahren und über 700 000 eines zwischen 65 und 75 Jahren erreicht. Gut 620 000 Bürgerinnen und Bürger hatten das Alter von 75 Jahren überschritten.

Die 1,8 Mill. 60jährigen und Älteren verteilten sich auf 1,31 Mill. Haushalte, das heißt in jedem dritten Haushalt lebte 1987 mindestens eine Person, die 60 Jahre oder älter war. Schon mit dem Vergleich des Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung mit dem der Haushalte mit älteren Menschen an der Haushaltszahl insgesamt wird deutlich, daß ältere Menschen überwiegend in kleinen Haushalten, sehr häufig sogar alleine in einem Haushalt leben. Immerhin 31% der über 60jährigen bildeten alleine einen Haushalt. Dabei erscheint bemerkenswert, daß die Personen zwischen 60 und 65 Jahren, sowie die mit 65 bis 75 Jahren jeweils zu knapp einem Viertel alleine lebten, während

¹ Vgl. auch: Leben im Alter, Unterrichtseinheit für die Klassen 9–12, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 1990; Votteler, Martin, Schwarz, Thomas: Ältere Menschen in Baden-Württemberg, Sonderveröffentlichung zum Zukunftskongreß „Altern als Chance und Herausforderung“, Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 1988.

Tabelle 1
Ältere Menschen in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung	
	Anzahl	%
unter 60	7 483 694	80,6
60 und mehr	1 802 693	19,4
davon		
60–65	472 226	5,1
65–70	377 611	4,1
70–75	330 524	3,6
75 und mehr	622 332	6,7
Insgesamt	9 286 387	100

² Vgl. auch: Methodenstudie Wohnungsmarktbeobachtung, Bände 1 und 2, Reihe H, DST-Beiträge zur Statistik und Stadtforschung Hefte 29 und 35, Deutscher Städtetag.

bei der Gruppe der 75 Jahren oder älteren Personen der Anteil der allein in einem Haushalt lebenden auf 42,4% deutlich ansteigt. Aus weiteren Gegenüberstellungen von Personen- und Haushaltszahlen nach Altersgruppen geht hervor, daß mehr als drei Viertel der älteren Menschen in 1- oder 2-Personenhaushalten ohne jüngere, das heißt unter 60 Jahre alte Haushaltsmitglieder, leben.

Die älteren Menschen leben also weitgehend für sich in 1- bzw. 2-Personenhaushalten. So handelt es sich bei den insgesamt 1,31 Mill. Haushalten mit älteren Menschen zu 42,4% um 1-Personenhaushalte, und zu 37,4% um 2-Personenhaushalte. In deutlich weniger, nämlich 11% der Haushalte mit älteren Menschen, leben drei Personen, auf 4-Personenhaushalte entfallen noch 4,7%, und in 4,5% der Haushalte mit älteren Menschen lebten fünf und mehr Personen. Hinter den vergleichsweise kleinen Prozentanteilen der großen Haushalte mit älteren Menschen stehen absolut betrachtet dennoch bemerkenswerte Zahlen. So gab es 1987 in Baden-Württemberg immerhin fast 36 000 Haushalte mit fünf und 23 000 Haushalte mit sechs und mehr Personen, unter denen wenigstens eine 60 Jahre oder älter war.

Eingegrenzt auf Haushalte mit mindestens einer 75jährigen oder älteren Person halbieren sich die Zahlen bei 5- bzw. 6- und Mehrpersonenhaushalten, bei den 3- und 4-

Personenhaushalten ist ein Rückgang auf ein Viertel bzw. ein Drittel zu verzeichnen. Besonders augenfällig ist, wie bereits oben festgestellt, daß bei den über 75jährigen die 1-Personenhaushalte eindeutig dominieren.

Die Gliederung der Haushalte mit älteren Personen nach der Gesamtzahl der Haushaltsmitglieder ist auch wesentlich für die Behandlung der Frage nach der Wohnsituation. Nur auf diese Weise lassen sich Unterschiede zu den jüngeren Haushalten und regionale Besonderheiten herausarbeiten.

Anteil der Haushalte mit älteren Menschen regional sehr unterschiedlich

Regional gibt es zum Teil erhebliche Unterschiede beim Anteil der Haushalte, in denen wenigstens eine Person im Alter von über 60 Jahren lebt. Erwartungsgemäß weit unter dem Landesdurchschnitt liegt der Anteil in den Universitätsstädten. Besonders auffällig ist, daß viele der Landkreise um die Zentren der Verdichtungsräume niedrigere Anteile an Haushalten mit älteren Menschen aufweisen, als dies für die zugehörigen Stadtkreise gilt. Sehr deutlich wird dies im Mittleren Neckarraum beim Vergleich der Landkreise Böblingen, Esslingen und Ludwigsburg mit der Landes-

Tabelle 2

Haushalte mit älteren Menschen in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Wohnverhältnis und Haushaltsgröße

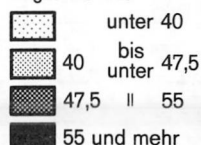
Haushalte mit . . . Person(en)	Haushalte insgesamt ¹⁾	Davon							
		Eigentümer		Hauptmieter		Untermieter		In Gebäuden/Unterkünften mit vollständiger Wohnheimnutzung	
	Anzahl		% von Sp. 1	Anzahl	% von Sp. 1	Anzahl	% von Sp. 1	Anzahl	% von Sp. 1
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Haushalte insgesamt									
1	1 321 917	288 382	21,8	861 966	65,2	134 509	10,2	37 060	2,8
2	1 064 710	474 926	44,6	573 573	53,9	13 029	1,2	3 182	0,3
3	682 963	358 225	52,5	319 526	46,8	4 266	0,6	946	0,1
4	597 867	354 527	59,3	240 618	40,2	2 119	0,4	603	0,1
5	208 525	134 812	64,7	72 935	35,0	588	0,3	190	0,1
6 und mehr	83 590	54 207	64,8	29 105	34,8	214	0,3	64	0,1
Insgesamt	3 959 572	1 665 079	42,1	2 097 723	53,0	154 725	3,9	42 045	1,1
Haushalte mit 60jährigen oder älteren Personen									
1	556 486	200 292	36,0	333 611	60,0	16 504	3,0	6 079	1,1
2	491 156	281 551	57,3	205 963	41,9	2 568	0,5	1 074	0,2
3	144 183	104 628	72,6	39 122	27,1	302	0,2	131	0,1
4	61 645	49 356	80,1	12 167	19,7	76	0,1	46	0,1
5	35 715	30 251	84,7	5 396	15,1	45	0,1	23	0,1
6 und mehr	22 963	20 427	89,0	2 517	11,0	15	0,1	4	0,0
Zusammen	1 312 148	686 505	52,3	598 776	45,6	19 510	1,5	7 357	0,6
Haushalte mit 75jährigen oder älteren Personen									
1	263 921	88 662	33,6	163 404	61,9	7 933	3,0	3 922	1,5
2	164 629	87 874	53,4	75 121	45,6	1 066	0,6	568	0,3
3	38 380	27 953	72,8	10 300	26,8	91	0,2	36	0,1
4	19 849	16 422	82,7	3 390	17,1	24	0,1	13	0,1
5	16 197	14 305	88,3	1 860	11,5	21	0,1	11	0,1
6 und mehr	12 133	11 317	93,3	805	6,6	8	0,1	3	0,0
Zusammen	515 109	246 533	47,9	254 880	49,5	9 143	1,8	4 553	0,9
Haushalte mit nur unter 60jährigen Personen									
1	765 431	88 090	11,5	528 355	69,0	118 005	15,4	30 981	4,0
2	573 554	193 375	33,7	367 610	64,1	10 461	1,8	2 108	0,4
3	538 780	253 597	47,1	280 404	52,0	3 964	0,7	815	0,2
4	536 222	305 171	56,9	228 451	42,6	2 043	0,4	557	0,1
5	172 810	104 561	60,5	67 539	39,1	543	0,3	167	0,1
6 und mehr	60 627	33 780	55,7	26 588	43,9	199	0,3	60	0,1
Zusammen	2 647 424	978 574	37,0	1 498 947	56,6	135 215	5,1	34 688	1,3

¹⁾ Ohne Haushalte in Freizeitwohneinheiten; ohne Haushalte von Angehörigen ausländischer Streitkräfte.

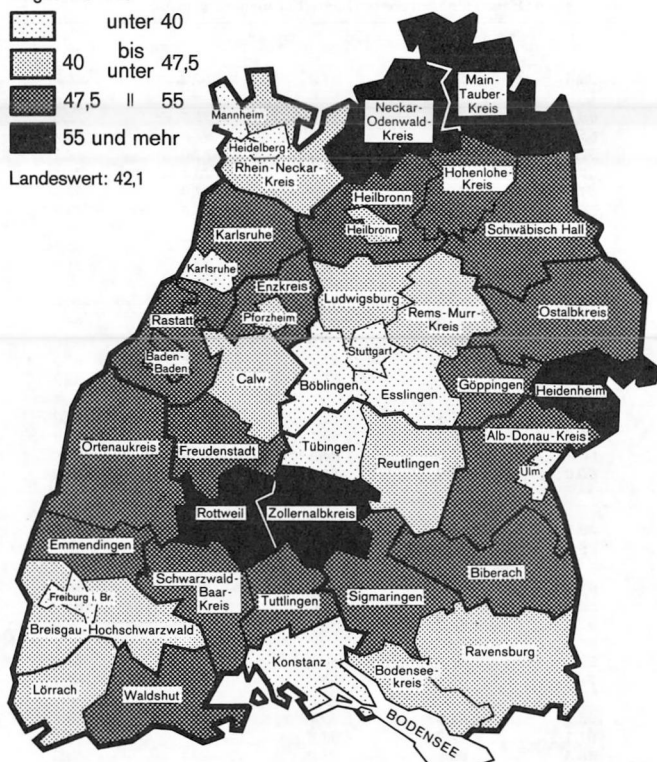
Schaubild 1

Haushalte mit älteren Menschen*) in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987 nach Haushaltsgröße

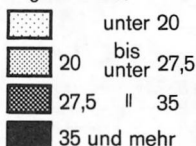
Anteil an den Haushalten insgesamt in %



Landeswert: 42,1



Anteil an den Haushalten insgesamt in %



Landeswert: 27,5



*) 60 Jahre oder älter.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

610 90

hauptstadt Stuttgart. Aber auch zwischen Pforzheim und dem Enzkreis oder der Stadt Heilbronn und dem gleichnamigen Landkreis Heilbronn bestehen entsprechende Unterschiede.

Den höchsten Anteil älterer Haushalte³ hat Baden-Baden mit 43,1%. Ansonsten sind es einige ausgesprochen ländliche Kreise, die Anteilswerte deutlich über dem Landesdurchschnitt aufweisen. Zu nennen sind insbesondere die Landkreise der Region Franken (ohne Heilbronn), der Neckar-Odenwald-Kreis sowie die Landkreise Rottweil, Freudenstadt und Heidenheim.

Aufschlußreich ist die nach der Personenzahl gegliederte regionale Betrachtung des Anteils älterer Haushalte, wobei vor allem die Streuung bei den 1-Personen- sowie größeren Mehrpersonenhaushalten hervortritt. So liegen die Anteile der älteren 1-Personenhaushalte zwischen 23,1% in Heidelberg sowie dem Landkreis Tübingen und über 57% im ländlichen Zollernalbkreis. Der Landesdurchschnitt liegt bei 42,1%. Bei den Haushalten mit 5 und erst recht denen mit 6 und mehr Personen sind die regionalen Unterschiede fast noch deutlicher ausgeprägt; bei letzteren variieren die Werte zwischen 10 und 48,9%. Dabei ist jedoch die Rangordnung unter den Stadt- und Landkreisen keineswegs kongruent zu der der Anteilswerte bei den 1-Personenhaushalten. Tendenziell liegen die Werte in den Kreisen, die dem ehemaligen Baden zugerechnet werden können höher als in denen des ehemals württembergischen Gebiets.

Haushalte mit älteren Menschen überwiegend in Eigentümerwohnungen

Ganz allgemein von grundlegender Bedeutung für die Wohnsituation eines Haushalts ist die Frage des Wohnverhältnisses, das heißt, ob der Haushalt in einer eigenen Wohnung lebt oder ob er die Wohnung als Haupt- bzw. Untermieter bewohnt. Der überwiegende Teil der Haushalte mit älteren Menschen bewohnte 1987 „eigene vier Wände“ (52,3%). Als Hauptmieter wohnten 45,5% der Haushalte mit über 60jährigen Personen und 1,5% dieser Haushalte waren Untermieter in der Wohnung. In Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung lebten gut 7 400 ältere Haushalte.⁴

Eingeschränkt auf die Haushalte mit wenigstens einer 75jährigen oder älteren Person errechnet sich eine spürbar niedrigere Eigentümerquote (47,9%), wobei vor allem die 1- und 2-Personenhaushalte mit älteren Menschen in geringerem Umfang in „eigenen vier Wänden“ lebten als dies bezogen auf die umfassende Gruppe der 60jährigen und Älteren der Fall ist. Größere Haushalte mit drei und mehr Personen, in denen auch eine 75jährige Person lebt, bewohnten dagegen häufiger eine Eigentümerwohnung als bei der weiter gefaßten Gruppe.

Generell ist festzustellen, daß Haushalte mit älteren Menschen mit zunehmender Personenzahl in größerem Um-

³ Der Einfachheit halber wird im folgenden auch „älterer Haushalt“ für Haushalte mit älteren Menschen verwendet, im Unterschied zu „jüngerer Haushalt“ für solche, deren ältestes Mitglied weniger als 60 Jahre alt ist.

⁴ Wohnheimbewohner in Gebäuden mit teilweiser Wohnheimnutzung sind den Mieterhaushalten subsumiert. Ältere Menschen ohne eigene Haushaltsführung (in Gemeinschaftsunterkünften) sind hier nicht einbezogen.

Tabelle 3

Eigentümerhaushalte mit älteren Menschen*) in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987 nach Haushaltsgröße

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Eigentümerhaushalte mit älteren Menschen insgesamt ¹⁾		Davon mit . . . Person(en)					
			1	2	3	4	5	6 und mehr
	Anzahl	Anteil an den Haushalten mit älteren Menschen insgesamt in %						
Stadtkreis								
Stuttgart, L.-Hauptstadt	90 874	34,6	27,8	39,4	46,0	51,9	57,2	56,7
Landkreise								
Böblingen	36 331	61,1	46,5	68,2	77,0	79,7	79,1	73,6
Esslingen	59 190	58,6	45,3	65,0	75,9	78,9	77,1	75,7
Göppingen	34 061	56,6	41,8	62,9	75,8	80,0	83,0	84,2
Ludwigsburg	55 408	58,4	45,4	65,0	74,5	78,3	78,4	75,6
Rems-Murr-Kreis	47 408	58,3	44,5	64,7	74,0	80,3	81,8	82,8
Region Mittlerer Neckar	323 272	51,8	39,4	58,2	68,6	73,9	75,9	75,8
Stadtkreis								
Heilbronn	18 111	45,6	33,3	52,5	62,3	72,2	71,0	71,6
Landkreise								
Heilbronn	33 270	66,8	49,2	73,5	86,2	87,6	91,8	90,9
Hohenlohekreis	12 119	66,3	45,0	67,8	82,9	89,2	93,7	96,9
Schwäbisch Hall	22 375	64,0	42,4	66,9	80,6	89,5	93,9	96,6
Main-Tauber-Kreis	19 241	59,5	34,0	61,1	81,2	91,6	94,4	97,6
Region Franken	105 116	61,1	41,6	65,6	80,1	87,4	91,8	95,3
Landkreise								
Heidenheim	18 821	55,8	39,8	61,5	76,3	82,9	89,3	85,3
Ostalbkreis	38 611	55,4	35,4	59,6	78,0	85,1	87,3	92,3
Region Ostwürttemberg	57 432	55,5	36,9	60,2	77,5	84,5	87,8	90,9
Regierungsbezirk Stuttgart	485 820	54,3	39,6	60,0	72,5	79,2	83,1	87,9
Stadtkreise								
Baden-Baden	10 566	37,7	26,1	43,9	60,0	69,6	81,3	83,3
Karlsruhe	44 285	29,2	19,1	35,2	46,1	53,8	62,6	56,0
Landkreise								
Karlsruhe	47 782	58,8	38,5	66,7	81,9	86,3	88,4	86,6
Rastatt	27 413	52,3	32,5	56,5	75,7	84,5	83,8	88,2
Region Mittlerer Oberrhein	130 046	45,6	28,8	52,1	69,2	77,4	81,7	82,0
Stadtkreise								
Heidelberg	19 984	29,9	20,4	34,1	47,2	52,7	57,8	57,5
Mannheim	48 475	24,9	16,4	29,8	43,4	54,0	55,6	48,1
Landkreise								
Neckar-Odenwald-Kreis	18 930	62,0	37,4	65,7	84,8	90,1	93,3	95,7
Rhein-Neckar-Kreis	63 712	54,0	34,3	61,1	77,3	83,8	85,2	85,8
Region Unterer Neckar	151 101	42,5	26,0	48,3	66,6	75,9	80,2	84,3
Stadtkreis								
Pforzheim	18 194	32,7	22,1	38,1	53,3	62,0	57,7	56,0
Landkreise								
Calw	19 151	62,3	47,8	68,2	81,4	84,3	85,6	87,0
Enzkreis	21 506	64,6	47,3	72,3	85,3	87,6	88,8	85,3
Freudenstadt	15 212	60,9	43,8	65,6	81,6	86,5	93,9	91,2
Region Nordschwarzwald	74 063	55,4	39,8	61,6	76,9	81,9	85,1	85,1
Regierungsbezirk Karlsruhe	355 210	46,3	29,9	52,5	69,7	77,7	81,8	83,8
Stadtkreis								
Freiburg im Breisgau	27 782	26,7	16,7	30,3	46,1	57,5	61,8	71,9
Landkreise								
Breisgau-Hochschwarzwald	26 770	54,7	33,5	56,5	74,8	82,9	88,8	94,7
Emmendingen	17 406	52,8	31,2	54,4	73,9	82,4	91,0	95,5
Ortenaukreis	49 492	53,6	31,1	55,0	75,4	84,6	91,5	94,8
Region Südlicher Oberrhein	121 450	47,6	27,4	49,9	69,8	79,8	87,6	93,5
Landkreise								
Rottweil	18 699	60,8	43,1	65,7	81,6	87,0	89,9	91,5
Schwarzwald-Baar-Kreis	28 161	49,2	32,1	53,7	69,6	78,9	84,7	87,1
Tuttlingen	15 788	66,3	51,5	71,9	82,4	85,1	88,0	91,0
Region Schwarzwald-Baar-Heub.	62 648	57,0	40,2	61,9	76,6	83,0	87,2	89,4
Landkreise								
Konstanz	35 170	44,8	27,9	49,1	66,9	76,7	84,5	84,2
Lörrach	26 849	46,9	29,0	50,6	69,0	77,9	84,6	88,7
Waldshut	20 666	52,6	31,2	54,8	74,5	82,7	87,1	92,9
Region Hochrhein-Bodensee	82 685	47,4	29,0	51,0	69,7	78,8	85,4	89,0
Regierungsbezirk Freiburg	266 783	49,7	30,9	53,1	71,4	80,2	86,9	91,5
Landkreise								
Reutlingen	33 414	65,2	52,8	70,2	79,3	82,1	81,6	86,2
Tübingen	20 182	64,1	51,0	70,8	78,3	83,0	83,0	79,3
Zollernalbkreis	24 684	72,4	59,5	78,1	87,6	88,6	89,3	86,1
Region Neckar-Alb	78 280	67,2	54,4	72,9	81,7	84,4	84,5	84,4
Stadtkreis								
Ulm	16 075	36,2	25,2	39,0	54,3	67,4	73,6	72,6
Landkreise								
Alb-Donau-Kreis	19 979	67,1	45,9	70,3	83,7	89,7	92,7	92,6
Biberach	20 322	65,5	46,4	67,6	82,8	87,3	92,7	92,2
Region Donau-Iller²⁾	56 376	57,7	39,1	59,9	76,8	85,0	90,3	90,5
Landkreise								
Bodenseekreis	24 372	52,7	35,9	55,0	71,6	81,5	88,0	92,2
Ravensburg	30 895	58,4	39,3	60,4	75,6	82,8	87,5	93,5
Sigmaringen	14 412	65,5	45,9	67,9	83,0	89,6	91,2	92,2
Region Bodensee-Oberschwaben	69 679	57,9	39,3	59,9	76,0	84,1	88,6	92,9
Regierungsbezirk Tübingen	204 335	61,4	55,4	65,0	78,3	84,5	87,8	90,4
Land Baden-Württemberg	1 312 148	52,3	36,0	57,3	72,6	80,1	84,7	89,0

*) Mindestens eine Person 60 Jahre oder älter. – ¹⁾ Ohne Haushalte in Freizeitwohneinheiten; ohne Haushalte von Angehörigen ausländischer Streitkräfte. – ²⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

fang Eigentümer der bewohnten Wohnung sind. Während gut jeder dritte ältere 1-Personenhaushalt Eigentümer seiner Wohnung ist, ist es bei den 2-Personenhaushalten bereits deutlich mehr als jeder zweite; 3-Personenhaushalte sind fast zu drei Viertel Eigentümer ihrer Wohnung, und für Haushalte mit sechs oder mehr Personen errechnet sich eine Eigentümerquote von fast 90%.

Damit sind Haushalte mit älteren Menschen in deutlich höherem Umfang mit Wohneigentum ausgestattet als Haushalte, deren ältestes Mitglied unter 60 Jahre alt ist. Der Eigentümeranteil liegt bei allen Haushaltsgrößen um 20 bis 30% höher als die entsprechende Quote der jüngeren Haushalte.

Mögliche Ansätze für eine Erklärung der geringeren Eigentümerquoten bei den kleinen Haushalten mit über 75 Jahre alten Personen könnten in der häufig bereits erfolgten Übertragung des Wohneigentums auf die jüngere Generation (Erbfolge) oder einer insgesamt noch weniger guten Vermögenssituation bei den Haushalten mit über 75jährigen Personen liegen. Für den ersten Ansatz spricht vor allem die Tatsache, daß insbesondere in ländlichen Gebieten die Differenz zwischen den Eigentumsquoten für die 60 bzw. 75 Jahre alten, alleine lebenden Personen mehrere Prozentpunkte beträgt. In den Großstädten hingegen, wo ältere und jüngere Generationen wesentlich weniger oft nahe beieinander, oder gar im selben Gebäude wohnen, ist die Differenz meist vernachlässigbar klein. In Stuttgart und Mannheim ist die Eigentümerquote der über 75 Jahre alten Menschen in 1-Personenhaushalten sogar höher als die der umfassenden Gruppe der 60 und mehr Jahre alten.

Eigentümeranteil regional sehr unterschiedlich

Außerordentlich große Unterschiede beim Eigentümeranteil älterer Haushalte gibt es zwischen den Stadt- und

Landkreisen. Die Unterschiede betragen bis zu 48 Prozentpunkte. Dabei ist die Streuung der Eigentümerquote differenziert nach der Zahl der Personen im Haushalt fast durchweg ebenso groß wie bei der Aggregation über alle Haushaltsgrößen. Besonders niedrig liegen die Quoten in Mannheim und Heidelberg. Die höchsten Eigentümeranteile errechnen sich bei den kleinen Haushalten im Zollernalbkreis, bei den großen Haushalten in den Kreisen der Region Franken. Jedoch ist kein eindeutiges Land-Stadt-Gefälle auszumachen. Vielmehr scheinen eine Reihe regionaler Besonderheiten die Eigentümerquote vor allem der kleineren Haushalte mit älteren Personen zu bestimmen. Nur so läßt sich beispielsweise erklären, daß im Main-Tauber-Kreis „nur“ jeder dritte 1-Personenhaushalt Eigentümer der bewohnten Wohnung ist, im Landkreis Heilbronn dagegen jeder zweite.

In diesem Zusammenhang fällt auf, daß die Eigentümerquoten in den Kreisen der Regierungsbezirke Karlsruhe und Freiburg bei den kleineren Haushalten mit älteren Menschen, insbesondere den 1-Personenhaushalten, fast durchweg niedriger liegen als in den beiden anderen Regierungsbezirken Stuttgart und Tübingen. Eine noch schärfere Niveauabgrenzung ist bei Unterscheidung nach den ehemaligen Landesteilen Baden und Württemberg ersichtlich. Im Gebiet des ehemaligen Baden liegt die Eigentümerquote älterer 1-Personenhaushalte durchweg merklich niedriger als im Gebiet des ehemaligen Württemberg (nur die Landkreise Heidenheim und Ostalbkreis liegen hier niedriger). Möglicherweise spiegelt sich hierin eine regional unterschiedliche Erbtradition wider.

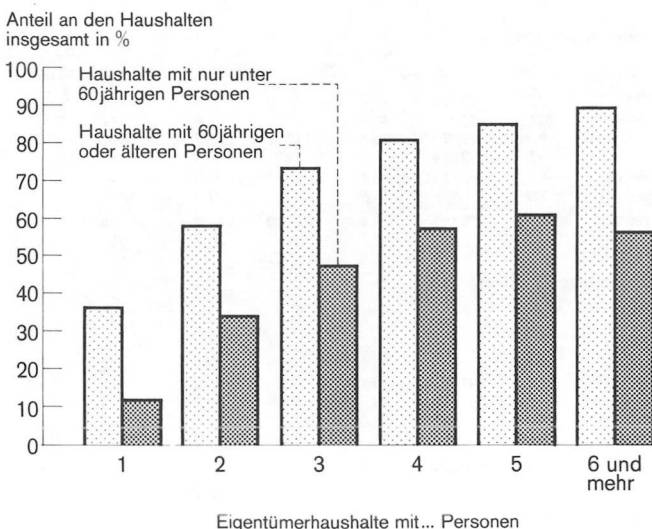
Ältere Haushalte überdurchschnittlich mit Wohnraum versorgt

Die quantitative Wohnraumversorgung ist, wie auch die qualitative, allgemein entscheidend geprägt vom Wohnverhältnis.⁵ Deshalb wird im folgenden von vornherein zwischen Eigentümer- und Mieterhaushalten differenziert. Hauptkriterien der quantitativen Wohnraumversorgung sind die Zahl der zur Verfügung stehenden Räume sowie die Fläche der Wohnung. Nach beiden Indikatoren sind Haushalte mit älteren Menschen vergleichsweise gut mit Wohnraum versorgt. Dies trifft sowohl für Eigentümer- wie Hauptmieterhaushalte zu. Die kleineren Haushalte haben fast durchweg mehr als einen Raum je Person und auch bei den Haushalten mit 5- bzw. 6 und mehr Personen ist, selbst wenn sie zur Miete wohnen, der Anteil der Haushalte, die weniger Räume als Personen haben absolut und relativ betrachtet gering. Noch etwas günstiger ist die Versorgung mit Räumen bei den Haushalten mit mindestens einer 75 Jahre oder älteren Person. Bei Haushalten, deren ältestes Mitglied unter 60 Jahre alt ist, trifft es dagegen im beträchtlichen Umfang zu, daß die Zahl der Räume kleiner ist als die der Haushaltsmitglieder.

Auch gemessen an der Wohnfläche ist die quantitative Wohnraumversorgung der Haushalte mit älteren Menschen im allgemeinen als gut zu bezeichnen. Es ist festzu-

Schaubild 2

Eigentümerhaushalte in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Haushaltsgröße



⁵ Vgl. auch Büringer, Helmut: Gebäude- und Wohnungszählung 1987 – Weitere Aspekte zur quantitativen Wohnraumversorgung der Haushalte, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 10/1989 S. 456 ff, Zitierweise: Quantitative Wohnraumversorgung.

stellen, daß zur Miete wohnende 1- bzw. 2-Personenhaushalte mit älteren Menschen zum überwiegenden Teil Wohnungen besitzen, die 60 und mehr Quadratmeter Wohnfläche aufweisen und zu beachtlichen Teilen wohl eher mit Wohnraum übertversorgt sind. In Eigentümerwohnungen ist die Versorgung mit Wohnfläche erwartungsgemäß noch um eine Stufe besser; hier haben lediglich 10% der 664 000 Haushalte mit zumindest einer älteren Person nur weniger als 60 m² zur Verfügung. Im Durchschnitt kommen in Eigentümerhaushalten auf eine Person 44 m², in Hauptmieterhaushalten knapp 43 m² Wohnfläche. Diese im Mittel nur wenig differierenden Werte erklären sich dadurch, daß der Anteil der Mehrpersonenhaushalte bei Eigentümern deutlich höher liegt als bei den Mieterhaushalten.

Unterschiede zu den jüngeren Haushalten gibt es bezüglich der quantitativen Wohnraumversorgung hauptsächlich bei den Mieterhaushalten. Die quantitative Wohnraumversorgung

der jungen Haushalte ist spürbar weniger gut. Insbesondere gibt es sehr viel mehr Haushalte, die in Bezug auf Wohnfläche oder Raumzahl unterversorgt sind.⁶

Ältere Haushalte häufig in Einfamilienhäusern

Die überdurchschnittliche Versorgung der älteren Haushalte mit Wohnraum kommt auch in ihrer Verteilung auf 1-, 2-, bzw. Mehrfamiliengebäude zum Ausdruck. Eigentümerhaushalte mit älteren Menschen leben unabhängig von der Haushaltsgröße wesentlich häufiger in Einfamilienhäusern als dies für jüngere Eigentümerhaushalte zutrifft.

⁶ Büringer, H.: Quantitative Wohnraumversorgung, 10/1989.

Tabelle 4

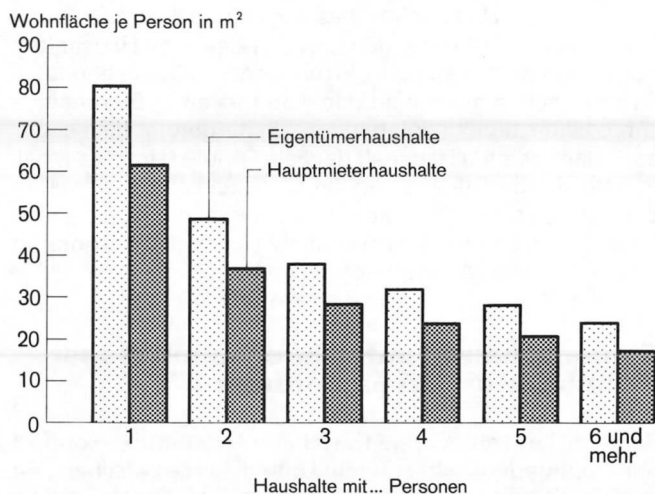
Eigentümer- und Hauptmieterhaushalte mit älteren Menschen in Wohnungen in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Raumzahl und Haushaltsgröße

Haushaltsgröße	Haushalte in Woh- nungen insgesamt ¹⁾	Davon in Wohnungen mit . . . Räumen ²⁾											
		1		2		3		4		5		6 und mehr	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Eigentümerhaushalte mit 60jährigen oder älteren Personen													
Haushalte in Wohnungen mit 1 Haushalt mit . . . Person(en)													
1	191 562	1 007	0,5	5 475	2,9	39 084	20,4	72 402	37,8	43 940	22,9	29 654	15,5
2	272 625	323	0,1	2 052	0,8	23 240	8,5	81 173	29,8	80 945	29,7	84 892	31,1
3	101 637	37	0,0	345	0,3	2 347	2,3	15 769	15,5	28 019	27,6	55 120	54,2
4	48 075	8	0,0	99	0,2	596	1,2	3 590	7,5	9 831	20,4	33 951	70,6
5	29 566	4	0,0	53	0,2	237	0,8	1 260	4,3	4 050	13,7	23 962	81,0
6 und mehr	20 076	1	0,0	26	0,1	117	0,6	529	2,6	1 575	7,8	17 828	88,8
Zusammen	663 541	1 380	0,2	8 050	1,2	65 621	9,9	174 723	26,3	168 360	25,4	245 407	37,0
2 und mehr Haushalten	22 302	1	0,0	54	0,2	1 150	5,2	4 657	20,9	5 597	25,1	10 843	48,6
Eigentümerhaushalte mit nur unter 60jährigen Personen													
Haushalte in Wohnungen mit 1 Haushalt mit . . . Person(en)													
1	83 168	1 785	2,1	4 541	5,5	19 012	22,9	26 944	32,4	17 368	20,9	13 518	16,3
2	186 939	299	0,2	1 588	0,8	14 511	7,8	56 672	30,3	58 169	31,1	55 700	29,8
3	246 310	89	0,0	817	0,3	5 924	2,4	49 797	20,2	79 170	32,1	110 513	44,9
4	296 907	50	0,0	509	0,2	3 249	1,1	30 534	10,3	82 942	27,9	179 623	60,5
5	101 331	20	0,0	167	0,2	798	0,8	5 769	5,7	19 121	18,9	75 456	74,5
6 und mehr	32 860	3	0,0	42	0,1	226	0,7	1 196	3,6	4 073	12,4	27 320	83,1
Zusammen	947 515	2 246	0,2	7 664	0,8	43 720	4,6	170 912	18,0	260 843	27,5	462 130	48,8
2 und mehr Haushalten	30 156	3	0,0	124	0,4	1 071	3,6	4 143	13,7	7 080	23,5	17 735	58,8
Hauptmieterhaushalte mit 60jährigen oder älteren Personen													
Haushalte in Wohnungen mit 1 Haushalt mit . . . Person(en)													
1	320 975	10 448	3,3	34 641	10,8	134 704	42,0	107 166	33,4	26 180	8,2	7 836	2,4
2	201 521	668	0,3	4 393	2,2	51 676	25,6	97 872	48,6	35 845	17,8	11 067	5,5
3	38 178	43	0,1	376	1,0	3 583	9,4	17 777	46,6	11 330	29,7	5 069	13,3
4	11 846	9	0,1	88	0,7	648	5,5	3 644	30,8	4 481	37,8	2 976	25,1
5	5 136	10	0,2	39	0,8	237	4,6	1 221	23,8	1 823	35,5	1 806	35,2
6 und mehr	2 440	1	0,0	21	0,9	61	2,5	459	18,8	764	31,3	1 134	46,5
Zusammen	580 096	11 179	1,9	39 558	6,8	190 909	32,9	228 139	39,3	80 423	13,9	29 888	5,2
2 und mehr Haushalten	13 476	6	0,0	228	1,7	3 007	22,3	5 381	39,9	3 073	22,8	1 781	13,2
Hauptmieterhaushalte mit nur unter 60jährigen Personen													
Haushalte in Wohnungen mit 1 Haushalt mit . . . Person(en)													
1	466 191	66 887	14,3	95 299	20,4	156 693	33,6	100 470	21,6	30 076	6,5	16 766	3,6
2	356 923	4 344	1,2	16 789	4,7	100 375	28,1	160 474	45,0	56 389	15,8	18 552	5,2
3	273 871	652	0,2	4 373	1,6	33 434	12,2	137 153	50,1	70 891	25,9	27 368	10,0
4	223 470	190	0,1	2 032	0,9	15 760	7,1	87 638	39,2	76 529	34,2	41 321	18,5
5	65 608	67	0,1	598	0,9	4 398	6,7	20 086	30,6	22 855	34,8	17 604	26,8
6 und mehr	25 817	12	0,0	237	0,9	1 505	5,8	6 701	26,0	8 865	34,3	8 492	32,9
Zusammen	1 411 880	72 152	5,1	119 328	8,5	312 165	22,1	512 522	36,3	265 605	18,8	130 108	9,2
2 und mehr Haushalten	51 770	104	0,2	2 891	5,6	13 299	25,7	16 597	32,1	11 386	22,0	7 500	14,5

¹⁾ Ohne Haushalte in Freizeitwohnungen; ohne Haushalte von Angehörigen ausländischer Streitkräfte; ohne Haushalte in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung. – ²⁾ Alle Räume mit 6 m² oder mehr sowie alle Küchen.

Schaubild 3

Quantitative Wohnraumversorgung von Haushalten mit älteren Menschen*) in Wohnungen in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Wohnverhältnis und Haushaltsgröße



*) 60 Jahre und älter.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

611 90

Auch bei den Mieterhaushalten ist eine Rangfolge von den jüngeren zu den älteren Haushalten derart zu konstatieren, daß Haushalte mit älteren Menschen verstärkt in Gebäuden mit geringerer Wohnungszahl leben. Anzumerken ist jedoch, daß unter den älteren Haushalten mit 3 bis 5 Personen ein höherer Anteil in Großgebäuden mit 7 und mehr Wohnungen lebt als dies bei jüngeren Haushalten derselben Größe zutrifft. Für 1-Personenhaushalte sowie für große Haushalte mit 6 und mehr Personen hingegen trifft die allgemein festgestellte Reihenfolge zu.

Diese Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Haushalten gelten auch regional, jedoch auf teilweise sehr unterschiedlichem Niveau. Während beispielsweise in der Landeshauptstadt Stuttgart gerade gut 15% der 1-Personenhaushalte mit 60jährigen Personen in Einfamilienhäusern leben, trifft dies in einer Reihe ländlicher Kreise, wie zum Beispiel dem Hohenlohekreis oder dem Landkreis Biberach, für über 60% zu. Ähnlich deutlich sind die Abweichungen bei den 2-Personenhaushalten mit älteren Menschen. Bemerkenswert erscheint, daß der Anteil der in Einfamilienhäusern lebenden älteren 1-Personenhaushalte außer in den Stadtkreisen auch in zahlreichen Landkreisen, insbesondere jenen in Verdichtungsgebieten bzw. -bereichen, unter dem Landesdurchschnitt liegt. Offenbar hat sich dort das knappere Angebot an Baugrundstücken auch auf die Wohnverhältnisse der älteren Haushalte ausgewirkt.

Haushalte mit älteren Menschen überwiegend in Altbauwohnungen

Die Art des Gebäudes kann auch den qualitativen Aspekten der Wohnraumversorgung zugerechnet werden, da bei Gebäuden mit nur zwei Wohnungen und erst recht bei solchen mit nur einer Wohnung im allgemeinen wohl von einem attraktiveren Wohnumfeld ausgegangen werden kann als dies bei den größeren Mehrfamilienhäusern der Fall ist. Einschränkend ist allerdings anzuführen, daß die subjektiven Wohnpräferenzen sowie die Attraktivität des Gebäudestandorts hier mit einzubeziehen sind. Deshalb soll unter qualitativen Aspekten zunächst nicht weiter auf die Verteilung der älteren Haushalte auf die unterschiedlichen Gebäudearten eingegangen werden. Dies erscheint auch dadurch begründet, daß die Haushalte mit älteren Menschen offenbar in hohem Maße Wohnungen in älteren Gebäuden bewohnen.

Vor allem bei den Eigentümerhaushalten sind die Verteilungen der älteren und jüngeren Haushalte auf die Gebäude-

Tabelle 5

Eigentümer- und Hauptmieterhaushalte mit älteren Menschen in Wohnungen in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Wohnverhältnis, Art des Wohngebäudes und Haushaltsgröße

Haushalte mit . . . Person(en)	Eigentümerhaushalte ¹⁾					Hauptmieterhaushalte ¹⁾				
	zu- sammen	darunter in Wohngebäuden mit . . . Wohnungen				zu- sammen	darunter in Wohngebäuden mit . . . Wohnungen			
		1	2	3–6	7 und mehr		1	2	3–6	7 und mehr
	Anzahl	%				Anzahl	%			
Haushalte mit 60jährigen oder älteren Personen										
1	199 796	39,5	32,3	16,0	10,8	329 136	4,7	29,6	31,2	32,6
2	281 427	51,6	27,1	11,8	8,1	205 453	6,8	24,6	33,6	33,0
3	104 612	66,6	20,1	7,4	3,9	39 044	11,5	19,0	34,7	31,6
4	49 342	74,1	16,0	5,0	2,3	12 131	17,8	17,7	31,7	28,7
5	30 244	79,6	12,5	3,3	1,2	5 300	24,2	16,8	26,0	28,0
6 und mehr	20 422	83,3	8,2	2,1	0,6	2 508	33,7	14,9	23,5	21,4
Zusammen	685 843	54,1	25,6	11,2	7,3	593 572	6,5	26,8	32,2	32,5
Haushalte mit nur unter 60jährigen Personen										
1	87 565	29,5	24,1	19,7	24,6	496 771	3,7	16,9	34,2	42,0
2	193 222	44,4	27,2	13,9	13,3	365 675	6,2	22,5	36,9	31,7
3	253 492	53,1	27,4	10,3	8,0	279 588	9,2	23,5	35,9	28,5
4	305 085	58,2	27,7	7,9	4,8	227 895	14,1	24,2	33,7	24,5
5	104 541	63,3	26,2	5,9	2,6	67 272	19,4	20,8	31,2	24,3
6 und mehr	33 766	70,4	20,6	4,4	1,4	26 456	24,2	16,8	29,7	24,4
Zusammen	977 671	52,5	26,8	10,4	8,7	1 463 657	7,9	20,9	34,9	33,0

¹⁾ Ohne Haushalte in Freizeitwohnungen; ohne Haushalte von Angehörigen ausländischer Streitkräfte; ohne Haushalte in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung.

dealersgruppen gänzlich verschieden. Während Haushalte mit mindestens einer 60jährigen oder älteren Person zu mehr als 80% in einem vor 1969 errichteten Gebäude leben – Haushalte mit mindestens einer 75jährigen Person sogar zu 85% –, sind es bei den jüngeren Haushalten im Schnitt gerade 50%, die in Altbauten leben. Generell bestehen dabei nur geringe Abweichungen zwischen den Haushalten unterschiedlicher Personenzahl.

Nicht ganz so kraß sind die Unterschiede bei den Mieterhaushalten. Zwar leben auch hier ältere Haushalte in größerem Anteil in Altbauwohnungen, jedoch ist ebenso für die jüngeren Haushalte festzustellen, daß der überwiegende Teil auf die Baualtersgruppen bis 1948 bzw. 1949 bis 1968 entfällt. Außerdem ist hier anzumerken, daß bei den großen Haushalten mit fünf und mehr Personen sogar eine umgekehrte Rangfolge beim Anteil der Haushalte in Neubauwohnungen besteht. Das heißt große Haushalte mit älteren Menschen leben in größerem Umfang in Neubauten als solche, deren älteste Person jünger als 60 Jahre ist. Der Grund für diese abweichende Reihenfolge dürfte in erster Linie daran liegen, daß es sich bei den jüngeren großen Mieterhaushalten zu einem erheblichen Teil um Ausländerhaushalte handelt, die allgemein geringere Ansprüche an den Wohnungsstandard stellen.

Die Verteilung der älteren Haushalte nach Gebäudeart bzw. Baualtersgruppen zeigt, daß die qualitative Wohnraumversorgung der älteren Haushalte nicht isoliert an der Art oder dem Baualter des Wohngebäudes abgelesen werden kann, sondern erst die Verknüpfung verschiedener Qualitätsmerkmale ein fundiertes Urteil über die Wohnqualität zuläßt.

Ältere Menschen häufiger ohne heute üblichen Wohnkomfort

Mit einzubeziehen ist dabei neben Art und Alter des Gebäudes gewiß auch die Ausstattung der Wohnung mit sanitären Einrichtungen bzw. die Art der Beheizung, wobei zwischen der im allgemeinen als bequemer angesehenen Sammelheizung (Fern-, Block-, Zentral- oder Etagenheizung) und der Beheizung durch Einzel- oder Mehrraumöfen unterschieden wird.⁷ Die Ausstattung mit Bad und/oder Dusche sowie WC, die weitgehend zum heutigen Wohnstandard gehört, ist in zahlreichen Wohnungen älterer Haushalte, insbesondere in Eigentümerhaushalten, nicht komplett vorhanden. Relativ häufig fehlen sowohl Bad als auch Dusche. Dabei handelt es sich offenbar vor allem um Wohnungen älterer Menschen, die alleine in Altbauten leben.

Bei den Mietwohnungen ist generell ein noch höherer Anteil ohne Bad/Dusche, jedoch ist hier wie schon bei der Betrachtung nach dem Baualter festzustellen, daß der Unterschied zu den jüngeren Haushalten nicht so deutlich ist, was wohl wiederum auf den hohen Ausländeranteil bei den großen Haushalten zurückzuführen ist.

⁷ Bei den Einzel- und Mehrraumofenheizungen ist der Komfort je nach eingesetzter Brennstoffart unterschiedlich zu bewerten. Bei Einsatz von Gas oder Strom, der regional in sehr unterschiedlichem Umfang erfolgt, kann der Komfort als durchaus vergleichbar mit dem einer Zentralheizung angesehen werden. Vgl. dazu auch Büringer, Helmut: Gebäude- und Wohnungszählung 1987 – Beheizung der Wohnungen und eingesetzte Brennstoffarten, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 6/1989, S. 246 ff.

Bei der Wohnungsbeheizung zeigt sich, soweit es die Unterschiede zwischen älteren und jüngeren Haushalten anbelangt, ein ähnliches Bild wie bei der Ausstattung mit Bad/Dusche, allerdings auf ganz anderem Niveau und auch in deutlicherer Schärfe. So verfügen Eigentümerhaushalte mit älteren Menschen nur zu 63% – knapp 58% bei den über 75jährigen – über eine Sammelheizung, während bei den jüngeren Haushalten dies für fast 80% zutrifft. Auch hier ist das Gefälle vor allem bei den kleineren Haushalten bemerkenswert, das heißt insbesondere alleinlebende ältere Menschen sind ohne den Komfort einer Sammelheizung. Unter den alleinlebenden 75jährigen ist dies sogar bei jedem zweiten Haushalt der Fall. Für die Mieterhaushalte stellt sich die Situation im Landesdurchschnitt wie schon bei der sanitären Ausstattung günstiger dar, wenngleich auch hier mehr als jeder dritte ältere Haushalt die Wohnung mit Einzel- oder Mehrraumöfen beheizt.

Regional häufig unterdurchschnittlicher Wohnkomfort bei Eigentümern

Regional betrachtet zeigen sich beim Ausstattungskomfort der Wohnungen insbesondere Unterschiede zwischen den großen Städten und den Landkreisen dergestalt, daß in den Großstädten die Eigentümerhaushalte mit älteren

Schaubild 4

Eigentümer- und Hauptmieterhaushalte in Wohnungen in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Baualter des Gebäudes

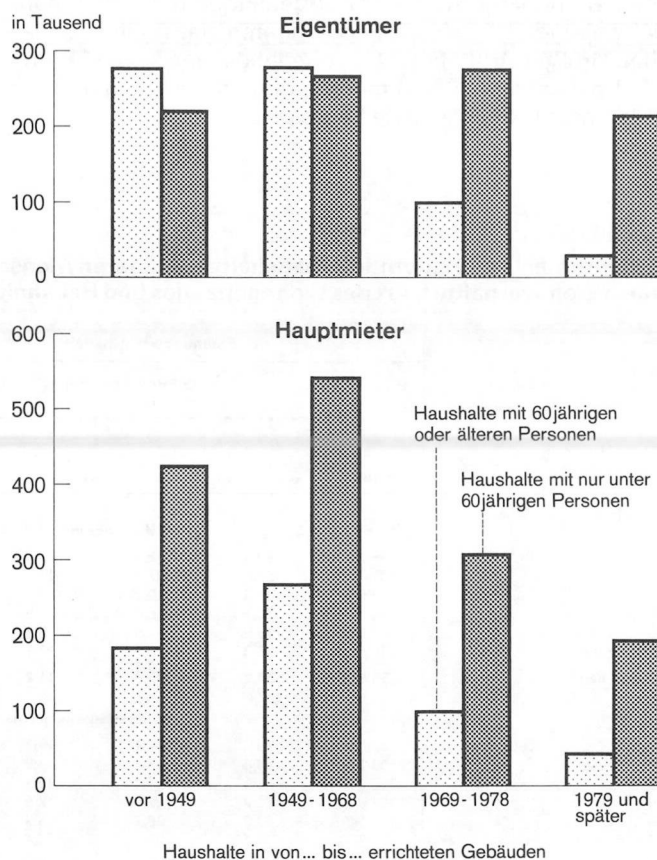


Tabelle 6

Eigentümer- und Hauptmieterhaushalte mit älteren Menschen in Wohnungen in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Ausstattung der Wohnung und Haushaltsgröße

Haushalte mit . . . Person(en)	Eigentümerhaushalte ¹⁾					Hauptmieterhaushalte ¹⁾					
	zu- sammen	und zwar in Wohnungen				zu- sammen	und zwar in Wohnungen				
		mit	ohne	mit Bad und WC	ohne Bad, mit WC		mit	ohne	mit Bad und WC	ohne Bad, mit WC	ohne WC
		Sammelheizung					Sammelheizung				
	Anzahl	% von Spalte 1				Anzahl	% von Spalte 6				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

Haushalte mit 60jährigen oder älteren Personen

1	199 796	56,1	43,9	86,5	11,4	329 136	63,3	36,7	89,1	9,7	1,3
2	281 427	65,0	35,0	94,6	4,2	205 453	64,4	35,6	94,2	5,1	0,7
3	104 612	65,7	34,3	96,0	2,7	39 044	62,9	37,1	94,7	4,5	0,8
4	49 342	68,1	31,9	97,0	1,9	12 131	65,2	34,8	95,1	4,0	0,9
5	30 244	70,0	30,0	97,0	1,8	5 300	66,9	33,1	94,4	4,2	1,5
6 und mehr	20 422	67,5	32,5	97,1	1,4	2 508	60,8	39,2	92,6	5,7	1,7
Zusammen	685 843	63,0	37,0	92,8	5,7	593 572	63,7	36,3	91,4	7,6	1,0

Haushalte mit nur unter 60jährigen Personen

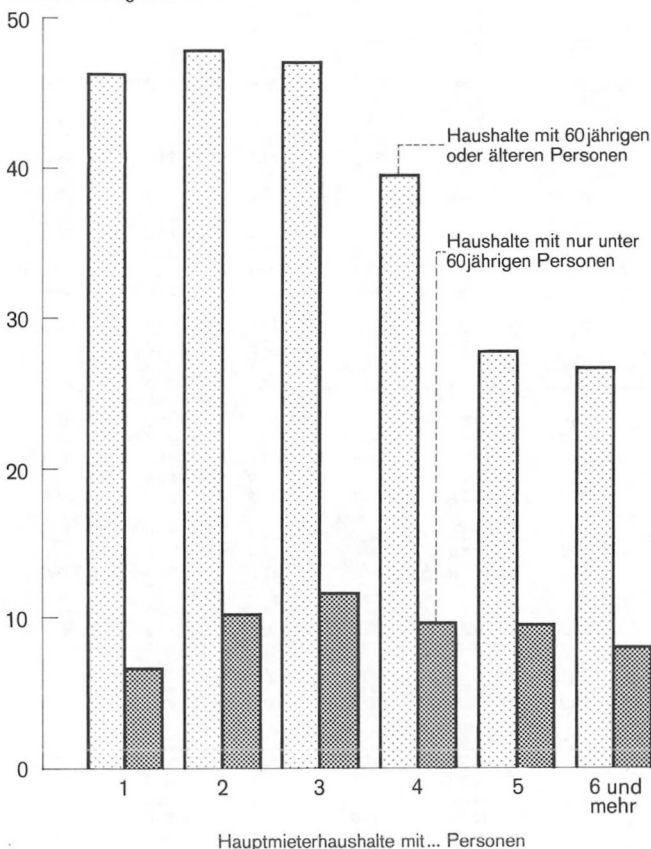
1	87 565	73,2	26,8	94,7	4,2	496 771	70,4	29,6	91,3	5,7	3,0
2	193 222	78,8	21,2	98,0	1,5	365 675	70,0	30,0	95,8	3,5	0,9
3	253 492	80,3	19,7	98,3	1,3	279 588	69,7	30,3	96,1	3,2	0,7
4	305 085	82,4	17,6	98,6	1,0	227 895	68,9	31,1	95,9	3,4	0,7
5	104 541	79,4	20,6	98,4	1,0	67 272	61,8	38,2	93,6	5,4	1,0
6 und mehr	33 766	73,4	26,6	97,7	1,4	26 456	51,2	48,8	91,0	7,6	1,5
Zusammen	977 671	79,7	20,3	98,1	1,4	1 463 657	69,2	30,8	94,1	4,4	1,6

¹⁾ Ohne Haushalte in Freizeitwohnungen; ohne Haushalte von Angehörigen ausländischer Streitkräfte; ohne Haushalte in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung.

Schaubild 5

Vor 1970 in die Wohnung eingezogene Hauptmieterhaushalte in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Haushaltsgröße

Anteil an den Hauptmieterhaushalten insgesamt in %



Menschen einen höheren Qualitätsstandard in Anspruch nehmen können als die Hauptmieterhaushalte, während in den allermeisten Landkreisen sich das Bild gerade umkehrt. Alte Eigentümerhaushalte auf dem Land verfügen über geringeren Wohnkomfort als die Mieterhaushalte und zwar vor allem soweit es sich um Haushalte bestehend aus einer oder zwei älteren Personen handelt. Ausgenommen sind hier nur einige Landkreise, wie zum Beispiel Breisgau-Hochschwarzwald, Freudenstadt, oder der Bodenseekreis, also Kreise, die aufgrund ihrer landschaftlichen Attraktivität einen besonderen Anreiz für den Zuzug auch kleinerer älterer Haushalte ausüben, der dann überwiegend in neuere Wohnungen erfolgt.

Offenbar leben also überdurchschnittlich viele Haushalte mit älteren Menschen in Altbauwohnungen, die nicht auf die heute übliche Standardausstattung mit sanitären Einrichtungen und Sammelheizung nachgerüstet sind. Entscheidend dürfte dabei sein, daß die Verbundenheit mit der gewohnten Umgebung höher wiegt als der mangelnde Wohnkomfort. Dafür spricht auch die Verteilung der Haushalte nach der Wohndauer, das heißt dem Zeitpunkt, zu dem die im Mai 1987 bewohnte Wohnung vom Haushalt bezogen wurde. Fast 75% der Eigentümerhaushalte mit älteren Menschen waren bereits vor 1970 in die Wohnung eingezogen und auch bei den Mieterhaushalten trifft dies für fast jeden zweiten Haushalt zu. Die Neigung zum Wohnungswechsel ist erst bei den größeren Mieterhaushalten mit fünf und mehr Personen deutlich stärker, sicher deshalb, weil in diesen meist auch jüngere Haushaltsmitglieder leben, deren Wohnungswünsche und höhere Mobilität den Ausschlag geben. Jedoch ist hier in Erinnerung zu bringen, daß die Zahl der älteren Mieterhaushalte mit fünf und mehr Personen relativ klein ist. Zum weitaus überwiegenden Teil handelt es sich bei den Mieterhaushalten mit älteren Menschen um 1- oder 2-Personenhaushalte.

Auch bei der Wohndauer bestehen regional sowohl bei den Eigentümer- wie Hauptmieterhaushalten teilweise auffälli-

Tabelle 7

Einpersonenhaushalte mit älteren Menschen*) in Wohnungen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987 nach Art und Baualter des Gebäudes, Ausstattung der Wohnung sowie Einzugsjahr

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Eigentümerhaushalte ¹⁾					Hauptmieterhaushalte ¹⁾				
	zu- sammen	und zwar				zu- sammen	und zwar			
		in Wohn- gebäuden mit 1 Woh- nung	in bis 1948 er- richteten Gebäuden	in Wohn- nungen ohne Sammel- heizung	vor 1970 in die Wohnung eingezogen		in Wohnge- bäuden mit 1 oder 2 Wohnungen	in bis 1948 er- richteten Gebäuden	in Wohn- nungen ohne Sammel- heizung	vor 1970 in die Wohnung eingezogen
	Anzahl	% von Spalte 1				Anzahl	% von Spalte 6			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Stadtkreis										
Stuttgart, Landeshauptstadt	12 716	15,1	45,8	35,2	73,4	30 738	8,6	41,8	49,0	52,9
Landkreise										
Böblingen	6 997	37,8	37,5	43,6	78,2	7 259	39,6	15,0	30,2	37,8
Esslingen	11 459	35,6	41,9	44,7	79,2	12 760	35,8	27,0	39,0	44,8
Göppingen	6 086	33,8	48,3	49,0	80,7	7 920	47,2	35,1	41,8	48,8
Ludwigsburg	10 899	33,3	39,4	42,8	77,3	12 333	34,7	24,2	37,3	41,5
Rems-Murr-Kreis	8 943	32,0	41,4	45,4	79,0	10 495	40,4	24,1	38,5	41,1
Region Mittlerer Neckar	57 100	30,1	42,4	42,7	77,5	81 505	27,4	31,5	42,0	46,6
Stadtkreis										
Heilbronn	2 818	25,0	39,7	35,5	75,4	5 003	19,9	23,1	32,3	40,7
Landkreise										
Heilbronn	6 550	49,7	50,2	53,9	81,3	6 296	63,3	26,3	33,7	41,7
Hohenlohekreis	1 860	60,6	50,5	60,2	80,5	2 146	56,7	25,9	46,9	46,2
Schwäbisch Hall	3 398	51,4	46,5	54,6	76,4	4 209	54,0	30,7	40,8	41,5
Main-Tauber-Kreis	2 359	54,3	54,3	55,9	80,8	4 215	54,6	30,6	40,9	46,6
Region Franken	16 985	47,8	48,3	51,9	79,2	21 869	49,3	27,2	37,4	42,8
Landkreise										
Heidenheim	3 165	49,0	50,7	51,9	82,7	4 410	44,3	26,3	47,9	50,6
Ostalbkreis	5 433	41,9	44,4	48,5	79,5	9 270	53,2	28,4	38,4	46,7
Region Ostwürttemberg	8 598	44,5	46,8	49,7	80,7	13 680	50,3	27,7	41,5	48,0
Regierungsbezirk Stuttgart	82 683	35,2	44,0	45,3	78,2	117 054	34,2	30,2	41,1	46,1
Stadtkreise										
Baden-Baden	1 402	19,9	46,9	27,7	63,4	3 707	18,1	46,7	30,8	40,3
Karlsruhe	4 146	24,5	38,2	30,9	75,7	16 365	10,3	34,5	34,6	50,9
Landkreise										
Karlsruhe	7 480	46,5	50,3	52,4	82,6	11 057	58,1	30,0	36,1	50,9
Rastatt	3 489	42,1	50,9	46,6	82,1	6 753	48,6	31,7	34,9	50,0
Region Mittlerer Oberrhein	16 517	37,8	47,1	43,7	79,1	37 882	31,8	33,9	34,7	49,7
Stadtkreise										
Heidelberg	1 987	19,9	47,7	24,3	76,4	6 662	13,5	41,4	32,8	52,0
Mannheim	4 058	22,7	49,1	32,6	81,3	19 897	8,9	31,3	38,9	51,5
Landkreise										
Neckar-Odenwald-Kreis	2 569	60,6	47,6	55,7	83,3	4 009	66,7	27,2	37,2	49,6
Rhein-Neckar-Kreis	8 868	37,6	43,5	37,9	78,9	16 127	47,2	28,9	30,2	46,6
Region Unterer Neckar	17 482	35,5	45,9	37,7	79,8	46 695	27,7	31,6	34,9	49,7
Stadtkreis										
Pforzheim	1 978	29,3	36,3	31,0	73,6	6 185	14,1	21,4	30,5	47,9
Landkreise										
Calw	3 924	39,0	45,2	43,5	68,3	3 953	46,0	30,4	29,9	35,7
Enzkreis	4 212	47,7	52,9	52,1	83,4	4 372	63,8	32,3	34,9	47,0
Freudenstadt	2 787	44,7	52,0	42,6	74,2	3 305	49,0	36,2	30,1	42,1
Region Nordschwarzwald	12 901	41,6	47,8	44,2	75,3	17 815	39,9	28,8	31,4	43,9
Regierungsbezirk Karlsruhe	46 900	38,0	46,8	41,6	78,4	102 392	31,4	31,9	34,2	48,7
Stadtkreis										
Freiburg im Breisgau	2 359	22,2	37,3	20,3	71,8	9 458	10,7	27,2	30,8	45,3
Landkreise										
Breisgau-Hochschwarzwald	3 216	44,2	40,5	32,4	68,1	6 065	39,6	29,3	21,6	37,0
Emmendingen	2 051	40,8	50,9	39,9	77,5	4 316	44,5	33,7	31,0	43,8
Ortenaukreis	5 751	43,7	52,8	42,2	78,5	12 246	47,1	39,0	35,2	49,1
Region Südl. Oberrhein	13 377	39,6	46,8	35,6	74,7	32 085	34,6	33,0	30,8	45,0
Landkreise										
Rottweil	3 264	47,6	60,8	54,9	82,1	4 090	52,0	44,3	42,5	49,2
Schwarzwald-Baar-Kreis	3 773	34,1	46,1	31,5	75,3	7 563	33,0	33,8	29,2	42,9
Tuttlingen	3 340	47,5	58,9	51,5	82,1	2 975	51,2	37,8	39,4	44,0
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg ..	10 377	42,7	54,8	45,3	79,6	14 628	42,0	37,5	35,0	44,9
Landkreise										
Konstanz	4 280	34,6	44,1	33,1	69,9	9 842	24,8	33,4	30,0	43,7
Lörrach	3 186	40,3	48,2	28,6	74,3	7 254	28,8	35,8	31,1	46,2
Waldshut	2 438	42,4	43,9	31,3	68,4	5 095	38,8	35,1	25,5	41,3
Region Hochrhein-Bodensee	9 904	38,4	45,4	31,2	70,9	22 191	29,3	34,6	29,3	44,0
Regierungsbezirk Freiburg	33 658	40,2	48,9	37,3	75,1	68 904	34,5	34,5	31,2	44,6
Landkreise										
Reutlingen	7 281	50,4	51,1	46,8	81,7	6 014	42,7	30,4	35,0	42,8
Tübingen	4 423	46,4	56,5	50,6	82,1	3 748	38,0	30,4	35,5	43,9
Zollernalbkreis	6 108	61,6	60,3	54,5	84,9	3 735	54,6	33,7	38,6	43,6
Region Neckar-Alb	17 812	53,3	55,6	50,4	82,9	13 497	44,7	31,3	36,1	43,3
Stadtkreis										
Ulm	1 837	29,7	41,3	41,6	76,0	5 247	13,7	30,6	48,3	48,1
Landkreise										
Alb-Donau-Kreis	3 143	55,4	53,0	60,4	82,2	3 413	64,1	31,1	46,8	45,5
Biberach	3 428	56,9	57,1	60,6	78,7	3 652	53,8	34,1	47,7	39,9
Region Donau-Iller ²⁾	8 408	51,7	52,0	56,4	79,4	12 312	39,6	31,8	47,7	45,0
Landkreise										
Bodenseekreis	3 457	37,0	34,7	30,6	65,9	5 858	33,4	25,2	29,1	38,8
Ravensburg	4 515	43,0	45,7	45,0	72,1	6 509	41,1	35,4	38,6	37,3
Sigmaringen	2 363	59,1	59,4	57,9	80,1	2 610	60,6	40,7	43,0	43,1
Region Bodensee-Oberschwaben	10 335	44,7	45,1	43,1	71,9	14 977	41,5	32,3	35,6	38,9
Regierungsbezirk Tübingen	36 555	50,5	51,8	49,7	79,0	40 786	42,0	31,8	39,4	42,2
Baden-Württemberg	199 796	39,5	46,9	43,9	77,9	329 136	34,3	31,9	36,7	46,1

*) 60 Jahre oder älter. — ¹⁾ Ohne Haushalte in Freizeitwohnungen; ohne Haushalte von Angehörigen ausländischer Streitkräfte; ohne Haushalte in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung. — ²⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

Tabelle 8

Hauptmieterhaushalte mit 1 Person in Baden-Württemberg 1987 nach Mietbelastung, Haushaltsnettoeinkommen und Alter

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von . . . bis unter . . . DM	Hauptmieterhaus- halte mit 1 Person in Gebäuden insgesamt ¹⁾	Darunter mit Mietangaben	Davon mit einer monatlichen Mietbelastung von . . . bis unter . . . % des jeweiligen Haushaltsnettoeinkommens			
			unter 15	15–25	25–35	35 und mehr
	in 1000		%			
Insgesamt						
unter 1000	184,7	154,1	(3)	13	22	62
1000–1800	333,7	307,0	18	37	29	17
1800–2500	176,9	168,2	34	44	17	(5)
2500 und mehr	62,6	60,2	49	37	(11)	(.)
Insgesamt	757,9	689,5	21	33	23	23
darunter im Alter von 60 und mehr Jahren						
unter 1000	86,3	62,5	(.)	20	23	53
1000–1800	168,7	148,9	17	37	29	17
1800–2500	55,6	51,1	29	48	(17)	(.)
2500 und mehr	15,7	14,7	(44)	(37)	(.)	(.)
Zusammen	326,3	277,2	18	35	25	22

¹⁾ Ohne Haushalte in Freizeitwohneinheiten und Wohnheimen; ohne Haushalte, für die keine Angaben zum Haushaltsnettoeinkommen vorliegen; ohne selbständige Landwirte und mithelfende Familienangehörige; ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 5 000 DM und mehr.

(.) Keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug.

() Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann.

ge Unterschiede, die in ihrer Richtung in Abhängigkeit vom Wohnverhältnis variieren. Bei den Eigentümerhaushalten ist die Wohndauer in den allermeisten Landkreisen höher als in den Stadtkreisen. Ausnahmen stellen hier vor allem die bereits vorher erwähnten, besonders attraktiven Fremdenverkehrskreise dar, allerdings nur soweit es kleine Haushalte betrifft. Die großen Haushalte dagegen sind gerade in diesen ausgewählten Kreisen, zum Beispiel Baden-Baden, Breisgau-Hochschwarzwald usw., besonders häufig schon vor 1970 in die jetzige Wohnung eingezogen. Ansonsten gilt nach der Haushaltsgröße betrachtet eher die umgekehrte Reihenfolge.

Bei den Hauptmieterhaushalten ist die Wohndauer, soweit es sich um kleine Haushalte handelt, besonders in den

Stadtkreisen hoch (ausgenommen Baden-Baden). Im übrigen sind zwischen den Landkreisen bezüglich des Einzugsjahres keine systematischen Unterschiede auszumachen.

Zusammenfassend ist hinsichtlich der Wohnraumversorgung älterer Haushalte festzustellen, daß diese zwar überdurchschnittlich häufig in Einfamilienhäusern leben und insgesamt quantitativ relativ großzügig mit Wohnraum versorgt sind, daß es sich aber bei überdurchschnittlich vielen Wohnungen, insbesondere solchen, die von älteren Menschen in 1- bzw. 2-Personenhaushalten bewohnt werden, um Altbauwohnungen handelt, die häufig nicht über den heute üblichen Ausstattungsstandard mit Sanitär- und Heizungseinrichtungen verfügen. Dabei ist die qualitative Wohnsituation der kleinen Eigentümerhaushalte in den

Tabelle 9

Mieten je m² Wohnfläche der nicht öffentlich geförderten reinen Mietwohnungen*) in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Raumzahl und Baualter des Gebäudes

Gebäude errichtet von ... bis ...	Bewohnte nicht öffentlich geförderte reine Mietwohnungen mit Mietangaben insgesamt ¹⁾	Davon mit ... Räumen ²⁾				
		1	2	3	4	5 und mehr
	Miete je m ² in DM					
Haushalte insgesamt						
vor 1949	6,36	9,19	6,89	6,24	6,03	6,03
1949-1968	6,88	9,55	7,21	6,71	6,47	6,63
1969-1978	7,38	10,24	7,83	7,21	6,84	6,79
1979 und später	8,51	10,34	9,00	8,29	7,99	7,87
Insgesamt	7,19	9,92	7,73	6,98	6,70	6,75
Haushalte mit 60jährigen oder älteren Personen						
vor 1949	5,66	7,12	5,87	5,64	5,47	5,48
1949-1968	6,42	8,09	6,59	6,33	6,18	6,28
1969-1978	6,97	8,98	7,15	6,84	6,57	6,46
1979 und später	7,81	8,74	7,94	7,61	7,53	7,70
Zusammen	6,54	8,40	6,83	6,40	6,20	6,22

*) Nur Wohnungen mit Bad, WC und Sammelheizung. - ¹⁾ Ohne Freizeitwohnungen; ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung; ohne Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftswohnungen, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen; ohne verbilligt, kostenlos oder ermäßigt überlassene Wohnungen; ohne völlig untervermietete Wohnungen; ohne Mietwohnungen ausländischer Streitkräfte. - ²⁾ Alle Räume mit 6 m² oder mehr, ohne Küche.

Landkreisen als schlechter zu bezeichnen als die der Hauptmieterhaushalte.⁸ Bei den großen Haushalten hingegen ist die qualitative Versorgung der Eigentümer auch in den Landkreisen meist besser als die der Hauptmieterhaushalte gleicher Größe. Zum einen haben offenbar die jüngeren Mitglieder der Eigentümerhaushalte höhere Komfortwünsche verwirklicht, zum anderen ist wohl ein erheblicher Teil der großen Haushalte, die auf Mietwohnungen angewiesen sind, nicht im Stande, sich eine besser ausgestattete sowie ausreichend große Wohnung zu leisten. Dies gilt allerdings in noch stärkerem Maße für große Mieterhaushalte, deren ältestes Mitglied noch nicht das 60. Lebensjahr vollendet hat.

Vergleichsweise günstige Mietpreissituation für ältere Haushalte

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Wohnsituation ist, soweit es sich um Hauptmieterhaushalte handelt, die Mietbelastung. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß die Einkommenslage der älteren Mieterhaushalte im allgemeinen weniger gut ist als die der vergleichbaren Eigentümerhaushalte.⁹

Einkommensangaben wurden bei der Volkszählung 1987 nicht erfragt. Aus einer Zusatzerhebung zum Mikrozensus 1987 konnte jedoch ermittelt werden, daß von den älteren 1-Personenhaushalten in der Mehrzahl 15–25% des Haushaltsnettoeinkommens, in den niedrigeren Einkommensgruppen allerdings auch häufig über ein Drittel, für die Miete aufzuwenden waren. Hierbei sind die Kosten für Heizung, Warmwasser und Strom in den zugrundegelegten Mieten nicht enthalten. Für Mehrpersonenhaushalte liegen in der hier verwendeten Abgrenzung der Haushaltstypen keine entsprechenden Angaben vor.

Aus den Ergebnissen der Wohnungszählung geht hervor, daß ältere Haushalte im Mittel niedrigere Mieten aufbringen müssen als der Durchschnitt aller Haushalte. Gemessen an der monatlich je m² Wohnfläche aufzuwendenden Miete (Kaltmiete), zahlen Haushalte mit wenigstens einer älteren Person im Durchschnitt je nach Baualter und Größe der Wohnung zum Teil deutlich unterdurchschnittliche Mieten. Bei kleineren Wohnungen betragen die Unterschiede je Standort und Baualter bis über 2 DM je m² oder 25%. Der Hauptgrund für diese auch regional (wenn auch in unterschiedlichem Maße) günstigere Mietpreissituation älterer Haushalte, dürfte in der bei diesen deutlich längeren Wohndauer liegen. Wie in einem früheren Beitrag herausgearbeitet werden konnte¹⁰, sind die Mieten stark vom Einzugsjahr des Haushalts abhängig, das heißt für Wohnungen, die erst vergleichsweise kurze Zeit neu- oder wiedervermietet sind, müssen deutlich überdurchschnittliche Mieten aufgebracht werden. Hervorzuheben ist hierbei, daß gerade bei

den kleineren Wohnungen die Mietpreisssteigerungen in der jüngeren Vergangenheit besonders gravierend ausfielen, so daß auch unter rein finanziellen Gesichtspunkten für kleine ältere Haushalte kaum ein Anreiz besteht, eine eigentlich zwischenzeitlich „zu große“ Wohnung gegen eine kleinere Wohnung einzutauschen.

Schlußbetrachtung

Die Wohnverhältnisse älterer Menschen sind stark geprägt vom Haushaltszusammenhang in dem diese leben. Der weitaus überwiegende Teil der über 1,8 Mill. Menschen im Alter von 60 oder mehr Jahren lebt ohne jüngere Haushaltsmitglieder in 1- bzw. 2-Personenhaushalten.

Günstig auf die Wohnsituation insgesamt wirkt sich aus, daß Haushalte mit älteren Menschen überdurchschnittlich häufig Eigentümer ihrer Wohnung sind, wobei die Eigentümerquote mit zunehmender Haushaltsgröße ansteigt. Mehr als jeder dritte der über 556 000 aus einer 60jährigen oder älteren Person bestehenden 1-Personenhaushalte bewohnt eine Eigentümerwohnung. Bei den 2-Personenhaushalten sind es sogar über 57%. Allerdings gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Stadt- und Landkreisen, mit besonders niedrigen Quoten in den Großstädten und beträchtlichen Differenzen zwischen den Landkreisen.

Unabhängig davon, ob Eigentümer oder Mieter, sind die älteren Haushalte rein quantitativ gesehen ausgesprochen gut mit Wohnraum versorgt. Dabei erscheinen die regionalen Unterschiede vernachlässigbar gering. Andererseits bewohnen die Haushalte mit älteren Menschen überwiegend Wohnungen in älteren Gebäuden, bei denen es sich zwar häufig um Ein- oder Zweifamilienhäuser handelt (insbesondere in den Landkreisen), die jedoch auffällig oft die heute im allgemeinen als Standard anzusehende Ausstattung mit sanitären Einrichtungen bzw. Sammelheizung nicht aufweisen. Vor allem Eigentümerhaushalte verzichten häufig auf diesen ansonsten heute fast selbstverständlichen Wohnkomfort. Ursächlich für die qualitativ unterdurchschnittliche Wohnraumversorgung vergleichsweise vieler kleiner Haushalte mit älteren Menschen dürften zum einen die Verwurzelung in der gewohnten Umgebung, zum anderen wohl auch geringere finanzielle Möglichkeiten sowie häufig schlicht geringere Ansprüche an das Wohnen sein.

Im Hinblick auf die zukünftige Nutzung der mittelfristig freiwerdenden Wohnungen älterer Menschen ist gerade dieser qualitative Aspekt besonders zu berücksichtigen. Allgemeinen Ansprüchen werden diese sicher oft nicht gerecht, so daß ohne mehr oder weniger kostspielige Modernisierungsmaßnahmen auch nach Freiwerden dieser Wohnungen nicht von einer Ausweitung auf der Angebotsseite des Wohnungsmarktes ausgegangen werden kann. Die ausführliche Betrachtung dieses Aspekts, bei der die regionalen oder sogar kleinräumigen Gegebenheiten zu berücksichtigen sind, würde den hier gegebenen Rahmen überschreiten. Die sich grundsätzlich jedoch bietende Möglichkeit der kleinräumigen Auswertung der Ergebnisse von Gebäude- und Wohnungszählung in Verbindung mit den Angaben über Haushaltszusammenhänge aus der Volkszählung erlaubt es jedoch insbesondere den Kommunen, auch diesbezüglich wichtige Erkenntnisse für ihren Zuständigkeitsbereich zu gewinnen.

Dr. Helmut Büringer

⁸ Diese Feststellung trifft auch bei Berücksichtigung der mit Gas bzw. Strom beheizten Einzelöfen zu. Siehe hierzu auch S. 529, Fußnote 7.

⁹ Vgl. auch: Ältere Menschen in Baden-Württemberg, Familienwissenschaftliche Forschungsstelle im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 1988, S. 54 ff.

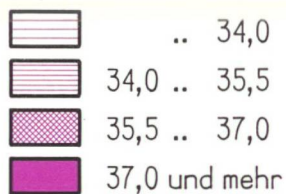
¹⁰ Vgl. auch: Büringer, Helmut: Wohnungsmieten in Baden-Württemberg 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1990, S. 65 ff.

Durchschnittliche Wohnfläche je Person in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

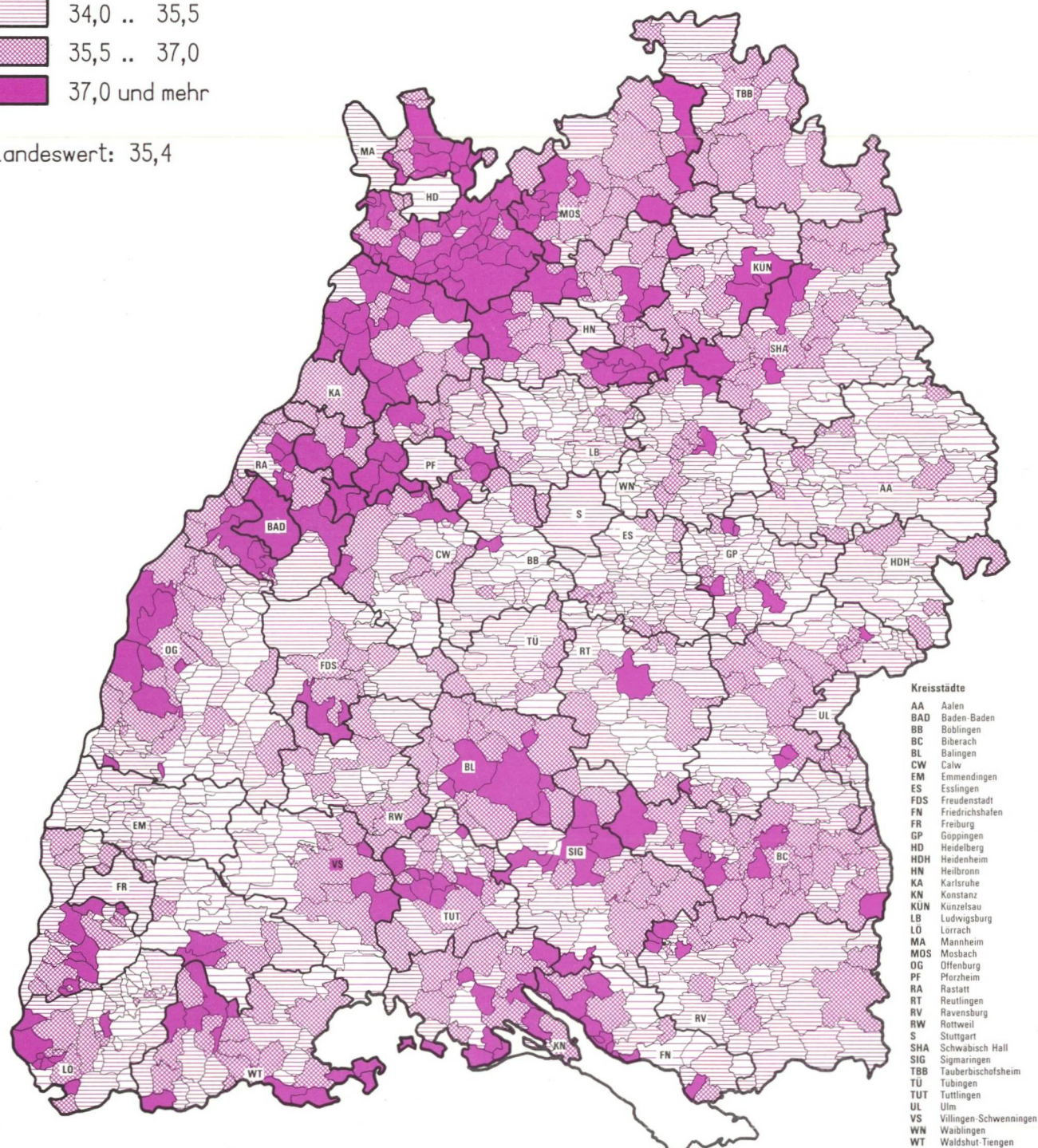
- Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung -

In Quadratmeter

von .. bis unter



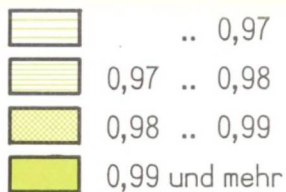
Landeswert: 35,4



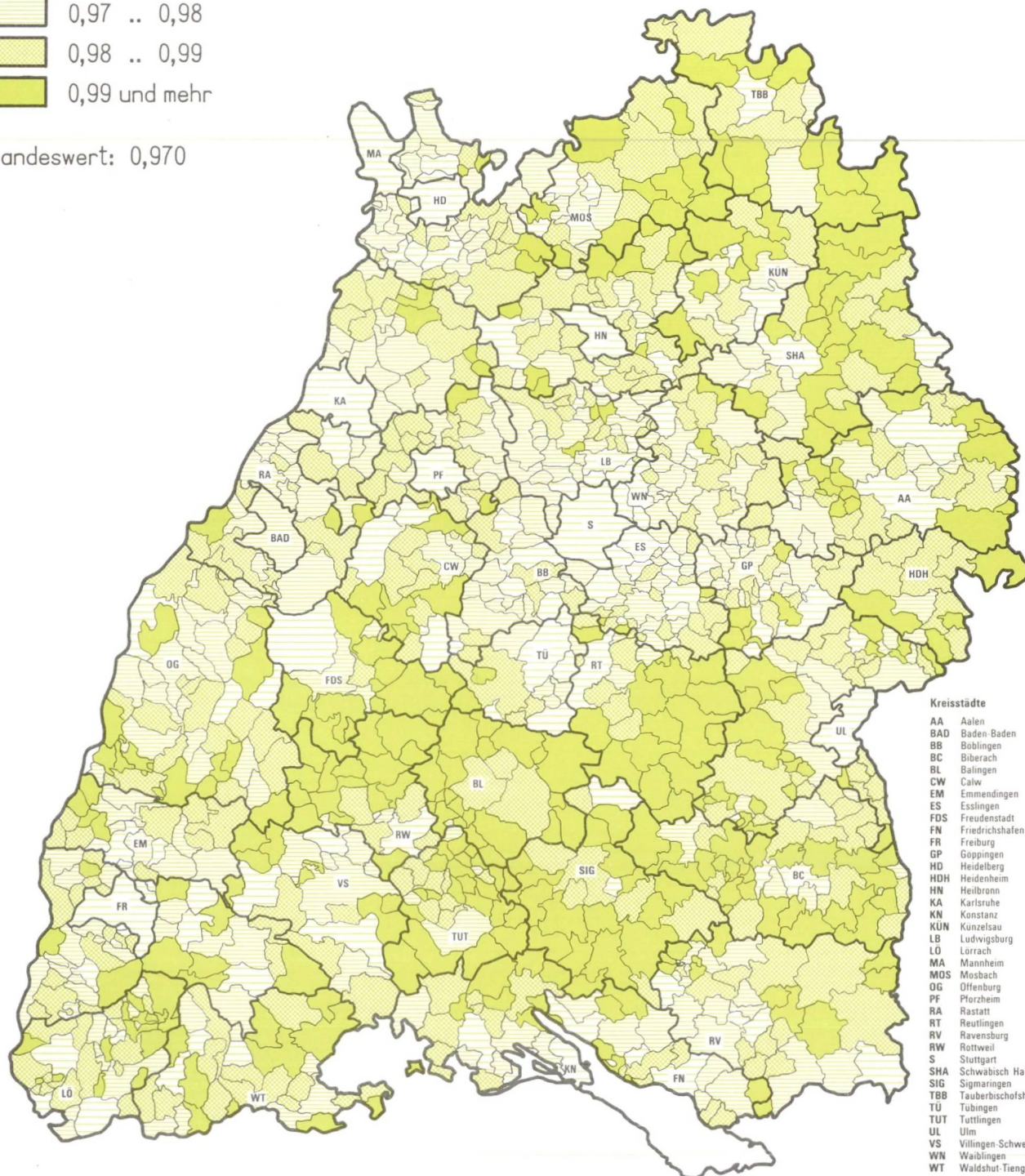
Wohnungsversorgungsfaktor*) in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

- Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung -

von .. bis unter



Landeswert: 0,970



*) Quotient aus Anzahl der Wohnungen dividiert durch Anzahl der Haushalte plus 3% Fluktuationsreserve

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landesinformationssystem

Wohnungsversorgung und Wohnverhältnisse im Ländlichen Raum

Vorbemerkungen

Wichtiger Bestandteil des Zählungswerkes 1987 war neben der Volks- und Berufszählung sowie der Arbeitsstättenzählung die Gebäude- und Wohnungszählung. Erstmals wieder seit 1968 wurden durch die Informationen über den Gesamtbestand an Gebäuden mit Wohnraum sowie an ständig bewohnten Unterkünften ermittelt und Angaben über die Gebäudeart, das Baualter sowie die Förderung mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus und die Eigentumsverhältnisse erfragt. Die zu den Wohnungen ermittelten Daten geben Aufschluß über das Mietverhältnis, die Ausstattung der Wohnungen, die Art der Beheizung, die Wohnungsgröße nach Raumzahl und Fläche und die Miete. In Kombination mit den Ergebnissen der Haushaltserhebung gelingt es somit, ein hinreichendes Bild der quantitativen und qualitativen Wohnraumversorgung nachzuzeichnen.

Da die Informationen für den Gesamtbestand an Gebäuden mit Wohnraum und alle Wohnungen erhoben wurden, lassen sich die Ergebnisse – die Gemeinden bilden die statistischen Bausteine – in regionaler Hinsicht jeweils dem Untersuchungsziel adäquat berechnen. Als räumliche Basis für die folgenden Ausführungen wurden – in Fortsetzung der Beschreibung der Entwicklung der Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur des Ländlichen Raumes¹ – die im Landesentwicklungsplan (LEP) 1983 festgelegten Raumkategorien² herangezogen.

Wohnungseigentumsquote im Ländlichen Raum am höchsten

Betrachtet wird im folgenden der Ländliche Raum im engeren Sinne in seinen Wechselbeziehungen zu den Verdichtungsräumen, deren Randzonen und den Verdichtungsbereichen (Schaubild 1). Die Gebietskategorie „Ländlicher Raum“ umfaßt rund 75% der Landesfläche und ca. 30% der Bevölkerung Baden-Württembergs.

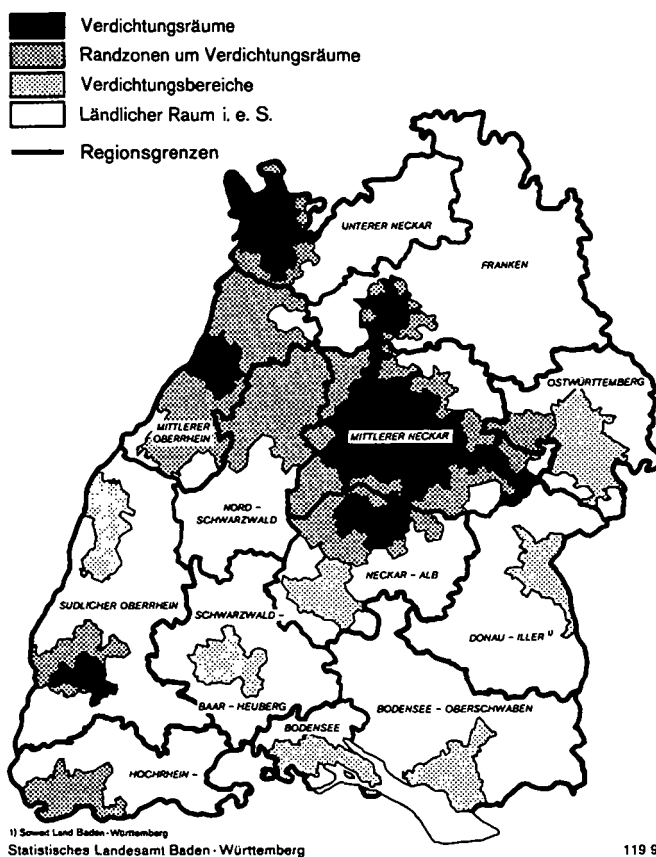
Von den 3,85 Mill. Wohnungen, die am 25. Mai 1987 in Baden-Württemberg ermittelt wurden, befanden sich 40,8% in den Verdichtungsräumen, 27,3% im Ländlichen Raum,

20,2% in den Randzonen und 11,7% in den Verdichtungsbereichen. Dabei hat sich der Wohnungsbestand in den letzten 30 Jahren in den einzelnen Raumkategorien durchaus unterschiedlich entwickelt. Wählt man 1956 als Basisjahr, dann ist festzustellen, daß alle LEP-Räume mit Ausnahme des Ländlichen Raumes den Ausgangsbestand etwa verdoppelt haben, auf diesen aber nur eine unterdurchschnittliche Zunahme von 85,5% entfiel. Entsprechend sank der Regionalanteil der Wohnungen im Ländlichen Raum im Beobachtungszeitraum um 2,2 Prozentpunkte, derjenige der Verdichtungsräume blieb stabil. Die Randzonen weisen über die einzelnen Beobachtungspunkte hinweg eine stetige Zunahme des Regionalanteils an Wohnungen auf, während die Verdichtungsräume seit der letzten Wohnungszählung 1968 etwas an Gewicht einbüßten.

Dieses Bild wird vervollständigt, indem der aktuelle Wohnungsbestand nach dem Baualter der Gebäude gegliedert wird. Nunmehr zeigt sich, daß der Ländliche Raum sowohl durch einen außerordentlich hohen Anteil an Wohnungen

Schaubild 1

Raumkategorien nach dem Landesentwicklungsplan 1983



¹ Vgl. Frank, Eberhard: Zur Entwicklung der Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur des Ländlichen Raumes, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 11/1989, S. 515–519.

² Die Raumkategorien des Landesentwicklungsplanes wurden nach dem Gebietsstand vom 31. Dezember 1969 abgegrenzt. Im Zusammenhang mit der Gemeinde reform gab es eine Vielzahl von Gemeindefusionsen über die Abgrenzung von Raumkategorien hinweg. Da die amtliche Statistik Regionaldaten in der Regel nur bis zur Ebene der (neuen) Gemeinden auswertet, ist es seit 1972 nicht mehr möglich, Daten für die LEP-Räume in der Abgrenzung von 1969 zusammenzustellen. Mangels einer bundeseinheitlichen Abgrenzung hat das Innenministerium Baden-Württemberg eine Zuordnung der „neuen“ Gemeinden zu den Raumkategorien getroffen, die für statistische Aussagen herangezogen werden kann. Bei dieser Zuordnung handelt es sich um keine Neuabgrenzungen. Es muß aber beachtet werden, daß früher veröffentlichte Daten über Raumkategorien mit den hier zusammengestellten Zahlenangaben aus methodischen Gründen nicht voll vergleichbar sind.

Tabelle 1

Wohnungsbestand in den LEP-Räumen Baden-Württembergs seit 1956

LEP-Räume Land	Wohnungsbestand am ¹⁾			
	25. Sept. 1956	6. Juni 1961	25. Okt. 1968	25. Mai 1987
	1000			
Verdichtungsräume . . .	766,1	914,1	1 121,3	1 571,6
Randzonen	366,2	428,8	532,9	779,3
Verdichtungsgebiete . . .	221,7	258,4	318,3	451,7
Ländlicher Raum i.e.S. . .	567,1	634,3	756,8	1 052,1
Baden-Württemberg	1 921,2	2 235,7	2 729,2	3 854,7

¹⁾ Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

in alten Gebäuden als auch durch einen beachtlichen Anteil an Neubauwohnungen geprägt ist. „Alt und neu“ zusammen betrachtet machen knapp 60% des Wohnungsbestandes im Ländlichen Raum aus, landesweit rund 50%, in den Verdichtungsräumen nur 46%. Diese herausgehobene Position des Ländlichen Raumes ist nicht ohne die auffallend große Anzahl von Wohnungen in vor 1918 errichteten Gebäuden zu erklären. Ihre Anzahl übertrifft selbst diejenige der Verdichtungsräume, wo der Wohnungsbestand insgesamt um 50% höher liegt als im Ländlichen Raum. Entsprechend beträgt der Regionalanteil von Wohnungen in Altbauten im Ländlichen Raum 35,6%, in den Verdichtungsräumen 34,8%, in den Randzonen 19,1% und in den Verdichtungsgebieten 10,5%.

Lenkt man den Blick auf die Verteilung des Wohnungsbestandes nach dem Baualter innerhalb der einzelnen Raumkategorien, so erkennt man das den Ländlichen Raum kennzeichnende, ausgewogene Nebeneinander von alter Bausubstanz und Neubauwohnungen. Noch jede vierte Wohnung im Ländlichen Raum befindet sich in „altem Gemäuer“. In den Verdichtungsräumen liegt jede sechste Wohnung in einem Altbau, im Landesdurchschnitt rund jede fünfte. Andererseits ist auch die Position der Neubau-

wohnungen in nach 1968 errichteten Gebäuden im Ländlichen Raum beachtenswert. Sie beträgt 35,1% und wird lediglich von den Randzonen, die in den vergangenen drei Jahrzehnten ein stürmisches Bevölkerungswachstum aufwiesen³, mit 38,3% übertroffen. Die Verdichtungsgebiete (33,3%) und die Verdichtungsräume (30,6%) schnitten deutlich schlechter ab.

Für die dieser Entwicklung zugrunde liegende überdurchschnittliche Bautätigkeit dürfte neben der ganz allgemein gestiegenen Mobilität auch die Bodenpreisentwicklung eine Rolle gespielt haben. Letzterer kommt im Hinblick auf die Realisation des Wunsches nach „eigenen vier Wänden“ eine beachtliche Lenkungsfunction zu. Alles in allem ist der Anteil an Eigentümerwohnungen im Ländlichen Raum (57,7%) am höchsten, in den Verdichtungsräumen mit nur 33,8% am niedrigsten. Diese hohe Eigentümerquote dürfte eine relativ niedrige Umzugshäufigkeit der Haushalte im Ländlichen Raum zur Folge haben. Dies schafft – neben der Überschaubarkeit der dörflichen Verhältnisse – eine weitere Voraussetzung für die Herausbildung eines auf Nachbarschaft angelegten Sozialraumes. In den Randzonen sind 50,5% und in den Verdichtungsgebieten 42,8% der Wohnungsinhaber auch Eigentümer der betreffenden Wohnung.

90% der Menschen im Ländlichen Raum in Mehrpersonenhaushalten

Die Gebäudestrukturen in den einzelnen LEP-Räumen unterscheiden sich signifikant voneinander. Während in den Verdichtungsräumen im Durchschnitt knapp drei Wohnungen auf ein Wohngebäude entfallen, sind es in den Verdichtungsgebieten 2,1, in den Randzonen 1,8 und im Ländli-

³ Vgl. Frank, Eberhard: Zur Entwicklung der Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur des Ländlichen Raumes, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 11/1989, bes. S. 515 f.

Tabelle 2

Wohnungen*) in den LEP-Räumen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987 nach dem Baualter der Gebäude

LEP-Räume Land	Wohnungen zusammen	Davon in Gebäuden, errichtet von . . . bis . . . ²⁾					
		bis 1918	1919 bis 1948	1949 bis 1957	1958 bis 1968	1969 bis 1978	1979 und später
	1	2	3	4	5	6	7
Anzahl in 1000							
Verdichtungsräume	1 553,3	246,7	204,3	254,9	370,8	301,8	174,7
Randzonen	773,3	135,0	74,0	96,7	171,6	182,5	113,5
Verdichtungsgebiete	446,9	74,1	55,1	66,9	102,4	93,2	55,2
Ländlicher Raum i.e.S.	1 028,9	252,1	94,1	108,5	213,7	215,8	144,8
Baden-Württemberg	3 802,4	707,9	427,5	527,0	858,5	793,4	488,1
Regionalanteil %							
Verdichtungsräume	40,8	34,8	47,8	48,4	43,2	38,1	35,8
Randzonen	20,3	19,1	17,3	18,3	20,0	23,0	23,2
Verdichtungsgebiete	11,8	10,5	12,9	12,7	11,9	11,7	11,3
Ländlicher Raum i.e.S.	27,1	35,6	22,0	20,6	24,9	27,2	29,7
Baden-Württemberg	100	100	100	100	100	100	100
Strukturannteil (% v. Sp. 1)							
Verdichtungsräume	100	15,9	13,2	16,4	23,9	19,4	11,2
Randzonen	100	17,5	9,6	12,5	22,2	23,6	14,7
Verdichtungsgebiete	100	16,6	12,3	15,0	22,9	20,9	12,4
Ländlicher Raum i.e.S.	100	24,5	9,1	10,5	20,8	21,0	14,1
Baden-Württemberg	100	18,6	11,2	13,9	22,6	20,9	12,8

*) Ohne Freizeitwohnungen und ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung. – ¹⁾ Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

chen Raum bloß 1,6 Wohnungen je Gebäude. Dies weist darauf hin, daß das beliebte Einfamilienhaus, häufig mit Einliegerwohnung ausgestattet, sowie „echte“ Zweifamilienhäuser durchaus typisch für den Ländlichen Raum sind. Über 90% des Wohnungsbestandes werden hier als Ein- bzw. Zweifamilienhäuser genutzt. In den Randzonen entfallen 87% der Wohngebäude auf diesen Gebäudetyp, in den Verdichtungsbereichen 82% und in den Verdichtungsräumen 71%.

Der Anteil der Gebäude mit mehr als zwei Wohnungen beträgt im Landesdurchschnitt 16,8%. Über die Hälfte dieser Gebäude steht in den Verdichtungsräumen. Schon aufgrund der Flächenknappheit in den Städten überwiegen die mehrgeschossigen Wohngebäude. Betrachtet man nur die ausgesprochenen Großgebäude mit 7 und mehr Wohnungen („Wohnsilos“), so steigt der Regionalanteil der Verdichtungsräume sogar auf 63%. Es ist offensichtlich, daß eine solche Wohnform von Familien nicht generell als optimal empfunden wird, müssen sich doch individuelle Gestaltungswünsche sehr an genormten Vorgaben orientieren.

Art und Strukturanteil der einzelnen Gebäudetypen dürfen, neben anderen Wirkfaktoren, im Hinblick auf den Prozeß der Haushalts- und Familienbildung nicht völlig unbeachtet bleiben. Auch wenn hier die Frage, ob und wie die Wohnverhältnisse die Familien- und Haushaltsgröße beeinflussen, nicht entschieden werden kann und soll, so scheint unstreitig, daß größere Familien Wohnen im Ein- oder Zweifamilienhaus anderen Wohnformen vorziehen – vorausgesetzt, der Bedarf kann auch befriedigt werden.⁴ Bezieht man diesen Aspekt in die Überlegungen mit ein, so kann insgesamt festgestellt werden, daß die gebäudespezifischen Voraussetzungen für familienfreundliches Wohnen im Ländlichen Raum, wo der Strukturanteil der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern am höchsten ist, durchaus besser sind als in den anderen LEP-Räumen.

Entsprechend dominiert der Mehrpersonenhaushalt im Ländlichen Raum als Lebensform. 90% der Menschen dieses Raumes leben zu mehreren in Haushalten miteinander. Knapp 75% der Haushalte bestehen aus mehr als einer Person, die Durchschnittsgröße beträgt 3,3 Personen. Anders in den Verdichtungsräumen, wo der Trend zur Singularisierung schon weit vorangeschritten ist. Nur etwas mehr als 80% der Bewohner in denjenigen Großstädten, die den Verdichtungsräumen zugeordnet sind, leben in Mehrpersonenhaushalten. Ihr Anteil an den Haushalten insgesamt macht nur ca. 60% aus. Die durchschnittliche Größe ist mit 2,9 Personen je Mehrpersonenhaushalt entsprechend klein. Rund 40% der Haushalte werden von jeweils nur einer Person gebildet. Ländlicher Raum und Verdichtungsraum markieren also auch in dieser Hinsicht die Gegenpole.

Die größten Wohnungen im Ländlichen Raum

Ganz allgemein kann wohl davon ausgegangen werden, daß von den gebäude- bzw. wohnraumspezifischen Faktoren der Wohnungsgröße für die Wohn- und Lebensqualität

Tabelle 3

Bewohnte Wohnungen in den LEP-Räumen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987 nach dem Wohnverhältnis

LEP-Räume Land	Bewohnte Wohnungen zusammen	Davon	
		Eigentümer- wohnungen	Miet- wohnungen
Regionalanteil %			
Verdichtungsräume	41,0	31,0	49,0
Randzonen	20,4	23,0	18,2
Verdichtungsgebiete	11,7	11,2	12,2
Ländlicher Raum i.e.S.	26,9	34,8	20,6
Baden-Württemberg	100	100	100
Strukturanteil %			
Verdichtungsräume	100	33,8	66,2
Randzonen	100	50,5	49,5
Verdichtungsgebiete	100	42,8	57,2
Ländlicher Raum i.e.S.	100	57,7	42,3
Baden-Württemberg	100	44,7	55,3

der Haushalte und Familien eine herausragende Bedeutung zukommt. Die Größe einer Wohnung kann sowohl nach der Wohnfläche als auch der Raumzahl gemessen werden. Beide Größenindikatoren weisen für den Ländlichen Raum die höchsten Werte auf. Eine Wohnung im Ländlichen Raum verfügt im Durchschnitt über 100 m². In den Verdichtungsräumen liegt dieser Wert um rund ein Fünftel niedriger (81 m²). Randzonen (93 m²) und Verdichtungsgebiete (88 m²) sind dazwischen platziert.

Betrachtet man die Zahl der Räume je Wohnung (Wohn- und Schlafräume sowie Küche), so beträgt deren Durchschnittswert im Ländlichen Raum 5,0, in den Verdichtungsräumen 4,2 Räume. Auch dieser Indikator weist also für die Randzonen (4,7) und die Verdichtungsgebiete (4,6) Werte auf, die zwischen den beiden Polen Ländlicher Raum und Verdichtungsraum liegen. Durch Verknüpfung von Wohnfläche und Raumzahl errechnet sich die Durchschnittsgröße eines Wohnraums. Über alle Raumkategorien hinweg findet man hierfür sehr dicht beim Landesdurchschnitt (19,5 m² je Raum) liegende Ergebnisse – ein überraschender Befund.

Die Verteilung der Wohnungen nach der Raumzahl unterliegt in allen Raumkategorien derselben Gesetzmäßigkeit. Der Anteil von Großwohnungen mit fünf und mehr Räumen ist am höchsten. Mit abnehmender Raumzahl sinkt der Strukturanteil der Wohnungen. Im Landesdurchschnitt erreicht er bei den Zwei-Raum-Wohnungen 4,8% und bei den Ein-Raum-Wohnungen nur noch 2,3%. Es ist offensichtlich, daß die Verteilung der Wohnungen nach der Raumzahl auch dann nicht zur Verteilung der Haushalte nach Personenzahl paßt, wenn man modellmäßig unterstellt, jeder Haushalt würde über eine Wohnung mit mindestens so vielen Zimmern verfügen, wie zum betreffenden Haushalt Personen gehören. Bildet man nämlich die relativen Summenhäufigkeiten⁵ über beide Variablen und vergleicht die theoretisch-statistischen Zuordnungen, dann zeigt sich, daß ein Viertel der Wohnungen bis zu drei Zimmern umfaßt, aber in drei Viertel aller Haushalte nur bis zu drei Personen gemeinsam wohnen und wirtschaften.

⁴ Zur quantitativen Wohnungsversorgung vgl. auch Büringer, Helmut: Gebäude- und Wohnungszählung 1987 – Weitere Aspekte zur quantitativen Wohnraumversorgung der Haushalte, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 10/1989, bes. S. 459 f.

⁵ Die relative Summenhäufigkeitsfunktion addiert zum Anteilswert der ersten Ausprägung eines Merkmalsträgers fortgesetzt diejenigen der weiteren Merkmalsausprägungen, bis alle Elemente einbezogen sind.

Der Medianwert – er unterteilt eine der Größe nach angeordnete statistische Masse in der Mitte – wird einerseits von Vierraumwohnungen und andererseits von Zwei-Personen-Haushalten gebildet. So überrascht es nicht, daß im Durchschnitt auf ein Haushaltsmitglied knapp zwei Räume entfallen (0,5 Einwohner je Raum). Dieses Verhältnis findet man in allen Raumkategorien mit Ausnahme der Verdichtungsräume, die einen weniger günstigen Wert (0,6 Bewohner je Raum) aufweisen.

Diese auf den ersten Blick günstigen statistischen Strukturgrößen verdecken eine Belegungsproblematik, die dadurch entsteht, daß sich die Verteilung von Wohnungen an Haushalte zwar auch, aber nicht nur an der Relation Personenzahl-Raumzahl orientiert. Besitz- und Eigentumspositionen, rechtliche Vorschriften sowie andere Faktoren überlagern die Ausrichtung am primär durch die Personenzahl bestimmten Bedarfsprofil. Auch kann ein Ausgleich nur bei einem funktionierenden Wohnungsmarkt gefunden werden, wofür eine ausreichende Fluktuationsreserve an

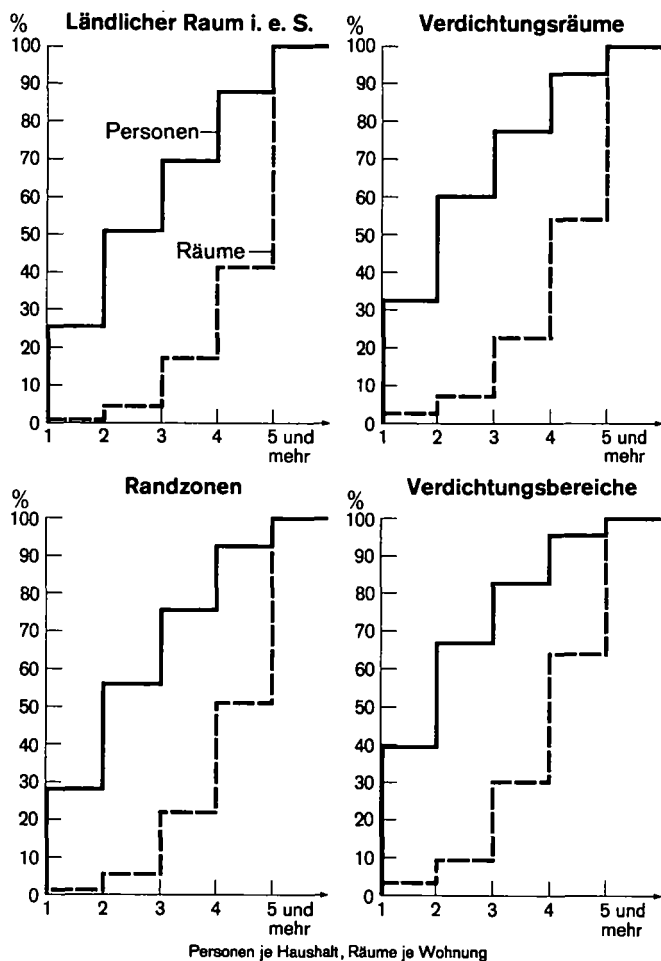
Wohnraum vonnöten ist. An einer Fluktuationsreserve mangelt es aber. Setzt man nämlich – um vergleichbare Ausgangsmassen zu erhalten – statistisch bereinigte Wohnungs- und Haushaltszahlen ins Verhältnis, entfallen im Landesdurchschnitt auf 100 Haushalte gerade 100 Wohnungen.⁶

Wird berücksichtigt, daß der Wohnungsmarkt nur funktionieren kann, wenn eine Fluktuationsreserve von zum Beispiel 3% angesetzt wird, so ergibt sich bereits auf Landesebene eine Unterversorgung mit Wohnungen. Der Quotient aus Wohnungen und Haushalten plus 3% Fluktuationsreserve, also der Wohnungsversorgungsfaktor, errechnet sich dann zu 0,970 auf Landesebene. Er nimmt mit 0,987 im Ländlichen Raum den höchsten Wert an, erreicht in den Randzonen 0,979, in den Verdichtungsgebieten 0,973 und in den Verdichtungsräumen mit 0,955 den niedrigsten Wert.

Dieses Ergebnis bestätigt von einem anderen Ausgangspunkt her die oben getroffene Feststellung, daß im Ländlichen Raum Wohnungs- und Haushaltsgrößen besser übereinstimmen, als in den anderen Raumkategorien.

Schaubild 2

Relative Summenhäufigkeitsfunktionen der Haushalte nach der Personenzahl und der Wohnungen nach der Raumzahl in den LEP-Räumen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

117 90

Beheizung

Neben der mehr an quantitativen Orientierungspunkten ausgerichteten Analyse der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum interessieren auch rein qualitative Aspekte der Wohnungsversorgung. Sie kommen – soweit statistisch meßbar – nicht nur in der Geographie der Raumkategorien, in der Altersstruktur des Wohnraums und der durch Eigentum vermittelten „Besitzerfreude“ zum Ausdruck; aussagekräftig ist auch das mehr an technischen Gesichtspunkten, wie dem unterschiedlichen Bedienungskomfort, ausgerichtete Merkmal der in den Gebäuden bzw. Wohnungen installierten Beheizungssysteme. Ferner sind zum Teil die eingesetzten Energieträger nicht ohne Einfluß auf die Wohnqualität. Zur Beurteilung der Beheizungsart hinsichtlich des Komforts liegt es nahe, eine grobe Unterscheidung in Wohnungen mit Sammelbeheizung einerseits und solchen mit Einzel-/Mehrraumöfen andererseits zu treffen.

Unter dem Begriff Sammelheizung sind die vier Systeme Fern-, Block-, Zentral- und Etagenheizung zusammengefaßt. Im Landesdurchschnitt verfügen 70,3% der Wohnungen über eine Sammelheizung. Der Ländliche Raum zeichnet sich demnach mit 67,3% durch den niedrigsten Wert aus, die Randzonen schneiden mit 72,1% am besten ab. Verdichtungsgebiete (71,2%) und Verdichtungsgebiete (71,0%) bewegen sich ebenfalls knapp über dem Landesdurchschnitt. Das Hauptgewicht liegt in allen LEP-Räumen bei der Zentral- oder Blockheizung, einem Heizsystem, das bei Neubauten seit 1969 fast ausschließlich eingebaut wurde.⁷ Angeschlossen an eine Fernheizung ist nur ca. jede zwanzigste Wohnung. Über 80% der fernbeheizten Woh-

⁶ Vgl. Büringer, Helmut: Gebäude- und Wohnungszählung 1987 - Bestand an Gebäuden und Wohnungen und quantitative Wohnraumversorgung der Haushalte, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1989, bes. S. 58 f.

⁷ Vgl. auch Büringer, Helmut: Gebäude- und Wohnungszählung 1987 - Beheizung der Wohnungen und eingesetzte Brennstoffe, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 6/1989, S. 247 ff.

Tabelle 4

**Bewohnte Wohneinheiten in Gebäuden in den LEP-Räumen Baden- Württembergs am 25. Mai 1987
nach Art der Beheizung**

LEP-Räume Land	Bewohnte Wohneinheiten in Gebäuden	Davon mit ¹⁾			
		Fern- heizung	Block- oder Zentralheizung	Etagen- heizung	Einzel- oder Mehrraumöfen
	1	2	3	4	5
1000					
Verdichtungsräume	1 586,7	145,4	845,1	138,7	457,4
Randzonen	775,1	14,8	503,6	40,2	216,4
Verdichtungsgebiete	452,4	13,1	282,0	26,4	131,0
Ländlicher Raum i.e.S.	1 038,5	6,1	648,9	44,2	339,3
Baden-Württemberg	3 852,7	179,4	2 279,1	249,6	1 144,2
Regionalanteil %					
Verdichtungsräume	41,2	81,0	37,0	55,6	40,0
Randzonen	20,1	8,3	22,1	16,1	18,9
Verdichtungsgebiete	11,7	7,3	12,4	10,6	11,4
Ländlicher Raum i.e.S.	27,0	3,4	28,5	17,7	29,7
Baden-Württemberg	100	100	100	100	100
Strukturannteil (% v. Sp. 1)					
Verdichtungsräume	100	9,2	53,3	8,7	28,8
Randzonen	100	1,9	65,0	5,2	27,9
Verdichtungsgebiete	100	2,9	62,3	5,8	29,0
Ländlicher Raum i.e.S.	100	0,6	62,5	4,2	32,7
Baden-Württemberg	100	4,7	59,1	6,5	29,7

¹⁾ Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

nungen liegen in den Verdichtungsräumen, entsprechend geringe Verbreitung hat fernbeheizter Wohnraum in den anderen Raumkategorien.

Einzel- oder Mehrraumöfen sind im Ländlichen Raum noch mit rund einem Drittel vertreten, während in den anderen Raumkategorien der Strukturannteil den Landesdurchschnitt (29,6%) nicht erreicht. Bei der hier relevanten Betrachtungsweise – qualitative Aspekte der Wohnraumversorgung sollen untersucht werden – sind die Ofenheizungen im Hinblick auf den vermittelten Wohnkomfort zu unterscheiden. Unter diesem Aspekt können Ofenheizungen unter Einsatz von Gas bzw. Strom sicherlich einer Zentralheizung gleichgesetzt werden, da die Einzelöfen dann in der Regel an entsprechende Leitungssysteme angeschlossen sind und damit ebenfalls zentral versorgt werden. Sie machen landesweit 50% aus. Allerdings beträgt der Strukturannteil im Ländlichen Raum nur ein Drittel, in den Verdichtungsräumen dagegen zwei Drittel.

Nunmehr können die Wohnungen der einzelnen LEP-Räume im Hinblick auf den durch das installierte Heizsystem vermittelten Wohnkomfort in zwei Gruppen eingeteilt werden. Wohnungen mit gutem Heizkomfort zeichnen sich bei dieser Betrachtungsweise durch Sammelheizung bzw. Ofenheizung mit den Energieträgern Gas oder Strom aus. Daneben gibt es Wohnungen, denen es an einem so definierten Wohnkomfort mangelt.

Die Untersuchung nach der oben getroffenen Abgrenzung verbessert die Position der Verdichtungsräume zusätzlich. 85,2% der Wohnungen dort haben guten Heizkomfort. Wohnraum in den Randzonen und den Verdichtungsgebieten liegen dicht beim Landesdurchschnitt (80,7). Der

Ländliche Raum hingegen bleibt mit einem Strukturannteil von 74,2% an Wohnungen mit gutem Heizkomfort etwas zurück. 25,8% der Wohnungen haben Heizsysteme bzw. Ofenheizungen installiert, denen das Qualitätsmerkmal „guter Heizkomfort“ nicht zuerkannt werden kann. Zwar überrascht das Ergebnis im Hinblick auf den hohen Anteil von alten Gebäuden einerseits und dem leichten Zugang zu anderen Energieträgern (Holz) nicht. Dennoch kann in diesem Zusammenhang wohl zu Recht von einem Nachrüst- bzw. Modernisierungsbedarf ausgegangen werden.

Schlußbetrachtung

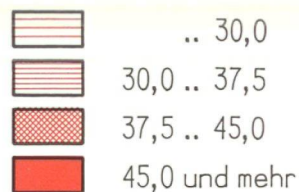
Die vergleichende Analyse zeigt, daß im Hinblick auf das Thema „Wohnungen im Ländlichen Raum“, jenseits aller romantischer Stadtverweigerung⁸ – sieht man vom relativen Komfortrückstand in der Wohnraumbeheizung ab – einige der hier untersuchten Faktoren durchaus positiv für den Ländlichen Raum zu Buche schlagen.

Im Ländlichen Raum mit seiner wenig verdichteten Bebauung fügen sich hohe Bestandteile alten und neuen Wohnraums – überwiegend als familienfreundliche Ein- bzw. Zweifamilienhäuser genutzt – zu einem überschaubaren, durch eine hohe Eigentumsquote mit entsprechend niedriger Umzugsmobilität ausgezeichneten Sozialraum, der auf Nachbarschaft angelegt ist, zusammen.

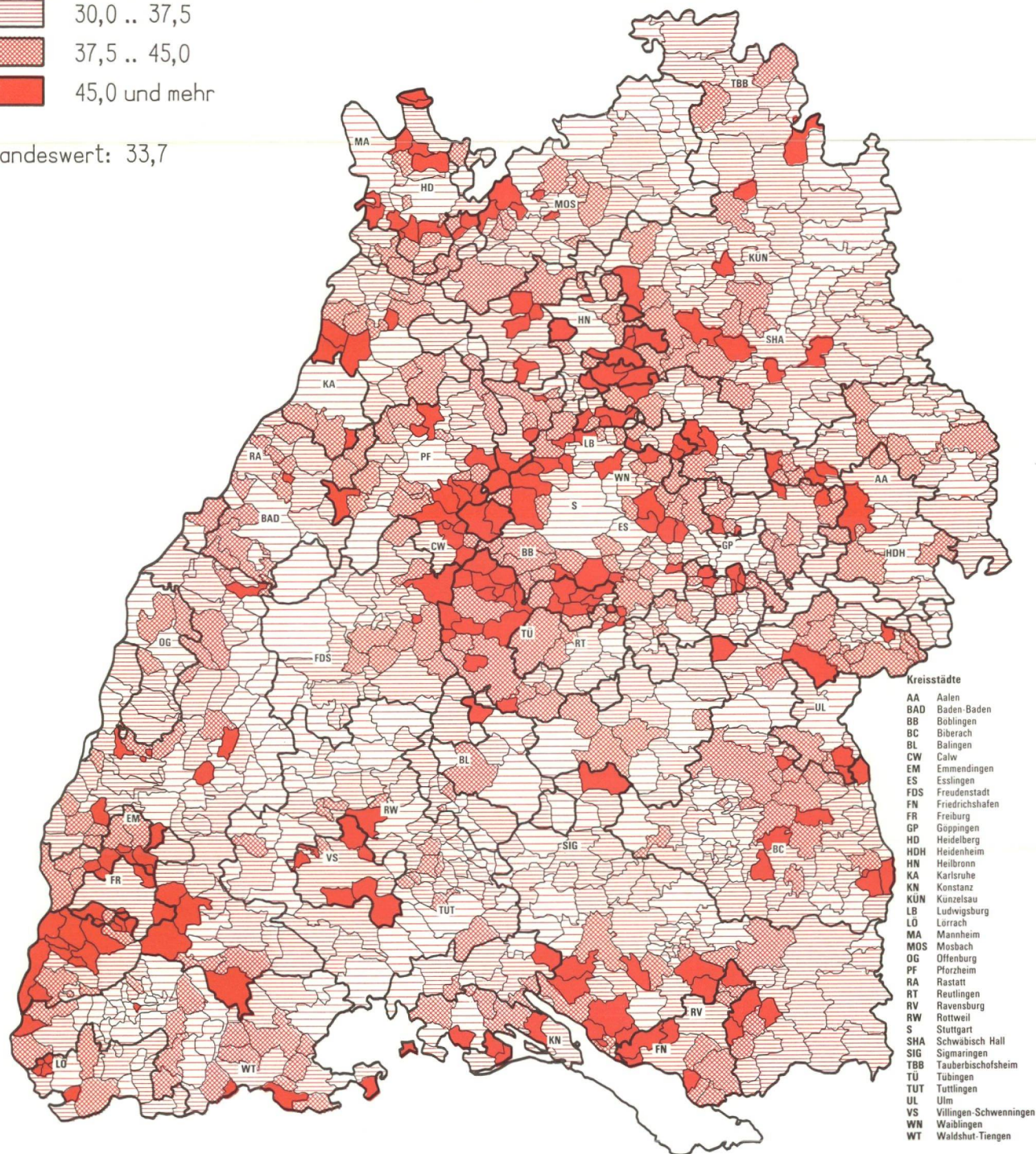
90% der Menschen im Ländlichen Raum leben in Mehrpersonenhaushalten miteinander. Entsprechend finden sich hier im Durchschnitt die größten Wohnungen, unabhängig davon, ob an der Raumzahl oder der Wohnfläche gemessen wird. Aber auch die rein quantitative Wohnraumversorgung im Ländlichen Raum, wie sie in der rechnerischen Verknüpfung von Haushalten und Wohnungen, also dem Wohnraumversorgungsfaktor, zum Ausdruck kommt, ist günstiger als die der anderen Raumkategorien.

⁸ Vgl. Köller, Herbert: Stadt und Land – Ihre Besonderheiten und ihre Beziehungen zueinander, in: Der Bürger im Staat. Themenheft: Auf dem Lande leben. Jg.33, H. 3, S. 147–151.

von .. bis unter..



Landeswert: 33,7



*) ohne Freizeitwohnungen und ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landesinformationssystem

4. Arbeitsstättenzählung

Die Arbeitsstättenzählung 1987 in Baden-Württemberg

Am 25. Mai 1987 wurde, erstmals wieder nach 17 Jahren, zusammen mit der Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungszählung auch eine nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung durchgeführt.¹ Diese alle Wirtschaftsbereiche – mit Ausnahme der eigentlichen Land- und Forstwirtschaft – umfassende Totalerhebung gehört zu den ältesten Zählungen im Bereich der Wirtschaftsstatistiken. Die erste Arbeitsstättenzählung – damals noch Betriebsstättenzählung genannt – fand bereits im Jahre 1875 statt.

Gemeinsam war allen bisherigen Arbeitsstättenzählungen ihre Verbindung mit einer Volkszählung. Dies hat den Vorteil, daß die sehr umfangreiche und aufwendige Zählungsorganisation der Volkszählung gleichzeitig für die Arbeitsstättenzählung eingesetzt werden kann. Die Zähler hatten nach genauer Anweisung jede nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätte festzustellen, das heißt jede örtliche Einheit, in der mindestens eine oder – unter einheitlicher Leitung – mehrere Personen regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig waren. Für jede Arbeitsstätte war mit oder ohne Hilfe des Zählers ein Arbeitsstättenbogen auszufüllen. Die Nummern der Arbeitsstättenbogen wurden zusammen mit den Bogennummern der Volkszählung in eine mit Regionalmerkmalen versehene Regionalliste eingetragen. Die kombinierte Auswertung von Regionallisten und Erhebungsvordrucken ergab schließlich die regionale Zuordnung der Arbeitsstätten bis unterhalb der Gemeindeebene.

Die Einbindung der Arbeitsstättenzählung in das Gesamtzählungswerk hatte andererseits den Nachteil, daß die Aufbereitung der Arbeitsstättenzählung erst nach einer zeitaufwendigen Trennung der Erhebungsbogen vorgenommen werden konnte. So sind – beispielsweise in Baden-Württemberg – hierauf drei bis vier Monate der insgesamt 18 Monate dauernden Aufbereitungszeit zu veranschlagen.

Das Frageprogramm

Im Frageprogramm der Arbeitsstättenzählung hat es seit jeher kaum Änderungen gegeben. Meist sind nur wenige und im allgemeinen auch einfach zu beantwortende Fragen gestellt worden. Bei der Arbeitsstättenzählung 1987 wurden die Anschrift, die wirtschaftliche Tätigkeit, die Eröffnung und die Niederlassungsart der Arbeitsstätte erfragt. Darüber hinaus waren die Anzahl der tätigen Personen in der Aufgliederung nach der Stellung im Betrieb sowie die im Jahre 1986 gezahlten Bruttolöhne und -gehälter anzugeben. Soweit es sich bei der Arbeitsstätte um eine einzige Arbeitsstätte oder um die Hauptniederlassung eines Unternehmens handelte, mußte auch noch Auskunft über die Handwerkseigenschaft und die Rechtsform des

Unternehmens erteilt werden. Mit einigen zusätzlichen Fragen im Mehrbetriebsbereich wollte man vor allem die Verflechtung von Hauptniederlassung und Zweigniederlassungen ermitteln. Damit sind gegenüber der Arbeitsstättenzählung 1970 nur die Fragen nach dem Eröffnungsjahr und der Handwerkseigenschaft als neue Merkmale in das Frageprogramm aufgenommen worden.

Im Verlauf der Zählung von 1987 haben sich im allgemeinen keine größeren Probleme mit den Fragestellungen aufgetan. Auch auf Akzeptanzschwierigkeiten bei den Auskunftspflichtigen ist die Arbeitsstättenzählung in Baden-Württemberg nur ganz selten gestoßen. In Einzelfällen haben sich Berichtspflichtige gegen die Beantwortung der Frage nach den Löhnen und Gehältern gesperrt, dies insbesondere gegenüber dem Zähler. Meistens wurde diese Frage dann aber später gegenüber der Erhebungsstelle oder dem Statistischen Landesamt beantwortet.

Vielfältige Vorinformation war notwendig

Die Frage nach Löhnen und Gehältern bereitete oftmals von der Sache her Schwierigkeiten, da in vielen Fällen die Bruttolöhne und -gehälter in den Arbeitsstätten selbst unbekannt waren. Beispiele hierfür sind Zweigniederlassungen von Mehrbetriebsunternehmen mit zentraler Buchhaltung, Arbeitsstätten im öffentlichen Bereich, der Kirchenverwaltung, caritativer Verbände usw. Da jedoch die Möglichkeit einer Sondervereinbarung mit dem Statistischen Landesamt bestand, konnte die Angabe der Lohn- und Gehaltssumme auch für diese Arbeitsstätten sichergestellt werden.

Über die Möglichkeit einer Sondervereinbarung sowie die wichtigsten Einzelheiten und Schwierigkeiten der Arbeitsstättenzählung wurden alle Auskunftspflichtigen entweder direkt oder über ihre Verbände durch eine umfangreiche Vorinformation bereits ab Herbst 1986 unterrichtet. Direkt angeschrieben – teilweise zweimal, im Herbst 1986 und im Frühjahr 1987 – wurden rund 20 000 Unternehmen, Wirtschaftsprüfer, Schulen, Hochschulen, Landesdienststellen, Landratsämter und Gemeinden. Darüber hinaus erhielten 260 Verbände und Berufsvertretungen entsprechende Informationen. Zusätzlich wurde für die Arbeitsstättenzählung noch durch Anzeigen in den Presseorganen der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern von Baden-Württemberg geworben. Im Vorfeld dieser landesweiten Maßnahmen hatte bereits das Statistische Bundesamt alle Bundesverbände und -behörden über die Arbeitsstättenzählung 1987 informiert, Sondervereinbarungen mit Bundespost, Bundesbahn, der Bundeswehr und dem Bundesgrenzschutz getroffen bzw. Maßnahmen für freiwillige Angaben zu den Zivilbediensteten der ausländischen Streitkräfte eingeleitet. Die Unterrichtung der Betroffenen ging damit bei der Arbeitsstättenzählung 1987 sicherlich über das vom Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil vom 15. 12. 1983 geforderte und später in § 16 Volkszählungsgesetz 1987 festgeschriebene Maß hinaus. Vorinformation und Sondervereinbarungen dürften aber ganz wesentlich zum Gelingen der Arbeitsstättenzählung beigetragen haben.

¹ Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. November 1985 (BGBl. I S. 2078); die Erhebungsmerkmale der Arbeitsstättenzählung sind in § 7 geregelt.

Systematische Grundlage der Arbeitsstättenzählung

Die Zuordnung der Arbeitsstätten zu einem bestimmten Wirtschaftszweig erfolgte nach der hauptsächlich ausgeübten Tätigkeit der Arbeitsstätte, die im Erhebungsvordruck in detaillierter Form anzugeben war. Maßgebend hierfür war die Selbsteinschätzung der Auskunftspflichtigen. Die Klassifizierung der Tätigkeiten erfolgte auf der Grundlage der „Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung 1983 bzw. 1987“, die weitgehend mit der Fassung für die Arbeitsstättenzählung 1970 übereinstimmte. Abweichungen hierzu ergaben sich in erster Linie durch Erweiterungen der Positionen.³

Die Systematik für die Arbeitsstättenzählung 1987 (1970) ist untergliedert in:

- 10 (10) Abteilungen
- 36 (30) Unterabteilungen
- 196 (164) Gruppen
- 479 (436) Untergruppen
- 650 (586) Klassen

Trotz dieser Erweiterungen ist die Systematik für eine alle wirtschaftlichen Tätigkeiten umfassende Erhebung wie die Arbeitsstättenzählung noch immer unbefriedigend. So gibt es für örtlich getrennte Verwaltungs- und Hilfsbetriebe, die zum Beispiel nur unternehmensinterne Dienstleistungen erbringen, schon von der Grundschematik her keine eigenen Positionen. Bei der Arbeitsstättenzählung 1970 hat man sich nun damit beholfen, Verwaltungsbetriebe jeweils der Wirtschaftsklasse des zugehörigen Unternehmens zuzuschlagen. Hilfsbetriebe hingegen erhielten eine ihrer Tätigkeit näherungsweise entsprechende Systematiknummer. So wurden Arbeitsstätten unter der Systematiknummer „Speditionen- und Lagereigengewerbe“ eingruppiert, die tatsächlich nur örtlich getrennte Lagerplätze etwa eines Bauunternehmens waren und lediglich Zwecken dieses Unternehmens dienten, aber keinerlei Leistungen für den Markt erbrachten.⁴ Bei der Arbeitsstättenzählung

1987 wurde dieses Verfahren auch auf Verwaltungsbetriebe ausgedehnt, das heißt, diese Betriebe wurden der Wirtschaftsklasse „Vermögensverwaltung, sonstige Dienstleistungen für Unternehmen, anderweitig nicht genannt“ zugeordnet. Mit diesen „Notlösungen“ wollte man vor allem erreichen, daß Dienstleistungen nicht nur nach der institutionellen Abgrenzung, sondern auch als Funktion erfaßt werden können. Durch zusätzliche Aufbereitungen der Arbeitsstätten nach dem Schwerpunkt des Unternehmens wird sichergestellt, daß bei späteren Auswertungen der Unternehmenszusammenhang zu erkennen ist.

Überprüfung des Datenmaterials

Von den Erhebungsstellen der Volkszählung erhielt das Statistische Landesamt Baden-Württemberg insgesamt rund 430 000 ausgefüllte Erhebungsvordrucke. Von diesen 430 000 Arbeitsstättenbogen mußten 5000 gelöscht werden, da sie keine Arbeitsstätten im Sinne der Definition waren. Alle Bogen wurden zunächst einer eingehenden manuellen Überprüfung unterzogen. Bei den hierzu notwendigen schriftlichen und telefonischen Rückfragen standen insbesondere die Löhne und Gehälter, die Handwerkeigenschaft sowie der Schwerpunkt der Tätigkeit der Arbeitsstätte im Vordergrund. Bei der anschließenden maschinellen Plausibilitätsprüfung wurden dann noch zusätzlich Unrichtigkeiten beanstandet und bereinigt. Darüber hinaus wurden die Gesamtzahlen der Arbeitsstätten und Beschäftigten – in grober wirtschaftssystematischer Gliederung – je Gemeinde bis hin zum Land den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung 1970 gegenübergestellt. Zusätzlich wurden auch die Ergebnisse der Statistiken des Produzierenden Gewerbes, der Personalstandstatistik und der Beschäftigtenstatistik zu Vergleichszwecken herangezogen. Hierüber wird in späteren Beiträgen über die Arbeitsstättenzählung in dieser Monatszeitschrift noch näher zu berichten sein.

Überdurchschnittliche Zuwachsraten bei Arbeitsstätten und Beschäftigten

Nach den jetzt vorliegenden endgültigen Auswertungsergebnissen bestanden am Zählungstichtag in Baden-Württemberg 425 030 Arbeitsstätten außerhalb der eigentlichen Land- und Forstwirtschaft, in denen 4 496 168 Beschäftigte tätig waren. Damit nahm die Zahl der Arbeitsstätten gegenüber der letzten Zählung um 20,6% zu. Die Entwicklung bei den Beschäftigten führte zu einem Plus von 15,5% (Tabelle

³ Vgl. auch: Hirsch, R.: Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1970, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1972, S. 44ff.

⁴ Vgl. hierzu: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Einführung in die methodischen und systematischen Grundlagen der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung, in: Fachserie C, Unternehmen und Arbeitsstätten, Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970, Heft 1, Stuttgart und Mainz 1972.

Tabelle 1

Arbeitsstätten und Beschäftigte in Baden-Württemberg 1987 und 1970 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftliche Gliederung	Arbeitsstätten			Beschäftigte ¹⁾		
	am 25. Mai 1987	am 27. Mai 1970	Veränderung 1987 gegenüber 1970	am 25. Mai 1987	am 27. Mai 1970	Veränderung 1987 gegenüber 1970
	Anzahl		%	Anzahl		%
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ²⁾	5 181	3 778	+ 37,1	26 947	16 940	+ 59,1
Produzierendes Gewerbe ³⁾	102 665	112 887	- 9,1	2 044 339	2 300 002	- 11,1
Handel, Verkehr, Dienstleistungen ⁴⁾	279 423	207 069	+ 34,9	1 678 228	1 124 909	+ 49,2
Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	37 761	28 605	+ 32,0	746 654	449 472	+ 66,1
Insgesamt	425 030	352 339	+ 20,6	4 496 168	3 891 323	+ 15,5

¹⁾ Als Beschäftigte gelten alle an den Zählungstichtagen in den Arbeitsstätten tätigen Personen, einschließlich der tätigen Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen. – ²⁾ Nur Arbeitsstätten, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetriebe gelten. – ³⁾ Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe. – ⁴⁾ Einschließlich Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute, Versicherungen sowie Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht.

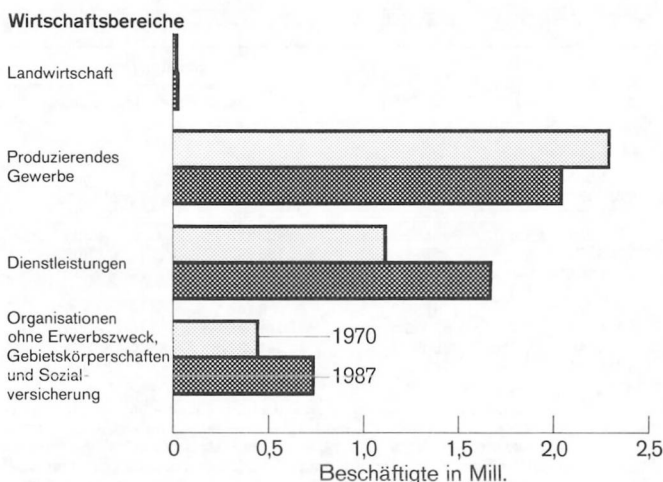
le 1). So weist Baden-Württemberg sowohl bei der Zahl der Arbeitsstätten als auch der Beschäftigten im Vergleich zum vorläufigen Ergebnis für das Bundesgebiet insgesamt (+12,7% bzw. +10,5%) überdurchschnittliche Zuwachsraten auf.

Trend zur Dienstleistungsgesellschaft bestätigt

Eine nähere Analyse des Zählungsergebnisses zeigt, daß die Zunahmen bei Arbeitsstätten und Beschäftigten vor allem auf die beträchtliche Expansion der Dienstleistungen im privaten sowie im öffentlichen Bereich zurückzuführen waren. So nahm im Bereich von Handel, Verkehr und „Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht“, die Zahl der Arbeitsstätten in Baden-Württemberg um über ein Drittel und die Zahl der Beschäftigten um rund die Hälfte zu. Noch größer war die Steigerung mit zwei Dritteln bei den Beschäftigten im Bereich von Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. Im Produzierenden Gewerbe hingegen haben Strukturwandel und konjunkturelle Schwankungen zu Einbußen sowohl bei der Zahl der Arbeitsstätten (-9%) wie auch bei den Beschäftigten (-11%) geführt (*Schaubild*). Eine Verschiebung hin zum tertiären Sektor und ein damit einhergehender Strukturwandel – wie auch aus anderen Datenquellen bekannt – sind demnach nicht mehr von der Hand zu weisen.

Betrachtet man die Arbeitsstättenzählung 1987 im Vergleich zu 1970 nach Wirtschaftsabteilungen, so hat inzwischen der Handel seine Vorrangstellung – hinsichtlich der Zahl der Arbeitsstätten – an die „Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht“ abgeben müssen. In Baden-Württemberg ist heute jede dritte Arbeitsstätte dieser Wirtschaftsabteilung zuzuordnen. Hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten liegt – trotz einer Abnahme von 12% – nach wie vor das Verarbeitende Gewerbe an erster Stelle. In dieser Wirtschaftsabteilung haben immer noch fast zwei Fünftel aller Beschäftigten im Land einen Arbeitsplatz (*Tabelle 2*).

Beschäftigte in Baden-Württemberg 1970 und 1987 nach Wirtschaftsbereichen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Tabelle 2

Arbeitsstätten und Beschäftigte in Baden-Württemberg 1987 nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftliche Gliederung	Arbeitsstätten			Beschäftigte ¹⁾		
	am 25. Mai 1987	Anteil am		am 25. Mai 1987	Anteil am	
		Landes- ergebnis	Bundes- ergebnis		Landes- ergebnis	Bundes- ergebnis
	Anzahl	%		Anzahl	%	
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei ²⁾	5 181	1,2	17,9	26 947	0,6	19,7
Energie- u. Wasser- versorgung, Bergbau ...	1 058	0,2	16,7	33 457	0,7	8,3
Verarbeitendes Gewerbe	69 768	16,4	19,4	1 702 106	37,9	20,4
Baugewerbe	31 839	7,5	17,1	308 776	6,9	16,7
Handel	105 394	24,8	14,9	596 876	13,3	14,7
Verkehr u. Nach- richtenübermittlung	17 744	4,2	14,5	209 435	4,7	13,5
Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe ..	21 630	5,1	17,8	153 877	3,4	16,0
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen u. Freien Berufen erbracht ..	134 655	31,7	15,7	718 040	16,0	15,0
Organisationen ohne Erwerbszweck	14 018	3,3	17,7	161 924	3,6	13,9
Gebietskörperschaften u. Sozialversicherung	23 743	5,6	21,6	584 730	13,0	15,6
Zusammen	425 030	100	16,5	4 496 168	100	16,7

¹⁾ Als Beschäftigte gelten alle am Zählungstichtag in den Arbeitsstätten tätigen Personen, einschließlich der tätigen Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen. – ²⁾ Nur Arbeitsstätten, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetriebe gelten.

Ein Vergleich mit dem Bundesergebnis zeigt, daß hier die Entwicklung ähnlich – wenn auch nicht ganz so stark ausgeprägt – verlaufen ist.⁵ Der Anteil der Arbeitsstätten in Baden-Württemberg an der Gesamtzahl der Arbeitsstätten im Bundesgebiet hat sich nahezu in allen Wirtschaftsabteilungen seit der letzten Zählung vergrößert. Bei der Zahl der Beschäftigten hat das Land seine Position sogar in allen Wirtschaftsabteilungen ausbauen können (*Tabelle 2 und 3*).

Doppelt soviel Teilzeitbeschäftigte wie 1970

Die positive Entwicklung der Beschäftigtenzahl (+16%) seit 1970 läßt sich vor allem auf eine Zunahme der Teilzeitarbeit zurückführen. Insgesamt hat sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten in Baden-Württemberg zwischen 1970 und 1987 mehr als verdoppelt (von 353 000 auf 736 000). Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten betrug 1987 etwa 16%. Ein besonders großes Gewicht (jeweils 31%) hat die Teilzeitarbeit bei den „Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht“ sowie bei den Organisationen ohne Erwerbszweck. Hier ist gut jeder dritte Teilzeitarbeitsplatz im Land zu finden (*Tabelle 4*).

Viele Frauen im Dienstleistungsbereich

Neben der Teilzeitarbeit nahm auch die Beschäftigung von Frauen – im Vergleich zur Gesamtzahl der Beschäftigten – überdurchschnittlich stark zu (+28%). Vier von zehn Beschäftigten waren 1987 Frauen. Ebenso wie bei der Teilzeitarbeit konnte wiederum der Dienstleistungsbereich den größten Frauenanteil aufweisen. So waren z. B. bei den Organisationen ohne Erwerbszweck fast sieben

⁵ Vgl. auch: Buchwald, W.; Krüger-Hemmer, C.: Erste Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987, in: Wirtschaft und Statistik, 12/1988, S. 837ff.

Tabelle 3

Arbeitsstätten und Beschäftigte im Bundesgebiet 1987 nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftliche Gliederung	Arbeitsstätten ¹⁾		Beschäftigte ^{1) 2)}	
	am 25. Mai 1987	Anteil am Bundesergebnis	am 25. Mai 1987	Anteil am Bundesergebnis
	Anzahl	%	Anzahl	%
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei ³⁾	28 946	1,1	137 083	0,5
Energie- u. Wasserversorgung, Bergbau	6 327	0,2	401 157	1,5
Verarbeitendes Gewerbe	360 247	14,0	8 332 346	30,9
Baugewerbe	186 111	7,2	1 850 885	6,9
Handel	706 764	27,4	4 054 443	15,0
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	122 024	4,7	1 554 924	5,8
Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe	121 633	4,7	963 942	3,6
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen u. Freien Berufen erbracht	857 587	33,3	4 777 861	17,7
Organisationen ohne Erwerbszweck	79 287	3,1	1 165 840	4,3
Gebietskörperschaften u. Sozialversicherung	109 804	4,3	3 737 205	13,8
Zusammen	2 578 730	100	26 975 686	100

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse. — ²⁾ Als Beschäftigte gelten alle am Zählungstichtag in den Arbeitsstätten tätigen Personen, einschließlich der tätigen Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen. — ³⁾ Nur Arbeitsstätten, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetriebe gelten.

und bei „Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht“, fast sechs von zehn Beschäftigten Frauen (Tabelle 4).

Die Zunahme der Teilzeitbeschäftigten und die Zunahme der weiblichen Beschäftigten scheinen offensichtlich ganz eng miteinander verknüpft zu sein. Dies ist unter anderem auch damit zu erklären, daß viele Frauen das Bedürfnis haben, neben ihrer Hausfrauentätigkeit zumindest nebenbei einer anderen beruflichen Tätigkeit nachzugehen. Vor allem im privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereich dürfte zum Beispiel durch Sozial- und Gesundheitsdienste

ein besonders großes Potential an Teilzeitarbeitsplätzen gegeben sein. Nähere Untersuchungen hierzu sind allerdings noch erforderlich.

Zahl der ausländischen Arbeitnehmer geht zurück

Als weiteres Ergebnis der Arbeitsstättenzählung 1987 zeigt sich, daß die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer seit der vorangegangenen Erhebung um 13% auf 382 000 zurückgegangen ist. Dabei ist die Mehrzahl von ihnen (60%) auch weiterhin im Verarbeitenden Gewerbe tätig, obwohl gerade diese Wirtschaftsabteilung in absoluten Zahlen die meisten Einbußen zu verzeichnen hatte. Der Rückgang der Zahl der ausländischen Arbeitnehmer dürfte mit dem der „Sonstigen Arbeiter“ (rund 16%) zusammenhängen, da anzunehmen ist, daß ein Großteil der Ausländer zu dieser Gruppe von Beschäftigten zählt. Konjunkturschwankungen und Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmen in den vergangenen Jahren haben wohl besonders in dem Bereich der ungelernten bzw. weniger qualifizierten Arbeitnehmer zu Freisetzen geführt. Näheres kann allerdings erst durch spätere Untersuchungen festgestellt werden.

Trend zur kleineren Arbeitsstätte

Ein Blick auf die Ergebnisse nach der Größe der Arbeitsstätte zeigt, daß in Baden-Württemberg nach wie vor die kleineren dominieren. So waren in 84% der Arbeitsstätten (359 000) weniger als zehn Personen beschäftigt. Gemessen an der Gesamtzahl der Beschäftigten entfiel hierauf ein Anteil von rund einem Viertel. Rund ein Fünftel der Beschäftigten hingegen war in den 718 Arbeitsstätten des Landes mit 500 und mehr Beschäftigten tätig.

Im Vergleich zu 1970 läßt sich ein gewisser Trend zur Verkleinerung der Arbeitsstätte erkennen. So hat die Zahl der Arbeitsstätten mit weniger als zehn Beschäftigten um 19%

Tabelle 4

Beschäftigte in Baden-Württemberg 1987 nach Stellung im Betrieb

Wirtschaftliche Gliederung	Beschäftigte ¹⁾ am 25. Mai 1987				
	insgesamt	und zwar			
		weiblich	Teilzeit-Beschäftigte ²⁾	Arbeitnehmer ³⁾	
				insgesamt	darunter Ausländer ⁴⁾
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei ⁵⁾	26 947	9 547	5 335	18 950	2 733
Energie- u. Wasserversorgung, Bergbau	33 457	5 570	1 876	33 323	697
Verarbeitendes Gewerbe	1 702 106	513 423	142 574	1 629 418	230 611
Baugewerbe	308 776	34 976	17 627	275 600	38 788
Handel	596 876	312 615	146 620	493 817	18 385
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	209 435	56 359	25 938	196 308	9 306
Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe	153 877	77 567	26 633	138 985	1 736
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen u. Freien Berufen erbracht	718 040	406 598	220 833	555 144	53 525
Organisationen ohne Erwerbszweck	161 924	111 247	49 348	161 924	6 294
Gebietskörperschaften u. Sozialversicherung	584 730	283 946	99 494	584 730	19 801
Insgesamt	4 496 168	1 811 848	736 278	4 088 199	381 876

¹⁾ Als Beschäftigte gelten alle am Zählungstichtag in den Arbeitsstätten tätigen Personen, einschließlich der tätigen Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen. — ²⁾ Als Teilzeitbeschäftigte gelten alle am 25. Mai 1987 tätigen Personen, die zur Ableistung einer kürzeren als der orts-, branchen- oder betriebsüblichen Wochenarbeitszeit eingestellt sind. Kurzarbeit gilt nicht als Teilzeitbeschäftigung. — ³⁾ Beamte, Richter, Angestellte, Facharbeiter, Gesellen, sonstige Arbeiter, Auszubildende (einschl. Anlernlinge, Umschüler, Praktikanten und Volontäre). — ⁴⁾ Ausländer sind alle Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit einschl. der Staatenlosen und der Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit, die sich im Bundesgebiet aufhalten. Die in der Bundesrepublik anwesenden nichtdeutschen Flüchtlinge, die den Status eines heimatlosen Ausländers oder ausländischen Flüchtlings besitzen, zählen zu den Ausländern. — ⁵⁾ Nur Arbeitsstätten, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetriebe gelten.

zugenommen, während Großbetriebe mit rund 500 und mehr Beschäftigten gegenüber der letzten Zählung um 6% zurückgegangen sind.

Beschäftigte in der Arbeitsstättenzählung ungleich Erwerbstätigen in der Volkszählung

Ebenso wie in der Arbeitsstättenzählung werden auch in der Volks- bzw. Berufszählung die Beschäftigten erfaßt. Im Gegensatz zur Arbeitsstättenzählung werden bei der Berufszählung die Beschäftigten, das heißt die Erwerbstätigen am Wohnort erhoben. Zu ihnen zählen auch Soldaten, Hausangestellte sowie alle in der Landwirtschaft Beschäftigten. Diese sind in der Arbeitsstättenzählung nicht oder – wie im Falle der Landwirtschaft – nur zu einem geringen Teil enthalten. Der Erwerbstätige selbst gibt Auskunft über den Wirtschaftszweig seines Betriebes, der Firma oder Dienststelle, wo er beschäftigt ist. Da sich diese Auskunft nur auf die Haupterwerbstätigkeit bezieht, wird jeder Erwerbstätige nur einmal erfaßt gegenüber allen nebenberuflichen Tätigkeiten in der Arbeitsstättenzählung.

Die Unterschiede in beiden Erfassungskonzepten bedingen eine größere Beschäftigtenzahl in der Arbeitsstättenzählung als in der Berufszählung. Sie führen auch zu Unterschieden in der wirtschaftssystematischen Zuordnung der Beschäftigten, da der Erwerbstätige die Zugehörigkeit seiner Dienststelle oder Firma zu einer bestimmten Branche anders sieht als der Inhaber oder Leiter der Arbeitsstätte. Dies gilt selbst dann, wenn bei der Berufszählung für die wirtschaftssystematische Zuordnung noch Name und Anschrift der Arbeitsstätte, in der die Person tätig ist, zur Beurteilung mit herangezogen werden können. Dieser zusätzliche Anhaltspunkt ist in seiner Aussagekraft nicht vergleichbar mit den neun Fragen, die zur Bestimmung des Schwerpunktes der wirtschaftlichen Tätigkeit bei der Arbeitsstättenzählung dienen.

In *Tabelle 5* werden die Beschäftigtenzahlen der Arbeitsstättenzählung 1987 nach Wirtschaftsbereichen ohne „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ den jetzt vorliegenden endgültigen Zahlen aus der Berufszählung 1987 gegenübergestellt. Dabei zeigt sich, daß die Beschäftigtenzahl in der Arbeitsstättenzählung um 233 000 oder 6% größer ist als in der Berufszählung. In welchem Umfang hierzu auch ein positiver Pendlersaldo für Baden-Württemberg beigetragen hat, läßt sich erst bei der späteren Pendlerauswertung feststellen.⁶

Im Blick auf die Verteilung nach Wirtschaftsbereichen liegen diese Zahlen der Arbeitsstättenzählung nur beim privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereich höher. Niedriger hingegen als in der Berufszählung ist die Beschäftigtenzahl im Produzierenden Gewerbe. Dies dürfte zum Beispiel darauf zurückzuführen sein, daß der Erwerbstätige in der Berufszählung seine Arbeitsstätte als zum

Tabelle 5

Ausgewählte Ergebnisse aus der Arbeitsstätten- und Berufszählung in Baden-Württemberg 1987

Ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wirtschaftsbereiche	Arbeitsstättenzählung		Berufszählung	
	Beschäftigte ¹⁾		Erwerbstätige ²⁾	
	am 25. Mai 1987			
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Produzierendes Gewerbe	2 044 339	45,7	2 096 524	49,5
Handel, Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	806 311	18,0	665 710	15,7
Kreditinstitute, Versicherungs- gewerbe u. übrige Dienst- leistungen ³⁾	1 618 571	36,2	1 473 862	34,8
Zusammen	4 469 221	100	4 236 096	100

¹⁾ Nach Haupt- und Nebenerwerbstätigkeit. – ²⁾ Nur nach Haupterwerbstätigkeit. – ³⁾ Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht, Organisationen ohne Erwerbszweck sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

Produzierenden Gewerbe gehörend ansah. Die Arbeitsstätte selbst hingegen nannte als Schwerpunkt ihrer Tätigkeit z. B. den Einzelhandel, da sie die Verkaufsstelle eines produzierenden Betriebes oder Unternehmens war. Ähnliches dürfte auch für entsprechende Arbeitsstätten der Verwaltung oder der Forschung und Entwicklung zutreffen. Darüber hinaus dürfte vor allem die Erfassung der Nebenerwerbstätigkeiten in der Arbeitsstättenzählung zur höheren Beschäftigtenzahl und damit zum größeren Gewicht des privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereichs geführt haben.

Ausblick

Es war das Ziel der Arbeitsstättenzählung 1987, die strukturellen Veränderungen der Wirtschaft gegenüber 1970 aufzuzeigen und einen Überblick über Zahl, Größe und Struktur der Arbeitsstätten in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung nach dem heutigen Stand zu geben. In den kommenden Monaten werden zunächst Ergebnisse veröffentlicht, die „geheimhaltungsfreie“ Merkmale der Arbeitsstättenzählung beinhalten. Das sind die Zahl der Arbeitsstätten nach Größe und die Beschäftigten nach ihrer Stellung im Betrieb in regionaler Gliederung bis zu den Stadt- und Landkreisen bzw. Gemeinden von Baden-Württemberg.

In welcher fachlichen und regionalen Tiefe auch der Geheimhaltung unterliegende Merkmale (§ 14 Abs. 5 Volkszählungsgesetz 1987) – wie beispielsweise die Löhne und Gehälter oder die Niederlassungsart – veröffentlicht werden können, wird erst eine entsprechende Überprüfung der Ergebnisse zeigen. Im Zusammenhang mit der Überprüfung der geheimzuhaltenden Fälle können sicherlich noch zusätzliche Erkenntnisse gewonnen werden, die für die zukünftige Form und Gestaltung einer solchen Erhebung wichtig sind. Hierzu Überlegungen anzustellen, hat das Bundesverfassungsgericht im „Volkszählungsurteil“ auch mit Blick auf die Arbeitsstättenzählung gefordert.

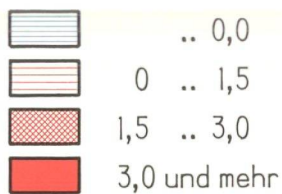
⁶ Vgl. auch: Frank, Eberhard: Erste Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12/88, S. 495ff.

Beschäftigtenentwicklung in den Gemeinden Baden-Württembergs 1970 gegenüber 1961

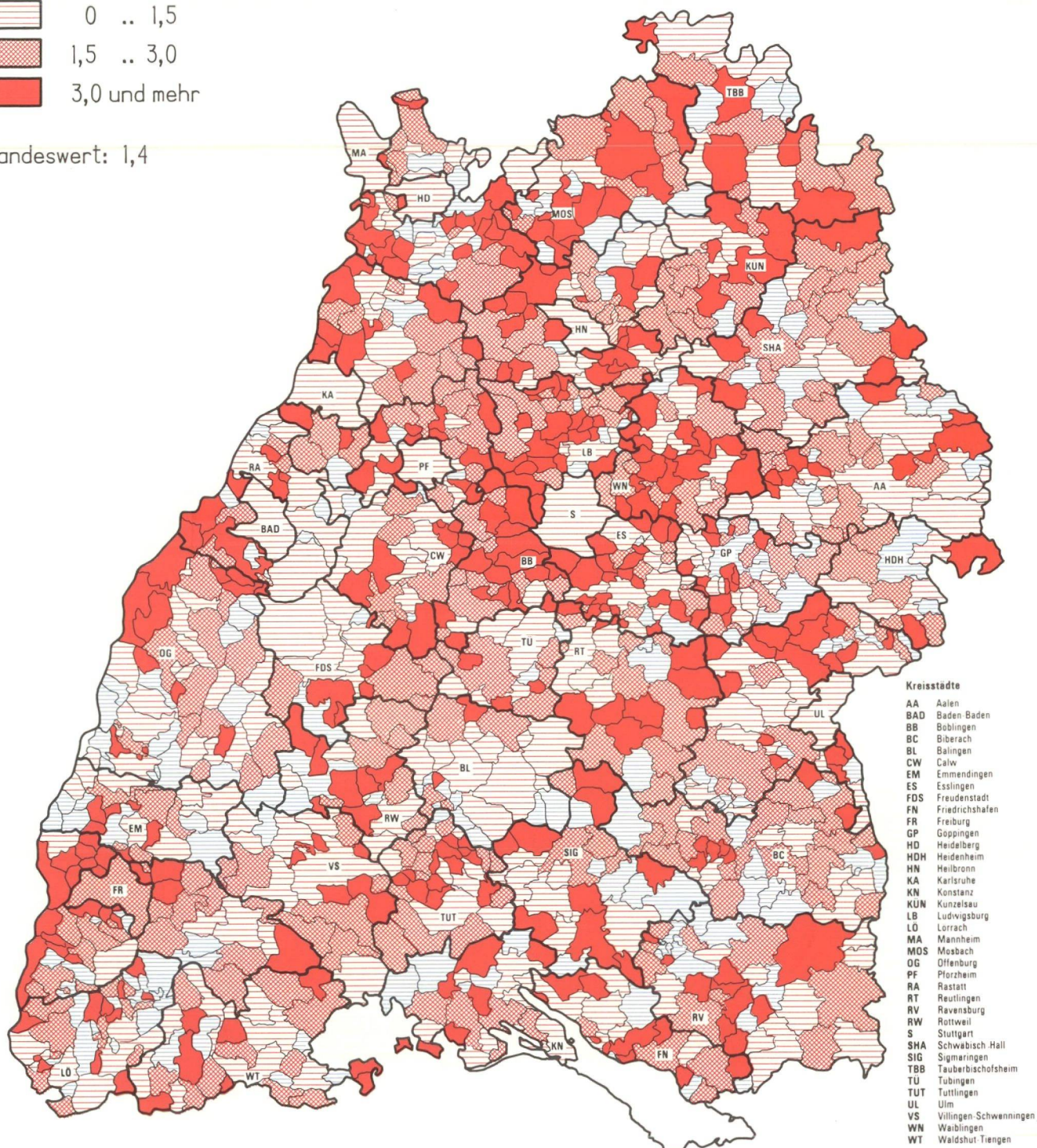
- Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen -

Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 1,4



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

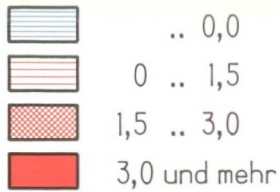
543 90

Beschäftigtenentwicklung in den Gemeinden Baden-Württembergs 1987 gegenüber 1970

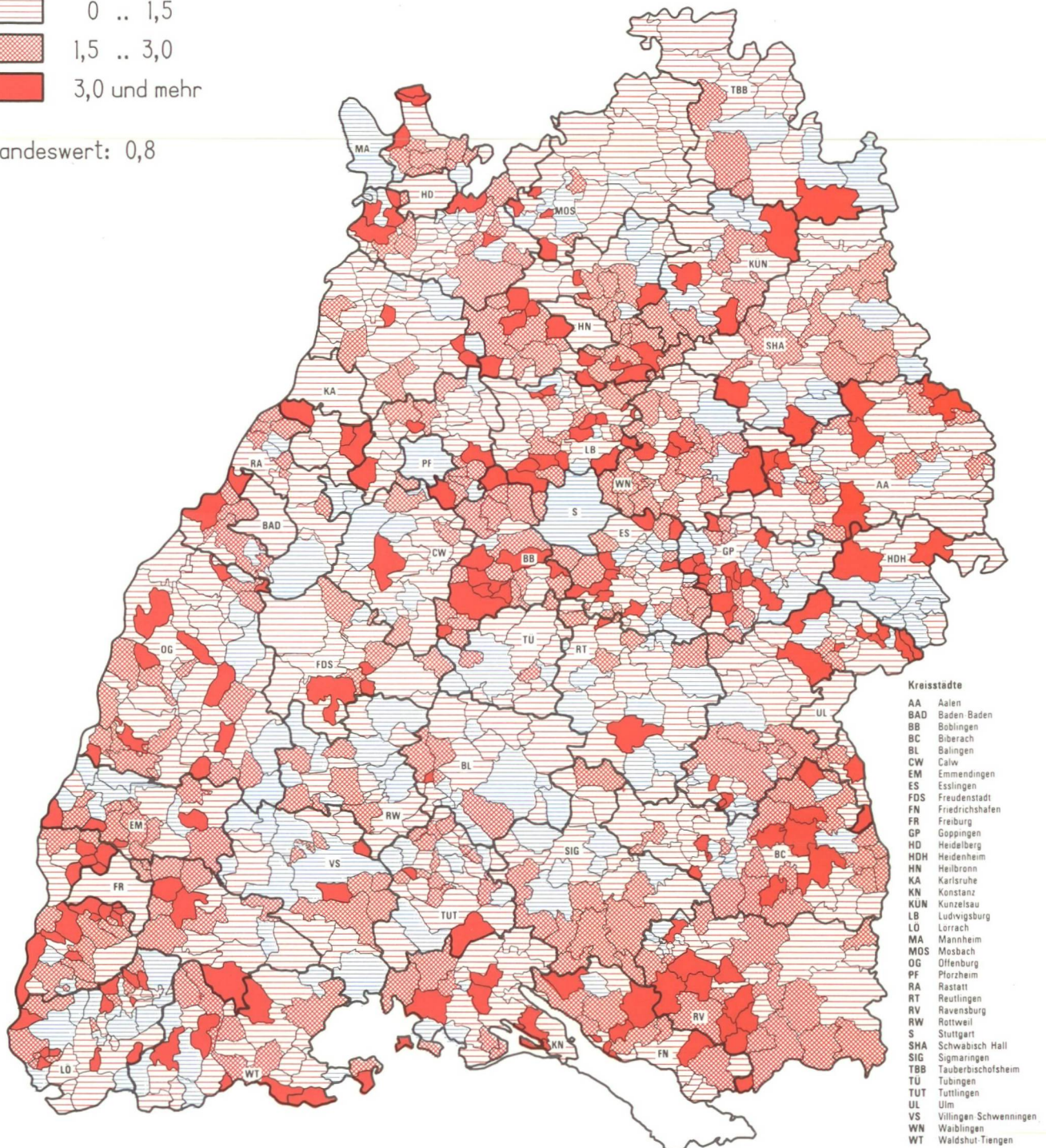
- Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen -

Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 0,8



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

544 90

Die Arbeitsstättenzählung 1987

Ergebnisse in den Regierungsbezirken und Stadt- und Landkreisen

Mit der Arbeitsstättenzählung 1987, die zusammen mit der Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungszählung zum Stichtag 25. Mai 1987 durchgeführt wurde, konnte seit 1970 erstmals wieder eine totale Bestandsaufnahme aller nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten¹ in Baden-Württemberg bzw. im Bundesgebiet gemacht werden. Ziel der Erhebung war es, nach langer Zeit neue Basisdaten zu bekommen, die ein umfassendes Strukturbild fast der gesamten Wirtschaft sowie der öffentlichen Verwaltung in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung liefern. Nur durch eine solche Totalerhebung im Bereich der Wirtschaftsstatistiken kann eine Grundlage für umfassende Planungs- und Entscheidungsprozesse in Politik und Wirtschaft geschaffen werden.

Trend zum Dienstleistungsbereich seit 1950

Vergleicht man die Ergebnisse der letzten vier Arbeitsstättenzählungen, so läßt sich erkennen, daß die auch bei anderen Untersuchungen festgestellte Strukturverschiebung hin zum tertiären Sektor² nicht erst seit der letzten Zählung eingetreten ist, sondern sich weit darüber hinaus zurückverfolgen läßt. Seit 1950 stieg in Baden-Württemberg zum Beispiel die Zahl der Arbeitsstätten im Bereich der privaten und öffentlichen Dienstleistungen von 188 000 auf 317 000, während sie im Produzierenden Gewerbe stetig von fast 161 000 auf knapp 103 000 sank (Tabelle 1).

Besonders deutlich kommt diese Strukturverschiebung im Vergleich mit der Zählung von 1970 zum Ausdruck. So hat-

ten zum Beispiel im Bereich der privaten Dienstleistungen besonders die „Dienstleistungen für Unternehmen, anderweitig nicht genannt“ mit einem Plus von über 600% bei der Zahl der Arbeitsstätten und von über 700% bei den Beschäftigten extrem hohe Steigerungsraten zu verzeichnen. Zu dieser Wirtschaftsgruppe gehören neben Unternehmen der Datenverarbeitung, Stellenvermittlungsbüros und anderen, vor allem Verwaltungsbetriebe der Privatwirtschaft. Aber auch die „Reinigung von Gebäuden, Räumen, Inventar (ohne Fassadenreinigung)“ hat die Beschäftigtenzahl gegenüber der letzten Zählung mehr als verfünffacht.

Ganz anders hingegen verlief die Entwicklung im Produzierenden Gewerbe. So hatte das Verarbeitende Gewerbe, insbesondere im Bereich des Leder-, Textil- und Bekleidungs- wie auch des Ernährungsgewerbes, zum Teil erhebliche Einbußen zu verzeichnen. Beispielsweise verringerte sich bei der „Herstellung von Schuhen“ die Zahl der Arbeitsstätten um über 90% und die der Beschäftigten um mehr als 60%, die „Ledererzeugung“ verlor 61% bzw. 67% und das „Textilgewerbe“ 44% bzw. 57%. In den wenigen verbliebenen Arbeitsstätten der „Milchverwertung“ arbeitete nur noch knapp die Hälfte der Beschäftigten von 1970. Im Bereich des Baugewerbes war nur das Bauhauptgewerbe rückläufig. Hier nahm die Zahl der Arbeitsstätten um fast ein Zehntel – von 12 600 auf 11 700 – und die Zahl der Beschäftigten sogar um ein Viertel – von 239 300 auf 182 900 – ab.

Wie eingangs erwähnt, wurde in Baden-Württemberg wie auch im Bundesgebiet insgesamt³ eine Expansion der privaten und öffentlichen Dienstleistungen, sowie Einbußen beim Produzierenden Gewerbe festgestellt. Dies zeigt sich auch auf tieferer regionaler Ebene. Insbesondere bei Betrachtung der Regierungsbezirke und der Stadt- und Landkreise ist hierauf später noch näher einzugehen.

¹ Als nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätte gilt jede örtliche Einheit, in der eine oder mehrere Personen unter einheitlicher Leistung regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig waren. Arbeitsstätten im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der Binnenfischerei wurden nur erfaßt, sofern sie bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetrieb galten.

² Vgl. Meyer-Haizt, Doris; Götz, Uwe: Die Arbeitsstättenzählung 1987 in Baden-Württemberg, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 3/89, S. 108ff.

³ Vgl. Buchwald W.; Krüger-Hemmer, C.: Erste Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987, in: Wirtschaft und Statistik, 12/1988, S. 837ff.

Tabelle 1
Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen in Baden-Württemberg seit 1950

Wirtschaftliche Gliederung	Arbeitsstätten				Beschäftigte ¹⁾			
	1950	1961	1970	1987	1950	1961	1970	1987
	Anzahl							
Gewerbliche Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei ²⁾	1 019	2 109	3 778	5 181	1 939	6 866	16 940	26 947
Produzierendes Gewerbe ³⁾	160 586	133 841	112 887	102 665	1 428 497	2 160 264	2 300 002	2 044 339
Handel, Verkehr, Dienstleistungen ⁴⁾	175 272	229 850	207 069	279 423	673 155	1 106 595	1 124 909	1 678 228
Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	12 793	14 434	28 605	37 761	150 891	173 449	449 472	746 654
Insgesamt	349 670	380 234	352 339	425 030	2 254 482	3 447 174	3 891 323	4 496 168

¹⁾ Als Beschäftigte gelten alle an den Zählungstichtagen in den Arbeitsstätten tätigen Personen, einschließlich der tätigen Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen. – ²⁾ Nur Arbeitsstätten, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetriebe gelten. – ³⁾ Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe. – ⁴⁾ Einschließlich Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute, Versicherungen sowie Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht.

Tabelle 2

Arbeitsstätten und Beschäftigte in den Regierungsbezirken 1987 und 1970 nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftsabteilung	Regierungsbezirk								
	Stuttgart						Karls		
	Arbeitsstätten			Beschäftigte ¹⁾			Arbeitsstätten		
	1987	1970	Veränderung in %	1987	1970	Veränderung in %	1987	1970	Veränderung in %
	Anzahl			Anzahl			Anzahl		
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei ²⁾	1 959	1 466	33,6	10 487	6 909	51,8	1 286	1 015	26,7
Energie- u. Wasserversorgung, Bergbau	348	321	8,4	12 151	12 098	0,4	249	229	8,7
Verarbeitendes Gewerbe	25 818	29 799	- 13,4	718 815	797 150	- 9,8	17 208	20 086	- 14,3
Baugewerbe	11 983	11 604	3,3	114 594	132 145	- 13,3	7 582	7 653	- 0,9
Handel	39 670	35 338	12,3	236 603	192 522	22,9	28 802	26 481	8,8
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	6 835	5 859	16,7	85 411	70 026	22,0	4 886	4 487	8,9
Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe	8 217	4 946	66,1	69 553	47 002	48,0	5 408	2 919	85,3
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen u. Freien Berufen erbracht	51 539	30 254	70,4	279 318	127 898	118,4	36 483	22 557	61,7
Organisationen ohne Erwerbszweck	5 544	3 641	52,3	58 324	27 788	109,9	3 275	2 494	31,3
Gebietskörperschaften u. Sozialversicherung	8 614	6 385	34,9	206 341	130 890	57,6	5 582	3 889	43,5
Insgesamt	160 527	129 613	23,9	1 791 597	1 544 428	16,0	110 761	91 810	20,6

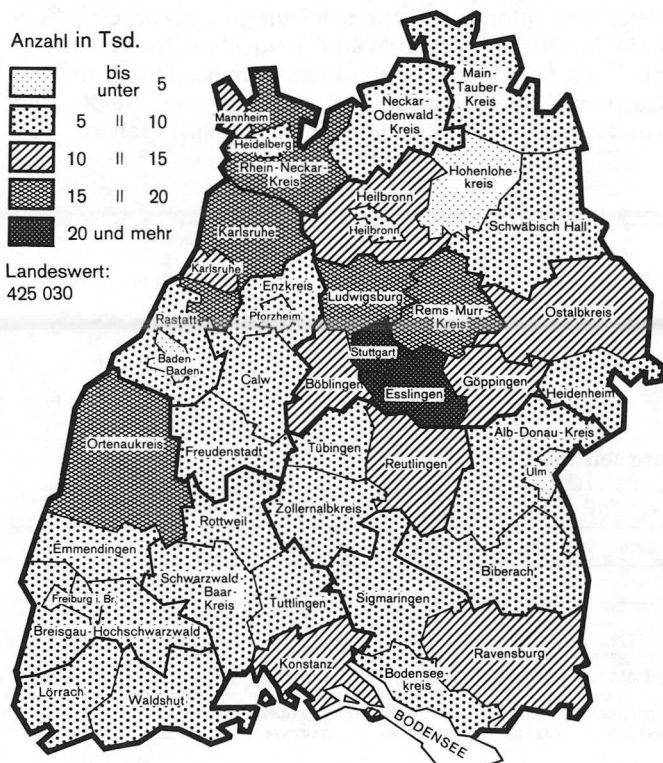
¹⁾ Als Beschäftigte gelten alle am Zählungstichtag in den Arbeitsstätten tätigen Personen, einschließlich der tätigen Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen. – ²⁾ Nur Arbeits-

Region Mittlerer Neckar führt

Insgesamt nahm die Zahl der Arbeitsstätten in Baden-Württemberg zwischen 1970 und 1987 um rund 21% zu (*Schaubild 1*). Eine Zunahme der Arbeitsstättenzahl zeigte sich auch in allen vier Regierungsbezirken (*Schaubild 2*). Jedoch nur der Regierungsbezirk Stuttgart konnte mit fast einem Viertel mehr an Arbeitsstätten (von 130 000 auf 161 000) eine Steigerungsrate verzeichnen, die deutlich über dem Landesdurchschnitt lag. Der Zuwachs war hier –

Schaubild 1

Arbeitsstätten in den Stadt- und Landkreisen 1987



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

wie auch landesweit – in der Region Mittlerer Neckar (+28%) am stärksten ausgeprägt, so daß heute jede vierte Arbeitsstätte in Baden-Württemberg in dieser wirtschafts-starken Region zu finden ist. Dort haben insbesondere die Landkreise Böblingen (+53%) und Ludwigsburg (+43%) hinsichtlich der Zahl der Arbeitsstätten seit der letzten Zählung besonders stark hinzugewonnen. Von den Landkreisen insgesamt hatte knapp die Hälfte Zuwachsraten, die über dem Landesdurchschnitt lagen. Der Zuwachs im Landkreis Böblingen lag dabei relativ gesehen sogar landesweit an der Spitze, gefolgt vom Rhein-Neckar-Kreis und den Landkreisen Ludwigsburg und Karlsruhe. Hier können günstigere wirtschaftliche Bedingungen im Umland der Großstädte eine Rolle gespielt haben. Im übrigen mußten nur zwei Kreise – der Main-Tauber-Kreis und der Hohenlohekreis – rückläufige Arbeitsstättenzahlen verbuchen (-4% bzw. -2%). Dies dürfte auf die stark ländlich geprägte Struktur und die wirtschaftliche Randzonenlage zurückzuführen sein.

Im Gegensatz zu den Landkreisen konnten von den Stadtkreisen nur Freiburg und Heidelberg überdurchschnittliche Entwicklungen aufweisen. Dabei lag Freiburg mit einem Zuwachs von 28%, das heißt knapp 2000 Arbeitsstätten mehr, an der Spitze (*Schaubild 3*).

Regierungsbezirk Stuttgart stark durch Dienstleistungen geprägt

Auch aus wirtschaftssystematischer Sicht zeigte sich der Strukturwandel im Land in allen vier Regierungsbezirken (*Tabelle 3*). Besonders stark kam die Verschiebung vom industriellen zum Dienstleistungsbereich beim Regierungsbezirk Stuttgart zum Ausdruck. Die Zahl der Arbeitsstätten hat hier im Bereich der privaten und öffentlichen Dienstleistungen um fast zwei Fünftel – von 86 000 auf 120 000 – gegenüber 1970 zugenommen. Das bedeutet, daß mehr als jede vierte Arbeitsstätte in Baden-Württemberg im Dienstleistungsbereich des Regierungsbezirks Stuttgart zu finden war. Dagegen ging in diesem Regierungsbezirk das Produzierende Gewerbe um nahezu ein Zehntel zurück.

In Bezug auf die Entwicklung des Produzierenden Gewerbes in den Stadt- und Landkreisen ergab sich, daß kein Stadtkreis eine positive Entwicklung bei der Arbeitsstätten-

223 89

Regierungsbezirk														
ruhe			Freiburg						Tübingen					
Beschäftigte ¹⁾			Arbeitsstätten			Beschäftigte ¹⁾			Arbeitsstätten			Beschäftigte ¹⁾		
1987	1970	Veränderung in %	1987	1970	Veränderung in %	1987	1970	Veränderung in %	1987	1970	Veränderung in %	1987	1970	Veränderung in %
Anzahl			Anzahl			Anzahl			Anzahl			Anzahl		
6 767	4 320	56,6	1 050	609	72,4	4 989	2 655	87,9	886	688	28,8	4 704	3 056	53,9
11 901	9 576	24,3	239	241	- 0,8	5 280	5 569	- 5,2	222	219	1,4	4 125	3 764	9,6
395 157	483 824	- 18,3	14 390	15 621	- 7,9	312 624	344 030	- 9,1	12 352	15 084	- 18,1	275 510	301 256	- 8,5
80 769	92 373	- 12,6	6 848	6 561	4,4	61 930	63 478	- 2,4	5 426	5 469	- 0,8	51 483	54 739	- 5,9
163 899	141 715	15,7	20 635	18 353	12,4	110 577	91 085	21,4	16 287	15 463	5,3	85 797	70 474	21,7
57 328	55 048	4,1	3 432	3 247	5,7	38 923	34 576	12,6	2 591	2 925	- 11,4	27 773	24 177	14,9
41 416	27 436	51,0	4 333	2 302	88,2	23 671	13 936	69,9	3 672	2 215	65,8	19 237	11 307	70,1
202 105	99 469	103,2	27 337	17 245	58,5	140 609	71 612	96,3	19 296	12 478	54,6	96 008	46 626	105,9
41 558	19 093	117,7	2 822	2 204	28,0	34 119	14 648	132,9	2 377	1 893	25,6	27 923	11 269	147,8
167 113	107 888	54,9	5 243	4 397	19,2	114 781	76 891	49,3	4 304	3 702	16,3	96 495	61 005	58,2
1 168 013	1 040 742	12,2	86 329	70 780	22,0	847 503	718 480	18,0	67 413	60 136	12,1	689 055	587 673	17,3

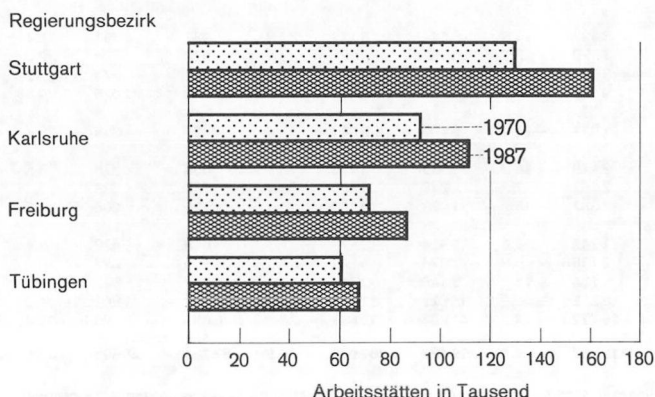
stätten, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetriebe gelten.

zahl zu verzeichnen hatte. Die größten Einbußen erlitten – mit jeweils einem Viertel weniger als 1970 – die Stadtkreise Karlsruhe und Heidelberg. Unter den 35 Landkreisen wies immerhin noch über ein Viertel Zunahmen in diesem Wirtschaftsbereich auf. An der Spitze lag der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald mit einem Plus von rund 7%.

Die Kreise, die im Bereich der Dienstleistungen führten, waren zum einen der Landkreis Böblingen mit einem Plus von 82% bei den privaten und der Stadtkreis Heidelberg mit mehr als doppelt soviel Arbeitsstätten wie 1970 bei den öffentlichen Dienstleistungen. Die einzigen Landkreise mit negativer Bilanz, und zwar im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen, waren der Main-Tauber-Kreis und der Hohenlohekreis mit jeweils -4% (Tabelle 3). Da der Main-Tauber-Kreis zudem nur einen geringen Zuwachs bei den privaten Dienstleistungen verbuchen konnte, war er einer der ganz wenigen Landkreise, bei dem der Trend im Land, das heißt eine Verschiebung zum tertiären Sektor hin, so gut wie nicht festzustellen war.

Schaubild 2

Arbeitsstätten in den Regierungsbezirken Baden-Württembergs 1970 und 1987

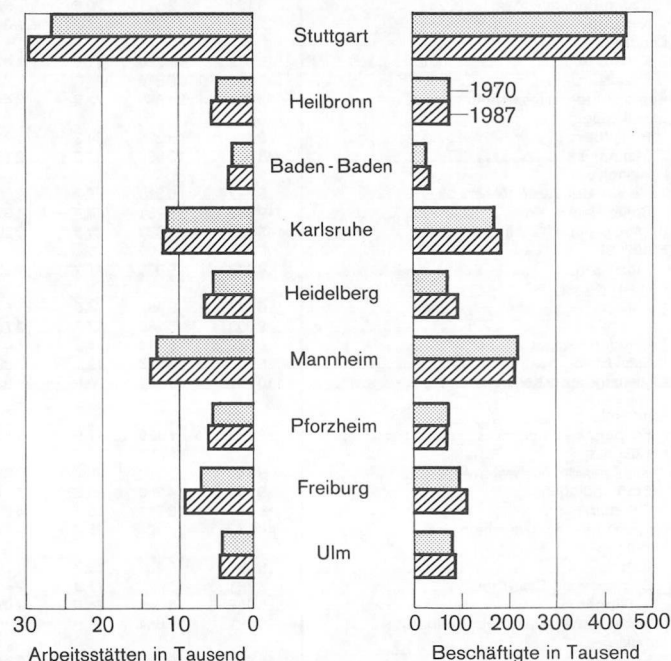


Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

222 89

Schaubild 3

Arbeitsstätten und Beschäftigte in den Stadtkreisen Baden-Württembergs 1970 und 1987



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

220 89

Zwei Fünftel aller Arbeitsplätze im Regierungsbezirk Stuttgart

Betrachtet man die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 im Vergleich zu 1970 hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten, so ist dies nahezu gleichbedeutend mit einer Analyse der Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze im Land. Denn nach dem Konzept der Arbeitsstättenzählung wurde jede haupt- oder nebenberufliche Erwerbstätigkeit am Arbeitsort erfaßt. Dabei war es gleichgültig, ob es sich um eine Voll- oder Teilzeitbeschäftigung – bzw. Mehrfachbeschäftigung – handelte (Schaubild 4).

Mit Blick auf die einzelnen Regierungsbezirke zeigte sich, daß die Zunahmen der Zahl der Arbeitsplätze – außer in

Tabelle 3

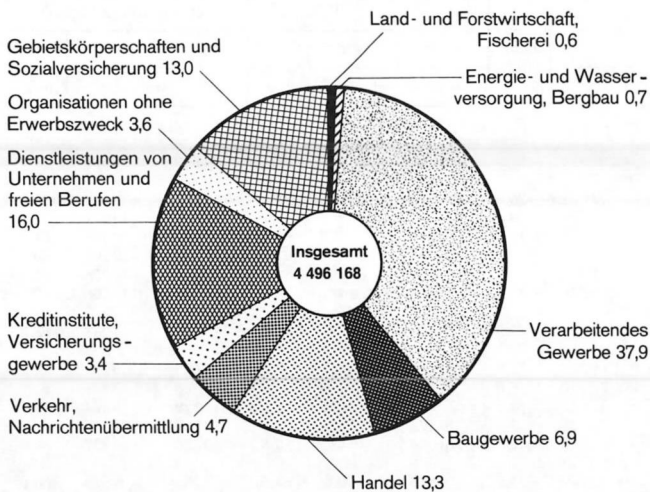
Arbeitsstätten in den Stadt- und Landkreisen 1987 und 1970 nach Wirtschaftsbereichen

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Arbeitsstätten insgesamt			Darunter								
				Produzierendes Gewerbe ¹⁾			Handel, Verkehr, Dienstleistungen ²⁾			Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften ³⁾		
	1987	1970	Verän- derung in %	1987	1970	Verän- derung in %	1987	1970	Verän- derung in %	1987	1970	Verän- derung in %
	Anzahl			Anzahl			Anzahl			Anzahl		
Stadtkreis												
Stuttgart, Landeshauptstadt	29 649	26 520	11,8	4 611	6 108	- 24,5	21 851	18 161	20,3	2 962	2 019	46,7
Landkreise												
Böblingen	13 123	8 586	52,8	2 979	2 965	0,5	8 996	4 932	82,4	1 005	586	71,5
Esslingen	21 147	16 257	30,1	5 381	5 527	- 2,6	14 048	9 568	46,8	1 487	961	54,7
Göppingen	10 304	8 957	15,0	2 748	3 084	- 10,9	6 580	5 125	28,4	860	660	30,3
Ludwigsburg	19 000	13 312	42,7	4 645	4 605	0,9	12 632	7 678	64,5	1 499	845	77,4
Rems-Murr-Kreis	16 264	12 104	34,4	4 302	4 293	0,2	10 456	6 822	53,3	1 279	816	56,7
Region Mittlerer Neckar	109 487	85 736	27,7	24 666	26 582	- 7,2	74 563	52 286	42,6	9 092	5 887	54,4
Stadtkreis												
Heilbronn	5 587	4 871	14,7	1 091	1 309	- 16,7	3 963	3 180	24,6	462	328	40,9
Landkreise												
Heilbronn	11 758	8 872	32,5	3 472	3 429	1,3	7 121	4 628	53,9	932	703	32,6
Hohenlohekreis	3 640	3 697	- 1,5	1 037	1 284	- 19,2	2 105	1 930	9,1	431	447	- 3,6
Schwäbisch Hall	7 329	6 790	7,9	1 950	2 336	- 16,5	4 293	3 658	17,4	970	734	32,2
Main-Tauber-Kreis	5 329	5 548	- 3,9	1 383	1 836	- 24,7	3 235	2 977	8,7	656	686	- 4,4
Region Franken	33 643	29 778	13,0	8 933	10 194	- 12,4	20 717	16 373	26,5	3 451	2 898	19,1
Landkreise												
Heidenheim	5 397	4 128	30,7	1 381	1 411	- 2,1	3 443	2 310	49,0	499	368	35,6
Ostalbkreis	12 000	9 971	20,3	3 169	3 537	- 10,4	7 538	5 428	38,9	1 116	873	27,8
Region Ostwürttemberg	17 397	14 099	23,4	4 550	4 948	- 8,0	10 981	7 738	41,9	1 615	1 241	30,1
Regierungsbezirk Stuttgart	160 527	129 613	23,9	38 149	41 724	- 8,6	106 261	76 397	39,1	14 158	10 026	41,2
Stadtkreise												
Baden-Baden	3 101	2 571	20,6	527	642	- 17,9	2 291	1 679	36,5	240	208	15,4
Karlsruhe	11 950	11 358	5,2	2 047	2 734	- 25,1	8 636	7 781	11,0	1 197	755	58,5
Landkreise												
Karlsruhe	15 918	11 250	41,5	4 072	3 899	4,4	10 664	6 456	65,2	961	718	33,8
Rastatt	7 922	6 510	21,7	1 799	1 971	- 8,7	5 380	3 964	35,7	626	497	26,0
Region Mittlerer Oberrhein	38 891	31 689	22,7	8 445	9 246	- 8,7	26 971	19 880	35,7	3 024	2 178	38,8
Stadtkreise												
Heidelberg	6 498	5 226	24,3	915	1 220	- 25,0	4 647	3 556	30,7	884	404	118,8
Mannheim	13 633	12 566	8,5	2 255	2 895	- 22,1	10 262	8 871	15,7	1 028	727	41,4
Landkreise												
Neckar-Odenwald-Kreis	5 772	5 310	8,7	1 505	1 728	- 12,9	3 624	2 971	22,0	547	569	- 3,9
Rhein-Neckar-Kreis	19 862	13 731	44,7	4 529	4 421	2,4	13 890	8 306	67,2	1 185	802	47,8
Region Unterer Neckar	45 765	36 833	24,3	9 204	10 264	- 10,3	32 423	23 704	36,8	3 644	2 502	45,6
Stadtkreis												
Pforzheim	6 018	5 388	11,7	1 659	2 122	- 21,8	3 852	2 920	31,9	459	277	65,7
Landkreise												
Calw	6 445	6 197	4,0	1 529	1 881	- 18,7	4 162	3 677	13,2	655	566	15,7
Enzkreis	8 003	6 289	27,3	2 765	2 695	2,6	4 638	3 136	47,9	476	380	25,3
Freudenstadt	5 639	5 414	4,2	1 437	1 760	- 18,4	3 533	3 127	13,0	599	480	24,8
Region Nordschwarzwald	26 105	23 288	12,1	7 390	8 458	- 12,6	16 185	12 860	25,9	2 189	1 703	28,5
Regierungsbezirk Karlsruhe	110 761	91 810	20,6	25 039	27 968	- 10,5	75 579	56 444	33,9	8 857	6 383	38,8
Stadtkreis												
Freiburg im Breisgau	9 105	7 120	27,9	1 425	1 523	- 6,4	6 574	4 707	39,7	1 047	831	26,0
Landkreise												
Breisgau-Hochschwarzwald	9 940	7 270	36,7	2 232	2 096	6,5	6 686	4 365	53,2	844	735	14,8
Emmendingen	5 487	4 260	28,8	1 540	1 528	0,8	3 403	2 303	47,8	463	381	21,5
Ortenaukreis	15 981	13 711	16,6	4 051	4 528	- 10,5	10 131	7 933	27,7	1 597	1 122	42,3
Region Südlicher Oberrhein	40 513	32 361	25,2	9 248	9 675	- 4,4	26 794	19 308	38,8	3 951	3 069	28,7
Landkreise												
Rottweil	6 057	5 252	15,3	1 762	1 902	- 7,4	3 624	2 850	27,2	589	458	28,6
Schwarzwald-Baar-Kreis	8 761	7 471	17,3	2 412	2 605	- 7,4	5 496	4 241	29,6	789	585	34,9
Tuttlingen	5 663	4 941	14,6	2 085	2 128	- 2,0	3 011	2 385	26,2	508	395	28,6
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	20 481	17 664	15,9	6 259	6 635	- 5,7	12 131	9 476	28,0	1 886	1 438	31,2
Landkreise												
Konstanz	10 670	8 231	29,6	2 447	2 379	2,9	7 247	5 002	44,9	828	768	7,8
Lörrach	7 776	6 701	16,0	1 781	1 936	- 8,0	5 228	4 053	29,0	692	649	6,6
Waldshut	6 889	5 823	18,3	1 742	1 798	- 3,1	4 337	3 308	31,1	708	677	4,6
Region Hochrhein-Bodensee	25 335	20 755	22,1	5 970	6 113	- 2,3	16 812	12 363	36,0	2 228	2 094	6,4
Regierungsbezirk Freiburg	86 329	70 780	22,0	21 477	22 423	- 4,2	55 737	41 147	35,5	8 065	6 601	22,2
Landkreise												
Reutlingen	10 645	9 592	11,0	3 086	3 622	- 14,8	6 444	5 113	26,0	987	751	31,4
Tübingen	6 319	5 766	9,6	1 635	1 978	- 17,3	3 702	3 021	22,5	928	703	32,0
Zollernalbkreis	8 991	8 601	4,5	3 099	3 578	- 13,4	5 050	4 365	15,7	734	574	27,9
Region Neckar-Alb	25 955	23 959	8,3	7 820	9 178	- 14,8	15 196	12 499	21,6	2 649	2 028	30,6
Stadtkreis												
Ulm	4 327	4 058	6,6	764	1 011	- 24,4	3 100	2 644	17,2	424	338	25,4
Landkreise												
Alb-Donau-Kreis	6 211	5 966	4,1	1 824	2 179	- 16,3	3 675	3 148	16,7	634	579	9,5
Biberach	6 890	6 304	9,3	1 813	2 192	- 17,3	4 248	3 360	26,4	732	689	6,2
Region Donau-Iller ⁴⁾	17 428	16 328	6,7	4 401	5 382	- 18,2	11 023	9 152	20,4	1 790	1 606	11,5
Landkreise												
Bodenseekreis	7 825	5 944	31,6	1 666	1 742	- 4,4	5 404	3 572	51,3	619	532	16,4
Ravensburg	10 804	8 822	22,5	2 578	2 736	- 5,8	7 074	5 143	37,5	990	837	18,3
Sigmaringen	5 401	5 083	6,3	1 535	1 734	- 11,5	3 149	2 715	16,0	633	592	6,9
Region Bodensee-Oberschwaben	24 030	19 849	21,1	5 779	6 212	- 7,0	15 627	11 430	36,7	2 242	1 961	14,3
Regierungsbezirk Tübingen	67 413	60 136	12,1	18 000	20 772	- 13,3	41 846	33 081	26,5	6 681	5 595	19,4
Baden-Württemberg	425 030	352 339	20,6	102 665	112 887	- 9,1	279 423	207 069	34,9	37 761	28 605	32,0

¹⁾ Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe. – ²⁾ Einschließlich Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute, Versicherungen. – ³⁾ Einschließlich Sozialversicherung. – ⁴⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

Arbeitsplätze in Baden-Württemberg 1987 nach Wirtschaftsabteilungen

Anteile in %



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

225 89

Karlsruhe – überall größer waren als im Landesdurchschnitt (+16%). Den relativ größten Anstieg wies mit 18%, das heißt mit knapp 130 000 Arbeitsplätzen mehr, der Regierungsbezirk Freiburg auf. Die meisten Arbeitsplätze im Land – rund 1,8 Mill. – gab es jedoch nach wie vor im Regierungsbezirk Stuttgart. Hier führte ein Zuwachs von knapp 250 000 dazu, daß sich zwei Fünftel aller Arbeitsplätze in Baden-Württemberg in diesem Regierungsbezirk befanden (Schaubild 5). Der Anstieg der Zahl der Arbeitsplätze hat sich absolut gesehen in ganz besonderem Maße auf diesen Regierungsbezirk konzentriert. So kamen seit 1970 allein im Landkreis Böblingen 62 000 Arbeitsplätze hinzu, gefolgt von den Landkreisen Esslingen (+45 000 Arbeitsplätze) und Ludwigsburg (+42 000 Arbeitsplätze).

Stadtflucht der Unternehmen?

Vergleicht man die Entwicklung bei den Stadt- und Landkreisen, so sah sie bei den Stadtkreisen weniger günstig aus. Mit Ausnahme von Heidelberg, Baden-Baden und Freiburg lagen die Zunahmen der Zahl der Arbeitsplätze zum Teil weit unter dem Landesdurchschnitt. Stuttgart (-1%), Mannheim (-2%) und Pforzheim (-2%) mußten – als einzige Kreise des Landes – sogar Arbeitsplatzverluste hinnehmen. Für Stuttgart und Mannheim bedeutete dies Einbußen von jeweils knapp 5000 und für Pforzheim von rund 1500 Arbeitsplätzen (Schaubild 3).

Allgemein hatten die Stadtkreise des Landes im Bereich des Produzierenden Gewerbes Arbeitsplatzverluste hinnehmen müssen, wobei Pforzheim (-32%) und Stuttgart (-31%) die Reihe anführten. Für Stuttgart zum Beispiel bedeutete dies einen Wegfall von rund 69 000 Arbeitsplätzen in diesem Wirtschaftsbereich. Gemildert wurden diese Verluste durch Zunahmen im Bereich der privaten und öffentlichen Dienstleistungen, die aber bei den Stadtkreisen – vor allem im Vergleich zum direkten Umland – oft nur mäßig ausfielen (Tabelle 4).

Während die Stadtkreise meist nur in bescheidenem Maße oder überhaupt keine Arbeitsplätze dazugewonnen haben, hatte das jeweilige Umland dieser Großstädte durchgängig starke Zunahmen zu verzeichnen. Man kann hier wohl von einer Art „Stadtflucht“ der Unternehmen sprechen, die in den an die Großstädte direkt anschließenden Landkreisen heute bessere Standortbedingungen vorfinden oder geboten bekommen als in den Städten selber.

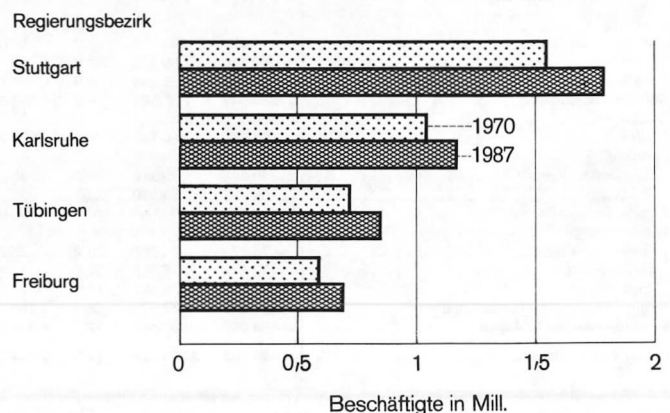
Landkreis Böblingen an der Spitze

Der Landkreis mit dem – absolut und relativ – größten Arbeitsplatzgewinn in Baden-Württemberg war, mit 62 000 oder 55%, der Landkreis Böblingen. Zum Zeitpunkt der Zählung waren dort 176 000 Menschen beschäftigt (Schaubild 6). Aber auch der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald im Regierungsbezirk Freiburg konnte mit einem Zuwachs von 50% an Arbeitsplätzen (24 000) eine äußerst positive Bilanz verzeichnen. Hingegen blieb in den Landkreisen Göppingen, Heidenheim, Schwarzwald-Baar-Kreis und Zollernalbkreis die Zunahme weit hinter dem Landesdurchschnitt zurück (Tabelle 4).

Bei wirtschaftssystematischer Untersuchung zeigt sich, daß die Erhöhung der Beschäftigtenzahl im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald – entgegen dem allgemeinen Trend – auch durch eine Ausweitung des Produzierenden Gewerbes (+26%) zustande kam. Hierfür war die günstige Entwicklung einiger dort ansässiger Branchen dieses Wirtschaftsbereichs, insbesondere die Herstellung von Kunststoffwaren sowie der Maschinenbau, verantwortlich. Einer der wenigen Kreise im Land, der auch positive Zahlen in diesem Wirtschaftsbereich aufzuweisen hatte, war der Landkreis Böblingen (+27%). Hier nahmen zudem die privaten und öffentlichen Dienstleistungen mit einem Plus von 116% – das sind knapp 42 000 Arbeitsplätze mehr – relativ am stärksten zu, gefolgt vom Rhein-Neckar-Kreis mit doppelt soviel Beschäftigten wie 1970 (+43 000 Arbeitsplätze).

Schaubild 5

Beschäftigte in den Regierungsbezirken Baden-Württembergs 1970 und 1987



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

221 89

Tabelle 4

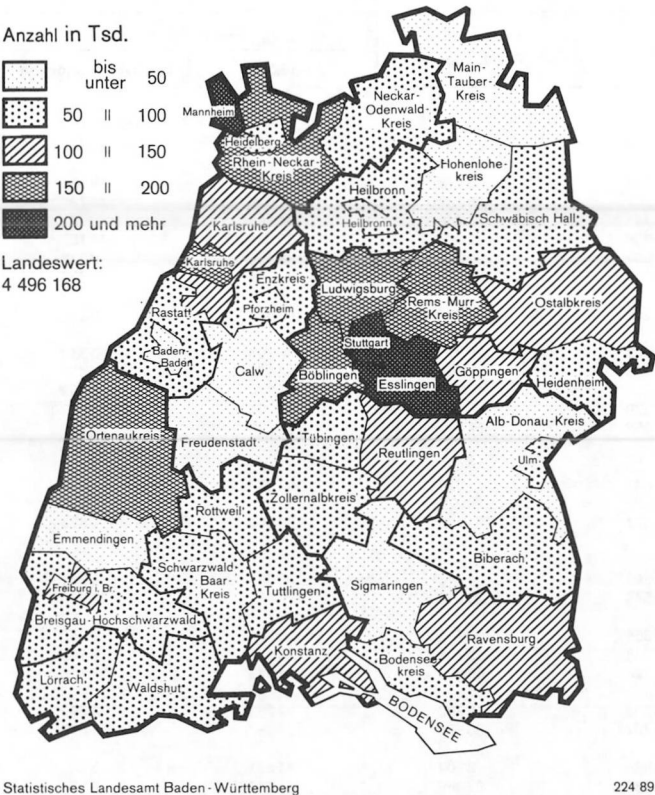
Beschäftigte in den Stadt- und Landkreisen 1987 und 1970 nach Wirtschaftsbereichen

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Beschäftigte ¹⁾ insgesamt			Darunter								
				Produzierendes Gewerbe ²⁾			Handel, Verkehr, Dienstleistungen ³⁾			Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften ⁴⁾		
	1987	1970	Veränderung in %	1987	1970	Veränderung in %	1987	1970	Veränderung in %	1987	1970	Veränderung in %
	Anzahl			Anzahl			Anzahl			Anzahl		
Stadtkreis												
Stuttgart, Landeshauptstadt	441 880	446 764	- 1,1	152 833	221 573	- 31,0	202 981	168 257	20,6	84 509	55 588	52,0
Landkreise												
Böblingen	176 405	114 084	54,6	98 421	77 832	26,5	58 539	26 629	119,8	18 641	9 143	103,9
Esslingen	223 654	178 534	25,3	118 651	122 861	- 3,4	79 484	41 890	89,7	24 500	13 027	88,1
Göppingen	105 030	101 262	3,7	56 505	70 509	- 19,9	33 893	21 779	55,6	14 121	8 598	64,2
Ludwigsburg	187 704	145 971	28,6	86 578	93 190	- 7,1	74 736	39 135	91,0	24 898	12 703	96,0
Rems-Murr-Kreis	153 920	122 080	26,1	78 994	81 130	- 2,6	52 886	28 757	83,9	20 924	11 296	85,2
Region Mittlerer Neckar	1 288 593	1 108 695	16,2	591 982	667 095	- 11,3	502 519	326 447	53,9	187 593	110 355	70,0
Stadtkreis												
Heilbronn	73 648	73 645	0,0	28 563	40 756	- 29,9	33 180	25 592	29,6	11 489	7 038	63,2
Landkreise												
Heilbronn	97 800	67 872	44,1	54 635	46 290	18,0	30 275	14 482	109,1	11 683	6 762	72,8
Hohenlohekreis	35 788	30 369	17,8	18 975	20 316	- 6,6	11 595	6 768	71,3	4 868	3 173	53,4
Schwäbisch Hall	64 749	52 105	24,3	28 985	27 692	4,7	23 483	15 816	48,5	11 829	8 384	41,1
Main-Tauber-Kreis	49 793	43 881	13,5	23 233	23 464	- 1,0	15 271	12 797	19,3	10 959	7 435	47,4
Region Franken	321 778	267 872	20,1	154 391	158 518	- 2,6	113 804	75 455	50,8	50 828	32 792	55,0
Landkreise												
Heidenheim	59 395	57 810	2,7	33 665	42 047	- 19,9	18 118	11 005	64,6	7 353	4 579	60,6
Ostalbkreis	121 831	110 051	10,7	65 522	73 733	- 11,1	36 444	24 541	48,5	18 891	10 952	72,5
Region Ostwürttemberg	181 226	167 861	8,0	99 187	115 780	- 14,3	54 562	35 546	53,5	26 244	15 531	69,0
Regierungsbezirk Stuttgart	1 791 597	1 544 428	16,0	845 560	941 393	- 10,2	670 885	437 448	53,4	264 665	158 678	66,8
Stadtkreise												
Baden-Baden	29 454	24 786	18,8	8 073	9 674	- 16,6	15 756	11 526	36,7	5 264	3 335	57,8
Karlsruhe	180 513	166 636	8,3	50 553	69 556	- 27,3	84 268	68 257	23,5	45 323	28 470	59,2
Landkreise												
Karlsruhe	136 763	115 410	18,5	66 173	75 202	- 12,0	51 165	25 079	104,0	18 223	14 541	25,3
Rastatt	84 709	70 962	19,4	46 855	47 230	- 0,8	25 910	17 217	50,5	11 160	6 030	85,1
Region Mittlerer Oberrhein	431 439	377 794	14,2	171 654	201 662	- 14,9	177 099	122 079	45,1	79 970	52 376	52,7
Stadtkreise												
Heidelberg	87 578	70 057	25,0	21 917	27 935	- 21,5	33 820	25 225	34,1	31 560	16 698	89,0
Mannheim	209 811	214 377	- 2,1	84 603	116 771	- 27,5	90 905	76 520	18,8	33 761	20 678	63,3
Landkreise												
Neckar-Odenwald-Kreis	50 427	45 360	11,2	23 698	27 106	- 12,6	14 783	11 378	29,9	11 590	6 742	71,9
Rhein-Neckar-Kreis	165 614	133 094	24,4	78 615	89 313	- 12,0	65 983	32 511	103,0	19 835	10 503	88,9
Region Unterer Neckar	513 430	462 888	10,9	208 833	261 125	- 20,0	205 491	145 634	41,1	96 746	54 621	77,1
Stadtkreis												
Pforzheim	69 935	71 408	- 2,1	30 619	44 741	- 31,6	29 475	20 530	43,6	9 602	5 827	64,8
Landkreise												
Calw	49 678	43 720	13,6	20 166	23 329	- 13,6	18 813	13 707	37,3	10 069	6 338	58,9
Enzkreis	59 412	48 528	22,4	35 972	35 065	2,6	17 164	9 699	77,0	5 760	3 497	64,7
Freudenstadt	44 119	36 404	21,2	20 583	19 851	3,7	16 706	12 019	39,0	6 524	4 322	50,9
Region Nordschwarzwald	223 144	200 060	11,5	107 340	122 986	- 12,7	82 158	55 955	46,8	31 955	19 984	59,9
Regierungsbezirk Karlsruhe	1 168 013	1 040 742	12,2	487 827	585 773	- 16,7	464 748	323 668	43,6	208 671	126 981	64,3
Stadtkreis												
Freiburg im Breisgau	110 839	95 791	15,7	24 280	31 794	- 23,6	51 428	40 625	26,6	34 826	23 014	51,3
Landkreise												
Breisgau-Hochschwarzwald	72 787	48 381	50,4	30 028	23 850	25,9	31 169	17 605	77,0	10 853	6 572	65,1
Emmendingen	46 704	38 553	21,1	23 869	25 154	- 5,1	14 451	8 709	65,9	7 979	4 519	76,6
Ortenaukreis	164 638	133 222	23,6	76 665	77 869	- 1,5	59 669	39 795	49,9	27 103	14 975	81,0
Region Südlicher Oberrhein	394 968	315 947	25,0	154 842	158 667	- 2,4	156 717	106 734	46,8	80 761	49 080	64,5
Landkreise												
Rottweil	57 792	53 098	8,8	31 406	36 938	- 15,0	17 405	10 735	62,1	8 662	5 287	63,8
Schwarzwald-Baar-Kreis	94 444	90 245	4,7	50 387	62 477	- 19,4	30 551	19 333	58,0	13 251	8 276	60,1
Tuttlingen	53 822	46 486	15,8	32 702	32 521	0,6	14 184	9 481	49,6	6 730	4 373	53,9
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	206 058	189 829	8,5	114 495	131 936	- 13,2	62 140	39 549	57,1	28 643	17 936	59,7
Landkreise												
Konstanz	103 522	88 439	17,1	41 647	48 294	- 13,8	43 197	28 764	50,2	17 928	11 017	62,7
Lörrach	81 258	73 271	10,9	38 603	43 427	- 11,1	29 435	22 312	31,9	12 827	7 266	76,5
Waldshut	61 697	50 994	21,0	30 247	30 753	- 1,6	22 291	13 850	60,9	8 741	6 240	40,1
Region Hochrhein-Bodensee	246 477	212 704	15,9	110 497	122 474	- 9,8	94 923	64 926	46,2	39 496	24 523	61,1
Regierungsbezirk Freiburg	847 503	718 480	18,0	379 834	413 077	- 8,0	313 780	211 209	48,6	148 900	91 539	62,7
Landkreise												
Reutlingen	110 477	100 698	9,7	56 621	65 994	- 14,2	36 450	24 282	50,1	16 603	9 824	69,0
Tübingen	66 496	59 579	11,6	23 194	31 917	- 27,3	19 803	14 117	40,3	23 166	13 273	74,5
Zollernalbkreis	83 970	79 284	5,9	51 430	56 761	- 9,4	22 128	15 805	40,0	9 927	6 311	57,3
Region Neckar-Alb	260 943	239 561	8,9	131 245	154 672	- 15,1	78 381	54 204	44,6	49 696	29 408	69,0
Stadtkreis												
Ulm	84 811	80 141	5,8	35 396	45 036	- 21,4	33 922	26 171	29,6	15 211	8 679	75,3
Landkreise												
Alb-Donau-Kreis	49 684	39 388	26,1	26 699	25 106	6,3	15 240	9 728	56,7	7 440	4 381	69,8
Biberach	65 731	51 060	28,7	33 947	31 641	7,3	19 706	12 075	63,2	11 561	7 053	63,9
Region Donau-Iller ⁵⁾	200 226	170 589	17,4	96 042	101 783	- 5,6	68 868	47 974	43,6	34 212	20 113	70,1
Landkreise												
Bodenseekreis	78 273	61 066	28,2	36 706	39 431	- 6,9	29 289	15 805	85,3	11 707	5 497	113,0
Ravensburg	102 112	76 855	32,9	43 432	40 893	6,2	38 398	24 780	55,0	19 463	10 703	81,8
Sigmaringen	47 501	39 602	19,9	23 693	22 980	3,1	13 879	9 821	41,3	9 340	6 553	42,5
Region Bodensee-Oberschwaben	227 886	177 523	28,4	103 831	103 304	0,5	81 566	50 406	61,8	40 510	22 753	78,0
Regierungsbezirk Tübingen	689 055	587 673	17,3	331 118	359 759	- 8,0	228 815	152 584	50,0	124 418	72 274	72,1
Baden-Württemberg	4 496 168	3 891 323	15,5	2 044 339	2 300 002	- 11,1	1 678 228	1 124 909	49,2	746 654	449 472	66,1

¹⁾ Als Beschäftigte gelten alle am Zählungstichtag in den Arbeitsstätten tätigen Personen, einschließlich der tätigen Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen. – ²⁾ Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe. – ³⁾ Einschließlich Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute, Versicherungen. – ⁴⁾ Einschließlich Sozialversicherung. – ⁵⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

Schaubild 6

Beschäftigte in den Stadt- und Landkreisen 1987



Beschäftigten- und Erwerbstätigenzahl in den Stadt- und Landkreisen

Vergleicht man die Zahl der Beschäftigten aus der Arbeitsstättenzählung 1987 mit der der Erwerbstätigen aus der Berufszählung 1987⁴ hinsichtlich ihrer Verteilung auf die einzelnen Stadt- und Landkreise, so war die Beschäftigtenzahl aus der AZ in den Stadtkreisen größer. In den Landkreisen hingegen überwog meist die Zahl der Erwerbstätigen (Tabelle 5). Da im Gegensatz zur Arbeitsstättenzählung bei der Berufszählung die Beschäftigten am Wohnort erhoben wurden, dürfte diese Tatsache zum einen ein Indiz dafür sein, daß die Großstädte nach wie vor Ballungszentren der beruflichen Tätigkeit sind. Eine Vielzahl von Erwerbstätigen aus dem großen Einzugsgebiet der Landkreise pendelt hier ein. Zum anderen haben wohl auch Pendlerbewegungen zwischen Baden-Württemberg und anderen angrenzenden Bundesländern bzw. dem angrenzenden Ausland hierzu beigetragen. Näheres dazu kann allerdings erst durch eine genauere Analyse der späteren Pendlerauswertung festgestellt werden. Ein weiterer Faktor könnte – vor allem in stark ländlich geprägte Landkreise – die Tatsache sein, daß bei der Berufszählung die Beschäftigten in der Landwirtschaft total erfaßt wurden, während dies bei der Arbeitsstättenzählung nur zu einem geringen Teil der Fall war.

⁴ Vgl. hierzu Meyer-Haitz, Doris; Götz, Uwe: Die Arbeitsstättenzählung 1987 in: Baden-Württemberg, in Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 3/89, a.a.O. S. 108ff.

Tabelle 5

Beschäftigte aus der Arbeitsstättenzählung und Erwerbstätige aus der Berufszählung in den Stadt- und Landkreisen am 25. Mai 1987

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Arbeitsstätten- zählung	Berufszählung
	Beschäftigte ¹⁾	Erwerbstätige ²⁾
Anzahl		
Stadtkreis		
Stuttgart, Landeshauptstadt	441 880	269 121
Landkreise		
Böblingen	176 405	156 349
Esslingen	223 654	228 506
Göppingen	105 030	109 059
Ludwigsburg	187 704	218 877
Rems-Murr-Kreis	153 920	176 057
Region Mittlerer Neckar	1 288 593	1 157 969
Stadtkreis		
Heilbronn	73 648	49 884
Landkreise		
Heilbronn	97 800	118 947
Hohenlohekreis	35 788	40 817
Schwäbisch Hall	64 749	71 451
Main-Tauber-Kreis	49 793	55 054
Region Franken	321 778	336 153
Landkreise		
Heidenheim	59 395	56 484
Ostalbkreis	121 831	125 795
Region Ostwürttemberg	181 226	182 279
Regierungsbezirk Stuttgart	1 791 597	1 676 401
Stadtkreise		
Baden-Baden	29 454	21 939
Karlsruhe	180 513	114 818
Landkreise		
Karlsruhe	136 763	172 683
Rastatt	84 709	90 585
Region Mittlerer Oberrhein	431 439	400 025
Stadtkreise		
Heidelberg	87 578	54 099
Mannheim	209 811	129 383
Landkreise		
Neckar-Odenwald-Kreis	50 427	59 601
Rhein-Neckar-Kreis	165 614	215 400
Region Unterer Neckar	513 430	458 483
Stadtkreis		
Pforzheim	69 935	50 114
Landkreise		
Calw	49 678	62 560
Enzkreis	59 412	82 475
Freudenstadt	44 119	47 516
Region Nordschwarzwald	223 144	242 665
Regierungsbezirk Karlsruhe	1 168 013	1 101 173
Stadtkreis		
Freiburg im Breisgau	110 839	73 984
Landkreise		
Breisgau-Hochschwarzwald	72 787	95 071
Emmendingen	46 704	61 924
Ortenaukreis	164 638	165 898
Region Südlicher Oberrhein	394 968	396 877
Landkreise		
Rottweil	57 792	59 328
Schwarzwald-Baar-Kreis	94 444	91 611
Tuttlingen	53 822	54 678
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	206 058	205 617
Landkreise		
Konstanz	103 522	105 656
Lörrach	81 258	89 219
Waldshut	61 697	66 685
Region Hochrhein-Bodensee	246 477	261 560
Regierungsbezirk Freiburg	847 503	864 054
Landkreise		
Reutlingen	110 477	116 213
Tübingen	66 496	80 450
Zollernalbkreis	83 970	86 937
Region Neckar-Alb	260 943	283 600
Stadtkreis		
Ulm	84 811	45 390
Landkreise		
Alb-Donau-Kreis	49 684	75 164
Biberach	65 731	70 593
Region Donau-Iller ³⁾	200 226	191 147
Landkreise		
Bodenseekreis	78 273	78 597
Ravensburg	102 112	106 151
Sigmaringen	47 501	53 612
Region Bodensee-Oberschwaben	227 886	238 360
Regierungsbezirk Tübingen	689 055	713 107
Baden-Württemberg	4 496 168	4 354 735

¹⁾ Nach Haupt- und Nebenerwerbstätigkeit. – ²⁾ Nur nach Haupteberwerbstätigkeit. – ³⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

Tabelle 6

Beschäftigte in den Stadt- und Landkreisen am 25. Mai 1987 nach Stellung im Betrieb

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Beschäftigte ¹⁾ insgesamt	Und zwar			
		weiblich	Teilzeit Beschäftigte ²⁾	Arbeitnehmer ³⁾	
				insgesamt	davon Auszubildende ⁴⁾
Stadtkreis					
Stuttgart, Landeshauptstadt	441 880	169 919	62 101	416 790	23 215
Landkreise					
Böblingen	176 405	61 798	26 418	163 659	9 096
Esslingen	223 654	88 202	36 787	203 629	11 705
Göppingen	105 030	42 141	16 745	94 868	6 692
Ludwigsburg	187 704	75 356	32 216	169 544	10 187
Rems-Murr-Kreis	153 920	62 007	26 621	138 156	8 778
Region Mittlerer Neckar	1 288 593	499 423	200 888	1 186 746	69 673
Stadtkreis					
Heilbronn	73 648	30 207	11 887	68 603	5 260
Landkreise					
Heilbronn	97 800	37 033	16 316	85 766	6 314
Hohenlohekreis	35 788	14 443	5 442	32 176	2 432
Schwäbisch Hall	64 749	26 005	10 371	57 574	5 089
Main-Tauber-Kreis	49 793	20 370	8 114	44 904	3 852
Region Franken	321 778	128 058	52 130	289 023	22 947
Landkreise					
Heidenheim	59 395	23 785	10 451	53 998	3 792
Ostalbkreis	121 831	46 641	17 824	109 537	8 413
Region Ostwürttemberg	181 826	70 426	28 275	163 535	12 205
Regierungsbezirk Stuttgart	1 791 597	697 907	281 293	1 639 304	104 825
Stadtkreise					
Baden-Baden	29 454	13 804	4 313	26 683	1 951
Karlsruhe	180 513	73 544	29 094	170 631	10 953
Landkreise					
Karlsruhe	136 763	54 355	22 712	120 256	8 069
Rastatt	84 709	32 075	12 701	76 875	5 145
Region Mittlerer Oberrhein	431 439	173 778	68 820	394 445	26 118
Stadtkreise					
Heidelberg	87 578	40 538	16 302	82 253	4 692
Mannheim	209 811	76 257	30 574	197 657	11 687
Landkreise					
Neckar-Odenwald-Kreis	50 427	20 986	8 504	44 831	3 544
Rhein-Neckar-Kreis	165 614	69 287	32 469	145 442	9 531
Region Unterer Neckar	513 430	207 068	87 849	470 183	29 454
Stadtkreis					
Pforzheim	69 935	31 581	10 311	64 176	4 675
Landkreise					
Calw	49 678	22 775	8 620	43 253	3 769
Enzkreis	59 412	23 779	10 608	51 007	3 169
Freudenstadt	44 119	18 780	7 197	38 395	3 479
Region Nordschwarzwald	223 144	96 915	36 736	196 831	15 092
Regierungsbezirk Karlsruhe	1 168 013	477 761	193 405	1 061 459	70 664
Stadtkreis					
Freiburg im Breisgau	110 839	48 364	21 579	103 337	6 663
Landkreise					
Breisgau-Hochschwarzwald	72 787	31 606	13 071	62 706	5 365
Emmendingen	46 704	19 440	8 202	41 067	3 588
Ortenaukreis	164 638	65 975	26 489	149 470	11 449
Region Südlicher Oberrhein	394 968	165 385	69 341	356 580	27 065
Landkreise					
Rottweil	57 792	22 683	9 353	51 819	4 024
Schwarzwald-Baar-Kreis	94 444	39 419	15 203	85 929	6 037
Tuttlingen	53 822	21 613	8 948	48 112	3 256
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	206 058	83 715	33 504	185 860	13 317
Landkreise					
Konstanz	103 522	44 075	19 561	93 051	6 633
Lörrach	81 258	33 068	13 221	73 885	5 810
Waldshut	61 697	25 395	10 783	54 847	4 570
Region Hochrhein-Bodensee	246 477	102 538	43 565	221 783	17 013
Regierungsbezirk Freiburg	847 503	351 638	146 410	764 223	57 395
Landkreise					
Reutlingen	110 477	46 236	17 668	100 345	7 086
Tübingen	66 496	29 643	12 920	60 673	4 018
Zollernalbkreis	83 970	37 374	13 502	74 787	4 868
Region Neckar-Alb	260 943	113 253	44 090	235 805	15 972
Stadtkreis					
Ulm	84 811	34 219	13 684	81 178	5 615
Landkreise					
Alb-Donau-Kreis	49 684	19 540	8 945	43 346	3 412
Biberach	65 731	25 970	10 910	58 952	5 060
Region Donau-Iller ⁵⁾	200 226	79 729	33 539	183 476	14 087
Landkreise					
Bodenseekreis	78 273	30 157	12 848	70 320	5 716
Ravensburg	102 112	42 323	17 114	91 460	7 647
Sigmaringen	47 501	19 080	7 579	42 252	3 246
Region Bodensee-Oberschwaben	227 886	91 560	37 541	204 032	16 609
Regierungsbezirk Tübingen	689 055	284 542	115 170	623 313	46 668
Baden-Württemberg	4 496 168	1 811 848	736 278	4 088 299	279 552

¹⁾ Als Beschäftigte gelten alle am Zählungstichtag in den Arbeitsstätten tätigen Personen, einschließlich der tätigen Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen. – ²⁾ Als Teilzeitbeschäftigte gelten alle am 25. Mai 1987 tätigen Personen, die zur Ableistung einer kürzeren als der orts-, branchen- oder betriebsüblichen Wochenarbeitszeit eingestellt sind. Kurzarbeit gilt nicht als Teilzeitbeschäftigung. – ³⁾ Beamte, Richter, Angestellte, Facharbeiter, Gesellen, sonstige Arbeiter, Auszubildende (einschl. Anlernlinge, Umschüler, Praktikanten und Volontäre). – ⁴⁾ Gewerblich, kaufmännisch, handwerklich, landwirtschaftlich und technisch Auszubildende in allen Ausbildungsbereichen und im öffentlichen Dienst, einschließlich Anlernlinge, Umschüler, Volontäre und Praktikanten, jedoch ohne Beamte im Vorbereitungsdienst. – ⁵⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

Dreimal soviel Teilzeitarbeitsplätze im Rhein-Neckar-Kreis wie 1970

Auch in den Regierungsbezirken und Kreisen des Landes zeigte sich, daß die positive Entwicklung der Beschäftigtenzahlen durch starke Zunahmen der Teilzeitarbeitsplätze zustande kam. In allen vier Regierungsbezirken hat sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten mehr als verdoppelt. Der Regierungsbezirk Stuttgart lag dabei absolut gesehen an der Spitze. Hier waren seit der letzten Zählung 144 000 Teilzeitarbeitsplätze hinzugekommen, so daß in diesem – heute stark von Dienstleistungsunternehmen geprägten – Regierungsbezirk 281 000 Menschen einer Teilzeitarbeit nachgehen. Der Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitsplätze in den Regierungsbezirken betrug zwischen 16% und 17%.

Auch über die Hälfte der 44 Stadt- und Landkreise hatte 1987 eine mehr als doppelt so große Zahl von Teilzeitbeschäftigten wie 1970. Stuttgart, Heilbronn, Mannheim und Pforzheim blieben allerdings unter der 100%-Marke. An der Spitze lag der Rhein-Neckar-Kreis, der die Zahl seiner Teilzeitarbeitsplätze sogar verdreifachen konnte (von knapp 11 000 auf 32 000). Ein Fünftel aller Arbeitsplätze in diesem Kreis sind heute mit Teilzeitbeschäftigten – vor allem im Dienstleistungsbereich – besetzt. An zweiter Stelle folgte der Landkreis Böblingen mit einem Plus von fast 200% an Teilzeitarbeitsplätzen, so daß 1987 in diesem Kreis 26 000 Menschen in Teilzeit arbeiteten (*Tabelle 6*).

Mehr weibliche Beschäftigte in den Stadt- und Landkreisen

Die Zunahme der weiblichen Voll- und Teilzeitbeschäftigten seit der letzten Zählung war mit fast einem Drittel – das sind 82 000 mit Frauen besetzte Arbeitsplätze mehr – im Regierungsbezirk Freiburg am stärksten ausgeprägt. In absoluten Zahlen lag jedoch wiederum der Regierungsbezirk Stuttgart an der Spitze. In diesem Raum stieg die Zahl der weiblichen Beschäftigten um 148 000.

Unter den Stadt- und Landkreisen ragte der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald mit einer Steigerung von über 70% heraus. Das bedeutet, daß in diesem Kreis 1987 mehr als 4 von 10 Beschäftigten Frauen waren, was in etwa dem Landesergebnis entsprach. Der Landkreis Böblingen lag an zweiter Stelle (+63%), gefolgt vom Stadtkreis Heilbronn (+59%). Insgesamt lag die Hälfte aller Stadt- und Landkreise über dem landesdurchschnittlichen Zuwachs von 28% (*Tabelle 6*). Die Zunahme der Beschäftigung von Frauen geht zu einem Großteil auf den Strukturwandel im Land zurück, da insbesondere im Bereich der privaten und öffentlichen Dienstleistungen die Zahl der weiblichen Beschäftigten weit überdurchschnittlich angestiegen ist. Gerade dieser Wirtschaftsbereich bietet für die Beschäftigung von Frauen besonders viele Möglichkeiten.

Durchweg positive Entwicklungen bei den Auszubildenden

Auch die Gruppe der Auszubildenden ist einer näheren Betrachtung wert. Insgesamt nahm ihre Zahl seit der letzten Arbeitsstättenzählung in Baden-Württemberg um mehr als die Hälfte von 184 000 auf rund 280 000 zu. Hierzu haben – absolut gesehen – besonders die „Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht“ (+26 000 Auszubildende), das „Verarbeitende Gewerbe“ (+21 000 Auszubildende) und die „Gebietskörperschaften und Sozialversicherung“ (+15 000 Auszubildende) beigetragen.

Von den Regierungsbezirken konnte Stuttgart den größten Zuwachs verzeichnen (+62%). Die Zahl der Auszubildenden stieg hier um 40 000 auf knapp 105 000, so daß fast zwei Fünftel aller in der Ausbildung befindlichen Arbeitnehmer im Land sich in diesem Regierungsbezirk befanden. So standen hier zum Beispiel in der Wirtschaftsabteilung der „Organisationen ohne Erwerbszweck“ 1987 fünfmal soviel Menschen in einer Ausbildung wie bei der vorangegangenen Zählung.

Alle Stadtkreise lagen in ihren Steigerungsraten – teilweise sogar weit – unter dem Landesdurchschnitt. In 20 der 35 Landkreise hingegen nahm die Zahl der Auszubildenden überdurchschnittlich zu. In den Landkreisen Heilbronn, Böblingen, Bodenseekreis und Breisgau-Hochschwarzwald hat sie sich zum Teil mehr als verdoppelt. So nahmen etwa im Landkreis Heilbronn, der die Reihe anführt, die Auszubildenden um fast 110% von 3000 auf mehr als 6000 zu (*Tabelle 6*). Kein Stadt- oder Landkreis mußte eine negative Entwicklung der Zahl seiner Auszubildenden verbuchen.

Schlußbemerkung

Aus den vorangegangenen Erläuterungen ergibt sich, daß der Regierungsbezirk Stuttgart aus wirtschaftlicher Sicht nach wie vor die zentrale Stelle in Baden-Württemberg einnimmt. Es zeigt sich zudem, daß es vor allem drei Landkreise sind, die seit der letzten Arbeitsstättenzählung im Jahre 1970 eine – aus verschiedenster Sicht – stark überdurchschnittliche Entwicklung zu verzeichnen haben: die Landkreise Böblingen und Breisgau-Hochschwarzwald sowie der Rhein-Neckar-Kreis. Die Entwicklung in den Stadtkreisen des Landes ist – mit Ausnahme von Heidelberg und Baden-Baden – als vergleichsweise eher durchschnittlich bis rückläufig zu bezeichnen.

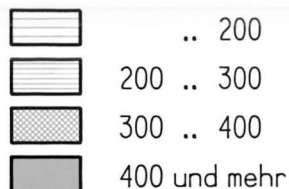
Dipl. Kaufmann Uwe Gölz

Beschäftigtenbesatz in den Gemeinden Baden-Württembergs am 27. Mai 1970

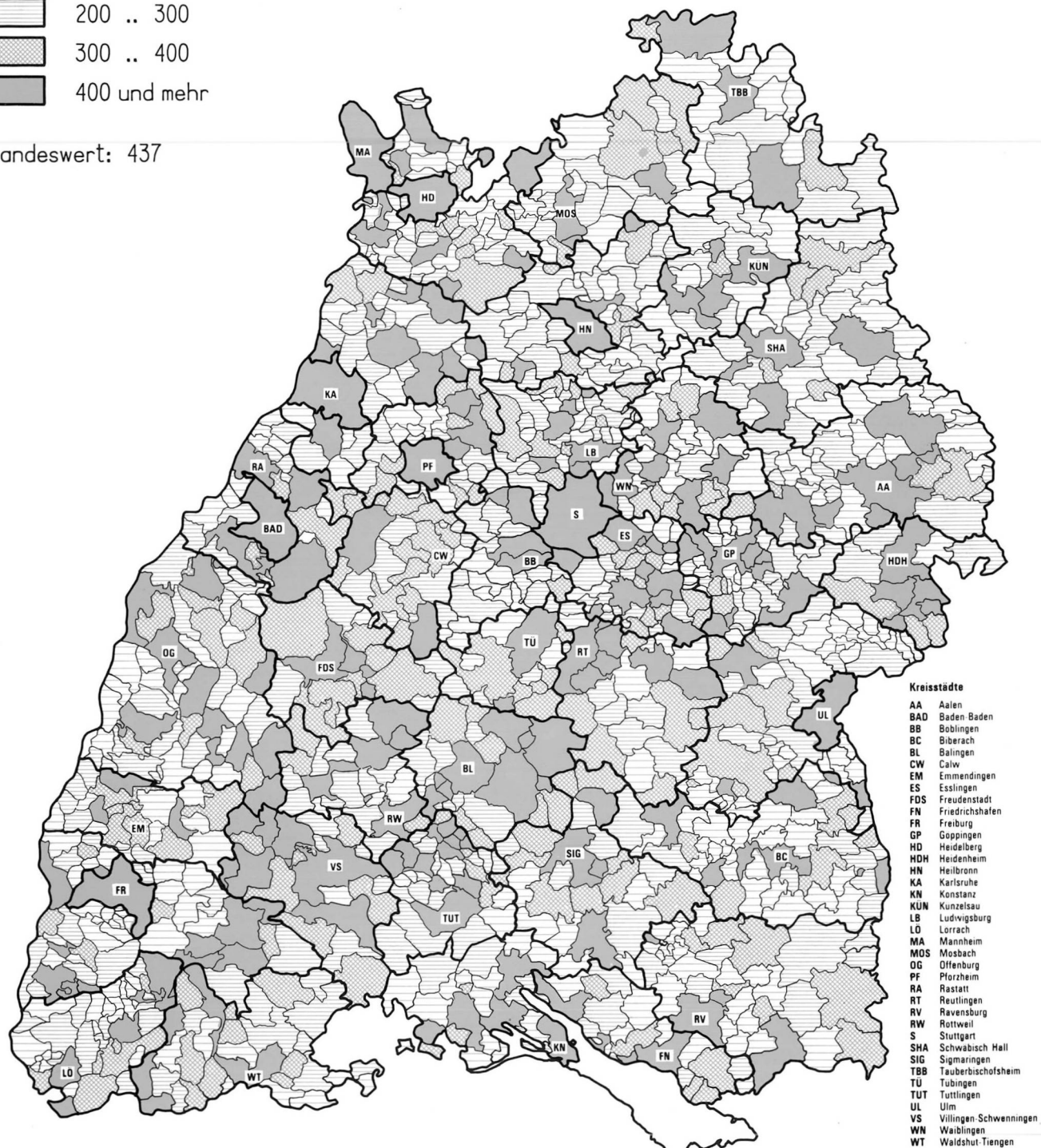
- Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung -

Beschäftigte je 1000 Einwohner

von .. bis unter



Landeswert: 437



Kreisstädte

AA	Aalen
BAD	Baden-Baden
BB	Boblingen
BC	Biberach
BL	Balingen
CW	Calw
EM	Emmendingen
ES	Esslingen
FDS	Freudenstadt
FN	Friedrichshafen
FR	Freiburg
GP	Göppingen
HD	Heidelberg
HDH	Heidenheim
HN	Heilbronn
KA	Karlsruhe
KN	Konstanz
KUN	Künzelsau
LB	Ludwigsburg
LO	Lorrach
MA	Mannheim
MOS	Mosbach
OG	Offenburg
PF	Pforzheim
RA	Rastatt
RT	Reutlingen
RV	Ravensburg
RW	Rottweil
S	Stuttgart
SHA	Schwabisch Hall
SIG	Sigmaringen
TBB	Tauberbischofsheim
TU	Tübingen
TUT	Tuttlingen
UL	Ulm
VS	Villingen-Schwenningen
WN	Waiblingen
WT	Waldshut-Tiengen

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

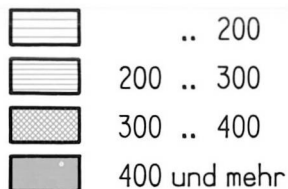
531 90

Beschäftigtenbesatz in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

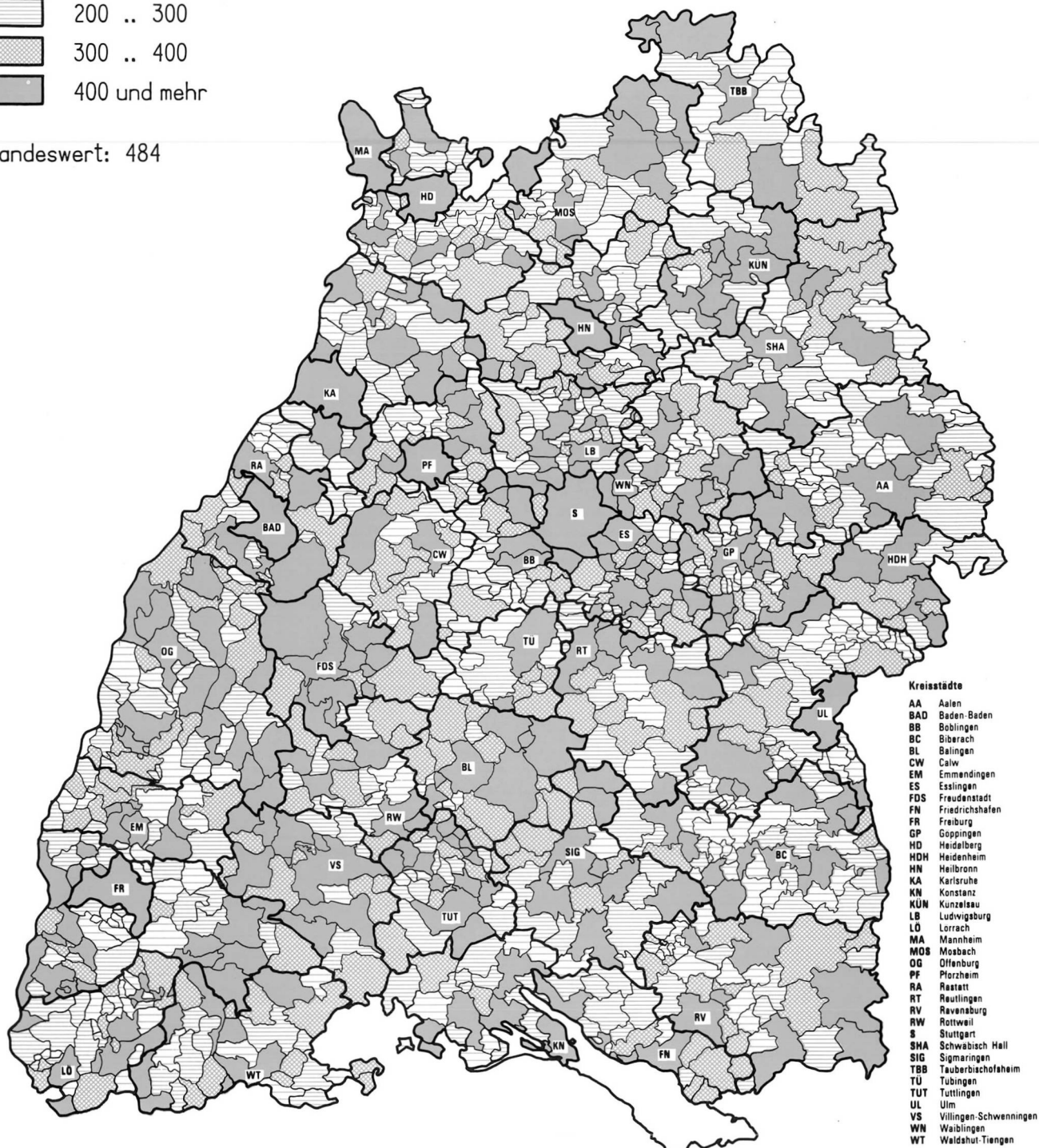
- Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung -

Beschäftigte je 1000 Einwohner

von .. bis unter



Landeswert: 484



Kreisstädte

AA	Aalen
BAD	Baden-Baden
BB	Böblingen
BC	Biberach
BL	Balingen
CW	Calw
EM	Emmendingen
ES	Esslingen
FDS	Freudenstadt
FN	Friedrichshafen
FR	Freiburg
GP	Göppingen
HD	Heidelberg
HDH	Heidenheim
HN	Heilbronn
KA	Karlsruhe
KN	Konstanz
KUN	Künzelsau
LB	Ludwigsburg
LÖ	Lörrach
MA	Mannheim
MOS	Mosbach
OG	Offenburg
PF	Pforzheim
RA	Rastatt
RT	Reutlingen
RV	Ravensburg
RW	Rottweil
S	Stuttgart
SHA	Schwäbisch Hall
SIG	Sigmaringen
TBB	Tauberbischofsheim
TU	Tübingen
TUT	Tuttlingen
UL	Ulm
VS	Villingen-Schwenningen
WN	Waiblingen
WT	Waldshut-Tiengen

Strukturwandel der Wirtschaft im Spiegel der Arbeitsstättenzählung – Beschäftigungschancen für Frauen?

Die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 bestätigen den Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Angesichts dieser Entwicklung wird häufig die These vertreten, daß durch den Strukturwandel in erster Linie die Beschäftigung von Frauen begünstigt wird. Berücksichtigt man allerdings den Aspekt der Teilzeitbeschäftigung oder der betrieblichen Stellung, scheint

eine differenzierte Einschätzung der Beschäftigungschancen von Frauen in der Dienstleistungsgesellschaft angebracht. Zur Verdeutlichung werden die Ergebnisse der beiden letzten Arbeitsstättenzählungen von 1970 und 1987 für Baden-Württemberg gegenübergestellt.

Überproportionale Steigerung

Im Vergleich zur Arbeitsstättenzählung 1970 waren im Mai 1987 in Baden-Württemberg mit 4,5 Mill. Beschäftigten 600 000 neue Beschäftigungsfälle¹ zu verzeichnen. Diese Zunahme resultiert im wesentlichen als Saldo aus dem Anstieg der Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich (+850 000) und dem Rückgang im Produzierenden Gewerbe (–260 000). Die Zahl der beschäftigten Frauen hat dabei netto um nahezu 400 000 auf 1,8 Mill. zugenommen. Die Frauen waren mit nahezu zwei Dritteln – im gesamten Bundesgebiet sogar mit 88% – überdurchschnittlich an der Zunahme der Beschäftigten beteiligt und erreichten 1987 (1970) einen Anteil von 40,3% (36,4%) an allen beschäftigten Personen. Gegenüber einem allgemeinen Beschäftigungszuwachs von 15,5% fiel somit die Steigerungsrate von 28,0% bei der Frauenbeschäftigung deutlich höher aus.

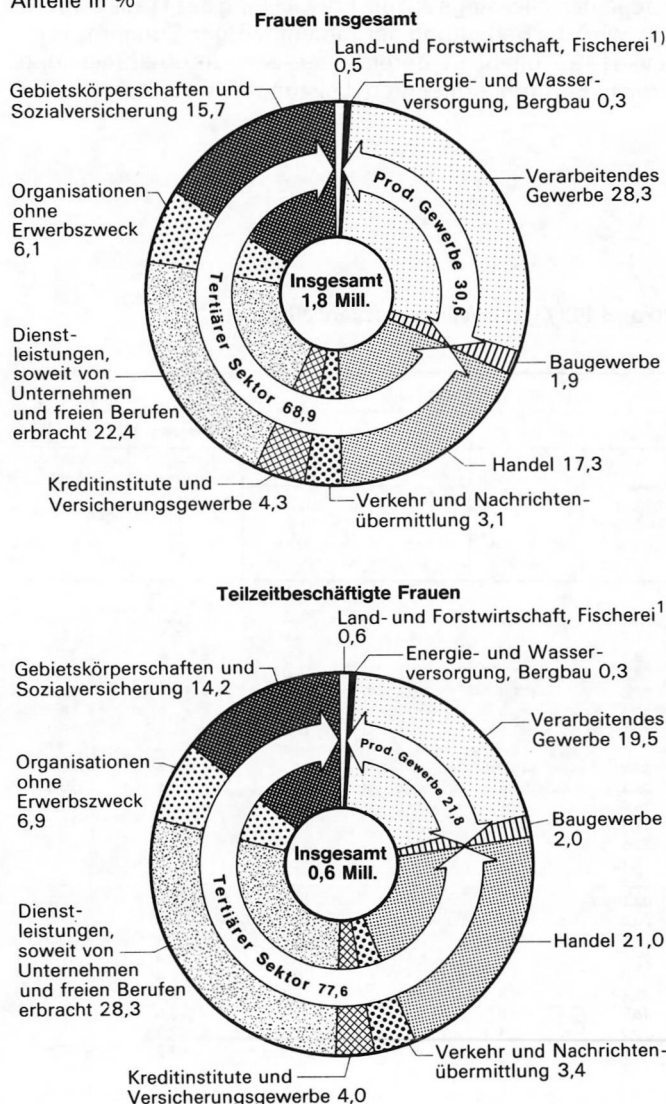
Frauen vorwiegend im Dienstleistungssektor

Ein Blick auf die sektorale Verteilung der beschäftigten Frauen im Jahre 1987 ergibt einen zentralen Schwerpunkt im Dienstleistungsbereich. Wie *Schaubild 1* zeigt, war lediglich knapp ein Drittel der Frauen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sowie im Produzierenden Gewerbe tätig, während über zwei Drittel einer Beschäftigung im Dienstleistungssektor nachgingen. Hier fanden Frauen vor allem bei Unternehmen und freien Berufen (407 000), im Handel (313 000) sowie bei den Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung (284 000) einen Arbeitsplatz.²

Schaubild 1

Beschäftigte Frauen sowie weibliche Teilzeitbeschäftigte in Baden-Württemberg 1987 nach Wirtschaftsabteilungen

Anteile in %



1) Soweit in den Erhebungsbereich der Arbeitsstättenzählung fallend.

¹ Die Beschäftigten in der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung werden am Arbeitsort (Arbeitsortprinzip) gezählt und umfassen auch Mehrfachbeschäftigten, das heißt jede Haupt- und Nebenerwerbstätigkeit nach Angabe der Arbeitsstätte. Damit handelt es sich bei den Beschäftigten der Arbeitsstättenzählung um die Ermittlung von Beschäftigungsfällen bzw. besetzten Arbeitsplätzen. Nicht erfaßt werden im Rahmen der Arbeitsstättenzählung Soldaten und Hausangestellte. Land- und forstwirtschaftliche Arbeitsstätten werden nur dann gezählt, wenn sie bei der Besteuerung als Gewerbebetriebe gelten.

² Für die geringeren Beschäftigungsmöglichkeiten in den übrigen Dienstleistungsbranchen sind neben traditionellen Gründen wie zum Beispiel im Verkehrsgewerbe auch die niedrigen absoluten Beschäftigtenzahlen verantwortlich.

Die Konzentration der beschäftigten Frauen im tertiären Sektor schlägt sich auch im Anteil der Frauen an der jeweiligen Gesamtbeschäftigtenzahl nieder. Nach *Tabelle 1* war die Frauenquote in den zugehörigen Wirtschaftsabteilungen mit Ausnahme des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung überdurchschnittlich hoch. Darüber hinaus ermöglicht es eine differenziertere Betrachtung, ausgesprochen frauenspezifische Dienstleistungsbranchen zu bestimmen. So war die positive Situation im Handel in erster Linie durch den hohen Frauenanteil im Einzelhandel (61,6%) bedingt. In der Abteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung wurde hingegen die hohe Frauenquote bei der Verkehrsvermittlung (63,5%) durch den außerordentlich niedrigen Frauenanteil bei der Bundesbahn (7,0%) überkompensiert. Bei den von Unternehmen und freien Berufen erbrachten Dienstleistungen zeichnen sich die Strukturen in der Frauenbeschäftigung besonders deutlich ab. So erreichten die Frauen im Bereich Wäscherei/Körperpflege, im Gesundheits- und Veterinärwesen, in Heimen, bei Gebäudereinigung/Abfallbeseitigung sowie im Gastgewerbe einen hohen Anteil. Demgegenüber kam der Frauenbeschäftigung in den sogenannten unternehmensorientierten Branchen mit Ausnahme der Rechts- und Steuerberatung geringere Bedeutung zu. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, daß spezielle „Frauenberufe“, die bereits im Zuge der Arbeitsstättenzählung 1970 festgestellt wurden, auch heute noch existieren. So erbringen Frauen eher Dienstleistungen für private Haushalte oder üben Tätigkeiten aus, die geringe Anforderungen an das Qualifikationsniveau stellen.

Anteilsgewinne bei den unternehmensorientierten Diensten

Insgesamt ist von einer positiven Entwicklung der Frauenbeschäftigung im tertiären Sektor auszugehen. Die Frauen machten im Jahr 1987 bereits mehr als die Hälfte (51,5%) aller Beschäftigten im Dienstleistungsbereich aus (1970: 46,8%). Von den dort neu geschaffenen Arbeitsverhältnissen entfielen 60,2% auf Frauen. Dabei stellt sich allerdings die Frage, inwieweit die aktuelle Situation auch als Resultat gestiegener Beschäftigungschancen von Frauen in modernen, unternehmensorientierten und damit wettbewerbsfähigen Dienstleistungsbranchen interpretiert werden kann.

Die höchste absolute Zunahme der Beschäftigungsfälle von Frauen seit 1970 ist bei den Diensten von Unternehmen und freien Berufen festzustellen. Hierbei standen einer Steigerung der Frauenbeschäftigung im Gesundheitswesen, bei der Gebäudereinigung sowie im Gaststättengewerbe ebenfalls beachtliche Zunahmen bei der Rechts- und Steuerberatung gegenüber. Hingegen erhöhte sich die Zahl der beschäftigten Frauen im Bereich der übrigen unternehmensspezifischen Dienste wie zum Beispiel bei der technischen Beratung und Planung sowie der Werbung wesentlich geringer.

Stellt man allerdings auf die Entwicklung des Frauenanteils ab, wird die Bedeutung der zahlenmäßigen Zunahme relativiert. So blieb im Bereich der von Unternehmen und freien Berufen erbrachten Leistungen trotz der absolut

Tabelle 1

Frauen- und Teilzeitbeschäftigung in Baden-Württemberg 1970 und 1987 nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftsgliederung	Nr. der Systematik ¹⁾	Beschäftigte ²⁾						Veränderung 1987 gegen 1970	
		1987			1970				
		insgesamt	darunter		insgesamt	darunter		Frauen- beschäftigung	Teilzeit-
			Frauen	Teilzeit- beschäftigte ³⁾		Frauen	Teilzeit- beschäftigte		
1000	%	1000	%	1000					
Land- und Forstwirtschaft/Fischerei ⁴⁾	0	26,9	35,4	19,8	16,9	33,7	13,9	+ 3,9	+ 3,0
Energie- und Wasserversorgung/Bergbau	1	33,5	16,6	5,6	31,0	14,4	4,5	+ 1,1	+ 0,5
Verarbeitendes Gewerbe	2	1 702,1	30,2	8,4	1 926,3	33,5	5,6	- 131,4	+ 34,1
Baugewerbe	3	308,8	11,3	5,7	342,7	7,2	3,0	+ 10,1	+ 7,4
Handel	4	596,9	52,4	24,6	495,8	49,5	15,4	+ 67,1	+ 70,2
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	5	209,4	26,9	12,4	183,8	19,7	9,4	+ 20,2	+ 8,6
Kreditinstitute/Versicherungsgesellschaften ..	6	153,9	50,4	17,3	99,7	46,9	11,4	+ 30,8	+ 15,2
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	7	718,0	56,6	30,8	345,6	57,9	17,1	+ 206,4	+ 161,7
Gastgewerbe	71	145,8	59,3	28,1	102,6	60,6	15,3	+ 24,4	+ 25,3
Heime	72	7,6	72,3	16,8	3,1	78,0	14,1	+ 3,1	+ 0,8
Wäscherei/Körperpflege u. a.	73	57,1	76,9	24,1	53,2	71,2	13,9	+ 6,0	+ 6,4
Gebäudereinigung/Abfallbeseitigung u. a. ...	74	74,6	63,2	75,5	14,7	62,2	53,3	+ 38,0	+ 48,5
Bildung/Wissenschaft/Kultur/									
Sport/Unterhaltung	75	54,4	40,5	23,4	21,1	42,7	20,0	+ 13,1	+ 8,5
Verlagsgewerbe	76	29,0	56,0	43,2	14,1	60,4	23,7	+ 7,8	+ 9,2
Gesundheits- und Veterinärwesen	77	111,1	74,3	26,8	52,4	71,5	16,2	+ 45,1	+ 21,3
Dienstleistungen für Unternehmen	78	208,6	43,3	22,4	72,4	39,9	14,1	+ 61,4	+ 36,5
Rechts- u. Steuerberatung usw.	781	54,7	59,3	26,5	22,9	54,6	17,6	+ 20,0	+ 10,5
Technische Beratung und Planung	784	59,5	32,8	17,8	34,4	29,5	10,8	+ 9,4	+ 6,9
Werbung	787	22,9	48,5	45,6	6,5	39,9	14,1	+ 8,5	+ 9,5
Dienstleistungen für Unternehmen, a. n. g. .	789	71,5	38,0	15,7	8,6	42,5	17,6	+ 23,5	+ 9,7
Dienstleistungen, a. n. g.	79	29,7	41,9	22,7	12,1	39,6	13,2	+ 7,6	+ 5,1
Organisationen ohne Erwerbszweck	8	162,0	68,7	30,5	72,8	68,6	20,3	+ 61,3	+ 34,5
Gebietskörperschaften/Sozialversicherung ...	9	584,7	48,6	17,0	376,7	41,8	13,7	+ 126,4	+ 47,7
Insgesamt	0-9	4 496,2	40,3	16,4	3 891,3	36,4	9,1	+ 395,8	+ 382,9

¹⁾ Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung 1983. – ²⁾ Als Beschäftigte gelten alle am Zählungstichtag (25. Mai 1987 bzw. 27. Mai 1970) in den Arbeitsstätten tätigen Personen einschließlich der tätigen Inhaber und unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen. – ³⁾ Als Teilzeitbeschäftigte gelten alle zur Ableistung einer kürzeren als der orts-, branchen- oder betriebsüblichen Wochenarbeitszeit eingestellten Personen. – ⁴⁾ Soweit in den Erhebungsbereich der Arbeitsstättenzählung fallend.

höchsten Zunahme der Anteilswert der Frauen nahezu unverändert. Betrachtet man die zugehörigen Wirtschaftszweige, ergaben sich in den von Frauen traditionell stärker besetzten Branchen wie beispielsweise in Heimen (-5,7%-Punkte) und im Gastgewerbe (-1,3%-Punkte) sogar Anteilsverluste. Demgegenüber konnten Anteilsgewinne im Bereich der unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen – zum Beispiel bei der technischen Beratung und Planung (+3,3%-Punkte) – verbucht werden. Diese Ergebnisse sprechen zwar für ein verstärktes Vordringen von Frauen in sogenannte typische „Männerberufe“. Unter Berücksichtigung der geringfügigen Anteilsverlagerungen ist allerdings zu konstatieren, daß sich bis heute keine entsprechende Verschiebung der bereits aufgezeigten frauenspezifischen Beschäftigungsstruktur vollzogen hat.

Zunahme bei der Frauenbeschäftigung beruht zu 75% auf Teilzeitstellen

Die allgemeine Entwicklung bei der Teilzeitbeschäftigung ist im Betrachtungszeitraum durch eine Verdoppelung der Teilzeitarbeitsplätze (von 353 000 auf 736 000) gekennzeichnet. Von den neu geschaffenen Arbeitsplätzen entfielen etwa zwei Drittel (Bund: 95%) auf Teilzeitarbeitsplätze. Damit hat sich der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an der Gesamtheit aller Beschäftigten seit 1970 immerhin um 7%-Punkte auf 16,4% im Jahre 1987 erhöht. Insgesamt befand sich lediglich ein Fünftel aller Teilzeitbeschäftigten im produzierenden Gewerbe, während vier Fünftel im Dienstleistungsbereich tätig waren. Wenngleich sogar im Verarbei-

tenden Gewerbe die Zahl der Teilzeitbeschäftigten zunahm, lag die höchste Steigerung bei den Diensten von Unternehmen und freien Berufen (+273,2%). Im Jahre 1987 war hier nahezu jede dritte tätige Person teilzeitbeschäftigt. Vor allem die Entwicklung bei der Gebäudereinigung/Abfallbeseitigung – mit einer Teilzeitquote von 76%³ – sowie bei den Dienstleistungen für Unternehmen (zum Beispiel bei der Rechts- und Steuerberatung) war durch enorme zahlenmäßige Zunahmen der Teilzeitbeschäftigten geprägt.

Eine Differenzierung der Teilzeitbeschäftigten nach dem Geschlecht zeigt, daß Frauen mit ungefähr 80% weitaus die meisten Teilzeitkräfte stellten. So behielten die Wirtschaftszweige mit den höchsten Frauenquoten auch bei den Teilzeitquoten ihre Vorrangstellung. Das könnte bedeuten, daß gerade die Dienstleistungsunternehmen in der Gestaltung der Arbeitszeit weit flexibler als beispielsweise Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sind. Die Bedeutung der Teilzeitbeschäftigung für Frauen wird durch die Zunahme seit 1970 verdeutlicht. Während drei Viertel der neu geschaffenen Beschäftigungsfälle bei den Frauen auf dem Zuwachs von Teilzeitarbeitsplätzen (+300 000) beruhte, erhöhte sich die Anzahl der vollzeitbeschäftigten Frauen um lediglich 100 000.

³ Eine hohe Zahl dieser Teilzeitbeschäftigten dürfte nur geringfügig tätig sein und damit nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegen.

Tabelle 2
Beschäftigte in Baden-Württemberg 1987 nach Stellung im Betrieb

Wirtschaftsgliederung	Nr. der Systematik ¹⁾	Beschäftigte ²⁾					
		davon					
		tätige Inhaber		unbezahlt mithelfende Familienangehörige		Arbeitnehmer ³⁾	
		insgesamt	darunter Frauen	insgesamt	darunter Frauen	insgesamt	darunter Frauen
		1000	%	1000	%	1000	%
Land- und Forstwirtschaft/Fischerei ⁴⁾	0	5,5	23,0	2,5	68,8	19,0	34,7
Energie- und Wasserversorgung/Bergbau	1	0,1	21,3	0,03	53,8	33,3	16,6
Verarbeitendes Gewerbe	2	59,0	15,4	13,7	74,6	1 629,4	30,3
Baugewerbe	3	27,7	4,0	5,5	82,4	275,6	10,6
Handel	4	82,0	35,6	21,1	64,1	493,8	54,7
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	5	10,5	16,5	2,6	71,3	196,3	26,9
Kreditinstitute/Versicherungsgesellschaften ..	6	13,1	14,1	1,8	78,2	139,0	53,5
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	7	130,5	32,1	32,4	67,4	555,1	61,8
Gastgewerbe	71	32,8	41,2	17,7	64,1	95,3	64,7
Heime	72	0,3	61,2	0,09	54,4	7,3	72,9
Wäscherei/Körperpflege u. a.	73	15,0	59,6	2,3	68,9	39,8	83,8
Gebäudereinigung/Abfallbeseitigung u. a. ..	74	2,4	15,3	0,5	69,1	71,8	64,7
Bildung/Wissenschaft/Kultur/ Sport/Unterhaltung	75	11,8	27,1	2,5	65,2	40,1	42,9
Verlagsgewerbe	76	0,8	25,6	0,2	56,3	28,0	56,9
Gesundheits- und Veterinärwesen	77	22,7	29,4	2,7	79,4	85,7	86,0
Dienstleistungen für Unternehmen	78	38,0	18,3	5,2	74,5	165,4	48,0
Rechts- u. Steuerberatung usw.	781	12,4	15,0	1,0	77,4	41,3	72,3
Technische Beratung und Planung	784	13,7	7,2	2,6	80,8	43,2	38,0
Werbung	787	4,5	30,1	0,6	68,0	17,8	52,5
Dienstleistungen für Unternehmen, a. n. g. ..	789	7,4	37,0	1,0	59,5	63,1	37,7
Dienstleistungen, a. n. g.	79	6,8	27,4	1,2	60,6	21,8	45,3
Organisationen ohne Erwerbszweck	8	–	–	–	–	161,9	68,7
Gebietskörperschaften/Sozialversicherung ...	9	–	–	–	–	584,7	48,6
Insgesamt	0-9	328,3	26,2	79,7	69,2	4 088,2	40,9

¹⁾ Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung 1983. – ²⁾ Als Beschäftigte gelten alle am Zählungstichtag (25. Mai 1987 bzw. 27. Mai 1970) in den Arbeitsstätten tätigen Personen einschließlich der tätigen Inhaber und unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen. – ³⁾ Beamte, Richter, Angestellte, Facharbeiter, Gesellen, sonstige Arbeiter, Auszubildende einschließlich Anlernlinge, Umschüler, Praktikanten und Volontäre. – ⁴⁾ Soweit in den Erhebungsbereich der Arbeitsstättenzählung fallend.

Wandel in der betrieblichen Stellung?

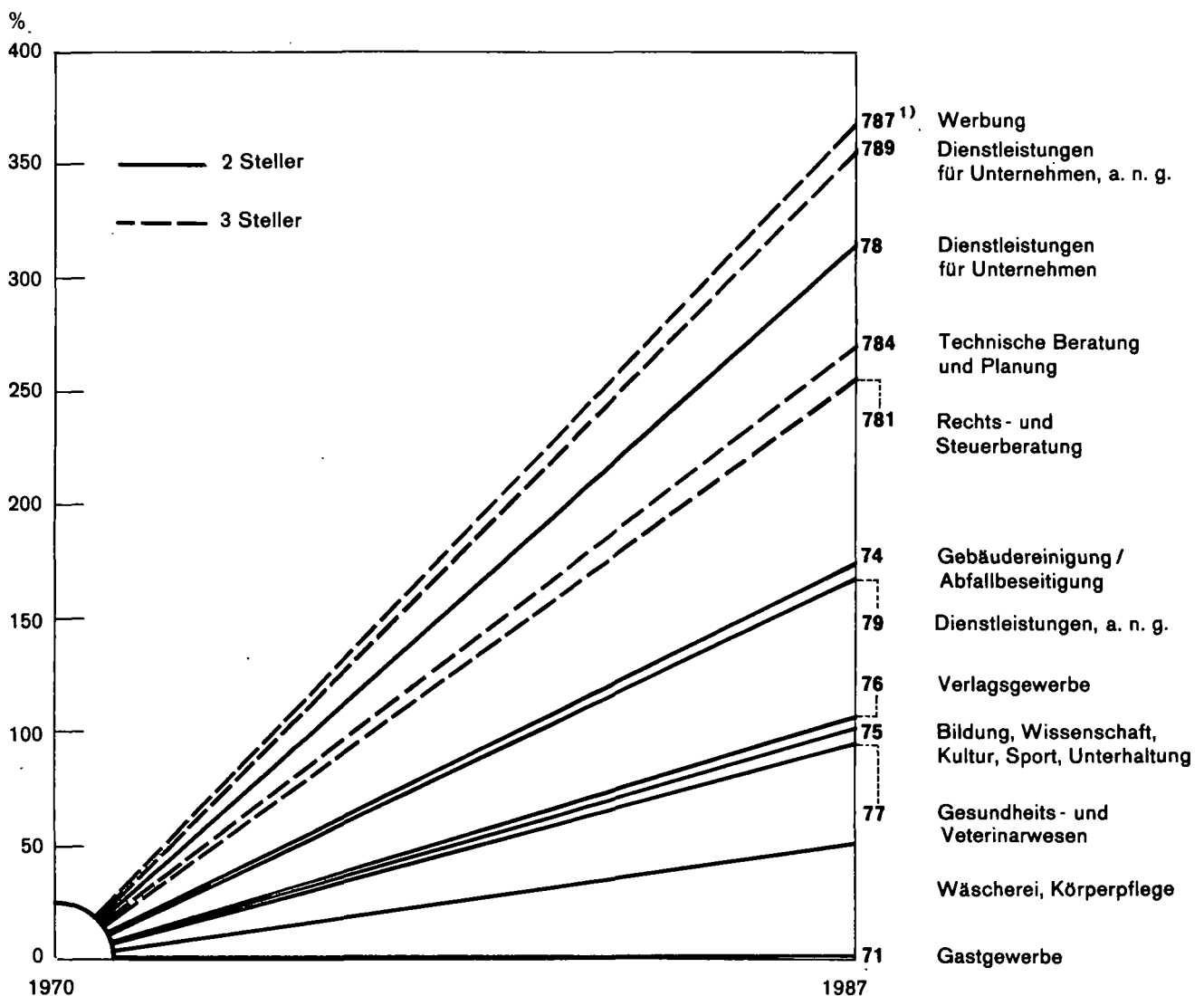
Die Daten der Arbeitsstättenzählung lassen keine Rückschlüsse auf die Position der Frauen in der betrieblichen Hierarchie oder auf die Verdienstsituation zu. Einen ersten Anhaltspunkt bietet jedoch die Differenzierung der Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb. Dabei wird zwischen tätigen Inhabern, Beamten, Angestellten, Facharbeitern bzw. Gesellen, sonstigen Arbeitern und Auszubildenden sowie unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen unterschieden.

Seit 1970 ist die Zahl der Inhaber insgesamt um 5% gestiegen. Zwar hat sich die Anzahl der Inhaberinnen überproportional und damit der Anteil an den tätigen Inhabern um circa 3%-Punkte erhöht⁴, dennoch war 1987 unter vier Inhabern nur eine Frau zu verzeichnen. Betrachtet man die einzelnen Wirtschaftsabteilungen, so erreichten die Inhaberinnen nach *Tabelle 2* den höchsten Anteil im Handel.

⁴ Die Veränderungsrate wurden unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Wirtschaftszweigssystematiken bei den Arbeitsstättenzählungen 1970 und 1987 näherungsweise berechnet.

Schaubild 2

Veränderungsraten *) der Anzahl der tätigen Inhaberinnen in Baden - Württemberg 1970 bis 1987 nach ausgewählten Dienstleistungszweigen



*) Die Veränderungsrate wurden unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Wirtschaftszweigssystematiken bei den Arbeitsstättenzählungen 1970 und 1987 näherungsweise berechnet. - 1) Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung 1983.

Einen ebenfalls hohen Anteilswert weisen die Dienste von Unternehmen und freien Berufen auf, wobei hier gleichzeitig auch die absolut meisten Inhaberinnen (41800) tätig waren. Ein besonderes Gewicht kommt beispielsweise dem Gastgewerbe (13500) – allerdings nach *Schaubild 2* seit 1970 ohne wesentliche Veränderungen –, dem Bereich Wäscherei/Körperpflege (8900) und den Dienstleistungen für Unternehmen (6900) – mit der höchsten Steigerungsrate seit 1970 – zu. Im letztgenannten Wirtschaftszweig waren Frauen vorwiegend als Inhaberinnen von Übersetzungs- und Schreibbüros und ähnlichem (1300) zu finden. Trotz der geringeren Zahl tätiger Inhaberinnen im Bereich der technischen Beratung und Planung (990) läßt die Steigerungsrate (etwa +270%) seit 1970 auf die zunehmende Umorientierung und Akzeptanz der Frauen auch in technisch-naturwissenschaftlichen Dienstleistungsbranchen schließen.

Der Anteil der Frauen an den Arbeitnehmern, die 91% aller Beschäftigten ausmachten, ist seit 1970 um nahezu 5-Punkte auf 40,9% gestiegen. Während über die Hälfte der Arbeitnehmerinnen als Beamtinnen oder Angestellte tätig waren, gehörten knapp ein Drittel der Gruppe der sonstigen Arbeiter an. Lediglich 5% der Arbeitnehmerinnen gingen einer Beschäftigung als Facharbeiterin bzw. Gesellin nach. Allerdings zeigen die jeweiligen Veränderungsraten, daß auch die betriebliche Stellung von Frauen einem Wandel unterliegt. Während die Zahl der sonstigen Arbeiterinnen seit 1970 um nahezu ein Zehntel zurückgegangen ist, hat die Anzahl der Beamtinnen oder Angestellten (+65,1%) sowie der Facharbeiterinnen bzw. Gesellinnen (+38,8%)

stark zugenommen. Darüber hinaus war eine Verdoppelung der Zahl der auszubildenden Frauen festzustellen.

Die Entwicklung der Zahl der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen war insgesamt rückläufig (-20,2%). Die Frauen stellten einen Anteil von mehr als zwei Drittel an dieser Beschäftigtengruppe. Allerdings liegt die Vermutung nahe, daß hier eine Umwandlung in Arbeitsverhältnisse stattgefunden hat. Inwieweit die Tätigkeiten weiterhin im familieneigenen Betrieb ausgeübt werden, kann nicht geklärt werden.

Fazit

Die vorliegenden Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung weisen auf die zunehmende volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenbeschäftigung hin. Zur Steigerung der Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen hat in erster Linie der überproportionale Anstieg der Teilzeitarbeitsplätze im wachstumsstarken Dienstleistungsbereich beigetragen. Ob im Zuge der weiteren Entwicklung auch qualitative Verbesserungen bei der Frauenerwerbstätigkeit eintreten, die darüber hinaus einen Wandel in der beruflichen Stellung von Frauen bewirken, bleibt ungewiß. Die hohen Zuwachsraten bei der Beschäftigung von Frauen gerade in Wirtschaftszweigen mit überwiegend anspruchsvollen Berufen dürften jedoch Ausdruck der verbesserten Qualifikation von Frauen sein.

Dipl. oec. Ulrike März

Teilzeitbeschäftigte in den Gemeinden Baden-Württembergs am 27. Mai 1970

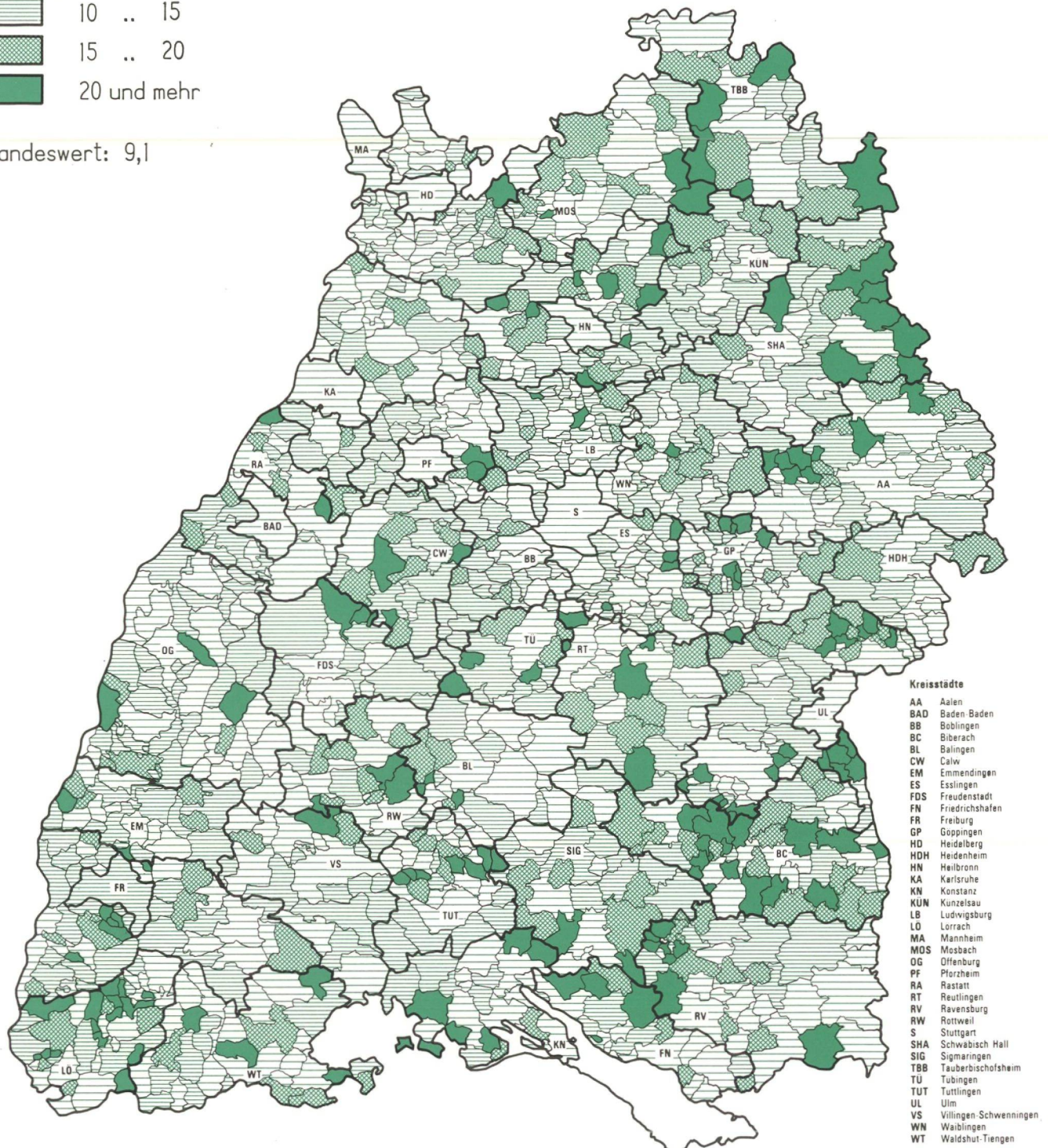
- Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung -

Anteil an den Beschäftigten insgesamt in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 9,1

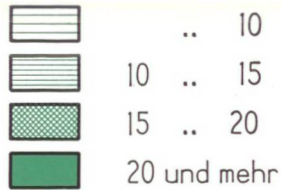


Teilzeitbeschäftigte in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

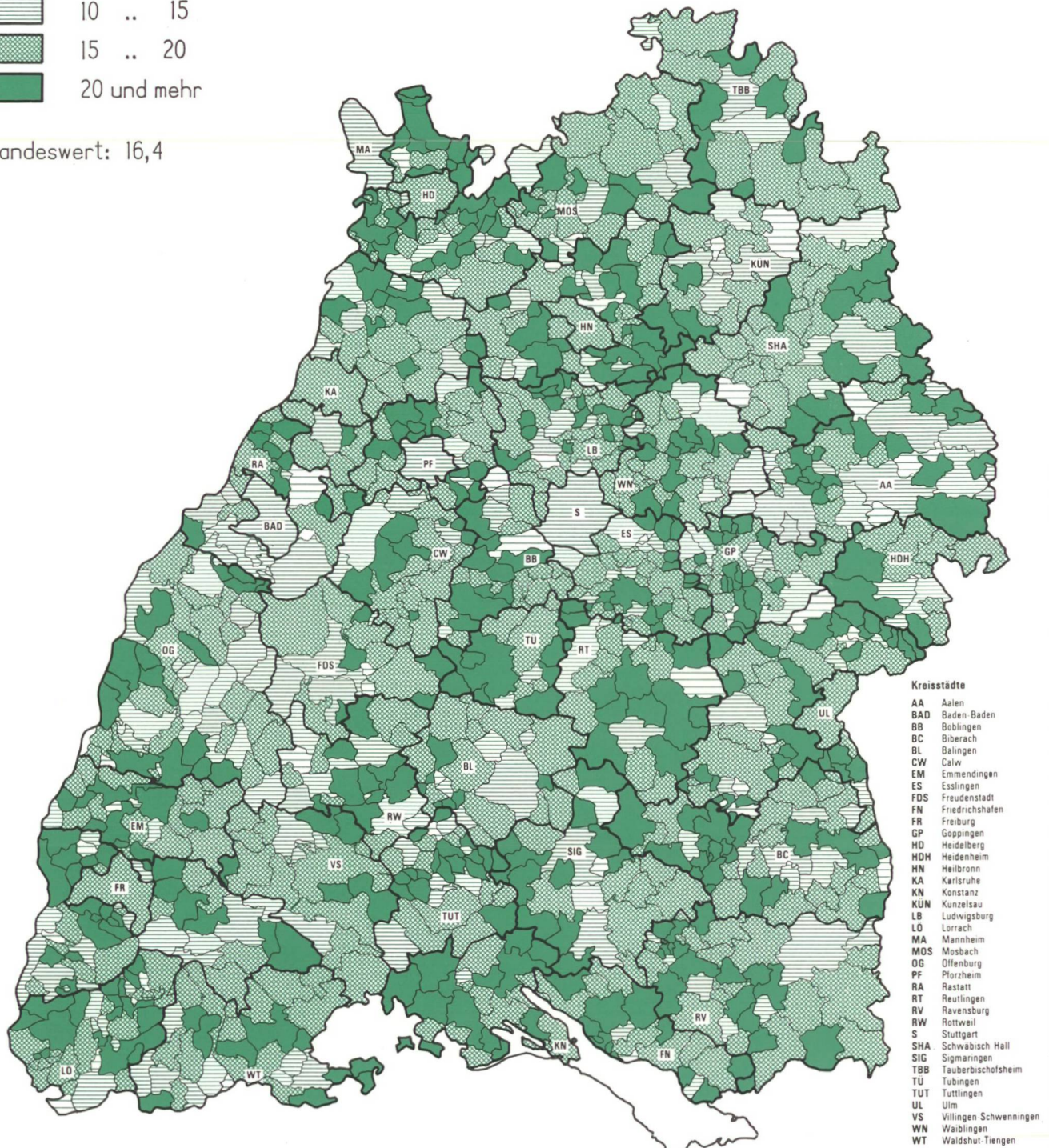
- Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung -

Anteil an den Beschäftigten insgesamt in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 16,4



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

558 90

Löhne und Gehälter in Baden-Württemberg

Weitere Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987

Im Rahmen des Frageprogramms zur Arbeitsstättenzählung 1987 wurde nicht nur die Zahl der Arbeitsstätten und Beschäftigten ermittelt, sondern auch die von den Arbeitsstätten und Unternehmen im Kalenderjahr 1986 gezahlten Löhne und Gehälter. Durch die Erhebung dieses Merkmals lassen sich wichtige Informationen zur Lohn- und Gehaltsstruktur in tiefer wirtschaftssystematischer sowie regionaler Gliederung für Bund und Länder gewinnen. Die Arbeitsstättenzählung ist die einzige Erhebung, die Löhne und Gehälter für alle Wirtschaftsbereiche – mit Ausnahme der eigentlichen Land- und Forstwirtschaft¹ – nach einheitlichen Kriterien für ein Jahr erfaßt. Durch die Statistiken einzelner Wirtschaftsbereiche mit gleicher Fragestellung können dagegen lediglich Teilbereiche abgedeckt werden, deren Zahlen jedoch nur eingeschränkt miteinander vergleichbar sind.²

Methodische Anmerkungen

Bei den Löhnen und Gehältern waren alle tariflichen oder frei vereinbarten Zulagen, Naturalvergütungen, Vergütungen für ausgefallene Arbeitszeit, Zuschüsse des Arbeitgebers zum Krankengeld, Urlaubsbeihilfen, Entschädigungen für nicht gewährten Urlaub, Gratifikationen, Gewinnbeteiligungen, Erfolgsprämien, Erfindergeld und vermögenswirksame Leistungen einzubeziehen. Hierzu zählten hingegen nicht Pflichtbeiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung, Zahlungen auf Grund des Kindergeldgesetzes, allgemeine soziale Aufwendungen, Spesenersatz, Ruhegehälter und Betriebspensionen, Auslösungen im Baugewerbe, Umzugskostenvergütungen sowie Vorruhestandsbezüge.

Für Arbeitsstätten, die keine Löhne und Gehälter angegeben hatten – aber Angaben zu machen gehabt hätten –, bestand die Möglichkeit, die fehlenden Lohn- und Gehaltssummen maschinell zu schätzen. Die Schätzbasis – differenziert nach Wirtschaftszweigen und verschiedenen Beschäftigtengrößenklassen – bildeten hierbei Arbeitsstätten, die ihre Löhne und Gehälter einwandfrei gemeldet hatten und die Arbeitnehmer aufwiesen.

Bei den errechneten durchschnittlichen Lohn- und Gehaltssummen je Arbeitnehmer ist zu beachten, daß hier zum einen die Löhne und Gehälter eines Zeitraumes (1986) zu den Arbeitnehmern an einem bestimmten Zeitpunkt (25. 05. 1987) – der nicht einmal innerhalb dieses Zeitraumes liegt – ins Verhältnis gesetzt werden. Zum anderen werden bei der Arbeitsstättenzählung Beschäftigungsfälle gezählt, das heißt, in die Berechnung sind Mehrfachbeschäftigungen jeweils als Einzelfall eingegangen. Der Mittelwert ist also je Beschäftigungsfall eines Arbeitnehmers und nicht je Person gebildet.

¹ Arbeitsstätten im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der Binnenfischerei wurden nur erfaßt, sofern sie bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetrieb galten.

² Vgl. Buchwald, W.; Krüger-Hemmer, C.; Baus, A.: Arbeitsstättenzählung 1987, in: Wirtschaft und Statistik 1/1987, S. 15 ff.

Über die Hälfte der Löhne und Gehälter im Produzierenden Gewerbe

In Baden-Württemberg wurden im Jahre 1986 rund 146,5 Mrd. DM Löhne und Gehälter an rund 4,1 Mill. Arbeitnehmer gezahlt. Das bedeutet, daß über ein Sechstel der im Bundesgebiet ermittelten rund 857 Mrd. DM auf das Land entfiel. Damit lag Baden-Württemberg hinter Nordrhein-Westfalen (27%) und Bayern (18%) an dritter Stelle.

Mehr als die Hälfte (77,9 Mrd. DM) der in Baden-Württemberg registrierten Löhne und Gehälter waren dem Produzierenden Gewerbe zuzurechnen. Der Löwenanteil von 46% der Landessumme kam dabei dem Verarbeitenden Gewerbe zu (67,1 Mrd. DM). Die hier beschäftigten 1,6 Mill. Arbeitnehmer hingegen hatten jedoch nur einen Anteil von 40% an der Summe aller Wirtschaftsabteilungen. Hieraus läßt sich ein relativ hohes Lohnniveau in dieser Wirtschaftsabteilung ableiten. Über ein Viertel der Löhne und Gehälter (40,6 Mrd. DM) waren im Bereich der privaten Dienstleistungen angefallen. Im Handel (14,6 Mrd. DM) sowie bei den Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht³ (13,7 Mrd. DM), betrug der An-

³ Zu dieser Wirtschaftsabteilung zählen zum Beispiel Arbeitsstätten des Gastgewerbes, des Friseurgewerbes, Wäschereien, Gebäudereinigungs- und Abfallbeseitigungsunternehmen, private Unternehmen der Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport, Arztpraxen, Steuerberatungsbüros, usw.

Tabelle 1

Arbeitnehmer sowie Löhne und Gehälter in Baden-Württemberg 1987 bzw. 1986 nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschafts-abteilungen	Arbeitnehmer ¹⁾ am 25. Mai 1987 insgesamt	Darunter Teilzeitbeschäftigte ²⁾	Löhne und Gehälter 1986	
			insgesamt	je Arbeitnehmer ³⁾
	Anzahl		1000 DM	DM
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ⁴⁾	18 950	5 335	380 369	20 072
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	33 323	1 876	1 647 070	49 427
Verarbeitendes Gewerbe	1 629 418	142 574	67 079 149	41 168
Baugewerbe	275 600	17 627	9 190 768	33 348
Handel	493 817	146 620	14 583 125	29 531
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	196 308	25 938	6 586 428	33 551
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	138 985	26 633	5 676 515	40 843
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	555 144	220 833	13 709 421	24 695
Organisationen ohne Erwerbszweck	161 924	49 348	4 835 950	29 866
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	584 730	99 494	22 781 712	38 961
Zusammen	4 088 199	736 278	146 470 505	35 828

¹⁾ Beamte, Richter, Angestellte, Facharbeiter, Gesellen, sonstige Arbeiter, Auszubildende (einschl. Anlernlinge, Umschüler, Praktikanten und Volontäre). – ²⁾ Als Teilzeitbeschäftigte gelten alle am 25. Mai 1987 tätigen Personen, die zur Ableistung einer kürzeren als der orts-, branchen- oder betriebsüblichen Wochenarbeitszeit eingestellt sind. Kurzarbeit gilt nicht als Teilzeitbeschäftigung. – ³⁾ Löhne und Gehälter insgesamt geteilt durch die Anzahl der Arbeitnehmer insgesamt. – ⁴⁾ Nur Arbeitsstätten, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetriebe galten.

teil an der Landeslohn- und -gehaltssumme jeweils rund ein Zehntel. Ein Arbeitnehmeranteil von 12% bzw. 14% läßt hingegen in diesen beiden Wirtschaftsabteilungen auf ein relativ niedriges Lohnniveau schließen. Fast ein Fünftel der in Baden-Württemberg ermittelten Löhne und Gehälter wurde im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen verdient (27,6 Mrd. DM). Dabei ist in den Arbeitsstätten der Gebietskörperschaften und Sozialversicherung mit rund 22,8 Mrd. DM oder 16% sogar der zweithöchste Anteil einer Wirtschaftsabteilung an der Landessumme gezahlt worden (Tabelle 1).

Geringe Durchschnittsentgelte bei den privaten Dienstleistungen

Eine Betrachtung der durchschnittlichen Lohn- und Gehaltssummen zeigt, daß 1986 im Landesdurchschnitt 35 800 DM je Arbeitnehmer gezahlt wurden. Der Bundesdurchschnitt pro Arbeitnehmer lag dagegen bei 35 000 DM. Die besten Verdienstmöglichkeiten in Baden-Württemberg boten sich mit durchschnittlich 49 400 DM pro Arbeitnehmer bei der Energie- und Wasserversorgung, Bergbau. Die Jahres- und Kostenstrukturerhebung 1986 in der Energie- und Wasserversorgung weist – zum Vergleich – einen Durchschnittswert von 49 700 DM je Arbeitnehmer aus. Die durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte im Verarbeitenden Gewerbe lagen an zweiter Stelle im Land (41 200 DM). Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes waren die Mittelwerte jedoch sehr verschieden. Sie reichten von 63 300 DM bei der Herstellung von ADV-Geräten und -Einrichtungen – dem Spitzenwert auch im Land – über 19 800 DM bei der Bäckerei und Herstellung von Konditorwaren bis hin zu 5 600 DM bei der Verarbeitung von Kaffee, Tee, Herstellung von Kaffeemitteln. Auch im staatlichen Sektor wurde überdurchschnittlich gut verdient. Für die Arbeitsstätten der Gebietskörperschaften und Sozialversicherung läßt sich je Arbeitnehmer ein Betrag von 39 000 DM errechnen. Dies ist auf einen vergleichsweise hohen Anteil an Beschäftigten mit akademischer Ausbildung zurückzuführen.

Im Handel hingegen war der Durchschnittsverdienst mit 29 500 DM vergleichsweise gering. Besonders im Einzelhandel (24 300 DM) lag er oft weit unter dem Landesdurchschnitt. Dies zeigt auch ein Vergleich mit den Ergebnissen der Jahreserhebung 1986 im Einzelhandel, die eine durchschnittliche Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten von 23 100 DM aufzeigen.⁴ Darüber hinaus waren vor allem auch die Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht, durch sehr geringe durchschnittliche Arbeitnehmerentgelte gekennzeichnet (24 700 DM). Innerhalb dieser Wirtschaftsabteilung lag zum Beispiel die durchschnittliche Lohn- und Gehaltssumme im Gaststättengewerbe bei 13 800 DM, im Wäscherei- und Reinigungsgewerbe bei 15 100 DM und bei der Gebäudereinigung bei 7 900 DM. Diese niedrigen Durchschnittswerte kommen im wesentlichen durch den großen Anteil an Teilzeitbeschäftigten zustande, durch den die Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht, wie auch der Handel stark geprägt sind (Tabelle 1). So hatte

Tabelle 2

Arbeitnehmer sowie Löhne und Gehälter in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1987 bzw. 1986

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Arbeit- nehmer ¹⁾ am 25. Mai 1987 insgesamt	Löhne und Gehälter 1986	
		insgesamt	je Arbeit- nehmer ²⁾
	Anzahl	1000 DM	DM
Stadtkreis			
Stuttgart, Landeshauptstadt	416 790	17 821 994	42 760
Landkreise			
Böblingen	163 659	6 766 201	41 343
Esslingen	203 629	7 560 021	37 126
Göppingen	94 868	3 348 024	35 291
Ludwigsburg	169 544	6 221 238	36 694
Rems-Murr-Kreis	138 156	4 917 011	35 590
Region Mittlerer Neckar	1 186 646	46 634 489	39 299
Stadtkreis			
Heilbronn	68 603	2 421 028	35 290
Landkreise			
Heilbronn	85 766	2 950 930	34 407
Hohenlohekreis	32 176	1 055 378	32 800
Schwäbisch Hall	57 574	1 869 455	32 470
Main-Tauber-Kreis	44 904	1 403 844	31 263
Region Franken	289 023	9 700 635	33 564
Landkreise			
Heidenheim	53 998	1 845 206	34 172
Ostalbkreis	109 537	3 789 780	34 598
Region Ostwürttemberg	163 535	5 634 986	34 457
Regierungsbezirk Stuttgart	1 639 204	61 970 109	37 805
Stadtkreise			
Baden-Baden	26 683	943 849	35 373
Karlsruhe	170 631	6 451 867	37 812
Landkreise			
Karlsruhe	120 256	4 082 191	33 946
Rastatt	76 875	2 716 367	35 335
Region Mittlerer Oberrhein	394 445	14 194 274	35 985
Stadtkreise			
Heidelberg	82 253	3 106 011	37 762
Mannheim	197 657	8 131 418	41 139
Landkreise			
Neckar-Odenwald-Kreis	44 831	1 388 497	30 972
Rhein-Neckar-Kreis	145 442	4 776 904	32 844
Region Unterer Neckar	470 183	17 402 830	37 013
Stadtkreis			
Pforzheim	64 176	2 254 068	35 123
Landkreise			
Calw	43 253	1 364 026	31 536
Enzkreis	51 007	1 657 492	32 495
Freudenstadt	38 395	1 238 049	32 245
Region Nordschwarzwald	196 831	6 513 635	33 093
Regierungsbezirk Karlsruhe	1 061 459	38 110 738	35 904
Stadtkreis			
Freiburg im Breisgau	103 337	3 616 846	35 000
Landkreise			
Breisgau-Hochschwarzwald	62 706	1 855 621	29 592
Emmendingen	41 067	1 259 320	30 665
Ortenaukreis	149 470	4 934 148	33 011
Region Südlicher Oberrhein	356 580	11 665 935	32 716
Landkreise			
Rottweil	51 819	1 711 135	33 021
Schwarzwald-Baar-Kreis	85 929	2 928 933	34 086
Tuttlingen	48 112	1 597 100	33 195
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	185 860	6 237 168	33 558
Landkreise			
Konstanz	93 051	3 141 491	33 761
Lörrach	73 885	2 464 123	33 351
Waldshut	54 847	1 752 253	31 948
Region Hochrhein-Bodensee	221 783	7 357 867	33 176
Regierungsbezirk Freiburg	764 223	25 260 970	33 054
Landkreise			
Reutlingen	100 345	3 593 395	35 810
Tübingen	60 673	2 063 245	34 006
Zollernalbkreis	74 787	2 374 789	31 754
Region Neckar-Alb	235 805	8 031 429	34 060
Stadtkreis			
Ulm	81 178	2 939 910	36 216
Landkreise			
Alb-Donau-Kreis	43 346	1 370 665	31 621
Biberach	58 952	1 959 418	33 238
Region Donau-Iller³⁾	183 476	6 269 993	34 173
Landkreise			
Bodenseekreis	70 320	2 515 534	35 773
Ravensburg	91 460	2 965 857	32 428
Sigmaringen	42 252	1 345 875	31 854
Region Bodensee-Oberschwaben	204 032	6 827 266	33 462
Regierungsbezirk Tübingen	623 313	21 128 687	33 897
Baden-Württemberg	4 088 199	146 470 505	35 828

¹⁾ Beamte, Richter, Angestellte, Facharbeiter, Gesellen, sonstige Arbeiter, Auszubildende (einschließlich Anlernlinge, Umschüler, Praktikanten und Volontäre). – ²⁾ Löhne und Gehälter insgesamt geteilt durch die Anzahl der Arbeitnehmer insgesamt. – ³⁾ Soweit Land Baden-Württemberg.

⁴ Um diesen Wert vollständig mit dem Durchschnittswert aus der Arbeitsstättenzählung vergleichen zu können, ist zu beachten, daß bei der Jahreserhebung im Einzelhandel Beschäftigte und nicht Arbeitnehmer in die Berechnung mit eingegangen sind. Außerdem sind aufgrund einer Abschneidegrenze beim Umsatz nicht alle Beschäftigte in diesem Mittelwert berücksichtigt.

das Gaststättengewerbe – um bei den erwähnten Beispielen zu bleiben – einen Anteil von 31% an Teilzeitbeschäftigten bzw. -beschäftigungsfällen, das Wäscherei- und Reinigungsgewerbe von 42% und die Gebäudereinigung sogar von 79%. Der betreffende Anteil an der Summe aller Wirtschaftsabteilungen lag – zum Vergleich – bei 16%. Es ist zudem zu berücksichtigen, daß es in verschiedenen Branchen im Bereich der privaten Dienstleistungen – wie zum Beispiel Gebäudereinigung oder Gaststättengewerbe – häufig üblich ist, sogenannte geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer einzustellen. Die Löhne und Gehälter dieser Mitarbeiter lagen mit 410 DM monatlich bzw. mit weniger als 19 Wochenarbeitsstunden unterhalb der Grenze zur Sozialversicherungspflicht und hatten einen entsprechend senkenden Einfluß auf die Durchschnittswerte.

Stuttgart weit an der Spitze

Aus der regionalen Verteilung der durch die Arbeitsstättenzählung ermittelten Lohn- und Gehaltssummen können –

als wichtigstem Teil der Wertschöpfung – Rückschlüsse auf die Wirtschaftskraft einer Region gezogen werden. Schlußfolgerungen zur regionalen Verteilung von Kaufkraftpotenzialen erfahren allerdings dadurch eine Einschränkung, daß die Löhne und Gehälter von Berufspendlern am Arbeits- und nicht am Wohnort nachgewiesen werden.

Über zwei Fünftel der insgesamt in Baden-Württemberg gezahlten Löhne und Gehälter entfielen auf den Regierungsbezirk Stuttgart (62 Mrd. DM), gefolgt vom Regierungsbezirk Karlsruhe mit 38,1 Mrd. DM. Die Durchschnittswerte je Arbeitnehmer errechnen sich in beiden Regierungsbezirken mit 37 800 DM bzw. 35 900 DM. Bei den Stadt- und Landkreisen lag Stuttgart sowohl hinsichtlich der gesamten Lohn- und Gehaltssumme (17,8 Mrd. DM) wie auch der Durchschnittsentgelte (42 800 DM) landesweit an der Spitze. Insgesamt läßt sich sagen, daß die Durchschnittsverdienste in den Stadtkreisen höher waren als in den jeweils umliegenden Landkreisen der wirtschaftlichen Ballungszentren (*Tabelle 2*).

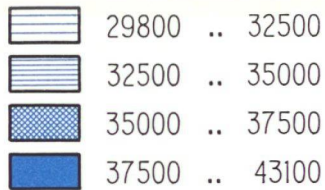
Dipl.-Kaufmann Uwe Götz

Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1986

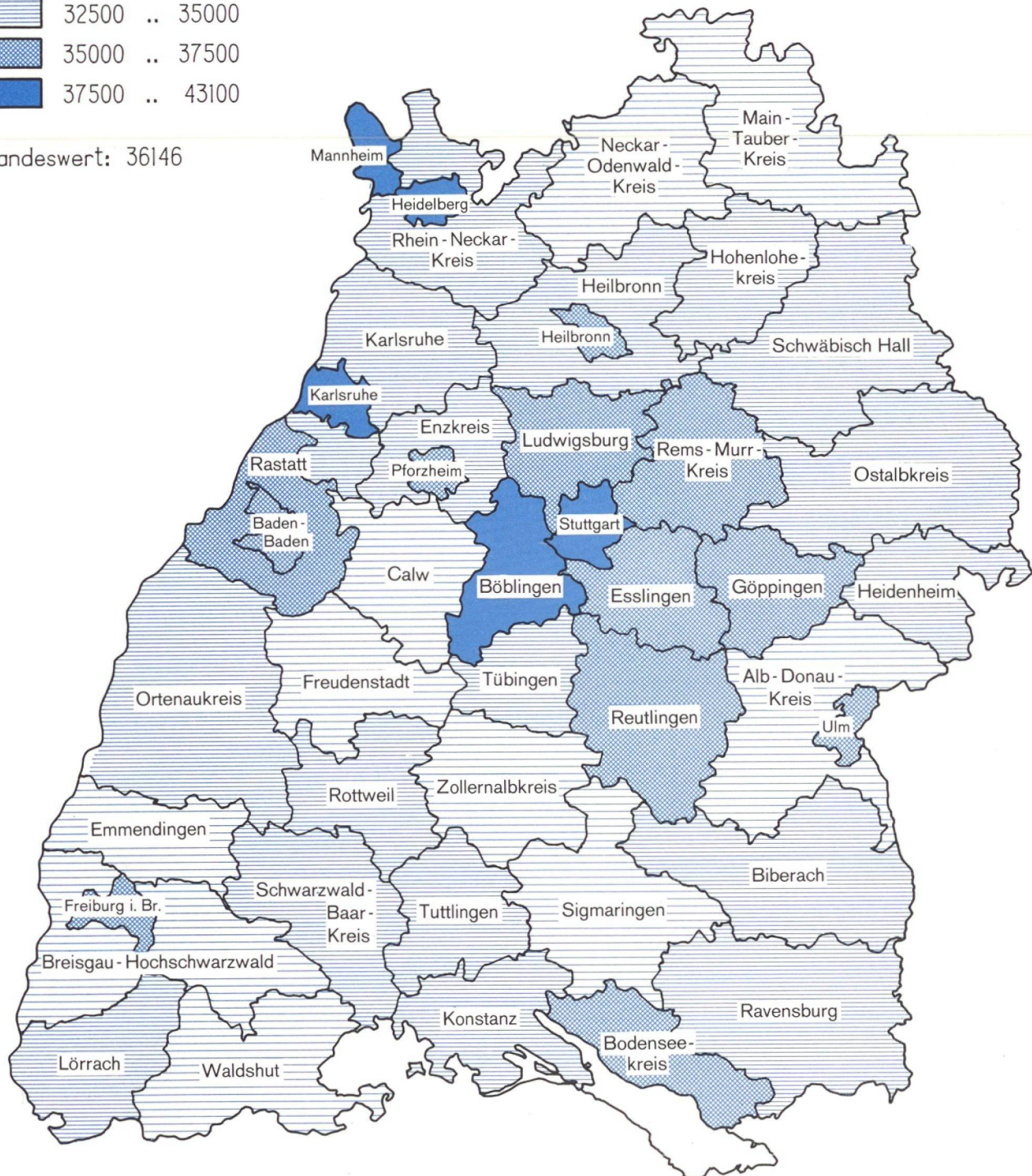
- Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung -

In DM

von .. bis unter



Landeswert: 36146



Unternehmen und deren Beschäftigte in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987

Neben wichtigen wirtschaftsstatistischen Basisdaten über Arbeitsstätten als kleinsten örtlichen Einheiten¹ wurden im Rahmen der Arbeitsstättenzählung 1987 auch Daten über Unternehmen erhoben. Als Unternehmen gilt hierbei die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und den Ertrag ermittelt. Da sowohl in Baden-Württemberg als auch im Bundesgebiet über 95% der Unternehmen nur aus einer Arbeitsstätte bestanden, waren folglich bei diesen Einbetriebsunternehmen die Angaben zu Arbeitsstätte und Unternehmen identisch. Die verbleibenden 5% Mehrbetriebsunternehmen hingegen umfaßten mehrere Arbeitsstätten, das heißt eine Haupt- und eine oder mehrere Zweigniederlassungen. Die Hauptniederlassungen dieser Mehrbetriebsunternehmen hatten – neben Angaben für sich selbst als Arbeitsstätte – auch Daten für das gesamte von ihnen aus geleitete Unternehmen anzugeben. Damit ersetzten die Unternehmensangaben von Ein- und Mehrbetriebsunternehmen bei dieser alle Wirtschaftsbereiche umfassenden Großzählung eine faktisch unmögliche Zusammenführung der Daten der einzelnen Arbeitsstätten zu Unternehmensergebnissen.

Im folgenden sollen nun die ersten Unternehmensergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 für Baden-Württemberg dargestellt werden. Es bleibt zu erwähnen, daß für Organisationen ohne Erwerbszweck sowie für Gebietskörperschaften und Sozialversicherung – dem nichterwerbswirtschaftlichen Bereich der Wirtschaft – keine Unternehmensergebnisse vorliegen.

¹ Als Arbeitsstätte gilt jede örtliche Einheit, in der eine oder mehrere Personen unter einheitlicher Leitung regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig sind.

Mehr Unternehmen und Beschäftigte im Dienstleistungsbereich

In Baden-Württemberg wurden am Zählungstichtag 339 411 Unternehmen mit 3 660 572 Beschäftigten bzw. Beschäftigungsfällen² außerhalb der eigentlichen Land- und Forstwirtschaft ermittelt. Gegenüber der letzten Arbeitsstättenzählung im Jahre 1970 nahm damit die Zahl der Unternehmen um 17,4% und die der Beschäftigten um 9,2% zu. Somit liegen die Zuwachsraten sowohl bei der Zahl der Unternehmen als auch der tätigen Personen im Land erheblich über dem Plus von 10,1% bzw. 3,1% im Bundesgebiet (Tabelle 1).

Ebenso wie bei den Arbeitsstätten³ belegen auch die Unternehmensergebnisse in Baden-Württemberg – als eine der wichtigsten Erkenntnisse – die zunehmende Tertiarisierung der Wirtschaft. Nahm die Zahl der Arbeitsstätten seit 1970 bei Handel, Verkehr, Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie bei Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht, – dem privaten Dienstleistungsbereich also – um über ein Drittel und die der Beschäftigten um 49,2% zu, so zeigt sich bei den Unternehmenszahlen fast das gleiche Bild. Hier sind seit der letzten Erhebung knapp ein Drittel an Unternehmen und 50,4% an Beschäf-

² Bei der Arbeitsstättenzählung werden Beschäftigungsfälle ermittelt, das heißt, daß die ausgewiesene Beschäftigtenzahl auch Mehrfachbeschäftigungen – zum Beispiel bei Ausübung zweier verschiedener Teilzeittätigkeiten einer Person – beinhaltet.

³ Vgl. Meyer-Haizt, Doris; Gölz, Uwe: Die Arbeitsstättenzählung 1987 in Baden-Württemberg, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 3/89, S. 108 ff.

Tabelle 1

Unternehmen und Beschäftigte im Bundesgebiet 1987 und 1970 nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftliche Gliederung	Unternehmen			Beschäftigte		
	am 25. Mai 1987	am 27. Mai 1970	Veränderung 1987 gegenüber 1970	am 25. Mai 1987	am 27. Mai 1970	Veränderung 1987 gegenüber 1970
	Anzahl		%	Anzahl		%
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ¹⁾	28 195	18 649	+ 51,2	137 958	91 089	+ 51,5
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	3 010	3 327	- 9,5	485 183	525 245	- 7,6
Verarbeitendes Gewerbe	336 560	409 027	- 17,7	8 581 914	10 188 166	- 15,8
Baugewerbe	181 598	164 909	+ 10,1	1 864 592	2 309 381	- 19,3
Handel	585 073	646 898	- 9,6	3 880 167	3 608 358	+ 7,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	81 039	73 964	+ 9,6	1 513 583	1 444 901	+ 4,8
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	80 052	43 417	+ 84,4	979 435	660 536	+ 48,3
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	802 324	544 919	+ 47,2	4 473 807	2 427 839	+ 84,3
Zusammen	2 097 851	1 905 110	+ 10,1	21 916 639	21 255 515	+ 3,1

¹⁾ Nur Unternehmen, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetriebe gelten.

Tabelle 2

Unternehmen und Beschäftigte in Baden-Württemberg 1987 und 1970 nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftliche Gliederung	Unternehmen			Beschäftigte		
	am 25. Mai 1987	am 27. Mai 1970	Veränderung 1987 gegenüber 1970	am 25. Mai 1987	am 27. Mai 1970	Veränderung 1987 gegenüber 1970
	Anzahl		%	Anzahl		%
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ¹⁾	5 064	3 673	+ 37,9	27 312	17 051	+60,2
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	567	539	+ 5,2	36 111	32 466	+ 11,2
Verarbeitendes Gewerbe	65 361	74 052	- 11,7	1 864 765	2 005 563	- 7,0
Baugewerbe	31 019	30 365	+ 2,2	310 877	350 482	- 11,3
Handel	86 109	84 400	+ 2,0	545 492	463 092	+ 17,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	11 075	9 290	+ 19,2	79 198	57 922	+ 36,7
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	13 831	8 125	+ 70,2	132 198	84 195	+ 57,0
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	126 385	78 578	+ 60,8	664 619	340 106	+ 95,4
Zusammen	339 411	289 022	+ 17,4	3 660 572	3 350 877	+ 9,2

¹⁾ Nur Unternehmen, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetriebe gelten.

tigten hinzugekommen. Damit befanden sich über zwei Drittel der kleinsten rechtlichen Einheiten (237 400) mit fast zwei Fünftel der Arbeitsplätze des Landes (1,4 Mill.) in diesem immer bedeutender werdenden Wirtschaftsbereich. Ein Vergleich zum Bundesgebiet zeigt, daß hier die Unternehmens- und Beschäftigtenanteile der privaten Dienstleistungen – nach absoluten Zunahmen von lediglich 18,3% bzw. 33,2% – sogar bei 73,8% bzw. 49,5% lagen.

Das Produzierende Gewerbe hingegen mußte bei der Zahl der Unternehmen und Beschäftigten im Land weniger starke Einbußen hinnehmen (-7,6% bzw. -7,4%) als im Bund (-9,7% bzw. -16,1%). Auf diesen Bereich der baden-württembergischen Wirtschaft entfielen damit nur noch stark ein Viertel der Unternehmen (96 900) und drei Fünftel der tätigen Personen (2,2 Mill.). Im Bundesgebiet lagen diese Anteile bei 24,8% und 49,9%. Das bedeutet, daß im Bundesgebiet gleich viele Menschen in Unternehmen des Produzierenden Gewer-

bes wie des privaten Dienstleistungsbereichs beschäftigt waren, während die meisten Arbeitsplätze in Baden-Württemberg doch noch im Produzierenden Gewerbe lagen.

Eine Untersuchung der Unternehmensergebnisse nach den einzelnen Wirtschaftsabteilungen zeigt, daß hinsichtlich der Zahl der Unternehmen die Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht, an der Spitze standen (Tabelle 2). Fast zwei Fünftel aller Unternehmen des Landes (126 400) waren – nach einer Zunahme von über 60% gegenüber 1970 – dieser Wirtschaftsabteilung zuzuordnen. Hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten lag jedoch – trotz eines Rückgangs von 7% – nach wie vor das Verarbeitende Gewerbe an erster Stelle. Hier hat noch immer die Hälfte aller in Unternehmen tätigen Personen in Baden-Württemberg (1,9 Mill.) einen Arbeitsplatz. Die Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht, die ihre Beschäftigtenzahl seit der letzten Erhebung fast verdoppeln

Tabelle 3

Unternehmen und Beschäftigte in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1987 und 1970 nach Wirtschaftsabteilungen Anteile in %

Wirtschaftliche Gliederung	Unternehmen				Beschäftigte			
	am 25. Mai 1987		am 27. Mai 1970		am 25. Mai 1987		am 27. Mai 1970	
	Anteil am							
	Landesergebnis	Bundesergebnis	Landesergebnis	Bundesergebnis	Landesergebnis	Bundesergebnis	Landesergebnis	Bundesergebnis
Land- und Forstwirtschaft								
Fischerei ¹⁾	1,5	1,3	1,3	1,0	0,7	0,6	0,5	0,4
Energie- und Wasser-								
versorgung, Bergbau	0,2	0,1	0,2	0,2	1,0	2,2	1,0	2,5
Verarbeitendes Gewerbe	19,3	16,0	25,6	21,5	50,9	39,2	59,9	47,9
Baugewerbe	9,1	8,7	10,5	8,7	8,5	8,5	10,5	10,9
Handel	25,4	27,9	29,2	34,0	14,9	17,7	13,8	17,0
Verkehr und Nachrichten-								
übermittlung	3,3	3,9	3,2	3,9	2,2	6,9	1,7	6,8
Kreditinstitute und								
Versicherungsgewerbe	4,1	3,8	2,8	2,3	3,6	4,5	2,5	3,1
Dienstleistungen, soweit								
von Unternehmen und								
Freien Berufen erbracht	37,2	38,2	27,2	28,6	18,2	20,4	10,2	11,4
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Nur Unternehmen, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetriebe gelten.

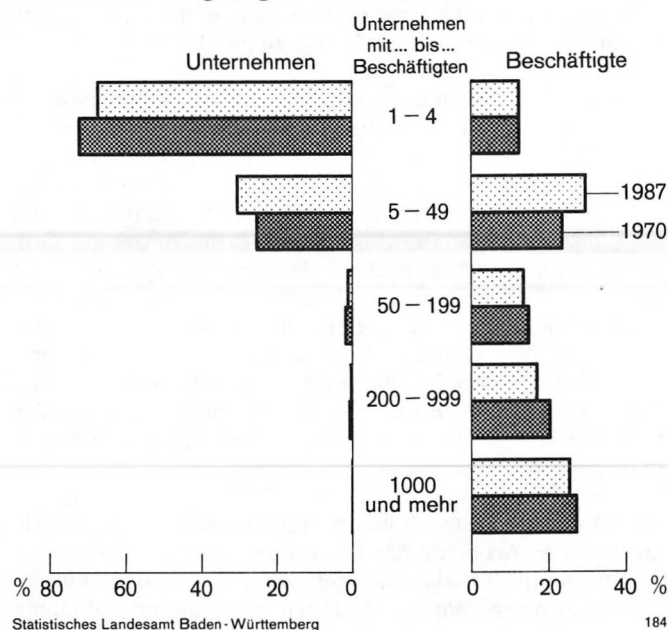
konnten, lagen mit knapp einem Fünftel der besetzten Arbeitsplätze (664 000) nunmehr an zweiter Stelle. Bei einem Vergleich mit den Unternehmensergebnissen im Bundesgebiet (Tabelle 3) zeigt sich eine ähnliche – wenn auch weniger stark ausgeprägte – Entwicklung wie im Land.

Kleinere und mittlere Unternehmen gewinnen an Bedeutung

Um einen Einblick in die Unternehmensgrößenstruktur der baden-württembergischen Wirtschaft zu erhalten, bedarf es einer Untersuchung der Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 nach Beschäftigtengrößenklassen (Schaubild). Dabei zeigt sich, daß nach wie vor die kleinen Unternehmen dominierten. Über zwei Drittel der Unternehmen im Land (229 000) hatten zum Stichtag weniger als fünf, fast ein Drittel (103 000) zwischen 5 und 49 und nur zwei Prozent (7 400) mehr als 50 Beschäftigte. Im Vergleich zu 1970 hat damit die Größenklasse zwischen 5 und 49 Beschäftigten ihren Anteil um 5,2 Prozentpunkte ausbauen können, hauptsächlich zu Lasten des Anteils der Unternehmen mit weniger als fünf Beschäftigten (–4,9 Prozentpunkte).

Ein anderes Bild bietet sich, wenn man die Beschäftigtenanteile an den Größenklassen betrachtet. Es waren zwar nach wie vor weit über die Hälfte (2,1 Mill.) der Arbeitskräfte in baden-württembergischen Unternehmen mit 50 und mehr Personen tätig; über ein Viertel arbeitete sogar in den 281 Unternehmen mit mehr als 1 000 Beschäftigten. Jedoch ist der Anteil dieser größeren und großen Unternehmen an den Arbeitsplätzen insgesamt seit der letzten Erhebung rückläufig (von 63,2% auf 57,1%). Die Größenklasse von 5 bis 49 Beschäftigten hingegen konnte ihren Arbeitsplätzeanteil um entsprechende 6 Prozentpunkte ausbauen. Fast ein Drittel der Arbeitskräfte (1,1 Mill.) waren in Unternehmen dieser Beschäftigtengrößenklasse tätig, so daß der Unternehmens- und der Beschäftigtenanteil an der Landessumme hier die gleiche Bedeutung hatten. Der Beschäftigtenanteil der Unternehmen mit weniger als fünf Arbeitskräften blieb mit 13% (470 000) seit der letzten Erhebung konstant.

Unternehmen und Beschäftigte in Baden-Württemberg 1987 und 1970 nach Beschäftigtengrößenklassen



Eine Untersuchung nach Beschäftigtengrößenklassen in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen zeigt, daß die kleinbetriebliche Struktur der Unternehmen besonders im Dienstleistungsbereich stark ausgeprägt ist (Tabelle 4). So arbeiteten in fast drei Viertel der Unternehmen mit Schwerpunkt bei Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht, weniger als fünf Personen. Der Beschäftigtenanteil betrug hier stark ein Viertel. Damit waren in dieser Größenklasse in etwa ebenso viele Arbeitskräfte tätig wie in dem knappen Prozent der Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten. Die Zunahme des Arbeitsplatzanteils (+9 Prozentpunkte) der großen Unternehmen dieser Wirtschaftsabteilung wird allerdings – entgegen der Ent-

Tabelle 4

Unternehmen und Beschäftigte in Baden-Württemberg 1987 nach Beschäftigtengrößenklassen und Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftszweig	Unternehmen	Beschäftigte	Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten									
	am 25. Mai 1987		1–4		5–49		50–199		200–999		1 000 und mehr	
	insgesamt		Unternehmen	Beschäftigte	Unternehmen	Beschäftigte	Unternehmen	Beschäftigte	Unternehmen	Beschäftigte	Unternehmen	Beschäftigte
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ¹⁾	5 064	27 312	3 345	7 085	1 686	17 399	32	2 623	1	205	–	–
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	567	36 111	293	600	193	2 700	51	4 991	23	9 035	7	18 785
Verarbeitendes Gewerbe	65 361	1 864 765	33 350	71 494	27 943	353 290	2 845	274 253	1 039	410 823	184	754 905
Baugewerbe	31 019	310 877	14 865	34 990	15 442	171 941	620	54 502	84	30 089	8	19 355
Handel	86 109	545 492	64 486	129 206	20 598	211 499	825	72 629	169	66 615	31	65 543
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	11 075	79 198	7 973	15 746	2 921	34 288	152	13 137	27	11 598	2	4 429
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	13 831	132 198	12 353	20 324	1 160	15 526	218	21 549	80	35 573	20	39 226
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	126 385	664 619	92 424	188 999	33 022	295 003	739	66 887	171	62 854	29	50 876
Zusammen	339 411	3 660 572	229 089	468 444	102 965	1 101 646	5 482	510 571	1 594	626 792	281	953 119

¹⁾ Nur Unternehmen, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetriebe gelten.

wicklung der Wirtschaftsabteilungen insgesamt – durch eine überdurchschnittlich hohe Anzahl von Teilzeitbeschäftigten relativiert. Vor allem in Unternehmen der Gebäudereinigung, durch die dieser Zuwachs in erster Linie zustande kam, wird überwiegend in Teilzeit gearbeitet.

Neben den Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht, wurden auch Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe stark vom Kleinunternehmen bestimmt. Dabei ist es allerdings auffallend, daß hinsichtlich der Verteilung der Beschäftigten auf die einzelnen Größenklassen das Kredit- und Versicherungsgewerbe ein ähnliches Bild aufweist wie das Verarbeitende Gewerbe. Dieses Bild kommt zum einen durch einige sehr große Mehrbetriebsunternehmen des Sparkassenwesens mit einer Vielzahl von Beschäftigten zustande, zum anderen durch viele kleine Einbetriebsunternehmen, die die Vermittlung von Bankgeschäften und Versicherungen betreiben.

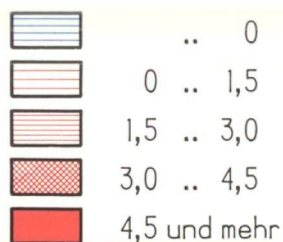
Beim Verarbeitenden Gewerbe schließlich gab es die weit aus meisten Arbeitsplätze in Unternehmen der oberen Beschäftigtengrößenklassen. Mehr als drei Viertel der tätigen Personen dieser Wirtschaftsabteilung entfielen auf Unternehmen mit 50 und mehr Arbeitskräften, zwei Fünftel sogar

auf Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten. Diese Häufung von Arbeitsplätzen in Großunternehmen – bei denen es sich in der Hauptsache um Mehrbetriebsunternehmen handelt – wird nur noch von der Wirtschaftsabteilung Energie- und Wasserversorgung, Bergbau übertroffen. Hier arbeiteten über 90% aller tätigen Personen in Unternehmen mit 50 und mehr, über 50% sogar in Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten. Hingegen lagen die meisten Arbeitsplätze im Baugewerbe (55%) in der Größenklasse zwischen 5 und 49 Beschäftigten.

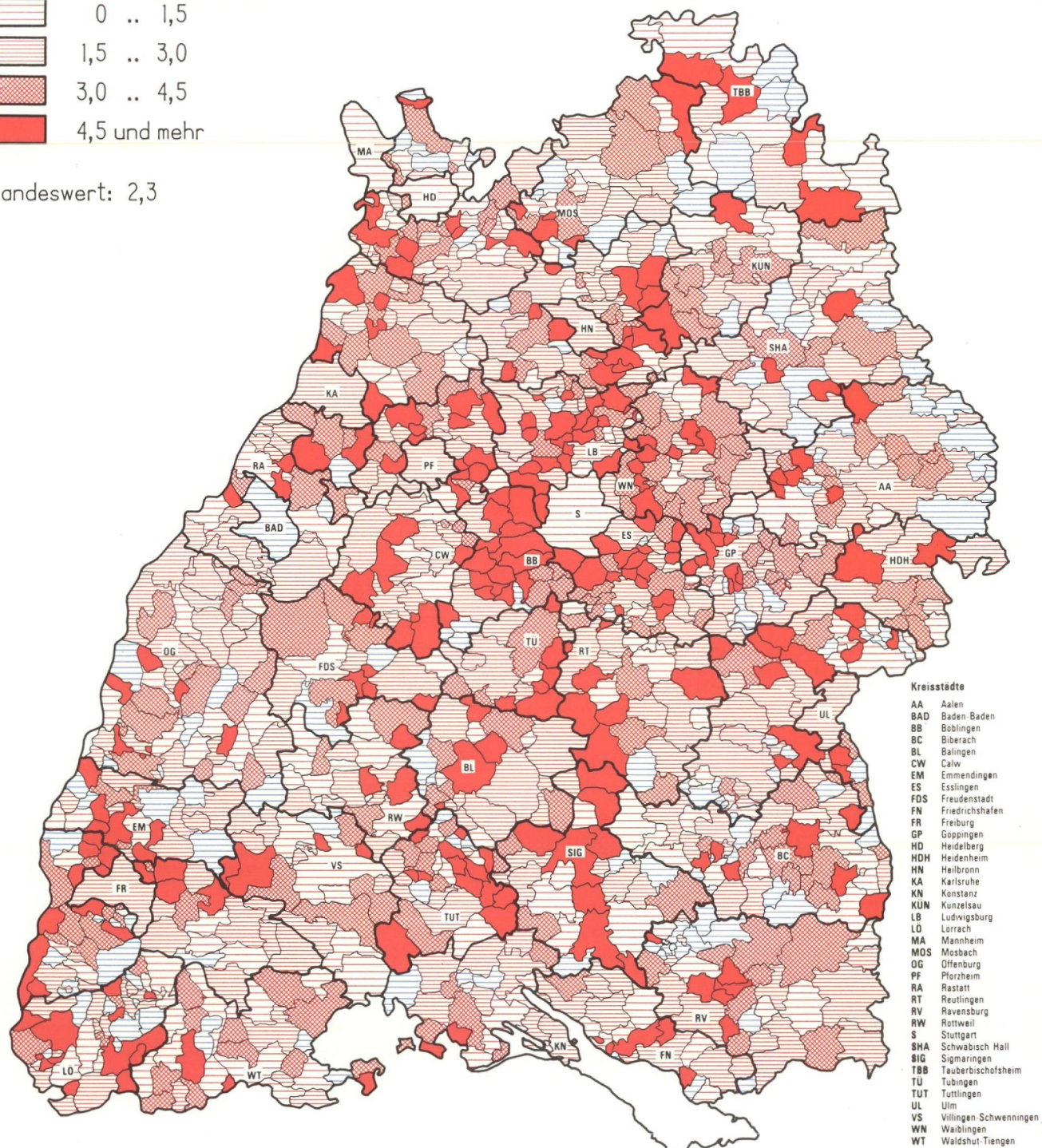
Anhand der vorangegangenen Ausführungen wird deutlich, daß die Unternehmen in Baden-Württemberg seit der letzten Arbeitsstättenzählung erwartungsgemäß einen ähnlichen Entwicklungsschwerpunkt zu verzeichnen hatten wie die Arbeitsstätten, da es sich überwiegend um Einbetriebsunternehmen handelte. Das bedeutet, daß sich auch hier der tertiäre Sektor stark ausweiten konnte. Andererseits waren hinsichtlich der Unternehmensgröße keine Konzentrationstendenzen der Wirtschaft – zumindest für Baden-Württemberg insgesamt – zu beobachten. Nach wie vor hatten hier kleine und mittlere Unternehmen ein großes Gewicht. Die Unternehmen, in denen zwischen 5 und 49 Personen beschäftigt waren, erlangten sogar zunehmende Bedeutung.

Dipl.-Kaufmann Uwe Gölz

von .. bis unter



Landeswert: 2,3



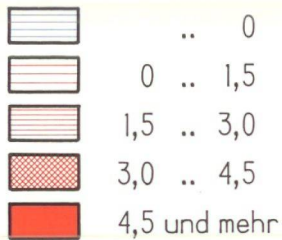
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

Beschäftigtenentwicklung im Dienstleistungssektor in den Gemeinden Baden-Württembergs 1987 gegenüber 1970

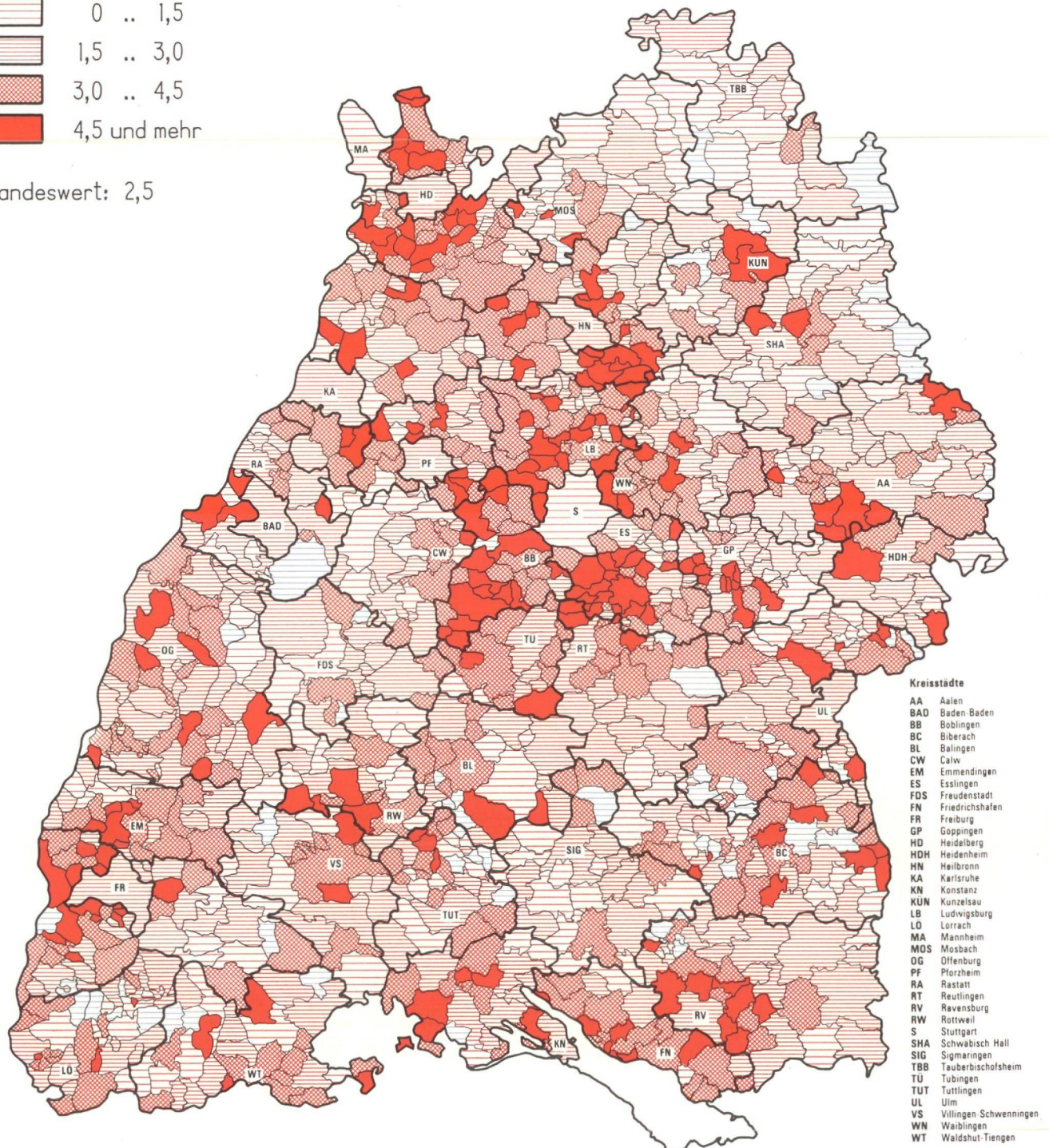
- Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen -

Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 2,5



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

550 90

Dienstleistungen in Baden-Württemberg im Vergleich der Länder und Regionen

Ein Überblick mit Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung 1987

Im Hinblick auf die Vollendung des europäischen Binnenmarktes nach 1992 sowie im Zuge der revolutionären Veränderungen in Mittel- und Osteuropa ist damit zu rechnen, daß die bisherigen staatlichen Grenzen insgesamt an Bedeutung verlieren werden. Das Europa der Zukunft dürfte weniger ein Europa der Staaten als überwiegend ein Europa der Regionen sein. Mit diesem Beitrag soll daher nicht nur die Stellung Baden-Württembergs im Vergleich zu anderen Bundesländern betrachtet, sondern es sollen auch einige Regionen des Landes denen anderer Länder gegenübergestellt werden. Im Vordergrund steht dabei der Dienstleistungsbereich. Basis dieser Untersuchung sind die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987, da sie den heterogenen Bereich der Dienstleistungen im Rahmen der amtlichen Statistik am differenziertesten abbilden. Zudem bietet diese Totalerhebung durch die Erfassung sämtlicher Beschäftigter bzw. Beschäftigungsfälle¹ am Arbeitsort (einschließlich tätiger Inhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger) den besten Überblick über die Arbeitsplatzversorgung des Landes. Es muß allerdings einschränkend hinzugefügt werden, daß über den intensiven Prozeß der Tertiarisierung innerhalb des sekundären Bereichs anhand der vorliegenden Daten keine Aussagen möglich sind und somit nur der institutionell abgegrenzte Dienstleistungssektor dargestellt werden kann.

Beschäftigte in den Ländern überwiegend im tertiären Sektor tätig

Insgesamt wurden in den im Rahmen der Arbeitsstättenzählung 1987 in Baden-Württemberg festgestellten rund 425 000 Arbeitsstätten² knapp 4,5 Mill. Beschäftigte ermittelt. Das waren 15,5% mehr als bei der letzten Erhebung im Jahre 1970. Für den Dienstleistungsbereich allein ergab sich nach *Tabelle 1* sogar eine Zunahme von 54,0% (+851 000 Beschäftigte) und damit der höchste Wert aller Länder hinter Bayern (+56,7%). Demgegenüber ging die Zahl der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe (einschließlich gewerblicher Land- und Forstwirtschaft) um 10,6% (-246 000) zurück.

Bei einem Vergleich der einzelnen Bundesländer belegen die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 allerdings die starke Position des Produzierenden Gewerbes in Baden-Württemberg. Der Anteil dieses Wirtschaftsbereichs an der Gesamtbeschäftigung im Land liegt mit 46,1% nach wie vor an der Spitze aller Länder, gefolgt von Bayern mit 43,5% und dem Saarland mit 42,0%. Dennoch arbeiten auch in Baden-Württemberg die meisten Menschen im tertiären Sektor. Hinsichtlich des Beschäftigtenanteils (53,9%) rangiert das Land jedoch nach wie vor hinter Bayern (56,5%) an letzter Stelle im Bundesgebiet. Anders hinge-

¹ Bei der Arbeitsstättenzählung werden Beschäftigungsfälle ermittelt, das heißt, daß die ausgewiesene Beschäftigtenzahl auch Mehrfachbeschäftigungen – zum Beispiel bei Ausübung zweier verschiedener Teilzeittätigkeiten einer Person – beinhaltet.

² Arbeitsstätten im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der Binnenfischerei wurden nur erfaßt, sofern sie bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetrieb galten.

Tabelle 1
Beschäftigte in den Bundesländern 1987 gegenüber 1970 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Nr. der WZ-Systematik 1979	Berlin	Hamburg	Bremen	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Saarland	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern
Veränderung 1987 gegenüber 1970 in %												
Produzierendes Gewerbe ¹⁾	0-3	-33,1	-41,9	-27,5	-15,2	-21,3	-23,8	-19,4	-18,9	-10,4	-10,6	-4,1
Handel	4	-14,4	-15,7	-10,1	+14,4	+4,7	+4,9	+11,6	-2,2	-0,4	+20,4	+22,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	5	-1,2	-22,3	-20,5	+10,5	+2,6	+5,0	+18,8	+2,1	+4,2	+13,9	+14,7
Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4-5	-10,7	-18,2	-14,7	+13,3	+4,2	+5,0	+13,8	-1,0	+0,8	+18,6	+20,0
Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe	6	+23,8	+16,3	+19,4	+48,1	+42,3	+42,1	+49,0	+40,2	+65,4	+54,4	+61,0
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen u. freien Berufen erbracht	7	+76,9	+97,8	+39,8	+89,3	+75,6	+97,4	+87,5	+94,7	+88,6	+107,8	+114,8
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe u. Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	6-7	+68,9	+76,2	+35,4	+81,8	+68,9	+85,8	+78,5	+83,3	+84,5	+95,8	+103,1
Private Dienstleistungen	4-7	+22,0	+14,9	+0,4	+39,0	+27,6	+34,1	+39,3	+28,0	+31,4	+49,2	+52,5
Organisationen ohne Erwerbszweck	8	+86,3	+36,6	+90,4	+131,7	+111,0	+81,2	+81,3	+127,6	+103,3	+122,4	+134,6
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	9	+33,2	+28,1	+30,2	+36,9	+43,8	+49,3	+52,4	+27,6	+25,7	+55,2	+55,2
Öffentliche Dienstleistungen	8-9	+40,6	+29,5	+38,2	+48,4	+55,5	+57,3	+58,2	+42,7	+39,3	+66,1	+67,9
Dienstleistungen zusammen	4-9	+28,6	+17,8	+8,9	+42,0	+35,6	+40,2	+44,0	+32,3	+34,0	+54,0	+56,7
Insgesamt	0-9	+1,6	-3,6	-6,5	+16,1	+8,8	+4,8	+11,7	+4,6	+11,8	+15,5	+22,8

¹⁾ Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, zuzüglich gewerbliche Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.

Tabelle 2

Beschäftigte in den Bundesländern 1987 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Nr. der WZ-Systematik 1979	Berlin	Hamburg	Bremen	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Saarland	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern
		Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten im Land in %										
Produzierendes Gewerbe ¹⁾	0-3	28,8	21,6	32,9	33,2	37,2	40,2	36,7	42,0	40,1	46,1	43,5
Handel	4	12,9	18,0	16,9	16,8	16,3	15,7	15,5	14,6	13,8	13,3	14,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	5	5,9	10,3	11,7	5,9	5,6	6,4	7,3	5,6	5,3	4,7	5,2
Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4-5	18,8	28,3	28,6	22,7	21,9	21,1	22,8	20,2	19,1	17,9	19,2
Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe	6	2,7	5,8	3,7	3,2	3,4	3,4	4,5	3,1	3,2	3,4	3,6
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen u. freien Berufen erbracht	7	22,1	27,2	15,8	18,6	16,7	17,7	18,7	16,5	16,9	16,0	17,3
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe u. Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	6-7	24,8	33,0	19,5	21,8	20,2	21,0	23,2	19,7	20,1	21,4	20,9
Private Dienstleistungen	4-7	43,7	61,3	48,0	44,5	42,1	42,2	46,0	39,9	39,3	37,3	40,1
Organisationen ohne Erwerbszweck	8	5,1	3,0	3,5	4,2	4,9	5,1	4,0	4,4	5,3	3,6	3,7
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	9	22,4	14,1	15,5	18,1	15,8	12,5	13,3	13,7	15,3	13,0	12,7
Öffentliche Dienstleistungen	8-9	27,5	17,1	19,1	22,4	20,7	17,6	17,3	18,1	20,6	16,6	16,4
Dienstleistungen zusammen	4-9	71,2	78,4	67,1	66,8	62,8	59,8	63,3	58,0	59,9	53,9	56,5
Insgesamt	0-9	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, zuzüglich gewerbliche Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.

gen die Stadtstaaten Hamburg (78,4%), Berlin (71,2%) und Bremen (67,1%), wo – genau konträr zum Produzierenden Gewerbe – der sektorale Anteil der Dienstleistungen erheblich größer ist als in den Flächenstaaten.

Auch bei einer Unterteilung des Bereichs in private und öffentliche Dienstleistungen stehen den mit an der Spitze liegenden absoluten Zunahmen vergleichsweise geringe Beschäftigtenanteile im Land gegenüber. Dabei umfassen die privaten Dienstleistungen den Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute und Versicherungen sowie Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen, während Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung als öffentliche Dienstleistungen gelten. Nach *Tabelle 2* ergibt sich für Baden-Württemberg 1987 bei den privaten Dienstleistungen ein Beschäftigtenanteil von 37,3% und damit lediglich der kleinste Anteilswert eines Bundeslandes. Die Stadtstaaten Hamburg und Bremen liegen mit 61,3% bzw. 48,0% an vorderster Stelle. Bei den öffentlichen Dienstleistungen hat das Land mit 16,6% den vorletzten Platz in der Reihe der Bundesländer inne, die von Berlin (27,5%) – dem Sitz zahlreicher großer Behörden – und Schleswig-Holstein (22,4%) angeführt wird.

Dienstleistungsbesatz

Ein anderes Bild bietet sich hingegen, wenn man die zum Stichtag ermittelten Beschäftigungsfälle im Dienstleistungsbereich in Relation zur Wohnbevölkerung³ am 25. Mai 1987 setzt und somit den Dienstleistungsbesatz ermittelt. Auf diese Weise bekommt man zum einen Informationen über den Versorgungsgrad der Bevölkerung mit Dienstleistungsarbeitsplätzen. Zum anderen kann dieser Faktor als hilfsweiser Grobindikator für das Dienstlei-

stungsangebot bzw. die Dienstleistungsversorgung angesehen werden. Für Baden-Württemberg ergibt sich im gesamten tertiären Sektor ein Besatz von 261 Beschäftigten je 1 000 Einwohner. Das sind 84 Beschäftigte mehr als im Jahre 1970. Damit konnte sich das Land auf einen guten Mittelplatz in der Reihe der anderen Bundesländer verbessern. Unter den Flächenländern ist Baden-Württemberg – hinter Hessen mit 293 Beschäftigten je 1 000 Einwohner – sogar am zweitbesten mit Dienstleistungsarbeitsplätzen ausgestattet. Dabei wurden mit 181 im privaten und 80 Beschäftigten je 1 000 Einwohner im öffentlichen Dienstleistungsbereich gegenüber der letzten Erhebung (126 bzw. 51 Beschäftigte je 1 000 Einwohner) weit höhere Werte erreicht. Nach *Tabelle 3* weist Baden-Württemberg 1987 somit den drittbesten Versorgungsgrad unter den Flächenländern hinter Hessen und Bayern bei den privaten und hinter Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz bei den öffentlichen Dienstleistungen auf. Im Jahre 1970 lag das Land hier noch auf vierter bzw. fünfter Position unter den Flächenstaaten.

Gute Position Baden-Württembergs im Kredit- und Versicherungsgewerbe

Eine wirtschaftssystematisch etwas differenziertere Betrachtung des privaten Dienstleistungsbereichs in Baden-Württemberg zeigt, daß der Verteilungssektor von Handel und Verkehr, trotz eines erheblichen Plus von 18,6%, hinsichtlich des Beschäftigtenanteils (17,9%) nach wie vor an letzter Stelle im Bundesgebiet rangiert, während dienstleistungsdominierte Stadtstaaten wie Bremen (28,6%) und Hamburg (28,3%) die Reihe der Bundesländer anführen. Lediglich bei den Besatzziffern verbesserte Baden-Württemberg seine Position gegenüber 1970 und belegt jetzt mit 87 Beschäftigten je 1 000 Einwohner – nach Hessen (106), Nordrhein-Westfalen (89) und Bayern (88) – unter den Flächenstaaten den Mittelplatz.

Im Bereich von Kreditinstituten, Versicherungen und Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen konnte selbst die annähernde Verdopplung der Beschäftig-

³ Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach den Ergebnissen der Volkszählung 1987.

Tabelle 3

Beschäftigtenbesatz*) in den Bundesländern 1987 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Nr. der WZ-Systematik 1979	Berlin	Hamburg	Bremen	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Saarland	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern
		Beschäftigte je 1 000 Einwohner ¹⁾										
Produzierendes Gewerbe ²⁾	0-3	139	127	173	122	144	170	170	177	160	223	200
Handel	4	62	106	89	62	63	66	72	61	55	64	64
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	5	28	60	62	22	22	23	34	23	21	23	24
Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4-5	91	166	151	84	85	89	106	85	76	87	88
Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe	6	13	34	19	12	13	14	21	13	13	17	16
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen u. freien Berufen erbracht	7	106	160	83	69	65	75	86	70	68	77	79
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe u. Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	6-7	119	194	103	81	78	89	107	83	80	94	96
Private Dienstleistungen	4-7	210	360	253	164	163	178	213	168	157	181	184
Organisationen ohne Erwerbszweck	8	24	18	19	16	19	21	18	18	21	17	17
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	9	108	83	82	67	61	53	62	58	61	63	58
Öffentliche Dienstleistungen	8-9	132	101	101	83	80	74	80	76	82	80	75
Dienstleistungen zusammen	4-9	342	461	354	247	243	252	293	244	239	261	259
Insgesamt	0-9	481	588	528	369	386	422	483	421	399	484	459

*) Beschäftigte je 1 000 Einwohner. – ¹⁾ Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 25. Mai 1987 nach den Ergebnissen der Volkszählung 1987. – ²⁾ Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, zuzüglich gewerbliche Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.

tenzahl nicht verhindern, daß hier der Beschäftigtenanteil Baden-Württembergs (19,4%) seit der letzten Arbeitsstättenzählung auf den letzten Platz der Länderreihe abrutschte. Betrachtet man das Kredit- und Versicherungsgewerbe jedoch für sich allein, so ergibt sich für den Beschäftigtenanteil des Landes hier – wie bereits 1970 – eine gute mittlere Position unter den Ländern. Der Versorgungsgrad der baden-württembergischen Bevölkerung mit Arbeitsplätzen aus diesem Bereich weist mit 17 Beschäftigten je 1 000 Einwohner einen über dem Durchschnitt der Flächenländer liegenden Wert auf. Nach wie vor bedeutet dies das zweitbeste Ergebnis hinter Hessen (21 Beschäftigte je 1 000 Einwohner), das in diesem Bereich von der Bankenmetropole Frankfurt bestimmt wird.

Moderne unternehmensorientierte Dienstleistungen nahmen stark zu

Im Rahmen der Dienstleistungen, die von Unternehmen und freien Berufen erbracht werden, expandierten in Baden-Württemberg seit der letzten Arbeitsstättenzählung vor allem die modernen, überwiegend unternehmensorientierten Dienstleistungen.⁴ Dieses Dienstleistungssegment wuchs durch eine annähernde Verdreifachung der Beschäftigtenzahl hinter Bayern (+246,9%) im Bundesgebiet am stärksten an. Auch der Beschäftigtenanteil (4,8%) und der Besatz mit unternehmensorientierten Dienstleistungen (23 Beschäftigte je 1 000 Einwohner) zeigen – jeweils mit guten Mittelplätzen im Vergleich der Bundesländer – Positionsverbesserungen seit 1970. An der Spitze stehen dabei Hamburg und Hessen bzw. Berlin. Unter den Flächenstaaten ist das Land sogar überdurchschnittlich gut mit Arbeitsplätzen der modernen unternehmensorientierten Dienstleistungen ausgestattet. Die 23 Beschäftigten je

1 000 Einwohner bedeuten – zusammen mit Bayern – hinter Hessen (29) Platz zwei in der Reihe der Länder.

Verschiedene Regionen im Vergleich

Es wird verschiedentlich davon ausgegangen, daß nach Vollendung des Europäischen Binnenmarktes und einer Lockerung der Grenzbarrieren im Osten der Wettbewerb um die Ansiedlung wachstumsträchtiger Branchen noch mehr als bisher zwischen einzelnen Regionen Europas ausgetragen werden wird.⁵ Die Unternehmen selbst, in der EG nicht mehr behindert durch Handelsbarrieren, steuerliche Regelungen, technische Normen usw., werden bei der Wahl der Standorte ihrer Niederlassungen Ausgangslage und Perspektiven der für sie in Betracht kommenden Regionen auf das genaueste prüfen. Wegen ihrer Nähe zum Osten werden wirtschaftsstärke Regionen in der Bundesrepublik besonders interessant sein. Dabei dürfte unter anderem die jeweilige allgemeine Infrastruktur, die Ausstattung einer Region mit Dienstleistungen jeglicher Art, ein wesentlicher Gesichtspunkt sein. Eine idealtypische räumliche Abgrenzung solcher Regionen für Analysezwecke zu finden, ist schwierig. Eine Patentlösung gibt es hierfür nicht, nur verschiedene Lösungsansätze. Es hat sich aber gezeigt, daß auch bei etwas unterschiedlicher räumlicher Abgrenzung wirtschaftsstärke Regionen die Untersuchungsergebnisse kaum voneinander differieren.⁶

Für die nachfolgende Darstellung des tertiären Bereichs in verschiedenen Regionen nach Ergebnissen der Arbeits-

⁴ Dies sind die Dienstleistungen für Unternehmen, wie zum Beispiel Steuer-, Rechts- und Wirtschaftsberatung, Architektur- und Ingenieurbüros, Werbung, Datenverarbeitung, Vermögensverwaltung, etc. sowie die Vermietung beweglicher Sachen.

⁵ Vgl. dazu Sinz, Manfred; Steinle, J. Wolfgang: Regionale Wettbewerbsfähigkeit und europäischer Binnenmarkt, in: Raumforschung und Raumordnung, 47. Jahrgang, Heft 1/1989, S. 10 ff, sowie: Die neuen Stars der Alten Welt, in: Manager Magazin, 3/1990 S. 204 ff.

⁶ Bei einer von der Raumordnung etwas abweichend gewählten Abgrenzung der nachfolgend dargestellten Regionen Düsseldorf, Untermain und München ergaben sich Unterschiede in den Strukturanteilen des Dienstleistungsbereichs von weniger als einem Prozentpunkt. Lediglich bei Hamburg beliefen sie sich auf bis zu zwei Prozentpunkte.

stättenzählung 1987 wurden die Raumordnungsregionen der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung⁷ herangezogen (*Übersicht*). Auch wenn diese formal gesehen nach bestimmten Kriterien – Bevölkerungsdichte, Ordnungsfunktion – abgegrenzt sind, gleicht durch historische Entwicklungen, Zufallskomponenten aber auch wirtschaftspolitische Ordnungsmaßnahmen in ihrer wirtschaftsstrukturellen Ausprägung letztlich keine Region der anderen. Dies trifft sicherlich auch auf die besonders wirtschaftsstarken Regionen Mittlerer Neckar (Raumordnungsregion Mittlerer Neckar), den Großraum München (Raumordnungsregion München), Frankfurt (Raumordnungsregion Untermain), Düsseldorf (Raumordnungsregion Düsseldorf) und Hamburg (Raumordnungsregion Hamburg) zu. Jede von ihnen weckt andere Assoziationen. So steht zum Beispiel München unter anderem für Kunst und Freizeit, Hamburg für Handel und internationalen Schiffsverkehr sowie der Mittlere Neckar für die Qualitätsprodukte einer technisch hochentwickelten Industrie. Alle fünf Regionen sind oberzentralörtliche Einzugsgebiete und weisen etwa die gleichen Anteile an der Wohnbevölkerung der Bundesrepublik (jeweils zwischen 2% und 5%) und der Gesamtzahl der Beschäftigten (jeweils zwischen 3% und 5%) auf. Zudem liegen alle fünf Gebiete über dem Bundesdurchschnitt von 441 Beschäftigten je 1 000 Einwohner, das heißt das Arbeitsplatzangebot insgesamt ist hier überall überdurchschnittlich hoch, insbesondere im Raum München und der Region Mittlerer Neckar (557 bzw. 546 Beschäftigte je 1 000 Einwohner).

Region Hamburg an der Spitze

Betrachtet man die Tertiarisierung dieser fünf Regionen – gemessen am Anteil der Beschäftigten im institutionell abgegrenzten Dienstleistungsbereich –, so ist sie im Großraum Hamburg mit einem Anteil von nahezu drei Vierteln der Beschäftigten am weitesten fortgeschritten. Fast gleichgestellt sind nach *Tabelle 4* das Untermaingebiet (68,6%) und München (67,6%). Das Schlußlicht bildet der Mittlere Neckarraum mit 53,6%. Hier hat noch immer das Produzierende Gewerbe ein überdurchschnittliches Gewicht. Ähnlich verhält es sich mit dem Dienstleistungsbesatz. In der Region Mittlerer Neckar kommen nur 292 Beschäftigte auf 1 000 Einwohner, in den übrigen vier Vergleichsregionen sind es zwischen 345 und 377 (*Tabelle 5*). Von den einzelnen Teilbereichen sind die Dienstleistungen der Banken, Versicherungen, Unternehmen und freien Berufe (Höchstwert 30%) am stärksten ausgeprägt. Es folgen knapp danach der Verteilungssektor (Höchstwert 27%) und zum Schluß der öffentliche Sektor (Höchstwert 18%).

Nach dem Beschäftigtenanteil einer feineren wirtschaftssystematischen Untergliederung ist Hamburg auch beim Handel und den Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen führend. Bei der Wirtschaftsabteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie beim Kreditgewerbe und den Versicherungen hingegen nimmt das Untermaingebiet den ersten Platz ein. Im öffentlichen Sektor, der ja von der Kunst über Behörden, Hochschulen usw. bis zu den Zivilbediensteten der ausländischen Streitkräfte reicht, steht die Region München an vorderster Stelle.

Eine hiervon etwas abweichende Verteilung ergibt sich zwar beim Dienstleistungsbesatz, aber im Vergleich zu den

⁷ Durch Beschluß der MKRO vom 12. November 1981 sind die Raumordnungsregionen als Raumbezug zur Beurteilung großräumiger Disparitäten festgeschrieben.

Übersicht

Heft 8/90 (Meyer-Haitz)

Ausgewählte Raumordnungsregionen des Bundesgebietes

Raumordnungsregion	Zugehörige Stadt- und Landkreise	Anteil an der	
		Gesamtbevölkerung ¹⁾	Gesamtzahl der Beschäftigten
		im Bundesgebiet am 25. Mai 1987	
		%	
Hamburg	Hamburg Pinneberg Stade Harburg Herzogtum Lauenburg Segeberg Stormarn	4,5	4,9
Düsseldorf	Düsseldorf Mettmann Neuss	2,4	2,8
Untermain	Frankfurt Offenbach Hochtaunus-Kreis Main-Kinzig-Kreis Main-Taunus-Kreis Lk. Offenbach Wetterau-Kreis	3,3	4,1
Mittlerer Neckar	Stuttgart Böblingen Esslingen Göppingen Ludwigsburg Rems-Murr-Kreis	3,9	4,8
München	München Ebersberg Freising Fürstenfeldbruck Lk. München Starnberg Dachau Erding Landsberg am Lech	3,6	4,6
Hannover ²⁾	Hannover Lk. Hannover Nienburg Schaumburg	2,1	2,2
Unterer Neckar	Mannheim Heidelberg Rhein-Neckar-Kreis Neckar-Odenwald-Kreis	1,7	1,9
Mittlerer Oberrhein	Karlsruhe Baden-Baden Lk. Karlsruhe Lk. Rastatt	1,4	1,6
Südlicher Oberrhein	Freiburg Breisgau-Hochschwarzw. Emmendingen Ortenau-Kreis	1,4	1,5
Mittel Franken	Nürnberg Erlangen Fürth Schwabach Erlangen-Höchstädt Lk. Fürth Nürnberger Land Roth	1,9	2,3

¹⁾ Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach den Ergebnissen der Volkszählung 1987. –

²⁾ Als Beschäftigte gelten alle in Arbeitsstätten tätigen Personen, einschließlich der tätigen Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen. – ³⁾ 14b, Teilraum der Raumordnungsregion 14.

Quelle: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Stand 1980.

vier anderen Regionen nimmt der Mittlere Neckarraum sowohl nach dem Beschäftigtenanteil wie auch nach der Beschäftigtenzahl je 1 000 Einwohner immer den letzten Platz ein.⁸ Dabei besteht der größte Abstand zum jeweiligen „Spitzenreiter“ bei den Diensten von Unternehmen und

⁸ Vgl. dazu Regionalverband Mittlerer Neckar: Der Dienstleistungssektor der Region Mittlerer Neckar im Regionenvergleich, in: Schriftenreihe zur Regionalplanung, Heft 24/1989.

Tabelle 4

Beschäftigte in ausgewählten Regionen des Bundesgebietes 1987 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Nr. der WZ- Systematik 1979	Raumordnungsregion ¹⁾									
		Hamburg	Düssel- dorf	Unter- main	Mittlerer Neckar	München	Hannover ²⁾	Unterer Neckar	Mittlerer Oberrhein	Südlicher Oberrhein	Mittel- franken
		Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten in der Region in %									
Produzierendes Gewerbe ³⁾ ...	0-3	26,3	34,3	31,4	46,4	32,4	31,9	41,1	40,4	39,9	43,9
Handel	4	18,5	17,7	16,2	13,5	15,2	16,6	13,8	14,0	13,8	14,2
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	5	8,8	6,6	9,4	5,1	6,2	8,0	5,0	5,5	5,1	6,5
Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4-5	27,3	24,3	25,6	18,5	21,5	24,7	18,9	19,6	18,9	20,7
Kreditinstitute u. Versicherungs- gewerbe	6	4,9	4,9	6,4	4,0	5,2	4,4	3,6	3,9	3,0	3,5
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen u. freien Berufen erbracht	7	24,9	20,9	21,9	16,4	23,3	18,6	17,5	17,6	17,7	17,8
Kreditinstitute, Versicherungs- gewerbe u. Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	6-7	29,7	25,8	28,3	20,5	28,5	23,0	21,1	21,5	20,8	21,4
Private Dienstleistungen	4-7	57,0	50,0	53,9	39,0	50,0	47,7	40,0	41,0	39,7	42,0
Organisationen ohne Erwerbszweck	8	3,1	4,1	3,8	3,2	3,6	3,9	3,5	3,6	4,7	3,0
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	9	13,7	11,6	10,9	11,3	14,0	16,3	15,3	15,0	15,7	11,1
Öffentliche Dienstleistungen ..	8-9	16,7	15,7	14,7	14,6	17,6	20,3	18,8	18,5	20,4	14,1
Dienstleistungen zusammen ..	4-9	73,7	65,7	68,6	53,6	67,6	68,0	58,9	59,6	60,1	56,1
Insgesamt	0-9	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Stand 1980 nach der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. – ²⁾ Teilraum der Raumordnungsregion 14. – ³⁾ Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, zuzüglich gewerbliche Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.

freien Berufen. Es sind allerdings Anzeichen dafür vorhanden, daß dies nicht hauptsächlich an den modernen unternehmensorientierten Dienstleistungen liegen kann. So entfallen hierauf bei allen fünf Vergleichsregionen zwei Fünftel der Beschäftigten der zugehörigen Wirtschaftsabteilung 7.

Weitere Regionen Baden-Württembergs im Vergleich

Weitere Regionen als Untersuchungsziel waren die Raumordnungsregionen Unterer Neckar, Mittlerer Oberrhein

und Südlicher Oberrhein. Mit rund 2% an der Gesamtzahl der Beschäftigten in der Bundesrepublik und etwas weniger an der Wohnbevölkerung sind sie nicht ganz so gewichtig wie die Regionen zuvor. Zum Vergleich mit ihnen wurden die Raumordnungsregionen Hannover und Mittelfranken gewählt, die von etwa gleicher Größenordnung sind. Dabei zeigt sich, daß in der Region Hannover – mit der Messestadt Hannover als Oberzentrum – 68% aller Beschäftigten im Dienstleistungsbereich tätig sind. Damit steht dieser Raum hinsichtlich des Beschäftigtenanteils unter den Vergleichsregionen an erster Stelle. Nach *Tabelle 4* folgen danach der Südliche Oberrhein und der Mittlere Oberrhein mit jeweils 60%, Mittelfranken steht mit 56% an

Tabelle 5

Beschäftigtenbesatz*) in ausgewählten Regionen des Bundesgebietes 1987 nach Wirtschaftszweigen

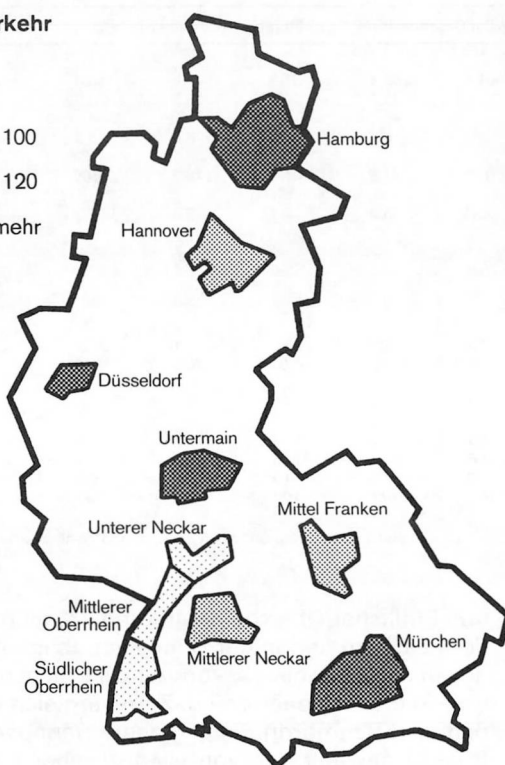
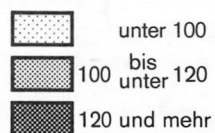
Wirtschaftszweig	Nr. der WZ- Systematik 1979	Raumordnungsregion ¹⁾									
		Hamburg	Düssel- dorf	Unter- main	Mittlerer Neckar	München	Hannover ²⁾	Unterer Neckar	Mittlerer Oberrhein	Südlicher Oberrhein	Mittel- franken
		Beschäftigte je 1 000 Einwohner ³⁾									
Produzierendes Gewerbe ⁴⁾ ...	0-3	125	180	169	253	181	147	207	200	181	233
Handel	4	88	93	88	73	85	77	70	70	63	75
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	5	42	35	51	28	35	37	25	27	23	34
Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4-5	129	127	138	101	120	114	95	97	86	110
Kreditinstitute u. Versicherungs- gewerbe	6	23	26	34	22	29	21	18	19	14	19
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen u. freien Berufen erbracht	7	118	109	118	90	130	86	88	87	81	94
Kreditinstitute, Versicherungs- gewerbe u. Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	6-7	141	135	153	112	159	106	106	107	94	113
Private Dienstleistungen	4-7	271	262	291	213	279	220	202	204	180	223
Organisationen ohne Erwerbszweck	8	15	22	21	18	20	18	18	18	21	16
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	9	65	61	59	62	78	75	77	74	72	59
Öffentliche Dienstleistungen ..	8-9	80	82	79	79	98	93	95	92	93	75
Dienstleistungen zusammen ..	4-9	350	345	370	292	377	313	297	295	273	297
Insgesamt	0-9	475	524	539	546	557	461	504	496	455	530

*) Beschäftigte je 1 000 Einwohner. – ¹⁾ Stand 1980 nach der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. – ²⁾ Teilraum der Raumordnungsregion 14. – ³⁾ Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 25. Mai 1987 nach den Ergebnissen der Volkszählung 1987. – ⁴⁾ Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, zuzüglich gewerbliche Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.

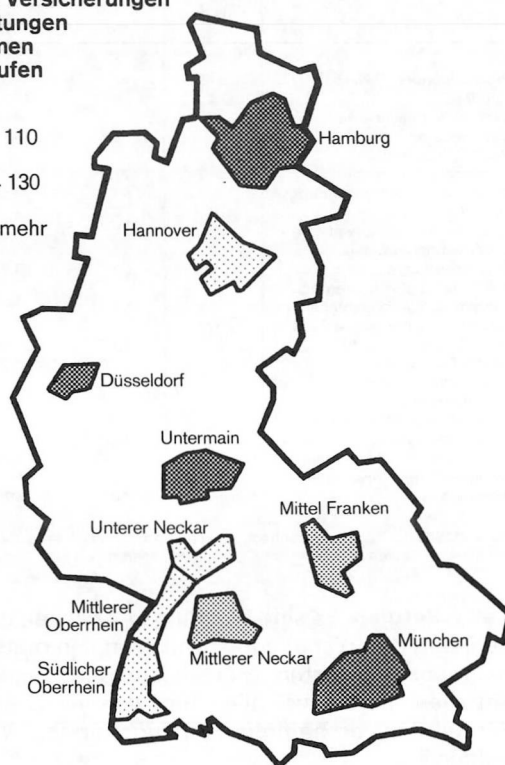
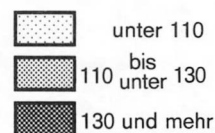
Beschäftigtenbesatz im Dienstleistungsbereich in ausgewählten Regionen des Bundesgebietes am 25. Mai 1987

Beschäftigte je Tausend Einwohner

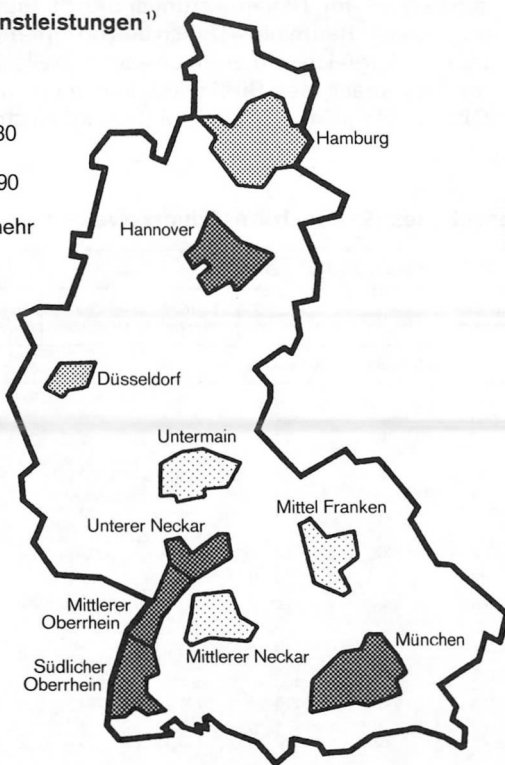
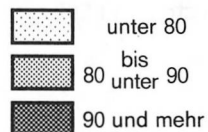
Handel und Verkehr



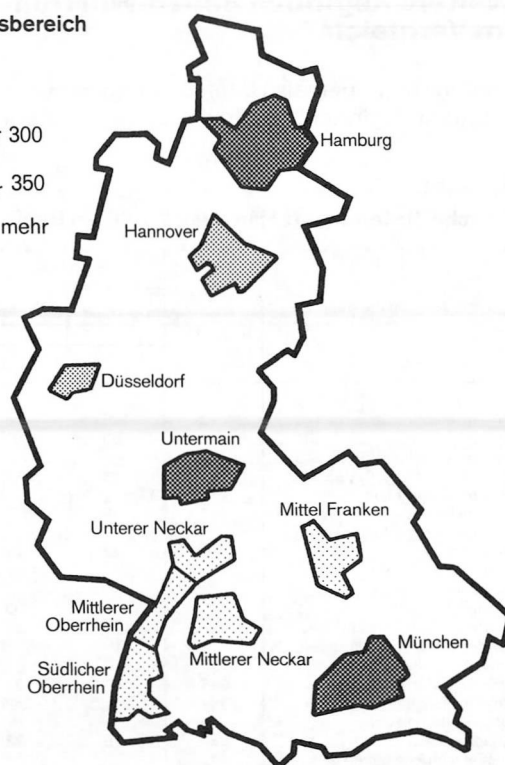
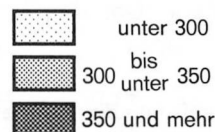
Kreditinstitute, Versicherungen und Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen



Öffentliche Dienstleistungen¹⁾



Dienstleistungsbereich insgesamt



1) Wirtschaftsabteilung 8 und 9.

Tabelle 6

Beschäftigte in ausgewählten Regionen in Baden-Württemberg 1987 gegenüber 1970 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Nr. der WZ- Systematik 1979	Raumordnungsregion ¹⁾			
		Unterer Neckar	Mittlerer Neckar	Mittlerer Oberrhein	Südlicher Oberrhein
		Veränderung 1987 gegenüber 1970 in %			
Produzierendes Gewerbe ²⁾	0-3	- 19,6	- 10,9	- 14,2	- 1,7
Handel	4	+ 8,8	+ 22,9	+ 19,9	+ 19,3
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	5	+ 2,1	+ 25,0	+ 8,4	+ 19,5
Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4-5	+ 5,6	+ 23,5	+ 16,4	+ 19,4
Kreditinstitute u. Versicherungs- gewerbe	6	+ 59,3	+ 40,3	+ 34,2	+ 56,5
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen u. freien Berufen erbracht	7	+ 113,2	+ 120,5	+ 105,0	+ 92,0
Kreditinstitute, Versicherungs- gewerbe u. Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht	6-7	+ 101,6	+ 98,1	+ 87,0	+ 85,8
Private Dienstleistungen	4-7	+ 41,1	+ 53,9	+ 45,1	+ 46,8
Organisationen ohne Erwerbszweck	8	+ 106,7	+ 120,2	+ 121,6	+ 115,2
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	9	+ 71,5	+ 59,6	+ 42,2	+ 53,7
Öffentliche Dienstleistungen	8-9	+ 77,1	+ 70,0	+ 52,7	+ 64,6
Dienstleistungen zusammen	4-9	+ 50,9	+ 58,0	+ 47,4	+ 52,4
Insgesamt	0-9	+ 10,9	+ 16,2	+ 14,2	+ 25,0

¹⁾ Stand 1980 nach der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. – ²⁾ Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, zuzüglich gewerbliche Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.

letzter Stelle. Der Dienstleistungsbesatz reicht von 313 Beschäftigten je 1 000 Einwohner im Gebiet Hannover bis zu 273 im Raum Südlicher Oberrhein (Tabelle 5). Auch hier stehen bei allen fünf Regionen die Dienste des Kreditgewerbes, der Versicherungen sowie der Unternehmen und freien Berufe im Vordergrund. Die Anteile betragen von 23% in Hannover bis zu knapp 21% im Südlichen Oberrheingebiet. Es fällt dabei auf, daß der öffentliche Sektor allgemein fast ebenso stark vertreten ist wie der Verteilungssektor. Soweit es die baden-württembergischen Regionen anbelangt, macht sich hier das Gewicht der großen Universitäten und Universitätskliniken sowie der personalstarken Behörden bemerkbar, die in diesen Gebieten angesiedelt sind.

Bei diesem Regionenvergleich fällt zunächst die Ähnlichkeit der Wirtschaftsstruktur von Mittelfranken und den baden-württembergischen Landesteilen auf. So sind das Produzierende Gewerbe mit rund zwei Fünfteln und der Dienstleistungsbereich mit rund drei Fünfteln ähnlich stark ausgeprägt. Im Blick auf Baden-Württemberg allein ist festzustellen, daß die Regionen Unterer Neckar, Mittlerer Oberrhein, Südlicher Oberrhein einen höheren Tertiarisierungsgrad aufweisen als der Mittlere Neckar. Darüber hinaus stehen auch hinsichtlich des Dienstleistungsbesatzes die Regionen Unterer Neckar und Mittlerer Oberrhein (297 bzw. 295 Beschäftigte je 1 000 Einwohner) vor dem Mittleren Neckarraum. Räumlich nicht weit entfernt, ergänzen diese beiden Regionen damit vorteilhaft die Dienstleistungsfunktionen des Mittleren Neckar im größten Ballungsgebiet Baden-Württembergs.

Dienstleistungsbereich in der Region Mittlerer Neckar am stärksten gewachsen

Geht man noch der Frage nach, in welcher der vier Regionen des Landes der Dienstleistungsbereich seit 1970 am

stärksten gewachsen ist, so schneidet der Mittlere Neckar am besten ab (Tabelle 6). Insgesamt nahm die Beschäftigtenzahl hier 1987 gegenüber 1970 um 58,0% zu. Das Gewicht des Dienstleistungsbereichs ist von 39,4% auf 53,6% angestiegen und die Zahl der Arbeitsplätze je 1 000 Einwohner hat sich von 192 auf 292 erhöht. Verhältnismäßig günstig (+52,4%), wenn auch schon etwas unter Landesdurchschnitt (+54,0%), war auch die Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein. Am Schluß stand die Region Mittlerer Oberrhein mit nur 47,4% mehr Beschäftigten als 1970, einem Anstieg des Beschäftigtenanteils auf 59,6% (1970: 46,2%) und einer Zunahme der Zahl der Arbeitsplätze je 1 000 Einwohner von 204 auf 295.

Schlußbetrachtung

Nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählungen hat die Zahl der Beschäftigten im institutionell abgegrenzten Dienstleistungsbereich von Baden-Württemberg 1987 gegenüber 1970 überdurchschnittlich zugenommen. Hier sind jetzt – wie auch in den übrigen Bundesländern – die meisten Menschen tätig. Nach wie vor nimmt jedoch das Produzierende Gewerbe eine außerordentlich starke Position im Lande ein, so daß – relativ gesehen – eine mehr oder weniger gleiche Verteilung zwischen Produktion und Dienstleistung besteht. Diese strukturelle Ausgewogenheit dürfte für die Wirtschaft von Baden-Württemberg bei möglichen Standortverlagerungen von Dienstleistungsunternehmen im Zusammenhang mit den derzeitigen politischen Veränderungen von Vorteil sein.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen scheint eher auf vergleichsweise mittlerem bis niedrigerem Niveau angesiedelt zu sein. Um dies im einzelnen nach Dienstleistungsfunktionen und in regionaler Sicht zu klären, werden weitere Untersuchungen folgen.

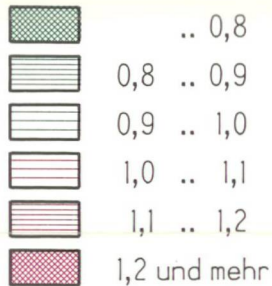
Dipl.-Volkswirtin Doris Meyer-Haitz/Dipl.-Kaufmann Uwe Gözl

Abweichung der Beschäftigtenentwicklung vom Landesdurchschnitt in den Gemeinden Baden-Württembergs 1987 gegenüber 1970

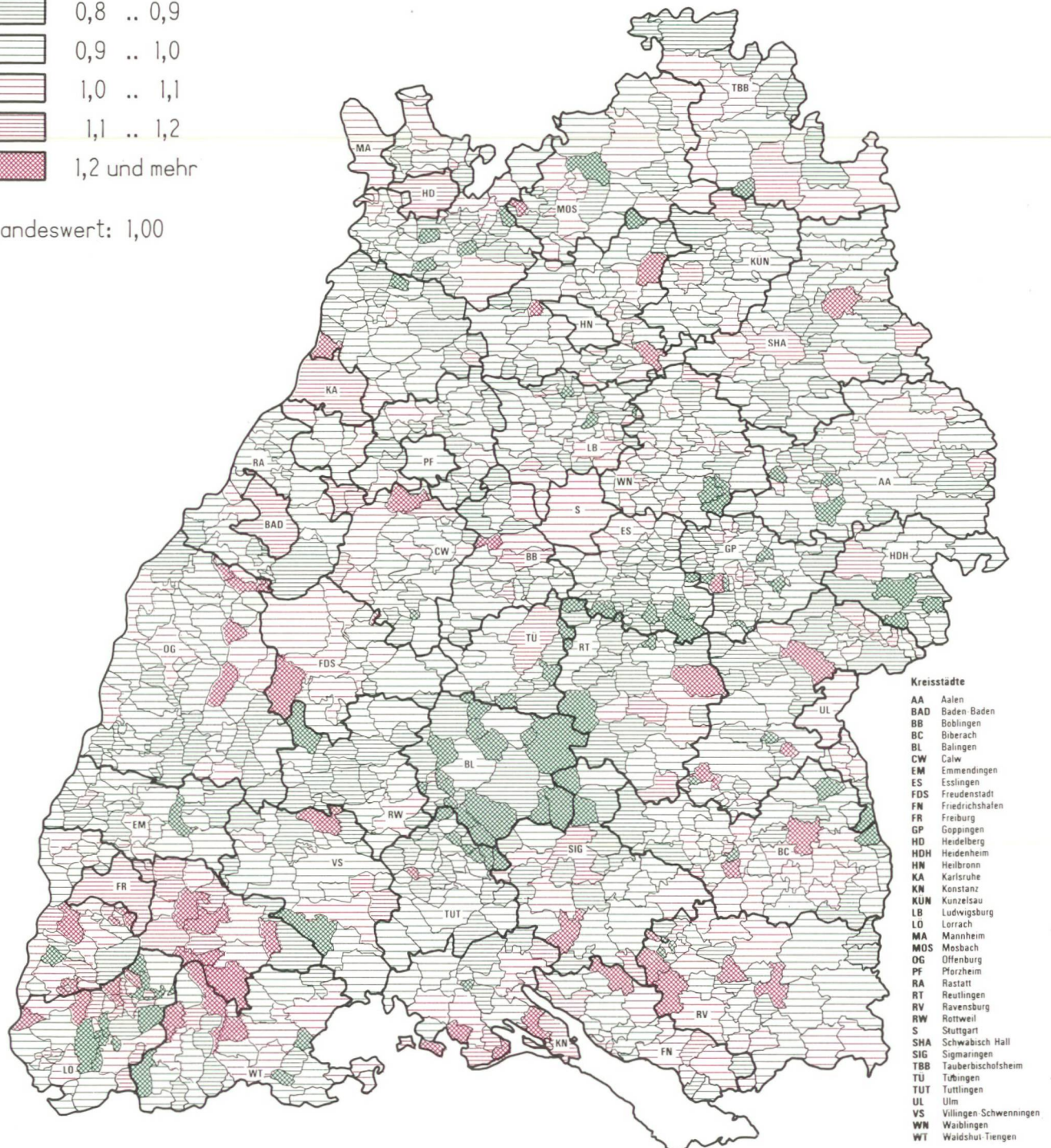
- Strukturfaktor -

- Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen -

von .. bis unter



Landeswert: 1,00



Abweichung der Beschäftigtenentwicklung vom Landesdurchschnitt in den Gemeinden Baden-Württembergs 1987 gegenüber 1970

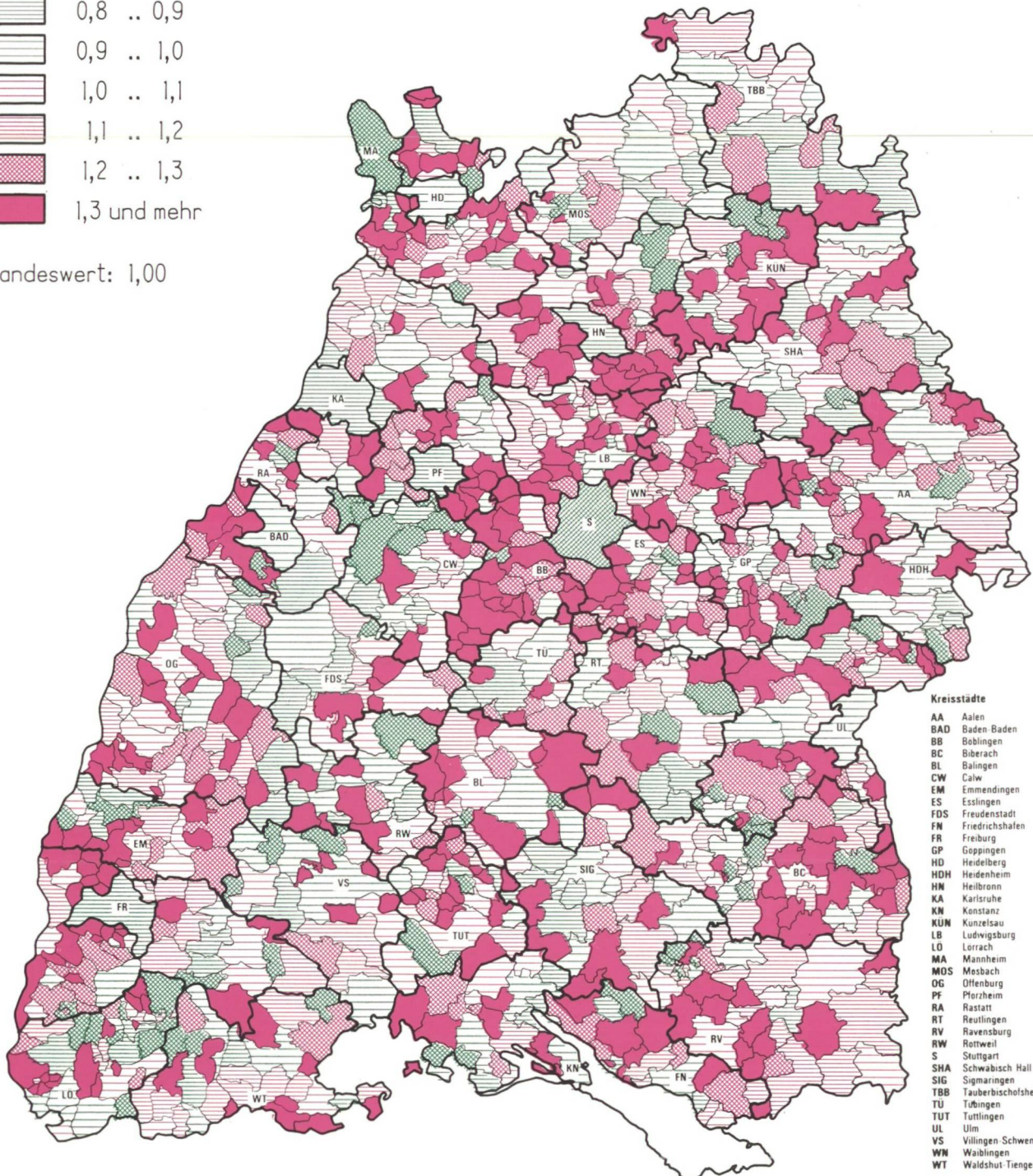
- Standortfaktor -

- Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen -

von .. bis unter



Landeswert: 1,00



Kreisstädte

AA	Aalen
BAD	Baden-Baden
BB	Böblingen
BC	Biberach
BL	Balingen
CW	Calw
EM	Emmendingen
ES	Esslingen
FDS	Freudenstadt
FN	Friedrichshafen
FR	Freiburg
GP	Göppingen
HD	Heidelberg
HDH	Heidenheim
HN	Heilbronn
KA	Karlsruhe
KN	Konstanz
KUN	Künzelsau
LB	Ludwigsburg
LO	Lorrach
MA	Mannheim
MOS	Mosbach
OG	Offenburg
PF	Pforzheim
RA	Rastatt
RT	Reutlingen
RV	Ravensburg
RW	Rottweil
S	Stuttgart
SHA	Schwäbisch Hall
SIG	Sigmaringen
TBB	Tauberbischofsheim
TU	Tübingen
TUT	Tuttlingen
UL	Ulm
VS	Vödingen
WN	Waldshut-Tiengen
WT	Waldshut-Tiengen

Moderne Dienstleistungen für Unternehmen

Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung auf Landes- und Bundesebene

Tertiarisierung als Datenproblem

Die zunehmende volkswirtschaftliche Bedeutung des Dienstleistungssektors gehört zu den zentralen strukturpolitischen Themen unserer Zeit. Insbesondere seit Anfang der 70er Jahre haben sich sowohl die Wirtschaftsstruktur als auch Art und Umfang der Beschäftigung in Baden-Württemberg – wie auch im gesamten Bundesgebiet – tiefgreifend zugunsten der Dienstleistungen verändert. Für eine detaillierte Untersuchung des Dienstleistungssektors können die wirtschaftssystematisch tief gegliederten Daten aus der Arbeitsstättenzählung¹ herangezogen werden. Die Ergebnisse führen allerdings zu einer Unterschätzung des Umfangs des Dienstleistungsbereichs, da sie über den Prozeß der Tertiarisierung des sekundären Sektors nur bedingt Aussagen zulassen. Anhaltspunkte für diesen intrasektoralen Wandel können aus den Ergebnissen des Mikrozensus² gewonnen werden, der eine Gliederung der Erwerbstätigen nach der überwiegend ausgeübten Tätigkeit ermöglicht.

¹ Eine Darstellung der methodischen Grundlagen findet sich bei Meyer-Haitz, Doris; Götz, Uwe: Die Arbeitsstättenzählung 1987 in Baden-Württemberg, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 3/1989, S. 108–119.

² Der Mikrozensus, eine Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, wird mit einem Auswahlsatz von 1% der Bevölkerung üblicherweise jährlich durchgeführt.

Überdurchschnittlich schneller Strukturwandel in Baden-Württemberg seit 1970

Nach den vorliegenden Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987 waren am Zählungstichtag in Baden-Württemberg rund 425 000 Arbeitsstätten mit knapp 4,5 Mill. Beschäftigten³ zu verzeichnen. Im Vergleich zur Zählung 1970 erhöhte sich damit nach *Tabelle 1* die Zahl der Beschäftigten um +15,5%. Die positive Entwicklung beruhte dabei auf den enormen wirtschaftlichen Aktivitäten im gesamten Dienstleistungsbereich (+54,0%). Stellt man den Landeswerten die Veränderungsraten im Bundesgebiet insgesamt (+10,5% bzw. +41,8%) gegenüber, so ist für Baden-Württemberg ein überdurchschnittlich schneller Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft zu konstatieren.⁴ Bei dieser Interpretation ist allerdings zu berücksichtigen, daß

³ In der Arbeitsstättenzählung werden die Beschäftigten am Arbeitsort erfaßt. Unter Beschäftigten sind daher eigentlich Beschäftigungsfälle zu verstehen, da jede Tätigkeit und damit jeder besetzte Arbeitsplatz erhoben wird. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um eine haupt- oder nebenberufliche Tätigkeit handelt, so daß Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen auch mehrfach gezählt werden.

⁴ Zu einem Vergleich zwischen der Entwicklung in Baden-Württemberg und in anderen Bundesländern bzw. Regionen siehe Meyer-Haitz, Doris; Götz, Uwe: Dienstleistungen in Baden-Württemberg im Vergleich der Länder und Regionen, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 8/1990, S. 352 ff.

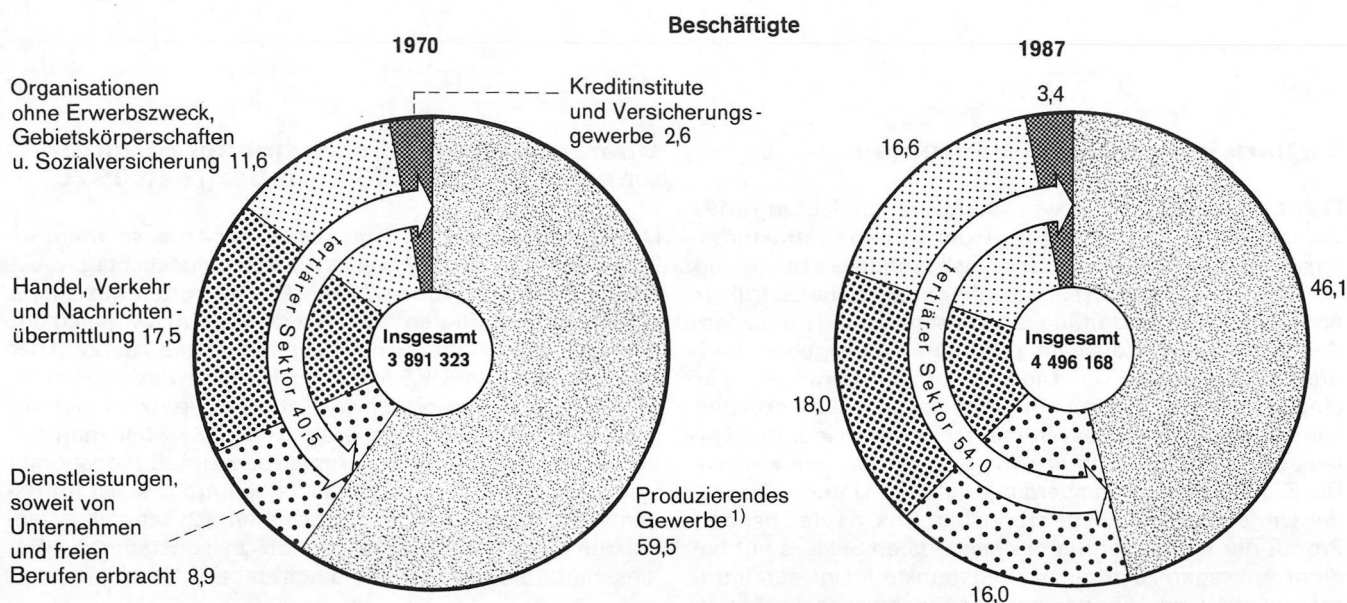
Tabelle 1

Beschäftigte in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1970 und 1987*) nach unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen und ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Branche Wirtschaftsbereich	Nr. der Systematik ¹	Beschäftigte									
		Baden-Württemberg						Bundesgebiet			
		1987	Veränderung 1987 gegen 1970		Anteile		1987	Veränderung 1987 gegen 1970		Anteile	
		insgesamt			1987	1970	insgesamt			1987	1970
		Anzahl	%		Anzahl		%				
Rechts-, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung	781	54 715	+ 31 858	+ 139,4	25,4	30,8	401 398	+ 199 429	+ 98,7	28,8	38,3
Technische Beratung und Planung	784	59 484	+ 25 046	+ 72,7	27,6	46,4	311 743	+ 127 105	+ 68,8	22,4	35,0
Werbung	787	22 878	+ 16 381	+ 252,1	10,6	8,7	105 493	+ 57 561	+ 120,1	7,6	9,1
Dienstleistungen für Unternehmen, a. n. g. ²⁾ ..	789	71 513	+ 62 914	+ 731,6	33,2	11,6	531 852	+ 460 938	+ 650,0	38,2	13,4
Vermietung beweg- licher Sachen	791	6 795	+ 4 939	+ 266,1	3,2	2,5	42 934	+ 20 753	93,6	3,1	4,2
zusammen	781-791	215 385	+ 141 138	+ 190,1	100	100	1 393 420	+ 865 786	+ 164,1	100	100
Produzierendes Gewerbe ..	1-3	2 044 339	- 255 663	- 11,1	45,5	59,1	10 592 350	- 2 271 753	- 17,7	39,3	52,7
Dienstleistungen	4-9	2 424 882	+ 850 501	+ 54,0	53,9	40,5	16 229 493	+ 4 782 696	41,8	60,2	46,9
darunter											
Dienstleistungen, soweit von Unter- nehmen und freien Ber- ufen erbracht	7	718 040	+ 372 435	+ 107,8	16,0	8,9	4 784 898	+ 2 338 890	95,6	17,7	10,0
Insgesamt	0-9	4 496 168	+ 604 845	+ 15,5	100	100	26 959 015	+ 2 561 413	+ 10,5	100	100

Beschäftigte in Baden-Württemberg 1970 und 1987*) nach Wirtschaftsbereichen

Anteile in %



*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen vom 27. Mai 1970 und 25. Mai 1987.

¹⁾ Einschließlich der bei der Arbeitsstättenzählung erfaßten Bereiche der Land- und Forstwirtschaft.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

412 90

der baden-württembergische Dienstleistungssektor auch noch 1987 einen geringeren Anteil an der Gesamtbeschäftigung im Vergleich zum Ergebnis auf Bundesebene aufwies. So konnten nach *Schaubild 1* bei der Arbeitsstättenzählung 1987 (1970) in Baden-Württemberg 54,0% (40,5%) aller Beschäftigten dem Dienstleistungsbereich zugeordnet werden, während bundesweit bereits 60,1% (46,9%) der tätigen Personen im tertiären Sektor beschäftigt waren.

Die angeführten Zahlen illustrieren, daß in Baden-Württemberg als traditioneller Industrieregion das Produzieren der Gewerbe weiterhin einen hohen Stellenwert besitzt. So verringerte sich die Beschäftigtenzahl im sekundären Sektor von 1970 bis 1987 im Land mit einer Abnahmerate von -11,1% auch deutlich weniger als im Bund mit -17,7%. Angesichts der spezifischen baden-württembergischen Wirtschaftsstruktur ist die Frage nach dem Ausmaß der Tertiärisierung des sekundären Sektors von großer Bedeutung für die angemessene Beschreibung des Dienstleistungsbereichs. Bei der Betrachtung der Verteilung der Erwerbstätigen nach der überwiegend ausgeübten Tätigkeit ergibt sich, daß landes- wie bundesweit im Jahre 1987 der gleiche Grad der Tertiärisierung im Produzierenden Gewerbe – gemessen am Anteil der Erwerbstätigen mit Dienstleistungsfunktionen von rund zwei Dritteln⁵ – erreicht war. Von drei

im sekundären Sektor beschäftigten Personen übten damit bereits zwei Personen Dienstleistungstätigkeiten wie Planen, Forschen, Ausbilden, Informieren etc. aus, während nur noch eine Person mit unmittelbaren Fertigungstätigkeiten beschäftigt war.

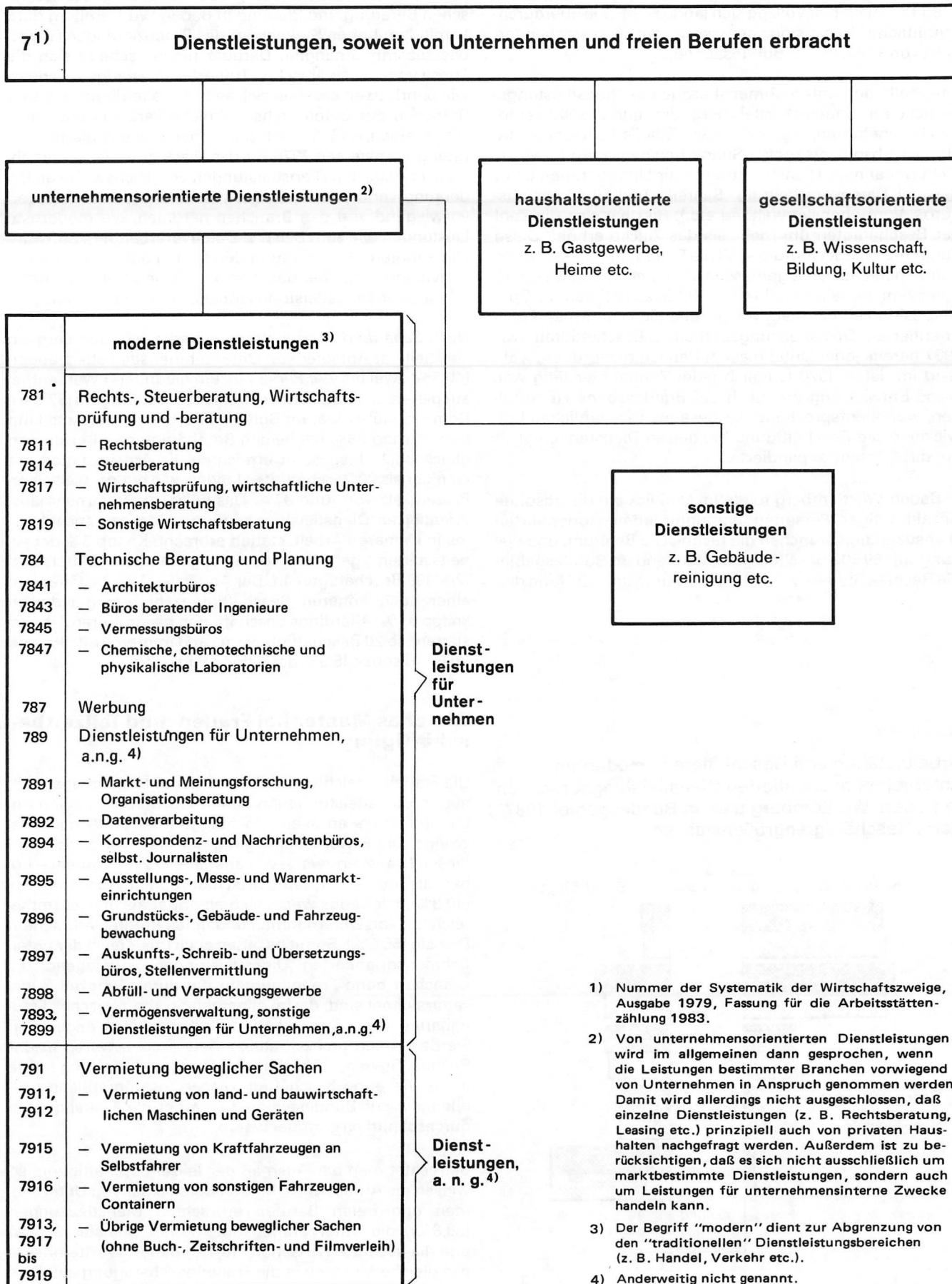
Starke Wachstumsimpulse von modernen Unternehmensdiensten

Die Strukturverschiebung in der Beschäftigung zugunsten des tertiären Sektors in Baden-Württemberg sowie im Bundesgebiet beruhte nach den Arbeitsstättenzählungen von 1970 und 1987 vor allem auf dem starken Anstieg der Beschäftigtenzahl im Bereich der von Unternehmen und freien Berufen erbrachten Dienste. Bei der differenzierten Analyse zeigt sich, daß die stärksten Wachstumsimpulse von den modernen, überwiegend unternehmensorientierten Dienstleistungen ausgingen. Gemäß der Wirtschaftszweigsystematik sind dies die „Dienstleistungen für Unternehmen“. Die zugehörigen Wirtschaftszweige sind in der *Übersicht* aufgeführt. Hinzu kommt die im Rahmen der „Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt“ erfaßte Branche „Vermietung beweglicher Sachen“. In Baden-Württemberg betrug die Zunahme an Beschäftigten bei

⁵ Bei der Ermittlung dieses Anteils wurde von einer weiten Abgrenzung der Dienstleistungstätigkeiten ausgegangen.

⁶ Dieser Wirtschaftszweig wird in der Untersuchung deshalb berücksichtigt, da sich gerade der Bereich des Leasing aufgrund der gestiegenen Nachfrage von Unternehmensebene – vor allem Verarbeitendes Gewerbe, Handel und sonstige Dienstleistungen – außerordentlich stark entwickelt hat.

Übersicht



diesen unternehmensorientierten Gruppen insgesamt +190,1%. Auch hier vollzog sich landesweit eine überdurchschnittliche Expansion gemessen am entsprechenden Wert von +164,1% auf Bundesebene.

Innerhalb der unternehmensbezogenen Dienstleistungsbranchen in Baden-Württemberg, die rund 215 000 Personen beschäftigten, ergab sich nach *Tabelle 1* sowohl relativ als auch absolut die größte Steigerung bei den anderweitig nicht genannten Dienstleistungen für Unternehmen (zum Beispiel Datenverarbeitung, Schreib- und Übersetzungsbüros, Vermögensverwaltung etc.). Hier hat sich die Zahl der Beschäftigten um mehr als das 7fache erhöht. Diese Zunahme belegt eindrucksvoll die Bedeutung dieser Unternehmensdienste, die gemessen an der absoluten Beschäftigtenzahl im Jahre 1987 mit 71 500 Beschäftigten die Spitzenposition einnahmen. Von jeweils 100 in unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen Beschäftigten war 1987 bereits jeder Dritte diesem Bereich zuzuordnen, während im Jahre 1970 lediglich jeder Zehnte hier tätig war. Diese Entwicklung war auch auf Bundesebene zu verfolgen, wobei entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Beschäftigung bei diesen Diensten lediglich um das 6,5fache expandierte.

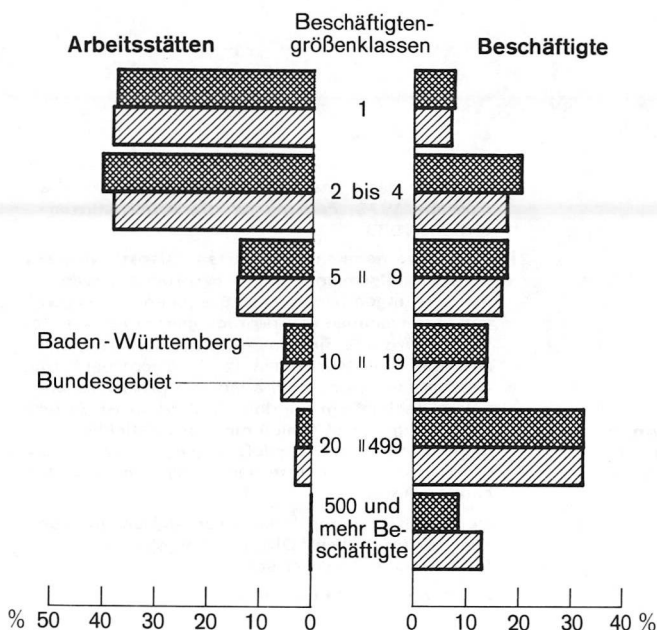
In Baden-Württemberg folgte im Hinblick auf die absolute Anzahl tätiger Personen bei unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen die technische Beratung und Planung mit 59 500 Beschäftigten, während im Bundesgebiet die Rechts-, Steuer-, Wirtschaftsberatung und -prüfung den

zweiten Platz belegte. Die große Bedeutung der technischen Beratung und Planung in Baden-Württemberg dürfte mit dem hohen Stellenwert des Produzierenden Gewerbes zusammenhängen. Darüber hinaus scheint sich die These vom „schwäbischen Tüftler“ zu bestätigen. Landes- wie bundesweit ergaben sich seit 1970 allerdings in diesen Branchen nur unterdurchschnittliche Veränderungsraten. Diese zeigen, daß die wirtschaftlichen und technischen Beratungsdienste seit 1970 für das Wachstum der unternehmensorientierten Dienstleistungen vergleichsweise an Bedeutung verloren haben. Das Wachstum wurde hingegen vorwiegend von den Branchen getragen, die modernste Leistungen wie zum Beispiel Datenverarbeitung, Software etc. anboten. Hier waren in den letzten Jahren weit mehr „Newcomer“ als bei den herkömmlichen unternehmensorientierten Dienstleistungsanbietern zu verzeichnen.

Nach *Schaubild 2* beschäftigte in Baden-Württemberg ein Großteil der Anbieter von Unternehmensdienstleistungen (40,3%) zwei bis vier Personen. Ein niedrigerer Wert entfiel auf die Arbeitsstätten mit nur einem Beschäftigten (37,5%). Demgegenüber war im Bundesdurchschnitt der Anteil mit jeweils rund 38% bei beiden Beschäftigtengrößenklassen gleich hoch. Insgesamt erreichten die Arbeitsstätten mit weniger als 20 Beschäftigten landes- wie bundesweit einen Prozentsatz von rund 97%. Das heißt, die unternehmensorientierten Dienstleistungen wurden nahezu ausnahmslos in kleineren Arbeitsstätten erbracht. Knapp 3% der Arbeitsstätten gehörten dem sogenannten Mittelstand (20–499 Beschäftigte) an. Der Anteil der Arbeitsstätten mit einer noch höheren Beschäftigtenzahl betrug lediglich knapp 0,1%. Allerdings beschäftigten die größeren Arbeitsstätten (ab 20 Beschäftigten) im Land immerhin 40,9% und im Bund sogar 45,3% der tätigen Personen.

Schaubild 2

Arbeitsstätten und Beschäftigte in modernen unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1987*) nach Beschäftigtengrößenklassen



*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

411 90

Gleiches Muster bei Frauen- und Teilzeitbeschäftigung

Die Frauen erreichten im Bereich der unternehmensorientierten Dienstleistungen in Baden-Württemberg einen Anteil von 43,1% an allen Beschäftigten dieser Wirtschaftszweige. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen war damit in diesen Branchen zwar – wie aus *Tabelle 2* hervorgeht – höher als in der Gesamtwirtschaft Baden-Württembergs (40,3%), allerdings wesentlich niedriger als im Gesamtbereich der von Unternehmen und freien Berufen erbrachten Dienste (56,6%). Somit besaßen auch im Bereich der unternehmensorientierten Dienstleistungen vorwiegend die Branchen hohe Frauenquoten, die durch Tätigkeiten gekennzeichnet sind, die im allgemeinen als „typische“ Frauenberufe (zum Beispiel Bürotätigkeiten etc.) angesehen werden. Überdurchschnittlich viele Frauen waren in der Rechts-, Steuer-, Wirtschaftsberatung und -prüfung sowie in der Werbung beschäftigt. Dieser Zusammenhang trifft ebenfalls auf Bundesebene zu, wobei die Frauenquoten durchschnittlich geringer waren.

Betrachtet man das Ausmaß der Teilzeitbeschäftigung, so wiesen die Anteilswerte für den Bereich der von Unternehmen und freien Berufen erbrachten Dienstleistungen (30,8%), die unternehmensorientierten Dienste (22,3%) und die gesamte Wirtschaft (16,4%) Baden-Württembergs das gleiche Muster wie die Frauenbeschäftigung auf. Dies ist jedoch nicht verwunderlich, da landes- und bundesweit Frauen mit ungefähr 70% weitaus die meisten Teilzeitkräfte bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen stellen. Allerdings scheinen sich im Bereich der Unterneh-

Tabelle 2

Frauen- und Teilzeitbeschäftigung in Baden-Württemberg 1970 und 1987*) nach unternehmensorientierten Dienstleistungsbranchen

Branche Wirtschaftsbereich	Nr. der Systematik ¹	Beschäftigte						
		1987			Veränderung 1987 gegen 1970			
		insgesamt	darunter		Frauen		Teilzeitbeschäftigte	
			Frauen	Teilzeitbeschäftigte				
		1000	%		1000	%	1000	%
Rechts-, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung	781	54,7	59,3	26,5	+ 20,0	+ 160,1	+ 10,5	+ 259,8
Technische Beratung und Planung	784	59,5	32,8	17,8	+ 9,4	+ 92,1	+ 6,9	+ 184,0
Werbung	787	22,9	48,5	45,6	+ 8,5	+ 328,6	+ 9,5	+ 1 033,9
Dienstleistungen für Unternehmen, a. n. g. ²⁾ . .	789	71,5	38,0	15,7	+ 23,5	+ 642,6	+ 9,7	+ 639,6
Vermietung beweglicher Sachen	791	6,8	38,7	18,7	+ 2,1	+ 375,0	+ 1,0	+ 469,1
zusammen	781-791	215,4	43,1	22,3	+ 63,4	+ 215,5	+ 37,6	+ 360,8
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht . .	7	718,0	56,6	30,8	+ 206,4	+ 103,1	+ 161,7	+ 273,2
Insgesamt	0-9	4 496,2	40,3	16,4	+ 395,8	+ 28,0	+ 382,9	+ 108,4

*) Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen vom 27. Mai 1970 und 25. Mai 1987. — ¹⁾Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung. — ²⁾ Anderweitig nicht genannt.

mensdienstleister noch am ehesten Männer für die Aufnahme einer Teilzeitbeschäftigung (Männerquote 30%) zu entscheiden. Diese Schlußfolgerung beruht darauf, daß für die gesamte Wirtschaft im Land wie im Bund eine noch höhere Frauenquote von knapp vier Fünfteln (Männerquote 20%) an den Teilzeitbeschäftigten ermittelt wurde.

Von besonderem Interesse ist die Bedeutung der Teilzeitarbeit im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen. So entfielen von den gesamten landesweit neu geschaffenen Arbeitsplätzen etwa zwei Drittel auf Teilzeitarbeitsplätze, während bei den spezialisierten unternehmensbezogenen Dienstleistungsbranchen der Anteil der Teilzeitplätze lediglich rund 27% erreichte. Hier wurden vergleichsweise viele neue Vollzeitarbeitsplätze geschaffen. Auf Bundesebene kann dieser Unterschied besonders eindrucksvoll aufgezeigt werden. So beruhte hier die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Beschäftigtenzahlen nahezu ausschließlich auf der Zunahme der Teilzeitarbeitsplätze (96,9%). Im unternehmensorientierten Dienstleistungsbereich entfiel hierauf dagegen lediglich ein Viertel. Insgesamt lag damit die Teilzeitquote im Bund in den einzelnen unternehmensorientierten Branchen noch unter den jeweiligen Landeswerten.

Domäne der Selbständigen

Von den insgesamt 40 000 tätigen Inhabern in unternehmensbezogenen Dienstleistungsarbeitsstätten in Baden-Württemberg waren am Zählungstichtag nahezu zwei Fünftel in Büros beratender Ingenieure zu finden. Danach folgten die Selbständigen in Architekturbüros (15,1%). Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Selbständigen lag damit eindeutig bei den technischen Beratungsberufen, die den Bereich der gesamten wirtschaftlichen Beratungsbranchen (in erster Linie Rechts- und Steuerberatung) dominierten. Im Gegensatz dazu war im Bundesgebiet kein vergleichbares zentrales Tätigkeitsfeld bei den Selbständigen festzustellen.

Vier Fünftel aller in unternehmensorientierten Branchen tätigen Personen in Baden-Württemberg waren Arbeitnehmer. Damit lag die Arbeitnehmerquote deutlich unter dem für die gesamte baden-württembergische Wirtschaft errechneten Wert von neun Zehnteln. Hier wird besonders deutlich, daß der unternehmensorientierte Dienstleistungsbereich die Domäne der Selbständigen ist. Darüber hinaus sind aber auch die dort beschäftigten Arbeitnehmer hinsichtlich ihrer betrieblichen Stellung höher qualifiziert.

Beispielsweise besaßen bei den Branchen der wirtschaftlichen und technischen Beratung rund neun Zehntel der Arbeitnehmer (ohne Auszubildende) den Status eines Angestellten. Der Anteil der Arbeiter an den abhängig Beschäftigten dieser Bereiche war mit unter einem Zehntel eher unbedeutend. Im Gegensatz dazu waren in der gesamten Wirtschaft Baden-Württembergs knapp die Hälfte aller Arbeitnehmer der Kategorie der Arbeiter zuzurechnen. Weitgehend kann dieser Trend auch auf Bundesebene abgeleitet werden.

Versorgungsaspekte

Betrachtet man die Versorgung der gewerblichen und freiberuflichen Wirtschaft⁷ mit Unternehmensdienstleistungen, gemessen an der Anzahl der in diesen Branchen beschäftigten Personen je 1 000 Arbeitsstätten, so lassen sich daraus in erster Linie Anhaltspunkte über die Bereitstellung der Dienstleistungsfunktionen im jeweiligen regionalen Absatzgebiet ableiten. Im Bundesgebiet insgesamt ergab sich mit rund 590 Beschäftigten je 1 000 Arbeitsstätten ein höherer Versorgungsgrad mit Unternehmensdienstleistungen als in Baden-Württemberg mit knapp 560 Beschäftigtenfällen. Eine Differenzierung nach einzelnen Bran-

⁷ Die Organisationen ohne Erwerbszweck sowie die Gebietskörperschaften und Sozialversicherung wurden nicht als Nachfrager von unternehmensorientierten Dienstleistungen betrachtet. Ausgeklammert wurde weiterhin der jeweils untersuchte Dienstleistungssektor.

chen zeigt, daß im Land jedoch eine bessere Versorgung mit Diensten der technischen Beratung und Planung (159 Beschäftigte je 1 000 Arbeitsstätten) sowie der Werbung (60 Beschäftigte je 1 000 Arbeitsstätten) als im Bundesdurchschnitt (134 bzw. 47 Beschäftigte je 1 000 Arbeitsstätten) gegeben war.





Der Aspekt des Arbeitsplatzangebotes bei Unternehmensdienstleistern gewinnt vor allem unter gleichzeitiger Betrachtung der Situation im Verarbeitenden Gewerbe an Bedeutung. In Baden-Württemberg sowie im Bundesgebiet insgesamt war das Angebot an Arbeitsplätzen im Bereich der von Unternehmen und freien Berufen erbrachten Dienste nahezu gleich groß (Land/Bund: 77/78 Beschäftigungsfälle je 1 000 Einwohner). Demgegenüber war im Verarbeitenden Gewerbe in Baden-Württemberg mit 183 Beschäftigten je 1 000 Einwohner die Besatzziffer eindeutig höher als im Bundesdurchschnitt (137 Beschäftigte). Dennoch war in Baden-Württemberg in einzelnen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes das Arbeitsplatzangebot mit beispielsweise 22 Beschäftigungsfällen in der Herstellung von Kraftwagen oder 27 bei der Elektrotechnik vergleichbar mit dem Angebot im gesamten Sektor der Unternehmensdienstleistungen. Mit 23 Beschäftigten je 1 000 Einwohner war hier landes- wie bundesweit das gleiche Angebot an Arbeitsplätzen vorhanden. Geringe branchenspezifische Unterschiede bestanden beispielsweise bei der Rechts-, Steuer-, Wirtschaftsberatung und -prüfung. Im Bundesgebiet war mit 7 Personen je 1 000 Einwohner ein Beschäftigungsfall mehr als im Land zu verzeichnen. Demgegenüber ergab sich bei der technischen Beratung und Planung in Baden-Württemberg mit 6 Personen je 1 000 Einwohner ein zusätzlicher Beschäftigungsfall.

Ausblick

Die vorliegende Analyse verdeutlicht die große Bedeutung unternehmensorientierter Dienstleistungen. Die ständig fortschreitende Arbeitsteilung führte zu einer Spezialisierung der Unternehmen, die sich auch in Form von Auslagerungen einzelner Dienstleistungsfunktionen („spin-off“ oder „outsourcing“) niederschlug. Allerdings sollte der Strukturwandel nicht nur allein mittels des Anteils des Dienstleistungssektors am Wirtschaftsvolumen aufgezeigt werden, ohne daß die unternehmensinterne Dienstleistungserstellung im Produzierenden Gewerbe berücksichtigt wird. Der im Vergleich zum Bundesdurchschnitt geringere Anteil der Dienstleistungsbranchen in Baden-Württemberg wird vor dem Hintergrund der fortgeschrittenen Tertiarisierung der industriellen Produktion erheblich relativiert.

Auch zukünftig dürften die unternehmensorientierten Dienstleistungen eine wachstumstragende Rolle übernehmen. Steigende Bedeutung werden insbesondere modernste Dienstleistungen (zum Beispiel Datenverarbeitung, Software, Werbung etc.) erlangen, die in hochentwickelten Industrieländern zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit bestimmen. Im Hinblick auf die Vollendung des EG-Binnenmarktes 1992 ist im Zuge der Entwicklung neuer Technologien mit einem stärkeren Ausbau grenzüberschreitender unternehmensorientierter Dienstleistungen im Informations- und Kommunikationsbereich zu rechnen. Dies dürfte auch in Baden-Württemberg zu einem weiteren Wachstum des Teilmarktes modernster unternehmensorientierter Dienste führen.

Dipl. oec. Ulrike März

	.. 0,075
	0,075 .. 0,100
	0,100 .. 0,125
	0,125 und größer

0,075 .. 0,100

0,100 .. 0,125

0,125 und größer

Landeswert: 0,063

Kreisstädte

AA Aalen
 BAD Baden
 BB Bad
 BC Balingen
 BL Biberach
 BW Balingen
 CW Calw
 EM Emmendingen
 ES Esslingen
 FDS Friedrichshafen
 FN Freiburg
 FR Göttingen
 GP Heilbronn
 HD Heidenheim
 HDH Karlsruhe
 HN Konstanz
 KA Künzelsau
 LB Ludwigsburg
 LO Lorch
 MA Mannheim
 MOS Mosbach
 OG Offenburg
 PF Pforzheim
 RA Rastatt
 RT Reutlingen
 RV Ravensburg
 RW Rottweil
 S Stuttgart
 SHA Schwabach
 SIG Sigmaringen
 TBB Tauberbischofs
 TU Tübingen
 TUT Tuttlingen
 UL Ulm
 VS Villingen-Schwenningen
 WN Waiblingen
 WT Waldshut-Tiengen

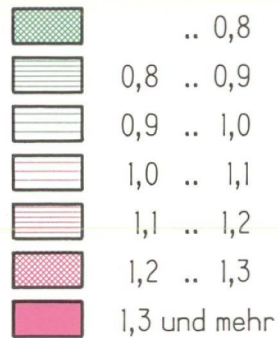
545 90

Abweichung der Beschäftigtenentwicklung vom Landesdurchschnitt in den Gemeinden Baden-Württembergs 1987 gegenüber 1970

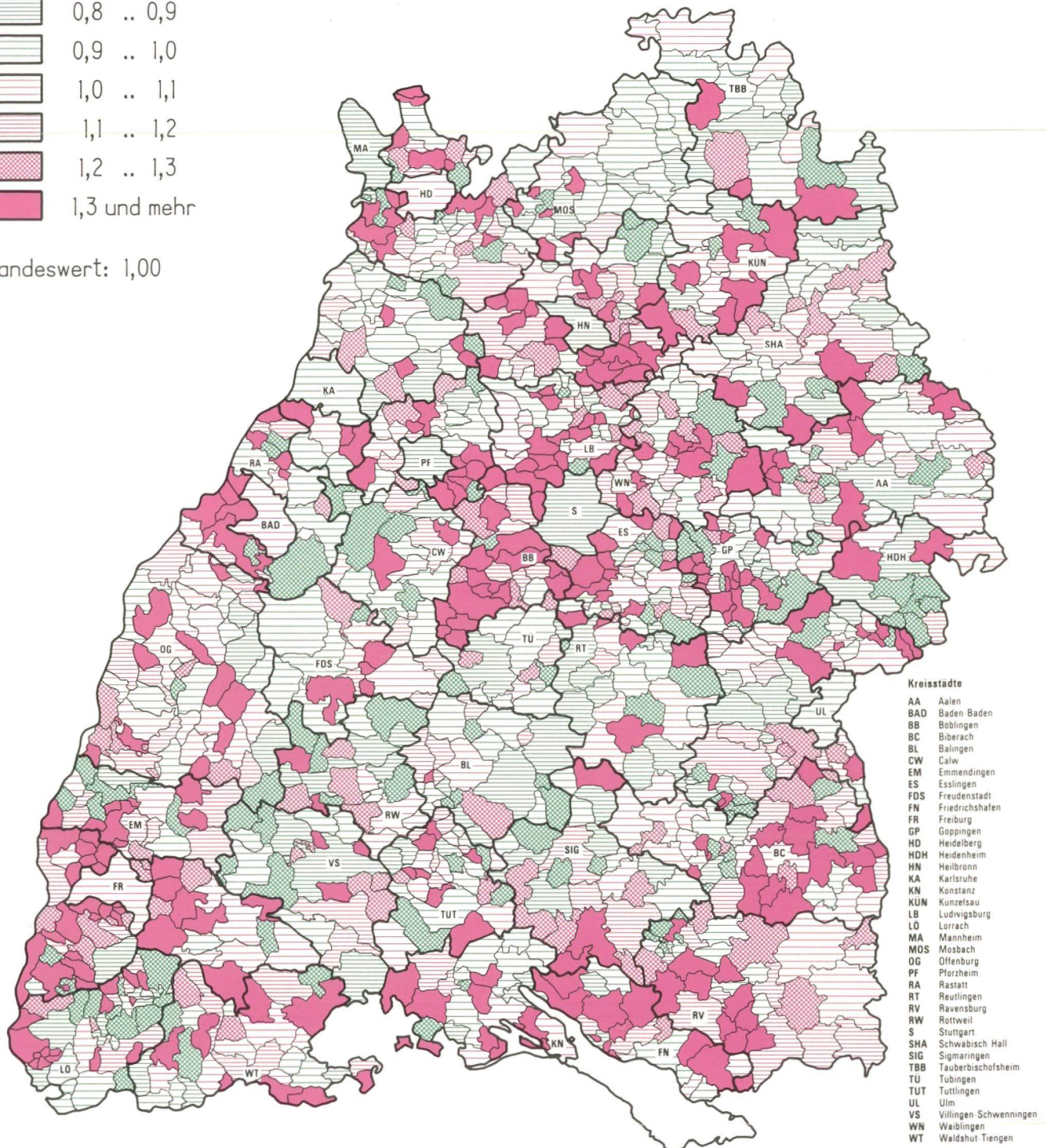
- Regionalfaktor -

- Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen -

von .. bis unter



Landeswert: 1,00



Kreisstädte

AA	Aalen
BAD	Baden-Baden
BB	Baden
BC	Biberach
BL	Balingen
BW	Calw
ES	Esslingen
FDS	Freudenstadt
FN	Friedrichshafen
FR	Freiburg
GP	Göppingen
HD	Heidelberg
HDH	Heidenheim
HN	Heilbronn
KA	Karlsruhe
KN	Konstanz
KUN	Künzelsau
LB	Ludwigsburg
LO	Lorch
MA	Mannheim
MOS	Mosbach
OG	Offenburg
PF	Plörsheim
RA	Rastatt
RT	Reutlingen
RV	Ravensburg
RW	Rottweil
S	Stuttgart
SHA	Schwäbisch Hall
SIG	Sigmaringen
TBB	Tauberbischofsheim
TU	Tübingen
TUT	Tuttlingen
UL	Ulm
VS	Villingen-Schwenningen
WN	Walden
WT	Waldshut-Tiengen

Zur Bedeutung verbraucherorientierter Dienstleistungen für den sektoralen Strukturwandel

Ergebnisse aus der Arbeitsstättenzählung 1987 und Vergleiche zu 1970

Lange Zeit wurde der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft ausschließlich mit langfristigen Veränderungen in der Struktur der Konsumentennachfrage erklärt.¹ Wenn- gleich neuere empirische Untersuchungen zeigen, daß die treibenden Kräfte für die Wachstumsdynamik der privaten Dienstleistungen in den letzten Jahren vorrangig von der Nachfrage aus dem Unternehmensbereich ausgingen², so gewinnt die Nachfrage der privaten Haushalte für die Ver- schiebung der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur in erster Linie bei Betrachtung absoluter Größen erheblich an Gewicht. Im folgenden sollen zunächst die verbraucher- orientierten Dienstleistungen anhand der Ergebnisse aus den Arbeitsstättenzählungen von 1970 und 1987 einem Vergleich mit den unternehmensorientierten Leistungen unterzogen werden. Anschließend werden die funktional abgegrenzten Verbraucherdienste für Baden-Württemberg und für das Bundesgebiet differenziert untersucht. Auf die- se Weise soll eine adäquate Beurteilung privater und öf- fentlicher verbraucherorientierter Dienstleistungen in mo- dernen Konsumgesellschaften ermöglicht werden.

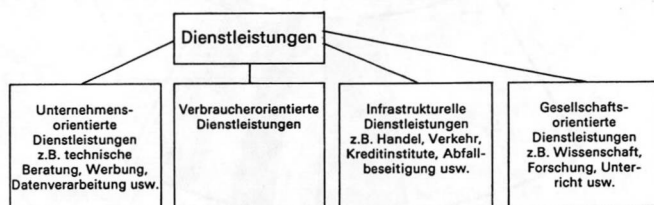
Funktionale Abgrenzung verbraucher- orientierter Dienstleistungen

Zur Systematisierung des Dienstleistungssektors bietet sich eine Einteilung nach der spezifischen Nachfragebezo- genheit der Dienstleistungen an. In der *Übersicht* wird un- terschieden, inwieweit die Dienstleistungen in erster Linie für Unternehmen (sowie für Organisationen ohne Er- werbszweck oder für den Staat), vorwiegend für private Haushalte oder für beide Nachfragergruppen bereitgestellt werden.³ Im Mittelpunkt der folgenden Untersuchung ste- hen die verbraucherorientierten Dienstleistungen. Dabei ist zu beachten, daß die Dienstleistungen in der amtlichen Statistik nach dem institutionellen Prinzip abgegrenzt wer- den. Folgt man dieser Abgrenzung, werden gleichartige Dienstleistungsfunktionen von privaten, gemeinnützigen oder staatlichen Anbietern getrennt untersucht. Da die Konsumenten das jeweilige gesamte zur Verfügung ste-

hende Dienstleistungsangebot interessiert, wird zur ad- äquaten Beurteilung im Rahmen dieser Analyse versucht, die verbraucherorientierten Dienste nach funktionalen Kri- terien zu klassifizieren. Hierfür werden in der *Übersicht* ne- ben den von Unternehmen und freien Berufen erbrachten – privaten – verbraucherorientierten Dienstleistungen auch

Übersicht

Entwurf einer Systematisierung des tertiären Sektors



Nr. der Systematik ¹⁾	Institutionelle	Funktionale
	Gliederung	
711 8..5 (ohne 8..57) 90.5 (ohne 90.57) 98.5 (ohne 98.57)	Beherbergungsgewerbe Beherbergungsstätten -	Beherbergung
713 715 717 8..57 90.57 98.57	Gaststättengewerbe Kantinen Schlaf- und Speisewagenbetriebe Kantinen - -	Verpflegung
72 8..6 90.6 98.6	Heime (ohne Fremden-, Erholungs- und Ferienheime) - -	Fürsorge
731 735	Wäscherei, Reinigung Friseur- und sonstige Körperpflege- gewerbe	Versorgung mit Hygiene
755 8..8 90.8	Kultur, Kunst, Sport, Unterhaltung Anstalten u. Einrichtungen für Kultur, Kunst und Sport -	Kultur, Kunst, Sport, Unterhaltung
76	Verlagsgewerbe	Publizistik
771 774 8..9 90.9 98.9	Gesundheitswesen Veterinärwesen Anstalten u. Einrichtungen des Gesundheitswesens - -	Medizinische Versorgung
739	Sonstige persönliche Dienstleistungen (z.B. Fotografisches Gewerbe, Ehe- vermittlung etc.)	Sonstiges

¹ Ansätze zur Erklärung der Dienstleistungsnachfrage der privaten Haushalte haben ihren Ausgangspunkt in der Drei-Sektoren-Hypothese. Die Hypothese unterstellt, daß mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen die Präferenz der pri- vaten Haushalte für persönliche Dienstleistungen wächst. Dadurch wird eine Verschiebung der Produktionsstruktur zugunsten des Dienstleistungs- sektors induziert.

² Vgl. hierzu März, Ulrike: Moderne Dienstleistungen für Unternehmen, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 8/1990, S. 359–364.

³ Mit den Begriffen „verbraucherorientiert“ bzw. „unternehmensorientiert“ soll daher die hauptsächliche Orientierung der Dienstleistungsanbieter her- vorgehoben werden. Ergänzend werden jene Dienstleistungsbereiche aus- gewiesen, die sowohl privaten Haushalten als auch Unternehmen angebo- ten werden wie die „infrastrukturellen“ und die „gesellschaftsorientierten“ Dienstleistungen.

1) Nummer der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitsstättenzählung 1983.

Dabei verdeutlichen die Nummern die verschiedenen Träger:

7... Unternehmen und freie Berufe

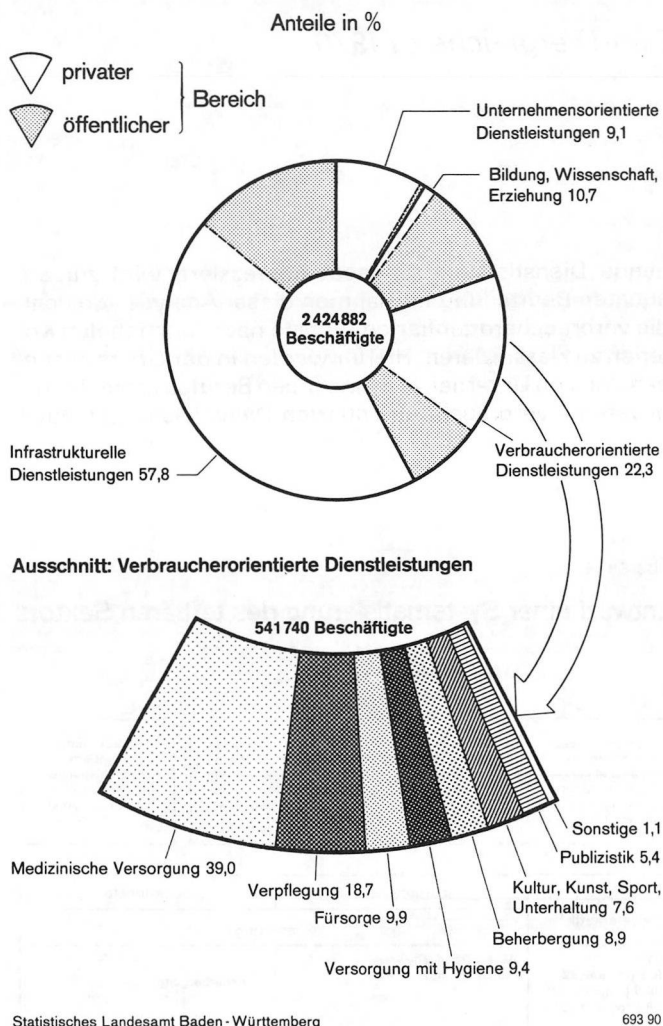
8... Organisationen ohne Erwerbszweck

90... Gebietskörperschaften

98... Sozialversicherung und Arbeitsförderung

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

Beschäftigtenstruktur in Baden-Württemberg 1987 nach Dienstleistungsbereichen



die – öffentlichen – Leistungen der sogenannten Anstalten und Einrichtungen von Organisationen ohne Erwerbszweck, von Gebietskörperschaften sowie von der Sozialversicherung und Arbeitsförderung nach Funktionen geordnet.

Nahezu gleicher Beschäftigungszuwachs bei privaten verbraucher- wie unternehmensorientierten Dienstleistungen

In Baden-Württemberg war bei den verbraucherorientierten Dienstleistungen insgesamt für den Zeitraum von 1970 bis 1987 eine Beschäftigungsausweitung um +70% auf rund 542 000 Personen zu konstatieren, wobei nach *Schaubild 1* zwei Drittel der Beschäftigten bei einem privaten und ein Drittel bei einem öffentlichen Arbeitgeber tätig waren. Wie aus *Tabelle 1* hervorgeht, verlief die Erhöhung im Teilbereich der öffentlichen Dienste mit einer Verdoppelung der Beschäftigtenzahl auf rund 166 000 Tätige überdurchschnittlich stark. Dabei zeigt sich, daß diese Entwicklung weniger auf staatliche Einrichtungen (+70,3%) als auf die Organisationen ohne Erwerbszweck (+168,5%) zurückzuführen ist. Bei den privaten Verbraucherdiensten (1987:

376 000 Beschäftigte) betrug die Wachstumsrate immerhin noch knapp +60%. Demgegenüber stieg die Beschäftigung bei den privaten unternehmensorientierten Dienstleistungen allerdings um +190%.⁴ Wenngleich damit die Expansionsrate bei den Verbraucherdiensten deutlich geringer ausfiel, war auch hier der Anstieg der Beschäftigung im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (+15,5%) überdurchschnittlich hoch.

Die Bedeutung der verbraucherorientierten Dienstleistungen zeigt sich aber vor allem bei der Betrachtung der Zunahme der absoluten Zahl der tätigen Personen. Von den im Zeitraum von 1970 bis 1987 neu geschaffenen Arbeitsplätzen im baden-württembergischen Dienstleistungssektor (+851 000) entfiel ein Viertel (+224 000) auf die gesamten verbraucherorientierten Dienste. Das Segment der privaten Verbraucherdienste (+139 000) erreichte wie die privaten unternehmensorientierten Leistungen (+141 000) einen Anteil von 16%. Hingegen besaßen die öffentlichen Verbraucherdienste lediglich einen Anteil von einem Zehntel (+85 000). Dabei stieg die Beschäftigtenzahl wiederum bei gemeinnützigen Einrichtungen (+47 000) wesentlich stärker als im staatlichen Bereich (+38 000).

Weiterhin hohe Anteile an der Beschäftigungserhöhung nahmen die infrastrukturellen Dienstleistungen (insgesamt 42,6%) beispielsweise der Handel (11,9%) oder jene von öffentlichen Trägern (12,8%) – wie die Abfall- und Abwasserbeseitigung – ein. Festzuhalten bleibt, daß im Betrachtungszeitraum bei den privaten verbraucherorientierten Dienstleistungen aufgrund des bereits 1970 erreichten hohen Beschäftigungsstandes einerseits die Wachstumsdynamik nicht mit derjenigen der unternehmensorientierten Dienste Schritt halten konnte, andererseits aber absolute Zunahmen nahezu in gleicher Höhe zu konstatieren sind. Die öffentlichen Verbraucherdienste erlangten nicht die Bedeutung der privaten verbraucherorientierten Leistungen, expandierten allerdings – insbesondere die gemeinnützigen Dienstleistungsanbieter – seit 1970 wesentlich stärker.

Enorme Beschäftigungsausweitung im Bereich der Fürsorge

Die weitere Auswertung der Ergebnisse der Arbeitstätigkeitszählungen im Hinblick auf die wachstumsträchtigsten Funktionsbereiche verbraucherorientierter Dienstleistungen ergibt die stärkste relative Zunahme der Beschäftigtenzahl im Bereich der Fürsorge (+196,9%), womit 16% des Beschäftigtenplus bei den Verbraucherdiensten insgesamt hier erzielt wurden.⁵ Diese Entwicklung ist vor allem auf das enorme Engagement der Organisationen ohne Erwerbszweck zurückzuführen, welche die Zahl der Beschäftigten in zugehörigen Heimen um rund 240% steigerten. Damit entfielen von den im Fürsorgebereich 54 000 tätigen Personen nach *Tabelle 2* im Jahre 1987 71% auf Heime gemeinnütziger Träger und jeweils rund 15% auf staatliche bzw. private Heime. Wichtige Einrichtungen waren dabei die Altenpflegeheime sowie die Stätten zur Eingliederung behinderter Menschen.

⁴ Den öffentlichen Unternehmensdienstleistungen (zum Beispiel Arbeitgeber-, Wirtschaftsverbände, Berufsorganisationen etc.) kommt aufgrund des geringen Beschäftigtenstandes (6 400 Tätige) nur eine untergeordnete Bedeutung zu (relativ/absolute Steigerung: +63,2%/+2 500).

⁵ Die Veränderungsraten konnten zum Teil nur annäherungsweise unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Systematiken von 1970 und 1987 berechnet werden.

Tabelle 1

Beschäftigte in Baden-Württemberg 1970 und 1987 nach verbraucherorientierten Dienstleistungen

Funktionale Gliederung der Dienstleistungen	Beschäftigte			
	1970	1987	Veränderung	
	Anzahl		%	
Beherbergung	36 147	48 371	+ 12 224	+ 33,8
darunter:				
privat	34 112	45 799	+ 11 687	+ 34,3
öffentlich	2 035	2 572	+ 537	+ 26,4
Verpflegung	68 988	101 244	+ 32 256	+ 46,8
darunter:				
privat	68 499	100 036	+ 31 537	+ 46,0
öffentlich	489	1 208	+ 719	+ 147,0
Fürsorge	18 129	53 816	+ 35 687	+ 196,9
darunter:				
privat	3 050	7 624	+ 4 574	+ 150,0
öffentlich	15 079	46 192	+ 31 113	+ 206,3
Versorgung mit Hygiene	50 062	51 064	+ 1 002	+ 2,0
Kultur, Kunst, Sport, Unterhaltung	18 502	40 992	+ 22 490	+ 121,6
darunter:				
privat	10 773	24 858	+ 14 085	+ 130,7
öffentlich	7 729	16 134	+ 8 405	+ 108,7
Publizistik	14 091	29 044	+ 14 953	+ 106,1
Medizinische Versorgung	108 523	211 140	+ 102 617	+ 94,6
darunter:				
privat	52 352	111 083	+ 58 731	+ 112,2
öffentlich	56 171	100 057	+ 43 886	+ 78,1
Sonstige	3 174	6 069	+ 2 895	+ 91,2
Zusammen	317 616	541 740	+ 224 124	+ 70,7
darunter:				
privat	236 113	375 577	+ 139 464	+ 59,1
öffentlich	81 503	166 163	+ 84 660	+ 103,9
Unternehmensorientierte Dienstleistungen	78 186	221 815	+ 143 629	+ 183,7
darunter:				
privat	74 247	215 385	+ 141 138	+ 190,1
öffentlich	3 939	6 430	+ 2 491	+ 63,2
Dienstleistungen insgesamt	1 574 381	2 424 882	+ 850 501	+ 54,0
darunter:				
privat	1 124 909	1 678 228	+ 553 319	+ 49,2
öffentlich	449 472	746 654	+ 297 182	+ 66,1
Wirtschaft insgesamt	3 891 323	4 496 168	+ 604 845	+ 15,5

Eine Verdoppelung der Beschäftigtenzahl wiesen der Kultur-, Kunst-, Sport- und Unterhaltungs- (+121,6%) sowie der Publizistikbereich (+106,1%) auf. Ein großer Anteil der Dienstleistungen des erstgenannten Bereichs mit insgesamt rund 41 000 Beschäftigten wurde in der privaten Wirtschaft (60,6%) erbracht. Von den dort 25 000 tätigen Personen waren jeweils ein Fünftel im Wirtschaftszweig „Theater, Orchester usw.“ – meist als selbständige Künstler⁶ –

und im Unterhaltungssektor – vor allem im Wett- und Lotteriewesen – beschäftigt. Darüber hinaus waren auch die Gebietskörperschaften mit 14 000 Beschäftigten ein wichtiger Träger insbesondere von Sporteinrichtungen und von Theatern bzw. Opernhäusern.

Ebenfalls überdurchschnittlich expandierte der Sektor der medizinischen Versorgung (+94,6%), der mit +103 000 Beschäftigten knapp die Hälfte der zusätzlichen Beschäftigung bei den Verbraucherdiensten bewirkte. Damit erreichte dieser Funktionsbereich innerhalb der Gruppe der verbraucherorientierten Dienstleistungen mit 211 000 tätigen Personen 1987 den höchsten Beschäftigtenstand. Gemes-

⁶ Als Beispiele seien Maler, Restauratoren, Komponisten, Bühnen-, Film- und Rundfunkkünstler genannt.

Tabelle 2

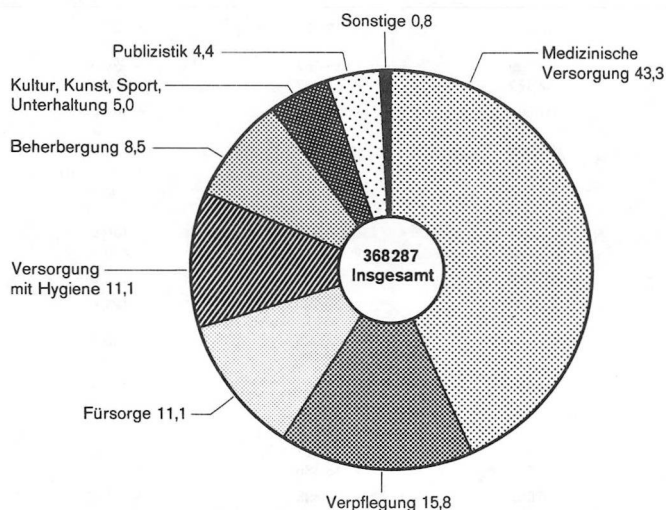
Verbraucherorientierte Dienstleistungen in Baden-Württemberg 1970 und 1987 nach dem Träger der jeweiligen Arbeitsstätten

Funktionale Gliederung verbraucherorientierter Dienstleistungen	Beschäftigte insgesamt 1987		Davon in Arbeitsstätten mit dem Träger			
			private Wirtschaft	Organisationen ohne Erwerbszweck	Gebiets- körperschaften	Sozialversicherung, Arbeitsförderung
	Anzahl	%				
Beherbergung	48 371	100	94,7	4,7	0,5	0,1
Verpflegung	101 244	100	98,8	1,1	0,1	–
Fürsorge	53 816	100	14,2	70,9	15,0	–
Versorgung mit Hygiene	51 064	100	100	–	–	–
Kultur, Kunst, Sport, Unterhaltung	40 992	100	60,6	4,5	34,8	–
Publizistik	29 044	100	100	–	–	–
Medizinische Versorgung	211 140	100	52,6	14,9	29,5	3,0
Sonstige	6 069	100	100	–	–	–
Zusammen 1987	541 740	100	69,3	13,8	15,7	1,2
1970	317 616	100	74,3	8,7	15,6	1,3

Schaubild 2

Tätigkeitsschwerpunkte beschäftigter Frauen in Baden-Württemberg 1987 nach verbraucherorientierten Dienstleistungen

Anteile in %



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

694 90

sen an der absoluten Zahl dominierte mit über der Hälfte der tätigen Personen der erwerbswirtschaftlich organisierte medizinische Versorgungsbereich (zum Beispiel Arztpraxen). Knapp ein Drittel der Beschäftigten arbeitete bei einem staatlichen Träger, wobei insbesondere die Krankenhäuser einen großen Beitrag leisteten.

Trotz unterdurchschnittlicher Steigerungsraten belegte der Bereich der Verpflegung bei der Betrachtung der absoluten Beschäftigtenzahl mit 101 000 Personen den zweiten Platz und trug einen Anteil von 14% (+32 000) zur Beschäftigungszunahme bei den Verbraucherdiensten bei. Dieser Sektor war die Domäne der privaten Wirtschaft mit einem Anteil von 98,8% an den insgesamt dort beschäftigten Personen. Hiervon waren drei Viertel in Speisewirtschaften tätig.

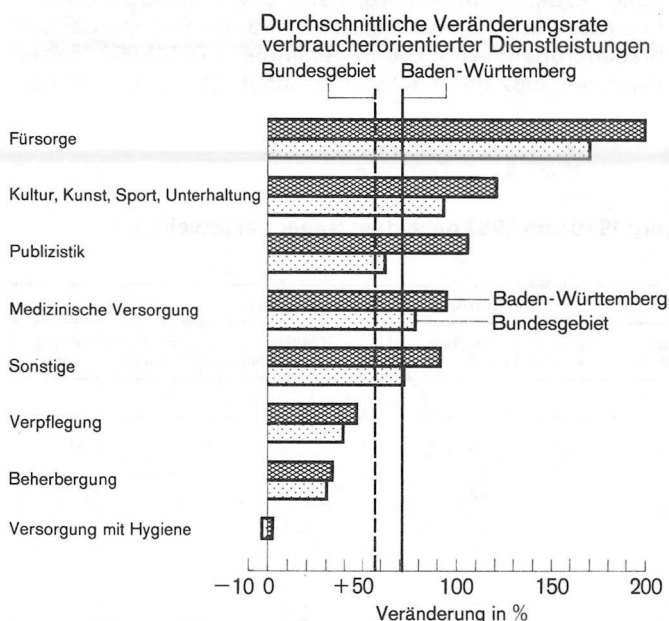
Pflege und Betreuung als Domäne der Frauen

In Baden-Württemberg betrug im Jahre 1987 der Frauenanteil an allen beschäftigten Personen rund 40% sowie im Teilbereich der Unternehmensdienste 43%. Hingegen wurde bei den verbraucherorientierten Dienstleistungen eine Frauenquote von 68% erreicht. Überdurchschnittlich viele Frauen arbeiteten bei der Hygieneversorgung (80,0%), der Fürsorge sowie in der medizinischen Versorgung (jeweils rund 75%). Bei Betrachtung der absoluten Zahlen in *Schaubild 2* waren die medizinische Versorgung und die Verpflegung zentrale Tätigkeitsfelder der beschäftigten Frauen. Dies bedeutet, daß Frauen in erster Linie Berufe ergreifen, bei denen die Pflege und Betreuung von Menschen im Vordergrund steht. In der Differenzierung nach den Trägern der Arbeitsstätte fällt auf, daß Frauen bei den Gebietskörperschaften und den Organisationen ohne Erwerbszweck einen im Vergleich zur privaten Wirtschaft höheren Anteil an den Beschäftigten stellten.

In diesem Zusammenhang ist die Betrachtung der Teilzeitbeschäftigung von großem Interesse. So war in der gesamten baden-württembergischen Wirtschaft eine Teilzeitquote von 16%, bei den unternehmensorientierten Diensten von 22% zu verzeichnen. Bei den Verbraucherdienstleistungen waren rund 26% der tätigen Personen in Teilzeit beschäftigt. Während damit bei den verbraucherorientierten Dienstleistungen die Frauenquote deutlich höher als bei den Unternehmensdiensten ausfiel, waren die entsprechenden Teilzeitquoten nicht signifikant verschieden. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß bei den Verbraucherdienstleistungen Frauen eher einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen.

Schaubild 3

Beschäftigungsentwicklung in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet von 1970 bis 1987 nach verbraucherorientierten Dienstleistungen



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

689 90

Gleicher Versorgungsgrad im Land wie im Bund

Von den im Jahre 1987 bundesweit rund 3,5 Mill. beschäftigten Personen bei verbraucherorientierten Dienstleistungsanbietern waren rund 15% in Baden-Württemberg zu finden. Landesweit überdurchschnittlich waren die Funktionsbereiche „Publizistik“ (20,5%) sowie „Beherbergung“ (17,4%) vertreten. Wie *Tabelle 3* zeigt, kommt allerdings den Verbraucherdiensten im Bund ein etwas größeres Gewicht zu als im Land. So arbeiteten von den bundesweit tätigen Personen 13% bei Anbietern von Verbraucherdienstleistungen, während landesweit der Anteil 12% umfaßte. Jedoch spricht die überdurchschnittliche Beschäftigungszunahme in den Jahren von 1970 bis 1987 in Baden-Württemberg bei den Verbraucherdiensten insgesamt sowie in den einzelnen Funktionsbereichen – gemessen an den Steigerungsraten auf Bundesebene in *Schaubild 3* – für eine weitere Annäherung an die Bundesverhältnisse. Insbesondere bei der Publizistik sowie der Fürsorge war im Vergleich zu den Bundesergebnissen landesweit eine weit stärkere Expansion der Beschäftigtenzahlen zu konstatieren.

Tabelle 3

Strukturanteile und Versorgungsgrad in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1987 nach verbraucherorientierten Dienstleistungen

Funktionale Gliederung der Dienstleistungen	Anteile an der Gesamtbeschäftigung		Dienstleistungsbesatz ¹⁾	
	1987			
	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet
	%		Anzahl	
Beherbergung	1,1	1,0	5,2	4,6
Verpflegung	2,3	2,6	10,9	11,7
Fürsorge	1,2	1,3	5,8	5,7
Versorgung mit Hygiene	1,1	1,3	5,5	5,8
Kultur, Kunst, Sport, Unterhaltung	0,9	1,1	4,4	5,0
Publizistik	0,6	0,5	3,1	2,3
Medizinische Versorgung	4,7	5,1	22,7	22,3
Sonstige	0,1	0,2	0,7	0,9
Zusammen	12,0	13,2	58,3	58,3
darunter				
privat	8,4	9,2	40,4	40,5
öffentlich	3,7	4,0	17,9	17,8
Unternehmensorientierte Dienstleistungen	4,9	5,4	23,9	23,9
darunter				
privat	4,8	5,2	23,2	22,8
öffentlich	0,1	0,3	0,7	1,1
Dienstleistungen insgesamt	53,9	60,2	261,1	265,7
Wirtschaft insgesamt	100	100	484,2	441,4

¹⁾ Anzahl der Beschäftigten in den einzelnen Bereichen je 1000 Einwohner.

Vergleicht man die Beschäftigtenanteile der Unternehmensdienste, so weisen – im Gegensatz zur Situation bei den Verbraucherdiensten – Land und Bund mit rund 5% gleiche Werte auf. Der landesweit geringere Anteil des gesamten Dienstleistungssektors (54,0%) an der Beschäftigung – gemessen am bundesweiten Wert von 60,1% – ist daher vor allem auch auf die infrastrukturellen Dienste zum Beispiel Handel, Verkehr etc. zurückzuführen.

Die Analyse der Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen bekräftigt die oben abgeleiteten Ergebnisse. Mit 58 Beschäftigten je 1 000 Einwohner war landes- wie bundesweit bereits der gleiche Versorgungsgrad mit Verbraucherdiensten – wie auch bei den Unternehmensdiensten mit 24 Beschäftigten je 1 000 Einwohner – erreicht. Eine geringfügig bessere Versorgung der baden-württembergischen Bevölkerung war zum einen bei der medizinischen Versorgung mit 23 Beschäftigten je 1 000 Einwohner (Bund: 22 Beschäftigte) bedingt durch zahlreiche Anstalten und Einrichtungen von Gebietskörperschaften gegeben. Zum anderen entfielen landesweit im Bereich „Publizistik“ 3 Beschäftigte auf 1 000 Einwohner, während bundesweit nur 2 tätige Personen je 1 000 Einwohner ermittelt werden konnten. Demgegenüber waren bundesweit mit 12 Tätigen je 1 000 Einwohner mehr Beschäftigte im Verpflegungs- (Land: 11 Beschäftigte) sowie im Kultur-, Kunst-, Sport- und Unterhaltungsbereich mit 5 Tätigen je 1 000 Einwohner (Land: 4 Beschäftigte) zu finden. Allerdings war in Baden-Württemberg die Bevölkerung im letztgenannten Segment besser versorgt mit Leistungen von seiten staatlicher Einrichtungen.

Ausblick

Für die – im Vergleich zu den Unternehmensdienstleistungen – geringere Wachstumsdynamik der privaten verbraucherorientierten Dienstleistungen im sektoralen Wandlungsprozeß wird häufig die unzureichende Endnachfrage als zentrale Determinante genannt. Allerdings kann vom Bedarf an Verbraucherdiensten nicht unmittelbar auf die

Funktionserfüllung durch den entsprechenden privatwirtschaftlichen Dienstleistungszweig geschlossen werden, da zur Befriedigung der Nachfrage zahlreiche weitere Alternativen existieren. So wurden in den 60er und 70er Jahren insbesondere stark arbeitsintensive Aufgabenbereiche unter Versorgungsaspekten dem Staat übertragen. Grenzen gegen das weitere Fortschreiten „wohlfahrtsstaatlicher“ Leistungen – wie der stagnierende Anteil des Staates als Anbieter von Verbraucherdiensten von 1970 und 1987 in *Tabelle 2* verdeutlicht – setzten die Konsequenzen der zunehmenden Staatsverschuldung. Daher wird die Arbeitsteilung zwischen staatlichen und gemeinnützigen Trägern – steigender Anteil der Organisationen ohne Erwerbszweck nach *Tabelle 2* – zunehmen. Hier dürften auch die zukünftigen Wachstumschancen liegen. Die Deckung des Bedarfs über den Markt wird bei arbeitsintensiven Dienstleistungen weiterhin teuer und daher begrenzt bleiben. Nur in geringem Maße werden Rationalisierungsbemühungen durch technische Geräte (zum Beispiel Küchentechnik im Gastgewerbe, Unterhaltungstechnik etc.) zur Verbesserung der Produktivität und damit zur Verbilligung des Angebots führen.

Als Fazit der Überlegungen bleibt festzuhalten, daß den privatwirtschaftlich angebotenen Verbraucherdiensten im Bezug auf die absolute Beschäftigungshöhe eine große Bedeutung zukommt. Die Expansionsraten konnten allerdings in den letzten Jahren – wie auch der Rückgang des Anteils in *Tabelle 2* zeigt – nicht mit denen der unternehmensorientierten Dienstleistungen Schritt halten, da die verbraucherorientierten Dienste einer starken Substitutionskonkurrenz durch Eigenleistung („self-service-economy“) oder auch Schwarzarbeit, durch Industriegüter und durch Leistungen öffentlicher Anbieter ausgesetzt sind. Eine Ausnahme bilden jedoch die freizeitbezogenen Dienstleistungen. Insbesondere im Medien- und Sportbereich treten zunehmend private Anbieter auf und erschließen mit Innovationen neue Märkte. Diese Tendenz dürfte auch in Zukunft anhalten, da Freizeitaktivitäten infolge steigender Realeinkommen und Arbeitszeitverkürzung weiterhin an Attraktivität gewinnen werden.

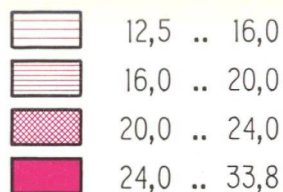
Dipl. oec. Ulrike März

Beschäftigte im Privaten Dienstleistungsbereich *) in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

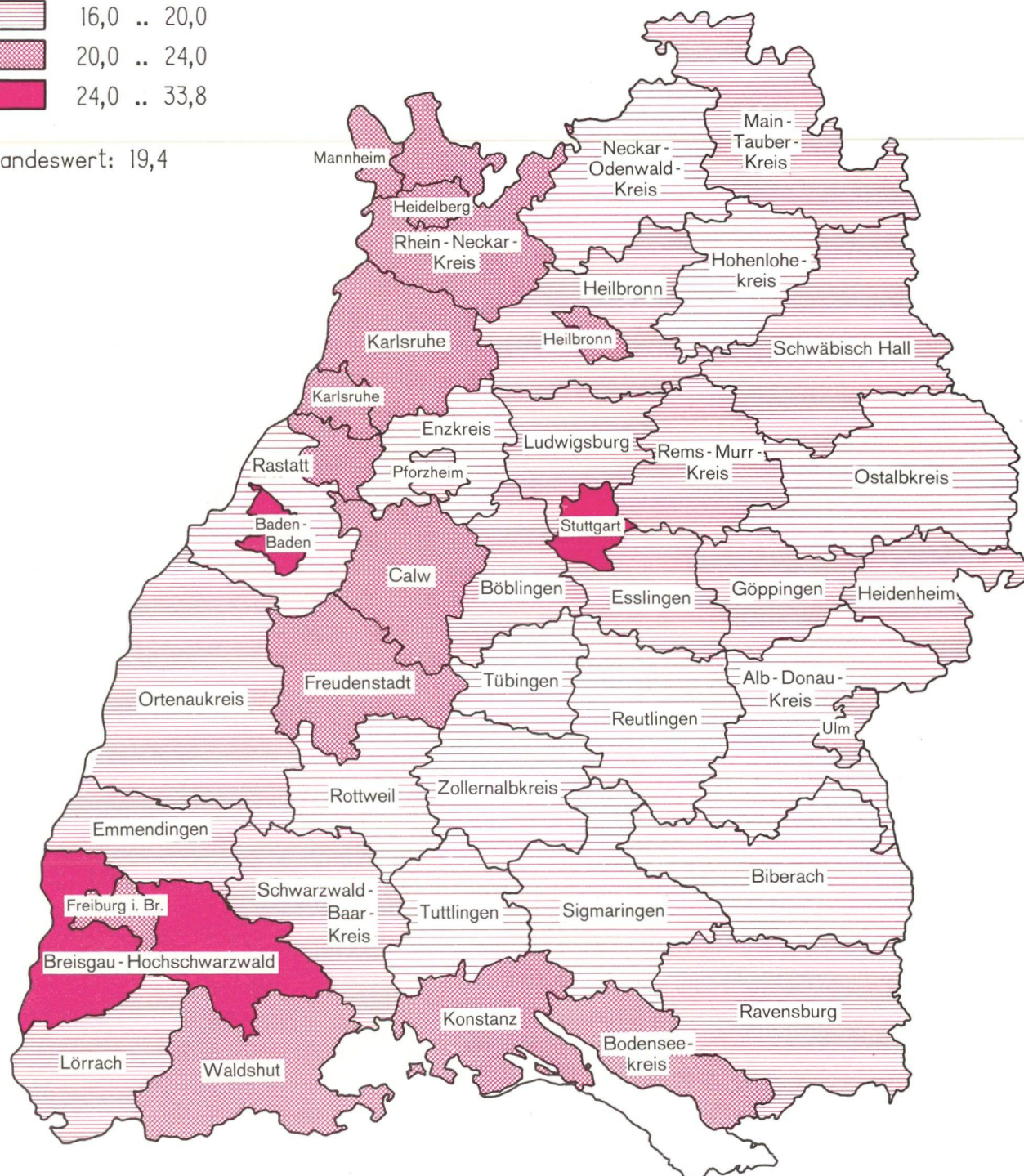
- Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung -

Anteil an den Beschäftigten insgesamt in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 19,4



*) Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

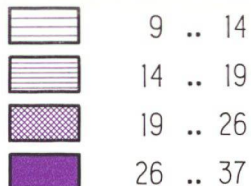
Landesinformationssystem

Beschäftigte im Öffentlichen Dienstleistungsbereich *) in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

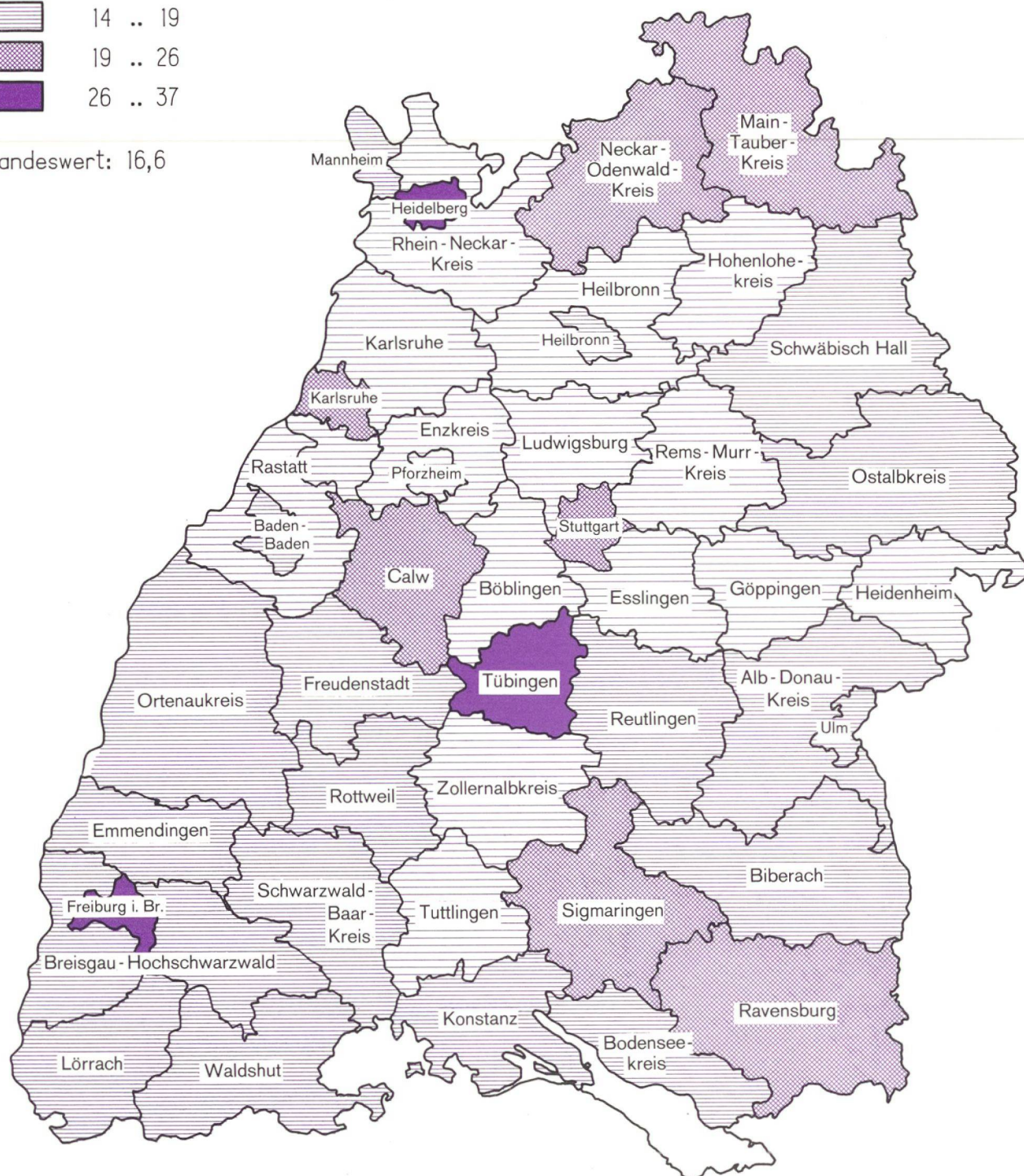
- Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung -

Anteil an den Beschäftigten insgesamt in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 16,6



*) Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landesinformationssystem

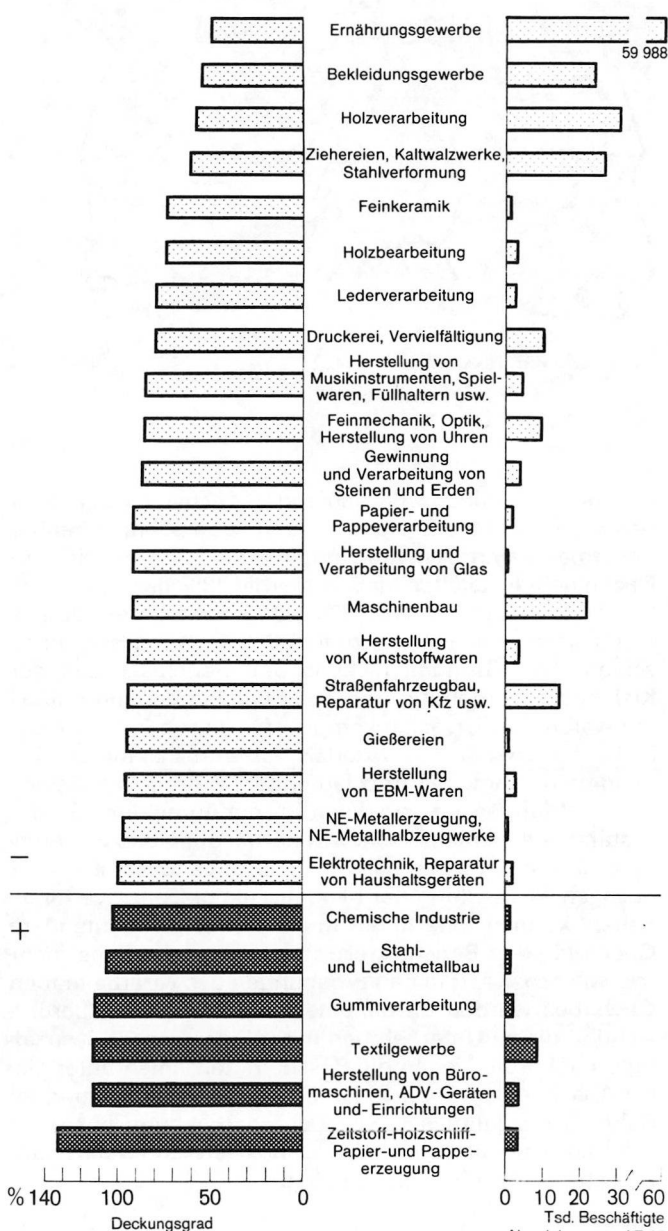
Auswirkungen der Arbeitsstättenzählung auf die Erhebungen im Verarbeitenden Gewerbe

Im Rahmen der Arbeitsstättenzählung (AZ) zum Stichtag 25. Mai 1987 konnte erstmals nach 17 Jahren wieder ein komplettes Bild über die Struktur der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten gewonnen werden.¹ Im Rahmen dieser

¹ Vgl. die eingehenden Beiträge zu Methode, Zielen und Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung von Doris Meyer-Haitz, Ulrike März und Uwe Götz in dieser Zeitschrift, Hefte 3, 5, 7 (1989) und 4, 8 (1990).

Schaubild 1

Beschäftigtenanteil der Statistik im Verarbeitenden Gewerbe im Verhältnis zur Arbeitsstättenzählung 1987



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

150 91

totalen Bestandsaufnahme wurden in rund 69 800 Arbeitsstätten des Verarbeitenden Gewerbes geringfügig mehr als 1,702 Mill. Beschäftigte gezählt. Demgegenüber konnten im Monatsbericht für Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten im September 1987² lediglich 1,441 Mill. Beschäftigte in 9 306 Betrieben nachgewiesen werden. Die beträchtlichen Unterschiede erklären sich daraus, daß es sich zum einen bei dem Monatsbericht um eine Teilerhebung handelt und zum anderen – das wirkt sich allerdings nur auf die Zahl der Erhebungseinheiten aus – die Arbeitsstätte räumlich sehr viel enger als Grundstück bzw. als abgegrenzte Räumlichkeit definiert ist, als es der Betrieb als Erhebungseinheit bei der vorwiegend auf Konjunkturbeobachtung abzielenden Monatsberichtsmeldung aus Gründen der Operationalisierbarkeit sein könnte. Ergänzt man den „konstanten“ monatlichen Berichtskreis noch um die Angaben der einmal jährlich im September stattfindenden Erhebung der industriellen Kleinbetriebe, so reduziert sich die Untererfassung gegenüber den Zählungsangaben nur geringfügig auf rund 209 000 Beschäftigte. Auch hierfür liegt die Erklärung auf der Hand. Denn die Kleinbetriebserhebung wurde vom Gesetzgeber auf die Industriebetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten beschränkt, womit die gerade in dieser Größenklasse besonders hohe Zahl der Handwerksbetriebe von der laufenden Erfassung im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes ausgeschlossen ist.

„Handwerksbranchen“ mit hohen Differenzen

Die höchsten Erfassungsdefizite der laufenden Erhebungen stellten sich im Ernährungsgewerbe (rund 60 000 Beschäftigte), in der Holzverarbeitung (rund 31 000 Beschäftigte) und in der Wirtschaftsgruppe Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw. (rund 27 000 Beschäftigte) heraus. Dahinter verbergen sich in erster Linie Firmen mit weniger als 20 Beschäftigten von Handwerkszweigen, wie zum Beispiel Bäcker, Fleischer und Schreiner. Ähnliche Ursachen stehen auch im Maschinenbau für die Erfassungslücke von rund 22 000 Beschäftigten. In der Gruppe Feinmechanik, Optik, Uhrenherstellung ergab sich für die Arbeitsstättenzählung ein Plus von fast 10 000 Beschäftigten. Die Differenz konzentrierte sich hauptsächlich auf die Reparaturen von Uhren und Schmuck in kleinen Handwerksbetrieben.

Die regionalen Schwerpunkte der Untererfassung lagen in den Landkreisen Esslingen, Ludwigsburg, Rems-Murr, Heilbronn, Karlsruhe, Rhein-Neckar und Ortenau, wo die fachstatistischen Angaben um 9 000 bis 12 500 Personen geringer ausfielen. In elf weiteren Landkreisen ging der Vergleich mit immerhin noch 5 000 bis 7 000 Personen

² Dieser Monat wurde gewählt, weil hierfür auch Angaben aus der Kleinbetriebserhebung vorlagen. Die Beschäftigtenzahlen für den Mai bewegten sich im Monatsbericht sogar um 16 000 Personen unter denen vom September.

ebenfalls klar zugunsten der Arbeitsstättenzählung aus. Nur in der Landeshauptstadt Stuttgart blieb das Zählungsergebnis um fast 5 000 Beschäftigte zurück, was in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß hier eine Vielzahl von zum Teil großen Hilfsbetrieben wie zum Beispiel Hauptverwaltungen, Vertriebs- und Servicezentren angesiedelt ist, die – sofern vom Produktionsareal der Firma durch öffentliche Straßenzüge getrennt liegend – in der Arbeitsstättenzählung separat erfaßt und den Dienstleistungen zugeordnet werden.

Über die absoluten Abweichungen hinaus ist auch die Betrachtung aufschlußreich, inwieweit die Teilmasse der fachstatistischen Berichterstattung des Verarbeitenden Gewerbes (Monatsbericht und Kleinbetriebserhebung) die in der AZ ermittelte Grundgesamtheit abdeckt. Definiert man das Verhältnis von AZ zu Fachstatistik als Deckungsgrad, so lassen sich unter Heranziehung der entsprechenden Beschäftigtenangaben Anhaltspunkte gewinnen, in welchem Umfang durch die Ergebnisse der laufenden Erhebungen die Wirklichkeit repräsentiert werden kann. Im Durchschnitt werden 87,7% der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe über die laufenden monatlichen bzw. jährlichen Erhebungen erreicht. In den einzelnen Wirtschaftsgruppen erstreckt sich die Spannweite der einzelnen Deckungsgrade vom Ernährungsgewerbe, wo nicht einmal die Hälfte der Beschäftigten von der Fachstatistik erfaßt werden, bis zur Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung, bei der die AZ-Angaben dagegen sogar um fast ein Drittel überschritten werden. Auch in der Chemischen Industrie, im Stahl- und Leichtmetallbau, bei den Büromaschinen- und DV-Geräteherstellern, in der Gummiverarbeitung und im Textilgewerbe stellte sich eine theoretisch widersinnige Überdeckung heraus. Die Ursachen für die beträchtliche Streuung und die zuletzt genannten unplausibel erscheinenden Fälle sind über die unterschiedliche „Handwerksintensität“ hinaus auch überwiegend darin zu sehen, daß die wirtschaftszweigsystematische Zuordnung bei der AZ insbesondere bei produktionstechnisch verwandten Wirtschaftsgruppen – zum Beispiel beim Textil- und Bekleidungsgewerbe – erheblich schwieriger und fehleranfälliger ist als bei der laufenden Berichterstattung, die auf eine differenzierte Produktionsstatistik zurückgreifen kann. Schließlich schlägt sich auch hier die in der AZ engere räumliche Abgrenzung der Erhebungseinheit Arbeitsstätte nieder, die – wie bereits erwähnt – tendenziell dazu führt, daß örtlich getrennt liegende Verwaltungen und örtlich verbundene Hilfsbetriebe im Unterschied zur Fachstatistik in der Regel anderen Wirtschaftsabteilungen zugeordnet werden.

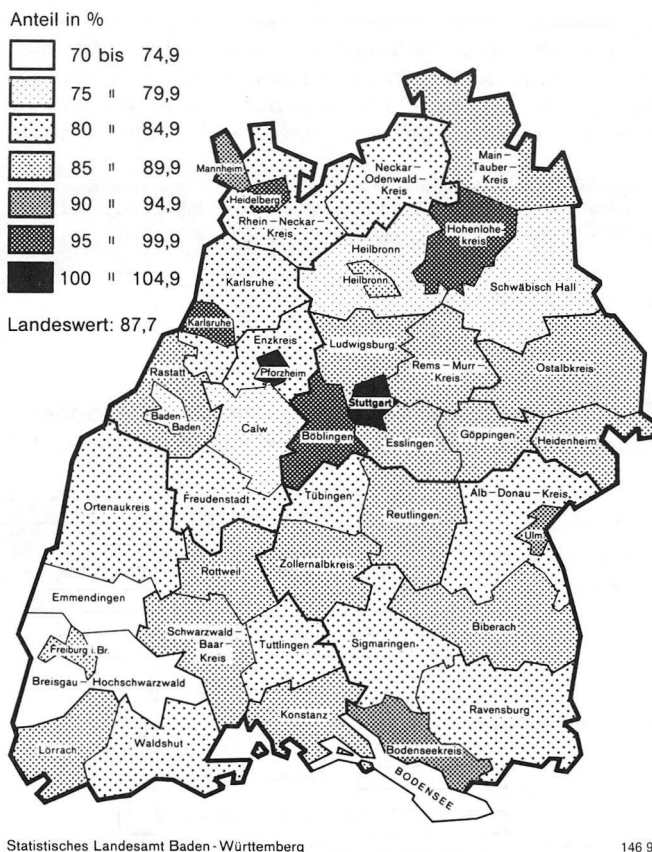
In regionaler Hinsicht ergibt sich zwar ein weniger differenziertes Streuungsbild des Deckungsgrades. Bemerkenswert ist dennoch, daß in sechs Kreisen die laufende Berichterstattung das Zählungsergebnis um mindestens 20% verfehlte. Allgemein ist ein recht enger Zusammenhang zwischen der sektoralen Kreisstruktur und der Höhe des Deckungsgrades erkennbar.

Berichtskreischwund unvermeidbar

Für die meisten sektoralen und regionalen Differenzen lassen sich auf die gezeigte Weise zwar plausible Argumente finden. Dennoch hat der Abgleich der letzten Arbeitsstättenzählung mit den laufenden Statistiken erneut eindrucksvoll belegt, daß über methodische und konzeptionelle

Schaubild 2

Beschäftigtenanteil der Statistik im Verarbeitenden Gewerbe im Verhältnis zur Arbeitsstättenzählung 1987 in den Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg



146 91

Unterschiede hinaus die laufenden Fachstatistiken trotz permanenter Überprüfung einem gewissen, offenbar unvermeidbaren Schwund unterliegen. So ließ sich im Nachhinein feststellen, daß immerhin 18% der landesweiten Untererfassung von 209 000 Beschäftigten daraus resultierten, daß bislang rund 2 600 Betriebe aus unterschiedlichen Gründen nicht in den Berichtskreisen der Kleinbetriebserhebung und der Monatserhebung enthalten waren. Der Ursachenkomplex für diesen im Laufe der Zeit unvermeidlichen Aderlaß ist zum kleineren Teil dadurch bedingt, daß trotz laufender Kontrolle der Gewerbeanmeldungen auf dem Wege von der Anmeldung bei der zuständigen gemeindlichen Behörde über die Weiterleitung des Vorgangs an das Statistische Landesamt bis zur dortigen Auswertung der Meldung einige Fälle „verlorengehen“ können. Eine andere und bei weitem bedeutendere Quelle für den Berichtskreischwund ist allerdings mehr methodischer Art: In den Erhebungen des Verarbeitenden Gewerbes werden im allgemeinen nur Betriebe berücksichtigt, die zu Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten gehören. Liegen die Beschäftigtenzahlen unter dieser Abschneidegrenze, so ist die weitere Beobachtung im Rahmen der jährlichen Kleinbetriebserhebung nur dann zulässig, wenn es sich – wie eingangs bereits erwähnt – um industrielle Kleinbetriebe handelt.

Handwerksbetriebe entziehen sich dagegen häufig dem statistischen Blickfeld, es sei denn, sie zählten zu der ehe-

mals anlässlich der letzten Handwerkszählung von 1977 ausgewählten Stichprobe der laufenden Handwerksberichterstattung. Dann, und nur dann ist nämlich konzeptionell vorgesehen, daß Handwerksbetriebe, deren Beschäftigtenzahl auf mindestens 20 Personen ansteigt, von der vierteljährlichen Handwerksstichprobe in das Berichtssystem des Verarbeitenden Gewerbes übernommen werden. Alle anderen Handwerker, die nicht von dem Auswahlstich von 5% berücksichtigt wurden, bleiben der Fachstatistik unbekannt, auch wenn die Beschäftigtenzahl in späteren Jahren über die Erfassungsgrenze ansteigt. Allenfalls erfuhr man in Einzelfällen über Presseberichte von der Existenz bisher im Berichtskreis fehlender Firmen.

Wenn andererseits hingegen Handwerksbetriebe, die bisher dem laufenden Berichtssystem des Verarbeitenden Gewerbes unterlagen, ihre Belegschaft bis unter die Erfassungsgrenze abbauten, so waren sie – weil keine Industriebetriebe – aus den Karteien zu löschen, es sei denn, sie zählten zu den Fällen, die ursprünglich einmal dem Stichprobenkreis der Handwerksberichterstattung entwachsen waren. Nur diese Firmen konnten dann im Rahmen der vierteljährlichen Handwerksstatistik weiter beobachtet werden. Auf ähnliche Weise können Unternehmen bzw. Betriebe „verlorengehen“, die aufgrund eines Schwerpunktwechsels der hauptsächlich ausgeübten Tätigkeit zum Beispiel vom Verarbeitenden Gewerbe dem Handel zugeordnet worden sind, dort aber nicht der laufenden „Statistiküberwachung“ unterlagen, weil – ähnlich wie im Handwerk – sie nicht Teil der ursprünglich gebildeten Stichprobenauswahl waren.

Wegen dieser systembedingten Fehlerquellen war in Baden-Württemberg von vornherein damit gerechnet worden, daß die Berichtskreiserweiterung durch die im Rahmen der Arbeitsstättenzählung aufgefundenen Betriebe so groß ausfallen wird, daß über entsprechende Vorkehrun-

gen die Messung des Berichtskreissprunges sichergestellt werden mußte. Zunächst wurden deshalb ab Januar 1989 in den kurzfristigen und in den Jahresehebungen alle Betriebe bzw. Unternehmen berücksichtigt, die die Kriterien für die jeweiligen Berichtskreise erfüllten. In allen Fällen wurde durch entsprechende Kennzeichnungen der im Rahmen der Arbeitsstättenzählung aufgefundenen Einheiten sichergestellt, daß sowohl der alte Berichtskreis (ohne AZ) als auch der neue Firmenkreis (mit AZ-Auffindungen) problemlos dargestellt werden konnte. Damit waren einmal auf der Grundlage des alten Berichtskreises verzerrungsfreie Vergleiche mit den zurückliegenden Jahren möglich, und zum anderen war für den neuen Berichtskreis, der ab 1990 ausschließlich gültig ist, der Anschluß zum Vorjahr gegeben.

Berichtskreissprung so groß wie Pforzheim

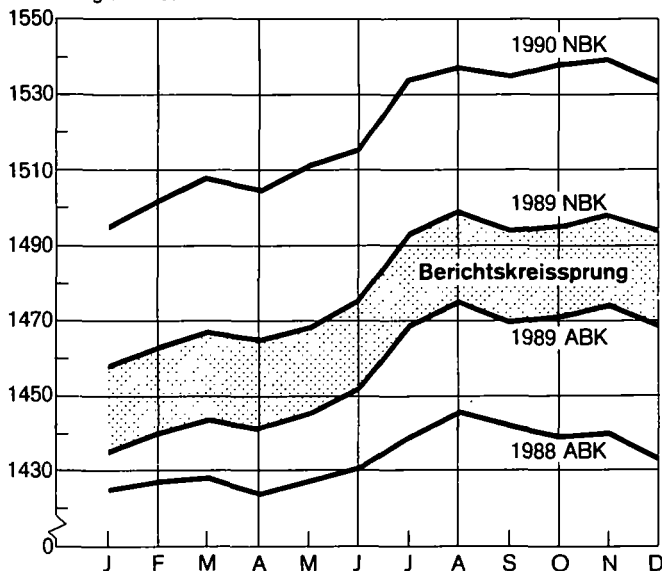
Die Meßbarkeit des durch die AZ-Auffindungen hervorgerufenen Berichtskreissprunges war zunächst für das kurzfristige Berichtssystem, aus dem eine Reihe von wichtigen Konjunkturindikatoren abgeleitet wird, vordringlich. Deshalb waren ab Januar 1989 die Aufbereitungen doppelt, das heißt einmal für den alten Berichtskreis (ABK) und zusätzlich für den neuen Berichtskreis (NBK) abzuwickeln, was erhebliche Mehrbelastungen des ohnehin personell strapazierten Aufbereitungsapparates mit sich brachte. Im Monatsbericht für das Verarbeitende Gewerbe, der sich auf alle Betriebe des kurzfristigen Berichtssystems erstreckt, belief sich 1989 die Untererfassung auf 611 Betriebe. Neben den 574 Einbetriebsunternehmen gehörten dazu auch noch 37 Zweigbetriebe von 13 Mehrbetriebsunternehmen, unter denen sich ein Mehrländerunternehmen befand. Die Hälfte aller neuen Betriebe entfiel auf Handwerksbetriebe. Die Erweiterung des Berichtskreises hat zu einem Anstieg des Beschäftigtenstandes von rund 23 500 Personen geführt. Der Abstand von immerhin 1,6% entsprach im übrigen ziemlich genau der Zunahme der Beschäftigtenzahlen, die anhand des ehemaligen Berichtskreises gegenüber 1988 ermittelt wurde. Insgesamt resultierten 44% des Beschäftigtenzuwachses aus den (zum Teil wieder) aufgefundenen Handwerksbetrieben. Absolut gesehen fallen die Veränderungen insbesondere beim Maschinenbau und im Ernährungsgewerbe mit einem Plus von 5 050 bzw. 3 400 Beschäftigten – das entspricht gut einem Drittel der gesamten Änderung – ins Gewicht. Hohe relative Zunahmen ergaben sich beim Stahlbau, der Glasherstellung und der Holzverarbeitung. Beim Gesamtumsatz bewegt sich die Abweichung zwischen dem alten und neuen Berichtskreis bei +1,3% oder fast 4 Mrd. DM. Der Unterschied zum alten Berichtskreis entspricht sowohl bei den Beschäftigten als auch beim Umsatz immerhin der Größenordnung des Verarbeitenden Gewerbes im Stadtkreis Pforzheim.

Drei von vier der zusätzlichen 611 Monatsmelder konzentrieren sich auf die Größenklasse von 20 bis unter 50 Beschäftigte. Dem stand in derselben Größenklasse eine Beschäftigtenzunahme von lediglich 60% gegenüber. Fast 23% entfielen noch auf 83 Betriebe von 50 bis unter 100 Beschäftigten. In weiteren 15 aufgefundenen Betrieben mit 100 bis 199 Beschäftigten machte der Beschäftigtenzuwachs noch immerhin 8% aus. Zusammen entfielen damit 91% des Anstiegs auf Betriebe zwischen 20 und 199 Beschäftigten, deren Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl sich im alten Berichtskreis auf lediglich 30% belief. Unter den weniger ins Auge fallenden Auswirkungen der

Schaubild 3

Beschäftigtenentwicklung im Übergang vom alten (ABK) auf den neuen Berichtskreis (NBK)

Beschäftigte in Tsd.



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

147 91

Berichtskreiserweiterung ist noch die leichte Senkung der Exportquote zu erwähnen, die darauf zurückzuführen ist, daß gerade jene Größenklassen, die ohnehin vergleichsweise wenig exportintensiv sind, nun deutlich stärker besetzt sind und die hinzugekommenen Betriebe noch weniger exportorientiert sind als der bestehende Berichtskreis.

In den Landkreisen Ludwigsburg, Karlsruhe, Rems-Murr, Ortenau und Reutlingen erhöhte sich der Beschäftigtenstand um mehr als 1 000 Personen. Relativ hohe Veränderungen ergaben sich für die Landkreise Enzkreis, Freudenstadt, Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen mit Steigerungen zwischen 3 und 4%. Vergleichsweise niedrig fiel dagegen der Anstieg der Beschäftigtenzahlen in den Stadtkreisen Stuttgart, Heidelberg, Mannheim, Ulm sowie in den Landkreisen Böblingen, Hohenlohe, Heidenheim, Rottweil und Waldshut aus, wo er nicht einmal 1% ausmachte.

Auswirkungen auf die Produktions- und Auftragseingangsindizes

Der Produktionsindex wurde von der Berichtskreisänderung tendenziell etwas weniger stark tangiert, weil zum

Produktionseilbericht, der die hauptsächliche Fortschreibungsgrundlage bildet, nur jene Betriebe melden, deren Produktionsstruktur von der auf die speziellen Indexzwecke zugeschnittenen Nomenklatur dieser Erhebung abgedeckt wird. So war in die monatliche Produktionsberichterstattung mit knapp 270 Betrieben nicht einmal die Hälfte der Betriebe neu mit einzubeziehen, die im Monatsbericht aufgenommen werden mußten. Ein nennenswerter Anstieg des Indexniveaus ergab sich in erster Linie bei den Drahterzeugnissen, den Stahl- und Leichtmetallkonstruktionen, bei fördertechnischen Anlagen und in der Feinkeramik. Bei Branchen, deren Entwicklung ganz oder überwiegend mit Umsatzreihen aus dem Monatsbericht fortgeschrieben wird, traten insbesondere bei den medizin- und orthopädiemechanischen Erzeugnissen und den Bäckereien sprunghafte Veränderungen auf. Insgesamt lag der Index im Jahresdurchschnitt 1989 gemäß neuem Berichtskreis um immerhin 1 Prozentpunkt über dem des alten Berichtskreises. Die Differenz aufgrund des Berichtskreisumsprungs übertraf damit sogar die Änderung infolge der letzten Basismstellung von 1980 auf 1985, die lediglich 0,6 Prozentpunkte zwischen dem neuen und dem auf 1985 umbasierten alten Index ausmachte.

Beim Auftragseingangsindex hat sich die Umstellung auf den erweiterten Berichtskreis mit einer Erhöhung des

Tabelle

Abweichungen des neuen gegenüber dem alten Berichtskreis in Baden-Württemberg 1989

Ausgewählte Wirtschaftsgruppe Wirtschaftshauptgruppen	Monatsbericht Betriebe						Auftrags- eingangs- index –Volumen–	Produktions- index	Investitionserhebung						Erhebung für industrielle Kleinbetriebe Sept. 1989			
	Betriebe		Beschäftigte		Umsatz				Betriebe Sept. 1989		Beschäftigte Sept. 1989		Investitionen		Betriebe		Beschäftigte	
	MD ¹⁾	%	MD	%	1000 DM	%			%	%	Anzahl	%	Anzahl	%	1000 DM	%	Anzahl	%
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	12	2,2	326	2,2	44 205	0,8	0,6	0,3	10	2,2	160	9,7	7 676	1,6	41	13,1	305	14,3
Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Mechanik	18	4,1	823	2,2	138 994	2,4	2,7	1,8	32	7,1	1 149	3,1	9 301	2,0	192	25,9	1 132	21,2
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	33	16,8	973	4,5	136 254	3,5	3,9	1,9	32	16,8	974	4,5	5 747	4,3	16	21,9	163	24,6
Maschinenbau	127	8,7	5 049	1,9	876 223	1,7	1,4	0,8	150	10,2	5 735	2,1	60 623	2,5	171	33,3	1 466	31,6
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz usw.	43	8,6	2 021	0,9	412 630	0,8	0,1	0,5	46	9,2	2 111	0,9	20 828	0,8	20	43,5	169	42,1
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	57	6,6	2 027	0,8	326 577	0,7	0,6	0,9	67	7,6	2 338	0,9	11 215	0,4	182	29,1	1 291	28,3
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	48	13,3	1 487	2,9	211 301	2,4	2,2	2,0	49	13,9	1 525	3,0	9 857	2,6	95	34,5	695	35,5
Herstellung von EBM-Waren	22	4,7	957	1,4	122 672	1,1	1,3	0,8	29	6,3	1 160	1,7	8 640	1,3	87	23,7	730	24,7
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhaltern usw.	9	4,3	268	1,3	33 558	1,1	–	1,2	9	4,2	276	1,3	1 400	1,0	102	23,6	687	21,9
Chemische Industrie	11	4,2	694	1,0	127 993	0,6	0,7	0,5	12	4,5	741	1,1	11 526	1,0	46	15,4	296	15,2
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	7	14,3	261	1,0	92 592	1,6	3,0	1,6	7	14,6	294	1,1	1 408	0,2	12	46,2	81	50,0
Feinkeramik	1	5,9	49	1,5	3 345	0,8	0,5	16,6	1	6,2	48	1,5	30	0,1	4	36,4	36	67,9
Herstellung und Verarbeitung von Glas	2	2,9	423	5,8	54 423	3,4	4,2	2,3	3	4,3	423	5,6	2 782	2,2	6	11,1	39	9,1
Holzbearbeitung	11	2,4	145	1,8	25 418	1,1	0,9	0,9	2	2,0	53	1,1	140	0,2	26	15,9	82	14,3
Holzverarbeitung	43	10,1	1 324	3,4	181 515	2,8	2,3	2,2	49	11,6	1 511	3,8	11 332	4,3	70	24,6	504	25,0
Papier- und Pappeverarbeitung	2	1,1	126	0,6	9 092	0,2	0,3	0,3	6	3,3	226	1,1	708	0,3	17	14,5	118	12,9
Druckerei, Vervielfältigung	23	5,9	750	2,2	99 059	1,6	1,7	1,7	26	6,5	867	2,5	7 333	1,8	352	38,9	2 128	32,7
Herstellung von Kunststoffwaren	36	7,9	1 553	3,0	244 525	2,7	2,6	2,5	43	9,3	1 696	3,2	15 624	2,6	103	21,6	730	19,7
Lederverarbeitung	3	3,8	129	1,6	16 096	1,3	1,2	2,8	4	5,3	182	2,2	568	2,6	31	31,3	182	27,6
Textilgewerbe	3	0,5	89	0,1	13 976	0,1	0,2	0,3	4	1,0	126	0,2	933	0,2	120	21,6	600	17,3
Bekleidungs-gewerbe	8	2,5	313	1,4	33 329	0,9	0,7	0,4	11	3,6	355	1,6	939	1,7	162	38,8	1 131	34,4
Ernährungsgewerbe	76	13,1	3 403	6,2	625 087	3,2	–	2,7	86	15,8	3 731	6,7	27 549	3,4	133	52,8	1 048	66,5
Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	43	2,7	1 630	1,0	317 524	0,6	0,5	0,4	43	3,9	1 816	1,1	25 266	0,9	216	20,5	1 268	19,1
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	355	8,3	13 459	1,4	2 301 982	1,2	1,1	0,9	401	9,3	14 939	1,5	123 910	1,2	692	27,7	5 301	27,1
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	136	5,0	5 130	1,9	693 408	1,5	1,4	1,8	157	5,7	5 813	2,1	41 897	1,8	968	28,7	6 159	25,3
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	77	13,0	3 406	6,1	625 091	3,1	–	2,5	86	15,5	3 731	6,7	27 549	3,8	136	52,7	1 071	66,6
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	611	6,7	23 625	1,6	3 938 005	1,3	1,1	1,0	687	7,9	26 299	1,8	218 623	1,3	2 012	28,0	13 799	26,4

¹⁾ MD = Monatsdurchschnitt

Indexniveaus um 1,1 Prozentpunkte etwas deutlicher als beim Produktionsindex niedergeschlagen. Dies ist auch deshalb bemerkenswert, weil eine Reihe von Wirtschaftszweigen – darunter auch solche mit zahlreichen AZ-Auffindungen (zum Beispiel Ernährungsgewerbe) – gar nicht zur Meldung der Auftragseingänge herangezogen werden. Der vergleichsweise hohe Abstand gegenüber dem alten Berichtskreis resultiert insbesondere aus dem beträchtlichen Auftragsplus bei der Stahlverformung bzw. Stahlbau, Maschinenbau, in der Feinmechanik, Optik und Uhrenherstellung sowie im Bereich der Holzverarbeitung und Kunststoffwarenherstellung.

Vergleichsmöglichkeiten der Produktions- und Auftragsingangssindizes für den neuen Berichtskreis mit Ergebnissen vor 1989 wurden nicht vorgesehen. Eine Rückrechnung des Berichtskreisprunges über einen längeren Zeitraum vor 1987 wäre unseres Erachtens auch mit beträchtlichen spekulativen Elementen versehen, weil nicht bekannt ist, wann die in der Arbeitsstättenzählung aufgefundenen Betriebe tatsächlich gegründet bzw. meldepflichtig gewesen wären.

2 000 Kleinbetriebe mehr

Nach den Erfahrungen im kurzfristigen Berichtssystem wurden Vorkehrungen getroffen, um auch in den vierteljährlichen und jährlichen Erhebungen die Auswirkungen der Berichtskreiserweiterung messen zu können. Erwartungsgemäß traten die Folgen in der Kleinbetriebserhebung am deutlichsten zutage.

Im Bereich der industriellen Kleinbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten ist die Betriebszahl um über 2 000 Betriebe auf fast 9 200 Einheiten gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 13 800 Personen. Die Zahl

der Betriebe hat sich damit um 28% und die Zahl der Beschäftigten um über 26% erhöht. Die Schwerpunkte lagen hier in erster Linie in der Wirtschaftsgruppe Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung und Mechanik, dem Maschinenbau, der Elektrotechnik, im Druckerei- und Vervielfältigungsgewerbe, dem Bekleidungs- und dem Ernährungsgewerbe, bei denen die Beschäftigtenzahl um jeweils mehr als 1 000 Personen anstieg. In den genannten Branchen konzentrierten sich rund 60% des Personenzuwachses. Den höchsten relativen Anstieg der Beschäftigtenzahlen verbuchten abgesehen vom Ernährungsgewerbe die Feinmechanik, die Büromaschinen- und ADV-Gerätehersteller, der Straßenfahrzeugbau und die Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren.

Die kräftige Berichtskreiserweiterung bei den Kleinbetrieben dürfte in Verbindung mit der anhaltend günstigen Konjunkturentwicklung auch mit dafür verantwortlich sein, daß nach langen Jahren stetigen Rückgangs der Betriebszahlen 1990 erstmals wieder seit 1966 eine nennenswerte Zunahme registriert wurde. Während nämlich seither die Zahl der Abgänge aus dem monatlichen (konstanten) Berichtskreis die der Zugänge aus der Kleinbetriebserhebung überwog, löste die sprunghafte Berichtskreiserweiterung um 28% unterstützt durch das Konjunkturohoch gewissermaßen eine Überschußreaktion aus. So stammen aus dem gesamten Nettozugang von 144 Betrieben alleine 103 Einheiten, die zunächst als industrielle Kleinbetriebe registriert wurden, aus der Arbeitsstättenzählung.

Die hervorragende Auswirkung der AZ-Auffindungen für die jährliche Investitionserhebung lag nicht so sehr in der Differenz beim Investitionsvolumen selbst, die 1,3 Prozentpunkte ausmachte, als vielmehr darin, daß die Berichtskreiserweiterung um rund 75 Betriebe höher lag als beim Monatsbericht. Dieser zusätzliche Berichtskreiszuwachs ergab sich in Analogie zu den voranstehend geschilderten Sekundärwirkungen für den Monatsbericht mit folgendem Unterschied: Während die in der Kleinbetriebserhebung im September (1989) als zum laufenden Berichtskreis gehörig festgestellten Einheiten im Monatsbericht grundsätzlich erst im folgenden Berichtsjahr (1990) berücksichtigt werden, werden sie in der Investitionserhebung, die im nachfolgenden Jahr (1990) rückwirkend für das vorangegangene Berichtsjahr (1989) erfolgt, bereits aufgenommen. Aufgrund dieser konzeptionsbedingten Konstellation lag auch die Beschäftigtendifferenz zwischen ehemaligem und künftigem Berichtskreis mit 26 300 Personen (1,8%) deutlich über dem für den Monatsbericht ermittelten Abstand.

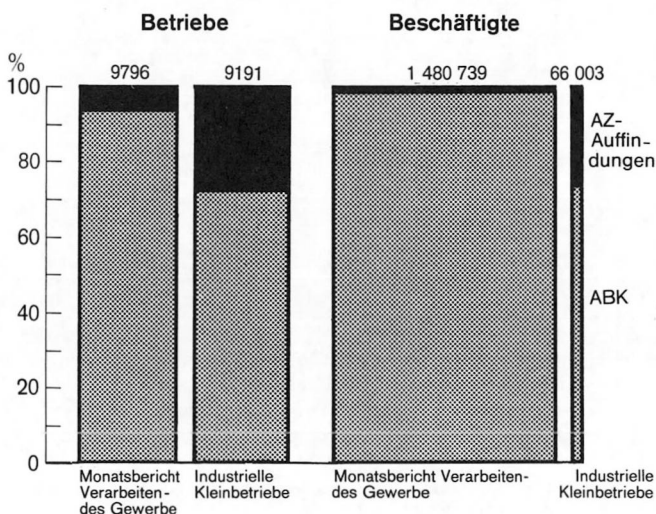
Der Vollständigkeit halber soll schließlich auch noch die vierteljährliche Produktionserhebung angeführt werden. Der Produktionswert des neuen Berichtskreises übersteigt den des alten um 3,2 Mrd. DM (+1,3%). Die sektoralen Schwerpunkte entsprachen weitgehend den bereits für die anderen Erhebungen erwähnten Wirtschaftsgruppen.

Unterschiedliche AZ-Auswirkungen

Die Auswirkungen einer AZ sind unseres Wissens erstmals in der geschilderten Weise quantifiziert worden. Die mit beträchtlichem Mehraufwand verbundenen Doppelaufbereitungen wären auch mit Aufbereitungstechniken, wie sie zu den beiden vorangegangenen Zählungsterminen 1961 und 1970 zur Verfügung standen, wohl kaum zu bewältigen gewesen. Die bisher einzige Quantifizierung von Berichts-

Schaubild 4

Auswirkungen der AZ-Auffindungen auf die Berichtskreise im Monatsbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes und in der Erhebung für industrielle Kleinbetriebe



kreissprüngen wurde anlässlich der sogenannten Reform der Industriestatistik beim Übergang vom Betriebskonzept für Industriebetriebe mit mindestens 10 Beschäftigten auf das Unternehmenskonzept für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen mindestens 20 Beschäftigten in den Jahren 1976 bis 1978 durchgeführt.³ Ein wichtiger Teil des seinerzeit zu messenden Berichtskreisprunges stellte die Einbeziehung des gesamten Verarbeitenden Handwerks dar, dessen genauer Umfang aber erst aufgrund der zeitgleich laufenden Handwerkszählung (HWZ) im nachhinein zu bestimmen war. Die Parallelität mit der durch die AZ gegebenen Situation endet aber mit der konkret eingeschlagenen Vorgehensweise. Während seinerzeit die sukzessiv im Rahmen der HWZ „entdeckten“ Handwerker sofort in die Berichterstattung des Verarbeitenden Gewerbes einbezogen und die bis dahin fehlenden Monatsmeldungen des laufenden Jahres 1977 mittels eines speziellen Schätzprogramms erstellt wurden, um die Vergleichbarkeit zum Folgejahr 1978 zu gewährleisten, wurde 1988 bei der Auffindung der AZ-Betriebe auf diese – schnellere, aber wohl weniger präzise – Möglichkeit verzichtet. Dafür waren neben den datenschutzrechtlichen Erschwernissen amtsinterner Übermittlungen und dem geringeren Aktualitätsbedürfnis – das bestehende Berichtssystem konnte im Unterschied zu damals problemlos weitergeführt werden – nicht zuletzt auch die unterschiedlichen Einschätzungen über das erwartete Ausmaß der Berichtskreisänderung maßgebend. In der Tat sind auch die Abweichungen zwischen altem und neuem Berichtskreis recht unterschiedlich ausgefallen.

Der durchschnittliche Abstand aller (alten) Bundesländer, der gemessen an der Beschäftigtenzahl 1,1% betrug, wurde lediglich in Bayern (1,7%) und Baden-Württemberg (1,6%) deutlich übertroffen, während die Differenz in den übrigen Flächenländern nur etwa halb so hoch ausfiel. Es sei dahingestellt, welche Punkte des möglichen Ursachenkomplexes – die Arbeitsstättenzählung selbst, die kontinuierliche

Berichtskreispflege, die vollständige Einbeziehung der AZ-Auffindungen in 1989 – ausschlaggebend für dieses „Nord-Südgefälle“ bezüglich der AZ-Folgen für das Berichtssystem im Verarbeitenden Gewerbe waren. Unumstritten dürfte dagegen sein, daß die geschilderten Auswirkungen der AZ-Auffindungen auf die Niveaulage sowie auf die sektoralen und regionalen Strukturen einmal mehr und zusätzlich unterstreichen, daß sich trotz laufender Berichtskreispflege von Zeit zu Zeit eine totale Bestandsaufnahme der Arbeitsstätten aus heutiger Sicht nicht erübrigt.

EG-Binnenmarkt bringt gravierende Umstellungen

Die nächste Bruchstelle zeichnet sich bereits für die Mitte der 90er Jahre ab. Mit der Verwirklichung des EG-Binnenmarktes ab 1993 müssen die Ergebnisse für die Bundesrepublik nach einer neuen, EG-weit einheitlichen Wirtschaftszweigsystematik (NACE) und Produktomenklatur dargestellt werden können. Nach einer knapp bemessenen Übergangsfrist sollen spätestens ab 1995 auch die Erhebungen selbst nach diesem neuen Systematikkonzept durchgeführt werden. Nach der am 09.10.90 vom Rat der Europäischen Gemeinschaften erlassenen Verordnung wird das Verarbeitende Gewerbe im Unterschied zur bisherigen Wirtschaftszweigsystematik im wesentlichen – neben vielen anderen – folgende Änderungen erfahren:

- Die Gewinnung von Steinen und Erden wird dem Bergbau zugeordnet,
- die Verlage zählen künftig zum Verarbeitenden Gewerbe,
- zusätzlich wird eine Abteilung Rückgewinnung von Schrott und nichtmetallischen Reststoffen eingeführt,
- die Positionen für Reparatur von Gebrauchsgütern und Reparatur von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern usw. werden dem Handel zugeordnet.

Soweit sich die Auswirkungen der NACE-Einführung – über die Verlage liegen grobe und über das Recycling keine Anhaltspunkte vor – überhaupt schon abschätzen lassen, wird die Zahl der Beschäftigten per Saldo in einer Größenordnung von 10 000 Personen zunehmen.

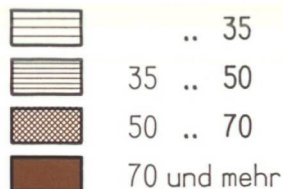
³ Vgl. auch Steiger, Hans-Hermann: Das Verarbeitende Gewerbe – eine Bestandsaufnahme nach der Neuordnung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/78, S. 283 ff.

Beschäftigte in Arbeitsstätten mit weniger als 20 Beschäftigten in den Gemeinden Baden-Württembergs am 27. Mai 1970

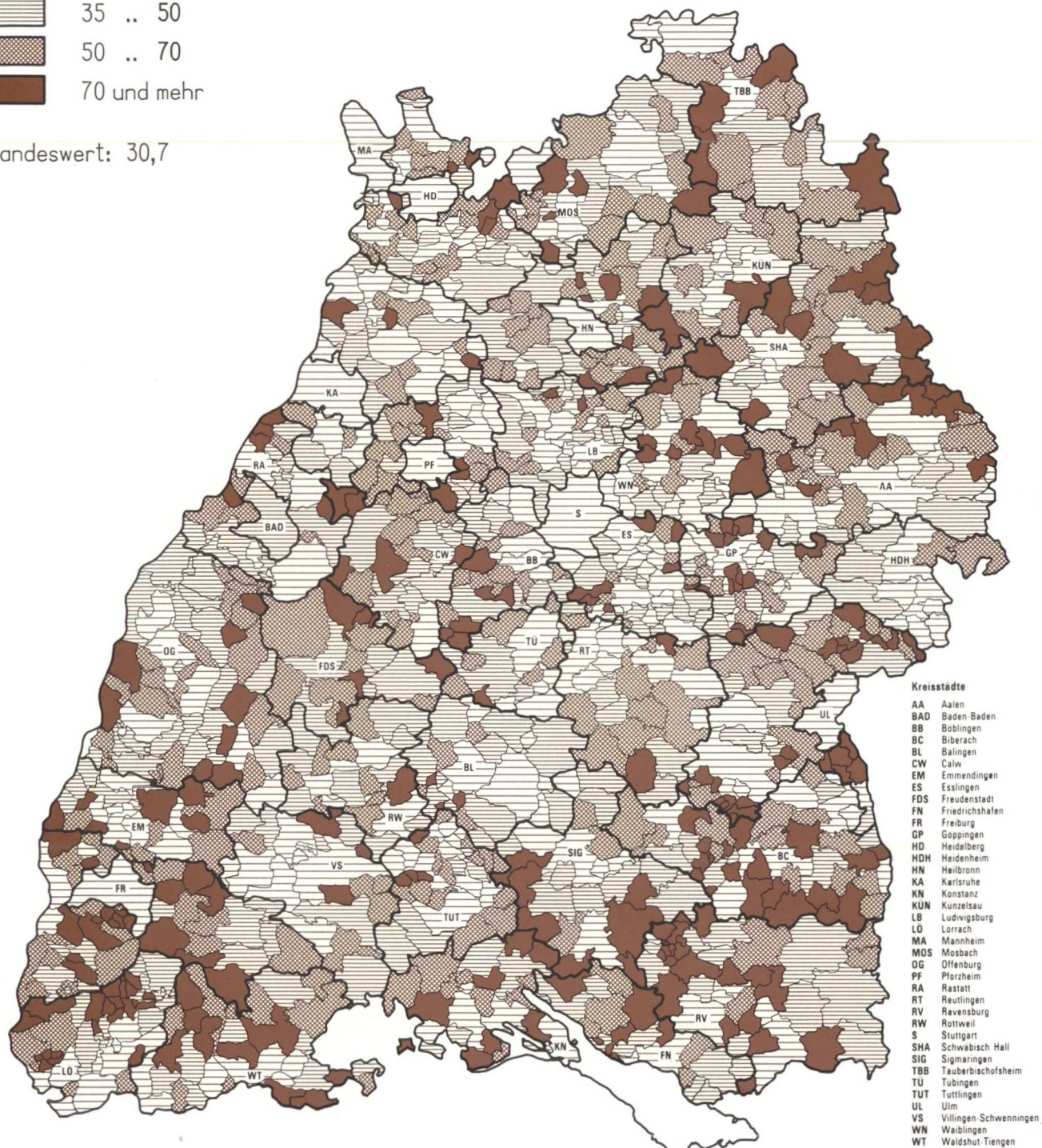
- Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung -

Anteil an den Beschäftigten insgesamt in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 30,7



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landesinformationssystem

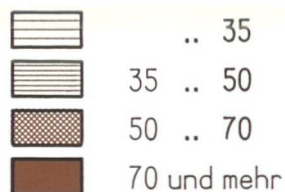
551 90

Beschäftigte in Arbeitsstätten mit weniger als 20 Beschäftigten in den Gemeinden Baden-Württembergs am 25. Mai 1987

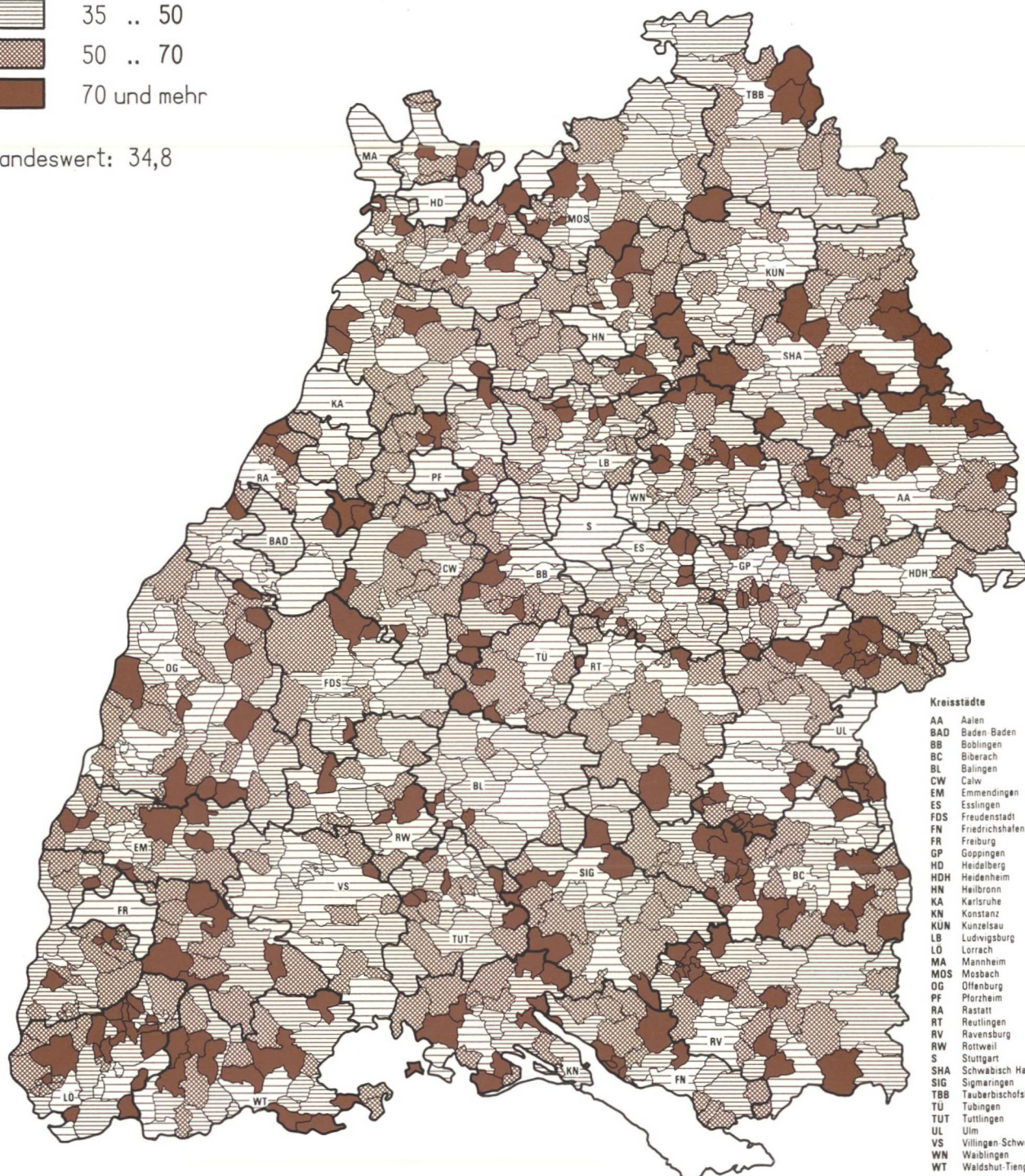
- Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung -

Anteil an den Beschäftigten insgesamt in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 34,8



Kreisstädte

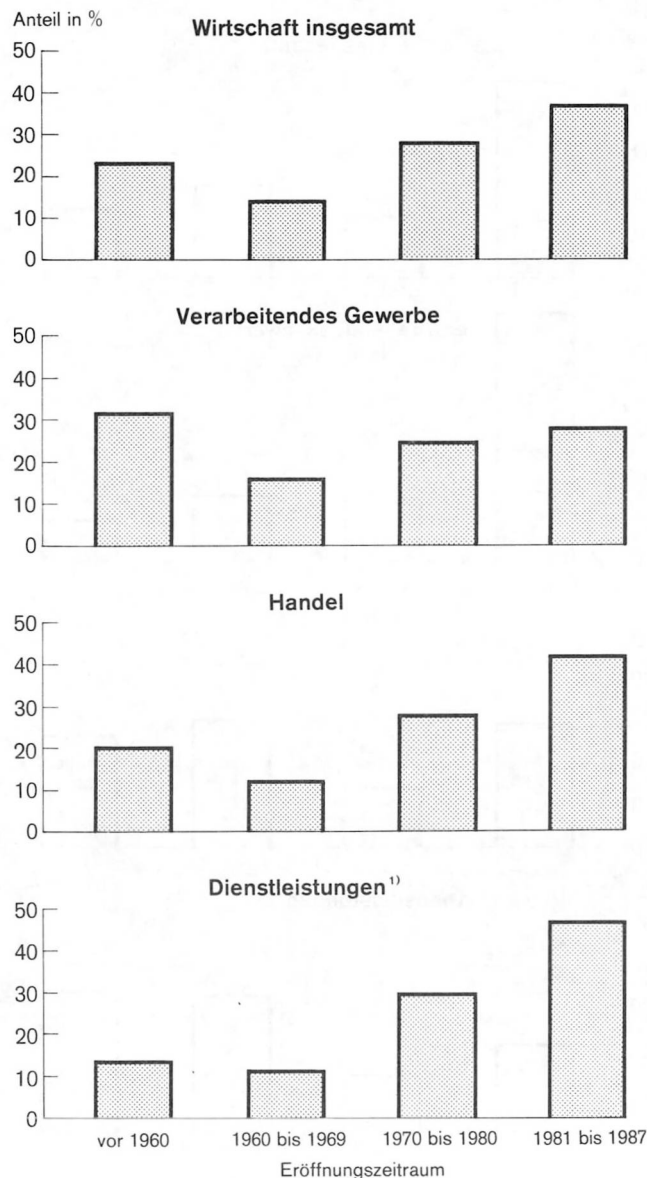
AA	Aalen
BAD	Baden-Baden
BB	Böblingen
BC	Biberach
BL	Balingen
CW	Calw
EM	Emmendingen
ES	Esslingen
FDS	Freudenstadt
FN	Friedrichshafen
FR	Freiburg
GP	Göppingen
HD	Heidelberg
HDH	Heidenheim
HN	Heilbronn
KA	Karlsruhe
KN	Konstanz
KUN	Künzelsau
LB	Ludwigsburg
LO	Lörrach
MA	Mannheim
MOS	Mosbach
OG	Offenburg
PF	Pforzheim
RA	Rastatt
RT	Reutlingen
RV	Ravensburg
RW	Rottweil
S	Stuttgart
SH	Schwäbisch Hall
SIG	Sigmaringen
TBB	Tauberbischofsheim
TU	Tübingen
TUT	Tutlingen
UL	Ulm
VS	Villingen-Schwenningen
WN	Waiblingen
WT	Waldshut-Tiengen

Eröffnungsjahr der Arbeitsstätten – Weitere Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987

Über die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 wurde bereits mehrfach in dieser Zeitschrift berichtet. In Ergänzung hierzu soll nachfolgend eine Untersuchung über die Eröffnungsjahre der am 25. Mai 1987, dem Stichtag dieser Zählung, bestehenden Arbeitsstätten das bisherige Spek-

trum an Analysen noch weiter abrunden. Dabei ist unter dem Eröffnungsjahr einer Arbeitsstätte das Jahr zu verstehen, in dem die am Stichtag ausgeübte wirtschaftliche Tätigkeit an dem derzeitigen Standort dieser Arbeitsstätte aufgenommen wurde.¹ Als Eröffnung wird dabei sowohl die Neugründung einer Arbeitsstätte als auch die Aufnahme einer neuen wirtschaftlichen Tätigkeit in einer bereits bisher bestehenden Arbeitsstätte gewertet (Schwerpunktverlagerung). Ebenso kann der Grund für eine Eröffnung aber auch eine Standortverlagerung (zum Beispiel aus einer anderen Gemeinde) sein. Deshalb müssen auch Eröffnungsjahr und eigentliches Gründungsjahr der Arbeitsstätte nicht notwendigerweise zusammenfallen.²

Schaubild 1
Arbeitsstätten in Baden-Württemberg nach Eröffnungszeiträumen und ausgewählten Wirtschaftszweigen



Bei dieser Betrachtung bleibt allerdings anzumerken, daß aufgrund der Daten der Arbeitsstättenzählung eine Verlaufsuntersuchung nicht möglich ist. Sie ermöglichen lediglich eine Ist-Bestandsaufnahme der Arbeitsstätten, die auch am Stichtag der Zählung (noch) existierten. Da jedoch viele Arbeitsstätten beträchtliche Fluktuationen aufweisen, geben die vorliegenden Daten deshalb nicht in jedem Falle das tatsächliche Ausmaß der Entwicklung in den dargestellten Zeiträumen wieder.

Das Eröffnungsjahr der Arbeitsstätten wurde im übrigen erstmals bei der Arbeitsstättenzählung 1987 erfragt. Dabei wurde zeitlich differenziert, ob die Arbeitsstätte vor 1960, im Zeitraum von 1960 bis 1969 bzw. von 1970 bis 1980 oder in einem der Jahre seit 1981 an diesem Standort eröffnet wurde.

Struktur der Gesamtwirtschaft nach Eröffnungsjahren der Arbeitsstätten

Bei der Arbeitsstättenzählung 1987 wurden zum Stichtag in Baden-Württemberg insgesamt ca. 425 000 Arbeitsstätten mit zusammen 4,496 Mill. Beschäftigten ermittelt. Etwas weniger als ein Viertel der Arbeitsstätten wurde bereits vor 1960 eröffnet und kann damit zu einem alt-eingesessenen, oftmals über Generationen hinweg bestehenden Betriebsbestand gerechnet werden. In den sechziger Jahren schien die Phase der Eröffnungen mit einem Anteil von weiteren rund 13% aller Arbeitsstätten vergleichsweise moderat verlaufen zu sein. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Gesamtentwicklung der Wirtschaft in diesem Zeitraum von zwei gegensätzlichen Trends bestimmt wurde. So war die erste Hälfte der sechziger Jahre durch einen Aufschwung gekennzeichnet, während in der zweiten Hälfte

1) Soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht.

¹ Vgl.: Krüger-Hemmer, Christiane; Veldhues, Bernhard Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 über „Dienstleistungen für Unternehmen“ in; Wirtschaft und Statistik, Heft 8/90, S. 534.

² Siehe hierzu: Landesregierung Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt (Hrsg.); Statistisch-prognostischer Bericht 89/90; Entwicklungsaspekte des Tertiären Sektors, S. 37 Zitierweise: Statistisch-prognostischer Bericht ...

ein gegenläufiger konjunktureller Abschwung das Wirtschaftsgeschehen prägte. Von 1970 bis 1980 nahm dann die Welle der Eröffnungen – trotz der beiden Energiekrisen von 1973 und 1979 mit den damit verbundenen Ölpreisexplosionen und ihren rezessiven Auswirkungen – mit einem Anstieg von über 27% deutlich zu. In den achtziger Jahren setzte sich dieser Trend sogar noch verstärkt fort. So kam allein in den Jahren von 1981 bis 1985 knapp ein weiteres Viertel an Eröffnungen von Arbeitsstätten hinzu. Von 1981 bis zum Stichtag der Arbeitsstättenzählung am 25. Mai 1987 machte die Zahl der in diesem Zeitraum eröffneten Arbeitsstätten am Gesamtbestand sogar mehr als ein Drittel (36,2%) aus.

Branchenmäßig unterschiedliche Entwicklung der Arbeitsstätten nach Eröffnungsjahren

Differenziert man bei den Eröffnungsjahren der Arbeitsstätten nach Wirtschaftszweigen, zeigen sich einige bemerkenswerte Unterschiede.

So waren beim *Verarbeitenden Gewerbe*, das für die Wirtschaftsstruktur des Landes traditionell von besonderer Bedeutung ist, die am Stichtag noch „tätigen“ Arbeitsstätten mit Eröffnungsjahren vor 1960 besonders stark vertreten (*Schaubild 1*). Knapp ein Drittel der Arbeitsstätten des Verarbeitenden Gewerbes (31,9%) bestand bereits vor diesem Zeitpunkt. Die in den sechziger und siebziger Jahren im Verarbeitenden Gewerbe eröffneten Arbeitsstätten erreichten, gemessen an allen Arbeitsstätten des Verarbeitenden Gewerbes, Anteile von knapp 16% bzw. knapp 25%. Seit 1981 lag die Quote an eröffneten Arbeitsstätten im Verarbeitenden Gewerbe (27,7%) insgesamt dagegen unter dem der Gesamtwirtschaft (36,2%).

Ein ähnliches Bild wie beim Verarbeitenden Gewerbe zeigt sich auch bei den „Traditionsbranchen“ Maschinenbau und Kraftfahrzeugherstellung. Gut 23% bzw. rund 30% der noch existierenden Arbeitsstätten im Maschinenbau und in der Kraftfahrzeugherstellung wurden bereits vor 1960 eröffnet. Nach 1981 bis zum Zählungsstichtag wurden im Maschinenbau immerhin noch rund ein weiteres Drittel, bei der Kraftfahrzeugherstellung 26% der Arbeitsstätten gegründet.

Dagegen zeigen sich bei zwei anderen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes deutliche Abweichungen. So existierten, wie *Tabelle 1* ausweist, bei der Uhrenherstellung in Baden-Württemberg, die bundesweit mit Betriebs- bzw. Beschäftigtenanteilen von jeweils gut über 90% eine bemerkenswert starke Stellung hat, vor 1960 bereits knapp 45% aller 1987 noch „tätigen“ Arbeitsstätten. Hier wurde die weitere Entwicklung, die in allen folgenden Zeitabschnitten deutlich unter dem Durchschnitt blieb, wohl von dem zunehmend stärkeren Importdruck billigerer Uhrenproduzenten vor allem aus Fern-Ost beeinflusst.

Ganz im Gegensatz zur Uhrenindustrie verlief die Entwicklung bei der Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen. So fiel hier der Anteil der vor 1960 gegründeten Arbeitsstätten mit 7,5% vergleichsweise gering aus. Auch in den sechziger Jahren lag er noch deutlich unter dem Durchschnitt. Seit den siebziger Jahren setzte jedoch bei der Herstellung von ADV-Geräten eine kräftige Expansion ein. So entfielen auf die Eröffnungen in diesem Zeitraum rund ein Fünftel, von 1981 bis 1987

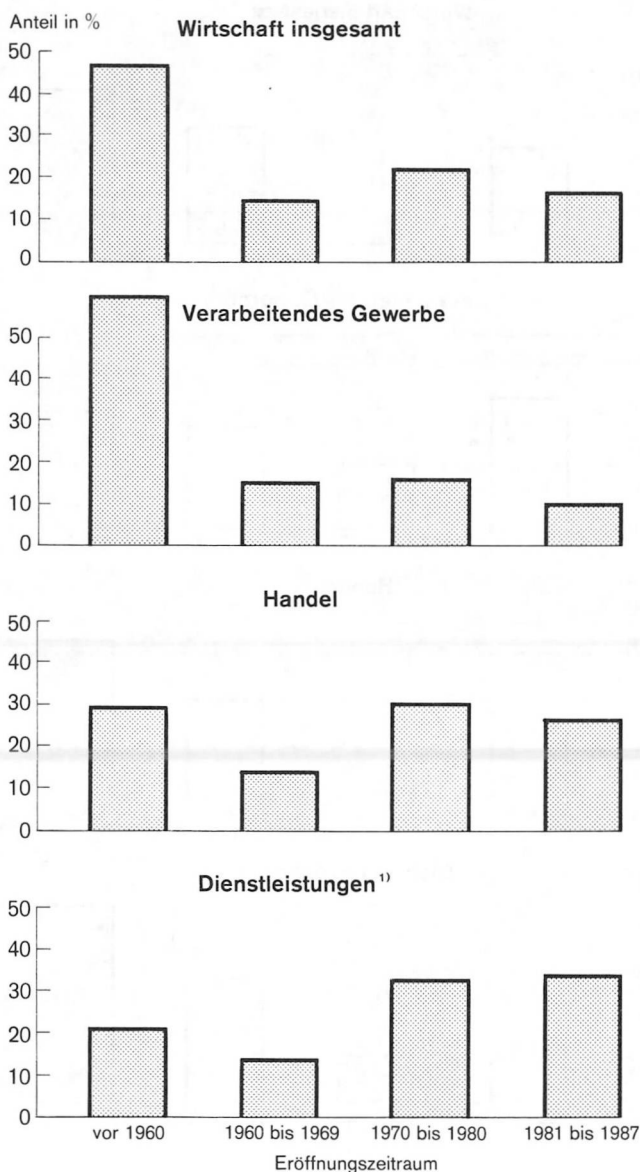
(25. Mai) sogar knapp zwei Drittel aller hier gezählten Arbeitsstätten.

Im *Handel* waren die vor 1960 eröffneten Arbeitsstätten – im Gegensatz zum Verarbeitenden Gewerbe – mit einem Anteil von knapp einem Fünftel vergleichsweise schwach vertreten. Hier setzte eine Eröffnungswelle in den Jahren von 1970 bis 1980 ein (27,3%). Auch in den Jahren nach 1980 verlief die Entwicklung weiterhin überdurchschnittlich gut. Dieser Trend charakterisiert die Stärkung der „Verteilungsfunktion“ und damit auch die ab den siebziger Jahren zunehmende Tendenz zur Dienstleistungsgesellschaft.

Ebenso wie beim Verarbeitenden Gewerbe zeigen sich auch beim Handel in einzelnen Wirtschaftszweigen recht heterogene Entwicklungen. So lag zum Beispiel beim Ein-

Schaubild 2

Beschäftigte in Baden-Württemberg nach Eröffnungszeiträumen der Arbeitsstätten und ausgewählten Wirtschaftszweigen



1) Soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

447 91

Tabelle 1

Arbeitsstätten in Baden-Württemberg nach Eröffnungszeiträumen und ausgewählten Wirtschaftszweigen
Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987

Nr. der Systematik	Ausgewählte Wirtschaftszweige	Arbeitsstätten insgesamt ($\pm 100\%$)	Arbeitsstätten nach Eröffnungszeiträumen			
			vor 1960	1960–1969	1970–1980	1981–1987
			Anteil in %			
0–9	Insgesamt	425 030	22,9	13,2	27,3	36,2
	Darunter					
2	Verarbeitendes Gewerbe	69 768	31,9	15,7	24,7	27,7
242	Maschinenbau	4 822	23,1	15,5	28,8	32,5
243	Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	438	7,5	7,5	19,6	65,3
244	Herstellung von Kraftwagen und deren Teilen	612	29,9	16,0	28,1	26,0
254	Herstellung von Uhren	278	44,6	13,7	20,9	20,9
4	Handel	105 394	19,8	11,3	27,3	41,6
4356	Einzel mit Büromaschinen, Büromöbel	1 170	8,5	5,5	19,1	66,8
4361	Apotheken	2 632	30,2	15,2	36,2	18,3
4397	Einzelhandel mit Brennstoffen	787	53,7	15,2	16,9	14,1
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	134 655	13,1	10,7	29,3	46,8
74	Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung, u. a. hygienische Einrichtungen	2 823	6,1	13,4	32,0	48,5
75	Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport, Unterhaltung	11 877	10,1	9,5	27,2	53,1

zelhandel mit Brennstoffen der Eröffnungsschwerpunkt der Arbeitsstätten mit einem Anteil von ca. 54% eindeutig in der Zeit vor 1960. Während in den dann folgenden sechzig Jahren in dieser Branche mit weiteren gut 15% der Arbeitsstätten noch überdurchschnittlich viele Eröffnungen erfolgten, blieben die Anteile in den siebziger und achtziger Jahren jeweils unter denen des gesamten Handelsbereichs. Hierbei dürften sich wohl nicht zuletzt die Konkurrenz der leistungsgelassenen Energieträger sowie Rationalisierungsbestrebungen ausgewirkt haben.

Bei den Apotheken betrug der Anteil der vor 1960 eröffneten Arbeitsstätten gut 30%. Auch in den sechziger Jahren wurden überdurchschnittlich viele Betriebe (15,2%) gegründet. Der Schwerpunkt der Eröffnungen lag jedoch mit einem Anteilswert von über 36% in den siebziger Jahren.

Im Gegensatz dazu stehen die Arbeitsstätten im Einzelhandel mit Büromaschinen, Büromöbeln und Organisationsmitteln, die vor allem in jüngerer Zeit von einer stärkeren Nachfrage profitierten. So lag allein der Anteil der seit 1981 eröffneten Arbeitsstätten beim Einzelhandel mit Büromaschinen und Büromöbeln bei ca. 67%. Vor 1960 wurden dagegen lediglich 8,5%, in den sechziger Jahren weitere 5,5% aller hier existenten Arbeitsstätten gegründet.

Bei den *Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht*, lag der Schwerpunkt der Eröffnungen insgesamt – im Gegensatz zum Verarbeitenden Gewerbe und zum Handel – in den achtziger Jahren. So wurden ab 1981 rund 47% aller Arbeitsstätten gegründet. Knapp 30% der Betriebe eröffneten in den siebziger Jahren. In der Zeit vor 1960 nahmen dagegen hier lediglich 13% der Arbeitsstätten ihre Arbeit auf.

Tabelle 2

Beschäftigte in Baden-Württemberg nach Eröffnungszeiträumen der Arbeitsstätten und ausgewählten Wirtschaftszweigen
Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987

Nr. der Systematik	Ausgewählte Wirtschaftszweige	Beschäftigte insgesamt ($\pm 100\%$)	Beschäftigte in Arbeitsstätten nach Eröffnungszeiträumen			
			vor 1960	1960–1969	1970–1980	1981–1987
			Anteil in %			
0–9	Insgesamt	4 496 168	47,0	14,3	22,1	16,3
	Darunter					
2	Verarbeitendes Gewerbe	1 702 106	59,9	14,8	15,7	9,6
242	Maschinenbau	287 764	60,3	15,1	14,4	10,2
243	Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	24 034	32,0	28,0	30,5	9,5
244	Herstellung von Kraftwagen und deren Teilen	204 379	79,6	11,3	8,0	1,1
254	Herstellung von Uhren	8 755	78,8	6,7	8,3	6,2
4	Handel	596 876	29,5	13,9	30,2	26,3
4356	Einzel mit Büromaschinen, Büromöbel	7 790	17,9	6,9	27,0	48,2
4361	Apotheken	16 665	33,7	15,9	35,1	15,3
4397	Einzelhandel mit Brennstoffen	2 976	58,5	13,7	15,2	12,6
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	718 040	20,9	13,2	32,4	33,5
74	Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung, u. a. hygienische Einrichtungen	74 635	18,8	13,6	36,9	30,7
75	Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport, Unterhaltung	54 378	24,3	11,4	31,3	33,0

Tabelle 3

Beschäftigte je Arbeitsstätte in Baden-Württemberg nach Eröffnungszeiträumen und ausgewählten Wirtschaftszweigen
Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987

Nr. der Systematik	Ausgewählte Wirtschaftszweige	Beschäftigte je Arbeitsstätte insgesamt	Beschäftigte je Arbeitsstätte nach Eröffnungszeiträumen			
			vor 1960	1960–1969	1970–1980	1981–1987
			Anzahl			
0–9	Insgesamt	11	22	11	9	5
	Darunter					
2	Verarbeitendes Gewerbe	24	46	23	16	8
242	Maschinenbau	60	155	58	30	19
243	Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	55	233	204	85	8
244	Herstellung von Kraftwagen und deren Teilen	334	889	235	95	15
254	Herstellung von Uhren	31	56	15	13	9
4	Handel	6	8	7	6	4
4356	Einzel mit Büromaschinen, Büromöbel	7	14	8	9	5
4361	Apotheken	6	7	7	6	5
4397	Einzelhandel mit Brennstoffen	4	4	3	3	3
7	Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht	5	8	7	6	4
74	Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung, u. a. hygienische Einrichtungen	26	82	27	30	17
75	Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport, Unterhaltung	5	11	5	5	3

Exemplarisch seien zwei Branchen dieses Bereichs dargestellt, bei denen die genannte Entwicklung besonders deutlich zu Tage tritt. So wurden zum Beispiel bei der Gebäudereinigung und Abfallbeseitigung in den siebziger Jahren 32%, ab 1981 weiterhin fast die Hälfte aller bestehenden Arbeitsstätten eröffnet. In den zum Teil von der Freizeitwelt begünstigten Arbeitsstätten des – erwerbswirtschaftlich betriebenen – Bereichs Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport und Unterhaltung nahmen seit 1981 immerhin 53%, von 1970 bis 1987 insgesamt sogar vier Fünftel aller Arbeitsstätten ihren Betrieb auf. Ein ähnliches Bild zeigt sich im übrigen auch bei der Rechts- und Steuerberatung sowie dem Grundstücks- und Wohnungswesen.

Deutliche Unterschiede der Beschäftigtenanteile nach Eröffnungsjahren der Arbeitsstätten

Die bei der Untergliederung der Arbeitsstätten nach Eröffnungsjahren aufgezeigten Entwicklungen in den einzelnen Wirtschaftszweigen treten noch deutlicher hervor (*Schaubild 2*), wenn man in die Untersuchung die zugehörigen Beschäftigtenzahlen mit einbezieht.

In dem knappen Viertel der vor 1960 eröffneten Arbeitsstätten der gesamten Wirtschaft war fast die Hälfte aller tätigen Personen beschäftigt (*Tabelle 2*). Die in den sechziger Jahren eröffneten Arbeitsstätten (13,2%) wiesen hingegen einen Beschäftigtenanteil von gut 14%, die im Zeitraum von 1970 bis 1980 eröffneten Arbeitsstätten (27,3%) einen Anteil von 22% auf. In den von 1981 bis zum 25. Mai 1987 gegründeten Betrieben (36,2%) lag der entsprechende Wert bei gut 16%. Unterschiede treten auch bei Betrachtung der Zahl der durchschnittlich Beschäftigten je Arbeitsstätte zu Tage, die im gesamten Zeitraum, wie *Tabelle 3* zeigt, bei 11 Personen lag. Während in den vor 1960 eröffneten Arbeitsstätten dieser Durchschnittswert mit 22 Beschäftigten doppelt so hoch lag, erreichte er in den dar-

auf folgenden Phasen lediglich Werte zwischen 11 (1960 bis 1969) und 5 tätigen Personen (1981 bis 25.05.1987). Im Hinblick auf die Beschäftigten zeigt sich damit erwartungsgemäß, daß die schon länger bestehenden, gewachsenen Betriebe im allgemeinen eine größere Zahl an Beschäftigten aufweisen als die neu hinzugekommenen. Letztere haben meist erst nach einer gewissen Zeit der Expansion und Konsolidierung die Möglichkeit, sich auch personell zu verstärken.³

Beim *Verarbeitenden Gewerbe* waren in dem knappen Drittel der vor 1960 eröffneten Arbeitsstätten sogar rund 60% der Beschäftigten tätig. Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten je Arbeitsstätte lag hier bei 24 Personen. Die in den sechziger und siebziger Jahren im Verarbeitenden Gewerbe eröffneten Arbeitsstätten erreichten hingegen nur Beschäftigtenanteile von jeweils rund 15%. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes verzeichnete die Kraftfahrzeugindustrie mit insgesamt 334 Beschäftigten den höchsten Durchschnittswert der je Arbeitsstätte tätigen Personen, der bei den vor 1960 eröffneten Betrieben sogar bei 889 Beschäftigten lag.

Deutlich geringer waren die Beschäftigtenanteile bei den vor 1960 eröffneten Arbeitsstätten im *Handel* (29,5%) und bei den *Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen* (20,9%). Dagegen fielen die vergleichbaren Anteilswerte bei den von 1981 bis zum 25.05.1987 gegründeten Arbeitsstätten infolge des bereits erwähnten Strukturwandels vergleichsweise groß aus (26,3% bzw. 33,5%). Es handelte sich dabei jedoch im wesentlichen um kleinere Arbeitsstätten als im Verarbeitenden Gewerbe. So lag die Zahl der Beschäftigten je Arbeitsstätte im Durchschnitt beim Handel insgesamt bei 6, bei den Unternehmens-Dienstleistungen bei 5 tätigen Personen. Damit stimmt die Größenordnung von Arbeitsstätten- und Beschäftigtenanteilen sowohl im Handel als auch im Bereich der Unternehmens-Dienstleistungen – mit vorwiegend kleineren Arbeitsstätten – weitgehend überein. Beim Verarbeitenden Gewerbe mit meist größeren Betriebsstätten klaffen hingegen beide Anteilswerte häufig stark auseinander.

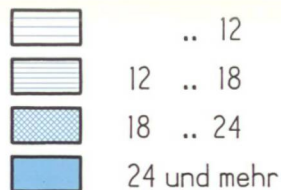
³ Vgl. hierzu auch: Statistisch-prognostischer Bericht 89/90; S. 37.

Tätige Inhaber *) in den Gemeinden Baden-Württembergs am 27. Mai 1970

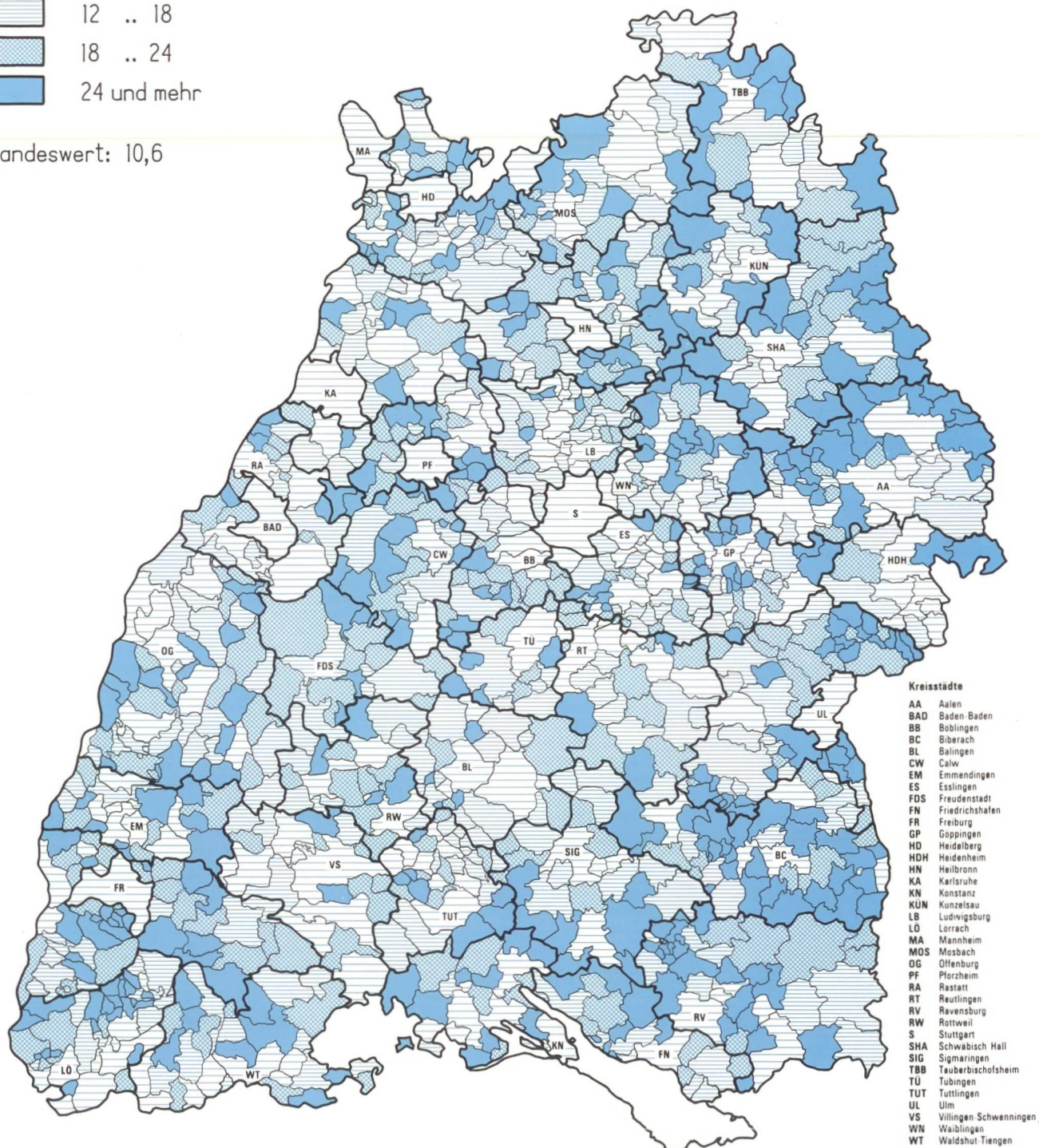
- Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung -

Anteil an den Beschäftigten insgesamt in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 10,6



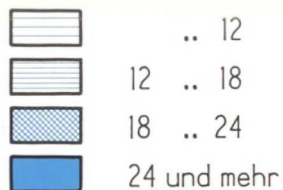
*) einschl. unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

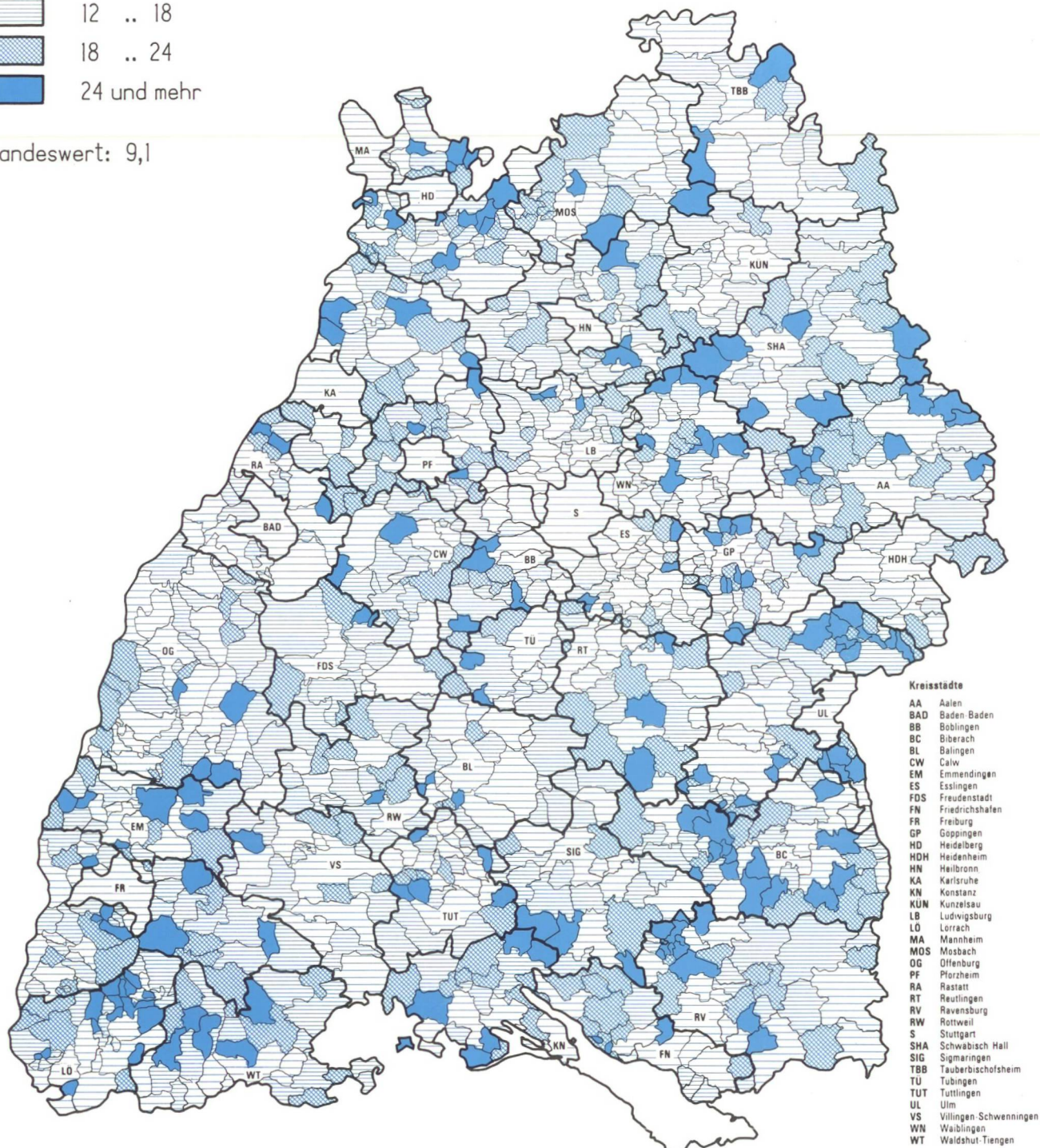
553 90

- Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung -

von .. bis unter



Landeswert: 9,1



*) einschl. unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landesinformationssystem

Das Zusammenspiel von Produktion und Dienstleistungen

Weitere Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987

Seit Jahren ist zu beobachten, daß sich das Produzierende Gewerbe nicht mehr ausschließlich auf seine traditionellen Tätigkeiten beschränkt, sondern daß hier in zunehmendem Maße neben Verwaltungstätigkeiten weitere Dienstleistungen zu einem integralen Bestandteil geworden sind. Besondere Bedeutung erlangten vor allem die Bereiche Planung und Forschung, EDV und Marketing.¹ Gleichzeitig werden im stark expandierenden tertiären Sektor Tätigkeiten ausgeführt, die der Produktion zuzuordnen sind. Um die Aspekte dieser strukturellen Verflechtung zwischen Produktions- und Dienstleistungsbereich aufzuzeigen, greift die nachfolgende Untersuchung auf die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 zurück. Diese erlauben eine Betrachtung der wirtschaftlichen Tätigkeit der einzelnen Arbeitsstätten im Hinblick auf den wirtschaftlichen Schwerpunkt des Unternehmens. Umgekehrt kann für die Unternehmen eines bestimmten Wirtschaftszweiges das gesamte Tätigkeitsspektrum der Zweigbetriebe aufgezeigt werden.

Dienstleistungen fallen bei Produktion stärker ins Gewicht als umgekehrt

Von den knapp 22 Mill. Beschäftigten in Unternehmen des Bundesgebietes wurden 1987 fast genau so viele Beschäftigungsfälle im Dienstleistungsbereich² (10,8 Mill.) wie im

Produzierenden Gewerbe (10,9 Mill.) registriert. Die quantitativ bedeutsamste Wirtschaftsabteilung war das Verarbeitende Gewerbe mit über 8,1 Mill. Beschäftigten (39,2 %).

Im Produzierenden Gewerbe fand jeder zwanzigste Beschäftigte seinen Arbeitsplatz in einer Niederlassung mit Dienstleistungsschwerpunkt. Dagegen war nur jeder 125. Beschäftigte des Dienstleistungsbereichs in einer Arbeitsstätte mit Produktionsschwerpunkt tätig.

Obwohl dem Produzierenden Gewerbe in Baden-Württemberg eine bedeutendere Rolle zukommt als auf Bundesebene – über 60 % der knapp 3,7 Mill. Beschäftigten in Unternehmen des Landes wurden hier ermittelt (Tabelle 1) –, gestaltete sich die Verflechtung zwischen Produktion und Dienstleistung nicht wesentlich anders. Von den 2,2 Mill. Beschäftigten in Unternehmen des Produzierenden Gewerbes war jeder 18. in einer Niederlassung tätig, deren Schwerpunkt im Dienstleistungsbereich lag. Dem Verarbeitenden Gewerbe kam dabei in Baden-Württemberg besondere Bedeutung zu. Über die Hälfte der Beschäftigten des Landes hatten in diesem Wirtschaftszweig ihren Arbeitsplatz. Darunter war jeder 16. in einer Niederlassung mit Dienstleistungsschwerpunkt beschäftigt. In den größeren Unternehmen dieser Branche war sogar fast jeder 14. in einem solchen Zweigbetrieb tätig. Die weniger bedeutende Wirtschaftsabteilung Energie- und Wasserversorgung, Bergbau – lediglich 2 % der Beschäftigten in baden-württembergischen Unternehmen wurden hier registriert – beschäftigte jedoch jeden Neunten in einer Arbeitsstätte mit Dienstleistungsschwerpunkt. Bundesweit war es sogar jeder Fünfte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß aufgrund der überdurchschnittlich hohen Beschäftigtenzahlen in Unternehmen dieses Wirtschaftszweiges deutlich mehr Verwaltungsniederlassungen ausgelagert wurden, als dies bei kleineren Unternehmen anderer Wirtschaftszweige üblich war.

¹ Vgl. Wörner, Manfred: Verschiebung in der Berufsstruktur des Verarbeitenden Gewerbes in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 8/1987 S. 267-270 und März, Ulrike: Dienstleistungen in Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 6/1988 S. 250-252.

² Hier und nachfolgend wird lediglich der gewerbliche Dienstleistungsbereich der Wirtschaftsabteilungen 4-7 (nach der „Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979“) betrachtet.

Tabelle 1

Unternehmen und deren Beschäftigte in Baden-Württemberg 1987 nach wirtschaftlichem Schwerpunkt der Niederlassung
Ergebnis der Arbeitsstättenzählung 1987

Wirtschaftszweig	Nr. der Systematik	Unternehmen		Beschäftigte					
		Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	davon in Niederlassungen mit Schwerpunkt ¹⁾ im Bereich			
						Produktion (1-3)		Dienstleistung (4-7)	
						Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Energie- u. Wasserversorgung Bergbau . . .	1	567	0,2	36 111	1,0	32 092	88,9	4 019	11,1
Verarbeitendes Gewerbe	2	65 361	19,5	1 864 765	51,3	1 751 457	93,9	113 308	6,1
Baugewerbe	3	31 019	9,3	310 877	8,6	309 198	99,5	1 679	0,5
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1-3	96 947	29,0	2 211 753	60,9	2 092 747	94,6	119 006	5,4
Handel	4	86 109	25,8	545 492	15,0	6 832	1,3	538 660	98,7
Verkehr- u. Nachrichtenübermittlung . . .	5	11 075	3,3	79 198	2,2	3 504	4,4	75 694	95,6
Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe . .	6	13 831	4,1	132 198	3,6	50	100,0	132 148	0,0
Dienstleistungen, soweit v. Unternehmen u. freien Berufen erbracht	7	126 385	37,8	664 619	18,3	1 155	0,2	663 464	99,8
Dienstleistungs-Bereich insgesamt	4-7	237 400	71,0	1 421 507	39,1	11 541	0,8	1 409 966	99,2
Insgesamt	1-7	334 347	100	3 633 260	100	2 104 288	57,9	1 528 972	42,1

¹⁾ Einschließlich einziger Niederlassungen.

Tabelle 2

Ein- und Mehrbetriebsunternehmen sowie Beschäftigte in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Wirtschaftszweigen
Ergebnis der Arbeitsstättenzählung 1987

Wirtschaftszweig	Nr. der Systematik	Unternehmen					Niederlassungen von Mehrbetriebsunternehmen	Durchschnitt der Niederlassungen von Mehrbetriebsunternehmen	Beschäftigte in Unternehmen						Beschäftigte in den Niederlassungen von Mehrbetriebsunternehmen	Durchschnitt der Beschäftigten in Niederlassungen von Mehrbetriebsunternehmen
		insgesamt	davon						davon in							
			Einbetriebsunternehmen		Mehrbetriebsunternehmen				insgesamt	Einbetriebsunternehmen		Mehrbetriebsunternehmen				
Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl		Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl							
Energie- u. Wasserversorgung Bergbau .	1	567	500	88,2	67	11,8	622	9,3	36 111	10 111	28,0	26 000	72,0	26 000	41,8	
Verarbeitendes Gewerbe	2	65 361	60 843	93,1	4 518	6,9	14 995	3,3	1 864 765	755 768	40,5	1 108 997	59,5	1 108 997	74,0	
Baugewerbe	3	31 019	30 104	97,1	915	3,0	2 277	2,5	310 877	249 305	80,2	61 572	19,8	61 572	27,0	
Produzierendes Gewerbe insgesamt . . .	1-3	96 947	91 447	94,3	5 500	5,7	17 894	3,3	2 211 753	1 015 184	45,9	1 196 569	54,1	1 196 569	66,9	
Handel	4	86 109	80 822	93,9	5 287	6,1	20 765	3,9	545 492	318 137	58,3	227 355	41,7	227 355	10,9	
Verkehr- u. Nachrichtenübermittlung . .	5	11 075	10 357	93,5	718	6,5	2 034	2,8	79 198	46 518	58,7	32 680	41,3	32 680	16,1	
Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe .	6	13 831	12 948	93,6	883	6,4	8 434	9,6	132 198	29 830	22,6	102 368	77,4	102 368	12,1	
Dienstleistungen, soweit v. Unternehmen u. freien Berufen erbracht	7	126 385	123 052	97,4	3 333	2,6	8 986	2,7	664 619	540 381	81,3	124 238	18,7	124 238	13,2	
Dienstleistungs-Bereich insgesamt	4-7	237 400	227 179	95,7	10 221	4,3	40 219	3,9	1 421 507	934 866	65,8	486 641	34,2	486 641	12,1	
Insgesamt	1-7	334 347	318 626	95,3	15 721	4,7	58 113	3,7	3 633 260	1 950 050	53,7	1 683 210	46,3	1 683 210	29,0	

Im Gegensatz dazu wurde im Dienstleistungsbereich des Landes – wie bereits im Bundesdurchschnitt auch – nur jeder 125. in einer Niederlassung mit Produktionsschwerpunkt beschäftigt.

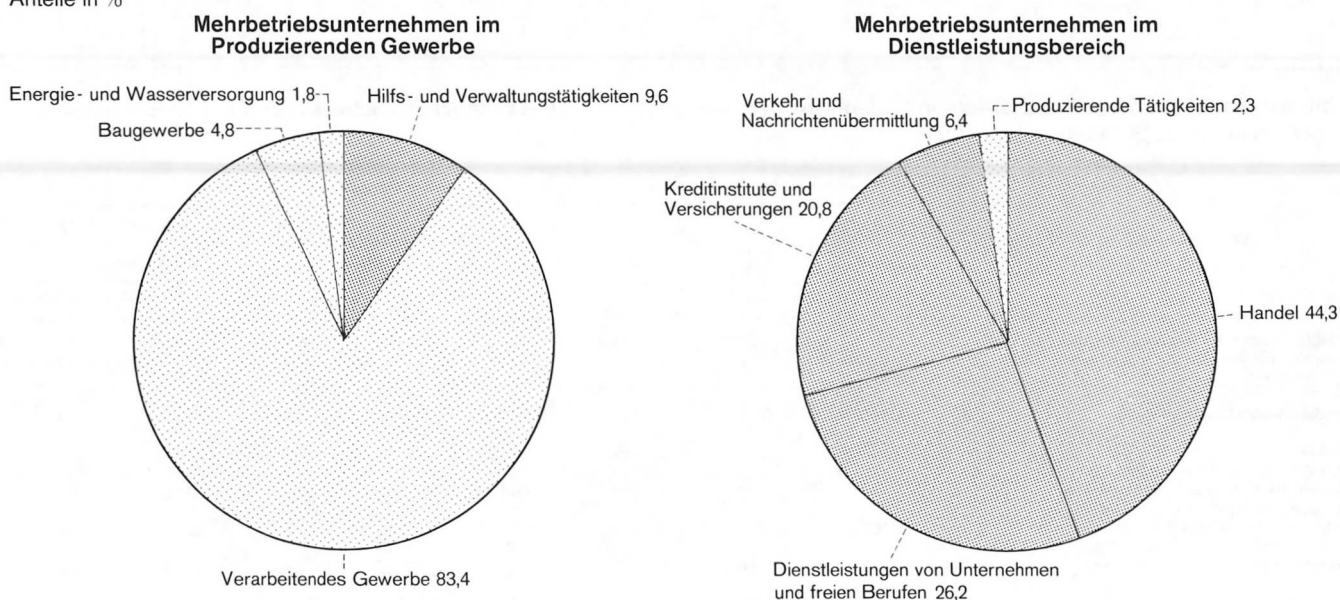
Diese Ergebnisse spiegeln jedoch nicht den gesamten Umfang der Verflechtung von Produktion und Dienstleistungen wider. Der Nachteil bei der Verwendung von Daten der Arbeitsstättenzählung 1987 liegt darin, daß beispielsweise unternehmensinterne Dienste im Produzierenden

Gewerbe nur dann erfaßt wurden, wenn diese räumlich aus dem Unternehmen ausgegliedert waren und sie auch den Schwerpunkt der Niederlassung bildeten. Mit den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung läßt sich folglich allenfalls das Zusammenspiel von Produktion und Dienstleistungen am Beispiel von Mehrbetriebsunternehmen illustrieren. In welchem Umfang sich Produktion und Dienstleistungen in Einbetriebsunternehmen durchdringen, läßt sich mit dem Datenmaterial der Arbeitsstättenzählung nicht beantworten.

Schaubild 1

Beschäftigte in Mehrbetriebsunternehmen in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt der Niederlassungen
Ergebnisse aus der Arbeitsstättenzählung 1987

Anteile in %



Überdurchschnittlich viele Mehrbetriebs- unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe

Von den über 339 400 Unternehmen, die im Rahmen der Arbeitsstättenzählung 1987 in Baden-Württemberg ermittelt wurden (*Tabelle 2*), bestand die überwiegende Mehrheit aus nur einer Niederlassung. Der Anteil von Mehrbetriebsunternehmen betrug sowohl auf Landes- wie auch auf Bundesebene lediglich knapp 5 %. Allerdings waren in Unternehmen des Landes, die sich aus mehreren Niederlassungen zusammensetzten, knapp 1,7 Mill. Beschäftigte tätig. Dies entspricht einem Anteil von über 46 % aller registrierten Beschäftigungsfälle.

Noch höher fiel dieser Anteil im Produzierenden Gewerbe aus. Dort hatte mehr als jeder zweite Beschäftigte seinen Arbeitsplatz in einem Mehrbetriebsunternehmen. Dagegen war es im Dienstleistungsgewerbe nur etwa jeder Dritte.

Aufgrund der zahlreichen Filialisten wurden in der Wirtschaftsabteilung Handel mit knapp 5 300 Unternehmen absolut die meisten Mehrbetriebsunternehmen konstatiert. Mit über 227 000 Beschäftigten hatten knapp 42 % der im Handel Tätigen ihren Arbeitsplatz in einem Mehrbetriebsunternehmen.

Die höchste Beschäftigtenzahl in Mehrbetriebsunternehmen wurde erwartungsgemäß in der Wirtschaftsabteilung mit den landesweit meisten Beschäftigten, dem Verarbeitenden Gewerbe erreicht. Insgesamt summierte sie sich auf über 1,1 Mill., was einem Anteil von fast 60 % aller im Verarbeitenden Gewerbe Beschäftigten entsprach.

Verflechtung von Produktion und Dienstleistungen ist branchenspezifisch

Von den landesweit knapp 1,2 Mill. in Mehrbetriebsunternehmen des Produzierenden Gewerbes Beschäftigten war fast jeder 10. in einer Niederlassung mit Dienstleistungsschwerpunkt tätig (*Tabelle 3*). Im Dienstleistungsgewerbe hingegen hatte von den knapp 490 000 Beschäftigten nur

jeder 40. seinen Arbeitsplatz in einer Niederlassung mit Produktionsschwerpunkt.

Dem Verarbeitenden Gewerbe kam auch im Hinblick auf die Verflechtung mit Dienstleistungen besondere Bedeutung zu. In dieser Wirtschaftsabteilung hatte gut jeder Zehnte seinen Arbeitsplatz nicht mehr in einem Produktionsbetrieb, sondern in einer Niederlassung mit Dienstleistungsschwerpunkt. Im Ernährungsgewerbe/Tabakverarbeitung war es sogar jeder fünfte Arbeitsplatz. So boten beispielsweise Großbäckereien und Fleischereiketten in unternehmenseigenen Filialen oder in Fachabteilungen der Verbrauchermärkte ihre Produkte gleich selbst zum Verkauf an.

In der für die baden-württembergische Wirtschaft besonders wichtigen Unterabteilung 24 (Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau; Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen) war einer von acht Arbeitsplätzen einer Niederlassung mit Dienstleistungsschwerpunkt zuzuordnen. Allein bei der Erstellung von Geräten und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung war nahezu die Hälfte der über 46 000 Beschäftigten in Dienstleistungsbetrieben tätig. Darunter waren knapp 12 000 Arbeitsplätze in Arbeitsstätten der Datenverarbeitung angesiedelt. Daneben fanden in diesem Wirtschaftszweig zahlreiche Beschäftigte im Großhandel (2 552 Arbeitsplätze), in Labors und Forschungsstätten (2 376 Arbeitsplätze) und Fortbildungsstätten ihren Arbeitsplatz.

Zu den in der Chemischen Industrie erbrachten Diensten zählen neben der Verwaltung vor allem Planung und Forschung, Lagerhaltung und Großhandel. Jeder achte Beschäftigte der Chemischen Industrie war in einem Dienstleistungsbetrieb tätig. Einer von elf Arbeitsplätzen im Wirtschaftszweig Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik lag in Büros für technische Planung und Beratung, in Labors, im Bereich des Großhandels oder einer anderen Niederlassung mit Dienstleistungsschwerpunkt.

Im Dienstleistungsbereich wiesen lediglich die Wirtschaftsabteilung Handel sowie die Wirtschaftsabteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung nennenswerte Anteile der

Tabelle 3

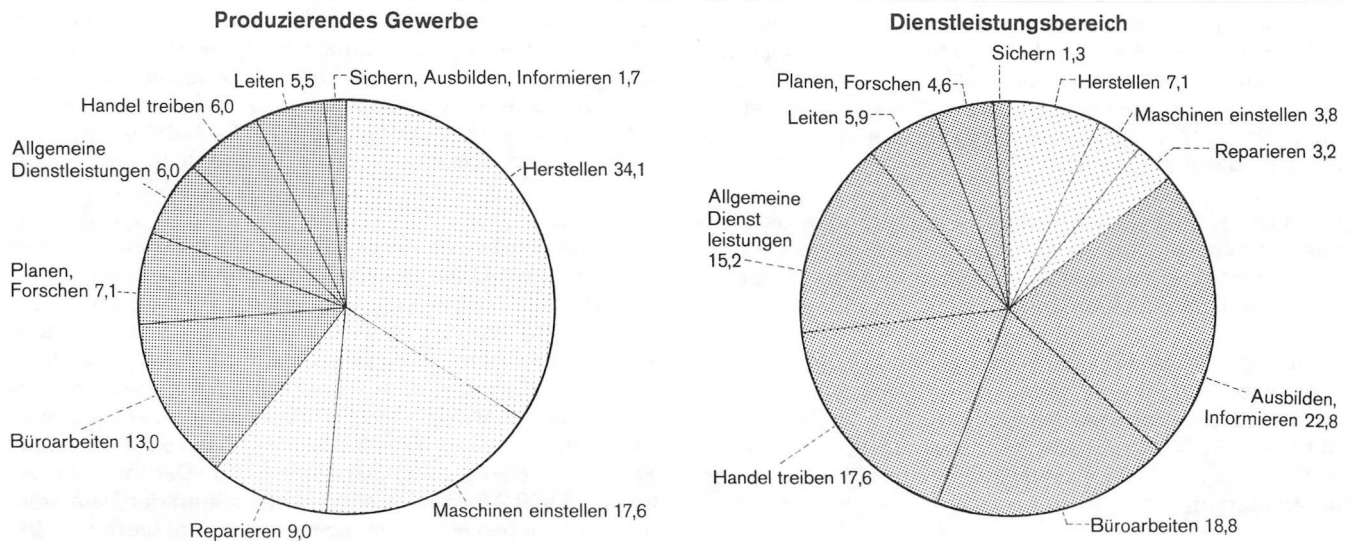
Mehrbetriebsunternehmen und deren Beschäftigte in Niederlassungen in Baden-Württemberg am 25. Mai 1987 nach Beschäftigtengrößenklassen und Wirtschaftsbereichen
Ergebnis der Arbeitsstättenzählung 1987

Wirtschaftszweig der Unternehmen	Beschäftigten- größenklassen	Mehrbetriebsunternehmen		Beschäftigte					
		insgesamt				davon in Niederlassungen mit Schwerpunkt im Bereich			
						Produktion (1-3)		Dienstleistung (4-7)	
		Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Produzierendes Gewerbe	1- 19	2 792	50,8	26 843	2,2	22 038	82,1	4 805	17,9
	20-199	1 856	33,7	128 390	10,7	116 999	91,1	11 391	8,9
	200-499	486	8,8	149 630	12,5	143 127	95,7	6 503	4,3
	500 u. mehr	366	6,7	891 706	74,5	795 399	89,2	96 307	10,8
	Insgesamt	5 500	100	1 196 569	100	1 077 563	90,1	119 006	9,9
Dienstleistungsbereich	1- 19	7 174	70,2	56 458	11,6	944	1,7	55 514	98,3
	20-199	2 651	25,9	148 984	30,6	2 998	2,0	145 986	98,0
	200-499	233	2,3	70 436	14,5	1 106	1,6	69 330	98,4
	500 u. mehr	163	1,6	210 763	43,3	6 493	3,0	204 270	97,0
	Insgesamt	10 221	100	486 641	100	11 541	2,4	475 100	97,6
Insgesamt	1- 19	9 966	63,4	83 301	4,9	22 982	27,6	60 319	72,4
	20-199	4 507	28,7	277 374	16,5	119 997	43,3	157 377	56,7
	200-499	719	4,6	220 066	13,1	144 233	65,5	75 833	34,5
	500 u. mehr	529	3,3	1 102 469	65,5	801 892	72,7	300 577	27,3
	Insgesamt	15 721	100	1 683 210	100	1 089 104	64,7	594 106	35,3

Erwerbstätige im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich 1987 nach überwiegenden Tätigkeiten

Ergebnisse aus dem Mikrozensus 1987

Anteile in %



Erläuterungen:

Herstellen: Gewinnen / Abbauen / Fördern; Verarbeiten / bearbeiten, Kochen; Bauen / Ausbauen, Installieren, Montieren. **Maschinen einstellen:** Technische Anlagen steuern, bedienen, einrichten oder warten (auch DV- / NC- / CNC- Anlagen). **Reparieren:** Reparieren, Ausbessern, Restaurieren, Erneuern. **Handel treiben:** Kaufen / Verkaufen, Kassieren; Vermitteln, Kunden beraten, Verhandeln, Werben. **Büroarbeiten:** Schreibarbeiten / Schriftwechsel, Formulararbeiten, Kalkulieren / Berechnen, Buchen, Programmieren, Arbeiten am Terminal, Bildschirm. **Planen, Forschen:** Analysieren, Messen / Prüfen; Erproben, Forschen, Planen, Konstruieren; Entwerfen / Gestalten, Zeichnen. **Leiten:** Disponieren, Koordinieren, Organisieren, Führen / Leiten (auch Personal), Management. **Allgemeine Dienstleistungen:** Bewirten, Beherbergen; Bügeln; Reinigen / Abfall beseitigen, Packen, Verladen, Transportieren / Zustellen, Sortieren / Ablegen, Fahrzeug steuern. **Sichern:** Sichern, bewachen (Arbeitssicherheit, Werkschutz, Verkehrsregelung), Gesetze / Vorschriften anwenden / auslegen, Beurkunden. **Ausbilden, Informieren:** Erziehen / Lehren / Ausbilden; Beratend helfen; Pflegen / Versorgen, Medizinisch / Kosmetisch behandeln; Publizieren, Unterhalten, Vortragen, Informieren.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

266 92

Beschäftigten in Arbeitsstätten mit Produktionsschwerpunkt auf. Von den über 227 000 Beschäftigten des Handels war nur jeder 33. in einer Produktionsstätte tätig. So wurden beispielsweise Backwaren hergestellt im Einzelhandel mit Brot und Konditorwaren. Deutlich höher fiel der Anteil im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung aus. Jeder 10. Beschäftigte in diesem Wirtschaftszweig hatte seinen Arbeitsplatz in einer Produktionsniederlassung, überwiegend in Reparaturwerkstätten.

Produzierende Tätigkeiten verloren an Bedeutung

Aus einem anderen Blickwinkel läßt sich das Zusammenspiel von Produktion und Dienstleistungen auf der Grundlage der Mikrozensusergebnisse³ für die Jahre 1973 und 1987 darstellen. Dabei werden die überwiegende Tätigkeit der Erwerbstätigen einerseits und die Wirtschaftsabteilung, in der sie diese Tätigkeit ausüben, andererseits im Zusammenhang betrachtet. Die Untersuchung bleibt dann nicht länger auf Beschäftigte in Mehrbetriebsunternehmen beschränkt, sondern wird auf die tätigen Personen aller Unternehmen ausgeweitet.

Seit den siebziger Jahren war sowohl auf Bundes-, wie auch auf Landesebene, ein Rückgang der produzierenden

Tätigkeiten zugunsten von Dienstleistungen zu verzeichnen. Insgesamt war dieser Trend nicht nur in absoluten Zahlen, sondern auch anteilmäßig zu beobachten.

Während die Anzahl der Erwerbstätigen insgesamt zunahm, war im Produzierenden Gewerbe ein Rückgang zu verzeichnen. Gleichzeitig schwand auch der Anteil der produzierenden Tätigkeiten im Produzierenden Gewerbe. Im Gegensatz dazu gewannen diese im Dienstleistungsbereich etwas an Bedeutung.

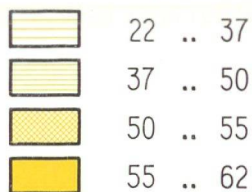
Werden die Tätigkeitsmerkmale der Beschäftigten betrachtet, so zeigt sich, daß sich Produktion und Dienstleistungen sehr viel stärker durchdringen, als dies die Analyse der Arbeitsstätten nach ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt ergab (Schaubild 2). Zusammenfassend läßt sich jedoch auch bei dieser Betrachtungsweise erkennen, daß der Umfang der im Produzierenden Gewerbe geleisteten Dienste weitaus größer ist, als derjenige der Produktion im Dienstleistungsbereich.

Die Suche nach einem statistischen Ansatz, der das Zusammenspiel von Produktion und Dienstleistungen in jeder Hinsicht transparent macht, wird jedoch zum Scheitern verurteilt sein; denn die Grenzen sind fließend. Ob der wirtschaftliche Schwerpunkt einer Arbeitsstätte eher im Produzierenden Gewerbe oder im Dienstleistungsbereich liegt, läßt sich oft genauso schwer beurteilen, wie die Frage, ob der Bäcker, der seine Brötchen selbst an der Theke verkauft, eine überwiegend produzierende Tätigkeit ausübt oder eine Dienstleistung erstellt.

Dipl.-Volkswirtin Jutta Loidl-Stuppi

³ Der Mikrozensus, eine Repräsentativumfrage über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, wird mit einem Auswahlsatz von 1 % der Bevölkerung üblicherweise jährlich durchgeführt.

von .. bis unter



Legend:

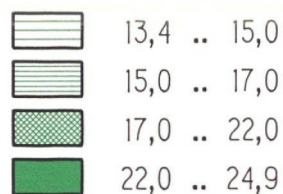
- 37 .. 50
- 50 .. 55
- 55 .. 62

Landeswert: 46,1

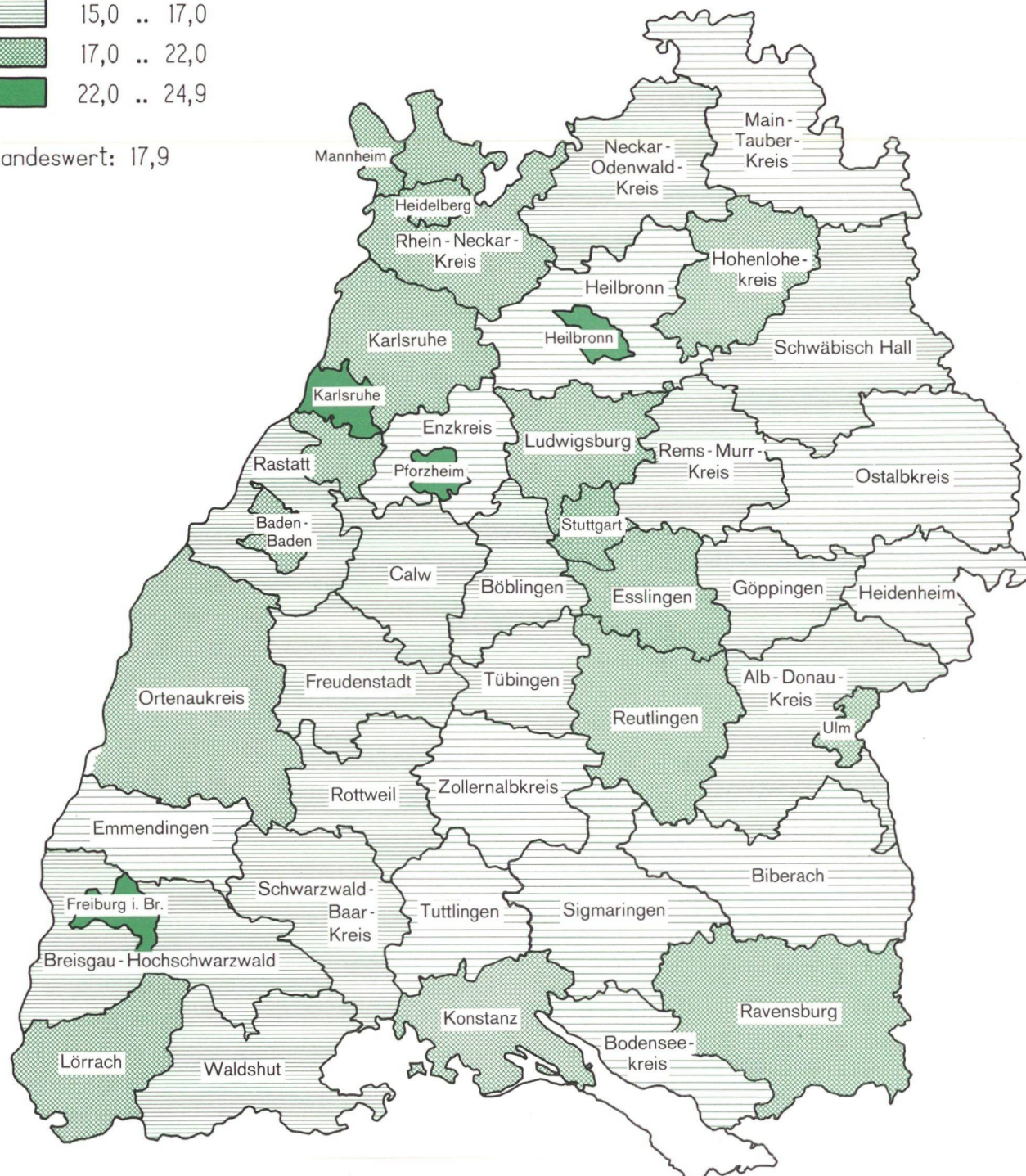
Map labels (districts): Mannheim, Heidelberg, Rhein-Neckar-Kreis, Neckar-Odenwald-Kreis, Main-Tauber-Kreis, Hohenlohe-kreis, Heilbronn, Heilbronn, Schwäbisch Hall, Karlsruhe, Karlsruhe, Enzkreis, Ludwigsburg, Rems-Murr-Kreis, Ostalbkreis, Rastatt, Pforzheim, Stuttgart, Baden-Baden, Calw, Böblingen, Esslingen, Göppingen, Heidenheim, Ortenaukreis, Freudenstadt, Tübingen, Reutlingen, Alb-Donau-Kreis, Ulm, Emmendingen, Rottweil, Zollernalbkreis, Biberach, Freiburg i. Br., Schwarzwald-Baar-Kreis, Tuttlingen, Sigmaringen, Breisgau-Hochschwarzwald, Lörrach, Waldshut, Konstanz, Bodensee-kreis, Ravensburg.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

von .. bis unter



Landeswert: 17,9



*) einschließlich Nachrichtenübermittlung

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem